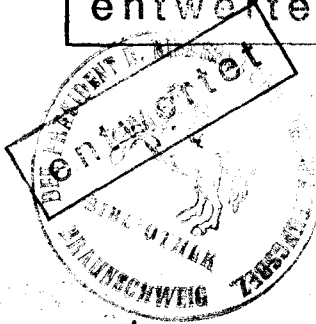


*No 5*  
entwertet

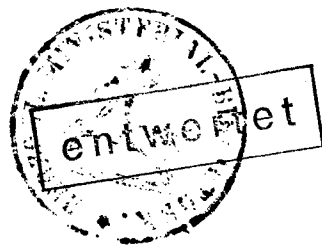


entwerft

UB Braunschweig 84



4725-982-7







25

4725-9827

**Verzeichnis**  
der  
**Verhandlungs-Gegenstände**  
der  
**Stadtverordneten-Versammlung**

zu  
**Braunschweig**  
im Jahre 1916/17.

10012328



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei in Braunschweig.



## A. Nach der Zeitfolge.

### 1. Am 11. Mai 1916.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden, des Protokollführers und ihrer Stellvertreter . . .	2
2. Antrag Steinbrecher, die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts in den Schulen durch die Geistlichen betreffend . . . . .	4
3. Erwerb einer Fläche an der Kreuzstraße . . . . .	6
4. Abrechnung über die Kosten der Zustandsetzung verschiedener Straßen . . .	7
5. Bauliche Änderungen und Beschaffung von Mobiliargegenständen für das Schlachthaus . . . . .	7
6. Erstattung von Umzugskosten . . . . .	9
7. Einrichtung einer besonderen Hilfsklasse bei der Hilfsschule . . . . .	10
8. Statut über das Einsperren von Tauben . . . . .	11
9. Bildung eines Ernährungsausschusses . . . . .	11
10. Weitere Ausbildung eines Zöglings der Blindenanstalt . . . . .	17
11. Antrag Genzen, betreffend Erhöhung des städtischen Zuschusses für Kriegsfamilien, ebenso der Arbeitslosenunterstützung . . . . .	18
12. Antrag Stegmann auf Einrichtung von Stadtküchen in den verschiedenen Stadtbezirken oder Anschaffung fahrbarer Küchen und	
12 a) Anfrage Lauer, denselben Gegenstand betreffend . . . . .	22
13. Antrag Steinecke auf Einrichtung einer städtischen Geflügelzucht . . . .	31
14. Antrag Steinecke auf ungekündigten Abschluß von Verträgen auf Lieferungen aus der nächsten Kartoffelernte . . . . .	37
15. Antrag Steinecke, Hinwirkung auf verstärkten Wildabschuß in den herrschaftlichen Forsten betreffend . . . . .	38
16. Antrag Genzen auf Regelung der Lebensmittelversorgung, betreffend:	
a) die Einrichtung eigener städtischer Verkaufsstellen zur Verteilung der knappen Lebensmittel . . . . .	41
b) den Verkauf etwa zurückgehaltener Fleisch- und Getreidewaren . . . .	41
c) Einführung einer schärferen Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte . . .	41
d) ein Verbot auf Vorausbestellungen von Fleisch und Fleischwaren . . .	41
e) Einführung einer Fleischkarte . . . . .	41
f) Anordnung des Verkaufs knapper Lebensmittel über den Ladentisch . . .	41
17. Anfrage Wesemeier, betreffend die Befreiung der Offiziere von den Gemeindesteuern . . . . .	45

	Seite
18. Antrag Wesemeier, betreffend Hinwirkung auf reichsgesetzliche Verpflichtung landwirtschaftlicher Betriebe zur Viehwirtschaft . . . . .	49
19. Bewilligung von erhöhten Mitteln für Nahrungsmitteluntersuchungen . . . . .	51
20. Antrag Steinecke auf Abgabe von Brotzujahkartan an Brotgeld empfangende Militärpersonen . . . . .	53

## 2. Am 18. Mai 1916.

1. Antrag Genzen, betreffend Erhöhung des städtischen Zuschusses für Priergerfamilien, ebenso der Arbeitslosenunterstützung . . . . .	60
2. Antrag Steinecke auf Einrichtung einer städtischen Geflügelzucht . . . . .	63
3. Antrag Steinecke auf ungesäumten Abschluß von Verträgen auf Lieferungen aus der nächsten Kartoffelernte . . . . .	73
4. Antrag Genzen auf Regelung der Lebensmittelversorgung, betreffend: . . . . .	86
a) die Einrichtung eigener städtischer Verkaufsstellen zur Verteilung der knappen Lebensmittel . . . . .	87
b) den Verkauf etwa zurückgehaltener Fleisch- und Fettwaren . . . . .	93
c) Einführung einer schärferen Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte . . . . .	94
d) ein Verbot auf Vorausbestellungen von Fleisch und Fleischwaren . . . . .	95
e) Einführung einer Fleischkarte . . . . .	95
f) Anordnung des Verkaufs knapper Lebensmittel über den Ladentisch . . . . .	110
5. Antrag Wesemeier, betreffend Hinwirkung auf reichsgesetzliche Verpflichtung landwirtschaftlicher Betriebe zur Viehwirtschaft . . . . .	117
6. Antrag Frede auf Zuzahl zweier Mitglieder für den Ernährungsausschuß . . . . .	120
7. Anfrage Wesemeier über die jetzige schlechte Beschaffenheit des Mehls . . . . .	122
8. Mitteilung des Magistrats, den verstärkten Wildabschuß betreffend . . . . .	123

## 3. Am 2. Juni 1916.

1. Abschluß eines Vertrages mit dem Reichs-(Militär-)Fiskus wegen Errichtung einer Fliegerstation . . . . .	126
2. Abrechnung über verschiedene städtische Bauten . . . . .	130
3. Anfrage Frede, betreffend die Überweisung städtischer Schweine an hiesige Schlächter . . . . .	131
4. Antrag Steinecke auf Versicherung der der Stadt gehörenden Ferkel . . . . .	158
5. Antrag Stegmann, betreffend den Verkauf des Abschlags . . . . .	163
6. Anfrage Frede über die Ursache des Fischsterbens in der Oker . . . . .	169
7. Anfrage Steinecke über die Versorgung der städtischen Bevölkerung während der Einmachzeit mit Zucker . . . . .	171
8. Anfrage Ohlendorf über die Maßnahmen zur gleichmäßigeren Regelung der Verteilung verschiedener Lebensmittel (zum Teil unter 7 mit behandelt) . . . . .	176
9. Anfrage Kiefe, betreffend die Erfolge des Ernährungsausschusses hinsichtlich der Versorgung durch Fleischwaren . . . . .	176
10. Anfrage Steinecke über den hohen Preis der städtischen Eier in Braunschweig . . . . .	179

#### 4. Am 29. Juni 1916.

1. Errichtung eines städtischen Hühnerhofs . . . . .	185
2. Abrechnung über den Bau der Feuerbestattungshalle . . . . .	207
3. Prüfung der Rechnung des städtischen Haushalts für 1912/13 . . . . .	207
4. Gewährung eines Zuschusses an die Volkshalle aus der Jüdelstiftung . . . . .	207
5. Gewährung von Teuerungszulagen an die städtischen Beamten und Lehrer . . . . .	208
6. Erhebung einer Lichtspielsteuer . . . . .	211
7. Versicherung der Ferkel im städtischen Schlachthaus betreffend . . . . .	216
8. Antrag Stegmann, Maßnahmen zur Besserung der Säuglingsernährung betreffend . . . . .	221
9. Neupflasterung der Sonnenstraße betreffend . . . . .	233
10. Antrag Steinecke, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen und Erlaß eines Ausfuhrverbots für Obst . . . . .	235

#### 5. Am 14. September 1916.

1. Antrag der Deutschen Dichter=Gedächtnis=Stiftung auf Unterstützung ihrer Kriegsbuchdrückerei . . . . .	243
2. Anschaffung von Geldschranken und Kassetten . . . . .	244
3. Abänderung des § 20 der Bedingungen für Abgabe von Gas . . . . .	244
4. Ankauf eines Grundstücks in Steinhof . . . . .	245
5. Herstellung eines Entlastungskanals auf dem Niddagshäuserwege . . . . .	246
6. Herstellung von Plattenbelag auf dem Fußwege der Luisestraße . . . . .	247
7. Herstellung von Plattenbelag auf der Helmstedterstraße zwischen Hagenring und Wörthstraße . . . . .	248
8. Ausbau der verlängerten Wabestraße zwischen Rodestraße und den Straßen 75/76 . . . . .	249
9. Errichtung eines städtischen Hühnerhofs . . . . .	250
10. Beteiligung der Stadt an der 5. Kriegsanleihe . . . . .	262
11. Erhöhung des städtischen Kriegskredits bei Herzoglichem Leihhause . . . . .	263
12. Erhebung einer Lichtspielsteuer betreffend . . . . .	263
13. Dringlichkeitsantrag Stegmann, betreffend Festsetzung der diesjährigen Verkaufspreise für Zwetschen . . . . .	282
14. Dringlichkeitsantrag Kiefe, betreffend Herabsetzung des Kartoffelhöchstpreises und Wegfall der Vermittlungsgebühr . . . . .	287
15. Anfrage Bunge wegen der Weiterverpachtung des Herkeröder Feldes im nächsten Jahre . . . . .	305
16. Anfrage Stegmann, betreffend eine Rationierung des Eierverkaufs . . . . .	306

#### 6. Am 5. Oktober 1916.

1. Erlaß eines Statuts über die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden . . . . .	313
2. Gewährung von Schulgeldfreiheit an zehn türkische Schüler . . . . .	314
3. Rechnungsabschlüsse für 1915/16 . . . . .	320

	Seite
4. Übersichten über die im Jahre 1915/16 gezahlten Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder . . . . .	324
5. Herrichtung eines Schutzdachges auf dem Pflegehausgrundstücke . . . . .	325
6. Herrichtung einer Kaninchenzuchtanstalt auf dem Pflegehausgrundstücke . . . . .	326
7. Herrichtung einer Kadaververwertungsanlage auf dem Schlachthausgrundstücke . . . . .	327
8. Antrag Lauer auf Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen Maschinenschreiberinnen . . . . .	331
9. Antrag Dieckmann auf Gründung einer städtischen Schweinemast- und -verwertungs-Kriegsgesellschaft . . . . .	332
10. Antrag Dieckmann auf Zwangsmaßnahmen zwecks Sammlung der als Viehfutter geeigneten Abfälle . . . . .	332
11. Antrag Ohlendorf auf Erlass eines Statuts über den 7-Uhr-Ladenschluß . . . . .	336
12. Anfrage Stegmann, betreffend eine durchgreifende Milchbezugsregelung durch Ausgabe neuer Milkarten . . . . .	337
13. Anfrage Stegmann, betreffend die Überschreitung der Höchstpreise für Zwetschen . . . . .	341
14. Anfrage Stegmann, betreffend die Lieferung der Kartoffeln . . . . .	346
15. Mitteilung des Magistrats über die Maßnahmen gegen viehlos wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe . . . . .	357
16. Maßnahmen zur Bereitstellung von Gespannen für die städtische Kartoffelfuhr . . . . .	358
17. Beteiligung der Stadt bei der Braunschweigischen Landeseinkaufsgesellschaft . . . . .	359

## 7. Am 2. November 1916.

1. Antrag Dieckmann auf Gründung einer städtischen Schweinemästungs- und -verwertungs-Kriegsgesellschaft . . . . .	366
2. Antrag Dieckmann auf Zwangsmaßnahmen zwecks Sammlung der als Viehfutter geeigneten Abfälle . . . . .	396
3. Antrag Ohlendorf auf Erlass eines Statuts über den 7-Uhr-Ladenschluß . . . . .	396
4. Antrag Lauer auf Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen Maschinenschreiberinnen . . . . .	398
5. Gewährung einer Beihilfe an den Braunschweiger Frauenverein für seine Abendfortbildungsschule . . . . .	406
6. Gewährung einer Beihilfe an die Volksskindergartenstiftung . . . . .	408
7. Anschaffung einer rechnenden Schreibmaschine . . . . .	408
8. Antrag Frede, betreffend wirksamere Maßnahmen für die Versorgung der städtischen Einwohnerschaft mit Kartoffeln . . . . .	409
9. Anfrage Wesemeier über die Kartoffellieferung (in Verbindung mit 8) . . . . .	409
10. Antrag Frede auf Einrichtung von städtischen Mittelstandsküchen . . . . .	423
11. Anfrage Wesemeier über Gewährung von vollen Brotkarten an Kinder unter 8 Jahren . . . . .	424
12. Anfrage Steinhilber über die Menge schlecht gewordenen städtischen Specks . . . . .	428
13. Statut über die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden betr. . . . .	447

**8. Am 7. Dezember 1916.**

1. Erlaß eines Statuts über die Erhebung einer Lichtpfeilsteuern . . . . .	451
2. Antrag Frede auf Einrichtung von städtischen Mittelstandsküchen . . . . .	465
3. Verbesserung der Beleuchtung in der Markthalle . . . . .	489
4. Verwilligung einer Beihilfe aus der Südelstiftung an die Herzog-Leopold=Stiftung (Knabenhorte) . . . . .	490
5. Bericht über die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke, der Neustadt=mühle und des Abwäpferpumpwerkes . . . . .	490
6. Herrichtung eines provisorischen Stalles auf dem Schlachthausgrundstücke . . . . .	493
7. Aufstellung von Regalen im Rathausanbau . . . . .	494
8. Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen auf dem Schlachthausgrundstücke . . . . .	494
9. Bessere Befestigung der Fußwege auf der Weststraße . . . . .	495
10. Herrichtung einer Kaldaunenwäsche und Wampendüngeranlage auf dem Schlachthausgrundstücke . . . . .	497
11. Rückgabe und Auflassung der Klärteiche im Kessel . . . . .	499
12. Anschaffung einer Mehlpackmaschine für die Neustadtmühle . . . . .	501
13. Erlaß eines Statuts über den 7-Uhr-Ladenschluß . . . . .	501
14. Anfrage Kieke über Erhöhung der jetzigen Brotration . . . . .	508
15. Anfrage Genzen, betreffend Maßnahmen gegen Einbruchsdiebstahl in Schrebergärten . . . . .	511
16. Anfrage Loeßhigt über den Preis des Kleinfleisches . . . . .	512
17. Anfrage Loeßhigt über die Behandlung und Verrechnung der Haus=schlachtungen . . . . .	512
18. Anfrage Loeßhigt, betreffend die Kartoffelversorgung . . . . .	516

**9. Am 28. Dezember 1916.**

1. Abänderung des Statuts über den 7-Uhr-Ladenschluß . . . . .	522
2. Instandsetzungsarbeiten im Herzogin-Johann-Albrecht-Heim . . . . .	523
3. Schlußrechnung über die Kosten der Asphaltierung der Friedrich-Wilhelm=straße . . . . .	524
4. Erhöhung des Zinsfußes für eine auf einem städtischen Grundstücke ruhende Hypothek . . . . .	525
5. Änderung des Statuts für die Hausgewerblichen-Krankenversicherung . . . . .	525
6. Vermietung einer Wohnung in der Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule . . . . .	527
7. Vorübergehende Einschränkung der Müllabfuhr . . . . .	528
8. Anfrage Diekmann über Anrechnung tuberkulosekranken Rindviehes und des der Freibank überwiesenen Fleisches auf den Verteilungsschlüssel für die Fleischversorgung der Stadt Braunschweig . . . . .	532

**10. Am 1. Februar 1917.**

1. Wiederaufnahme der Müllabfuhr in ihrem ganzen Umfange . . . . .	538
2. Erhöhung des Preises für Abgabe von Wasser . . . . .	540



	Seite
3. Zurückstellungen für den Reservefonds der Gaswerke für 1916/17 . . .	556
4. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtung im Herzogin-Johann-Albrecht- Heim . . . . .	557
5. Ankauf eines Lastkraftwagens . . . . .	557
6. Erhöhung des Gaspreises für Haushaltungen zwecks Einschränkung des Jahresverbrauchs . . . . .	559
7. Verteilung von Zucker für die nächsten Monate . . . . .	566
8. Festsetzung eines Teilortsbauplans für das Gelände zwischen Hamburger- straße und Galggraben . . . . .	577
9. Abänderung einiger Straßenzüge des Ortsbauplans im Gebiete der nord- westlichen Außenstadt . . . . .	578
10. Die Kadaververwertungsanlage im Schlachthause betreffend . . . . .	579
11. Anfrage Frede über die Tätigkeit der städtischen Behörden bei den Vor- bereitungen für Anlage eines Mittellandkanals . . . . .	580
12. Anfrage Wesemeier über die Deckung des Kartoffelbedarfs der städtischen Einwohnerschaft . . . . .	583
13. Anfrage Voetschigt über eine praktischere Gestaltung des Verkaufs der städtischen Fleischwaren . . . . .	592
14. Anfrage Bues über die Einwirkung der Kriegsküchen auf die Kartoffel- und Fleischknappheit . . . . .	596
15. Anfrage Kruse, betreffend Maßregeln zur Heranschaffung von frischen Seefischen . . . . .	598
16. Anfrage Wesemeier, betreffend den Abschluß von Verträgen wegen Liefe- rung von Frühgemüse . . . . .	601
17. Anfrage Steinbrecher über die Verweigerung der Halbmonatsrate der Kriegsunterstützung an die aus dem Heeresdienst entlassenen Mannschaften . . . . .	604
18. Anfrage Lauer über Beschaffung von Kleingeldersatzmarken durch die Stadt oder durch die Landesregierung . . . . .	606
19. Antrag Wesemeier, betreffend die frühzeitige Beschaffung von Pflanz- kartoffeln für die städtische Einwohnerschaft . . . . .	608
20. Antrag Wesemeier auf Hinwirkung auf Erlass einer Bestimmung, be- treffend den Markenzwang beim Verkauf von Gänsen und Gänsefleisch . . . . .	609
21. Antrag Genzen, betreffend die Zuwendungen des Nationalen Frauen- dienstes an die Kriegerfrauen . . . . .	610
22. Antrag Dieckmann, betreffend die Reinigung der Fahrwege der Innen- stadt vom Schnee . . . . .	612

## 11. Am 1. März 1917.

1. Antrag Wesemeier, betreffend die frühzeitige Beschaffung von Pflanz- kartoffeln für die städtische Einwohnerschaft . . . . .	617
2. Antrag Dieckmann, betreffend die Reinigung der Fahrwege der Innen- stadt vom Schnee . . . . .	621

	Seite
3. Anfrage Lauer über Beschaffung von Kleingeldersatzmarken durch die Stadt oder durch die Landesregierung . . . . .	629
4. Abrechnung über die Kosten der Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Grundstücke des Wilhelm-Gymnasiums . . . . .	636
5. Abrechnung über die Kosten der Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Steintorbrücke . . . . .	637
6. Abrechnung über die Kosten der Herrichtung eines Kinderspielflazes und einer Bedürfnisanstalt an der Kaiserstraße . . . . .	637
7. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage im Keller des Altstadt-rathauses . . . . .	638
8. Erhöhung der Gemeinde-Einkommen-Steuerfäße, entsprechend dem § 9 des Gesetzes vom 18. Januar 1917 . . . . .	639
9. Nachtrag zu den Bedingungen für die Abgabe von Wasser . . . . .	641
10. Schaffung einer Unterleiterstelle bei der Hilsschule . . . . .	642
11. Bedingungen über die Fortschaffung des Hausmülls betreffend . . . . .	643
12. Erhöhung des der Stadt beim Herzoglichen Leihhause eröffneten Kredits . . . . .	643
13. Anfrage Meyerhoff über die Festsetzung der Polizeistunde in Braun-schweig . . . . .	646
14. Anfrage Lauer über die Errichtung eines städtischen Hühnerhofs . . . . .	655
15. Anfrage Niefe über die Herstellung gestreckter Wurstwaren in der Stadt . . . . .	650
16. Antrag Wesemeier über die Gewährung von vollen Brotkarten an hier weilende Urlauber . . . . .	672

## 12. Am 22. März 1917.

1. Beratung des Stadthaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1917/18 . . . . .	678
2. Übersicht der vom 1. April 1917 an zu zahlenden Löhne . . . . .	711
3. Antrag Wesemeier, betreffend den Markenzwang beim Verkauf von Gänsen . . . . .	711
4. Antrag Benzen, betreffend die Zuwendungen des Nationalen Frauen-dienstes an die Kriegerfrauen . . . . .	718
5. Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Lehrkräfte . . . . .	718
6. Bedingungen über die Fortschaffung des Hausmülls . . . . .	736
7. Übernahme der innenstädtischen Straßenreinigung und der kleineren Repara-turen der Straßenpflasterung seitens des städtischen Tiefbauamts . . . . .	737
8. Beschaffung von Lehr- und Unterrichtsmitteln für die Hilsschule . . . . .	740
9. Beteiligung der Stadt an der 6. Kriegsanleihe . . . . .	741
10. Anfrage Wesemeier über Erhebung des Schulgebdes in den Volks-schulen für das laufende Vierteljahr . . . . .	741

## 13. Am 30. März 1917.

1. Bedingungen für die stadtseitige Fortschaffung des Hausmülls . . . . .	744
2. Änderung der Verbrauchsregelung für Brot und Mehl . . . . .	772
3. Gewährung einer Fleischzulage für die Bevölkerung . . . . .	782
4. Ergänzung der Bestimmungen über die Einführung einer Lichtspielsteuer	799
5. Antrag der Straßen-Eisenbahngesellschaft auf Herabsetzung der an die Stadtgemeinde vertragsmäßig wegen des Lichtwerks zu zahlenden Jahres= abgabe . . . . .	803

---

## B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

Abendfortbildungsschule für Frauen und Mädchen 406.  
 Abfälle, Sammlung von solchen 319, 332, 396.  
 Abgabe von Wasser 641.  
 Abrechnung über städtische Bauten 130, 207.  
 Abrechnungen über städtische Bauten und Instandsetzungen 636, 637.  
 Abrechnung über Straßenarbeiten 524.  
 Abschlag, Verkauf desselben 131, 163.  
 Abwässerpumpwerk 490.  
 Altstadtrathaus 638.  
 Amtsrichter Meyer 181.  
 Anfragen der Stadtverordneten:  
   Bues, Einwirkung der Kriegsküchen auf die Kartoffel- und Fleischknappheit betr. 539, 596.  
   Bunge, Weiterverpachtung des Flugfeldes betr. 246, 305.  
   Diekmann, Anrechnung des Freibankfleisches auf den Verteilungsschlüssel betr. 532.  
   Genzen, betreffend den Schutz der Schrebergärten 451, 511.  
   Frede, Überweisung von städtischen Schweinen an hiesige Schlachter betr. 126, 131.  
     das Fischensterben in der Oker betr. 126, 169.  
     betr. die Müllabfuhr 537, 580.  
     die Mittellandkanalfrage betr. 537, 580.  
   Pruse, Heranschaffung von Seefischen betr. 537, 598.

Lauer, Einrichtung fahrbarer Küchen 6, 22, 26.  
   die Ausgabe von Kriegsnotgeld betr. 537, 606, 629.  
   städtische Hühnerzucht betr. 616, 650.  
 Voeshigk, Preis des Kleinfleisches betr. 451, 512.  
   über Verrechnung der Hauschlachtungen 451, 512.  
   Kartoffelversorgung betr. 451, 516.  
   den städtischen Fleischverkauf betr. 537, 592.  
 Meyerhoff, Polizeistunde in Braunschweig betr. 616, 645.  
 Ohlendorf, gleichmäßige Verteilung von Lebensmitteln betr. 131, 171, 176.  
 Niese über die Erfolge des Ernährungsausschusses 158, 176.  
   über Erhöhung der Protraction 450, 508.  
   betreffend Grütleber- und -blutwurst 629, 656.  
 Steinbrecher, städtischen Speck betr. 364, 428.  
   die Halbmonatsrate der Kriegsunterstützung an Entlassene betr. 537, 604.  
 Steinecke, Zuckerversorgung betr. 126, 171.  
   über den Eierpreis 158, 179.  
 Stegmann, betreffend Rationierung des Eierverkaufs 306.  
   bezüglich der Milchbezugsregelung 324, 337.  
   betreffend Zwetschenpreise 324, 341.  
   betr. die Kartoffellieferungen 324, 346.

Wesemeier, Zahlung der Gemeindesteuer durch frühere Berufsoffiziere betr. 8, 45.

Beschaffenheit des Mehls betr. 122.  
die Brotkarten für Kinder betr. 364, 424.

Kartoffellieferung betr. 364, 409.

Kartoffelversorgung betr. 538, 583.

Verträge auf Lieferung von Frühgemüse betr. 538, 601.

betreffend Zahlung des Schulgeldes 711, 741.

Ankauf von Schweinen durch die Stadt 380, 381.

Anschaffung von Mobilien 244.

Anträge der Stadtverordneten:

Diedmann, Gründung einer Schweinemästungs- und Verwertungsgesellschaft betr. 319, 332, 366, 450.  
betreffend Zwangsmaßnahmen zur Sammlung von Abfällen 319, 332, 396.

Reinigung der Fahrwege der Innenstadt von Schnee betr. 577, 612, 621.

Frede, Wahl des Ernährungsausschusses betr. 60, 120.

Maßnahmen zur Kartoffelversorgung betr. 364, 409.

auf Einrichtung von Mittelstandsküchen 364, 423, 465.

Genzen, Unterstützung der Kriegerfamilien und Arbeitslosen betr. 5, 18, 60.

Lebensmittelverkauf betr. 5, 41, 86.  
betreffend Nationalen Frauendienst 538, 610, 629, 718.

Lauer, Maschinenschreiberinnen betr. 314, 331, 398.

Ohlendorf, betreffend den 7-Uhr-Laden-  
schluß 325, 336, 396, 501.

Riefe, betr. Kartoffelpreise 242, 287.  
Erzeugerhöchstpreise für Kartoffeln betr. 364.

Steinbrecher, betr. Beaufsichtigung des Religionsunterrichts 4.

Steinecke, Einrichtung einer Geflügelzucht 5, 34, 63, 185.

Abschluß von Verträgen zur Kartoffelversorgung 5, 37, 73, 85.

Wildabschuß betr. 5, 38, 123.

Brotzusatzkarten für Eingezogene 22, 53.

Versicherung der städtischen Ferkel 158, 216.

betreffend Höchstpreise und Ausfuhrverbot für Obst 235.

Stegmann, Errichtung von Stadtküchen 5, 22.

Verkauf des Abschlags betr. 131, 163.  
betreffend Besserung der Säuglingsernährung 206, 224.

Zwetschenpreise betr. 242, 282.

Wesemeier, gesetzliche Einführung der Viehwirtschaft bei größeren Landwirtschaften 18, 49, 117.

Beschaffung von Pflanzkartoffeln 538, 608, 617.

betreffend die Brotlieferung an Militäurlauber 629, 672.

Markenzwang für Gänsefleisch betr. 538, 609, 629, 711.

Arbeitslosenunterstützung 5, 18, 60.

Archiv mit Bibliothek 691.

Armenpflege 692.

Ausbau von Straßen 7, 249.

Auswahlwahlen 11, 25, 34, 60, 66, 72, 120, 798.

Aussetzung des Unterrichts wegen Kohlenmangel 684.

Ausstellung von Kriegserfasstoffen 366.

Arkeröder Feld 246, 305.

Bargeldloser Verkehr, Förderung desselben 631 ff.

Bauten, städtische 130, 207, 250, 325, 636, 637.

Bauten in städtischen Grundstücken 7.

Bedingungen für Abgabe von Gas 244.

- Bedingungen für Abgabe von Wasser 540, 642.
- Bedingungen für Fortschaffung des Hausmülls betr. 643, 736, 744, 798.
- Bedürfnisanstalten 131, 494, 636.
- Bedürfnisanstalt am Wilhelm=Gymnasium 636.
- Bedürfnisanstalt am Steintor 637.
- Bekanntmachungen über den städtischen Fleischverkauf 100, 103, 106.
- Beleuchtungsanlage im Keller des Altstadt=rathauses 638.
- Benecke, Antrag desselben betreffend 365.
- Bericht über die Gas= und Wasserwerke 490.
- Beschaffenheit des Gases 559 ff.
- Beschaffung von Mobilien 494.
- Bezugsscheine für Kartoffeln 356, 419.
- Blindenanstaltszögling, Ausbildung eines solchen 17.
- Brotkarten für Kinder 364, 424.
- Brotkarte, Form derselben 232.
- Brotkarteneinteilung 775.
- Brotration, Erhöhung derselben 450, 508.
- Brot und Mehl, Verbrauchsregelung dafür 772.
- Brotzuschlagskarten 227, 509, 773.
- Brotzuschlagskarten für Eingezogene 22, 53.
- Butterverkauf, Regelung desselben 176.
- Butter= und Eierverkauf 5, 41, 110.
- Stadtv. Bues † 616.
- Büchsenfleisch, städtisches 592.
- Bürgerschulen betr. 4, 9, 682, 711, 741.
- Bürgerverein 536.
- Damköhler, Stadtverordneter 678.
- Deutsche Dichter=Gedächtnis=Stiftung 243.
- Deutsch=Nationaler Handlungs=Gehilfen=Verband 9.
- Deutscher Städtetag 417, 418.
- Druck des Gases 492.
- Eierpreis 158, 179.
- Eierverkauf, städtischer 306.
- Eierversorgung 5, 34, 63, 179, 253.
- Einbruchdiebstähle in Schrebergärten 451, 511.
- Eingaben von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen 126, 184, 242, 312, 365, 366, 536, 616.
- Einkommensteuer 710.
- Einkommensteuer, Prozente derselben 696.
- Einmieten der Kartoffeln 357.
- Einrichtungsgegenstände, Beschaffung von solchen 7.
- Einschränkung des Gasverbrauches 492, 559.
- Einschränkung, vorübergehende, der Müllabfuhr 359, 528, 537.
- Elektrizitätswerk 696.
- Entlassene (aus dem Heeresdienst) 537, 609.
- Erhöhung des Gaspreises 559.
- Ernährungsausschuß 11, 133, 138 ff., 158, 161, 176, 181.
- Erwerb von Flächen 6, 248.
- Erwerb von Grundstücken 129, 245.
- Fehlbetrag 1917/18 696.
- Ferkelversicherung 158, 216.
- Fettversorgung 156, 230.
- Fettwarenverkauf 133.
- Fettwaren, zurückgehaltene 5, 41, 93.
- Feuerbestattungshalle 207.
- Feuerung, Verkauf von solcher durch die Stadt 697.
- Feuerung, Beschaffung derselben für nächsten Winter 699.
- Finanzausschuß, verstärkter, Zuständigkeit desselben 276.
- Fischsterben in der Oker 126, 169.
- Fleischkarte 6, 41, 95, 131, 163.
- Fleischknappheit 539, 596.
- Fleischselbstversorger 782, 784 ff.
- Fleischverbrauchsregelung 513.
- Fleischverkauf, städtischer 537, 592.
- Fleisch und Fettwaren, zurückgehaltene 5, 41, 93.
- Fleischversorgung der Stadt betr. 131 ff., 532.
- Fleischwarenverkauf 176.
- Fleischwochenmenge 597.

Fleischzulage für die Bevölkerung 782.

Fleischzuschlagkarten 229.

Fliegerstation, Errichtung einer solchen 126.

Fluchtklinienfestsetzung 248.

Flugplatz des Militärfliegers 126.

Fortbildungsschule für Frauen und Mädchen 406.

Fortbildungsschule, obligatorische 407.

Fortbildungsschule, städtische 683.

Frauenverein, Braunschweiger 406.

Freibankfleisch 532.

Frühgemüse 538, 601.

Fuhrwesen, städtisches 359, 528, 537, 557.

Fußwege 247, 248, 495.

Futter für Hühner 651 ff.

Gasabgabe 244.

Gasautomaten 244.

Gasdruck 492.

Gas, Beschaffenheit desselben 492, 699.

Gaspreiserhöhung (zwecks Einschränkung) 559.

Gaswerke 556, 559, 696.

Gas- und Wasserrohre 737.

Gas- und Wasserwerke 490.

Gasverbrauch, Einschränkung desselben 492, 559.

Gänsefleischmarkenzwang 538, 609.

Gebühren für Müllabfuhr 744.

Geflügelzuchtanstalt 5, 34, 63, 185, 250, 616, 650.

Geldschränke, Beschaffung von solchen 244.

Gemeindeeinkommensteuer 710.

Gemeindegrundsteuer 710.

Gemeindesteuern 695.

Gemeindesteuern, Befreiung von solchen 8, 45.

Gemeindesteuersätze, Erhöhung von solchen 639.

Gewerbeschule 683.

Gewerbesteuer 710.

Geschäftsordnung betr. 21, 211, 461, 508, 629, 690, 691.

Gespanne, städtische, für die Kartoffelfuhr 358.

Giffhorn, Amtmann, Eingabe desselben 365.

Grundbesitzerverein 536.

Grundsteuer 710.

Grundstück Wilhelmstraße 96, 525.

Grütleber- und Blutwurst 629, 656.

Grüße, Verwendung zur Fleischstreckung 776, 777.

Grüße, Verwertung derselben 656 ff.

Halbmonatsrate für Heeresentlassene 537, 609.

Hausgewerbetreibende 313, 447, 525.

Hausmüll siehe Müll.

Hauschlachtungen, Verrechnung derselben betr. 451, 512.

Herzogin-Johann-Albrecht-Heim 523, 557.

Herzogin-Elisabeth-Asylum 681.

Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule 527.

Herzog-Leopold-Stiftung 490.

Hilfsschule 10, 642, 740.

Hühnerfutter 651 ff.

Hühnerhof, städtischer 5, 34, 63, 185, 250.

Hühnerzucht 616, 650.

Hülsenfrüchte 780, 781.

Hypothekenbank Meiningen 525.

Hypothekenzinsfuß 679

Isach, Dr. 184.

Instandsetzung von Straßen 7, 131, 233, 524.

Instandsetzungsarbeiten in städtischen Gebäuden 523, 557.

Jahresabgabe des Lichtwerks 803.

Jüdelstiftung 207, 490.

Kadaververwertungsanlage 327, 579.

Kaldaunenwäsche auf dem Schlachthausgrundstücke 497.

Kanalabgabe 710.

Kanalbauten 131, 246.

Kaninchenfleisch, Rationierung desselben 714

Kaninchenjagd 41.

Kaninchenzuchtanstalt 326.

Kapitalforderungen der Stadt 679.

Kartoffelbezug gegen Bezugsscheine 419.

Kartoffeln, Erzeugerpreise betr. 242, 287.  
 Kartoffelknappheit durch Kriegsküchen 596.  
 Kartoffelpreise 242, 287, 364.  
 Kartoffelversorgung 5, 37, 73, 287, 324,  
 346, 358, 364, 365, 409, 451,  
 516, 538, 539, 583, 596, 601,  
 619, 780, 781,  
 Kartoffelwochenmenge 597.  
 Kartoffelzufuhr, städtische 358.  
 Kartoffeln zur Saat 538, 608, 617, 781.  
 Kartoffelzusatzmarken 416, 779.  
 Kammereivermögen 678.  
 Kennel, Teilfläche desselben 499.  
 Kinderspielplatz an der Kaiserstraße 637.  
 Kinststeuer 211, 263, 451, 695, 799.  
 Körteiche im Kennel 499.  
 Kleingeldmangel 537, 606, 629.  
 Kleinfleisch, Preise desselben 451, 512.  
 Kleinwild, Rationierung desselben 717.  
 Knabenhorte 490.  
 Knabenmittelschule 681.  
 „Knappe Lebensmittel“, Verkauf von solchen  
 5, 41, 110.  
 Kohlenknappheit 559 ff.  
 Kohlenmangel betr. 646 ff., 684, 697.  
 Koksverkauf, städtischer 492.  
 Koksabgabe 697.  
 Kommissionswahl (siehe Ausschuß)  
 Kontorschluß, früherer 503.  
 Kostenabrechnung über Instandsetzung von  
 Straßen 7, 130, 524.  
 Kraftfleisch, Verkauf desselben 146, 177.  
 Krankenpflege 692.  
 Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden  
 313, 447, 525.  
 Krauß, Stadtverordneter 536.  
 Kredit der Stadt beim Leihhause, Erhöhung  
 desselben 263, 629, 643.  
 Kriegsanleihe, fünfte 262.  
 Kriegsanleihe, sechste 741.  
 Kriegerfamilienunterstützung 5, 18, 60,  
 538, 610.  
 Kriegseinigungsamt (Mieten betreffend) 63.  
 Kriegserfabrikstoff-Ausstellung 366.

Kriegsgesellschaft für Schweinemästung 319,  
 332, 366, 450.  
 Kriegsküchen 5, 6, 22, 100, 101, 109,  
 364, 423, 465, 539, 596.  
 Kriegsnotgeld, Ausgabe von solchem 537,  
 606, 629.  
 Landeseinkaufsgesellschaft, Braunschweigische  
 359.  
 Landtag, Braunschweigischer 423.  
 Lastkraftwagen, Beschaffung eines solchen  
 557.  
 Leihhaus, Kredit bei demselben 263, 629, 643.  
 Leizen, Gewerbeschuldirektor, Abschiedsgesuch  
 desselben 366.  
 Lebensmittel, Beschaffung von solchen 538,  
 601.  
 Lebensmittel, Einkauf und Verkauf von  
 solchen 11.  
 Lebensmittelverkauf betr. 5, 11, 41, 86, 110,  
 131, 163, 171, 176, 538, 584 ff.  
 Lebensmittelversorgung betr. 41, 86, 309.  
 Lebensmittelverteilung 510, 572.  
 Lebensmittelgeschäfte, Kontrolle derselben 6,  
 41, 94.  
 Lebensmitteluntersuchungen 53.  
 Lehrerinnenseminar 681.  
 Lichtspielsteuer 211, 263, 451, 695, 799.  
 Licht- und Wasserwerke 408, 490, 559.  
 Lichtwerk der Straßenbahn 803.  
 Lohnerhöhung, Gesuch um eine solche 616.  
 Lohnüberzicht 711.  
 Luftschiffahrt-Gesellschaft 127.  
 Luftschiffmodellausstellung 184.  
 Luise-Ottmer-Stiftung 408.  
 Lyzeum 681.  
 Markthalle, Beleuchtung derselben 489.  
 Markthalle, Offenhaltung derselben 489.  
 Maschinenschreiberinnen 314, 331, 398.  
 Mastanstalt, städtische, Vergrößerung der-  
 selben 368, 375, 378, 381.  
 Mädchenfortbildungsschule 683.



Mädchenmittelschule 681.  
 Mehllieferungen 354.  
 Mehl und Brot, Verbrauchsregelung dafür 772.  
 Mehl- und Brotverteilungsausschuß 779.  
 Mehlpackmaschine, Anschaffung einer solchen 501,  
 Miet- und Pachtverträge, Versteigerung derselben 749, 754, 761, 762.  
 Mietzuschuß für Kriegerfamilien 63.  
 Milchbezugsregelung 324, 337.  
 Militärurlauber, Halbmónatsrate für solche 605.  
 Militärurlauber, Brotquantum für solche 629, 672.  
 Mitteilungen des Vorsitzenden 4, 8, 18, 22, 60, 122, 126, 131, 158, 184, 242, 312, 314, 319, 364, 450, 536, 539, 577, 578, 616, 629, 678, 710.  
 Mittellandkanal 8, 537, 580.  
 Mittelstandsküchen 364, 423, 465.  
 Müllabfuhr 536, 537, 643, 736, 744, 798.  
 Müllabfuhr, teilweise Einstellung derselben 359.  
 Müllabfuhr, Einschränkung derselben 528.  
 Müllabfuhr, Aufhebung der Beschränkung 537.  
 Müllverbrennung 747, 756, 758, 759,  
 Nachpflasterungen 737.  
 Nachtwächter 451, 511.  
 Nahrungsmitteluntersuchungen, Verwilligung dafür 51.  
 Nationaler Arbeitsausschuß 9.  
 Nationaler Frauendienst 538, 610, 629, 718.  
 Nährmittel, Ausgabe von solchen 777.  
 Nebenbeschäftigung, außeramtliche 9, 184.  
 Neustadtmühle 490, 501.  
 Oberrealschule 527, 680.  
 Obst, Höchstpreise und Ausfuhrverbot dafür 239.  
 Obstversorgung 282.

Ortsbauplan betr. 577, 578.  
 Ortspolizei 692.

Persönliche Bemerkung des Stadtv. Dieckmann 185.  
 Pferdefleisch 669, 671.  
 Pferdeschlachthalle 329, 579.  
 Pflanzkartoffeln, Beschaffung derselben 538, 608, 617, 781.  
 Pflasterarbeiten 737.  
 Pflegehaus 325, 326.  
 Plattenbelag-Herstellung 247, 248.  
 Produktionszwang für Kartoffeln 621.  
 Produktionszwang für Vieh 18, 49, 117.  
 Rathaus 244, 494.  
 Rationierung des Eierverkaufs 306.  
 Rechnende Schreibmaschine 408.  
 Rechnungsabschlüsse für 1915/16 320.  
 Rechnungsprüfung des städtischen Haushalts 1912/13 207.  
 Regale, Aufstellung von solchen 494.  
 Religionsunterricht 4.  
 Reservefonds der Gaswerke 556.  
 Rieselgut Steinhof 245, 250.  
 Rinderstall, provisorischer, 493.  
 Rindvieh, Massenschlachtungen von solchem 493.  
 Rohrleitungen 737.  
 Ruhelöhne 324, 330.

Saatkartoffeln, 538, 608, 617, 781.  
 Salomon, Stadtverordneter 396.  
 Sander, Stadtverordneter, † 312.  
 Säuglingsernährung betreffend 206, 224.  
 Schlachthaus 7, 327, 368, 375, 378, 381, 450, 493, 494, 497, 579.  
 Schlachtschweine, städtische 126, 131.  
 Schleswig-Holsteinische Sachverständigenkammer 184.  
 Schneeabsehtigung in der Innenstadt 577, 612, 621.  
 Schön, Geheimrat, Stadtverordneter † 522.  
 Schrebergärten 451, 511.

- Schweineanfauf durch die Stadt 38, 381.  
 Schweinemästerei, städtische, Vergrößerung  
 derselben, 368, 375, 378, 381, 450.  
 Schweinemästungs- und verwertungsge-  
 sellschaft 319, 332, 366, 450,  
 Schweineversicherung 158, 216.  
 Schwerarbeiterzuschlagsarten 426.  
 Schwerstarbeiter 510.  
 Schuldirektor der Bürgerschulen 9.  
 Schulgarten, Verlegung desselben 250.  
 Schulgelderlaß für türkische Schüler 314.  
 Schulgeldzahlung 711, 741.  
 Schutzdach zur Futterlagerung 325.  
 Seefische, frische 537, 598.  
 Selbstverjorger (Fleisch) 366, 372, 451,  
 512, 782, 784 ff.  
 7-Uhr-Ladenschluß 242, 325, 336, 396,  
 501, 522, 617.  
 Sonntagsruhe 9, 126.  
 Speck, städtischer 364, 428.  
 Stadtschlachtungen, 131 ff., 537, 592.  
 Stadtschlachtungen, Abrechnung über die-  
 selben 143, 151,  
 Stadthaushaltsplan für 1917/18 678.  
 Stadtküchen 5, 6, 22, 100, 101, 109,  
 364, 423, 465.  
 Stall, provisorischer auf dem Schlachthaus-  
 grundstücke 493.  
 Statut über das Einsperren von Tauben  
 11.  
 Statut über Erhebung einer Lichtspielsteuer  
 451, 695, 799.  
 Statut über die Krankenversicherung der  
 Hausgewerbetreibenden 313, 447, 525.  
 Statut über den 7-Uhr-Ladenschluß 242,  
 325, 336, 396, 501, 522, 617.  
 Steckrüben 584, 586, 589.  
 Steinbrecher, Stadtverordneter 242, 312.  
 Steinecke, Stadtverordneter 465.  
 Steuern, direkte oder indirekte? 540 ff.  
 Steuererhöhungsfragen 540 ff.  
 Straßenbeleuchtung 234, 492.  
 Straßen, die behandelt sind:  
 Algidienmarkt 7.  
 Altstadtring 131.  
 Bayreutherstraße 131.  
 Friedrich-Wilhelm-Straße 521.  
 Gelände zwischen Hamburgerstraße und  
 Galtgraben 577.  
 Gelände am Güterbahnhofe Hildesheimer-  
 straße 578.  
 Gelände westlich der Goslarischen Straße  
 578.  
 Gildenklink 131.  
 Hagenscharrn 7.  
 Helmstedterstraße 248.  
 Kreuzstraße 6.  
 Ludwigstraße 496.  
 Lörzingstraße 131.  
 Luisestraße 247.  
 Mittelweg 496.  
 Nordwestliche Außenstadt 578  
 Niddagshäuserweg 246.  
 Schöppenstedterstraße 131.  
 Schillerstraße 7.  
 Sonnenstraße 233.  
 Weißstraße 495.  
 Wabestraße 249.  
 Wilhelmstraße 7.  
 Straßen-Anstandsetzung 7, 131, 233, 524  
 Straßen Sprengung betr. 692.  
 Straßen-Eisenbahn 696, 803.  
 Straßenreinigungsdeputation 737.  
 Straßenreinigung 680, 737.  
 Straßenpflasterung, Reparaturen an der-  
 selben 737.  
 Studienanstalt 681.  
 Tauben, Einsperren derselben 11.  
 Teilortsbauplan 577, 578.  
 Teuerungszulagen für die städtischen Arbeiter  
 210.  
 Teuerungszulagen an städtische Beamte und  
 Lehrer 208, 399, 638, 718.  
 Teuerungszulagen an aushilfsweise Be-  
 schäftigte 721, 726, 735.  
 Teuerungszuschlag zu den Ruhelöhnen 330.

## XVIII

Tiefbauamt 737.  
Tuberkulosestillungsverfahren betr. 532.  
Türkische Schüler 314.  
**Ulrich** (Sachverständiger für Hühnerzucht) 185.  
Umjagsteuer 126.  
Umzugskosten-Erstattung 9.  
Unterleiterstelle bei der Hilsschule 612.  
Urlauber, Brotquantum für diese 629, 672.  
Überschreitung von Höchstpreisen 341.  
**Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter** 616.  
Verband der Schneider usw. 312.  
Verband der Schuhmacher 312.  
Verband der Textilarbeiter 312.  
Verband freier Berufe 9.  
Verbrauchsregelung für Brot und Mehl 772.  
Vergrößerung der städtischen Schweine-  
mästerei 450.  
Verkauf „knapper Lebensmittel“ nur über  
den Ladentisch 5, 41, 110.  
Verkaufsstellen städtische 5, 41, 87.  
Verkauf von Grundstücken 499.  
Vehrkehrverein 536, 678.  
Vermietung einer städtischen Wohnung 527.  
Vermittlungsgebühr bei Kartoffelbezug 242,  
287, 365.  
Versicherung der städtischen Ferkel 158, 216.  
Versteuerung der Miet- und Pachtverträge  
749, 754, 761, 762.  
Viehfutter 319, 332, 396.  
Viehwirtschaft, gesetzlicher Zwang zu solcher  
18, 49, 117, 243, 357.  
Volkskindergartenstiftung 408.

Volkslesehalle 207, 242.  
Vorausbestellungen von Fleisch, Verbot der-  
selben 6, 41, 95.  
Voritzendenwahl 3.  
**Wagner, Julius** 184.  
Wampendüngeranlage 197, 579.  
Wasserabgabe 641, 692.  
Wassergelderhöhung 540, 641.  
Wildabschuß 5, 38, 123.  
Wild, Verkauf von solchem 81, 83.  
Witwen- und Waisengelder 324, 330.  
Wurstwaren, gestreckte 596, 629, 656.  
**Zeitschrift „Der Stadtverordnete“** 678.  
Zentralverband der Handlungsgehilfen 243.  
Zinsfußerhöhung für ein städtisches Grund-  
stück 525.  
Zinsfußerhöhung f. städtische Hypotheken 679.  
Zuckerversorgung 126, 171, 231.  
Zuckerverteilung 566.  
Zusatzbrotarten 22, 53, 227, 509, 773.  
Zusatzkartoffelmarken 416, 779.  
Zuschüsse an Vereine, Verbände, Stiftungen  
usw. 207, 243, 406, 408, 490.  
Zuschüsse an nicht-städtische Schulen 684.  
Zwangseignungsverfahren 129.  
Zwangsmaßnahmen zur Kartoffelpflanzung  
620.  
Zwangsmaßnahmen zur Sammlung von Ab-  
fällen 319, 332, 396.  
Zwangsmaßnahmen zur Viehhaltung 18,  
49, 117, 357.  
Zwischenpreise 242, 282, 324, 341.

## Berichtigungen:

Seite 70, Zeile 13 von unten muß es heißen „wöchentlich“ statt „monatlich“. } siehe auch  
Seite 71, Zeile 7 von unten muß es heißen „wöchentlich“ statt „monatlich“. } Seite 186 und  
192.  
Seite 105, Zeile 3 von unten muß es heißen „zuweist“ statt „zumeist“.  
In den Sitzungen am 14. September, 5. Oktober und 2. November fehlte auch  
noch Stadtv. Venzén.

# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten**

### **zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 11. Mai 1916.

#### **Tagesordnung:**

1. Wahl des Vorsitzenden, des Protokollführers und ihrer Stellvertreter . . . . .	Seite 2
2. Antrag Steinbrecher, die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts in den Schulen durch die Geistlichen betreffend . . . . .	" 4
3. Erwerb einer Fläche an der Kreuzstraße . . . . .	" 6
4. Abrechnung über die Kosten der Instandsetzung verschiedener Straßen . . . . .	" 7
5. Dauliche Änderungen und Beschaffung von Mobiliargegenständen für das Schlachthaus . . . . .	" 7
6. Erstattung von Umzugskosten . . . . .	" 9
7. Einrichtung einer besonderen Hilfsklasse bei der Hilfsschule . . . . .	" 10
8. Statut über das Einsperren von Tauben . . . . .	" 11
9. Bildung eines Ernährungsausschusses . . . . .	" 11

#### **Außer der Tagesordnung behandelt:**

10. Weitere Ausbildung eines Bögling der Blindenanstalt . . . . .	" 17
11. Antrag G e n z e n, betreffend Erhöhung des städtischen Zuschusses für Kriegerfamilien, ebenso der Arbeitslosenunterstützung. . . . .	" 18
12. Antrag Stegmann auf Einrichtung von Stadtfächern in den verschiedenen Stadtbezirken oder Anschaffung fahrbarer Küchen und	
12 a) Anfrage Lauer, denselben Gegenstand betreffend . . . . .	" 22
13. Antrag Steinede auf Einrichtung einer städtischen Geflügelzucht . . . . .	" 34
14. Antrag Steinede auf ungeäumten Abschluß von Verträgen auf Lieferungen aus der nächsten Kartoffelernte . . . . .	" 37
15. Antrag Steinede, Hintwirkung auf verstärkten Wildabschuß in den herrschaftlichen Forsten betreffend . . . . .	" 38

16. Antrag <b>Geitzen</b> auf Regelung der Lebensmittelversorgung, betreffend:	
a) die Einrichtung eigener städtischer Verkaufsstellen zur Verteilung der knappen Lebensmittel . . . . .	Seite 41
b) den Verkauf etwa zurückgehaltener Fleisch- und Fettwaren . . . . .	" 41
c) Einführung einer schärferen Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte . . . . .	" 41
d) ein Verbot auf Vorausbestellungen von Fleisch und Fleischwaren . . . . .	" 41
e) Einführung einer Fleischkarte . . . . .	" 41
f) Anordnung des Verkaufs knapper Lebensmittel über den Ladentisch . . . . .	" 41
17. Anfrage <b>Wesemeier</b> , betreffend die Befreiung der Offiziere von den Gemeindesteuern . . . . .	" 45
18. Antrag <b>Wesemeier</b> , betreffend Hinwirkung auf reichsgesetzliche Verpflichtung landwirtschaftlicher Betriebe zur Viehwirtschaft . . . . .	" 49
19. Bewilligung von erhöhten Mitteln für Nahrungsmitteluntersuchungen . . . . .	" 51
20. Antrag <b>Steincke</b> auf Abgabe von Brotzusatzarten an Brotgeld empfangende Militärpersonen. . . . .	" 53

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte von **Franckenberg**, **Heymann**, **Mohr**, **Schöttler**, **Seele**, **Wagner** und Stadtbaurat **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Dr. Boge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**. Außerdem entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Bues** und **Kruse**.

## 1. Wahl des Vorsitzenden, des Protokollführers und ihrer Stellvertreter.

Altersvorsitzender **Meyerhoff**: Ich erlaube mir, als Altersvorsitzender die Sitzung zu eröffnen.

Meine Herren, wir stehen heute als Vertreter der Stadtgemeinde schon wieder als Leidtragende bei einem Trauerfall. Wenn über die Männer aus unserer Stadtverwaltung in derselben Weise, wie unser Herrgott jetzt beschlossen hat, von ihm verfügt wird, so ist es unser Teil, die Schickung geduldig zu ertragen. Wir betrauern heute den Verlust unseres früheren Kollegen, des Magistratsmitgliedes **Julius Konegen**, der in beiden Stellungen mit Eifer und Erfolg für unsere Stadt gearbeitet hat. Es war mir vergönnt, dem Herrn Stadtrat Konegen in der Sektion der Nordwestdeutschen Berufsgenossenschaft nahestehen und sein biederes, lauterer Herz und seine große Opferfreudigkeit kennenzulernen, und auch viele unter Ihnen, meine Herren, werden ihn in seinem rastlos tätigen, an Erfolgen reichen Leben kennengelernt haben. Sie alle werden mir zustimmen, wenn ich sage: Es ist ein schwerer Verlust, den die Stadt durch seinen Heimgang erleidet; sein Wirken wird bei uns unvergessen bleiben. Möge es uns gelingen, für **Julius**

Königen einen würdigen Nachfolger zu gewinnen. Sie aber bitte ich, meine Herren, sich zum ehrenden Andenken an den Verstorbenen von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Ich danke Ihnen, meine Herren.

Punkt 1 der Tagesordnung betrifft zunächst die Wahl des Vorsitzenden. Ich bitte, Vorschläge zu machen.

Stadtv. **Schön:** Ich schlage vor, die Angelegenheit ebenso zu ordnen, wie wir es im vorigen Jahre getan haben. Die Herren erinnern sich, daß wir während der Kriegszeit möglichst Abstand davon genommen haben, in Neuwahlen einzutreten, sondern daß wir uns darauf beschränkten, die früheren Inhaber der Ämter wiederzuwählen und für diejenigen Herren, die ins Feld ziehen mußten, Ersatzmänner zu bestellen. Wir haben die Wahl des Vorsitzenden in der Weise geordnet, daß wir den bisherigen Vorsitzenden, Herrn Dr. Wolters, nominell als ersten Vorsitzenden wiedergewählt haben und als Ersatz dafür während der Kriegszeit Herrn Hartung. Als Ersatzmann für den zweiten Vorsitzenden, Herrn Dr. Voge, haben wir den jeweiligen Altersvorsitzenden gewählt. Bei diesen Wahlen wurde ausdrücklich vorbehalten, wie auch bei alle den übrigen Wahlen, daß nach Beendigung des Krieges in regelrechte Neuwahlen eingetreten werden sollte. Ich bitte Sie, die Wahl auch diesmal in derselben Weise zu erledigen, und beantrage Wiedewahl des Herrn Hartung und des jeweiligen Altersvorsitzenden durch Zuruf.

Altersvorsitzender **Meyerhoff:** Sind andere Vorschläge zu machen? — Es scheint nicht so. Dann bitte ich die Herren, die den bisherigen Vorsitzenden Hartung wiedergewählen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Herr Hartung ist als Vorsitzender gewählt. Ich frage Herrn Hartung, ob er die Wahl annimmt.

Stadtv. **Hartung:** Ich danke den Herren für das Vertrauen und nehme das Amt an.

Der wiedergewählte Vorsitzende übernimmt den Vorsitz.

Vorsitzender **Hartung:** Es würde dann die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden für die Zeit der Stellvertretung zu erfolgen haben. Es ist auch da vorgeschlagen, den Altersvorsitzenden für dieses Amt wiederzuwählen. Wird irgendein anderer Vorschlag gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Herren, die dem Vorschlage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Auch dieser Vorschlag ist angenommen.

Sodann müßte die Wahl des Protokollführers erfolgen. Es war das bisher Herr Stadtssekretär Brandes und sein Stellvertreter der

Magistratssekretär R ü h n e. Ich nehme an, daß der Vorschlag der Wiederwahl sich auch auf die Genannten erstrecken soll.

Die Versammlung wählt in gleicher Weise wie vorher die beiden Genannten als Protokollführer und als dessen Stellvertreter.

## 2. Antrag Steinbrecher, die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts in den Schulen durch die Geistlichen betreffend.

Stadtv. Helle: Der zur Beratung vorliegende Antrag Steinbrecher lautet folgendermaßen: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, beim Herzoglichen Staatsministerium vorstellig zu werden, damit die vom Herrn Minister im Landtage in Aussicht gestellten Bestimmungen über die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts durch die Geistlichen im Interesse der Schule unterbleiben.“ Herr Steinbrecher hat sich zu dem Antrage veranlaßt gesehen, nachdem im März in den Landtagsverhandlungen seitens des Herrn Abgeordneten Strube die Frage der Aufsicht über den Religionsunterricht durch die Geistlichen wieder aufgerollt worden war. Der Herr Staatsminister hat im Anschluß an diese Diskussion seine Ansicht über die Verpflichtung und Berechtigung des Konsistoriums zum Erlaß dieser Vorschriften geäußert und dann versucht, mit weiteren Maßnahmen darüber zu warten, bis die Zeit dafür Gelegenheit böte. In der Schulkommission haben wir nach eingehender Erörterung der Frage unsere Stellung zu dem Antrage dahin genommen, daß wir uns sagten: Die Kommission wird nach dieser Erörterung eine Zustimmung zu dem Antrage nicht geben können. Wir haben daher beschlossen, die geehrten Herren zu ersuchen, der Annahme folgender Erklärung zu dem Antrage Steinbrecher zuzustimmen:

„In Übereinstimmung mit dem Antragsteller hält die Stadtverordnetenversammlung eine durch Ortsgeistliche ausgeübte, neben der Fachaufsicht hergehende Beaufsichtigung des Religionsunterrichts in den hiesigen evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen für entbehrlich, wegen der unausbleiblichen Reibungen in hohem Maße für bedenklich und einer gedeihlichen Unterrichts- und Erziehungstätigkeit für abträglich.“

Der Herr Antragsteller hat erklärt, er sehe seinen Antrag durch Annahme dieser Erklärung als erledigt an. Die Kommission bittet, der Erklärung zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt der Abgabe dieser Erklärung zu.

---

**Vorsitzender:** Ich habe zu bemerken, daß eine Reihe dringlicher Anträge eingegangen ist.

Zunächst ein Antrag von Herrn Stadtv. G e n z e n , unterstützt durch eine genügende Anzahl Kollegen, mit folgenden Worten:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Anbetracht der zur Zeit auf fast allen Gebieten des Lebensmittelmarktes herrschenden Teuerung den städtischen Zuschuß für Kriegerfamilien auf 100 Prozent der Staatsunterstützung zu erhöhen.

Die Unterstützung der Arbeitslosen ist in Höhe der von Reich und Gemeinde den Kriegerfamilien gewährten Sätze zu zahlen.“

Ferner von Herrn S t e g m a n n ein Antrag, ebenfalls genügend unterstützt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zur Herstellung kräftiger warmer Speisen für die minderbemittelten Einwohner schnellstens in den verschiedenen Stadtbezirken Stadtküchen einzurichten oder fahrbare Küchen anzuschaffen und von diesen aus das Essen zum Selbstkostenpreis abzugeben.“

Sodann ein genügend unterstützter Antrag des Herrn S t e i n e d e :

„Ich bitte zu beschließen, daß der Magistrat zur Gewinnung billiger Eier in kürzester Frist eine Geflügelzucht einrichten läßt.“

Weiter ein genügend unterstützter Antrag von demselben Herrn:

„Bitte ergebenst, zu beschließen, daß der Magistrat ungesäumt wegen der diesjährigen Kartoffelernte mit Lieferanten Verträge schließt, damit die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln rechtzeitig sichergestellt wird.“

Noch ein Antrag von demselben Herrn, ebenfalls genügend unterstützt:

„Mit Gegenwärtigem bitte ich zu beschließen, daß der Magistrat beim Herzoglichen Staatsministerium darum vorstellig wird, daß zur Vinderung der Fleischnot in den sogenannten herrschaftlichen Forsten wesentlich mehr Wild als bisher zum Abschuß gelangt.“

Von Herrn G e n z e n ist ein von mehr als sechs Herren unterstützter dringlicher Antrag folgenden Wortlauts eingereicht:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

1. die von der Stadtverwaltung mehr als bisher zu beschaffenden Lebensmittel in eigenen städtischen Verkaufsstellen an die Bevölkerung und unter entsprechender gleichmäßiger Verteilung der k u a p p e n Lebensmittel auf den Kopf der Bevölkerung selbst verkaufen zu lassen;

2. zu veranlassen, daß die in den Fleischereien, Konservenfabriken, Lebensmittelgeschäften und sonstwie zurückgehaltenen Fleisch- und Fettwaren sofort zum Verkauf gestellt werden;



3. eine schärfere Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte einzuführen;

4. das Annehmen von Vorausbestellungen auf Fleisch und Fleischwaren (auch Wurstwaren), sowie das Zurücklegen und Austragen usw. solcher Waren zu verbieten;

5. die Fleischkarte einzuführen, gegen die allein Fleisch und Fleischwaren abgegeben werden dürfen;

6. anzuordnen, daß der Verkauf von Fleisch und Fleischwaren, der Eier und Butter und knapper Lebensmittel nur über den Ladentisch bzw. in der Markthalle oder auf dem Altstadtmarkt und Eiermarkt aus dem Stande heraus erfolgen darf."

Schließlich habe ich mitzuteilen, daß eine Anfrage des Herrn **Lauer** eingegangen ist, die folgenden Wortlaut hat:

Durch einen wiederholten Erlaß hat der preußische Minister des Innern von **Loebell** im Hinblick auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten den Kommunen nachdrücklichst empfohlen, zur Verpflichtung der minderbemittelten Bevölkerung fahrbare Küchen einzuführen, die für 20 oder 30 Pfennig nahrhaftes warmes Mittagessen liefern.

Ist der Stadtmagistrat geneigt, darüber Auskunft zu erteilen, ob eine Berücksichtigung des bezeichneten ministeriellen Vorschlages auch seitens der Stadt Braunschweig zu erwarten ist?"

Ich werde den Herren Antragstellern und Anfragenden am Schlusse der öffentlichen Sitzung Gelegenheit geben, ihre Anträge bzw. die Anfrage zu begründen, und die Anträge gegebenenfalls zur Beratung stellen.

### 3. Erwerb einer Fläche an der Kreuzstraße.

**Stadtv. Niefe:** Die Besitzerin des Grundstücks Kreuzstraße 66, Frau **Wehrstedt**, hat vor zwei Jahren dort einen Neubau errichtet. Vor diesem Grundstücke liegt noch ein Streifen von etwa einem Meter Breite, der als Straßenterrain an die Stadt abzutreten ist. Da die vorhandene Einfriedigung baufällig geworden ist, stellt Frau **Wehrstedt** jetzt diesen Streifen der Stadt zum Preise von 3,50 *M* für das Quadratmeter zur Verfügung. Die städtische Bauverwaltung hat sich für den Erwerb ausgesprochen, und der Magistrat beantragt, dem stadtseitigen Erwerbe der 38 Quadratmeter großen Fläche zum Preise von 3,50 *M* für das Quadratmeter zuzustimmen. Die Baukommission hat den Antrag geprüft und empfiehlt Ihnen, die Zustimmung zu dem Ankaufe auszusprechen.

Der Ankauf wird genehmigt.

#### 4. Abrechnung über die Kosten der Zustandsetzung verschiedener Straßen.

**Stadtv. Stegmann:** Nach Fertigstellung folgender Straßen: 1. des Hagenscharrn, 2. der Wilhelmstraße zwischen Fallersleberstraße und Steinweg, 3. des südlichen Teiles des Agidienmarktes, 4. der Odastraße, 5. der Schillerstraße zwischen Raabe- und Korfußstraße läßt der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine vom Tiefbauamt ausgefertigte Aufrechnung der entstandenen Kosten zur Kenntniznahme zugehen. Es genügt wohl, wenn ich die Hauptsummen angebe.

Die Arbeiten im Hagenscharrn waren veranschlagt zu 13 200 *M*, ausgeführt sind sie für 10 962,30 *M*. Es sind also 2237,70 *M* weniger verausgabt. Diese Weniger-Ausgabe ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß auf dieser Straße Rasenbeete angelegt sind und dadurch an Steinsetzerarbeiten und Asphalt gespart worden ist.

Die Zustandsetzung der Wilhelmstraße war veranschlagt zu 85 000 *M*, gekostet hat sie 68 067,25 *M*, so daß die Minderausgabe 16 932,75 *M* beträgt. Dies hat seinen Grund darin, daß die Vergebung zu außerordentlich niedrigem Preise hat vorgenommen werden können.

Die Kosten für den südlichen Teil des Agidienmarktes waren veranschlagt zu 22 000 *M*, die Ausführung hat gekostet 21 867,54 *M*, so daß 132,46 *M* weniger nötig waren.

Der Ausbau der Odastraße war mit 13 200 *M* veranschlagt, die Ausführungskosten betrugen 12 922,57 *M*, mithin ergibt sich auch hier eine Weniger-Ausgabe von 277,43 *M*.

Endlich die Arbeiten auf der Schillerstraße. Sie waren veranschlagt zu 16 000 *M*, die Ausführungskosten betrugen 14 882,91 *M*, also 1117,09 *M* weniger als veranschlagt.

Insgesamt haben diese Straßen 20 717,43 *M* weniger gekostet, als im Voranschlage angegeben war, immerhin ein ganz erfreuliches Resultat.

Eine Beschlußfassung über die Abrechnung ist nicht zulässig, die Zahlen sind uns nur zur Kenntniznahme mitgeteilt.

#### 5. Bauliche Aenderungen und Beschaffung von Mobiliargegenständen für das Schlachthaus.

**Stadtv. Busch:** Infolge der Pensionierung des Hallenaufsehers Fricke wird die von ihm benutzte Wohnung im südlichen Verwaltungsgebäude des Schlachthauses frei. Es wird nun geplant, einen Teil der Frickeschen Wohnung der angrenzenden Wohnung des Tierarztes zuzulegen, da sich ergeben hat, daß diese Wohnung des Tierarztes zu klein ist. Ursprünglich hatte man das ganze erste Stockwerk zur Wohnung des Tierarztes bestimmt, aber später glaubte man, daß es

nötig sei, daß noch ein Aufsichtsbeamter auf dem Schlachthausgrundstück wohne, und hat deshalb einige Räume von der Wohnung des Tierarztes abgenommen. Aus dieser Maßnahme aber haben sich Unzuträglichkeiten ergeben: Für einen Arzt mit Familie ist die Wohnung zu klein, und auch für eine einzelne Person hat die Wohnung kaum Raum genug. Es wird nun vorgeschlagen, zwei Zimmer der früher Fricke'schen Wohnung zur Wohnung des Tierarztes hinzuzunehmen und die früher Fricke'sche Küche und Speisekammer zu vereinigen — wie aus dem Plane ersichtlich ist —, das so entstandene Zimmer der Wohnung des zu ebener Erde wohnenden Aufseher's Schnöker zuzulegen, wohingegen dieser von seiner Wohnung unten ein Zimmer abgeben muß, das als Beratungszimmer für den Vorstand der Fleischerinnung und den Schlachthausausschuß benutzt werden soll. Es wird durch diese Umänderungen, wie in der Vorlage gesagt wird, ein Stein des Anstoßes für den Tierarzt beseitigt und zugleich einem seit Jahren gehegten Wunsche des Vorstandes der Fleischerinnung nachgegeben. Die städtische Bauverwaltung hat einen entsprechenden Kostenanschlag ausgearbeitet, wonach die Umbauten sich auf etwa 800 *M* und die Einrichtung des Raumes für die Vorstandssitzungen sich auf etwa 200 *M* belaufen werden. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, sich mit der baulichen Änderung und der Beschaffung der Einrichtungsgegenstände für das Beratungszimmer unter Aufwendung von zusammen 1000 *M* zu Lasten des Kap. IV, 1 der Schlachthauskasse einverstanden zu erklären. Die bauliche Änderung hat natürlich zur Folge, daß die bislang von dem Hallenaufseher Fricke benutzte Wohnung eingeht.

In der Baukommission haben wir uns gestern mit diesem Antrage befaßt und sind zu dem einstimmigen Beschlusse gekommen, ihm zuzustimmen. Ich bitte namens der Baukommission auch Sie, meine Herren, den Antrag anzunehmen.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

---

**Vorsigender:** Ich habe noch nachträglich anzuzeigen, daß sich Herr Stadtv. **Bues** wegen Krankheit und Herr **Kruse** wegen einer Reise für heute entschuldigt haben.

Ferner teile ich mit, daß noch eine Anfrage eingegangen ist von Herrn Stadtv. **W e s e m e i e r** und 7 anderen Kollegen:

„Ist es richtig, daß der Magistrat die aktiven und die seit der Mobilmachung wieder aktiv gewordenen früheren Berufsoffiziere von der Zahlung der Gemeindesteuern befreit hat? Auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmung hat der Magistrat diesen Steuererlaß, ohne die Stadtverordneten zu fragen, verfügt?“

Sodann habe ich noch anzuzeigen, daß ein Schreiben vom **V o r b e r e i t e n** den **A u s s c h u ß** des **M i t t e l l a n d k a n a l s** eingegangen ist, des Inhalts:

„Wir teilen ergebenst mit, daß ein Mittellandkanalausfluß für die Stadt Braunschweig in der Bildung begriffen ist. (Ich kann mitteilen, daß mittlerweile die Gründung vollzogen ist.) Den Entwurf der Satzungen gestatten wir uns in 10 Stücken beizufügen. Euer Hochwohlgeboren würden wir dankbar sein, wenn Sie die Güte haben würden, den Herren Stadtverordneten von unserer Vereinigung Kenntnis zu geben und ihnen unsere Bitte zu übermitteln, soweit sie den Zwecken der Vereinigung Interesse entgegenbringen, ihr beizutreten.“

Ich will diesem Ersuchen damit entsprochen haben. Es ist das zweifellos eine Sache, die von höchstem Interesse für die Stadt ist. Die Herren, die sich dafür interessieren, mögen von den hier ausliegenden Satzungen Kenntnis nehmen.

Weiter ist eingegangen ein Schreiben des Nationalen Arbeitsausschusses, das darauf hinausgeht, die Stadt Braunschweig möge die vollständige Sonntagsruhe einführen, und ein Schreiben des Ausschusses für völlige Sonntagsruhe mit gleichem Inhalt. Ebenso ein Schreiben vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband, Ortsgruppe Braunschweig, mit derselben Bitte.

Ferner ist ein Schreiben von dem Ingenieur Hassé, hier, namens verschiedener Verbände freier Berufe, eingegangen, das darauf hinausläuft, man möge, um der Notlage dieser Kreise der Bevölkerung entgegenzuwirken, allen Beamten und Angestellten der Stadt verbieten, außeramtliche Nebenbeschäftigung auf ihren Berufsgebieten gegen eine ihnen selbst zufließende Zahlung zu übernehmen, um so zu verhindern, daß den Bittstellern durch diese Beamten Konkurrenz gemacht würde.

Von allen diesen Eingaben ist ein zweites Exemplar auch an den Magistrat gegangen. Unserer Gepflogenheit entsprechend werden wir also abzuwarten haben, welche Stellung der Magistrat dazu einnimmt.

## 6. Erstattung von Umzugskosten.

Stadtv. **Steinbrecher**: Es handelt sich um die Umzugskosten für den von Helmstedt nach hier verzogenen Herrn Schuldirektor Dr. Appuhn im Betrage von 531 *M.*, sowie um Rückerstattung der von jenem Herrn für seine Wohnung in Helmstedt für das laufende Vierteljahr gezahlten Miete im Betrage von 243,75 *M.* Der Magistrat beantragt, diese beiden notwendigen Ausgaben dem Herrn zu erstatten, und auch die Schulkommission bittet, die Rückerstattung durch die Stadt zu genehmigen.

Der Rückerstattung dieser Kosten wird zugestimmt.

## 7. Einrichtung einer besonderen Hilfsklasse bei der Hilfsschule.

Stadtv. **Frede:** Den Herren ist bekannt, daß die hiesige Hilfsschule eingerichtet ist, um schwach befähigten Schülern Gelegenheit zu einer Ausbildung zu geben, die sie auf den Bürgerschulen nicht bekommen können. Die Aufnahme in die Hilfsschule vollzieht sich in der Weise, daß die Kinder, die dem Unterrichte in den Bürgerschulen nicht folgen können, nach einem zweijährigen Besuche einer unteren Klasse dieser Schulen durch einen Prüfungsausschuß geprüft werden. Dieser Prüfungsausschuß ist begreiflicherweise auf Grund der einmaligen Prüfung nicht in der Lage, ein endgültiges Urteil über diese Schüler abzugeben. Es ergeben sich, nachdem die Schüler der Hilfsschule zugeführt worden sind, manchmal Resultate, die es angezeigt erscheinen lassen, gewisse Kinder nach Erkerode zu schicken. Für die weitere Beobachtung dieser zweifelhaften Schüler ist nun eine Vorklasse in der Hilfsschule eingerichtet, und im Laufe eines Jahres ergibt sich dann, ob die Schüler der Hilfsschule zugewiesen werden können, oder ob sie nach Erkerode übergeführt werden müssen. Wenn sich die letztere Notwendigkeit ergibt, so ist meist mit einem erklärlichen Widerstande der Eltern zu rechnen, denn es ist durchaus zu verstehen, daß in einer solchen Maßnahme etwas Betrübendes und Unangenehmes für die Eltern liegt. Darum hat der Schulvorstand erwogen, ob nicht durch eine andere Maßnahme bewirkt werden könnte, daß auch diese sehr schwach befähigten Schüler hier in der Hilfsschule bleiben können. So hat sich der Schulvorstand entschlossen, eine Hilfsklasse für die ganz schwach befähigten Schüler ins Leben zu rufen. Es würde nun die Frage sein, ob eine solche Einrichtung heute endgültig beschlossen werden könnte. Es würde dazu nötig sein, daß eine passende Lehrkraft zur Verfügung steht. Das ist unter den heutigen Zuständen schlechterdings nicht gut möglich. Man würde die Lehrkraft den Lehrern der Hilfsschule entnehmen müssen und dann von den Bürgerschulen wieder einen Lehrer der Hilfsschule zuführen. Aber es ist heute eine zu kleine Zahl von Bewerbern vorhanden. Der Magistrat schlägt deshalb vor, die fragliche Hilfsklasse vorläufig nur versuchsweise einzurichten und den Unterricht dort nebenamtlich erteilen zu lassen. Neben dem Unterrichte wird die angemessene Beschäftigung der Kinder in den Werkstätten und im Schulgarten der Hilfsschule von besonderer erziehlicher Bedeutung sein.

Die durch diese provisorische Einrichtung erwachsenden Kosten sind zu jährlich etwa 1800 *M* geschätzt. Der Magistrat gibt anheim, der versuchsweisen Einrichtung der Hilfsklasse zuzustimmen und die Kosten von jährlich 1800 *M* zu bewilligen. Die Schulkommission ist der Meinung, daß die Einrichtung einer solchen Hilfsklasse sich als notwendig erwiesen hat, und beantragt, die Ausgabe der genannten Summe dafür zu genehmigen.

Der Einrichtung wird zugestimmt, und die Mittel dafür werden bewilligt.

## 8. Statut über das Einsperren von Tauben.

Stadtv. **Meyerhoff:** In einem Schriftstück, das den Stadtverordneten vom Stadtmagistrate zugesandt ist, macht der Magistrat darauf aufmerksam, daß das Statut Nummer 51 über das Einsperren von Tauben mit dem 31. Dezember vorigen Jahres außer Kraft getreten ist, und bittet, da der Krieg fortbauert, dem Erlasse eines neuen Statuts in veränderter Fassung zuzustimmen. Das neue Statut soll nicht wieder nur ein Jahr laufen, sondern sozusagen für immer gelten, damit nicht alle Jahre ein neues Statut erlassen zu werden braucht. Ich erlaube mir, die Fassung des neuen Statuts vorzulesen.

„Auf Grund des § 2 des Landesgesetzes vom 26. März 1870 Nummer 33 und der Städteordnung vom 18. Juni 1892 Nummer 32 wird folgendes Statut erlassen:

§ 1. Der Stadtmagistrat wird ermächtigt, mit Zustimmung der Herzoglichen Polizeidirektion den Besitzern oder Haltern von Tauben vorzuschreiben, daß sie diese im Frühling oder im Herbst eine Zeitlang einsperren.

Die Sperrzeit ist durch das Amtsblatt bekanntzumachen; sie darf jedesmal 1½ Monat nicht übersteigen.

§ 2. Für Briestauben darf die Einsperrung nur für die ersten zehn Tage der gemäß § 1 Absatz 2 festgesetzten Zeiten angeordnet werden.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund dieses Statuts erlassenen Anordnungen werden, soweit nicht auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, nach § 18 III Ziffer 18 des Landesgesetzes, betreffend die Bestrafung der Polizeiübertretungen, vom 23. März 1899 Nummer 27 mit Geldstrafe bis zu 60 *M* oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.“

Mit den in § 2 genannten 10 Tagen für die Einsperrung der Briestauben sind die Saatzeiten berücksichtigt.

Die Statutenkommission hat sich mit der Materie befaßt und gibt Ihnen durch mich Genehmigung des Statuts anheim.

Eine weitere Besprechung findet nicht statt, und die Versammlung genehmigt das Statut im ganzen.

## 9. Bildung eines Ernährungsausschusses.

Stadtv. Dr. **Landauer:** Die Vorlage des Magistrats über diese Sache lautet:

„Die Schwierigkeiten in der Frage der Volksernährung, die mit den Kriegsverhältnissen zusammenhängen, legen uns den Wunsch nahe, durch einen mit entsprechenden Befugnissen ausgestatteten *Verwaltungsausschuß* die Möglichkeit rascher, sachgemäßer Entschließungen herbeizuführen, den Ein- und Verkauf von Lebensmitteln zu veranlassen und gemeinnützige Einrichtungen treffen zu lassen.

So sehr sich die Mitarbeit des verstärkten Finanzausschusses bewährt hat, und so wichtig der Beirat der städtischen Preisprüfungsstelle und ihrer vier Unterausschüsse in dieser Zeit ist, halten wir doch eine kleinere, aus etwa 5 Personen bestehende Körperschaft unter dem Vorsitz eines Magistratsmitgliedes und unter Mitwirkung von vier durch die Stadtverordneten gewählten Beisitzern für das beste Mittel, die an die Verwaltung täglich herantretenden Ernährungsaufgaben befriedigend zu lösen.

An die geehrten Herren richten wir deshalb das ergebene Ersuchen, der Bildung eines Ernährungsausschusses zuzustimmen und vier Mitglieder dafür zu wählen."

Die Statutenkommission hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und empfiehlt Ihnen, den Vorschlag des Stadtmagistrats anzunehmen mit der Änderung, daß statt vier von der Stadtverordnetenversammlung zu wählenden Mitgliedern des Ausschusses sechs Mitglieder von ihr gewählt werden.

Bisher wurden die Geschäfte, die nun der Ernährungsausschuß besorgen soll, von einem Mitgliede des Stadtmagistrats wahrgenommen, dem die Mitglieder des verstärkten Finanzausschusses sowie der Preisprüfungsstellen zur Seite standen. Diese Mitwirkung hat sich als zu weitläufig erwiesen. In der heutigen Zeit, wo die Lebensmittel so knapp sind, und wo sie täglich im Preise steigen, muß sehr schnell eingegriffen werden, wenn ein günstiges Angebot vorliegt. Da nun bei den früheren Verhältnissen eine schnelle Entscheidung kaum möglich war, so mußte der Stadtmagistrat in eiligen Fällen auf eigene Faust handeln, und das hat natürlich eine erhebliche Verantwortung eingeschlossen. Diese Verantwortung will der Stadtmagistrat nicht länger tragen, zumal es sich sehr oft um bedeutende Beträge handelt. Deshalb wird vorgeschlagen, einen mit weitgehendsten Vollmachten ausgestatteten Ernährungsausschuß zu bilden und für ihn in erster Linie Kaufleute, die die nötige Warenkenntnis besitzen und die Bezugsquellen kennen, zu wählen. Die betreffenden Herren brauchen nicht Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu sein, sondern es können ebensowohl Bürger in den Ausschuß berufen werden. Da es sich um sehr schwierige Sachen und mannigfaltige Verhältnisse handelt, so glaubte man in der Kommission, daß es richtig wäre, einen größeren Ausschuß zu bilden, daher der Vorschlag auf Erweiterung des Ausschusses.

Nun wird ja sehr viel davon abhängen, welche Persönlichkeiten in den Ausschuß gewählt werden, und da in öffentlicher Sitzung eine freie Aussprache über die betreffenden Herren nicht gut möglich ist, so empfiehlt die Kommission, daß die Wahl der Mitglieder in nichtöffentlicher Sitzung stattfindet.

Ich beantrage also namens der Kommission, der Vorlage zuzustimmen mit der Abänderung, daß statt vier sechs Mitglieder von der Stadtverordnetenversamm-

lung gewählt werden, und sodann habe ich zu beantragen, daß die Wahl der Mitglieder in nichtöffentlicher Sitzung stattfindet.

**Vorsitzender:** Ich stelle die Sache zur Beratung, zunächst die Frage, ob entsprechend dem Kommissions- und Magistratsantrage ein derartiger Ausschuß eingesetzt werden soll, und ob vier oder sechs Mitglieder des Ausschusses von uns gewählt werden sollen.

**Stadtv. Bunge:** Aus den Ausführungen des Herrn Referenten habe ich vernommen, daß man diesen Ernährungsausschuß doch wohl so recht vom kleinlichen Standpunkte aus einsetzen will. Ich habe mir, als ich davon las, die Einsetzung eines solchen Ausschusses ganz anders gedacht, als das ist, was man jetzt schaffen will, und war der Meinung, man wolle eine Stelle schaffen, von der aus die gesamte Sachlage überschaut werden könnte, von der sachgemäß eingekauft und verteilt werden könnte. Nach den Ausführungen, die jetzt gemacht sind, ist es wieder eine kleine Kommission mit einem Magistratsmitgliede an der Spitze. Der wird wieder zu sehr belastet sein, und dann haben wir dieselbe Geschichte: Es wird eingekauft oder auch nicht eingekauft, und an ein großes Zentralunternehmen, an die zentrale Verteilung aller Lebensmittel wird nicht gedacht. Ließe sich da nicht ein Ausschuß wählen, der neben dem Magistrat mit aller Vollmacht versehen würde, um schnell arbeiten zu können? Auch Unterausschüsse würden notwendig sein, um alle Fragen, die uns in der letzten Zeit beschäftigt haben, zu regeln, alle Mißgriffe, die gemacht sind, zu vermeiden, und so in der Lebensmittelversorgung etwas Regelrechtes zu schaffen. So, wie es war, kann es doch unter keinen Umständen weiter gehen! Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag, wie ihn die Kommission vorschlägt, abzulehnen und uns heute noch andere Vorschläge zu machen. Andernfalls würde ich einen bestimmten Antrag stellen.

**Stadtv. Loeschigt:** Ich bitte, die Frage der Mitgliederzahl in die vertrauliche Sitzung zu verweisen, wo wir über die Wahl der Herren selbst beschließen.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Ich kann erklären, daß es die Absicht des Magistrats ist, einen Ausschuß zu wählen, bzw. wählen zu lassen, der solche Vollmacht hat, wie sie Herr Bunge dem Ausschuß beilegen will. Ich wüßte auch nicht, wie aus der Vorlage des Magistrats das Gegenteil zu entnehmen ist. Es ist aber vielleicht nicht deutlich genug gesagt, daß der Ausschuß eine solche weitgehende Vollmacht haben soll, denn so wie bisher kann der Magistrat die Verantwortung nicht weiter übernehmen — das ist auch schon in der Vorlage ausgeführt. Sie haben den verstärkten Finanzausschuß ermächtigt, ohne jede Grenze des Kredits Summen



im Interesse der Stadt zu bewilligen, aber ehe wir den verstärkten Finanzausschuß zusammenhaben, sind häufig die besten Waren schon wieder anderweit vergeben, und darin liegt nach unserer Ansicht der Schwerpunkt des jetzigen fehlerhaften Systems: es kann nicht schnell genug zugegriffen werden. Wir haben uns noch in den letzten Tagen davon überzeugt, daß wir mit Hilfe des verstärkten Finanzausschusses das Ziel, das wir im Auge haben, nicht erreichen werden, wenn der Ausschuß in seiner Gesamtheit jedesmal erst Beschluß fassen soll, denn es ist bei den heutigen Verhältnissen nicht möglich, daß wir den Ausschuß wegen jeden Ankaufs zusammenberufen und Beschluß fassen lassen. Wir sind heute morgen im Magistrat dahin übereingekommen, Ihnen eine Ergänzung unseres Antrages dahin zu empfehlen, daß dieser zu bildende Ausschuß insbesondere auch die Vollmacht haben soll, Unterausschüsse zu wählen, die möglicherweise nur aus zwei Personen bestehen, und ermächtigt werden soll, im gegebenen Falle sofort zuzugreifen; denn anders können wir heute die nötigen Lebensmittel nicht heranschaffen. Die auch von Herrn Bunge erwähnte Bildung von Unterausschüssen entspricht also unseren Wünschen, und wenn Herr Bunge beabsichtigt, diese Schaffung von Unterausschüssen zu erreichen, so kann ich erklären, daß der Magistrat damit einverstanden ist.

**Stadtv. Bunge:** Nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters hat die Sache für mich ein ganz anderes Gesicht bekommen, und ich glaube, es geht noch mehreren Herren hier so, daß sie die Ausführungen des Herrn Referenten nicht so verstanden haben. Ich bin jetzt befriedigt, und wenn in dieser Weise die Bildung des Ausschusses vorgenommen wird, so glaube ich auch, daß wir andere Zustände werden herbeiführen können.

**Stadtrat von Franckenberg:** Ich halte es für begreiflich, daß Herr Bunge sich in dem Irrtum befunden hat, es handle sich bei diesem Ausschuß auch nur um einen Beirat für den Stadtmagistrat, ähnlich wie bisher die Preisprüfungsstelle, der Herr Bunge als eifriges Mitglied angehört, in ihren vier verschiedenen Ausschüssen als Beirat des Magistrats gewirkt hat. Als wir die Preisprüfungsstelle schufen, haben wir miteinander eingehend die Frage behandelt, ob wir der Preisprüfungsstelle auch ausübende Befugnisse geben wollten. Wir sind davon zurückgekommen, weil wir dann die Genehmigung der Kreisdirektion zu einer besonderen Geschäftsordnung vorsehen mußten, und das erschien uns nicht zweckmäßig. Bei diesem Verwaltungsausschuß aber oder bei dieser „Deputation“, wie sie der Ernährungsausschuß darstellt, haben wir es in der Tat mit einer städtischen Körperschaft zu tun, die mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet ist, die — wie die Vorlage ausdrücklich sagt — die Befugnis haben soll, rasche sachgemäße Ent-

schließungen herbeizuführen, den Ein- und Verkauf von Lebensmitteln zu veranlassen und gemeinnützige Einrichtungen treffen zu lassen. Wenn ich ein Beispiel anführen darf, so ist es gleich ein solches, mit dem wir uns wohl nachher infolge einer Anfrage zu befassen haben werden: Wenn es erwünscht ist, in den verschiedenen Stadtbezirken neue Volkstüchen auf Kosten der Stadt einzurichten, und die Sache so schnell wie möglich auszuführen, so würde der Ausschuß nicht nötig haben, sich in bezug auf die Einzelheiten an den Magistrat und an die Herren Stadtverordneten zu wenden, sondern würde selbständig vorgehen können. Das Beispiel zeigt deutlich, daß wir in dem heutigen schweren Kampfe eine schneidige, sichere, zuverlässige Waffe schaffen wollen, die hoffentlich der Schwierigkeiten besser Herr werden wird, als wir es bisher vermocht haben.

Stadtv. **Diedmann:** Ich habe aus den Ausführungen des Herrn Referenten entnommen, daß die Zahl der Ausschußmitglieder von 4 auf 6 vermehrt werden soll. Das wäre nach meiner Meinung ein großer Fehler. Aber die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters befriedigt mich in vollem Maße, denn es sollen Unterabteilungen gebildet werden, die aus ganz wenigen Mitglieder bestehen können — wenn auch zwei Herren bei Abschluß eines Geschäfts mitunter zu viel sind. Wenn zwei Herren Inhaber eines Geschäfts sind, dann handelt doch der eine der Chefs in dringenden Fällen, wie er es für gut befindet, und der andere wird sich dem unterordnen. Das muß ich offen gestehen: Wenn ein Geschäftsmann so handelte, wie bisher von der Stadt gehandelt ist, dann wird er nie auf einen grünen Zweig kommen, und würden wir weiter so arbeiten, dann würden wir Waren nicht bekommen. Es ist ja nun reichlich spät, um einzukaufen, und besonders, um den Hauptartikel, der das meiste Geld kostet, Fleischwaren, in größeren Mengen einzukaufen. Wenn Sie noch berücksichtigen, daß oftmals die Ware uns nur auf eine halbe Stunde an Hand gegeben ist, so werden Sie mir recht geben, wenn ich sage, daß da unter Umständen schon zwei Herren zu viel sind. Unter solchen Umständen müßte einem Herren, der das volle Vertrauen des Magistrats und der Stadtverordneten genießt, das Recht eingeräumt werden, zu handeln, wie er es für gut befindet. Ich bin mir voll auf der Verantwortung dieses betreffenden Herrn bewußt, es ist für ihn keine angenehme und leichte Position. Aber das nützt alles nichts; wir müssen jemand haben, der da eingreift, damit wir das bekommen, was uns fehlt.

Stadtv. Dr. **Rahlert:** Ich möchte an die bisherigen Ausführungen noch anschließen, daß es mich freut hat, daß der Magistrat in dieser Weise mit einer Vorlage an uns herantreten ist. Es ist notwendig, wie gesagt wurde, daß wir eine Stelle schaffen, welche in der Lage ist, sofort einzugreifen, sobald sich die

nötigen Nahrungsmittel bieten, sie der Bevölkerung zu sichern und wieder abzugeben. Wenn mein Herr Vorredner sagt, daß eine Kommission von vier Mann schon reichlich groß erscheint, und daß unter Umständen selbst zwei Mann schon zu viel seien, so mag das in gewisser Beziehung zutreffen. In der Statutenkommission, in welcher wir diese Sache eingehend beraten haben, mußten wir uns schon zu einer Erhöhung der vorgeschlagenen vier auf sechs entschließen, denn die Materie ist zu groß, die in Frage kommenden Waren zu vielseitig, so daß es nicht möglich wäre, wirklich gut und zuverlässig zu arbeiten, wenn wir nicht genügend sachkundige Herren zur Verfügung hätten. Es ist ja sehr leicht einzurichten, daß, wenn wirklich einmal der Stadt oder diesem Ausschusse Waren oder Fleisch angeboten werden, bei deren Erwerb es auf einen besonders schnellen Entschluß ankommt, eines dieser Mitglieder zugreift. Ich bin fest überzeugt, daß die übrigen Herren dann sofort ihre Zustimmung geben werden. Das würde also keinen Grund bilden, daß wir die Kommission verkleinern, ich bin im Gegenteil schon aus dem Grunde dafür, daß wir die Zahl der Kommissionsmitglieder auf 6 Mitglieder erhöhen, weil sich dadurch die Möglichkeit erhöht, weitgehende Beziehungen anzuknüpfen, mehr Material über das Vorhandensein von Lebensmitteln heranzuschaffen und eine größere Möglichkeit der Beschaffung zu gewinnen. Es ist in der Kommission weit gesucht worden, um Personen herauszufinden, die neben den nötigen technischen und Warenkenntnissen auch die geschäftlichen Verbindungen haben oder erwarten lassen. Es ist unbedingt notwendig, eine Anzahl vertrauenswürdiger Personen zu finden, die diesen Anforderungen in jeder Weise gerecht werden. Ich möchte deshalb die Annahme der Kommissionsvorschläge der verehrten Versammlung warm empfehlen.

**Stadtv. Diedmann:** Ich bemerke eben aus den Ausführungen des Herrn Dr. Kahlert, daß ich mich nicht ganz klar ausgedrückt haben muß. Selbstverständlich sind meine Ausführungen so zu verstehen, daß ich nur für jedesmal einen Artikel wünsche, daß dort nur einer handeln dürfe. Da die Lebensmittel mannigfaltig sind und man das eine nicht mit dem andern verquicken kann, so ist es selbstverständlich notwendig, daß mehrere Herren gemeinschaftlich die gesamten Einkäufe bewerkstelligen. Ich möchte nur das eine hervorheben: Es muß dem einzelnen so viel Bewegungsfreiheit gegeben werden, daß er auch in der Lage ist, allein kaufen zu können; er kann nicht jedesmal warten, bis die anderen fünf oder sechs Herren zusammengerufen sind.

**Vorsitzender:** Es liegt nur ein abweichender Antrag von der Magistratsvorlage vor: die Erhöhung der Zahl der Mitglieder von 4 auf 6.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Der Magistrat bittet, diesen Ausschuß mit der Vollmacht zu versehen, daß er Unterausschüsse bilden kann. Ein solcher kann unter Umständen sogar aus nur einer Person bestehen.

**Vorsitzender:** Ich bitte diejenigen Herren, die dafür sind, den Ernährungsausschuß mit der eben angeführten Befugnis einzusetzen, und zwar bestehend aus sechs Personen. . . .

**Stadtv. Wesemeier** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, die Abstimmung so vorzunehmen, daß die Entscheidung über die Zahl der Personen auch in die vertrauliche Sitzung verschoben wird.

**Vorsitzender:** Es wird dagegen nichts einzuwenden sein. Ich bitte nun die Herren, die dafür sind, daß ein Ernährungsausschuß, dessen Mitgliederzahl noch vorbehalten bleibt, eingesetzt wird, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Soweit ich sehe, ist die Einsetzung einer solchen Kommission von der Versammlung einstimmig angenommen.

**Vorsitzender:** Es liegt noch ein Punkt vor, der von der Finanzkommission vorberaten ist, und dessen Erledigung wünschenswert ist. Ich bitte Herrn Frede, darüber zu berichten.

## 10. Weitere Ausbildung eines Zögling der Blindenanstalt.

**Stadtv. Frede:** Die Herren haben sich schon früher mit der Person dieses Blinden beschäftigt. Es ist der Zögling der hiesigen Blindenanstalt Hermann Bolle, der das Unglück hatte, daß er bei Ausführung eines chemischen Versuchs in einer hiesigen Bürgerschule um sein Augenlicht kam. Die Eltern machten daraufhin Ansprüche auf dem Klagewege geltend, sind aber abgewiesen. Der Magistrat hat jedoch den Eltern erklärt, daß ihnen die Stadt bei der weiteren Versorgung ihres Sohnes behilflich sein würde. Diese Versorgung hat sich bisher in der Weise vollzogen, daß der Knabe, nachdem er aus dem Krankenhause, wo er auf Kosten der Stadt verpflegt wurde, entlassen war, der Blindenanstalt zugeführt wurde, wo er bis heute geblieben ist. Nach seiner Konfirmation im Jahre 1912 hat er gewerblichen Unterricht bekommen, wie das so üblich ist, besonders aber hat er sich der Musik gewidmet. Er ist darin von dem Inspektor der Blindenanstalt unterwiesen, und dabei hat sich gezeigt, daß die Neigung und Begabung des Schülers auf weitere Beschäftigung in der Musik hinweisen. Infolgedessen hat der Magistrat auf Empfehlung des Herrn Blinden-Inspektors Fischer hin beschlossen, den Zögling einer Anstalt zuzuführen, in der er eine gediegene Ausbildung zum

Organisten erhält. Es ist dazu das fürstliche Konservatorium in Sondershausen in Aussicht genommen. Der Leiter dieses Konservatoriums, der Hofkapellmeister Professor Corbach, hat Hermann Bolle geprüft und schreibt über ihn: „Der heute von mir in musikalischer Hinsicht geprüfte Schüler der Blindenanstalt in Braunschweig besitzt gutes musikalisches Talent. Eine zweijährige Ausbildung an einer Musikhochschule würde genügen, um ihn zu einem tüchtigen Organisten zu machen.“ Die Kosten für diese Ausbildung sind für die zwei Jahre auf zusammen 3000 *M* geschätzt. Der Magistrat beantragt, ihn zur Aufwendung dieser Summe ermächtigen zu wollen. Es kämen allerdings zunächst für ein Jahr nur 1500 *M* in Betracht, es liegt aber in der Natur der Sache, besonders nach diesem Gutachten, daß damit zu rechnen ist, daß die zweiten 1500 *M* auch nötig sind. Die Finanzkommission ersucht die Versammlung, ihre Genehmigung zur Aufwendung der 3000 *M* zu erteilen.

Die verlangten Mittel werden bewilligt.

**Vorsigender:** Es ist noch eingegangen ein Antrag des Herrn W e s e m e i e r, genügend unterstützt:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, beim Herzoglichen Staatsministerium dahin vorstellig zu werden, daß dieses beim Bundesrat und der Reichsregierung beantragt, die größeren viehlos wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe zur Einführung der Viehwirtschaft je nach der Größe des Betriebes gesetzlich anzuhalten.“

Wir stehen am Ende der öffentlichen Sitzung und es würden nun die verschiedenen Anträge, die im wesentlichen sich auf die Ernährungsfrage beziehen, zur Beratung kommen können. Nach der Reihenfolge der von mir vorhin vorgenommenen Verlesung ist der erste der Antrag Genzen.

## 11. Antrag Genzen, betreffend Erhöhung des städtischen Zuschusses für Kriegerfamilien, ebenso der Arbeitslosenunterstützung.

Wortlaut des Antrages siehe S. 5.

Stadtv. **Genzen** (zur Begründung): Schon gelegentlich der Etatsberatung im März habe ich im Auftrage meiner Freunde den Wunsch ausgesprochen, der Magistrat möge uns eine Vorlage unterbreiten, wonach die Unterstützung für die Kriegerfamilien erhöht wird. Leider ist der Magistrat dem nicht nachgekommen. Deshalb hielten wir es für unsere Pflicht, jetzt diesen Antrag einzubringen. Wir sagten uns, daß es bei den jetzigen Preisen der Lebensmittel nicht möglich ist, mit den jetzt gewährten Sätzen von 22,50 *M* für den Erwachsenen und 11,25 *M* für

das Kind eine Familie ernähren zu können. Was ist denn die Folge der schlechten Ernährung infolge der zu geringen Sätze? Unausbleiblich die Unterernährung. Wer die Kriegerfrauen heute sieht — und es war Gelegenheit, sie zu Hunderten, ja zu Tausenden gestern auf dem Hagenmarke zu sehen —, der merkt es ihnen an: Es sind, wie man in Braunschweig sagt, Marmeladengesichter geworden. Sie alle wissen, daß die Lebensmittel samt und sonders kolossal teuer geworden sind, daß es nicht möglich ist, daß diese Frauen sich und ihren Kindern etwas anderes leisten können als Marmelade und Kartoffeln. Das ist ihre Speise von morgens bis abends spät. Wir meinen, daß die Kommune die Verpflichtung hat, dafür zu sorgen, daß die Angehörigen derjenigen, die im Schützengraben mit ihrem Leben das Vermögen des Vaterlandes beschützen müssen, nicht am Hungertuche nagen müssen. Bei den heutigen Sätzen ist das gar nicht anders denkbar.

Nach den monatlichen Übersichten von Calwer über die Lebensmittelpreise sind die Preise um 64 Prozent gestiegen. Calwer rechnet aus, daß eine Familie von vier Köpfen — zwei Erwachsene und zwei Kinder — pro Woche 43,40 *M* aufwenden müsse, um sich einigermaßen so ernähren zu können, wie es der Staat für notwendig hält, die Marinesoldaten zu ernähren. Rechnen wir einmal aus, was die Stadt Braunschweig für notwendig hält für eine Frau und ein erwachsenes und zwei Kinder unter 15 Jahren. Es werden ihnen 74 *M* pro Monat gewährt, während Calwer ausrechnet, daß eine derartige Familie 43 *M* pro Woche bloß für die Ernährung haben muß; von jenen 74 *M* aber muß die Kriegerfrau noch für Bekleidung, Schuhzeug usw., ja noch für einen Teil der Miete sorgen. Die Stadt hat im Nationalen Frauendienst und im Mieteinigungsamt sogenannte Notsätze zugrunde gelegt, und da wird vorgerechnet, daß eine Frau mit 23 *M* pro Monat sich ernähren muß, ein Kind unter 12 Jahren mit 14 *M*. In anderen Städten wird mit weit höheren Sätzen gerechnet. So rechnet Köln das Existenzminimum auf 100 *M* im Monat für eine solche Familie; andere Städte gewähren auch bedeutend höhere Unterstützungen. Braunschweig zahlt für eine alleinstehende Frau 22,50 *M*, für eine Frau mit einem Kinde 33,75 *M*, für eine Frau mit zwei Kindern 45 *M*. Chemnitz dagegen bewilligt für die Frau allein 26 *M*, für die Frau mit einem Kinde 36 *M*, für die Frau mit zwei Kindern 46 *M* und außerdem noch 3 *M* pro Kopf Sonderzulage. Erfurt gewährt für die Frau 27 *M*, für die Frau mit einem Kinde 40,50 *M*, für die Frau mit zwei Kindern 54 *M*. Die entsprechenden Sätze für Mannheim sind 27 *M*, 40,50 und 54 *M*, in Köln, 30, 45, 60 *M*. Dazu gibt letztere Stadt noch 6 bis 12 *M* Extra-Teuerungszulage. Düsseldorf zahlt für die Frau 33 *M*, für die Frau mit zwei Kindern 60 *M*, Bochum 33 *M* für die Frau, 47 *M* für die Frau mit einem Kinde, 61 *M* für die Frau mit zwei Kindern. In Elberfeld-Barmen sind die Sätze 34,50, 48 und 61 *M*, dazu noch als Zuschlag 10 Prozent für Bekleidung und 2 *M* pro Kopf

als Teuerungszulage, so daß dort eine Frau mit zwei Kindern 73,60 *M* bekommt. In Wiesbaden erhält die Frau 37 *M*, die Frau mit zwei Kindern 67 *M*, in Halle die Frau 39 *M*, die Frau mit einem Kinde 50,50 *M*, die Frau mit zwei Kindern 62 *M*. In Mainz sind 44, 57,50 und 71,40 *M* als Unterstützung festgesetzt. Bedenken Sie den Unterschied: Braunschweig 45 *M*, Mainz 71,40 *M*! Ich behaupte, daß es heute auch nicht einmal mit je 71,40 *M* möglich ist, die Familie von einer Frau und zwei Kindern einigermaßen anständig zu ernähren, aber wie es möglich sein soll, mit 45 *M* eine Frau und zwei Kinder zu ernähren, ist ein Geheimnis des Magistrats. Die Kommune als solche hat jedenfalls die Verpflichtung, wenigstens einigermaßen anständig dafür zu sorgen, daß die Angehörigen unserer Krieger vor dem äußersten Hunger geschützt sind. Was denken Sie, welchen Eindruck und welchen Kummer es bei den Familienvätern auslösen muß, wenn sie von Hause Briefe bekommen, daß derartige Zustände hier herrschen, daß Braunschweig als Dank für die Hingabe usw. die Familie mit einem derartigen Bettelpfennig abstrahlt? Wir sind tatsächlich verpflichtet, höhere Sätze zu gewähren, und diese Verpflichtung haben wir dahin zusammengefaßt, daß wir beantragen, den städtischen Zuschuß für die Kriegerfamilien auf 100 Prozent der Staatsunterstützung zu erhöhen.

Auf eins möchte ich hier gleich noch aufmerksam machen. Man könnte sagen: Die genannten Sätze stellen nur das bare Geld dar, das die Stadt Braunschweig zahlt. Deshalb will ich gleich jetzt anführen, daß — soweit ich feststellen konnte — alle die von mir genannten Städte außer dieser baren Unterstützung, teilweise durch den Nationalen Frauendienst, teilweise durch das Rote Kreuz, aber immer mit Hilfe des Magistrats, Naturalien und Bekleidung gewähren, auch Mietunterstützungen, einige Städte noch höhere Mietunterstützungen als Braunschweig. So zahlt z. B. die Stadt Halle Mietunterstützungen von 24 bis 75 *M* pro Quartal; hier werden höchstens 40 *M*, in Ausnahmefällen 40 bis 50 *M* gewährt. Bochum zahlt die Miete bis zu 75 Prozent. Die Hauswirte sind allerdings in manchen Städten gezwungen, einen Teil der Miete zu erlassen, was hier allerdings auch von den Hauswirten gewünscht wird, aber kein Zwang ist.

Ich möchte Sie ersuchen, diesem unserem Antrage stattzugeben. Überlegung kann es doch nicht mehr geben; alle unsere Einwohner spüren es ja am eigenen Leibe, wie schwer es ist, eine Familie heute zu ernähren, wieviel man heute dafür ausgeben muß. Es ist nicht mehr als unsere verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, daß wir dafür eintreten, daß die Angehörigen der Kriegerfamilien wenigstens einigermaßen sichergestellt werden.

**Oberbürgermeister Netemeyer:** Daß diese Frage von der allergrößten Bedeutung ist, erkennt selbstverständlich auch der Magistrat an. Aber abgesehen von

diesem Dringlichkeitsantrage sind noch mehrere gestellt, die eine ähnliche Bedeutung haben. Ist es nun wohl richtig, daß über alle diese wichtigen Fragen ohne jede Kommissionsberatung beschlossen werden soll? Würde es nicht richtig sein, meine Herren, daß Sie heute sich dahin schlüssig machen, daß binnen kurzer Frist — sagen wir meinetwegen am nächsten Montag — über diese Fragen in der Vollversammlung beraten werden soll, so daß die Kommission diese Beratung erst vorbereiten kann und Sie also erst nach einer gründlichen Vorbereitung Beschluß fassen? Ich glaube, es liegt im Interesse der Sache, daß eine gründliche Vorberatung stattfindet, wie sie in der Vollversammlung nicht stattfinden kann. Herr Genzen hat z. B. Zahlen angeführt, und es ist nicht möglich, sie hier ohne weiteres nachzuprüfen.

**Vorsitzender:** Es würde zunächst die Frage zu entscheiden sein, ob der Antrag als dringlich anzusehen ist.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Ich glaube, das hängt allerdings mit davon ab, ob die geehrten Herren heute beschließen, alsbald eine neue Sitzung stattfinden zu lassen. Ich erkenne an, wenn die Behandlung vier Wochen auf sich warten lassen würde, so würde das eine zu lange Zeit sein. Wenn aber die Herren beschließen, vielleicht am nächsten Montag eine Sitzung stattfinden zu lassen, dann ist meiner Ansicht nach eine Vorberatung in der Kommission vorzuziehen.

**Vorsitzender:** Es ist wohl angebracht, über die Frage, ob er einverstanden ist, die Beratung in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung vorzunehmen, zunächst den Herrn Antragsteller zu hören.

**Stadtv. Genzen:** Ich wäre mit dem Antrage des Herrn Oberbürgermeisters einverstanden, muß aber erklären, daß der Magistrat die Schuld trägt, daß die Sache noch nicht geregelt ist. Wir haben schon im März angeregt, man möge uns mit einem derartigen Antrage kommen, aber der Magistrat hat sich nicht gerührt. Wenn der Herr Oberbürgermeister heute der Ansicht ist, es sei dies eine wichtige Angelegenheit, dann kann ich mich freuen. Die Sache aber noch um einen Monat zu verschleppen, dazu ist sie zu wichtig. Die Angehörigen der Krieger müßten dann noch einen Monat länger hungern, darauf würde es hinauskommen. Wenn die Versammlung die Erklärung abgibt, daß die Sitzung über diese wichtige Angelegenheit innerhalb einer Woche stattfinden soll, dann bin ich mit der vom Herrn Oberbürgermeister vorgeschlagenen Regelung einverstanden.

**Vorsitzender:** Ich zweifle nicht, daß es der Kommission möglich sein wird, die Beratung über diesen Punkt in dieser Zeit zu Ende zu führen. Es würde sich nun



fragen, ob in derselben Weise die anderen Anträge, die als dringlich angeführt sind, behandelt werden sollen. Von Herrn **Steincke** ist noch ein genügend unterstützter dringlicher Antrag eingebracht, der folgendermaßen lautet:

„Mit heutigem bitte ich zu beschließen, daß der Magistrat den zum Heeresdienst eingezogenen Personen nach Möglichkeit Brotzujagkarten bewilligt.“

Es würde sich also fragen, ob es wünschenswert wäre, daß der Einheitlichkeit wegen mit sämtlichen als dringlich bezeichneten Anträgen in gleicher Weise verfahren werde.

**Stadtv. Stegmann:** Ich halte es nicht für möglich, daß generell beschlossen wird und sämtliche dringliche Anträge bis zur nächsten Sitzung zurückverwiesen werden. Z. B. bedarf mein Antrag bezüglich der Stadtküchen keiner Zurückweisung, und es sind vielleicht auch noch andere vorhanden, bei denen die Verschiebung der Behandlung nicht nötig ist. Ich möchte beantragen, daß bei jedem einzelnen Antrage die Ansicht der Stadtverordnetenversammlung darüber festgestellt wird.

**Vorsitzender:** Ich werde also jeden der Herren Antragsteller fragen, ob er mit der Zurücksetzung der Behandlung einverstanden ist. Herr **Genzen** hat sich damit einverstanden erklärt, daß dieser Antrag erst der Kommission überwiesen und in einer in aller Kürze anzukommenden Stadtverordnetenversammlung beraten werde. Ich überweise den Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung.

## 12. Antrag **Stegmann** auf Einrichtung von Stadtküchen in den verschiedenen Stadtbezirken oder Anschaffung fahrbarer Küchen und

### 12. a) Anfrage **Lauer**, denselben Gegenstand betr.

Wortlaut des Antrages siehe S. 5.

Wortlaut der Anfrage siehe S. 6.

**Stadtv. Stegmann** (zur Begründung): Meine Herren. Es ist Ihnen allen bekannt, daß seit Jahrzehnten in fast allen Städten Volksküchen und sonstige Speiseanstalten bestehen, die hauptsächlich für die ganz arme Bevölkerung, reisende Arme und Stadtarme, gedacht waren. Wir haben gesehen, daß diese Einrichtungen wegen der Kriegsnot wesentlich vermehrt und ausgebaut worden sind und daneben noch eine ganze Anzahl städtischer Einrichtungen auf diesem Gebiete geschaffen worden ist. Zum Teil werden auch diese Küchen, die bisher bestanden haben, jetzt von den Städten unterstützt, um die Bedürfnisse der jetzigen Zeit besser befriedigen zu können. Über die dringende Notwendigkeit zur Einrichtung dieser

Kriegsküchen braucht kaum etwas gesagt zu werden. Der Hauptgrund liegt darin: Nachdem die Millionen unserer Männer im Felde stehen, sind die Frauen aus allen Ständen zu Hunderten und Tausenden in alle möglichen Berufe eingedrungen, sie können ihren Haushalt nicht mehr versehen und selbstverständlich auch kein Mittagessen wie einst bereiten, in vielen Fällen auch nicht des Abends. Ein zweiter Grund liegt in der Lebensmittelsteuerung und in der Knappheit der Lebensmittel, die zum Teil leider auf die Zurückhaltung derselben zurückzuführen ist. Wenn die Anschaffungen für die Küchen im großen gemacht werden und die Speisen im großen hergestellt werden, kann man natürlich besser und billiger wirtschaften, als das im einzelnen Haushalte möglich ist; besonders auf diesem Gebiete ist der Großbetrieb rationell. Was müssen die Frauen an Zeit opfern, um Kartoffeln und Fett zu erkämpfen, und was können sie zusammenbringen? Ich könnte Ihnen Beispiele dafür vorbringen und habe dazu Briefe von hiesigen Frauen bei mir. Es wird jetzt in den Familien ein warmes Essen hergestellt, bei dem von Nährwert keine Rede sein kann, und mit dem Frau, Kind und auch der Mann, der schwer arbeiten muß, sich nur den Magen füllen, um einigermaßen das Hungergefühl loszuwerden. Es ist dringend nötig, daß auf diesem Gebiete etwas geschaffen wird, daß Massen-speisungen vorgenommen werden, daß der Großbetrieb eingreift, bei dem besser gearbeitet werden kann, und wo denen etwas geboten werden kann, die nicht in der Lage sind, selbst Mittagessen zu bereiten.

Ich möchte als Beispiel die Einrichtungen von einigen Städten anführen. In Hamburg sind zur Zeit 67 Kriegsküchen in Betrieb, im letzten Winter wurden täglich 60 000 Liter-Portionen abgegeben, die je 100 g Fleisch enthielten. Bei dem Preise von 20 Pfg. für die Portion mußten allerdings im Durchschnitt 15 Pfg. zugelegt werden. Berlin hat die Volksküchen des Vaterländischen Vereins, daneben besteht eine Speisehallengesellschaft, außerdem noch Speiseanstalten vom Roten Kreuz und Bürgerspeisehallen. Diese gaben die Portion zu 25 Pfg. ab, und auch dort wurden je 15 Pfg. zugelegt. In Leipzig hat man die städtische Speiseanstalt. Vor dem Kriege wurden täglich 1670 Portionen abgegeben, in diesem Jahre 15 000 Portionen täglich, insgesamt im vorigen Jahre über 2 Millionen Portionen. Auch dort kostete die Portion mit Fleisch 20 Pfg., ohne Fleisch 12 Pfg. Daneben bestehen 12 Kriegsspeiseanstalten. Auch Mülheim an der Ruhr hat seit 1914 solche Kriegsküchen eingerichtet. Es fing klein an, nur einige hundert Portionen wurden zunächst abgegeben, jetzt werden täglich 2000 verausgabt, 89 Prozent davon erhalten die Kriegerfrauen unentgeltlich. Straßburg hat bessere Speiseanstalten eingerichtet, wo Suppe, Fleisch und Gemüse zu 70 Pfg. von 2—3 und 6—9 Uhr ausgegeben wird. Die Herren wissen wohl, daß in Köln zuerst in Deutschland die Gulaschkanonen zur Speisung der Bevölkerung aufgestellt sind, und zwar seit Anfang Februar. Zunächst waren es nur drei solcher Küchen, die

in den Arbeitervierteln herumfahren und das Essen von 11½—1 Uhr und auch von 6½—8 Uhr abgeben, weil es für viele Arbeiterfamilien besser paßt, abends warm zu essen. Das Liter kostet dort 20 Pfg. Alle diese Anstalten arbeiten mit einem Defizit, das zum Teil durch private Zuschüsse, zumeist aber durch Zuschüsse der Gemeinden gedeckt wird. Charlottenburg, Wilmersdorf und andere Orte haben ebenfalls solche Einrichtungen getroffen. Es ist wohl nicht nötig, daß ich noch weitere Ausführungen über die auswärtigen Einrichtungen mache.

In Braunschweig haben wir in früheren Zeiten die Volksküche gehabt, jetzt ist sie eingegangen. Allerdings stand sie nicht in gutem Ansehen; ich weiß, daß auch die Ärmsten sich sehr über ihre Leistungen beklagt haben, uns nach der Redaktion das Essen gebracht haben, das schanderhaft war. Das hat wohl dazu geführt, daß sie nicht mehr bestehen konnte, trotzdem, wie wir wissen, in unserer ärmsten Bevölkerung keine großen Feinschmecker vorhanden sind. In der Peterfilienstraße befindet sich zwar eine Volksküche, die aber als ein Weilschen, das im verborgnen blüht, zu bezeichnen ist; jedenfalls weiß die große Masse der Arbeiterbevölkerung nichts davon. Es ist Zeit, daß, nachdem die Kriegsverhältnisse bei uns so traurig geworden sind, auch Braunschweig auf dem Gebiete vorgeht. Ich hatte erst die Absicht zu beantragen, solche fahrbaren Küchen, wie sie in Köln eingeführt worden sind, anzuschaffen. Ich sage mir aber: Mit einer oder zwei solcher Küchen, deren Anschaffung erhebliche Geldmittel verschlingt, ist uns nicht gedient; es müßten mindestens fünf bis sechs sein, wenn in der Innen- und Außenstadt Braunschweigs, das ja sehr ausgedehnt ist, rechtzeitig und gleichmäßig verteilt werden soll. Auch weiß man nicht, ob man nach dem Kriege diese fahrbaren Küchen weiter gebrauchen wird, und dann würde sich ein erheblicher Verlust ergeben, der vermieden werden kann. Es ist wohl besser, daß möglichst in allen Stadtbezirken solche Stadtküchen eingerichtet werden, vielleicht, daß die Schulen dazu benutzt werden; es gibt wohl auch sonst Räume dafür, besonders in den Arbeitervierteln, von wo aus sich die ärmere Bevölkerung das Essen holen kann. Ich will mich durchaus nicht darauf versteifen, daß nur das eine oder das andere geschehen soll; es ist mir gleich, ob der Magistrat Stadtküchen oder Gulaschkanonen bevorzugen will, oder ob er beide einführen will. Hauptsache ist mir, daß schnell gehandelt wird.

Wie Sie wissen, sind die Zustände immer schlimmer und die Entbehrungen riesengroß geworden, so daß wir Ursache haben, einzugreifen, wo es nur immer geschehen kann. Es müssen buchstäblich Kämpfe um Beschaffung der notwendigsten Nahrungsmittel geführt werden, nur um etwas Minderwertiges kochen zu können. Am schlimmsten werden die ärmeren Familien davon betroffen. Es ist ja fast nichts mehr zu haben; Fleisch kann sich die große Masse der Kriegerfamilien und die Arbeiter nicht mehr leisten, sie können es nicht bezahlen. Es ist schon so weit gekommen, daß die Arbeiter in der Kriegsindustrie die geforderten Überstunden nicht

mehr machen können, weil sie einfach zusammenklappen. Besonders schlimm sind die unschuldigen Kinder daran, und schon deshalb müßte alles getan werden, um dem Notstande abzuhelpfen. Ich glaube, ich habe nicht nötig, noch viele Worte zu machen; ich bitte, meinen Antrag als dringlich zu behandeln und einstimmig anzunehmen.

**Vorsigender:** Erhebt sich Widerspruch dagegen, daß der Antrag als dringlich behandelt wird? — Das ist nicht der Fall.

**Stadtv. Steinede:** Den vorzüglichen Ausführungen des Herrn Kollegen Stegmann ist nicht viel hinzuzusetzen. Der Vorschlag zur Anschaffung der Gulaschkanonen ist zuerst in unserer Presse aufgetaucht, und besonders haben die Neuesten Nachrichten den Standpunkt der Einführung der Gulaschkanonen mit besonderer Energie vertreten, und das ist ihnen auch zu danken. Ebenso wie von dem verehrten Herrn Vorredner der Antrag auf Einrichtung von Volksküchen eingebracht ist, sollte er auch von bürgerlicher Seite eingebracht werden. Die Anfrage des Herrn Lauer bezweckte dasselbe, was der Herr Vorredner ausgeführt hat.

Nun ist vor allen Dingen — wie ich höre von einem der Herren Kollegen — die Frage aufgeworfen: Wie beschaffen wir denn in dieser schweren Zeit die Waren für die Küchen? Dazu sollte ich meinen: Was in anderen Städten möglich ist, muß auch uns möglich sein. Ich habe am vorigen Sonntage von Herrn Stadtverordneten Knackstedt aus Halberstadt gehört, daß die Stadtverwaltung in Halberstadt wiederholt Angebote von Waren bekommen hat, teilweise in so großem Umfange, daß sie nicht einmal alle Angebote habe annehmen können. Deshalb sollte ich meinen, daß es nicht allzu schwierig sein wird, die nötigen Waren für die Gulaschkanonen herbeizuschaffen; es gibt gewiß Artikel, die noch heute in reichlichen Mengen zu haben sind. Ich denke, daß wir diesen Antrag einstimmig annehmen, und möchte nur noch zur Ergänzung des Antrages einen Vorschlag machen, nämlich in den nächsten Tagen eine *K o m m i s s i o n* nach den nächsten *g r ö ß e r e n* *S t ä d t e n*, vielleicht nach Magdeburg und nach Berlin zu schicken, die die Einrichtungen dort in Augenschein nimmt, denn ich glaube nicht, daß wir bezüglich dieser neuen Einrichtung so im Bilde sind, daß wir schon für die nächsten Tage die Aufstellung von Gulaschkanonen beschließen können. Die Halberstädter Stadtverordneten sind am vorigen Montag in Magdeburg gewesen, haben sich die Einrichtung angesehen und sind davon geradezu entzückt. Ich stelle also den *e r g ä n z e n d e n* *A n t r a g*, eine Kommission aus vielleicht drei Mitglieder zu wählen, die in Magdeburg sowie in Berlin und Vororten die Einrichtungen der dortigen fahrbaren Küchen kennenlernt, um die gesammelten Erfahrungen für Braunschweig zweckentsprechend verwenden zu können.

**Vorsitzender:** Soll diese Kommission dem Magistrat erst Vorschläge machen, oder wollen wir hier über die Sache weiter beraten?

Stadtv. **Steincke:** Es ist nötig, daß so schnell wie möglich etwas geschieht. Meiner Ansicht nach kann im Ernährungsausschuß ein besonderer Ausschuß gewählt werden, der nur in dieser Sache arbeitet.

**Vorsitzender:** Ich halte es für richtig, jetzt Herrn Lauer das Wort zu geben, der eine Anfrage in der gleichen Sache eingebracht hat.

Stadtv. **Lauer:** Als gestern in Braunschweig wieder der Viehabschlag ausgegeben wurde, hatten wir wieder das unerfreuliche Bild der Ansammlung von tausend und mehr Personen auf dem Hagenmarkte. Die sogenannte Gulaschkanne oder die fahrbare Küche ist ganz besonders geeignet, dazu beizutragen, daß solche Ansammlungen, die viele Gefahren in sich schließen, in Zukunft wesentlich vermieden werden. Wenn die rollenden Wagen mit dem fertigen Essen die einzelnen Straßen nacheinander durchfahren, so wird sich die Ansammlung der Menschen nicht auf einen einzigen Punkt der Stadt zusammendrängen. Ich habe wiederholt von hiesigen Kaufleuten gehört, daß in der letzten Zeit bei Einkäufen von Waren eine merklich gestiegene — ich möchte sagen — Gereiztheit bei den Käufern besteht. Die Gründe hierzu liegen sehr nahe, und nicht jeder ist dabei immer sehr wählerisch in seinen Äußerungen. Der Einkauf von Waren wird sich durch Anschaffung von fahrbaren Küchen für viele zum großen Teile erübrigen, und die Gereiztheit, die sich, wie ich gehört habe, mit besonderer Schärfe wiederholt gezeigt hat, würde in Fortfall kommen, da der einzelne fertiges Essen aus der fahrbaren Küche entnehmen könnte.

Die Gründe, die für Anschaffung fahrender Küchen sprechen, die Vorteile dieser Einrichtung, liegen so klar auf der Hand, daß wir ohne weiteres der probeweisen Anschaffung von fahrbaren Küchen nähertreten können. Es ließe sich darüber noch manches sagen, doch müßte ich einiges wiederholen, da die Herren Vorredner die Frage auch schon beleuchtet haben. Besonders zu betonen ist, daß die Anschaffung dieser Küchen eine Förderung der gesamten Volksgesundheit in sich schließt, so daß die Einrichtung auch in dieser Hinsicht als eine segensreiche zu begrüßen ist. Erwähnt ist schon, daß selbst die, die die Mittel hätten, eine schwachhafte und gute Mittagsmahlzeit zu bereiten, das in der Tat nicht immer ausführen können, da viele nicht die Möglichkeit haben, Waren zu bekommen. Leider ist oft in Familien der arbeitenden Bevölkerung der Vater eingezogen, und die Frau muß auf Arbeit gehen. Dadurch erscheint wiederum ein besonders starker Grund, der für die Anschaffung von Volksküchen spricht, und das ist die Familiengemeinschaft.

Sie, die so überaus wichtig ist, kann durch fahrbare Küchen aufrechterhalten werden. So, wie die Sache heute liegt, werden teilweise die Familien auseinandergerissen: Das Kind wird allein zu Hause mit kalten Speisen, so gut es geht, auf die Dauer weiter ernährt, die Frau dagegen hat vielleicht Gelegenheit, in einer Fabrik etwas Warmes zu bekommen, oder sie muß nach einer Volksküche gehen. Dazu gehört manchmal viel Zeit, denn es ist oft ein verhältnismäßig weiter Weg dahin zurückzulegen. Alle diese Gründe sprechen überzeugend für Anschaffung von fahrenden Volksküchen.

Das Risiko, das damit verbunden ist, kann ich mir nicht als so besonders groß vorstellen, denn der Erlös der Volksküchen wird ohne weiteres die Unkosten, die entstehen, in der Hauptsache mit decken. Es würde nur der Anschaffungswert der Küchen in Frage kommen, und der kann nicht so besonders groß sein. Ich sollte meinen, er kann nicht in die Wagschale fallen, wenn man berücksichtigt, was für große Vorteile man in der Tat aus der Anschaffung dieser Volksküchen in dieser schweren Zeit zu erwarten hat. Wenn ein Redner gesagt hat, es würde Nachteile haben, wenn die Volksküchen später in Friedenszeiten nicht mehr benutzt werden können, so ließe sich der gleiche Gedanke auch auf viele andere Einrichtungen übertragen. Wenn man dem Gedanken huldigen wollte, würden wir nicht weiterkommen. Sollten wir das Glück haben, daß sehr bald nach Anschaffung der fahrenden Volksküchen Frieden geschlossen wird, dann werden wir auch über diese kleine Ausgabe noch sehr leicht hinwegkommen.

Der Betrieb der fahrenden Volksküchen muß natürlich einer besonderen Regelung unterworfen werden. Es müßte eine Aufsicht dahin ausgeübt werden, daß die besonders Benötigten und die Notleidenden aus der arbeitenden Bevölkerung besondere Berücksichtigung erfahren. Es hat sich in anderen Städten erwiesen, daß auch Frauen, die nicht in Fabriken arbeiten, die ständig zu Hause sind, auch sehr bald sich diese vorteilhafte Bezugsquelle zunutze gemacht haben, und so kam es dahin, daß die fahrenden Volksküchen nicht in der Lage waren, alle Ansprüche befriedigen zu können. Es zeigt das aber auch, welches große Vertrauen man allseits diesen Küchen bezüglich der Güte ihrer Lieferung entgegenbringt. Nun trifft es zu, daß unser Stadtmagistrat gegenwärtig sehr, sehr überlastet ist. Deshalb wäre es ein Gegenstand der Erörterung, sich darüber klar zu werden, ob nicht vielleicht eine Kommission von drei oder vier Personen gebildet werden könnte, die den Plan der Einführung der Volksküchen weiter prüft und fördert.

Was die Lieferung der Wagen betrifft, so wäre es allerdings nötig, daß etwaige Bestellungen bald gemacht würden. Ich weiß von Magdeburg her, daß die Lieferung der Wagen — es laufen dort acht Wagen — über zwei Monate Zeit benötigt hat. Mangel an Material und Personal ist jetzt überall vorhanden, und das komme auch bei dieser Bestellung sehr zum Nachteile zum Ausdruck. Ich

möchte das alles dahin zusammenfassen, daß es jedenfalls sehr wünschenswert wäre, wenn die Stadt Braunschweig mindestens doch einen Versuch mit der Anschaffung von solchen fahrbaren Küchen machen würde, ja, daß sie es tun mußte. Das Wagnis ist nicht zu groß. Was an Wohltätigkeit in Braunschweig geleistet ist, steht gegenüber mancher größeren Stadt oben an, und vielleicht findet sich ein Wohltäter, der bereit ist, eine Küche auf seine Kosten im Interesse der notleidenden Mitbürger zu beschaffen.

**Vorsigender:** Eine Antwort vom Magistratsrath auf die Anfrage erfolgt nicht. Es bewegt sich ja die Sache auch im Rahmen des eben behandelten Antrages.

**Stadtv. Lauer:** Ich hatte mich zum Wort gemeldet auf Grund des zur Behandlung stehenden Antrages, glaube allerdings, der Herr Vorsigende hat auch gleichzeitig meine Anfrage mit berücksichtigt.

**Stadtrat von Franckenberg:** Wenn es sich jetzt um eine Antwort auf die Anfrage des Herrn Lauer handelt, so kann ich erklären, daß der Magistrat sich mit der Frage der Einrichtung von neuen Volksküchen ebenso wie mit der Frage des Auswendens von fahrbaren Volksküchen befaßt hat. Unsere Absicht war, dem Ernährungsausschuß, der morgen mittag seine erste Sitzung halten wird, Gelegenheit zu geben, in diesem wichtigen Punkte zu zeigen, was er leisten kann. Ich bin überzeugt, daß das die geeignete Stelle sein wird, wo die Sache behandelt werden muß, und wenn sich der Ausschuß bei der Ausführung des Gedankens der Hilfe von erfahrenen Bürgern und Bürgerinnen, deren wir genug in Braunschweig haben, bedienen wird, so ist das gewiß den geehrten Herren allen recht.

**Vorsigender:** Ich nehme an, daß eine besondere Frage, ob die Anfrage des Herrn Lauer besprochen werden soll, nicht nötig ist, weil wir den Antrag Stegmann, der dieselbe Sache behandelt, soeben besprechen.

**Stadtv. Dr. Rahlert:** Über die Einrichtung der fahrbaren Volksküchen hat sich die Preisprüfungsstelle bereits vor einigen Wochen einmal zu äußern gehabt, resp. die Angelegenheit ist dort zur Sprache gekommen. Es ist damals darauf hingewiesen, daß wir in Braunschweig sehr gute Volksküchen hatten. Dieselben sind erweitert, und es ist auch eine neue Volksküche eingerichtet worden, so daß den damaligen Verhältnissen vollauf entsprochen worden war. Nun muß ich allerdings sagen, daß die Verhältnisse sich mehr und mehr zugespitzt haben, und wenn damals in der Preisprüfungsstelle gesagt wurde, daß die fahrbaren Volksküchen, die sogenannten Gulaschkanonen, für Braunschweig wohl nicht so dringend not-

wendig wären, so stehe ich heute auf dem Standpunkte, daß ich dem gestellten Antrage auf Beschaffung von fahrbaren Küchen sehr wohlwollend gegenüberstehe und ihn in vollem Umfange als berechtigt anerkenne. Es ist allerdings notwendig, daß diese Sache, wenn sie eingerichtet werden soll, eine schnelle Beratung und Entscheidung erfährt, und deshalb würde es wieder sehr gut sein, wenn wir dem Vorschlage des Herrn Steinecke folgten und die Angelegenheit einer Kommission überwießen, welche sich über die Einrichtung wie über die Handhabung der fahrbaren Volksküchen in anderen Städten orientierte und dann hier die nötigen Schritte tut, um die Sache schnell in die Wege zu leiten.

Ich halte es für notwendig, an dieser Stelle auch darauf hinzuweisen, daß es Pflicht der Bürger, besonders der besser situierten Bürger und auch der Stadtverordneten ist, den Stadtmagistrat in dieser Zeit auf jede Weise zu entlasten und ihm bei Einrichtung derartiger Anlagen ihre Kraft zur Verfügung zu stellen, damit sich der Magistrat mit alle diesen Angelegenheiten nicht eingehend zu beschäftigen braucht und sich selbst über jede Kleinigkeit orientieren muß. Ich glaube, daß die Stadtverordneten wohl in der Lage sind, sich um alle diese Sachen zu kümmern.

Es muß dabei hauptsächlich die Fleischverteilung berücksichtigt werden. Wenn wir von der Stadt aus Gulaschkanonen einrichten, so werden wir das erforderliche Fleisch den städtischen Schlachtungen entnehmen müssen. Dadurch wird wiederum die für die städtischen Verkäufe zur Verfügung stehende Menge beschränkt, und die Kommission müßte sich rechtzeitig schlüssig werden, wie sie die Verteilung und die gerechte Zumeßung der Fleischrationen für das laufende Publikum regeln will. Wer sich städtisches Fleisch kauft, kann natürlich nicht aus den städtischen Gulaschkanonen noch einmal Fleisch bekommen, und wer auf die Entnahme aus der Gulaschkanone verzichtet, müßte in der Lage sein, von den städtischen Fleischverkäufen die ihm auf seine Nummer zustehende Menge in Empfang zu nehmen.

Ich möchte kurz meine Bitte dahin zusammenfassen, daß wir auch diese Ernährungsfrage einer Kommission zur Bearbeitung übergeben, vielleicht, wie von Herrn Stadtrat von Frankenberg vorgeschlagen, den Ernährungsausschuß sich mit dieser Frage befassen lassen, daß aber die Stadtverordneten sich möglichst heute darüber schlüssig werden und so die Ernährungsfrage fördern.

**Vorsitzender:** Ich möchte Herrn Steinecke bitten, seinen Zusatzantrag schriftlich einzureichen.

**Stadtv. Stegmann:** Herr Lauer hat sich besonders dagegen gewandt, daß die Ausgabe für die bei Wiedereintritt normaler Zeiten nutzlos dastehenden Gulaschkanonen von mir gescheut würde. Wenn aber Herr Lauer glaubt, daß ich ernstlich



gegen die Anschaffung von fahrbaren Küchen sei, so irrt er. Allerdings glaube ich, daß ihre Beschaffung eine Menge Geld kostet, aber ich habe ausdrücklich erwähnt, es sei mir gleich, ob Stadtküchen in allen Teilen der Stadt eingerichtet würden, oder ob fahrbare Küchen angeschafft würden. Vielleicht kann man beides verbinden. Die Hauptsache ist mir, daß schnell etwas geschieht. Erwähnen möchte ich noch, daß in Lichtenberg zunächst zwei fahrbare Küchen angeschafft waren, jetzt aber schon sechs im Betriebe sind, und Magdeburg hat, wie ich glaube, acht davon.

Herr Stadtrat von Frankenberg ist der Ansicht, die Sache solle morgen dem Ernährungsausschuß vorgetragen werden. Daß dieser die ganze Sache bearbeiten soll, würde doch eine falsche Maßnahme sein, denn der Ernährungsausschuß ist doch nicht für derartige Zwecke vorhanden. Er hat doch schon mit Beschaffung der Nahrungsmittel und mit ihrer Verteilung so viel zu tun, daß er sich um andere Einrichtungen nicht kümmern kann. Deshalb halte ich es für erwünscht, daß für die Volksküchen eine besondere Kommission gewählt wird, wie es ja auch Herr Steinecke will. Vor allem bitte ich, die Ausführung nicht auf die lange Bank zu schieben; die Kommission kommt vielleicht erst in acht Tagen zusammen. Deshalb bitte ich, meinen Antrag heute schon anzunehmen, damit der Magistrat handeln kann. Daneben kann die Kommission doch noch gewählt werden, um dem Magistrat mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

**Stadtv. Meyerhoff:** Die Mitglieder des Ernährungsausschusses, wie er der Statutenkommission vorgeschwebt hat, sollen die Warenanschaffung und ihre Verteilung für die Geschäfte vornehmen. Es ist wohl nicht daran zu denken, daß er auch noch die Geschäfte für die Gulaschkanonen besorgt, und deshalb möchte ich auch vorschlagen, daß für die Vorbereitung der fahrbaren Küchen hier eine Kommission aus Stadtverordneten gebildet wird. Die Frage der Versorgung der Gulaschkanonen liegt doch dem Ernährungsausschuß fern. Natürlich könnte aber auch der Ausschuß für die Volksküchen dem Ernährungsausschuß angegliedert werden, doch möchte ich nicht empfehlen, diesen Ausschuß damit zu belasten.

Eine Kommission nach anderen Städten auszusenden, halte ich nicht für nötig. Die Sache hat sich überall leicht eingeführt; es handelt sich nur um die Frage, ob wir die Apparate bekommen können. Es sind nicht solche Gulaschkanonen gemeint, wie sie unseren Soldaten von der Heeresverwaltung gestellt werden, sondern es sind einfache Fahrzeuge, und darauf sind eiserne Herde montiert. Es genügt, wenn noch ein Dach aus Wellblech darüber ist, dann ist die fahrbare Küche fertig. Wir brauchen uns nur an die Herdfabrikanten zu wenden, ob sie uns einen großen Kessel, der mit Eisen umkleidet ist, liefern wollen; schaffen wir ein halbes Dutzend solcher Herde an, dann werden sich auch schon die Wagen dazu finden. Eine Reise brauchen wir deshalb nicht vorzunehmen. Zum Kochen

gehören Frauen oder Köche; die dazu nötigen Frauen werden wohl in Braunschweig vorhanden sein.

Stadtv. **Voetschigt**: Auch ich stehe vollständig auf dem Standpunkte: Was wir in der Sache tun können, sollen wir tun. Aber an eins möchte ich doch erinnern: Wir haben noch so viele Schulen, wo Mittagessen gekocht werden kann. Schon neulich haben wir darüber gesprochen, ob es nicht angängig wäre, dort noch Volksschüchen einzurichten. Vielleicht ist der Herr Stadtrat in der Lage, uns zu sagen, wieviel Schulen dafür noch frei sind. Dann kann morgen im Tage schon mit Köchen begonnen werden.

Stadtrat **Schöttler** (Zuruf): Die Schulküchen sind schon lange im Gange und arbeiten ununterbrochen.

Stadtv. **Diedmann**: Als ich im Winter 1914 in Holland Tiere einkaufte, habe ich in Hamburg gesehen, wie eine sogenannte Feldküche eingerichtet ist. Diese Küche, die bereits 1½ Jahre besteht, kann als mustergültig gelten, ganz abgesehen davon, daß sie nicht den drückenden Eindruck macht, den sonst eine Wohlfahrts-einrichtung für die Benutzer mit sich bringt. Sie hat den Namen Feldküche, was vielleicht daher kommt, daß sie an der Feldstraße liegt; sie soll ja aber auch diejenigen unterstützen, deren Angehörigen im Felde sind. Diese auf dem Hamburger Viehhoofe eingerichteten Küchen haben drei große Dampfkessel zur Verfügung. Dort hatte man Gelegenheit, an Ort und Stelle von den Auslandtieren, die damals sehr billig waren, Köpfe und sonstige Abfälle zu bekommen, die eine wundervolle, kräftige Suppe abgaben. Es waren am ganzen Tage 30 Personen beschäftigt, 5—6 davon bezahlt, die anderen ehrenamtlich. Es wurde mir gesagt, in 1½ Stunden würden 20 000 Personen abgefertigt. Dem Betriebe zuzusehen, war geradezu ein Vergnügen, und ich habe überlegt, ob man das nicht auch in Braunschweig einrichten könnte. Aber es haperte am Gelde und auch an Personen, die sich der Sache annahmen. Die Leiterin dort war eine Dame, der die Sache großes Vergnügen bereitete, und die dabei sogar für ihre Einrichtung noch ein kleines Vermögen von einigen tausend Mark erübrigt hatte, obwohl die Leute die Speisen sehr billig bekamen. Ich hatte gelegentlich einer Unterredung in der Handelskammer angeregt, ob sie eine solche Einrichtung nicht auch schaffen wolle, aber ich bin wieder davon abgekommen und später nicht wieder darauf zurückgekommen. Nachdem nun jetzt aber das Schlachthaus ziemlich brachliegt und die Räume nicht viel benutzt werden — besonders die Schweinehalle nur noch sehr wenig —, so ließe es sich vielleicht machen, daß dort ein Raum abgeteilt würde, um Küchen einzurichten. Dampf hat man dort zur Verfügung — und das ist sehr wesentlich —, helle große

Räume auch. Da die Vieheinfuhr in den letzten Tagen etwas reichlicher ausgefallen ist und hoffentlich auch in der nächsten Zeit die Besserung anhalten wird, so steht zu erwarten, daß der eine oder andere etwas von dem Abichlag abgeben wird, woraus eine kräftige Speise hergestellt werden kann. Wenn die dort zubereitet und dann in fahrbaren Gulaschkanonen den einzelnen Familien nähergebracht wird, so glaube ich, werden wir damit ein gut Stück weiterkommen und viele Wünsche befriedigen können, die jetzt laut geworden sind.

**Stadtv. Niese:** Daß die Einrichtung von Volkstüchen dringend notwendig ist, erkennen wir wohl alle an, und ganz besonders davon überzeugt wird derjenige gewesen sein, der Gelegenheit gehabt hat, gestern die Ansammlung der tausend Menschen zu sehen, die auf dem Hagenmarke standen, um vielleicht einen Kopf aus dem Abfallfleischverkauf zu ergattern. Wir hatten gestern Sitzung in der Baukommission, und dabei bin ich auch nach dem Hagenmarkt gekommen. So kann das nicht weitergehen; der Magistrat kann so etwas nicht leisten, denn er ist doch eine Aufsichtsbehörde. Er ist nicht dazu imstande, denn er hat sich nicht mit kaufmännisch geschulten Leuten versehen, wie sie jetzt gewählt werden sollen, wo es beinahe zu spät ist. In anderen Städten hat man Hunderte von solchen kaufmännisch gebildeten Leuten angestellt.

Denken Sie sich, daß eine Frau einen solchen Rindskopf kauft, den ich mindestens auf 20 Pfund schätze, so sind das vielleicht 7 Pfund Fleisch und 13 Pfund sind Knochen. Der Wert des Kopfes ist, das Pfund Kopffleisch zu 60 Pfg. gerechnet, ungefähr 4,20 *M*, dazu noch 1,30 *M* für die Knochen, die mit 10 Pfg. für das Pfund zurückgenommen werden, so macht das 5,50 *M*. In Wahrheit sind aber 12 *M* für den Kopf bezahlt, und das muß man sehr teuer nennen. Es ist also sehr zu begrüßen, wenn in dieser Sache etwas geschieht, und besonders muß man dafür das Wort reden, daß für die Ernährung der breiten Masse des Volks gesorgt wird.

Sehr gut würden sich unsere Schulen zur Einrichtung von Volkstüchen eignen, da sie in allen Bezirken liegen; nebenbei möge man auch, wie Herr Diedmann angeführt hat, das Schlachthaus für den Zweck benutzen. Dadurch sparte man den Leuten viele Wege. Den Vorzug würde ich dem geben, daß wir die Kinderspeiseanstalten ausbauen, und daß wir den älteren Kindern, die vor der Konfirmation stehen, Gelegenheit geben, sich zu brauchbaren Hausfrauen auszubilden und kochen zu lernen. Unsere Haushaltslehrerinnen, die den Betrieb gelernt haben, geben dazu die beste Lösung. Schon an verschiedenen Bürgerschulen sind diese Kochschulen eingerichtet; die Herde zum Kochen sind vorhanden, und wenn ein Teil der Beschäftigten die Bereitung der Speisen, ein anderer Teil die Aufwäsche und wieder andere die Besorgung der Gemüseeinkäufe übernehme, so wäre damit Ge-

legenheit gegeben, daß eine rasche Hilfe geschaffen wird. Morgen am Tage könnte schon angefangen werden, und es brauchte nicht erst gereift zu werden.

Wenn es sich darum handelt: was kochen wir, so müssen wir mit dem vorhandenen Gemüse und was wir sonst haben, rechnen. Es kommt darauf an, daß wir brauchbare Speisen liefern, und daß wir genug davon haben; natürlich für jeden Gaumen können wir nicht Zufriedenheit schaffen. Ich meine, auf die beschriebene Weise wäre die beste Lösung gefunden, und es könnte schon heute beschlossen werden, diese Einrichtung in Kraft treten zu lassen.

Stadtv. **Rector:** Ich bin derselben Meinung wie Herr Riese. Wenn wir etwas Zweckdienliches schaffen wollen, so ist es notwendig, daß wir die schon bestehenden Betriebe erweitern und den vollen Betrieb der alten wieder aufnehmen. Wir können auch die alte Volksküche wieder benutzen, und in den Schulen sind noch verschiedene Küchen, so in der Schule auf der Leonhardstraße, auf der Wilhelmstraße, auf der Pestalozzistraße, und während der Kriegszeit ist das Kochen dort eingestellt. Wenn die alle wieder in Betrieb gesetzt werden, der Ernährungsausschuß liefert die nötigen Waren und die städtischen Schlachtungen das Fleisch, so ist der Betrieb in kurzer Zeit in Gang zu bringen. Ich halte das für das Wichtigste, dann haben wir keine langen Beratungen nötig, keine Kommissionswahlen und können die Sache sofort in Betrieb setzen.

Stadtv. **Bunge:** Ich habe großes Interesse für diese Volksküchen, die für unsere Volksernährung sehr wohlthätig wirken können, und bin auch dafür, daß Gulaschkanonnen eingeführt werden, aber gegen eins möchte ich mich wenden, nämlich, daß man das städtische Schlachthaus als Mädchen für alles benutzen will. In einer solchen Richtung hat sich Herr Dieckmann ausgesprochen, und damit hat er sich selbst widersprochen. Einmal erklärte er, es sei dort nicht viel mehr zu tun, Raum genug sei vorhanden, und auf der anderen Seite erklärte er: Jetzt ist eine Menge Vieh angekommen, jetzt sind Nahrungsmittel da, die wir verwenden können. Das ist ein Widerspruch. Wenn in den Räumen, wo die Schweine gebrüht werden sollen, und wo diese Reinigung der Tiere vorgenommen werden soll, gegessen werden soll, und wenn dort, wo das Schweinefutter gekocht wird, zugleich die Geware für die Menschen hergestellt werden sollen, so bin ich dagegen. Wenn an jener Stelle etwas geschaffen werden soll, dann müßten erst besondere Räume dort errichtet werden, und dann glaube ich mit Herrn Rector übereinstimmen zu können, daß es besser ist, die bereits bestehenden Einrichtungen auszubauen. Dennoch stehe ich nicht auf dem Standpunkte, daß man die Schulen als solche hauptsächlich für diesen Zweck ins Auge faßt, denn ich meine, die Schulküchen sind bis jetzt dagewesen, um die Kinder in der Schule die Kochkunst zu lehren und den Kindern

selbst das bereitete Essen zugute kommen zu lassen. Auf diese Weise schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe. Sollten die Kinder zu diesen Arbeiten der allgemeinen Ernährung herangezogen werden, so würde das eine große Überlastung der Kinder werden, und es würde wohl auch nichts Rechtes dabei herauskommen. Lassen Sie also das städtische Schlachthaus mit dieser Sache verschont und sehen Sie zu, wenn es nicht dringend nötig ist, daß die Schulküchen nicht davon belastet werden. Auch bin ich der Meinung, daß nicht durchaus eine Kommission erst gewählt werden muß. Die muß erst wieder reisen und Studien machen, ein Brief aber tut die Sache ebenso gut. Richtiger, als anderswohin zu fahren, wäre es, daß eine Kommission erst einmal bei uns selbst Studien macht, wo wir hier schon Einrichtungen haben, die nur ausgebaut zu werden brauchen.

**Stadtv. Steinede:** Ich möchte freundlichst bitten, möglichst die Kommission zu wählen, die die Einrichtungen in anderen Städten in Augenschein nimmt. Der schriftliche Weg scheint wohl schneller zu sein, aber in Wirklichkeit ist das nicht der Fall. Ich habe in anderen Angelegenheiten mit den Magistraten fremder Städte verhandelt und habe auf Antworten vierzehn Tage warten müssen, weil auch dort eben so wenig Personal vorhanden ist. Schließlich ist es keine große Entfernung, wenn unsere Kommission nach Magdeburg, Berlin oder auch nach Köln fahren würde. Wir können nie genug lernen, und der Sache würde damit nur gedient sein. Der Kostenersparnis wegen kann ja die Kommission nur aus drei Herren bestehen.

Der Antrag Stegmann wird von der Versammlung angenommen (dem Augenschein nach einstimmig).

Für den ergänzenden Antrag Steinede mit folgendem Wortlaut:

„In Ergänzung des Antrages des Herrn Kollegen Stegmann, die fahrbaren Küchen und die Volksküchen betreffend, bitte ich, eine Kommission aus drei Mitgliedern zu wählen, die in Magdeburg sowie in Berlin und Vororten die Einrichtungen der dortigen fahrbaren Küchen kennenlernt, um die gesammelten Erfahrungen für Braunschweig zweckentsprechend verwenden zu können.“  
stimmen 9 Stadtverordnete; er ist damit abgelehnt.

### 13. Antrag Steinede auf Einrichtung einer städtischen Geflügelzucht.

Wortlaut des Antrages siehe S. 5.

**Stadtv. Steinede** (zur Begründung): Veranlaßt zu diesem Antrage bin ich schon vor einigen Wochen durch eine Notiz in der Landeszeitung über Einrichtung eines Geflügelhofs in Hildesheim auf dem Gelände ihrer Kläranlage, und daß

man dort 2000 *M* für diesen Zweck bewilligt hatte. Bevor ich auf meinen Antrag näher eingehe, möchte ich noch meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß von der Stadt eine Schweinemästerei eingerichtet worden ist. Bekanntlich wurde mein dahingehender Antrag vor wenigen Monaten sehr heftig bekämpft, aber die Not der Zeit hat die Bedenken hinweggeräumt, und wir sehen nun auf dem städtischen Schlachthofe unsere Schweinemästerei entstehen. Es wird das für die Kollegen, die solche schon früher beantragt haben, eine besondere Genugtung sein, und auch ich habe mich, als mir davon Mitteilung wurde, im Interesse der Volksernährung aufrichtig darüber gefreut.

Was nun die Einrichtung des Geflügelhofs anbelangt, so möchte ich mich, um mich kurz zu fassen, an die Ausführungen halten, die mir der Magistrat in Hildesheim gemacht hat, den ich gebeten hatte, mir seine Erfahrungen über diese Sache mitzuteilen. Der Magistrat der Stadt Hildesheim hat mir eine Zeichnung über die Einrichtung des Geflügelhofs zugesandt, die ich den Herren Kollegen gern zur Verfügung stelle, und schreibt dazu:

„Der Hühnerhof wird auf einem unbenutzten, auf dem Gelände der städtischen Abwässerkläranlage zur Verfügung stehenden Gelände errichtet. Über die nähere Ausgestaltung und die einzelnen Maßnahmen haben wir den Rat der Landwirtschaftskammer Hannover und des Vorsitzenden des hiesigen Hühnerzuchtvereins eingeholt. Der vorhandene Platz ist 120 m lang und 20 m breit, so daß er reichlich Raum bietet für einen Hühnerbestand von etwa 300–400 Hühnern. An dem einen Ende dieses Platzes wird das Stallgebäude als Fachwerkbau errichtet. Es besteht aus Vorraum (gleichzeitig Heizraum) mit Rückenheim, Brutraum, Schlafraum, Legeraum und Scharraum und genügt für eine Anzahl von etwa 100 Hühnern. Der mit Rasen bedeckte Auslauf wird mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt und so abgeteilt, daß die Hühner periodisch auf die eine oder andere Seite geleitet werden können. Am Ende des Auslaufs ist Gelegenheit zur Bepflanzung mit Salat oder sonstigen Futtermitteln.

Weil die Beobachtungen aus der Praxis ergeben haben, daß es sich empfiehlt, jede Hühnerzucht aus kleinen Anfängen heraus sich entwickeln zu lassen, so wollen wir mit einem Bestande von 50 Hühnern beginnen und diesen erst im Laufe der Zeit auf einen Bestand von 300 bis 400 Stück bringen. Um die Aufzucht rationell betreiben zu können und von der Jahreszeit unabhängig zu sein, wollen wir eine Brutmaschine beschaffen, die sich bei allen derartigen Anlagen bewährt hat. — Die Anlagekosten sind wie folgt veranschlagt: 50 Hühner à 6 *M* = 300 *M*, 5 Hühner 30 *M*, Hühnerställe, Brutmaschine, Einrichtungsgegenstände 1600 *M*, in Summa 1930 *M* oder rund 2000 *M*.

Die Rentabilität ergibt sich ohne weiteres, da man berechtigt ist, mit einer durchschnittlichen Produktion von etwa 120 Eiern pro Huhn zu rechnen.“

Wenn man für unsere Stadt die Einrichtung einer Hühnerzucht empfehlen will, so kommt man zuerst auf den Gedanken: Ja, haben wir denn auch genügend Futter für die Hühner? Darüber kann ich sagen, daß sich auch die Stadt Hilbesheim damit befaßt, für die Hühner Kartoffelschalen zu kochen und diese mit Knochenmehl zu vermischen, daß sie aber auch, soweit sie ihn erlangen kann, den Hühnern Mais gibt. Der kleine Hühnermais ist wohl kaum noch vorhanden, aber die Hühner fressen auch den großen. Damit wir nicht viel Zeit verlieren, könnte erst einmal in einem provisorischen Hühnerstalle, der gewiß in wenigen Tagen fertigzustellen ist, mit der Hühnerzucht begonnen werden. Es käme dann die Art der Anschaffung der Hühner in Betracht. Wenn es mir auch nicht gelungen ist, auf ein Inserat in den Zeitungen hin auch nur ein Huhn zu bekommen, so glaube ich doch, daß wir von unseren Landwirten, die erst vor einigen Monaten eine große Anzahl nach Ostpreußen sandten, wenn wir mit einem Appell an sie herantreten, auch jetzt noch eine Anzahl Hühner freiwillig bekommen. Bezahlen wollen wir sie gern, denn ihre Anschaffung wird sich rentieren. Auch jeder von Ihnen, meine Herren, hat auf Grund seiner persönlichen Beziehungen wohl Gelegenheit, der Stadt Hühner zu vermitteln; ich habe ja gehört, daß auch der Herr Oberbürgermeister zur Erlangung der Ferkel für unsere Schweinemästerei durch seine persönlichen Beziehungen vermittelt hat. Und so müßte es dem einen oder anderen von uns gelingen, der Stadt Hühner zu vermitteln. Ich glaube doch, daß wir noch viele Landwirte, besonders große, im Herzogtume haben, die gemeinnützigen Sinn genug besitzen, um die Stadt Braunschweig in dieser Weise zu unterstützen.

Hinweisen möchte ich noch darauf — und das wird unseren Mitbürger Herrn Dr. Nehring interessieren —, daß die Freiwillige Kriegshilfe in Hannover auf diesem Gebiete außerordentlich tätig gewesen ist, indem sie in ihrem Hauptlager elektrische Knochenmühlen in Betrieb genommen hat, um mit deren Hilfe aus den von Kindern herangeschleppten alten Knochen Hühner- und Schweinefutter zu erzeugen. In den nächsten Tagen schon wird die Freiwillige Kriegshilfe eine neue Knochenmühle aufstellen, die allein 40 Zentner täglich verarbeitet. 200 Hühner etwa hat die Freiwillige Kriegshilfe zur Zeit in großen Zwingern, um jedem Stadtbewohner dadurch den Beweis zu erbringen, daß die Fütterung und Durchhaltung der Tiere mit Küchenabfällen und vor allen Dingen mit dem Knochenmehl möglich ist.

Wie sehr Eier begehrt sind, und wie schwer es unseren Kriegerfrauen möglich ist, Eier aufzutreiben, ist ja allgemein bekannt. In noch nicht einer Woche hat die Freiwillige Kriegshilfe gegen Abgabe von je 10 Gutscheinen über abgelieferte Küchenabfälle 1800 Eier ausgegeben. Wenn man nun berücksichtigt, daß diese 1800 Eier die Ablieferung von 18 000 Gutscheinen erforderten, so kann man sich ungefähr eine Vorstellung machen, welches ungeheure Quantum Kartoffelschalen,

Knochen oder sonstiger Abfälle hat abgeliefert werden müssen, bis diese 18 000 Gutscheine zusammengetragen worden sind.

Ich denke auch wieder an das, was seinerzeit von mir wegen unserer Küchenabfälle angeregt wurde. Der Herr Oberbürgermeister sprach sich damals dahin aus, daß es sehr wünschenswert sei, die Sammlung der Küchenabfälle seitens der Stadt Braunschweig noch mehr zu organisieren, und dem ist zuzustimmen. Wir könnten nicht nur für die Schweinemästerei viel Futtermaterial gewinnen, sondern auch für den hoffentlich bald eingerichteten Braunschweiger Hühnerhof.

Ich bitte die geehrten Herren, meinen Antrag anzunehmen. Weßhalb er nötig ist, das brauche ich nicht erst zu sagen. Es muß eben alles, aber auch alles geschehen, was uns durch diese schwere Zeit hindurchhelfen kann. Ich bin gern bereit, das Material, welches ich vom Hildesheimer Magistrat, wo sich der Bürgermeister Dr. Ehrlicher mit ganz besonderer Energie der Sache angenommen hat, besitze, unserem Magistrate zur Verfügung zu stellen.

**Vorsitzender:** Es fragt sich jetzt, ob der Antrag als dringlich behandelt werden soll, oder ob er, ebenso wie der zuerst behandelte Antrag, für die nächste Sitzung vorbehalten werden soll.

Stadtv. **Steinede:** Es empfiehlt sich, da gegenwärtig bis Ende Juni die Hauptlegezeit der Hühner ist, die Sache wirklich zu beschleunigen. Wenn man damit rechnen kann, daß der Ernährungsausschuß auch diese Sache in den nächsten Tagen in Angriff nehmen wird — viel Arbeit gehört nicht dazu, um den Hühnerhof ins Leben zu rufen —, so würde ja für diese Hühnerzucht von ihm ein besonderer Ausschuß gebildet werden können, damit die anderen Herren entlastet werden und die für diese Sache gewählten Herren sich ihr auch widmen können. Ich glaube, auch in Hildesheim ist ein besonderer Ausschuß mit der Arbeit betraut.

Wenn also Aussicht besteht, daß diese Einrichtung Ihren Beifall findet, und sie bald in Behandlung genommen wird, dann bin ich einverstanden, daß die Vorberatung dem Ernährungsausschuß überwiesen wird.

**Vorsitzender:** Ich würde Bedenken tragen, die Sache dem Ernährungsausschuß zu überweisen; ich möchte sie dem Finanzausschuß zur Vorberatung geben. Der Antrag würde dann für die nächste Sitzung zur Beratung mit anstehen. Ich nehme an, daß der Herr Antragsteller damit einverstanden ist. (Zustimmung.)

#### 14. Antrag Steinede auf ungesäumten Abschluß von Verträgen auf Lieferung aus der nächsten Kartoffelernte.

Wortlaut des Antrages siehe S. 5.

Stadtv. **Steinede** (zur Begründung): Ich glaube, ich habe nicht nötig, diesen Antrag eingehend zu begründen, denn ich brauche die Mängel unserer Kartoffel-



versorgung und die unerfreulichen Begleiterscheinungen, die sich dabei ergeben haben, hier nicht weiter vorzuführen; wir kennen sie alle. Ich möchte Ihnen dringend empfehlen, zu veranlassen, daß der Magistrat schon jetzt, und zwar schleunigst, mit Lieferanten in Verbindung tritt, um Verträge wegen Lieferung aus der diesjährigen Kartoffelernte abzuschließen, und die Verträge so festzusetzen, daß wir nicht wieder so unerfreuliche Ergebnisse festzustellen haben wie bei den Lieferanten aus Posen, die wohl die Verträge eingegangen sind, sie aber nicht gehalten haben. Solchen Herren könnten wir damit beikommen, daß wir eine Konventionalstrafe für Nichtinnehaltung der Lieferung in den Vertrag aufnehmen. Wir müßten uns allerdings auch erkundigen, ob die Lieferanten zahlungsfähig sind, damit sie nötigenfalls auch mit der Konventionalstrafe herüberkommen können. Es muß eben alles geschehen, um die Ernährung unserer Bevölkerung sicherzustellen. Im vorigen Jahre war es von unseren Kollegen zur Linken beantragt worden, daß frühzeitig Abschlüsse vorgenommen werden möchten; es ist nicht geschehen. Jetzt ist es meiner Ansicht nach noch Zeit dazu, und es ist ebenso dringend nötig, wie alles andere, daß wir heute schon, um Verträge abzuschließen, so schnell wie möglich mit Großlieferanten in Verbindung treten. Ich möchte auch bitten, erst einmal unsere früheren Bezugsquellen, unser Herzogtum selbst und die angrenzenden hannoverschen Gebiete, besonders die Heide, für die Abschlüsse in Betracht zu ziehen, damit wir auch gute Kartoffeln bekommen, denn über die zuletzt gelieferten ist viel Klage geführt worden. Längere Ausführungen zu machen ist, wie ich glaube, nicht nötig, die Dringlichkeit der Sache ergibt sich von selbst.

Stadtv. **Niete**: Ich möchte beantragen, daß der Antrag als dringlich sofort behandelt wird.

Für die sofortige Behandlung des Antrages stimmt die Minderheit; der Antrag wird vom Vorsitzenden der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

### 15. Antrag **Steinede**, **Hinwirkung auf verstärkten Wildabschuß** **in den herrschaftlichen Forsten betreffend.**

Wortlaut des Antrages siehe S. 5.

Stadtv. **Steinede** (zur Begründung): Diesen Antrag habe ich gestellt auf Anregung eines militärischen Vorgesetzten, der selber dem edlen Weidwerk obliegt. Er bat mich, hier einmal die Anregung zu geben, daß diese Sache mit warmem Herzen untersucht würde. Unter den herrschaftlichen Forsten versteht man z. B. das Querumer Holz oder die braunschweigische Forst, wie sie amtlich heißt, die also dem Lande Braunschweig gehört. Über den Elm z. B. sagte mir jener Herr, daß im letzten Jahre viel zu wenig Tiere abgeschossen worden seien, und

es gäbe dort viel Wild; er wüßte genau, daß nur fünf Böcke und fünf Hicken abgeschossen seien, während es dem dortigen Wildstande nicht geschadet haben würde, wenn zusammen 40 Böcke und Hicken geschossen worden wären. Es ist in unserer Presse wiederholt erörtert worden, daß wir in dem braunschweigischen Harze einen außerordentlichen Wildreichtum besitzen, einen größeren als in den angrenzenden preußischen Gebieten. Die Schußzeit für Rehböcke beginnt in den nächsten Tagen, ich glaube, am Montag, dem 16. d. Mts. Natürlich dürfte das Fleisch der geschossenen Tiere nicht für die private Spekulation der Händler freigegeben werden, sondern man müßte den Händlern die Höhe ihres Nutzens vorschreiben oder eine Zentrale einrichten und das Fleisch an die Gemeinden direkt verkaufen. Ich bin aber mehr für die zuerst angegebene Weise, da wir in dieser schweren Zeit auch das Interesse der Geschäftsleute mit zu berücksichtigen haben. Was ich beantrage, ist ja nur ein kleiner Beitrag zur Linderung der Fleischnot, aber wenn der Magistrat beim Herzoglichen Ministerium vorstellig wird, so wird er meiner Ansicht nach nicht auf Widerspruch stoßen. Es muß auch auf diesem Gebiete, wie ja auch schon von mehreren anderen Seiten angeregt ist, ein Beitrag zur Linderung der Fleischnot gegeben werden, und ich bitte Sie freundlichst, auch diesen meinen Antrag zu unterstützen und anzunehmen.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt für die vom Antragsteller beantragte dringliche Behandlung.

Stadtv. **Frede:** Dieser Antrag hat meine volle Zustimmung. Ich habe schon früher einmal hier in Anregung gebracht, so zu verfahren, habe allerdings keinen Antrag gestellt. Ich stamme vom Harz und weiß, wie sehr viele Leute dort unter den Wildschäden zu leiden haben, besonders unter den durch das Schwarzwild verursachten Schäden. Aus den Folgen des Antrages ergibt sich ein doppelter Nutzen, erstens eine — wenn auch vielleicht geringe — Abnahme der Fleischnot und dann die Vermeidung der Flurschäden, die in der gegenwärtigen Zeit unter allen Umständen verhindert werden müssen.

Stadtv. **Niese:** Wie wichtig diese Sache für das ganze Herzogtum Braunschweig ist, in Rücksicht darauf, wie sehr unsere Felder verwüstet werden bei den herrlichen Einrichtungen in unserem Lande, das ist vor einiger Zeit im Landtage beschrieben worden, und wen es interessiert, der möge die Berichte darüber lesen. Wer aber die Wahrheit haben will, der muß sich von jenen Bericht erstatten lassen, die selber den Schaden tragen müssen. Jeder Oberförster hat seinen Begang für sich, und wenn ein Fuchs oder ein Hirsch darin ist, so darf niemand den stören; die Förster sind viel zu besorgt, daß jemand in ihr Gehege hineinkommt und ihnen ihr

Vergnügen vereitelt. Daß das Harzwild ungeheuren Schaden anrichtet, weiß ich aus meiner Jungenzeit noch sehr gut. Täglich mußten wir am Harze die wilden Schweine zurückbringen, die aus den Äckern die Kartoffeln ausrodeten und andere Felder verwüsteten. 60 Stück solchen Viehes habe ich beisammen gesehen, und manchen Hund haben sie kaputt gemacht. In der Umgegend von Stiege sind durch sie 50 Morgen Roggen in ihrem Ertrage vermindert worden. Erst jetzt soll eine Verfügung erlassen sein, daß jeder Besitzer auf seinem Acker das Wild schießen kann. Genau so verhält es sich mit dem Schaden, den die Kaninchen anrichten, die die Jagdpächter auch für sich reklamiert haben. Es wäre dringend an der Zeit, daß in dieser Beziehung Wandel geschaffen würde. Schlimm sind auch die Schäden in den Waldbezirken, wo große Tannen durch Hirsche und Rehe abgeschält werden. Bäume, die 20 Jahre gebraucht haben, um hochzuwachsen, werden von diesen Tieren zugrunde gerichtet, und ein Schaden von Millionen entsteht dadurch. Wenn man gemeinnützig wirken wollte, wäre es dringend nötig, in dieser Beziehung sich Mühe zu geben, daß solche Beschädigungen verhindert werden. Es sind mir Stellen angegeben — ich hatte aber nicht die Zeit, es genau festzustellen —, wo die Bäume massenweise eingehen, nicht durch Raupen oder Stürme, sondern gerade durch Hirschfraß. Deshalb liegt es nicht nur im Interesse der Stadt, um für sie Fleischnahrung zu beschaffen, sondern auch im Interesse der Landbewohner, daß im Landtage auf eine Besserung dieser Zustände hingewirkt wird. Ich möchte dringend ersuchen, bei der Regierung vorstellig zu werden, daß möglichst viel Wild abgeschossen wird, damit die Schädigung derjenigen, die Grundstücke in der Nähe der Forsten liegen haben, aufhören. Klagen aus Münchhof haben gezeigt, daß der Schaden groß ist, und daß das, was den Leuten vergütet wird, nicht an das heranreicht, was sie an Schaden erleiden.

**Stadtv. Rector:** Ich hatte erst gestern Gelegenheit, dieselbe Angelegenheit mit einem Einwohner von Neuhaus bei Holzminden zu besprechen. Er klagte bitter, daß das Überhandnehmen der Wildschweine so groß wäre, daß, wenn sie heute am Tage Kartoffeln gepflanzt hätten, am anderen Tage eine Sau mit zehn Ferkeln käme, den ganzen Acker umrodet und Reihe für Reihe die Pflanzkartoffeln herauszögen, ebenso auch ganze Strecken von Roggen und Weizen kleinewütet hätten. Ich fragte den Betreffenden, ob denn der Staat den Schaden nicht ersetze? Er antwortete mir, daß dieser Bezirk halb hannoversch und halb braunschweigisch sei, und daß der preussische Staat diesen Schaden nicht ersetzen würde. Das Jagdgebiet soll dem Herzog von Cumberland gehören; ich weiß nicht, ob es an dem ist. Nun haben die Leute sich wiederholt beim Forstmeister beschwert und gebeten, er möchte dafür sorgen, daß genügend abgeschossen würde. Aber der Forstmeister arbeitet jetzt nur mit Lehrlingen, und diese sind angewiesen, auf die Jagd und auf

die Wildddiebe zu achten, aber auf das Wild, das mehr Schaden anrichtet als die Wildddiebe, zu achten, wäre auch ein gutes Werk. Doch das Wild läßt man frei umherlaufen, wenn es auch Tausende von Mark Schaden bringt und die Nahrungsmittel, die wir so nötig haben, vernichtet. Es wird wohl gesagt: Jeder kleine Fleck Erde soll ausgenutzt werden, um Frucht zu erzielen, aber hier wird die Saat im großen vernichtet.

**Vorsitzender:** Von Herrn *F r e d e* ist ein *Z u s a t z a n t r a g* zu dem Antrage *Steinede* eingegangen. Es wird beantragt, am Schlusse des Antrages hinzuzufügen: „und die Kaninchenjagd bis auf weiteres freigegeben wird.“

**Stadtv. Dr. Kahlert:** Der Antrag ist auch mir sympathisch und findet meine volle Unterstützung. Ich hoffe, daß die Vorstellungen, die der Magistrat bei der Herzoglichen Landesregierung unternehmen wird, energisch genug sind, um auch Erfolg zu haben. Es ist auch mir bekannt, daß eine erheblich größere Menge von Wild hätte abgeschossen werden können, und daß dadurch bereits im vorigen Sommer unsere Fleischversorgung sich wesentlich günstiger hätte gestalten können. Ich möchte auch bitten, daß der Magistrat bei der Herzoglichen Regierung gleich mit darauf hinwirkt, daß der Stadt Braunschweig das abgeschossene Wild zur Verwertung überwiesen wird, daß dem Ernährungsausschuß nach Möglichkeit von dem erfolgten Abschuß Kenntnis gegeben wird und ihm so die Möglichkeit erwächst, dieses Wild zu erwerben. Der Ernährungsausschuß wird dann auf alle Fälle in der Lage sein, das Wild an geeigneten Stellen unserer Bevölkerung zugänglich zu machen und für eine gerechte und gleichmäßige Verteilung Sorge zu tragen.

Der Antrag *Steinede* mit dem Zusatzantrage *Frede* wird angenommen (anscheinend einstimmig).

## 16. Antrag *G e n z e n* auf Regelung der Lebensmittelversorgung, betreffend:

- a) **Einrichtung eigener städtischer Verkaufsstellen zur Verteilung der knappen Lebensmittel,**
- b) **den Verkauf etwa zurückgehaltener Fleisch- und Fettwaren,**
- c) **Einführung einer schärferen Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte,**
- d) **ein Verbot auf Vorausbestellungen von Fleisch und Fleischwaren,**
- e) **Einführung einer Fleischkarte,**
- f) **Anordnung des Verkaufs knapper Lebensmittel nur über den Ladentisch.**

Wortlaut des Antrages siehe S. 5 und 6.

**Stadtv. Genzen** (zur Begründung): Unser Antrag bedeutet eigentlich nichts Neues; er ist gewissermaßen eine Zusammenstellung von Anträgen, die meine

Freunde schon seit Beginn der Kriegszeit gestellt haben -- leider ist ihnen nie Folge gegeben worden. Nachdem die Verhältnisse sich nun so zugespitzt haben und die Lebensmittel eine solche Knappheit erreicht haben, hoffen wir, daß auch Sie diesem Antrage zustimmen werden. Sämtliche Forderungen sprechen eigentlich für sich, Neues habe ich Ihnen nicht viel zu sagen; nur einige Worte habe ich zu bemerken.

Wir fordern, der Magistrat möge die von der Stadtverwaltung mehr als bisher zu beschaffenden Lebensmittel in eigenen städtischen Verkaufsstellen an die Bevölkerung unter entsprechender gleichmäßiger Verteilung der knappen Lebensmittel auf den Kopf der Bevölkerung selbst verkaufen lassen. Dies ist bis jetzt nicht der Fall gewesen. Bis jetzt sind die Lebensmittel mit einigen Ausnahmen an Händler abgegeben worden. Es ist nicht in eigenen Verkaufsstellen verkauft, sondern auf Anregung der Fleischerinnung der Verkauf an Fleischerfrauen übergeben worden. Wir haben über den Verkauf sehr viele Klagen gehört. Es ist nicht möglich, alle diese Klagen nachzuprüfen und ihnen auf den wahren Grund zu gehen, aber häufig haben wir gehört, daß die Fleischerfrauen nicht so verfahren sind, wie es eigentlich der Wille des Magistrats ist. Diejenigen meiner Freunde, die bei den Verkaufsstellen tätig gewesen sind, werden nachher sich darüber auslassen. Wir sind auch der Meinung, daß der Magistrat überhaupt keine Kontrolle über die Waren und ihre Abgabe mehr hat, wenn er von den von ihm beschafften Waren an einzelne Händler abgibt. Ich nehme als Beispiel die Eier. Wie will der Magistrat den Verkauf kontrollieren? Wenn das Schild „Städtischer Eierverkauf“ heraushängt, so sind wohl in einer halben Stunde noch Eier im Laden, aber der Händler behauptet: „Das sind keine städtischen Eier mehr“, und selbstverständlich ist der Preis dann höher. Wie will man feststellen, ob die Behauptung des Händlers wahr ist, es müßten denn sämtliche Eier den Magistratsstempel tragen, und es würde sehr große Arbeit machen, ihn überall anzubringen. Genau so ist es mit Käse. Man sieht an vielen Läden die Bezeichnung „Auslandkäse“. Wer kann behaupten, ob der von der Stadt zugewiesene Käse auch wirklich zu dem vom Magistrat gesetzten Preise abgegeben wird? Alle diese Mißstände sind ausgeschlossen, wenn der Magistrat eigene Verkaufsstellen errichtet und dort die vom Magistrat beschafften Waren abgegeben werden.

Unsere zweite Forderung sagt, daß die in den Fleischereien, Konservenfabriken, Lebensmittelgeschäften und sonstwie zurückgehaltenen Fleisch- und Fettwaren sofort zum Verkauf gestellt werden sollen. Auch darüber sind verschiedene Gerüchte in der Stadt verbreitet, und auch die Wahrheit bei diesen Gerüchten kann man nicht kontrollieren. Es wird z. B. behauptet, daß ein Fleischer noch verschiedene Zentner Speck und verschiedene Zentner Dauerwaren im Besitz habe. Auch in Berlin waren früher solche Behauptungen verbreitet; die Polizei hat revidiert und

nichts gefunden. Wenn ich nicht irre, hat man auch hier revidiert und nichts gefunden. Nachdem man aber in Berlin ein eigenes Dezernat für Lebensmittelbeschaffung gebildet und nochmals revidiert hat, hat man ganze Zentner von Fleischvorräten und Fetten gefunden. Es wird auch hier behauptet, in einer Konservenfabrik sollten noch 17½ große Fässer Fette lagern; ob es wahr ist, kann ich nicht kontrollieren. Aber ich glaube, wir haben alle Ursache, diesen Gerüchten auf den Grund zu gehen und sie auf ihre Wahrheit hin zu prüfen. Herr Stegmann hat schon erklärt, daß in einigen Fabriken die Arbeiter an ihre Fabrikleiter herangetreten sind und erklärt haben, daß sie nicht imstande seien, Überstunden zu machen, wenn nicht für Fleisch und Fett gesorgt würde. Sie werden auch gehört haben, daß das Gerücht verbreitet ist, die Arbeiter würden am 15. oder 20. Mai in einen Generalstreik eintreten. Ich behaupte, daß das bis jetzt nur Gerüchte sind. Aber ich kann Ihnen sagen, daß ich neulich in einer Sitzung mit einigen meiner Kollegen meine ganze Kraft angestrengt habe, um die Arbeiter von einem solchen Schritte zurückzuhalten. Die Lage ist wirklich so ernst. Stellen Sie sich die Arbeiter vor, die mit einem Stück Marmeladenbrot oder mit Kunsthonig zu ihrem Brote zur Arbeit gehen, die kein Fleisch und kein Fett haben, und denen das Gerücht zu Ohren kommt: Hier lagert noch Fett, es wird nur noch gehofft, daß der Preis noch höher wird! Da darf man sich nicht wundern, wenn sie erboht werden und sagen: Nun, wenn da gesorgt wird und wir zurückstehen müssen, dann müssen wir unsere Arbeit einmal ruhen lassen! Um allen diesen Gerüchten auf den Grund zu gehen und sie zu zerstreuen, wenn tatsächlich nichts vorhanden ist, ist der Magistrat schon verpflichtet, daß er die von uns geforderten Schritte unternimmt.

Dann wird von uns verlangt, eine schärfere Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte einzuführen. Auch hier ist vieles faul im Staate Dänemark. Ich hatte kürzlich Gelegenheit, vom Schlachtermeister Schrott Leberwurst zu kaufen und muß sehr darüber klagen. Ich habe solche Klagen wiederholt von anderen gehört. Es wurde gefragt: „Ist das Leberwurst? ist das überhaupt Wurst, die noch jemand essen kann?“ Auch die dort von meiner Frau gekaufte Wurst taugte nichts. Man möchte geradezu sagen: Es ist Dreck, früher hätte man sich geschaut, die Hunde damit zu füttern. Und dabei ein Preis von 2 M. Sie werden sagen: „Es ist doch die Lebensmittelkontrolle da, Sie können ja die Wurst zur Polizeibehörde bringen.“ Ja, so leicht ist das nicht. Ein Kollege von mir hatte Wurst gekauft und hat sie über den Preis bezahlen müssen. Ich habe ihn ersucht, die Wurst nach der Polizei zu bringen. Gewiß, ein Stück davon ist abgeschnitten worden, vielleicht ein Viertelpfund, ersetzt aber hat er dafür nichts bekommen und Bescheid hat er auch nicht bekommen. Wenn ich die Ware teuer bezahlen muß, noch davon abgeben soll und dann keinen Bescheid kriege, dann habe ich auch kein Interesse, solche unnützen Wege zu tun, dann hütet sich jeder, derartige Sachen zur Untersuchung zu

übergeben. Die Kommune hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß derartige Waren ohne Kosten für den einzelnen Konsumenten unentgeltlich zur Untersuchung kommen.

Sodann fordern wir, daß die Annahme von Vorausbestellungen auf Fleisch und Fleischwaren — auch von Wurstwaren — sowie das Zurücklegen und Ausstragen solcher Waren verboten wird. Man kann auch gleich unsere sechste Forderung hinzufügen: daß der Verkauf von Fleisch und Fleischwaren, der Eier und Butter und knapper Lebensmittel nur über den Ladentisch, bzw. in der Markthalle oder auf dem Altstadtmarkt und Eiermarkt aus dem Stande heraus erfolgen darf. Da ist es so: Wenn unsere Frauen stundenlang gestanden haben und meinen, sie würden nun das Fleisch ergattert haben, dann heißt es mit einem Male: Es ist kein Fleisch mehr vorhanden! Das geschieht, obgleich sie vor kurzer Zeit noch eine Menge Fleisch im Laden gesehen haben. Zu den letzten Tagen ist es ja überall knapp geworden, aber vor wenigen Wochen noch hat man bei solchen Gelegenheiten halbe Schweine im Laden hängen sehen, und die Ausrede ist gewesen: Das ist für meine Kundschaft. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß die Fleischer einfach den Verkauf einstellen und die Jalousien schließen, aber von hinten herum kommen die Mädchen und holen für die Herrschaften das Fleisch ab. Dabei bedenken die Herrschaften nicht, daß die Mädchen, die Wäschfrauen und Scheuerfrauen doch auch Angehörige des Arbeiterstandes sind und dadurch alles zu unserer Kenntnis kommt. Wir sehen, daß Fleischer mit Mulden voll Fleisch und Wurst aus den Geschäften weggeschickt werden, daß heute noch Fleisch ausgefahren wird. Alles dies muß Erbitterung erregen. Wenn der Arbeiter sieht, daß er für sein teures Geld nichts an Fleischwaren bekommen kann, und wenn er dann sieht, daß zehn-, fünfzehn-pfundweise Fleisch den besser gestellten Leuten ins Haus gebracht wird, so muß das Erbitterung in der Arbeiterbevölkerung erregen. Gerade Sie, meine Herren, haben Ursache, dafür einzutreten, daß die Erbitterung von den Arbeitern fernbleibt. Es ist wiederholt betont, daß alles getan werden muß, um in diesem Kriege durchhalten zu können. Wenn Sie das wollen, dann haben Sie auch die Verpflichtung, alles zu tun für die Arbeiterschaft, die heute Gut und Blut für das Vaterland bringen muß, die auch gewissermaßen Ihre Interessen vertreten muß — denn der Arbeiter hat doch nichts zu verlieren, er muß sein Gut und Blut hergeben für die besitzenden Klassen. Wir haben die Verpflichtung, dafür einzutreten, daß alles geschieht, damit die Angehörigen dessen, der sein Gut und Blut hintanzusetzen muß, so ernährt werden, wie es sich gehört, und dazu gehört, was wir in unserem Antrage niedergelegt haben.

**Vorsitzender:** Es würde jetzt zu entscheiden sein, ob die Versammlung den Antrag als dringlich heute beraten will, oder ob sie vorzieht, ihn zunächst der

Kommission vorzulegen. Ich würde ihn im letzteren Falle an die Statutenkommission verweisen und ihn in einer heute noch anzusetzenden Sitzung zur weiteren Beratung bringen lassen.

Für die dringliche Behandlung meldet sich die Minderheit der Stadtverordneten, und der Vorsitzende überweist den Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung.

## 17. Anfrage Wesemeier, betreffend die Befreiung der Offiziere von den Gemeindesteuern.

Wortlaut der Anfrage siehe S. 8.

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Ich bedaure, daß ich diese Anfrage stellen muß, aber ich halte es als Stadtverordneter für richtig, daß wir hier die Sache behandeln und die Rechte der Stadtverordneten wahren. Es ist vielleicht verschiedenen der Herren bekannt, daß im vorigen Jahre der Magistrat beschlossen haben soll, daß Offiziere, Militärärzte und höhere Militärbeamte des Friedensstandes, die am 1. August 1914 einer Kriegsformation angehörten, von der Zahlung der Gemeindesteuer befreit sein sollen im Gegensatz zu den Landwehr- und Reserveoffizieren, und daß weiter die damals wieder in aktive Stellung eintretenden Offiziere als aktive Offiziere betrachtet und deshalb von der Bezahlung der Gemeindesteuern befreit werden sollen. Eine solche Maßnahme, daß man die aktiven Offiziere oder wieder aktiv gewordenen Offiziere allein von der Gemeindesteuerzahlung befreien will, ist ein bitteres Unrecht, und ich denke, die Stadtverordneten haben mit diesem Beschlusse nichts zu tun gehabt. Wir haben also alle Ursache, uns zu erkundigen, wie es sich damit verhält.

Diejenigen, die als aktive Offiziere wieder eingezogen sind, bekleiden entweder gut dotierte bürgerliche Stellungen, oder sind zum Teil höhere Beamte, die ihre Gehälter fortbeziehen, und zu einem bestimmten Prozentsatz sind sie sehr gut bemittelte Privatpersonen. Allen diesen Personen ist die Steuerzahlung für 1914 an die Gemeinde erlassen worden. Der kleine Handwerker, der Mann des Mittelstandes, jeder Geschäftsmann, wenn er eingezogen ist und nicht Offizier ist — und gewöhnlich sind die Handwerker und noch viel weniger die Arbeiter nicht Offiziere — müssen die Gemeindesteuer weiter bezahlen, wenn sie nur irgendwo ein Einkommen aus den Zivilverhältnissen beziehen. Wir wußten schon im vorigen Jahre, daß der Krieg uns schwere finanzielle Opfer bringen würde, und das haben wir uns auch schon in der ersten Sitzung nach der Mobilmachung gesagt und haben hohe Bewilligungen aus städtischen Mitteln vorgenommen. Wir wußten, daß wir in eine schwierige Lage kommen würden, wir haben vor kurzem eine Steuererhöhung beschlossen, aber diese Steuerquelle, die uns fließen konnte, und die uns, wie ich



behaupten kann, ziemlich erhebliche Beträge schaffen konnte, hat der Magistrat freigelassen. Unseren Antrag, bei der Steuererhöhung die Einkommen unter 3000 *M* von der Steuererhöhung freizulassen, erklärte der Magistrat einfach für undurchführbar. Ich möchte nebenbei anführen, daß in Wolfenbüttel dieses Undurchführbar nicht ausgesprochen ist; was hier nicht möglich war, geht dort. Bei der Beratung der Steuererhöhung hat die Stadtverordnetenversammlung in Wolfenbüttel in Gemeinschaft mit dem Magistrat beschlossen, daß Einkommen unter 2000 *M* von dieser Steuererhöhung nicht betroffen werden sollen. Wenn es in Braunschweig nicht möglich ist, die kleinen Einkommen zu schonen, so ist es um so schlimmer, wenn Millionäre vollständig von der Steuerzahlung freigelassen werden, wie es in Braunschweig geschehen sein soll, und zwar Leute, die noch dazu zum großen Teil erheblich hohe Einkünfte aus dem Kriege beziehen. Es sind tatsächlich Millionäre unter den von der Steuer freigelassenen Offizieren; Namen will ich nicht nennen. Es sind auch höhere Angestellte mit hohen Zivilgehältern, die weitergehen, aber Gemeindesteuer brauchen sie nicht zu zahlen. Die Arbeiter jedoch, soweit sie nur 600 *M* Einkommen bezogen, mußten dieses versteuern, ebenso die Handwerker und die kleinen Geschäftsleute, soweit sie eingezogen waren und aus ihren Geschäften ein Einkommen von über 600 *M* bezogen. Der Staat hat auf die Steuern nicht verzichtet, er zieht die Einkommen zur Steuerzahlung heran, wie es auch ganz richtig ist. Wenn jemand ein Privateinkommen und zumal ein erhöhtes Einkommen aus und durch den Krieg hat, dann ist es geradezu ein Geschenk und weiter nichts an diese Herren, die zufälligerweise als aktive Offiziere beim Heere dienen, und es ist ungerechtfertigt, solche Geschenke zu geben.

Ich erkläre mir allerdings den Beschluß des Magistrats aus der ersten gutmütigen Aufwallung beim Ausbruch des Krieges, aus der Kriegsaufregung, aber ich meine: Es war notwendig, das den Stadtverordneten vorzulegen, was hier geschehen sollte. Dieses Geschenk, das den aktiven Offizieren von der Stadt gemacht worden ist, und das den Steuermitteln der Stadt entgangen ist, beläuft sich in die Zehntausende von Mark und die Stadtverordnetenversammlung ist dabei ausgeschaltet worden. Eigentlich müßte ja der Magistrat haftbar sein für den Betrag, der hier an Steuern der Stadt nicht eingegangen ist. Wenn ich das auch nicht beantrage, so erhebe ich doch Protest dagegen, daß die Stadtverordnetenversammlung in solchen wichtigen Sachen umgangen wird, wo es sich um Zehntausende von Mark handelt, und ersuche den Magistrat, unter allen Umständen diesen Beschluß für dieses Jahr aufzuheben, damit die Ungerechtigkeit und der Unwille, der sich daraus ergeben hat, beseitigt wird.

**Bürgermeister Meyer:** Die Frage der Besteuerung der Offiziere wird in Braunschweig durch ein besonderes Landesgesetz aus dem Jahre 1887 geregelt.

Nach diesem Gesetze ist ein Unterschied zu machen zwischen der Zeit, innerhalb deren der betreffende Offizier im Frieden lebt, und der Zeit, in der er einer in Kriegsformation befindlichen Truppe angehört. Die Vorschriften für den Friedensstand kommen ja heute nicht in Frage. Es interessiert nur, wie die Offiziere nach Ausbruch des Krieges zu besteuern sind, soweit sie einer in Kriegsformation befindlichen Truppe angehören, und da ist bestimmt, daß der Offizier, welcher einem solchen Truppenteile angehört, von den Steuern, die in dem bezeichneten Gesetze behandelt sind, befreit sein soll. Nicht betroffen von der Befreiung werden die Steuern aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb, also diese Steuern werden auch in Kriegszeiten von Offizieren in dem sonst vorgeschriebenen Umfange erhoben. Nicht erhoben werden jedoch die Steuern von dem sonstigen Einkommen der Offiziere. In dieser Beziehung bedarf es keiner Verfügung des Magistrats, und es ist auch keine solche Verfügung erlassen, sondern nach dem Gesetze gehandelt, welches sagt: „Die Abgabepflicht ruht während der Zeit der Zugehörigkeit zu einem in der Kriegsformation befindlichen Teile des Heeres oder der Marine vom Ersten desjenigen Monats ab, welcher auf den Monat folgt, in welchem die Zugehörigkeit begonnen hat, bis zum Ablauf des Monats, in welchem dieselbe endet.“

Das ist an sich eine ganz klare Bestimmung des Gesetzes, die weder von der Stadtverordnetenversammlung noch von dem Magistrat außer Anwendung gesetzt werden kann.

Die Rechtslage ist also durchaus einfach, und es tut mir leid, daß Herr Wesemeier, der sonst in steuerlichen Angelegenheiten so gut Bescheid weiß, sich nicht nur irrt, sondern sogar meint, daß der Magistrat sich eines Eingriffs in die Rechte der Stadtverordneten schuldig gemacht hätte. Das ist nicht der Fall.

Auch hinsichtlich der Frage der unter den Fahnen stehenden Einkommensteuerepflichtigen mit einem Einkommen bis zu 3000 M scheint Herrn Wesemeier ein Irrtum untergelaufen zu sein. Die Herren wissen, daß wegen der Staatssteuer in jüngster Zeit eine gesetzliche Regelung dahin stattgefunden hat, daß alle zu den Fahnen Eingezogenen mit einem Einkommen bis zu 3000 M von der Staatssteuer freibleiben, und die städtischen Behörden haben beschlossen, daß in gleicher Weise bezüglich der Gemeindesteuern verfahren werden soll. Ich verstehe also auch hier das Bedenken des Herrn Wesemeier nicht, denn es ist nach diesem Gesichtspunkte in den Kommissionen tatsächlich verfahren; das werden die Herren, die Mitglieder der Kommissionen sind, wissen. Alle die Personen, die ein Einkommen bis zu 3000 M haben und unter den Fahnen stehen, werden einen Steuerzettel nicht bekommen.

**Stadtrat von Franckenberg:** Ich darf noch hinzufügen, daß die Herren Stadtverordneten von uns bei Ausbruch des Krieges alsbald mit diesen wichtigen Fragen befaßt worden sind. Herr Wesemeier war in jener Sitzung wohl am Er-

scheinen verhindert, ist wenigstens in dem Sitzungsbericht vom 8. Oktober 1914 als entschuldigt fehlend aufgeführt. Aber immerhin hat der Stadtmagistrat sich mit der geehrten Versammlung frühzeitig ins Einvernehmen zu setzen gesucht. Dazu bot eine Anfrage des Herrn Fricke damals Gelegenheit. Er fragte an, in welcher Weise es mit der Besteuerung der einberufenen Personen gehalten werden solle, und daraus ergab sich Gelegenheit, die Rechtslage darzulegen. Ich habe in jener Sitzung ausdrücklich gesagt: „Ferner schreibt das Gesetz vor, daß Berufsoffiziere, Militärärzte und höhere Beamte des Friedensstandes vom ersten Tage an, an dem sie in den Kriegsdienst getreten sind, von der Steuer befreit sind. Ebenso ist die Staatseinkommensteuer auch abzusehen für alles Einkommen, welches als Militäreinkommen anzusehen ist. Ein Reserveoffizier, der ein militärisches Einkommen hat und es sich gefallen lassen muß, daß sein Zivilgehalt verkürzt wird, hat Anspruch darauf, daß seine Steuer entsprechend gekürzt wird.“

Eine Besprechung hat sich an die Beantwortung der Anfrage des Herrn Fricke nicht geschlossen. Man darf daraus mit Sicherheit annehmen, daß die Stadtverordnetenversammlung das Gesetz ebenso ausgelegt hat, wie ich es im Auftrage des Magistrats tun konnte, und wie wir es seitdem gehandhabt haben. Ich kann weiter die Worte des Herrn Bürgermeisters Meyer nur bestätigen. Wir haben bei der Veranlagung im verflossenen Jahre, im Frühjahr 1915, uns eingehend mit dieser Frage befaßt und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß das Gesetz eine einwandfreie, unbedingt bindende Grundlage für die Befreiung der Berufsoffiziere bietet. Es geht durch das Gesetz in vielen Beziehungen der Grundsatz, daß Offiziere des Friedensstandes und diejenigen der Reserve und der Landwehr nicht gleichmäßig behandelt werden sollen, und man findet manchen inneren Grund, der für die verschiedenartige Behandlung spricht, so sehr sie auch jetzt dem Feinde Schulter an Schulter gegenüberstehen.

Stadtv. **Bunge** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird genügend unterstützt und der **V o r s i t z e n d e** eröffnet die Besprechung.

Stadtv. **Wesemeier**: Mir war diese Befreiung von der Gemeindesteuer eine so auffällige Erscheinung — das Gesetz war mir nicht zur Hand —, daß ich mich ohne weiteres für berechtigt hielt, die Sache hier zur Sprache zu bringen. Ich möchte ausdrücklich meinem Besremden darüber Ausdruck geben, daß der Staat von den aktiven Offizieren die Steuer erhebt, während die Stadt sie von ihren privaten Einkommen nicht erheben darf. Meine Frage geht besonders dahin, ob auch das private Einkommen dieser wieder aktiv gewordenen Offiziere nach dem Gesetze von der Steuer befreit ist. Ich meine nicht das militärische Einkommen, denn das kommt natürlich nicht in Frage. Wenn es nach dem Gesetz so ist — ich werde es noch durchforschen —, dann haben wir Ursache, von seiten der Stadt uns an die

Regierung zu wenden, damit dieses Gesetz von 1887 geändert wird. Ich möchte also direkte Auskunft darüber haben, ob der Staat und die Gemeinden in dem Gesetze verschiedenartig behandelt werden, und ob nach dem Gesetze das private Einkommen aus dem Friedensberufe des betreffenden Offiziers oder das private Einkommen überhaupt von der Gemeindesteuer befreit ist.

**Bürgermeister Meyer:** Es besteht ein Unterschied zwischen der Besteuerung durch den Staat und durch die Stadt, und das ist dadurch zu erklären, daß die Materie nicht in eins, sondern zu verschiedenen Zeiten gesetzlich geregelt ist. Das im Jahre 1899 erlassene Gemeindeabgabengesetz sagt ausdrücklich, daß es bezüglich der Heranziehung der Militärpersonen zur Einkommensteuer bei den bestehenden Bestimmungen sein Bemenden haben solle, und so kommt es, daß das Gesetz von 1887 nicht aufgehoben ist, sondern Geltung behalten hat. In dem Einkommensteuergesetz, in welchem lediglich die Verhältnisse der Staatseinkommensteuer geregelt werden, sind Bestimmungen, wie sie das Gesetz von 1887 enthält, nicht enthalten, und so kommt es, daß tatsächlich ein Unterschied in der steuerlichen Behandlung der Offiziere zwischen Gemeinde und Staat besteht. Das Gesetz, betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zur Abgabe für Gemeindezwecke erstreckt sich auf das außerdienstliche Einkommen der Offiziere inklusive des Einkommens der Frau und der Kinder mit Ausnahme des Einkommens aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb. Dieses wird besteuert, aber das Einkommen aus Kapitalvermögen bleibt von dem Eintritte in die Kriegsformation an frei.

Übrigens kann ich erklären, daß der Magistrat diese Ungleichheit nicht für zeitgemäß hält, er hält nur den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet, an die Regierung mit dem Antrage auf eine Änderung des Gesetzes heranzutreten; sie würde jetzt schwerlich zu erreichen sein.

Herr Wesemeier hatte nicht nur gefragt nach den Berufsoffizieren, sondern auch nach den Offizieren, die zur Disposition stehen; auch dieser Fall ist in dem Gesetze von 1887 geregelt. Es heißt da, daß die zur Disposition gestellten Offiziere, solange sie nicht zum aktiven Dienst wieder herangezogen werden, den verabschiedeten Offizieren und damit den übrigen Sterblichen gleichgestellt sein sollen.

Die Bestimmungen sind, wo es sich um Berufsoffiziere handelt, so klar, daß Streit kaum entstehen kann. Es ist nur zu beklagen, daß die Regelung eine Ungleichheit geschaffen hat, die heute allgemein unangenehm empfunden wird.

## 18. Antrag Wesemeier, betreffend Einwirkung auf reichsgesetzliche Verpflichtung der landwirtschaftlichen Betriebe zur Viehwirtschaft.

Wortlaut der Anfrage siehe S. 18.

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Daß der Fleischmangel immer größer geworden ist, wissen wir; ich brauche kein Wort mehr darüber zu reden, denn die

Erfahrungen der letzten Tage haben uns den Beweis dafür gegeben. Nun wird von manchen Seiten die Erfüllung der Forderung, daß die großen viehlosen landwirtschaftlichen Betriebe in viehwirtschaftliche umgewandelt werden, als unmöglich hingestellt, und das halte ich nicht für richtig. Es darf in solchen Zeiten, wie die sind, in denen wir heute leben, nicht als unmöglich bezeichnet werden. Es muß möglich sein, Vieh in immer größeren Massen heranzuziehen, damit die Bevölkerung ernährt werden kann. Die Landwirte, die viehlose Wirtschaften besitzen, erklären ja selbst, wie ich erst neulich wieder gelesen habe, daß sie zumeist rübenbauende Landwirte seien, und daß es ihnen deshalb nicht zugemutet werden könne, sich auch noch Vieh zuzulegen. So allgemein kann man den Satz doch nicht aufstellen. Auch die Rübenbauenden Landwirte haben zum großen Teil Vieh in ihrer Wirtschaft, und wenn sie angeben, sie müßten bei Viehwirtschaft den Rübenbau aufgeben und andere Früchte anpflanzen, daß es aber dem Staate dienlicher sei, wenn sie Zuckerrüben bauten, und daß der Staat durch die Aufgabe des Rübenbaus geschädigt würde, so kann ich den Einwand nicht anerkennen. Denn ich glaube, daß der Zuckerrübenbau immer noch reichlich vorhanden ist in anderen Wirtschaften, die auch die Viehwirtschaft in ihren Betrieb hineingezogen haben. Auch der Einwand, daß viehlose Zuckerrübenwirtschaften den viehhaltenden anderen Wirtschaften das Futter liefern, bezeugt nur, daß es möglich ist, auch in solchen Betrieben Vieh zu halten, denn sie können ja dann das Rübenfutter gleich in ihren eigenen Betrieben verfüttern, gerade so wie es in anderen Betrieben verfüttert wird, in denen nicht so viel Rüben angebaut werden.

Es kommt bei dieser Frage wohl nur auf die Großbetriebe an, von denen es eine erhebliche Menge geben soll, die sich trotz der Not der Zeit weigern, Viehwirtschaft zu betreiben. Auch den Herren sollte man ruhig etwas Opfer auferlegen; der kleine Bauer hat es auch schwer genug, denn er weiß nicht, wo er das Futter hernehmen soll. Es leiden während des Krieges alle Kreise, der Handwerker und der ganze Mittelstand. Große Kreise aus dem Mittelstande und den Handwerkern setzen ihre ganze Existenz aufs Spiel. Wenn die Möglichkeit vorliegt, dadurch die Volksernährung besser zu gestalten, so muß dieser Weg, den ich im Auge habe, beschritten werden, es muß für eine kräftigere Ernährung des Volkes gesorgt werden. Irgend welche Rücksichten auf Sonderinteressen der Großagrarien, die hier in Frage kommen — zum Teil wenigstens, nicht alle —, dürften unter keinen Umständen genommen werden.

Der Anstoß zur Mehranschaffung von Vieh muß von den Städten erfolgen, denn sie leiden unter dem Viehmangel am schwersten. Auf dem Lande geht es damit immer noch, aber in der Stadt haben wir fast nichts mehr an Fleisch zu essen, und es wird lange dauern, bis wieder so viel Vieh herangezogen ist, daß normale Zustände eintreten. Niemand wird behaupten können, daß die großen Landwirte

irgend welche Not leiden; sie verdienen ausgezeichnet auch am Kriege, und das haben sie mit dem größten Teile unserer Industrie gemein.

Man kann nicht einmal davon sprechen, daß man den großen Landwirten, die viehlos gewirtschaftet haben, ein Opfer auferlegt, wenn man von ihnen verlangt, daß sie beitragen sollen, mehr Fleisch für die deutsche Bevölkerung zu schaffen, denn wenn man von Opfern sprechen wollte, dann müßte man sagen: Die Landwirte, die heute Viehhaltung haben, bringen ein Opfer. Es ist das doch aber ein Geschäft und wird auch von diesen Leuten als ein Geschäft angesehen, und das mit Recht. Die Viehhaltung ist heute unter keinen Umständen ein Opfer. Man könnte höchstens sagen: Wir verlangen die Beseitigung der Bequemlichkeit. Eine einmalige Ausgabe wird allerdings die Einstellung des Viehs erfordern. Das Geld für die Anschaffungen ist aber kein Opfer, das ist einfach eine Umwandlung des Geschäftsbetriebes, die sich rentieren wird, und die notwendig ist im Interesse der gesamten Volksernährung, die schwer darunter leidet, daß wir so wenig Vieh haben, das der Volksernährung zugeführt werden kann.

Es muß mehr Fleisch geschaffen werden, und das kann nur geschehen, wenn eine bestimmte Verpflichtung alle den Kreisen auferlegt wird, die in dieser Erwerbsarbeit, d. h. in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind. Es muß möglich sein, eine solche Bestimmung durchzuführen, und wenn man will, ist es auch möglich. Durch ein Kriegsnotgesetz sind diese viehlosen Betriebe zu verpflichten, in ihren Landwirtschaften Viehhaltung einzuführen, und zwar derart, daß bestimmt wird: Auf ein Hektar kommt soviel Vieh. Es wäre ein gangbarer Weg, wenn der Magistrat über unsere Landesregierung hinaus an den Bundesrat eine solche Forderung stellt. — Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung.

## 19. Bewilligung von erhöhten Mitteln für Nahrungsmitteluntersuchungen.

**Vorsitzender:** Es liegt noch ein eiliger Antrag des Magistrats vor, über den Herr Sander referieren wird.

Stadtv. **Sander:** Das Herzogl. Staatsministerium schreibt an den Magistrat: „Im Rechnungsjahre 1915/16 sind für die Zwecke der Nahrungsmitteluntersuchungen 3255,53 *M* verauslagt. Von dieser Summe sind durch Wiedereinzahlung von rechtskräftig verurteilten Personen 1782,60 *M* gedeckt, so daß die tatsächliche Ausgabe in dem Rechnungsjahre nur 1472,93 *M* betragen hat. Die für die Nahrungsmitteluntersuchungen ausgeworfene Summe von jährlich 1500 *M* zu überschreiten,

ist peinlich vermieden. Dies hat zur Folge gehabt, daß die Nahrungsmitteluntersuchungen nicht in dem namentlich in der jetzigen Kriegszeit dringend erforderlichen Umfange ausgeführt sind. Diese Ausgaben für das Rechnungsjahr 1916/17 auch nur annähernd anzugeben, ist nicht möglich. Eine wesentliche Erhöhung der bislang ausgesetzten Summe ist erforderlich, wenn die Untersuchung annähernd in dem Umfange geschehen soll, wie es in gleich großen Städten geschieht, und wie es die Zeitumstände erfordern."

Der Magistrat ersucht nun die Stadtverordnetenversammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß für das Rechnungsjahr 1916/17 mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse der Herzoglichen Polizeidirektion ein Betrag in halber Höhe einer Gesamtaufwendung bis zu 5000 *M* für Nahrungsmitteluntersuchungen, also in Höhe bis zu 2500 *M* (bisher 1500 *M*) stadtseitig zur Verfügung gestellt wird. Die Hälfte der aufzuwendenden Kosten trägt der Staat, und die andere Hälfte hat die Stadt zu tragen.

Die Statutenkommission hat die Sache beraten und schließt sich der Ansicht des Magistrats an, daß für diese jetzt sehr wichtige Maßnahme unbedingt mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Sie empfiehlt der geehrten Versammlung, die geforderten 2500 *M* für diese Untersuchungen zu bewilligen.

**Stadtrat von Franckenberg:** Bei der Wichtigkeit der Lebensmittelfrage in der heutigen Zeit hat der Magistrat es für richtig gehalten, die Rechtslage, die nach unserer Ansicht zweifellos zuungunsten des Staates und zu unseren Gunsten beantwortet werden muß, nicht in den Vordergrund zu stellen, sondern auf das Angebot des Staates einzugehen, sich für diese Kriegszeit mit ihm zu verständigen und für dieses Jahr insgesamt 5000 *M* zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, die verehrten Herren werden verstehen, wenn wir in dieser Zeit das Zugeständnis machen. Es bedeutet das nicht eine Preisgabe unserer Stellung, sondern ein Entgegenkommen, um die Untersuchungen reichlicher ausführen zu lassen als bisher geschehen.

**Stadtv. Sander:** In der Kommission ist der Wunsch laut geworden, die Nahrungsmittelproben möchten nicht nur auf der Polizeidirektion zur Untersuchung angenommen werden, sondern es möchten dafür sämtliche Polizeiwachen in den einzelnen Torbezirken geöffnet sein. Auch diesen Wunsch hat die Statutenkommission für berechtigt erachtet, da das Hinbringen der Proben nach der Polizeidirektion mitten in die Stadt für draußen vor dem Tore Wohnende recht umständlich ist und viel Zeit damit verlorengeht.

**Stadtv. Niese:** Ich bin für die Bewilligung. Wenn man aber Untersuchungen anstellt, dann möge man einmal zunächst bei unserem Brote anfangen. Was

wir jetzt da bekommen, ist kein richtiges Brot mehr, sondern es ist schon mehr Torf. Und wenn man unser Mehl ansieht, so stecken schwarze Klumpen darin. Es ist wahrlich ein Jammer! Wenn wir früher so etwas, wie es uns jetzt von der Reichsgetreidegesellschaft aufgetrocknet wird, bekommen hätten, dann wäre der Lieferant als Nahrungsmittelverfälscher beim Kraken genommen. Solange wir aus unserer Neustadtmühle das Mehl bekamen, war es doch immer noch leidlich. Ich glaube, die Hälfte ist jetzt Holzmehl. Bei diesen Sachen sollte man zuerst mit Untersuchungen anfangen. Auch mit dem Kakao ist es schlimm. Wenn man eine Tasse davon zurechtmacht, bleibt unten die Hälfte als Sand zurück. Auf anderes will ich nicht eingehen, aber das Brot und das Mehl zu untersuchen, halte ich denn doch für das Wichtigste.

Die 2500 *M* werden verwilligt.

## 20. Antrag Steincke auf Abgabe von Brotzusatzkarten an Brotgeld empfangende Militärpersonen.

Wortlaut des Antrages: „Mit dem Heutigen bitte ich zu beschließen, daß der Magistrat den zum Militärdienst eingezogenen Personen nach Möglichkeit Brotzusatzkarten bewilligt.“

Stadtv. **Steincke** (zur Begründung): Ich habe beantragt, daß den Soldaten, die in hiesiger Stadt ausgebildet werden und zu Hause wohnen, nach Möglichkeit Brotzusatzkarten bewilligt werden. Ich könnte wohl in den Verdacht kommen, daß ich für mich selbst spreche, weil ich auch zu diesen Soldaten gehöre. Aber ich bin in meiner Person kein sprechendes Beispiel und habe auch nur die bedürftigen Soldaten im Auge. Ich denke zunächst wieder an die Arbeiter der Schwerindustrie, die jetzt in zahlreichen Fällen auch eingezogen sind trotz dringendster Reklamation ihrer Fabrikherren. Diese Schwerarbeiter, die meistens Familienväter sind, erhalten jetzt, weil sie meist außerhalb der Kaserne bei ihren Familien wohnen, wöchentlich für 300 g Brotkarten, während solche Mannschaften, wenn sie in der Kaserne wohnen würden, 500 g Brot erhalten würden. Diese Leute, die früher eine Zusatzkarte erhielten, bekommen jetzt also weniger Brot als früher. Während sie in der Zeit ihrer Zivilstellung ihren Familien vielleicht von ihrem Brote haben abgeben können, müssen sie sich jetzt einschränken, obwohl die Zeit der militärischen Ausbildung auch gewissermaßen mit der Arbeit in der Schwerindustrie zu vergleichen ist. Das kann ich versichern, da ich es praktisch durchgemacht habe, und als 40-, 42- oder 45-Jähriger merkt man doch bei diesen Übungen, daß man älter geworden ist und die Bewegung während des ganzen Tages in frischer Luft einen erhöhten Appetit mit sich bringt. Die Arbeiter in den Korporalschaften klagen über diese geringe Brotmenge, daß sie nicht satt werden. Wir



als Bürger von Braunschweig haben nun doch aber die moralische Verpflichtung, auf keinen Fall nicht hinreichend ernährte Soldaten ins Feld zu schicken. Wir hoffen doch auch, daß der Krieg bald zu Ende kommt, und wenn, soweit es die Verhältnisse zulassen, von der Stadt aus etwas geschieht, indem eine Zusatzkarte verabreicht wird, so tun wir damit ein gutes vaterländisches Werk. Ich spreche hier nicht nur im Namen dieser Soldaten, die es dringend nötig haben, sondern habe meinen Antrag auch gestellt auf einen Appell verschiedener Vorgesetzter an mich, die es mir noch heute mittag sehr nahegelegt haben, diesen Antrag Ihnen warm zu empfehlen. Ich weiß ja, daß die Mittel der Stadt in dieser Hinsicht knapp sind, und habe deshalb in meinem Antrage gesagt: nach Möglichkeit. Ich denke aber, wenn nochmals ein Appell an die Braunschweiger Bevölkerung gerichtet würde, mehr ersparte Brotkarten zurückzugeben, damit man jenen Soldaten Zusatzkarten geben könnte, so müßte das Erfolg haben. Wenn der Magistrat auch nicht in vollem Umfange die Wünsche, die an ihn herantreten, erfüllen kann, so meine ich doch, es sollte sich bei gutem Willen der wohlhabenden Klassen unserer Bevölkerung und bei einem dringenden Aufrufe noch etwas erreichen lassen.

Zur Begründung meines Antrages möchte ich noch einen typischen Fall anführen. Einem unserer Soldaten, einem Arbeiter aus der Ritterstraße, der Frau und mehrere Kinder hat, ging es sehr schlecht, und er ist deshalb schon an den Nationalen Frauendienst verwiesen. Vor einigen Tagen wurde seine Frau entbunden, sie ist zu früh aufgestanden und hat sich dadurch eine Nierenkrankheit zugezogen. Unser Herr Feldwebelleutnant interessierte sich dringend dafür, daß der Mann für seine Frau ein Brot extra bekam, aber es hat nicht bewilligt werden können, weil, wie ich höre, die staatlichen Vorschriften von der höchsten Stelle es unmöglich machten. Dabei hat es sich gezeigt, daß kameradschaftlicher Sinn unter den Soldaten in Braunschweig herrscht. Wir haben in unserer Korporalschaft für den Mann gesammelt, und es war herzerhebend, daß selbst unsere Arbeiter, die es sehr nötig haben, dazu hergaben. Es sind über 20 M. zusammengekommen, die der Mann unter Tränen über die Treue seiner Kameraden entgegengenommen hat. Wenn man sieht, daß hier so starre Vorschriften einer Milde entgegenstehen, so meine ich, daß bei der Dringlichkeit der Sache unser Magistrat an die maßgebende Stelle — in Betracht kommt wohl die Reichsgetreidestelle — herantrete und auf diesen Übelstand hinweise. Wenn dazu gesagt wird: In Berlin wird es ebenso gehandhabt, so kann das für uns kein Grund sein. Dort sind andere Verhältnisse, und wenn Braunschweig einmal in Deutschland vorangehen würde, so wäre das auch kein Fehler. Wir brauchen nicht immer nach anderen Städten oder über unsere Grenzen hinauszusehen, wie es da gemacht wird; wir können auch einmal selbst vorgehen. Prüfen Sie doch einmal nach, wie die Stimmung der

maßgebenden Körperschaften in dieser Frage ist. Es ist das eine Sache von besonders vaterländischer Bedeutung. Die Bürger von Braunschweig könnten stolz sein, wenn sie sagen können: Wir haben für unsere Soldaten getan, was möglich war.

Der vom Antragsteller gewünschten **d r i n g l i c h e n B e h a n d l u n g** des Antrages stimmt die **M e h r h e i t** der Versammlung zu.

**Stadtrat von Frankeberg:** Es hatte sich der Truppenteil, dem Herr Steinede angehört, auch an uns mit dem Ersuchen gewandt, wir möchten doch Brotzuschlagkarten herausgeben für sogenannte Brotgeldempfänger. Das sind diejenigen Soldaten, die ihr Brot nicht vom Truppenteile beziehen, sondern außerhalb der Verpflegung stehen, die Brotgeld erhalten und auch von der Stadtverwaltung Brotkarten erhalten. Es war bei uns mit Rücksicht auf die außerordentlich starke Nachfrage nach Zuschlagbrotkarten ein Zweifel vorhanden, ob wir auf den Wunsch eingehen sollten, und der Magistrat beschloß deshalb, sich in Berlin zu erkundigen, wie in dieser großen Militärstadt diese wichtige Frage behandelt werde. Es wurde uns mitgeteilt, daß man zwar gern auf solche Wünsche eingehen würde, aber doch schwere Bedenken gegen ihre Erfüllung haben müßte, weil die Bestimmungen so sind, daß nur für die schwer arbeitende Bevölkerung Zuschlagbrotkarten gegeben werden sollen, und weil, wie uns geantwortet wurde, in sehr vielen Fällen es der freie Wille des Betreffenden ist, außerhalb der militärischen Verpflegung in bürgerlichen Verhältnissen und im bürgerlichen Haushalte zu bleiben, also Brotgeldempfänger zu werden. Es wird, da im Grunde genommen für derartige Personen die Militärbehörde aufzukommen hat, nicht mit den Interessen der Zivilverwaltung in Einklang zu bringen sein, wenn man die Zuschlagkarten, die von der Arbeiterschaft dringend begehrt werden und nur in mäßigen Verhältniszahlen verabreicht werden können, nun Militärpersonen geben würde, die Brotgeldempfänger sind. Dadurch würde in der nächsten Zeit für die Arbeiter und Arbeiterinnen der eigenen Gemeinde weniger übrigbleiben als wünschenswert wäre. Wir gaben in dieser Woche 20 400 Brotzuschlagkarten aus, die Meldungen darauf gehen aber erheblich weiter, so daß nur 85 Prozent aller Anmeldungen berücksichtigt werden können. In dieser Woche liegt gerade eine große Anzahl von Anträgen von Frauen, die in die Konjervenfabriken als Arbeiterinnen eingetreten sind, vor. Es sind ungefähr 1300 Personen, und wir tragen schwere Bedenken, in diesem Falle dem guten Herzen und der trefflich gemeinten Empfehlung des Herrn Steinede Folge zu geben. Es ist schön von ihm gedacht, und er will auch die Zuschlagkarten nur „nach Möglichkeit“ gegeben sehen. Wenn sie die Worte „nach Möglichkeit“ sehr stark pressen und dehnen, dann läßt sich selbstverständlich die Möglichkeit schaffen, aber wir schmälern dann die Dividende der Arbeiterinnen und Ar-

beiter auf Kosten derjenigen, die jetzt den bunten Rock tragen. Ehre und Anerkennung allen denen, die dies tun, aber es bleibt uns nichts übrig, als zu sagen: In erster Linie hat hier die Militärbehörde einzutreten, und es ist ein gefährliches Ding, wenn man von 20 000 Zuschlagkarten (in nächster Woche 20 600) etliche hundert weggibt an die Soldaten. Der Antrag ist von einem Truppenteil des Regiments Nr. 78 gestellt. Was diesem Truppenteil recht ist, würde jedem anderen billig sein, und etliche hundert Zuschlagkarten würden dabei herauskommen, die wir den im bürgerlichen Leben Stehenden fortnehmen müßten. Denn über das hinauszugehen, was uns von der Reichsgetreidestelle zugemessen ist, ist nicht zu verantworten, und dazu würden Sie ebensowenig wie wir die Hand bieten wollen. Wir kommen jetzt an die Grenze des Zulässigen, denn wir haben von Woche zu Woche etwas mehr an Brotzuschlagkarten zugelegt. In der letzten Woche nur 200, während wir in den vorigen Wochen 1000 oder 500 zulegte. Die Erleichterungen für die Braunschweiger Arbeiterschaft, die von uns eingeführt sind, indem ihre Angehörigen in fünf von sechs aufeinanderfolgenden Wochen eine Zuschlagkarte empfangen, würden in Frage gestellt; es würde vielleicht so kommen, daß von 4 Wochen nur in dreien eine Zuschlagkarte gegeben werden könnte. Wollen Sie, daß für die Arbeiter und Arbeiterinnen — besonders bei den Konservenarbeiterinnen, die neu hinzutreten — die Berücksichtigung nicht so stark eintritt, wie sie aber doch wünschenswert ist, so stimmen Sie dem Antrage Steinicke zu. Wollen Sie das nicht, so schließen Sie sich den Bedenken an, die der Magistrat in seinem Antwortschreiben an den Truppenteil des Herrn Steinicke ausführlich begründet hat, und lehnen Sie den Antrag ab.

**Stadtv. Stegmann:** Nach den Ausführungen des Herrn Stadtrats von Frankenberg kann ich mich auf einige Worte beschränken. Als Herr Steinicke mir vorhin den Antrag vorlegte, habe ich ihn nicht unterschrieben, weil ich mir sagte: So gut er gemeint ist, und so gern wir dafür eintreten möchten, daß den Soldaten mehr Brot gewährt wird, so können wir es doch nicht, weil damit der hiesigen Arbeiterschaft die Zusatzkarten entzogen würden. Es ist unbedingt Pflicht der Militärbehörde, dafür zu sorgen, daß ihre Soldaten auch satt werden. Herr Steinicke weiß jedenfalls nicht, daß die jetzige Zahl der Zusatzbrotkarten nicht genügt; die Lebensmittel alle sind schlechter geworden, auch das Brot, und alles ist knapper geworden, so daß sich ein Verlangen nach mehr Brotkarten geltend macht. Die halben Zuschlagkarten, die es bekanntlich nur gibt, genügen den meisten Arbeitern nicht. Aus Erfahrung in unserem Betriebe weiß ich, daß die Leute gern zwei halbe oder eine ganze haben möchten. Mitte der Woche heißt es: Ich habe kein Brot mehr. Wenn man diese Dinge in der Praxis sieht, dann sagt man: Wenn es möglich zu machen wäre, dann müßte die arbeitende Bevölkerung nicht weniger, sondern

mehr Brotkarten erhalten. Wenn wir aber das machten, was Herr Steinecke beantragt, so würden die Arbeiter noch schlechter fahren als bisher, und dazu können wir nicht die Hand bieten.

Was den Appell an die besitzende Bevölkerung anlangt, so hat er ja im Anzuge der Ausgabe der Brotkarten gut gewirkt. Aber wir wissen auch, daß ein Appell heute lange nicht mehr solchen Erfolg haben würde wie vorher. Auch in einer früheren Sitzung der Verteilungsstelle haben wir uns in diesem Sinne ausgesprochen, wenn auch Herr Stadtrat von Frankenberg sich der Hoffnung hingab, mehr durch einen Appell herauszuholen. Ob er einen wesentlichen Erfolg damit erzielt hat, weiß ich nicht. Einstweilen glaube ich es aber nicht, weil in allen Haushaltungen nun die vorhanden gewesenen Mehlvorräte auf die Reize gegangen sind und die Brotkarten jetzt auch zum Mehlerwerbe verwandt werden müssen. Ich glaube also, daß ein Appell auch für die Militärpersonen nichts Wesentliches mehr bringen wird.

**Stadtv. Voetschigt:** Die Verhältnisse, die in dem Antrage Steinecke berührt werden, sind mir schon seit Monaten bekannt. Ich hatte Gelegenheit, Landwehrlente zu sprechen, die sagten mir: „Wir bekommen Brotgeld über unsere Brottaxe hinaus, aber wir sind nicht in der Lage, in Braunschweig für das mehr erhaltene Geld Brot zu kaufen, weil wir keine Brotkarte dafür haben. Wir können das Geld gar nicht für Brot verwerten.“ Warum gibt der Militäriskus den Soldaten Brotgeld, wenn er die Gelegenheit nicht gibt, das Geld in Brot umzusetzen? Dafür müßte der Fiskus doch sorgen! Ich erkenne voll und ganz an, daß wir schwer in der Lage sind, helfend einzugreifen. Es wäre besser, wenn der Militäriskus den Soldaten Brot lieferte; Getreide ist genug da.

**Stadtv. Steinecke:** Ich wollte schon mit erwähnen — es wurde mir von den Herren Kollegen zur Linken zugerufen —: für die Soldaten müßte der Militäriskus sorgen. Der Gedanke hat ohne weiteres die Folgerichtigkeit für sich. Aber, meine Herren, Sie wissen, welche große Not wir haben. Wenn der stellvertretende General des 10. Armeekorps sich dafür einsetzen würde und die Militärverwaltung das in Braunschweig einführen würde, so würden die anderen in Deutschland nachkommen, und dann kämen wir in noch größere Not. Dann würde viel mehr verbraucht, als wir Vorrat haben. Ich kannte die Verhältnisse nicht mehr so genau, wie sie der Herr Stadtrat von Frankenberg geschildert hat, weil ich seit meiner Militärzeit nicht mehr so im Bilde bin. Ich glaube aber doch noch, daß durch einen Appell an die Bevölkerung sich so viel Liebe zu den Soldaten, die ausgebildet werden, zeigen wird, daß doch etwas Beträchtliches herauskommt. Ich höre vielerwärts: „Wir kommen mit unserem Brote sehr gut aus“, und glaube,

daß da noch von den Brotkarten abgegeben werden kann, und daß wir durch Agitation noch etwas zusammenbringen, so daß wir in vereinzeltsten Fällen noch Brotkarten für das Militär bekommen können. Ich bitte den Magistrat und die verehrten Herren dringend, den Versuch zu machen, etwas für diese Leute zu tun. Ich bin zwar genau derselben Ansicht, wie sie von den Herren Vorrednern geäußert ist, daß unserer notleidenden Bevölkerung in erster Linie die vorhandenen Brotzuschlagkarten zukommen. Aber wenn noch einmal die Werbetrommel gerührt wird, dann muß es doch etwas bringen.

Für den Antrag **Steinecke** meldet sich die **Minderheit**.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8 Uhr.

# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 18. Mai 1916.

### **Tagesordnung:**

- |   |          |
|---|----------|
| 1. Antrag <b>Genzen</b> , betreffend Erhöhung des städtischen Zuschusses für Kriegerfamilien, ebenso der Arbeitslosenunterstützung. . . . .       | Seite 60 |
| 2. Antrag <b>Steincke</b> auf Einrichtung einer städtischen Geflügelzucht . . . . .   | " 63     |
| 3. Antrag <b>Steincke</b> auf ungesäumten Abschluß von Verträgen auf Lieferungen aus der nächsten Kartoffelernte . . . . .                        | " 73     |
| 4. Antrag <b>Genzen</b> auf Regelung der Lebensmittelversorgung, betreffend: . . .  | " 86     |
| a) die Einrichtung eigener städtischer Verkaufsstellen zur Verteilung der knappen Lebensmittel . . . . .  | " 87     |
| b) den Verkauf etwa zurückgehaltener Fleisch und Fettwaren . . . . .  | " 93     |
| c) Einführung einer schärferen Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte . . . . .  | " 94     |
| d) ein Verbot auf Vorausbestellungen von Fleisch und Fleischwaren . . . . .   | " 95     |
| e) Einführung einer Fleischkarte . . . . .  | " 95     |
| f) Anordnung des Verkaufs knapper Lebensmittel über den Ladentisch . . . . .  | " 110    |
| 5. Antrag <b>Wesemeier</b> , betreffend Einwirkung auf reichsgesetzliche Verpflichtung landwirtschaftlicher Betriebe zur Viehwirtschaft . . . . . | " 117    |

### **Außer der Tagesordnung behandelt:**

- |  |       |
|--|-------|
| 6. Antrag <b>Frede</b> , auf Zuwahl zweier Mitglieder für den Ernährungsausschuß . . . . . | " 120 |
| 7. Anfrage <b>Wesemeier</b> über die jetzige schlechte Beschaffenheit des Mehls. . . . .   | " 122 |
| 8. Mitteilung des Magistrats, den verstärkten Wildabschuß betreffend . . . . .             | " 123 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Heymann**, **Mohr**, **Schöttler**, **Wagner** und Stadtbaurat **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Dr. Boge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**. Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Diedmann**, **Selle**, **Loeschigt**. Herr Stadtv. **Steincke** erscheint infolge Militärdienstes verspätet.

Vorsitzender **Hartung**: Ich eröffne die Sitzung und teile mit, daß ein Antrag, der genügend unterstützt ist, von Herrn **Frede** eingegangen ist, folgenden Wortlauts:

„Die Versammlung wolle beschließen, daß der Ernährungsausschuß um zwei weitere Mitglieder verstärkt wird. Vorge schlagen werden die Herren Kaufmann **Rich. Brandes**, Altstadttring 29, Kaufmann **Schmidt**, Majernenstraße 34.“

Ich werde am Schlusse der Tagesordnung Herrn **Frede** Gelegenheit geben, seinen Antrag zu begründen.

### 1. Antrag **Genzen**, betreffend Erhöhung des städtischen Zuschusses für Kriegerfamilien, ebenso der Arbeitslosenunterstützung.

Stadtv. **Munte**: Der Dringlichkeitsantrag des Herrn **Genzen** und seiner Freunde lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Anbetracht der zur Zeit auf fast allen Gebieten des Lebensmittelmarchtes herrschenden Teuerung den städtischen Zuschuß für Kriegerfamilien auf 100 Prozent der Staatsunterstützung zu erhöhen. Die Unterstützung der Arbeitslosen ist in Höhe der von Reich und Gemeinde den Kriegerfamilien gewährten Sätze zu zahlen.“

Die mir übertragene Berichterstattung über diesen Punkt habe ich selbstverständlich mit Freuden übernommen, immerhin möchte ich ganz offen und ehrlich gestehen, daß ich doch mit einiger Beklemmung daran gegangen bin, denn nachdem dieser wohlgemeinte Antrag in der Stadt bekannt geworden war, knüpften sich sicher viele hohe Erwartungen an diesen Antrag, und diese Hoffnungen würden naturgemäß bitter enttäuscht gewesen sein, wenn vielleicht die Erwägungen dazu geführt hätten, zu empfehlen, den Antrag in der Versammlung abzulehnen. Diese Bedenken haben sich glücklicherweise günstig gelöst. Wir haben uns in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses nahezu zwei Stunden über diese Angelegenheit unterhalten, und ich möchte — um Ihre Erwartungen nicht zu lange auf die Folter zu spannen — zunächst das Ergebnis dieser Verhandlungen kurz mitteilen und dann ausführen, in welcher Weise dieser Beschluß zustande gekommen ist.

Der Finanzausschuß wird Ihnen vorschlagen, den Antrag Genzen a n z u n e h m e n mit der a l l e i n i g e n A b ä n d e r u n g , daß statt der Erhöhung auf 100 Prozent eine solche auf 80 Prozent der Staatsunterstützung eintreten soll. Es ist dann noch ein Zusatz angenommen und eine Bestimmung vorgelesen, auf die ich nachher zurückkommen werde.

In der gestrigen Beratung des Antrages ist auch nicht eine einzige Stimme zu erkennen gewesen, welche in Abrede stellen wollte, daß seit dem letzten Winter, insbesondere seit Februar, eine ganz erhebliche Verteuerung aller Lebensbedürfnisse stattgefunden hat. Immerhin mutete ja auf den ersten Blick der Antrag um deswillen etwas eigenartig an, als, wie Sie sich erinnern werden, der ursprüngliche Zustand bei Ausbruch des Krieges durch den Bundesrat dahin festgestellt war, daß man einen Unterschied zwischen Sommer- und Winterunterstützung hatte eintreten lassen und diese Winterunterstützung — vom 1. November ab für 5 Monate, wegen der höheren Ausgaben, die im Winter durch Licht und Feuerung sich ergeben — höher sein sollte als die Unterstützung für die Sommermonate und der Antrag Genzen sich in genau entgegengesetzter Richtung bewegte. Es wurde nicht eine Herabminderung der augenblicklich gezahlten Sätze oder eine Gleichstellung der demnächstigen Unterstützung mit der Winterunterstützung beantragt, nein, es wurde glattweg eine 100prozentige Erhöhung der städtischen Unterstützung beantragt.

Wir haben uns über die ganze Angelegenheit ganz ausführlich besprochen, und es war eine große Freude für mich, daß dieser gegenseitige Gedankenaustausch dazu geführt hat, daß Herr Genzen und seine Freunde, die in der Sitzung anwesend waren, rückhaltlos zu dem endgültigen Ergebnis, wie ich es Ihnen kurz skizziert habe, ihre Zustimmung erteilt haben. Es mag zu diesem günstigen Ergebnis mit beigetragen haben, daß darauf hingewiesen werden konnte, wie der Nationale Frauendienst in Braunschweig noch ganz erhebliche Aufwendungen für die bedürftigen Kriegerfamilien macht, und wie ferner das Mieteinigungsamt gleichfalls erhebliche Zuschüsse durch Mietzahlungen an die Kriegerfamilien gibt. Diese Summen belaufen sich, wie im Finanzausschuß berichtet wurde, auf ungefähr 90 000 M monatlich. Es kann ja nun von mir nicht unerwähnt gelassen werden, daß Herr Genzen in der Vorberatung zu erkennen gegeben hat, wie er und seine Freunde nach wie vor nicht Freunde dieser Einrichtung des Nationalen Frauendienstes seien, aber es ist doch auch anderseits von ihnen nicht bestritten, daß diese Einrichtung großen Segen gestiftet hat. Die genannten Herren haben ferner zu erkennen gegeben, daß sie, da die Einrichtung nun einmal besteht, natürlich keinesfalls eine Abschaffung derselben in der gegenwärtigen Zeit bezweckten. Daß selbstverständlich nicht jede Kriegerfrau mit dieser Einrichtung zufrieden ist, daß Mißgriffe vorgekommen sind und auch später nicht ganz vermieden werden



können, liegt in der Unzulänglichkeit aller menschlichen Einrichtungen und muß in Kauf genommen werden. Unter diesen Gesichtspunkten ist dann eine Einigung erzielt.

Der Antrag des Herrn Genzen bot unter Umständen auch um deswillen einen Angriffspunkt von besonderer Wichtigkeit, als in früherer Zeit bei Beratung des Antrages Wesemeier, der in derselben Richtung sich bewegte, und der am 21. Oktober hier beraten wurde, ein zweiter Punkt von der geehrten Versammlung mit angenommen ist, der damals lautete: „Den Magistrat zu ermächtigen, den auch nach diesen Erhöhungen und nach den übrigen Fürsorgeleistungen verbleibenden Notfällen nach Prüfung der bezüglichen Anträge durch weitere Unterstützungen abzuheifen. Bei dieser Prüfung soll der Arbeitsverdienst der zu unterstützenden Familie nur mit der Hälfte desjenigen Betrages angerechnet werden, der 20 *M* monatlich übersteigt.“ Hier ist weder über die Höhe der Unterstützungen des Nationalen Frauendienstes etwas gesagt, noch waren sonstige Beschränkungen auferlegt. Es war also dem Nationalen Frauendienst vollständig freigegeben, nach Kräften zu unterstützen. Es ist ja möglich, daß eine gewisse Zaghastigkeit bei manchen Damen des Nationalen Frauendienstes vorhanden gewesen ist, daß sie vielleicht auch nicht den Wortlaut ganz verstanden haben; immerhin kann kein Zweifel bestehen: wir müssen annehmen, daß sie nach Kräften bemüht gewesen sind, alle besonders große Not zu beheben.

Ich glaube, Ihnen damit im großen und ganzen vorgetragen zu haben, daß sicherlich auch Bedenken gegen die beantragte Erhöhung des städtischen Zuschusses hätten vorgebracht werden können; sie sind aber nicht erhoben. Wir haben uns, in Rücksicht auf die immerhin bedeutenden Aufwendungen, die unsere Stadt durch die genannten beiden Einrichtungen mit monatlich 90 000 *M* noch macht, mit dem Herrn Antragsteller und seinen Freunden zu einer die Bemessung des städtischen Zuschusses auf 80 Prozent der Staatsunterstützung, zu *z a h l e n v o m 1. J u n i d. J. a b*, geeinigt, wobei allerdings noch gebeten wurde, man sollte *A n f a n g O k t o b e r* in eine *e r n e u t e P r ü f u n g* darüber eintreten, ob etwa für den Winter eine weitere Erhöhung der Sätze notwendig wäre.

Ich glaube, nachdem ich Ihnen habe sagen können, daß diese Vorschläge seitens des Finanzausschusses einstimmig gefaßt sind, und bei der Wichtigkeit des Antrages, der weite Kreise unserer Bevölkerung berührt und ihnen helfen will, daß kaum anzunehmen ist, daß die geehrte Versammlung diesem Antrage ihrer Kommission nicht zustimmt. Ich möchte Sie also namens der Kommission bitten, den Antrag anzunehmen.

Die *U n t e r s t ü t z u n g d e r A r b e i t s l o s e n* ist in diesem Antrage der Kommission mit einbegriffen. Es ist auch das für die Zeit vom 1. Juni ab an-

genommen, weil es jetzt auf den Sommer geht und nur unbedeutende Beträge dadurch in Anspruch genommen werden können.

**Stadtrat von Frankenberg:** Das schöne Bild des einmütigen Zusammenstehens, das nach dem Vortrage des Herrn Berichterstatters die Verhandlungen im Finanzausschuß geboten haben, möchte ich dadurch ergänzen, daß ich mitteile, daß auch der Stadtmagistrat, wenn die geehrten Herren dem Vorichlage des Finanzausschusses zustimmen, gern bereit ist, vom 1. Juni ab die Unterstützung der Kriegerfrauen auf 80 Prozent des Staatszuschusses zu erhöhen.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich möchte um eine Auskunft bitten. Die Unterstützungen sollen erhöht werden von 50 auf 80 Prozent des Staatszuschusses. Ist nun aber auch in der Kommission zur Sprache gebracht, daß die Erhöhung der Unterstützung nicht etwa bei Gewährung des Mietzuschusses wieder in Anrechnung gebracht wird, das heißt, daß die Bedarfsätze der Kriegerfamilien entsprechend höher gesetzt werden bei Berechnung der Unterstützung vom Mieteinigungsamte? Das wäre dringend notwendig, sonst nähme man auf der einen Seite, was man auf der anderen gibt, wenn es bei dem Mieteinigungsamte hieße: „Sie bekommen nun nicht mehr so viel Mietunterstützung, weil Sie mehr Unterstützung von der Stadt bekommen.“

**Stadtrat von Frankenberg:** Obwohl ich die Verhandlungen des Kriegseinigungsamtes nicht zu leiten habe, kann ich doch wohl hier erklären, daß an eine derartige strenge Handhabung einer so wohlwollenden Maßregel, wie es die ist, die Sie zu beschließen im Begriffe stehen, niemand ernstlich denken wird. Im Kriegseinigungsamte ist, wie mir bekannt ist, mit äußerstem Entgegenkommen die Regelung der Unterstützungen gehandhabt. Man ist bei Kriegerfamilien sogar über die Notbedarfsätze, wie sie sonst üblich sind, erheblich hinausgegangen. Herr Wesemeier wird deshalb keine Bedenken zu haben brauchen.

Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen (anscheinend einstimmig).

## 2. Antrag Steinicke auf Einrichtung einer städtischen Geflügelzucht.

**Stadtv. Niese:** Der Antrag des Herrn Steinicke lautet: „Ich bitte zu beschließen, daß der Magistrat zur Gewinnung billiger Eier in kürzester Frist eine Geflügelzucht einrichten läßt.“ Die Berichterstattung über diesen Punkt ist mir überwiesen. Ich habe das natürlich so aufgefaßt, daß ich berichten soll, was die Finanzkommission darüber beschlossen hat, denn in der kurzen Zeit vor der Sitzung mir Informationen über Geflügelzucht zu holen, war mir nicht möglich, den

anderen Herren auch nicht, und so haben wir weiter keine Aufklärung und kein genügendes Material in der Kommissionsitzung gehabt. Es ist dort über den Antrag beraten, soweit das angänglich war. Das Material des Herrn Steinecke bestand einfach nur in einer kleinen Zeichnung eines Hühnerhofes, in dem vielleicht 30—50 Hühner untergebracht werden können. Eine Stadt mit 146 000 Einwohnern wie Braunschweig mit Eiern zu versorgen, dazu gehört mehr.

Vielleicht erinnern sich die Herren, daß vor dem Hohentore früher einmal eine Brutanstalt bestand, aber schon seit langem ist sie eingegangen. Ich habe für Anlage einer Hühnerzucht an das Gelände am Dowesee gedacht und auch an das städtische Pflegehaus und schließlich an das Kieselgut, weil ich gesehen habe, daß Herr Amtsrat Haars dort schöne Hühner und Küken hat. Aber nun ist mit einem Male eine so große Serie von Anträgen gekommen — eine Schaffung von billigem Fleisch durch Schweinemästerei, der vermehrte Wildabschuß und andere Dinge —, und so war niemand in der Lage, mir Aufklärung geben zu können. Ich habe daran gedacht, daß Herr Steinecke, nachdem die Kommissionsitzung geschlossen war, vielleicht noch hinterher käme und dann sein Material dem Herrn Oberbürgermeister noch geben könnte.

Die Herren werden verstehen, daß wir in der Kommission den Beschluß gefaßt haben, den Antrag nicht abzulehnen, sondern zu empfehlen, seine Beratung zu vertagen, bis Herr Steinecke in der Kommission zugegen sein kann, sodann aber, den Magistrat aufzufordern — und er hat sich auch dazu bereit erklärt —, nach billigen Eiern Umschau zu halten und dafür zu sorgen, daß unseren Einwohnern billige Eier zur Verfügung gestellt werden. Wir haben Rücksicht darauf zu nehmen, daß, wenn wir jetzt einen Hühnerhof einrichten, niemand uns Hühner verkaufen wird, wenigstens Legehühner nicht, denn die sind heute Gold. Es wäre aber die Möglichkeit gegeben, der Eiernot abzuhelfen, wenn der Magistrat es sich angelegen sein läßt, fremde Eier zu beschaffen.

Stadtv. **Lauer:** Wie ich höre, ist in der Kommission beschlossen, den Antrag Steinecke zu vertagen, weil der Herr Antragsteller in der Kommission nicht zugegen war. Der Herr Antragsteller fehlt auch heute, denn er ist dienstlich verhindert, und wahrscheinlich wird er auch in der nächsten Zukunft wiederholt hier fehlen müssen, wenn er durch seinen Dienst nicht überhaupt von Braunschweig weggerufen wird. Nun finde ich aber doch, daß der Antrag Steinecke, soweit ich mich habe informieren können, sehr viel Gutes in sich schließt.

Wenn der Herr Referent eben sagte, daß eine Stadt von 146 000 Einwohnern schlechterdings nicht von einer kleinen Hühnerzuchtanstalt voll und ganz versorgt werden könnte, so ist das ja ohne weiteres richtig, aber die Sache liegt doch wohl so, daß man bei diesem Antrage an nichts anderes gedacht hat, als auf Mittel und

Wege zu finden, um irgendwelchen Beitrag zu finden, die Not zu lindern, die hier nun einmal eingetreten ist. Daß ein Hühnerhof errichtet werden soll, der gleich in der Lage ist, unsere ganze Stadt mit Eiern zu versorgen, ist selbstverständlich ausgeschlossen.

Wenn man daran denkt, welchen Nutzen ein solcher Hühnerhof für die Stadt haben kann, so darf man nicht vergessen, daß das für die Einrichtung nötige Anlagekapital ein recht bescheidenes sein kann, und daß die Wirtschaft, wenn sie rationell betrieben wird, das angelegte Kapital wahrscheinlich sehr gut verzinzen wird. Es ist ja natürlich, daß der Unterhaltung eines Hühnerhofs in dieser Zeit allerhand Schwierigkeiten entgegenstehen, wie z. B. die Beschaffung der Hühner selbst, ihre Ernährung usw. Aber ich bin der Ansicht, daß diese Schwierigkeiten doch keineswegs unüberwindlich sind.

Sodann hat der Herr Referent vermißt, daß er sich nicht genügend hat informieren können. Nun, das könnte doch dadurch geschehen, daß vielleicht auch heute, wie es neulich bei der Beratung über Anschaffung der Volksküchen geschehen ist, für diesen Zweck wiederum eine Kommission von vielleicht drei oder vier Herren bestimmt wird, die sich mit dieser Angelegenheit befassen.

Ich brauche den geehrten Herren doch nicht zu sagen: Wenn man ernten will, muß man erst säen. Wenn wir jetzt nicht sofort etwas unternehmen — und es ist Ihnen bekannt, daß wir innerhalb zweier Monate nicht eine Stadtverordneten-sitzung hatten — so zieht sich die Sache gar zu weit in die Ferne. Der Zeitpunkt wird kommen, daß wir Eier aus einer städtischen Anstalt benötigen, und wenn wir erst dann daran denken wollten, eine solche Anstalt einzurichten, dann wäre es zu spät.

Sodann sagt man, die nächste Zeit sei besonders ungünstig für die Einrichtung einer Hühnerzucht, und das mag zutreffen. Aber die Vorbereitungen für die Einrichtung werden immerhin einige Wochen in Anspruch nehmen, so daß die für die Unternehmung ungünstige Zeit verhältnismäßig schnell vorübergeht und sich besonders zur Orientierung über die Sache eignen wird.

In Hildesheim hat man eine solche Hühnerzucht, und es ist in voriger Sitzung schon zum Ausdruck gekommen, daß diese Stadt recht klein damit angefangen hat, und das mag vielleicht sehr am Plage gewesen sein. Sie wollte anfangs nur 50 Hühner einsetzen und die Zahl der Hühner nach und nach auf 400 Stück bringen. Die Nützlichkeit derartiger Unternehmungen geht besonders deutlich daraus hervor, daß von dem Herrn Antragsteller darauf hingewiesen werden konnte, daß Hildesheim mit der Aufzucht von 200 Hammeln 4500  $\text{M}$  verdient hat und durch die Aufzucht von 185 Schweinen 20 000  $\text{M}$ . Das sind doch Zahlen, die uns veranlassen sollten, auch der Frage der Schaffung einer Hühnerzucht näherzutreten. Es ist interessant, zu beobachten, wie die Kommunen alle nach Mitteln suchen, um

über die jetzige schwierige Zeit hinwegzukommen. So höre ich, daß Leipzig und Jena sich entschlossen haben, sogar Bienenzuchtanstalten zu beschaffen — es ist bekannt, daß gerade die Bienenzüchterei besonders lohnend ist.

Da der Herr Antragsteller nicht zugegen sein kann, so möchte ich wünschen, daß damit nicht sein Antrag in die Versenkung fällt, sondern daß das, was nach dieser Richtung zu klären ist, unternommen wird durch eine Kommission von drei oder vier Herren, die heute eingesetzt wird, und die die Sache weiter berätet.

**Vorsitzender:** Ich verstehe Ihren Antrag dahin, es solle nicht etwa die Kommission sich darüber schlüssig machen, ob überhaupt eine städtische Wesflügelzucht eingerichtet werden soll, sondern sie soll die Einrichtung selbst schon in die Hand nehmen.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich halte den Beschluß der Kommission auch nicht gerade für einen glücklichen: Der Antrag soll so lange zurückgestellt werden, bis der Antragsteller das nötige Material beigebracht hat. Weshalb soll denn der Antragsteller das Material beibringen? Es ist doch mehr Sache der Behörde, sich um solche Sachen zu kümmern, Sache des Magistrats, sich um Dinge zu bemühen, die im Interesse der Ernährung der Braunschweiger Bevölkerung liegen. Wie kann man dem Antragsteller aufbürden, die ganze Arbeit zu machen? Es ist genug, wenn der Gedanke von dem Antragsteller ausgeht, wenn er seinen Antrag begründet und die Stadtverordnetenversammlung überzeugt ist, daß der Antrag berechtigt ist.

Und daß er berechtigt ist, wird kaum bestritten werden können, denn wäre er unberechtigt, dann wäre auch der Antrag unberechtigt gewesen, die städtische Schweinemästerei einzuführen. Die Verhältnisse liegen doch heute so, daß die Kommunen immer weiter auf dem Gebiete getrieben werden, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Allerdings darf die Einrichtung einer solchen Anstalt nicht so angefaßt werden wie die Einrichtung der städtischen Kaninchenzuchtfarm, die gleichbedeutend ist mit einer Spielerei, nur, um dem Antrage — wie ich behaupte, zum Schein — gerecht zu werden. Wenn man so arbeitet, dann wird kaum für eine Großstadt von 146 000 Einwohnern viel dabei herauskommen. Aber weil doch eine solche Stadt in Frage kommt, so halte ich es für lächerlich, von einer Kaninchenzuchtfarm zu sprechen, wie sie die Stadt eingerichtet hat; es ist einfach nur eine kleine Haltung von Kaninchen, die für die Bevölkerung kaum in Frage kommen kann.

Daß man mit einer Hühnerzucht, die unsere Stadt einrichtet, nicht die ganze Stadt mit Eiern versorgen kann, ist selbstverständlich. Aber die Eierproduktion kann doch mit dazu beitragen, daß die Stadt mehr Eier bekommt, und diesen Weg

sollten wir beschreiten. Der Herr Referent sagte auch, daß niemand heute Hühner verkaufen würde, sie seien heute Gold. Da gebe ich zu: Gewiß, die Hühner sind heute teuer; aber ich bin der Überzeugung, daß die Stadt schon Hühner bekommen wird. Ebenso meinte der Herr Referent vor einiger Zeit: Wo sind heute Reis, wo sind Bohnen zu haben? Das ist alles zu erhalten, wenn man nur den guten Willen hat. Auch die Stadt Halberstadt hat eine Hühnerzucht eingerichtet oder ist auf dem Wege dazu, und so werden noch mehr Städte dazu übergehen, solche Einrichtungen zu treffen.

Mit demselben Rechte, wie man hier sagt, daß man dem Antragsteller den Auftrag geben wolle, Material beizubringen, hätte man auch bei Einführung der Schweinemastanstalt — die der Magistrat schließlich aus den dringendsten Gründen einrichten mußte, weil die Schweine auf dem Lande nicht herangezüchtet werden — dem Antragsteller aufgeben können: Beschaffen Sie alles Material, und wenn uns das nicht genügt, dann lehnen wir Ihren Antrag ab. Auf diese Weise kann man solche Dinge nicht regeln. Ich bin mit Herrn Lauer vollständig einverstanden und möchte bitten, dem Antrage zuzustimmen und den Antrag der Kommission abzulehnen.

**Oberbürgermeister Wetemeyer:** Es handelt sich um einen Antrag, der in der Stadtverordnetenversammlung gestellt ist, und wenn wir im allgemeinen keine Veranlassung haben, uns in die Behandlung der Anträge einzumischen, so muß ich doch erklären, daß die Auffassung des Magistrats nicht der Auffassung des Herrn Wesemeier entspricht. Darnach würde ein Stadtverordneter nur eine Anregung zu geben brauchen, und sofort würde der Magistrat die Sache in die Hand zu nehmen haben. Wohin sollte das führen? Es ist von dem Herrn Referenten mit Recht gesagt: Es wird empfohlen, die Beratung auszusetzen, weil der Antragsteller zu seinem lebhaften Bedauern verhindert war, an der Vorberatung teilzunehmen. Es ist von jeher üblich gewesen, daß man bei Behinderung des Antragstellers nicht hinter seinem Rücken die Verhandlung vornimmt. Ich verstehe also nicht, wie Herr Wesemeier der Kommission einen Vorwurf macht, daß sie ohne Herrn Steinecke die Sache nicht beraten wollte. Soll etwa heute, nachdem die Finanzkommission erklärt hat: Wir können uns einstweilen noch nicht schlüssig machen, die Versammlung eine andere Kommission mit der Sache betrauen? Das könnte geschehen; Sie nehmen dann der Finanzkommission die Sache ab und übertragen die Vorberatung einer anderen Kommission. Weiter kann es doch heute nicht gehen.

Herr Wesemeier weist darauf hin, daß wir die Schweinezucht eingerichtet haben. Das ist von uns geschehen, weil plötzlich uns Futter überwiesen wurde, woran es vorher gefehlt hatte, und weil wir zu der Ansicht kamen, es wäre

wünschenswert, diese Einrichtung zu treffen, weil die Vertragsschweine nicht mehr in dem Umfange wie bisher untergebracht werden konnten. Ob die Sache für die Stadt von großem Segen sein wird, verehrter Herr Bejemeier, das wollen wir abwarten bis zu der Zeit, wo wir die Seuche überwunden haben. Ich wiederhole: Man kann nicht sagen, daß der Magistrat jeder Anregung eines Stadtverordneten ohne weiteres Folge zu geben hat. Im übrigen mögen die Herren beschließen, wie Sie wollen; es wird dem Magistrat recht sein.

**Vorsitzender:** Ich nehme an, der Antrag des Herrn Lauer bezweckt, den weiteren Beschluß der Versammlung herbeizuführen, daß der Magistrat ersucht werden soll, eine Geflügelzucht einzurichten, und die zu wählende Kommission ersucht werden soll, neue Vorschläge dafür zu machen.

Stadtv. **Lauer:** Da der Magistrat mit Arbeiten sehr überhäuft ist, die Finanzkommission ebenfalls, so ist es der Zweck meines Antrages, Herren zu bestimmen, die diese Aufgabe allein erledigen. Dadurch kommt die Sache schnell in Fluß.

**Vorsitzender:** Der bisherige Standpunkt ist der: Die Finanzkommission sollte der Versammlung die Unterlagen geben, damit die Versammlung sich schlüssig werden konnte, ob überhaupt eine solche Anstalt eingerichtet werden soll. Sie stehen auf dem Standpunkte, daß die Versammlung sich für die Geflügelzucht aussprechen soll; der Magistrat soll sie einrichten und eine Deputation soll dem Magistrate bei Einrichtung der Geflügelzucht zur Seite treten.

Stadtv. **Lauer:** Der Herr Oberbürgermeister weist sehr richtig darauf hin, daß der Magistrat, wenn der Antrag fällt, schlechterdings nicht ohne weiteres zu der Sache Stellung nehmen kann. Es handelt sich eben doch um eine andere Angelegenheit, um den Antrag eines fleißigen Mitgliedes des Stadtverordnetenkollegiums, das zufälligerweise, weil es seinen Heeresdienst zu erfüllen hat, nicht hat anwesend sein können. Im Kriege werden so mancherlei Ausnahmen gemacht, und das muß nach meiner Meinung auch in diesem Falle zutreffen. Es hätte auch keinen Zweck, der Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters in diesem Falle zu entsprechen, weil doch in demselben Moment zum Beispiel ich herkommen kann und denselben Antrag stellen. Dann würden wir auf demselben Punkte stehen, nur heißt der Antrag dann nicht Antrag Steinede, sondern Antrag Lauer.

Meine Herren, ich habe nicht nötig, Sie besonders hinzuweisen auf die Feuerungsverhältnisse im Eierhandel; ein Ei kostet heute, glaube ich, 25 Pfg. Das ist der dreifache Preis, wie wir ihn in Friedenszeiten gehabt haben. Es gibt kaum einen zweiten Artikel, der einen solchen Aufschlag im Preise erfahren hat

wie die Eier, und bei den teuren Fleischpreisen ist der Eierkonsum dasjenige, was den Arbeiter am meisten bei Kräften halten kann, und dabei sind Eier eine beliebte Speise. Wenn die Preise so weiter steigen, dann sind wir nächstens nicht mehr in der Lage, uns ein halbwegs gutes Eiergericht bereiten zu können.

Ich würde auch meinen Standpunkt nicht so dringend vertreten, wenn es sich um Bewilligung von großen Mitteln handelte, um eine derartige Anstalt aufzutun. Man darf nicht vergessen, daß Hildesheim in seinem Exposé nur einen Betrag von 1900 *M* dafür aufweist, daß also nicht einmal 2000 *M* dafür in Frage kommen.

Aus alle diesen Gründen möchte ich bitten, ähnlich wie wir es bei Einrichtung der Volksküche gehandhabt haben, speziell drei Herren, die keine andere Aufgabe haben, die nicht anderweitig durch städtische Arbeiten belastet sind, zu beauftragen, sich dieser wichtigen Frage anzunehmen.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich behaupte nicht: Wenn ein Antragsteller einen Antrag stellt, hat der Magistrat das Material herbeizuschaffen, sondern: Wenn die Versammlung den Antrag für berechtigt hält und nimmt ihn an, dann hat der Magistrat das Material zu besorgen und nicht der betreffende Antragsteller.

Herr Lauer hat schon ausgeführt, es wäre eigenartig, daß wir warten wollten, bis der Antragsteller bei der Beratung zugegen sein könnte, da er gerade Soldat ist. Wer bürgt uns dafür, daß er vor Beendigung des Krieges zurückkommt? In einem solchen Falle müssen Ausnahmen gemacht werden; wenn es sonst im Sinne des Antragstellers liegt, muß in einem solchen Falle auch ohne die Gegenwart des Antragstellers verhandelt werden. Herr Lauer hat doch recht mit seinem Einwurf: Ein jeder andere aus der Versammlung könnte den Antrag annehmen.

Wenn man allerdings bei der Beurteilung einer Einrichtung davon ausgeht, ob sie uns, wie vielleicht die Schweinemästerei, finanziell Schaden bringen wird, so kann ich dem entgegensetzen, daß es mit der Beschaffung der Kartoffeln für die Stadt dieselbe Sache ist. Da haben wir die Erfahrung gemacht, daß sie uns großen Schaden verursacht hat, aber trotzdem mußten wir die Sache übernehmen. Trotzdem man Schaden in Kauf nehmen muß, haben wir in solcher Notlage wie heute die Pflicht, die Einrichtung solcher Anstalten, wie die Geflügelzucht ist, in Angriff zu nehmen.

Ich halte die Ausföhrung auch nicht für so schwer; wir brauchen sie ja auch gar nicht zu zentralisieren. Wir haben verschiedene Grundstücke, die sich dafür eignen; auch auf der Taubenstraße würde sich Gelegenheit bieten, eine solche Hühnerzucht einzurichten: freies Feld, das der Stadt gehört, ist dort vorhanden. Und solcher Grundstücke haben wir mehr, so daß an verschiedenen Stellen Hühnerzucht eingerichtet werden könnte.



Ich möchte nochmals bitten, den Antrag Lauer anzunehmen: Eine Kommission zu beauftragen, die Sache zu prüfen — nicht die finanzielle Frage — und sich hierbei auch an Halberstadt zu wenden, so daß man sehr wohl auf Grund dieser Erfahrungen arbeiten kann. Aber auch selbst wenn Erfahrungen nicht schon vorhanden wären, weshalb sollte Braunschweig nicht auf eigenes Ermessen etwas einrichten, was es in anderen Städten noch nicht gibt? Eine Stadt kann es nur sein, die zuerst damit vorgeht, und wir brauchen nicht immer erst nachzuhinken, wenn andere uns vorausgegangen sind.

**Stadttrat von Franckenberg:** Ich bin in der wunderbaren Lage, Herrn Niefe und die Kommission gegen Herrn Wesemeier in Schutz nehmen zu müssen. Es war lediglich Rücksichtnahme auf den Antragsteller, daß man — obgleich in der Kommission bereits erhebliche und gewichtige Bedenken gegen den Antrag laut geworden waren — nicht über den Antrag verhandeln und ihn ablehnen wollte, sondern geneigt war, dem Antragsteller Gelegenheit zu geben, für seinen Antrag auch in der Kommission einzutreten. Das kann man nicht Rücksichtslosigkeit nennen, sondern ist das Gegenteil, und die Kommission hat sich dafür den Dank des Herrn Steinede verdient.

Was die Sache betrifft, so möchte ich es der Versammlung überlassen, dazu Stellung zu nehmen. Mir will es aber scheinen, als ob alle Versuche mit städtischer Geflügelzucht, zumal wenn man sie auf diesen verschiedenen Grundstücken ins Leben rufen will, nur ein kleines Mittel wären, während der Eierbezug im großen, wie er mir vorzweht, zu den großen Mitteln gehört. Wenn ich Ihnen erzählen kann, daß es uns gelungen ist, durch die Zentraleinkaufsgesellschaft das Zugeständnis zu bekommen, daß wir bis auf weiteres 60 000 Eier monatlich bekommen sollen, so erscheint mir das wertvoller zu sein, als was die geehrten Herren erstreben. Es sind das 50 Kisten Eier von je 20 Schock, während unsere Nachbarstadt Hannover, die doch erheblich größer ist, nur 80 davon zugesichert bekommen hat. Bei diesen Verhandlungen haben wir also günstig abgeschlossen, und ich werde übermorgen, nachdem auch der Ernährungsausschuß sich mit der Sache befaßt hat, mit zwei Vertretern des Großhandels die näheren Bedingungen über die Verteilung der Eier festzusetzen bemüht sein. Ich glaube, wir kommen auf diesem Wege weiter als mit der Einrichtung einer Geflügelzucht.

**Stadtv. Frede:** Wie ich glaube, besteht eine verschiedene Auffassung zwischen dem Herrn Vorsitzenden und Herrn Wesemeier über das, was Herr Lauer mit seinem Antrage will. Der Vorsitzende sagt: Herr Lauer will in seinem Antrage sagen: Es soll eine Kommission gewählt werden, welche schon die Vollmacht bekommt, eine Anstalt einzurichten. Das würde voraussetzen, daß die Versammlung

sich für Einrichtung einer Hühnerzucht grundsätzlich ausspricht. Da wir nun hier keine Unterlagen haben — sie sind von Herrn Steinicke nicht gegeben, und in der Kommission ist nichts Wesentliches zusammengetragen, was als Unterlage gelten kann —, so kann ich mir nicht denken, daß wir in der Lage sind, eine solche grundsätzliche Entscheidung abzugeben. Deshalb scheint es mir wichtiger, was Herr Wesemeier sagt: Eine Kommission soll gewählt werden, welche erst Erfahrungen an anderen Orten sammeln und uns Material bringen soll, und dann wollen wir uns entscheiden.

Herr Lauer hat zugestimmt, als der Herr Vorsitzende gefragt hat: „Wollen Sie, daß die Kommission schon mit der Einrichtung vorgeht?“

(Zuruf des Herrn Lauer: Ich will eine Prüfung der ganzen Angelegenheit durch die Kommission.)

Stadtv. **Frede:** Und der Beschluß der Versammlung bleibt uns vorbehalten! Dagegen habe ich nichts.

**Vorsitzender** (zu Herrn Lauer gewendet): Aus Ihrem Privatgespräch mit Herrn Frede erfahre ich, daß Sie Ihren Antrag modifizieren wollen. Es soll eine Kommission gewählt werden, die der nächsten Stadtverordnetenversammlung Bericht erstattet über ihre Erfahrungen, ob die Einrichtung einer Geflügelzucht vorgenommen werden soll.

Stadtv. **Riefe:** Es mag als ein Kontrast erscheinen, wenn im ersten Punkte der Tagesordnung ein einmütiger Beschluß erfolgt und beim zweiten Punkte die Ansichten auseinandergehen, aber ich kann es nicht ändern. Wenn Sie ein anderes Resultat wünschten, dann hätten Sie sollen jemand als Berichterstatter bestellen, der nach Halberstadt oder nach Hildesheim geschickt war, um sich zu informieren. Oder wenn Sie von Haus aus gegen Einrichtung solcher Anlagen sind, dann mögen Sie andere zum Berichterstatter ernennen. Was aber Herr Stadtrat von Frankenberg in der Kommission mitteilen konnte, hat dazu beigetragen, daß wir vorläufig auf schnelle Einrichtung einer Hühnerzucht verzichteten. Wenn wir monatlich 60 000 Eier bekommen, dann können wir vielleicht ohne die Hühnerzucht auskommen.

Im übrigen stehe ich nicht auf dem Standpunkte, daß ich mich gegen die Anlage erklären möchte, denn ich habe den Antrag mit unterschrieben. Es wäre also töricht von mir, wenn ich heute dagegen sprechen wollte. Ich glaube, wir brauchen auch nach dem Kriege eine solche Anstalt noch. Wenn die Kommission ihre Zustimmung zu dem Antrage davon abhängig macht, daß die Grundlagen

für die Einrichtungen herbeigeschafft werden, dann ist damit nicht die Sache auf die lange Bank geschoben. Es nützt nicht, hier und dort die Anlage auf verschiedenen Stellen zu verzetteln. Der gegebene Standort für eine solche Geflügelzucht ist meines Erachtens das Kieselgut — eine Schweinemästerei dort ist ja abgelehnt. Dort haben wir 2000 Morgen Land zur Verfügung, dort haben wir auch bereits eine Geflügelzucht im kleinen, wo Eier produziert werden, die an die Leute auf dem Kieselgute verkauft werden. Da haben wir Wasser, Würmer, Futter und haben auch Kalk, den die Hühner gebrauchen. Dort ließe sie sich am besten einrichten, besser als an allen anderen Stellen, als am Doweisee, auf dem Pflegehause und auf dem Hofe an der Taubenstraße. Wenn auch heute der kleine Mais nicht zu haben ist, dann gibt es auf dem Kieselgute am leichtesten anderes Futter. Über eine Anlage auf dem Kieselgute würden wir uns leicht einigen können. Es wurde auch angeführt, daß andere Städte bemüht sind, eine Bienenzucht einzurichten, und auch die könnte auf dem Kieselgute geschaffen werden. Es gibt dort Früchte von allen Gattungen, und auch aus der Heide könnten sich die Bienen nähren.

Ich stehe aber nicht auf dem Standpunkte, die Arbeiten für Einrichtung dieser Sachen dem Magistrat aufzubürden. Wollen Sie heute eine andere Kommission wählen, so ist das Plenum der Versammlung heute kompetent dazu. Mögen Sie das machen, wie Sie wollen. Als Berichterstatter konnte ich nichts anderes sagen, als was ich berichtet habe, weil uns kein genügendes Material vorlag.

**Vorsitzender:** Der Antrag Lauer geht dahin: Die Versammlung wolle beschließen, eine Kommission, bestehend aus drei Mitgliedern, einzusetzen, die sich in geeigneter Weise über die Zweckmäßigkeit und Durchführung des Steinkeßchen Antrages unterrichtet und das Ergebnis ihrer Ermittlungen demnächst der Versammlung unterbreitet.

Der weitergehende Antrag ist wohl der von Herrn Lauer. Ich stelle diesen zunächst zur Abstimmung.

Der Antrag Lauer wird angenommen.

Als Mitglieder der vorberatenden Kommission werden die Herren Stadtv. Lauer, Wesemeier und Kiefe vorgeschlagen. Herr Kiefe lehnt ab, und Herr Frede schlägt vor, Herrn Gefängnisinspektor Ulrich als Vorstandsmitglied des hiesigen Geflügelzüchtervereins in die Kommission zu wählen.

Die drei Herren werden durch einfache Abstimmung in die Kommission gewählt.

### 3. Antrag Steinede auf unge säumten Abschluß von Verträgen auf Lieferungen aus der nächsten Kartoffelernte.

Stadt v. Dr. **Landauer:** Der Antrag Steinede lautet: „Bitte ergebenst, zu beschließen, daß der Magistrat unge säumt wegen der diesjährigen Kartoffelernte mit Lieferanten Verträge abschließt, damit die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln rechtzeitig sichergestellt werde.“ In seiner mündlichen Begründung hat Herr Steinede ausgeführt, daß es wünschenswert sei, im Herzogtume Braunschweig und in der weiteren Umgebung der Stadt Verträge abzuschließen, und zwar mit Einfügung von Vertragsstrafen, die die Zumehaltung der Lieferung sichern. Die Statutenkommission hat den Antrag eingehend beraten, ist aber bei aller Anerkennung seines guten Zweckes nicht in der Lage, Ihnen die Annahme des Antrages zu empfehlen.

Herr Steinede wünscht, daß der Magistrat unge säumt diese Lieferungsverträge abschließt. Das ist leichter gesagt als getan. Mit wem sollen solche Verträge abgeschlossen werden? In erster Linie ist wohl an die Produzenten zu denken. Nun gibt es im Herzogtum Braunschweig bekanntlich wenig Großgrundbesitzer, aber sehr viele kleinere Grundbesitzer, und mit diesen einen Bedarf von 500 000 Zentnern Kartoffeln abzuschließen, ist keine einfache Sache. Auch würde das wohl nur möglich sein unter Gewährung außerordentlich hoher Preise, denn wenn ein Produzent jetzt abschließen soll, wo er keine Ahnung von dem zu erwartenden Höchstpreise und dem Ausfall seiner Ernte hat, so muß er sich natürlich auf alle Eventualitäten vorbereiten, und das bedeutet die Festsetzung eines sehr hohen Preises. Leichter würde der Abschluß mit Händlern sein; aber diese geben natürlich sehr wenig Gewähr in bezug auf die Lieferung, und voraussichtlich würden auch sie sehr hohe Preise bedingen. Liefern könnten sie nur dann, wenn sie selbst geliefert bekommen.

Nun hat allerdings der Herr Antragsteller gesagt, man solle Vertragsstrafen einführen; aber diese Vertragsstrafen würden nicht weit reichen. Wenn der Fall höherer Gewalt eintritt, so nützt keine Vertragsstrafe, und ein solcher Fall würde schon eintreten, wenn die Reichsregierung Höchstpreise einführt und alle früher geschlossenen Verträge für nichtig erklärt. Also die Versorgung auf diese Weise hat sehr große Bedenken. Der beste und sicherste Weg bleibt die Versorgung mit Hilfe der Reichskartoffelstelle. Allerdings ist die Stadt im letzten Jahre sehr schlecht damit gefahren. Sie hat bekanntlich im November vorigen Jahres mit Hilfe der Reichskartoffelstelle ausgiebige Mengen Kartoffeln abgeschlossen, aber die Lieferungen sind ausgeblieben und erst im März erfolgt. Infolgedessen sind sehr viele Vorwürfe gegen den Magistrat erhoben, die eigentlich durchaus nicht begründet waren, denn er hatte seine Pflicht getan, aber die Reichskartoffelstelle hat

ihn im Stiche gelassen. Wenn man in diesem Jahre wieder sich an die Reichskartoffelstelle wendet, so kann das in Anlehnung an eine Denkschrift geschehen, die Herr Stadtrat Schöttler dem Magistrat vorgelegt hat, und die der Statutenkommission mitgeteilt wurde. Darin sind sehr praktische Maßregeln vorgeschlagen. Ich glaube, daß es nützlich ist, wenn ich diese Denkschrift des Herrn Stadtrats Schöttler der geehrten Versammlung vorlese. Sie lautet:

„Nach Mitteilung der Reichskartoffelstelle sind im verflossenen Jahre 1070 Millionen Zentner Kartoffeln geerntet, also auf den Kopf der Bevölkerung, die ich mit 66 Millionen annehme, 16 Zentner.

Rechnet man auf den Kopf einen Verbrauch von 3 Zentner, was reichlich bemessen sein dürfte, so sind für die menschliche Ernährung erforderlich 198 Millionen Zentner, also nicht der fünfte Teil des Erzeugten. Da aber die Hälfte der Bevölkerung auf dem Lande oder in Kleinstädten wohnt, die ihren Bedarf teilweise selbst deckt und teilweise aus der Umgegend bezieht, so kommt für die Versorgung der Großstädte höchstens der zehnte Teil der Erzeugung in Betracht.

Trotz dieser verhältnismäßig geringen Menge ist es im laufenden Erntejahre nicht gelungen, den Bedarf der Großstädte mit Sicherheit und ohne Stockung zu decken. Im Gegenteil ist die Zufuhr so mangelhaft gewesen, daß, hätte ein Dauerfrost von nur zwei Wochen die Verfrachtung unmöglich gemacht, eine Hungernot in des Wortes vollster Bedeutung nicht vermieden wäre.

Es ist im Frieden üblich, daß viele städtische Haushaltungen ihren Jahresbedarf im Herbst decken und lagern. Schon 1914 und auch noch 1915 ist der Mehrzahl dieser Haushaltungen unmöglich gewesen, wie gewöhnlich zu verfahren, und ebensowenig ist den Gemeinden und den städtischen Kartoffelhändlern gelungen, irgend erhebliche Vorräte anzuhäufen. Aber auch die laufende Zufuhr war trotz der Gunst der Witterung so knapp, daß mehrfach wochenlang den Käufern nur 5 bis 10 Pfund Kartoffeln auf einmal zugewiesen werden konnten. Dieser Umstand hat, wie gar nicht zu verwundern ist, zu mancherlei Unruhen in der großstädtischen Bevölkerung geführt, die ihrem Unwillen über die vermeintliche Unfähigkeit ihrer Behörden öfter in bedauerlicher Weise Ausdruck gegeben hat, obwohl diese Behörden sich möglichst Mühe gaben, eine bessere Zufuhr der Kartoffeln durchzusetzen.

Es hat nicht viel Zweck, zu untersuchen, welchen Stellen die Schuld an den Gehehnissen beizumessen ist, aber so viel ist sicher, daß die getroffenen Einrichtungen zur Kartoffelversorgung der Großstädte in einer Weise versagt haben, die sich nicht wiederholen darf. Denn es hat dieser Winter allzudeutlich vor Augen geführt, daß eine Anhäufung großer Kartoffelmengen in den Großstädten im Herbst, vor Eintritt eines Dauerfrostes, das einzige Mittel ist, der Wirkung eines

solchen entgegenzutreten und eine Hungersnot in denselben zu verhüten. Das darf unter keinen Umständen wieder dem Zufall überlassen werden.

Nun meine ich, daß es gar nicht schwer ist, eine genügende Kartoffelversorgung der Großstädte zu erreichen, wenn dieselbe beizeiten in die Wege geleitet wird.

Der Reichskartoffelstelle sind die Bezirke, aus welchen die Versorgung zu geschehen hat, genau bekannt. Wenn nun in diesen Bezirken die Anbauer verpflichtet werden, von jedem Hektar der Anbaufläche ein gewisses Kartoffelgewicht sofort nach der Ernte, also unmittelbar vom Felde zur Verfügung zu stellen, so ist alles Weitere leicht zu machen. Es ist allerdings notwendig, die zu liefernde Menge von der Anbaufläche und nicht von der tatsächlichen Ernte abhängig zu machen. Das ist aber sehr wohl möglich, weil die erforderliche Menge gegenüber der Ernte, auch wenn diese schlecht ausfällt, nur so gering zu sein braucht, daß der Anbauer seines eigenen Bedarfs wegen nicht in Verlegenheit kommen kann, sondern immer noch zum freien Verkauf übrigbehält.

Die Anbaufläche hat 1915 nach Angabe der Reichskartoffelstelle nicht weniger als 3 570 000 Hektar betragen und wird 1916 nicht kleiner sein. Der Ertrag war in den letzten vier Jahren immer ziemlich derselbe, nämlich 300 Zentner vom Hektar. Nur das Jahr 1911 zeigte eine Mißernte von 200 Zentner.

Nimmt man nun an, daß von der gesamten Anbaufläche nur 1 000 000 Hektar völlig außerhalb des eigenen Wirtschaftsbetriebes, also nur zum Verkauf bestimmt, angebaut würden, so daß diese den gesamten Bedarf der Großstädte von etwa 100 Millionen Zentner decken möchten, so wäre es völlig genügend, 100 Zentner vom Ertrage eines Hektars dieses Teiles der Anbaufläche für die Großstädte von vornherein zu belegen, also den dritten Teil der Durchschnitts- oder die Hälfte einer Mißernte dieser Fläche.

Selbstverständlich wird die heranzuziehende Anbaufläche viel größer und der auf sie fallende Teilbetrag viel kleiner sein. Meine Zahlen beanspruchen keinen weiteren Wert, als daß sie die Möglichkeit der Durchführung meines Gedankens zeigen sollen.

Jedenfalls kann also bereits im Sommer bestimmt werden, von welcher Stelle aus der Bedarf jeder Großstadt gedeckt werden kann. Jede Stadt weiß also etwa am 1. August genau, wo sie ihre Deckung findet, und kann sich über die Zeit und Art der Lieferung mit ihren Lieferanten verständigen.

Beispielsweise könnte man so vorgehen: Die Anbauer liefern unmittelbar vom Felde in nicht zu entfernte Sammelstellen, in denen Beauftragte der Städte die Kartoffeln abnehmen. Die weitere Beförderung ist dann Sache der Städte; sie können ihren ganzen Bedarf, wenn das die Beförderungsmittel erlauben, alsbald verladen und zu Hause unterbringen; sie können auch Abmachungen mit ihnen zusagenden Vermittlern treffen, die einen Teil der Kartoffeln nahe den Sammel-

stellen einstweilen verwahren und auf Abruf liefern. Die Lagerung in den Städten selbst wird keine großen Schwierigkeiten machen. Teilweise können die Kartoffeln sofort an die Haushaltungen abgegeben und in diesen, wie üblich, gelagert werden, teilweise stehen den Städten mancherlei Gelegenheiten, auch bei Kartoffelhändlern, die den Vertrieb für die Stadt besorgen, zur Verfügung; teilweise können sie auf städtischem oder Pachtland eingemietet werden.

Die Vorzüge des Verfahrens liegen auf der Hand: Die Anbauer werden ihre Kartoffeln sofort nach der Ernte los und erhalten ihr Geld; die Städte wissen genau, was sie haben und können damit nach ihrem eigenen Befinden wirtschaften. Sie sind aller Sorge der Beschaffung ledig und werden dafür gern die Sorge der Aufbewahrung und Verteilung auf sich nehmen. Es ist auf diese Weise auch möglich, verschiedene Preise für verschiedene Sorten zuzugestehen, was einmal dem Anbauer zugute kommen, aber auch bewirken würde, daß der ärmeren Bevölkerung weniger feine Kartoffeln billiger zugewendet werden könnten, da die wohlhabendere für die feineren Sorten gern etwas mehr zahlen wird.“

Wenn nach diesen Vorschlägen verfahren würde, so wären wohl alle Gefahren beseitigt.

Daß aber mehr für die ausreichende Versorgung der Städte geschehe, dafür hat sich auch der Deutsche Städtetag mit einer Eingabe an den Reichskanzler vom 12. April d. Js. eingesetzt:

„Hinsichtlich der Kartoffeln, die neben dem Brote die Grundlage der Volksernährung bilden, und deren Kopfmenge mithin ebenfalls nicht gering sein darf, sind wir der Meinung, daß die Sorgen und Unmöglichkeiten dieses Kriegsjahres und -winters sich nicht wiederholen dürfen. Hier vor allem anderen ist — wohl in Weiterentwicklung einiger Grundgedanken der Bundesratsverordnung vom 7. Februar 1916 — eine ganz feste Regelung nötig, welche alsbald mit Beginn des Herbstes in Kraft tritt, die volle Versorgung für die Wintermonate gewährleistet und dann vom Mai ab den nach dem Ernteaussfall verschiedenen Möglichkeiten Rechnung trägt.“

Die Eingabe schließt mit folgenden Worten: „Auch dem Auslande gegenüber wird es unseres Erachtens von jenseitsreichster Wirkung sein, wenn recht bald unsere Volksernährung für das nächste und die kommenden Erntejahre in einer Weise sichergestellt wird, die die Feinde jeder Hoffnung auf innere Schwierigkeiten des Deutschen Reiches beraubt.“

Meine Herren, Sie wissen alle, daß die Reichsregierung auch beabsichtigt, in diesen Dingen Wandel zu schaffen. Der Staatssekretär des Innern hat seinen Abschied eingereicht, und man erwartet, daß ein tatkräftiger Nachfolger bestimmt wird, spricht sogar von einem Lebensmitteldiktator. Die Hoffnung ist daher wohl

berechtigt, daß von der Reichsregierung in Zukunft bessere Vorsorge für die Ernährung der Bevölkerung getroffen wird.

Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen, den Antrag Steinede abzulehnen und dafür folgenden Beschluß zu fassen:

„Unter Billigung der Zwecke des Antrages Steinede ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, mit allen Mitteln bei den zuständigen Behörden des Herzogtums und des Reiches dahin zu wirken, daß der Bedarf der Stadt Braunschweig an Kartoffeln sichergestellt werde.“

**Stadttrat von Franckenberg:** Bei der Kartoffelversorgung sind wir nach allen den schweren Erfahrungen, die wir im letzten Jahre durchgemacht haben, gewiß für jeden guten Rat von Herzen dankbar. Ich glaube aber sagen zu können: Auch im Magistrat sind wir der Meinung, daß die Vorschläge des Herrn Steinede ein wohlgemeintes, aber nicht geeignetes Mittel sind. Wir dürfen unsere Kartoffelversorgung nicht auf den Sand von Verträgen bauen, die in sich zusammenfallen, wenn die Reichsregierung irgendeine neue Anordnung trifft, mit der für das neue Kartoffeljahr auch sicher gerechnet werden darf, denn wir haben die Erscheinung beobachtet, daß sich von dem freien Vertragsrechte, wie es vor dem Kriege und in den ersten Kriegszeiten herrschte, mehr und mehr eine Entwicklung vollzogen hat zu einer Gebundenheit, die immer straffer und straffer wird. Ich glaube, wir dürfen sogar nach manchen Erfahrungen sagen: Gott sei Dank, wird diese Regelung jetzt immer straffer, denn dadurch wird uns erst eine viel sicherere, zuverlässigere Grundlage geschaffen, als wenn wir angewiesen wären auf ein Abkommen mit dieser oder jener Stelle, das nachher wieder hinfällig werden könnte. Innerhalb des jetzigen Rahmens der Versorgung geschehen noch Zeichen und Wunder: Erst heute mittag haben wir Nachricht bekommen, daß diejenigen Kartoffeln, die wir aus der Provinz Posen erworben haben, im Laufe der nächsten Zeit noch nicht so rasch geliefert werden, als wir das wünschen möchten und wir es sehr dringend bei der zentralen Kartoffelstelle erbeten haben. Zunächst hat die Heeresverwaltung mit ihren Ansprüchen Hand auf die Vorräte gelegt, und wir müssen uns selbstverständlich gedulden. Zum Glück ist es dadurch, daß wir aus dem neutralen Auslande Kartoffeln bezogen, möglich gewesen, eine Rücklage zu machen, die bisher 4 000 Zentner betrug. Durch diese Rücklage und durch die sonstigen aus dem Herzogtum und seiner näheren Umgebung eingehenden Lieferungen werden wir hoffentlich der Schwierigkeiten trotz dieser unliebsamen Verzögerung der Hauptlieferung Herr werden.

Ich führe dieses Beispiel nicht an, um zu zeigen, wie fort und fort, auf Schritt und Tritt wir uns eine Durchkreuzung unserer Pläne durch die Not der Zeit gefallen lassen müssen, sondern damit Sie sehen, daß bei Abmachungen mit einer



Sicherung im voraus nichts zu erreichen ist. Deshalb glaube ich auch sagen zu können, daß die treffenden Ausführungen meines Kollegen Schöttler in seiner Ausarbeitung einen guten Grund für die Versorgung mit Kartoffeln in nächster Zeit bilden werden. Der Deutsche Städtetag hat in eindringlichen Worten vor zwei Monaten bei der Reichsregierung auf diesen selben wunden Punkt hingewiesen, wie es Herr Schöttler getan hat, und hat auch seinerseits erklärt, daß die Unzuträglichkeiten, die hinter uns liegen, sich unter keinen Umständen wiederholen dürften. Ich habe das Vertrauen zur Reichsregierung, daß sie einen derartigen Weg, wie er vorgeschlagen ist, beschreiten wird.

Heute nachmittag haben wir von der Reichskartoffelstelle die Nachricht erhalten, daß die Zuteilung für die nächsten Monate sich beschränken müsse auf die Zeit bis Ende Juni, und daß die Reichskartoffelstelle sich vorbehält, vom 1. Juli bis Ende August, bis zum Einsetzen der Versorgung aus dem neuen Jahre, noch weitere Entscheidung zu treffen. Daraus sehen die Herren, daß diese Stelle nur schrittweise und mit vorsichtigem Zögern die Versorgung vollzieht. Um so erwünschter muß es sein, frühzeitig und vollständig die Hand auf die Sicherstellung der Deckung des Bedarfs des nächsten Jahres zu legen. Deshalb glaube ich empfehlen zu können, daß Sie dem Vorschlage der Kommission zustimmen.

**Stadtv. Wesemeier:** Aus den Worten des Herrn Stadtrats ging hervor, welche Schwierigkeiten heute schon den Städten bei dem Bezuge der Lebensmittel, insbesondere der Kartoffeln, entstehen. Ich erkenne auch nicht die Schwierigkeiten, die der Durchführung des Antrages Steinecke entgegenstehen, und weiß sehr wohl, daß es nicht leicht sein wird, die Landwirte zu veranlassen, mit der Stadt Abschlüsse zu machen, und auch die anderen Bedenken zu beseitigen, die hier in bezug auf spätere Beschlagnahme usw. geäußert worden sind. Trotzdem aber sage ich: Wenn ich mir das vergangene Jahr, die Vorgänge und Zustände bei dem Kartoffelhandel vorstelle, so stehe ich auf dem Standpunkte, daß man alle Wege beschreiten sollte, um nach Möglichkeit solche Dinge zu verhüten, wie wir sie im vergangenen Jahre gehabt haben.

Wenn die Stadt dazu käme, Kartoffelaufkäufe selbst zu tätigen, dann würde das selbstverständlich meiner festen Überzeugung nach nur möglich sein mit einer Klausel, daß sie zu dem während des betreffenden Zeitpunktes, wo die Kartoffelernte stattfindet, geltenden Höchstpreise kauft. Ich zweifle keinen Augenblick, daß auch für diese Zeit Höchstpreise festgesetzt werden. Unter Einbeziehung dieser Klausel aber würden die Landwirte auch bereit sein, Verträge auf Kartoffellieferung abzuschließen. Wenn dann auch solche Verträge durch Beschlagnahme von Kartoffeln aufgehoben werden sollten, so hat niemand einen Schaden davon.

Das einzige Risiko ist also, daß wir die Arbeit übernehmen müssen, um Kartoffeln zu beschaffen.

Es ist notwendig, den Weg zu beschreiten, der im vorigen Frühjahr und zwei Monate früher im vorigen Jahre von unserer Seite gemacht worden ist; der Antrag Steinicke ist ja nur eine Wiederholung unseres früheren Antrages. Wenn man uns damals gefolgt wäre, so wäre es vielleicht doch im letzten Winter besser für uns gewesen.

Nun ist die Denkschrift des Herrn Stadtrat Schöttler eine außerordentlich fleißige Arbeit, die mit Dank anzuerkennen ist. Sie wendet sich an die Reichsbehörden. Schon im August 1914 ist von unserer Partei aus, von unserer Reichstagsfraktion ein eingehend ausgearbeitetes Lebensmittelprogramm an die Reichsregierung abgegangen. Wäre man diesem gefolgt, dann hätten wir die Kalamitäten nicht gehabt, unter denen wir haben leiden müssen. Was wir gleich in den ersten Kriegsmonaten vorausgesehen haben, ist eingetroffen, und mehr und mehr hat man unser Programm auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zur Einführung gebracht. Wenn nun die Eingabe des Magistrats — und das wäre der zweite Weg zur sicheren Beschaffung von Kartoffeln — über unsere Landesregierung an die Reichsregierung gelangt, und wenn die Gründe auch noch so überzeugend darin dargelegt werden, wissen wir doch, welche Widerstände sich dort oben der Durchführung des Antrages des Herrn Stadtrat Schöttler entgegenstellen. Wir wissen, daß die Reichsregierung selbst in den letzten Tagen erst in der Presse geklagt hat über die Widerstände, die sich ihr bei der Lebensmittelbeschaffung und Verteilung, bei der Festsetzung der Höchstpreise usw. entgegengestellt haben. Ich fürchte deshalb, daß der angegebene Weg, so schön er gedacht ist, so sehr er begehbar ist und so sehr er begangen werden sollte, trotz der schlechten Lehren des vergangenen Jahres auch in diesem Jahre nicht begangen werden wird. Ich fürchte, es wird nicht so werden, wie Herr Stadtrat Schöttler sich das so trefflich ausgedacht hat. Man wird nicht die Lehren gezogen haben, die man schon 1914 insbesondere für die Kartoffelversorgung hätte ziehen müssen, wenn man sich die Vorgänge, wie sie 1913/14 sich zugetragen haben, vergegenwärtigt hätte. Weil man das im vorigen Jahre nicht getan hat, auch nicht im geringsten Rücksicht darauf genommen hat, so fürchte ich, es wird auch demnächst nichts ernstlich Besseres geschehen als im vorigen Jahre. Wenn man im vorigen Herbst sogar dazu überging, den Landwirten Prämien zu setzen, damit sie die Kartoffeln nicht an den Markt brächten, so geht daraus hervor, daß wir eine Besserung kaum zu erwarten haben.

Auch der Deutsche Städtetag wird mit seiner Eingabe an die Reichsregierung Erfolg nicht haben. Gewiß, für den Augenblick empfindet man es auch dort, wie unangenehm es wirken muß, wenn die Lebensmittelknappheit so arg ist, wie wir

sie auch in Braunschweig haben, und wie zu befürchten steht, daß es noch weiter werden wird. Die Worte des Herrn Stadtrat von Frankenberg klangen sehr pessimistisch und erzeugen bei mir wieder pessimistische Gedanken für die Zukunft, besonders in bezug auf die Kartoffelversorgung. Ich bin deshalb dafür, daß man dem Antrage folgt, eine Eingabe an die Reichsregierung abgehen zu lassen, in der man auf die Mißstände hinweist, die sich gezeigt haben, und einen Weg zur Besserung angibt. Aber man soll sich nicht auf diesen Weg allein verlassen, das hieße, auf einen anderen die Frage der Lebensmittelversorgung abschieben, sondern man soll, wie es der Antrag Steinicke will, auch selbst vorgehen und absehen von den Bedenken, die einem solchen Vorgehen entgegenstehen. Es sind Hypothesen, wenn gesagt wird: „Die Verträge werden aufgehoben werden“. — Wir wissen alle noch nicht, wie es kommen wird. Selbst wenn die Verträge aufgehoben werden, dann hat die Stadt alles getan, was in ihrer Macht lag, und kann der Bürgerschaft sagen: Wir haben jedes mögliche Mittel ergriffen; es ist wirklich nicht unsere Schuld, daß wir keine Lebensmittel haben.

Schon dieser eine Gedanke müßte uns dazu führen, daß wir auch den zweiten Weg beschreiten, den der Antrag Steinicke zeigt. Wie das gemacht werden soll, weiß der Ernährungsausschuß selbst. Ob man Agenten zu Rate ziehen soll, ob man mit den großen Landwirten selber verhandeln will, das kommt in zweiter Linie. Hauptsache für heute ist, daß Beschluß gefaßt wird: Neben der Denkschrift des Herrn Stadtrat Schöttler auch von seiten der Stadt Ankäufe zu tätigen, um für den Winter gerüstet zu sein. Ich bitte Sie dringend, geben Sie etwas auf die Stimmung, wie sie außerhalb ist; wir haben alle Ursache, dem Rechnung zu tragen, daß es nicht heißen darf, wir hätten von seiten der Stadt nicht alles getan, was in unseren Kräften lag, um die notwendigsten Lebensmittel, die in Massen konsumiert werden müssen, zu besorgen. Ich bitte Sie, auch dem Antrage Steinicke zuzustimmen.

**Stadtv. Riese:** Eine Möglichkeit, die Ernährungsfrage sicher zu regeln, existiert heute überhaupt nicht. Das haben wir gesehen in der langen Zeit seit der letzten Kartoffelernte. In der ersten Zeit, wo wir die Kartoffeln mit 4 Pfg. pro Pfund abgeben konnten, ging es leidlich; als aber damals den Landwirten noch 1,25 M extra zugebilligt wurde und die sogenannten Prämien für Zurückhaltung der Kartoffeln gezahlt wurden, da mußte man sagen: Die Behörden funktionieren nicht, oder sie sind nur da für die Großhändler und für die Großagrarier, aber für das Volk haben sie nicht das geringste Interesse mehr. Wenn man die Dinge betrachtet, wie sie unter dem Präsidenten Raub, der an der Spitze der Kartoffelversorgung stand, geschehen konnten, und wie sie durch die Presse gingen, dann braucht man sich über die Stimmung im Publikum nicht zu wundern.

Wie geht es zu, daß aus Calvörde allein 8000 und dann 3000 Zentner Kartoffeln nach Rheinland-Westfalen hingingen? Von der Heide und Altmark aus allein hätte die Stadt Braunschweig versorgt werden können, auch wenn man dort erst für sich sorgte. Wenn derselbe Präsident Kaug — er soll ja jetzt ersetzt sein, ob aber ein anderer Landrat mehr Interesse für die Bevölkerung der Städte entwickelt, dafür haben wir doch keine Garantie — wenn er es zuließ, daß dänische Unternehmer den Spargel aufkauften, und das damit begründete, daß die Reichswaluta damit gebessert werde, so ist das ein vollständig verkehrter Standpunkt. Ich glaube, im Reichstage wird man manchen noch zur Rede stellen und gehörig rektifizieren.

Auch wenn in jeder Beziehung auf die an unsere Stadtverwaltung ergangenen Anträge der Händler eingegangen wäre, dann hätte es besser für uns ausgesehen. Ein hiesiger Großhändler namens Groppe hatte der Stadt den Zentner Kartoffeln aus der Heide mit 1,85 *M* angestellt, und die Heidebewohner sollten ihn an die nächste Bahnstation liefern. Höflich ist er herauskomplimentiert, und in der Handelskammer, zu der er darauf ging, hat ihn Herr Dr. Kanter ebenso höflich empfangen. Es wurde ihm gesagt: „Teurer werden die Kartoffeln ja doch nicht, und später werden wir geeignete Maßregeln haben, um den Bedarf der Städte zu decken.“ Ja, die Maßregeln haben vollständig versagt. Ist es nicht eine Schmach, daß wir für fremde Kartoffeln 10 *M* bezahlen müssen, und zwar für solche, die zur Hälfte noch ungenießbar sind? Das sind traurige Verhältnisse. Wenn im Februar vorigen Jahres der Antrag, den wir von Herrn Dr. Jasper stellen ließen, angenommen wäre, dann wären wir weiter gekommen.

Über das Wild hat der Magistrat wieder eine Verfügung erlassen, die trägt keineswegs den wirklichen Verhältnissen Rechnung. Reulen und Rücken sollen den Lazaretten und Krankenhäusern überlassen werden, das Kleinfleisch den kleinen Leuten. Das Pfund von den ersteren Teilen kostet 1 *M* und das Kleinfleisch 40 Pf. Der Wildhändler Bracke hat Aussicht, 50 Stück davon zu erhalten. Das Kleinfleisch von 50 Stück, auf das Stück 4 Pfund gerechnet, macht 200 Pfund. Davon kann doch nicht die große Masse der ärmeren Bevölkerung mit Fleisch versorgt werden, das billiger ist als Rindfleisch! Die Wildhändler beklagen sich bitter über die Maßregel, und zwar im Interesse des kleinen Bürgers.

Betreffs der Kartoffelversorgung müssen wir uns mindestens zwei Wege oder mehrere öffnen, und nicht versäumen dürfen wir, den Weg zu gehen, der vorgeschlagen ist: sich rechtzeitig an die Produzenten zu wenden und mit ihnen Verträge abzuschließen. Wie leicht wäre es der braunschweigischen Landesregierung, den 50 Kammerdomänen zu diktieren: „Ihr habt soundso viel Kartoffeln zu bauen, die an die Stadt abgeliefert werden!“ Wenden Sie nicht ein, daß nicht jedes Land zur Kartoffelbestellung taugt. Davon bin ich ja auch überzeugt, aber immerhin hat jede Domäne so viel Land, daß sie das einrichten kann; dann würde kein

Mangel für uns eintreten. Ähnlich ginge es auch in anderen Beziehungen. Wenn zu den Domänenpächtern gesagt würde: „Ihr habt für die Fleischproduktion zu einem gewissen Teile beizutragen“, dann würden diese Dinge nicht zum Wohle des einzelnen, sondern zum Wohle des ganzen Landes ausschlagen. Das braunschweigische Land wäre eines der bestgestellten in ganz Deutschland, wenn seine Quellen alle so ausgenutzt würden, wie es im Interesse der Allgemeinheit läge, und es ist zu bedauern, wenn nicht so verfahren wird.

Der Krieg legt uns allen die Daumenschrauben auf. Jetzt wird die Reichsregierung gezwungen, auf das einzugehen, was von unseren Leuten vor zwei Jahren im Reichstage vorgeschlagen ist; man kommt allmählich dahin, weil man dazu gedrängt wird; man fürchtet die Unruhen im Volke. Wer trägt die Schuld daran, daß man nicht Augen hat, um zu sehen? Machen Sie von den Mitteln, die zu Gebote stehen, im weitesten Sinne Gebrauch, damit Sie imstande sind, der Ernährung der breiten Masse Rechnung zu tragen, dann sind Sie der Vorwürfe entledigt.

**Oberbürgermeister Netemeyer:** Es ist gar keine Frage, daß bei Regelung der Kartoffelversorgung erhebliche Fehler gemacht sind. Der Hauptfehler besteht meiner Ansicht nach darin, daß ein allmähliches Steigen der Preise für die späteren Monate angeordnet ist. Mag man dagegen ankämpfen, wie man will, ein Erfolg ist schwer zu erzielen: es wird jeder, der weiß, daß die Kartoffelpreise mit der Zeit steigen, die bei ihm vorhandenen Kartoffeln einstweilen zurückhalten; dadurch ist der größte Teil der Mißstände hervorgerufen. Sodann ist es für uns im höchsten Grade beklagenswert gewesen, daß die guten Kartoffeln aus unserer Umgebung in andere Gegenden des Reichs transportiert sind und wir uns mit Kartoffeln aus fremden Provinzen begnügen mußten.

Nun möchte ich besonders hervorheben: Der Vorschlag von Herrn Kollegen Schöttler ist ohne Frage durchaus praktisch, und ich bin fest überzeugt, daß er auch Beachtung finden wird, zumal er auch schon von anderer Seite gemacht ist, allerdings etwas später, Herr Kollege Schöttler hat das Recht der Priorität. Nun ist aber, soviel ich weiß, in der Kommission durchaus nicht ausdrücklich beschlossen, daß der Antrag Steinecke abgelehnt werden soll, sondern es war meines Erachtens gesagt: in e r s t e r L i n i e möge Bedacht genommen werden auf eine Beseitigung der Versorgung mit Kartoffeln, wie sie in der D e n k s c h r i f t vorgeschlagen war, i m ü b r i g e n könnte der Magistrat ermächtigt werden, falls er es für angemessen hält, d u r c h A b s c h l u ß v o n V e r t r ä g e n die Sicherung der Stadt gegen Kartoffelnot zu versuchen. Das können wir selbstverständlich machen. Kommen wir zu der Ansicht, daß dieser erste Weg nicht zum Ziele führt, dann müssen wir versuchen — allerdings nicht durch Verträge mit den

einzelnen Lieferanten, sondern mit Hilfe der Landesregierung oder der Landwirtschaftskammer — uns Lieferungen zu sichern. Es wird das allerdings nicht leicht sein, weil der Preis für die Futtermittel im Verhältnis zum Preise für die Kartoffeln zu hoch ist. Es wird jeder Landwirt in erster Linie bemüht sein, seine Kartoffeln zur Fütterung seines Viehs zu behalten. Dagegen muß man, wie schon einer der Herren angedeutet hat, versprechen, auf jeden Fall die Höchstpreise zu bezahlen.

Ich glaube, es steht kein Bedenken entgegen, daß Sie den Magistrat ersuchen, in erster Linie den Antrag, wie er von dem Referenten gestellt ist, zu befolgen, und daß Sie ihn in zweiter Linie ermächtigen, falls er es für nötig hält, schon jetzt auf Abschlüsse Bedacht zu nehmen.

**Stadtrat Wagner:** Einige Worte zu der Frage des Wildes, wie sie Herr Riefe angeschnitten hat, obgleich sie mit der Kartoffelfrage nichts zu tun hat. Be-regelt ist diese Frage durch das Herzogliche Staatsministerium, und zwar in einer Weise, die in der „Täglichen Rundschau“ als mustergültig empfohlen ist. Die wertvolleren Stücke, Rücken und Keulen, sollen den Lazaretten und Krankenhäusern überwiesen werden — Anordnungen dafür sind bereits getroffen —, und was übrig ist, soll nach der Vorschrift des Staatsministeriums zur Ernährung der ärmeren Bevölkerung benutzt werden. Es kann also niemand aus der wohlhabenden Bevölkerung auch nur ein besseres Stückchen Wild aus dem Handel beziehen. Die anderen Teile bleiben im freien Handel, ebenso das, was aus preußischen Jagdgebieten ins Herzogtum eingeführt wird. Da die Menge dessen, was an Hals und anderem Kleinfleisch übrigbleibt, gering ist und vielleicht ein Andrang beim Freiverkauf dieser Stücke entstehen würde, so würde man vielleicht zweckmäßig verfahren, wenn man diese Teile an öffentliche Volkskücheneinrichtungen überweise, wo es dann einer größeren Menge aus der ärmeren Bevölkerung Nutzen schaffe.

**Stadtrat von Frankenberg:** Was den Abschluß von Verträgen betrifft, so hat der Herr Oberbürgermeister angedeutet, daß wir durch Vermittlung des Herzoglichen Staatsministeriums sehr wohl in der Lage sein würden, ein sehr großes Versorgungsgebiet durch die Lieferungen von den Kartoffelerzeugern des Herzogtums zu beherrschen. Das würde ein Vorschlag sein, der sich abweichend von dem Antrage Steincke, aber doch ungefähr in seiner Richtung bewegt. Würden wir dagegen mit einer Reihe einzelner Kartoffelerzeuger zu verhandeln haben, so bitte ich Sie, sich zu vergegenwärtigen, was es bedeutet, eine Versorgung der ganzen Stadt mit 500 000 Zentnern Kartoffeln in solcher Weise sicherzustellen. Dazu müßten wir Vermittler haben und die übliche Provision zahlen, und diese beträgt

25 Pfg. für den Zentner. Wir würden also die nach meiner Ansicht höchst unsichere Möglichkeit, durch die einzelnen Verträge wirklich 500 000 Zentner zu erhalten, mit einer Provision von 125 000 *M* zu bezahlen haben, und diese 125 000 *M* sind vollständig weggeworfen, wenn nachher die Verträge keine Geltung haben sollten. So gern ich Sicherheitsmaßnahmen für den Kartoffelbezug befürworten möchte, so muß ich doch sagen: Bei einer solchen Unsicherheit scheinen mir die 125 000 *M* eine Aufwendung zu sein, die man lieber nicht machen sollte.

**Stadtv. Steinbrecher:** Der Herr Oberbürgermeister wies darauf hin, daß ein großer Fehler bei der Kartoffelversorgung der Städte die Festsetzung der Prämien für die Landwirte gewesen ist. Ich habe hier eine Zuchrist aus Mainz, daß der Kommunalverband Mainz mit Oppenheim und Bingen eine Zentrale gebildet, die sämtliche Kartoffeln in diesem Bezirke beschlagnahmt hatte. Als nun die Bundesratsverordnung von 1915 herauskam, in der die Prämien festgesetzt wurden, hat es sich herausgestellt, daß die genannten Gemeinden so versorgt waren, daß sie die Zentralstelle in Berlin nicht brauchten. Deshalb hat jener Verband folgende Bekanntmachung erlassen:

„Da der Kommunalverband Mainz den Bedarf in seinen Verbrauchsgemeinden durch seine eigene „Zentrale für die Kartoffelversorgung des Kommunalverbandes Mainz“ besorgt, mithin mit der Reichskartoffelstelle nichts zu tun hat, so fallen die „Schnelligkeitslieferungsprämien“ hier weg und bleiben mithin im Kommunalverband die seitherigen Höchstprieße bestehen.“

Durch dieses Zusammenfassen der Kreise wurde erreicht, daß so viel Kartoffeln vorhanden waren, daß den Landwirten nicht die monatliche Steigerung der Preise bewilligt zu werden brauchte und die zuerst festgesetzten Preise bestehen bleiben konnten. Wenn bei uns durch das Staatsministerium und die Kreisdirektionen auch mit den Kreisen und landwirtschaftlichen Organisationen in Verbindung getreten würde, so müßte doch etwas Ähnliches zu erreichen sein. Ich möchte deshalb nicht empfehlen, daß der Antrag Steincke vollständig abgelehnt würde, und der Herr Oberbürgermeister hat ja auch schon erklärt, daß er das nicht beabsichtigt. Es handelt sich darum, ob es gelingt, durch Einzelversorgung der Stadt oder durch Verbindungen mit Organisationen eine Sicherung unseres Bedarfs zu erhalten. Wenn es gelingt, mit Hilfe der Kreisdirektionen solch einen Abschluß zu erreichen, so wäre das für die Stadt das billigste.

Herr Wesemeier hat recht: Es ist nicht richtig, sich auf die Zentralstelle für Kartoffelversorgung in Berlin allein zu verlassen. Selbst wenn später eine Beschlagnahme stattfinden sollte, so würde bei frühzeitigem Abschluß von Verträgen der größte Teil der Lieferungen aus den Abschlüssen uns doch bleiben, und wir würden nicht in die Kalamität kommen, wie in diesem Jahre. Auch meine ich,

wenn unsere Landesregierung mehr auf dem Posten gewesen wäre mit der Beschlagnahme von Kartoffeln, dann wäre der schlimme Zustand in Braunschweig auch nicht eingetreten.

**Stadtv. Wesemeier:** Der Herr Oberbürgermeister hat sich der Anregung des Herrn Steinecke gegenüber wohlwollend ausgesprochen, wünscht aber, daß wir uns dahin entschließen möchten: Wenn der Magistrat es für nötig hält, daß solche Abschlüsse getätigt werden, möge es über die Landesregierung oder über die Landwirtschaftskammer usw. geschehen. Ja, meine Herren, da möchte ich doch bitten, dem Antrage Steinecke stattzugeben und selbstverständlich zu gleicher Zeit dem zuzustimmen, was der Herr Stadtrat Schöttler und der Magistrat mit seiner Eingabe bezweckt, denn das wäre ja das Ideale, wenn wir damit vollen Erfolg hätten. Ich habe in der Statutenkommission mitgeteilt, daß eine Stadt im Rheinlande schon jetzt solche Kartoffelaufkäufe getätigt hat, und habe dabei Krefeld genannt. Das war ein Irrtum, es ist die Stadt Hilden bei Düsseldorf, wie im „Hannoverschen Kurier“ vom 15. Mai zu lesen war.

Die Notiz ist allerdings unklar, aber dem „Hannoverschen Kurier“ wird der Bericht so zugegangen sein. Wir sehen aus der Mitteilung, daß schon eine Gemeinde in Deutschland — wenn auch keine Großstadt — sich mit dieser Frage beschäftigt hat und auch schon Abschlüsse gemacht hat. Weshalb sollten wir das nicht auch tun und nicht beschließen, dem Antrage Steinecke stattzugeben.

**Stadtv. Dr. Landauer:** Meine Herren, wir sind mit dem Herrn Oberbürgermeister nicht ganz einig über die Beschlüsse der Statutenkommission; ich habe in der Vorberatung die Beschlüsse sofort niedergeschrieben und glaube, daß ich sie richtig wiedergegeben habe. Nun bin ich aber in der Lage, den Antrag der Statutenkommission namens derselben zu erweitern, und zwar dahingehend, daß wir den Magistrat ermächtigen, auch durch geeignete Abschlüsse den Bedarf an Kartoffeln für die Stadt sicherzustellen.

**Vorsitzender:** Dann würde also der Antrag der Statutenkommission die beiden Punkte umfassen: 1. den Magistrat zu ersuchen, mit allen Mitteln bei den zuständigen Behörden des Herzogtums und des Reichs dahin zu wirken, daß der Bedarf der Stadt Braunschweig an Kartoffeln sichergestellt werde, und 2. daneben den Magistrat zu ermächtigen, durch geeignete Abschlüsse den Bedarf an Kartoffeln für die Stadt sicherzustellen.

Der Antrag des Herrn Wesemeier deckt sich im ersten Punkte mit dem Antrage der Statutenkommission, im zweiten Punkte geht er weiter. Er geht erstens



darauf hinaus, den Antrag Steincke anzunehmen, der den Magistrat ersucht, Verträge mit Lieferanten wegen Kartoffellieferung abzuschließen, und zweitens den Magistrat zu ersuchen, bei den Reichs- und Staatsbehörden für eine Sicherstellung der Stadt in bezug auf Kartoffeln zu wirken, während die Kommission es dem Magistrat überlassen will, ob er sich an die Reichs- oder die Staatsbehörden wenden will.

Der Antrag Wesemeier würde der weitergehende sein. Ich stelle ihn zuerst zur Abstimmung.

Für den Antrag Wesemeier stimmen 9 der anwesenden Stadtverordneten, er ist damit abgelehnt, für den Kommissionsantrag stimmt die Mehrheit.

#### **4. Antrag Grenzen auf Regelung der Lebensmittelversorgung, betreffend:**

- a) die Einrichtung eigener städtischer Verkaufsstellen zur Verteilung der knappen Lebensmittel,**
- b) den Verkauf etwa zurückgehaltener Fleisch- und Fettwaren,**
- c) Einführung einer schärferen Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte,**
- d) ein Verbot auf Vorausbestellung von Fleisch und Fleischwaren,**
- e) Einführung einer Fleischkarte,**
- f) Anordnung des Verkaufs knapper Lebensmittel über den Ladentisch.**

Stadtv. Dr. **Rahlert:** Der Antrag des Herrn Grenzen hat der Statutenkommission Anlaß zu langen Beratungen gegeben. Er besteht aus sechs Unterabteilungen. Ich möchte den ganzen Antrag jetzt erst noch einmal zur Verlesung bringen, er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

1. die von der Stadtverwaltung mehr als bisher zu beschaffenden Lebensmittel in eigenen städtischen Verkaufsstellen an die Bevölkerung und unter entsprechender gleichmäßiger Verteilung der **k n a p p e n** Lebensmittel auf den Kopf der Bevölkerung selbst verkaufen zu lassen;

2. zu veranlassen, daß die in den Fleischereien, Konservenfabriken, Lebensmittelgeschäften und sonstwie zurückgehaltenen Fleisch- und Fettwaren sofort zum Verkauf gestellt werden;

3. eine schärfere Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte einzuführen;

4. das Annehmen von Vorausbestellungen auf Fleisch und Fleischwaren (auch Wurstwaren), sowie das Zurücklegen und Austragen usw. solcher Waren zu verbieten;

5. die Fleischkarte einzuführen, gegen die allein Fleisch und Fleischwaren abgegeben werden dürfen;

6. anzuordnen, daß der Verkauf von Fleisch und Fleischwaren, der Eier und Butter und knapper Lebensmittel nur über den Ladentisch bzw. in der Markthalle oder auf dem Altstadtmarkte und Eiermarkte aus dem Stande heraus erfolgen darf."

Ich bitte Sie, meine geehrten Herren, sich damit einverstanden zu erklären, daß wir die einzelnen Positionen getrennt beraten und auch getrennt darüber abstimmen, wie sich das auch bei der Vorberatung in der Statutenkommission als zweckmäßig erwiesen hat.

**Vorsitzender:** Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung mit dem Vorschlage des Herrn Referenten einverstanden ist. (Ohne Widerspruch.)

#### **a) Die Einrichtung eigener städtischer Verkaufsstellen zur Verteilung der knappen Lebensmittel.**

Stadtv. Dr. **Rahlert:** Herr Wenzel beantragt, „die von der Stadt mehr als bisher zu beschaffenden Lebensmittel in eigenen städtischen Verkaufsstellen an die Bevölkerung und unter entsprechender gleichmäßiger Verteilung der knappen Lebensmittel auf den Kopf der Bevölkerung selbst verkaufen zu lassen.“

Lebensmittel, die hierbei in Frage kommen, sind vor allen Dingen Fleisch und Fleischwaren, sodann Butter, Fett, Öl, und schließlich Grieß, Graupen, Nudeln und derartige Waren, die wir lediglich durch die Einkaufszentrale in Berlin beschaffen können. Der Verkauf des städtischen Fleisches und der städtischen Fleischwaren ist bereits auf gewisse Geschäfte beschränkt worden. Durch Einrichtung der städtischen Schlachtungen ist es gelungen, daß einigen Geschäften der Verkauf übertragen werden konnte, daß Fleisch und Fleischwaren der städtischen Bevölkerung zugänglich gemacht worden sind. Durch Einführung einer Fleischkarte wird noch mehr dafür Sorge getragen werden, daß eine regelmäßige und gleichmäßige Verteilung des Fleisches und der Fleischwaren in jeder Weise erfolgen wird. Es ist deshalb in der Kommission als Ergebnis der Besprechung angenommen, daß durch die in Aussicht stehende Einführung der Fleischkarte die gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung unserer Stadt mit Fleisch bereits gewährleistet wird.

Für die Butter ist auch in jeder Weise Sorge getragen, daß eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Bestände erfolgt. Wir haben die Butter-

nummern bekommen, und ihre Einführung hat sich wirklich bewährt, denn jede Familie wird — wenn auch erst nach einer gewissen, leider allzulangen Zeit — an die Reihe kommen, um das ihr zustehende Quantum Butter zu beziehen.

Die seitens der Stadt zu liefernden Eier, die jetzt in größeren Mengen herangeschafft werden sollen, werden auch, soweit ich orientiert bin, in den städtischen Verkaufsstellen zum Vertriebe kommen; die Preise dafür sind vom Magistrat festgelegt, so daß eigentlich nur der Vertrieb von Hülsenfrüchten, Reis, Graupen, Nudeln und derartigen Waren in Frage steht. Selbst betreffs des Zuckers ist bereits bestimmt, daß er nur auf Vorzeigung der Brotkarten, die zugleich als Zuckerkarten dienen, und nur in der vorgeschriebenen Menge zu erhalten ist. In bezug auf die eben genannten Nahrungsmittel hat sich die Kommission allerdings auf folgenden Standpunkt stellen müssen: Wir haben bereits eine derartige Regelung des Lebensmittelverkaufs, daß wir den Vertrieb dieser Waren, die wir heute nur noch von der Zentraleinkaufsgesellschaft beziehen können und müssen, nicht auch noch unseren Kleinhändlern vorenthalten dürfen: wir dürfen nicht beschließen, daß sie nur durch städtische Geschäfte abgegeben werden sollen, denn wir würden dadurch unsern Mittelstand, besonders die kleineren Geschäfte in erster Linie, schädigen. Die Geschäfte, die hier in Frage kommen, bieten uns auch sowieso weitgehende Gewähr dafür, daß eine möglichst gleichmäßige Verteilung in die Wege geleitet wird. Ich habe mich mit vielen Inhabern solcher Geschäfte in Verbindung gesetzt, also mit kleinen Geschäftsleuten, und habe mich erkundigt, wie sie die Verteilung von Grieß, Graupen, Nudeln und Hülsenfrüchten handhaben, und habe dabei die Überzeugung gewonnen, daß dies aufs bestmögliche geschieht. Der alten Kundschaft wurde bisher regelmäßig geliefert, und wo fremde Käufer hinzukamen, wurde nur in kleineren Mengen abgegeben und versucht, die Leute dorthin zu überweisen, wo sie bekannt sind, um auf diese Weise das Einhamstern durch Einkaufen in vielen Geschäften zu vermeiden.

Abgesehen davon halte ich es — und die Kommission steht auch auf diesem Standpunkte — für ein Ding der Unmöglichkeit, für alle diese Waren von seiten der Stadt Geschäfte einzurichten. Wie viele davon sollten eingerichtet werden? Wir müßten dann schließlich überall städtische Beamte hinstellen. Daß, was jeder einzelne Kaufmann, jedes Kolonialwarengeschäft aufs bestmögliche in dieser Hinsicht besorgt, ist auch schon in gewisser Hinsicht ein geregelter Verkehr, und wenn hin und wieder einmal irgend welche Unregelmäßigkeit sich einstellt, irgendwo einmal mehr gegeben wird oder auch ein Käufer mehr bekommt durch Einkauf an verschiedenen Stellen, als ihm wirklich zustehen würde, so ist solches selbst in städtischen Verkaufsstellen auch nicht immer zu vermeiden, es sei denn, daß ständig kontrolliert und überwacht wird. Ich glaube aber, daß die Überwachung doch ein anderer wunder Punkt ist, über den sich sprechen läßt, und es ist ja auch in einem

anderen Punkte des vorliegenden Antrages gewünscht, es solle die Kontrolle über die Lebensmittelgeschäfte schärfer gehandhabt werden, und dem stimme ich auch zu.

Die Kommission hat dem ersten Punkte des Antrages Genzen ihre Zustimmung nicht geben können, und so habe ich zu empfehlen, den Antrag Genzen im ersten Punkte abzulehnen.

**Stadtrat von Franckenberg:** Der Herr Berichterstatter erwähnte als besonders wichtig für die Lebensmittelversorgung die Lieferung von Grieß, Graupen, Hülsenfrüchten und dergleichen. Ich bin in der angenehmen Lage, mitteilen zu können, daß uns in den letzten Tagen durch die von unserem Ministerium geschaffene Lebensmittelverteilungsstelle eine sehr umfangreiche Überweisung auf diesem Gebiete angekündigt worden ist, insgesamt 665 Zentner von diesen Waren: von Weizengraupen 320 Zentner, von Hafergraupen und Grütze 129 Zentner, von Weizengrieß 216 Zentner. In den uns übermittelten Bestimmungen, die als maßgebend für die Verteilung dieser Waren gelten, ist uns freie Hand gelassen, ob wir sie ausschließlich, wie der Antrag Genzen und Genossen will, nur durch städtische Verkaufsstellen abgeben oder ob wir die Zuziehung von Kleinhändlern, wie der Herr Berichterstatter empfiehlt, berücksichtigen wollen. Dabei ist in den Bestimmungen ausdrücklich gesagt: Bei Abgabe durch Kleinhändler ist ohne Bevorzugung und Benachteiligung einzelner zu verteilen, und zwar in solchen Mengen, daß die Ansprüche des Konsums weitestgehend berücksichtigt werden können. Die betreffenden Händler haben einen Verpflichtungsschein zu unterschreiben, und es wird gleichzeitig die hohe Vertragsstrafe bis zu 300 .// für den Fall des Zuwiderhandelns darin festgesetzt. Die Bestimmungen scheinen von dem Geiste eingegeben zu sein, daß mit den Kleinhändlern gearbeitet werden soll, ebenso daß man sich mit großen und kleinen Konsumvereinen in Verbindung setzen soll. Das Nähere über die Verteilung dieser Lebensmittel — zu denen heute morgen noch ein Posten beislagnahmefreies Mehl gekommen ist — wird morgen im Ernährungsausschuß bestimmt werden.

**Stadtv. Genzen:** Der Herr Referent hat empfohlen, unseren Antrag im ersten Punkte abzulehnen, und hat es als unmöglich hingestellt, eigene Verkaufsstellen für alle die genannten Waren zu errichten. In letzter Hinsicht waren die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Franckenberg interessant, denn darnach scheint das Ministerium die Ausführbarkeit der Einrichtung solcher Verkaufsstellen nicht für unmöglich zu halten; es hat extra dem Magistrat freie Hand gelassen, entweder in eigenen Verkaufsstellen die Waren anzubieten oder sie an den Kleinhandel zu geben. Es gibt auch eine ganze Anzahl von Städten, die derartige Geschäfte haben, Braunschweig würde also damit nicht die erste sein.

Selbstverständlich kann man unseren Antrag nicht insofern wörtlich nehmen, daß für alle knapperen Lebensmittel städtische Verkaufsstellen eingerichtet werden sollen, denn es herrscht doch geradezu in allen Lebensmitteln Not, aber die wichtigsten Lebensmittel sollten doch von der Maßregel betroffen werden: Fleisch, Fette, Butter, Kartoffeln usw. Sie sehen auch, daß der Magistrat bei den Kartoffeln schon einen Anfang gemacht hat, indem er sie in der eigenen Verkaufsstelle, in der Markthalle verkaufen läßt. Es sind allerdings auch noch mehrere andere Abgabestellen eingerichtet, weil der Andrang in der Markthalle zu groß war, aber der Magistrat hat selber einmal erklärt, daß er mit diesen Stellen übige Erfahrungen gemacht hätte und am liebsten die Kartoffeln nur in eigenen Verkaufsstellen feilbieten würde. Dasselbe behaupten wir für die anderen Waren. Bei den Fleischverkäufen weiß ich von denjenigen Herren, die dort arbeiten, daß sie auf dem Standpunkte stehen, daß es richtiger wäre, wenn die Stadt das Fleisch durch eigene Verkaufsstellen verteilen würde und nicht durch Fleischerfrauen, deren Mann im Kriege ist. Unmöglich wäre es nicht, das durchzuführen.

Wenn der Herr Referent meint, der Mittelstand würde bei einer solchen Einrichtung leiden, so ist dem entgegenzuhalten: Wer fragt denn, ob die Arbeiterschaft nicht unter den jetzigen Zuständen leidet? Sie leiden doch am meisten darunter, und das Gesamtwohl muß über das Wohl einzelner gestellt werden. Es ist auch nicht notwendig, daß städtische Beamte angestellt werden, um den Verkauf zu besorgen. Es können ja Leute aus dem Mittelstande dafür angestellt werden, so daß sie unter Leitung und Oberaufsicht des Magistrats beschäftigt werden. Der Ernährungsausschuß hätte hier gewissermaßen sein gegebenes Arbeitsfeld, wenn er die Oberaufsicht übernehme und die Waren durch sachverständige Leute ausführen ließe.

So sehr viele Verkaufsstellen sind auch nicht notwendig. Es braucht nicht an jeder Straßenecke eine Verkaufsstelle eingerichtet zu werden; es würde genügen, wenn in jedem Torbezirke eine und einige innerhalb der Stadt errichtet würden. So ganz undurchführbar ist es also nicht.

Jedenfalls würde es im Interesse der Bevölkerung liegen, wenn von seiten der Stadt einige Verkaufsstellen errichtet würden. Es geht nicht überall so glatt ab, wie Sie sich es denken, auch wenn die Preise vorgeschrieben werden. Wir alle kennen doch die Schliche der Händler, wenn ich mit meinen Worten auch nicht alle Händler angreifen will, denn teilweise haben sie ebenfalls schwere Zeiten durchzumachen. Aber wir wissen, daß manches geschieht, woran wohl die Händler ein Interesse haben, aber nicht der, der für feste Bezahlung von seiten der Stadt die Waren feilzubieten hätte. Ich möchte ersuchen, meinem Antrage zuzustimmen.

**Stadtv. Frede:** Daß der Referent gesagt hätte, die Einrichtung von städtischen Verkaufsstellen für Kolonialwaren usw. sei unmöglich, habe ich nicht gehört. Er

hat aber hingewiesen auf die sehr große Erschwerung, die sich ergeben würde, wenn städtische Verkaufsstellen dafür eingerichtet würden: es müßten Lokale gemietet werden, besondere Verkäufer angestellt werden, die sich an diese Beschäftigung gewöhnen würden und nachher, wenn die städtischen Verkaufsstellen aufgelöst werden, brotlos dastehen, und was dergleichen Gründe mehr gewesen sind.

Nun kommt Herr Genzen selbst darauf zu sprechen, daß der Herr Referent darauf verwiesen hat, daß durch die vorgeschlagene Maßregel der Mittelstand leiden würde, insbesondere die Kolonialwarenhändler. Damit hat Herr Genzen schon den hauptsächlichsten Grund gegen seinen Antrag angeführt. Herr Genzen sagt weiter, die Arbeiter seien die zur Zeit Benachteiligten, und in deren Interesse liege die Einrichtung von städtischen Verkaufsstellen. Ich kann es nicht glauben, daß die Arbeiterbevölkerung, überhaupt unsere Bevölkerung, für die städtischen Verkaufsstellen so sehr begeistert ist. Das haben wir gesehen bei dem Andrang, bei der ganzen Regelung der Fleischverkaufsstellen. Als allgemeines Urteil kann man hören: Wenn nur erst die alten Zustände wieder da wären, daß jeder kaufen könnte, wo er wollte! Für mich ist der Schwerpunkt für die Entscheidung dieser Frage der, daß man die Existenzmöglichkeit dieser Kreise, die erwerbstätig sind, der Kolonialwarenhändler, nicht unterbinden soll, und das würde geschehen, wenn die Errichtung eigener städtischer Verkaufsstellen vorgenommen würde. Es ist den Kolonialwarenhändlern schon viel genommen, und bei der stattgehabten Verteilung und Zuweisung der Waren haben sie sehr häufig Grund zur Klage gehabt. Das Leben ist ihnen gegenwärtig recht sauer gemacht. Wir haben das Interesse der Allgemeinheit auch insofern zu bedenken, daß wir die Steuerfähigkeit unserer Bürger schonen. Die würde selbstverständlich ganz bedeutend leiden, wenn man diesen Leuten die Existenzmöglichkeit nehmen würde, und das ist ein durchaus schwerwiegender Gesichtspunkt.

Es hat mich gefreut, daß der Herr Referent auch auf den Punkt eingegangen ist oder ihn wenigstens gestreift hat, daß eine Zuweisung der Kunden an die Geschäfte erfolgen soll, bei denen sie bisher gekauft haben, vermutlich, um die Einhamsteri zu vermeiden. Ich möchte diese Maßregel unterstreichen, nicht allein mit der zuletzt gegebenen Begründung, sondern auch um deswillen, weil sich bei den Einkäufen bei den Kolonialwarenhändlern Zustände herausgestellt haben, die recht unerfreulich sind. Die Herren wissen, daß am Sonntag die Konsumvereine geschlossen sind. An diesen Tagen kommen die Mitglieder der Konsumvereine in die Geschäfte der Kolonialwarenhändler und verlangen, dort bedient zu werden, und wenn das nicht geschieht, wenn man den Leuten sagt: „Ihr seid Mitglieder des Konsumvereins, und wir haben unsere eigene Kundschaft. Wir dürfen unsere Kundschaft nicht benachteiligen; unsere Kundschaft darf auch nicht in den Verkaufsstellen des Konsumvereins kaufen“, dann sind die Leute unangenehm geworden,

und das ist fatal für die Kaufleute. Dieselben Szenen sind hervorgerufen, wenn diese Leute in ein Geschäft kamen und Artikel verlangten, die im Konsumverein rar geworden waren, in offenen Geschäften aber noch zu haben waren. Man hat ihnen gesagt: „Sie gehören doch dem Konsumverein an, gehen Sie dorthin; wir können unsere Kundschaft nicht benachteiligen“, dann sind häßliche Szenen entstanden. (Zuruf: Wieviel Fälle davon haben Sie feststellen können?) Ich weiß nicht, ob es möglich ist, derartiges zu vermeiden, indem man bestimmt, daß die Konsumvereinsmitglieder wesentlich auf ihren Konsumverein hingewiesen werden, wenigstens in den Hauptpunkten, und das würden Zucker und Butter sein. Ich kann es nur begrüßen, daß die Kommission die Lösung der aufgeworfenen Frage in dieser Weise vorgeschlagen hat.

**Stadtv. Meyerhoff:** Wir haben uns über diesen Punkt in der Kommission lange unterhalten; der Herr Referent hat ja schon mitgeteilt, daß es eine lange Sitzung gewesen ist. Ich begreife den Widerstand von Herrn Genzen nicht. Er hat sich auch widersprochen. Wenn er sagt, es brauchte nur in jedem Torbezirk eine städtische Verkaufsstelle und ein paar in der Innenstadt eingerichtet zu werden, so verweise ich darauf, daß der Konsumverein eine große Zahl von Verkaufsstellen hat (17 sind es), die so verteilt sind, wie Herr Genzen es wünscht, und diese erhalten doch Waren zur Verteilung von der Stadt. Damit ist ja schon der eine Wunsch des Herrn Genzen erfüllt. Nun soll die Stadt noch besondere Läden aufmachen und Personal dafür anstellen? Alles dieses ist Herrn Genzen in der Kommission vorgeführt. Ich weiß nicht, warum das wieder hervorgesucht wird, trotz der Verhandlungen in der Kommission. Ich begreife diese Handlungsweise sehr schwer; Herr Genzen darf mir das nicht übelnehmen.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich begreife Herrn Meyerhoff nicht, wie er zu seinen Worten kommt. Herr Genzen ist nicht Mitglied der Statutenkommission und hat als Stadtverordneter das Recht, hier im Plenum seine Meinung zu vertreten, wie er es für richtig hält, und braucht sich darin nicht durch den Vorsitzenden der Statutenkommission irritieren zu lassen. Herr Meyerhoff scheint der Meinung zu sein, als ob durch uns nur die Interessen der Konsumvereinsmitglieder vertreten werden — ebenso Herr Frede —, die doch sowieso in allen Stadtvierteln kaufen können. Das ist nicht unsere Absicht; der Antrag ist gestellt im Interesse der gesamten Einwohnerschaft Braunschweigs und nicht nur der Konsumvereinsmitglieder. Das möchte ich Herrn Meyerhoff noch erklären.

In der Abstimmung wird der **Kommissionsantrag angenommen**, also der Punkt 1 des Antrag Genzen abgelehnt.

## b) Verkauf etwa zurückgehaltener Fleisch- und Fettwaren.

Stadtv. Dr. **Nahfert**: Mit Punkt 2 beantragt Herr Genzen, „zu veranlassen, daß die in den Fleischereien, Konjervenfabriken, Lebensmittelgeschäften und sonstwie zurückgehaltenen Fleisch- und Fettwaren sofort zum Verkauf gestellt werden.“

Zu dieser Richtung sind bereits seitens des Herzoglichen Staatsministeriums, sowie durch die hiesige Polizeibehörde und auch auf anderem Wege die nötigen Schritte getan, und ich bin in der Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß die Ermittlungen durch die Polizeidirektion ergeben haben, daß irgendwelche Vorräte an Fettwaren, konserviertem Fleisch oder sonstwie in Betracht kommenden Lebensmitteln, die wirklich knapp sind, nicht zurückgehalten oder aufgespeichert sind. Seitens des Herzoglichen Staatsministeriums ist Herr Diedmann beauftragt worden, in den Konjervenfabriken nachzuforschen, ob nicht irgend welche Mengen solcher Waren aufgespeichert und zurückgehalten würden, und auch diese Nachforschung ist ohne Erfolg gewesen. Gewiß, es liegen hier in den Konjervenfabriken und einigen anderen Lagerstätten ganz enorme Mengen von Konjerven, Fleischkonserven, Fett und dergleichen, aber es war seitens der Geschäftsinhaber möglich, ganz sicher nachzuweisen, daß die Meeresverwaltung Inhaber dieser Vorräte ist, daß sie also nicht frei sind, und darin liegt doch die Hauptsache. Wir können nicht auf diese Vorräte zurückgreifen; sie sind bereits verkauft und stehen zur Disposition anderer Behörden. Leider ist durch die Angestellten dieser Geschäfte darüber gesprochen worden, und hierdurch mögen sich die in der Bevölkerung umlaufenden Gerüchte erklären, daß in Braunschweig Lebensmittel zurückgehalten würden. Geht man aber der Sache auf den Grund, so haben sich die Gerüchte als haltlos herausgestellt. Vollkommen einwandfrei ist nachgewiesen, daß die Bevölkerung nicht benachteiligt wird durch Aufspeicherung von Lebensmitteln, die dem Verkehr entzogen werden.

Ich glaube, daß ich zu diesem Punkte weiter nichts zu bemerken hätte; der Herr Antragsteller hat auch diese Verhältnisse anerkannt.

Es ist in der Kommission die Rede davon gewesen, daß eine Konjervenfabrik, als sie gehört hat, daß eine Nachforschung gehalten werden sollte, damit vorgegangen ist, sondern so viel Fett an ihre Arbeiter zu verteilen. Wie weit diese Mitteilung sich bewahrheitet, haben wir nicht nachprüfen können. Tatsache ist es, daß das Fett verteilt worden ist und jetzt nicht mehr aufgespeichert ist.

Der Herr Antragsteller hat sich dazu bereit erklärt, den zweiten Punkt seines Antrages fallen zu lassen, indem er erklärt, daß dieser Teil des Antrages durch die tatsächlichen Verhältnisse überholt und damit gegenstandslos geworden ist.

Stadtv. **Genzen**: Ich habe diesen Teil meines Antrages allerdings zurückgezogen, weil, nachdem die Bekanntmachung durch die Polizeidirektion erlassen,



nachgeforcht und nichts gefunden ist, wir uns damit abfinden müssen. Ich habe aber schon in der Kommissionssitzung angeführt, daß man in Berlin ein gleiches erlebt hat. Bei ihren Nachforschungen hat die dortige Polizei auch nichts gefunden, nachher sind aber noch in großen Mengen Fleisch und Wurst dennoch aufgefunden worden. Ob die Verhältnisse hier nicht auch so liegen, kann man nicht behaupten, aber wir neigen zu der Ansicht, daß immer noch große Fettmengen zurückgehalten werden. Wir können es aber nicht beweisen, da wir nichts Genaues wissen, müssen uns also damit bescheiden.

Der zweite Teil des Antrages ist damit erledigt, daß er von dem Antragsteller zurückgezogen ist.

### c) Einführung einer schärferen Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte.

Stadtv. Dr. **Rahlert**: Punkt 3 des Antrages Genzen lautet: „den Magistrat zu ersuchen, eine schärfere Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte einzuführen.“

Dieser Punkt ist jedenfalls sehr wichtig und verdient die größte Beachtung, denn unter den heutigen Verhältnissen machen sich die Schäden, die durch die Nahrungsmittelfälschung hervorgerufen werden, erst recht geltend. Ein jeder sucht das, was sich noch verwerten läßt, zu verwerten und daraus noch etwas herzustellen, was genießbar sein soll. Daß es dadurch zur Herstellung mancher Waren kommt, die wirklich nicht mehr verdienen, zu menschlichem Genuß gekauft zu werden, ist wohl zu verstehen und muß wohl beachtet werden. In der Kommission hat sich über diesen Punkt auch keine lange Debatte entsponnen, sondern es wurde allgemein der Wunsch geäußert, daß für eine schärfere Kontrolle noch mehr getan würde, und daß seitens des Stadtmagistrats den Mitgliedern der Preisprüfungsstellen noch mehr als bisher anheimgegeben werden möge, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen, in den verschiedenen Geschäften Nachforschungen anzustellen und Proben zu entnehmen, um dem bezeichneten Unwesen zu steuern. Der Stadtmagistrat hat sich denn auch bereit erklärt, von Amts wegen in dieser Weise den Vorschlag des Herrn Genzen zu unterstützen. Der hiesigen Nahrungsmittelstelle soll aufgegeben werden, weiter sich der Untersuchung der Nahrungsmittel anzunehmen, und ich möchte Sie darauf verweisen, daß wir bereits in unserer vorigen Sitzung darüber beschloffen haben, den Beitrag, den wir für die staatliche Nahrungsmittelstelle zuschießen, auf 2500 M zu erhöhen, so daß also dem Staate jetzt 5000 M für diese Untersuchungen zur Verfügung stehen. Wenn der Magistrat, anknüpfend an diese Bewilligung, den Wunsch äußert, daß möglichst umfangreiche Proben entnommen werden und die Anfertiger minderwertiger Nahrungsmittel verfolgt werden, so ist damit wohl dem Antrage des Herrn Genzen in diesem Punkte entsprochen.

Die Kommission hat sich dahin schlüssig gemacht, den Wortlaut des Antrages zu ändern und zu sagen: „eine noch schärfere amtliche und ehrenamtliche Kontrolle der Nahrungsmittel einzuführen.“ Ich bitte Sie im Namen der Kommission, sich mit dieser Änderung einverstanden zu erklären und den Punkt 3 in dieser Form anzunehmen.

Punkt 3 wird in der von der Statutenkommission vorgeschlagenen Form angenommen.

#### **d) Verbot auf Vorausbestellungen von Fleisch und Fleischwaren, und**

#### **e) Einführung einer Fleischkarte.**

Stadtv. Dr. **Kahlert:** Punkt 4 des Antrages hat folgenden Wortlaut: „den Magistrat zu ersuchen, das Annehmen von Vorausbestellungen auf Fleisch und Fleischwaren (auch Wurstwaren), sowie das Zurücklegen und Austragen usw. solcher Waren zu verbieten.“

Dieser Punkt hat viel für, aber auch viel gegen sich. Es ist ja durch das Vorausbestellen und durch das Austragen von Fleisch usw. wirklich ein großer Übelstand entstanden, als vielen Familien dadurch, daß sie Telephon haben, die Möglichkeit gegeben ist, zu ihrem Schlachter zu sagen: „Ich wünsche das und das zu haben“, und darauf legen wirklich die Geschäfte das Verlangte zurück, und die Familien bekommen das Gewünschte. Wenn wir aber jetzt die Fleischkarte einführen, so wird das wiederum hinfällig. Dann kann nicht jeder kommen und einfach sagen: „Ich wünsche das und das zu haben“, dann muß erst einmal die Fleischkarte vorgelegt werden, und diese gilt nur für ein bestimmtes Fleischquantum und nur für einen bestimmten Zeitraum. Damit ist dem ganzen Unwesen gesteuert und der Hamsterei mit Fleischwaren ein Riegel vorgeschoben. Dieser Punkt 4 ist also in der Kommission gleich mit Punkt 5 zusammengelegt, in dem es heißt: „Die Fleischkarte einzuführen, gegen die allein Fleisch und Fleischwaren abgegeben werden dürfen.“

Es war zweckmäßig, diese beiden Punkte zusammen zu behandeln, weil seitens des Stadtmagistrats in Aussicht gestellt war, daß bereits in nächster Zeit die Fleischkarte eingeführt wird und damit eine vollständige städtische Regelung des Fleischverkaufs stattfindet.

Ich glaube, daß es sich erübrigt, noch weitere Ausführungen über diese beiden Punkte zu machen. Es ist nur noch darauf hinzuweisen, daß sich das Annehmen von Vorausbestellungen auf Fleisch und Fleischwaren nicht ganz vermeiden läßt, denn wir müssen Rücksicht nehmen auf die großen Verbraucher: auf die Krankenhäuser, die großen Hotels und sonstige öffentliche Einrichtungen. Es ist ganz unmöglich, daß diese Einrichtungen keine Voraus-

bestellungen machen, daß sie auch das Fleisch sich nicht zurücklegen resp. nicht zuschicken lassen dürfen. Die Kommission hat sich deshalb veranlaßt gesehen, zu beantragen, daß Punkt 4 am Schlusse seines Wortlauts den Zusatz erhält: „an Privathauhaltungen“, und der Herr Antragsteller hat sich damit einverstanden erklärt. Punkt 4 würde darnach lauten:

„daß Annehmen von Vorausbestellungen auf Fleisch und Fleischwaren (auch Wurstwaren) sowie das Zurücklegen und Austragen usw. solcher Waren an Privathauhaltungen zu verbieten.“

Ich bitte Sie namens der Statutenkommission, dem Punkte in dieser Form zuzustimmen und auch den Punkt 5 anzunehmen.

**Stadtrat Wagner:** Der Magistrat hält es für unbedingt notwendig, daß die Fleischkarte eingeführt wird, nur ist die praktische Durchführung dieser Maßnahme nicht so einfach, daß man sofort diese Einrichtung treffen könnte. Nun haben wir im Magistrat heute darüber beraten, wie man, um eine gerechte und gleichmäßige Verteilung des Fleisches auf die Bevölkerung zu erreichen, erst einmal vorläufig die Sache ordnen könnte, und sind zu der Ansicht gekommen, daß eine Regelung, wie sie in Berlin als einstweilige Maßnahme eingeführt wird, sich auch für unsere Stadt empfehlen würde. Sie ist sehr einfach und könnte mit Beginn der nächsten Brotkartenwoche in Kraft treten.

Die Maßnahme besteht darin, daß das Mittelstück der Brotkarte als Fleischkarte benutzt und bei Bezug von Fleisch gelocht wird. Es würde für die erwachsene Person, die eine volle Brotkarte hat, jede Woche bis zu einem halben Pfunde Fleisch und für jedes Kind und für jede der Zusatzbrotkarten, die nur als halbe Karten ausgegeben werden, bis zu  $\frac{1}{4}$  Pfund Fleisch die Woche freigegeben werden können. Es wird dann den Fleischern vorgeschrieben werden, daß sie das Mittelstück der Brotkarte, das weder mit Brot-, noch Butter-, noch Fettmarken besetzt ist, beim Bezuge von  $\frac{1}{4}$  Pfund Fleisch einmal und beim Bezuge von  $\frac{1}{2}$  Pfund Fleisch zweimal durchlochen. Die halben Brotkarten, die früher von der ganzen nicht haben unterschieden werden können, weil sie durch Abreißen der Hälfte der ganzen Karte entstanden, sind jetzt, wenn man einigermaßen genau hinsieht, deutlich zu erkennen, denn sie sind von vornherein an der einen Seite mit der Maschine scharf abgeschnitten, so daß der Unterschied zwischen einer halben und einer ganzen Brotkarte auch dann noch deutlich erkennbar ist, wenn die einzelnen Brotmarken abgerissen sind.

Ich glaube, wenn mit Zustimmung der zuständigen Stellen, der Preisprüfungsstelle und mit Genehmigung der Staatsstelle diese Fleischmarke in Kraft träte, so würde damit jeder Unwille der ärmeren Bevölkerung, daß die wohlhabende Bevölkerung sich mehr Fleisch zu verschaffen in der Lage ist, beseitigt sein.

Selbstverständlich müßten in dieser Regelung alle Fleischwarenkäufe einbezogen sein, alles, was in Schlachtereien verkauft wird, was an städtischem Fleisch aus den Probe Schlachtungen, was an Abschlagsfleisch und konserviertem Fleisch erworben wird. Da eine Konservenbüchse ein Pfund Fleisch enthält, so müßten dafür zwei Karten vorliegen, um eine solche Büchse für die betreffende Woche zu beziehen. Diejenigen Zuweisungen, die der Stadt durch den Hannoverschen Viehhandelsverband in Aussicht gestellt sind, lassen erhoffen, daß mit diesen geringen Mengen der Magistrat eine glatte Befriedigung der Einwohnerschaft erreichen kann.

Erfreulicherweise sind uns auch bezüglich der Lieferung von Fett gute Zusicherungen gemacht. Wir bekommen bis auf weiteres außer der bisherigen Buttermenge weitere 50 Zentner beste inländische Butter aus Oldenburg, so daß uns beinahe das doppelte Quantum gegen früher zur Verfügung steht; nur ein geringes Quantum von dieser Mehrlieferung würden wir an die Sanitätsstruppen abzugeben haben. Es ist uns ferner gelungen, durch Vermittlung des Herrn Dieckmann und anderer Herren geringe Mengen von Fleischkonserven aufzukaufen, allerdings meist zu hohem Preise, anders war es nicht möglich. Ferner ist es uns gelungen, 1000 Zentner Schmalz frei zu bekommen, wovon nur die Zentraleinkaufsgesellschaft die Verteilung der gesamten Vorräte vornehmen darf. Daneben haben wir aus den hiesigen Heeres Schlachtungen den gesamten Abschlag erworben, den wir, wie die Herren wissen, gegen Nummern an die minderbemittelte Bevölkerung abgeben. Nachdem ein Versuch, in der Markthalle die Verwiegung vorzunehmen, mißlungen war, wird dieser Abschlag in 15 Geschäften im ganzen Stadtgebiete ausgegeben. Sodann bekommen wir auch aus den städtischen Schlachtungen Schmalz; 7—8 Zentner davon sind bereits zusammen. Wir haben aber davon Abstand genommen, ihn bisher auszugeben, denn wenn wir mit einem derartigen Quantum herauskommen, so würde sich das zu sehr verteilen, und eine gar zu kleine Menge möchten wir an den einzelnen nicht abgeben. Wir werden also warten, bis mehr davon da ist und wir eine größere Menge von Einwohnern mit einem kleinen Quantum befriedigen können. Ich hoffe darnach, daß wir in nächster Zeit die Wünsche unserer Bevölkerung in etwas reichlicherem Maße erfüllen werden, als das hat bisher geschehen können.

**Stadtv. Kruse:** Ich höre eben aus dem Munde des Herrn Stadtrat Wagner, daß mit dem nächsten Montag die Fleischkarte eingeführt werden soll. Ich möchte deshalb die Anfrage an den Magistrat stellen, wie die Fleischlieferung an die Gastwirte sich gestalten soll. Seit Einführung der Brotkarte sind die Gastwirte in einer sehr unangenehmen Lage. Soviel ich weiß, wird den Gastwirtschaften, die Fremde beherbergen, ein bestimmtes Quantum Brot zugebilligt. Schlimm aber

sind die daran, die keine Fremden beherbergen, die aber mit Passanten zu tun haben. Es kommen doch aus dem Herzogtume oder aus anderen Städten Fremde nach hier, die auch essen müssen. Ich habe von solchen Passanten wiederholt gehört: „Wir haben in Braunschweig kein Butterbrot bekommen können.“ Die Gastwirte, die nicht Fremde beherbergen, sind nicht in der Lage, ihnen derartiges zu geben, und ich habe schon die unliebsamsten Szenen deswegen erlebt, daß die Gäste geglaubt haben, es sei nur böser Wille des Gastgebers, daß er ihnen das Brot vorenthält. Namentlich von Fremden aus der Provinz Hannover wurde das unangenehm empfunden und geäußert, es wären Zustände in Braunschweig, wie man sie in keiner anderen Stadt finde. Ich kann nicht beweisen, daß es in anderen Städten besser oder schlechter ist, möchte aber bitten, bei Einführung der Fleischkarte ganz besonders die Gastwirte zu berücksichtigen, denn wenn es mit der Fleischkarte ebenso gehandhabt werden sollte wie mit der Brotkarte, daß die Wirte nur für sich, ihre Familie und ihr Personal Fleisch bekommen, dann können wir die Gastwirtschaften nur schließen. Ich habe vorhin mit Freude gehört, daß die Versammlung den Mittelstand zu schützen gedenkt. Auch die Gastwirte gehören zum Mittelstande, und ich möchte bitten, bei Verteilung der Fleischkarten auf ihr Geschäft Rücksicht zu nehmen.

**Stadtrat Wagner:** Selbstverständlich muß bei Einteilung des Fleisches auf die Interessen der Gastwirte Rücksicht genommen werden; sie müssen ein gewisses Quantum von Fleisch für ihre Gäste, die bei ihnen übernachten, und für die sonst bei ihnen Einkehrenden zur Verfügung haben, sonst würde es ihnen nicht möglich sein, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Wie man aber die Menge des Fleisches für die Gastwirtschaften bemessen soll, ist eine schwierige Frage, und die wird man endgültig erst bei Festsetzung der Fleischkarte lösen können. Man wird mit der äußerst geringen Menge, die für die hiesige Einrichtung zur Verfügung steht, rechnen müssen, sonst würde der Wohlhabende in der Lage sein, das ihm zu Hause nicht zur Verfügung stehende Fleisch dennoch dadurch zu erhalten, daß er in die Wirtschaft geht und sich dort aufstichen läßt. Das muß vermieden werden. Derjenige, den sein Weg nach Braunschweig führt und der dabei gnötigt ist, in einer Gastwirtschaft zu essen, muß sich mit derselben Tagesration begnügen, wie wir sie für die Braunschweiger selbst zur Verfügung haben. Ich bin der Meinung, daß wir auch hier ganz streng verfahren und rücksichtslos vorgehen müssen.

**Stadtv. Stegmann:** Als Herr Dr. Nahlert bei der Besprechung des ersten Punktes des Antrages Grenzen sich dahin äußerte, bezüglich des Fleisch- und Butterbezuges sei durch die Ausgabe der Fleisch- und Butterkarten für alle gleich-

mäßig gesorgt, da empfand ich das geradezu als Hohn. Wo ist denn für alle gleichmäßig gesorgt? Die Fleischkarte haben wir bisher noch nicht, und es hat in der Bevölkerung vielen Unwillen erregt, daß die Verteilung des Fleisches bislang sehr ungleichmäßig war. Während die arme Bevölkerung nichts bekommen konnte, wurden auf Bestellungen hin große, gute Stücke Fleisch an Wohlhabende verkauft. Nun wird heute seitens der Kommission der Antrag empfohlen, daß die Abgabe an Private gegen Vorausbestellungen nicht mehr stattfinden soll. Ich möchte aber doch anfragen, ob man sich von einer solchen Maßnahme wirklich Erfolg verspricht. Welche Mittel sollen angewandt werden, um der Bestimmung zum Durchbruch zu verhelfen? Wie die Dinge liegen, ist ein Erfolg zweifelhaft, und man kann ja bis zu einem gewissen Grade die Handlungsweise der Schlachter verstehen — und daselbe ist bei allen anderen Händlern auch der Fall —, nämlich daß sie ihre alte Kundschaft bevorzugen. Wenn nun aber einmal für alle gesorgt werden soll in dieser schweren Zeit, dann müssen Maßnahmen getroffen werden, daß solche Bevorzugungen nicht mehr vorkommen können.

Was die Butter betrifft, so steht es damit ebenso. Für die große Masse der Bevölkerung haben Sie vom Volke mit „Butterruhekarten“ bezeichnete Marken; Butter bekommt man darauf nicht. Ich bezweifle aber, daß die besser situierten Kreise viele Wochen ohne Butter leben müssen, wie die große Einwohnerschaft genötigt ist, denn es kommt eine Menge Butter durch die Post und durch Boten in die Stadt hinein. Daselbe wird demnächst wohl auch mit den Fleischkarten der Fall sein, wenn auch Herr Stadtrat Wagner sagt, es würde in Zukunft besser werden. Ist denn auch Gewähr dafür geboten? Welche Maßnahmen sind getroffen, diejenigen zu fassen, die trotzdem, wie bisher, auf Vorausbestellungen oder hinten herum verkaufen? Kann man denn auf die Fleischkarten auch Fleisch bekommen, und haben die Fleischer noch Gelegenheit, Fleisch ohne diese Karten abzugeben? Wenn keine Kontrolle stattfindet, kann die Einführung der Fleischkarten wenig nützen.

Sodann möchte ich noch auf einige Mängel des städtischen Fleischverkaufs zu sprechen kommen. Es kommt jetzt noch vor, daß sich die Leute vor den Läden stundenlang drängen müssen, und daß, wenn der Verkauf z. B. morgens 8 Uhr angesetzt war, trotzdem nicht verkauft wird. Ein solcher Fall ist mir bekannt; er betrifft eine Frau Schmidt in der Maschstraße, die fortgesetzt so verfahren ist, so daß deswegen die Polizei hat geholt werden müssen, am Dienstag wurde deswegen sogar Militär geholt. Ich wollte den Fall schon in der vorigen Sitzung zur Sprache bringen. Es gab bereits Unruhen deshalb, weil die Frau ihren Verkaufsladen erst zwei Stunden später, um 10 Uhr, öffnete, aber hinten herum von den Waren abgab, obgleich ihr dies von der Polizei verboten war. Die Frau kann doch nicht nach Belieben verkaufen, wann und an wen sie will. Wenn sie sieht, daß Leute da

sind, denen sie etwas geben will, macht sie den Laden auf, und hinterher schließt sie und sagt: Es ist nichts mehr vorhanden. Besteht denn für die, die den städtischen Fleischverkauf besorgen, keine Verordnung, daß zu einer bestimmten Zeit geöffnet werden muß? Wenn ja, dann müßte aber auch für strikte innehaltung der Bestimmungen gesorgt werden.

Ferner möchte ich noch eine Bitte an Herrn Stadtrat Wagner richten. Es ist selbstverständlich, daß der jetzige städtische Fleischverkauf in allen Zeitungen regelmäßig und gleichmäßig bekanntgemacht wird. Der „Volksfreund“ scheint aber bei Aufgabe der Anzeigen dafür benachteiligt zu sein; wiederholt haben andere Zeitungen die Annonce früher bringen können als wir. Das sollte in der jetzigen Zeit nicht vorkommen. Jawohl, Herr Sander, es ist so, wenn Sie auch mit dem Kopfe schütteln; Herr Wesemeier wird es bestätigen können. Über die Massen-speisungen ist im „Allgemeinen Anzeiger“ bereits die Speisefarte für die nächsten Tage angegeben, wir dagegen waren nicht dazu in der Lage. Wenn das Arbeiterblatt solche Mitteilungen nicht bekommt, so erregt das Unwillen.

Noch ein Wort möchte ich zu den öffentlichen Speisungen hinzufügen. Mit der ganzen Bevölkerung bin auch ich erfreut, daß der Magistrat dem Wunsche der letzten Stadtverordnetenversammlung so rasch nachgekommen ist. Die Herren werden aus dem kolossalen Andrang ersehen haben, wie groß das Bedürfnis nach einer solchen Einrichtung war. Nun hat sich aber herausgestellt, daß, obgleich erst 4 und dann 7 Kessel aufgestellt sind, der Andrang derart ist, daß noch Änderungen vorgenommen werden müssen, indem ähnliche Küchen in mehreren Stadtteilen eingerichtet werden, wenn man das fertige Essen nicht herumfahren lassen will. Gestern kam ich gerade dazu, als eine Frau ohnmächtig aus der Halle herausgebracht wurde, und das ist um so leichter begreiflich, da heutzutage infolge des Ausgehungertseins die Leute wenig widerstandsfähig sind. Daß die Gelegenheit, fertiges Essen zu bekommen, jetzt vorhanden ist, wird sich noch weiter ausprechen und weitere Kreise heranziehen. Es ist auch überall anerkannt, daß die ausgegebenen Speisen gut und schmackhaft sind. Auch das wird sich ausprechen, aber vom Wilhelmi- und Augusttore her können die Leute nicht deswegen nach der Markthalle laufen, um Essen zu holen, zumal die größeren Kinder zu spät aus der Schule kommen und die Frauen keine Zeit dazu haben. Deshalb bitte ich um Einrichtung solcher Küchen auch in anderen Stadtteilen. Ich möchte bei der Gelegenheit darauf hinweisen, daß eine Anzahl Kessel für solche Zwecke zu haben sind. Es ist mir mitgeteilt, daß die Kocheinrichtung der Militärverwaltung, die für die Gefangenen Speisung aufgestellt war auf dem Ostbahnhofe, noch fertig dasteht. Vielleicht kann der Magistrat diese Kocheinrichtung ohne große Kosten von der Militärverwaltung geliehen bekommen, so daß ohne weiteres und ohne große Kosten die Einrichtungen erweitert werden können.

**Stadtv. Krufe:** Ich hörte vorhin von Herrn Stadtrat Wagner, daß die Entscheidung der Frage, wieviel Fleisch den Gastwirten zugeteilt werden solle, sehr schwierig zu entscheiden sei. Deshalb möchte ich bitten, daß zu den Sitzungen der Kommission oder Behörde, die darüber beschließt, wieviel Fleisch abgegeben werden soll, Gastwirte zugezogen werden, die ein sachverständiges Urteil abzugeben in der Lage sind.

**Stadtv. Dr. Rahlert:** Herrn Stegmann möchte ich erwidern, daß ich nicht gesagt habe, daß die Fleischversorgung geregelt ist, sondern sie wäre dann geregelt, wenn die Fleischkarte eingeführt worden ist, und das wird wirklich der Fall sein, denn ich glaube nicht, daß dann noch eine Bevorzugung stattfinden kann, ebenso wie es nicht möglich ist, jemand bei der städtischen Butterversorgung zu bevorzugen. Ich habe mich davon überzeugt, daß die Abfertigung des Publikums bei Abgabe der städtischen Butter glatt vor sich geht; es findet kein Drängen statt, und wer an der Reihe ist, kann jederzeit kommen und die Butter abholen. Ich habe mich allerdings auch einmal telephonisch erkundigt, wann ich Butter bekommen könne, und gefragt: „Liegt die Butter zur Abholung bereit?“ und darauf die Antwort erhalten: „Ja wohl, selbstverständlich!“ Es steht freilich recht wenig Butter zur Verfügung, aber mit Ausgabe der Butterkarten ist doch die Ausgabe völlig sichergestellt und geregelt, und wenn gleiche Verhältnisse wie für die Butterausgabe auch für das Fleisch geschaffen werden, so halte ich das für recht und billig.

Was die städtische Kochanstalt in der Markthalle anbetrifft, so habe ich, als mir am Freitag abend gesagt worden war, ich möchte mich darüber informieren, versuchen, einen passenden Platz ausfindig zu machen, und mich weiter dafür interessieren, mit Herrn Rienstedt die Sache in die Hand genommen. Wir haben den Platz in der Markthalle für zweckmäßig gehalten, haben auch sofort Kessel beschafft und aufgestellt. Was für Arbeit dazu erforderlich war, können Sie vielleicht ermessen, wenn Sie sich die Sache ansehen, und wenn ich Ihnen sage, daß ich den ganzen Sonntag unterwegs gewesen bin, um die Sache so weit fertig zu bringen, daß am Montag gekocht werden konnte. Daß sich Mängel hier und da herausstellen würden, habe ich mir schon im voraus sagen müssen, aber dafür ist ja Zeit, daß man sie abschafft, und sie sollen auch abgeschafft werden. Ich war in der angenehmen Lage, zuerst mit vier, jetzt mit sieben Kesseln kochen zu können und hoffe, daß ich noch zwei bis drei davon unterbringen kann, wenn der Platz es erlaubt, hauptsächlich wenn man durch weitere Aufstellungen nicht die Arbeiten für die Halle behindert; das ist sehr schwer einzurichten. Wir müssen uns noch acht bis vierzehn Tage gedulden, ehe wir die Sache weiter ausbauen. Es sollen auch an anderen Stellen solche Küchen eingerichtet werden; daß das unbedingt notwendig ist, davon haben wir uns überzeugt, und es sind auch bereits Erwägungen



darüber im Gange, wo wir solche Küchen hinbringen wollen. Ich würde dankbar sein, wenn mir Winke gegeben würden, wohin wir damit gehen könnten.

Es ist gar nicht so leicht, einen passenden Platz zu finden, wo die Räumlichkeiten passen und die Lage geeignet ist. Mein erster Gedanke ging auch auf die Militärkochstelle auf dem Ostbahnhofe; es war ja ideal, daß dort sofort mit Kochen angefangen werden konnte, denn es war dort alles fix und fertig. Ich bin von einem zum anderen gegangen und habe schließlich gehört, daß die Anlage Gebr. Koch gehört. Als ich mich mit diesen Herren in Verbindung setzte, wurde mir gesagt: „Sie glauben gar nicht, wieviel Reflektanten auf diese Küche wir schon gehabt haben. Aber ich muß sie zur Verfügung der Militärbehörde halten, doch zweifle ich nicht daran, daß Ihnen die Genehmigung der zeitweiligen Benutzung erteilt werden wird. Natürlich müßten Sie sich an das Generalkommando in Hannover wenden. Aber die Versicherung kann ich Ihnen von vornherein geben, daß Sie zuerst die Bedingung eingehen müssen, auf telegraphisches Ersuchen des Generalkommandos hin die Anlage sofort zur Speisung für Militärtransporte zu räumen, ob Sie gerade Essen darin haben oder nicht.“ Meine Herren, die Verantwortung konnte ich nicht übernehmen, und auch der Magistrat wollte nichts davon hören. Deshalb habe ich lieber nach etwas gesucht, was der Stadt gehört, und wo uns das Verfügungsrecht zusteht. Ich glaube, es ist ein guter Griff gewesen, daß wir den Hof der Markthalle für den Zweck in Benutzung genommen haben. Er ist geräumig genug, um ausgebaut zu werden, die kleine Gruppe der Herde ist so aufgestellt, daß immer noch angebaut werden kann, bis wir das Ende des Hofes erreicht haben. Ganz so lang wird natürlich die Reihe der Kessel nicht werden können, aber eben können wir noch hinzustellen.

Daß in anderen Stadtteilen noch Kessel aufgestellt werden sollen, habe ich bereits gesagt; ich wäre dankbar, wenn mir Gelegenheit geboten würde, passende Stellen kennenzulernen — nach Möglichkeit soll den vorgetragenen Wünschen Rechnung getragen werden. Nur läßt sich die Einrichtung nicht so schnell machen, wie es bei der ersten möglich gewesen ist; erst muß die eine Anlage ordentlich in Gang gebracht sein, ehe man sich einer zweiten widmet. Es würde mich auch freuen, wenn Sie einen anderen Herrn mit der zweiten Anlage betrauen würden, ich würde an der Instandhaltung der einen genug zu tun haben.

**Stadtv. Steinede:** Es waren sehr erfreuliche Mitteilungen, die uns Herr Kahlert machen konnte, und wenn er noch Hilfe aus dem Stadtverordnetenparlament nötig hat, werden sich jedenfalls noch Herren zur Verfügung stellen. Ich möchte noch betonen, daß ich es für nötig halte, daß diese Kochkessel in ausgedehntem Maße in den verschiedenen Stadtteilen aufgestellt werden, weniger notwendig halte ich die fahrbaren Küchen. Ich war dieser Tage in Berlin und hörte

von verschiedenen Seiten, daß der Betrieb der fahrbaren Küchen dort einstweilen eingestellt ist, weil ein solcher Andrang zu den fahrbaren Küchen stattgefunden hat, daß der Betrieb nicht hat aufrechterhalten werden können. Das ist für eine Stadt wie Berlin sehr erklärlich, aber es würde jedenfalls in einer anderen Großstadt oder Mittelstadt derselbe Fall eintreten. Ich möchte doch vorschlagen, nicht ganz von den fahrbaren Küchen abzugehen. Die Leute, die unterwegs sind, werden gern Gelegenheit haben wollen, warmes Essen einzunehmen. Aber fahrbare Küchen sind doch nur in geringem Maße notwendig.

Wegen der Schwierigkeit, für die Aufstellung der Volksküchen einen passenden Platz zu finden, möchte ich empfehlen, Inzerate anzugeben. Sich persönlich darum zu bemühen, dazu ist man zu sehr durch den Beruf in Anspruch genommen. Durch die Zeitungen wird uns eine Auswahl an Offerten ermöglicht werden, und dann können wir uns in Ruhe überlegen, wohin wir solche Küchen bringen wollen. Ich glaube, es gibt dafür eine ganze Anzahl passender Stellen in der Stadt, an die wir im Augenblick nicht denken.

Im übrigen möchte ich noch erwähnen, daß heute in der Buchhorst bei einer großen Anzahl von Soldaten, die zum Schießen waren, davon geredet wurde, daß Aussicht bestände, daß die Erhöhung des städtischen Zuschusses für Kriegerfamilien angenommen würde. Ich höre zu meiner großen Freude, daß die Sache bewilligt ist, und kann Ihnen mitteilen, daß auch bei den Kameraden, die schon von der in Aussicht stehenden Erhöhung gehört hatten, außerordentliche Freude darüber herrschte. Wenn die Soldaten heute in der Stadt Braunschweig Nachricht davon erhalten, so werden sie und auch die Frauen, die ihre Männer im Felde haben, sich lebhaft darüber freuen.

Stadtv. **Sander:** Ich muß mich dagegen verwahren, daß gesagt wurde, der „Volksfreund“ wäre mit den Mitteilungen über den Verkauf aus den städtischen Schlachtungen schlechter bedacht als andere Zeitungen. Das ist nicht der Fall; die Bekanntmachungen werden regelmäßig für alle Zeitungen zusammen in den Postkasten gesteckt, so daß eine Bevorzugung nie vorgekommen sein kann, mit Absicht jedenfalls niemals.

Stadtrat **von Franckenberg:** Als ich heute vor acht Tagen bei den Verhandlungen über den Ernährungsausschuß mir erlaubte, darauf hinzuweisen, daß zu einer der Aufgaben dieses Ausschusses auch die Einrichtung von Stadtküchen, mögen es nun feste oder fahrbare sein, gehören würde, da stieß diese Ansicht bei einigen Herren auf Widerspruch, und es wurde gemeint, der Ernährungsausschuß habe größere Sachen zu tun. Ich habe es darauf ankommen lassen und es gewagt, bei den Sitzungen des Ernährungsausschusses die Sache zur Sprache zu bringen.

Ich habe dabei in den Herren Dr. Kahlert und Nienstedt so eifrige Verfechter dieses Gedankens gefunden, daß ich nicht gezögert habe, diese Sache binnen dreimal 24 Stunden in die Tat umzusetzen. Ich bereue nicht, daß ich mich auf den echten Bürgersinn und frischen Unternehmungsgeist unserer Mitbürger und Stadtverordneten verlassen habe. Ich glaube, das werde ich auch in der Zukunft tun können, und ich hoffe — auch Herr Steinecke deutete darauf hin —, daß von mancher Seite uns gute Antwort gegeben werden wird. Morgen werden wir im Ernährungsausschuß die Errichtung weiterer Stadtküchen beraten (in erster Linie ist an eine solche im Westen, dann aber auch an eine im Südosten der Stadt gedacht), und ich glaube sicher, daß wir damit vorankommen werden. Meine Absicht, ein Zugeständnis in bezug auf fahrbare Stadtküchen zu machen, ist durch die in der letzten Zeit in der Presse enthaltenen Darlegungen und durch das, was Herr Steinecke mitgeteilt hat, wieder in Frage gestellt. Auf den Straßen würden wir die Ausgabe des Essens nicht vornehmen können, höchstens auf den Schul- oder Fabrikhöfen. Es wird sich fragen, ob durch den Transport nicht das Essen kalt wird und wir nicht unterwegs noch Schwierigkeiten haben. Damit wird sich der Ernährungsausschuß morgen befassen.

**Stadtv. Ohlendorf:** Herr Oberbürgermeister Wermuth, Berlin, hat kürzlich geäußert, die gute Verteilung von Butter und Fleisch werde nicht eher vernünftig geregelt werden, als bis das Reich insgesamt eine Regelung vornimmt, und das ist, wie ich meine, eine wirkliche Tatsache. Damit haben wir aber Ursache, dahin tätig zu sein, daß diese Regelung von Reichs wegen unternommen wird. Bezüglich der Butter hat Herr Dr. Kahlert gesagt, diese Frage wäre wunderbar schön geregelt. Zugeben will ich: Soweit städtische Butter verkauft wird, ist die Sache geregelt, aber die Gesamtverteilung ist durchaus nicht günstig geregelt. Ich habe in einer früheren Sitzung gesagt, daß die besser Gestellten zum Teil einen Überfluß an Butter haben, und habe damit selbstverständlich nicht alle Bessergestellten gemeint, denn ich weiß davon, daß auch in solchen Fällen Mangel herrscht, und der Herr Kollege drüben rief mir ja zu, er hätte auch wochenlang keine Butter gehabt. Dennoch behaupte ich, daß auch heute noch teilweise größere Kreise der Bevölkerung sehr gut mit Butter versorgt sind, Butter in Hülle und Fülle haben, könnte man sagen, während andere Not leiden. Das sollte vermieden werden. Ich kann den Standpunkt des Herrn Stadtrat von Frankenberg nicht teilen, der immer noch die Meinung vertritt, daß es gut ist, daß diejenigen, die Gelegenheit haben, sich von außen Butter anschaffen zu können, es nach wie vor tun. Ich bin der Ansicht, die Stadtverordneten sollten, wie seinerzeit versprochen worden ist, darauf dringen, daß alle Butter — ganz gleich, auf welchem Wege sie in die Stadt kommt — gleichmäßig verteilt wird. Ich glaube auch, daß das geschehen könnte.

Bezüglich des Fleisches weiß ich nicht, ob eine gerechte Verteilung nicht schon dadurch gehindert wird, daß immer die Möglichkeit vorhanden ist, daß vermögende Leute für sich Fleisch von außen hereinbekommen. Auch das müßte gegriffen werden.

Sodann möchte ich bitten, zu bedenken, daß dieser Mittelstreifen der Brotkarte nicht allzusehr mit Niederschriften und Durchlochungen überladen werden darf. Jetzt soll das Mittelstück schon erhalten, um das benötigte Quantum Seife darauf zu verzeichnen, und als Zuckerkarte ist es wohl auch gedacht — ich weiß aber nicht, ob nicht vielleicht die Lebensmittelskarte dafür in Frage kommt. Es ist schon jetzt oft für die Käufer unangenehm, daß sie die Brotkarte mit nach der Fabrik nehmen müssen, um Brot zu bekommen. In derselben Zeit ist vielleicht die Seife fällig, oder Zucker usw. Es ist häufig vorgekommen, daß gesagt werden mußte: Ja, die Karte kann ich nicht vorzeigen, die hat mein Sohn mit nach der Fabrik genommen. Ich weiß ja nicht, wie die Lebensmittelskarte aussehen wird, vielleicht ist sie nach alle diesen Richtungen hin getrennt eingerichtet.

Vor allem aber möchte ich den Magistrat bitten — und ich nehme in dieser Beziehung an, daß auch die Magistrate anderer großer und mittlerer Städte dahin tätig sind —, dafür Sorge zu tragen, daß diese Regelung des Butter- und Fleischbezuges geschieht, denn ich glaube doch, daß dann einigermaßen gleichmäßig die Verteilung vorgenommen werden kann. Es mag ein solches Vorgehen wohl nicht so schnell Erfolg haben, aber wer weiß, in welche Situationen wir noch kommen werden, ob der Krieg noch lange dauert oder der erwünschte Friede bald kommen wird. In derselben Situation haben wir auch vor 1½ Jahren gestanden, und wir wissen nicht, welche Maßnahmen noch notwendig werden. Darum sollen wir lieber jetzt schon darnach trachten, daß die Regelung im großen und ganzen eifrig betrieben wird, wo es besser geschehen kann, als es den einzelnen Kommunen möglich ist.

**Stadtrat Wagner:** Es war von Herrn Stegmann gefragt worden, wie vermieden werden könnte, daß die Fleischer von hinten herum noch Fleisch verkaufen würden. Ganz vermeiden läßt sich allerdings eine solche Handlungsweise nicht; wir können nicht jeden einzelnen Fleischerladen Tag und Nacht unter polizeiliche Kontrolle oder sonstige Bewachung stellen. Wenn aber ein Fleischer riskiert, solche Verkäufe heimlich vorzunehmen, dann mag ihm das wohl einmal gelingen, sobald er jedoch bei solchem Geschäftsgebahren abgefaßt wird, so bin ich der Meinung, daß man mit rücksichtsloser Strenge gegen ihn vorgehen muß und vor allem ihm in Zukunft überhaupt nichts von städtischem Vieh zumeist. Die Leute müssen wissen: „Riskierst du so etwas und wirst dabei betroffen, so ist Schluß. Dann bist du für die ganze Dauer des Krieges wirtschaftlich ruiniert.“

Was dann die Verteilung der Nummern der Fleischkarten auf die einzelnen Fleischer betrifft, so ist die endgültige Regelung der Fleischverteilung — die Durchlochung soll nur ein Provisorium sein, das aber sofort in Kraft treten kann — so gedacht, daß man die Bewohner der Stadt Braunschweig auffordert, wie bei der Butterverteilung, sich bei einem bestimmten Fleischer in Kundenlisten einzutragen. Auf Grund dieser Eintragungen könnte dann nach der Zahl der gemeldeten Vollkarten und halben Karten für Kinder unter 8 Jahren (die Zusatzkarten für die schwer arbeitende Bevölkerung könnte man auch als halbe Karten rechnen und dafür Fleisch zuweisen) berechnen, mit welcher Menge jeder Fleischer bei der Verteilung des uns durch den Viehhandelsverband überwiesenen Schlachtviehs und der Fleischwaren aus den städtischen Schlachtungen berücksichtigt werden kann. Es muß jeder Fleischer so viel bekommen, daß er nach dem Maßstabe des vorhandenen Vorrats die von ihm gemeldeten Kunden befriedigen kann. Was die Überwachung der Fleischer betrifft, so ist es, solange wir die Durchlochung der Brotkarten haben, wünschenswert, daß durch das Publikum selbst darauf gesehen wird, daß die Fleischer die Durchlochung vornehmen. Bei einer endgültigen Regelung würden wir Bedacht darauf nehmen müssen, daß auch ein Nachweis über die Abgabe von den Fleischern verlangt werden kann, sei es, daß von ihnen Buch geführt wird, wie bei der Zuckerabgabe, oder durch eine andere Kontrolle.

Der Wunsch des Herrn Ohlendorf, daß das Mittelstück der Brotkarte nicht zu sehr mit Vermerken und Lochungen belastet wird, ist berechtigt. Bisher kommt aber für die Eintragung auf die Brotkarte nur der Bezug von Seife in Frage, und jetzt noch die Lochung für den Fleischbezug. Im übrigen ist das Mittelstück vollständig unberührt. Eine solche Maßregel könnten wir ruhig in den Kauf nehmen, wenn wir berücksichtigen, daß auf der Brotkarte für eine Woche höchstens zwei kleine Lochungen auf dem Mittelstück erfolgen werden.

Die Zuziehung der Gastwirte bei den Beratungen des Fleischverkaufsausschusses wird erwünscht sein, damit eine praktische Verteilung vorgenommen werden kann und gerechte Maßnahmen erfolgen. Daß derjenige Gastwirt, der wegen Übernahme eines Reservelazarettes seinen Betrieb eingestellt hat, doch Fleisch für seinen Betrieb bekommt, würde ungerechtfertigt erscheinen und ließe sich durch Mitwirkung der Gastwirte bei den Beratungen vermeiden.

Die Benachrichtigung der Presse über die einzelnen Fleischverteilungen ist, soweit von mir aus Anordnungen getroffen wurden, stets gleichmäßig geschehen. Ich habe sogar in den Fällen, wo die Zeit zur Einreichung der Annonce knapp war, Nachricht an die Zeitungen gelangen lassen, damit Platz für die Veröffentlichung gelassen wurde, weil wir den größten Wert darauf legen, daß derjenige Teil der Bevölkerung, welcher den „Volksfreund“ liest, rechtzeitig von den Verkäufen zu hören bekommt. Nun liegt die Sache so, daß die verschiedenen Fleisch-

verteilungen in verschiedene Hände gelegt sind. So sind die städtischen Schlachtungen Herrn Sander unterstellt, und den Abschlagverkauf habe ich besorgt, unter Umständen hat andere Sachen wieder Herr Diekmann angeordnet, und die Verteilung der Fleischkonserven ist wieder in anderen Händen gewesen. Ich will darauf Bedacht nehmen, daß nach Möglichkeit, bei aller Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Entschließungen der einzelnen Abteilungen, die Nachrichten an die Zeitungen von e i n e r Stelle aus gegeben werden. Das ist auch zu empfehlen, weil man sonst nicht weiß, ob nicht derselbe Tag von den verschiedenen Abteilungen zur Verteilung in Aussicht genommen ist. Das muß erst organisiert werden, weil wir ein eingearbeitetes Bureau für diese Lebensmittelverteilung bisher nicht besessen haben.

Was die Klagen über Frau Schmidt in der Maschstraße betrifft, so handelt es sich um Konserven, ob Gemüse- oder Fleischkonserven, weiß ich nicht. (Zuruf: Fleisch.) Es ist von der Polizeidirektion auch ein Bericht gekommen. Der eine Vorgang soll sich so abgespielt haben, daß die Frau der Weisung des Magistrats gemäß die Hälfte der ihr für den Tag zugeteilten Büchsen morgens abgeben sollte und die andere Hälfte am Nachmittage nach 6 Uhr, also zu einer Zeit, wo diejenigen Frauen, die selber auf Arbeit gehen, die Möglichkeit hatten, davon einzukaufen — eine an sich auf durchaus gesunden Grundsätzen beruhende Maßnahme. Nun hat sich an dem Morgen gezeigt, daß nach Weggabe der zur Verteilung bestimmten geringen Menge Büchsen noch eine solche Menschenmenge vor dem Laden stand und unruhig wurde, daß die Polizei verlangt hat, Frau Schmidt solle weiter verkaufen, sonst könnte die Polizei die Ruhe nicht herstellen, und darauf hat Frau Schmidt dann den Verkauf fortgesetzt. Sie ist also an diesem Tage genau nach den ihr gewordenen Weisungen verfahren. Ob sie noch zu anderer Zeit vielleicht von hinten herum solche Waren aus dem Laden herausgegeben und einige Käufer bevorzugt hat, davon habe ich nichts gehört. Ich werde Gelegenheit nehmen, Frau Schmidt darüber zu hören, und werde sie darauf aufmerksam machen, daß, wenn auch nur die geringsten berechtigten Klagen kommen, sie nicht mehr darauf rechnen kann, bei den städtischen Verteilungen zugezogen zu werden.

**Stadtv. Wesemeier:** Die Vorgänge in der Verkaufsstelle Schmidt an der Maschstraße haben sich ja teilweise aufgeklärt, aber es geht aus ihnen hervor, daß es richtiger wäre, wenn die Verkaufsbedingungen doch mehr im Volke bekanntgemacht würden. Dann würden unwahre Gerüchte aus der Welt kommen, und es wäre jedem bekannt gewesen, daß ein Teil der Konserven für die arbeitenden Frauen zurügestellt worden ist.

Auch ich habe mich darüber gefreut, daß die Volksküche in der Markthalle in Aktion getreten ist, und daß man bestrebt ist, mehr davon einzurichten. Herr

Stadtrat von Franckenberg hat das Bedürfnis dafür anerkannt, und Herr Dr. Kahlert hat gebeten, ihm Stellen anzugeben, wo solche Küchen eingerichtet werden könnten. Ich möchte bitten, auch vor dem Wendentore eine solche Küche einzurichten. Dort sind eine Menge Fabriken, wo viele Leute beschäftigt sind, es ist zur Schlußzeit der Fabriken geradezu eine Völkerwanderung von Arbeitermassen, die in den Pantherwerken, in den Konervenfabriken und anderen beschäftigt sind, und die alle des Mittags schlecht warmes Essen bekommen können. Dort ist auch die Möglichkeit zur Einrichtung einer Stadtküche gegeben. Die Braunschweiger Baugenossenschaft will einen Raum dafür zur Verfügung stellen, und zwar eine Werkstätte in der Karl-Schmidt-Straße, in der sehr leicht eine Küche eingerichtet werden kann. Man hat dort sogar Raum, um Bänke und Tische aufzustellen, so daß das Essen dort gleich verzehrt werden kann. Der Geschäftsführer dieser Genossenschaft sagte mir, daß in der Verwaltung Geneigtheit bestände, das in Frage kommende Hinterhaus für den Zweck herzugeben.

Stadtv. **Rector:** Bei der Fleisch- und Wurstwarenverteilung, wie sie eben hier seitens der Stadt stattfindet, ist es notwendig, daß auch in der Zukunft eine recht große Zahl von Personen schnell abgefertigt wird, und das kann nur geschehen, wenn eine durchgreifende Kontrolle stattfindet. Ich habe mich daran beteiligt und die Erfahrung gemacht, daß in den Verkaufsstellen, wo Kontrolleure tätig sind, bedeutend mehr Menschen abgefertigt werden als in den anderen. Wir haben z. B. gestern 80 Nummern abgefertigt und noch an 25—30 Einwohner ohne Nummern verkaufen können. Eine regelrechte Verteilung, bei der jeder seine Waren, die er verlangen kann, bekommt, findet nicht statt, wenn keine Kontrolle vorhanden ist. Die ausgebenden Frauen sind immer im Zweifel, ob sie einer Bitte nachgeben sollen, wenn jemand der Käufer ein gutes Wort ausgibt, und ob sie nicht ein halbes Pfund Fleisch, Wurst oder Speck mehr geben sollen. Schmalz ist ja immer sehr wenig da, so daß jeder nur  $\frac{1}{4}$  Pfund davon bekommt, was nicht eingerechnet wird in das ganze berechnete Quantum, und wenn dieses Quantum Schmalz verteilt ist, soll den Leuten ein Stück Speck dafür gegeben werden, damit jeder Käufer etwas Fett bekommt. Es wird aber das Gewicht der ganzen abgegebenen Sachen in Betracht gezogen, also Mettwurst, Schinkenspeck usw. auf das berechnete Quantum mit eingerechnet, was früher nicht geschehen ist. Deshalb können wir heute eine bedeutend größere Zahl von Personen abfertigen. Das ganze Kartensystem bewährt sich sehr gut, und auch die Fleischkarte wird sich bewähren, wenn eine genügende Kontrolle vorhanden ist. Bei Schlächtergeschäften ist die Kontrolle ja schwieriger als bei Butter und Schmalz, weil die in den Schlächterläden abgegebenen Waren zu verschiedenartig sind. Deshalb ist es unbedingt nötig, daß von den Herren aus der Stadtverordnetenversammlung sich

mehrere mit darum kümmern und die Kontrolle mit übernehmen. So gut wir unsere Zeit dafür versäumen müssen, können die übrigen Herren es auch einmal tun. Wenn in jeder der 22 Verkaufsstellen stets ein Herr ist, der die Sache kontrolliert, dann können keine Unregelmäßigkeiten seitens der Verkäufer vorkommen, und die Käufer bekommen ihr Recht.

**Stadtrat Wagner:** Die Kontrolle über die Abgabe der Fleischwaren ist, soviel mir bekannt, nur bei den Verkäufen aus den sogenannten Stadtschlachtungen vorgesehen, also bei den Schlachtungen von Schweinen, die uns auf Grund des Mästungsvertrages mit dem Verein für das veredelte Landschwein zugewiesen werden, und die wir in der Wurstfabrik in der Cammannstraße haben verarbeiten lassen. Es ist richtig, daß durch eine solche Kontrolle die größte Gewähr geboten wird, und daß dabei die Käufer schnell abgefertigt werden. Wenn wir aber den Weg wählen, daß sämtliche zuverlässigen Schlachter in der Stadt Braunschweig, die überhaupt in der Lage sind, ihre Läden offen zu halten, bei der Verteilung des Fleisches berücksichtigt werden, dann ist es nicht möglich, daß wir tagaus tagein jemand in den Läden als ehrenamtlichen Kontrolleur stehen haben. Es müßte irgend eine andere Art der Bewachung geschaffen werden, vielleicht ein Bewachungsausschuß, der in die Verkaufsbücher Einsicht nimmt usw. Dagegen wird es sich empfehlen, wenn sich die Ansammlungen nicht verlieren werden, den Ordnungsdienst durch möglicherweise besoldete Personen vornehmen zu lassen. In Köln hat man ihn durch Frauen ausführen lassen, und wenn sich Frauen hierfür als einwandfrei erweisen, so würde das ein guter Verdienst für sie sein. Wenn nun alle Fleischereien bei der Fleischabgabe berücksichtigt werden sollen, und wenn man die provisorische Fleischkarte einführt, so wird es sich wohl nicht umgehen lassen, daß die Abgabe aus den Stadtschlachtungen mit der allgemeinen Fleischabgabe verschmolzen werden muß. Man wird sagen müssen, daß die Abgabe des Fleisches aus den Zuweisungen durch den Viehhandelsverband, desjenigen aus den Stadtschlachtungen, ebenso wie die des Abchlages aus den Heereschlachtungen und die des konservierten Fleisches alle gleichmäßig durch die hiesigen ausgewählten Geschäfte und über die Fleischkarte gehen müssen.

**Stadtv. Dr. Rahlert:** Ich wollte nur noch einige kurze Mitteilungen über die fahrbaren Volksküchen, die ich vorhin zu machen übersehen habe, an meine früheren Ausführungen anknüpfen.

Ich war zunächst ein Gegner der fahrbaren Volksküchen, sodann ein Freund derselben. Nach den letzten Erfahrungen aber habe ich mich überzeugt, daß mit den fahrbaren Küchen, so zweckmäßig sie auch sein mögen, doch große Übelstände verbunden sind. Ich hatte geglaubt, diese Küchen auf einen Wagen stellen und



dort das Essen kochen zu können. Nachdem ich aber gesehen habe, wie enorm die Nachfrage nach dem Essen aus städtischen Küchen ist, möchte ich doch empfehlen: Lassen Sie uns lieber erst noch feststehende Küchen einrichten und zusehen, wie weit wir damit kommen. Wir werden damit unserer Bevölkerung viel Gutes erweisen können.

Den Zuwachs der Benutzung habe ich in den vier Tagen, seitdem wir in der Markthalle gekocht haben, beobachten können. Am ersten Tage haben wir 635 Portionen ausgegeben, am zweiten Tage sind es 720 geworden, gestern waren es schon 930, und nach den von mir eingezogenen Erkundigungen sind heute 1100 Personen gespeist. Dabei haben wir keine Polizei gebraucht, es ist auch so gegangen. Allerdings hat sich gestern eine kleine Drängerei aufgemacht, die aber lediglich durch das Verhalten des Publikums hervorgerufen ist. Eine Frau hat vorzeitig gerufen: „Das Essen ist alle!“ — da ging das Drängen los. Die vorn an der Tür standen, rannten heraus, um zu sehen, ob die Kessel leer waren, und die anderen drängten nach. Allmählich kam aber doch wieder Ruhe in die Käufer. Anfangs haben wir Soldaten zur Hilfeleistung bei der Ordnung der Leute gehabt, heute aber haben wir die Leute in Gruppen von je hundert antreten lassen und sie in der Markthalle aufgestellt. Dann wurde gelöst, soweit ich orientiert bin, jedenfalls wurde immer nur einer von den Trupps von je hundert Personen herangelassen, die mußten je zu vierten durch die Tür, und alle wurden abgefertigt. Daß wir immerhin einige wegschicken mußten, die kein Essen bekamen, ist nicht anders zu erwarten. Sie können versichert sein, daß getan wird, was irgend zu tun möglich ist, um die Sache zu bessern. Sie sehen aus der ganzen Einrichtung, daß mit verhältnismäßig primitiven Einrichtungen sich viel schaffen läßt.

Auf die Ausführungen des Herrn Ohlendorf bezüglich der Butterverteilung möchte ich bei Punkt 6 zurückkommen. Für jetzt möchte ich nochmals empfehlen, den Punkten 4 und 5 gemäß dem Kommissionsbeschlusse zustimmen zu wollen.

Die Versammlung stimmt mit den Punkten 4 und 5 (Punkt 4 mit dem Zusatz der Kommission) zu, und zwar dem Augenschein nach einstimmig.

### **f) Anordnung des Verkaufs knapper Lebensmittel nur über den Ladentisch.**

Stadtv. Dr. **Rahlert**: In Punkt 6 beantragt Herr Genzen, „anzuordnen, daß der Verkauf von Fleisch und Fleischwaren, der Eier und Butter und knapper Lebensmittel nur über den Ladentisch bzw. in der Markthalle oder auf dem Altstadtmarkte und Eiermarkte aus dem Stande heraus erfolgen darf“.

Was die Butterversorgung der Privatpersonen anbetrifft, so gibt diese, wie Herr Ohlendorf bei dem vorigen Punkte schon ausgeführt hat, Anlaß zu Klagen über Mißstände. In der Kommission ist sehr viel darüber gesprochen worden, und

alle Möglichkeiten sind hin und her überlegt. Es ist ja auch schwer, zu veranlassen, daß eine gerechte Verteilung der Butter, die von außen in die Stadt hereinkommt, vorgenommen wird. Sehr viel Butter kommt durch die Post an langjährige Bezieger, also an alte Kunden, in die Stadt; es wird auch viel von Befreundeten aus den großen Butterproduktionsgebieten an die Städter geschickt, und die freuen sich, daß sie diese Butter erhalten. Viel Butter wird auch durch Butterfrauen und Botenfrauen in Kiepen oder auf Wagen in die Stadt geschafft, und im ganzen können wir froh sein, daß wir diese Butter noch hereinkommen. Bekämen unsere Einwohner diese nicht, dann würde unsere Butterversorgung ganz jammervoll aussehen.

Nun ist verlangt, die Leute sollten nach dem Altstadtmarke, nach dem Eiermarke oder nach der Markthalle dirigiert werden, dort sollten sie ihre Butter abliefern, und dann müßte sie zum städtischen Verkaufe kommen. Aber wir können diese Leute nicht zwingen, daß sie überhaupt hierherkommen und Butter abliefern. Ich glaube nicht, daß sie das tun würden, sondern daß sie sagen werden: „Wir kommen nicht in die Stadt, um nach der Markthalle zu fahren und zwei, drei Stunden zu warten, bis die Hunderte von Leuten und Wagen ihre Waren abgegeben haben und abgefertigt sind. Dazu haben wir keine Veranlassung. Dann würden wir lieber unseren Buttervertrieb ändern und unsere Butter durch die Post an unsere langjährigen Kunden schicken, oder unsere Kunden kommen auch per Rad zu uns heraus und holen sich die Butter selbst ab.“ Es hat viel für sich, diese Einwände nicht von der Hand zu weisen.

In der Kommission wurde seitens des Stadtmagistrats gesagt, die Reichsregierung würde sich wohl in der nächsten Zeit entschließen, den Butterversand durch die Post vollkommen zu unterbinden. Meine Herren, Sie glauben gar nicht, wieviel Privathauhaltungen dann ohne Butter sein werden. Diese dann ganz butterlosen Herrschaften werden dann hinzukommen und sagen: „Nun müssen wir uns auch in die Butterlisten eintragen“, und dann wird der städtische Verkauf noch mehr belastet. Gehen wir gegen die Marktleute vor, so bezweifle ich, daß wir damit Glück haben. Sie werden einfach wegbleiben, und wir stehen schlimmer da als zuvor. Nach Braunschweig zu kommen, können wir keinen zwingen; sie werden auf dem Lande bleiben oder nach anderen Städten fahren. Solange nicht auch andere Städte in gleicher Weise, wie es von Braunschweig verlangt wird, vorgehen, werden wir also, wie ich glaube, nicht mehr Butter als jetzt erwarten dürfen.

Es ist nun Tatsache, daß hier und da Familien reichlich mit Butter versorgt werden, und in der Kommission haben wir das auch anerkannt. Aber ich habe auch gesagt: Das ist für die Allgemeinheit nicht ausschlaggebend. Es sind nur einige, und diesen wenigen Familien würden wir den Zustand verschlechtern, während dadurch die Allgemeinheit nur sehr wenig Butter mehr bekommt. Diesen

einzelnen Leuten würden wir die Butter entziehen, und darnach würden sie der Stadt zur Versorgung anheimfallen und die jetzigen Rationen noch schmälern.

Bezüglich der Fleischwaren ist dieser Punkt 6 schon durch Einführung der Fleischkarte erledigt.

Der Verkauf von Eiern regelt sich immer mehr und mehr. Wenn davon mehr an die Stadt herankommen, so wird das schon von selber dafür sorgen, daß die aus der Umgebung kommenden Eier auch im Preise heruntergehen. Ich bin fest überzeugt, daß sich eine regelmäßige Verteilung dieser Lebensmittel ganz von selbst machen wird.

In der Kommission ist sodann Herr Genzen gebeten, sich darüber zu äußern, was er unter knappen Lebensmitteln versteht. Es handelt sich dabei um Grieff, Graupen und Nudeln, und Herr Genzen hat sich damit einverstanden erklärt, daß diese knappen Lebensmittel aus dem Antrage gestrichen werden könnten. Trotzdem konnte sich die Kommission nicht dahin schlüssig machen, den Punkt 6 des Antrages Genzen zur Annahme zu empfehlen, und zwar in Rücksicht darauf, daß wir bei Annahme eines derartigen Antrages die Mengen Butter, die durch die Post oder Boten in die Stadt kommen, den städtischen Einwohnern vorenthalten und so unsere Bevölkerung in eine noch schwierigere Lage bringen würden. Da wir bei einem solchen Verfahren die Butterversorgung der Stadt erst recht in Frage stellen würden, hat sich die Kommission entschieden, diesen Antrag in vollem Umfange abzulehnen, was ich auch Ihnen hiermit namens der Kommission vorzuschlagen habe.

**Stadtv. Genzen:** Ein altes Sprichwort sagt: „Ende gut, alles gut“, aber die Kommission ist nicht darnach verfahren, sie hat gerade das Ende meines Antrages in einem uns nicht angenehmen Sinne erledigt; ich glaube, das wird Erbitterung in der Braunschweiger Bevölkerung erregen. Es ist eine zugegebene Tatsache, daß eine Menge Butter nach Braunschweig kommt, die durch die Post oder durch Botenfrauen an die alte Kundschaft aus der wohlhabenden Bevölkerung verteilt wird, und das erregt Erbitterung. Ich hatte gestern Gelegenheit, eine Klage über die Butternot anzuhören. Eine Frau wollte Fett einholen gehen, weil sie ihrem Mann trockenes Brot und Käse mit zur Arbeit geben mußte. Wochenlang hatte sie keine Butter gehabt, die Frau versäumte extra ihre Arbeit in der Konservefabrik, um etwas Fettigkeit herbeizuschaffen. Sie ist hin und her gelaufen, nirgend konnte sie Butter bekommen. Nun sieht sie eine Frau auf einer Straße, wo wohlhabende Leute wohnen, die von Haus zu Haus geht und Butter austrägt. Die Arbeiterfrau bittet sie, ihr Butter abzulassen, und mehrere Frauen schließen sich ihr an; es wird gewissermaßen Sturm auf die Butterfrau gelaufen, bis ein Polizeibeamter erscheint und erklärt: „Sie müssen die Frau gehen lassen, sonst

werden Sie bestraft.“ Dagegen wird gerufen: „Sie hat Butter, und wir haben keine. Wir müssen extra unsere Arbeit und unseren Verdienst verjäumen und bekommen doch keine Butter.“

Solch erregte Szenen spielen sich ab und sind häufig zu verzeichnen. Das sollte man im Interesse der Ruhe und Ordnung vermeiden. Es ist tatsächlich so. Die Arbeiterfrauen müssen stundenlang laufen, müssen ihren Verdienst verjäumen, um etwas für ihren Mann und ihre Familie heranzuschaffen, sie müssen dann sehen, daß Botenfrauen den wohlhabenden Klassen reichlich Butter und Eier ins Haus schaffen. Das Unzuträgliche dieses Zustandes ist auch in der Kommission anerkannt; es ist erklärt: „Es ist bedauerlich, aber wir können es nicht ändern.“ Ich behaupte, wir können es wohl ändern!

Man kann eine Verfügung erlassen, daß Botenfrauen usw. Butter nur in der Markthalle verkaufen dürfen. Der Herr Referent erklärte, dann würden die Leute vom Lande keine Butter mehr zur Stadt bringen. Meinen Sie denn, daß sie die Butter selber essen würden? Sie müssen doch die Butter absetzen, um Geld dafür zu bekommen.

Sodann sagt der Herr Referent, sie würden die Butter anderwärts hinbringen. Ich glaube nicht, daß die Frauen von Beltenhof nach Peine gehen würden, um Butter zu verkaufen, nur damit sie nicht in der Markthalle zu stehen brauchen; nein, sie werden die Butter tatsächlich in der Markthalle zum Verkauf bringen. Und wenn es anders ist, dann wäre auch nichts damit verloren; dann würde nur dabei herauskommen, daß die wohlhabenden Klassen genau so darben müssen wie die arbeitenden Klassen. Das wird der ganze Schaden sein können.

Glauben Sie doch nicht, daß diese Herrschaften nicht trotz dem ihr Teil städtische Butter holen! Vielleicht mag es hier und da nicht geschehen, die Frau braucht ja nicht selber hinzugehen und die städtische Butter zu holen; dahin schickt sie ihr Mädchen. Gerade das erregt die Erbitterung in der minderbemittelten Bevölkerung, daß nur sie darben muß, ohne Butter und Fett ist und nichts für sie getan wird, daß die bestbemittelten Klassen nur gute Worte für die Arbeiterschaft übrig haben, nicht selber darben und nichts schwinden lassen will. Die haben gut durchhalten, denen es zentnerweise ins Haus gebracht wird (Unruhe, Rufe: Oho!). Ich übertreibe nicht! Ich weiß, daß manche in Hülle und Fülle bekommen, daß sie noch keine Not gelitten haben. Anders ist es, wenn jemand mit hungrigem Magen durchhalten muß und mit trockenem Brote zur Arbeit gehen muß.

Ich muß Sie ersuchen, im Interesse der Bevölkerung meinen Antrag anzunehmen, daß Butter und Eier nicht ins Haus geliefert werden dürfen, sondern in der Markthalle, auf dem Altstadtmarkte, auf dem Eiermarkte resp. über den Ladentisch verkauft werden müssen. Mein Antrag ist wohl annehmbar. Man würde

dadurch erreichen, daß die Erbitterung, die in den Kreisen der Minderbemittelten herrscht, einigermaßen gelindert würde.

**Stadtv. Niese:** Wer Butter- und Eierabnehmer sehen will, braucht des Morgens nur zu den ersten Zügen nach dem Bahnhofe zu gehen. Fahren Sie mit der Elektrischen des Morgens nach dem Hauptbahnhofe, da können Sie sehen, wie die Boten von Abnehmern aus der Stadt umringt sind, und wie die Kiepen und Körbe mit Butter ausgeleert werden. Oder gehen Sie nach dem Glesmaroder Bahnhofe, wenn die ersten Züge kommen, da sehen Sie davon noch mehr, und wenn Sie nach den anderen Bahnhöfen gehen, so ist es daselbe. Man hat auch manchmal Gelegenheit, in die Küchen und in die Speisekammern zu sehen, und dann wird gesagt: „Mein Mann hat drei, fünf Pfund Butter geschickt.“

**Stadtv. Wesemeier:** Ich glaube doch, der Herr Referent hat einen schlechten Einblick in die wirklichen Verhältnisse auf dem Markte, sonst würde er nicht zu den Ausführungen gekommen sein, die er gemacht hat. Er meint, die Bauern, die extra, um Butter in die Stadt zu bringen, hierher kommen, würden sich hüten, stundenlang in der Markthalle oder auf dem Markte zu warten, bis die Hunderte abgefertigt seien, sie würden einfach nach anderen Städten fahren und dort ihre Butter vertreiben oder ihren Kunden mit der Post die Butter zuschicken. So liegen die Verhältnisse denn doch nicht. Die Bauern, die mit Wagen oder Kiepen hierher kommen, sind nicht die Vertreter von Molkereien. Bei denen wäre so etwas eher anzunehmen, wie es Herr Dr. Kahlert sagte, aber nicht bei den Bauern. Ich kann einen bestimmten Fall anführen: Der Fleischer, von dem wir früher regelmäßig bezogen, ist in einem preussischen Orte zu Hause und wohnt viel näher nach Peine zu als nach Braunschweig und ungefähr ebenso weit von Hildesheim als von hier. Durch ein Ausfuhrverbot in seinem Bezirke wurde er verhindert, weiter Fleisch nach Braunschweig fahren zu können. Er bat mich, alles in Bewegung zu setzen, um das Verbot — es ist ja auch eigentlich verkehrt, für jeden kleinen Bezirk ein Ausfuhrverbot zu erlassen — wieder rückgängig zu machen, damit er wieder nach Braunschweig kommen kann. Es stände ihm frei, nach Peine oder nach Hildesheim zu liefern, aber die alte Gewohnheit lassen solche Leute nicht fallen. Sie gehen immer wieder an ihren gewohnten Platz, wo sie früher Absatz gefunden haben, ganz anders, als es eine große kaufmännische Genossenschaft, eine Molkerei zum Beispiel, macht. Ähnlich so wie mit diesem Fleischer, der heute sein Fleisch überall bequem los wird, ist es auch mit den Butterhändlern. Abgesehen davon ist es nicht richtig, daß die Leute hier stundenlang zu stehen hätten, ehe sie ihre Ware los würden. Es müßte dazu selbstverständlich eine Regelung von seiten der Stadt getroffen werden. Eine solche Sammelstelle ist sehr leicht geschaffen, von der aus die Butter dann an die einzelnen Geschäfte verteilt werden könnte.

Gerade der Straßenhandel veranlaßt uns, diesen Antrag 6 zu stellen. Es ist Tatsache, daß besonders die wohlhabende Bevölkerung durch das jetzige System des Vertriebes bevorzugt wird. Es ist schon in der Kommission angeführt, daß am letzten Sonnabend am Wendemwehr ein Wagen mit Butter umhergefahren ist und von ihm ganze Pakete mit Butter abgetragen worden sind. Auch meine Frau ist Zeuge davon gewesen, und wochenlang hatten wir keine Butter gehabt. Es sind noch andere Frauen dazu gekommen, und man hat von der Butterfrau verlangt, daß sie Butter abgeben solle. Sie hat sich geweigert, ist schließlich weggefahren und hat den Dienstmädchen aus jenen Häusern zugerufen: „Um 12 Uhr komme ich wieder.“ Aber auf der Schleinißstraße und bis nach dem Altwiekinge hin ist sie von den Frauen verfolgt. Es ist tatsächlich eine Bevorzugung der Wohlhabenden, die hier eintritt, und die sollte man beseitigen. Unser Kollege Genzen teilte in der Kommission mit, daß eine Frau aus dem Nationalen Frauendienst geäußert hat: „Einen Buttermangel gibt es nicht, ich bekomme jede Woche 4 Pfund.“ Woher bekommt sie die? Doch nur durch den Straßenbutterhandel oder durch Botenfrauen.

Ich möchte auch noch einen Fall anführen, aus dem hervorgeht, wie in einzelnen Geschäften die Praxis besteht, den Preis der Ware willkürlich in die Höhe zu schrauben und je nach Gefallen von der Ware abzugeben, selbst bei Fleischwaren. Die Frau eines Angestellten, also nicht eine Frau aus dem Arbeiterstande, kommt am 3. Mai zu der Firma Lehmann an der Helmstedterstraße und kauft dort eine Büchse Roastbeef zu 1,80 M. Sie sagt sich: „Das ist ein Preis, den du ausgeben kannst, die Ware ist den Preis wert“, und als sie am andern Morgen wieder davon kauft, muß sie 2 M. geben. Sie bekommt Besuch vom Lande, und als sie den nach der Bahn bringt, sieht ihr Besuch bei Bollmann auf dem Steinwege dieselbe Ware, geht in das Geschäft und fordert eine Büchse von dem Fleische, um es mit nach Hause zu nehmen. Herr Bollmann sagt: „Es ist nichts mehr davon da“, aber auf die Bemerkung hin, daß die Käuferin vom Lande sei, sagt er: „Dann will ich eine Ausnahme machen“, gibt die Büchse hin und fordert 2,40 M. Und als er darauf aufmerksam gemacht wird, wie verschieden der Preis gefordert wird, am Tage vorher 1,80 M., am Morgen des folgenden Tages 2 M. und eine Stunde später 2,40 M., da antwortet er: „Ihnen ist der Mond wohl noch zu neu?“ Also mit anderen Worten: „Sie haben wohl noch nicht genug gehungert?“ Ein solches Verfahren ist denn doch ungerechtfertigt.

Sodann wird mir mitgeteilt, daß von den Molkereien an ihre Milchlieferanten — nicht in der Stadt, sondern auf dem Lande — ein erheblicher Teil Butter für den persönlichen Gebrauch geliefert wird. Da wäre doch wohl das Staatsministerium in der Lage, einzuwirken. Aus der Molkereizeitung, die mir zugeschiedt wurde, ersehe ich, daß das Staatsministerium in Oldenburg dieselbe

Erfahrung gemacht hat, und daß es deshalb am 17. April eine Verfügung erlassen hat, nach der die Molkereien ihren Milchlieferanten nicht mehr als auf den Kopf des Haushalts pro Woche  $\frac{1}{4}$  Pfund Butter liefern dürfen bei Vermeidung der üblichen Strafen. Dort ist auch angedroht, wenn die Molkereien den Postverband der Butter weiter fortführen würden, daß dann einfach ein Verbot erlassen werden würde. Vielleicht ist es angängig, daß hierüber auch einmal Nachforschungen im Herzogtum angestellt werden. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Butter plötzlich aus Braunschweig verschwunden war, obgleich vorher genügend vorhanden war, ehe die Höchstpreise festgesetzt waren. Die Molkereien gingen damals einfach mit ihrer Ware nach anderen Städten.

Nur durch Annahme des Punktes 6 des Antrages Genzen wird verhindert werden können, daß in einzelnen Haushaltungen im Überfluß vorhanden ist, sonst aber Mangel herrscht. Ich kann nicht verstehen, wie man aus dem Grunde den Antrag ablehnen will, daß man befürchtet, für die Butter würde ein anderes Absatzgebiet gesucht. Bei den Molkereien mag das vielleicht zutreffen, aber bei den Kleinhändlern nicht. Es ist doch außerordentlich bequem für sie, wenn sie angehalten werden, ihre Butter einer städtischen Sammelstelle zuzuführen; dabei würden sie bei wenigerem Zeitverlust ihre Butter loswerden als bei dem Vertrieb in einzelnen Haushaltungen. Wenn die Verfügung erlassen ist, werden sich die Händler damit abfinden, und auch die kleinen Bauern werden die Gründe der Verfügung einsehen und sich sagen: Wenn die unliebsamen Zustände vorüber sind, dann werdet ihr auch eure alte Kundenschaft wieder erhalten. Butter ist immer ein gesuchter Artikel, es braucht kein Bauer Angst zu haben, daß er seine Kundenschaft verliert. Ich bitte dringend, dem Antrage Genzen zuzustimmen.

Stadtv. **Steincke:** Ich möchte vor allen Dingen Herrn Genzen erwidern, daß ich die Überzeugung habe, daß seine Mitteilungen über andere Stände nicht in vollem Umfange zutreffend sind. Auch weite Kreise des Mittelstandes leiden unter der Butternot und haben nachweislich wochenlang keine Butter gehabt. Ich kann Namen dafür nennen, und gestern in der Distrikts-Versammlung des Stein- und Fallerlebertores sind auch Namen genannt. Es gibt umgekehrt auch viele kleine Leute, bei denen sich ein gewisses konservatives Verhältnis mit der Butterfrau seit Jahren hergestellt hat, und von welchen auch diese kleinen Leute ihre Butter nach wie vor bekommen. Das wird auch Herrn Genzen bekannt sein. Wenn einer der Herren Kollegen sagte, es kämen nur die Butterfrauen in Frage, die nicht von Molkereien ihre Butter bekämen, so kann ich einen Fall mit Namen nennen, wo eine Butterfrau nach hier kommt, die ihre Butter wohl von einer Molkerei bekommt und sie hier verkauft, und solche Fälle gibt es mehrere.

Ich stehe allerdings auf dem Standpunkte der ausgleichenden Gerechtigkeit, aber ich kann mich nicht davon überzeugen, daß, wenn wir dem Antrage Genzen

Folge gäben, die Verhältnisse dadurch wirklich gebessert würden. Wir bekommen nachweislich Butter nicht nur aus dem Herzogtume, sondern auch aus dem Kreise Gifhorn und aus dem Kreise Peine. Ich weiß Fälle, wo mehrere Familien aus Rethen an der Aller Butter beziehen, und es gibt Molkereibesitzer, die hier Butter herschicken. Wenn wir Erschwerungen machen, dann werden sie zu höheren Preisen anderwärts ihre Butter los, und wir verringern dadurch nur unsere Zufuhr. Herr Genzen sagt: Wenn die Wohlhabenden dann keine Butter haben, dann werden sie merken, wie es dem Volke zumute ist, das darben muß. Ja, wenn die Wohlhabenden keine Butter mehr von auswärts zugetragen bekommen, dann melden sie sich doch auch für unsere Butterkarten an (Zuruf: Das tun sie auch jetzt!) und dann haben die kleineren Leute nur noch mehr Schwierigkeiten. Ich könnte die Gründe, die mich leiten, noch weiter ausführen, möchte jetzt aber nur sagen: Ich bedaure, für den Antrag nicht stimmen zu können.

Stadtv. **Genzen:** Ich habe extra erklärt, daß ich annehme, daß nicht alle die Wohlhabenden und die aus dem Mittelstande in der angenehmen Lage sind, und gebe zu, daß es auch Arbeiterfamilien gibt, denen die Butter ins Haus gebracht wird. Das darf uns aber nicht abhalten, zu sagen: Auch das verurteilen wir. Wenn Herr Dr. Kahlert erklärt, bei Annahme meines Antrages würden der Mittelstand und die besseren Familien, denen bisher Butter zugetragen wurde, auch Not leiden, so werden Sie mir doch recht geben, wenn ich sage: Der besitzenden Klasse sieht man es nicht an, daß sie Not gelitten hat, der Augenschein überzeugt uns davon; der Arbeiterbevölkerung aber können Sie es ansehen, ihr ist das Vaterunser durch die Backen zu lesen.

Für den Kommissionsantrag auf **A b l e h n u n g** d e s **P u n k t e s** 6 stimmen 14 Stadtverordnete; das ist die **M e h r h e i t**.

### 5. Antrag Wesemeier betreffend Hintwirkung auf reichsgesetzliche Verpflichtung landwirtschaftlicher Betriebe zur Viehwirtschaft.

Stadtv. Dr. **Kahlert:** Ich werde mich bei dem Referat über diesen Antrag kurz fassen können. — Der Antrag lautet: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, beim Herzoglichen Staatsministerium dahin vorstellig zu werden, daß dieses beim Bundesrat und der Reichsregierung beantragt, die größeren viehlos wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe zur Einführung der Viehwirtschaft je nach der Größe des Betriebes gesetzlich anzuhalten.“ Es ist seitens des Herrn Wesemeier in der vorigen Sitzung schon eine ausführliche Begründung dieses Antrages gegeben, in der dargelegt ist, wie notwendig es wäre, die erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen zur Erreichung dieses Zweckes zu er-



halten. Die Statutenkommission hat sich diesen Ausführungen vollkommen angeschlossen, hat aber doch dem Antrage, so, wie er eingebracht ist, nicht voll beipflichten können, weil damit wenig erreicht werden würde. Die Kommission hat sich deshalb im Einverständnis mit Herrn Wesemeier dahin geeinigt, zu dem Antrage einen Zusatz zu empfehlen, indem eingefügt worden ist, „und zwar von Milch- und Fleischvieh“, damit sich die größeren Landwirthschaften auch mit Haltung von solchem Vieh, und nicht mit Pferde- und Fohlenzucht beschäftigen. Sodann wird seitens der Kommission noch eine Änderung des Wortlauts des Antrages vorgeschlagen, indem es nicht heißen soll, daß das Herzogliche Staatsministerium „beim Bundesrat und der Reichsregierung beantragt“, sondern, daß das Staatsministerium „auf reichs- oder landesgesetzlichem Wege“ die Viehhaltung erreichen möge. Ich habe deshalb den Auftrag, im Namen der Statutenkommission den Antrag in folgender Form zur Annahme zu empfehlen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, beim Herzoglichen Staatsministerium dahin vorstellig zu werden, daß dieses auf reichs- oder landesgesetzlichem Wege die größeren viehlos wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe zur Einführung der Viehwirtschaft, und zwar von Milch- und Fleischvieh, je nach der Größe des Betriebes anhält.“

**Stadtv. Wesemeier:** Die Statutenkommission — wir waren übrigens nur zu drei Mann dort vertreten, die anderen Herren waren verhindert — befindet sich mit mir nur in einem Punkte in einer kleinen Differenz, die allerdings von ziemlicher Bedeutung sein kann. Es handelt sich um das Wort *o d e r* und das Wort *u n d*. Herr Dr. Kahlert hat vorgelesen „auf reichsgesetzlichem *o d e r* auf landesgesetzlichem Wege“. Ich wünsche, daß auf „reichsgesetzlichem *u n d* landesgesetzlichem Wege“ die Einführung der Viehwirtschaft erfolgt. Ich habe zwar den Wortlaut der Kommission im ganzen aufgenommen, aber dieses *u n d* beibehalten, genau so wie es in meinem ursprünglichen Antrage gestanden hat. Mein Antrag würde darnach lauten: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, beim Herzoglichen Staatsministerium dahin vorstellig zu werden, daß die größeren viehlos wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe je nach der Größe des Betriebes auf landesgesetzlichem Wege zur Einführung der Viehwirtschaft, zur Haltung von Schlacht- und Milchvieh, angehalten werden, und daß diese Frage auch reichsgesetzlich geregelt wird.“

Ich wußte in der vorigen Sitzung nicht, daß dies auch auf landesgesetzlichem Wege ging; der Herr Oberbürgermeister hat dankenswerterweise erst auf diesen Weg verwiesen. Nun sage ich mir, auf landesgesetzlichem Wege ließe sich das Ziel meiner Meinung nach schneller erreichen, und wenn wir es auf landesgesetzlichem Wege erreicht haben, dann ist das schon eine Förderung der Einführung der reichs-

gesetzlichen Regelung dieser Frage, die ja, wie ich weiß, nicht so schnell gehen wird. Wenn dann das Reichsgesetz später eingeführt sein wird, dann fällt unsere landesgesetzliche Regelung schon von selbst weg. Bei Erreichung des Zieles in Braunschweig haben wir schneller Nutzbringendes für die Bevölkerung geschaffen.

Es handelt sich also um die Wörter *o d e r* und *u n d*. Ich habe im Interesse der Bevölkerung ein dreifaches Bedenken gegen das Wort *oder*. Der reichsgesetzliche Weg geht über das preußische Landwirtschaftsministerium und ähnliche Stellen, und ich habe nun einmal aus Erfahrung ein Mißtrauen gegen diese Behörde. Wenn wir dann schließlich im Reichswege dazu kommen, dann hat die braunschweigische Bevölkerung den Vorteil aus der landesgesetzlichen Maßregel schon früher gehabt. Wir dürfen uns nicht verhehlen: wenn wir fordern, „landesgesetzlich *o d e r* reichsgesetzlich“, daß das Ministerium sehr wohl zu dem Ergebnis kommen kann: wir machen es selbst landesgesetzlich, und wir lassen das Reich aus dem Spiele, oder wir machen es umgekehrt — dann wird schließlich gar nichts daraus, und das wollte ich verhindern.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Ich würde es doch für richtiger halten, daß wir bei einer so schwierigen Frage uns nicht in Kleinigkeiten verlieren, uns insbesondere nicht darüber streiten: Soll die Sache landesgesetzlich oder soll sie reichsgesetzlich geregelt werden, und sollen wir unser Ministerium ersuchen, beide Wege zu beschreiten, zunächst landesgesetzlich vorzugehen und, wenn das Ziel erreicht ist, zum Reiche sagen: Das haben wir in Braunschweig gekount, nun mache du dasselbe! Die Frage ist denn doch nicht so einfach zu lösen, wie Herr Wesemeier meint, so daß das Ziel von heute auf morgen nicht zu erreichen ist. Sollte es nicht empfehlenswert sein, daß wir uns darauf beschränken, nur zu sagen „auf gesetzlichem Wege“? Überlassen wir es doch unserem Ministerium, welchen Weg es wählen will.

Der **A n t r a g** **W e s e m e i e r** kommt als der weitergehende zuerst zur Abstimmung und wird **a b g e l e h n t**.

Stadtv. Dr. **Rahlert** (zur Abstimmung): Ich mache den Vorschlag, eine Streichung vorzunehmen und nur zu sagen „auf gesetzlichem Wege“.

**Vorsitzender:** Es kommt das wohl auf dasselbe hinaus, wie der Kommissionsantrag.

Der **K o m m i s s i o n s a n t r a g** wird **a n g e n o m m e n**.

## 6. Antrag Frede, auf Zuwahl zweier Mitglieder für den Ernährungsausschuß.

Wortlaut des Antrages siehe S. 60.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde von der Statutenkommission vorgeschlagen, daß sich der Ernährungsausschuß zusammensetzen möge aus den Herren Adermann, Blumeyer, Duwe, Nienstädt, Eckhardt und Dr. Kahlert. Herr Adermann war für den Fischeinkauf in Aussicht genommen, Herr Blumeyer als Vertreter des Konsumvereins, Herr Nienstädt für die Kolonialwarenkleinhändler, die Herren Eckhardt und Dr. Kahlert für die Großhändler. Nun ist bekanntlich die Sache nicht nach dem Antrage der Kommission erledigt, und der Ernährungsausschuß wurde erweitert. Statt des Herrn Duwe ist Herr Diekmann in den Ausschuß gewählt, und erweitert ist der Ausschuß dadurch, daß auf Vorschlag des Herrn Kiefe die Herren Engmann und Schächtl in den Ausschuß hineinkamen. Das ist bekannt geworden, und die Kolonialwarenhändlervereinigung hat daraus ersehen, daß der Konsumverein durch drei Herren vertreten ist und sie nur durch einen. Bei der Wichtigkeit, die diesem Ernährungsausschusse bei Einkäufen und bei der Verteilung auf die Geschäfte zukommt, ist es zu begreifen, daß die Kolonialwarenhändler nicht schlechter gestellt sein wollen als der Konsumverein. Sie haben deshalb den Wunsch, gleichfalls drei Vertreter in diesem Ausschusse zu haben. Ich meine: bei den Gegensätzen, die zwischen diesen beiden Gruppen bestehen, muß vermieden werden, daß eine Bevorzugung der einen Seite auch nur scheinbar bei uns vorhanden ist, und ich halte deshalb das Bestreben der Kolonialwarenhändler für berechtigt. Die Herren haben zur Wahl die beiden Herren vorgeschlagen, die der Herr Vorsitzende vorhin schon genannt hat.

**Vorsitzender:** Soll der Antrag als *d r i n g l i c h* behandelt werden?

Stadtv. **Frede:** Die Frage ist so einfach, daß ich nicht glaube, daß jemand der Herren etwas dagegen hat. Lassen Sie uns die Sache doch gleich erledigen.

Der *s o f o r t i g e n* B e h a n d l u n g des Antrages wird z u g e s t i m m t.

Stadtv. **Kiefe:** Zunächst möchte ich richtigstellen, daß Herr Schächtl, der auf meinen Vorschlag hin als Mitglied des Ernährungsausschusses gewählt ist, nicht im Allgemeinen Konsumverein tätig ist. Wenn der Antrag von kleinen Eifersüchteleien ausgeht, so kann ich das nicht begreifen. Der Allgemeine Konsumverein hat heute 14 800 Mitglieder, der Beamtenkonsumverein 700, und dazu

treten noch die anderen Konsumvereine, wie der der Eisenbahner usw. Demgegenüber erscheint die Zahl der durch die Kolonialwarenhändler zu Versorgenden doch kleiner. Ich habe aber nichts dagegen, daß jede Kategorie der Bevölkerung berücksichtigt wird. Wenn nun Herr Schächtl auch früher im Allgemeinen Konsumverein tätig war, so haben wir ihn nicht deshalb in Vorschlag gebracht, sondern aus dem Grunde, weil er Warenkenntnis besitzt. Er hat heute sein eigenes Geschäft und zählt somit zu derjenigen Kategorie, die Herr Frede eben angeführt hat.

Stadtv. **Frede:** Herr Riefe spricht von kleinlichen Eifersüchteleien. Das ist es doch nicht, was die Herren veranlaßt, ihre Bitte vorzubringen. Es sind sehr berechnete Interessen, die hier vertreten werden, und das haben die Herren wohl auch schon durch ihre Zustimmung zur sofortigen Behandlung zu erkennen gegeben. Herr Riefe sagt, daß die genannten Herren mit dem Konsumverein nichts zu tun haben. Herr Engmann ist Lagerhalter des Konsumvereins und darf deshalb als Vertreter des Konsumvereins angesehen werden. Herr Schächtl ist jetzt wohl Hutmacher, aber wir haben ihn nicht als solchen gewählt. Herr Riefe braucht nicht zu denken, daß ich etwas gegen die beiden genannten Herren habe. Ich habe mir persönlich am Montag den Betrieb der Stadtküche angesehen, habe auch von den Bohnen gegessen und gesehen, daß sich Herr Schächtl sehr nützlich gemacht hat. Wenn nun beantragt wird, noch mehr Mitglieder in den Ernährungsausschuß zu wählen, so braucht man nicht zu befürchten, daß er dadurch zu schwerfällig wird. Arbeit ist doch reichlich vorhanden, und vorhin wurde schon gesagt, daß in der einen oder anderen Weise noch Unterstützung geleistet werden möchte. Vom Standpunkte der Gerechtigkeit aber muß diese Zuwahl gefordert werden.

Stadtv. **Ohlendorf:** Tatsächlich muß man das Gefühl haben, daß Herr Frede ein Gegner des Allgemeinen Konsumvereins ist. Schon vorhin ist mir das aufgefallen, ich habe aber nicht darauf erwidert. Herr Frede hat gesagt, daß Leute, die jetzt im Konsumverein sind, zu den Ladeninhabern gehen und zu kaufen suchen, was im Konsumverein rar geworden ist. Genau dasselbe ist umgekehrt bei uns der Fall. Wir haben nie einen solchen Mitgliederzuwachs im Konsumverein gehabt, ohne daß unsererseits etwas dafür getan wird, wie gerade jetzt. Das bringt die jetzige wirtschaftliche Lage mit sich; jeder sieht zu, wo er die nötigen Sachen kaufen kann.

Die Begründung, wie sie Herr Frede vorgebracht hat, braucht es zu dieser Sache nicht. Ungerecht war bisher die Sache, das steht fest. Ich könnte Ihnen den Nachweis bringen aus dem kleinen Konsumverein der Bahnbeamten. Die bei uns Mitglieder sind, fragen uns: „Weshalb kann jener Verein seinen Mitgliedern wöchentlich soundso viel städtische Butter geben? Weshalb bekommen

wir das nicht bei euch?" Zu dieser Frage liegt doch eine Berechtigung vor. Anders wäre die Sachlage, wenn durch die Mehrheit der Versammlung zu unseren Gunsten etwas geschehen wäre, aber wir haben mit unseren Vorschlägen nicht daran gedacht, uns einen Vorteil zu verschaffen. Nur weil ich erfuhr, daß der Ernährungsausschuß die Verteilung der Waren an die große Masse mit regeln soll, und weil ich wußte, daß die Herren Schächtl und mein Kollege Engmann nach dieser Richtung Erfahrung hatten, lediglich deshalb habe ich die Herren vorgeschlagen, nicht um des Interesses des Konsumvereins willen. Ich wußte auch, daß Herr Schächtl schon, solange der Krieg dauert, bei allen diesen Sachen großes Interesse gezeigt hat, auch bei dem städtischen Fleischverkauf, ohne irgendwie persönlich dabei interessiert zu sein, und dasselbe wußte ich von meinem Kollegen, den ich vorgeschlagen habe. Meiner Meinung nach ist es nicht schön, wenn in der heutigen Zeit bei allen Gelegenheiten die Gegensätze hervorgehoben werden.

Persönlich habe ich nichts gegen die vorgeschlagenen Herren und werde dem Antrage Frede auch zustimmen, daß noch mehr Herren in den Ausschuß gewählt werden. Das wird auch dafür zeugen, daß ich nicht auf dem Standpunkte stehe, den Herr Frede einnimmt.

Der Antrag Frede auf Erweiterung des Ernährungsausschusses wird angenommen, und darauf werden durch einfache Abstimmung die beiden vorgeschlagenen Herren (Kaufmann Richard Brandes und Kaufmann Franz Schmidt) dem Ausschusse hinzugewählt.

## 7. Anfrage Wesemeier über die jetzige schlechte Beschaffenheit des Mehls.

**Vorsitzender:** Es ist noch eine Anfrage des Herrn Wesemeier eingegangen:

„Wie kommt es, daß das Mehl jetzt so schlecht ist?“

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Das Brot, welches wir jetzt bekommen, ist jedenfalls nicht so, wie es sonst gewesen ist. Ich weiß sehr wohl, daß, je näher wir der neuen Ernte kommen, das Mehl immer mehr an seiner Güte verliert, die es in der Zeit gleich nach der Ernte gehabt hat, aber beim Essen des jetzigen Brotes — ich bekomme es aus dem Allgemeinen Konsumverein und weiß, daß dort die Zubereitung außerordentlich sauber vor sich geht — hat man immer die Sandkörner zwischen den Zähnen, und das ist doch nicht in der Ordnung. Die Herren werden auch in der Presse gelesen haben, daß die hiesige Bäckereiung sich beklagt hat, weil ihre Mitglieder schlechteres Mehl bekommen als die Bäcker auf dem Lande, und daß ihr Mehl schlecht zu verarbeiten sei. Ich nehme an, wir erhalten das Mehl noch durch unsere eigene Müllerei, und dann müßte festgestellt

werden können, wie es kommt, daß es nicht mehr so gut ist, wie es früher gewesen ist.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Ich glaube, die Beobachtung, von der Herr Wesemeier gesprochen hat, ist wohl allseitig gemacht. Ich habe deshalb auch Veranlassung genommen, beim Herrn Direktor von Feiligsch mich über die Ursache zu erkundigen, und da ist mir geantwortet, der Grund läge darin, daß wir in der letzten Zeit — wie das gekommen ist, weiß ich nicht — viel Mehl von außerhalb bekommen hätten. Ja, meine Herren, in diese Verwaltung auf dem Gebiete der Mehlversorgung vollständig Einblick zu gewinnen und zu erfahren, wie da die Schiebungen vor sich gehen, ist ein Kunststück. Herr Direktor von Feiligsch hat mir aber versichert, er würde alle Hebel in Bewegung setzen, daß wir, soweit es angänglich sei, in unserer Mühle das Mehl tunlichst selber fabrizieren, so daß derartige Zufuhren in Zukunft weniger nötig sein würden. Ob uns das gelingt, kann ich im voraus nicht wissen.

**Stadtrat von Franckenberg:** Ich darf zur Ergänzung hinzufügen: Wir waren genötigt, von der Reichsgetreidestelle Mehl in Anspruch zu nehmen, das zur Auffüllung unserer Bestände erforderlich war, weil unser Selbstwirtschaftsverband nicht imstande war, ausreichend Mehl für uns zu liefern. Solange wir Herren im eigenen Hause waren und immer selber mahlen konnten, ist unsere Braunschweiger Bevölkerung mit dem Mehl zufrieden gewesen. Es haben sich leider bei der Lieferung, die wir aus der Reichsgetreidestelle bekamen, diese Klagen gezeigt, und so sehr es uns befriedigen kann, daß unsere eigene Einrichtung die beste Versorgung ermöglicht, so sehr werden wir darauf bedacht sein müssen, daß wir in Zukunft uns immer unabhängig von dieser Zufuhr durch die Reichsgetreidestelle machen, und das wird im neuen Wirtschaftsjahre wieder möglich sein.

## 8. Mitteilung des Magistrats, den verstärkten Wildabschuß betreffend.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** In der letzten Sitzung haben Sie den Antrag angenommen, der Magistrat möge beim Herzoglichen Staatsministerium wegen stärkeren Abschusses des Wildes in den Herzoglichen Forsten usw. vorstellig werden. Der Antrag war, soweit ich mich erinnere, veranlaßt durch das Bestreben, der Stadt Braunschweig mehr Fleisch zuzuführen. In der Begründung aber sind manche Tatsachen hier angeführt, die meiner Ansicht nach nicht von uns vertreten werden können. Wie weit es richtig ist, daß die Wildschäden im Harze den Umfang angenommen haben, wie hier behauptet wurde, das entzieht sich unserer Beurteilung. Auch die eine Bemerkung — ich glaube, Herr Rektor hat sie gemacht —, daß aus einem Sollinger Jagdbezirke des Herzogs von Cumber-

land große Wildmengen ausgebrochen seien und beträchtlichen Schaden angerichtet hätten, ist insofern unbegründet, als der Herzog von Cumberland im ganzen Soling, wie ich erfahren habe, keinen Jagdbezirk hat. Also, meine Herren, wir können uns nicht auf die Begründung einlassen, aber wir haben doch beschlossen, auch unsererseits trotz der inzwischen erfolgten Beschlagnahme des Wildes zugunsten der Bevölkerung des Herzogtums dem Herzoglichen Staatsministerium Ihren Antrag befürwortend vorzulegen. Es ist auch, wie ich unter der Hand gehört habe, ohnehin schon in Aussicht genommen, einen tüchtigsten starken Abschluß des Wildes vorzunehmen. Gleichwohl wird es aber angezeigt sein, daß der Magistrat von diesem Beschlusse der Stadtverordneten dem Herzoglichen Staatsministerium Kenntnis gibt.

**Stadtv. Steinede** (zur Geschäftsordnung): Der Herr Oberbürgermeister sagt, daß die Begründung den Tatsachen nicht entspräche. (Widerspruch des Herrn Oberbürgermeisters.) So, dann habe ich die Worte falsch aufgefaßt, sonst hätte ich vorgeschlagen, falls Zweifel vorliegen, weitere Nachprüfungen anzustellen. Im Landtage kamen seinerzeit viel Klagen vor über die vielen Wildschäden, und auch durch die Zeitungen ging die Notiz davon. Ich habe meine Mitteilungen aus der vorigen Sitzung von einem Jäger erhalten, der ein eifriger Nimrod ist, und dessen Mitteilungen durchaus sachlich waren und mir überzeugend erschienen. Ich freue mich, daß trotz der anfänglichen Bemerkung des Herrn Oberbürgermeisters, die bei mir den Anschein erweckte, als ob der Antrag ins Wasser fiele, die Sache doch dem Staatsministerium übergeben wird und wir die Hoffnung haben, daß unser Antrag sich erfüllen wird.

**Der Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8¼ Uhr.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 2. Juni 1916.

Tagesordnung:

1. Abschluß eines Vertrages mit dem Reichs-(Militär-)Fiskus wegen Errichtung einer Fliegerstation . . . . .	Seite 126
2. Abrechnung über verschiedene städtische Bauten . . . . .	" 130
3. Anfrage Frede, betreffend die Überweisung städtischer Schweine an hiesige Schlachter . . . . .	" 131
4. Antrag Steinecke auf Versicherung der der Stadt gehörenden Ferkel . . . . .	" 158
5. Antrag Stegmann, betreffend den Verlauf des Abchlags . . . . .	" 163
6. Anfrage Frede über die Ursache des Fischsterbens in der Oster . . . . .	" 169
7. Anfrage Steinecke über die Versorgung der städtischen Bevölkerung während der Einmachzeit mit Zucker . . . . .	" 171
8. Anfrage Ohlendorf über die Maßnahmen zur gleichmäßigeren Regelung der Verteilung verschiedener Lebensmittel (zum Teil unter 7 mit behandelt) . . . . .	" 176
9. Anfrage Kiefe, betreffend die Erfolge des Ernährungsausschusses hinsichtlich der Versorgung durch Fleischwaren . . . . .	" 176
10. Anfrage Steinecke über den hohen Preis der städtischen Eier in Braunschweig . . . . .	" 179

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Hettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Wagner** und Stadtbaurat **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Dr. Boge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Bues**, **Lauer**, **Loeschigt**, **Tebbenjohanns** und **Trinks**.



**Vorsitzender Hartung:** Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Schreiben der Firma Berckling & Sohn hier an die Stadtverordneten: „Hiermit gestatten wir uns, die höfliche Bitte auszusprechen, die für uns selbständigen Geschäftsleute ohne Personal und ohne Vertretung so dringend notwendige völlige Sonntagsruhe baldigst gesetzlich einführen zu wollen. Auch die allgemeine Warenknappheit und das geringe Kaufbedürfnis am Sonntage sprechen dafür. Wohl keine Zeit ist für die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe besser geeignet als die jetzige.“ Es existiert meines Wissens noch die Kommission für die Sonntagsruhe. (Zustimmung.) Dann überweise ich die Eingabe dieser Kommission.

Ferner sind eingegangen zwei Anfragen des Herrn Frede und eine Anfrage des Herrn Steinecke. Die beiden Anfragen des Herrn Frede lauten:

„I. Ich bitte den Magistrat um Auskunft darüber, ob es sich bei dem gegenwärtigen und für die nächste Zeit weiter zu erwartenden Angebot von Schlachtschweinen ermöglichen läßt, zwecks besserer Verwertung des unverkauft gebliebenen oder entbehrlichen Rindfleischs den hiesigen Schlachtern städtische Schweine zu überweisen?“

„II. Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft darüber zu geben, ob die jüngst erfolgte Fischvernichtung in der Oker unterhalb der Stadt tatsächlich auf eine unzulässige Verunreinigung der Oker durch städtische Abwässer zurückzuführen ist, und was zutreffendenfalls geschehen wird, um einer Wiederholung vorzubeugen?“

Die Anfrage des Herrn Steinecke hat folgenden Wortlaut:

„Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um die Bevölkerung zur Einmachezeit mit Zucker zu versorgen?“

Ich werde den beiden Herren Gelegenheit geben, nach Erledigung der übrigen Teile der Tagesordnung ihre Anfragen zu begründen.

Die Behandlung des Punktes 3 der Tagesordnung „Veranlagung verschiedener Firmen zur Umsatzsteuer“ muß heute ausfallen, da der Referent für diesen Punkt verhindert ist, heute zu erscheinen.

## 1. Abschluß eines Vertrages mit dem Reichs-(Militär-)Fiskus wegen Errichtung einer Fliegerstation.

Stadtv. **Frede:** Am 2. März d. J. hat die Stadtverordnetenversammlung in einer vertraulichen Sitzung Stellung genommen zu einem Ersuchen des Reichs-(Militär-)Fiskus, sich darüber zu äußern, ob es den städtischen Behörden genehm wäre, daß eine Fliegerstation hier errichtet wird. Nach den Mitteilungen, die wir damals über die eingeleiteten Verhandlungen bekommen haben, hat die Stadtverordnetenversammlung sich grundsätzlich bereit erklärt, ihr Einverständnis mit

diesem Plane auszusprechen, und hat den Magistrat ermächtigt, in weitere Verhandlungen mit dem Reichs-(Militär-)Fiskus einzutreten, um vertragliche Bestimmungen zu zeitigen. Aus den in der damaligen vertraulichen Sitzung gemachten Veröffentlichungen ging hervor, daß die Stadt ohne Bedenken diesem Plane zustimmen könne. Es ist unter anderem Mitteilung davon gemacht, daß die Luftschiffahrtgesellschaft die Absicht hat, unter den gegebenen Verhältnissen auf die Erbauung einer eigenen Luftschiffhalle zu verzichten. Diese Mitteilung war deshalb von Bedeutung, weil sich daraus ergab, daß die Stadt insofern Ersparnisse machen würde, als die vertraglichen Leistungen gegenüber der Gesellschaft dadurch in Fortfall kommen würden. Die Rechnung, die in der vertraulichen Sitzung vorgetragen wurde, und die begreiflicherweise heute in der öffentlichen Sitzung nicht verfolgt werden kann, ergab kein ungünstiges Bild für die Stadt, jedenfalls waren die Vorteile, die man für die Stadt von der Anlage einer solchen Fliegerstation erwarten kann, derart, daß die Stadtverordneten glaubten, den Magistrat zu weiteren Verhandlungen unbedenklich ermächtigen zu können. Nun ist unter dem 15. Mai d. J. den Stadtverordneten ein Schreiben des Magistrats zugegangen, aus welchem hervorgeht, wie die Verhandlungen mit dem Reichs-(Militär-)Fiskus weitergeführt worden sind, und in dem schließlich mitgeteilt wird, zu welchem Ergebnis die Verhandlungen geführt haben, auch der Vertragsentwurf ist mitgeteilt, und die Herren werden gebeten, sich mit diesem Vertrage einverstanden zu erklären.

In dem Schreiben sind nun auch Angaben über die Lage und Größe der demnächstigen Fliegerstation gemacht, und ich glaube den Herren am besten an Hand des hier ausgehängten Planes Aufklärung über diese beiden Punkte geben zu können, was auch dazu beitragen wird, das Verständnis für die Bestimmungen des Vertrages besser zu ermöglichen. Die Herren sehen hier auf dem Plane das Gelände der Fliegerstation, wie sie in Aussicht genommen ist, von einer roten Linie eingefasst. Wenn sich die Herren durch den Augenschein von der Lage, Größe und Beschaffenheit des Terrains überzeugen wollen, so tun sie gut, wenn sie die Hauptzufuhrstraße nach dem Platze, nämlich die Broitzemerstraße, entlang gehen. Von den Gleisen der Landesbahn an steigt die Straße ganz erheblich bis hinter die Aktienziegelei, wo sie ungefähr den höchsten Punkt erreicht. Hier werden die Herren eine Meßstange sehen; das ist der Punkt, wo das Gelände des Flugplatzes beginnt. Ich erwähne die Terraininformation deshalb, weil sich daraus ergibt, daß wir für Ableitung der Abwässer mit einer Gefälleleitung gut auskommen werden, daß wir also keine Druckrohrleitung benötigen werden, von der in dem Vertrage die Rede ist. Von dem genannten Höhepunkte aus werden die Herren dann auch eine bequeme Übersicht über das Terrain haben, das sich erstreckt einerseits zwischen der Broitzemerstraße und andererseits zwischen der Staatsbahn Braunschweig-Hannover. Das Terrain grenzt nicht ganz, aber doch beinahe an diese Gleise der

Staatseisenbahn. Die Längenausdehnung geht von dem Pfahl, den ich erwähnte, die Broitzemerstraße entlang bis zur Rotenburg. Ursprünglich war geplant, daß das Gelände bis zur Rotenburg hin unmittelbar an die Broitzemerstraße zu liegen kommen sollte. Den Verhandlungen des Magistrats ist es zu danken, daß ungefähr auf halber Länge eine Verschiebung der Platzgrenze eingetreten ist, und zwar dadurch zu unseren Gunsten, daß die Grenze um 100 m nach Osten gerückt ist, wogegen die Herren hier im Osten ein angelegtes Stück sehen, das als Ausgleich für das fortgenommene Stück dient. Es ergibt sich ohne weiteres, daß es wertvoll ist, dieses an der Straße liegende Terrain frei zu lassen, ferner sind dort auch drei bebaute Grundstücke vorhanden. Die Zurückbiegung des Fliegerterrains beginnt vor dem Mühlengrundstücke von der Müssen.

Das gesamte Terrain der Fliegerstation läßt sich unschwer in zwei Teile zerlegen, die auf dem Plane durch diese grüne Linie geschieden werden. Das kleinere Stück fällt in städtisches Gebiet, in die Wilhelmitorfeldmark, das größere auf Broitzemer Feldmark. Das erstere umfaßt 17—18 ha, das letztere ungefähr 75 ha. Das auf städtischem Gebiet belegene Areal zerfällt wieder in zwei Teile: erstens das im Norden gelegene, das mit Gebäuden bestanden ist, und zweitens das südliche, von Gebäuden freibleibende. Am Nordrande stehen die technischen Bauten und in der Nordwestecke die Unterkunftsbauten, also die Kasernements. Dieses Eckgrundstück ist 2,5 ha groß, und das für die technischen Bauten benötigte Terrain 5 ha. Ursprünglich war für die letztere Fläche eine Größe von 3 ha vorgesehen, und davon ist auch in dem Vertrage die Rede. Bei den weiteren Verhandlungen hat es sich jedoch ergeben, daß diese Größe nicht ausreicht, sondern reichlich 5 ha für die technischen Bauten nötig sind.

Hinzufügen möchte ich noch ein Wort zum Verständnis dessen, was in dem Magistratschreiben über die Führung der Kanalisation und der Wasserleitung gesagt ist. Die Herren bemerken hier einen Weg aufgezeichnet, den sogenannten Mühlenweg, der seine Fortsetzung in der Weststraße findet. Die Kanalisation wird von der Weststraße aus vorgenommen werden, sie ist von der Stadt kostenfrei für den Fiskus herzustellen, ebenso wie die Wasserleitung bis zur Grenze dieses künftigen fiskalischen Grundstücks. Die Gebühren für Trinkwasser und für die Kanalisation werden nach dem Ortsstatut erhoben und werden wohl die ganze Anlage hinreichend verzinsen.

Die Stadt hat dem Reichsfiskus zinslos zu überlassen 1. das Gebiet, auf welches die Kasernements kommen, 2,5 ha, 2. das Gebiet für die technischen Anlagen in Größe von 5 ha. Die Erwerbskosten für das übrige Terrain, ungefähr 85 ha, werden vom Militär-fiskus verzinst, und zwar mit 100 M für das Hektar.

Sollten die Herren noch Aufschluß über eine Frage, den Plan betreffend, haben, so stehe ich damit zur Verfügung.

Der Magistrat hat nun, sobald die Zeit dafür gekommen schien, Verhandlungen wegen Erwerbs der fraglichen Grundstücke mit den Eigentümern derselben angeknüpft. Dabei hat sich leider ergeben, daß die Eigentümer außerordentlich hohe Forderungen gestellt haben, so daß der Magistrat zu der Erkenntnis gekommen ist, daß ohne Enteignung der städtische Erwerb des Terrains nicht vor sich gehen kann. Deshalb ist in dem Aufschreiben des Magistrats zum Schluß gesagt, die Stadtverordneten möchten sich damit einverstanden erklären, daß das *Zwangsenteignungsverfahren* zum Erwerbe der in den Flugplatz fallenden Flächen eingeleitet wird. Zunächst bittet aber der Magistrat, die Herren möchten sich damit *einverstanden erklären*, daß der *Vertrag* in der *Form abgegeschlossen* wird, wie er in der Anlage zu dem Schreiben im Entwurf mitgeteilt wird.

Ich werde nun auf die einzelnen Vertragsparagrafen eingehen, wenn nicht einer der Herren zu den einleitenden Bemerkungen eine Auskunft wünscht. — Das ist nicht der Fall. (Redner verliest den Eingang und den § 1 des Entwurfs.) Ich frage den Herrn Vorsitzenden, ob wir erst sämtliche Paragrafen durchlesen oder gleich über die einzelnen Paragrafen abstimmen wollen.

**Vorsitzender:** Ich glaube, es ist das Wichtigste, wenn wir vor Behandlung des § 1 die Generaldiskussion stattfinden lassen.

Stadtv. **Wejemeier:** Ich halte es nicht für nötig, daß die Paragrafen verlesen werden, denn jeder hier im Hause hat den Vertragsentwurf in Händen. Wir könnten deshalb gleich in die Beratung der einzelnen Paragrafen eintreten.

**Vorsitzender:** Wenn auf die Verlesung verzichtet wird, so wird es praktisch sein, gleich ohne weiteres § 1 zur Verhandlung zu stellen. Es ist allerdings eine eigene Sache, diese wichtige Vorlage so zu erledigen, daß wir einfach sagen, § 1, 2, 3 usw. sind angenommen. Aber wenn die Herren damit einverstanden sind, können wir es auch so machen. Es würde dann angebracht sein, daß der Herr Referent nur angibt, was in den Paragrafen steht.

Stadtv. **Frede:** Es wird also in der Besprechung auf die in der Vorlage gegebenen Paragrafen zurückzuverweisen sein. Man hätte können der Ansicht sein, daß aus dem Grunde eine Generalverlesung angezeigt erschienen wäre. Ich selbst lege aber keinen Wert darauf.

**Vorsitzender:** Ich setze voraus, daß gegen die Fassung der Paragrafen seitens der Versammlung nichts einzuwenden ist, wenn keine Meldung zum Worte erfolgt. (Eine Meldung zu § 1 erfolgt nicht.)

Stadtv. **Frede** verliest § 2.

**Vorsitzender:** Es meldet sich niemand zum Worte, der § 2 gilt als angenommen. Ich bitte den Herrn Referenten fortzufahren.

Stadtv. **Frede** (verliest § 3, 1 und 2): Zu diesem Punkte bemerke ich in Ergänzung meiner früheren Ausführungen, daß das Gelände für eine Abholzung nicht in Frage kommt, denn Wald oder Buschwerk befindet sich dort nicht. Es wird sich also nur um Zuvorfen von Gräben, Einebnung des Terrains und Besamung mit Gras handeln. Der Militäriskus besorgt diese Arbeiten auf Kosten der Stadt, die erwachsenden Kosten werden ebenfalls mit 4 Prozent verzinst. (Medner verliest § 3, 3.) Deriskus kündigt also mit einjähriger Frist und die Stadt mit dreijähriger.

Ohne weitere Besprechung.

Stadtv. **Frede** (verliest § 4 Absatz 1): Ich bemerke hierzu noch, daß nach der Aufklärung, die der Magistrat gegeben hat, die Fliegerhalle unter den Baulichkeiten nicht mit zu verstehen ist. (Verlesung des 2. Absatzes von § 4.)

Ohne weitere Besprechung.

**Vorsitzender:** Die Herren wollen ja auf die Verlesung der einzelnen Paragraphen verzichten. Vielleicht rufen Sie nur die einzelnen Paragraphen auf.

Stadtv. **Frede:** Zu den übrigen Paragraphen hat die Finanzkommission nichts zu bemerken. Sie empfiehlt Ihnen die Genehmigung des Vertrages.

**Vorsitzender:** Ich stelle die noch übrigen Paragraphen in der vorgelegten Form zur Beratung.

Stadtv. **Niese:** Im Auftrage meiner Parteifreunde habe ich die Erklärung zu wiederholen, die wir bereits in der früheren Beratung dieses Gegenstandes abgegeben haben: Wir lehnen diesen Vertrag ab.

**Vorsitzender:** Es meldet sich weiter niemand zum Wort. Ich schließe die Beratung und bitte diejenigen Herren, die den Vertrag, wie er im Entwurf vorgelegt ist, genehmigen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) 15 Stimmen dafür, das ist die Mehrheit. Der Vertrag ist angenommen.

## 2. Abrechnung über verschiedene städtische Bauten.

Stadtv. **Rasche:** Es handelt sich um Abrechnung über die Instandsetzung von Straßen, von Straßenkanälen und einer Bedürfnisanstalt. Es sind, wie ich gleich

von vornherein sagen kann, nur Ersparnisse bei Ausführung dieser Arbeiten gemacht. In erster Linie wird berichtet über die Schöppenstedterstraße, bei deren Neuinstandsetzung eine Ersparnis von 7814,68 *M* zu verzeichnen ist. Der Kostenanschlag betrug 61 000 *M*, die Ausführung hat 53 185,32 *M* gekostet. Bei der Göldeklinke sind 1091,71 *M* erspart, der Kostenanschlag stellte sich auf 3900 *M*, die Ausführung auf 2808,29 *M*. Drittens ist aufgeführt die Anlage eines Steinzeugrohrkanals in der Lorzingstraße, der zu 2200 *M* veranschlagt war und zu 2096,86 *M* fertiggestellt ist, so daß hier eine Ersparnis von 103,14 *M* zu verzeichnen ist. Im vierten Punkt handelt es sich um eine gleiche Anlage in der Barentzherstraße, die zu 3200 *M* veranschlagt und zu 2823,96 *M* ausgeführt ist, bei der sich also eine Ersparnis von 376,04 *M* ergibt. 5. die Bedürfnisanstalt auf dem Altstadtringe an der Ecke des Madamewegs. Die Aufstellung war veranschlagt zu 3000 *M*, die Kosten betrugen 2332,75 *M*, so daß sich auch hier ein Überschuß von 667,25 *M* ergeben hat. Überreichungen sind also an keiner Stelle vorgekommen, und der Magistrat überreicht uns die Aufstellung nur zur Kenntnisaahme.

**Vorsigender:** Ich stelle fest, daß die Verammlung von der Abrechnung Kenntnis genommen hat.

**Vorsigender:** Es ist von Herrn Stegmann eingegangen ein genügend unterstützter Antrag, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, beim Verkauf des sogenannten Abschlagfleisches den Käufern den Abschlag auf das ihnen zustehende Quantum Fleisch nicht anzurechnen.“

Ferner ist eingegangen eine Anfrage des Herrn Ohlendorf:

„Was gedenkt der Magistrat zu tun, um in nächster Zeit die Verteilung von Zucker, Butter, Fleisch und anderen Lebensmitteln gleichmäßiger zu regeln?“

Wir werden nachher darauf zurückkommen; ich erteile jetzt Herrn Frede das Wort zur Begründung seiner Anfrage.

### 3. Anfrage Frede, betreffend die Überweisung städtischer Schweine an hiesige Schlächter.

Wortlaut der Anfrage siehe S. 126.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Diese Anfrage hatte ursprünglich die Form eines Antrages, der sich darauf richten sollte, daß statt eines Viertelpfundes Fleisch der Bevölkerung wöchentlich ein halbes Pfund zur Verfügung gestellt

werden möchte. Die Maßnahme, wöchentlich nur eine so geringe Ration auszugeben, hat, wie bekannt, allseitig Befremden erregt, und man hat in der Bevölkerung den Magistrat dafür verantwortlich gemacht. Ich habe auf Grund der Wünsche, die uns geworden sind, eine andere Meinung darüber. Der Übelstand, der durch diese Maßnahme verursacht war, ist ja nun behoben, denn die Bevölkerung unserer Stadt bekommt jetzt pro Person wöchentlich ein halbes Pfund Fleisch zuteilt.

Es hat sich aber bei der früheren Maßnahme ein Übelstand herausgestellt, der vielleicht auch unter der jetzigen andauert. Ich habe mir angelegen sein lassen, am vorigen Sonntage bei diesem oder jenem Schlachter zu prüfen, wie sich die Verhältnisse unter der alten Anordnung gestaltet haben, und da habe ich gefunden, daß eine große Menge Fleisch übriggeblieben war, und zwar nicht nur deshalb, weil den Schlachtern mehr Vieh zugewiesen war, sondern gerade infolge der Maßnahme, die ursprünglich getroffen war. Die Leute hatten es verschmäht, wegen eines Viertelpfundes den Weg zum Schlachter zu machen und sich allerlei Unbequemlichkeiten auszusetzen, und so fand sich bei verschiedenen Schlachtern in den Mollen noch eine große Menge Fleisch. Es wurde mir von den Schlachtern gesagt, daß es ins Kühlhaus gebracht, dann wieder zurückgeholt werden müßte und, wenn warme Tage eintreten, bestimmt dem Verderben ausgesetzt sein würde. Das wäre zu bedauern, aber es gäbe augenblicklich keine Handhabe, dies zu verhüten, es müßte denn Wurst aus dem Fleische gemacht werden. Die Wurst aber, die aus reinem Rindfleisch gemacht wird, ist kaum brauchbar; das habe ich in meiner Haushaltung selbst erfahren. Sie ist in kurzer Zeit so hart, daß sie zur Verwendung aufs Brot nicht in Frage kommt, und selbst als Kochwurst ist sie kaum zu gebrauchen. Nun sagen die Schlachter: „Ja, wenn wir Schweinefleisch dazu hätten, dann würden wir eine gute Dauerware daraus machen können, und sollte dann in der Zukunft die Zufuhr der Schweine aufhören, so hätten wir wenigstens einen Vorrat, den wir abgeben könnten.“ Die Schlachter haben mich also gebeten, dafür einzutreten, daß ihnen Schweine von der Stadt zu dem genannten Zwecke überwiesen würden. Soweit ich die Sache übersehen kann, muß ich dieses Verlangen als berechtigt anerkennen und beim jetzigen Stande der Dinge als nicht nur im Interesse der Schlachter, sondern auch der Konsumenten liegend ansehen. Denn es ist für die Konsumenten sehr wichtig, daß sie bei noch größerer Fleischknappheit wenigstens das jetzt überflüssig gewordene Fleisch in Form von Wurst bekommen können. Wenn den Schlachtern nach Maßgabe von Grundsätzen, die natürlich noch aufzustellen wären, städtische Schweine überwiesen würden, dann würden sie auch Fett bekommen und dadurch wieder diejenigen, die bisher aus begreiflichen Gründen wenig oder keinen Nutzen von den städtischen Schlachtungen gehabt haben, auch mit Schweinefleisch oder mit Fett — gelegentlich wenigstens — versorgen können.

Da ich eben auf Fett zu sprechen komme, so möchte ich auch dem Wunsche Ausdruck geben, daß das in Aussicht stehende Schmalz, das, wie ich gehört habe, in einer Menge von 1000 Zentnern für die Stadt zu haben sein soll, auch den Schlachtern zur Verteilung übergeben wird, damit alle Kreise der Bevölkerung an dem Bezuge teilnehmen können.

**Stadtrat Wagner:** Der städtische Ernährungsausschuß hat bereits am Mittwoch beschlossen, daß die Schweine, die wir auf Grund der sogenannten Vertragsmästung bekommen, bis auf die Zahl von 30 Schweinen in der Woche, die weiter in städtischer Regie geschlachtet und verarbeitet werden sollen, den städtischen Fleischern zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Wunsch, der von Herrn Frede eben vorgebracht ist, wird damit also berücksichtigt werden.

Was das Schmalz anbetrifft, so ist vom Ernährungsausschuß in der vorletzten Sitzung bereits beschlossen, daß dieses sowohl den Kolonialwarenhändlern wie auch den hiesigen Fleischereien zum Vertriebe an die Verbraucher zugeführt werden soll. Auch hier sind also die vorgetragenen Wünsche bereits erfüllt.

**Vorsitzender:** Ich frage, ob eine Besprechung der Anfrage gewünscht wird, und bitte die Herren, die dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung ist ausreichend. Ich eröffne die Besprechung.

**Stadtv. Meyerhoff:** Es gehen sonderbare Gerüchte in der Stadt um, und ich halte es für die richtige Stelle, wenn ich hier bitte, über die Sache Auskunft zu geben. Es ist die Rede gewesen von 1000 Zentnern Schmalz, und was ich gehört habe, hängt damit zusammen. (Zuruf.) Ich werde delikate in meinen Ausführungen bleiben. Es geht das Gerücht in der Stadt, daß die Herren, die in dem engeren Ernährungsausschuß sitzen, durch Lieferungen an den Ausschuß einen ganz annehmbaren Nutzen haben. Das Publikum sagt ja auch: „Wer an die Krippe gebunden ist und frißt den Hafer nicht, der muß dumm sein.“ Das kann mich aber nicht hindern, darauf hinzuweisen, daß hier ein solches Verfahren unrichtig ist. Alle, die in dem Ernährungsausschuß tätig sind — so habe ich wenigstens geglaubt —, haben die Arbeit als Ehrenamt übernommen, ohne irgend welche Einnahmen dadurch erwarten zu können, nur ihre verauslagten Kosten werden ihnen ersetzt. Ob es anders gehandhabt wird, weiß ich nicht. Ich halte mich aber für verpflichtet, hier deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß diejenigen, die in diesen Ausschüssen arbeiten, sich zu unentgeltlicher Arbeit verpflichtet fühlen müssen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Herr Meyerhoff kritisiert mit seinen Worten einen Beschluß des Ernährungsausschusses. Dazu muß ich sagen: Ich bedaure,



wenn in dieser Weise in die Befugnis eines Ausschusses, den Sie mit unbeschränkter Vollmacht versehen haben, eingegriffen wird. Herr Meyerhoff hätte sich erst unter der Hand erkundigen sollen, ob seine Vermutung richtig ist. Wir haben im Ernährungsausschuß die Überzeugung gewonnen, daß, soweit ein Verdienst bei Vermittlung der Waren dem einen oder anderen Mitgliede des Ernährungsausschusses zugestanden ist, das wesentlich nur zur Deckung der ihm entstandenen Kosten dient. Wenn Herr Meyerhoff jagt, ganz schöne Verdienste werden erzielt, dann entsteht die Vermutung, daß einige Herren die Mitgliedschaft in diesem Ausschusse ausnutzen, um für sich gewaltige Geldvorteile herauszuziehen. Nach der Ansicht des Ernährungsausschusses ist dies nicht der Fall. Wir sind fast einstimmig — mit Ausnahme einer Stimme — der Ansicht gewesen, daß so, wie wir es geordnet haben, die Sache durchaus richtig ist.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich freue mich, daß durch die Worte des Herrn Oberbürgermeisters die Sache nun aufgeklärt ist.

**Stadtv. Stegmann:** Es kommt mir eigentümlich vor, daß nach den Äußerungen des Herrn Frede, so sehr viel Fleisch übriggeblieben sein soll. Alle Welt hat doch darüber geklagt, daß nur ein Viertelpfund Fleisch pro Person festgesetzt war, und nun sollen kolossale Quantitäten übriggeblieben sein. Nun hat ja der Ernährungsausschuß schon beschlossen, von den Schweinen 30 für die Stadt schlachtungen zu behalten und 70 zur Bearbeitung an die Schlachter zu geben, vorausgesetzt, daß wir überhaupt dieses Quantum an Schweinen bekommen. Es bleibt dann der Stadt nur ein kleiner Teil dessen, was früher von der Stadt geschlachtet ist, und das ist zu bedauern. Ich kann auch nicht glauben, daß so viel Fleisch bei den Schlachtern zurückgeblieben ist, und sollte es hier und da geschehen sein, so ist der Hauptgrund dafür der unerhört hohe Preis des Fleisches. Die weitesten Kreise unserer Einwohner sind gar nicht in der Lage, 3 M für das Pfund Fleisch auszugeben. Manche Leute mögen sich auch gesagt haben: Es lohnt sich gar nicht, das Viertelpfund abzuholen, wir wollen lieber versuchen, daß wir von den städtischen Wurstwaren etwas bekommen können. Jetzt aber, wo das Quantum für den einzelnen erhöht ist, werden die besser situierten Kreise wieder kaufen, und wenig oder nichts von dem Fleisch der Schlachter wird übrigbleiben. Ich sehe nicht ein, daß man in dieser Weise vorgehen will und das Fleisch der städtischen Schweine zum Teil durch die Schlachter verarbeiten lassen will. Es wäre richtiger, wenn man nicht zwei Dinge nebeneinander betriebe, sondern einheitlich vorgehe. Nach den Erfahrungen aus früherer Zeit muß ich bezweifeln, daß es bei den Schlachtern mit rechten Dingen zugehen wird. Die Herren wissen, daß wir vor einigen Monaten darüber haben klagen müssen, daß das zu Wurst verarbeitete

Schweinefleisch von den Schlachtern aus der Stadt hinausgeschickt worden ist. Wenn Sie also in Zukunft nicht in der Lage sind, eine wirkfame Kontrolle zu schaffen, daß das städtische Fleisch auch wirklich hier bleibt, so können wir die städtischen Schweine den Schlachtern unmöglich anvertrauen, so gern ich diesen selbstverständlich den Verdienst gönnen würde, der ihnen daraus entstände. Eine Kontrolle müßte dann aber auf jeden Fall geschaffen werden.

Nun sehe ich aber nicht ein, warum wir diese gute Einrichtung der städtischen Schlachtungen jetzt fast ganz beseitigen wollen, denn die geplante Reduzierung scheint mir der Anfang davon zu sein. Wir haben die anfangs in kleinem Umfange ausgeführten Schlachtungen weiter ausgebaut, und das ist allgemein freudig begrüßt worden. Jetzt aber, wo sie gut im Gange ist, will man diese Einrichtung, wie es scheint, nach und nach beseitigen, und dafür kann ich mich nicht erklären.

Was die Verkäufe aus den städtischen Schlachtungen anbetrifft, so habe ich mich gewundert, daß man die bewährte Einrichtung der *Nummernausgabe* seit kurzem wieder abgeschafft hat. Klagen über Mißbelligkeiten bei den Verkäufen haben wir doch vorher genug gehört, erst seitdem die Nummern eingeführt wurden, ist es besser geworden. Wenn früher hauptsächlich die Leute, die darauf zu laufen verstanden, Ware dieser Schlachtungen bekamen, so war durch die Nummernausgabe die Gewähr geschaffen, daß alle einmal an die Reihe kommen konnten, wenn auch erst nach einigen Wochen. Diese Art des Verkaufs ist abgeschafft, seitdem die Rationierung des anderen Fleisches eingeführt ist. Die Folge davon ist gewesen, daß etwa die Hälfte derjenigen, die die vor Wochen verausgabten Nummern erhalten haben, nichts erhalten haben, weil die noch nicht verbrauchten Nummern für ungültig erklärt worden sind. Solch ein Verfahren macht böses Blut. Bei dem vorgestrigen Verkauf ist es wieder so hergegangen wie ganz im Anfange. Wer zuerst da war, sich stundenlang hinstellte, konnte vielleicht vermöge der Kraft seiner Ellbogen etwas bekommen. Die sich aber aus irgend einem Grunde nicht hinstellen können, bekommen von diesen Schlachtungen nichts, und das ist doch nicht richtig. Ich wollte erst einen besonderen Antrag deswegen stellen, aber es paßt sich auch, die Sache hier zu erwähnen. Es ist doch richtiger, wenn diese Nummern wieder eingeführt werden. Vielleicht empfiehlt es sich auch, um eine bessere Regelung zu erzielen, daß nebenbei eine Kundenliste von den Verkäufern geführt wird, wie das bei den Schlachtern der Fall ist.

**Stadtrat Wagner:** Was zunächst das Vorkommnis betrifft, daß aus voriger Woche Rindfleisch bei den Schlachtern übriggeblieben ist, so ist das dadurch veranlaßt, daß in der letzten Woche mehr Schlachtvieh hereingekommen ist als nach der festgesetzten Zahl uns für die abgelaufene Woche zustand. Dazu kommt noch, daß uns plötzlich der Abgeordnete Behr aus Denkte 12 ausländische Rühe anbot

und uns bei seinem Angebot die Pistole auf die Brust setzte, was uns veranlaßte, sie für unsere Stadt zu nehmen. Hinzu kommt noch, daß wir auf Wunsch des Ministeriums die Rationierung niedriger gesetzt hatten als zunächst in Aussicht genommen war — wir wollten ja eigentlich, wie Ihnen bekannt, für die volle Karte ein halbes Pfund und für die halbe Karte ein Viertelpfund Fleisch verteilen. Das alles traf zusammen, um am Schlusse der Woche einen Überfluß an Fleisch herbeizuführen. Nun wurde mir aber von sachmännischen Kreisen versichert, daß wesentliche Fleischmengen sehr häufig auch in normalen Friedenszeiten bei den Fleischern vorhanden geblieben wären, und jeder sorgfältig verfahrenende Schlachter dieses Fleisch ins Kühlhaus brächte und zum Verkauf wieder zurückhole, so daß es sich längere Zeit brauchbar erhält, und da habe ich die Schlachter gebeten, sie möchten in dieser schweren Zeit selbstverständlich erst recht in dieser Weise verfahren, denn es wäre eine böse Sache, wenn sie ihr Fleisch jetzt verderben ließen.

Die Ausfuhr von Fleisch aus dem Stadtgebiete, wie sie früher stattgefunden hat, darf jetzt nur mit schriftlicher Genehmigung des Magistrats erfolgen, und die Eisenbahnbehörden dürfen — soweit ich weiß —, ohne daß ihnen diese schriftliche Genehmigung vorgelegt wird, kein Fleisch zur Beförderung mehr abfertigen. Außerdem wird die Rationierung des Fleisches und die Verteilung auf die Fleischer, wonach jeder derselben auf Grund seiner Kundenliste nur so viel Fleisch zugeteilt erhält, daß er den wöchentlichen Bedarf seiner Kunden befriedigen kann, es jedem einzelnen unmöglich machen, jetzt noch etwas aus der Stadt auszuführen.

Die Beibehaltung der Stadtschlachtungen war an sich wünschenswert, weil allgemein anerkannt wird, daß dabei eine vorzügliche Ware zu verhältnismäßig billigem Preise der Bevölkerung hat geliefert werden können, und weil man leider nicht Gewähr hat, ob bei der neuen Art der Behandlung der eingehenden städtischen Schweine das von den einzelnen Schlachtern fortgesetzt wird. Aber wir haben doch ein sehr wichtiges Mittel in der Hand, um denjenigen Fleischern, die in unzulässiger Weise eine Verschlechterung der Waren eintreten lassen, entgegenzutreten, nämlich die Möglichkeit, die betreffenden Geschäfte einfach vom weiteren Fleischbezuge auszuschließen. Ferner kommt als ein sehr wichtiger Gesichtspunkt für die Beseitigung der Stadtschlachtungen in Betracht: sie passen nicht in das System der Verteilung der einzelnen Fleischration nach festen Kundenlisten. Wollen Sie das, was der Stadt für die Woche zugeteilt ist — es ist erfreulicherweise nach dem neuesten Schlüssel mehr als uns in der vorigen Woche zugebilligt war — richtig verteilen, dann müssen Sie jedem Einwohner die Möglichkeit geben, daß er bei denjenigen Fleischgeschäften, bei dem er sich mit der Familienkopfszahl in die Kundenliste eingezeichnet hat, das Quantum erhalten kann, das ihm zusteht. Wenn Sie neben den gewerbsmäßigen Schlachtereien diese Stadtschlachtungen in der bisherigen Weise weiterlaufen lassen, dann gibt das unlösbares Schwierig-

feiten. Mit diesen Stadtverkäufen sind bekanntlich einige fünfzig Fleischerfrauen, deren Männer meistens im Heere dienen, betraut gewesen. Sie sind in wochenlangen Zwischenräumen immer abteilungsweise mit jedesmal zwei Verkaufstagen an die Reihe gekommen. Wie soll man nun dies in das System der Rationierung hineinbringen? Es geht einfach nicht und würde nur Verwirrung hervorrufen. Deshalb hat man sich gesagt: diese Kriegerfrauen müssen jetzt in der Weise unterstützt werden, daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, Kundenlisten anzulegen, was sie fast durchweg getan haben, so daß ihnen nach Maßgabe ihrer Kundenliste das Nötige zugewiesen wird und der Fleischverteilungsausschuß der Innung dafür sorgt, daß diejenigen Fleischerfrauen, die nicht das nötige Personal zum Schlachten und Verarbeiten der Ware haben, von diesem Ausschusse der Innung die nötigen Kräfte gestellt bekommen, um die Arbeiten zum Verkaufsfertigmachen der Ware ausführen zu lassen. Das kann z. B. geschehen, indem die Innung Leute annimmt, die diese Arbeiten im Städtischen Schlachthause besorgen, so daß jene Kriegerfrauen nur noch die fertige Ware einzuteilen und zu verkaufen haben. Auf diese Weise könnten die genannten Schlachterfrauen alle Tage in der Woche ihr Geschäft offen halten, während sie bis jetzt nur alle paar Wochen mit je zwei Verkaufstagen an die Reihe kamen. Damit wäre ihnen besser geholfen, als es bisher geschehen ist. Nun wäre es das allereinfachste gewesen, wenn man die ganzen Kriegerfrauen in diese Verteilung nach Kundenlisten hineingezogen hätte, wenn also die Stadtschlachtungen aufgegeben wären. Das schien aber dem Ernährungsausschuß und ebenso der Preisprüfstelle, die ich heute gehört habe, nicht zweckmäßig. Man hielt es für angebracht, daß zu einer gewissen Kontrolle über die Güte der Ware, welche die Fleischer im Gewerbebetriebe aus den Schweinen der Stadt herstellen, die städtischen Schlachtungen in einem bescheidenen Umfange fortgeführt würden. Man wird dann nicht, wie bisher, eine ganze Reihe von Kriegerfrauen reihum an einzelnen Tagen mit dem Verkaufe der Ware aus den städtischen Schlachtungen betrauen, sondern nur einer Anzahl davon, sagen wir einmal sechs, deren Läden auf das ganze Stadtgebiet verteilt liegen, dauernd den Bestand aus den städtischen Schlachtungen zuweisen, ihre Geschäfte gewissermaßen zu Stadtschlachtungsgeschäften machen, während die anderen Kriegerfrauen ihre Kundenlisten führen und wir mit ihnen nichts weiter mehr zu tun haben.

Nun tritt eine weitere Schwierigkeit dadurch auf, daß die Frauen, die aus den Stadtschlachtungen weiterhin bedacht werden sollen, jedenfalls eine eigene Kundenliste nicht werden aufstellen können, denn vermutlich würden die Einzeichnungen in diese Kundenlisten so kolossal stark werden, daß dann wieder mit der bescheidenen Zahl von Schweinen, die in städtischer Regie geschlachtet werden sollen, der Bedarf der Stadtgeschäfte nicht befriedigt werden könnte. Man wird also wahrscheinlich diese Geschäfte ohne Kundenliste neben den anderen herlaufen

lassen, um dem Publikum die Möglichkeit zu geben, außer bei denjenigen Schlachtern, bei denen sie in den Kundenlisten stehen, gelegentlich einmal auch in den Stadtschlachtungsgeschäften zu kaufen. Es wird nötig sein, auch da Nummern einzuführen; ihre Aufhebung ist auch — wenn ich mich recht erinnere — ohne meine Genehmigung erfolgt. Ich weiß nicht, weshalb die Aufhebung erfolgt ist. Man hat ohne Zweifel angenommen, daß die Nummern, nachdem die Rationierung erfolgt war, keinen Zweck mehr hätten, und das war irrig, denn die Rationierung bedeutet doch nur: „Es darf niemand mehr Fleisch erhalten als die ihm für die Woche zugemessene Menge“, während die Nummerierung bezwecken soll, daß nicht dieselben Leute immer wieder zuerst an die Reihe kommen und andere gar nicht. Da nun gerade bei den Stadtschlachtungsgeschäften der Andrang besonders groß war, so wäre jetzt wieder die Gefahr da, daß die Leute, die bei Käufen aus diesen Geschäften einmal an die Reihe kommen müßten, von anderen zurückgedrängt werden, und daß überhaupt der Andrang bei diesen Geschäften nicht aufhört; außerdem liegt in der Aufhebung der Gültigkeit der Nummern eine Ungerechtigkeit denjenigen gegenüber, die auf die Zuteilung auf Grund der Nummern schon lange gewartet hatten und nun enttäuscht werden. Ich glaube aber, dieses Versehen läßt sich wieder gutmachen, indem man eine Bekanntmachung erläßt des Inhalts, daß die Nummern, die noch nicht an die Reihe gekommen sind, bei den nächsten Verkäufen wieder gültig sein sollen.

**Stadtv. Sander:** Ich möchte zunächst auf die Worte des Herrn Oberbürgermeisters zurückkommen. Er sagte, er bedaure, daß Herr Meyerhoff Kritik an der Geschäftsführung des Ernährungsausschusses geübt habe. Darauf habe ich zu erwidern: Das Recht kann man uns Stadtverordneten doch nicht nehmen, daß wir die Maßnahmen, die der Ernährungsausschuß trifft, und die nach unserer Meinung nicht richtig sind, kritisieren. Es wäre doch wohl zu weitgehend, wenn verlangt wird, daß wir ohne weiteres alles gutheißen sollen, was dort geschieht, auch wenn wir keinen Einfluß auf die Geschäftsführung haben. Die Nachricht, die Herrn Meyerhoff geworden war, war denn doch derart, daß wir dazu das Wort nehmen müssen. Es wurde beispielsweise gesagt, daß der Verdienst einzelner Mitglieder des Ernährungsausschusses — Namen will ich nicht nennen — ganz enorm sei. Ich habe dafür keine Unterlagen, und wir müssen uns auf die Angaben, die uns von einem Herrn darüber gemacht sind, verlassen. Es wurde gesagt, es würde bei den Abschläffen eine Vergütung von 2 Prozent gezahlt. Wenn das bei der Schmalzlieferung gezahlt wurde — ob es nun durch das Rote Kreuz oder durch den Frauendienst uns überwiesen ist, oder ob wir es sonstwie gekauft haben, weiß ich nicht —, so machte die gezahlte Vergütung eine Summe von 8000 M aus, und das wäre eine Verteuerung der Ware für die Konsumenten, die

wir als Stadtverordnete nicht gutheißen könnten. Nun bin ich aber befriedigt, wenn der Herr Oberbürgermeister sagt: „Es sollen lediglich die Auslagen vergütet werden“; dagegen läßt sich nichts einwenden, wenn aber das andere, was uns berichtet ist, wahr wäre, so würde eine Kritik unsererseits doch sehr am Plage sein.

Herr Stadtrat Wagner behauptete, die Aufhebung der Gültigkeit der ausgegebenen Nummern für die städtischen Schlachtungen sei ohne sein Wissen geschehen. Das muß ich bestreiten; ich bin persönlich bei Herrn Stadtrat Wagner gewesen und habe mit ihm die Sache besprochen, habe auch gefragt, ob ich die Annoncen weiter aufsetzen sollte. Herr Stadtrat Wagner hatte in der Stadtverordnetenversammlung erklärt, die Verkäufe sollten nicht nach Nummern, sondern gegen Vorzeigung der Brotkarten geschehen — und das stand auch in der magistratlichen Verfügung —, so bin ich zu dem Herrn Stadtrat gegangen, und er hat mir erklärt: Es gelten nur die Brotkarten und die Nummern sind ungültig. Auf Grund dieser Besprechung habe ich auch in unserer Annonce geschrieben, daß die Nummern keine Gültigkeit mehr haben. Ich habe selbst die Empfindung gehabt, daß diese Aufhebung der Gültigkeit der Nummern eine große Ungerechtigkeit war, und es sind auch eine Menge Käufer bei mir gewesen und haben sich beschwert: sie hätten wochenlang gewartet, hofften jetzt an die Reihe zu kommen, und nun seien die Nummern aufgehoben. Ich muß erklären: Meine Schuld ist es keineswegs gewesen.

**Oberbürgermeister Netemeyer:** Ich habe erklärt, ich bedauerte, daß Herr Stadtv. Meyerhoff diese Bemerkung hier gemacht hat, ohne vorher Erkundigungen eingezo-gen zu haben. Ihr Recht der Kritik irgendwie beschneiden zu wollen, ist mir nicht eingefallen. Nun ist Herr Sander mit bestimmten Zahlen herausgekommen. Wir haben im Ausschuß eingehend erwogen, ob es möglich wäre, daß der Betreffende, der Waren besorgt, und an dessen Mitwirkung wir alle das größte Interesse haben, überhaupt in der Lage wäre, die ihm entstandenen Unkosten bei Beschaffung eines einzelnen Warenpostens so genau anzugeben, daß sie liquidirt werden können, und der Ausschuß kam zu der Ansicht, daß das für gewöhnlich unmöglich sei. Wie sollte man die allgemeinen Lagerkosten, die Kosten der Fuhrwerkshalterei und anderes berechnen? So ist man allerdings auf einen bestimmten Prozentfuß gekommen, der dem Vermittler zugebilligt werden sollte, und es ist von allen Mitgliedern bis auf eins hervorgehoben, daß der Satz, den wir angenommen haben, so gering sei, daß er zum Teil nicht einmal die Unkosten deckt. Unter diesen Umständen bleibe ich dabei: Ich halte es für bedauerlich, wenn in dieser Weise dem Ausschuß, der nach bestem Ermessen diese Entschädigung festgelegt hat, der Vorwurf gemacht wird, daß einzelnen seiner Mitglieder ungerechtfertigterweise große Verdienste zugewiesen werden. Das lag in den Worten des

Herrn Meyerhoff, und demgegenüber glaubte ich sagen zu sollen, daß ich das bedaure.

Stadtv. **Ohlendorf:** Herrn Frede liegt es anscheinend daran, dafür zu sorgen, daß die Fleischverteilung von gewissen Stellen aus erfolgt. Ich meine, uns sollte am meisten daran liegen, daß das Fleisch jedem Einwohner Braunschweigs in den richtigen Quantitäten zugeteilt wird, von welcher Stelle aus, sollte uns erst in zweiter Linie beschäftigen. An dem ersteren hapert es, solange der Krieg dauert, und es scheint auch so weitergehen zu sollen. Wer Herrn Stadtrat Wagner zugehört hat, muß sagen: Es geht alles durcheinander; wir scheinen in der Fleischverteilung nicht weiterkommen zu sollen. Die Aufhebung der Markeneinrichtung — es ist schon erwähnt und ich wiederhole nicht gerne, muß es aber doch noch einmal betonen — ist geradezu unverständlich. Früher hieß es: „Auf alle Fälle muß die stundenlange Warterei aufhören“, und es wurden Marken an alle diejenigen verteilt, die sich am Bezuge städtischen Fleisches beteiligen wollten. Dann wurden zum erstenmal die Marken für ungültig erklärt, und die Aufregung darüber war groß. Darauf wurden neue Marken eingeführt, und ich muß sagen, zur allgemeinen Zufriedenheit derjenigen, die den Versuch gemacht haben, aus den städtischen Schlachtungen Fleisch zu bekommen. Jetzt ist wieder Verbitterung hervorgerufen durch Aufhebung der Gültigkeit der Nummernkarten. So leicht soll man die Sache doch nicht nehmen. Die Aufregung und Unzufriedenheit ist zu begreifen, wenn man weiß, wie schwer es fällt, diese Nummernkarten sich zu besorgen, wie die Leute dabei erst stundenlang sich hinstellen müssen, ehe sie die Karten bekommen. Und nun, nachdem sie ein paar Wochen auf Einlösung der Karten gewartet haben, erscheint eine Annonce: Die Nummern sind für ungültig erklärt. Die Herren müssen wohl nicht hören, wie darüber geschimpft wird, und wie die Leute mit Recht darüber ungehalten sind.

Wie es nun in Zukunft werden soll, weiß ich nicht. Bisher geht es so, daß dort das eine und an anderen Stellen das andere Fleisch verkauft wird. Ich hätte persönlich nichts dagegen, wenn es nun so eingerichtet werden soll, wie es Herr Frede wünscht. Dann müßte man aber die Fleischkarte im wahren Sinne des Wortes einführen und dadurch Maßnahmen treffen, daß jeder das gleiche Teil Fleisch bekommt, wie es jetzt nicht der Fall ist. Das wäre durchzuführen sowohl bei dem Fleisch- wie bei dem Fettbezuge. Ich möchte auch heute dringend bitten, daß das Fett, wo es verkauft wird, gleichmäßig auf Karten abgegeben wird, damit nicht der eine einhamstern kann, während andere nichts erhalten. Wenn man am vorigen Sonnabend den Andrang bei dem städtischen Fleischverkauf gesehen hat, bei dem den Käufern die Kleider zerrissen und Schirme zerbrochen sind, wo die Leute 5—6 Stunden lang gestanden haben und teilweise noch nicht einmal ein

halbes Pfund bekommen haben, so muß man sagen: Soll denn das nicht anders werden? Überall beschäftigt man sich mit dieser Frage, und niemals sieht man, daß es besser wird. Wir müssen doch endlich dazu übergehen, Fleischkarten im wahren Sinne des Wortes einzuführen. Dann mögen auch die Schlachter auf Grund der Fleischkarte verkaufen. Es kommt nicht darauf an, wo das Fleisch verkauft wird, sondern wir haben Interesse, dafür zu sorgen, daß es wirklich an alle einzelnen Leute verkauft wird, so daß es nicht einzelnen leicht wird, nach dem Schlachter zu gehen und so viel zu holen, wie sie wollen, wogegen andere nichts bekommen, auch wenn sie stundenlang warten. Wenn am vorigen Sonnabend Fleisch übriggeblieben ist, so ist das nur geschehen, weil diejenigen, die von 11 bis 7 Uhr gestanden haben, um Schweinefleisch aus den städtischen Schlachtungen zu bekommen, nicht mehr hingekommen sind nach den Läden, in denen Rindfleisch verkauft ist.

Nebenbei bemerke ich, daß die Lochung vielleicht auch nicht das Richtige ist. Manche Interessenten hatten das Loch, das vielleicht mit einem Nagel in die Karte gedrückt war, wieder zugeedrückt, so daß es nicht mehr zu finden war. Richtig ist es jedenfalls, wenn wir es so einrichten, wie es der Landkreis mit der Verteilung des Zuckers gemacht hat. Nur wenn wir Fleischkarten einführen, sind wir über alle Kalamitäten einigermaßen hinweg, vor allen Dingen wenn wir neben den Fleischkarten auch Fettkarten bekommen, damit die Einhamsteri unmöglich gemacht wird. Dafür zu sorgen, möchte ich dringend bitten.

**Stadtrat Wagner:** Der große Warenposten, der heute verschiedentlich erwähnt wurde, wird von der betreffenden Firma mit einem Zwischenverdienst — als Ersatz ihrer großen Unkosten für Lager, Führen, Depeschen, Unterverteilung auf eine große Menge von Kolonialwarengeschäften und Fleischereien, allgemeinen Geschäftsunkosten — von  $\frac{1}{2}$  Prozent besorgt, also ein solch gewaltiger Verdienst, wie er erwähnt ist, kommt in diesem Falle keineswegs in Frage.

Was die Anhebung der Gültigkeit der Nummern bei den Stadtschlachtungsverkäufen betrifft, so erwähnte ich schon vorhin, daß ich sie, so weit ich mich erinnere, nicht genehmigt habe. Bestimmt kann ich das nicht behaupten, denn das ist geschehen in den ersten Tagen, als ich den neuen Geschäftsbereich übernahm. Das Telephon war fortwährend im Gange, und Geschäfte im Betrage von Hunderttausenden von Mark drängten sich um mich herum; da kann es sein, daß ich mit Herrn Sander über die Sache gesprochen habe. Aber ein Mißverständnis hat jedenfalls vorgelegen, wenn Herr Sander der Meinung war, die Anwendung der Nummernkarten verträge sich nicht mit der Durchlochung der Brotkarten. Das sind doch Sachen, über die ich die Meinung hatte, daß sie nebeneinander hergehen können, was dadurch bewiesen wird, daß ich zum Beispiel gegen-



über allen Verjuchen des Herrn Dieckmann, bei dem Abchlagsverkauf die Durchlochung wieder aufzuheben, darauf gedrungen habe, sie beizubehalten, damit jeder an die Reihe kommen kann und das Drängen aufhört. Ich habe sogar den Nummernzwang bei dem Verkauf des Wüchjensfleisches neu eingeführt, nachdem ich gehört hatte, daß Leute, um morgens 8 Uhr eine Wüchje Fleisch zu bekommen, sich abends  $\frac{1}{2}$  11 Uhr anstellten und die ganze Nacht in Winterkleidern auf der Straße hockten. Es nützt aber alles nichts, denn obgleich in den Zeitungen darauf hingewiesen war, daß die Nummern gemischt werden und keine Gewähr dafür geboten ist, daß der zuerst kommende auch Nummer 1 erhält, so hatten sich doch Frauen, die Zeit haben, wieder sechs Stunden vor Beginn der Verteilungszeit aufgestellt. Sie sind nicht zu belehren; man mag anfangen, was man will. Die Nummern können also in Gültigkeit bleiben, trotzdem ist die Rationierung durch das Loch der Karte vorgeschrieben. Diese letztere ist nur eine vorübergehende Maßnahme, wie es auch in Berlin der Fall ist. Wir wollten möglichst schnell dem Wunsche der Arbeiter Folge leisten, daß sie ebensoviel oder mehr bekommen als die Angehörigen der mittleren Kreise. Selbstverständlich muß die Fleischkarte eingeführt werden, und wir haben im Magistrat bereits darüber beraten, nach welchen Grundsätzen sie ausgeführt werden soll. Aber die Einzelheiten sind nicht so einfach, der Druck der Karten wird auch Zeit in Anspruch nehmen. Verhüten wollten wir aber, daß wir etwas Unfertiges in die Welt setzten und eine berechtigte Kritik einsetzte, deshalb haben wir mit der Ausgabe der Fleischkarten noch gewartet. Wenn übrigens die Durchlochung des Mittelfstückes der Brotkarte ordnungsmäßig erfolgt, so kommt man damit genau so weit wie mit einer schön gedruckten Fleischkarte.

Erwähnen möchte ich noch, daß die Zuteilung von Schlachtvieh in der letzten Zeit verschiedentlich geändert worden ist; das hob Herr Ohlendorf ja auch schon hervor. Es ist ja an sich nicht angenehm, daß die verschiedenen Änderungen eingetreten sind, aber die Verhältnisse werden zweifellos für die Stadt günstiger, denn jede neue Mitteilung gestattete, die Fleischration für den einzelnen zu erhöhen. Wir brauchen uns also über die Änderungen nicht zu beklagen und können den Behörden, die dafür gesorgt haben, nur dankbar sein. Bei der letzten Zuteilung wurde uns gesagt, daß wir wieder über das hinausgehen können, was wir festgesetzt haben, nämlich ein halbes Pfund für erwachsene Personen und Kinder über 8 Jahre,  $\frac{1}{4}$  Pfund für die halbe Brotkarte, also auch die Zusatzkarte. Jetzt haben wir so viel zugeteilt bekommen, daß wir unbedenklich für jede Person über zwei Jahre ein halbes Pfund in der Woche herausgeben können und für die Schwerarbeiter noch  $\frac{1}{4}$  Pfund besonders. Ich glaube, damit kann man einstweilen bei der Lage des Fleischmarktes in Deutschland zufrieden sein, und vor allen Dingen wird die Arbeiterschaft erkennen, daß sie hierbei besser wegkommt als die anderen Kreise der Bevölkerung.

**Stadtv. Niefe:** Ich wäre vor allem für eine zentralistische Beschaffung sämtlicher Nahrungsmittel, aber für eine dezentralistische zweckmäßige Verteilung. Was mich besonders veranlaßt, das Wort zu nehmen, ist, daß ich den Prozentfuß an Schweinen, der für die städtischen Schlachtungen zurückbehalten wird, nämlich 30 Stück, für zu gering finde. Wodurch sind die städtischen Schlachtungen entstanden? Wegen des großen Zutrauens zu unseren Schlachterm meistern? Nein, im Gegenteil. Wenn sie mir ein halbes Pfund aus den städtischen Schlachtungen anbieten, so könnte dagegen selbst ein Hosschlachter mir ein ganzes Pfund anbieten, und ich würde dafür danken. Die Wurst aus unseren Schlachtungen ist reines Schweinegut und damit kann man auskommen. Wenn nun hier versucht wird, das, was die Schlachter selbst sich entzogen haben, wieder von hinten herum durch Abknappern von den Lieferungen für die städtischen Schlachtungen ihnen zuzuführen, so kann ich das nicht gutheißen. Es werden alle Verbote nichts nützen, das Schmalz wird wieder hinausgehen. Die Schlachter hätten sich das nicht einbroden sollen; es ist nicht unsere, sondern ihre Schuld, und wir sind dazu da, das auszusprechen und dafür zu sorgen, daß alle Schäden möglichst gelindert werden. Wer die letzte Fleischverteilung auf der Schöppenstedterstraße bei Niebuhr und dem Allgemeinen Konsumverein gesehen hat, der muß den Kopf geschüttelt haben. Sonst war doch keine Polizei nötig! Allerdings jagten wohl auch sonst die Leute: „Ich komme vor Pfingsten nicht an die Reihe“, aber sie wären schließlich doch zu einem Bezuge gekommen. Bei dem letzten Verkauf aber kamen sie wegen der Unordnung nicht an die Reihe. Das Wesäl soll man den Leuten nehmen, daß sie doch nicht an den Verkauf herankommen können.

Es wäre am Plage, daß die städtischen Schlachtungen so lange aufrecht erhalten würden, bis Gewähr dafür geboten ist, daß man ein gleiches Produkt von unseren Schlachtern beziehen kann, daß wir nicht mehr solche Waren erhalten, wie wir sie jetzt von den meisten Schlachtern erhalten haben. Sie war, soweit ich sie gesehen habe, minderwertig, und doch war sie von Sachverständigen hergestellt. Es wird bemängelt, daß die städtischen Schlachtungen von einem Maler, dem Stadtverordneten Sander, und von einem Barbier, dem Stadtverordneten Bunge, geleitet worden sind. Aber von wem ging diese Äußerung aus? Von den großen Sachverständigen der Schlachterinnung. Damit schafft man doch keine Zufriedenheit, sondern man teilt die Bevölkerung nur noch weiter auseinander. Wenn man von seiten der Schlachter einseht, daß man nicht richtig gehandelt hat, dann mag man einsinken.

Von seiten des Herrn Diekmann ist eine Abrechnung über Schlachtung von Schweinen geliefert worden, die in ihren Unkosten reichlich hoch war. Deshalb möchte ich jetzt darauf dringen, daß uns von unseren städtischen Schlachtungen, soweit sie bisher gegangen sind, eine Abrechnung abgelegt wird. Das wünsche ich

nicht, weil ich vielleicht meinte, es seien die Schlachtungen bei den Genossen nicht in sichern Händen, sondern ich bin im Gegenteil davon überzeugt, daß diese Abrechnung im Interesse der gesamten Bevölkerung jedenfalls günstiger ausfallen wird als die von Herrn Diedmann. Damit wäre der Beweis geliefert, ob nur Sachverständige das Richtige treffen können, oder ob auch noch andere aus den Volksgenossen bei der Verteilung der Nahrungsmittel mit Erfolg arbeiten.

Sobald mehr Rindfleisch übrigbleibt und zu Wurst verarbeitet werden soll, muß man den Schlachtern auch Schweinefleisch überweisen. Ohne Schweinefleisch ist das nicht möglich, das weiß ich, der ich vor 40 Jahren auch als Hauschlachter gearbeitet habe, ganz genau, und wenn Sie mir eins der Vertragschweine schenken würden, wollte ich Ihnen das Fleisch schon zurechtmachen, und brauchte keinen Sachverständigen dazu. Also wenn es nötig ist, möge den Schlachtern Schweinefleisch geliefert werden, aber die vertragsmäßig der Stadt zu liefernden Schweine und die Schweine, die wir noch auf dem Schlachthause sitzen haben, mögen im Interesse der kleinen Leute und unserer weiteren Bevölkerung durch die städtischen Schlachtungen aufgebraucht werden. Dann erst kommen wir dahin, wohin wir wollen: daß bei einer gerechten Verteilung des Fleisches und Fettes auch die ärmeren Leute ihr Teil bekommen.

**Stadtv. Diedmann:** Die Auslassungen des Herrn Meyerhoff veranlassen mich, noch ein paar Worte hinzuzufügen. Die Herren wissen selber: Gegen meinen Willen bin ich von Ihnen in den Ernährungsausschuß gewählt. Daß es begründet war, daß ich mich mit Händen und Füßen dagegen sträubte, wird manch einer von Ihnen mir nachempfinden können. Ich habe seinerzeit, nachdem die Verteilung des sogenannten Abchlags dem Herrn Schlachthausdirektor übertragen worden war, sofort am andern Tage nach der vom Herrn Oberbürgermeister an mich ergangenen Aufforderung dieses Amt wieder angetreten, und zwar im Interesse der Verwertung des ganzen Abchlags, damit eine ordnungsgemäße Verteilung und Verteilung des Abchlags vorgenommen werden kann. Nicht etwa deshalb habe ich es getan, um mir oder meinen Leuten eine Arbeit zu schaffen. Und als mir angeboten wurde, einen Prozentatz dafür festzusetzen, habe ich mich damit nicht einverstanden erklärt, sondern gesagt: „Ich kann meine Unkosten genau berechnen; die werden mir vergütet und damit ist die Sache erledigt.“ Wenn ich bedenke, daß selbst das noch kritisiert werden könnte, dann wäre es vielleicht richtiger gewesen, ich hätte damals abgelehnt. Wenn nun nachträglich der andere Herr in der Kommission sich mit geringeren Provisionsätzen begnügt hat, so ist das eine Sache für sich. Es sind ihm vielleicht Gewissensbisse gekommen, daß er die Sache zu hoch geschraubt hat, und es ist vielleicht der Anfang davon, daß er sich eines Besseren befehrt.

Sodann möchte ich darauf zurückkommen, daß Herr Stadtrat Wagner sagte, er hege Zweifel, ob später, wenn die Schlachtermeister womöglich alle städtischen Schweine bekämen, die Qualität der Ware ebenso gut wäre, wie die von den in städtischer Regie geschlachteten Schweinen. Ich muß den Zweifel, der aus diesen Worten durchblickt, als ob die Braunschweiger Wurstindustrie minderwertige Wurst herstellt (Zwischenrufe) aufs entschiedenste zurückweisen. Wie hätte denn die Wurstindustrie in Braunschweig so groß werden können, wenn nicht gute Wurst von ihr hergestellt wäre! Ein solcher Zweifel geht doch entschieden zu weit, und ich kann diese Worte nicht unwidersprochen lassen. Ohne Überhebung können wir sagen: Braunschweig ist in dieser Industrie tonangebend. Wenn das Material, das im Herbst fertiggestellt wurde, nicht die Güte hatte wie früher, so liegt das an der Qualität der Schweine; das war nichts, wie halbfertige Ware. Fleisch war wohl daran zu finden, aber das Fett fehlte, und aus einem minderwertigen Material kann niemand besonders gute Wurst herstellen. Heute haben Sie die fetteren Schweine, nachdem durch die Maßnahmen der Regierung darauf hingewirkt wurde, daß die Schlachtungen eingeschränkt sind; da hält es nicht schwer, anständige Wurst zu liefern. Das kann der Laie allerdings nicht beurteilen! (Zuruf Wenzen: „Er schmeckt es aber.“)

Wenn nun gesagt wird, daß zunächst 30 Schweine für die städtischen Schlachtungen verbleiben sollen und die übrigen Schweine — das ist vielleicht das Doppelte — den hiesigen Schlachtermeistern zur Verfügung gestellt werden sollen, damit sie unter der Bedingung, daß die Kriegerfrauen berücksichtigt werden, der Braunschweiger Bevölkerung zugute kommen, so habe ich schon heute morgen darauf hingewiesen, daß das nicht in der Weise durchzuführen ist, wie es der Magistrat erhofft. Sie müssen berücksichtigen, daß nicht nur die Kriegerfrauen, die lediglich die Ware von all den Vertragsschweinen verkauft haben, sondern jetzt auch die Fleischermeister an dem Vertriebe der wenigen ihnen zur Verfügung gestellten Schweine teilnehmen wollen, und Sie können ihnen nicht zumuten, daß sie nur die Ware anfertigen und den Kriegerfrauen allein der Verkauf übertragen werden soll. Das ist doch wohl nicht der richtige Weg.

Es war weiter darauf hingewiesen, daß das Fleisch nach Kundenlisten verteilt werden soll. Das wird auch nie ein genaues Bild abgeben. Es gibt eine ganze Reihe von Kunden, die Fleisch beim Mindereschlächter bestellen und die Wurst vom Schweineschlächter holen. Das auseinanderzuhalten, wird furchtbar schwer werden, und ebenso schwer, den Schlachtermeistern auf ihre Kundenlisten ein bestimmtes Quantum zuzuteilen. Ich glaube, auch dieses bedarf der Klärung und muß bei Ausgabe der Fleischarten berücksichtigt werden.

Sodann erwähnte Herr Ohlendorf, daß die Leute vor der Ausgabe der städtischen Wurstwaren 5—6 Stunden haben stehen müssen. Das ist bedauerlich,

aber es wird selbstverständlich wieder aufhören, wenn erst wieder eine ganze Reihe von Schlachtermeistern in die Lage gesetzt wird, ihren Kunden wieder Ware geben zu können. Dann wird sich der Verkauf nicht bloß auf einige Stunden beschränken, sondern wird sich von früh bis spät erledigen lassen. Sie können versichert sein, daß dann auch wieder Ruhe und Frieden unter den Käufern eintreten wird, jedenfalls aber das Stehen auf der Straße ein Ende nimmt.

**Stadtv. Bunge:** Es ist ja in der jetzigen Zeit sehr schwer, alles bis auf den Z-Punkt so durchzuführen, wie man es möchte. Verordnungen und Gesetze überstürzen sich geradezu, und da immer mitzukommen, hält schwer. Das wissen wir, die wir in den Kommissionen sitzen, am besten, und wenn man glaubt, man hat es am besten gemacht, dann erfährt man die größte Klage. Dadurch dürfen wir uns aber nicht entmutigen lassen und müssen versuchen, neue Wege zu finden. Auch jetzt sind wir wieder vor eine derartige Frage gestellt. Wir wollen nicht darüber streiten, was das Richtigere gewesen ist, sondern vor allen Dingen darauf Bedacht nehmen, daß genügend Fleisch für die Bevölkerung an den Markt kommt und in ausgiebiger Weise für gute Ware gesorgt wird. Es hat ja jeder von Ihnen schon erfahren, welcher Dreck geradezu zu hohen Preisen der Stadt nicht nur angepriesen, sondern auch verkauft ist. Ich will nur daran erinnern, daß wir hier in der letzten Zeit eine derartige Serie Waren bekommen haben, bei der die Stadt jedenfalls viel Geld zusehen wird, und von der die meisten sagen: „Einmal und nicht wieder“, nämlich dieses Kraftfleisch, was von auswärts bezogen ist. Es hat sich herausgestellt, daß 7 Teile davon Wasser und nur 3 Teile Fleisch sind. In einem Pfunde, das 3,60 M kostet, ist für 80 Pfennig Fleisch enthalten und für 2,80 M Wasser. Bedenken wir diesen Fall, so haben wir alle Ursache, darauf zu dringen — da stimme ich mit Herrn Nieke überein —, daß möglichst gute Ware von unseren Schlachtern fabriziert wird, wenn sie von unseren Vertragschweinen erhalten. Wir wollen wissen, was aus unseren Schweinen hergestellt werden kann, und deswegen halten wir es für am Plage, daß die städtischen Schlachtungen ihren Weg weitergehen, wenn auch vorläufig in beschränktem Umfange.

Die Verteilung der Schweine an die Schlachter vorzunehmen, wird allerdings sehr schwierig sein, und auch die Schlachterinnung wird damit zunächst festfahren. Wenn sie die 50—60 Kriegerfrauen mit Fleisch- und Wurstwaren versehen will, muß sie mindestens eine Zentrale haben, wo diese angefertigt werden. Nicht jede Kriegerfrau kann einen Gesellen bekommen, der selbstständig arbeiten kann. Auch das Rindfleisch, das diese Frauen bekommen sollen, muß zurechtgehakt werden. Bei den städtischen Rinderschlachtungen haben wir den ganzen Tag einen Mann stehen gehabt, der das Fleisch ordnungsmäßig zerlegte. Es soll auch so geschnitten werden, noch dazu bei Abgabe von halben Pfunden, daß das Fleisch nach

etwas aussieht und in den Kochtopf gebracht werden kann. Wenn die Schlachtereinnung in dieser Weise vorgehen will, daß sie den Frauen die Ware in fertigem Zustande liefert, dann muß sie eine Zentral-Schlachtereieinrichtung, anders wird sie nicht zum Ziele kommen.

Herr Stadtrat Wagner sagte schon, wenn die von uns in Aussicht genommenen sechs Frauen die Waren aus den städtischen Schlachtungen verkaufen wollen, so können sie Kundenlisten nicht anlegen. Die Sache liegt doch so, daß der größte Teil der städtischen Bevölkerung von den städtischen Schlachtungen etwas haben will. Deshalb würde ich bitten, bei dem Vertriebe dieser Fleischwaren in der Weise zu verfahren, daß eine ganze Reihe von Nummern mit einem Male ausgegeben wird, nicht etwa nur 200—500 Nummern vor jeder Verkaufsstelle zu verteilen, sondern eine ganze Serie von mindestens 3000 Nummern für jede Verkaufsstelle. Wenn weniger verteilt würden, dann würden nur diejenigen Nummern erhalten, die sich nach vorn drängen können, und die würden dann jede Woche wiederkommen. Als die Festsetzung des Fleischanteils für jede Woche auf ein halbes Pfund oder ein Viertel angekündigt wurde, da war auch ich der Meinung, die Nummern hätten keinen Wert mehr, noch dazu, wo 60 Kriegerfrauen und der Konsumverein Verteilungsstellen für Fleisch bekommen hatten. Ich hielt es für unmöglich, daß noch fernerhin Andrang bei den städtischen Verkaufsstellen stattfinden könnte, wo doch jedem sein Viertelpfund garantiert ist. Ich hatte mich geirrt, die Drängerei vor den städtischen Verkaufsstellen war kolossal. Bei den Schlachtern allerdings drängten sich die Leute nicht, da gingen sie erst hin, als es bei uns nichts mehr gab. So wird es immer wieder kommen, und deshalb dürfen auch nicht die alten Nummern wieder aufs neue in Kraft gesetzt werden. Dann würde es ein Durcheinander geben. 400 bis 500 von den früheren Nummern sind schon ausgegeben, welche sind nun an der Reihe? Ich habe zwar früher gesagt, es sei nicht richtig gewesen, die ganz zuerst ausgegebenen Nummern für ungültig zu erklären und neue Nummern auszugeben. Aber für diesen Fall ist es doch ratsamer, daß wir wieder neue Nummern ausgeben, und zwar in ausgedehnter Weise.

Sodann möchte ich bitten, die Verteilung der Nummernkarten nicht in den Geschäften vornehmen zu lassen, sondern dafür Plätze zu nehmen, wo man den Leuten in besserer Weise ihre Nummern zuteilen kann. Eine Nummernverteilung in der Weise, wie ich sie für das Büchsenfleisch gesehen habe, ist jeder Beschreibung. Trotzdem vier Polizeibeamte dabei tätig waren, sind die Nummern nur so umhergefliegen, die Leute haben sich gegenseitig darum gerissen, und anstatt der Nummern hatten sie dann jeder einen Fetzen Papier in der Hand. Von vornherein muß die Ausgabestelle dafür sorgen, daß genügend Raum zur Aufstellung zur Verfügung ist, und daß die Ausgabe selber möglichst in Häusern vor sich geht, damit sich die Frauen nicht erst um die Nummern reißen, die Schirme dabei ent-

zweischlagen und die Kleider vom Leibe reißen müssen. Der Verkauf geht dann auch glatt vonstatten. Leicht ist die Nummernausgabe manchmal nicht, aber wir müssen in den sauren Apfel beißen. Ein Kollege von mir hat die Verteilung in bester Weise ausführen können, indem er die Leute im Konsumverein auf der einen Seite zum Tor hereingelassen hat und auf einer anderen Seite wieder heraus. Hauptsache ist, daß von vornherein viele Nummern ausgegeben werden. Dann wird auch Befriedigung in die Bevölkerung hineinkommen, und viele Schlachter werden sich an unseren städtischen Schlachtungen ein Vorbild nehmen.

**Stadtv. Frede:** Ich würde die Besprechung nicht durch weitere Ausführungen verlängern, wenn nicht dem Wunsche, der in meinem Antrage zum Ausdruck gekommen ist, von den Herren Ohlendorf und Stegmann widersprochen wäre.

Herr Stegmann äußerte sich dahin, er finde es eigentümlich, daß ich hätte sagen können, es wäre am Sonntage noch so viel Fleisch vorhanden gewesen. Die Sache ist ja erledigt durch die Ausführungen des Herrn Stadtrat Wagner, der dargelegt hat, daß tatsächlich sehr viel Fleisch übriggeblieben ist, und auch den Grund dafür angegeben hat.

Die beiden genannten Herren und auch Herr Rieke bedauern, daß die Anfrage möglicherweise das Mittel hergeben könne, um auf einem Umwege wieder in den früheren Zustand zurückzukommen, daß die städtischen Schlachtungen aufhören und die gesamte Verarbeitung des Schweinefleisches wieder den Schlachtermestern überwiesen würde. Nun, das halte ich doch für einen Zustand, der unbedingt wiederkommen muß, und der durchaus keinen Schaden stiften würde, wenn man Bürgerschaft dafür hätte, daß die Schlachter so vorgehen, wie sie im Interesse unserer Stadt vorgehen müssen. Ich gebe Herrn Rieke recht, daß die städtischen Schlachtungen allerdings durch das Verhalten der hiesigen Schlachtermester verursacht sind, aber selbstverständlich ist es doch auch, daß später der frühere Zustand wieder erreicht wird. Ein krummer Weg kann das nicht sein, was ich in der Begründung gesagt habe, sondern genau dasselbe, als wenn Herr Rieke sagt: „Ich bin ein alter Praktiker und weiß, daß aus reinem Rindfleisch keine brauchbare Wurst gemacht werden kann.“ Aus dem Grunde wünsche ich, daß den Schlachtern zur Verwertung des unverkauft gebliebenen Rindfleisches Schweine überwiesen werden. Etwas anderes habe ich nicht gesagt und glaube, daß ein weiteres Hineininterpretieren in meine Worte nicht statthaft ist.

Herrn Ohlendorf gegenüber möchte ich noch erklären: Gegen die Fleischkarten bin ich durchaus nicht. Ich glaube vielmehr, daß das die einfachste und gerechteste Regelung sein würde.

**Stadtrat Wagner:** Schon vorhin erwähnte ich, daß die Fleischer von den der Stadt zur Verfügung stehenden Schweinen nur das Doppelte zugewiesen be-

kommen würden von dem, was die Stadt selbst verarbeiten würde. Damit wäre nicht viel anzufangen, wenn man beabsichtigte, daß die Geschäfte der Kriegerfrauen (das sind einige 50) mit diesen wenigen Schweinen auch noch versorgt werden sollen. Das trifft aber nicht zu. Einmal kommen nicht nur die sogenannten Vertragsschweine, die wir von der Landwirtschaftskammer überwiesen bekommen, in Betracht, sondern noch eine große Anzahl von anderen Schweinen, die uns nach dem Verteilungsplane der Hannoversche Viehhandelsverband liefern muß (Zuruf: Die aber nicht kommen!). Es sind das ganz bestimmt festgelegte Summen, die wir zu beanspruchen haben. Diese kommen also hinzu, und das verbessert unsere Verhältnisse ganz bedeutend. Ferner kommt in Betracht, daß die Kriegerfrauen, die bis jetzt durch den Verkauf für die Stadtschlachtungen beschäftigt waren, nicht nur Schweinefleisch überwiesen bekommen sollen, sondern auch Fleisch von anderen Tieren, also Rindfleisch und Hammelfleisch.

Was die Nummernverteilung anbetrifft, so ist es richtig, daß wir gut daran tun werden, gleich auf einmal viele Nummern herauszugeben, damit die Reihenfolge ein für allemal festgelegt ist. Wenn wir das beim letzten Male, als Nummern ausgeteilt wurden — ich glaube bei den Nummern für Büchsenfleischverteilung — nicht getan haben, so ist das dadurch veranlaßt, daß diese Maßnahme wieder in größter Hast durchgeführt werden mußte. Ich konnte vom Rathause aus nur den Druck der Nummern in aller Eile erreichen und die nötigen Karten zur Verteilung wegschicken. Ich hatte geglaubt: Wenn wir vorher in der ganzen Tagespresse bekanntgeben, daß die Nummern durcheinander gemischt sind, und daß auch der, wer zu allererst kommt, ein schlechtes Los ziehen kann, dann würden die Leute nicht so unvernünftig sein und sich lange aufstellen. Es ist aber doch wieder der Fall gewesen. Als damals beim ersten Abschlagesverkauf unter dankenswerter Unterstützung von Gewerkschaften die Nummernverteilung vorgenommen wurde, bin ich nach den meisten Stellen gefahren und habe gesehen, daß schon fast kein Mensch mehr vorhanden war, der Karten begehrte. Die Helfer sind zwei Stunden vor Beginn der angelegten Zeit dagewesen, haben den ungefähr 50 Personen, die schon dastanden, Nummern gegeben und ihnen gesagt: „Wenn die Läden geöffnet werden, kommt ihr nach Ausweis der Nummern an die Reihe. Heute kommt Nummer 1 bis 100 an die Reihe, die anderen müssen aufpassen, bis ihre Nummern im Blatte stehen.“ Darauf haben sie nur denjenigen, die nachher einzeln hinzukamen, eine Nummer in die Hand zu drücken brauchen, und so ist jeder Auslauf vermieden worden. Das hatte ich auch bei den Karten für das Büchsenfleisch erwartet, habe mich aber getäuscht; wir müssen die Verteilung also wieder anders einrichten.

Die Beibehaltung der Nummern neben der Fleischkarte oder neben der Lochung des Mittelstücks der Brotkarte halte ich für angebracht, weil sonst tat-



schließlich immer wieder dieselben Leute es fertigbekommen, in jeder Woche bei Ausgabe von Fleisch vornanzustehen, während andere, Bescheidene und weniger Kräftige, nie etwas bekommen würden. Das läßt sich nur durch eine Nummernfolge beseitigen.

Stadtv. **Sander:** Es kann keiner bestreiten, daß bei den Stadtschlachtungen nach und nach ein Zustand geschaffen ist, der befriedigend gewesen ist. Wir haben so lange gesucht und gutgemeinte Ratschläge angenommen, bis wir nach unserer Meinung dahin gekommen sind, allgemeine Befriedigung hervorzurufen zu haben. Allgemeine allerdings doch nicht, denn es beklagen sich der Mittelstand und die reicheren Leute, daß es ihnen nicht möglich sei, Fleisch von uns zu bekommen, weil sie sich nicht hinstellen können. (Zuruf: Das können sie ebenjogut!) Es hat sich aber gezeigt, daß nach den letzten Nummernverteilungen sich jeder hat dazwischen stellen können, da die Sache ordnungsgemäß gehandhabt wurde. Ob eine Frau in Hut oder mit Schleier oder Tuch um den Kopf angekommen ist, es hat ihr niemand etwas zuleide getan, sie hat ihre Waren in Empfang nehmen können. Diese Beschwerde ist also gewissermaßen auch behoben. Die Verkäufe selbst gingen ruhig vor sich; es ist schon von Herrn Ohlendorf angeführt, daß wir keine Polizei nötig gehabt haben. Meistens waren die Verkäufe um 6 oder  $\frac{1}{2}$  7 Uhr zur allgemeinen Zufriedenheit vollzogen. Um so mehr mußten wir uns wundern, als vom Magistrat aus die Verfügung kam, daß die Nummern nicht mehr gelten sollten. (Widerspruch des Herrn Stadtrat Wagner.) Dann haben wir uns nicht verstanden, Herr Stadtrat. Ich freue mich, daß der Herr Stadtrat wieder der Meinung ist, daß neben den Brotkarten die Nummernkarten wieder Geltung bekommen sollen. Ich weiß aber nicht, ob es noch zu ermöglichen ist, die alten Nummern wieder zur Geltung zu bringen, denn an vielen Stellen werden sie nicht mehr aufgehoben, sondern einfach weggeworfen sein. Sollte das nicht der Fall sein, dann wäre es ein Akt der Gerechtigkeit, wenn man bekanntmachte, daß die Nummern, die noch nicht an die Reihe gekommen sind, jetzt wieder in ihre Rechte eingesetzt sind.

Dann sprach Herr Riefe von der Abrechnung über die städtischen Schlachtungen. Herr Dieckmann hat schon in seinem Eingefandt darauf hingewiesen, daß die Stadtverordneten der Abrechnung nunmehr bald entgegensehen können. Nun glaube ich aber, der Schlachtungsauschuß ist nicht berechtigt, der Stadtverordnetenversammlung eine Abrechnung zu geben, sondern muß sie dem Magistrat geben, und der Stadtmagistrat kann sie ja nachher den Stadtverordneten unterbreiten. Die Abrechnung ist übrigens fertig und wird demnächst dem Magistrat überreicht werden. Wenn Herr Dieckmann sein Befremden darüber ausgedrückt hat, daß er über die Abrechnung noch nichts gehört hat, so kann ich nur sagen, daß mir das von Herrn Dieckmann befremdend vorkommt. Er ist Mitglied dieses

Schlachtungsausschusses, und wenn er seine Pflicht als Mitglied dieses Ausschusses getan hätte, wäre er jeden Tag in der Lage gewesen, sich von dem Stande der Dinge zu überzeugen. Aber er hat sich einfach nicht um die Sache gekümmert und hat sie Herrn Bunge und mir überlassen. Uns ist das reichlich viel geworden; wir haben gewiß nicht alles gleich so gemacht, wie es vielleicht nötig gewesen wäre, ohne daß Schaden für die Sache entstände. Um so mehr ist es aber zu mißbilligen, daß Herr Dieckmann in seinem Eingekandt darauf hinwies, daß es nötig sei, eine Abrechnung zu bekommen. Richtig gewesen wäre es, wenn er zu mir gesagt hätte: „Herr Sander, als Mitglied des Ausschusses wünsche ich zu wissen, wie die Sache steht.“ Er ist aber nicht zu mir gekommen, hat sich um die Sache nicht gekümmert und fällt uns vom Schlachtungsausschuß in den Rücken mit seinem Eingekandt. Das ist befremdend. Die Abrechnung bis Ende des Monats Mai wird morgen dem Magistrat übergeben werden. Das eine kann ich daraus erwähnen: daß wir bei diesen Stadtschlachtungen kein großes Geschäft für die Stadt gemacht haben, auch nicht haben machen wollen. Unser Prinzip war, den Leuten eine gute Ware zu liefern, nicht aber, für die Stadt Geld herauszuschlagen. Dabei sind wir zu der Erkenntnis gekommen, daß die Höchstpreise, die Herr Dieckmann in seinem Eingekandt auch bemängelt hat, nicht zu niedrig bemessen sind, denn wenn die Schlachter dieselben Waren fertigen, wie wir es fertiggebracht haben, und gut dabei ausgekommen sind, dann werden sie unseren Erfahrungen nach auch einen Nutzen, den sie natürlich haben müssen, aus ihrer Arbeit herausbringen. (Zuruf des Stadtv. Wesemeier: Die Schlachter haben auch in den vorigen Jahren gute Verdienste gehabt!)

Selbstverständlich nutzen die Schlachter die Sachen noch besser aus, als wir es haben tun können. Es ist ja vorhin schon angedeutet, daß von den Schlachtern gesagt ist: „Der eine Leiter der Probeischlachtungen ist Maler, der andere Barbier; was verstehen die Leute davon!“ Wir haben nach bestem Wissen die Schlachtungen ausgeführt, wie wir es gekonnt haben. Ich freue mich, daß die Güte der Ware anerkannt ist und Beifall erregt hat. Ich bin im voraus schon überzeugt, daß auch die Abrechnung zur Zufriedenheit der Herren Stadtverordneten ausfallen wird. Mehr können wir nicht verlangen, und damit sind wir, Herr Bunge und ich, die wir die Hauptarbeit davon gehabt haben, zufrieden.

**Stadtv. Steinbrecher:** Wenn Herr Dieckmann dazwischengerufen hat, daß die Lieferungen des Hannoverschen Viehhandelsverbandes jedenfalls nicht in voller Zahl eintreffen werden, so werden wir wohl in der nächsten Zukunft zu befürchten haben, daß die Zufuhr an Vieh nur schwach sein wird und deshalb nicht jeder Einwohner das volle Quantum bekommen kann, mit dem wir jetzt rechnen. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß dieser Zustand des Viehmangels erst

in den nächsten Monaten beseitigt wird. Tritt dieser Zustand ein, dann könnte nicht jeder Einwohner Braunschweigs eine volle Fleischkarte bekommen, und es wäre angebracht, daß wir in dem Falle diejenigen Einwohner nicht mit Fleischkarten versorgen, die sowieso viel für sich zurückgelegt haben. Diese Einwohner ausfindig zu machen, müßte möglich sein; schon durch die Bestandsaufnahme des Magistrats müßte sich das ermitteln lassen. Wer vielleicht 50 Pfund an Fleischwaren zurückgelegt hat, braucht doch für die nächsten Monate nicht die Fleischkarte zu erhalten. Oder will der Magistrat auch diesen Einwohnern die Fleischkarte zustellen? Ich bin der Meinung, daß das nicht nötig ist und das dadurch zur Verfügung stehende Fleisch den anderen Einwohnern zugebilligt werden kann.

**Stadtv. Diedmann:** Wenn ich vorhin den Zwischenruf gemacht habe, so hatte das seine Berechtigung, denn wir werden die Schweine, die der Viehhandelsverband unserer Stadt versprochen hat, nicht bekommen. Ich bin fest überzeugt, daß er uns vor dem Herbst keine Schweine liefern wird. Die vergangene Zeit der letzten beiden Monate hat auch gelehrt, daß wir die versprochenen Schweine nicht bekommen haben; von den 200 Schweinen sind uns nur 2 geliefert. Deshalb war mein Zwischenruf wohl berechtigt.

Ich kann es nicht unterlassen, auf die verschiedenen Anzapfungen, die mir von seiten des Herrn Bunge und des Herrn Sander zuteil geworden sind, etwas näher einzugehen; das werden die Herren verständlich finden. Ich komme mir selber bald wie ein Laie vor, der kaum einmal durchs Geschäft gelaufen ist, und wenn ich nicht den Erfolg für mich hätte, möchte ich mir fast sagen, ich wäre ein großer — Niese. Die Auslassungen des Herrn Bunge lassen den Gedanken auftauchen, als wenn in dem Schlachtungsausschuß die Leitung eine ganz andere und bessere wäre, als wenn ein Fachmann darin säße. Ich will gegen die Herren durchaus nichts Nachteiliges vorbringen; sie haben ihre Schuldigkeit getan, so gut sie es vermochten. Aber die Überhebung, die sich Herr Bunge anmaßt, muß ich doch zurückweisen, und kann das um so mehr tun, als er gerade erst vor einigen Tagen in eine unangenehme Lage gekommen ist, die einem F a c h m a n n nicht passiert wäre: Es haben vier Schweine aus den Lieferungen an die Stadt sozusagen „notgeschlachtet“ werden müssen. Sie sind abgestochen angekommen, und da sie über 24 Stunden im Eisenbahnwagen gelegen haben, haben sie nur zu einem Viertel der Freibank überwiesen werden können, während der andere Teil unbrauchbar geworden ist. Ich hätte das hier nicht vorgebracht, aber die Herren zwingen einen ja dazu, das aus Licht zu bringen, was dort passiert. Damit ist der Stadt auch ein Verlust von vielleicht 1500 M entstanden, und es ist schade um das schöne Schweinefleisch, das zugrunde gegangen ist.

Herr Bunge berichtete, die Schweine würden auf dem Schlachthause immer

schwerer. Ich habe in der Innung herumgefragt und nur gehört: Bei uns werden sie dort immer leichter. Herr Bunge beweist es, daß sie zugenommen haben, dadurch, daß er sie nachwiegen läßt. Das ist aber jedenfalls geschehen, nachdem die Schweine gefressen haben, anders ist die Gewichtszunahme dort nicht möglich.

Den Einwurf des Herrn Sander wegen Pflichtverletzung muß ich zurückweisen. Ich habe auch keinen Anstand genommen, zu Herrn Sander zu gehen, und in der ersten Zeit fragte er mich auch um Rat. Als ich aber einjah, daß es doch anders gemacht wurde, als ich angegeben hatte, habe ich mir gesagt: „Was sollst du dich darum kümmern, sie tun doch nach ihrem Belieben. Nachher bekommt du dann die Nachenschläge.“ Die Sache ist ja in guten Händen, und Herr Sander wird morgen den Beweis dafür geben.

Es hat Freude hervorgerufen, daß der Schlachtungsausschuß imstande war, vorzügliche Wurst zu liefern, die Stadt wollte ja auch kein Geschäft dabei machen; aber Sie können doch nicht einem Gewerbetreibenden zumuten, daß er unter den gleichen Bedingungen arbeitet, daß er bei seiner Arbeit nichts verdient. Der Magistrat verlangt seine Steuern, und die nächste Folge ist, daß wir verdienen müssen, um Steuern bezahlen zu können. Nebenbei will man doch auch mit seiner Familie von dem Geschäfte leben, das man treibt. Es hat also seine Berechtigung, wenn die Unkosten in der Weise angesetzt sind, wie es von mir geschehen ist. Ich betone nochmals: der Ausdruck Pflichtverletzung war nicht am Platze. Ich glaube, auch meine Schuldigkeit getan zu haben, wenn das auch hier nicht allgemein anerkannt wird.

**Stadtrat Wagner:** Herr Steinbrecher erwähnte, daß der Hannoversche Viehhandelsverband diejenigen Viehmengen, die vorgeschrieben sind, nicht liefern würde. Mit einer solchen Möglichkeit muß man rechnen. Ich kann dazu sagen, daß wir uns eine Reserve an Fleisch zurückgestellt haben, die für einen solchen Fall unsere Einwohnerschaft genügend sicherstellen würde, und zwar ist dieses das Fleisch, das wir als Konserven vorrätig haben.

Sodann regte Herr Steinbrecher an, denjenigen Familien, die Fleischvorräte in nennenswerter Menge haben, diesen Vorrat bei Ausgabe der Fleischkarten anzurechnen. Auch ich habe diesen Gedanken gehabt und mir bereits überlegt, welche bestimmten Vorschläge ich dem Magistrat und der Preisprüfungsstelle machen würde. Man muß aber erst einmal nach der Sortierung der Anmeldungen, die vorgestern fertig geworden ist, herausziehen, bei welchen Familien mehr als 30, 40, 100 Pfund vorhanden sind — größere Mengen sind nur sehr wenig angemeldet. Allerdings haben diejenigen, die die größten Vorräte haben, die Meldarten vielleicht gar nicht ausgefüllt, denn die Aufforderung dazu war so gefaßt, daß nur diejenigen, die Anspruch auf Zuteilung aus der Fleischkarte erheben

wollten, die wahrheitsgemäße Ausfüllung der Karte vornehmen müssen. Die Ummeldung der übrigen Personen müßte also noch nachgeholt werden. Bei Beurteilung dieser Ummeldungen muß insoweit vorsichtig verfahren werden, als man geringe Mengen von Vorrat nicht ohne weiteres für die Fleischkarte anrechnen darf, denn sonst würden diejenigen Leute, die ein eigenes Schwein gemästet haben, und damit doch auch der Allgemeinheit einen gewissen Dienst erwiesen haben, sich weigern, das in Zukunft wieder zu tun. Sie würden sagen: „Ich werde mich hüten, das damit verbundene Risiko zu übernehmen und mir noch dazu Arbeit zu machen.“ Ferner wird man natürlich berücksichtigen müssen, wie groß die Kopfzahl des Haushalts ist. Wenn in Landwirtschaften soundso viel Kriegsgefangene mit zu beschäftigen sind oder eine Reihe von Kriegsteilnehmern, so muß eine angemessene Menge dafür freigegeben werden, sonst wird der beabsichtigte Zweck der Zusammenstellung nicht erreicht.

Eine bestimmte Menge wird auf den Fleischkarten für die einzelne Woche nicht festgelegt sein, wie das auch in Berlin geschehen ist, denn wenn die Anlieferung von Vieh sich beschränken sollte, wie wir es in den letzten Wochen erlebt haben, dann ist es richtiger, in den Tageszeitungen bekanntzumachen: „Bis auf weiteres gilt jeder Wochenabschnitt für soundso viel Gramm“, und wenn sich das wieder ändert: „Von jetzt ab gibt es soundso viel Gramm.“ Wenn dann noch die Fleischer verpflichtet werden, die wöchentliche Menge für eine Karte durch Aushang bekanntzugeben, so sind durch Einführung der Fleischkarte weniger Übelstände zu erwarten, als wenn wir eine feste Grammmenge auf der Karte stehen haben und in einer Woche, wo das Fleisch knapp ist, eine Reihe von Leuten ihr Teil abheben, während für die letzten nichts mehr übrigbleibt. Dann wäre die Erregung wieder da.

Ich darf zuletzt noch erwähnen, daß die Nummernausgabe, die zweckmäßigerweise nicht auf den Straßen oder in den Geschäften erfolgt, so erledigt werden kann, daß wir, wie wir planen, die Stadt für die Nahrungsmittelversorgung nach den inneren und äußeren Vorbezirken in 16 Bezirke teilen und für jeden Bezirk einen ehrenamtlichen Ausschuß mit einer besoldeten Schreibkraft einsetzen, der die nötige Arbeit, soweit sie nicht überwacht werden muß, besorgt. Dort kann die Ausgabe der Brotkarten, der Fleischkarten, der Zuckerkarten, der Butternummern, die Ummeldung bei Umzügen und Verreisen von Personen usw. usw. erledigt werden. Auf diese Weise bekommen wir eine Dezentralisierung und beseitigen den unangenehmen Zustand des Andrangs im Rathause, der nach jeder Neuausgabe von Karten entsteht und den Leuten viel Zeit durch Warten kostet.

**Stadtrat von Frankenberg:** Im Anschluß an die letzten Worte des Herrn Stadtrat Wagner möchte ich denjenigen Herren, die damit noch nicht näher be-

kannt geworden sind, mitteilen, daß der Stadtmagistrat sowohl an die Vorstände der vier Torbezirksvereine wie auch an das hiesige Gewerkschaftskartell sich mit der Bitte gewandt hat, geeignete Kräfte namhaft zu machen, die für dieje Brotausschüsse, in Berlin Brotkommission genannt, geeignet sein würden. Von dem Gewerkschaftskartell und einem der Bezirksvereine haben wir bereits Antwort bekommen. Ein anderer Torbezirksverein hat sich noch nicht schließig gemacht, und wieder ein anderer hat erklärt, daß er in kurzer Frist nicht zusagen könnte, vielleicht könnte das in der nächsten Woche geschehen. Es ist vielleicht nicht unwirksam, wenn ich in dieser Versammlung darauf hinweise, daß dem Magistrat an recht rascher Erledigung sehr gelegen ist. Die Herren Stadtverordneten haben Einfluß auf die Distriktsvereine, und ich bitte Sie, darauf hinzuwirken, daß wir bis spätestens Sonntag die entsprechenden Antworten bekommen. In vier Wochen müssen die neuen Brotkarten ausgegeben werden, und wenn erst in unbestimmter Zeit die Bezirksvereine uns Vorschläge machen wollen, dann ist uns damit nicht so gedient, als wenn möglichst viele geeignete Personen bald genannt werden, wie denn auch das Gewerkschaftskartell dies in dankenswerter Weise fast umgehend besorgt hat.

**Stadtv. Bunge:** Wer die Ausführungen des Herrn Dieckmann von vorhin gehört hat, der mußte glauben, daß wir alle Ursache hätten, im geheimen zu verhandeln und möglichst alles zu vertuschen, trotzdem Herr Dieckmann selbst in der Preisprüfungsstelle und im Schlachtungsanschuß ist. Er hat versucht, hier etwas hervorzuzerren, was als bedeutend gelten soll. Dazu muß ich für mein Teil sagen, daß er ziemlich vorbeigeschossen hat, und daß ich ihm viel besser dienen könnte; Material dazu habe ich, aber ich glaube nicht, daß es heute im Interesse der Sache liegt, das vorzubringen. Vielleicht ist es Zeit, wenn die Abrechnung zur Kritik gestellt wird, Herrn Dieckmann das zu sagen, was ihm eigentlich schon längst gesagt werden mußte, und von dem ich ihm vieles schon in unseren engeren Sitzungen gesagt habe. Nur feststellen möchte ich, daß tatsächlich unsere Schweine während des Aufenthalts im Schlachthause schwerer werden, und das ist erklärlich, weil sie dort Nahrung zu fressen bekommen. Das habe ich schon in einer früheren Stadtverordneten Sitzung festgestellt.

Was Herr Dieckmann vorhin von den vier Schweinen erwähnte, dreht sich um folgendes: Ich hatte Auftrag, in Groß Steinum von Herrn Bloß 28 Schweine abzunehmen, auch in Luningen noch einige. Ich habe stets und ständig bei unseren Schlachtungen den Auftrag gehabt, das Gewicht der Tiere zu prüfen. Die Verladung besorgt der betreffende Besitzer selber, vielfach aber, wenn ich Zeit gehabt habe, und wenn es an Leuten gefehlt hat, habe ich auch das mitgemacht. In Königsutter hat sich nun folgendes herausgestellt: Als Herr Bloß, der uns im

Laufe dieses Winters schon 150 fette Schweine geliefert hat, diese 28 Schweine zum Bahnhofe gefahren hatte, wurde ihm von einem Schlachter in Uniform der Rat gegeben, er möchte die vier Stück, um die es sich hier handelt, lieber gleich ab-schlachten lassen, denn es wäre sehr ungewiß, ob sie den Transport nach Braun-schweig überstehen würden. Daraufhin ist der Tierarzt zu Räte gezogen, der auch Bedenken über den Zustand der Tiere geäußert hat, denn es war an dem Tage sehr schwül, während es am Tage vorher drei Gewitter gegeben hatte. Herr Glock hat nun die Schweine abstechen lassen. Die Schlachter in Königsutter wollten die Schweine haben und dort verkaufen. Der Tierarzt hatte sie für einwandfrei er-klärt. Darauf hat Herr Glock in Braunschweig angefragt, was aus den Tieren werden solle. Von dem Schlachthausdirektor Koch ist ihm darauf geantwortet: er solle die Eingeweide herausnehmen, die Schweine verladen und sofort nach Braunschweig schicken. Ein Fachmann also, Herr Dieckmann, hat das angeordnet, der vielleicht mehr versteht als Sie (Zuruf des Stadtv. Dieckmann: Das ist zu bezweifeln.). So sind die Schweine nach Braunschweig gekommen; um ½10 Uhr sollten sie hier auf dem Nordbahnhof sein. Da sind sie allerdings noch nicht hier gewesen, aber um 1 Uhr hatten wir sie vom Westbahnhof durch ein Fuhrwerk nach dem Schlachthause gebracht. Nicht 24 Stunden sind sie unterwegs gewesen, sondern von 5—1 Uhr, 8 Stunden und waren trotzdem zum größten Teil nicht verwen-dungsfähig für die Stadt Braunschweig. Der Speck von den Schweinen ist ent-nommen und das Fett und die Flomen nach der Talgschmelze gesandt. Herr Dieckmann wird doch nicht behaupten, daß es einem Fachmanne nicht passieren könnte, daß unterwegs ein Schwein abgestochen werden müßte; ich habe schon oft solche Tiere gesehen. Herr Dieckmann hat selbst zu uns gesagt: „Warten Sie man erst einmal die Zeit ab, was alles noch passieren wird!“ Es ist hier das erstemal, daß etwas passiert ist. Herr Dieckmann hat uns so oft gesagt: „Jetzt habt ihr Überschuß, aber wartet erst einmal ab, was ihr noch alles zujegen müßt!“ Wir haben bis jetzt glücklicherweise alle Schwierigkeiten überwunden, und wenn wir uns näher über die Einzelheiten auseinandersetzen, dann werden Sie wohl noch einen rötteren Kopf bekommen, als Sie ihn in einer Sitzung schon einmal gehabt haben. Darauf können Sie sich verlassen!

Stadtv. **Steincke:** Ich kann das angeschnittene Kapitel noch um etwas er-gänzen. Es ist mir in voriger Woche die Nachricht geworden, daß aus unserer Stadt 100 Zentner Schmalz nach auswärts angeboten sind. Ich habe diese Nach-richt aus zuverlässiger Quelle, sonst hätte ich sie hier nicht vorgebracht. Ich habe in dieser Sache einen Herrn ins Vertrauen gezogen und um seine Ansicht gefragt. Er sagte mir, der Anbietende brauche gerade kein Fleischermeister oder Wurst-fabrikant aus der Stadt zu sein, es könne sich auch um einen sogenannten Schie-

ber, vielleicht aus Hamburg oder Bremen, handeln, der sich hier aufhält und Handel treibt. Der Mann kann die 100 Zentner Schmalz in Helmstedt aufgekauft haben und bietet sie nun telegraphisch oder telephonisch nach Hamburg an. Aber es kann auch anders sein; es kann auch ein hiesiger Herr sein, der nicht Gewissen genug hat, um die Situation hier richtig zu erkennen, und der nicht das lokalpatriotische Empfinden hat, das man von ihm erwarten dürfte, der also trotzdem die Ware nach auswärts angeboten hat. Fest steht das aber noch nicht, und ich will deshalb auch gegen unsere Wurstfabrikanten keinen Vorwurf erheben; aber der Fall wäre doch immerhin einer Nachprüfung wert. Ich kenne den Namen des Betreffenden, der das Angebot abgegeben hat, nicht; ich kenne aber eine amtliche Quelle, die davon Mitteilung gemacht hat. Die Person darf aber nicht genannt werden, weil der betreffende Beamte geschützt werden muß. Er darf keine Aussagen darüber machen, denn über dem Telegramm ruht das Postgeheimnis. Ich muß sagen: Es ist tief bedauerlich, wenn in dieser Zeit unter Umständen Schieber unter dem Schutze des Postgeheimnisses arbeiten können. Da müßte das Reich mit den städtischen Behörden zusammengehen. Wenn die Reichsbehörden Kenntnis davon erhalten, daß ein Schieber trotz des Verbots, nach auswärts Fettwaren zu liefern, solche Waren anbietet, so müßte sie dafür eintreten, daß der Mann festgenommen wird. Es wäre nötig, daß an ein Reichsamt das Ersuchen gerichtet wird, hier zuzugreifen, es könnte auch dem neuen Nahrungsmitteldiktator davon Mitteilung gemacht werden. Wie die Sache des näheren zusammenhängt, das könnte nur eine Prüfung ergeben. Fest steht, daß das Telegramm in voriger Woche in Braunschweig aufgegeben ist. Vielleicht ist der Absender in der Stadt selbst zu finden, vielleicht meldet er sich freiwillig, wenn er Neue bekommen hat — ich glaube es aber nicht. Immerhin möchte ich die Sache zur Sprache bringen und anheimgeben, ob man nicht Nachprüfungen aufstellen lassen will.

Was die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg anlangt, betreffend die Unterausgänge, die gebildet werden sollen, so hat der Stein- und Hallerstedterbezirksverein erst zum nächsten Dienstag eingeladen. Ich ersehe aus den Worten des Herrn Stadtrat, daß dringende Eile geboten ist, und werde den Vorsitzenden des Vereins, Herrn Hauptkassierer Behrens, bitten, zu prüfen, ob die Sitzung nicht auf eine frühere Zeit angelegt werden kann. Der genannte Herr arbeitet immer gründlich und wird sich wohl gesagt haben, daß es ein paar Tage Zeit erfordert, ehe Herren für den Zweck gewonnen werden können. Statt daß der Magistrat von dem Bezirksverein unfertiges Material bekommt, ist es wohl besser, daß er sich noch geduldet.

**Stadtrat Wagner:** Ich kann mir nicht denken, daß ein hier ansässiger Gewerbetreibender, der genau weiß, daß gerade in bezug auf Fett unsere Stadt sich



in schlimmer Lage befindet, jetzt einen größeren Vorrat davon, der hier lagert, verbotenerweise nach auswärts anbietet und verschickt, statt ihn dem Magistrat zum Kaufe anzubieten. Das Postgeheimnis darf allerdings von den Postbeamten nicht unbefugt verletzt werden, aber wir sind sehr wohl in der Lage, die Postbehörde um Auskunft zu ersuchen, von wem dieses Telegramm verandt ist, damit wir der etwaigen strafbaren Handlung — der Ausfuhr ohne unsere schriftliche Genehmigung — auf die Spur kommen können. Ich werde meinerseits dem Magistrat empfehlen, ein derartiges Gesuch an die Postbehörde zu richten, und hoffe, daß wir auf die Weise herausbekommen, ob tatsächlich in dieser Weise eine Schuld vorhanden ist.

**Vorsitzender:** Eingegangen ist noch eine Anfrage von Herrn Rieke, die folgenden Wortlaut hat:

„Welche Erfolge sind bisher durch den Ernährungsausschuß betreffs der Versorgung durch Fleischwaren für die minderbemittelte Bevölkerung erzielt?“

Sodann ein Antrag von Herrn Steinecke, genügend unterstützt:

„Bitte, den Magistrat zu ersuchen, daß die der Stadt gehörenden Ferkel umgehend versichert werden.“

Schließlich noch eine Anfrage von Herrn Steinecke:

„Worauf ist es zurückzuführen, daß städtische Eier in anderen Städten mit einem geringeren Preise als 21 Pfennig pro Stück verkauft werden können?“

Da der Antrag des Herrn Steinecke als dringend bezeichnet ist, möchte ich zur Begründung Herrn Steinecke jetzt gleich das Wort geben.

#### 4. Antrag Steinecke auf Versicherung der der Stadt gehörenden Ferkel.

Wortlaut des Antrages siehe oben.

Stadtv. **Steinecke** (zur Begründung): Ich hatte bereits in der Sitzung, in der ich den Antrag wegen der Schweinemästerei vorgetragen habe, vorgeschlagen, die von der Stadt einzustellenden Schweine zu versichern, damit wir ein nicht zu großes Risiko eingehen. Ich bitte Sie nun heute, daß unsere Ferkel versichert werden. Von vornherein möchte ich betonen, daß ich daran kein persönliches Interesse habe, weil ich keine Viehversicherung veretrete. Wir hatten leider schon eine Seuche unter unseren Schweinen, aber ich hoffe, daß dabei doch nur einzelne Tiere eingegangen sind, und nachdem die Seuche nun verschwunden ist, wird es an der Zeit sein, das Weitere zu veranlassen, die jungen Tiere zu versichern. Es wäre zu diesem Zwecke anzuraten, zunächst eine Offerte einzuholen.

Es ist in manchen Kreisen die Meinung verbreitet, daß nur Hauschlachteschweine zur Versicherung angenommen werden. Das ist nicht der Fall, die Ver-

sicherung kann auch stattfinden für ganz kleine Schweine. Bei der großen Allgemeinen Viehversicherung beträgt die Prämie 4 Prozent des Anschaffungswertes der Schweine. Wenn wir für die Ferkel also pro Stück 50  $\mathcal{M}$  ausgegeben haben, so würde uns die Versicherung jährlich nur 2  $\mathcal{M}$  Kosten verursachen. Zurückvergütet wird bei eintretenden Schäden drei Viertel des Wertes des Tieres, ein Viertel gilt als Selbstversicherung. Die meisten Viehversicherungen bestehen auf Gegenseitigkeit, und dagegen besteht das Bedenken, daß, wenn die Sache für die Versicherungsgesellschaft ungünstig ausgeht, Zuschußprämien erhoben werden. Ich habe diese Bedenken zu klären versucht, indem ich bei dem Versicherungsvertreter telephonisch anfragte: „Mit welchem Zuschuß zur Prämie könnte man rechnen, wenn Sie mit 4 Prozent nicht auskommen?“ Er antwortete mir, allerdings unverbindlich: „Höchstens 25 Prozent der Prämie.“ Das wäre also 1  $\mathcal{M}$  als Nachschuß. Das ist aber eine Möglichkeit, die in weitem Felde liegt, denn unsere Braunschweigische Versicherung hat seit 50 Jahren gut gearbeitet. Wenn sie es in der letzten Zeit nicht in ganz demselben Maße konnte, so ist das durch die Zeitverhältnisse begründet.

Es ist mir mitgeteilt, daß auch andere Behörden, die eine Schweinezucht betreiben, ihr Vieh versichert haben. So wird mir das von einer Anstalt in der Nähe von Quedlinburg erzählt, auch vom Hauptmann Hartwig, der beabsichtigt, bei der Feldstellung am Exerzierplatze eine Schweinemästerei und einen Hühnerhof einzurichten, und der schon jetzt eine Anzahl Ziegenlämmer eingestellt hat. Die Herren sehen, daß auch von anderen Seiten auf allen diesen Gebieten gearbeitet wird, und es wäre auch für unsere Stadt erfreulich, wenn die verehrte Kommission für den Braunschweiger Geflügelhof recht bald mit greifbaren Resultaten vor uns hintreten könnte. -- Ich möchte bitten, daß recht bald über diese Versicherung Differenzen von verschiedenen Versicherungsanstalten eingeholt werden, damit, wenn wieder eine Seuche eintritt, wir vor größeren Verlusten gesichert sind.

**Vorsitzender:** Ich frage zunächst die Herren, ob dieser Antrag als dringlich sofort beraten werden soll.

Die Mehrheit der Versammlung erklärt sich für sofortige Beratung.

Stadtv. **Sander:** Die Frage, ob wir die Schweine versichern sollen, haben auch wir erwogen, und der Herr Oberbürgermeister hat bereits mit mir darüber verhandelt. Wir sagten uns, bei einem solchen Ferkelbestande, wie wir ihn haben, wäre wohl die Selbstversicherung das Wichtigste und Billigste, die Selbstversicherung insofern, als wir das Risiko selber tragen und nicht bei einer Gesellschaft eintreten. Wenn Herr Steinecke sagt, es müßten 5 Prozent des Wertes bezahlt werden, so würde sich das ungefähr decken mit dem, was wir nach dem Urteil von

Mästern an Verlusten ohne Seuche haben werden. Von Mästern, die große Erfahrung in der Sache haben, wurde mir gesagt, daß wir mit einem Verlust von 6—7 Prozent rechnen könnten, in Unglücksfällen auch mit 10 Prozent. Es würde sich das decken mit den Unkosten, die bei einer 5prozentigen Versicherung der Werte herauskämen. Nehmen wir an, wir hätten für 100 000 *M* Ferkel sitzen (es sind 58 Stück), so würden sich die Prämien auf 5000 *M* belaufen, und wenn wir 6- oder 8prozentige Verluste hätten, so würde das ungefähr dieselbe Summe ausmachen. Kommt eine Seuche unter das Vieh, so erhöht sich bei diesen Versicherungen auf Gegenseitigkeit die Prämie. Immerhin ist es zu überlegen, ob man sich nicht doch zu einer Versicherung entschließt. Ich möchte nur bekunden, daß wir fürsorglicher Weise diese Frage schon erwogen haben. Herr Steinede ist durch seinen Beruf mit dem Versicherungswesen vertraut, und wenn er uns eines Besseren belehrt, so wäre ich nicht abgeneigt, für die Versicherung mich zu entscheiden.

Stadtv. **Steinede:** Es ist eine schwere Sache, in jetzigen Zeiten zu sagen, der Prozentsatz des Eingangs ist soundso hoch. Die Schweine werden jetzt doch nicht so wie früher ernährt, man hat bestimmt mit mehr Krankheiten zu rechnen, und für den Magistrat würde es ein Gefühl der Sicherheit sein, wenn die kleinen Schweine gegen eine so billige Prämie wie sie 2 *M* ist, versichert würden. Ich bemerke noch, daß auch das höhere Gewicht für diese Prämie versichert ist, also, wenn die Schweine nachher 100 oder 150 Pfund wiegen, bleibt auch für dieses höhere Gewicht die Prämie 2 *M*. Ich möchte dringend anraten, daß wir uns die Sorge vom Halse schaffen, genau so wie das andere Städte auch getan haben. Das Risiko an uns herantreten zu lassen, ohne versichert zu haben, ist eine fragwürdige Sache. Man schwebt dabei zwischen Himmel und Erde und muß sich sagen: Haben wir Pech, dann kann uns ein größerer Prozentsatz eingehen, als üblich ist. Wir haben ja ein kleines Unglück schon mit den Ferkeln erlebt. Ich weiß nicht, ob ich recht unterrichtet bin; darnach sind 10—15 Tiere eingegangen, das macht einen Wert von 750 *M*. Hätten wir versichert gehabt, so würden wir drei Viertel des Wertes zurückerstattet bekommen haben. In anderen Städten hält man es für selbstverständlich, die Tiere gegen so kleine Prämien zu versichern. Ich möchte dringend dazu raten, auch bei uns die Tiere zu versichern, denn das Risiko bei der Schweinehaltung ist heute doch ein größeres als in anderen Zeiten.

Stadtv. **Meyerhoff:** Herr Sander hat schon dargelegt, daß mit dem Herrn Oberbürgermeister über diese Sache gesprochen worden ist. Wie wir vernommen haben, würden 5 Prozent die reine Prämie sein. Wenn nun die Versicherung nur drei Viertel des Wertes als Ersatz gewährt, so stellt sich die Sache für den

Versicherungsnehmer ungünstiger. Das hat Herr Sander nicht erwähnt; er hat nur erwähnt, was die glatte Rechnung ergibt. Wo bleibt der Erjaß des letzten Viertels? Bedenkt man das, so ist der Prämienjaß doch ziemlich hoch.

**Oberbürgermeister Ketemeyer:** Durch den Krieg sind uns Aufgaben zugewiesen, die wir bisher überhaupt nicht zu lösen versucht haben, und dazu gehören auch derartige Fragen, wie die von Herrn Steinecke aufgeworfene. Es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, wenn sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Sache befaßt. Bisher haben wir uns bei dem der Stadt gehörigen Viehbestande auf den Standpunkt gestellt, daß die Selbstversicherung das Wichtigste ist, wenn der Viehbestand eine gewisse Größe erreicht hat; die Versicherung wird sonst zu teuer. Wenn das in diesem Falle anders sein sollte und die Versammlung einen bestimmten Antrag stellt, so wird der Magistrat kaum Bedenken tragen, ihm zu entsprechen. Ich möchte nur Klarheit darüber haben: Der Magistrat soll doch sofort die Versicherung eingehen und nicht etwa erst weitere Erhebungen anstellen und Ihnen darauf eine Vorlage zugehen lassen? Es kommen bei Abschluß der Versicherung Fragen in Betracht, die wir im Augenblick nicht beurteilen können, z. B. ob die Versicherungsgesellschaft Schwierigkeiten macht, wenn in dem Schweinebestande schon eine Seuche aufgetreten ist oder noch herrscht. Ich fürchte, die Gesellschaft wird nicht ohne weiteres auf die Versicherung unserer Ferkel eingehen. Ich bitte Sie also um eine Erklärung, ob der Magistrat auf jeden Fall die Versicherung vornehmen soll. Ich möchte anheimgeben, den Magistrat zu ersuchen, mit Zustimmung des Ernährungsausschusses vorzugehen, so daß der die Verantwortung für den Abschluß der Versicherung mit übernimmt — wir allein können es nicht.

**Vorsitzender:** Vielleicht nimmt einer der Herren die Anregung des Herrn Oberbürgermeisters als Unterantrag auf.

**Stadtv. Bunge:** Es unterliegt keinem Zweifel, daß es eine große Beruhigung ist, wenn man bei einem derartigen Viehbestande wie der unsrige, der sich auf 800 Stück beläuft, sich sagen kann: Ich bin durch die Versicherung gedeckt. Ich bezweifle aber, daß sich eine Versicherung findet, die einen derartigen Viehbestand aufnimmt. Ich weiß von einer Molkerei in unserer Nähe, daß sie nicht in die Viehversicherung aufgenommen ist, und deshalb haben diese Gesellschaften zum größten Teile auch nicht versichert. Sollten wir trotzdem eine Versicherungsgesellschaft finden, die zu annehmbaren Prämien uns das Vieh versichert, dann gäbe es gar nichts Besseres, als daß wir die Versicherung eingingen. Die Verantwortung fällt doch immer wieder auf die Leute zurück, die damit zu tun haben. Jeder

schüttelt sie sich, so gut es geht, vom Salze. Ich glaube allerdings nicht, daß die Sätze, die Herr Steinecke vorgelegt hat, richtig sind (Zuruf des Herrn Stadtv. Steinecke: Ich habe sie erst heute morgen mit der Versicherung festgestellt.). Ja, bei dem wirklichen Abschluß ergibt sich doch meist etwas anderes. Wichtig aber ist es doch, wenn wir den Magistrat ersuchen, daß er sich mit Versicherungsgeellschaften in Verbindung setzt und event. zusammen mit dem Ernährungsausschuß eine Versicherung abschließt.

Stadtv. **Sander:** Wenn Herr Steinecke sagt, die Versicherungsgebühr betrage 4—5 Prozent, so nehme ich an, daß diese Prämie für normale Verhältnisse gilt. Hier bei unserem Viehbestande sind die Verhältnisse aber nicht normal. Die Mästung auf dem Schlachthause ist viel gefährlicher für den Schweinebestand als eine Mästung bei Privaten, und zwar schon der Einführung des fremden Viehes wegen. Die vorhanden gewesene Seuche bei unseren Schweinen ist doch nur durch solche Einführungen entstanden. Es wird Vieh mit Rotlauf, mit Maul- und Klauenseuche auf das Schlachthaus gebracht, und das bringt immer Gefahr für unseren Viehbestand mit sich. Glücklicherweise haben unsere Ferkelschweine nichts davon aufgenommen. Es sind wohl zwei junge Schweine an Rotlauf eingegangen, aber die Krankheit hat sich doch nicht weiter ausgebreitet. Ebenso sind zwei junge Schweine an Schweinepest eingegangen, aber auch hier hat die Krankheit keine weitere Verbreitung gefunden. Wenn wir eine kleine Bucht mit 21 Schweinen abgeschlachtet haben, so ist das nur aus Vorsicht geschehen, und zum Glück haben sich auch weiter keine Erkrankungen gezeigt. Die Versicherungsgeellschaft wird sagen: Bei den Verhältnissen im Schlachthause, wo die Gefahr der Einschleppung einer Seuche naheliegt, wollen wir eine Versicherung lieber nicht eingehen. Deshalb hat der Antrag, wie ich glaube, keinen großen Wert.

Stadtv. **Steinecke:** Herrn Sander zur Erwiderung, daß die Offerte von der Direktion der Versicherungsgeellschaft mir heute gemacht ist, nachdem ich angegeben hatte, daß die städtischen Ferkel in Betracht kämen; also dieses vernichtende Urteil des Herrn Sander ist nicht zutreffend. Im übrigen wird die Sache ja durch die Offerten geklärt werden, die wir einholen werden.

**Vorsitzender:** Es liegt der Antrag Steinecke vor und außerdem der Antrag, den Herr Bunge eben eingereicht hat. Er lautet: „Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, mit Versicherungsgeellschaften betreffs Ferkelversicherung in Verbindung zu treten und zu versuchen, in Gemeinschaft mit dem Ernährungsausschuße zu angemessenen Prämien zu versichern.“

Stadtv. **Steinede:** Ich bin bereit, meinen Antrag im Sinne des Herrn Bunge zu formulieren.

Der Antrag Bunge wird angenommen.

**Vorsitzender:** Es ist mir mitgeteilt, daß gewünscht wird, den Antrag Stegmann über den Verkauf des Abchlags als dringenden Antrag zu behandeln. Ich bitte deshalb Herrn Stegmann, das Wort zur Begründung des Antrages zu nehmen.

### 5. Antrag Stegmann, betreffend den Verkauf des Abchlags.

Wortlaut des Antrages siehe S. 131.

Stadtv. **Stegmann:** Nach der ausführlichen Fleischdebatte von vorhin kann ich mich wohl kurz fassen; die Sache liegt auch sehr einfach. Die Herren wissen, daß der Abchlag aus den Mindererschlachtungen früher nach auswärts gegangen ist, und daß es angenehm berührt hat, als in der letzten Zeit der Abchlag zu einem Teile hier geblieben ist. Nicht angenehm empfunden wird es aber besonders von der ärmeren Bevölkerung, daß der Abchlag auf die jedem zustehende wöchentliche Fleischmenge angerechnet wird, und auch der Ausschuß für die Ausgabe des Abchlags scheint der Ansicht zu sein, daß das nicht recht ist. Die Herren werden gelesen haben, daß auf eine Brotkarte von jetzt ab ein Pfund des Abchlags zugeteilt werden soll. Ich bin der Meinung, man sollte diesen Abchlag für die Fleischabgabe überhaupt nicht anrechnen, denn man kann doch wirklich gutes teures Fleisch mit dem Abchlag nicht über einen Leisten schlagen. Es ist ein minderwertiges Fleisch, und nicht nur die Feinschmecker, sondern auch Kreise, die es nötig hätten, ihn anzunehmen, verzichten darauf. Daß für den Abchlag ein Preis von 60 Pfg. festgesetzt ist, während der für Fleisch bis 3. // hinaufgeht, bestätigt meine Ansicht.

Man kann allerdings gesagt werden: Wenn der Abchlag auf die zugeteilte Fleischmenge nicht angerechnet wird, so werden dadurch die Käufer des Abchlags bevorzugt und die anderen benachteiligt. Aber man muß doch die Sache nehmen, wie sie in Wirklichkeit liegt. Viele von denen, die Abchlag kaufen, sind sowieso nicht in der Lage, das teure Fleisch zu kaufen; höchstens werden sie darauf sehen, von den städtischen Fleischwaren Wurst, Schmalz und Speck zu bekommen, auf das übrige teure Fleisch der Schlachter aber verzichten sie. Sodann könnte man für meinen Antrag noch anführen, daß die besser Situierten doch durchgängig Fleisch- und Wurstwaren vorrätig haben, was schon Herr Steinbrecher erwähnt hat. Es sind damit nicht diejenigen gemeint, die gehamstert haben, sondern es ist

eigentlich selbstverständlich, daß jeder, der es einigermaßen kann, etwas für den Notfall eingekauft hat, und aus diesem Grunde darf man schon denjenigen, die nichts einkaufen konnten, diesen kleinen Vorzug gewähren. Außerdem hat das schwer arbeitende Volk etwas mehr Fleisch nötig, und der Herr Stadtrat Wagner hat ja auch in Aussicht gestellt, daß wahrscheinlich auch für die Kinder von zwei Jahren an wöchentlich ein halbes Pfund Fleisch festgesetzt werden würde. Daraus geht doch auch hervor, daß in Zukunft die schwer arbeitende Bevölkerung etwas mehr Fleisch haben soll. Dieses minderwertige Fleisch aus dem Abfall könnte man ihnen ohne weiteres lassen.

Auf die Frage des Herrn **Vorsitzenden** stimmt die Mehrheit der Versammlung für sofortige Beratung des Antrages.

**Stadtrat Wagner:** Diese Frage, ob das Abfallfleisch ebenso wie jedes andere Fleisch auf die wöchentliche Fleischration angerechnet werden soll, hat wiederholt den Ernährungsausschuß beschäftigt. Nach längerer Beratung ist er zu der Ansicht gekommen, es wäre falsch, den Abschlag vollständig freizugeben, denn es befinden sich darunter wertvolle Teile, z. B. die Knochen aus dem Schweinefleisch und die Ochsenchwänze, die geeignet sind, zur Bereitung einer kräftigen Suppe zu dienen. Wenn man den Abschlag ohne weiteres abgeben würde, so würde das eine Ungerechtigkeit gegenüber denjenigen sein, die Abschlag nicht kaufen. Nun haben wir aber doch an Abschlag das Vierfache der sonstigen Fleischmenge auf eine Brotkarte zugelassen, ein volles Pfund, während sonst nur ein Viertelpfund auf die Brotkarte gegeben werden durfte. Nehmen Sie folgenden Fall: Eine Familie besteht aus dem Ehepaare und zwei Kindern. Dann würden in der Woche auf die vorhandenen Brotkarten ein bis zwei Pfund Abfall beschafft werden können und außerdem zweimal ein halbes Pfund Fleisch für die beiden andern Brotkarten. Das Viertelpfund für jene, welche als Schwerarbeiter noch eine Zusatzbrotkarte haben, wird noch besonders gegeben. Von jetzt ab wird ja auch für Kinder über zwei Jahre noch je ein halbes Pfund Fleisch gegeben werden können.

Zu bedenken möchte ich noch geben, daß dieser Abschlag in der Hauptsache nicht von Schwerarbeitern gekauft wird, die jetzt vielfach in der Rüstungsindustrie mit sehr hohen Löhnen beschäftigt sind; die kaufen etwas Besseres und wollen die besten Wurst- und Fleischwaren haben, an die andere nicht kommen können. Den Abschlag kaufen die Leute, die nicht in der Lage sind, sich etwas Besseres zu besorgen. Wenn auf eine Brotkarte schon die Menge von einem Pfund zugebilligt ist, so ist man damit schon weit genug entgegengekommen. Ein weiteres Entgegenkommen würde nur das Vordrängen derjenigen fördern, die überall zur Stelle sind, die immer Zeit haben und das zum Verkauf Gestellte in Masse an sich

raffen. Sie würden 3, 4, 5 Personen aus der Familie auf die Beine bringen, um Abschlag zu holen, und die andern würden leer ausgehen. Ich bitte Sie also: Lassen Sie uns daran festhalten, daß auch der Abschlag rationiert wird, damit jeder nach der Kopfzahl seiner Familie ankommen kann, aber lassen Sie uns auch an der vierfachen Menge festhalten. Wenn allgemein der Fleischbezug auf ein halbes Pfund erhöht wird, so bringt das für den Abschlag zwei Pfund. Das mögen Sie zugestehen, obgleich dann auch die Möglichkeit, viele Familien an der Abgabe des Abschlags teilnehmen zu lassen, stark verringert wird. Es hat also auch das seine Schattenseite; aber dringend warnen möchte ich davor, den Abschlag ganz freizugeben.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich stimme dem Antrage zu, kann nur nicht dem zustimmen, daß nur die ärmere Bevölkerung diese Sachen bekommen soll. Es ist eher der Mittelstand, der von dem Abschlag lebt, und es ist auch ganz gutes Fleisch dabei. Als die ersten Schlachtungen vor sich gingen und die ganzen Köpfe zu 3,50 *M* oder einem ähnlichen Preise verkauft wurden, da war das für die bürgerlichen Kreise wirklich gutes Fleisch. Dieses Fleisch wird zu Rindermurst und anderen Sachen verarbeitet und wird auch in den bürgerlichen Kreisen gern gekauft. Es sind die Kreise, die sonst nicht an die Krippe kommen, die sich nicht herandrängen, für die ich eine Lanze brechen möchte, es brauchen nicht immer die Schwerarbeiter hervorgehoben zu werden. Ich möchte den Abschlag für die gesamte Bürgerschaft frei haben, so daß jeder ohne Fleischmarken Abschlag kaufen kann.

**Stadtv. Stegmann:** Zunächst einige Worte als Antwort auf die Ausführungen des Herrn Meyerhoff. Ich will mit meinem Antrage gar nicht erreichen, daß nur eine bestimmte Kategorie von Einwohnern den Abschlag ohne Marken bekommen soll, und daß nur die Schwerarbeiter berücksichtigt werden sollen. Es ist richtig, daß sie zum Teil gut verdienen, und es kann möglich sein, daß nicht nur die am schlechtesten Bezahlten den Abschlag kaufen. Es besteht ja aber auch keine Bestimmung, daß nicht jeder beim Kauf des Abschlags sich beteiligen kann. Wenn aber auch das Vierfache des gewöhnlichen Quantum gegeben wird, so muß man doch bedenken, daß drei Viertel davon Knochen sind. In Wirklichkeit würde also das Quantum, was an Fleisch abgegeben wird, nicht größer sein, als wenn andere gewöhnliches Fleisch kaufen. Man sollte doch auch schon deshalb den Abschlag freigeben, weil es sicherlich die Bedürftigsten sind, die den Abschlag kaufen, mögen es nun diejenigen sein, die die schlechtesten Löhne beziehen oder die sonstigen minderbemittelten Bürger. Zweifellos werden die Käufer des Abschlags nicht von den Fleischern kaufen, so daß dadurch die etwaige Ungerechtigkeit wieder aus-



geglichen ist. Es ist auch schon eingerichtet, daß Nummern für den Abschlag ausgegeben werden, wodurch verhindert wird, daß ein Hamstern stattfindet. Wenn ebenso, wie es vorhin für die städtischen Fleischwarenverkäufe erwähnt wurde, recht viele Nummern mit einem Male ausgegeben werden, dann ist allen Gelegenheit gegeben, daß sie bei Abgabe des Abschlages an die Reihe kommen. Ich sehe also keinen triftigen Grund dafür, daß Sie diesen Antrag nicht annehmen wollen.

**Stadtv. Nectcr:** Daß es immer dieselben sind, die den Abschlag kaufen, geht ganz natürlich zu. Am vorigen Mittwoch und am Sonnabend vorher war es auch so. Es kommt daher, daß keine Kontrolle darüber stattfindet. Die Leute kommen dorthin mit 10, 15 Brotkarten — eine andere Legitimation ist nicht vorhanden — und lassen sich das dafür zustehende Quantum geben; die anderen gehen dann leer nach Hause. Das würde wegfallen, wenn jeder eine besondere Legitimation mitbringen muß. In Wirklichkeit werden nur wenige behindert gewesen sein, ihr Abschlagsfleisch selbst zu holen. Es sind Jungen da gewesen, von denen der eine 5, der andere 3 Nummern hatte und dafür einkaufte. Es muß verhindert werden, daß jemand mehrere Nummern erhält, und das kann ermöglicht werden, wenn die Nummern ebenso ausgegeben werden, wie in der Schule die Nummern für den städtischen Fleischverkauf ausgegeben sind, wo immer auf einen Brotkartenumschlag nur eine Nummer gegeben ist. Dann ist es unmöglich, daß immer wieder derselbe an die Reihe kommt.

**Stadtrat Wagner:** Die Nummern für den Abschlagverkauf sind an Ort und Stelle ausgegeben. Die Ordnungsmannschaften sind zwei Stunden vor Beginn der Verkaufszeit am Platze gewesen, haben die ersten gleich befriedigt und auch den später Kommenden Nummern gegeben. Dabei hat eine Reihe von Jungen sich sowohl viele Nummern zu verschaffen gewußt; vielleicht sind sie in Zwischenräumen wieder erschienen und auf diese Weise mehrmals an die Reihe gekommen. Das schadet aber so lange nichts, als wir vorschreiben: „Es muß die Brotkarte gelocht werden“, oder in Zukunft: „Die Fleischkarte muß abgegeben werden.“ Dann kann dieselbe Person, auch wenn sie 5 Nummern hat, nicht mehrmals an die Reihe kommen. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, daß wir das Loch nicht aufgeben dürfen, sonst ist die Kontrolle schwer durchzuführen. Kommt jemand mit einer fremden Brotkarte — vielleicht der Beauftragte einer Frau, die auf der Straßenbahn Dienst ausübt — und holt für sie Abschlag, so ist darin nichts zu finden. Das ist nichts anderes, als wenn wohlhabende Herrschaften ihr Dienstmädchen hinschicken — das muß erlaubt sein. Es kommt nur darauf an, daß durch die Lochung festgestellt wird: Für diese Woche hast du dein Quantum bekommen!

**Stadtv. Diedmann:** Ich habe diesen Antrag mehrfach im Lebensmittelausschuß gestellt, aber es ist mir nicht gelungen, die Herren zu überzeugen, daß lediglich die minderbemittelte Bevölkerung Abnehmer des Abchlagfleisches ist. Es wurde mir von Herrn Stadtrat Wagner vorgehalten, daß auch er selbst am Sonntage ganz gern Rinderwurst aße. Daß den Abfall nur die ärmeren Leute holen, ist nicht ganz zutreffend. Die aus dem Abchlagfleisch hergestellte Rinderwurst ist aus geringwertigem Material hergestellt — nicht aus minderwertigem, das wäre etwas anderes. Im Sommer verdirbt sie außerordentlich schnell, und es wäre ein Jammer, wenn die übriggebliebene Rinderwurst auf den Düngerhaufen geworfen werden müßte. In dieser Zeit soll man nach Möglichkeit alles ausnützen. Es wird aber nicht die ganze Rinderwurst abgesetzt werden, wenn die Bevölkerung gezwungen wird, hierfür ihre Brotkarten vorzuzeigen und lochen zu lassen, so daß sie auf ihr halbes Pfund Fleisch in der Woche verzichten müßte. Es ist schon darauf hingewiesen, daß das Fleisch einen ganz anderen Materialwert hat als das sogenannte Abchlagfleisch. Sie wissen auch, daß es in voriger Woche genug Fleisch gegeben hat, daß das Fleisch von den Auslandtieren nicht einmal ganz verkauft ist. Solches Fleisch kann man nicht auf eine Stufe stellen mit dem Fleisch, das hier zu 60 Pfg. verkauft wird. Ich bitte Sie, in dieser Hinsicht fünf einmal gerade sein zu lassen und diesen Abchlag der Bevölkerung ohne Brotkarten zu geben.

**Stadtrat Wagner:** Der Ernährungsausschuß hat diese Frage gründlich erwogen. Herr Diedmann hat wiederholt versucht, dort seiner Ansicht Geltung zu verschaffen — sein Antrag ist dort immer wieder gegen seine Stimme abgelehnt. Ich bitte dringend, der Arbeit des Ernährungsausschusses nicht durch entgegen gesetzte Beschlüsse, die hier gefaßt werden, entgegenzutreten. Sie können sich darauf verlassen, wir haben es dort auch so schon durch die heutigen Verhältnisse angeheuer schwer. Wenn man so weit entgegenkommt, daß man an Abchlag die vierfache Menge des Fleisches, das sonst abgegeben wird, zubilligt, so ist damit wohl weit genug gegangen. Sie können überzeugt sein: Die Leute, die den Abchlag kaufen, haben sowieso nicht so viel Geld, daß sie mehr davon oder außerdem noch Fleisch kaufen können. Lassen Sie doch eine Grenze, die allgemein und so auch hier für den Fleischbezug festgesetzt ist, auch hier gelten; Ausnahmen sind nur von Übel.

**Stadtv. Diedmann:** Es ist mir neu, daß jetzt das vierfache Quantum des gewöhnlichen Fleischbezuges an Abchlag abgegeben wird.

**Vorsitzender:** Sie haben die Ausführungen des Herrn Stadtrat Wagner nicht gehört, Sie waren hinausgegangen.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich bin durch die Ausführungen des Herrn Dieckmann stutzig geworden. Er sagte rundweg: Wenn die Rinderwurst an dem einen Tage nicht verkauft wird, ist sie am folgenden Tage wertlos. Wie soll denn die Sache nun gehandhabt werden? Die Ware muß doch verwertet werden, ob nun jemand mit Brotkarten kommt oder auch ohne solche. Ich befürchte auch, daß bei der jetzigen Reihe von Gewittern diese Ware sehr leicht verdirbt, denn sie ist doch leichter dem Verderben ausgesetzt als das Kernfleisch. Deshalb möchte ich doch bitten, die Fäße so locker wie möglich zu lassen, damit der Unternehmer das Recht hat, unter allen Umständen die Ware an den Mann zu bringen.

**Stadtv. Bunge:** Der eben berührte Punkt betrifft in dieser Frage den Knall-effekt. Soweit der Abschlag Rinderwurst ist, muß sie weggegeben werden, und in dem Falle sollte man, damit die Ware nicht verdirbt, nicht fragen: „Wie steht es mit den Brotkarten.“ Unter solchen Umständen haben wir in der städtischen Schlachtereie zu leiden gehabt insofern, als, nachdem Herr Dieckmann mit der Verarbeitung des Abschlages begonnen hatte, wir diese Sachen von ihm bekommen haben, als sie bei ihm schon tagelang gelagert hatten und sie dann schnell verarbeiten mußten. Wir mußten auch diese Waren an den Mann bringen und durften nicht über die Vorschrift der Brotkartenlochung hinweggehen. Nun haben wir versucht, Remedur zu schaffen, und hoffen, daß es in nächster Zeit besser vonstatten geht und wir die Zuweisung so bekommen, daß wir sie verarbeiten können. Wenn uns der Abschlag von Herrn Dieckmann nach Belieben zugewiesen wird, dann können wir nichts damit beschicken. Herrn Dieckmann möchte ich bitten, in dieser Weise etwas entgegenkommender zu sein, noch dazu, wo Sie in so freundlicher Weise versucht haben, in der engeren Schlachtkommission so wenig wie möglich zu erscheinen.

**Stadtv. Dieckmann:** Herr Bunge muß über den Betrieb der städtischen Schlachtereie — er ist ja sehr viel auswärtig — nicht recht orientiert sein, sonst müßte er wissen, daß die städtischen Schlachtungen seit acht Tagen von mir nichts bekommen haben, denn seitdem die städtischen Schlachtungen für meine Angestellten keine Wurst hergegeben haben, bekommen sie auch von mir keine Ware mehr. Ich verarbeite den Abschlag jetzt selbst und gebe die Rinderwurst um 20 Pfg. billiger ab als Herr Bunge. Was im übrigen das betrifft, was Herr Bunge hat bemängeln wollen, so handelt es sich um Blättermagen, die vom Schlachthause in Verwahrung genommen sind; Haude hat sie vom Schlachthause weggeholt. Herr Bunge, Sie müssen sich besser orientieren, ehe Sie etwas vorbringen, sonst stimmt es nicht.

**Stadt v. Munte:** Ich bin anfangs der Meinung gewesen, daß dem Antrage Folge gegeben werden würde. Aber die Herren haben gehört, daß der Ernährungsausschuß nach langen Ermägungen nur gegen die Stimme des Herrn Dieckmann beschloffen hat, einem solchen Antrage nicht stattzugeben. Wenn nun jetzt das vierfache Quantum an Abschlag abgegeben werden soll, dann muß überlegt werden, ob überhaupt immer so viel Minderwurst vorhanden sein wird, daß jeder Käufer das Vierfache des gewöhnlichen Fleischquantums erhalten kann. Ich meine, es wird kaum so viel angeschafft werden können. Wenn bei einer Familie von vier Personen auf die eine Brotkarte das vierfache Quantum gegeben wird, so erhält sie darauf zwei Pfund Abschlag und außerdem noch 1½ Pfund Fleisch. Durch die Abgabe des Abschlags beschränkt sich doch auch die Nachfrage nach Fleisch.

In der Abstimmung entscheiden sich 13 Stadtverordnete für den Antrag Stegmann, er ist damit angenommen.

## 6. Anfrage Frede über die Ursache des Fischsterbens in der Oker.

Wortlaut der Anfrage siehe S. 126.

**Stadt v. Frede:** Bei der Behandlung dieser Anfrage hege ich die stille Hoffnung, daß sich an sie nicht eine so ausgebreitete Aussprache knüpfen wird wie bei meiner ersten Anfrage. Ich kann aus eigener Beobachtung über den Schaden nichts sagen und weiß nur aus der Zeitung, daß behauptet worden ist, daß das große Fischsterben in der Gegend der städtischen Pumpstation mit den Ausläffen der Station, mit Ausstoßen von Fäkalien zusammenhängt. Sollte diese Behauptung zutreffen, dann würde natürlich zu prüfen sein: „Ist die Pumpstation überhaupt befugt, so etwas zu machen?“ Und wenn nicht, so müßte das Vorkommnis nicht nur gemißbilligt werden, sondern auch der Schuldige zur Verantwortung gezogen und dafür gesorgt werden, daß derartiges nicht wieder vorkommt. Über den Umfang des Schadens kann ich keine Mitteilung machen, weiß auch nicht, ob die Fische, wenn sie nicht krepirt wären, für die Stadt nutzbar gemacht worden wären, bin über die Fischerei in der Oker überhaupt nicht unterrichtet, aber jedenfalls ist in der gegenwärtigen Zeit sehr zu bedauern, wenn überhaupt Nahrungsmittel zugrunde gehen.

Der **Altersvorsitzende Meyerhoff** übernimmt den Vorsitz.

**Bürgermeister Meyer:** Diese betrübliche Tatsache des Fischsterbens in der Oker ist dem Magistrat nicht nur durch die Presse bekannt geworden, sondern auch durch eine Eingabe des Direktors der Licht- und Wasserwerke. Begreiflich ist die Annahme, daß die Abwässer der Pumpstation schuld an dem Fischsterben seien, Material dafür, daß diese Annahme begründet ist, ist indessen bisher nicht bei-

gebracht. Daß sie hat entstehen können, liegt im wesentlichen an dem Umstande, daß in der Nähe der Abwässerpumpstation eine größere Zahl von toten Fischen beobachtet worden ist. Wichtig ist es nun, daß an dem Tage, wo das Absterben der Fische beobachtet ist, die Pumpstation eine Reihe von Stunden hindurch Abwässer in die Oker gelassen hat. Doch ist das keineswegs ein Beweis dafür, daß das Fischsterben dadurch herbeigeführt ist, und in der Eingabe der Direktion der Licht- und Wasserwerke wird die entsprechende Behauptung der Presse energisch abgewehrt. Es wird darauf hingewiesen, daß seit Jahr und Tag an der Stelle, wo der Auslauf der Abwässerpumpstation nach der Oker ist, und wo doch immer etwas von dem Abwasser durchsickert, andauernd Fische beobachtet werden, und daß daraus der Schluß gezogen werden kann, daß die Fische ganz gern in dem mit den Abwässern vermengten Okerwasser sich aufhalten. Es sind auch in früheren Jahren wiederholt Abwässer in die Oker gewandert, ohne daß eine ungünstige Beeinflussung auf den Fischbestand der Oker beobachtet ist. Diese Einflüsse von der Abwässerpumpstation in die Oker finden normalerweise nur dann statt, wenn starker Regen niedergeht, und zwar so stark, daß die Notauslässe in Funktion treten. Es ist also der Ausfluß der Abwässer aus der Pumpstation nichts anderes als der Abfluß der Kanaltwässer aus den Notauslässen. Daß der Pumpstation die Schuld an dem Fischsterben beigemessen werden soll, ist auch um deswillen unwahrscheinlich, weil durch den vorausgegangenen starken Regen die Oker verhältnismäßig sehr viel Wasser gehabt hat. Man darf deshalb annehmen, daß das Fischsterben auf andere Einflüsse zurückzuführen ist, und zwar hat die Annahme sehr viel für sich, daß von anderer Seite irgend welche den Fischen schädliche Substanzen in die Oker eingeführt sind. Daß die Abwässer der Pumpstation für dieses Fischsterben nicht wohl in Betracht kommen, ist aber insbesondere aus dem Umstande zu entnehmen, daß tote Fische in der Oker nicht nur an dem 25. vorigen Monats beobachtet sind, sondern — wie durch einwandfreie Zeugen behauptet wird — schon am 24. und 23. Mai, und zwar an jenen Tagen nicht nur vor der Pumpstation, sondern auch oberhalb derselben. Wichtig ist dabei, daß für diese Tage unzweifelhaft feststeht, daß von der Pumpstation Abwässer nicht in die Oker geflossen sind. Die Wahrscheinlichkeit spricht deshalb dafür, daß von der Stelle, welche für die in Frage kommende Verunreinigung der Oker verantwortlich ist, schon vor dem 25. Mai mit Einführung der den Fischen schädlichen Stoffe begonnen worden ist, und daß diese selbe Stelle, als am 25. der große Regen eingetreten ist, den Augenblick für günstig gehalten hat, den ganzen Rest der schädlichen Stoffe in die Oker zu befördern. Im übrigen sind die Nachforschungen nach dem Schuldigen noch im Gange, wir müssen ihren Abschluß abwarten.

Für eine Besprechung der Anfrage meldet sich nur die Minderheit.

## 7. Anfrage Steinecke über die Versorgung der städtischen Bevölkerung während der Einmachzeit mit Zucker.

Altersvorsitzender **Meyerhoff**: Die Anfrage des Herrn Steinecke lautet: „Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um die Bevölkerung zur Einmachzeit mit Zucker zu versorgen?“

Es liegt auch noch eine *Anfrage* des Herrn **Ohlendorf** vor, die folgenden Wortlaut hat: „Was gedenkt der Magistrat zu tun, um in nächster Zeit die Verteilung von Zucker, Butter, Fleisch und anderen Lebensmitteln gleichmäßig zu regeln?“

Ich glaube, was den Zucker betrifft, können wir diese letztere Anfrage wohl zugleich mit der Anfrage des Herrn Steinecke behandeln.

**Stadtv. Steinecke** (zur Begründung): Ich nehme an, daß Herr Ohlendorf mit seiner Anfrage wegen des Zuckers dasjenige meint, was ich beabsichtige. Wir haben aus der Presse vor einigen Tagen ersehen können, daß zur Zeit der Hauptauschuß im Reichstage tagt, um über die Zuckerfrage weiter zu beraten. Es heißt da in einem Zeitungsbericht, daß Präsident Kaup mitteilte, es ständen bis zum November 6,5 Millionen Doppelzentner zur Verfügung, wodurch der Heeresbedarf und außerdem noch ein gewisser Vorrat für die Zivilbevölkerung gesichert sei. Die Marmeladefabriken erhalten 30 000 Doppelzentner, die Ketsfabriken 15 000 Doppelzentner, die Kunsthonigfabriken 10 000 Doppelzentner. Die Kunsthonigfabriken wachsen wie Pilze aus der Erde, man müsse daher zurückhalten. Für das Einmachen in den Haushaltungen stehen 40 000 Doppelzentner zur Verfügung. Sie werden verteilt zu einem Drittel nach Obstbäumen, zu einem Drittel nach Haushaltungen, und zu einem Drittel nach Kindern unter 14 Jahren. Die Bevölkerung sagt im allgemeinen: zuerst habe es geschienen, es sei viel Zucker da, und nun müsse man erstaunt sein über die große Zuckerknappheit. Als Grund dafür wird dieses und jenes vermutet; so heißt es, daß wir viel an unsere Verbündeten haben abgeben müssen, die wir auch wirtschaftlich unterstützen müßten. Ich weiß nicht, ob das zutrifft, aber es wäre erwünscht, daß eine Erklärung darüber herauskäme, damit Beruhigung in der Bevölkerung einträte.

Über die Verteilung des Zuckerquantums zum Verkauf an die hiesige Bevölkerung sind mir von Herrn Stadtbaurat Gebensleben Mitteilungen gemacht. Ich halte es nun nicht für richtig, daß man bei dieser Zuckerverteilung die Kleinhändler, die in den Arbeitervierteln wohnen, zum Teil ausgeschaltet hat. Wenn ich es richtig aufgefaßt habe, hat man den ganzen Zucker beschlagnahmt und gesagt: Je nachdem ihr früher verkauft habt, bekommt ihr einen Teil des Zuckers zum Ver-

kauf geliefert. Dabei aber sind diejenigen ausgeschaltet, die täglich im Durchschnitt nur  $\frac{3}{4}$  bis 1 Pfund Zucker verkauft haben. Ich finde, weil in den Kreisen der kleinen Leute jetzt die Ernährung mit Hilfe des Zuckers mehr berücksichtigt wird als früher, hätte man diese kleinen Kaufleute um so mehr berücksichtigen müssen, denn der Wohlhabende kann sich immer schon leichter etwas anderes kaufen. Natürlich muß auch er zugreifen, wo sich ihm passende Nahrung bietet, aber er ist eher in der Lage, in den besseren Geschäften, wo er sonst kauft, Zucker zu erwerben, während eine Frau z. B. aus der Nußbergstraße bekanntlich nicht bei der Firma Köver kauft. Ich kann hier einen Fall aus der Nußbergstraße anführen, wo von dem Geschäfte 50 Pfund abgegeben sind, ihm aber nichts zum Verkauf gegeben ist. Man motiviert die Sache so: Wenn die Frau für den Monat die Hälfte, also 25 Pfund Zucker bekommen hätte, so hätte sie pro Verkaufstag ungefähr  $\frac{3}{4}$  Pfund abgeben können, und das sei doch zu geringfügig. Ich bin aber der Meinung, man hätte ihr vom Standpunkte der ausgleichenden Gerechtigkeit doch einen solchen Posten lassen sollen und hätte den größeren Geschäften vielleicht etwas weniger geben sollen, damit kein böses Blut gemacht wurde. Herr Stadtbaurat Gebensleben hat mir allerdings zugesagt, daß eine wohlwollende Behandlung der Frau stattfinden würde, und daß sie auf anderem Wege zufriedengestellt werden solle.

Mein Antrag ist nun hauptsächlich um deswillen gestellt, damit unser Magistrat sich rechtzeitig mit Zucker versorgt, damit die Bevölkerung zur Einmachezeit — die zum kleinen Teile, ich denke an die Stachelbeeren, schon begonnen hat — mit Zucker versehen werden kann. Ich bin auf den Gedanken gekommen, weil das Staatsministerium schon Zucker für die Einmachezeit frei bekommen hat. Es wird mir das durch den Herrn Stadtrat Pauli aus Magdeburg bestätigt, der mir heute morgen telephonisch mitteilte, daß für die Haushaltungen in der ganzen Provinz Sachsen für die Einmachezeit 3 Pfund Zucker bewilligt worden sind. Ich habe den Antrag auch deshalb gestellt, weil gerade in der Stadt Braunschweig recht viele Früchte mit Zucker konserviert werden. Da ist es nötig, daß unsere Stadtverwaltung sehr auf dem Posten ist, damit wir mit unseren Ansprüchen nicht zuletzt kommen und vielleicht der Vorrat hier oder dort vergriffen ist und wir für unsere Stadt weniger bekommen als jetzt noch möglich ist. Erfreulich ist, wie auch im Berichte über die Behandlung der Zuckerfrage im Hauptausschuß zu lesen ist, daß das Saccharin uns eine gute Aushilfe für den Zucker bietet. Es kommt bekanntlich aus dem Auslande, ist nicht beschlagnahmt und kann deshalb vom Publikum ohne weiteres erworben werden, während es früher nicht zum allgemeinen Bezuge freigegeben war. Wie ich höre, hat der Bundesrat jetzt diese Freigabe gestattet.

**Stadtbaurat Gebensleben:** Ich möchte zuerst die eigentliche Anfrage kurz beantworten. Sie ging dahin, welche Maßnahmen der Magistrat zu ergreifen ge-

denke, um die Bevölkerung während der Einmachezeit mit Zucker zu versorgen. Man kann aber der Magistrat nicht sehr viel in dieser Angelegenheit tun, da ja die Verteilung des Zuckers über das ganze Reich durch Bundesratsverordnung geregelt ist und — wie Ihnen bekannt ist — die Reichszuckerstelle mit der Verteilung des Zuckers betraut ist. Der Herr Vorredner ist von Magdeburg aus sehr gut unterrichtet worden, indem ihm bekanntgegeben ist, daß in der Tat vor kurzem eine Verteilung von Zucker für die Einmachezeit auf die einzelnen Kommunalverbände stattgefunden hat. Erhalten aber haben wir den Zucker noch nicht, sondern er wird erst demnächst verteilt werden; ebenso hat ihn auch Magdeburg heute noch nicht bekommen. Die Bezugsscheine werden erst demnächst ausgegeben, und wir werden nicht versäumen, sie sofort anzufordern.

Aber die den einzelnen Kommunalverbänden zugeteilte Menge ist nicht sehr bedeutend. Es ist uns mitgeteilt worden, daß auf den Kopf der Bevölkerung im ganzen deutschen Reiche etwa ein halbes Pfund Zucker entfällt. Die Verteilung ist so vorgenommen, daß diejenigen Bezirke, die hauptsächlich Obst einmachen, vorzugsweise befriedigt werden; und daraus folgt, daß die Städte im allgemeinen etwas weniger Zucker bekommen, als das Land. So haben wir für die Stadt Braunschweig pro Kopf der Bevölkerung nicht ganz ein halbes Pfund Zucker zugesprochen erhalten, nämlich etwa 0,4 Pfund. Der Magistrat wird frühzeitig geeignete Maßregeln ergreifen, um diese Zuckermenge in angemessener Weise zu verteilen. Zunächst wird der Magistrat natürlich den Ernährungsausschuß sich mit dieser Frage befassen lassen und wird, wenn der Zucker eingetroffen ist, sofort damit beginnen, ihn zu verteilen.

Wenn nun auch die uns zustehende Menge, wie Sie zugeben werden, nicht groß ist, so wird sie vielleicht genügen, um das Obst entsprechend einmachen zu können. Wenn sie zu knapp sein sollte, so wurde schon von den berufenen Stellen darauf hingewiesen, daß Obst und andere Sachen auch ohne Verwendung von Zucker eingemacht werden können, und es wird Sache der Kommunalverwaltungen sein, hierauf ganz besonders das Augenmerk der Bevölkerung zu richten. Im übrigen ist es ratsam — und das möchte ich ganz besonders betonen —, daß die Haushaltungen schon fr ü h z e i t i g mit dem Z u c k e r s p a r e n, sich einen Vorrat aus der ihnen schon jetzt zur Verfügung stehenden Zuckermenge zurücklegen, damit sie zur Einmachezeit genügend Zucker haben. Auf die Weise läßt sich das meiste erreichen, denn wir müssen berücksichtigen, daß wir in der Tat nicht mehr Zucker zur Verteilung bekommen als 0,4 Pfund für je eine Person. Ich höre da Einwendungen, die besagen wollen: Es ist schlechterdings unmöglich, viel an Zucker zu sparen! Aber es ist doch meine Pflicht, die Einwohnerschaft darauf auf-



merklich zu machen, daß sie Bedacht darauf nimmt, eine solche Sparjamkeit eintreten zu lassen, soweit es möglich ist.

Nun zu der andern Frage, die der Herr Vorredner angeschnitten hat. Sie bezog sich auf die Unterverteilung des Zuckers, nicht für die Lbft- und Einmachzeit, sondern auf die Abgabe, wie sie im allgemeinen geregelt ist. Es ist Ihnen allen wohl bekannt, daß die Verteilung des Zuckers an die Kleinhändler durch zwei hiesige Firmen — Dannenbaum und Gerloff — vorgenommen ist. Es hat ein Aufruf in der Zeitung stattgefunden, durch den die Kleinhändler aufgefordert worden sind, anzumelden, welches Quantum Zucker sie im vergangenen Jahre verkauft haben. Die Meldungen sind geprüft, man hat sie aufaddiert, und es ergab sich eine Zahl, die viel größer war als diejenige Menge, die uns von der Reichszuckerstelle zur Verteilung an die Einwohnerschaft zur Verfügung gestellt war, nämlich, wie Sie wissen, 2 Pfund für den Monat und den Kopf der Bevölkerung. Die Menge, die von den Kleinhändlern gefordert wurde, war doppelt so groß wie die uns zur Verfügung stehende. Deshalb konnte jeder Kleinhändler nur halb so viel zugewiesen bekommen, als er gewünscht hatte. Die beiden Firmen Dannenbaum und Gerloff hatten empfohlen, den Kreis der Abnehmer so groß zu machen wie irgend möglich. Leider aber waren uns Grenzen gezogen, vor allem dadurch, daß uns nur wenige Zugtiere zur Verfügung standen, um die große Menge Zucker den Kleinhändlern zuzuführen. Gemeldet hatten sich 550, berücksichtigt werden konnten aber in diesen wenigen Tagen nur 450. Es sind unberücksichtigt geblieben diejenigen, die durchschnittlich für den Tag nur 1—2 Pfund Zucker verkauft haben. Um schnell zum Zuge zu kommen, haben wir diese im Monat Mai leider übergehen müssen. Es wäre mir lieber gewesen, man hätte sie alle berücksichtigen können, am liebsten sogar mit dem angemeldeten Quantum, aber das war nicht möglich.

Ich möchte heute schon darauf aufmerksam machen, daß uns von der Reichszuckerstelle mitgeteilt ist, daß das in den Haushaltungen vorhandene Quantum Zucker, das am 26. April festgestellt ist, demnächst uns angerechnet werden wird. Wir können dann also nur eine um dieses Quantum verminderte Menge Zucker in den Kleinhandlungen zum Verkauf bringen lassen; und soweit Zucker in den Haushaltungen vorhanden ist, muß er den Haushaltsangehörigen angerechnet werden. In welcher Weise das am zweckmäßigsten geschehen kann, wird weiter erwogen werden.

**Stadtv. Ohlendorf** (zugleich zur Begründung eines Teiles seiner Anfrage): Diese Zuckerregelung kommt reichlich spät, nachdem feststeht, daß auch in Zucker gut eingehamstert ist. Diejenigen, die das nicht gekount haben, oder die es nicht wollten, haben nun das Nachsehen und sind nicht erbaut von dem Quantum, was nun

ein jeder bekommt; es gibt, wenn ich nicht irre, monatlich  $1\frac{1}{2}$  Pfund auf den Kopf der Bevölkerung.

Nun habe ich in meiner Anfrage um Auskunft gebeten, wie die Verteilung von Zucker gleichmäßig geregelt werden soll. Ich möchte doch bitten, die Regelung nicht so zu lassen, wie sie jetzt eingeführt ist. Jetzt hat der betreffende Verkäufer ein Zuckerbuch zu führen, in das er jedes verkaufte Pfund Zucker eintragen und sich die Abgabe von jedem Käufer quittieren lassen muß. Ich weiß nicht, ob das notwendig ist und von wem diese Bestimmung ausgeht; es wird auch, wie ich gehört habe, nicht überall so gemacht. Sollte es eine Bundesratsbestimmung sein, daß so verfahren wird, dann müßte darauf gesehen werden, daß ihr auch überall nachgekommen wird. Aber es ist das vorgeschriebene Verfahren doch eine sehr umständliche Sache, die meiner Ansicht nach überflüssig ist. Außerdem muß der Verkauf noch in die Nahrungsmittelliste eingetragen werden. Es ist also neben dem Ärger über die Knappheit auch noch der Ärger über die Umständlichkeit sowohl bei Käufern wie bei Verkäufern vorhanden. Das Verfahren des Landkreises halte ich für praktischer.

Sodann möchte ich anfragen, ob das Quantum denn so ungeheuer knapp sein muß. Wochenlang hat es überhaupt keinen Zucker gegeben, wenigstens in einzelnen Geschäften, und es ist deswegen tatsächlich Unmut vorhanden, weil jetzt die Zeit des Einmachens beginnt. Marmeladen macht sich auch der kleine Mann ein, und wir haben alle Ursache, nach dieser Richtung hin ihn zu unterstützen und den Versuch zu machen, mehr Zucker anzuschaffen. Ich betone besonders: Diejenigen, die sich haben Zucker einhausern können, haben es gut, die das aber nicht haben tun können, die müssen jetzt zurückstehen; das ist ein ungesunder Zustand und bringt Unmut hervor.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Ich gebe zu, daß die Kontrolle darüber, in welcher Weise der Zucker abgegeben wird, in mancher Beziehung mangelhaft ist, und es ist die Frage, ob in Zukunft das Verfahren, wie es im laufenden Monat geübt wurde, noch angängig ist. Ich habe schon angedeutet, daß unser Zuckerquantum, das wir an die Kleinhändler abgeben können, erheblich verringert werden wird, und zwar um deswillen, weil das Quantum, das am 25. April nachgewiesen ist, uns von der Reichszuckerstelle angerechnet werden wird. Aus diesem Grunde hat der Ernährungsausschuß schon erwogen, ob es nicht zweckmäßig wäre, in Zukunft das Verfahren bei der Zuckerabgabe im Kleinhandel ganz wesentlich zu ändern. Ich will das Moment, das Herr Ohlendorf eben angeführt hat, dort zur Sprache bringen, und wir werden sehen, ob eine Abänderung der Art und Weise der Zuckerabgabe vorgenommen werden kann und muß.

Altersvorsitzender **Meyerhoff**: Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Punkte? Das scheint nicht so.

## 8. Anfrage **Ohlendorf** über die Maßnahmen zur gleichmäßigeren Regelung der Verteilung verschiedener Lebensmittel.

(Zum Teil unter 7 mit behandelt.)

Wortlaut der Anfrage siehe S. 131.

Stadtv. **Ohlendorf** (zur Begründung): Fleisch und Zucker, welches beides ich in meiner Anfrage hauptsächlich mit im Auge hatte, ist schon in den früheren Punkten der Tagesordnung mit behandelt. Ich komme deshalb mit wenigen Worten nur nochmals auf die Butterfrage zu sprechen. Wir haben uns damit schon öfter beschäftigt, aber immer ist gesagt worden: Wir sind auf dem Wege zur Butterkarte. Dennoch kommen wir nicht an das Ende des Weges, und immer noch ist die Situation dieselbe und, wie es allen Anschein hat, soll es auch für die Zukunft so bleiben. Ich möchte anfragen, ob es nicht endlich Zeit ist, anzuordnen, daß die Butter an eine Zentralstelle abgeliefert wird und ebenso an die Bevölkerung verteilt wird wie das Brot. Es ist das dringend notwendig. Der Wunsch danach ist allseitig und namentlich in den minderbemittelten Kreisen vorhanden. Ich wüßte nicht, daß irgend ein Grund vorhanden wäre, der die Ausführung dieser meiner Anregung verhinderte. Diejenigen Gründe, die angeführt werden, lassen wir für die Allgemeinheit nicht gelten. Es ist bedauerlich, daß die Frage nicht vom Reiche geregelt wird. Aber das kann uns doch nicht abhalten, die Frage für unsere Stadt besonders zu regeln. Es ist ungerecht, daß einzelne von Verwandten oder von Molkereibesitzern regelmäßig einige Pfund Butter bekommen und dadurch die überwiegende Zahl der Braunschweiger Bevölkerung nur allzuwenig Butter erhält. Auch Sie müssen zugeben, daß es in der heutigen Zeit angebracht ist, alle Lebensmittelfragen so zu regeln, daß der eine wie der andere behandelt wird.

Altersvorsitzender **Meyerhoff**: Das Wort wird nicht gewünscht.

## 9. Anfrage **Niete**, betreffend die Erfolge des Ernährungsausschusses hinsichtlich der Versorgung durch Fleischwaren.

Wortlaut der Anfrage siehe S. 158.

Stadtv. **Niete** (zur Begründung): Meine Herren, die eine Hälfte der Stadtverordneten ist ja nur hier, die andere ist hinausgegangen — Sie wissen, daß da-

maß, als der Ernährungsausschuß eingesetzt war, er vor allen Dingen bemüht war, Fleisch in großem Quantum einzukaufen. Wie groß die Menge sein sollte, wurde nicht festgesetzt, und dem Ernährungsausschuße wurde ein unbeschränkter Kredit eröffnet. Vom Ernährungsausschuß wurde dann Herr Stadtv. Diekmann beauftragt, diese Einkäufe zu bewerkstelligen. Es ist dann auch das sogenannte Kraftfleisch eingekauft und ein Teil davon dem Allgemeinen Konsumverein zur Verfügung gestellt. Dieses Kraftfleisch schien uns nun aber einmal recht teuer und dann auch nicht einwandfrei. Um festzustellen, was für eine Bewandnis es mit dem Kraftfleisch habe, haben wir es dem Gerichtschemiker Herrn Dr. Mehring zur Untersuchung übergeben, und dieser hat uns ein Zeugnis über das Fleisch ausgeschrieben, in dem nebenbei festgestellt war, welche Prozente an Stickstoff, Wasser nlm. in gutem Kraftfleisch enthalten sind, und dann für unser Kraftfleisch auführt: Fett 3,49 Prozent, Mische 4,6 Prozent, an wirklichem Fleisch 14,78 Prozent, Wasser 77,83 Prozent. Das Kubikmeter Wasser ist in Braunschweig denn doch billiger; dieses Quantum von  $\frac{3}{4}$  Pfund wird beim Kauf von Büchsenfleisch mit 2,80  $\text{M}$  bezahlt. Wir haben das sogenannte Kraftfleisch auch gekostet; zu essen ist es, es ist freilich etwas grobfaserig. Früher wurde bei uns solches Büchsenfleisch mit 90 Pfg. bis 1  $\text{M}$  das Pfund verkauft, hier sollen wir 3,60  $\text{M}$  dafür geben. Es ist kein Arbeiter und keiner aus der minderbemittelten Bevölkerung in der Lage, solchen teuren Ausschnitt zu kaufen. Wenn dem entgegengehalten wurde, daß die Firma Möver eine Menge davon verkauft hat, so können sich die Herren Geheimrat, Stadtrat, Baurat, die mit 6000  $\text{M}$  Gehalt und höher hinauf, wohl erlauben, solches Fleisch zu beziehen, sie können sich auch die Mett- und Schlachtwurst zum Preise von 6  $\text{M}$  das Pfund leisten, die große Masse aber nicht. Der reelle Wert dieses Fleisches ist 75—90 Pfg. das Pfund. Wir haben seinerzeit Vollmacht gegeben, zu annehmbaren Preisen einwandfreie Waren einzukaufen, aber nach unserer Meinung ist dieses keine einwandfreie Ware. Erstens enthält sie zuviel Wasser, ist also minderwertig, und zweitens ist sie unverschämt teuer. Wie ich hörte, soll von diesem Zeug für 45 000  $\text{M}$  eingekauft sein. Da möchte ich doch fragen, ob das Fleisch richtig verwertet werden kann, oder ob wieder von diesem teuren Kram manches verderben wird, und das wäre doch noch schädlicher für unsere Finanzen. Ich bedaure, daß Herr Diekmann nicht hier ist, denn in seinem Interesse würde es liegen, daß diese Gerüchte, die umlaufen, richtiggestellt werden. Ich will aus dem Ankauf keinem vom Ernährungsausschuß einen Vorwurf machen, aber eine tatsächliche Feststellung der Sachlage wäre doch am Platze. Es heißt, daß die Vermittlung durch die Firma Frank geschehen sei. Bei diesen Käufen von Hand zu Hand bleiben immer Spesen hängen, und so mag es kommen, daß dieser teure Preis hat bezahlt werden müssen. Es wird den Herren der Prozeß Frank-

Bollmann bekannt sein. Ich nehme ja nicht an, daß, wenn solche Schiebereien stattfinden, der Magistrat im geringsten seine Hand dazu bieten würde, aber im Interesse des Ernährungsausschusses liegt es, daß die umgehenden Gerüchte zerstreut werden, gerade so wie es angebracht war, über die Provisionsätze zu sprechen, über die auch übertriebene Gerüchte im Gange waren. Darüber hat der Herr Oberbürgermeister eine zufriedenstellende Auskunft erteilt. Man ist sogar in den Ausstreunungen so weit gegangen, zu behaupten, es solle der Antrag gestellt werden, eine Ersatzwahl für Herrn Dieckmann vorzunehmen. Wir bringen die Sache zur Sprache, um Aufklärung zu schaffen, damit die Bevölkerung weiß, woran sie ist.

Wenn Sie das sogenannte Kraftfleisch durchschneiden — ich habe es auch zur Probe gekauft —, so hat es ungefähr die Bewegung wie die sogenannte Pöfelsülze. Feine Scheiben davon zu schneiden wie von Corned Beef ist nicht möglich. Das Corned Beef wurde früher gern gekauft, war aber auch entsprechend billiger. — Ich bitte also um Aufklärung, damit übertriebene Gerüchte vermieden werden.

**Stadttrat Wagner:** Als der Einkauf dieses Kraftfleisches von Herrn Dieckmann für die Stadt vorgenommen wurde, bestand der Ernährungsausschuß noch nicht, er ist also für diesen Einkauf in keiner Weise verantwortlich, sondern nur der Magistrat. Dieser hat, als wir uns damals in der bekannten Notlage befanden, Herrn Dieckmann als erfahrenem Fachmanne weitgehende Vollmacht erteilt, Fleischwaren, die er den Umständen nach für preiswert hielt, für die Stadt einzukaufen, und das lag, glaube ich, durchaus im Wunsche der Stadtverordnetenversammlung. Nun scheint es so, als ob man bei dieser Ware tatsächlich herein gefallen ist; sie wird uns für den teuren Verkaufspreis von 3,60 *M* nicht abgenommen. Im Einkauf hat die Ware ohne Nebenkosten 3,05 *M* gekostet; wir müssen nun sehen, was wir damit anfangen. Es handelt sich um einen ganz erheblichen Bezug, im ganzen im Werte von ungefähr 45 000 *M*. Nun haben sich leider in jener Zeit die Einkäufe für die Stadt überstürzt; die eine Sache jagte die andere, Telegramme und Telephongespräche nach Hamburg und andern Orten schwirrten nur so umher, und dabei sind die Käufe nicht ordnungsmäßig bestätigt worden. So ist auch über diesen Kauf in den Akten von mir nichts gefunden. Ich habe Herrn Dieckmann gebeten, damit wir endlich Klarheit gewinnen, uns Auskunft darüber zu geben, von wem er in der ersten Hälfte des Mai diese 200 Kisten Kraftfleisch gekauft hätte — wir haben noch einen andern Posten zu 3,20 *M* gekauft —, wer der Hersteller dieser Ware wäre und unter welchen Bedingungen diese Käufe getätigt sind, ob nach bestimmten Mustern, ob nach bestimmten Garantien, z. B. die Haltbarkeit betreffend — eine Antwort ist mir noch nicht zugegangen. Nur über das zweite Geschäft habe ich die Abschrift einer Bestätigung

der Firma Adolf Frank bekommen, und geschrieben ist sie von einem Herrn Albert, Steglik. Wir werden also versuchen müssen, wenn die betreffenden Kaufbedingungen derart sind, daß wir noch jetzt eine Bemängelung mit Erfolg aussprechen können, den Hersteller der Ware zum Ersatz heranzuziehen. Ob man damit zum Ziel kommt, kann man im voraus nicht wissen. Es kann sehr wohl sein, daß der Hersteller nachweist: „Ich habe vor zwei Monaten die Ware zu durchaus angemessenem Preise in Verkehr gebracht, inzwischen haben 15 Schieber sie weitergebracht, und jetzt hat sie tatsächlich den Preis von 3,50 *M* erreicht. Ich kann also eine Schuld meinerseits nicht anerkennen.“ So kann die Sache auslaufen. Weil nun solche Sachen nicht bloß unserer Stadt Braunschweig, sondern einer ganzen Reihe von Großstädten, die auch in Not gekommen waren und um jeden Preis Waren aufkaufen mußten, passiert sind, so ist es erfreulich, daß der Reichskanzler, nachdem die neuen Maßnahmen zur Volksernährung durchgegangen sind, die Bestimmung getroffen hat, daß bei Waren, die in Packungen verkauft werden, wie Fleisch, Fische, Schokolade, Keks usw., das Datum der Inverkehrbringung, die Firma und der Ort des Herstellers, sowie der Preis der Ware auf der Verpackung gedruckt stehen muß und später nichts daran geändert werden darf. Wenn das durchgeführt wird, kann man in Zukunft die Veranstanter unsauberer Sachen leicht fassen und den Kettenhandel einschränken, was in der Vergangenheit nicht der Fall war. Wir müssen bei dieser Sache nun sehen, wie wir herauskommen. Ob Herrn Diedmann ein Verschulden bei diesem Geschäft trifft, läßt sich noch nicht übersehen. Es kann sein, daß er nach einer guten Probe eingekauft hat, und daß in jenen Tagen derartige Preise an der Tagesordnung waren. Dann kann man ihm keinen Vorwurf machen und nur sagen: „Er ist hereingefallen und damit auch die Stadt.“

Altersvorsitzender **Meyerhoff**: Ist eine Besprechung erwünscht, dann bitte ich die Hand zu erheben.

Für die Besprechung meldet sich die Minderheit.

### 10. Anfrage **Steincke** über den hohen Preis der städtischen Eier in Braunschweig.

Wortlaut der Anfrage: „Worauf ist es zurückzuführen, daß städtische Eier in anderen Städten mit einem geringeren Preise als 21 Pfg. pro Stück verkauft werden?“

Stadtv. **Steincke** (zur Begründung): Man hält sich in der Stadt darüber auf, daß unsere städtischen Eier zum Preise von 21 Pfg. zu teuer verkauft werden. Ich bin der Sache auf den Grund gegangen, habe in einigen anderen Städten den

Preis der von ihnen verkauften Eier erkundet und habe ermittelt, daß unsere Nachbarstadt Peine, die sich eben mit der Organisation des Eierhandels beschäftigt, hofft, nur 17 Pf. für das Stück erheben zu brauchen; es könnte höchstens sein, wie mir telephonisch mitgeteilt wird, daß der Preis auf 18 Pf. gestellt werden muß. Es scheint aber nach einer Nachricht, daß es sich nicht um die Eier handelt, die Peine von Berlin aus bekommen hat, sondern um solche, die die Stadt Peine flugerweise in ihrem Landkreise selbst gesammelt hat. Dabei kam ich auf den Gedanken, ob man hier — wenn es auch bisher versäumt ist — nicht noch dazu übergehen sollte, aus unserem Herzogtum, mindestens aus dem Bezirke der Kreisdirection Braunschweig, die verfügbaren Eier aufzukaufen. Wir würden damit der Eiernot für den Winter mit Erfolg begegnen. Wenn wir auch 100 000 Stück — wenn ich recht unterrichtet bin — von Berlin aus bekommen, so ist die Menge noch nicht hinreichend, um dem Bedarf an Eiern zu genügen, zumal die Bevölkerung jetzt viel mehr Eierpreise genießt als früher. Auch ist man allgemein der Ansicht, daß der Preis von 25 Pf. im privaten Handel zu teuer ist. Wenn auch die Landwirte einen höheren Preis für Futter ausgeben müssen, so ist andererseits doch zu sagen, daß unsere Bevölkerung wie im Hannoverschen viel mehr dazu übergehen müßte, sich Knochenmühlen anzuschaffen, denn die gekochten Kartoffelschalen und gemahlene Knochen bilden ein ausgezeichnetes Hühnerfutter. Dann haben die Landwirte nicht nötig, so viel Körnerfutter zu kaufen, sondern können zu drei Vierteln die Hühnernaehrung aus den eben genannten Stoffen herstellen.

Dann ist von mir weiter festgestellt, daß die Stadt Hildesheim je fünf Eier zu 1 M verkauft. Dort scheint es sich um staatlich gelieferte Eier zu handeln. Warum man verlangt, fünf Eier auf einmal abzunehmen, ist mir allerdings nicht klar, es wird wohl seine besondere Begründung haben. Die Stadt Magdeburg ist wohl in der glücklichsten Lage in bezug auf Eierabgabe gewesen. Wie ich aus guten Quellen weiß, kann sie die Eier mit 13 Pf. das Stück verkaufen; sie hat nämlich zur rechten Zeit sich nach Dänemark gewandt, um von dorthier billige Eier zu beziehen. Ich bin nicht ganz im Bilde, ob es dem Magistrat möglich ist, alle die umfangreichen Korrespondenzen zu führen, wie es zu solch billigen Bezügen nötig ist. Andere Städte haben ein Korrespondenzbureau eingerichtet, welches sich aus Bürgern der Stadt zusammensetzt und Nahrungsofferten aus Norwegen und anderen Ländern einzieht, teilweise auch die Korrespondenz durch Telegramme erledigt. Mein Antrag soll nicht bezwecken, die Arbeitslast des Magistrats zu vergrößern, sondern ich möchte wünschen, daß die verschiedenen Anträge und Anregungen, die hier von mir und anderen Kollegen gegeben sind, mehr durch Unterausschüsse und den Ernährungsausschuß erledigt werden.

Nach alle den angeführten Gründen kann ich nicht einsehen, warum gerade

in unserer Stadt die Eier, die uns geliefert sind, 21 Pf. kosten müssen, und bitte um Aufklärung.

**Stadttrat von Frankenberg:** Herr Stadtverordneter Steinecke ist auf dem richtigen Wege, wenn er die Zuständigkeit des Ernährungsausschusses für diesen Eierbezug annimmt. Wir haben uns im Ernährungsausschuß eingehend mit dieser Sache beschäftigt und sind zu dem Ergebnis gelangt, daß unter Berücksichtigung des Einkaufspreises und eines geringen Verdienstes der Stadteiergeschäfte — deren Zahl auf die stattliche Summe von ungefähr 30 angewachsen ist — die Eier nicht billiger vertrieben werden können. Wir beziehen die Eier von der Zentraleinkaufsgesellschaft. Es handelt sich um Eier aus auswärtigen Gebietsteilen, doch ist es wohl nicht unbedingt erforderlich, daß ich die betreffenden auswärtigen Staaten nenne, von denen Eier zu beziehen wir das Glück haben. Es sind weder galizische noch ungarische Eier; es sind solche, deren Beschaffenheit nach dem Urteil aller Sachverständigen im Eierfache erheblich besser ist als die der galizischen und ungarischen Eier, und wenn bei jener Gruppe der Preis von 13—14 Pfennig, bei dieser ein Preis von 20—21 Pfennig verlangt wird, so ist die Güte der Ware der Hauptgrund, der hierfür in Betracht kommt. Die Eier werden von der Zentraleinkaufsgesellschaft zu einem Preise geliefert, der sich frei Braunschweig auf etwa 19 Pf. stellt. Man kann nicht umhin, sie unter Berücksichtigung der Unkosten für Lager, Bruch, Verderb usw. dem Zwischenhandel für 20 Pf. zu geben mit der Bestimmung, daß sie nicht teurer als zu 21 Pf. das Stück verkauft werden dürfen. Das ist ein Aufschlag von 5 Prozent für den Zwischenhandel im kleinen, der als sehr mäßig bezeichnet werden muß. Dennoch sind die Kleinhändler sehr gern darauf eingegangen, den Absatz zu übernehmen.

Neben dieser Zufuhr durch die Zentraleinkaufsgesellschaft ist uns erfreulicherweise durch Vermittlung der Herzoglichen Kreisdirektion ein Angebot in Landeiern von auswärts eingegangen. Es war das allerdings nur ein Posten von 300 Stück wöchentlich, und das spielt bei unserm Bedarf keine große Rolle, da uns in vergangener Woche durch die Zentraleinkaufsgesellschaft 240 000 und in dieser Woche 100 000 Stück geliefert sind. Ähnliche Lieferungen werden auch in Zukunft folgen, und ich glaube, der Stadtmagistrat wird guttun, dieses Lieferungsgeßäft fortzusetzen. Das Herzogliche Ministerium hat auch eine Lebensmittelzentrale eingerichtet, und es ist in Aussicht genommen, daß auch durch diese Stelle uns Eier geliefert werden. Wenn es möglich sein sollte, auf diese Weise zu einem niedrigeren Preise zu gelangen, so würde uns das sehr freuen. Jedenfalls haben wir im Ernährungsausschuß den Hauptwert auf eine gleichmäßige Verteilung des verhältnismäßig kostbaren Zuschusses zu der Ernährung der Bewohner unserer Stadt gelegt



und die Bestimmung getroffen, daß wöchentlich an Haushaltungen von 1—2 Personen höchstens 3 Eier, an solche von 3—4 Personen höchstens 6 Eier und an größere Haushaltungen höchstens 9 Eier abgegeben werden dürfen. Damit ist der Eierhamsterei aus den städtischen Beständen ein Kiegel vorgehoben.

Älterenvorsitzender **Meyerhoff:** Wird eine Besprechung der Anfrage gewünscht? . . . Es scheint nicht so. Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8 Uhr.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 29. Juni 1916.

### Tagesordnung:

1. Errichtung eines städtischen Hühnerhofs . . . . .	Seite 185
2. Abrechnung über den Bau der Feuerbestattungshalle . . . . .	" 207
3. Prüfung der Rechnung des städtischen Haushalts für 1912/13 . . . . .	" 207
4. Gewährung eines Zuschusses an die Volksschulehalle aus der Fideleystiftung . . . . .	" 207
5. Gewährung von Feuerungszulagen an die städtischen Beamten und Lehrer . . . . .	" 208
6. Erhebung einer Lichtspielsteuer . . . . .	" 211
7. Versicherung der Ferkel im städtischen Schlachthause betreffend . . . . .	" 216

### Außer der Tagesordnung behandelt:

8. Antrag Stegmann, Maßnahmen zur Besserung der Säuglingsernährung betreffend . . . . .	" 224
9. Neupflasterung der Sonnenstraße betreffend . . . . .	" 233
10. Antrag Steinecke, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen und Erlaß eines Ausführverbots für Obst . . . . .	" 235

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Franckenberg**, **Mohr**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben** und Amtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Dr. Boge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Masche** und **Schön**.

**Vorsitzender Hartung:** Ich eröffne die Sitzung und teile mit, daß die Herren Schön und Rasche sich entschuldigt haben.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Meine Herren! Es ist Ihnen bekannt, daß unser juristischer Hilfsarbeiter im Magistrat, Herr Regierungsassessor Dr. Bach, alsbald nach Ausbruch des Krieges zum Heeresdienst einberufen ist und auch jetzt noch im Felde steht. Unsere Arbeiten im Magistrat haben aber derart zugenommen, daß wir uns nach einer anderen Hilfskraft haben umsehen müssen. Wir sind dem Herzoglichen Staatsministerium dankbar dafür, daß es Herrn Amtsrichter Meyer, der einstweilen in den städtischen Dienst eingetreten ist, zu diesem Zwecke beurlaubt hat. Herr Amtsrichter Meyer ist zugegen; ich erlaube mir, den Herrn vorzustellen, und darf wohl annehmen, daß Sie einverstanden sind, daß der Herr an unserer Sitzung mit teilnimmt.

**Vorsitzender:** Ich habe mitzuteilen, daß ein Schreiben eingelaufen ist vom Vorstande der Schleswig-Holsteinischen Sachverständigenkammer, Geschäftsstelle Kiel, eingetragener Verein, enthaltend einen Antrag, der darin gipfelt, allen Beamten und Angestellten jede außeramtliche Nebenbeschäftigung auf ihrem Berufsgebiete gegen Bezahlung im Interesse der freien Berufe zu untersagen und dadurch eine etwaige gegen letztere gerichtete Konkurrenz zu vermeiden. Ein gleichlautendes Schreiben ist, wie ich höre, dem Magistrat eingereicht. Wir werden also zunächst abwarten dürfen, daß der Stadtmagistrat dazu Stellung nimmt.

Ferner ist eine Eingabe eingegangen von Herrn Julius Wagner, hier, Frankfurterstraße 61 b, dem die Photographie eines Modells einer neuen Luftschiffkonstruktion beigelegt ist, die der Herr uns zur Kenntnisknahme unterbreitet. Herr Wagner bittet diejenigen Stadtverordneten, die sich für die Sache interessieren, das in seiner Wohnung aufgestellte Modell anzusehen, und bittet auch die Behörden um einen Raum zur Ausstellung dieses Modells. Einen Raum für diesen Zweck anzuweisen, liegt nicht in unserer Kompetenz. Ich bitte die Herren, die für die Sache Interesse haben, eine Besichtigung vorzunehmen. Ich werde Herrn Wagner mitteilen, daß von seinem Schreiben der Versammlung Kenntnis gegeben ist, die Versammlung aber nicht in der Lage ist, auf seine Bitte weiter einzugehen.

**Stadtv. Diedmann:** Ich erbitte das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten am 16. Juni ist bei der Verhandlung eines der letzten Punkte mein Name gefallen und meine Tätigkeit im Ernährungsausschuß kurz gestreift. Ich war behindert, an der Sitzung bis zum

Schluß teilzunehmen und möchte mir gestatten, auf die beregte Sache nachher kurz zurückzukommen. Zu diesem Zwecke erbitte ich mir das Wort in der gegenwärtigen Stadtverordnetenversammlung folgenden vertraulichen Sitzung.

**Vorsitzender:** Es wird dem nichts entgegenstehen, daß Herr Diedmann nachher zu diesem Zwecke das Wort erhält.

### 1. Errichtung eines städtischen Hühnerhofs.

**Vorsitzender:** Die Herren haben in der Kommission für Vorberatung dieser Frage zwei Stadtverordnete und außerdem als Sachverständigen Herrn Gefängnisinspektor Ulrich gewählt. Die Kommission wird heute über ihre Tätigkeit berichten, und Herr Lauer hat mir mitgeteilt, daß er es für angezeigt gehalten hat, Herrn Inspektor Ulrich zu bitten, bei der Besprechung dieses Punktes gegenwärtig zu sein. Ich nehme an, daß die Herren Interesse daran haben, eventuell die Ansicht des Herrn Sachverständigen zu hören, und werde deshalb Herrn Inspektor Ulrich ersuchen lassen, bei der Beratung dieses Punktes zugegen zu sein, damit er uns nötigenfalls Aufschluß geben kann. Ich bitte, Herrn Inspektor Ulrich hereinzurufen.

Stadtv. **Lauer:** Um das Resultat unserer Beratungen in der Kommission gleich vorwegzunehmen, möchte ich Ihnen zunächst mitteilen, daß wir uns auf folgende Entscheidung geeinigt haben:

„Im Hinblick auf die große Hühnereierknappheit und im Hinblick auf die hohen Hühnereierpreise, des ferneren darauf, daß sich keine Aussicht eröffnet, daß sich die gegenwärtigen ungünstigen Verhältnisse zur Erlangung von Eiern baldigst für uns verbessern, wolle die geehrte Versammlung beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, so schnell als möglich, vielleicht auf dem städtischen Kieselgute, einen großzügigen Hühnerhof anzulegen, um so zu versuchen, dazu beizutragen, das kräftigste Nahrungsmittel des Menschen, das Ei, mehr und billiger als jeither demnächst der Einwohnerschaft Braunschweigs zugänglich zu machen und auch namentlich die Hühnerfleischproduktion intensiv zu heben.“

Aus der amtlichen Statistik ist zu ersehen, daß das deutsche Reich im Jahre 1913 allein für Einfuhr an Eiern über 200 Millionen Mark an das Ausland bezahlen mußte. Aus dieser hohen Summe ist zu ermessen, in welchem großen Umfange die Eiereinfuhr stattgefunden hat. Die Einfuhr von Eiern ist nun leider während des Krieges fast vollständig in Fortfall gekommen, und soweit sie noch besteht, ist sie mindestens unregelmäßig und aufs höchste unbestimmt. Des fernern ist hinlänglich bekannt und durch Fachleute bestätigt, daß wir merkwürdigerweise

in Deutschland noch nicht auf dem richtigen Wege der rationellen wirtschaftlichen Ausnutzung der Hühnerzucht stehen, denn sonst wäre es nicht möglich, daß in der gegenwärtigen Zeit das kräftigste Nahrungsmittel des Menschen, das Ei, so rar und so teuer geworden ist, wie es nun zutrifft. Fachleute wiederum haben bestätigt, daß, wäre unsere Produktion an Eiern eine rationelle, Deutschland ohne weiteres in der Lage wäre, seinen Eierbedarf selbst zu decken und sich in dieser Hinsicht vom Auslande unabhängig zu machen. Welchen enormen wirtschaftlichen Wert dies in der gegenwärtigen Zeit haben würde, das liegt klar auf der Hand. Nun ist während des Krieges den Kommunen immer mehr die Aufgabe zugefallen, für die Bevölkerung Nahrungsmittel zu beschaffen, und so sind wir denn auch dazu gekommen, hier die Anregung zu geben, einen großzügigen Hühnerhof seitens der Stadt Braunschweig zu errichten. Die Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin hat ja zwar, wie in der vorvorigen Sitzung Herr Stadtrat von Frankenberg mitteilte, die Zusicherung gegeben, bis auf weiteres — ich betone: bis auf weiteres — die Stadt Braunschweig monatlich mit ca. 60 000 Eiern zu versehen . . . (Zuruf des Herrn Stadtrat von Frankenberg: „Wöchentlich!“) Ich darf hier bemerken, daß in dem stenographischen Berichte wiederholt „monatlich“ steht. Ich selbst habe anfangs auch Anstoß daran genommen, aber so steht es tatsächlich dort. Dann muß also der Bericht falsch sein. Wie dem aber auch sein mag: Die Ziffer 60 000 klingt sehr hoch, in Wirklichkeit ist sie doch viel zu niedrig für unseren Bedarf. Was will die Zahl sagen für so viele! Würde man jedem Einwohner der städtischen Bevölkerung täglich ein Ei gewähren, so hätten wir monatlich nicht 60 000, sondern 4 380 000 Eier nötig. Wie die Differenz, die sich da ergibt, gedeckt werden soll, ist mir natürlich unerfindlich. Man kann doch schlechterdings nicht sagen, daß ich zu weit gegangen bin oder zu freigiebig gewesen bin, wenn ich angenommen habe, daß jeder Person täglich ein Ei zustehen soll, denn es ist doch bekannt, daß durch den Wegfall und die Einschränkung bezüglich der sonstigen zahlreichen Nahrungsmittel die Nachfrage nach Eiern immer mehr gestiegen ist.

Die Frage der Errichtung eines Hühnerhofs seitens der Stadt steht und fällt mit der Beantwortung der Frage: Sind wir in Zukunft in Braunschweig genügend mit Eiern gedeckt, sicher gedeckt oder nicht? Leider wird die Frage nicht bejaht werden können, und so stehen wir auf dem Standpunkte, daß nach unserer Überzeugung unverzüglich die Errichtung eines Hühnerhofs in Angriff genommen werden müßte. Die Zusicherung der Zentraleinkaufsgesellschaft lautet „bis auf weiteres“. Dieses „bis auf weiteres“ kann morgen am Tage aufhören. Und was gelten überhaupt während der Kriegszeit unverbindliche Zusicherungen?! Heute vor acht Tagen hat in Braunschweig die Vollversammlung der Braunschweigischen Landwirtschaftskammer getagt, und bei der Gelegenheit hat der braunschweigische Minister Erzellenz Boden eine Rede an die Landwirte gehalten, die sich durch be-

sonders tiefen Ernst ausgezeichnet hat. Sie bezog sich natürlich auf die Ernährungsfrage und hat durch ihren ernsten Ton gewissermaßen Aufsehen erregt. Auf das dringendste hat der Herr Minister gebeten, doch auf dem Gebiete der Schaffung von Ernährungsmöglichkeiten weiter tätig zu sein und u. a. weiter Schweinemästereien anzulegen — dieselben Schweinemästereien, deren Einrichtung seinerzeit hier im Saale leider — was ich nebenbei bemerken will, — keinen Anklang fand. Es steht fest: Alles, was der Herr Minister in voriger Woche in jener Versammlung gesagt hat, trifft aufs Wort und aufs Haar auch zu auf die Errichtung eines Hühnerhofs.

Ich habe nun Gelegenheit genommen, mir verschiedene Hühnerhöfe anzusehen, und habe mich sehr für die Sache interessiert. Wenn ich schon bisher nicht den geringsten Zweifel daran hatte, daß die Anlegung eines Hühnerhofs durchaus zweckmäßig ist, so bin ich durch meine näheren Prüfungen darin aufs neue bestärkt worden. Mein Weg führte mich zufällig nach Mainz, und dort besichtigte ich ein neues modernes Krankenhaus, das ungefähr tausend Kranke aufnehmen kann. In diesem städtischen Krankenhause hat man sehr bald nach Ausbruch des Krieges einen großzügigen Hühnerhof angelegt, und das Resultat ist heute so, daß nicht nur das ganze große Etablissement inklusive Personal von diesem Hühnerhof mit Eiern versehen wird, sondern vorübergehend der Hühnerhof sogar in der Lage ist, noch Eier an Händler abgeben zu können. In der Stadtverordnetenversammlung in Mainz vom 24. Mai d. J. nahm der dortige Stadtrat Herr Dr. Opmann Veranlassung, nicht nur seine Anerkennung über den Erfolg des Hühnerhofs auszudrücken, sondern öffentlich seine Bewunderung darüber auszusprechen. Solche Anlagen, so sagte Herr Stadtrat Dr. Opmann, seien in der gegenwärtigen Zeit sehr zu begrüßen. Mainzer Zeitungen, die über diese Vorgänge berichten, sind in meinen Händen, und ich bin gern erbötig, sie den Herren, wenn sie solche einzusehen wünschen, zur Verfügung zu stellen.

Ferner hat der Stadtmagistrat in Landsberg an der Warthe vor drei Monaten, auch der Not gehorchend, ebenfalls einen Hühnerhof eingerichtet. Es befinden sich 85 Hühner und 200 Küken darin. Das Futter für die Tiere erhält der Stadtmagistrat zum größten Teil aus der Militärpferdeanstalt. Schon nach den jetzigen Erfahrungen zu urteilen, so schreibt mir der dortige Stadtmagistrat, hoffe er, sehr gute Erfolge zu erzielen. Auch in Nummer 23 der Kommunalen Praxis, die vielleicht viele der geehrten Herren lesen, ist über diesen Hühnerhof in Landsberg berichtet.

Weiter hat der Besitzer des Kurhauses in dem nahen Harzburg aus dringender Not heraus sich einen Hühnerhof angelegt, und zwar im März 1915. Er stellte damals 12 Hühner und 1 Hahn ein, heute, nach fünf Vierteljahren, besitzt er — ohne Zinkauf natürlich — 160 Hühner inklusive 80 Jungtieren. Ich bitte hier-

bei auf den verhältnismäßig großen Fleischertrag mit zu achten. Welche Schwierigkeiten würde wohl dieser Herr heute haben, wenn er damals nicht zur Errichtung eines Hühnerhofs übergegangen wäre.

Schließlich sind Ihnen wohl noch die näheren Angaben über den Hühnerhof in Hildesheim bekannt; die Hildesheimer Anstalt ist ja in der vorletzten Sitzung hier eingehend besprochen worden. Die gute Rentabilität eines Hühnerhofs wurde auch dort zahlenmäßig nachgewiesen. Weitere Beispiele beizubringen, würde wohl zu weit führen.

Wir sind in der Kommission der Meinung, daß bei richtiger Anlage eines Hühnerhofs im allerungünstigsten Falle sich Aufwendungen und Ertragnisse sehr wohl decken werden. Ich habe mir eine kleine Aufstellung gemacht und habe an Ausgaben gerechnet: 50 Legehühner, die ich, wenn sie käuflich erworben werden, mit je 12 *M* eingestellt habe = 600 *M*. Eine Brutmaschine kostet 100 *M*. Für diverse Unkosten habe ich 1000 *M* und für Ernährung der Hühner 400 *M* pro Jahr eingestellt. Das macht für das Jahr eine Ausgabe von 2100 *M*. Diesen Unkosten steht eine Einnahme von 1650 *M* gegenüber. Dabei rechne ich, daß ein Huhn pro Jahr 150 Eier legt, und den Eierpreis habe ich mit 22 Pf. eingesetzt. In Wirklichkeit kostet ja aber das Ei in Braunschweig im freien Handel nicht 22, sondern 27 Pf.

Nun könnte man die Frage aufwerfen: Stehen denn der Errichtung eines Hühnerhofs in Braunschweig keine Schwierigkeiten entgegen? Dazu muß man sagen, daß das in gewissem Grade gegenwärtig allerdings der Fall ist. Es könnte zunächst der Einwand gemacht werden: Woher können wir gute Legehühner für Errichtung eines Hühnerhofs bekommen? Nun habe ich aber in einem Fachblatte inseriert, und zwar mit einer vierzeiligen Annonce, und auf Grund dieser habe ich 12 gute Hühner-Angebote bekommen. Es scheint also doch, als wenn die Erlangung von Hühnern nicht so schwer ist, wie man zunächst hier angenommen hat. Des fernern habe ich mich an eine Autorität in diesem Fache (wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf) gewandt, an einen Herrn, der viele Bücher über Hühnerzucht geschrieben hat, und habe ihn gefragt, wo man gute Legehühner für Errichtung eines Hühnerhofs erwerben könnte. Der Herr — es ist Herr Georg Hothum in Augsburg, der Verfasser des Werks „Die wirtschaftliche Geflügelzucht“ — schreibt mir folgendes — und das wird die geehrten Herren besonders interessieren:

„Ihre freundliche Anfrage vom 22. ds. hat mich sehr geehrt, und ich glaube annehmen zu dürfen, daß Sie durch mein Werk „Die wirtschaftliche Geflügelzucht“ auf mich aufmerksam wurden. — Es ist sehr erfreulich, wenn die einzelnen Städte im großen Maßstabe Geflügelhöfe anlegen, und werden sich solche nicht nur rentierlich erweisen, wenn dieselben von wirklich praktischer Seite aus geleitet werden, sondern es wäre auch wünschenswert, daß zur wirklichen Hebung der Geflügelzucht in ganz Deutschland viele brachliegende Grundstücke ausgenützt, für die Ge-

flügelzucht dienstbar gemacht werden und so die Inlandproduktion einsehen kann. Allerdings ist jetzt der wundeste Punkt: Woher gute Legehühner nehmen? Ein größerer Teil des Geflügels ist Futtermangels halber abgechlachtet worden, und die Nachzucht ist vielfach eine äußerst geringe, doch immerhin wird sich dadurch ein Ausweg schaffen lassen, daß vielleicht im Herbst auf Grund Aufkündigung in der Geflügelbörse Tiere zum Verkauf frei werden, andernfalls ist es ratsam, einen einzurichtenden Geflügelhof sofort mit elektrischen Brutapparaten zu versehen, und schon frühzeitig mit der Brut einzusetzen, d. h. Bruteier von guten Leistungszüchtern zu beziehen. Die Tiere werden dann spätestens bis zum Herbst zu legen anfangen, auf diese Weise könnten in Massen Tiere gewonnen werden. Persönlich habe ich heuer sehr viel Jungtiere herangezüchtet, doch auch ich bin im Begriffe, noch einige Interessenten, d. h. einige Kapitalisten zu finden, um eine hier sich bietende günstige Gelegenheit auszunützen und eine große Geflügelzuchtanstalt zu errichten, weshalb ich sämtliche Jungtiere als Grundlage mit meinen sonstigen Zuchtstämmen hierfür benötige. Die Ernährungsfrage dürfte für die Zukunft sich besser gestalten, besonders, wenn die Ernte gut ausfällt, und Hilfsmittel aller Art, insbesondere Knochenmehl, Mele und Kartoffeln, ferner Heublumen, Maifärschrot haben mir bisher gute Dienste geleistet, ja, ich habe die Erfahrung gemacht, daß, trotzdem ich nur zweimal im Tage füttere und sehr sparsam füttere, alles genau berechne pro Kopf und pro Tier, ich ein besseres Leistungsergebnis erziele als früher bei besserer Fütterung. Selbstverständlich bin ich gerne bereit, wenn dort bestimmt eine größere Geflügelzuchtanstalt in Aussicht genommen ist, mit weiteren Vorschlägen zu dienen, doch möchte ich Sie ganz besonders aufmerksam machen, daß der Erfolg einer Sache ganz ankommt auf die Platzverhältnisse, auf die Einteilung und darauf, daß der Betrieb in die Hände eines erfahrenen Praktikers gegeben wird, dem auch möglichst freie Hand zu lassen ist. Ihre freundliche Anfrage ist insofern ein gutes Zeichen, als Sie offenbar von der Ansicht ausgehen, daß, wenn eine solche Sache zur Ausführung kommt, in erster Linie der Praktiker zu hören ist, und damit werden Sie auch immer am besten fahren, denn man kann, nur angenommen, wenn der Platz ein verfehlter ist, die ganze Sache zu einer verfehlten machen.

Obwohl ich schon sehr viel in Anspruch genommen bin, stehe ich doch ganz gerne mit weiteren Aufschlüssen zu Diensten."

Über die schwerwiegende Frage zur Erlangung der Hühner hat der Herr also wertvolle Fingerzeige gegeben. Auch in einer hiesigen Zeitung stand vor wenigen Tagen ein Angebot von Hühnern, wodurch ein in der Nachbarschaft ansässiger Herr 20 Hühner, das Stück zu 8 M zum Verkaufe anbietet.

Eine zweite Frage ist die Frage der Erlangung des nötigen Futters. Da haben wir nur nötig, die Fachblätter aufzuschlagen, und dort können sich die



Herren sofort überzeugen, daß eine Menge Futter angeboten wird, ganz abgesehen davon, daß namentlich, worauf besonders Wert zu legen wäre, eine Anlage geschaffen wird, in denen die Hühner einen sogenannten reichlichen Auslauf haben. Mit anderen Worten: Eine große Wiese muß vorhanden sein, dort werden die Hühner schon einen großen Teil ihres Futters finden.

**Vorsitzender:** Ich muß bitten, die Privatunterhaltungen etwas leiser zu führen.

Stadtv. **Lauer** (fortfahrend): Damit wäre wohl auch das zweite Bedenken erledigt, das der Errichtung eines Hühnerhofs entgegenstände. Wir haben in der Fassung des Kommissionsbeschlusses noch besonders darauf hingewiesen, daß es sehr wünschenswert wäre, wenn auf eine intensive Produktion von Hühnerfleisch geachtet würde, denn dadurch soll eine Hühnerzuchtanlage ganz besonders lohnend sich erweisen. Aus einem Leipziger Fachblatte möchte ich Ihnen in wenigen Worten ein Rechenexempel mitteilen, bei dem aus einer Hühnerzuchtanlage ein Gewinn von 1500 M berechnet ist. Das Beispiel spricht von 54 Hühnern nebst 6 Hähnen, wo mit drei Maschinen zu je 200 Eiern junge Tiere ausgebrütet werden, so daß auf jede Henne 50 Jungtiere fallen. Das ergibt die große Zahl von 2700 Küken, wovon indessen, wie das Blatt sagt, immer ein Teil noch klein ist, während der andere bereits geschlachtet werden kann. Der Züchter wird die Tiere entweder im Alter von etwa drei Monaten mager an Mastanstalten oder gemästet im Alter von 4—6 Monaten verkaufen. Für diesen Artikel finden sich immer Abnehmer, vorausgesetzt, daß die Ware gleichmäßig gut ist und in größeren Posten geliefert werden kann. „Unter diesen Bedingungen wird sich das deutsche Schlachtgeflügel unschwer den Inlandmarkt erobern können. Nach Angabe von Züchtern und Mästern von Fach und nach unseren eigenen Erfahrungen kann auf einen Reingewinn von 55—60 Pfg. durchschnittlich an jedem Jungtiere gerechnet werden. Er wird auch höher ausfallen, wenn alles gut klappt. In unserem angenommenen Falle würde sich also der Überschuß rund auf 1500 M belaufen.“

Nun, meine Herren, wir beabsichtigen in Braunschweig keinen Hühnerhof zu gründen, um Überschüsse zu erzielen; was uns vorjchwebt, ist bekannt: Wir wollen nur versuchen, unter allen Umständen möglichst viel Eier und Hühnerfleisch für unsere Braunschweiger Mitbewohner zu bekommen. Diese vornehmste und wichtigste Aufgabe schwebt uns vor. Wenn wir daher von Einbringung irgend eines materiellen Nutzens absehen, dann sollte ich meinen, daß die Errichtung eines Hühnerhofs nicht das geringste Bedenken haben könnte, auch selbst nicht für den Fall, daß ein kleiner Verlust in Aussicht stände. Ich stehe auf dem Standpunkte: Wir müssen genügend Eier schaffen, nachdem die anderen Nahrungsmittel in bedenklicher Weise reduziert worden sind.

Es würde zu weit führen, wenn ich mich in weitere Details einlassen wollte. Es gibt über die Geflügelzucht eine treffliche Literatur, die früher zu beachten ich keine Veranlassung hatte, auf sie möchte ich hinweisen, und ich war erstaunt darüber, welch wunderschöne Aufklärung ich daraus gefunden habe. Ich bitte Sie, stimmen Sie dem dringenden Wunsche der Kommission zu, und geben Sie Ihr Votum ab für baldige Errichtung eines nicht kleinen, sondern großzügigen Hühnerhofs, damit wir demnächst in der Lage sind, nicht wieder so bittere Erfahrungen bezüglich der Ernährung unserer Mitbürger machen zu müssen, wie das leider, leider in verschiedenen Fällen vorgekommen ist.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Es ist selbstverständlich, daß der Magistrat, wenn Sie den Antrag annehmen, ihn einer wohlwollenden Prüfung unterziehen wird. Nur möchte ich heute schon auf eins hinweisen: Es wird sich nicht einrichten lassen, auf dem Kieselgute Steinhof, wie die Kommission in ihrem Antrage sagt, sofort eine entsprechende Einrichtung zu schaffen, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil es uns jetzt an dem nötigen Futter fehlt. Wir haben jetzt nicht einmal das Futter, um unsere Pferde dort draußen angemessen zu versorgen; wie können wir da sofort eine große Einrichtung für Hühnerzucht treffen! Nun hat Herr Lauer erklärt, die städtischen Abfälle könnten zur Ernährung der Hühner mit verwandt werden. Die Verwertung der Abfälle ist ohne Frage eine hochbedeutende Sache, und wir haben sie auch hier in Braunschweig durchgeführt. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen: Wenn wir die Abfälle aus der Stadt für die städtische Schweinemast nicht hätten, so kämen wir in die größte Verlegenheit. Hinzukommt noch -- die Herren werden wohl den Artikel darüber gelesen haben, der in diesen Tagen in verschiedenen Blättern erschienen ist --, daß die Reichsregierung beabsichtigt, die Verwertung der Abfälle in großzügiger Weise im ganzen Deutschen Reiche durchzuführen, um die Milchproduktion zu fördern. Also die Abfälle sollen auch da verwertet werden, aber nicht für die Hühnerzucht. Wenn uns nun alle diese Abfälle verlorengingen und wir für die Hühner nur Körnerfutter schaffen müßten, so sind wir augenblicklich gar nicht in der Lage, Hühner halten zu können.

Freilich könnten wir die ganze Bewirtschaftung des Kieselgutes wesentlich ändern, und es ist eine alte Streitfrage, die wir schon früher mehrfach erörtert haben: Sollen wir das Kieselgut wie bisher bewirtschaften durch Verpachtung, oder sollen wir Selbstwirtschaft treiben? Dazu möchte ich eins bemerken. Wir haben im letzten Jahre bei der Bewirtschaftung des Kieselguts in der Weise, wie wir sie bisher betrieben haben, ungefähr das Doppelte von dem herausgewirtschaftet, was im Etat vorgesehen war. Wenn wir diese Summe anwenden, um Eier aus dem Auslande einzuführen, so wird das so viel ausmachen, daß gar nicht

zu bestreiten ist, daß wir nicht imstande sind, eine Hühnerzucht in solch großem Umfange zu betreiben, daß sie eine gleiche Zahl Eier einbringt. So richtig der Gedanke überhaupt ist, die Eierproduktion und das Halten von Hühnern im Deutschen Reiche im allgemeinen zu fördern, ebensovienig kann man jetzt sagen, daß, wenn die Stadt Braunschweig sofort die Einrichtung trifft, dadurch dem Eiermangel abgeholfen wird. Das ist nicht möglich; wir müßten sonst eine ganz gewaltige Einrichtung schaffen, die sich gar nicht durchführen ließe.

Ich gebe aber zu, daß das Kieselgut Steinhof ein geeignetes Feld sein würde, um das Halten von Hühnern seitens der Stadt zu ermöglichen. Ein größerer Posten von Hühnern wird dort schon gehalten, und wenn die Stadtverordnetenversammlung auf dem Standpunkte steht, daß wir die Wirtschaft dort anders einrichten sollen, insbesondere mehr Hühner halten sollen, so wird der Magistrat im Einvernehmen mit der Deputation, die zur Verwaltung des Kieselguts eingesetzt ist, eine eingehende Prüfung dieser Sache vornehmen und Ihnen dann von unseren Vorschlägen und Beschlüssen Kenntnis geben.

**Stadtrat von Frankeberg:** Was die Zahl der durch die Zentraleinkaufsgesellschaft gelieferten Eier betrifft, so wird es den geehrten Herren erwünscht sein, zu hören, daß im Laufe der letzten Wochen sich diese Lieferungen an die Stadt tatsächlich auf durchschnittlich 60 000 Eier wöchentlich gestellt haben. Wenn in den vorletzten Bericht eine andere Zahl hineingekommen ist, so mag es sich um ein Mißverständnis gehandelt haben, das ich hiermit gern berichtigen will. Wir haben in einzelnen Wochen sogar 72 000 Eier und 90 000 Eier bekommen, in den meisten aber 60 000. In der letzten Woche sind es nur 39 600 gewesen, es sind also durch die Zentraleinkaufsgesellschaft etwas weniger Eier angeliefert, aber erfreulicherweise hat der Bundesrat und in weiterer Ausführung unser Ministerium die Anordnung getroffen, daß in den Stadteiergeschäften die Landeier, wenn ich so sagen darf, also die Eier aus unserer Umgegend, die nicht durch uns eingekauft sind, zu keinem höheren Preise verkauft werden dürfen, als der ist, den wir auf Grund unserer Abmachung mit der Zentraleinkaufsgesellschaft vorzuschreiben in der Lage waren: das sind 22 Pfg. für das Ei. Auch insofern ist also eine Verbesserung geschaffen, die gewiß mit Freuden zu begrüßen ist. Es stellt sich bei einem durchschnittlichen Bezuge von 60 000 Eiern durch die Zentraleinkaufsgesellschaft das Verhältnis so, daß durchschnittlich jeder Braunschweiger in zwei Wochen beim Einkauf dieser Eier einmal zum Zuge kommen kann. Wie weit dagegen die Lieferung aus den Erzeugnissen eines Geflügelhofs ins Gewicht fällt, werden sich die Herren selber berechnen können.

**Stadtv. Steinede:** Nachdem Herr Lauer seinen Bericht erstattet hatte, hatte ich das Gefühl, daß die Errichtung eines Hühnerhofs wohl einstimmig angenommen

werden würde. Um so mehr würde ich es bedauern, wenn das nicht der Fall sein würde, denn ich muß sagen, soweit ich von der Kommission darüber gehört habe, und soweit ich mich persönlich in der durch den militärischen Dienst für mich beschränkten Zeit um die Sache bekümmert habe, sind die Bedenken gegen die Anlage nicht so schwer, wie es nach den Äußerungen des Herrn Oberbürgermeisters scheint. Wie wäre es sonst möglich, daß in Hannover durch die freiwillige Kriegshilfe seit langer Zeit 200 Hühner mit großem Erfolge gefüttert werden konnten, und zwar in der Hauptsache durch Knochenmehl, vermischt mit anderen Futterstoffen. Täglich werden dort 40 Zentner Knochenmehl verarbeitet. Auch wir müßten Knochenmühlen anschaffen und damit das Knochenmehl selbst herstellen. Man verwendet zur Fütterung auch Fischmehl und hat dadurch in Hannover eine rationelle Hühnerzucht im Gange, die schon Tausende von Eiern produziert hat.

Wenn die Gefahr droht, daß von einer Reichsstelle die Abfälle beschlagnahmt werden, so ist das ein Grund mehr, daß wir schleunigst diese Sache einrichten, denn ich bezweifle, daß die Reichsregierung uns nachher sagen würde: „Ihr könnt eure Hühnerhofhaltung nicht mehr fortsetzen, denn die Abfälle werden von uns beschlagnahmt.“ Das wird nicht geschehen, wenn wir eine rationelle, im Interesse der Volksernährung eingeführte Sache schon im vollen Betriebe haben.

Schon in der früheren Sitzung ist hinreichend nachgewiesen, mit welchen Futtermitteln wir zur Zeit die Hühner füttern könnten. Ich möchte diese Mitteilungen noch dadurch ergänzen, daß ich darauf aufmerksam mache, daß wir in der angenehmen Lage sind, in der Erntezeit eine wesentliche Futterersparnis herbeiführen zu können. Es ist nichts Neues, wenn ich darauf hinweise, daß schon im vorigen Jahre die Hühnerwagen auf die Erntefelder gefahren sind und dort die Hühner wochenlang ohne besondere Fütterung durchgehalten sind. Man hat nur dafür sorgen müssen, daß gutes Trinkwasser zur Stelle ist. In der Domäne Ahlum bei Wolfenbüttel folgten die Hühnerwagen sogar der Dreischmaschine, und es wurden dabei viele verstreute Getreidekörner durch die Hühner ausgenutzt. Zeitweise fällt so jede besondere Fütterung der Hühner weg. Wenn man in früheren Jahren ein ungepflügtes Feld sah, auf dem Roggen gestanden hatte, so konnte man beobachten, daß in großer Anzahl junge Halme aufschossen, und mußte sich sagen, daß viele Roggenkörner bei der Ernte ausgefallen sind. Die Landwirtschaftskammer in Hannover, Leopoldstraße 12, ist gern bereit, eine Beschreibung dieser Hühnerwagen zu geben, auch über ihren Bau und ihre Anwendung Auskunft zu erteilen.

Dann möchte ich noch die Mitteilungen des Herrn Lauer ergänzen über die Frage: Woher die Hühner nehmen? Dazu möchte ich folgendes empfehlen. Wir müßten unsere Landwirte, in erster Linie die großen, die 80, 100, 120, 150 Hühner haben, in einem Anschreiben offiziell von der Stadt aus bitten, daß sie uns Hühner

für unseren Hühnerhof hergeben. Denken Sie sich nur den Fall, daß jede Gemeinde im Herzogtum uns nur ein Huhn liefert. Wenn ich nicht irre, haben wir 350 Gemeinden im Herzogtum — dann wären schon ein paar hundert Hühner zusammengekommen, wenn wir auch nicht von allen Gemeinden Hühner bekämen. Wenn unsere braunschweigischen Landwirte in der Lage waren, nach Ost- und Westpreußen im Frühjahr Tausende von Hühnern hinschicken zu können, so wird, wenn sie in einem Anschreiben darauf aufmerksam gemacht werden, in welcher Notlage wir uns befinden, jeder Gemeindevorsteher dafür sorgen, daß wir durch Heranschaffung von Hühnern aus unserem Lande unterstützt werden.

Sodann möchte ich noch den Einwurf widerlegen, der mir privatim dieser Tage von einem der Herren Kollegen gemacht worden ist, nämlich, daß die Hühner nun bald mit Legen aufhören würden. Es ist ohne weiteres richtig, was da gesagt wurde, aber sollen wir denn wieder warten bis zum nächsten Frühjahr, wo die Not unter Umständen noch größer wird? Es weiß doch niemand, was uns die Zukunft bringen wird. Im Frühjahr dieses Jahres ist uns der Vorwurf gemacht: Damit hättet ihr früher anfangen müssen! Solche Gründe sind nicht stichhaltig. Man kann jetzt schon Rüfen aus dem Februar und März bekommen, die im Herbst anfangen zu legen. Und sollten die Tiere nicht auf der Höhe sein, so können sie für die Fleischversorgung mit verwendet werden.

Ich meine, wo so viel Gründe vorliegen, und wo wir von allen Stadtverwaltungen hören, daß sie Geflügelhöfe einrichten wollen, sollten wir uns nicht länger mit Bedenken beschäftigen, sondern schleunigst zur Tat eilen. Ich möchte daher die verehrten Herren Kollegen dringend bitten, dem Antrage der Kommission ihr Wohlwollen nicht zu versagen, sondern einstimmig, und wenn das nicht möglich ist, wenigstens mit großer Majorität, den Antrag anzunehmen.

**Stadtv. Voelshigt:** Die Ernährungsfrage für die Menschheit hat Herr Lauer uns in sehr eingehender Weise vorgeführt und in interessanter Weise dargelegt, wie sehr eine Hühnerzucht für unsere Stadt von Nutzen sein würde. Auch ich habe 13 Hühner und würde mich freuen, wenn ich daraus Rüfen bekommen könnte; aber es ist mir vorbeigelungen. Ich stimme den Ausführungen des Herrn Lauer voll und ganz bei, daß wir auf dem Rieselsgute Steinhof sehr gut einen städtischen Hühnerhof anlegen könnten, und der Herr Oberbürgermeister wird an Futter wohl noch so viel herausfinden lassen können, daß wir in bescheidener Weise und im Rahmen der jetzigen Bewirtschaftung des Rieselsgutes eine Hühnerzucht dort in Szene setzen können. Bei weitgehenderen Plänen aber ist zu bedenken, daß wir vor kurzer Zeit erst die Einrichtung der Schweinemast genehmigt haben, und daß noch vor kurzem die Aussicht auf Erlangung von Futter dafür viel günstiger als heute war. Wenn wir nun heute noch dazu den Hühnerhof in großem Umfange

genehmigen wollten, so ist schon vom Herrn Oberbürgermeister darauf hingewiesen, daß die Futterverhältnisse auf dem Kieselgute knapp sind, so daß wir beides nicht ohne weiteres machen dürfen. Lassen Sie uns Herrn Inspektor Ulrich als Sachverständigen bitten, uns nachher zu sagen, welches Futter die Hühner bekommen müssen, wenn sie etwas Ordentliches leisten sollen. Unsere Schwerarbeiter bekommen auch mehr Brotarten als wir, und wenn Hühner gute Eier legen sollen, dann müssen sie auch genügend Futter haben, das weiß ich von meinen Hühnern. Das Korn ist heute recht teuer, aber wenn die Hühner nicht Gerste oder Mais bekommen, dann kann von einer scharfen Eierproduktion nicht die Rede sein. Dabei ist Fleisch- und Knochenfutter mit das Beste zur Ernährung der Hühner. Ich habe Gelegenheit gehabt, aus unseren Abfalltschlachtungen auch 10 Pfund Hühnerfutter zu erstehen, und meine Frau war höchst erstaunt darüber, als wir nach achttägiger Fütterung mit diesen Stoffen so viele Eier bekamen. Wenn wir aber auf knappe Abfälle angewiesen sind, ohne Getreide für die Fütterung der Hühner verwenden zu können, so glaube ich nicht, daß die Eierproduktion dementsprechend wird, wie Herr Lauer meint. Auerkennen muß ich, daß das, was Herr Lauer vorgebracht hat, auszuführen ist; aber ich sage auch: Wenn wir die Schweinemast mit dem vorhandenen Futter kaum durchführen können, dann wollen wir froh sein, wenn es uns gelingt, noch so viele Schweine fett zu machen, und müssen Bedenken tragen, dazu noch eine Hühnerzucht in großem Umfange zu betreiben.

Nun sagt Herr Steinede, die Landwirte gehen jetzt mit ihren Hühnerwagen auf die abgeernteten Äcker und brauchen dann nicht weiter für Futter zu sorgen. Ja, das können wohl die großen Bauern und Gutsbesitzer, aber wir doch nicht! Ich weiß sehr wohl, daß solche Wagen mit 70—80 Hühnern herausgefahren werden, um die Felder nachsuchen zu lassen, und daß mit der Dreschmaschine auch diese Hühnerwagen auf ein anderes Feld gebracht werden. Aber das können wir doch nicht machen, denn wir haben solche Felder nicht zur Verfügung. Und wenn nun unsere Landwirte uns Hühner hergeben sollen, dann fehlen sie denen wieder, es wäre also nur ein Rechenexempel, was dabei herauskäme. Wenn wir wirklich größere Erfolge erzielen wollen, dann müssen wir mit Brutmaschinen und künstlichen Glucken die Aufzucht vornehmen. Das würde gehen, und wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Aber über alle dem schwebt doch heute das Dunkel: Woher bekommen wir das Futter für die Hühner? Ich habe Bedenken, ob es richtig ist, in großem Maße eine Hühnerzucht jetzt anzulegen, wo die Futterknappheit so groß ist.

**Stadt v. Lauer:** Ich hatte es schon vorher kommen sehen, daß vielleicht der Einwand erhoben werden würde: Womit sollen wir die Hühner ernähren? Nun, meine Herren, da glaube ich denn doch, daß bei dem flüchtig gesprochenen Wort

von Ihnen zu wenig Wert gelegt ist auf die Unterlagen, die ich mir erlaubte, Ihnen zu deponieren. Es sind das wirkliche, praktische Erfahrungen. Da ist die Stadt Landsberg, die eben erst, vor drei Monaten, einen Hühnerhof angelegt hat, da ist Mainz mit einem hervorragenden Hühnerhof, und wenn der Stadtrat Dr. Oppmann, wie in der Frankfurter Zeitung zu lesen steht, Veranlassung nimmt, vor solchen Leistungen seinen Hut abzunehmen und nicht nur seine Anerkennung, sondern seine Bewunderung auszusprechen, dann sollte ich meinen, etwas Ähnliches einzurichten sollte in Braunschweig auch möglich sein. Die Herren brauchen nur in die gestrigen Tageszeitungen zu sehen, da wird Geflügelfutter zum Kauf angeboten. Ich habe anerkannt, daß es der Haupthinderungsgrund ist, daß gegenwärtig das Körnerfutter teuer ist. Aber vergessen wir auch nicht, daß wir sehr nahe vor der Ernte stehen, und wenn wir so weit sind, daß wir Hühner züchten können, dann ist die Ernte da, und es wird uns dann leichter werden, auch für unsere Hühner einen Teil Körnerfutter zu bekommen.

Sodann wollte ich noch einmal hinweisen auf die entstehenden Kosten. Es handelt sich doch hier nicht um ein große Kosten erheischendes Projekt, sondern nur um ein solches, das zu seiner Ausführung vielleicht 2000 M erfordert. Man wird selten Gelegenheit haben, einen derartigen verhältnismäßig geringen Preis anzulegen für eine Sache, die so viel Aussicht auf Erfolg und Nutzen bietet wie gerade bei der Anlage einer Hühnerzucht. Ich sollte doch meinen: Nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse muß die Schwierigkeit der Futterbeschaffung beseitigt werden. Ich erkenne sie allerdings als vorhanden an, aber ich meine, ihre Überwindung muß möglich sein. Anderen Leuten ist es doch auch möglich, genügend Hühnerfutter zu bekommen. Daß wir natürlich nicht in der Lage sind, nun gleich durch Errichtung eines Hühnerhofs ganz Braunschweig mit Eiern und mit Hühnerfleisch zu versorgen, ist erklärlich, aber schon ein Beitrag zu dieser Versorgung der Stadt ist höchst erwünscht. Dies schon müßte genügen, uns die Verpflichtung aufzuerlegen, daß wir nicht veräümen, mindestens einen ernstlichen Versuch mit der Anlage eines städtischen Hühnerhofs zu machen.

**Stadtv. Wesemeier:** Wir hätten können mit dieser ganzen Einrichtung schon um eine Reihe von Wochen weiter vorgerückt sein, als wir es heute sind, wenn wir damals die Sache nicht verschoben und erst eine Untersuchungskommission eingesetzt hätten, sondern dem Antrage auf Errichtung einer Geflügelzucht gleich stattgegeben hätten. Es ist bedauerlich, daß damit die Sache auf die lange Bank geschoben ist, und daß nicht rechtzeitig gehandelt wurde. Die Einwände des Herrn Oberbürgermeisters kann auch ich als stichhaltig nicht anerkennen. Der Haupteinwand: woher das Futter nehmen? besteht auch für alle übrigen Städte, wie Herr Lauer schon mit Recht gesagt hat. Wenn der Einwand gelten sollte, dann dürfte überhaupt keine

Hühnerzucht in Deutschland betrieben werden. Ein solcher Einwand gilt auch für die kleinen Hühnerzüchter, die in demselben Verhältnisse Futter für ihre Bestände nötig haben wie es Braunschweig für eine städtische Hühnerzucht bedarf.

Sodann meint der Herr Oberbürgermeister, wenn der Überschuß, der durch die jetzige Bewirtschaftung des Kieselguts erzielt wird, für Einführung ausländischer Eier benutzt werde, so habe man ihn weit günstiger angelegt, als wenn man jetzt durch Anlage einer Hühnerzucht Eier schaffen wolle. Dagegen ist zu sagen: Jedes Land sucht sich nach Möglichkeit die Lebensmittelproduktion eigenhändig zu gestalten, damit es vom Auslande unabhängig wird. Es ist ein Fehler, daß wir nicht unabhängig vom Auslande sind, und wer weiß, wie sich die Verhältnisse in diesem Kriege noch gestalten werden. Ich glaube, wir haben Ursache, nach jeder Richtung vorzusorgen, daß wir Lebensmittel beschaffen, soweit es nur in unserer Kraft steht. Ich weise darauf hin, daß es nicht nur möglich ist, auf dem Kieselgute die Einrichtung einer Hühnerzucht zu schaffen, sondern, wie ich früher schon gesagt habe, daß auch auf dem städtischen Grundbesitz an der Taubenstraße ein außerordentlich gutes Gelände dafür vorhanden ist. Ich habe es mir am letzten Sonntage noch einmal angesehen; es ist dort ganz leicht, einen großen Auslaufhof für die Hühner einzurichten. Also die Möglichkeit liegt vor, geeignete Plätze zu finden, bei denen Wert auf Auslauf der Hühner und freie Futtersuche in der Natur gelegt wird. Wenn Sie schon seit Jahren etwas weniger nur auf die Einwände vom Magistratstische hingehört hätten, dann ständen wir heute mit der Lebensmittelversorgung in der Stadt Braunschweig besser da. Wir von unserer Seite haben das Bedürfnis anerkannt, und wenn Sie unsere Anträge auf Schweinemast angenommen hätten, dann hätten sich die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen heute als richtig gezeigt. Aber es müssen Ihnen immer erst vom Magistratstische her Winke gegeben werden, ehe sie bereit sind, Anträgen zu folgen. Ich spreche das aus, weil es so ist.

Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, die Stadt habe die Zusicherung, wöchentlich 60 000 Eier zu bekommen. Ja, das ist für die Jetztzeit, aber die Eierlegezeit der Hühner hört vielleicht bald auf, und wo bleibt dann die Zusicherung auf diese Zahl, die heute schon eine viel zu geringe Quantität für den Bedarf der Stadt ist. Der Herr Stadtrat sagt selbst: Nur alle zwei Wochen kann jeder Einwohner beim Eierkauf einmal zum Zuge kommen. Was wir später an Eiern bekommen, ist fraglich. Wenn auch durch die städtische Hühnerzucht nicht die Möglichkeit gegeben sein sollte, gleich Eier zu beschaffen, so würden wir doch in die Lage kommen, für die nächste Zeit, wenn die Hühner wieder Eier legen, einen Zuschuß an Eiern durch die eigene Geflügelzucht der Bevölkerung bieten zu können. Es ist das doch besser, als wenn wir erst dann an die Einrichtung der Geflügelzucht herantreten. Wenn wir jetzt die Einrichtung nicht treffen, weil in kurzer Zeit



die Hühner doch nicht mehr legen werden, dann wird sie später zur Legezeit der Hühner wieder nicht fertig dastehen, und es ist wieder dasselbe Resultat erzielt wie mit der lächerlichen Kaninchenzucht, die die Stadt eingerichtet hat. Es war gar nicht nötig, daß die Kommission in dieser Sache noch lange Untersuchungen anstellte. Es wäre möglich gewesen, daß wir heute schon die Hühnerzucht im Betriebe hätten, wenn man den ernstlichen Willen dazu gehabt hätte. Was sollte erst die Kommission in aller Welt herumfragen, wie die Einrichtung zu machen ist, und wie sich der Ertrag stellt. Jeder Privatzüchter hätte darüber Auskunft geben können, denn genau so wie bei einem privaten Züchter wird sich die Sache auch bei einer städtischen Geflügelzucht gestalten. Herr Lauer sagte mit Recht: „Auf eine Überfluthwirtschaft brauchen wir nicht zu sehen“, und ich bin überzeugt, auch der Magistrat ist derselben Ansicht. Wenn wir das nicht wollen, dann brauchen wir auch den weitläufigen Apparat nicht, erst eine Kommission zu berufen, um Untersuchungen anzustellen, wie eine Hühnerzucht anzulegen ist. Wir konnten weiter sein, wenn wir, als der Antrag von Herrn Steinecke gestellt und in der Kommission beraten war, einfach beschlossen hätten, die Sache einzurichten. Holen Sie das jetzt wenigstens nach und beschließen Sie, diese Hühnerzucht möglichst schnell anzulegen, denn es ist notwendig, daß auf jedem Gebiete der Fleischversorgung die Bevölkerung, soweit es möglich ist, beruhigt und sichergestellt wird, und ein kleines Stüd dazu trägt auch die Einrichtung einer Hühnerzucht bei.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Meine Herren, gestatten Sie mir ein paar Worte als Erwiderung auf das, was wir eben gehört haben. Ich bin der Ansicht, daß die Förderung der Hühnerzucht im allgemeinen ein wahrer Segen wäre für das ganze deutsche Reich. Aber es ist ein Unterschied, ob allgemein jeder, der dazu in der Lage ist, ein paar Hühner zu halten, sich mit dieser Sache befaßt, oder ob wir eine große Einrichtung treffen in dem Sinne, daß dadurch die Eierproduktion vergrößert, ja sogar der Markt besser versorgt wird. Meine Herren, das will auch die Kommission nicht. Wenn es darauf ankommt, wie Herr Lauer zuletzt gesagt hat, eine Anlage zu schaffen, die etwa 2000 M kostet, so würde der Magistrat doch töricht handeln, wenn er Ihnen entgegentreten wollte, einen solchen Versuch städtischerseits zu machen. Das ist aber etwas anderes, als wenn man eine große Hühnerzucht einrichten will, die dazu dienen soll, die Bevölkerung der Stadt mit Eiern zu versorgen.

Nun hat Herr Wesemeier wieder darauf hingewiesen, daß der Magistrat auf dem Kieselgute die seinerzeit beantragte Schweinemästerei nicht eingerichtet hat. Ich bitte gefälligst zu beachten, daß früher das Kieselgut in eigener Bewirtschaftung war, und erst auf Drängen der Stadtverordnetenversammlung die Bewirtschaftung in der Weise umgewandelt ist, daß die Ländereien an kleinere Landwirte ver-

pachtet sind. An dieser Tatsache bitte ich festzuhalten und nicht immer wieder dem Magistrat einen Vorwurf zu machen, daß er seinerzeit nicht die Einrichtungen so getroffen hat, wie es die Stadtverordneten gewollt haben. Die Stadtverordnetenversammlung hat nicht gewollt, daß wir auf dem Kieselgute die ganze Wirtschaft auf den Kopf stellten, Selbstwirtschaft treiben und dabei Schweine fett machen sollten. Der Magistrat hat seinerzeit nur den wiederholten Wünschen der Stadtverordneten Folge gegeben, als er gesagt hat: „Gut, wir sehen ein, daß es richtiger ist, das Land zu verpachten.“ Darnach, als wir alles verpachtet hatten, konnten wir die Pächter nicht wieder hinauswerfen und eine Schweinemästerei einrichten. So, wie die Sache jetzt aufgezo-gen ist, versorgen wir durch das Kieselgut einen großen Teil unserer Einwohner-schaft und die Konservenfabriken mit Gemüse. Sie werden anerkennen müssen, daß das Gemüse und die Konservenfrüchte, die auf dem Kieselgute gezogen werden, auch für die Ernährung von Bedeutung sind, und werden nicht sagen können, daß alles, was wir dort treiben, im Interesse der Volks-ernährung nutzlos ist.

Aufmerksam machen möchte ich noch auf folgendes: Wenn wir die Einrichtung einer Geflügelzucht in der Weise treffen, daß erst Leute gehalten werden müssen, die die ganze Anlage unter Händen haben, dann ist zu befürchten, daß sich eine solche Anlage nicht rentiert. Ich habe schon gesagt, daß ich es für zulässig halte, die Hühner und die Eierproduktion auf dem Kieselgute zu vermehren, und will mich absolut nicht dagegen aussprechen, obwohl ich nicht weiß, woher wir das Futter dazu nehmen sollen, denn wir sind schon jetzt in Verlegenheit, für das vor-handene Vieh Futter zu beschaffen.

Sodann hat Herr Wejemeier auf einen Platz an der Taubenstraße hin-gewiesen, der zur Einrichtung einer Hühnerzucht geeignet wäre. Dazu bemerke ich, daß wir in diesen Tagen diesen Platz dafür in Aussicht genommen haben, um in diesem Herbst dort Kartoffeln einzumieten. Das haben wir schon jetzt erwogen, denn es ist wünschenswert, daß beizeiten dafür Vorsorge getroffen wird. Wir sind im Magistrat der Ansicht, daß diese Ländereien in der Taubenstraße und in der Nähe des Schlachthauses sich ausgezeichnet zur Unterbringung der Kartoffeln in Mieten eignen. Weiter draußen auf dem Felde können wir sie nicht lagern wegen der Gefahr, daß sie uns gestohlen werden könnten. Es wäre also nicht richtig, wenn wir diesen Platz zur Anlage einer Hühnerzucht bestimmten. Es liegt doch nicht alles so einfach, wie es nach der Darstellung des Herrn Wejemeier den An-schein hat, und vor allen Dingen bitte ich, nicht zu sagen: Es ist nur die Schuld des Magistrats, daß er nicht auf Ihre Ideen eingeht.

**Stadtv. Steinede:** Wegen der Abfälle möchte ich bemerken, daß wir doch noch sehr viel davon haben aus den Haushaltungen her, die sie nicht besonders auf-

heben und mit den Müllkästen auf die Straße bringen. Ich brauche mich in der Hinsicht nur auf das Urteil des Herrn Dr. Mehring zu berufen, von dem ich schon vor einigen Monaten mitgeteilt habe, daß er der Ansicht ist, daß es schade ist, daß noch immer so viel Küchenabfälle umkommen. Wenn hier gesagt wird, wir hätten sie zur Schweinemästerei nötig, so möchte ich darauf erwidern, daß die Küchenabfälle, die ich meine, noch brachliegen. Sie liegen in den Kästen, deren Inhalt von unseren städtischen Aschenwagen nach der Grube am Großen Exerzierplatze gefahren wird, und aus einem Teil dieser Abfälle könnten wir zum größten Teil die Hühnerzucht mit Nahrungsmitteln versehen. Wenn wir uns nicht spuiten, wird uns eine andere Stelle mit der Einrichtung einer Hühnerzucht zuvorkommen, nämlich die Feldstellung auf dem Großen Exerzierplatze. Herr Hauptmann von Hartweg hat schon damit angefangen, und ich glaube, das wäre ihm von der Militärverwaltung nicht gestattet worden, wenn sie nicht der Ansicht wäre, daß mit einer rationellen Hühnerzucht immer etwas zu erreichen ist. Die Militärverwaltung hätte sicher gegen die Einrichtung eines Hühnerhofs auf dem Großen Exerzierplatze Einspruch erhoben, wenn sie dieselben Gründe dagegen hätte, die hier vorgebracht sind. Die Anlage ist im ersten Anfange begriffen; Herr Hauptmann Hartweg läßt zum Beispiel bei Drewes auf der Cellerstraße ein paar hundert Eier ausbrüten und zieht Küken groß, um im Frühjahr junge Legehühner zu haben.

Betreffs der Hühnerwagen möchte ich Herrn Loeschigk erwidern, daß es noch wenig Landwirte sind, die davon Gebrauch machen. Deshalb hatte ich gedacht, daß wir uns Hühnerwagen anschafften und sie im Landkreise unterbrächten. Es wird immer eine große Anzahl Landwirte geben, die uns das gestatten. Nebenbei möchte ich bemerken, daß ich selbst eine kleine Hühnerzucht betreibe und die Bedenken nicht teile, die hier vorgebracht sind. Ich bin mit dem Ergebnis dieser kleinen Hühnerzucht, trotzdem ich in der Hauptsache nur mit Kartoffelschalen und Knochenmehl füttere, ganz zufrieden. Vor allen Dingen möchte ich die verehrte Versammlung bitten, daß wir jetzt den bewährten Sachverständigen hören, den wir zu unserer Versammlung gebeten haben, Herrn Inspektor Ulrich.

**Stadtv. Meyerhoff:** Herr Lauer hat uns mitgeteilt, daß das Mainzer Krankenhaus eine Geflügelzucht angelegt hat, zugleich aber auch, daß dieses Krankenhaus eine Anzahl von tausend Betten besitzt. Also für tausend Personen und für mehr wird dort gekocht. Das muß man bedenken, denn was für Mengen Abfälle gibt es dabei. Ich habe von einem Beamten gehört, daß unser Herzogliches Krankenhaus beabsichtigt, eine Schweinemästerei anzulegen, um seine Abfälle direkt zu verfüttern. Wo solche große Menge Abfälle vorhanden sind, da ist es nicht verwunderlich, wenn solche Einrichtungen gedeihen, und da würden auch

Hühner großzuziehen sein. Sonst aber herrscht doch Futternot. Wer in den Vorstädten umherkommt, der sieht, wie die Leute sich quälen, um ihre paar Hühner durchzubringen. Herr Kollege Göke neben mir kann das bestätigen, auch er kommt viel herum. Jeder, der Hühner hat, klagt, daß er sie nicht ernähren kann, und fragt den Nachbar nach dem Zustande seiner Hühner und die Antwort ist: „Es wird nicht viel daraus, wir kriegen kein Futter.“ Deshalb finde ich es begreiflich, daß der Herr Oberbürgermeister sagt, er sei im ungewissen, ob wir das Futter anschaffen können. Trotzdem bin ich dafür, daß wir einen Versuch machen, wenn er auch nicht zu unseren Gunsten ausschlägt. Ehe die lange Debatte in Fluß kam, hätten wir vorher den Sachverständigen hören sollen, der uns mitteilen kann: Was ist nötig, um die Hühner zu ernähren und sie zu Legehühnern zu machen? Was das Herumfahren mit städtischen Hühnerwagen auf den Stoppelfeldern betrifft, so ist das doch wohl nur ein Traum; das ist doch nicht auszuführen, daß wir solche Wagen anschaffen und anderen Leuten aufs Feld fahren, um die fremden Felder abgrasen zu lassen. (Zuruf des Herrn Stadtv. Steinecke: Andere Städte tun das auch!) Ich bin doch der Meinung, daß wir das fallen lassen müssen. Sollte ich Herrn Steinecke falsch verstanden haben? Ich glaube nicht. Jedenfalls bitte ich, jetzt erst einmal den Sachverständigen zum Wort kommen zu lassen.

(Gefängnisinspektor **Ulrich** (als Sachverständiger): Herr Lauer hat über die Einrichtung und die Vorteile eines Hühnerhofs einen solch ausgiebigen Vortrag gehalten, daß ich glaube, auf diese Sachen speziell nicht mehr eingehen zu sollen. Die Ernährungsfrage ist nach meiner Ansicht die Hauptsache bei dieser ganzen Frage, und ich gestatte mir, gleich direkt auf diesen Punkt einzugehen. Wenn die Hühner, die nebenbei Abfälle jeder Art fressen, kein Körnerfutter haben, so werden nur sehr wenig Eier erzielt, das kann ich ganz offen sagen. Körnerfutter muß also das Hauptfutter für die Hühner sein. Dieses Körnerfutter läßt sich aber dadurch ersetzen, daß man die Tiere auf sogenannte Wiesenweiden gehen läßt. Haben die Hühner einen großen Auslauf auf Wiesen, so finden sie dort so viel Kerbtiere und Würmer, daß dadurch eine Menge Körnerfutter gespart werden kann, während die Eierlegetätigkeit dabei noch größer ist, als wenn sie nur Körnerfutter bekommen. Ich weiß nicht, wie es in der Beziehung auf dem Rieselfut Steinhof aussieht, und ob für Anlegung eines Hühnerhofs in der Größe, wie Herr Stadtverordneter Lauer in Vorschlag brachte, Wiesen vorhanden sind. Ist das der Fall, dann würde die Anlage ganz entschieden zu unterstützen sein, so daß vielleicht 300, 400 oder 500 Hühner gehalten werden. Dafür dürfte zum Herbst auch etwas Körnerfutter vorhanden sein, so daß wir doch zum Winter von dieser Seite Eier und Schlachthühner, vor allen Dingen Hähne zum Schlachten dem Publikum zur Verfügung stellen können.

Sonst brauche ich nicht weiter auf die Sache einzugehen, da bereits alles Notwendige besprochen ist. Es dreht sich doch immer wieder um das nötige Futter. Ich bin auch mit in der Kommission, die in Düsseldorf eingesetzt ist. Dort ist eine Zentraleinkaufsgesellschaft zur Herbeischaffung von Geflügelfutter gebildet, die auch nach dem Kriege bestehen bleiben soll. Dieser Gesellschaft ist mit Genehmigung der Reichsbehörden die Verabfolgung von Futter und auch von Mehl, das nicht mehr zum menschlichen Genuß geeignet ist, gestattet, und so haben wir eine ganze Menge Futter zur Verfügung gestellt bekommen, so daß wir in der Lage waren, unser Geflügel zu erhalten. Durch meine Vermittlung bei dieser Gesellschaft dürfte auch Futter für einen städtischen Geflügelhof zu beschaffen sein. Inwieweit von der Reichsernährungsstelle in Berlin Futter zur Verfügung gestellt wird, hängt lediglich davon ab, was ihr selber zur Verfügung steht.

**Stadtv. Kiefe:** Ich habe von Anfang an, als der Antrag gestellt wurde, ihn durch meine Unterschrift unterstützt und stehe auch heute noch auf demselben Standpunkte. Jeder, der Augen hat, sieht, daß es heute mehr als je gilt, Nahrungsmittel anzuschaffen, denn die Leute müssen sich 5—6 Stunden lang die Beine müde stehen, um Kartoffeln zu erhalten, was denn doch noch wichtiger ist, als die Erlangung von Hühnereiern. Schwierigkeiten werden sich ja wohl der Unterhaltung eines Hühnerhofs entgegenstellen, aber ich bin trotzdem der Ansicht, daß, wie in anderen Städten, es auch hier bei uns möglich sein wird, die Sache durchzuführen. Ich bin auch immer noch der Meinung, daß das Kieselgut sich für Einrichtung einer Geflügelzucht sehr gut eignen würde, und wenn ich auch glaube, daß die Bewirtschaftung des Kieselguts, wie sie jetzt besteht, für uns das beste ist, so würde sich doch die große Wiese rechts von der Landstraße, die jetzige Pferdeweide, sehr gut für eine Hühnerzucht eignen. Wenn dieser Teil dafür genommen würde, dann hätten die Hühner einen Auslauf an der besten und rationellsten Stelle. Außerdem ist Wasser dort vorhanden und später bekommen wir vom Kieselgut auch Korn. So stände meines Erachtens nichts im Wege, die Wiese einzugattern, das sonst Notwendige zu veranlassen und sofort mit der Geflügelzucht anzufangen. Daß die Futterfrage wichtig ist, weiß ich aus der Erfahrung in meiner Jungenzeit — auch wir zu Hause hatten Hühner —, und wenn die Körnerfrucht fehlt, dann ist es nichts mit dem Eierertrage. Etwas Futter holen sich die Hühner wohl auf der Wiese, aber Körner müssen bei dem Futter doch sein. Der Vorschlag, nebenhächliche Dinge zur Ernährung der Hühner aus dem Mehrschaffkasten herauszusuchen, verfängt bei mir nicht, das ist nur so eine Nahrung nebenbei, wie auch die Kartoffelschalen. Körner sind die Hauptsache; gibt man die, so kann man auch erwarten, daß man Eier und auch Fleisch von den Hühnern bekommt.

Stadtv. **Wesemeier:** Ich verdanke es dem Herrn Oberbürgermeister gar nicht, wenn er den Standpunkt vertritt, nicht der Magistrat sei derjenige gewesen, der die Schweinemästerei verhindert hat. Ich habe ja auch nur gesagt, daß die Majorität der Stadtverordneten zu sehr nach dem Magistratsstische blickte, wenn Vorschläge gemacht werden, und daß sie sich von der Seite zu sehr leiten lasse. Tatsache ist es, daß der Magistrat von der Einrichtung einer Schweinemästerei abgeraten hat, und zwar aus den Gründen, die der Herr Oberbürgermeister ausgeführt hat. Tatsache ist aber auch, daß heute von der Stadt eine Schweinemast eingeführt ist, ohne daß die Wirtschaftsweise auf dem Kieselgute geändert ist. Es ging also auch schon damals, wo wir doch jetzt im Schlachthause 500 Schweine sitzen haben. (Widerspruch.) Ja, allerdings, die Bauten waren nicht frei, es wären also Bauten dafür herzurichten gewesen, aber die Möglichkeit war jedenfalls da, Schweinemästerei einzuführen, wenn man hätte wollen. Daraus geht hervor, daß sehr gut auch etwas unternommen werden kann, ohne daß es immer vom Magistratsstische her befristet zu werden braucht. Es ist zu verstehen, daß der Magistrat sich dagegen wehrt, immer neue Verwaltungszweige für die Stadt einzuführen; das ist der konservative Standpunkt in der Stadtverwaltung, aber vom fortschrittlichen Standpunkte der Bürgerschaft soll man anders urteilen, und das tut man nicht in genügender Weise.

Wenn nun heute der Magistrat sagt, das Gelände an der Taubenstraße ist schon zu einem anderen Zwecke bestimmt, so konnte ich das nicht wissen, als ich mir am Sonntag das Grundstück angesehen habe — ich hatte es ja schon in der vorigen Sitzung für die Geflügelzucht in Vorschlag gebracht. Ich erkenne an, es ist ein ausgezeichnetes Grundstück zur Einlagerung von Kartoffeln, und wenn es hierzu benutzt wird, kann es natürlich nicht zu dem Zwecke dienen, von dem ich gesprochen habe. Aber wir haben noch andere Plätze, wo sich eine Hühnerzucht sehr gut unterbringen ließe. Ich stehe noch immer auf dem Standpunkte: Ohne daß die Stadt irgend welches gewaltige Risiko eingeht, und ohne daß die Wirtschaftsweise auf dem Kieselgute umgeändert zu werden braucht, kann von uns eine nutzbringende Hühnerzucht eingerichtet werden. Wie ich von verschiedenen Hühnerzüchtern gehört habe, und wie Herr Inspektor Ulrich als Sachverständiger uns hier erklärt hat, ist da, wo Wiesen vorhanden sind, die beste Möglichkeit gegeben, die Eierproduktion zu fördern. Bei dem Kieselgute finden wir das zur Genüge und auch noch an anderen Stellen des städtischen Grundbesitzes. Ich bitte Sie nochmals, dem Antrage der Kommission zuzustimmen, damit wir bald dazu kommen, etwas zu schaffen, was der Bevölkerung dienlich ist.

Stadtv. **Frede:** Es darf von uns nicht verkannt werden, daß die Kommission mit Liebe und Eifer ihrer Aufgabe nachgekommen ist, an anderen Orten Studien

zu machen und möglichst für unsere Stadt, soweit sie es übersehen konnte, etwas Nutzbares zu gewinnen. Wenn sie nun in ihrem Bestreben, die Hühnerzucht durch die Stadt gefördert zu sehen, dazu gekommen ist, zu beantragen, daß sofort ein Hühnerhof in „großzügiger“ Weise eingerichtet werden möge, so wollen wir das der Kommission nicht verargen. Es ist nur dieser Ausdruck „in großzügiger Weise“, den ich hier etwas kritisieren möchte. In großzügiger Weise, das würde, wie auch der Herr Oberbürgermeister schon gesagt hat, zu bedeuten haben, daß wir mit der gegenwärtig bestehenden Bewirtschaftung des Kieselguts brechen und zur Selbstwirtschaft übergehen müßten. Herr Wesemeier hat gesagt, dafür wäre er mit Haut und Haar zu haben, und er wäre schon dafür gewesen, als es sich darum gehandelt habe, eine städtische Schweinezucht einzurichten. Ich bedaure, daß ich in der Lage bin, meine Ausführungen, die ich damals in der Angelegenheit machte, wiederholen zu müssen — ich war seinerzeit Referent über diese Sache. Herr Wesemeier ist in der fraglichen Sitzung anwesend gewesen und hat meine Ausführungen nicht bekämpft. Es ist von mir ausgeführt worden, wie unsere Bewirtschaftung ursprünglich gewesen ist, und was für Resultate sie gegeben hat in der Aufzucht von Vieh; wie sich sodann die Produktion von Vieh und im übrigen gestaltet hat, nachdem wir unser Terrain verpachtet hatten. Es hat sich herausgestellt, daß wir solche Resultate unbedingt nicht erreichen können, wie es von der privaten Wirtschaft, also bei der Verpachtung an kleine Betriebe, gezeitigt worden ist. Auch bei Prüfung der Rechnung des städtischen Haushalts habe ich die Überzeugung gewonnen — es sind heute rund 500 Pächter, damals 400 —, daß das Kieselgut sich in erfreulicher Weise entwickelt hat. Wer etwas davon versteht, wird dafür eintreten, daß die Kleinwirtschaft bevorzugt wird, weil das Kleinvieh, besonders Hühner und Schweine, gerade in der Kleinwirtschaft eine besondere Pflege erfährt, die ihm große Betriebe nicht angedeihen lassen können, und wo im Verhältnis auch nicht die Resultate erzielt werden, die sich beim Kleinbetriebe ergeben. Ich begreife nicht, daß das einfach überhört und immer wieder auf besagten Punkt zurückgegriffen wird, der allerdings ein Lieblingspunkt dort ist, aber einer vernünftigen Erwägung nicht standhält, wie hier zur Genüge dargelegt ist.

Diese Darlegungen, die uns Herr Lauer namens der Kommission gemacht hat, enthalten viel Beachtenswertes; besonderen Wert lege ich aber darauf, daß Herr Inspektor Ulrich als Sachverständiger gesagt hat, ohne Körnerfutter könne kein namhafter Ertrag bei der Hühnerzucht erzielt werden. Herr Lauer hat nun später den Ausdruck „großzügig“ fallen lassen und gesagt, daß er wünsche, daß ein „ernster Versuch“ mit Einrichtung einer Hühnerzucht gemacht würde, und der Herr Oberbürgermeister hat dazu gesagt: Gegen einen Versuch sind wir ganz und gar nicht, es muß uns nur freistehen, auszuwählen, auf welchem städtischen Gebiete der Hühnerhof errichtet werden soll, und nach den Verhältnissen, in welchen

wir leben, die Einrichtung zu treffen. Das muß uns recht sein; über Dinge, über die wir keine Gewalt haben, wie über die Kornbeschaffung, können wir nicht verfügen. Wir müssen uns sagen, daß wir nicht das fordern sollen, was wir nicht verwirklichen können; was sollen die Lebensarten, wenn wir einsehen, es geht doch nicht. Damit nun etwas bei der heutigen Beratung der Einrichtung eines Geflügelhofs herauskommt, möchte ich *b e a n t r a g e n*, folgenden Beschluß anzunehmen:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, eine Hühnerzucht auf geeignetem Gelände einzurichten, wie sie nach Maßgabe der Verhältnisse möglich ist.“ — Mehr können wir nicht verlangen.

Stadtv. **Steincke:** Ich möchte über den Antrag der Kommission *n a m e n t l i c h e A b s t i m m u n g b e a n t r a g e n*.

Stadtv. Dr. **Rahlert:** Die Anlegung eines Hühnerhofs und ihre Wirkung für die Kriegszeit sind wohl genügend beleuchtet worden; ich möchte Sie bitten, Ihr Augenmerk weiterschweifen zu lassen, wie es in der Zukunft mit dem Hühnerhofe werden soll. Ich will von Herzen wünschen, daß wir einen siegreichen Frieden schon haben werden, ehe wir mit unserer Hühnerzucht in Gang gekommen sind und die ersten Eier davon essen können. Aber diese Hühnerzucht wollen wir uns auch für später erhalten, wir wollen auch nach dem Kriege, wenn wir wieder geregelte Verhältnisse haben, Nutzen davon ziehen. Das wird dringend notwendig sein, denn wie die Verhältnisse sich jetzt zugespitzt haben, ist nicht damit zu rechnen, daß nach Eintritt des Friedens die Preise für Eier, ja, für die Nahrungsmittel überhaupt, gleich wieder heruntergehen. Wir können auch nicht erwarten, daß die Nahrungsmittel in so reichem Maße, wie sie in Friedenszeiten zu Gebote gestanden haben, gleich wieder zu haben sein werden. Deshalb halte ich es für dringend notwendig, daß dann diese Einrichtung der Stadt, die jetzt in Kriegzeiten geschaffen wird, weiter gebraucht werden wird, sich dann noch weiter ausbauen läßt. Wenn solches geschieht, so kommen wir jetzt auch über die Futterfrage leichter hinweg, denn dann werden Futtermittel zur Verfügung stehen; das wird uns die Gewähr bieten, daß eine Hühnerzucht ausgebaut werden kann, die sich gut rentiert, während ich bezweifle, daß in diesem Jahre mit einem nennenswerten Ertrage zu rechnen ist. Bauen wir aber jetzt die Anlage, so bin ich überzeugt, daß wir im Frühjahr Segen davon haben werden, und daß unsere städtische Bevölkerung anerkennen wird, daß Stadtverordnete und Magistrat ihr mögliches getan haben, um für die Bevölkerung zu sorgen.

Stadtv. **Munte:** In Rücksicht auf die beantragte namentliche Abstimmung möchte ich, weil ich gegen den Antrag bin, meinen Standpunkt zur Sache klar-



legen. Man hat sich in den Anträgen verstiegen bis zu einer Anlage für 500 Hühner; das ist das Höchste gewesen. Ich kann nicht einsehen, wie da die Bevölkerung der Stadt dankbar sein soll für die Mehrbeschaffung von jährlich vielleicht 50 000 Eiern. Die Großzügigkeit kann ich also nicht anerkennen.

**Vorsitzender:** Nach der Geschäftsordnung muß der Antrag auf namentliche Abstimmung durch mindestens sechs Mitglieder der Versammlung gestellt werden. Wer dafür ist, daß über den Kommissionsantrag namentlich abgestimmt wird, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Sechs Stimmen dafür.

In der namentlichen Abstimmung sprechen sich für den Kommissionsantrag aus die Herren Stadtverordneten Dr. Kahlert, Busch, Steinbrecher, Kiefe, Recter, Stegmann, Wesemeier, Bunge, Ohlendorf, Genzen, Bues, Bartels, Lauer, Diekmann, Steinecke, Tebbenjohannis, Kruse (17 Herren).

Mit nein stimmen die Herren Stadtverordneten Göcke, Meyerhoff, Dr. Landauer, Trinks, Frede, Helle, Sander, Loeßigk, Munte (9 Herren).

**Vorsitzender:** Der Antrag der Kommission ist damit angenommen.

Die Beratung dieses Punktes ist damit beendet. Ich glaube im Namen der Versammlung zu handeln, wenn ich Herrn Gefängnisinspektor Ulrich unseren Dank ausspreche für seine Mühewaltung, die er im Interesse der Stadt übernommen hat.

Ich habe mitzuteilen, daß ein dringlicher Antrag von Herrn Stegmann eingegangen ist mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zwecks Besserung der Säuglingspflege und -ernährung folgende Maßnahmen zu treffen, bzw. durch Vermittlung des Herzoglichen Staatsministeriums eine Änderung der Punkt 4 betreffenden Bestimmungen zu veranlassen:

1. stillenden Müttern ist auf Antrag wöchentlich mindestens eine halbe Zuschlagskarte zu verabfolgen.

2. Sicherstellung von wöchentlich wenigstens 1 Pfund Grieß und Haferflocken für stillende Mütter oder Kinder unter zwei Jahren; die Abgabe hat durch besondere Verkaufsstellen gegen Vorzugskarten zu erfolgen.

3. Überweisung von reinem Weizenmehl an einige Bäcker zur Herstellung von Kindernährzwieback und Abgabe desselben gegen Ausweisarten für Kinder unter zwei Jahren.

4. Ausgabe von Zuckerkarten auch für Kinder unter einem Jahre.“

Ich werde den Antrag am Schlusse der öffentlichen Sitzung zur Beratung stellen.

## 2. Abrechnung über den Bau der Feuerbestattungshalle.

**Stadtv. Busch:** Dem Stadtmagistrat ist ein Schreiben des Herrn Geheimen Baurat Winter zugegangen, das sich mit der Schlußabrechnung über die aus dem Neubau der Feuerbestattungshalle erwachsenen Kosten befaßt. Der Magistrat hat der Baukommission diese Schlußrechnung zugänglich gemacht, und ich kann Ihnen daraus mitteilen, daß die veranschlagten Kosten im Gesamtbetrage von 219 000 *ℳ* nicht ganz verausgabt sind, sondern nur 212 331,82 *ℳ* verwandt zu werden brauchten, so daß ein Wenigerverbrauch von 6768,18 *ℳ* sich ergibt.

Die Abrechnung ist uns nur zur Kenntnisknahme übergeben.

**Vorsigender:** Es meldet sich niemand zum Wort. Die Versammlung hat die Sache durch Kenntnisknahme erledigt.

## 3. Prüfung der Rechnung des städtischen Haushalts für 1912/13.

**Stadtv. Frede:** Die Rechnungen über den städtischen Haushalt für 1912/13 sind zur Einsicht den Stadtverordneten zugestellt, und die Finanzkommission hat mich beauftragt, die Prüfung dieser Rechnungen vorzunehmen. Ich habe mich der Aufgabe unterzogen, natürlich nicht in dem Umfange, daß ich jede einzelne Rechnung nachgesehen habe, denn dazu würde ich ein paar Wochen gebraucht haben. Ich habe Stichproben gemacht, die Belege dazu angesehen und habe nirgend Anlaß zu Missettungen gefunden.

**Vorsigender:** Auch diese Sache ist durch Kenntnisknahme erledigt.

## 4. Gewährung eines Zuschusses an die Volksleschalle aus der Fudelftistung.

**Stadtv. Ohlendorf:** Der Verein Volksleschalle befindet sich in keiner günstigen Finanzlage, was hauptsächlich durch den Krieg veranlaßt ist. Der Vorstand des Vereins hat sich deshalb an die Fudelftistung mit der Bitte gewandt, den in den letzten Jahren geleisteten Beitrag von 6000 *ℳ* auf 10—12 000 *ℳ* zu erhöhen. Insbesondere hat sich die Bankschuld des Vereins im abgelautenen Jahre von 4500 *ℳ* auf 6000 *ℳ* erhöht, und der Vorstand hat veranschlagt, daß der Verein im nächsten Jahre jedenfalls ein Defizit von 11 000 *ℳ* haben werde. Nun hat er zwar versucht, durch besondere, im Frühjahr veranstaltete Sammlungen die Bankschuld zu tilgen, es sind aber im ganzen nur 1400 *ℳ* dafür eingegangen. Aus dem Grunde bittet der Vorstand des Vereins Volksleschalle um die genannte Erhöhung der bisherigen Unterstützung. Der Vorstand der Fudelftistung hat darauf beschlossen, für das laufende Jahr den Zuschuß aus der Stistung von 6000 *ℳ* auf

9000 *M* zu erhöhen, und der Magistrat beantragt bei den Stadtverordneten, zuzustimmen, daß diese Unterstützung gezahlt wird. Die Finanzkommission ersucht Sie durch mich, diesen Antrag anzunehmen.

Der Gewährung des erhöhten Zuschusses wird zugestimmt.

## 5. Gewährung von Teuerungszulagen an die städtischen Beamten und Lehrer.

Stadtv. **Tebbenjohanns:** Die städtischen Beamten haben eine Eingabe an den Magistrat gemacht, in der sie mit Rücksicht auf die große Teuerung ihnen eine außer gewöhnliche Zulage von je nicht unter 200 *M* zu gewähren bitten, soweit ihr Einkommen den Betrag von 5000 *M* nicht übersteigt.

Es ist weiter durch Vermittlung der Schuldirektion dem Magistrat eine Eingabe des Braunschweiger Lehrervereins zugegangen, ebenfalls mit der Bitte um eine Teuerungszulage

erstens für die *Hilfslehrer* mit einer Vergütung von jährlich 1400 und 1600 *M* im Betrage von jährlich 200 *M*,

zweitens für die verheirateten Lehrer einschließlich der verwitweten mit unversorgten Kindern auf den Gehaltsstufen von 2100—2900 *M* — gleichfalls 200 *M*,

drittens, für solche Lehrer mit einem Gehalt von über 2900 *M* — 150 *M*,

viertens für unversorgte Kinder bei allen Gruppen außerdem eine Kinderzulage von jährlich 60 *M* für jedes Kind.

Anschließend daran ist auch ein Gesuch des Braunschweiger Lehrerinnenvereins eingegangen, den Lehrerinnen ebenfalls eine Teuerungszulage zu gewähren, und zwar in der Höhe, wie sie in dem Gesuch der städtischen Lehrer zum Vorschlag gekommen ist.

Der Magistrat hat sich zu dem Antrage der städtischen Beamten in einem Schreiben an die Stadtverordneten folgendermaßen geäußert:

„Wir sind der Ansicht, daß diesem Gesuche nicht entprochen werden kann; denn einerseits erscheint es uns bedenklich, im Hinblick auf die bedrängte Lage, in die ein großer Teil der Einwohner ohne festes Einkommen infolge der allgemeinen Teuerung geraten ist, alle unsere Beamten mit einem gesicherten Einkommen bis 5000 *M*, wenn auch nur vorübergehend, aufzubessern, und andererseits halten wir es nicht für gerechtfertigt, ohne jede Rücksichtnahme auf die Lage des einzelnen Beamten und insbesondere die Höhe der Kosten, die ihm durch seinen Haushalt erwachsen, durchweg gleichbemessene Zulagen zu bewilligen; insbesondere wird unseres Erachtens bei der Verwilligung und bei der Bemessung von Teuerungszulagen auf die Zahl der Angehörigen (Ehefrau und Kinder unter 16 Jahren), für die der einzelne Beamte zu sorgen hat, Rücksicht genommen werden müssen. In

gleicher Weise ist von uns mit Zustimmung des verstärkten Finanzausschusses bei Gewährung von Teuerungszulagen an die städtischen Arbeiter und solche Beamten verfahren, deren dienstliches Einkommen weniger als 2000 *M* und jetzt weniger als 2100 *M* jährlich beträgt. Wir halten für richtig, daß nach dem hier aufgestellten Grundsatz auch bei den höher besoldeten B e a m t e n — und ebenso bei den städtischen L e h r e r n — mit der Maßgabe verfahren wird,

daß ein dienstliches Einkommen von insgesamt 3000 *M* die obere Grenze bildet, und daß den verheirateten und verwitweten Beamten, vom 1. April d. Js. an gerechnet, Teuerungszulagen von monatlich je 10 *M* für die Ehefrau und je 5 *M* für jedes Kind unter 16 Jahren gewährt werden. Wenn das Gehalt und die Teuerungszulage zusammen den Jahresbetrag von 3000 *M* übersteigen sollten, so würde eine entsprechende Kürzung der Teuerungszulage stattzufinden haben.

Wenn nach diesem Vorschlage verfahren wird, so würde den niedrig besoldeten Beamten, die bisher schon Teuerungszulagen für ihre Ehefrau erhalten haben, vom 1. April an nachträglich der Betrag von monatlich je 5 *M* nachzuzahlen sein.

Den geehrten Herren geben wir anheim, gefälligst zustimmen zu wollen, daß den städtischen Beamten und Lehrern für die Zeit vom 1. April c. an bis auf weiteres Teuerungszulagen nach dem oben aufgestellten Grundsatz gewährt werden.“

Zu dem Antrage der städtischen Lehrer und Lehrerinnen führt der Magistrat in seinem Schreiben an die Stadtverordneten folgendes aus:

„Ungeachtet der erheblichen Steigerung der Preise der meisten für die Lebenshaltung unentbehrlichen Waren müssen wir an der in unserer Vorlage vom 7. c. — die ich eben verlesen habe — dargelegten Ansicht festhalten, daß bei Verwilligung von Teuerungszulagen auf die Zahl der zu unterhaltenden Familienangehörigen des einzelnen Beamten Rücksicht genommen werden muß, und daß daher Zulagen den alleinstehenden Beamten und Lehrern und somit auch den Lehrerinnen nicht bewilligt werden können.

Nun hat aber der Schulvorstand der städtischen Bürgerichulen darauf hingewiesen, daß die leidige Teuerung den minderbesoldeten Mitgliedern des Lehrkörpers eine Lebenshaltung, wie sie ihr Beruf erfordert, in hohem Maße erschwere, und daß daher in diesen Fällen die Gewährung von Zuschüssen aus Rücksicht auf die Schule geradezu geboten erscheint. Der Schulvorstand hat deshalb empfohlen, den — nicht zum Heeresdienst einberufenen — Hilfslehrern und ebenso allen L e h r e r i n n e n , deren Gehalt oder Vergütung weniger als 1900 *M* beträgt, vom 1. April c. an gerechnet, eine jährliche Teuerungszulage von je 200 *M* mit der Einschränkung zu gewähren, daß die sich darnach ergebenden Gesamtbezüge die Summe von 1900 *M* p. a. nicht übersteigen sollen. Wenn diesem Antrage

entsprochen werden sollte, so würde danach in bezug auf die städtischen Lehrkräfte, die nicht nur nebenamtlich oder stundenweise beschäftigt werden, also auch in bezug auf die an den höheren Schulen beschäftigten, zu verfahren sein.

Wir müssen die Begründung des Schulvorstandes als zutreffend anerkennen und sehen uns daher veranlaßt, den geehrten Herren die Zustimmung dazu zu empfehlen, daß den minderbesoldeten städtischen Lehrkräften die vom Schulvorstande empfohlenen Teuerungszulagen vom 1. April c. an gezahlt werden."

Der Schuldirektor Dr. Appuhn hat zu der Eingabe der städtischen Lehrer sich dahin geäußert, daß er es dringend befinworte, dem Antrage im ganzen Umfange Folge zu geben. Auch auf seiten der Mitglieder der Finanzkommission war bei Lage der Dinge der Wunsch vorhanden, möglichst weitgehende Teuerungszulagen zu gewähren, denn man konnte nicht darüber im unklaren sein, daß es auch denjenigen Lehrern und Beamten, die ein Gehalt über 3000 M beziehen, außerordentlich schwer wird, in der jetzigen Zeit mit ihren Familien die Teuerungsverhältnisse zu ertragen. Der Magistrat hat aber in eindringlicher Weise auf die durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufene schwierige finanzielle Lage der Stadt hingewiesen, und so hat sich die Finanzkommission nach längerer Beratung einstimmig dafür entschieden, den Anträgen des Magistrats zuzustimmen, da damit die Hauptsache für diese Kreise erreicht wird. Ich habe deshalb den Auftrag, im Namen der Finanzkommission Sie zu bitten, Ihre Zustimmung zu den Anträgen des Magistrats zu geben.

**Stadtv. Stegmann:** Ich habe zwar um das Wort gebeten, aber nicht, um zu dem eigentlichen Antrage zu sprechen. Selbstverständlich bin ich auch dafür, daß den Beamten und Lehrern entgegengekommen wird. Ich vermiße aber bei dem Magistratsantrage etwas, was ich für selbstverständlich gehalten hätte, nämlich daß der Magistrat auch den sämtlichen städtischen Arbeitern angesichts der immer mehr gestiegenen Lebensmittelpreise, die nicht anders als mit Lebensmittelwucher bezeichnet werden können, nochmals eine Zulage gewährt hätte. Ich weiß wohl, daß im letzten Winter verschiedene Deputationen Zulagen gewährt haben, aber zweifellos sind die Arbeiter dabei schlechter weggekommen als jetzt die Beamten. Ich gönne das den Beamten selbstverständlich und hätte lieber gesehen, daß sie noch mehr bekommen könnten. Aber wenn man bedenkt, daß die Arbeiter pro Monat 5 M Teuerungszulage bekommen, so ist das wesentlich weniger als den Beamten geboten wird. Dabei müßten doch die in ihren Bezügen am niedrigsten Stehenden zuerst bedacht werden; die fühlen die schwere Lage am meisten. Die Arbeiter, die mit einem Gehalt von 1000 bis 1400 M auskommen müssen, sind doch viel schlimmer daran als die mit einem Einkommen bis zu 3000 M. Deshalb möchte ich an den Magistrat die Bitte richten, ohne daß die Leute mit Eingaben zu kommen

brauchen, selbst den Schritt zu tun, eine Erhöhung ihrer Bezüge vorzunehmen und in allernächster Zeit uns eine Vorlage darüber zu unterbreiten, oder doch den Deputationen an Hand zu geben, daß auch den Arbeitern eine entsprechende Teuerungszulage gewährt wird, denn, wie ich schon sagte, die ihnen gewährte erste Teuerungszulage genügt bei den jetzigen Verhältnissen durchaus nicht.

**Stadtv. Steinede:** Ich möchte Sie freundlichst bitten, den Wünschen der städtischen Beamten und Lehrer nach Möglichkeit entgegenzukommen, denn wie der kleine Stand, so leidet auch der Mittelstand unter der Teuerung sehr, und zu diesem gehören die Beamten und Lehrer. Ich will nicht weiter auf die Sache eingehen, es genügt das vom Herrn Referenten Vorgetragene. Doch möchte ich noch hinzufügen, daß wir vom Standpunkte der ausgleichenden Gerechtigkeit auch die weiten Kreise des Mittelstandes berücksichtigen müssen, aus dem Tausende und aber Tausende von Frauen wegen verschiedener Vorkommnisse, die leider passiert sind, nicht stundenlang sich hinstellen können, um Nahrungsmittel zu erwerben. Auch der Mittelstand hat mit der Not zu kämpfen, wie sie leider auch in den unteren Schichten vorhanden ist. Ich bitte daher, den Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Die Magistratsanträge werden — dem Anschein nach einstimmig — angenommen.

## 6. Erhebung einer Lichtspielsteuer.

**Vorsitzender:** Von Herrn Busch ist ein Antrag zu diesem Punkte der Tagesordnung eingegangen, der durch vier Unterschriften unterstützt ist. Der Antrag lautet:

„Ich beantrage die Zurückverweisung der Magistratsvorlage betreffs der Lichtspielsteuer an die Kommission, da die beabsichtigte Art und Weise der Besteuerung mir nicht richtig erscheint. An Hand von statistischem Material wird dem Magistrat demnächst der Beweis erbracht werden, daß eine gerechte Besteuerung nur durch eine Plakartensteuer in milder Form stattfinden kann.“

Unterstützt ist der Antrag von den Herren Munte, Kruse, Trinks und Frede. Als selbständiger Antrag würde dieser Antrag noch nicht genügend unterstützt sein. Ich frage zunächst, ob der Antrag sonst noch unterstützt wird. . . Das ist nicht der Fall. Da dieser Antrag nicht als selbständiger Antrag anzusehen ist, so würde eine Unterstützung nicht nötig sein. Es würde demnach, ehe wir in die Beratung der Sache selbst eintreten, geschäftsordnungsgemäß darüber zu verhandeln sein, ob der Punkt von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und die Sache auf Grund des Vorschlages des Herrn Busch an die Kommission zurückverwiesen werden soll. Herr Busch ist der Ansicht, daß das Material, welches vorgelegen hat, nicht ausreicht,

um ein Urteil über die Sache zu fällen. Es ist nun allerdings eine eigene Sache, darüber ein Urteil zu haben, ehe wir nicht wenigstens den Referenten gehört haben, um darnach zu wissen, was denn an Material vorliegt. (Zuruf des Herrn Stadtv. **W e j e m e i e r**: Wir haben ja die Vorlage alle bekommen.) Ich möchte doch den Herrn Referenten bitten, das Wort zu nehmen.

**Stadtv. Sander:** Meine Herren! Es ist Ihnen allen bekannt, daß bei der Beratung über den Stadthaushaltsplan aus der Versammlung heraus dem Magistrat anheimgegeben wurde, an eine Besteuerung der Lichtspieltheater heranzutreten. Der Magistrat ist dieser Anregung gefolgt und hat uns die Vorlage gemacht, die den Herren allen in Abschrift zugegangen ist. Es erübrigt sich demnach wohl, daß ich die Begründung ausführlich wiedergebe, es genügt jedenfalls, wenn ich in kurzen Worten die Sache nochmals durchgehe.

Der Entwurf zum Statut über Erhebung einer Lichtspielsteuer, wie er uns vorliegt, richtet sich in der Hauptsache nach den Statuten anderer deutscher Großstädte, wo diese Lichtspieltheater schon besteuert werden. Die meisten dieser Städte haben eine sogenannte Platzsteuer, einige davon auch eine Billett- oder Kartensteuer. Der Magistrat steht auf dem Standpunkte, daß erstere der Kartensteuer vorzuziehen sei, einfach schon um deswillen, weil die Berechnung der Steuerabgabe eine leichtere ist und der Betrag ein fester bleibt, er also Schwankungen nicht ausgesetzt ist. Verschiedene Städte, die früher eine Billett- oder Kartensteuer gehabt haben, sind auch schon zu einer Platzsteuer übergegangen. Der Magistrat nimmt an, daß in diesen Lichtspieltheatern täglich mindestens 2 bis 3 Vorstellungen gegeben werden und hat darnach ausgerechnet, daß der Steuerertrag sich in Braunschweig jährlich wohl auf 100 000 *M* stellen würde. Zum Vergleich führt der Magistrat die Erträge aus anderen Städten an, beispielsweise Düsseldorf, wo bei der Besteuerung durch Platzsteuer im Jahre 1913 193 972 *M*, 1914 158 839 *M* und 1915 trotz der Kriegszeit 195 200 *M* eingekommen sind. Man kann nun wohl sagen: Düsseldorf ist eine noch einmal so große Stadt wie Braunschweig und hat, wie wir erfahren haben, 30 Lichtspieltheater, da ist also der hohe Ertrag wohl begründet. Königsberg hat nach Einführung der Platzsteuer 1915/16 117 939 *M*, Hannover noch mit der Kartensteuer 1912/13 81 009 *M*, 1913/14 88 777 *M* und 1914/15 117 902 *M* eingenommen. Hannover hat bedeutend mehr Lichtspieltheater als Braunschweig, man sieht also aus diesem letzten Beispiele, daß die Billettsteuer ganz wesentlich nicht die Erträge bringt, wie sie die Platzsteuer bringen würde.

Die Bezahlung der Steuer ist so gedacht, daß die Anmeldungen für die Vorstellungen wöchentlich geschehen sollen, am letzten Tage der Woche für die nächste Woche, und darnach würde die Steuer nach der Zahl der vorhandenen Plätze zu

erheben sein. Es ist aber, wie nachher der Wortlaut des Statuts zeigen wird, vorgesehen, den Besitzern der Lichtspieltheater die Erleichterung zu geben, daß sie im voraus gleich für den ganzen Monat bezahlen und nach Schluß des Monats für die ausgefallenen, rechtzeitig gemeldeten Tage, an denen nicht gespielt wurde, der zuviel entrichtete Betrag zurückgerechnet wird.

Wir würden nun dazu kommen müssen, die Statuten selbst zu beraten. Ich möchte den Herrn Vorsitzenden fragen, ob ich über die einzelnen Paragraphen berichten soll.

**Vorsitzender:** Der Herr Berichterstatter hat klargelegt, daß es sich im wesentlichen um die Fragen handelt: Soll die Lichtspielsteuer eingeführt werden, und soll sie als Platzsteuer oder als Eintrittskartensteuer erhoben werden, also: soll für jede Vorstellung ein bestimmter Satz, der sich nach der Größe des Theaters richtet, einerlei, ob in Wirklichkeit das Theater gefüllt ist oder nicht, erhoben werden, oder soll die Steuer nur auf die verkauften Eintrittskarten erhoben werden? Diese beiden Fragen sind auseinanderzuhalten.

Der Antrag des Herrn Busch läuft darauf hinaus, die Sache heute zu vertagen, weil er noch in der Lage sei, weiteres Material zu beschaffen, um die Frage, ob eine Billett- oder Platzsteuer angemessen sei, für die Kommission deutlicher zu beleuchten. Er beantragt deshalb Zurückweisung an die Kommission. Ich möchte bitten, zunächst diese geschäftsordnungsmäßige Frage zu erörtern, und gebe Herrn Busch das Wort zur Begründung seines Antrages.

**Stadtv. Busch:** Zu meinem Antrage zur Geschäftsordnung möchte ich bemerken, daß ich erst nach reiflicher Überlegung Ihnen diesen Vorschlag gemacht habe. Leider bin ich heute noch nicht in der Lage, Ihnen das betreffende Material im einzelnen vorzuführen, aber ich glaube, daß die Sache, wenn das Material von mir dem Magistrat vorgelegt wird, einen ganz anderen Anblick erhalten wird. Wenn darnach die Steuerfrage erledigt wird, so wird sie auch gerecht ausfallen, während ich sie so, wie sie vorgeschlagen ist, in keiner Weise für gerecht halte. Ich möchte Sie deshalb bitten, meinen Antrag zu unterstützen und die Sache für kurze Zeit an die Kommission zurückzuverweisen.

**Stadtrat von Franckenberg:** So dankbar der Magistrat gewiß sein wird, wenn seine Vorschläge seitens der geehrten Herren nach irgend einer Richtung hin einer Verbesserung unterzogen werden, so kann ich mir doch von dem Vorschlage des Herrn Busch schlechterdings keinen Erfolg versprechen, weil der Magistrat gerade diese Frage, ob eine Kartensteuer oder eine Platzsteuer den Vorzug verdient, mit besonderer Sorgfalt geprüft hat, und zwar an der Hand der eingehendsten Berichte, die schwerlich auch Herrn Busch in so eingehender Weise amtlich vor-



gelegen haben können. Dabei kam der Magistrat zu der Überzeugung, daß die Tage der Kartensteuer in solchen Städten, wo sie noch besteht, gezählt sind und die Platzsteuer, die einen Siegeszug von Stadt zu Stadt gehalten hat, die Steuer der Zukunft ist. Es ist vielleicht für Herrn Busch lehrreich, zu erfahren, daß in Erfurt die mittleren und kleineren Lichtspielunternehmer gebeten haben, sie doch von der Kartensteuer zu befreien und die Platzsteuer mit ihrer Pauschberechnung einzuführen, die daneben auch in bezug auf Überwachung und leichte Durchführung unendliche Vorzüge vor der anderen Steuer hat. In der Kommission sind diese Gesichtspunkte durch den Herrn Berichterstatter und die übrigen Herren so eingehend erörtert worden, daß ich beim besten Willen nicht glauben kann, es würde — wenn Sie überhaupt der Lichtspielsteuer zustimmen wollen — ein nennenswerter Erfolg davon zu erwarten sein, daß die Sache jetzt noch einmal in die Kommission zurückverwiesen wird. Die Herren und ebenso der Magistrat würden damit kostbare Wochen verlieren, in denen die Steuer nicht erhoben wird. Wir haben einen Überschlag über das Erträgnis der Steuer gemacht, und darnach bringt sie monatlich 9—10 000 *M* ein. Ohne nennenswerte Schwierigkeiten würden wir die Steuer mit dem 1. August in Kraft treten lassen können. Ich glaube kaum, daß es den geehrten Herren gleichgültig sein kann, wenn durch die Zurückweisung an die Kommission das Inkrafttreten der Steuer um Monate hinausgeschoben würde.

Ich glaube, bei dieser Frage auch auf einen sozialen Gesichtspunkt, nach dem unbedingt die Platzsteuer gegenüber der Kartensteuer den Vorzug verdient, aufmerksam machen zu dürfen. Wenn wir die Kartensteuer einführen, dann würden wir bei jeder einzelnen Eintrittskarte einen bestimmten Satz zu erheben haben. Wir würden damit handgreiflich und augenfällig den einzelnen Besucher des Lichtspielhauses mit einer entsprechenden Abgabe belasten. Lassen wir es aber bei der Platzsteuer bewenden, wie es seitens des Magistrats vorgeschlagen ist, dann ist es ein Rechenexempel, das jeder Lichtspielunternehmer ausführen kann und wird, wie er die Verteilung der Steuer vornehmen will. Er wird dann um so eher in der Lage sein, den kleinen Mann, der bescheidene und billige Plätze besucht, ganz oder fast ganz von der Abgabe frei zu lassen und auf die höheren Plätze größere Zuschläge zu legen. Sein eigenes geschäftliches Interesse spricht dafür, daß er so vorgeht, und daß die Lichtspielunternehmer das eigene geschäftliche Interesse nicht hintanziehen, das beweist der Umstand, mit welcher Schnelligkeit sie mit ihrer Abwehreinabe an uns herantreten sind.

Ich glaube also, den geehrten Herren empfehlen zu sollen, diesen Kampf gegen die Form der Steuer nur als eine Episode zu behandeln und es bei der Platzsteuer bewenden zu lassen.

**Stadtv. Bunge:** Es scheint hier dem Magistrat darauf anzukommen, diese Steuer möglichst schnell unter Dach und Fach zu bringen. So gern ich nun auch

bereit bin, mitzuhelfen, daß der Stadt in ihrer finanziellen Lage eine Hilfsquelle erwächst, so muß ich in diesem Falle doch sagen, daß es nötig ist, die Sache erst unter die Lupe zu nehmen, und wenn ein Antrag kommt, wie er von Herrn Busch gestellt ist, so sind meine Freunde und ich der Meinung, daß wir ihm zustimmen können, um auf diesem Gebiete eine vollständige Klarheit zu haben. Vielleicht ist es möglich, daß wir durch das beizubringende Material belehrt werden können, vielleicht wird aber auch unser Standpunkt noch gefestigt, indem wir gegen jede derartige indirekte Steuer uns wenden. Wir werden dem Antrage des Herrn Busch zustimmen.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich glaube, gerade in diesem Falle bedarf es der eingehendsten Überlegung und Beratung, um Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Es ist ein unglücklicher Einwand, den Herr Stadtrat von Frankenberg macht, wenn er sagt, daß bei der Billettsteuer jeder einzelne Besucher direkt belastet wird. Wir belasten durch die Steuer sowieso jeden einzelnen Besucher direkt, wir überlassen es bei der Platzsteuer nur der Gnade des Kinobesizers, wie er die Steuer verteilen will, und wer bürgt uns dafür, daß er einen höheren Aufschlag auf die Karte nimmt als die Steuer von ihm verlangt? Wer bürgt uns dafür, daß er 10 Pfg. aufschlägt, wenn er selbst nur 4 oder 6 Pfg. Steuer zahlen muß? Es ist sehr fraglich, ob die Besucher der Kinos bei einer Billett- oder Platzsteuer besser wegkommen. Ich möchte auch bitten, dem Vorschlage des Herrn Busch stattzugeben und, soweit es möglich ist, eingehendstes Material einzuholen, um, wenn Sie die Steuer nun einmal beschließen, einen möglichst gerechten Ausgleich zu finden.

**Stadtv. Kruse:** Ich halte die Steuer, wie sie seitens des Magistrats vorgeschlagen ist, nicht für gerecht. Wer die Verhältnisse in Braunschweig kennt, wird bestimmt versichern können, daß die Verhältnisse hier anders liegen als in den Städten, die in der Vorlage angeführt sind.

**Vorsitzender:** Ich bitte den Redner, nicht auf die Sache selbst einzugehen. Wir wollen darüber sprechen, ob wir über die Einführung der Steuer verhandeln oder die Sache an die Kommission zurückverweisen wollen.

**Stadtv. Kruse:** Ich bin dafür, daß die Vorlage an die Kommission zurückverwiesen wird und eingehendes Material beschafft wird.

**Stadtv. Sander:** In der Kommission ist die Frage, ob eine Platz- oder Tagessteuer die richtige ist, auch sehr eingehend erörtert worden. Wir waren in der Kommission der Meinung, daß der einfachen Handhabung wegen, wie auch Herr

Stadtrat von Frankenberg angeführt hat, die Tagessteuer den Vorzug verdient, und auch um deswillen, weil ein sehr minimaler Satz vorge schlagen wird. Die Steuer bringt im Durchschnitt auf die Karte 4 bzw. 6 Pfg.; bei kleineren Theatern 4 Pfg. und bei größeren, die naturgemäß kräftiger sind und bessere Einnahmen haben, 6 Pfg. In Rücksicht auf diesen niedrigen Satz haben wir uns gesagt, daß wir bei einer Kartensteuer mit einem Betrage von 4—6 Pfg. nicht auskommen würden, sonst würde der Ertrag, der sich ergeben würde, so minimal werden, daß es nicht wert wäre, die Steuer aufzulegen. Ich habe eine Berechnung über die städtische Einnahme bei einer Kartensteuer aufgestellt. Wenn wir die unteren Plätze, den 2. und 3. Platz nur mit 5 Pfg. belasten würden, die übrigen mit 10 Pfg. und die Logen mit 15 Pfg., so würde bei der Annahme, daß ungefähr 3000 Plätze vorhanden sind, durch die Steuer ein Betrag von 36—38 000 .// herauskommen. Das wäre aber der Höchstertrag bei der Kartensteuer, während der Magistrat bei der Platz- oder Tagessteuer 100 000 .// herausrechnet. Das ist meiner Meinung nach wohl zu viel gerechnet, weil angenommen ist, daß das fünfte Theater im Umbau begriffen ist. Das ist aber nicht der Fall, diese Theaterräume werden wieder zu Läden eingerichtet und das Theater wird nicht wieder erscheinen; deshalb glaube ich nicht, daß der Ertrag ganz so hoch sein wird, wie der Magistrat angibt. Immerhin waren wir der Meinung, daß der Platzsteuer zuzustimmen sei, trotzdem von mehreren Seiten anerkannt wurde, daß die Form der Steuer nicht als gerecht, sondern gewissermaßen als roh zu bezeichnen ist, weil besteuert werden soll, was nicht da ist. Wenn z. B. das Lichtspieltheater nur zur Hälfte oder zum Drittel besetzt ist, sollen doch sämtliche Plätze besteuert werden. Immerhin war die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder doch der Meinung, in der vorgeschlagenen milden Form wäre diese Besteuerung doch die bessere, und empfiehlt Ihnen, diese Platzsteuer anzunehmen.

**Stadtv. Lebbenjohannis:** Der Herr Referent hat sich über die Materie selbst ausgelassen, während der Antrag Busch dahin geht, die Beratung zu verschieben und die Vorlage an die Kommission zurückzuverweisen. Ich bitte, über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt für den Antrag Busch.

## 7. Versicherung der Ferkel im städtischen Schlachthaus betreffend.

**Stadtv. Frede:** Herr Bunge hat in der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Juni 1916 den Antrag gestellt . . . (Zuruf: Herr Dieckmann!) Nein, es handelt sich um einen Antrag des Herrn Bunge. Er lautet: „Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, mit Versicherungsgeellschaften betreffs Ferkelversicherung in Verbindung zu treten und zu versuchen, in Gemeinschaft mit dem Ernährungs-

auszuschuß zu angemessenen Preisen zu versichern.“ Der Antrag ist angenommen, und der Magistrat ist diesem Ersuchen nachgekommen. Zunächst wird in diesem Schriftstücke hier mitgeteilt, daß am 8. Juni der Ernährungsausschuß mit der Sache befaßt werden soll, dann unter dem 15. Juni, daß der Ernährungsausschuß sich gegen die Versicherung ausgesprochen hat, und schließlich wird mitgeteilt, daß der Magistrat diesem Beschlusse des Ernährungsausschusses beigetreten ist. Dies ist uns zur Kenntnismahme mitgeteilt, und ich könnte auf weitere Ausführungen verzichten, wenn ich es nicht für angezeigt hielte, auf die Gründe einzugehen, die gegen die Versicherung der städtischen Ferkel gesprochen haben, denn es leuchtet ein, daß diejenigen, die sich für die Versicherungsfrage interessiert haben, nun auch die Gründe der Ablehnung, wenigstens in der Hauptsache, hören möchten.

Der Magistrat hat sich mit der Braunschweigischen Allgemeinen Viehversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit in Verbindung gesetzt, und das Ergebnis des Schriftwechsels liegt hier vor. Beigefügt sind die gedruckten allgemeinen Versicherungsbedingungen, und besonders diese sind Gegenstand des Studiums des Magistrats und des Ernährungsausschusses gewesen. Auf Grund der Befassung mit diesen Vorschriften ist sowohl der Ernährungsausschuß wie auch der Magistrat zur Ablehnung weiterer Verhandlungen gekommen, also auch des Antrages Bunge. Die Gründe dafür sind darin zu suchen, daß die Vergütungen, die die Gesellschaft gewährt, nicht im Verhältnis stehen zu den Aufwendungen, die von unserer Seite gemacht werden müßten, daß die Bestimmungen ferner derartige Einschränkungen für die Versicherung vorsehen, daß der Nutzen für uns ganz erheblich zusammenschrumpft, so daß wir keinen Vorteil gegenüber unseren Leistungen herausrechnen können.

Es heißt da z. B. in § 2: „Die Versicherung umfaßt nicht Schäden, welche entstehen: 1. infolge einer Seuche oder Krankheit, soweit den Versicherungsnehmern nach gesetzlichen Vorschriften ein Anspruch aus öffentlichen Mitteln zusteht oder zustehen würde, wenn der Anspruch nicht durch eine Zuwiderhandlung gegen seuchenpolizeiliche Vorschriften verwirkt worden wäre.“

Die Versicherung umfaßt ferner nicht Schäden, welche 2. entstehen durch Maßregeln, die im Kriege oder nach Erklärung des Kriegszustandes von einem militärischen Befehlshaber angeordnet worden sind. Ferner sind ausgeschlossen diejenigen Schäden, welche entstehen durch Feuer, Blitz, Aufruhr, Überschwemmung und dergleichen.

Ganz wesentlich aber ist die Bestimmung, daß Schweine unter drei Monaten oder über 6 Jahre von der Versicherung ausgeschlossen sind. Namentlich das erstere ist von schwerwiegender Bedeutung, denn es kommt uns darauf an, die jungen Tiere zu versichern.

Weiter heißt es in § 38: „Wird der Versicherungsfall durch Tuberkulose herbeigeführt, so ist die Gesellschaft zur Entschädigung nur dann verpflichtet, wenn das Tier seit drei Monaten bei der Gesellschaft versichert war.“

Die Entschädigung, die wir zu beanspruchen haben, beträgt bei einem Schadensfall nur 75 Prozent des Wertes des Schweines. Der Magistrat hat sich über diese Entschädigung wie folgt ausgelassen: „Schweine unter drei Monaten können nicht versichert werden; haben sie das Alter erreicht, so werden sie mit einem Werte von etwa 80 *M* eingesetzt, und die Versicherung nimmt an, daß die Tiere alle Monate um 20 *M* im Werte steigen, bis sie nach sechs Monaten den Höchstwert von 200 *M* erreicht haben. Die Höhe der Entschädigung für ein verendetes Schwein beträgt 75 Prozent seines nach der obigen Berechnung zu ermittelnden jeweiligen Wertes. Die geringste Entschädigung beträgt bei einem Anfangswert von 80 *M* 60 *M* und bei dem Höchstwert von 200 *M* 150 *M*. Daraus ergibt sich, daß die Gesellschaft nicht den vollen Schaden ersetzt, sondern nur einen Teil davon. Nimmt man den wirklichen Wert eines drei Monate alten Schweines zu 100 *M* an, so beträgt, wenn das verendete Schwein versichert war, der Verlust (100 *M* — 60 *M* =) 40 *M*, und nimmt man den wirklichen Wert eines sechs Monate lang gemästeten Schweines im Gewichte von 250 Pfund zu rund 300 *M* an, so würde der Verlust (300 *M* — 150 *M* =) 150 *M* betragen.“ Es würde hierbei also nur die Hälfte des Wertes vergütet werden.

„Die an die Gesellschaft zu zahlenden Versicherungsbeiträge belaufen sich, da auf Eintrittsgeld und alle übrigen Gebühren verzichtet wird, bei einem Bestande von 700 Stück auf 5600 *M*. In Rücksicht auf die Höhe dieser Beiträge und in Rücksicht darauf, daß doch nur etwa die Hälfte des wirklichen Schadens ersetzt wird, ist unseres Erachtens von der Versicherung Abstand zu nehmen. Soweit uns bekannt geworden ist, pflegen diejenigen Landwirte, welche eine große Anzahl Tiere halten, aus demselben Grunde auf eine Versicherung zu verzichten.“

Ich erinnere noch an die einschränkenden Bestimmungen, auf die ich vorhin verwiesen habe und die hier nicht erwähnt sind.

Die Herren werden ersucht, von dieser Ablehnung des Antrages Kenntnis zu nehmen.

Stadtv. **Steincke**: Der Antrag war zunächst von meiner Seite gestellt worden und darauf von Herrn Bunge umgeändert. Ich möchte auf einige Ausführungen des Herrn Referenten erwidern. Weil ich ein Fachmann bin, wenn auch nicht für Viehversicherung, so habe ich die Ausführungen, wie sie gegeben sind, wohl ganz gut verstanden. Für die anderen Herren Stadtverordneten wird es im Augenblick wohl schwer sein, ein Urteil zu fällen, wenn sie die Zahlen und das übrige

Material hören. Daß man das nicht im ersten Augenblick durchgeistigen kann, ist wohl selbstverständlich.

Den Ausführungen möchte ich nun entgegenhalten, daß Herr Frede sich die Sache leicht gemacht und zu wenig beleuchtet hat, was für die Versicherung spricht. Warum sind denn andere Städte auf die Versicherung ihrer Schweinemästerei eingegangen und sind froh, das Risiko von sich abgewälzt zu haben? Warum haben neben manchen großen Landwirten, die nicht versichert haben, wieder viele dennoch versichert? Warum haben die kleineren Landwirte alle ihre Schweine gegen Trichinen usw. versichert? Diese Fragen wird man sich ohne weiteres beantworten können, und sie sprechen doch für die Sache. Ich habe das Gefühl, daß der Antrag auf Versicherung unserer Schweine abgelehnt wird, denn in diesem Sinne wird von der Kommission berichtet. Ich will der Stadt Braunschweig wünschen, daß sie es nie zu bereuen hat, wenn ihre Stadtverordneten heute den Antrag auf Versicherung ablehnen.

Dem, was Herr Frede vorbringt, kann man doch so vieles entgegenhalten. In der Hauptsache wird doch versichert wegen der Trichinen. Die Herren wissen selbst, wieviel Schweine durch Trichinen eingehen, und sehr viele andere Stadtverwaltungen stehen auf dem Standpunkte, daß eine Versicherung vorgenommen werden muß. Auch die vorgetragene Rechnung stimmt nach meiner Ansicht nicht. Das ist genau so, als wenn Sie heute eine Lebensversicherung abschließen und wollten eine Vorherberechnung machen, ob die Versicherung für Sie vorteilhaft ist. Der Fachmann sagt: Es weiß niemand, wie lange er leben wird, folglich kann er keine Berechnung im voraus aufstellen. Ich muß bestreiten, daß eine solche Wahrscheinlichkeitsberechnung ins Feld geführt werden kann, um gegen den Antrag Stimmung zu machen.

Ich könnte ja noch weitere Ausführungen für meinen Standpunkt vorbringen, will es aber unterlassen und schließe mit dem Wunsche, daß die Stadt es nicht bereuen möge, wenn die Versammlung heute einen ablehnenden Standpunkt einnimmt.

**Stadtv. Voetschigt:** Herr Steinicke macht sich die Sache leicht, indem er sagt, das sind Sachen, über die man im voraus nichts sagen kann. Wir müssen doch annehmen, daß sich die Kommission im Ernst mit der Sache befaßt hat. Was Herr Steinicke sagt, mag ja von seinem Standpunkte aus richtig sein, aber warum ist bis jetzt noch nie ein Antrag gekommen, unsere städtischen Pferde zu versichern? Das ist doch ein viel wertvolleres Material. Wir haben auch schon Seuchen unter unseren Pferden gehabt, Gott sei Dank waren sie ja nicht schlimm. Da haben wir uns auf die Selbstversicherung verlassen und uns gesagt: Die Prämien sind so hoch, daß wir bei der Selbstversicherung noch etwas verdienen.

Dann führt Herr Steinecke einen großen Teil Landwirte an, die versichert haben und gut daran getan haben. Ich kann aus meinem Bekanntenkreise eine ganze Menge Landwirte nennen, die nicht versichert haben, aber auch kleinere, die versichert haben. Selbst für den kleinen Hofbesitzer ist es eine Steuer, die er für die Versicherung zahlen muß, die ihn aber sichert, wenn er mit seinen paar Tieren Pech haben sollte. Der Fuhrherr Fricke hat viele Pferde, aber nie hat er sie versichert gehabt. Wenn Sie Zahlen sprechen lassen wollen, dann können wir sagen: Im schlimmsten Falle verlieren wir die Hälfte oder ein Drittel von unseren Schweinen, und dann stehen wir uns bei der Selbstversicherung immer noch besser als bei der Versicherung bei der Gesellschaft.

Es ist Ihnen durch den Herrn Berichterstatter klar gesagt: Wann tritt die Versicherung erst in Kraft? Dann erst, wenn die Erhaltung der Schweine ziemlich sicher steht, wenn sie drei Monate alt sind. Sie schütteln mit dem Kopfe. Nun, ich bin nicht Sachverständiger, aber ich habe mir das von Sachverständigen sagen lassen. (Zuruf Steinecke: Ich auch!) Die Sachverständigen haben mir gesagt: Die Versicherung muß sich decken, wenn sie überhaupt rentieren will. Wir haben die Sache geprüft, und es ist ein wirkliches Rechenexempel für die Stadt gewesen, ob die Selbstversicherung oder die Versicherung bei der Gesellschaft das beste ist. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, einstimmig oder gegen eine Stimme, Ihnen vorzuschlagen, von der Versicherung bei der Gesellschaft abzugehen.

Stadtv. **Bunge:** Ich hatte schon in der vorigen Sitzung, als ich den Antrag stellte, erklärt, daß beim Abschluß einer derartigen Versicherung sehr oft andere Momente zutage treten als Herr Steinecke uns vorerzählte. Heute beschwert sich Herr Steinecke, daß der Herr Referent nicht alles, was für die Versicherung spräche, vorgebracht hätte. Ich glaube, der Herr Referent hat mit seinem Referat denn doch das Richtige getroffen. Er hat ausdrücklich erklärt, daß wir nachher nur die Hälfte von dem bekommen würden, was die Tiere tatsächlich wert sind. Wir müssen außerdem in Berücksichtigung ziehen, daß heute die Schweine, die 70 bis 80 Pfund wiegen, 180—190 *M* gekostet haben. Nun denken Sie sich, daß erst im Alter von einem Vierteljahre die Schweine in Versicherung genommen werden, und daß sie mit derartig niedrigen Sätzen eingesetzt werden sollen, und ferner, daß sie später nur allmählich im Werte steigen, so daß nur das herauskommt, was uns Herr Frede vorhin gesagt hat.

Herr Steinecke hat sich seine Sache doch noch viel leichter gemacht als der Herr Referent. Er erzählt uns von allen möglichen Städten, die die Versicherung eingeführt haben und ebenso von großen Landwirten. Ich kenne eine ganze Reihe solcher und auch Molkereien, die nicht versichert haben. Herr Steinecke hat uns aber keine einzige Stadt genannt, die mit Erfolg eine Versicherung in solch großem

Stile durchgeführt hat, wie bei uns die Sachlage ist, und gerade das wäre das wesentliche, daß wir wüßten, in welcher Weise sie eine vorteilhafte Versicherung abgeschlossen haben.

Trotzdem ich den Antrag gestellt habe, muß ich sagen: Berechnen wir die Sache, so ist die Selbstversicherung vorzuziehen; jachlich werden wir dabei nicht schlecht fahren. Verluste gibt es in jedem großen Viehbestande. Wenn jemand zwei Schweine kauft, gehen sie vielleicht beide verloren, von 20 Schweinen vielleicht auch nur zwei, und ähnlich so ist es, wenn wir 800 Schweine haben. Alle Anzeichen sprechen doch dafür, daß der größte Teil von unseren Schweinen ein gutes Gebeihen haben wird. Das muß man zugeben, wenn man unsere Tiere ansieht, und besonders einen Stall haben wir, wo sich die Leute besondere Mühe geben, so daß es eine Freude ist, zu sehen, wie sich die Tiere weiterentwickeln. Darnach können wir die Hoffnung haben, einen sehr guten Abschluß machen zu können, wenn nicht eine besonders ungünstige Seuche zu grassieren anfängt.

Es ist von uns alles getan, um Seuchen abzuhalten und einzudämmen. Vielfach in der Bürgerschaft wird man angerebet über den Stand unserer Schweine, denn viele sind der Meinung, daß unsere meisten Schweine schon von Seuchen weggefreffen sind. Das ist durchaus nicht der Fall, und ich möchte hier aussprechen, daß dies Tatsache ist. Es sind nur einzelne Tiere verendet, und darauf ist ein solcher Stall voll Tiere mit 19 Stück sofort abgeschlachtet, damit die Krankheit sich nicht weiter verbreiten konnte. Das war die ganze Geschichte. Wenn von 850 Schweinen im ganzen 30-40, mit denen, die wir abgeschlachtet haben, verlorengegangen sind, so bedeutet das bei einem solchen Bestande und bei dem Umstande, daß die Tiere durch die Eisenbahnfahrt angegriffen ankamen, nicht viel. Deshalb glaube ich, daß nun eine Beruhigung eintritt und wir mit Ruhe unsere Mast fortsetzen können. Wir werden ja sehen, in welcher Weise wir fahren, und werden uns hoffentlich besser stehen, als wenn wir versichert hätten.

Zimmerhin ist es eine große Gefahr, die bei der Mastung von Schweinen die Stadt auf sich genommen hat, aber wenn wir bei der Versicherung durch die Gesellschaft doch keine Vorteile erzielen, im Gegenteil noch Nachteile haben sollen, und von seiten der Gesellschaft noch Bestimmungen kommen, die zu unserem Nachteile schwer ins Gewicht fallen, dann müssen wir von der Versicherung absehen. Wenn man alles in allem ansieht, dann kann man nur raten: Lassen Sie den Zustand so, wie er augenblicklich ist.

**Stadtv. Frede:** Als Herr Steinecke seine letzten Ausführungen mit den Worten begann: „Der Herr Referent hat sich die Sache leicht gemacht, er hat nicht beleuchtet, was für die Versicherung spricht“, hat er mir einen Vorwurf gemacht, für den ich nicht empfänglich bin, denn wir sind bemüht gewesen, im Interesse der



Stadt zu wirken. Ich erwartete nun mit Zug und Recht, daß Herr Steinecke hervorgehen würde, was für die Versicherung spricht, daß er auf bedeutende Vorteile der Versicherung bei der Gesellschaft verweisen würde, zumal da er Fachmann ist. Leider muß ich nun sagen, daß seine Ausführungen mehr als dürftig waren. Ich habe meine Aufgabe darin zu suchen gehabt, das Interesse der Stadt zu wahren, und da damals bei Stellung des Antrages gerade das Für reichlich behandelt war, so mußte ich nun an Hand des tatsächlichen Materials vorbringen, was dagegen sprach. Weil nun das letztere überwiegt, so sind wir zu dem Urteil gekommen, uns der Ansicht des Ernährungsausschusses und des Magistrats anzuschließen. Vielleicht nimmt Herr Steinecke die Gelegenheit wahr, uns nun jetzt noch zu überzeugen, daß wir damit einen Fehlgriß getan haben.

**Stadtv. Steinecke:** Ich habe die Ausführungen, die Herr Frede erwartete, schon in der vorigen Sitzung gegeben und in der Sitzung, in der die Sache von mir vorgebracht ist. Schon damals habe ich gesagt, was für die Sache spricht, und ich möchte nicht die Versammlung durch lange Vorträge, wie sie Herr Frede manchmal vorbringt, verlängern.

**Vorsitzender:** Ich möchte doch bitten, derartige Anspielungen zu vermeiden.

**Stadtv. Steinecke:** Solche Anspielungen geschehen auch von anderer Seite und werden nicht kritisiert.

**Vorsitzender:** Ich bitte Sie, mich nicht zu kritisieren.

**Stadtv. Steinecke:** Ich möchte Herrn Bunge noch erwidern: Ich bin bereit, die Namen der Städte, die sich durch Versicherung gedeckt haben, zu nennen, und werde mich in meiner Fachpresse und bei den Gesellschaften darnach erkundigen. Ich habe allerdings als Privatmann so viel zu tun, daß ich mich nicht auf alle die Materien, die hier vorkommen, so vorbereiten kann, wie es Herrn Bunge jetzt vielleicht möglich ist; aber ich werde den Beweis der Wahrheit für meine Behauptung antreten, wie ich gewohnt bin, es tun zu können.

Nochmals weiter auf die Sache einzugehen, halte ich nicht für nötig, weil ja im Protokoll vorhanden ist, was ich darüber schon angeführt habe, und die Herren ja auch selber wissen, daß immer ein Risiko mit der Schweinehaltung verbunden ist. Soll ich Ihnen nun noch erzählen, welches Risiko es für die heutige Zeit bedeutet, Schweine zu halten, wo sie eine ganz andere Ernährung erhalten als früher, und wo deshalb auch die Möglichkeit der Erkrankung und das Risiko der Gesellschaften größer ist? Die Gegner der Sache meinen vielleicht, die Gesellschaft mache

dabei ein großes Geschäft! Ist Ihnen denn bekannt, daß man hat Zuschüsse einziehen müssen, weil die Gesellschaft den Schaden nicht aus ihren eigenen Mitteln hat decken können? Ich hätte gewünscht, daß Sie einen richtigen Fachmann in der Kommission gehabt hätten — nicht meine Wenigkeit, ich könnte ja in den Verdacht kommen, daß ich Partei bin; aber ich betreibe ja diese Branche nicht. Man muß auch einmal einen Fachmann hören; in der Bühnerhofangelegenheit ist es geschehen; warum nicht auch hierbei?

Stadtbourat **Gebensleben**: Nur ein paar Worte. Der Herr Vorredner hat vorhin von einer Wahrscheinlichkeitsrechnung gesprochen. Das sollte wohl heißen, daß die Rechnung, die vorhin von dem Herrn Referenten vorgetragen ist, unter Umständen auf schwachen Füßen steht. Nun muß ich zugeben: Eine derartige Berechnung, wie sie aufgestellt ist, kann nur eine Wahrscheinlichkeitsberechnung sein; aber soweit die Beträge in Frage kommen, die von der Versicherungsgeellschaft gefordert sind, so stehen sie ohne weiteres fest. Wenn in der Berechnung also etwas nachher mit der Wirklichkeit nicht stimmen sollte, so könnte es nur der Faktor sein, daß die Schweinepreise, wie sie eingesetzt sind, vielleicht nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Ich glaube aber, daß man wohl annehmen kann, daß sie nicht sinken werden, sondern eher noch steigen können; und dann muß die Berechnung mindestens als zutreffend bezeichnet werden.

Sodann möchte ich noch auf einen andern Umstand hinweisen. Es wurde vorhin schon erwähnt, daß von der Versicherung Schweine unter drei Monaten nicht aufgenommen werden. Nun haben wir aber von den 700 Schweinen, die wir auf dem Schlachthause sitzen haben, 500 im Alter von unter drei Monaten gekauft; die würden also in der ersten Zeit alle von der Versicherung ausgeschlossen sein. Selbstverständlich werden sie in die Versicherung hineinwachsen, aber es steht doch fest, daß die Schweine gerade in der ersten Zeit, wenn sie aus dem Mutterstalle heraus und in einen fremden Stall gebracht werden und fremdes Futter bekommen, der Gefahr des Verendens am meisten ausgesetzt sind. Das hat sich auch bei uns als Tatsache erwiesen. Es sind, wie vorhin Herr Stadtv. Bunge erwähnt hat, leider einige Schweine eingegangen. Ich kann sogar mit Zahlen aufwarten, aus denen die Herren erkennen mögen, daß die Anzahl dieser verlorenen Schweine glücklicherweise bislang noch sehr gering ist: Es sind, soweit ich weiß, 25 oder 26 Schweine eingegangen, das bedeutet bei 700 Schweinen ungefähr 3 Prozent. Das ist ein außerordentlich günstiger Prozentsatz, und dabei hat sich ergeben, daß eine große Anzahl dieser Tiere unter drei Monaten alt war, die Versicherung uns also dafür keinen Pfennig bezahlt hätte. Diese Ausführungen wollte ich denn doch hier noch zur Klarstellung vorbringen.

**Vorsigender:** Die von dem Herrn Referenten vorgebrachte Mitteilung ist uns nur zur Kenntnisnahme gegeben.

Wir hätten noch zu behandeln den dringlichen Antrag des Herrn Stegmann und außerdem noch einen Punkt, der nicht auf der Tagesordnung gestanden hat, von dem aber die Baukommission wünscht, daß er erledigt wird.

## 8. Antrag Stegmann, Maßnahmen zur Besserung der Säuglingsernährung betreffend.

Wortlaut des Antrages siehe S. 206.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Wir haben uns in den letzten Monaten wiederholt mit Ernährungsfragen befaßt. Es ist deshalb nicht nötig, daß ich nochmals näher darauf eingehe, jeder empfindet es selber zur Genüge, wie die Dinge liegen. Die Lebensmittel sind teuer und schlecht, und der Mangel ist immer fühlbarer geworden, so daß wir sagen müssen: Wir sind ziemlich am Ende unseres Lateins.

Wir haben versucht, das unsere für die Allgemeinheit zu tun, aber haben bisher die kleinsten Erdenbürger fast ganz aus dem Spiele gelassen. Aber ich meine, auch da ist es dringend nötig, daß wir uns um sie etwas mehr bekümmern, denn auch da herrscht große Not. Gestern wurde in der Preisprüfungsstelle mitgeteilt, daß tatsächlich Mangel an Milch für die Kleinen besteht, und zwar trotz der Vorkzugskarten. Es soll nun durch die Regierung darauf hingewirkt werden, daß darin Besserung eintritt.

Vor allen Dingen ist zu beklagen, daß, besonders in den ärmeren Kreisen, die Muttermilch den wenigsten Kleinen geboten werden kann. Auch wenn die Mütter nicht arbeiten, sind sie nicht in der Lage, stillen zu können, denn die Nahrung, die sie selber bekommen, ist so in ihrem Werte heruntergegangen, so wenig fetthaltig und so ärmlich, daß die Mütter selber kaum bestehen können. Auch wenn einige Wochen die Muttermilch vorhanden ist, so muß doch schon nach kurzer Zeit das Kind abgelegt werden, und dann sind die kleinen Kinder auf andere Nahrung, Milch und später Zwieback und dergleichen angewiesen. Es muß doch großer Wert darauf gelegt werden, daß die Mütter besser genährt werden, aber da fehlt es am Nötigsten, sogar an Kartoffeln und Brot. Darum beantrage ich, daß den stillenden Müttern auf Antrag wöchentlich mindestens eine halbe Zuschlagskarte gewährt wird, damit sie sich besser ernähren können.

Zweitens beantrage ich die Sicherstellung von wöchentlich wenigstens je einem Pfund Grieß und Haferflocken für stillende Mütter und für Kinder unter zwei Jahren, damit sich die Mütter eine Suppe kochen können, die Milch bildet, und dazu können die beiden genannten Sachen besonders gut verwandt werden. Grieß

fehlt fast gänzlich; es ist mir erzählt, daß die Leute von Pontius nach Pilatus laufen müßten und in den seltensten Fällen etwas erhalten. Und wenn einmal etwas davon erhältlich ist, so ist in längstens 1½ Stunden ein Vorrat verkauft, an dem sonst in gewöhnlichen Zeiten z. B. eine Verkaufsstelle des Allgemeinen Konsumvereins wochenlang genug hatte. Wer nicht den rechten Augenblick abpassen kann, bekommt nichts. Weil nun die Mütter diese Nahrungsmittel nicht zu sich nehmen können, unterbleibt das Stillen immer mehr.

Die Kinder, die nicht mehr eigentliche Säuglinge sind, bis zu zwei Jahren hinauf, können an der jetzigen Ernährungsweise nicht teilnehmen, und es ist nötig, daß ihnen etwas für ihre Ernährung Passendes geboten wird. Da fehlt es an Keks und Nährzwieback. Es ist allerdings freigegeben, losen Keks zu verkaufen, aber es geht damit wie mit Grieß, Haferslocken, Quäker Matsch usw., er ist nicht zu haben. Allerdings ist zuweilen Keks in Verpackungen zu haben, aber dieser ist wesentlich teurer als loser Keks. Es ist deshalb notwendig, daß für diese kleinen Kinder Nährzwieback und Keks beschafft wird. Dieses könnte in der Weise geschehen, daß aus dem Mehlereservefonds für Konditoreien, Honigkuchenbäckereien usw. die Stadt selbst Nährzwieback und Keks für diesen Zweck herstellen läßt. Die Abgabe müßte nur auf besondere Karten erfolgen. Das sind Einrichtungen, die die Stadt im Interesse der Kleinen treffen könnte und müßte, denn auf deren Ernährung müssen wir in dieser Zeit großen Wert legen.

Ich beantrage also: Abgabe von wöchentlich mindestens einer halben Zusatzbrotkarte an stillende Mütter, außerdem Beschaffung von Grieß, Haferslocken, Nährzwieback und Keks und Verkauf dieser Artikel gegen Vorzugskarten.

Was dann weiter den Zucker betrifft, so muß ich mich wundern, daß keine Zuckerkarten für Kinder unter einem Jahre ausgegeben werden. Erst heute wieder ist eine solche Bekanntmachung über den Zuckerverbrauch in der Zeitung erschienen. Ich kann nicht verstehen, daß den Kindern unter einem Jahre kein Zucker bewilligt ist. Diejenigen, die selber Kinder haben, wissen doch, daß kleine Kinder am meisten Zucker gebrauchen. Jedenfalls sind die Herren vom Bundesrat, die diese Bestimmung getroffen haben, der Ansicht gewesen, daß solche kleinen Kinder von der Mutter gestillt werden oder eine Amme haben und nicht auf andere Nahrung angewiesen sind. Die große Masse der Kinder bekommt aber keine Muttermilch und muß mit der Flasche großgezogen werden; für die ist unbedingt Zucker nötig.

Nun weiß ich wohl, daß der Magistrat die Bundesratsbestimmungen nicht umgehen kann, und deshalb habe ich beantragt, daß durch Vermittlung des Herzoglichen Staatsministeriums eine Änderung der Bestimmungen über die Zuckerabgabe veranlaßt werden möge. Sollte der Magistrat selbst imstande sein, eine Änderung zu treffen, so wäre das um so besser.

Sie wissen alle, wie groß die Kindersterblichkeit in den letzten Jahrzehnten

gewesen ist, und daß es vieler Mühen bedurfte, um ihr hemmend entgegenzutreten. Durch die Arbeiterbewegung, durch Erhöhung der Löhne, durch bessere Lebenshaltung, durch Vorträge in ärztlichen Vereinen und auf andere Weise hat man zu bewirken versucht, der Kindersterblichkeit in den ärmeren Kreisen entgegenzuwirken, so daß sie glücklicherweise nachgelassen hatte. Jetzt, wo der fürchterliche Krieg die männliche Bevölkerung dezimiert, ist in doppeltem und dreifachem Maße geboten, dafür zu sorgen, daß der Nachwuchs erhalten bleibt und alles mögliche zu tun, um die Kindersterblichkeit nicht wieder in das frühere Fahrwasser kommen zu lassen. Ich habe heute gehört, daß eine Ausstellung für Kinderchutz und Kinderpflege hier stattfinden soll. Das ist ja recht schön, aber Worte helfen hier nichts, wir müssen mit der Tat helfen, und die Stadt kann es.

Ich bitte Sie, meinen Antrag gleich heute anzunehmen und ihn nicht auf die lange Bank zu schieben. Ich weiß sehr wohl, daß der Magistrat durch die immer schlimmer werdenden Zustände bei der Lebensmittelbeschaffung eine große Arbeitslast zu bewältigen hat, und habe von Herrn Stadtrat Wagner gehört, daß eine Menge Personal hat angestellt werden müssen, aber trotzdem bin ich der Meinung, daß der Magistrat auch dieses noch auf sich nehmen kann, denn es ist eine Frage, die dringend erfordert, daß sie gelöst wird. Ich bitte die Herren, meinen Antrag anzunehmen, und bitte auch den Magistrat, alles zu tun, damit in dieser Angelegenheit Besserung eintritt.

Die Versammlung erklärt sich damit *e i n v e r s t a n d e n*, daß der Antrag als dringender *s o s o r t b e h a n d e l t* wird.

**Stadtv. Loeschigt:** Was Herr Kollege Stegmann vorgebracht hat, kann ich voll und ganz unterstützen. Ich habe in den letzten Monaten Frauen mit kleinen Kindern unterwegs gesehen, und zwar nicht zu wenige, um Kartoffeln und Konserven zu holen, weil sie sonst keinen zu Hause hatten, und dabei hört man immer wieder die Klage, daß sie für die Kinder nichts haben. Früher gab es auf der Schöppenstedterstraße einen Bäcker, der Zwieback ohne Brotmarken hergab. Ich habe manche Frau dorthin geschickt, weiß aber nicht, ob der Mann es heute noch tut. Das Weißbrot, das wir am Nachmittag bekommen, ist nicht gerade schön, und damit können kleine Kinder nicht ernährt werden. Ich bin fest überzeugt, wenn auch der Magistrat bis oben hin belastet ist, um allen an ihn gestellten Wünschen gerecht zu werden, so wird er doch auch hier noch Mittel und Wege finden, um in jedem Bezirke zwei oder vier Bäcker mit Mehl zu versehen und sie anzuweisen, den Wünschen, die von Herrn Stegmann vorgetragen sind, zu entsprechen, so daß für die Kinder guter Zwieback und Keks geliefert werden kann.

Auch was die Beschaffung von Mehl, Grieß und Haferflocken für stillende Frauen und Kinder anbetrifft, so ist die Anregung wohl am Platze. Zucker ist für

uns Erwachsene weniger nötig als für die Kinder; das hat Herr Stegmann ganz richtig ausgeführt. In Berlin und in den Speisewagen der Eisenbahn gibt es jetzt zum Kaffee überhaupt keinen Zucker mehr. Wir können uns einschränken, aber unsere Nachkommen müssen wir kräftig zu erhalten suchen. Das können wir nur dadurch, wenn Mittel und Wege vom Magistrat gefunden werden, um diesen Wünschen, wie sie in dem Antrage ausgesprochen sind, gerecht zu werden.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich glaube durchaus in der Lage zu sein, zu erklären, daß der Magistrat die in dem Antrage des Herrn Stegmann beregten Punkte seinerseits gern berücksichtigen wird. Er hat das nach Möglichkeit schon bei Ausgabe der Milchvorzugskarten und bei der Förderung der Säuglingsfürsorge getan, ist aber in den letzten Tagen durch das Entgegenkommen der Reichsgetreidestelle und unseres Ministeriums in den Stand gesetzt, dies jetzt in größerem Umfange zu tun. So ist Aussicht, daß es möglich sein wird, etwa in der Weise, wie der Antrag will, den selbststillenden Müttern Zuschlagskarten zu gewähren. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß jetzt in der Stadt Braunschweig infolge des Rückgangs der Geburten während der Kriegszeit jährlich etwa 2400 Kinder geboren werden, so darf man die Zahl der selbststillenden Mütter auf ungefähr 1200 bis höchstens 1500 einschätzen, und es läßt sich wohl einrichten, in diesem bescheidenen Umfange Zusatzbrotkarten zu geben.

Auch in bezug auf die anderen Punkte des Antrages halte ich es für zweckmäßig, daß die Herren den Antrag annehmen und der Stadtmagistrat dann dem Ernährungsausschuß die weitere Prüfung überträgt. Dieser Ausschuß wird morgen abend schon zusammenkommen, würde also die Frage so rasch wie möglich zu lösen in der Lage sein. Heute erst haben wir durch das Herzogliche Ministerium über 100 Doppelzentner Weizengrieß überwiesen bekommen, und es läßt sich wohl machen, daß ein Teil davon für diesen Zweck zurückgestellt wird und es vielleicht den selbststillenden Müttern gestattet wird, bei Vorzeigung der Lebensmittelskarte und einer entsprechenden Bescheinigung ein Vorzugsrecht auszuüben. Ich glaube also, durchaus ein Entgegenkommen des Stadtmagistrats gegenüber diesen wichtigen Wünschen in Aussicht stellen zu können.

**Stadtv. Stegmann:** Nach den Ausführungen des Herrn Stadtrats ist es mir wohl gestattet, die Gelegenheit zu benutzen, um auf einen Mißstand bezüglich der Brotkarten hinzuweisen. Herr Stadtrat von Frankenberg hat versprochen, daß den Frauen Entgegenkommen gezeigt werden sollte, und ihnen Zusatzbrotkarten in Aussicht gestellt. Nun scheint es aber vorzukommen, daß die gelieferten Zusatzbrotkarten in verschiedenen Betrieben nicht so weitergegeben werden, wie es sein müßte. So sind mir Mitteilungen aus dem Betriebe der Firma N e n n e r

gemacht. Dorthin werden zwar so viele oder mehr Zusatzbrotkarten geliefert, wie Personen angegeben sind; die Arbeiter behaupten aber, das heißt die hiesigen Arbeiter, daß sie kaum die Hälfte davon erhalten. In der Fabrik sind 65 Personen beschäftigt, und in der vorletzten Woche, am 15. d. Mts., sind 60 Karten dorthin gesandt. Von den Arbeitern waren 27 Russen, die 21 Karten erhielten, und die Arbeiter bekamen 28 Karten, die anderen 11 Karten waren verschwunden. Wo sind sie geblieben? Die Leute wissen nicht, ob das Personal im Kontor sie behalten hat oder der Meister (dem trauen sie das zu). In der vorigen Woche sind 79 Karten nach der Fabrik geliefert, also mehr als vorher. 30 sind an das Kommando der Russen, 38 an die Arbeiter abgegeben, 11 fehlten. Lehrlinge, die bekanntlich in ihrem Alter starke Esser sind, bekommen grundsätzlich keine Zuschlagkarten, unter anderen hat auch ein älterer Arbeiter mit Familie keine bekommen, weil er einige Tage weg war. Andere Arbeiter wieder sollen 2, 3, 4 Karten bekommen haben.

Weiter beschwerten sich die Arbeiter darüber, daß Gefangenen diese Karten gewährt werden, aber nicht etwa deshalb, weil sie sagen, die russischen Gefangenen sollten nicht satt zu essen bekommen; Sie und ich und auch die Arbeiter würden das verurteilen. Ebenso gut wie wir wünschen, daß die deutschen Gefangenen ordnungsmäßig ernährt werden, so wollen wir auch den gefangenen Russen ihr Recht zukommen lassen. Aber die Arbeiter sagen sich: Die Gefangenen bekommen von der Fabrik dreimal warmes Essen und außer ihrem Kommißbrot noch Zuschuß aus Rußland, und dazu noch regelmäßig die halbe Zuschlagsbrotkarte, während die Lehrlinge sie nicht bekommen. Es ist festgestellt, daß die Gefangenen nicht alles verzehren können, was ihnen geliefert wird. So wurde vor vierzehn Tagen der Kanal ausgeräumt und 18 Karren Essen dabei herausgeholt, dabei auch halbe und viertel Brote. Dieser Mißstand hat die Arbeiter empört, und sie haben mich beauftragt, es hier zur Sprache zu bringen, damit diese Ungerechtigkeit aufhört. Wenn die Russen so viel zu essen bekommen, dann brauchen sie doch keine Brotzuschlagkarte!

Ich bitte dafür zu sorgen, daß die Angelegenheit untersucht und festgestellt wird, ob die Dinge so liegen. Da die Karten nur für Schwerarbeiter bestimmt sind, so sind sie auch an diese abzuliefern und nicht nach dem Gutdünken der einzelnen Meister. Es wäre da eine Umweijung des Magistrats am Platze, daß die Karten durch Arbeiterausschüsse und nicht durch die Meister verteilt werden, denn nicht allein in diesem einen Falle scheinen die Karten nicht gerecht verteilt zu werden.

**Stadtrat von Frankenberg:** Es kann durchaus nicht schaden, sondern es scheint mir im Gegenteil sehr richtig, daß Herr Stegmann diese Sache hier zur Sprache gebracht hat, jedoch nicht deshalb, weil es dem Magistrat möglich sein wird, alle

Einzelheiten und Mißstände seinerseits aufzudecken, sondern weil ich glaube, daß dort, wo Arbeiterauschüsse bestehen, es die vornehmste Aufgabe dieser Ausschüsse ist, durch Verhandlungen mit den Fabriken den Finger auf die wunde Stelle zu legen und nötigenfalls mit aller Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß Unregelmäßigkeiten verschwinden. Der Stadtmagistrat hat selbstverständlich nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, darüber zu wachen, daß diejenigen Zuschlagskarten, die er für die Schwerarbeiter ausgibt, auch wirklich in die Hände der Schwerarbeiter gegeben werden. Ich habe darauf bisher mit besonderer Strenge gehalten, und wenn hier und da für sogenanntes Kontorpersonal Zuschlagskarten gewünscht wurden, das sehr häufig beanstanden und um Aufklärung erfragen müssen, ob wirklich das Kontorpersonal zu den Schwerarbeitern zu rechnen ist. Nur ausnahmsweise konnte ein derartiger Antrag als zu Recht bestehend anerkannt werden.

Bei den Karten für die im Arbeitsdienst beschäftigten Gefangenen liegt die Sache so, daß besondere Grundsätze von der Reichsstelle und den Militärbehörden aufgestellt sind, nach denen zu verfahren wir verpflichtet sind. Diese Gefangenen haben wie Militärpersonen einen Anspruch auf Brotbezug, von dem wir nicht abweichen dürfen. Im übrigen kann ich die Erklärung abgeben, daß diejenigen Arbeiter, die ganz besonders schwere Arbeit zu verrichten haben, in dieser Woche zum erstenmal besonders hohe Zuschüsse — nämlich doppelte Zuschlagskarten — erhalten haben, und daß wir erfreulicherweise in der laufenden Woche zum erstenmal, wie Sie gelesen haben werden, neben der bedauerlichen Kürzung der Kartoffelmenge von 6 auf 5 Pfund noch eine Zuteilung für die Allgemeinheit eintreten lassen konnten. Diejenigen Arbeiter, die zu den ganz besonders schwer, an offenem Feuer, bei der Munitionsherstellung usw. Arbeitenden zu rechnen sind — ihre Zahl ist 460 —, haben jetzt auf  $2\frac{1}{2}$  Brotkarten Anspruch, also bedeutend mehr als ein gewöhnlicher Sterblicher. Dabei sind auch Arbeiter von Kenner und aus anderen Maschinenfabriken beteiligt. Diese Zuteilung wird auch zur Zufriedenheit der Arbeiter ihr Teil beitragen. — Ich werde mich morgen mit der Firma Kenner in Verbindung setzen und versuchen, der von Herrn Stegmann vorgebrachten Sache auf den Grund zu kommen.

**Stadtrat Wagner:** Auch ich kann nur dankbar sein, wenn die Herren solche Fälle von willkürlicher Verteilung von Zuschlagskarten innerhalb der Betriebe oder eine Verteilung nach Gunst zur Kenntnis der Stadtverwaltung bringen, denn das ist auch für meinen Geschäftsbereich von Wichtigkeit, weil dieselben Personen, die Brotzuschlagskarten bekommen, durch Vermittlung der Arbeitgeber von nächster Woche ab auch die Fleischzuschlagskarten erhalten, und dieselben Mißstände, die bei willkürlicher Verteilung der Zuschlagsbrotkarten eintreten, auch bei den F l e i s c h -



ichlagskarten sich empfindlich bemerkbar machen würden. Ich glaube, die Anregung, die von Herrn Stegmann gegeben war, daß die Arbeitgeber bei Verteilung der Zuschlagskarten einen Ausschuß ihrer Arbeiterchaft hinzuziehen möchten, um Mißstimmungen zu vermeiden, ist praktisch, und es wäre wünschenswert, daß die Arbeitgeber ohne weiteres auf diese Anregung eingingen.

Ich darf vielleicht bei dieser Gelegenheit, wenngleich es mit der behandelten Frage nicht in unmittelbarem Zusammenhang steht, doch eine andere Frage zur Sprache bringen. Sehr schwierig ist, wie die Herren alle wissen, die Fettversorgung unserer Einwohnerschaft, und wir haben uns überlegt, wie wir eine zweckmäßigere Art und Weise der Butterverteilung, als sie bisher gewesen ist, einrichten können. Bekanntlich haben wir zur Abgabe von Butter in den sogenannten Buttergeschäften — das sind diejenigen Geschäfte, die von der Stadt aus Butter zugeteilt bekommen und sie nicht aus freier Hand beziehen — die sogenannten Butternummern eingeführt, bei denen auf jede Nummer, wenn sie an die Reihe kommt, pro Kopf der Bevölkerung  $\frac{1}{4}$  Pfund Butter gegeben werden darf, im ganzen jedoch nicht mehr als 1 Pfund an jeden Haushalt. Es haben sich dabei zwei Übelstände ergeben, einmal daß eine Menge von  $\frac{1}{4}$  Pfund pro Woche bei weitem nicht gereicht werden kann und deshalb die Butternummern zu  $\frac{1}{4}$  Pfund nur in großen Zwischenräumen — 5 Wochen und länger nur ein einziges Mal — an die Reihe kommen, und ferner, daß die Haushalte mit vielen Köpfen, z. B. kinderreiche Familien, immer auf diesen Höchstsatz von 1 Pfund beschränkt blieben, und das ist eine große Ungerechtigkeit. Wir haben deshalb mit Zustimmung des betreffenden Ausschusses der Preisprüfungsstelle und mit Zustimmung des Ernährungsausschusses uns dahin schlüssig gemacht, in zweifacher Beziehung Änderungen zu treffen: einmal daß wir den Höchstsatz von einem Pfund beseitigen und nach der Kopfszahl der Familie diese Butterverteilung gleichmäßig gestalten, und ferner, daß wir eine Einrichtung treffen, die es ermöglicht, daß die Haushalte in schnellerer Wiederkehr eine wenn auch kleinere Butterportion erhalten. Ich glaube, das wird den meisten lieber sein, als wenn sie erst nach vielen Wochen etwas mehr bekommen.

Nun hat aber die Sache einen Haken. Vom Herzoglichen Staatsministerium kann zur Zeit, da alle diese Angelegenheiten der Fettversorgung sich in einem Übergangszustande befinden, indem vom Reiche aus eine Verteilungsordnung erlassen werden soll, der Stadt Braunschweig nicht die Menge Butter, die ihr regelmäßig Woche für Woche zugeteilt werden kann, ermittelt werden, und dieser Umstand hindert uns leider, sofort eine derartige Regelung mit feststehenden Rationen einzuführen. Sie werden also in dieser Beziehung sich noch etwas gedulden müssen. Immerhin möchte ich auf Wunsch des Herrn Ministers Boden Gelegenheit nehmen, Ihnen von der Absicht dieser Neuregelung Kenntnis zu geben. Es ist vom Reichs-

Kriegs-Ernährungs-Amt bestimmt, daß nur diejenigen Städte auf Zuweisung von Butter und anderen Fetten, wie Margarine, Schmalz usw. durch die Zentraleinkaufsgesellschaft rechnen dürfen, die ihre Fettverteilung so regeln, daß an Streichfett zusammen — also Butter, Schmalz, Margarine, Kunstspeisefett — nicht mehr als 90 g in der Woche auf den Kopf der Bevölkerung kommt, denn mehr ist nach der angestellten Berechnung nicht verfügbar. Auch nach dieser Zahl müssen wir die Sache umarbeiten. Es wird nicht angehen, daß wir solch schöne Butter- und Fettmarken, wie wir sie jetzt mit 125 g haben, also pro Woche 250 g bestehen lassen, von denen allerdings keiner einen anderen Gebrauch hat machen können, als die Zimmer damit zu tapezieren.

Auch die Frage der *M a r g a r i n e v e r s o r g u n g* ist besonders schwierig. Im freien Handel wird sie überhaupt nicht mehr zu haben sein, Butter, nachdem weite Beschlagnahmen zugunsten der Großstädte gemacht sind, wahrscheinlich auch nicht viel. Auch im Margarinebezuge werden wir von Reichs wegen versorgt werden. Leider kann auch da, weil wir uns in demselben Übergangszustande befinden wie hinsichtlich der Butter, das Ministerium uns noch keine feste Summen, mit denen wir pro Woche zu rechnen haben, angeben. Man wird warten müssen, bis sich das übersehen läßt. Wahrscheinlich wird sich die Margarine-Rationierung ähnlich wie die der Butter gestalten.

*A n d e r e S p e i s e f e t t e*, wie Schmalz und Kunstspeisefett spielen augenblicklich eine so geringe Rolle, daß eine besondere Regelung nicht nötig sein wird. Wenn wir das Glück haben werden, einmal Schmalz zu erwerben, dann werden wir es auf Fettmarken in kleinen Posten in Verkehr bringen. Aber den Vertrieb nach Kundenlisten usw. zu regeln, wird nicht möglich sein.

Ich habe Gelegenheit nehmen wollen, das alles hier heute mitzuteilen, und bitte Sie, wenn Sie Abweichungen wünschen, sich darüber zu äußern.

Stadtbanrat **Gebensleben**: Der Herr Antragsteller hat erwähnt, daß wahrscheinlich Bundesratsbestimmungen entgegenständen, wenn *Z u c k e r k a r t e n* für Kinder unter einem Jahre ausgegeben werden sollten. Darauf möchte ich erwidern, daß eine derartige Bundesratsverordnung nicht existiert. Es wird sich also ohne weiteres ermöglichen lassen, daß wir den selbststillenden Müttern Zuckerkarten zuteilen. Wir sind allerdings, wie die Herren wissen, mit unserem Zuckervorrat ziemlich knapp bestellt und müssen aus dem Grunde recht sparsam damit sein.

Ich möchte heute Gelegenheit nehmen, da in diesen Tagen die Zuckerkarten verteilt werden, ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß es denjenigen Haushaltungen, die mehr als 10 kg Zucker im Gewahrsam haben, streng verboten ist, Zucker zuzukaufen. Wir rechnen damit und haben unsere ganzen Dispositionen

hinsichtlich der Zuckerverteilung darnach eingerichtet, daß unter allen Umständen diese Vorschrift streng innegehalten wird; wir werden, soweit es geht, selbstverständlich auch Nachforschungen anstellen und aufs ernsteite darauf sehen, daß dieser Vorschrift nachgekommen wird.

**Vorsigender:** Herr **Stegmann** hat seinen **U n t r a g** in Rücksicht auf die eben abgegebene Erklärung seitens des Magistrats dahin **a b g e ä n d e r t**, daß der Passus „bzw. durch Vermittlung des Herzoglichen Staatsministeriums eine Änderung der Punkt 4 betreffenden Bestimmungen zu veranlassen“ **g e s t r i c h e n** **w i r d**.

**Stadtv. Wesemeier:** Wir sind jetzt in eine allgemeine Debatte über Nahrungsmittel eingetreten, und so möchte ich mir noch einige Bemerkungen erlauben. Die Eröffnungen des Herrn Stadtrat Wagner sind ja recht betrübend, aber ich glaube auch nach einer anderen Richtung hin muß noch eine Änderung an den Brotkarten erfolgen. Wir haben für das eine Pfund uns entgangener Kartoffeln den höheren Satz an Brot erhalten, auf jede Brotkarte 320 g Brot oder 250 g Mehl. Unsere Hausfrauen können dieses erhöhte Quantum Brot nur erhalten, wenn sie das **M i t t e l s t ü c k** der Brotkarte dem Bäcker oder dem Mehlverkäufer abliefern. Nun bekommen die Frauen aber erst am Ende der Woche auf das zu durchlochende Mittelstück der Brotkarte Fleisch, und so können sie das mehrzugestandene Quantum Brot im Laufe der Woche nicht bekommen, wenn nicht eine andere Regelung eintritt. Es wäre vielleicht möglich, die Entwertung des Mittelstücks durch einen Stempel vorzunehmen oder auf andere Art sie so zu gestalten, daß die Frau jederzeit auf das Mittelstück die vorgesehene Brotmenge erhalten kann. Jedenfalls schwierig für die Hausfrauen ist es, mit der Ausgabe des Mittelstücks bis zum Schluß der Woche zu warten.

**Stadtrat von Franckenberg:** Der Stadtmagistrat glaubte bei dieser Mehrbewilligung nach dem Grundsatz verfahren zu sollen: Wer schnell gibt, gibt doppelt. Wir wollten möglichst rasch die Neuerung in Kraft treten lassen und haben deshalb die angeführte Bestimmung getroffen. Hätten wir erst in aller Behaglichkeit neue Zuschlagsbrotkarten drucken lassen, so verging die Woche damit, und die Bevölkerung kam nicht in Besitz des ihr Zugedachten. Es handelt sich in der Tat nur um einen Ausnahmezustand für diese eine Woche. Heute oder spätestens übermorgen empfängt ganz Braunschweig funkelnelneue Fleischkarten, die in Zukunft das Durchlochen des Mittelstücks der Brotkarten entbehrlich machen. Für die paar Tage bis zum Sonntag werden sich die Braunschweiger Hausfrauen mit der Anpassungsfähigkeit, die ihnen seit Monaten zur besonderen Zier gereicht, auch leicht in diese neuen Verhältnisse einfügen.

**Stadtv. Voeschigt:** Ich möchte noch bemerken, daß die Hausfrauen es bitter empfinden, daß die Brotkarten unpraktisch in der Verteilung der Gramme eingerichtet sind. Ich höre von Herrn Stadtrat von Frankenberg, daß neue Karten ausgegeben werden, und darf mich wohl der Hoffnung hingeben, daß diese *Einteilung geändert wird*. Unsere Hausfrauen machen beim Bäcker immer Schaden, indem von ihnen dem Bäcker immer 20 oder 25 g zuviel gegeben werden muß. Auf diese Weise geht dem Haushalt eine ganze Menge verloren.

**Stadtrat von Frankenberg:** Es trifft sich heute günstig, daß viele Wünsche, die die geehrten Herren aussprechen, schon erfüllt sind, ehe sie hier zur Äußerung kamen. Die Firma Rieke u. Komp. hat schon in Auftrag, die neuen Brotkarten, die für die nächsten 8 Wochen gelten sollen, zu drucken, und bei diesen sind die Wünsche des Herrn Voeschigt erfüllt, so daß in handlicher Gewichtsmenge zu 100, 125, 250, 500 g usw., also in viertel, halben und ganzen Pfunden, wie unsere Hausfrauen gewohnt sind zu rechnen, das Mehl ihnen zugewogen werden kann. Den ersten Schritt in dieser Beziehung haben wir getan, indem wir in dieser Woche die besondere Mehlszulage auf genau 250 g bemessen haben; die Hausfrauen können also auf dieses Mittelstück schon ein halbes Pfund Mehl einkaufen.

**Vorsitzender:** Ich habe keine Bedenken getragen, diese *allgemeinen Ernährungsfragen* bei diesem Punkte zur Besprechung zuzulassen und nehme an, daß die Herren damit einverstanden sind.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich die ganzen Punkte des *Antrages* *Stegmann* zusammen zur Abstimmung bringen. Ich bitte die Herren, die für den Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

## 9. Kerpflasterung der Sonnenstraße betreffend.

**Stadtv. Trinks:** In Kap. X des Voranschlages ist ein Betrag von 23 000 M für die Herstellung von Holzpflaster auf der Sonnenstraße ausgeworfen. Es wurde damals ins Auge gefaßt, dieses Holzpflaster herzustellen, wenn die Auswechslung des schadhaft gewordenen Gleises und der Bau eines zweiten Gleises vorgenommen werden würde. Nach Ausbruch des Krieges sind diese Arbeiten von Jahr zu Jahr verschoben, aber jetzt ist infolge des schlechten Zustandes des Gleises eine weitere Verschiebung der Gleisarbeiten nicht angängig. Es stellt sich nun, wie schon im voraus vermutet wurde, heraus, daß wir das für die Straßenbefestigung ins Auge gefaßte australische Hartholz nicht bekommen können. Auf ein Ausschreiben hin sind der Stadt nur Weichholz (nämlich schwedische Kiefer) und Asphalt (Hartguß-

asphalt und auch Stampfasphalt) angeboten. Dieses Weichholz ist sehr teuer und nicht sehr vertrauenswürdig, es wird voraussichtlich den lebhaften Verkehr in der Sonnenstraße nicht lange aushalten, und auch sowohl Fußasphalt als auch Stampfasphalt kann hier nicht in Betracht kommen, weil die Straße, welche an und für sich sehr eng ist, mit zwei Gleisen zu belegen ist und infolgedessen fünf schmale Streifen entstehen würden, die durch das Fuhrwerk stark mitgenommen und sehr bald reparaturbedürftig werden würden. Die beiden Firmen, die sich zur Ausführung bereit erklärt haben, verlangen für die Übernahme der Unterhaltungsarbeiten sehr hohe Beträge. Aus diesen Gründen muß davon Abstand genommen werden, eine Neubefestigung der Sonnenstraße mit Weichholz oder Asphalt jetzt ins Auge zu fassen, es muß vielmehr auf die Befestigung mit Hartholzpflaster demnächst doch zurückgegriffen werden. Da Hartholz augenblicklich nicht zu beschaffen ist und die Straßenbahngleise jetzt gelegt werden müssen, so bleibt nichts anderes übrig, als das alte Steinpflaster wieder zu verwenden und die Pflasterung der Straße mit Hartholz auf spätere Zeit, wo es wieder erhältlich ist, zu verschieben. Diesem Vorschlage des Tiefbauamts hat sich der Magistrat angeschlossen, und auch die Baukommission empfiehlt Ihnen, ihm zuzustimmen.

**Stadtv. Frede:** Die Anwohner des Westens der Stadt werden sehr erfreut sein, zu hören, daß endlich etwas für die Sonnenstraße geschehen soll; sehr betrübend aber ist doch, daß die Straße nicht so, wie in Aussicht gestellt war, fertiggestellt werden soll, nämlich mit Holzpflaster. Die angeführten Gründe sind allerdings durchschlagend, und man muß sich damit zufrieden geben. Nun ist aber heute nichts gesagt über die Änderung der dortigen *B e l e u c h t u n g*. Ich habe, wie die älteren Herren sich erinnern werden, im März 1913 den Antrag gestellt, den Straßenzug Sonnenstraße—Altstadtmarkt—Poststraße mit Preßgasbeleuchtung zu versehen, und der Antrag ist angenommen worden. Auch die Deputation hat sich später dafür ausgesprochen, aber trotzdem ist in der Sache nichts geschehen, während an anderen Stellen, so auf dem Bohlwege und Steinwege, Preßgasbeleuchtung eingerichtet wurde. Ich habe mit Herrn Direktor von Feilisch über die Sache gesprochen, und er hat mir gesagt: Die Einrichtung wird bestimmt getroffen, sobald die Gleise ausgewechselt werden und die Sonnenstraße mit einem neuen Pflaster belegt wird. Heute hören wir aber nichts davon. Die Sache ist dringlich und ist von allen Seiten befürwortet. Es ist eine Straße mit außerordentlich lebhaftem Verkehr, und dahin gehört eine gute Beleuchtung. Ich hatte ein Jahr nach Einbringung meines Antrages eine Anfrage über die Einführung der gewünschten Beleuchtung gestellt, auch da war eine Vertröstung vorgenommen. Ich möchte dringend bitten, daß bei der Neuinstandsetzung der Sonnenstraße auch diese Frage mit zur Erledigung kommt.

**Stadtv. Riefe:** Wenn die Instandsetzung der Sonnenstraße nicht schnelliger vor sich gegangen ist, so ist dafür der Grund maßgebend gewesen, daß eine so stark frequentierte Straße mit besonders gutem Material befestigt werden muß. Wenn wir auf das Holzpflaster verzichten, so müssen wir doch darauf sehen, daß bei einer etwaigen Asphaltierung der Straße eine Schicht Holzpflaster an den Schienen entlang angelegt wird. Auf dem Steinwege und auf dem Bohlwege reißt der neben den Straßenbahnschienen liegende Asphalt durch die vibrierende Bewegung der Schienen immer wieder ab, und am Petritore haben wir gesehen, daß sich die neben den Schienen eingelegten Hanfseile noch schlechter bewährt haben. Auch in Hannover habe ich mich umgesehen, wo ein noch regerer Bahnverkehr stattfindet als hier. Überall da, wo die Asphalttschicht an den Schienen liegt, sieht es schlimm aus, und nur wo Holzpflaster sich befindet, ist die Straße dicht. Wenn die ganze Straße mit Holzpflaster versehen werden soll, ist das ja sehr teuer, aber bei Asphaltpflaster eine Schicht Holzpflaster an den Schienen entlang zu legen, dazu müssen wir uns doch wohl bequemen.

**Stadtbaurat Gebensleben:** Ich kann nur bestätigen, was der Herr Vorredner gesagt hat. Das Holzpflaster hat sich bislang bei solch engen Straßen — wie die Sonnenstraße ist —, wo man gewissermaßen das ganze Straßenplanum als Gleiszone ansehen kann, am besten bewährt. Sie können das sehen an der Dankwardstraße, wo sie auf den Burgplatz ausmündet. Dort ist bekanntlich die ganze Gleiszone mit sämtlichen Kreuzungen und Weichen mit Holzpflaster befestigt, und dieses Pflaster hat sich dort trotz des starken Wagenverkehrs ganz besonders gut bewährt. Das hat den Magistrat veranlaßt, darauf zu bestehen, daß die Sonnenstraße, weil dort die Verkehrsverhältnisse ähnlich liegen, mit Holzpflaster versehen wird, und zwar mit Hartholz — aber nicht mit Weichholzpflaster, das sich hier, wo die Wagen stets eine bestimmte Spur halten werden, nicht bewähren würde. Gerade bei diesen eigenartigen Verhältnissen, zumal die Straßenbahn in der Sonnenstraße zweigleisig hergestellt werden soll, ist das allerbeste Material am Platze.

**Vorsitzender:** Der Antrag der Kommission geht dahin, daß die vorgetragenen Änderungen gegenüber dem früheren Beschlusse eintreten. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

## 10. Antrag Steincke, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen und Erlaß eines Ausfuhrverbots für Obst.

**Vorsitzender:** Es ist noch ein dringender Antrag, der genügend unterstützt ist, von Herrn Steincke eingegangen. Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten mögen beantragen, daß der Magistrat, soweit nötig, bei Herzoglichem Staatsministerium darum vorstellig werde, daß erstens mit sofortiger Wirkung für das Herzogtum Braunschweig Höchstpreise für Obst, und zwar für Erzeuger und Händler, festgesetzt werden, und zweitens ein Ausführverbot für Obst nach außerbraunschweigischen Orten erlassen wird.

Gleichzeitig wird beantragt, die städtische Preisprüfungsstelle zu veranlassen, die gleichen Bestimmungen für die Stadt Braunschweig zu treffen.“

Stadtv. **Steincke** (zur Begründung): Bei der Begründung dieses Antrages glaube ich mich kurz fassen zu können. Ich verdanke die Anregung zu dem Antrage den hiesigen neuesten Nachrichten, wo zu lesen stand, daß man in Baden schon vor einiger Zeit angefangen habe, Höchstpreise festzusetzen. Sie denken vielleicht im ersten Augenblick an die schlechten Erfahrungen, die wir mit den Höchstpreisen gemacht haben, aber das kommt in diesem Falle nicht in Betracht, weil wir bei dem Obst nicht so sehr mit dem Auslande zu rechnen haben wie bei den anderen Nahrungsmitteln. Die Herren werden gehört haben, daß schon vor Wochen auf den Chausseen, wo die Kirschbäume stehen, eine unheimliche Preistreiberei einsetzte, und dasselbe ist leider auch zu befürchten, sobald die übrige Obsternte angeht. Wir können damit rechnen, daß wir in 6—7 Wochen die August- oder die Gravensteiner Äpfel ernten können, und es macht sich schon bei vielen Einwohnern die Sorge wegen der Obstbeschaffung und wegen der Obstpreise bemerkbar. Es mag das wohl etwas verprüht erscheinen, aber ich kann versichern, daß Einwohner aus unserem Bezirke in voreiliger Weise schon jetzt darauf ausgehen, Obstbäume für sich zu bestellen. Diese voreilige Bestellung hat natürlich auch die Preistreiberei im Gefolge, und ich möchte bitten, dafür zu sorgen, daß einer solchen möglichst vorgebeugt wird.

Im Großherzogtum Hessen hat man Höchstpreise für Obst schnelligst festgesetzt und dadurch eine Verbilligung um 40—60 Prozent erreicht. Diese Preise nähern sich denen des Großherzogtums Baden und, wie ich gestern in einer Zeitung gelesen habe, scheinen sich auch andere Bundesstaaten anzuschicken, einer Preistreiberei vorzubeugen. Gerade bei der großen Nahrungsmittelknappheit liegt ohne weiteres die Gefahr vor, daß auf die vorhandenen Nahrungsmittelbestände um so schärfer zurückgegriffen wird und leicht eine Preistreiberei eintritt. Das ist unerwünscht und besonders bei Obst nicht begründet. Ich bitte deshalb, daß meinem Antrage Folge gegeben wird.

Die Mehrheit der Stadtverordneten ist für *d r i n g l i c h e B e h a n d l u n g* des Antrages.

Stadtrat **von Frankenberg**: Der Antrag bewegt sich in ganz ähnlicher Richtung, wie der Antrag, den der Stadtmagistrat inzwischen schon seinerseits durch die

hiefige Kreisdirection dem Ministerium hat unterbreiten lassen, und er deckt sich auch mit den Vorschlägen, die das letztere inzwischen in Berlin gemacht hat. Es ist den Herren bekannt, daß seit kurzem eine Reichsstelle für Gemüse und Obst eingerichtet ist, die sich auch mit dem Stadtmagistrat in Verbindung gesetzt hatte, um hier einen Obst- und Gemüsevertrieb einzurichten. Es war uns bei der Eigenart der Verhältnisse im Herzogtum, bei der Bedeutung der Konservenindustrie für dasselbe und bei unseren engen Beziehungen zu den Landkreisen Wolfenbüttel und Helmstedt erwünscht, daß wir nicht für uns allein vorgingen, sondern darnach strebten, ähnlich wie andere Bundesstaaten eine Landes-Gemüse- und Obststelle ins Leben zu rufen. Würden wir nicht in Braunschweig allein mit Höchstpreisen vorgehen — was Herr Steinecke, wenn ich ihn recht verstanden habe, auch nicht will —, sondern würden wir uns mit den Nachbarkreisen in Verbindung setzen, so würde das besser sein, denn es kommt nicht bloß darauf an, daß wir Höchstpreise haben, sondern daß wir zu diesen Höchstpreisen auch Obst bekommen können. Da Braunschweig als Obsterzeuger von untergeordneter Bedeutung ist, so muß es uns besonders willkommen sein, wenn wir darauf rechnen können, daß wir aus den benachbarten Kreisen Obst erhalten. Aus meiner Mitteilung werden die geehrten Herren ersehen, daß in der Richtung, wie sich Herr Steinecke geäußert hat, der Magistrat in voller Übereinstimmung mit dem Ernährungsausschusse und dem Finanzausschuß schon vorgegangen ist, und daß zu hoffen ist, daß auf dieser Grundlage es in der nächsten Zeit zu einer Abmachung kommen wird. Schon im vorigen Jahre hat unser Ministerium in dankenswerter Weise es unternommen, das Obst von den Staats- und Kreisstraßen nach der Stadt Braunschweig und auch nach anderen Städten des Herzogtums gelangen zu lassen. Ich glaube nicht, daß ich fehlgehe, wenn ich annehme, daß das Ministerium in diesem Jahre wieder in ähnlicher Weise verfahren wird, und zweifle auch nicht daran, daß durch eine Landesstelle für Gemüse- und Obst mit Höchstpreisen für ein größeres Gebiet sich die Obstversorgung am besten bewerkstelligen lassen wird.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Ich habe denn doch Bedenken dagegen, daß Sie hier ohne weiteres diesem Antrage zustimmen, und zwar Bedenken nach zwei Seiten hin. Einmal bewegt sich der Antrag in der Richtung, daß wir unsere Stadtgrenzen für den Export absperrern sollen. Die Folge davon wird wahrscheinlich sein, daß die umliegenden fremden Kreise auch den Export nach hier verhindern werden, und das hätte für uns doch schwere Bedenken. Sodann lautet der Antrag, daß für das Herzogtum Braunschweig mit sofortiger Wirkung Höchstpreise für Obst festgesetzt werden möchten. Die Erfahrung haben wir ja nun wohl zur Genüge gemacht, daß die Höchstpreise unter Umständen sehr gut und durchaus gerechtfertigt sind. Aber die Hauptsache ist doch nicht die Festsetzung von Höchstpreisen, sondern,



wie eben schon gesagt, die Erlangung von Waren. Können Sie nun heute schon beurteilen, ob das Herzogtum Braunschweig in diesem Jahre in der Lage sein wird, das der Einwohnerchaft nötige Quantum Obst zu liefern? Wir wissen doch nicht, was die Obstbäume im Herzogtume einbringen werden! Nach meinen Erfahrungen ist noch im Frühjahr eine große Menge Obst von außerhalb zu uns hereingebracht, insbesondere in die Stadt. Gesezt den Fall, es werden jetzt, wie Herr Steincke will, Höchstpreise für das Herzogtum Braunschweig festgesetzt, die den allgemeinen Marktpreisen im Herbst nicht entsprechen, was würde dann die Folge sein? Es würde sich keiner finden, der Obst in das Herzogtum hineinbrächte. Wenn man also Höchstpreise festsetzen will, dann bleibt nichts anderes übrig, als sie einheitlich für das ganze Reich festzusetzen; Höchstpreise für das Herzogtum allein festzusetzen, halte ich für höchst bedenklich.

**Stadtv. Roeßhigt:** Die Regelung dieser Sache ist schon vor vierzehn Tagen im Obst- und Gemüseauschuß durch Herrn Stadtrat von Frankenberg zur Besprechung gestellt, und man war dort der Ansicht, daß wir uns der Anregung des Reiches nicht verschließen sollten, und zwar aus Gründen, wie sie der Herr Oberbürgermeister vorgebracht hat. Wir wollen, wie es nicht anders sein kann, versuchen, daß wir Obst in unser Land hereinbekommen, und wollen uns nicht absperren. Wir haben das Angebot des Reiches angenommen, um event. einen Überschuß abschieben zu können oder bei Bedarf einführen zu können. Herr Steincke spricht von Süddeutschland und von Hessen. Das sind obsterzeugende Länder, die können sich abschließen, wir aber sind nicht dazu imstande. Dieses Bedenken spricht gegen den Antrag des Herrn Steincke. Im Obst- und Gemüseauschuß ist deshalb im Sinne des von Herrn Stadtrat von Frankenberg Vorgebrachten beschlossen.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich freue mich, zu hören, daß schon Vorbeugung vom Magistrat getroffen ist, daß solche Zustände, wie wir sie im vorigen Jahre bei der Obstverpachtung gehabt haben, nicht wieder eintreten. Erst auf Anregung des Volksfreunds hat damals das Ministerium eingegriffen. Ich habe darauf hingewiesen, in welcher ungerechten Weise aus rein fiskalischen Gründen die Verpachtung von den Gemeinden vorgenommen wurde. Es darf nicht wieder vorkommen, daß von den Gemeinden die Obsternte an Händler verpachtet wird und darauf die Gemeinde vom Staate Obst für ihre Einwohner zugewiesen bekommt. So ist es in Königsutter und Schöningen geschehen, wo die Obstplantagen verpachtet worden sind und dann vom Staate aus Obst von den Kreisstraßen den Gemeinden zur Verfügung gestellt ist. Mit der Kirchenverpachtung jetzt die gleiche Sache jetzt schon wieder ein, indem die Gemeinden die auf den Bäumen sitzenden Kirichen meistbietend versteigern. Es wird gut sein, wenn der Magistrat bei seinen

Verhandlungen mit dem Ministerium darauf hinweist, daß dadurch die Obstpreise in die Höhe getrieben werden müssen. Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß die Gemeinden von diesem partikularistischen Geiste sich leiten lassen, aus dem Schaden für die Einwohner des Landes und der Stadt Braunschweig erwachsen wird. Das Ministerium muß — es hat die Macht dazu — auf die Gemeinden einwirken, daß solche wilde fiskalische Wirtschaft nicht eintritt, wie sie im vorigen Jahre bei der Obstverpachtung vorgekommen ist.

**Stadt v. Steinecke:** Ich habe mich gefreut, von Herrn Stadtrat von Frankenberg zu hören, daß — wenn ich recht verstanden habe — ähnliche Bestrebungen, wie in meinem Antrage ausgesprochen, beim Ministerium vorhanden sind, wenn auch nicht genau in dem Sinne meines Antrages, aber doch dahin gehend, daß der Preistreiberei bei der Obsterzeugung entgegengewirkt werden soll. Ich bin gern bereit, meinen Antrag zurückzuziehen, wenn Gewähr dafür vorhanden ist, daß rechtzeitig einer Preistreiberei vorgebeugt wird. Es muß aber schnell gearbeitet werden, denn, wie gesagt, schon im August geht die Apfelernte an. Der eigentliche Sinn meines Antrages ist, daß der Preistreiberei vorgebeugt werden soll, und ich hatte dabei angenommen, daß im Herzogtum größere Obstvorräte vorhanden sind, als vom Magistratsstische aus berichtet wurde. Das idealste wäre ja, daß das Reich sich um Festsetzung der Obstpreise bekümmerte, daß es einheitliche Höchstpreise für Obst festsetzte und Ausfuhrverbote erließe. Dadurch kann am wirksamsten der Preistreiberei und dem Kettenhandel vorgebeugt werden. Daß dieses eintreten werde, möchte ich dringend wünschen.

**Vorsitzender** (zu dem Antragsteller gewendet): Ich darf annehmen, daß damit Ihr Antrag zurückgezogen ist. (Zustimmung des Herrn Steinecke.) Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis gegen 8 Uhr.



# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 14. September 1916.

### Tagesordnung:

- |   |           |
|---|-----------|
| 1. Antrag der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung auf Unterstützung ihrer Kriegsbuchdrückerei . . . . .                                 | Seite 243 |
| 2. Anschaffung von Geldschranken und Kassetten . . . . .  | " 244     |
| 3. Abänderung des § 20 der Bedingungen für Abgabe von Gas . . . . .   | " 244     |
| 4. Ankauf eines Grundstücks in Steinhof . . . . .   | " 245     |
| 5. Herstellung eines Entlastungskanaals auf dem Riddagshäuserwege . . . . .   | " 246     |
| 6. Herstellung von Plattenbelag auf dem Fußwege der Luisestraße . . . . .   | " 247     |
| 7. Herstellung von Plattenbelag auf der Helmstedterstraße zwischen Hagenring und Wörthstraße (außer der Tagesordnung behandelt) . . . . . | " 248     |
| 8. Ausbau der verlängerten Wabestraße zwischen Wobestraße und den Straßen 75/76 . . . . .   | " 249     |
| 9. Errichtung eines städtischen Hühnerhofs . . . . .  | " 250     |
| 10. Beteiligung der Stadt an der 5. Kriegsanleihe . . . . .   | " 262     |
| 11. Erhöhung des städtischen Kriegskredits b. i. S. r. z. g. l. e. i. c. h. e. m. L. e. i. h. h. a. u. s. e . . . . .                     | " 263     |
| 12. Erhebung einer Lichtspielsteuer betreffend . . . . .  | " 263     |

### Außer der Tagesordnung behandelt:

- |   |       |
|---|-------|
| 13. Dringlichkeitsantrag Stegmann, betreffend Festsetzung der diesjährigen Verkaufspreise für Zwetschen . . . . .               | " 282 |
| 14. Dringlichkeitsantrag Riefe, betreffend Herabsetzung des Kartoffelhöchstpreises und Wegfall der Vermittlungsgebühr . . . . . | " 287 |
| 15. Anfrage Bunge, wegen der Weiterverpachtung des Werkeröder Feldes im nächsten Jahre . . . . .                                | " 305 |
| 16. Anfrage Stegmann, betreffend eine Rationierung des Eierverkaufs . . . . .   | " 306 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Stadträte **Schöttler**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben** und Amtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Steinbrecher**, **Dr. Voge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Bues**, **Lauer**, **Göde**. Die Herren Stadtverordneten **Sander** und **Steincke** erscheinen später.

**Vorsitzender Hartung:** Ich eröffne die Sitzung und teile der Versammlung mit, daß Herr **Steinbrecher** zum Heeresdienst beim Landsturm-Bataillon in Northeim eingezogen ist.

Eingegangen ist der 6. Jahresbericht der Volkshalle. Er liegt zur Einsicht für die Herren, die sich dafür interessieren, hier aus.

Ferner ist eingegangen die Abschrift eines Antrages, den der **Zentralverband der Handlungsgehilfen**, Bezirk Braunschweig, an den Magistrat gerichtet hat wegen Einführung des 7-Uhr-Adenschlusses. Wir werden abzuwarten haben, wie der Magistrat sich über den Antrag schlüssig macht.

Sodann liegt ein **Dringlichkeitsantrag** des Herrn **Stegmann** vor, der folgendermaßen lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auf Grund einer Bekanntmachung des Herzoglichen Landesernährungsamtes die Verkaufspreise für Zwetschen wie folgt festzusetzen:

1. im Kleinverkauf (Mengen von 20 Pfund und weniger) höchstens 12 Pfg. das Pfund,
2. im Großhandel 7 M für den Zentner.“

Ferner ein **Antrag** von Herrn **Kieße**:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, beim Bundesrat zu beantragen, den Erzeugerhöchstpreis für Kartoffeln von 4 M auf 3 M herabzusetzen,

ferner beim Herzoglichen Ernährungsamt zu beantragen, daß eine Vermittlungsgebühr zur Versorgung mit Winterkartoffeln wegfällt.“

Ich werde den beiden Herren Antragstellern demnächst Gelegenheit geben, ihre Anträge zu begründen. Zunächst hat Herr Stadtrat **Wagner** um das Wort gebeten zu einer Mitteilung außerhalb der Tagesordnung.

**Stadtrat Wagner:** In ihrer letzten Sitzung hatten die geehrten Herren an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, bei der Herzoglichen Landesregierung dahin vorstellig zu werden, daß die viehlos wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe angehalten werden möchten, zur Viehhaltung überzugehen. Wir haben diesem Ersuche entsprochen, haben aber bereits Ende Juli vom Herzoglichen Staatsministerium das Ersuchen bekommen, die Herren Stadtverordneten baldigst darüber aufzuklären, daß eine derartige zwangsweise Anhaltung der bisher viehlos wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe zur Viehhaltung nicht angängig sei. Es konnte diese Mitteilung nicht früher zu Ihrer Kenntnis gebracht werden, da inzwischens eine Sitzung nicht stattgefunden hat. Die Herzogliche Braunschweigische Gesandtschaft hat wiederholt im Bundesrat diese Angelegenheit zur Sprache gebracht, es ist aber im Bundesrate aus zwei Gründen von Maßnahmen in der Richtung Abstand genommen: einmal deshalb, weil es nicht möglich sein wird, einen solchen Zwang praktisch durchzuführen, und sodann, weil die Ausübung eines solchen Zwanges auf die landwirtschaftlichen Betriebe die Verpflichtung der Regierung in sich schließen würde, die nötigen Futtermittel für die Landwirte zu beschaffen, eine derartige Verpflichtung aber hätte die Reichsregierung nicht übernehmen können. Aus diesen beiden Gründen sei es nicht möglich gewesen, den hier geäußerten Wünschen zu entsprechen.

### 1. Antrag der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung auf Unterstützung ihrer Kriegsbuchthätigkeit.

**Stadtv. Frede:** Es bestehen verschiedene Unternehmungen und Veranstaltungen, die sich damit befassen, gute Lektüre an die Krieger gelangen zu lassen, und zwar zu unseren Soldaten in den Schützengräben und in den Lazaretten, und ferner auch zu den Kriegsgefangenen. Eine Gesellschaft zeichnet sich in diesem Bestreben besonders aus, das ist die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung mit dem Sitz in Hamburg-Groß Borstel. Diese Gesellschaft hat sich unter dem 19. Juli d. J. an die Stadtverwaltung mit der Bitte gewandt, ihre Bestrebungen dadurch zu unterstützen, daß ein Jahresbeitrag bewilligt werde. Die Finanzkommission, der die Sache zur Vorberatung vorgelegen hat, ist sich zwar darüber klar, daß die städtischen Behörden schon öfter Unterstützungen für diese Zwecke ausgegeben haben, insbesondere mittelbar durch unsere Leschalle, aber sie hat es denn doch in Rücksicht auf die sehr verdienstvollen Bestrebungen und auf die erzielten Erfolge dieser Gesellschaft für angezeigt gehalten, der Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen, eine einmalige Unterstützung von 100 M dieser Gesellschaft zuzubilligen. Ich bitte namens der Finanzkommission um Ihre Zustimmung.

Für Zuweisung dieser einmaligen Unterstützung stimmt die Mehrheit der Versammlung.

## 2. Anschaffung von Geldschränken und Kassetten.

Stadtv. **Tebbenjohanns:** In dieser Sache schreibt der Stadtmagistrat an die Stadtverordneten wie folgt:

„Wenngleich die alsbaldige Abführung aller bei den verschiedenen Abteilungen der Stadtverwaltung eingehenden Gelbbeträge an die Stadthauptkasse aus Sicherheits- und wirtschaftlichen Gründen angezeigt erscheint und daher, soweit irgend angängig, von uns angeordnet ist und durchgeführt wird, so läßt sich doch die Führung von kleinen Sonderkassen nicht vollständig vermeiden. Insbesondere ist es nicht durchführbar, daß die Abführung eingehender Beträge stets sofort erfolgt, und ihre einstweilige sichere Unterbringung in den Geschäftszimmern ist daher erforderlich. Soweit es sich dabei um geringe Beträge handelt, genügen — auch nach Ansicht des städtischen Hochbauamts — eiserne, in verschließbare Schränke eingebaute Kassetten, deren Inhalt gegen Diebstahl versichert ist. Wir beabsichtigen, die Bestände auch gegen Feuergefährdung zu versichern. Für zwei Geschäftszimmer, nämlich diejenigen des Vorstandes des Armenbureaus und des Berufsvormundes, müssen dagegen zwei Geldschränke beschafft werden, deren Kosten  $2 \times 350 = 750 \text{ M}$  betragen. Da außerdem in der Kanzlei eine Kassette, deren Kosten sich auf 90 M stellen, fehlt, in der Postwertzeichen, Stempel und dergleichen aufbewahrt werden können, und da endlich die im Armenbureau zur Zeit vorhandene, für die dortigen Bestände nicht genügende Kassette in einem anderen Geschäftszimmer angeschraubt werden soll, so würden insgesamt 800 M für die bessere Sicherung der getrennt aufzubewahrenden Summen aufzuwenden sein. Den geehrten Herren geben wir anheim, diesen Betrag von 800 M zu Lasten des Verfügungsfonds der städtischen Behörden bewilligen zu wollen.“

Die Finanzkommission hat sich mit der Angelegenheit eingehend beschäftigt, hat auch eine Inaugenscheinnahme der vorhandenen Räumlichkeiten vorgenommen und ist zu der Überzeugung gekommen, daß zur Zeit gegen die vorgeschlagene Beschaffung der bezeichneten Kassenschränke nichts einzuwenden ist. Sie gibt Ihnen daher anheim, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Die Anschaffung der Gegenstände wird beschloffen.

## 3. Abänderung des § 20 der Bedingungen für Abgabe von Gas.

Stadtv. Dr. **Kahlert:** Seitens der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke ist an den Stadtmagistrat folgendes Schreiben ergangen:

„Nach Beschluß der städtischen Behörden ist vom 1. April d. J. ab der Gaspreis für das durch Gasmesser abgegebene Gas von 14 auf 15 Pfg. erhöht worden; der Preis für das Automatengas blieb unverändert. In der Sitzung der Ver-

Wahlungsdeputation für die städtischen Licht- und Wasserwerke am 28. Juni wurde beschlossen, den städtischen Behörden zu empfehlen, den § 20, Absatz 2, letzter Satz, betreffend die Bedingungen für die Abgabe von Gas aus den städtischen Gaswerken zu ändern wie folgt:

„übersteigt aber der Jahresverbrauch 250 cbm, so wird dem Abnehmer für jedes diese Menge übersteigende Kubikmeter der Betrag von 2 Pf. nach Schluß des Rechnungsjahres zurückvergütet“,

und zwar aus folgenden Gründen:

1. Es erscheint nicht angängig, daß die Abnehmer, welche Gas durch die Automaten beziehen, den Mehrverbrauch über 250 cbm im Jahre billiger bezahlen als andere Verbraucher, deren Gas durch Gasmesser gemessen wird.

2. Die Einkaufspreise für die stadtseitig zu den Automatenanlagen kostenlos zu stellenden Gasapparate sind in der Kriegszeit um 20—40 Prozent gestiegen.

3. Da im Geschäftsjahr 1914/15 für Mehrverbrauch an Automatengas im ganzen 4273,20 M., entsprechend 142 440 cbm Gas, zurückvergütet sind, so würde ohne die vorgeschlagene Änderung im laufenden Jahre unter Berücksichtigung der weiteren Zunahme der Gasautomaten mit einem Einnahmeausfall von etwa 2000 M. zu rechnen sein.

Wir bitten, das Weitere zu veranlassen.“

Seinerzeit, als die Erhöhung des Gaspreises auf 15 Pf. vorgenommen wurde, ist also übersehen worden, den Absatz 2 des § 20 in den Bedingungen für Abgabe von Gas zu ändern. Es heißt dort, daß bei Abgabe von Gas durch Automaten in den Fällen, wo mehr als 250 cbm im Jahre verbraucht sind, dem Abnehmer für jedes die angegebene Menge übersteigende Kubikmeter 3 Pf. zurückvergütet werden sollen. Diese Zahl „3 Pf.“ soll jetzt abgeändert werden in „2 Pf.“, so daß damit auf der Basis unserer erhöhten Preise ein Ausgleich stattfindet.

Die Statutenkommission hat die Angelegenheit durchgesprochen und ist zu der Überzeugung gekommen, daß es empfehlenswert ist, die Änderung vorzunehmen. Ich möchte Sie namens der Statutenkommission bitten, dem zuzustimmen.

Der vorgeschlagenen Abänderung des § 20 wird zugestimmt.

#### 4. Ankauf eines Grundstücks in Steinhof.

Stadtv. **Riefe:** Auf dem Kieselgute Steinhof befindet sich ein Gelände, bezeichnet „Im alten Land“, in dem zur Abführung von Abwässern ein Röhrenkanal gelegt ist, der aber zur Zeit verstopft ist und sich überhaupt zur Abführung der Abwässer als ungeeignet erwiesen hat. Deshalb hat die städtische Bauverwaltung



beantragt, einen offenen Graben nach den „Tiefen Wiesen“ hin anzulegen. Dieser neue Graben geht zwischen dem Eßmannschen Grundstücke und dem Grundstücke des Landwirts Bührig hindurch, und aus dem Grunde ist mit dem zuletzt genannten Landwirt ein Abkommen getroffen, wodurch er einen 3 m breiten Streifen Land an die Stadt abtritt. Als Vergütung für die abzutretende Fläche beantragt Herr Bührig einen gleichen Preis anzunehmen, wie der ist, welcher durchschnittlich in der Gegend bei den Verkäufen in der letzten Zeit bezahlt ist. Das sind etwa 1200  $\mathcal{M}$  pro Morgen, und so würde der mittlere Wert pro Quadratmeter sich auf 48 Pf. stellen. Man hat sich auf 50 Pf. geeinigt, und darnach würde für die 320 qm große Fläche ein Preis von 160  $\mathcal{M}$  aufgewendet werden müssen. Der Verkäufer hat nur noch die Bedingung gestellt, daß das für den Graben auszuhebende Erdreich an der tiefsten Stelle seiner Wiese auf städtische Kosten einplanziert wird, und auch damit ist die Bauverwaltung einverstanden. Der Magistrat ersucht nun die Stadtverordneten, zu genehmigen, daß die auf dem beigegebenen Plane umschriebene 320 qm große Fläche zur Anlegung eines Entwässerungsgrabens zum Preise von 160  $\mathcal{M}$  von Herrn Bührig käuflich erworben wird. Die Finanzkommission hat die Angelegenheit geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Versammlung stimmt dem Ankaufe der Fläche zu.

**Vorsitzender:** Ich habe mitzuteilen, daß eine Anfrage des Herrn Bunge eingegangen ist mit folgendem Wortlaut:

„Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft geben zu können, ob die Pächter des Werkeröder Feldes unter den bisherigen Bedingungen das Land weiter bestellen können?“

Ich werde Herrn Bunge nachher Gelegenheit geben, die Anfrage zu begründen.

## 5. Herstellung eines Entlastungskanals auf dem Riddagshäuserwege.

Stadtvr. **Stegmann:** Schon seit Jahren macht sich in der Gegend der Helmstedter- und Leonhardstraße und besonders in der Kapellenstraße ein Übelstand bemerkbar, indem bei stärkeren Regengüssen Wasser aus dem Straßenkanal in die Wohnhäuser tritt. Infolgedessen hatten die Anlieger der Kapellenstraße in diesem Frühjahr ein Gesuch an den Magistrat gerichtet, in dem gebeten wurde, für Abhilfe zu sorgen. Wiederholt seien bei starken Gewitterregen die Keller unter Wasser gesetzt gewesen, so am 27. Mai 60 und 80 cm hoch, und dabei durch das eindringende schmutzige Wasser wertvolle Lebensmittel beschädigt. Es wurde seinerzeit vom städtischen Tiefbauamt angenommen, eine Besserung der Verhält-

nisse würde eintreten, wenn der Kanal auf der Helmstedterstraße fertiggestellt sei. Das hat sich aber als irrig erwiesen, und infolgedessen hat sich das Tiefbauamt nochmals mit dieser Sache befaßt und mocht jetzt den Vorschlag, daß ein Entlastungskanal auf dem südlichen Fußwege des Riddagshäuserweges hergestellt werden soll. Eine endgültige Besserung kann allerdings erst erwartet werden, wenn das Ostbahnhofgelände aufgeschlossen und der Hauptkanal ausgeführt ist, welcher im Zuge der jetzigen Eisenbahn und weiter durch das Grundstück des Marienstifts bis zum Riddagshäuserwege vorgesehen ist. Zunächst aber glaubt das Tiefbauamt, durch Herstellung des erwähnten Entlastungskanals die Unlichkeiten aus der Welt schaffen zu können.

Es ist leicht begreiflich, daß bei den jetzigen Kanalanlagen die Keller in der Kapellenstraße oft unter Überschwemmungen zu leiden haben. Der Kanal auf dem Riddagshäuserwege hat nur eine Weite von 50 cm, und in diesen hinein münden die Kanäle von der Helmstedter-, Kapellen- und Leonhardstraße. Die beiden letzteren haben eine lichte Weite von je 30 cm und der auf der Helmstedterstraße eine solche von 45 cm. Daß unter diesen Umständen der Kanal auf dem Riddagshäuserwege die Wassermassen nicht alle verschlucken kann, ist begreiflich. Es wird nun nach den Berechnungen des Tiefbauamts angenommen, daß die Katastrophe behoben würde, wenn nebenbei dieser Entlastungskanal im Zuge des Riddagshäuserweges zwischen der Helmstedterstraße und dem Hopfengarten mit 60 cm Weite gebaut wird. Sollte es bei starken, anhaltenden Regengüssen trotzdem wieder vorkommen, daß eine Überschwemmung der Keller eintritt, dann wäre dem dadurch abzuhelfen, daß der Entlastungskanal vom Hopfengarten bis zur Korfesstraße verlängert wird, an welcher Stelle der Kanal dann in den großen Hauptkanal einmünden würde.

Die Kosten für Anlegung des empfohlenen Entlastungskanals betragen alles in allem 8300 M. Die weiteren Einzelheiten brauche ich wohl nicht vorzutragen. Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und hält es für selbstverständlich, daß Abhilfe geschaffen wird. Sie bittet die Herren durch mich um Genehmigung des vorgelegten Entwurfs und Kostenaufschlages.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

## 6. Herstellung von Plattenbelag auf dem Fußwege der Luiseustraße.

Stadtv. **Busch:** Die Herren werden sich erinnern, daß die Befestigung der Luiseustraße uns wiederholt beschäftigt hat. Es lag auch schon ein Projekt vor, das für die Neubefestigung der Straße einen Plattenbelag und Bordsteine vorsah. In Anbetracht der ungünstigen Zeitverhältnisse haben wir seinerzeit beschlossen, von diesem kostspieligen Projekte abzusehen, da der größte Teil der Kosten den

Anliegern zur Last fällt, dagegen einen Versuch zur Besserung der Fußwege mit Teermafadam zu machen. Eine solche Befestigung der Fußwege vorzunehmen, haben wir den Magistrat im Januar d. J. ersucht. Inzwischen hat der Magistrat ein Projekt ausarbeiten lassen, welches die Belegung der Fußwege der Luisenstraße mit Zementplatten vorsieht, während von Bordsteinen einseitigen Abstand genommen werden soll. Nach dem vorgelegten Kostenanschlage würden bei einer Belegung der Fußwege auf beiden Seiten der Straße mit Zementplatten in einer Breite von je 2,70 m im ganzen 4100 *M* Kosten entstehen, von denen die Anlieger 3000 *M* und die Stadt 1100 *M* zu tragen hätten.

Wir haben uns gestern in der Baukommission mit dieser Sache beschäftigt und sind zu der Überzeugung gekommen, daß der vom Magistrat gemachte Vorschlag einseitigen genügt, um die schlechten Verhältnisse der Straße zu bessern, und so empfiehlt Ihnen die Baukommission, das vorgelegte Projekt nebst Kostenanschlag zu genehmigen.

Der Herstellung von Plattenbelag auf der Luisenstraße wird zugestimmt.

## 7. Herstellung von Plattenbelag auf der Helmstedterstraße zwischen Sagenring und Wörthstraße.

Stadtv. **Rasche:** Auf der Helmstedterstraße soll auf Wunsch der Anlieger zwischen dem Altwiekring und der Wörthstraße der Fußweg mit Platten belegt werden, und zwar sind Zementplatten in einer Breite von 2 m vorgesehen. Es ist bei Ausführung dieser Arbeiten zu berücksichtigen, daß vor den Häusern auf der Strecke zwischen dem Altwiekring und der Leonhardstraße einige schmale Streifen des Straßengeländes noch den Hausbesitzern gehören und nicht befestigt und nicht eingefriedigt sind, während andere, die ebenfalls den Hausbesitzern gehören, eingefriedigt sind. Der Magistrat hat mit den Besitzern verhandelt, und man ist übereingekommen, das fragliche Gelände zum Einheitspreise von 6 *M* pro Quadratmeter für die Stadt zu erwerben. Auch diejenigen Hauseigentümer, denen schmale Streifen gehören, welche dem Verkehr noch nicht überlassen sind, haben sich mit der Abtretung der für die Stadt benötigten Flächen zum Preise von 6 *M* einverstanden erklärt, wenn ihnen aus der Zurücksetzung der Einfriedigungen und den sonstigen baulichen Änderungen keinerlei Kosten erwachsen. Der Magistrat empfiehlt, auf diese Bedingungen einzugehen. Dann ist notwendig, daß die Fluchtlinie auf dieser Teilstrecke der Helmstedterstraße so festgelegt wird, daß diese Flächen ganz in die Straße fallen. Die Kostenberechnung hat ergeben, daß als Gesamtsumme etwa 8060 *M* herauskommen würden und 4060 *M* von den Anliegern und 4000 *M* von der Stadt zu tragen sein würden. 1200 *M* von den

letzteren sind als Grunderwerbskosten anzusehen. Der Einheitsbeitrag für die Aufleger beträgt 10,80 M.

Der Antrag des Magistrats geht dahin, dem vorgelegten Entwurf über die Belegung des Fußweges der Helmstedterstraße zwischen Altwiekring und Wörthstraße mit Zementplatten zuzustimmen und den Kostenausschlag dafür, sowie die vorläufige Kostenverteilung zu genehmigen, ferner den der Vorlage beigelegten Teilortsbauplan zu genehmigen.

Die Baukommission hat sich mit der Sache beschäftigt und läßt Sie durch mich ersuchen, auch zu diesen Anträgen Ihre Genehmigung auszusprechen.

Den Magistratsanträgen wird zugestimmt.

### 8. Ausbau der verlängerten Wabestraße zwischen Bodestraße und den Straßen 75/76.

**Stadtv. Kiefe:** Schon im Juni 1914 war durch den Maurermeister Gröpler ein Dringlichkeitsantrag an die städtischen Behörden gestellt, genehmigen zu wollen, daß die Wabestraße zwischen der Bodestraße und den Straßen 75/76 auf seine Kosten befestigt würde, da durch eine Verzögerung der Genehmigung für ihn starke geschäftliche Schädigungen entstehen würden. Es wurde damals beschlossen, den Magistrat zu ermächtigen, gemeinsam mit der Finanzkommission einen Unternehmervertrag mit Herrn Gröpler abzuschließen. Es stellten sich dem aber noch Hindernisse in den Weg, indem verschiedene Grundeigentumsverhältnisse seitens des Herrn Gröpler noch nicht geregelt waren. Neuerdings ist nun wieder der Antrag auf Genehmigung des Ausbaues der verlängerten Wabestraße eingegangen, und zwar von der Braunschweiger Baugenossenschaft, die an dieser Straße Häuser mit Kleinwohnungen errichten möchte. Die Baugenossenschaft teilt mit, daß sich bereits 50 Bewerber zu den Wohnungen in der dortigen Gegend bei ihr haben eintragen lassen, daß sie aber ihre Bautätigkeit nicht beginnen könne, ehe nicht die verlängerte Wabestraße ausgebaut ist. In dem uns im Entwurf vorgelegten Unternehmervertrage mit dem Maurermeister Gröpler ist vorgesehen, daß am Ende der verlängerten Grabenstraße ein Wendepfad in der Größe von 64 qm eingerichtet wird, und daß der vorhandene Kanal, der unzulänglich ist, von dem Unternehmer in der Weise hergestellt wird, wie es die städtische Bauverwaltung für nötig hält. In dem Vertrage ist alles dasjenige vorgesehen, was die üblichen Verträge bezüglich der Unterhaltung, Abfuhr, Reinigung, Beleuchtung und der Kautionsstellungen für städtische Bauleitung und dergleichen enthalten. Ich habe meinerseits keine Ausstellungen daran zu machen.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß der dem Entwurf über den Ausbau der verlängerten

Wabestraße auf der Strecke zwischen Bodestraße und den Straßen 75/76 beigefügte Unternehmervertrag mit dem Maurermeister Gröppler abgeschlossen wird. Gleichzeitig ersucht der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß diese Straßenstrecke als Ortsstraße ausgebaut wird. Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

**Vorsigender:** Der Herr Referent hat schon erklärt, daß der Unternehmervertrag in derselben Form abgeschlossen ist, wie sonst diese Verträge üblich sind. Ich nehme an, wenn es nicht von der Versammlung ausdrücklich gewünscht werden sollte, daß eine Verlesung des Vertrages nicht nötig ist. — Es meldet sich niemand zum Wort. Diejenigen Herren, die beschließen wollen, daß den Magistratsanträgen entsprochen wird, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die Mehrheit.

### 9. Errichtung eines städtischen Hühnerhofes.

**Stadtv. Trinks:** Nachdem in der Sitzung vom 29. Juni d. J. der Antrag, betreffend die Errichtung eines städtischen Hühnerhofes, die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung gefunden hatte und das Kieselgut Steinhof als besonders geeignet für die Unterbringung des Hühnerhofes bezeichnet war, hat der Stadtmagistrat die Kieselgutdeputation aufgefordert, sich gutachtlich darüber zu äußern, ob sie die Anlage eines solchen Hühnerhofes dort für durchführbar und zweckmäßig erachte. Die Kieselgutdeputation hat sich in bejahendem Sinne geäußert und vorgeschlagen, daß ein leerstehender Ochsenstall als Hühnerstall eingerichtet und von der rückwärts an diesen anstoßenden Fohlenkoppel ein Teil als Auslauf für die Hühner in Aussicht genommen würde. Schwierigkeiten erwüchsen nur bezüglich der Beschaffung von ausreichendem Futter, und es sei deshalb darauf Bedacht zu nehmen, daß die Zahl der anzuschaffenden Hühner nicht zu groß gewählt würde. Es ist sodann das städtische Tiefbauamt im Auftrage des Magistrats an die Sache herangetreten und hat verschiedene Entwürfe ausgearbeitet. Bei der Beratung dieser Entwürfe in der Kieselgutdeputation hat sich aber ergeben, daß die Herrichtung des Hühnerhofes an der in Aussicht genommenen Stelle doch nicht recht zweckmäßig erscheint, da der Ochsenstall zu hoch und daher zu kalt und ferner die Fohlenkoppel für den Auslauf der Hühner stellenweise, weil zu feucht, nicht geeignet ist.

Die Kieselgutdeputation hat dann aber gleich selbst dem Magistrat einen sehr annehmbaren Vorschlag unterbreitet. Sie erachtet es als besonders zweckmäßig, den Schulgarten, der auf dem Kieselgute liegt, als Auslauf zu benutzen und dort ein besonderes Gebäude für die Hühner zu errichten. Für diesen Zweck ist ein

Schuppen in Vorschlag gebracht, welcher augenblicklich in der Müllgrube vor Mascherode sich befindet, und welcher unbedingt abgebrochen werden muß. Er hat die erforderlichen Abmessungen und kann ohne weitere Abänderungen an dieser Stelle verwendet werden. Durch die Einbringung von zwei massiven Wänden ist es möglich, den Raum in drei Teile zu zerlegen, so daß man an den äußeren Seiten die Schlafräume und in der Mitte einen Legeraum herstellen kann, wie Sie das auf dem ausgehängten Plane oben links angenommen finden. Der Schulgarten müßte dann natürlich an eine andere Stelle verlegt werden. Es hat sich ja auch im Laufe der Jahre herausgestellt, daß derselbe auf dem Kieselgute nicht zweckmäßig liegt. Einmal ist er zu weit von der Stadt entfernt, so daß sein Nutzen nicht recht zur Geltung kommt. Seine Entfernung vom Stadtgebiet hat zur Folge, daß seine Beaufsichtigung und sachgemäße Pflege mancherlei Schwierigkeiten macht, ebenso das Hereinbringen der Pflanzen umständlich ist, und schließlich, daß die Lehrer kaum in der Lage sind, mit den Schulkindern den Garten aufzusuchen. Als geeigneter Platz für den Schulgarten hat man den auf dem Plane rechts unten mit grüner Farbe angelegten Platz im Bürgerparke in Aussicht genommen. Er liegt zwischen der Eisenbüttelerstraße und dem Ausichtsberge. Dieser Platz ist zwar bedeutend kleiner als der heutige Schulgarten auf dem Kieselgute, er wird aber für den ins Auge gefaßten Zweck, wie Sachverständige urteilen, vorläufig vollständig ausreichen. Sollte das auf die Dauer nicht der Fall sein, so würde sich im Bürgerparke noch mancher andere Platz finden, der dafür geeignet erscheint. Es ist schon darauf hingewiesen, daß ein Teil des Bürgerparks, der nördlich der Hoheworthbrücke gelegen ist, sehr gut zur Ergänzung des Schulgartens genommen werden könnte und auch noch andere, so daß durch diese Verlegung des Schulgartens keine Schwierigkeiten entstehen würden.

Bezüglich der Einrichtung des Hühnerhofs ist auf den ausgehängten Plan hinzuweisen. Sie sehen dort das stark gezeichnete, in vertikaler Richtung sich ausdehnende Gebäude. Das würde das aus der Mascheröder Sandgrube entnommene sein. Rechts ist ein Flügel daran angeschlossen, welcher einen Heizraum zur Erwärmung der Anlage während der kältesten Jahreszeit enthält. In diesem ist eine Heißluftheizung vorgesehen, mittels welcher durch Kanäle die einzelnen Räume erwärmt werden. Sodann liegt in diesem Anbau ein Kükenraum, ein Brutraum und schließlich noch ein Raum zur Unterbringung und Zubereitung des Futters. Die ganze Einrichtung des Gebäudes ist so entworfen, daß ohne weiteres auf der anderen Seite, falls es notwendig werden sollte, noch ein anderer Raum (Schlaf- oder Legeraum) eingerichtet werden kann. Vorläufig würde die Anlage, wie sie geplant ist, für etwa 400 Hühner ausreichen.

Als ganz besonders günstig für die Anlage des Hühnerhofs auf dem Gebiete des Schulgartens kommt in Betracht, daß auch für die Einfriedigung weniger

Kostenaufwand erforderlich sein wird, denn es ist schon jetzt eine Einfriedigung vorhanden, allerdings nicht in der erforderlichen Höhe, aber sie ist massiv und bietet Schutz gegen den Eintritt von Schädlingen. Ohne große Kosten kann man sie durch verzinkte Eisenstäbe und Drahtgitter in der für Geflügel erforderlichen Weise erhöhen.

Der Platz, den man ins Auge gefaßt hat, ist auf dem unteren Plane durch etwas satteres Grün bezeichnet. In der Sitzung der Finanzkommission hat der Herr Oberbürgermeister darauf hingewiesen, daß es vielleicht doch praktischer wäre, nicht gerade diesen Platz zu wählen, welcher die beste Erde auf dem Grundstück enthält, sondern einen in der Nähe gelegenen Platz, der sich ebenfalls sehr gut für die Anlage eignen würde, bei dem aber die Erde nicht diese gründliche Bearbeitung gefunden hat, wie gerade hier, so daß auf diese Weise die bessere Erde für andere Zwecke vorteilhafter ausgenutzt werden könnte. Die Baukommission hat sich von der Nützlichkeit dieses Vorschlags überzeugt und ist ihm beigetreten.

Die Kosten für die gesamte bauliche Anlage, Abreißen und Aufbau des Schuppens und was dazugehört, werden sich auf 8500 *M* belaufen. Die Sache ist in der Baukommission beraten, und man ist zu dem Entschlusse gekommen, die von dem Magistrat in Vorschlag gebrachten drei Punkte zur Annahme zu empfehlen, nämlich zuzustimmen,

1. daß der Schulgarten in Steinhof aufgegeben und nach dem Bürgerparke verlegt wird, und daß der verstärkte Finanzausschuß ermächtigt wird, namens der geehrten Herren die dazu erforderlichen (zur Zeit aber noch nicht bestimmten) Mittel zu bewilligen,

2. daß der Hühnerhof nach Maßgabe des vorgelegten Projektes und unter Aufwendung von 8500 *M* zur Ausführung gebracht wird — hier kann eine kleine Abweichung bezüglich der Verlegung in Frage kommen —,

3. daß die zur Einrichtung des Hühnerhofs erforderlichen Gebrauchsgegenstände, sowie die Hühner in einer den jeweiligen Verhältnissen entsprechenden Zahl stadtseitig beschafft werden.

Ich habe also den Auftrag, den geehrten Herren die Annahme dieser Anträge namens der Baukommission zu empfehlen.

**Vorsitzender:** Die drei Punkte des Antrages werden wohl in eins zu beraten sein.

**Stadtv. Voetschigt:** Ich vermiße in der Vorlage die Angabe: wenn die Eier, wie in Aussicht steht, demnächst beschlagnahmt werden, für wen produzieren wir die Eier? Ich möchte doch, daß hierüber Aufklärung gegeben würde. Ich gönne ja jedem Menschen das Seine, aber das Fell ist mir doch näher als der Rock, und

ich befürchte, wie es bei den Kartoffeln gegangen ist, so wird es uns auch bei den Eiern gehen. Wenn wir das teure Geld für den Hühnerhof ausgegeben haben und schließlich wirklich Eier produzieren, so werden sie uns beschlagnahmt, wie auch die Kartoffeln aus unserer Gegend weggenommen sind; dann sind wir die gutmütigen Bürger und warten, bis uns von den städtischen Eiern soundso viel zugewiesen werden. Unter diesen Umständen kann ich nicht für Anlage eines städtischen Hühnerhofs stimmen.

**Stadtrat Wagner:** Die Eierversorgung in ganz Deutschland wird bekanntlich so aufgezogen, daß eine Reichseierstelle den Ausgleich über ganz Deutschland bewirkt. In den einzelnen Landesgebieten werden Landesverteilungsstellen eingerichtet, in größeren Bundesstaaten auch Provinzverteilungsstellen, welche ermitteln, in welchen Gebieten Überschuß und in welchen Bedarf ist, ebenso wie das auch bei dem Speisefett geschieht. Wir können also nicht damit rechnen, daß das, was wir bei Einrichtung des Hühnerhofs an Eiern gewinnen, der Stadt Braunschweig als Mehrbetrag zugewiesen wird, sondern wir bekommen die Eierration zugewiesen wie jede andere Stadt in Deutschland auch. Das ist in dieser Zeit nicht anders zu machen. Wenn wir trotzdem die Einrichtung schaffen, so bringen wir damit einen Nutzen für Deutschland, wenn auch in sehr bescheidenem Umfange, und ich glaube, es ist wohl richtig, auch in dieser Sache nicht reine Kirchturmspolitik zu treiben, nicht nur für unsere eigene Tasche und unseren eigenen Magen zu schaffen, sondern zu sagen: Wir geben das Geld für den Hühnerhof auch aus, wenn wir unserem deutschen Vaterlande damit Nutzen schaffen können, und sind bereit, auch Opfer zu bringen. Deshalb scheint es mir richtiger zu sein, man führt die einmal ins Auge gefaßte Einrichtung auch durch.

**Stadtv. Wesemeier:** Wenn man dem Gedanken des Herrn Loeschigk folgen wollte, dann müßte man auch sagen, es sei recht von den großen Gutsbesitzern, denen die Schweine zum Mästen durch die Landwirtschaftskammer sozusagen aufgetrohiert sind, daß sie denken: Was sollen wir mit diesen Schweinen? Sie kommen uns nicht zugute, und ein Geschäft machen wir dabei nicht. Und das hat ja auch einer von ihnen erklärt in der Sache, wo die Schweine herrenlos umherlagen. Auch bei den Hauschlachtungen wird ein Teil des Eingeschlachteten auf die Fleischkarte angerechnet werden. Wenn wir so denken wollten, wie Herr Loeschigk sagt, dann können wir nur die ganze Produktion an Lebensmitteln einstellen, und es wäre ein außerordentlich schlechter Streich, zu dem die Ausführung des von Herrn Loeschigk hingeworfenen Gedankens führen könnte.

Nun aber etwas anderes. Mir scheint es doch, als würde es noch etwas lange Weile mit der Einrichtung des Hühnerhofs haben. Ich hatte gedacht, der Platz



rechts neben der Chaussee zu dem großen Wirtschaftshofe, neben dem Wirtschaftsgebäude und neben den Stallungen würde für den Hühnerhof ganz geeignet sein. Nun kommt es ja gar nicht darauf an, an welche Stelle er hinkommt. Aber man will jetzt, daß der Schulgarten, den wir vor ein paar Jahren auf dem Kieselgute eingerichtet haben, dort weggenommen wird, und da ist zu bedenken, daß die Anlage des Schulgartens uns auch Geld gekostet hat. Ich habe ihn mir angesehen; es ist eine außerordentlich sehenswerte Einrichtung, die wir dort auf dem Kieselgute haben, und ich habe mich recht darüber gefreut. Wenn man allerdings zu der Ansicht gekommen ist, daß der Schulgarten dort nicht am Plage ist, dann muß wohl oder übel andere Vorkehrung für den Schulgarten getroffen werden, und wenn man es für angebracht hält, ihn im Bürgerparke unterzubringen, so habe ich nichts dagegen anzuführen. Aber wie denkt man sich denn die Sache? Man kann den Schulgarten nicht einfach in die Kiepe packen und herbringen. Die Pflanzen müssen umquartiert werden; das dauert wieder Wochen und Monate, und ob es jetzt die richtige Zeit zum Verpflanzen der dort stehenden Gewächse ist, weiß ich nicht, denn ich bin kein Gärtner. Aber alle diese Dinge kommen doch in Frage, und ich möchte sie klargestellt wissen. Man wird jedenfalls mit Sachverständigen schon Rücksprache genommen haben, wie lange denn der Umzug dauert. Wenn es noch Monate dauert, dann stehen wir vor der Eventualität, wohl ein Gebäude für den Hühnerhof, aber keine Hühner darin zu haben. Herr Gefangeneningenieur Ulrich hat vom Herrn Bürgermeister Meyer Auftrag, Offerten für Hühner einzuziehen. Offerten sind in Hülle und Fülle gekommen, aber abgenommen werden die offerierten Tiere nicht. Dabei steigen die Hühner im Preise. Je länger wir die Sache hinauszögern, um so schwieriger wird es werden, die nötigen Hühner zu beschaffen, und ein Hühnerhofgebäude ohne Hühner darin ist doch kein Hühnerhof! (Heiterkeit.) Es ist also für mich eine schwerwiegende Frage, ob die Sache durch die Verlegung des Schulgartens nicht so weit hinausgezögert wird, daß die Anlage des Hühnerhofs überhaupt unmöglich wird. Ich kann das nicht beurteilen, möchte aber Aufklärung darüber haben.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Was zunächst die Frage betrifft, ob man Hühner in größerer Zahl auf dem Hofe an der Ostseite der Straße — den meint Herr Wesemeier — unterbringen kann, so wird das aus dem Grunde schwierig sein, weil dieser große Hof fortwährend dem Verkehr geöffnet sein muß. Es liegen ferner die Körnerscheunen unmittelbar an diesem Hofe, die Hühner würden also in das Korn hineinfliegen. Das ist dem Herrn Inspektor Ulrich nicht entgangen, und deshalb hat er mit Recht gesagt: Hinter dem Stalle auf der Wiese muß der Hühnerhof eingerichtet werden. Nun ist aber der Magistrat zu der Ansicht gekommen, daß das bedenklich wäre, da die Wiese harten, tonigen Boden hat und bei

Hochwasser feucht ist, so daß sie zu dauerndem Aufenthalt für Hühner nach unserer Kenntnis sich nicht gut eignet. Im Schulgarten sind sie in der Beziehung besser aufgehoben. Nun würden wir nicht auf den Gedanken gekommen sein, jetzt vorzuschlagen, den Schulgarten, den wir mit vielen Kosten und Mühen geschaffen haben und der wunderschön ist, nur wegen der Unterbringung der Hühner hierher zu verlegen. Es hat sich vielmehr schon seit längerer Zeit ergeben, daß der Schulgarten dort draußen ungünstig liegt. Die Gründe, weshalb das der Fall ist, sind zum Teil schon von dem Herrn Berichterstatter hervorgehoben. Die weite Entfernung macht es nahezu unmöglich, daß Schulkinder hinausgeführt werden, um die Pflanzen an Ort und Stelle, wo sie wachsen, anzusehen, was die Schule jetzt für durchaus wünschenswert erklärt. Einer der Hauptgründe für Verlegung des Schulgartens ist aber folgender: Der Schulgarten wird gepflegt von einem Lehrer, der sich geradezu aufopfert für diese Schöpfung, die wir ihm verdanken — das wollen wir offen anerkennen; und es wurde schon früher von Herrn Stadtschulrat Dr. Meßkuh mir gegenüber erklärt: „Ich fürchte, wenn der Lehrer Kamke diese Nebenbeschäftigung einmal aufgibt, daß wir dann keinen Lehrer haben, der die Sache im Gange erhält.“ Das ist im höchsten Grade bedenklich. Wenn wir eine so kostspielige Einrichtung von seiten der Stadt unterhalten und die Gefahr vorliegt, daß sie in der Luft schwebt, wenn die Person, die jetzt die Leitung hat, sie abgibt, so müssen wir beizeiten Vorkehrung treffen, daß so etwas nicht eintreffen kann. Ich habe selbstverständlich mit Herrn Kamke selber über die Verlegung des Schulgartens gesprochen, und er hat mir sofort erklärt, es würde für ihn eine ganz besondere Freude sein, wenn der Schulgarten nach hier verlegt würde. Die Last für den Herrn ist tatsächlich groß; er ist bei Wind und Wetter auf dem Rade unterwegs, muß auch, wenn gearbeitet werden kann, auf dem Schulgarten in Steinhof sein, und das ist eine große Belastung für ihn. Er hat infolgedessen in der Schule wesentlich entlastet werden müssen, und es sind daher Hilfskräfte für ihn eingestellt. Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß die Pflanzen durch besondere Boten in die Stadt gebracht werden müssen, was wieder Kosten verursacht. So haben wir im Magistrat uns gesagt: Ehe wir jetzt einen zweiten Platz in ähnlicher Weise einzurichten wie den Schulgarten, nämlich die Wiese hinter dem alten Pferdestall, wollen wir die Sache lieber richtig aufziehen, den Schulgarten zum Hühnergarten einrichten, und den Schulgarten nach der Stadt verlegen. Das ist der Verlauf der Sache gewesen.

Daß durch die Verlegung des Schulgartens die Einrichtung des Hühnerhofs verzögert wird, kann ich nicht zugeben. Sie haben uns in der Sitzung vom 29. Juni ersucht, einen Hühnerhof einzurichten. Es war uns schlechterdings unmöglich, Ihnen innerhalb vierzehn Tagen ein fertiges Projekt vorzulegen, denn wir sind keine Sachverständigen und mußten uns erst bei solchen erkundigen. Seit dem

29. Juni ist aber auch keine Stadtverordneten Sitzung gewesen, und infolgedessen hat die Sache Ihnen nicht früher vorgelegt werden können. Allerdings muß ich auch sagen: Eine Verzögerung hat in diesem Falle wirklich keine Bedeutung, denn ich wüßte heute noch nicht, wo wir das Futter für einen größeren Hühnerbestand hernehmen werden. Es ist möglich, daß die Schätzung der Getreideernte, die in nächster Zeit beginnt, günstigere Ergebnisse zeitigt, als bis jetzt angenommen wird, und daß wir dann in der Lage sind, größere Futtermengen für die Hühner aufzuwenden. Einstweilen aber ist die Hauptsorge, daß wir das nötige Brotkorn für die Ernährung der Menschen sicherstellen. Eventuell werden wir mit dem Betriebe des Hühnerhofs noch länger warten müssen, auch wenn wir einen Hühnerhof erbauen. Aber der Magistrat hat sich doch auf den Standpunkt gestellt: Nachdem die Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit den Antrag angenommen hat, wollen wir der Sache nicht widersprechen. Wir sind überzeugt, daß in finanzieller Beziehung die Sache unvorteilhaft ist, aber die wirtschaftlichen Vorteile einer solchen Einrichtung sind heute von größerer Bedeutung als finanzielle Nachteile, und deshalb werden wir dem Antrage nachkommen. Wir wollen die Einrichtung nach jeder Richtung nicht allein deshalb fördern, um Eier zu produzieren, sondern auch um Fleischhühner zu züchten, vielleicht auch um hiesigen Einwohnern, die Hühner halten wollen, durch gute Zuchtergebnisse Hühner zu mäßigen Preisen liefern zu können. Wir glauben, daß die Sache, wenn wir so vorgehen, auch nach dem Kriege von Bedeutung für die Stadt sein kann. Es wird allerdings vor allem darauf ankommen, daß wir einen geeigneten Leiter für das Unternehmen haben. Davon hängt regelmäßig das Gedeihen eines solchen Unternehmens ab, und ich will hoffen, daß es uns gelingt, demnächst eine solche Kraft zu gewinnen.

**Stadt v. Roefsig:** Aus den Worten des Herrn Wesemeier geht hervor, daß er glaubt, ich sei weniger patriotisch gesinnt als andere in dieser Versammlung. Ich brauche zur Entgegnung gegen einen solchen Vorwurf wohl nicht viel Worte zu verlieren. Kirchenspaltung habe ich in dieser Versammlung doch bisher nicht getrieben, sondern das Wohl der Einwohnerschaft hat mir immer am Herzen gelegen. Meine Meinung ist, daß, wenn die Einwohnerschaft mit Eiern versorgt werden soll, ein städtischer Hühnerhof uns nicht die Mittel dazu schafft, wenn das deutsche Reich die Eier beschlagnahmt. Ich weiß, daß Großgrundbesitzer Tausende von Eiern liegen haben und nicht verkaufen dürfen. Es würde uns mehr nützen, wenn freigegeben würde, daß sie herausgegeben werden dürfen. Wir sollen 8000 M für Errichtung des Stalles ausgeben, in dem ungefähr 400 Hühner unterkommen. Das würden 20 M für jedes Huhn nur für Unterkunft sein. Ich meine, das werden uns teure Eier werden.

Stadtv. **Niese:** Als uns die Angelegenheit in der Nieselgutdeputation zuerst beschäftigte, hatte ich den Herrn Oberbürgermeister im Verdacht, daß er der Anlage eines Hühnerhofs nicht günstig gegenüberstände, und daß er die Vorlage ablehnen würde. Ich habe mich überzeugt, daß ich mich darin geirrt habe, und zwar geht diese meine jetzige Ansicht aus den einzelnen Vorschlägen und Aussprüchen hervor, die wir in der Nieselgutdeputation gehabt haben. Nun ist schon hervorgehoben, daß es kein Unternehmen ist, bei dem ein finanzieller Gewinn herauspringt, wenn wir den Hühnerhof anlegen. Davon sind wir überzeugt, aber es kommt auch darauf nicht an. Es kommt in erster Linie darauf an, mit dazu beizutragen, daß die Menge der Ernährungsmittel eine größere wird. Die Bestimmungen über die Zurückhaltung und Beschlagnahme der Eier werden wohl nicht für ewig getroffen sein und können mich von der Anlage des Hühnerhofs nicht abschrecken. Nach der Berechnung des Herrn Stadtrat Wagner kann pro Kopf der deutschen Bevölkerung in jedem Monat ein Ei geliefert werden. Wenn das richtig ist, dann wäre es besser, wenn der Vorrat der ganzen Eier auf einen Haufen geschlagen, ein großer Eierkuchen daraus gebacken und der dann verteilt würde. (Heiterkeit.) Aber, wie gesagt, solche Bestimmungen schrecken mich nicht ab, für den Bau des Hühnerhofs einzutreten. Wenn wir erst Hühner haben, dann könnten wir es machen wie eine große Menge von Landwirten, die ihre Hühner auf die abgeernteten Felder bringen, die Felder von den Hühnern abjuchen lassen und gut damit gefahren sind. Nicht zu unterschätzen ist es, daß wir nicht nur Eier, sondern — wie auch der Herr Oberbürgermeister schon sagt — daß wir auch Fleisch produzieren wollen, vielleicht auch dadurch, daß wir Enten und Gänse mit halten, denn ein Teich liegt in unmittelbarer Nähe bei dem in Aussicht genommenen Plage, und der größere Teich kann angeschlossen werden. Daß das Gebäude nicht an der zuerst in Frage kommenden Stelle aufgebaut werden soll, kann uns recht sein, denn die Anlage dort ist eine viel glücklichere. Auch die Erhöhung der vorhandenen Einfriedigung wird sich leicht machen lassen; wir brauchen kein Eisen zu betonieren, sondern können mit Pfählen und Draht ganz gut auskommen. Es wurde zwar das Bedenken geäußert, daß die Anlage nicht diebstahlsicher sei. Aber wir haben doch den Nieselwächter, der die Anlage beobachten kann. Es kann veranlaßt werden, daß dieser regelmäßig auf die Sache achtet, und es kann ein guter Hund angeschafft werden, dann wäre wohl in dieser Hinsicht nichts zu befürchten. Ich bezweifle auch nicht, daß die Einrichtung gut gedeihen wird, wenn wir außer dem Herrn Inspektor Ulrich noch einen anderen Sachverständigen zu Rate ziehen, der sich besonders darauf versteht, die Kreuzung der Hühner vorzunehmen und die Eier- und Fleischproduktion zu trennen und richtig zu handhaben. Wenn die beiden den Nieselmeister instruieren, dann finden wir in dem wohl auch den Mann, der die ganze Sache leiten kann.

Betreffs des Schulgartens bin ich der Idee der Verlegung sofort beigetreten, und zwar aus dem Grunde, weil bei dem jetzigen Zustande die Kinder die Pflanzen nicht an Ort und Stelle studieren können. So schön er dort auf dem Kieselgute angelegt ist, ebenso schön kann er auch an einer anderen Stelle in der Nähe der Stadt angelegt werden. Wir kommen ja jetzt gegen den Herbst, wo jeder Baum und Strauch das Umpflanzen vertragen kann; es steht also nichts im Wege, den Umzug jetzt auszuführen, ohne die Sache weiter zu verzögern.

Nun wurde gesagt, daß uns schon Hühner angestellt sind; dann sind es jetzt im Herbst Küken, und deren Ankauf kann gar nicht früh genug vorgenommen werden, da die jungen Herbstküken immer teurer werden; alte Hühner werden wir selbstverständlich nicht kaufen. Solche junge Küken anzukaufen, sehe ich kein Hindernis. Wir behalten sie drei Jahre und dann werden sie wieder abgeschafft. Sobald als möglich müßte aber auch das Unterkommen für die Hühner geschaffen werden; die alte Bude auf dem Schuttabladeplatz bei Mascherode abzureißen und sie wieder auf dem Kieselgute aufzustellen, kann doch keinen Monat dauern. Wenn so schnell verfahren wird, dann haben wir Hühner, die zum Frühjahr und im nächsten Sommer Eier legen werden. Ich träume nicht davon, daß ich eins oder zehn davon abbekomme. Es kommt mir darauf an, daß wir mit dazu beitragen, die Menge der Nahrungsmittel zu mehren. Wenn jetzt angefangen wird, den Schulgarten an seine neue Stelle zu bringen, und wenn jetzt Hühner aufgekauft werden, dann sind auf dem Kieselgute auch Leute genug, die sich um die Küken kümmern, und auch an anderen Stellen würde man die angekauften Küken einstweilen unterbringen können. Sind erst einmal die Hühner da, dann wird sich auch das Futter für sie finden. Aus alle diesen Gründen habe ich dafür gestimmt, die Errichtung eines Hühnerhofs auf dem Kieselgute vorzunehmen, ich stehe der Vorlage sehr sympathisch gegenüber.

**Stadtv. Frede:** So ganz kann man dem nicht abfallen, was Herr Loeßigst gesagt hat. Ich glaube, wenn es uns gelänge, Eier in größeren Mengen zu produzieren, und sie uns dann ganz oder zum Teil genommen würden, dann würden die Herren Wesemeier, Kiefe und ihre Freunde sich überbieten in Beschwerden über solche Maßnahmen. Der Antrag ist im Anfange ja auch gestützt durch den Hinweis darauf, daß die städtische Bevölkerung mit Eiern versorgt werden solle, und der Magistrat, der im Anfange dem Plane nicht günstig gesinnt gewesen ist, hat sich zu einer freundlicheren Stellungnahme sicher nur durch die Rücksicht auf die Versorgung der städtischen Bevölkerung, und nicht etwa der auswärtigen, bestimmen lassen. Aber es ist allerdings auch das allgemeine, das vaterländische Moment nicht außer acht zu lassen.

Was die Verzögerung der Angelegenheit belangt, so hat der Herr Oberbürgermeister auf die Schwierigkeit der Futterbeschaffung verwiesen. Ich habe gestern mit Herrn Inspektor Ulrich gesprochen. Er sagte mir, daß er allerdings eine Menge Angebote bekommen hat, daß aber ungeheure Preise gefordert seien, die nicht zu bezahlen seien. Ob das nicht auch ein Grund der Verzögerung des Hühnerankaufs mit ist? Ich glaube doch.

Bezüglich der Schulgartenverlegung möchte ich bemerken, daß ich mich seinerzeit gewundert habe, daß er so weit hinausgelegt werden sollte. Es kam aber damals allein noch der Kessel in Betracht, und es wurde vom Magistratsstische aus gesagt, daß ihn die Hofintendantur nicht zur Verfügung stelle. An den Bürgerpark habe ich zu jener Zeit nicht gedacht, und es fehlte mir auch die Übersicht über die Verfügungsmöglichkeit der dortigen Flächen. Aber die Vorteile einer Verlegung des Schulgartens nach dieser Stelle liegen auf der Hand. Man muß sich nur einmal vor Augen führen, wie die Sache jetzt gemacht wird. Es werden die Stengel mit den Blüten im Schulgarten gepflückt und den einzelnen Schulen in Bündeln zugesandt. Dort werden sie verschiedene Tage erhalten und in den Klassen verwendet. Aber wenn die Pflanzen aus ihrer Umgebung herausgerissen und den Kindern einzeln vorgeführt werden, so stellen sie sich den Kindern ganz anders dar, als wenn sie in ihrer Umgebung und unter den Bedingungen, unter denen sie wachsen, den Kindern gezeigt werden können. Dieselbe Pflanze stellt sich in ihrem Jugendzustande anders dar, als wenn sie Frucht trägt. Wenn wir in der Lage sind, die Pflanzen in ihren Entwicklungsstadien zu verfolgen, was nur möglich ist, wenn der Schulgarten mit den Kindern besucht wird, so ist das bedeutend mehr wert als der jetzige Zustand. Ich glaube, daß der jetzige Schulgarten wegen seiner unbequemen Lage von den Lehrern nur sehr wenig besucht wurde. Das wird sich sofort ändern, wenn der Garten hier ist, und in demselben Maße wird das Interesse für das Herrichten und die Bewirtschaftung des Gartens wachsen. Die vorhin ausgesprochene Befürchtung des Herrn Oberbürgermeisters wegen eines Nachfolgers in der Leitung des Schulgartenbetriebes wird dann wohl dadurch behoben sein, daß sehr viele ein Interesse an der Sache finden und bereit sind, den Schulgartenbetrieb fortzuführen. Ich bin sehr erfreut über diese vorgeschlagene Änderung.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich habe in der Baukommission nicht für das Projekt gestimmt, und zwar aus den Gründen, die Herr Voeshigk angedeutet hat. Wenn wir das Geld, das für den Hühnerhof ausgegeben werden soll, nehmen und unsere Bevölkerung beim Eierankauf damit unterstützen wollten, so wäre ich dazu bereit. Es ist schon bemerkt, daß Hühner schwer zu beschaffen sind. Was ein junges Legehuhn kostet, weiß ich nicht, aber ich beziffere die Ausgabe für die anzuschaffenden

Hühner mit allen Unkosten und Schifanen auf 12 000  $\text{M}$ . Dazu die 8000  $\text{M}$  für die Anlage selbst gerechnet, gibt eine Summe von 20 000  $\text{M}$ . Dabei ist es nur ein Versuch, unserer Bevölkerung Eier zu verschaffen, und ein Versuch wird es wohl bleiben. Wenn die 400 Hühner alle gut legen, was kommt dabei im Jahre heraus? (Zuruf.) 40—60 000 Stück, nun gut! Wenn wir 20 000  $\text{M}$  in die Hand nehmen, können wir mehr Eier dafür anschaffen. Mich macht es auch stutzig, daß ich heute noch nicht weiß, ob wir das nötige Futter für die Hühner bekommen werden. Was nützt uns der Hühnerhof, wenn wir nachher kein Futter für die Hühner haben! Ferner macht mich bedenklich, daß wir nicht eine ganz feste Zusage bekommen haben, daß die Eier, die dort produziert werden, der Stadt zugute kommen. Wenn sie in den großen Wursttopf hineinkommen und in ganz Deutschland verteilt werden, so ist es wohl schön, patriotisch vorzugehen und zu jagen: „Wir wollen alle dem deutschen Vaterlande nützen“, aber ich meine: Keine Kommune wird so handeln und 20 000  $\text{M}$  und mehr aufwenden, um solchen kleinen Zweck zu erreichen. Es lassen sich mit den 20 000  $\text{M}$  so viele Unterstützungen geben, daß dieses bißchen Eierproduktion dadurch mehr als aufgewogen wird.

Was die Verlegung des Schulgartens anbetrifft, so habe ich gestern in der Baukommissionssitzung schon gesagt, daß ich mich freue, daß durch dieses Projekt die Sache ins Rollen gekommen ist. Ich habe hingewiesen auf die Verhältnisse in Chemnitz, wo auch ein neuer Schulgarten angelegt ist, nach dem man sogar mit der Straßenbahn hinausfahren kann. Dort sind nicht nur Kräuter, Stauden und Gesträuche angepflanzt, sondern auch fruchtragende Bäume usw. usw. Ferner befindet sich eine Unterkunftshalle in jenem Schulgarten, gerade so wie hier auf dem kleinen Exerzierplatze und dem Leonhardplatze, damit die Kinder, wenn sie von einem Gewitterregen überrascht werden, dort Schutz finden können. Zu gewissen Tageszeiten ist der Schulgarten auch für das übrige Publikum geöffnet, und ich habe meine Freude über die Anlagen gehabt. Der Platz im Bürgerparke, der in Aussicht genommen ist, kommt mir ja sehr klein vor, aber es ist mir von dem Herrn Oberbürgermeister die Zusicherung gegeben, daß wir ihn noch vergrößern können. Das Schulgartenprojekt begrüße ich also von Herzen, für das Hühnerprojekt kann ich aber mit dem besten Willen nicht stimmen.

**Stadtv. Steinede:** Als dereinstiger Antragsteller wegen Einrichtung eines städtischen Hühnerhofs möchte ich meiner ganz besonderen Freude Ausdruck geben, daß Aussicht vorhanden ist, daß der Hühnerhof nun wirklich eingerichtet wird, bedaure aber außerordentlich mit Herrn Inspektor Ulrich, daß nicht schon Vor Sorge getroffen ist, die angebotenen Hühner anzukaufen. Sie hätten doch provisorisch untergebracht werden können, genau so wie jeder Privatmann schon vorher eine kleinere Anzahl Hühner unterbringen kann, wenn er einen Hühnerstall baut. Be-

sonders die Hühnerküken, die im März oder April geboren sind, steigen außerordentlich im Preise. Wir hätten nach meiner Ansicht den Stadtfädel geschont, wenn wir die Hühner früher angeschafft hätten. Diese Ansicht ist auch in weiten Kreisen des Publikums verbreitet und, wie ich glaube, begründet. In dieser Zeit haben sich sehr viel Leute Hühner angeschafft, und dadurch wird der Hühnermarkt stark in Anspruch genommen. Dazu nutzen die vielen Spekulant<sup>n</sup> die Situation aus, und so kann man beobachten, daß die Preise der Hühner fast täglich steigen. Deshalb möchte ich bitten, jetzt gleich einen Posten Hühner zu kaufen und provisorisch unterzubringen. Es war das wohl auch beabsichtigt, denn wenn Herr Inspektor Ulrich beauftragt war, Dörfert einzuziehen, so ist es doch folgerichtig, daß sie auch berücksichtigt werden mußten.

Den Herren Kollegen, die noch immer Bedenken wegen Errichtung eines städtischen Hühnerhofs tragen, möchte ich erwidern, daß diesen Bedenken ebenso glänzende Zeugnisse über Erfolge aus anderen Städten gegenüberstehen, die Geflügelzucht eingerichtet haben. Und was das Futter anbelangt, so haben hier in der Stadt größere Geflügelzüchter, die ihre Bestände vermehrt haben, auch diese durchgebracht. Sie haben die Möglichkeit, Gerste füttern zu dürfen, und zwar zu nicht hohen Preisen. Andere haben Kleie gefüttert oder mit Knochenstrot vermischte Abfälle, wie auch Herr Voeshigt uns seinerzeit hat berichten können. Manche haben sich auch selber Knochenmühlen angeschafft, um die Knochen zu zerhacken. Sollte eine Beschlagnahme der Eier kommen, so müssen wir uns natürlich bescheiden. Ich glaube nicht, daß — um Herrn Frede zu erwidern — die Herren Wesemeier und Nieke sich dann in Beschwerden überbieten würden. Sie werden sich ebenso bescheiden, wie wir alle es müßten. Aber wir hätten dann doch einen Beitrag für das große Ganze beigetragen. So engherzig dürfen wir nicht sein, daß wir sagen: Wir wollen die Einrichtung nicht treffen, weil es unter Umständen für uns ebenso bleiben würde, wie es jetzt ist. Wir müssen ein Herz haben für unsere Volksgenossen. Das Projekt fallen zu lassen, wie es Herr Meyerhoff will, wäre unbillig und unklug, weil wir auch mit der Zukunft rechnen müssen. Ja, Herr Meyerhoff, auch sofort nach dem Kriege werden die Eier nicht billiger werden. Wird dann die Beschlagnahme aufgehoben und haben wir eine rationelle Hühnerzucht im Gange, dann kann sie uns auch nach dem Kriege noch nützlich und wertvoll sein. Deshalb möchte ich sagen: Schon um der Zukunft, wenn nicht um des Augenblicks willen muß der städtische Hühnerhof eingerichtet werden.

Sodann habe ich nichts darüber gehört, daß der Hühnerhof 20 000 ./. kosten soll, wie Herr Meyerhoff erwähnte. Wenn ich von den Herren Kollegen zu meiner Seite recht unterrichtet bin, so kostet die Anlage wohl 8500 ./. (Zuruf: Ohne Hühner!) Es sind wohl einige hundert Hühner in Aussicht genommen. Dann



kann doch durch ihre Anschaffung die Ausgabe nicht von 8000 auf 20 000 an-  
schwellen. Meine Rechnung fällt wesentlich geringer aus.

Stadtv. **Meyerhoff:** Persönlich möchte ich bemerken, daß ich nicht anerkenne,  
daß ich unklug handle, wenn ich gegen das Projekt stimme. Einen solchen Aus-  
druck muß ich zurückweisen.

Stadtv. **Steincke:** Wenn sich Herr Meyerhoff verletzt fühlen sollte, so will  
ich meine Worte gern dahin berichtigen, daß ich sagen wollte: „nicht praktisch“.  
Das sollte wenigstens der Sinn meiner Ausführungen sein. Ich glaube auch, in  
dem Sinne sind meine Worte, wie ich sie gebraucht habe, zu verstehen.

**Vorsitzender:** Herr Meyerhoff hat sich dahin geäußert, daß er für Verlegung  
des Schulgartens sein würde, aber nicht für Errichtung eines städtischen Hühner-  
hofs. Es wird deshalb praktisch sein, daß wir die Abstimmung teilen. Der An-  
trag der Kommission geht dahin, 1. den Schulgarten nach dem Bürgerparke zu  
verlegen, 2. den Hühnerhof auf dem Kieselgute zur Ausführung zu bringen und  
3. die für den Hühnerhof erforderlichen Gebrauchsgegenstände und die Hühner in  
einer den Verhältnissen entsprechenden Zahl zu beschaffen. Ich werde zuerst über  
Punkt 1 und sodann gemeinsam über Punkt 2 und 3 abstimmen lassen.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt den Magistratsanträgen zu.

## 10. Beteiligung der Stadt an der 5. Kriegsanleihe.

Stadtv. **Lebbenjohanns:** Der Stadtmagistrat beantragt, ihn zu ermächtigen,  
abermals eine Million Mark 5prozentige Schuldverschreibungen für die Stadt zu  
zeichnen und die dazu erforderlichen Mittel in gleicher Weise, wie solches bei den  
früheren Zeichnungen geschehen ist, zu beschaffen. Er bezeichnet es in seinem  
Schreiben an die Stadtverordneten als eine Ehrenpflicht der Stadt, dem Reiche  
die von ihm geforderte Hilfe zu leisten, und ich meine, dem ist ohne weiteres zuzu-  
stimmen. Die gleichen Gründe, welche die städtischen Behörden veranlaßt haben,  
je eine Million Mark bei den früheren Kriegsanleihen zu zeichnen, sprechen auch  
für die Beteiligung der Stadt an der 5. Kriegsanleihe. Aus dieser Erwägung  
heraus hat auch die Finanzkommission ohne weiteres dem Antrage des Magistrats  
zugestimmt und gibt Ihnen anheim, auch Ihre Zustimmung zu erteilen.

Die Beteiligung der Stadt an der 5. Kriegsanleihe wird beschlossen.

## 11. Erhöhung des städtischen Kriegskredits bei Herzoglichem Leihhause.

Stadt v. **Munte**: Es ist folgendes Schreiben des Magistrats an die geehrten Herren eingegangen, das ich Ihnen der Wichtigkeit der Sache wegen vollständig vorlesen will.

„Zufolge Beschlusses der Herren Stadtverordneten vom 16. Februar waren wir ermächtigt, den der hiesigen Stadt beim Herzoglichen Leihhause eröffneten Kriegskredit bis zum Betrage von 10 Millionen Mark in Anspruch zu nehmen, und durch den Beschluß des verstärkten Finanzausschusses vom 12. Mai c. ist diese Höchstgrenze auf 12 Millionen Mark festgesetzt. Die Schuld beim Leihhause beträgt heute 10 300 000 *M.*, sie wird infolge der zahlreichen Einberufungen und erheblichen Aufwendungen, zu denen die Stadt genötigt ist, schnell weiter steigen. Eine besonders große Ausgabe steht nun aber der Stadt in nächster Zeit durch den Ankauf von Kartoffeln bevor, und wenngleich wir hoffen dürfen, daß die vorausgabten Beträge allmählich wenn nicht ganz, so doch zum größten Teile an die Stadtkasse zurückfließen werden, so muß doch einstweilen das erforderliche Geld durch Anleihe beschafft werden. Wir sehen uns daher zu dem Antrage genötigt, uns zu ermächtigen, den fraglichen Kredit bis zum Betrage von 14 Millionen in Anspruch zu nehmen.“

Die Vorlage ist in der Finanzkommission beraten, und irgend welcher Einwand konnte dagegen nicht erhoben werden. Die Stadt gebraucht das Geld, sie kann es beim Leihhause zu verhältnismäßig mäßigem Zinsfuß bekommen, und deshalb gibt die Finanzkommission der geehrten Versammlung Zustimmung zu dem Antrage des Magistrats anheim.

Der Herr Vorsitzende stellt fest, daß dem Antrage nach die Vorlage einstimmig angenommen ist.

## 12. Erhebung einer Lichtspielsteuer betreffend.

Stadt v. **Sander**: Die Einführung einer Besteuerung der Lichtspieltheater hat uns schon einmal beschäftigt. Als seinerzeit die diese Sache betreffende Magistratsvorlage von uns beraten wurde, ist in der Stadtverordnetenversammlung der Wunsch laut geworden, man möchte die Sache an die Statutenkommission zurückverweisen, da die Art der Besteuerung doch wohl nicht die richtige sei. Man meinte, die vorgeschlagene Platzsteuer sei doch wohl eine rohe Steuer, es wäre richtiger, die Abgabe der Lichtspieltheater als eine Billettsteuer zu bemessen. Die Majorität schloß sich diesem Wunsche an, und so ist die Sache an die Statutenkommission zurückverwiesen. Dabei hatte sich Herr Busch, der eigentliche Antragsteller für die Zurückverweisung der Vorlage, erboten, Material zu beschaffen, aus

dem der Beweis hervorginge, daß bei der Billettsteuer nicht viel weniger für die Stadt herauskäme als bei der Platzsteuer. Es macht nun freilich der Unterschied eine ganz erhebliche Summe aus. Herr Busch hat herausgerechnet, daß als Abgabe der hiesigen Lichtspieltheater bei der Kartensteuer statt 100 000 *M.*, wie der Magistrat angegeben hatte, 60 bis 66 000 *M.* herauskommen würden. Ob das nun der Fall ist, muß die Erfahrung lehren; ich bezweifle es stark.

Die Sache hat nun nochmals die Statutenkommission beschäftigt, und die Mehrheit derselben war auch der Meinung, daß es richtiger sei, die Steuer nicht als eine Tagessteuer, sondern als eine Billettsteuer umzulegen. Es sind hier in dem Material verschiedene Tatsachen angeführt, die für Beurteilung der Sache sehr geeignet sind, und wenn Sie gestatten, werde ich Ihnen darüber einige Mitteilungen machen.

Über *Cassel* ist gesagt, daß diese Stadt eine Billettsteuer erhebt, und zwar 5 Pf. für Eintrittskarten bis zu 1 *M.*, über 1 *M.* 10 Pf.; der Ertrag der Steuer ist leider nicht aufgeführt, und das habe ich sehr vermißt. Wenn angegeben wäre, wieviel die Steuer in jedem Falle einbringt, so hätten wir daran ein Bild, wie wir die Steuer bemessen können.

Auch *Hagen* in Westfalen erhebt eine Billettsteuer, und zwar für Eintrittskarten bis zu 80 Pf. 5 Pf. und für teurere Eintrittskarten 10 Pf. Steuer.

In *Heidelberg*, *Pforzheim* und *Freiburg* im Breisgau werden bis zu 50 Pf. Eintrittskarten 5 Pf. Steuer und darüber 10 Pf. erhoben. Hier tritt die Steigerung also schon bei mehr als 50 Pf. ein, während die anderen sie erst bei 1 *M.* resp. 80 Pf. eintreten lassen. Ebenso liegen die Verhältnisse in *Bromberg* und *Breslau*.

In *Brandenburg* an der Havel wird eine Vergnügungssteuer von 6 *M.* pro Tag entrichtet. Außer den schon angeführten Plätzen in Rheinland und Westfalen wird auch hier in der Hauptsache für die unteren Plätze 5 Pf. und die höheren Plätze 10 Pf. erhoben, und das scheint allgemein die Norm zu sein.

*Chemnitz* ist eine Stadt, in welcher ebenfalls Lustbarkeitssteuer entrichtet wird. Dort werden von einem Kino z. B. für 200 Sitzplätze 150 *M.* Lustbarkeitssteuer pro Monat erhoben. Das käme also mehr auf die Platzsteuer hinaus, wie sie der Magistrat wünscht.

Es wird mir eben mitgeteilt, daß in *Breslau* bei einer Billettsteuer ein Ertrag von 195 000 *M.* herausgekommen ist. Nun muß man aber bedenken, daß *Breslau* eine sehr große Stadt mit über  $\frac{1}{2}$  Million Einwohnern ist. Wenn wir also einen Maßstab annehmen wollen, so würden wir den vierten Teil bekommen, also ungefähr 50 000 *M.*, und das würde sich ja ungefähr decken mit dem, was Herr Busch angegeben hat.

In Leipzig, wo die Platzsteuer, welche von Herrn Stadtrat von Frankenberg in Vorschlag gebracht wurde, erhoben wird, zahlten die Kinos im Frieden 5 Pf. pro Platz. Diese Summe ist jedoch während der Kriegszeit auf 1½ Pf. wochentags und auf 3 Pf. Sonntags reduziert, weil die Kinos bei der hohen Steuer nicht existieren könnten. Das kann ich nicht verstehen und weiß auch nicht, ob das richtig ist.

Münster in Westfalen berichtet: Es existiert hier von drei Kinos nur noch eins. Zwei Kinos haben infolge der hohen Platzsteuer ihre Pforten schließen müssen. Dies ist wieder ein Fall, der typisch ist. Wenn es zutrifft, wie diese Statistik angibt, daß die Kinos infolge der hohen Steuer zumachen mußten, so wäre es eine bedenkliche Sache gewesen, wenn wir mit der Platzsteuer angetreten wären. Würde durch die Platzsteuer der Untergang der Kinos herbeigeführt, so wäre mit der Einführung einer solchen Steuer gerade das Gegenteil von dem eingetreten, was wir mit Einführung der Steuer beabsichtigen: statt 100 000 .# würden wir gar nichts bekommen, und dann wäre eine Billettsteuer vorzuziehen. In Münster wurde für jede angefangene 50 Pf. Eintrittsgeld 10 Pf. Steuer und eine Pauschalsumme für jede angefangene Zweistunden-Vorstellung je nach Größe des Raumes erhoben, d. h. pro Tag unter Umständen 75 .# für 250–300 Plätze, 125 .# für 450–500 Plätze uß.

Nun kommt Magdeburg, was uns wohl mit am meisten interessiert, weil es uns so nahe liegt. Dort ist eine Lustbarkeitssteuer eingeführt, und zwar zahlt man bis 75 Pf. Eintrittsgeld 5 Pf. Steuer, von 75 Pf. bis 1,50 .# 10 Pf. und darüber hinaus 15 Pf.

Sie sehen, daß die weitaus meisten Plätze die Billettsteuer haben. Der langen Rede kurzer Sinn also ist, daß in der Statutenkommission die Meinung Platz griff, daß diese Steuer wohl die richtige sei, weil es gerechter ist, daß das besteuert wird, was wirklich eingenommen wird, während bei der Platzsteuer auch die nicht besetzten Plätze besteuert werden. Die Statutenkommission empfiehlt also, der Billettsteuer zuzustimmen, und der Magistrat erklärte, daß auch er nichts dagegen hätte.

Nun handelt es sich darum, wie hoch die Steuer bemessen werden soll. Ich bin der Meinung, daß wir mit 5 Pf. Steuer für 1 .# Eintritt zu gering abschließen würden. Wir müßten gleich den meisten Städten auch mit einer Steuer bei 50 Pf. Eintrittsgeld beginnen. Die Plätze unter 50 Pf. sind die billigsten, von denen man sagen kann, daß sie von den weniger bemittelten Leuten benutzt werden, und die müßten wir von der Steuer frei lassen, dagegen von Plätzen über 50 Pf. 5 Pf., von denen zu 1 .# 10 Pf. und darüber hinaus und für Logenplätze 15, 20 bzw. 25 Pf. erheben. Das würde der Vorschlag der Statutenkommission sein.

**Vorsitzender:** Darf ich den Herrn Berichterstatter unterbrechen. Ich glaube, Sie sind eben im Irrtum. Wir haben allerdings über diese Frage gesprochen, aber die Statutenkommission war im ganzen der Ansicht, die Feststellung der Sätze im einzelnen zunächst dem Magistrat zu überlassen und nur den Magistrat zu ersuchen, uns eine neue Vorlage auf Grund der Biletsteuer zu geben.

Stadtv. **Sander:** Sehr richtig; wenn ich das nicht gesagt habe, so bitte ich um Entschuldigung. Daß über die Höhe der Besteuerung der einzelnen Plätze Vorgetragene war meine eigene Meinung. Die Statutenkommission wollte es dem Magistrat überlassen, eine Vorlage zu machen, in der die Einzelheiten genau präzisiert sind, und nach der wir dann unsere Beschlüsse fassen können. Ich stehe aber nicht an, auch meine persönliche Meinung zur Geltung zu bringen, die dahin geht, daß der Betrag von 5 Pf. für Plätze über 1  $\text{fl}$  eine zu geringe Besteuerung ist, bei der der Betrag, den Herr Busch herausgerechnet hat, bei weitem nicht herauskommen wird. Wir haben seinerzeit ausgerechnet, daß dabei 25 000  $\text{fl}$  herauskommen würden. Wie Herr Busch zu dem Betrage von 66 000  $\text{fl}$  gekommen ist, ist mir rätselhaft. Immerhin ist es ja möglich, daß ein Irrtum in unserer Rechnung ist, aber auch Herr Busch kann sich geirrt haben. In der Hauptsache lege ich Wert darauf, daß unsere unbemittelte Bevölkerung wenig oder gar nicht von der Lichtspielsteuer betroffen wird, sondern nur die besser Situierten, und das wäre wohl der Fall, wenn wir von 50 Pf. anfangen mit einer Steuer von 5 Pf. und bei den teureren Plätzen höher gehen. Ich möchte einen dahingehenden Antrag stellen und den Magistrat bitten, ihn in wohlwollende Erwägung zu ziehen.

Stadtv. **Stegmann:** Das Geld, das uns durch Einführung der Lichtspielsteuer in Aussicht gestellt wird, kann die Stadt sicherlich sehr gut gebrauchen, trotzdem aber können meine Freunde und ich uns nicht für eine derartige Steuer erwärmen, und zwar ebensowenig für eine Platz- wie für eine Biletsteuer. Wir halten es für durchaus verfehlt, daß die Stadt auf diesem Gebiete vorgehen will. Wenn auch gesagt wird, daß die untersten Plätze von der Steuer freibleiben sollen, so halte ich es für selbstverständlich, daß die Kinobesitzer die Steuer abwälzen werden, indem sie auch die Preise der niedrigen Plätze höher schrauben. Es ist also eine indirekte Steuer, die man der Bevölkerung auferlegt, ganz gleich, ob es nun eine Platz- oder eine Biletsteuer werden wird. Auch aus anderen Gründen sollte man gegen die Steuer sein. Ich bin der Meinung, daß es richtig ist, wenn man oft hört: In Braunschweig, das eine Großstadt sein soll, ist durchaus nichts los. Wer von Hannover hierherkommt, wird finden, daß Braunschweig ein totes Nest ist. Was können wir hier in der Stadt den Fremden bieten? Und doch wird immer davon geredet, daß der Fremdenverkehr gehoben

werden muß. Von den Kinos, die hier vorhanden waren, haben schon einige ihre Pforten schließen müssen, schließlich werden noch mehr folgen. Braunschweig sollte viel mehr darnach streben, den Verkehr wirklich zu heben, man sollte bestrebt sein, den Fremden mehr zu bieten. Statt dessen soll das bißchen Leben, das vorhanden ist, durch die geplante Steuer noch verringert werden. Was gibt es denn noch in Braunschweig, nachdem Holsts Theater und so viele Restaurants geschlossen sind? Ich bin zwar kein Freund der Kinos, denn vieles, was geboten wird, vielleicht das meiste, ist wertlos. Aber da das Hoftheater zu teuer ist und sonst wenig Vergnügungs- und Bildungsgelegenheit hier vorhanden ist, so sind die Kinos doch wenigstens ein kleiner Ersatz dafür, namentlich für die minderbemittelte Bevölkerung, und dies Wenige soll man nicht unterbinden. Wenn Sie die Billettsteuer einführen, dann wird der Appetit mit dem Essen kommen, dann wird auch eine allgemeine Vergnügungssteuer vorgeschlagen werden, und damit unterbindet man das öffentliche Leben in Braunschweig noch mehr. Ich bitte dringend, diese Lichtspielsteuer abzulehnen und den Magistrat nicht zu ersuchen, uns eine neue Vorlage zu machen.

Stadtv. **Frede:** Es scheint heute eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Lichtspielsteuer nochmals stattfinden zu sollen, und in der nächsten Sitzung wird sich dann die Versammlung wahrscheinlich mit den einzelnen Sätzen zu befassen haben. Die grundsätzliche Entscheidung ist angeschnitten worden durch Herrn Stegmann, der sich dagegen erklärt, die Kinos überhaupt mit einer Steuer zu belegen. Er begründet das vor allen Dingen damit, daß der Fremdenverkehr nach Braunschweig unterbunden werden würde, wenn man die Kinos mit einer Steuer belegte und infolgedessen die Kinos ihre Pforten schließen müßten. Die Herren müssen verzeihen: Ich halte das für Übertreibung. Wir wollen nur das tun, was andere Städte auch tun, und wenn dort der Verkehr nicht gelitten hat, so weiß ich nicht, warum das für Braunschweig zu befürchten sein sollte. Wenn Herr Stegmann anerkennt, daß das Meiste, was in den Lichtspieltheatern geboten wird, nichts wert ist, so verstehe ich nicht, weshalb er dann einer Besteuerung so sehr im Wege sein will. Wir haben uns am 13. November 1913 hier zuerst mit einer Besteuerung der Kinos befaßt, und die Herren zu meiner Linken waren schon damals grundsätzlich gegen eine solche Steuer, trotzdem sie damals auch nicht verkennen konnten, daß viele Gründe für die Besteuerung bestehen. Von den bürgerlichen Abgeordneten waren es besonders die Herren Meyerhoff, Sander, Busch und Lauer, die gegen die Steuer sich aussprachen. Sie erkannten zwar die Gründe für eine Besteuerung der Kinos als berechtigt an, aber sie vermiften den Nachweis, daß die Stadt einen Geldmangel hätte. Damals wurde schon vom Magistratsstische aus erklärt, wenn es sich um die Einrichtung der Pflichtfort-

bildungsschule handelte: Wir haben noch keine Mittel dafür. Sollte ein Spielplatz im Westen errichtet werden, so waren auch dafür keine Mittel vorhanden, und als eine Stadthalle errichtet werden sollte, für deren Erbauung im großen Maßstabe Herr Meyerhoff eintrat, stellte es sich heraus, daß wir für derartige Aufwendungen auch keine hinreichenden Mittel hatten. Wenn wir das alles wollen, dann müssen wir auch Mittel schaffen, und es fragt sich sehr, ob wir sie durch Erhöhung der Einkommensteuer oder durch indirekte Steuern beschaffen sollen. Die Finanzlage der Stadt war damals nach Ansicht der Herren, die ich genannt habe, so gut, daß kein Bedürfnis nach neuen Geldquellen für die Stadt vorlag. Heute ist die Geldlage der Stadt sehr schlecht, wie Sie aus den Ausführungen vorhin gehört haben; 11 Millionen Mark Kredit muß die Stadt beanspruchen. Die Geldlage unserer Stadt ist so schlecht, daß wir mit ernster Sorge in die Zukunft blicken müssen, und deshalb ist es unbedingt nötig, daß wir uns darnach umsehen, wie es andere Städte machen, daß sie sich über Wasser halten. Wie können wir den Wettbewerb unter den Städten aushalten, insbesondere auch unserer Nachbarstädte? Da möchte ich hinweisen auf die Beträge an indirekten Steuern, die andere Städte aufnehmen, und die ich Ihnen für das Jahr 1915 vorführen möchte. Halten Sie sich dabei bitte zum Vergleich vor Augen, daß Braunschweig im Jahre 1915 einen Ertrag von 215 000 M an indirekten Steuern gehabt hat, der sich zusammensetzt aus Umsatzsteuer für Grundstückswechsel, Warenhaussteuer, Biersteuer und Hundesteuer. Magdeburg hatte im letzten Jahre an indirekten Steuern einen Ertrag von 494 000 M, Hannover 523 000 M, Kassel 760 000 M, Münster 835 000 M, Kiel 690 000 M, Duisburg 697 000 M, Königsberg 1 153 000 M, Breslau 1 291 000 M, Köln 1 463 000 M, Düsseldorf 1 469 000 M, Frankfurt am Main 1 483 500 M, Berlin 4 375 900 M, Charlottenburg 922 000 M, Neukölln 695 000 M — alles indirekte Steuern. Das gibt zu denken, und nochmals zu denken gibt es, daß diese Städte sämtlich unter dem Durchschnitt der Zuschläge für städtische Steuern zur Staatseinkommensteuer bleiben. Er beträgt in Preußen 200 Prozent. Die Städte sehen also darnach, daß sie möglichst durch indirekte Steuern etwas an Hand bekommen, um irgend welche für sie notwendige Ziele erreichen zu können. Wenn wir bedenken, daß Braunschweig nur 215 000 M an indirekten Steuern aufbringt, dann müssen wir sagen, daß wir wirklich das Risiko auf uns nehmen können, die Einnahmen an indirekten Steuern zu mehrten. Da ist die Kinosteuer die gegebene, und wenn wir sie in solcher Weise, wie es die Kommission vorschlägt, zur Durchführung bringen, so wüßte ich nicht, was daran zu erinnern wäre. Sie ist mäßig, die untersten Schichten werden geschont, und wir besteuern keine Plätze, die nicht besetzt sind.

Wenn die Befürchtung ausgesprochen ist, daß sich die Kinobesteuerung auf sämtliche Vergnügungsunternehmungen ausdehnen und sich zu einer Lustbarkeitssteuer auswachsen würde, so halte ich solches für nicht wünschenswert. Es wären dabei doch recht große Schwierigkeiten zu überwinden, und ich wenigstens würde unter keinen Umständen dafür zu haben sein, wenn man jedes gute Konzert mit einer Steuer belegen wollte. Denken Sie z. B. an die Konzerte des Lehrerchorvereins, der für seine Konzerte selbst große Opfer bringen muß. Es würde die Einführung einer solchen Steuer sicher auch große Schwierigkeiten mit dem Hoftheater verursachen. Durch den Hinweis, daß die Steuer sich weiter ausdehnen würde, brauchen wir uns nicht ängstlich machen zu lassen.

Ich habe schon erwähnt, wie infolge ihrer indirekten Steuern die Städte dastehen, die ich verlesen habe. Es hat sich durch diese indirekten Steuern ermöglichen lassen, daß sich z. B. die Gemeindeeinkommensteuer in Hannover im Jahre 1915 bedeutend günstiger hat gestalten lassen insofern, als dort in den mittleren und höheren Einkommensjagen weniger Steuern gezahlt werden als bei uns, und selbst in Magdeburg sind die hohen Steuersätze geringer als hier in Braunschweig. Es ist Pflicht für jeden Bürgerchaftsvertreter, daß er auf die Entwicklung der Stadt Rücksicht nimmt und ihr jedes Mittel sichert, das dafür zu Gebote steht. Ich bin für die Einführung der Kinossteuer.

**Stadtv. Sander:** Ich kann nicht anerkennen, daß mit einer Besteuerung von 5 Pf. auf die Sätze über 50 Pf. eine solche Belastung der Kinos eintreten wird, daß das Fortbestehen der Kinos dadurch unterbunden wird, sondern bin fest überzeugt, daß der Besuch derselbe bleiben wird, ja er wird im Gegenteil eher noch zunehmen als abnehmen. Ich verweise dabei nur auf die Einführung der Zigarettensteuer. Die Herren wissen, daß seinerzeit ein Geschrei erhoben wurde, als die Zigarettensteuer kommen sollte. Es hieß, man unterbinde damit den Lebensnerv der ganzen Zigarettenindustrie, ihre ganzen Arbeiter würden brotlos usw. Und was ist der Erfolg gewesen? Eine hundertprozentige Zunahme des Konsums. In ähnlicher Weise wird es auch mit dem Besuch der Kinos gehen. Ich bin fest überzeugt, die Steuer wird gar keinen Einfluß auf den Besuch der Vorstellungen haben, zumal dann, wenn die unteren Plätze nicht mit einer Steuer belegt werden. Die Stadt muß Geld schaffen, das geht nicht anders, mag man eine Form nehmen, welche es auch sei, und da bleibt uns — wie schon Herr Frede angedeutet hat — nur der Weg der indirekten Steuern offen, denn der Weg der Erhöhung der direkten Steuern — das hat der Herr Oberbürgermeister schon in der vorigen Stadtverordnetenversammlung angeführt — ist uns verschlossen.

Was die Lustbarkeitssteuer anbetrifft, so nehme ich einen anderen Standpunkt ein als Herr Frede. Er sagte, er würde ganz entschieden dagegen sein, wenn eine



allgemeine Lustbarkeitssteuer zur Einführung vorge schlagen würde. Gewiß, ich bin auch der Meinung, daß einzelne Fälle von der Besteuerung ausgeschlossen werden müssen: die Vorstellungen des Hoftheaters, die Konzerte des Lehrergefangvereins und der anderen Gesangsvereine. Ich sehe nicht ein, warum wir dem Lehrergefangverein eine besondere Stellung gegenüber den anderen Gesangsvereinen einräumen sollen; dagegen würde ich mich entschieden wenden. Es gibt andere Gesangsvereine, die auch etwas leisten können, und wenn sie nicht dasselbe wie der Lehrergefangverein leisten können, weil sie nicht so organisiert sind und nicht solch musikalisch gebildete Mitglieder haben, so gibt es doch eine ganze Reihe beachtenswerter Vereine, die Darbietungen bringen, die auf die Bezeichnung Kunst Anspruch erheben. Kurz und gut, ich bin also nicht der Meinung des Herrn Frede, daß wir eine Lustbarkeitssteuer nicht einführen sollen. Ich halte das deshalb für unrichtig, weil dann durch die Kinossteuer eine besondere Klasse von Vergnügungen herausgenommen und besteuert wird, während die anderen freigelassen werden. Es gibt doch eine ganze Menge andere Sachen, die wir mit einer Lustbarkeitssteuer belegen können. Ich will es der Zeit überlassen, die herauszufinden, und wenn der Magistrat nicht dazu kommt, wird es der Stadtverordnetenversammlung überlassen bleiben, Anträge darauf zu stellen. Jedenfalls werde ich mich bemühen, eine derartige Steuer, natürlich in einer Form, die annehmbar ist, zu befürworten.

**Stadtv. Wesemeier:** Wenn Herr Sander meinte, der vermehrte Konsum an Zigaretten sei eine Folge der höheren Besteuerung, so ist das wohl nur ein falscher Zungen Schlag, denn wenn das zutrifft, so müßte alles, was recht hoch besteuert wird, im Konsum um so mehr zunehmen.

Aber abgesehen davon sind wir nicht genug Opportunitätspolitiker wie Herr Frede, um zu behaupten — und das kann auch niemand —, daß sehr viele Gründe für die Besteuerung der Kinos vorgelegen hätten oder vorliegen. Es ist nur ein einziger Grund, der dafür vorliegt, das ist die Notwendigkeit, Geld zu schaffen; einen anderen Grund gibt es nicht. Es ist absolut unzutreffend, daß eine ganze Reihe anderer Gründe für die Besteuerung der Kinos angeführt werden könne, wie vorhin gesagt wurde.

Nun führte Herr Frede eine ganze Reihe Städte an mit hohen Einnahmen aus indirekten Steuern. Was beweist das? Das beweist nur, daß in all den aufgeführten Städten die besitzende Klasse herrscht, die sich von der direkten Steuerzahlung drücken will. Die gerechteste Steuer ist die Einkommensteuer je nach Vermögen und Einkommen. Sodann rühmt Herr Frede, daß durch die indirekten Steuern die Besteuerung der hohen Einkommen in jenen Städten niedrig gehalten ist; er betont das von Hannover ausdrücklich. Die unteren Schichten können also ruhig stark belastet werden, aber nur ja nicht die Besitzenden mehr anfassen!

Solchen reaktionärsten Zielen, wie sie hier zum Ausdruck kommen, können wir nicht folgen. Ich erinnere daran, daß im Reichstage von den rechtsstehenden Parteien, wenn direkte Steuern eingeführt werden sollen, immer eingewandt wird: Die müssen wir den Einzelstaaten und den Gemeinden überlassen, sonst würden wir die in ihren Einnahmen schädigen. Die Einzelstaaten und Gemeinden aber sagen wieder: Wir wollen nicht die direkten Steuern auf das richtige Maß erhöhen, sondern lieber indirekte Steuern nehmen. Dabei bewirkt man — und das ist Absicht —, daß der großen Masse des Volks die Last auferlegt wird, um die Einnahmen zu erzielen, die Gemeinde und Staat nötig haben, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Die indirekte Steuer ist die ungerechteste, die es geben kann.

Mit demselben „Rechte“, wie die Kinosteuer verteidigt wird, kann der Standpunkt vertreten werden, daß Theater, Konzert und überhaupt jedes Vergnügen besteuert werden soll. Das Kino ist das Vergnügen, das sich auch die ärmere Bevölkerung noch leisten kann, und diese wird durch die Steuer getroffen. Was wird man erreichen, wenn man die Konzerte besteuert? Die Konzerte werden eingestellt, und die Musiker werden brotlos. Das ist die Folge, wenn solche Pläne durchgeführt werden. Zweifellos ist es, daß die Kinobesitzer die Steuer nicht selbst tragen werden. Sie wären ja keine Geschäftsleute, wenn sie das tun wollten. Selbstverständlich werden sie die Steuer, auch die auf die einzelnen Plätze, abwälzen.

Nun hat Herr Stegmann gefragt: Was ist denn in Braunschweig los? Da ist zunächst das Hoftheater, und es ist gut, daß die Meinung besteht: Wir wollen es nicht besteuern. Aber weshalb soll es denn nicht besteuert werden? Die Gründe sind heute nicht auseinandergelegt. Möge doch jeder einmal darüber nachdenken, weshalb nicht das Hoftheater aus denselben Gründen, wie Sie hier das Kino besteuern wollen, zur Steuer herangezogen werden soll!

Es ist zweifellos richtig, daß dieser Steuervorschlag vom Magistrat sowohl wie von Herrn Sander und Herrn Frede deshalb gemacht wird, um die Einkommensteuer nicht schärfer anzuziehen brauchen. Dennoch aber wird es meiner Meinung nach infolge des Krieges notwendig werden, daß diese Steuer erhöht wird; darüber brauchen wir nicht im unklaren zu sein. Wenn früher angeführt wurde, wir hätten zu diesen und jenen Kulturzwecken kein Geld, so hat uns der Krieg gezeigt, daß Geld da ist, wenn es sein muß, auch wenn die Stadt dadurch in unangenehme Kalamität kommt. Wenn man nur gewollt hätte, wäre auch Geld vorhanden gewesen zu einem Schwimmbad usw. usw.. Wäre es nicht richtiger, wenn man das Gegenteil täte von dem, was Herr Frede will, und die höheren Einkommen stärker heranzöge? Gerade die großen Einkommen haben die Riesengewinne aus der Situation, in der wir leben, gezogen, nicht die kleinen. Auch der Mittelstand leidet unendlich unter den heutigen Teuerungsverhältnissen. Und

denen will man nun die Steuer aufpacken. Wenn auch nur 5 Pf. von dem Arbeiter mehr bezahlt werden sollen, der ins Kino geht, um sich aus dem Alltagsleben heraus in eine andere Stimmung versetzt zu fühlen, so sind doch diese 5 Pf. für ihn mehr, als wenn ein Mann mit 100 000 M. Einkommen vielleicht 10 M. ja 20 M. bezahlt. So liegen doch die Verhältnisse! Es läßt sich sehr wohl ermöglichen, und es wird auch ermöglicht werden, daß andere Einkommensteuersätze geschaffen werden als sie heute bestehen. Es ist viel leichter, daß jemand mit einem Einkommen von 100 000 M. 20 000 M. abgibt, als jemand mit 1000 M. 10 Pf. Wer nur 1000 M. Einkommen hat, braucht sein Geld restlos bis auf den letzten Heller zu seiner Lebenshaltung. Aber steuern muß er doch und zahlt im Verhältnis zu seiner Lebenshaltung mehr als der Wohlhabende. Opportunitätspolitik können wir nicht mitmachen.

Man sagt wohl: Wer die Kinststeuer nicht bezahlen will, braucht ja nicht hingehen zum Kino. Das ist richtig, dann braucht er keine Kinststeuern zu zahlen, aber immer wieder wird sich der Einwand erheben: Was bleibt denn in Braunschweig an Vergnügungen? Wollen Sie die Bevölkerung in die elendesten Kneipen hineintreiben? Jrgend welche Abwechslung muß der Mensch haben, der täglich arbeitet, er muß auch mal heraus aus dem Elend des Alltagslebens. Wir haben allerdings die schönen Spaziergänge, aber auch dann noch verlangt der Mensch einmal eine Abweichung von dem Gewohnten. Ich halte den Vorschlag der Einführung einer Kinststeuer für ungerecht und bitte, ihm nicht stattzugeben.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Es geht denn doch zu weit, wenn behauptet wird: Jede indirekte Steuer ist ungerecht. Es gibt allerdings indirekte Steuern, die das Volk in unzuträglicher Weise belasten, soweit sie nämlich gelegt sind auf notwendige Lebensmittel. Leider haben wir in den städtischen Behörden darüber kein Bestimmungsrecht. Aber es gibt Luxusachen, die man stark besteuern sollte; das bringt Geld ein. Ebenso sehe ich nicht ein, weshalb man das Vergnügen nicht auch besteuern sollte. Anerkennen muß ich, daß bei der allgemeinen Lustbarkeitssteuer, von der vorhin die Rede gewesen ist, es schwer sein wird, die Grenze zu finden zwischen solchen Sachen, die man unbedenklich besteuern kann, und solchen, die man von der Steuer frei lassen sollte. Aber schon in dem Begriffe „Lustbarkeit“ liegt der Unterschied, der z. B. zwischen klassischer Musik und Unterhaltungsmusik gemacht werden muß.

Davon ist ja aber vorläufig noch keine Rede. Wir sind jetzt mit unseren städtischen Finanzen auf dem Punkte angekommen, daß wir sagen müssen — und Sie haben dem ja schon zugestimmt: So kann es nicht weitergehen! Unsere Schuldenlast wächst derartig, daß wir nicht mehr die Zinsen dafür durch laufende Einnahmen aufbringen können; wir müssen also Steuern suchen. Nun will Herr

Wesemeier die Einkommensteuer erhöht sehen. Ich habe wohl früher schon hervorgehoben, daß wir durch Gesetz gebunden sind, die Einkommensteuer nicht über einen bestimmten Punkt hinaus zu erhöhen. Herr Wesemeier sagt: Dann wird eben das Gesetz geändert! Nun ist mir aber zweifelhaft, ob die Regierung das tun wird, und vorläufig haben wir mit der Tatsache zu rechnen, daß wir im Verhältnis zur Staatseinkommensteuer unsere Einkommensteuer über 100 Prozent hinaus ohne Genehmigung der Regierung nicht erhöhen dürfen. Es ist möglich, daß dieser Satz später erhöht wird, aber wir sind schon über 100 Prozent reichlich hinausgegangen, und es ist uns, nachdem wir bei der diesjährigen Staatsberatung die Einkommensteuer um zwei Einheiten erhöht hatten, von dem Ministerium eröffnet, daß für dieses Mal die Erhöhung noch genehmigt werden solle, daß wir jedoch nicht weiter erhöhen dürfen.

Nun fürchte ich, daß Herr Wesemeier und seine Freunde überhaupt jede andere Steuer als eine Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer rundweg ablehnen werden. Es hat keinen Zweck, hierüber große Debatten zu führen; wir einigen uns mit den Herren doch nicht. Sie sind grundsätzlich Gegner der indirekten Steuern und wollen nur eine Erhöhung der Einkommensteuer. Dagegen muß der Magistrat erklären: Wir sind nicht in der Lage, eine solche zu empfehlen, es bleibt nichts übrig, als eine andere Steuer zu suchen. Ich kann schon heute sagen: Diese Lichtspielsteuer ist nicht der Schluß unserer Steuervorlagen; wir sind dabei, uns nach anderen umzusehen, und werden demnächst mit dem verstärkten Finanzausschuß Fühlung nehmen, um zu hören, ob die Herren für neue Steuern zu haben sind. Ohne neue Steuern können wir infolge der starken Belastung der Stadt mit Kriegsausgaben nicht auskommen. Es ist allerdings unsere Ansicht, daß auch wir den Weg einer Lichtspielsteuer beschreiten können, nachdem eine so große Zahl von großen und kleinen Städten unbedenklich die Kinosteuer eingeführt hat, ohne daß dadurch der Verkehr in jenen Städten gelitten hat. Ich möchte Sie doch bitten, dem Antrage auf Einführung dieser Steuer beizustimmen.

Der Herr Referent sagte vorhin, es sei vom Magistrat zugestimmt, daß die Platzsteuer in eine Billettsteuer umgewandelt werde. Ich bemerke dazu, daß ich allerdings erklärt habe, ich für meine Person würde nicht dagegen sein, aber ein Beschluß des Magistrats liegt noch nicht vor. Anerkennen muß ich, daß eine Billettsteuer gerechter ist als eine Platzsteuer, und ehe wir die ganze Steuer durch unseren Widerspruch zu Falle bringen, wird der Magistrat voraussichtlich dem Antrage, eine Billettsteuer einzuführen, zustimmen.

Stadtv. **Riese:** Ich stehe prinzipiell auf dem Standpunkte der Ablehnung der Kinosteuer, weil ich gegenüber der indirekten Besteuerung denselben Standpunkt einnehme, wie er von Herrn Wesemeier dargelegt ist. Man mag oben hinassen,

dort ist genug vorhanden; mag man vorstellig werden, damit gestattet wird, die Einkommensteuer dort oben zu erhöhen.

Die lange Zahlenreihe, die Herr Frede vorgetragen hat, beweist das Gegenteil von dem, was er beweisen wollte. Wenn er von 215 000  $\text{M}$  als Ertrag der indirekten Steuern in Braunschweig redet, und dann von einem noch einmal so hohen Betrage in Hannover, so wird er als Volksschullehrer sehr gut wissen, daß Hannover 320 000 Einwohner hat und Braunschweig noch nicht einmal 140 000, also nicht die Hälfte. Eine solche Beweisführung kann ich nicht anerkennen.

Stadtv. **Frede:** Herr Riefe meinte eben, daß ich als Volksschullehrer besser unterrichtet sein müßte über die Bevölkerungszahl der Städte usw. Dazu habe ich zu sagen: Wenn ich Hannover nicht ausgeschlossen habe, so wird den Herren nicht entgangen sein, daß ich auch Münster genannt habe, das einen Ertrag von 835 000  $\text{M}$  an indirekten Steuern verzeichnet. Ich kann also nicht verstehen, warum Herr Riefe nicht Münster herausgegriffen hat, sondern nun gerade Hannover hervorhebt und dabei auf meinen Beruf zu sprechen kommt. Ich meine, das ist nicht gerade notwendig.

Herr Wesemeier hat mich hingestellt als Anhänger der indirekten Steuern überhaupt und hat gesagt, er wüßte nicht, wie ich dazu käme, daß ich den Wunsch ausspreche, daß die hohen Einkommen bei der Steuerleistung geschont werden möchten. Es ist immer wieder dieselbe Art und Weise, wie von jenen Herren vorgegangen wird. Ich weiß nicht, ob Herr Wesemeier mich nicht verstehen will. Es ist mir nicht eingefallen, ein Loblied auf die indirekten Steuern an sich zu singen, sondern es wird Ihnen allen klar geworden sein, daß ich aus der Not eine Tugend mache: Die anderen Städte machen es so, und deshalb müssen wir es auch. Wir sind darauf angewiesen, uns darnach zu richten, wie in anderen Städten die Steuern festgesetzt werden. Das wäre nicht nötig, wenn die deutschen Städte gleiche Steuern erhöben. Wenn in Deutschland alles einheitlich gehandhabt würde, so würde nicht die gegenwärtige Erbitterung haben Platz greifen können über die verschiedenartigen Maßnahmen an verschiedenen Orten. Für die Steuern haben wir keinen gemeinsamen Maßstab; jede Stadt kann für sich vorgehen. Wenn wir darauf Rücksicht nehmen, wie es die anderen Städte mit ihren Steuern einrichten, so ist das ein Akt der Klugheit. Was nützt es uns, in dieser Ausführlichkeit uns auszusprechen über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der indirekten Steuern? Daß die Einkommensteuer an sich, wenn man sich nur grundsätzlich mit der Frage befaßt, die gerechteste ist, das ist selbstverständlich. Aber nun sind die Unterschiede in der Höhe der Erhebung der Einkommensteuer in den Städten da, und die Folge davon ist, daß die Inhaber der großen Einkommen sich dahin wenden, wo sie am wenigsten zur Einkommensteuer herangezogen werden. Wenn

selbst Magdeburg, das in den mittleren Sätzen uns über ist, aber in den hohen Sätzen unter den unsrigen bleibt, sich dazu wendet, die indirekten Steuern stärker anzuziehen als wir es tun, so ist das ein Beweis, daß die Stadt gute Gründe dafür hat: sie will die reichen Leute anziehen. Und wir wollen sie doch auch nicht vor den Kopf stoßen. Genau so wie die Kaufleute auf ihre Konkurrenten Rücksicht nehmen müssen, müssen wir auf die Maximen der anderen Städte Rücksicht nehmen. Das war es, was ich mit meinen Worten habe sagen wollen.

Stadtv. **Sander:** Herr Wesemeier äußerte sich dahin, daß sich die reichen Leute von der Steuer drücken. Ich glaube, das ist wohl ein Ausdruck, der besser unterblieben wäre. Wer kann sich denn von der Steuer drücken? Wir sind wohl so ziemlich alle in den Steuereinschätzungskommissionen und wissen, daß die Steuer progressiv erhoben wird, daß nach dem Einkommen sich die Steuer erhöht und von einem Drücken dabei absolut keine Rede sein kann. Die reichen Leute müssen prozentual ganz erheblich mehr Steuern bezahlen als die Minderbemittelten, und ich glaube, daß das auch eine gerechte Verteilung ist. Wenn es nun vielleicht, wie der Herr Oberbürgermeister sagte, doch noch möglich sein wird, daß die Einkommensteuer erhöht wird, dann wird auch die Steuer für die reichen Leuten progressiv noch höher werden. Man kann also nicht sagen, daß sich diese von den Steuern drücken wollen.

Herr Wesemeier sagte weiter: Was ist denn in Braunschweig los? Ja, was ist denn in anderen Städten los? Gehen Sie nach Hannover und anderen Städten: wenn dort 5 oder 6 Kinos mehr sind, so kann man doch nicht sagen, daß dort mehr los ist als in Braunschweig. Wir haben doch unser Hoftheater und haben auch unsere anderen Vergnügungen. Es ist eine Degradation, immer zu sagen, in Braunschweig sei nichts los. Hier ist wohl etwas los! Braunschweig ist eine Stadt, die gern besucht wird, und alle, die hier gewesen sind, und deren Bekanntschaft ich gemacht habe, sind begeistert von unserer Stadt, die ihnen so vieles geboten hat sowohl an Sehenswürdigkeiten als an Kunstvergnügen.

Von Herrn Frede wurde Münster angeführt. Ich hatte neulich Gelegenheit, einen Herrn aus Münster, der hier zu Besuch war, zu sprechen. Er ist auch Stadtverordneter, und wir kamen in unserer Unterhaltung auch auf Steuerangelegenheiten und auf indirekte Steuern zu sprechen. Dabei habe ich dasselbe Resultat gehört, was Herr Frede mitgeteilt hat. Er sagte: „Wir fühlen uns sehr wohl bei diesen indirekten Steuern.“ Ich kann Ihnen auch verraten, daß der Herr keiner von den Reichen war, sondern ein Beamter mit mittlerem Einkommen, wo die indirekten Steuern schwerer empfunden werden als bei den reichen Leuten. „Wir sind ganz zufrieden mit diesen indirekten Steuern, und im Stadtparlament hat sich auch keine große Opposition gegen sie erhoben“, sagte er. Man sieht, daß es

wohl an den Stadtverordneten liegt, wie sie die Steuer auffassen und beurteilen. Ich bin überzeugt, daß man auch hier bei uns noch verschiedene Sachen mit Steuern belegen kann, die mit dem Namen Lustbarkeit zu bezeichnen sind, und unter deren Besteuerung keiner Not leidet.

Sodann hat der Herr Oberbürgermeister gesagt, daß demnächst der verstärkte Finanzausschuß sich mit dem Suchen nach neuen Steuern beschäftigen wird. Daß gibt Veranlassung, über die ganze Sache zu sprechen, wie die Vorbesprechungen jetzt gehandhabt werden. Ich habe mich schon in der Statutenkommission darüber ausgesprochen und gesagt, daß ich den Zustand, wie er jetzt ist, nicht für richtig halte. Der verstärkte Finanzausschuß macht jetzt alles, und die Stadtverordnetenversammlung hat jetzt eigentlich fast gar nichts mehr zu tun. Wir kommen alle vier Wochen zusammen und haben nur nebensächliche Sachen zu beurteilen und darüber zu beschließen. (Zuruf Munte: Erhöhung des Kredits auf 14 Millionen!) Allerdings, das war eine wichtige Sache. Entschuldigen Sie, daß ich nicht daran gedacht habe, sonst hätte ich mich vorsichtiger ausgedrückt. Immerhin stehe ich auf dem Standpunkte, daß es für eine Stadtverordnetenversammlung nicht die richtige Stellung ist, die sie jetzt einnimmt, daß es ihre Würde herabsetzt, wenn sie absolut nichts oder nur sehr wenig zu entscheiden hat. Es kommt hierbei nicht allein in Betracht, daß die Beschlüsse selbst von der Stadtverordnetenversammlung gefaßt werden, sondern auch, daß das, was hier in der Stadtverordnetenversammlung verhandelt und beschlossen wird, in die Öffentlichkeit kommt, während das, was im verstärkten Finanzausschuß behandelt wird, für die Öffentlichkeit verborgen bleibt. Daher kommen denn auch die falschen Auffassungen in der Bürgerschaft, die vielen Vorwürfe gegen den Magistrat, die vielen Nachschläge usw., die bei rechtzeitiger Aufklärung in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung wohl unterblieben wären. Es würde meiner Meinung nach richtiger sein, wenn man der Stadtverordnetenversammlung etwas mehr Material an die Hand gäbe und dem verstärkten Finanzausschuß nur das zuwies, was unbedingt nötig ist. Es gibt zum Beispiel Sachen, bei denen eine rasche Entscheidung nötig ist, wo vielleicht innerhalb 24 Stunden eine Entscheidung gefallen sein muß, und das war seinerzeit auch der Grund, weshalb dem verstärkten Finanzausschuß diese Vollmacht erteilt ist.

**Vorsitzender:** Ich muß den Herrn Redner doch bitten, nicht weiter auf diesen Punkt einzugehen; er steht doch nur in sehr losem Zusammenhange mit dem behandelten Punkte.

Stadtv. **Sander:** Es gehört diese Frage aber doch zu den allgemeinen Obliegenheiten der Versammlung.

**Vorsitzender:** Wir können bei Behandlung dieses Punktes doch nicht derartige allgemeine Fragen anschneiden. Wir haben schon in der Kommission das von Herrn Sander herangezogene Thema berührt. Es steht Ihnen aber frei, außerhalb des Rahmens dieses Punktes in einem besonderen Antrage die Sache zur Sprache zu bringen.

**Stadtv. Sander:** Gut, ich werde mich bescheiden und in der nächsten Zeit die Sache zur Sprache bringen.

**Stadtv. Steinede:** Nur einige kurze Worte! — Herr Stadtrat von Frankenberg hat in der vorigen Sitzung das Wort geprägt, daß die Kinststeuer einen Siegeszug durch die deutschen Städte angetreten hat. Das mag richtig sein im Frieden, aber nicht im Kriege. Man muß doch bedenken, daß weite Kreise der Bevölkerung, ja überhaupt alle Kreise der Bevölkerung unter der Schwere der Zeit und unter der Tenierung leiden. Nicht allein das Theater des kleinen Mannes ist das Kino, sondern auch weite Kreise des Mittelstandes gehen ins Kino. Dem sollte man Rechnung tragen und nicht die Lebenshaltung während der Kriegszeit noch mehr verteuern, indem man dem Kino diese Steuer auferlegt. Es ist ein dringendes geistiges Bedürfnis, daß die Leute auch einmal eine Ablenkung von dem Ernst der Zeit erfahren, bietet man doch sogar unseren Soldaten im Felde Gelegenheit, das Kino zu besuchen. Und da heute nicht nur die kleinen Leute mit dem Pfennig zu rechnen haben, so sollte man in diesen Kriegzeiten von Einführung der Kinststeuer, soweit es möglich ist, absehen. Vom Standpunkte der ausgleichenden Gerechtigkeit aus wäre eine einseitige Vorwegnahme der Kinos vor anderen Vergnügungen zur Besteuerung nicht zu billigen. Wenn Sie beispielsweise nur die Unterhaltungs- und nicht auch die klassischen Konzerte besteuern wollen, so scheint mir das nicht gerechtfertigt; entweder besteuere man alle Vergnügungen oder gar keine. Man muß dabei aber nicht außer acht lassen, daß die Wirte und die Musiker in der jetzigen Zeit sowieso schon außerordentlich zu leiden haben, und das wird im Winter sich noch mehr zeigen als im Sommer. Deshalb sollte man in dieser schweren Zeit von solchen Steuern absehen, und wenn man nach neuen Steuerquellen suchen muß, sollte man lieber die stärkeren Schultern belasten. Ich finde das Objekt, das als Resultat der Besteuerung in Betracht kommt — es wird von 100 000 M., von anderer Seite von 50 000 M. gesprochen, ich bin nicht genau unterrichtet — kurz und gut, das Objekt ist nicht so groß, daß es gewaltig in die Wagischale fallen würde, um so mehr, wenn man Gelegenheit hätte, stärkere Schultern zu belasten. Der Herr Oberbürgermeister hat selber angedeutet, daß man an den Stellen, wo Luxus getrieben wird, fest angreifen sollte, und ich glaube, dabei würde man besser zum Ziele kommen.



Herrn Frede möchte ich erwidern, daß wir anderen Anwesenden uns der Pflicht der Stadt gegenüber als ihre Vertreter ebenso bewußt sind wie er. Aber wir sind eben der Ansicht, daß die Steuern, die nötig sind, auf stärkere Schultern gewälzt werden sollten.

Stadtv. **Diedmann:** Wir wissen alle, daß die Einnahmen der Stadt aus Handel und Gewerbe das nicht aufbringen, was bei einer ganzen Reihe von Steuerzahlern in früheren Zeiten aufgebracht ist. Wenn dagegen andere Steuerzahler auch größere Einnahmen zu verzeichnen haben, so sind doch auch die Ausgaben der Stadt in besonders großem Maße gewachsen, und so ist es billig, daß nach anderen Gelegenheiten gesucht wird, um Steuereinnahmen für die Stadt zu gewinnen. Nun möchte ich aber doch durchaus nicht der Kinossteuer das Wort reden, sondern möchte zum Ausdruck bringen, daß ich es, wenn ich auch weder Aktionär eines Kinos noch sonst daran beteiligt bin, sonderbar finde, daß gerade nur das Kino zur Besteuerung herausgesucht ist und nicht an eine allgemeine Lustbarkeitssteuer gedacht ist. Es ist schon darauf hingewiesen, daß es wunderbar ist, daß man die Eintrittskarten für das Hoftheater nicht besteuert. Wenn man die Eintrittspreise des Hoftheaters und der Kinos in Braunschweig betrachtet, so wird man finden, daß sie im Verhältnis zu anderen Städten erheblich geringer sind. Die Eintrittspreise auf die besseren Plätze könnten eine Besteuerung wunderbar vertragen, ohne daß es dadurch dem Publikum unmöglich gemacht würde, das Theater wegen zu hoher Preise nicht besuchen zu können. Ich stimme selbstverständlich auch für die Kinossteuer, möchte aber bitten, gleichzeitig einer demnächstigen allgemeinen Lustbarkeitssteuer mit zuzustimmen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Vorhin wurde mein Name genannt und erwähnt, daß ich gegen die Kinossteuer gewesen bin. Dazu möchte ich bemerken, daß ich nicht so haßstarrig bin, daß ich auf meinem Kopf bestehen bleibe. Wenn ich erkenne, daß etwas nötig ist, dann kann ich mich auch bescheiden und meine Meinung bessern, und das tue ich heute, wenn auch schweren Herzens.

Eines ist mir aufgefallen, als Herr Riefe Herrn Frede auf die große Einwohnerzahl Hannovers aufmerksam machte. Wodurch sind denn die großen Städte gewachsen? Wenn sie durch hohe Einkommensteuern die Leute weggeschreckt hätten, dann wären sie nicht größer geworden. Schon vor 20 Jahren war in Hannover eine Versammlung, in der wir über diese Sache gesprochen haben. Von jener Seite drüben kommen immer die Ausdrücke von den Hausagrariern; aber wissen Sie, was die Herren in Hannover sagten? „Gott sei Dank, daß wir in Hannover auf dem Standpunkte stehen, daß durch indirekte Steuern angeschafft wird, was für die Stadt und ihre Einwohner nötig ist! Dadurch kommt es, daß

wir unsere Wohnungen vermieten können, dadurch erhalten wir Zuzug und dadurch wieder gedeiht Handel und Gewerbe.“ Wenn wir den Zuzug nicht bekommen, können wir uns was hüten lassen mit unserer ganzen Verwaltung. So liegen die Dinge auch in Braunschweig. Wer zieht denn in Braunschweig zu, so schön es auch ist? An uns kommen doch die Anfragen: „Wie sind die Steuerverhältnisse?“ Und sind sie nicht günstiger als in Hannover, dann ziehen die Leute um Braunschweig herum, gerade so wie lange Jahre die Eisenbahn. Meine Herren, lassen Sie das Schreckbild der indirekten Steuern fallen; es ist falsch! Ich werde für die Billettsteuer stimmen, wünsche aber auch, daß in der Folge eine allgemeine Lustbarkeitssteuer eintreten möge. Allerdings nur eine Steuer auf Dinge, die als Lustbarkeit angesehen werden müssen. — Herr Steinecke sprach das große Wort gelassen aus: Es ist ein geistiges Bedürfnis, daß der Mensch ins Kino geht. Das kann ich nicht anerkennen, wenn ich mich auch auf eine weitere Erörterung nicht einlassen will.

Stadtv. **Loeschigt** (verzichtet auf das Wort).

Stadtv. **Wesemeier**: Herr Sander monierte, daß ich vorhin von der Steuerdrückerei der Besitzenden gesprochen habe. Meine Ausführungen sind durchaus berechtigt. Wer macht denn die Gesetze? In allen gesetzgebenden Körperschaften haben nur die Besitzenden zu sagen und keine anderen; daraufhin werden die Gesetze zugeschnitten. So geht es in den Landesversammlungen und auch in den Gemeindevertretungen. Daher kommt es, daß die Steuern so sind, wie wir sie eben haben. Es ist zweifellos ein Unrecht, wenn z. B. der Bezieher eines Jahreseinkommens von 2 Millionen Mark nur 6 Prozent Einkommensteuer zu zahlen hat, und von einem Einkommen von 3000 M 4 Prozent gezahlt werden sollen. Den mit 3000 M Einkommen trifft die Steuer schwer, während sie den mit 2 Millionen M gar nicht bedrückt, es würde ihn auch nicht drücken, wenn er 10 Prozent zahlen müßte. Das ist die Ungerechtigkeit, die Steuerdrückerei, die ich nicht der einzelnen Person, sondern der ganzen Klasse zum Vorwurf mache.

Herr Frede sagt, er habe kein Loblied auf die indirekten Steuern gesungen. Was war denn seine Rede anders? Die ganze Beweisführung, die darauf hinauslief, wie hoch die indirekte Steuer in anderen Städten ist, war doch das hohe Lied der indirekten Steuern mit der Schlußfolgerung: Wir müssen nachahmen und die indirekten Steuern weiter erhöhen. Ja, das Schlechte sucht man von bestimmter Seite merkwürdigerweise nicht nur manchmal, sondern sogar häufig aus anderen Städten mit besonderem Fleiß zu sammeln und für Braunschweig in Anwendung zu bringen, während man sehr vieles Gute, das man in anderen Städten finden kann, nicht für so notwendig hält, daß es in Braunschweig eingeführt wird.

Mancherlei Klagen haben das hier schon bewiesen. Wenn aus anderen Städten über Einrichtungen berichtet ist, die man dort und dort und dort getroffen hatte, dann wurde gesagt: „Wir können es nicht“, und es blieb beim alten. Das Schlechte suchen sie heraus, aber das Gute nicht. (Widerpruch.)

Wenn Herr Meyerhoff über mangelnden Zuzug klagt, trotz der geringen Steuern, die in Braunschweig gezahlt werden, so ist das eine alte Klage. Aber sie beweist doch, daß die Festhaltung an niedrigen Einkommensteuern für die Reichen auch keine Vermehrung des Zuzuges bringt. Der mangelnde Zuzug hat andere Ursachen. Sie liegen darin, daß die Stadt den Wohlhabenden nicht genug bietet, und Sie wollen jetzt noch bestimmen, daß diese Verhältnisse noch verschlechtert werden. Das ist inkonsequent.

**Stadtv. Steinede:** Ich wollte nur Herrn Meyerhoff persönlich erwidern auf seine Bemerkung über die „geistige Nahrung“. Herr Meyerhoff kennt wohl die Volksseele nicht so ganz genau. Das Volk sucht heutzutage in guten Kinovorstellungen tatsächlich geistige Nahrung; darüber sind mehrfache Zeugnisse vorhanden. Und daß diese Nahrung besser wird, dafür möge die Behörde Sorge tragen. Wir haben eine ganze Menge Namen von gutem Klange, deren Inhaber für das gute Kino geschrieben haben. Herr Dentler wird in der Lage sein, Herrn Meyerhoff Duzende solcher Namen zu nennen.

**Stadtv. Kruse:** Es wird angeregt, auch eine Lustbarkeitssteuer im allgemeinen einzuführen. Ich möchte davor warnen, eine derartige Steuer zu beschließen. In erster Linie würde eine solche Steuer die Gastwirte und ganz besonders die Inhaber großer Säle treffen. Es wird den Herren nicht unbekannt sein, daß in diesen Kriegstagen überhaupt keine Vergnügungen abgehalten werden. Sie sind verboten, und die Inhaber der großen Saalwirtschaften leiden Not. Es ist schon ein Gesuch an die Reichsregierung gegangen, nach Möglichkeit die einzelnen Bundesregierungen zu ersuchen, zwei Jahre nach Beendigung des Krieges keine neuen Konzessionen für Wirtschaften zu erteilen, um den durch den Krieg und seine Folgen geschädigten Wirten Gelegenheit zu geben, sich einigermaßen von den Schäden des Krieges zu erholen. Nun wollen Sie eine Vergnügungssteuer einführen, die zum größten Teile das Gastwirtsgewerbe belastet, und die von diesem schwer auf das Publikum abgewälzt werden kann. Ich möchte Sie bitten, erst einmal während zweier Jahre nach dem Friedensschluß von der Einführung einer Lustbarkeitssteuer abzusehen, und gleichzeitig auch unseren Magistrat bitten, während dieser zwei Jahre keine neue Konzession zur Wirtschaftsführung zu erteilen. Es sind reichlich Wirtschaftslokale vorhanden, und ich muß mich in der Beziehung auch gegen Herrn Bunge wenden, wenn er sagt, daß hier

in Braunschweig nichts los ist. Es liegt nur an dem verehrten Publikum, wenn es die vorhandenen Unternehmungen nicht unterstützt, so daß sie nicht weiter bestehen können. Es wird genügend Gelegenheit zu Unterhaltung geboten, da sieht Braunschweig durchaus nicht an letzter Stelle.

Stadtv. **Voeshigt**: Ich kann es nicht unwidersprochen lassen, wenn Braunschweig hingestellt wird als Nischenbrödel unter den Städten, das sich nicht sehen lassen kann. Gott sei Dank braucht sich Braunschweig in keiner Weise zu verstecken.

In bezug auf die Einführung der Kinststeuer möchte ich Sie daran erinnern, daß wir oft hier geessen haben, um Steuern zu bewilligen, daß aber von Ihrer Seite dort drüben wenig dazu beigetragen ist. Unsere Steuern seien nur deshalb so, wie sie sind, weil wir die Macht hätten und nicht Sie, sagt Herr Wese-meier. Aber wir sollen doch auch alles bewilligen, was Sie an Einrichtungen vorschlagen. Woher sollten wir denn das Geld nehmen, wenn wir keine Steuern bewilligten? Erst heute bei Beratung des Hühnerhofs haben wir gesehen: Soll für das Allgemeine etwas bewilligt werden, dann muß auch die Last von der Allgemeinheit getragen werden. Es soll ja nicht viel sein, was bei der Lichtspielsteuer verlangt wird; erst bei 50 Pf. Eintrittsgeld soll sie mit dem kleinen Betrage von 5 Pf. anfangen. Ich erinnere Sie dabei an die Bierpreise. Der Krieg hat uns hier Preise für Bier auferlegt, die aufstandslos bezahlt werden, und die Leute freuen sich noch, wenn sie gutes Bier bekommen. Jeder, der ins Kino geht, kann die paar Pfennige mehr auch bezahlen; die unteren Plätze sollen ja die Steuer gar nicht aufbringen.

Es wundert mich immer, wenn von Braunschweig gesagt wird: Bei uns ist nichts los. Wer wird denn sein eigenes Nest beschmutzen! Ich freue mich, daß ich Braunschweiger bin, und wenn ich nach Hannover gefahren bin, bin ich froh, wenn ich wieder nach Braunschweig komme.

Wenn hier Geld zu Steuern bewilligt werden soll, dann heißt es immer: „Um Gottes Willen, das geht nicht! Dabei würden die Kinos zugrunde gehen!“ Wenn aber heute durch das Armeekommando gesagt würde: Es muß soundso viel Billettsteuer bezahlt werden oder das Kino wird geschlossen, dann würden — davon bin ich überzeugt — genau soviele Leute ins Kino laufen wie vorher, ebenso wie jetzt auch das teure Bier getrunken wird. Die Stadt gebraucht Geld für notwendige Ausgaben, und wenn wir hier Ausgaben bewilligen und wieder bewilligen, dann müssen wir uns erst um jede tausend Mark streiten, die wir für die Stadt haben wollen. Das ist nicht schön!

Stadtv. **Wesemeier** (Zuruf): Selbstverständlich wollen wir Steuern bewilligen, aber es fragt sich, wer soll sie zahlen!

Stadtv. **Loeschigt**: Feder!

Stadtv. **Meyerhoff** beantragt Schluß der Debatte.

Stadtv. **Bunge**: Ich wollte nur Herrn Kruse erwidern, daß ich zu dieser Sache nicht gesprochen habe, also auch den von ihm angeführten Auspruch nicht gemacht habe.

Die Versammlung beschließt dem Kommissionsbeschlusse gemäß, den Magistrat um eine neue Vorlage zur Einführung der Lichtspielsteuer als Billettsteuer zu ersuchen.

### 13. Dringlichkeitsantrag Stegmann, betreffend Festsetzung der diesjährigen Verkaufspreise für Zwetschen.

Wortlaut des Antrages f. S. 242.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Es ist allgemein bekannt, daß, je länger der Krieg dauert, die Lebensmittel immer teurer werden, und daß in der Presse, in den Parlamenten, und auch hier in der Stadtverordnetenversammlung wiederholt der Lebensmittelwucher geißelt worden ist. Dennoch aber geht die Preistreiberei unbeschränkt weiter, weil die Behörden dem Treiben nicht energisch entgegengetreten oder nicht entgegengetreten wollen. Man sieht bei allen Sorten Lebensmitteln, Fleisch, Gemüse, Kartoffeln, Obst, überall das gleiche: immer wieder der Wucher bis zur höchsten Potenz. Es hilft nichts, daß die Natur genügend Früchte hervorbringt, die Preise steigen dennoch, ja man möchte sagen: je mehr wächst, um so höher werden die Preise getrieben. So ist es auch bei den Zwetschen wieder der Fall. Nun ist vom Reichsernährungsamt ein Erzeugerhöchstpreis von 10 M pro Zentner festgesetzt. Bei solcher Zwetschenernte aber wie in diesem Jahre — die Bäume brechen geradezu von der Last der Früchte, das habe ich in verschiedenen Gegenden beobachtet — ist früher ein Preis von 2—4 M pro Zentner üblich gewesen, in diesem Jahre aber wird von oben herab der Preis auf 10 M festgesetzt. Das Landesernährungsamt hat in den gestrigen und heutigen Tageszeitungen die Verkaufspreise für Zwetschen im Herzogtum Braunschweig bekanntgegeben, wonach im Kleinverkauf das Pfund Zwetschen höchstens 18 Pf. kosten soll. Unter Kleinverkauf versteht das Landesernährungsamt die Abgabe einer Menge von 20 Pfund und weniger, deshalb habe ich diese Menge auch in meinen Antrag aufgenommen. Nun ist glücklicherweise eine Bestimmung in dieser Bekanntmachung des Landesernährungsamts enthalten, die den Kommunalverbänden und den Gemeinden die Möglichkeit gibt, einen niedrigeren

Höchstpreis festzusetzen oder, wenn er in früherer Zeit von ihnen schon niedriger festgesetzt war, bestehen zu lassen. Auf Grund dieser Bestimmung habe ich meinen Antrag gestellt.

Da die Möglichkeit gegeben ist, muß unsere Stadt vorgehen und den unerhörten Preis von 18 Pf. herabsetzen. Ich bin zwar der Meinung, daß der Preis, den ich vorschlage — 7 *M* für den Zentner im Großhandel und 12 Pf. pro Pfund im Kleinverkauf — noch zu hoch ist. Aber damit Sie mir nicht entgegenhalten — was eine gewisse Berechtigung haben könnte —, der vorgeschlagene Preis sei zu niedrig, bei solchem Preise würden keine Zwetschen nach Braunschweig hereingebracht, und somit der ganze Beschluß nur ein Schlag ins Wasser bedeuten würde, so will ich in meinem Antrage nicht weiter gehen. Ich glaube, wenn dieser Preis festgesetzt wird, dann werden auch genug Zwetschen nach Braunschweig hereinkommen.

Ich stütze mich bei Einbringung meines Antrages darauf, daß auch andere Gemeinden in der Beziehung vorgehen. Goslar z. B. hat einen Kleinverkaufspreis von 10 Pf. festgesetzt, während ich 12 Pf. anzunehmen beantrage. Alfeld hat als Großverkaufspreis 5 *M* festgesetzt, und der hessische Landtagsabgeordnete Lehrer Heinz hat an das Reichsernährungsamt eine Eingabe gerichtet, in der er ersucht, den Höchstpreis für Zwetschen ganz bedeutend herabzusetzen. Er beruft sich darauf, daß die Landräte in Hessen Höchstpreise von 3,00 bis 3,25 *M* festgesetzt haben. Die Händler zahlen dort nur 2,00 bis 2,50 *M*. Wenn das der Fall ist, dann muß auch der Magistrat in Braunschweig dafür sorgen können, daß für unsere Stadt ein niedrigerer Preis festgesetzt wird.

Daß eine solche Maßnahme dringend nötig ist, brauche ich eigentlich nicht weiter zu begründen, denn alles, was zum Aufstrich benutzt wird, ganz besonders das Fett, wird mit jedem Tage knapper. Für die ärmere Bevölkerung ist wenig vorhanden, und die Preise dafür sind unerschwinglich. Auch mit der Marmelade ist es schon dasselbe. Da ist es dringend nötig, daß ein weiteres Mittel als Brotaufstrich geschaffen wird, und das Zwetschenmus ist dafür nicht nur ein gesundes, sondern auch ein wohlschmeckendes Mittel. Es ist nötig, daß dafür gesorgt wird, daß die ärmere Bevölkerung wegen des Preises nicht davon absteht, sich größere Quantitäten davon anzuschaffen.

Ich bitte aus alle diesen Gründen, meinen Antrag anzunehmen, und hoffe, daß auch der Magistrat ihm zustimmen wird. Daß er dringlich behandelt werden muß, ist selbstverständlich, denn würde seine Behandlung verschoben, dann wäre die Zwetschenernte vorüber, ehe wir zur Beschlußfassung kämen.

Der Antrag wird g e n ü g e n d u n t e r s t ü t z t, und die Mehrheit der Versammlung stimmt für sofortige Beratung.

Stadtv. **Frede:** Ich sehe nicht ein, warum der Höchstpreis auf 12 Pf. und nicht auf 10 Pf. festgesetzt werden soll. Von Goslar ist bekannt, daß diese Stadt den Höchstpreis auf 10 Pf. festgesetzt hat. Er könnte ja auch noch niedriger gesetzt werden, und es wäre nichts dagegen zu erinnern, wenn nur dabei die Hauptsache nicht übersehen würde, daß wir dann keine Zwetschen bekommen würden. Die Zwetschen wie alle anderen Waren kommen natürlich dahin, wo sie am besten bezahlt werden, und das hat leider Herr Stegmann wohl nicht genügend beachtet. Wenn Sie diese Frage günstig lösen können, so steht der Annahme des Antrages gar nichts im Wege. Ich bin sehr dafür.

Unterrichter **Meyer:** Auch der Magistrat ist durchaus Ihrer Meinung, daß die Preise, wie sie das Kriegsernährungsamt für die Zwetschen festgesetzt hat, tatsächlich reichlich hoch sind. Wir haben es deswegen mit Freuden begrüßt, daß unser Landesernährungsamt gleich Gelegenheit genommen hat, beim Magistrat anzufragen, ob es nicht möglich wäre, diesen Preis herunterzusetzen. Wir haben dem zugestimmt, aber uns nicht verhehlen können, daß, wie Herr Frede angedeutet hat, diese Festsetzung niedrigerer Höchstpreise es mit sich bringt, daß die Zwetschen nicht bei uns auf den Markt kommen. Selbstverständlich werden die Aufkäufer sie dahin bringen, wo höhere Preise gezahlt werden. Wir haben deshalb dem Landesernährungsamte nicht vorschlagen können, allzu niedrige Preise festzusetzen, sondern haben gesagt: Eine Herabsetzung dieser Reichshöchstpreise ist durchaus wünschenswert, aber es muß Rücksicht darauf genommen werden, wie die Preise in der Umgegend bemessen sind. Es muß Fühlung mit anderen Bezirken genommen werden, damit wir nicht Gefahr laufen, daß die geringer als andernwärts bewerteten Sachen aus dem Lande herausgebracht werden. Ich vermute, daß das Landesernährungsamt dieser Anregung gefolgt ist, und daß die Preise — die ja in Hinsicht auf die reiche Pflaumenernte in diesem Jahre immer noch reichlich hoch sind — mit Rücksicht darauf festgesetzt sind, daß angrenzende Bezirke niedrigere Preise nicht haben. Ich möchte deswegen vorschlagen, den Antrag nicht anzunehmen. Das einzige, was geschehen könnte, ist, daß der Magistrat nochmals umgehend mit dem Landesernährungsamt sich in Verbindung setzt und anfragt, ob sich mit Berücksichtigung der Ergebnisse seiner Ermittlungen noch eine weitere Herabsetzung der Höchstpreise erreichen läßt. Daß wir aber selbständig vorgehen, würde meiner Meinung nach nicht richtig sein.

Stadtv. **Meyerhoff:** Ich möchte auf folgenden Vorfall hinweisen: Eine mir bekannte Frau erzählte mir, wie sie in der Markthalle gewesen ist, um Zwetschen zu kaufen. Sie war davon unterrichtet, daß sie heute nach der Verordnung des Landesernährungsamtes nur noch 18 Pf. kosten sollten. Sie ist an mehrere

Stände herangetreten, und es sind ihr 20 Pf. abgefordert. Auf ihre Gegengrede, daß nur 18 Pf. genommen werden dürften, wurde ihr gesagt, die Zwetschen seien schon bestellt; auch an dem zweiten und dritten Stande erhält sie dieselbe Antwort. Nun geht die Frau in das Bureau und fragt: „Wie habe ich mich dabei zu verhalten? Die Leute verlangen 20 Pf., resp. sagen, die Zwetschen seien schon bestellt.“ Darauf ist ihr geantwortet — ob das nun ein Beamter gewesen ist, weiß ich nicht; der Markthallenaußseher wird wohl nicht zugegen gewesen sein —: „Wenn Sie sich beschweren wollen, müssen Sie zur Gewerbepolizei gehen.“ Das ist eine Auskunft, die ich nicht für statthaft halte. Es muß ein Beamter in der Markthalle sein, der den Verkäufern stets auf die Finger paßt; das sehen Sie an diesem Vorfalle. Solche Vorkommnisse machen unter dem Publikum böses Blut.

**Stadtv. Stegmann:** Herr Frede war verwundert darüber, daß ich den Preis auf 12 Pf. festgesetzt sehen will, und meinte, daß ihm der Preis noch zu hoch erscheine. Ich wollte ja zuerst auch einen Preis von 10 Pf. beantragen, aber weil zu befürchten ist, daß dann die Zufuhr an uns vorüberginge, habe ich lieber einen Preis genommen, der ein paar Pfennig höher ist und uns dann Gewähr gibt, daß auch Ware nach Braunschweig kommt. Ich sagte schon, daß ich nicht befürchte, daß bei diesem Höchstpreise die Stadt Braunschweig umgangen wird, weil man sich in Goslar auf 10 Pf. festgelegt hat und in Hessen die Preise viel niedriger als hier sind. Besser wäre es jedenfalls noch, wenn nicht bloß die Stadt, sondern das ganze Herzogtum in der Beziehung vorginge, und ich wäre gern damit einverstanden.

In der Bekanntmachung des Landesernährungsamts ist, wie ich finde, der Verdienst von 3 M, den der Großhandel über den Erzeugerpreis von 10 M hinausgehend am Zentner haben soll, viel zu hoch festgesetzt. Früher, in guten Zeiten, hat der Zentner Zwetschen überhaupt nur 2—4 M gekostet, hier soll der Händler allein 3 M am Zentner verdienen. Wenn der Grundpreis von 10 M auf 5 M herabgesetzt wird und die Großhandelsgebühr von 3 M auf 2 M, also der Verkaufspreis auf 7 M, so müßte das vollkommen genügend sein, und ich glaube, auch dann würden genügend Zwetschen hierherkommen.

**Stadtv. Rector:** Die Leute auf dem Dorfe verwundern sich, daß ihnen für ihre Waren so viel geboten wird, aber sie sagen natürlich: „Was man kriegen kann, muß man nehmen.“ Bei den Kartoffeln habe ich dieselbe Erfahrung gemacht; die Leute wären mit einem viel niedrigeren Preise zufrieden, und wenn man den Preis durch sie festsetzen ließe, so würden sie ihn nicht so hoch stellen. Ich bin am vorigen Sonntag in dem Dorfe gewesen, aus dem ich seit 18 Jahren meine Kartoffeln bezogen habe, und wollte für dieses Jahr wieder bestellen, aber der



Bauer nahm einen zurückhaltenden Standpunkt ein. Die Leute vermuten, wenn sie mit ihrer Ware zurückhaltend sind, dann werden die Kartoffelpreise vielleicht noch gesteigert und sie können mehr damit herausholen. Mein Bauer sagte: „Sie sind in diesem Jahre so schlecht geraten“, worauf ich ihm aber erwidern konnte: „Sie haben sie ja noch gar nicht gerodet und wissen also noch gar nicht, was Sie ernten werden.“ Allerdings hat mein Lieferant schließlich zugesagt, weil er nicht anders konnte, aber wie gesagt: Wenn nicht von vornherein so hohe Preise geboten würden, dann wäre die Teuerung lange nicht so groß. Sollten wir noch starken Regen bekommen, dann werden die ganzen Zwetschen plagen und sind nur zu Mus zu gebrauchen. Das ist ja aber die Hauptsache, denn wenn wir Zwetschenmus genug bereiten können, so ist der Bevölkerung damit sehr viel geholfen. Solches Mus ist besser als die Marmelade, die man jetzt bekommt.

Stadtv. **Wesemeier:** Mit der Festsetzung des Höchstpreises auf 18 Pf. wird zweifellos eine gewisse Gleichmäßigkeit auf dem Markte herbeigeführt. In der Stadt selbst ist bei den Händlern Einheitlichkeit vorhanden, dort gilt der Höchstpreis von 25 Pf. Aber auf dem Markte bei den von auswärts Kommenden ist der Preis verschieden. Meine Frau hat dort Zwetschen zu 15 Pf. gekauft, und dieselbe Qualität hat dicht nebenan 20 und 25 Pf. gekostet. Ich nehme an, daß die Händler in der Stadt die Zwetschen auch zu 15 Pf. bekommen, denn sie werden jedenfalls bei ihren Aufkäufen nicht mehr bezahlen, als die Leute nehmen, die sich die Mühe machen, zur Stadt zu kommen und auf dem Markte auszustehen. Trifft meine Annahme zu, so verdienen sie an jedem Pfund Zwetschen 10 Pf. Das ist doch ein unerhörter Zustand. Ich weiß, daß die Bauern sehr wohl die Zwetschen auch hierher liefern können, wenn der Höchstpreis von 18 Pf. auf 12 Pf. herabgesetzt wird, sonst würden ja nach Goslar auch keine Zwetschen hinkommen. Die dortigen Einwohner haben wohl viele Gärten, aber doch nicht genug, um ihren Bedarf zu decken, und sie kommen mit einem Höchstpreise von 10 Pf. aus. Was dort möglich ist, müßte doch auch hier durch die Versorgung aus den Dörfern im Umkreise möglich sein. Weit verschickt werden und lange lagern können die Zwetschen doch nicht. Zur Vertenerung der Ware wird die Nachfrage durch die Konserverfabriken beigetragen haben, die viel Zwetschen zum Einkochen angefordert haben. Aber es müßte doch möglich sein, den Höchstpreis für die Stadt, wenn nicht für das Herzogtum, herabzusetzen. Für das Herzogtum ist es noch mehr ungerechtfertigt, daß ein so hoher Preis besteht, denn die Einwohner von Helmstedt z. B. sind nicht so sehr angewiesen auf die Zufuhr von außerhalb wie unsere Stadt Braunschweig. Ich bitte, dem Antrage Stegmann zu entsprechen.

Der Antrag wird angenommen.

#### 14. Dringlichkeitsantrag Rieke, betreffend Herabsetzung des Kartoffelhöchstpreises und Wegfall der Vermittlungsgebühr.

Wortlaut des Antrages S. 242.

Stadtv. **Rieke** (zur Begründung): Es ist bedauerlich, daß ich überhaupt zu dieser Sache sprechen muß, und daß oben, wo die Höchstpreise normiert werden, keine bessere Einsicht vorhanden ist, muß doppelt bedauert werden. Im Frühjahr ist ein Höchstpreis von 10 *M* festgesetzt für Kartoffeln, die sonst 2—3 *M* kosteten. Man kann es sich nicht anders denken, als daß es die Vertreter der Agrarier und diese selbst sind, die diese unerhörten Preise festsetzen. Solange ich denken kann, waren die Preise nicht so hoch; nur einmal in meinem Leben ist etwas Ähnliches vorgekommen — das war 1847, aber dann nie mehr. Wenn so vorgegangen wird und man sich dort oben der besseren Einsicht verschließt, dann werden die Verhältnisse nur bureaukratisch und zum Schaden des Volks beurteilt. Im vorigen Jahre waren die Kartoffeln sogar noch 1,25 *M* teurer als heute. Wir wissen wohl, daß wir wenig Kartoffeln ernten werden, und daß sie noch schlechter sein werden, als sie im vorigen Jahre gewesen sind. Ich traue dem ganzen Kram nicht! Wenn die Preise im Februar noch um 50 Pf. steigen sollen, dann werden wir dahin kommen, daß die Kartoffeln im März 8 *M* kosten, ebensoviel wie der Preis ist, den wir damals für die Kartoffeln aus Holland bezahlt haben. Wenn für dies minderwertige Nahrungsmittel, wie es doch die Kartoffeln sind, so ungeheure Preise gefordert werden, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß bei der großen Menge der Bevölkerung mit einem Einkommen unter 3000 *M* es schwer wird, sich mit Kartoffeln zu versorgen. Während man sonst für die Versorgung einer sechsköpfigen Familie mit Kartoffeln vielleicht 35—40 *M* bezahlen mußte, gehören heute weit über 100 *M* dazu. Die große Masse der Bevölkerung hat nicht das Einkommen, um das aufbringen zu können.

Ich kann es nicht begreifen, daß der Bundesrat, das Reichsernährungsamt und unsere Herzogliche Landesstelle meinen, nicht von diesem hohen Preise abgehen zu können und zu sollen. Ich bin der festen Überzeugung, heute wäre es noch nicht zu spät dazu. Ist es doch unerhört, daß das Pfund Kartoffeln heute noch 7 Pf. kostet. Ganz leicht steigt man mit den Preisen in die Höhe, aber wenn man herunterklettert, dann sind die Glieder steif: im Oktober soll der Preis 6½ Pf. und den Winter hindurch 5½ Pf. sein. Schon im Interesse der besseren Ernährung des gesamten Volks müßte jeder dagegen stimmen, daß dieser hohe Preis erhalten bleibt. Die Strafbestimmungen für Überschreitung des Höchstpreises mit 1500 *M* und mit Gefängnisstrafe stehen an jedem Baum, aber auf Maßnahmen, um der großen Masse des Volkes Rechnung zu tragen, darauf darf man nicht rechnen. Wenn es den Preisverbandsverbänden freisteht, den Höchst-

preis niedriger festzusetzen, so ist das ein schlechter Trost. Nach der letzten Bekanntmachung aus Berlin soll den Gemeinden, die an ihre Einwohner Kartoffeln zu einem niedrigeren Preise liefern, als sie selbst bezahlen, ein Drittel ihrer Zubeuße erseht werden. Wenn das der Fall ist, dann könnte man innerhalb der Landesgrenzen in den einzelnen Bezirken Schritte dafür tun. In der Kartoffelpreisprüfungsstelle habe ich mich dafür ausgesprochen, bin aber mit noch einem Kollegen in der Minderheit geblieben. Aber Herr Regierungsrat Spannuth jagte zu, er wolle wegen der Sache beim Magistrat vorstellig werden. Auf Grund der Bekanntmachung sieht man, daß man bei dem einmal festgesetzten Preise stehen bleiben will.

Vor allen Dingen aber meine ich, daß die beim Kartoffelbezug festgesetzte Vermittlungsgebühr überhaupt fallen müßte. Darum möchte ich beantragen, bei der Landeskartoffelstelle vorstellig zu werden, damit diese die Gebühr nicht erhebt. Eine weitere Begründung halte ich für vollständig überflüssig; ein jeder wird die Berechtigung meines Antrages einsehen. Weshalb soll der Bezug eines solchen minderwertigen Nahrungsmittels noch verteuert werden? Denn minderwertig ist es doch; ich möchte lieber noch ein Pfund Kartoffeln missen, wenn das Brot wieder so hergestellt würde, wie wir es früher hatten. Die Belehrung, die ich an höherer Stelle fand, daß auf Grund einer Akte festgestellt sei, daß die Unterernährung noch nicht Platz gegriffen hätte, kann ich nicht als zutreffend anerkennen. Die Kleidung bei allen Menschen in Deutschland ist heute nicht zu eng, sondern zu weit. Warum sollte dieses Zeichen einer schlechten Ernährung nicht auch bei den Säuglingen und Kindern zutreffen?

Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen und anzunehmen.

Der Antrag erhält auf Anfrage des **Vorsitzenden** die genügende Unterstützung, und für die sofortige Behandlung meldet sich die Mehrheit.

Stadtv. **Meyerhoff**: Dieser Beheruf des Herrn Riese kann wohl verstanden werden, und er geht auch durch das ganze Publikum, aber ob er wirken wird, ist doch die Frage. Ich habe schon in einer der letzten Sitzungen der Finanzkommission meine Ansicht dahin ausgesprochen, daß in dieser Zeit nicht so viel darauf ankommt, einen Artikel etwas billiger zu haben, wie ihn überhaupt zu bekommen. Meine Herren, lassen Sie uns Herrn Riese bitten, das zu beachten! Ich habe ferner gesagt: Es sind uns 500 000 Zentner zugesichert; haben wir aber auch die Garantie, daß wir sie bekommen werden? Der Magistratsvertreter konnte das nicht bejahen und meinte nur: „Es sind soundsso viel zugesichert, und wir werden sie bekommen.“ Das ist mir denn doch zu unbestimmt. Wenn ich auch wünsche, daß die Kartoffeln billiger werden, so läßt sich das im Augenblick nicht erreichen,

aber ich möchte an den Magistrat die Bitte richten, sein möglichstes zu tun, um den Kartoffelbedarf für die Stadt nicht nur bis zum 15. April, sondern bis zum 1. August zu decken, und dafür zu sorgen, daß wir die unbedingte Sicherheit haben, daß wir die Kartoffeln auch bekommen. Dann lassen Sie sie ruhig ein paar Mark teurer sein! Aber die unnötige Verteuerung, indem der Stempel bei der Kreisdirektion mit 20 Pf. bezahlt werden muß, halte ich nicht für angebracht. Ich freue mich, daß der Antrag des Herrn Kiefe Gelegenheit gibt, das in der Öffentlichkeit auszusprechen.

**Stadtbaurat Gebensleben:** Ich muß zugeben, daß die Kartoffelversorgung ohne Zweifel die wichtigste Frage ist, die wir in nächster Zeit zu erledigen haben, und es ist selbstverständlich, daß der Stadtmagistrat sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt hat.

Ich will nun zunächst auf den Antrag eingehen, der Stadtmagistrat möge beim Kriegsernährungsamt, resp. beim Bundesrat dahingehend vorstellig werden, daß die Erzeugerhöchstpreise von 4 auf 3 M herabgesetzt werden. Den Herren ist bekannt, daß der Erzeugerhöchstpreis mit Wirkung vom 1. Oktober ab auf 4 M festgesetzt ist, und daß dieser Preis eine ganze Zeitlang bestehen bleibt. Ich teile nun die Ansicht, die der Herr Vorredner Meyerhoff geäußert hat, nämlich daß es ausgeschlossen ist, daß die Erzeugerhöchstpreise abgeändert werden. Sie sind erst unter dem 13. Juni d. J. vom Präsidenten des Kriegsernährungsamts in dieser Höhe festgesetzt — selbstverständlich nur als Höchstpreise; und es ist, wie bei Zwetschen, auch hier wieder der Fall: jeder glaubt, die Höchstpreise, die nun einmal bestehen, auch selbstverständlich nehmen zu müssen. Es ist bedauerlich, daß sich nicht viele finden, die eine Ehre darin suchen, möglichst weit entfernt von diesen Höchstpreisen zu bleiben.

Zweitens wünscht der Herr Antragsteller, der Magistrat möge beim Herzoglichen Landesernährungsamte beantragen, daß die Vermittlungsgebühr, die der Kreiskommunalverband für Vermittlung des Kartoffelbezuges nimmt, niedergeschlagen werde. Es liegt nun aber nicht in der Hand des Landesernährungsamts, diese Vermittlungsgebühr aus der Welt zu schaffen, denn dem Kreiskommunalverbände stehen diese 20 Pf. auf Grund der Bundesratsverordnung zu. Die Kreiskommunalverbände können sie erheben, aber auch freiwillig darauf verzichten. Wenn man also etwas unternehmen wollte, würde nur das eine möglich sein: sich an die Kreiskommunalverbände zu wenden mit der Bitte, sie möchten auf die Vermittlungsgebühr verzichten. Ich glaube aber mit Recht daran zweifeln zu müssen, daß die Kreiskommunalverbände dieser Bitte entsprechen. Einerseits ist die Erhebung der Gebühr ihr gutes Recht, und andererseits ist nicht zu verkennen, daß sie dafür auch etwas leisten. Sie haben den Kommissionär zu besolden, die

Vermittlung zu besorgen und vieles andere mehr. Sie ersehen daraus, daß so ganz unberechtigt die Erhebung der Vermittlungsgebühr nicht ist.

Nun wurde vorhin von Herrn Meyerhoff noch der Wunsch geäußert, der Magistrat möge Vorkehrungen treffen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Winterkartoffeln nicht bloß bis Mitte April, sondern bis zur neuen Ernte vorgenommen werden könnte. Das ist selbstverständlich ein sehr schöner Wunsch, und wenn er erfüllt werden könnte, so würden wir gern bereit sein, alle möglichen Mittel und Wege einzuschlagen, um dieses Ziel zu erreichen. Aber auch da muß ich leider sagen, daß es ausgeschlossen ist, diesen Wunsch zu erfüllen, und zwar aus folgendem Grunde: Die ganze Kartoffelversorgung ist von Reichs wegen etwa so aufgezogen: Wir haben, wie den Herren bekannt ist, U b e r s c h u ß verbände und B e d a r f s verbände zu unterscheiden. Den U b e r s c h u ß verbänden sind diejenigen Kartoffeln, die sie bis zur neuen Ernte gebrauchen, belassen und zur Verfügung gestellt. Sie können mit ihnen machen, was sie wollen, und können sie mithin über den 15. April hinaus bis zur neuen Ernte verteilen. Diejenigen Kartoffeln, die über ihren Bedarf hinausgehen, sind von Reichs wegen mit Beschlag belegt, sie stehen zur Verfügung der Reichskartoffelstelle, und zwar zugunsten der B e d a r f s verbände. Nun hat die Reichskartoffelstelle so disponiert: die Kartoffeln, die zugunsten der Bedarfsverbände sichergestellt sind, sollen nicht sofort im vollen Umfange bis zur neuen Ernte ausgeteilt werden, sondern nur für den Zeitraum bis zum 15. April, und zwar aus folgendem Grunde: Man will noch einige Zeit bis zur Restverteilung übrigbehalten, um Erfahrungen zu sammeln und zutage getretene Ungleichheiten in den einzelnen Bedarfsverbänden zu beseitigen. Ich betone aber, daß die Kartoffeln, die von den Überschußverbänden zugunsten der Bedarfsverbände für die Zeit nach dem 15. April zur Verfügung zu stellen sind, bis zur neuen Ernte mit Beschlag belegt und sichergestellt sind. Diese Disposition ist meiner Meinung nach klug durchdacht; und wir wollen nur hoffen, daß auch alles so in Erfüllung geht, wie es bedacht ist.

**Stadtv. Frede:** Nach der Darstellung des Herrn Stadtbaurats ist es für das Reich ausgeschlossen, daß die Eindeckung unserer Stadt bis Ende Juli geschehen kann. Damit steht aber im Widerspruch, was in der Preisprüfungsstelle auf Grund amtlichen Materials — es war eine Bekanntmachung von Goslar — mitgeteilt wurde, wonach dort die Verproviantierung bis zum 15. Juli stattfinden kann. Wenn das dort möglich ist, so müßten wir es doch auch fertigbringen.

Sodann hat der Herr Stadtbaurat nachgewiesen, daß die Vermittlungsgebühr nicht ganz unberechtigt sei, da die Kommissare, die etwa im Kreise Helmstedt tätig sind, bezahlt werden müßten. Ich will das zugeben, denn die Leute haben für uns zu arbeiten, aber ich muß doch sagen, daß die Gebühren für den

Bezugsschein, welcher hier in der Stadt Braunschweig an die Kreisdirektion mit 20 Pf. bezahlt wird, nicht auf gleichen Fuß mit den Vermittlungsgebühren gestellt werden können. Wenn von der Landesernährungsstelle versucht ist, diese Gebühr dadurch zu rechtfertigen, daß man allerlei Mühen aufzählt, so hat mir das nicht eingeleuchtet. Die Berechtigung dieser Gebühr muß ich bestreiten, und wenn dem Magistrat ein Vorwurf wegen seiner Bekanntmachung gemacht ist, so haben wir uns darüber gefreut, daß der Hinweis erfolgt ist, daß die Stadt ihrerseits auf eine Gebühr verzichtet.

Nun habe ich mich nicht gemeldet, um für den Antrag Rieke zu sprechen. Ich halte es für unmöglich, einen derartig niedrigen Preis, der für das ganze Reich angesetzt werden müßte, zu erreichen. Aber ich habe mich gemeldet, um auf einen Vorfall zu sprechen zu kommen, der sich in der Nähe von Braunschweig abgespielt hat und eine allerdings sehr ungünstige Aussicht für die Versorgung der Stadt Braunschweig mit Kartoffeln gibt, wenigstens sofern die Versorgung durch Bezugsschein erfolgen soll. Wenn Herr Rieke vorhin gesagt hat, er traue der ganzen Sache nicht, so muß auch ich sagen, daß ich ihr nicht trauen kann. Ich glaube, wir werden große Schwierigkeiten in der Kartoffelbeschaffung haben. Der Fall, auf den ich zu sprechen kommen will, ist in Elper vorgekommen. Ich habe von einem Bauern dort, der nach früheren Erfahrungen zuverlässig ist, Kartoffeln für den Winter versprochen bekommen und wollte nun mit dem betreffenden Scheine zu ihm gehen. Er hat mir aber schriftlich mitgeteilt: Unsere Gemeindebehörde will derartige Abschlüsse nicht dulden. Also der Gemeindevorstand in Elper leidet es nicht, daß die dortigen Bauern durch Bezugsschein die Lieferung der Kartoffeln so regeln, wie wir es als so sehr wünschenswert für unsere Bevölkerung erachtet haben. Es ist mir kein Zweifel, daß der Vorsteher seine Befugnis wesentlich überschreitet, und daß mir der betreffende Bauer ohne weiteres hätte liefern können. Will nun der sich mit der Gemeindebehörde nicht in Zwiespalt setzen, oder hat ihm die Gemeinde klar gemacht, daß es einen Vorteil für sie einschließt, wenn er nicht liefert, das weiß ich nicht; es kann auch beides zutreffen. Aber ich glaube, daß dieser Handel mit Bezugsschein, auf den wir uns gefreut hatten, nicht den Anklang gefunden hat, wie man erhoffen konnte.

Herr Rector hat vorhin gesagt, als es sich um die Zwetschen handelte, er glaube nicht, daß die Bauern selber so sehr viel fordern würden und sie zufrieden sein würden, wenn ihnen weniger zugebilligt worden wäre. Dazu möchte ich bemerken: Ein anderer Bauer in Elper — ich könnte mit Namen aufwarten, tue das aber selbstverständlich nicht gern — hatte auch das Versprechen gegeben, Kartoffeln auf Bezugsschein nach der Stadt zu liefern, und als nun mein Bekannter zu ihm hinkommt, erhält er von dem Bauern die Nachricht: „Ich liefere Kartoffeln nicht unter 8 M für den Zentner, und wenn Sie sie nicht haben wollen, dann lassen

Sie es bleiben, und ich behalte meine Kartoffeln.“ Und als ihm darauf erwidert wurde: „Sie müssen die Kartoffeln zu dem gesetzlichen Höchstpreise liefern“, da antwortete er: „Unter meine Büsche hat noch keiner gesehen.“ Daraus geht hervor, daß die Bauern Wege finden werden, uns Schwierigkeiten zu bereiten. — Ich möchte bitten, daß der Magistrat, wenn es angeht, bei der Kreisdirection dahin vorstellig wird, daß die Gemeindebehörden auf den Dörfern energisch angehalten werden, solche Anweisungen an ihre Bauern zu unterlassen, wie sie in Elber vorgekommen.

**Stadtv. Stegmann:** Wenn die Herren Riefe und Frede der Meinung sind, daß dem Kram nicht recht zu trauen sei, so hat das, wenn man bedenkt, was wir wegen unserer Versorgung in den letzten beiden Jahren erlebt haben, seine gewisse Berechtigung. Trotzdem glaube ich in diesem Falle, daß eine Schwierigkeit in der Kartoffelversorgung eigentlich nicht eintreten könnte, und muß deshalb widersprechen, wenn gesagt wird, daß es nicht so sehr darauf ankomme, die Kartoffeln etwas billiger, als sie überhaupt zu erhalten. Das hat allerdings bei manchen Artikeln, z. B. bei Fleisch und bei den Eiern, zugetroffen, wo selbst die Ärmsten, denen es eigentlich unmöglich ist, das Pfund Fleisch mit 3 M zu bezahlen, gezwungen sind, wenn sie nicht zusammenbrechen wollen, solche enormen Preise zu bezahlen, aber bei den Kartoffeln kann das meiner Meinung nach nicht zutreffen, da wir eine gute Ernte bekommen werden und Braunschweig ein Überschußgebiet für Kartoffeln ist, in dem kolossale Quantitäten von Kartoffeln geerntet werden. Von Herrn Riefe haben wir gehört, daß ein ganz erhebliches Quantum aus dem Herzogtum nach Westfalen geht; sollte es dann nicht möglich sein, in erster Linie für die Stadt Braunschweig zu sorgen! Dazu müßte doch die Kartoffelstelle verpflichtet sein. Wenn also auch manches im argen liegt und ich auch nicht glauben kann, daß der Lebensmitteldiktator Batocki gründlich helfen kann — die Mißstände bestehen auch unter ihm weiter und werden bis zum Ende des Krieges bestehen bleiben —, so habe ich wegen unserer Versorgung mit Kartoffeln keine Angst. Ich bin deshalb dafür, daß versucht wird, den Preis herabzusetzen, so daß in Wirklichkeit zusammen mit den Gebühren und Frachtkosten uns der Zentner Kartoffeln auf 5 M und darüber zu stehen kommt. Was die Gebühren betrifft, so ist heute eine Bekanntmachung von der Kreisdirection in die Zeitung gekommen, daß sie auf 10 Pf. herabgesetzt ist. Warum kann sie nicht auch für die Stadt Braunschweig herabgesetzt werden, wenn sie nicht ganz aufgehoben werden soll?

Ich möchte außerdem bitten, daß der Versuch gemacht wird, auch die Kartoffeln bis über den 1. April hinaus zu erhalten, da sie in den übrigen Bezirken des Herzogtums auch nicht nur bis zu diesem Termin geliefert werden. Vom 15. Februar ab soll ein höherer Preis in Kraft treten, und warum sollen die Ein-

wohner der Stadt nachher den höheren Preis zahlen? Da wir einmal im Herzogtum einen Überschuß haben, so kann auch für die Stadt Braunschweig gesorgt werden, daß sie Kartoffeln bis zur nächsten Ernte und nicht nur bis zum 1. April bekommt.

Sodann möchte ich noch auf eine Bekanntmachung des Magistrats zu sprechen kommen, in der gesagt ist, daß die Bestellungen beim Magistrat bis zum 19. September gemacht sein müssen, da andernfalls ein höherer Preis zur Anrechnung käme. Ich möchte bitten, daß dieser Termin etwas hinausgeschoben würde. Sehr viele der Einwohner sind dabei, mit ihren ständigen Kartoffellieferanten zu verhandeln, um von diesen wieder beziehen zu können; sie wissen dann, was sie bekommen. Die Verhandlungen aber gehen langsam, denn die Landbevölkerung macht in dieser Hinsicht Schwierigkeiten. Ich selbst weiß, daß hiesige Einwohner auf verschiedene Schreibereien keine Nachricht bekommen haben. Warum sollen diese Einwohner unter diesen mißlichen Verhältnissen leiden? Ich bitte deshalb dringend, den Endtermin noch hinauszuschieben. Es wird mir eben zugerufen, warum denn überhaupt später höhere Preise gezahlt werden sollten. Das ist mir auch nicht verständlich, da doch nun einmal die Höchstpreise festgesetzt sind.

Außerdem möchte ich noch die Bitte an den Magistrat richten, dafür zu sorgen, daß die Kartoffeln, wenn sie den Einwohnern zugeteilt werden, nicht alle durch einander geworfen werden, sondern die Sorten getrennt abgegeben werden. Der Herr Oberbürgermeister zuckt mit den Achseln. Es ist aber doch wirklich eine sehr unangenehme Sache, wenn eine Hausfrau 3—4 Sorten in den Topf kriegt; dann bleibt ein Teil ganz hart, der andere ist halb weich und wieder ein Teil der Kartoffeln ganz zerfallen. Und wenn jemand sich für den ganzen Winter mit solchen Kartoffeln eingedeckt hat, so muß er bei dem vielen Kartoffelessen den ganzen Winter hindurch mit diesen Unlieblichkeiten fortwährend kämpfen, und das ist doch recht unangenehm.

**Stadtbaurat Gebensleben:** Ich bin vorhin wohl nicht ganz richtig verstanden worden. Es wurde gesagt, was Goslar kann, müssen wir auch können. Nun ist aber Goslar zweifellos angegliedert an einen Überschußverband. Infolgedessen ist diese Stadt sehr wohl in der Lage, sich schon bis zur neuen Ernte — und nicht bloß bis 15. April n. Js. — zu versorgen. Anders verhält es sich mit der Stadt Braunschweig. Das Herzogtum Braunschweig bildet nicht etwa einen einzigen Verband, sondern ist in eine Anzahl Verbände zerlegt. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß der Stadtkreis Braunschweig, welcher einen besonderen Verband bildet, nicht etwa ein Überschußverband, sondern ein Bedarfsverband ist, während die Landkreise in der Mehrzahl Überschußverbände bilden. Würde man das ganze Herzogtum Braunschweig zu einem Verbande vereinigen, so würde es aller-



dings einen Überschußverband darstellen. Nun trifft es allerdings zu, daß aus dem Landkreise Braunschweig, als Überschußverband, eine ganze Menge Kartoffeln nach Rheinland und Westfalen geliefert werden müssen. Wir haben aber im Herzogtum noch mehrere Überschußverbände, die ebenfalls nach weiter entlegenen preußischen Kreisen zu liefern haben.

Nun komme ich zu dem, was Herr Stadtv. Frede erwähnt hat über die Äußerungen eines Gemeindevorstehers. Selbstverständlich ist es unrecht, derartige Schwierigkeiten beim Bezugsscheinverfahren zu machen. Ich kann mir das nur so erklären: Vielleicht haben die Gemeindevorsteher in den einzelnen Ortschaften die Kartoffelmenge, die sie als Überschuß abzuliefern haben, noch nicht genau auf die einzelnen Landwirte umgelegt, so daß diese heute noch nicht genau wissen, welche Kartoffelmenge sie demnächst abführen müssen. Mit anderen Worten, sie wissen nicht: „Was mußt du abliefern, und was hast du übrig?“ und damit sie nicht später in eine fatale Lage kommen, sind sie außerordentlich vorsichtig in der Abgabe der Kartoffeln auf Bezugsscheine. Wünschenswert würde es sein, daß die Umlage auf die einzelnen Landwirte so schnell als möglich vor sich geht, damit sie über den Überschuß frei verfügen und auf das Bezugsscheinverfahren bereitwilliger eingehen können.

Vorhin wurde mitgeteilt, daß die Kreisdirektionen laut Bekanntmachung die Vermittlungsgebühr von 20 auf 10 Pf. ermäßigt hätten. Ich habe diese Bekanntmachung auch gelesen; sie bezieht sich aber nicht auf die Vermittlungsgebühr, die wir dem Kreise zu bezahlen haben, sondern, soweit ich mich besinne, auf die Gebühr, welche die Kreiseingekessenen zu zahlen haben.

**Stadtrat Schöttler:** Es ist die Frage an den Magistrat gerichtet, wie es käme, daß verlangt wird, daß die Bestellungen bis zum 19. September aufgegeben werden, während spätere Bestellungen wahrscheinlich zu etwas teurerem Preise erledigt werden müssen. Der Grund dafür ist in folgendem zu finden: Wir haben in der Zeit vom 2. Oktober bis Mitte November 400 000 Zentner Kartoffeln in die Stadt zu schaffen und sie dort unterzubringen, und zwar teils in die Keller der einzelnen Haushaltungen zu fahren, teils in die städtischen Lager. Nun ist es ganz selbstverständlich, daß man für eine so große Leistung vorher einen Schlachtplan entwerfen muß, und um das tun zu können, ist es nötig, daß man die Unterlagen dafür hat. Es hat mir sehr leid getan, daß wir nicht schon viel früher mit der Sache haben anfangen können. Das ging aber nicht, weil wir immer noch hofften, wir würden die Preise festsetzen können. Es war das aber nicht möglich, und als uns nun das Feuer auf den Nägeln brannte, da haben wir gesagt: Dann müssen eben die Bürger bestellen, ohne zu wissen, zu welchen Preisen die Kartoffeln geliefert werden. Es ist allerdings etwas viel verlangt, aber es geht nicht

anders. Jetzt liegt die Sache nun so, daß wir spätestens am 20. September den Schlachtplan für die Ablieferung machen und deshalb am 19. September das Material zusammen haben müssen. Was später in unsere Berechnungen hinein- kommt, macht uns eine wesentlich vermehrte Arbeit, und wenn ich auch davon nicht sprechen will, so doch wesentlich vermehrte Kosten. Denn wenn wir mit dem Ab- fahren beginnen, werden wir straßenweise verfahren und planmäßig weitergehen. Kommt dann eine nachträgliche Bestellung von den Straßen, die wir schon be- fahren haben, dann muß vielleicht wegen zweier Zentner noch einmal ein be- sonderer Wagen fahren. Sie sehen, diese verspäteten Bestellungen können die Arbeit und die aufzuwendenden Kosten ganz gewaltig vermehren. Es kann aber auch noch schlimmer kommen, indem noch Bestellungen kommen, wenn wir die Kartoffeln schon auf unser Lager gefahren haben. Dann müssen wir sie aus unserem Lager wieder herausnehmen und in die Keller der einzelnen Abnehmer fahren. Das bekommt den Kartoffeln nicht gut und den Pferden und Leuten auch nicht. Deshalb würde ich es für gerechtfertigt halten, wenn die Mehrkosten, die dadurch entstehen, daß einzelne sich bis zum 19. September nicht haben ent- schließen können und später bestellen, von diesen getragen werden. Es kann sich dabei nicht um ganze Haufen Geld handeln, sondern es wird der Zentner vielleicht um 25 Pf. teurer zu stehen kommen. Bei der Berechnung von Mehrarbeit und Fuhrlohn kommt ein solcher Betrag wohl heraus.

Die Wünsche wegen der getrennten Lieferung der Kartoffelsorten zu erfüllen, ist eine außerordentlich schwierige Sache. Es kommt natürlich alles darauf an, wie wir die Kartoffeln nach Braunschweig geliefert bekommen. Wir werden sorten- reine Lieferung bei den Kreisdirektionen beantragen; ob wir die Kartoffeln aber sortenrein bekommen, wissen wir nicht. Ist in einem Wagen nur e i n e Sorte enthalten, so wollen wir versuchen, die Trennung aufrechtzuerhalten. Wir werden aber nur nach drei Sorten trennen können, nämlich 1. die feinen Luxuskartoffeln, von denen wir wohl wenig bekommen werden, 2. die Kartoffeln, die sich zu Salz- kartoffeln eignen, 3. die sogenannten Gemüsekartoffeln. Was von der ersten Sorte einkommt, werden wir auf Lager fahren, denn wenn wir für diese Sorte noch einmal Fuhrlohn berechnen, so werden die Empfänger das gern bezahlen. Was von Sorte 2 und 3 auf dem Bahnhofe ankommt, wollen wir schon dort zu trennen versuchen. Auf jedem Bahnhofe wird ein Expedient seine Liste haben und darnach die Kartoffeln verteilen. Wir hoffen diese Trennung der Sorten gleich auf dem Bahnhofe dadurch durchführen zu können, daß zwischendurch immer auch zu den städtischen Lagern abgefahren wird. Ob sich die Trennung aber wirklich durchführen läßt, kann ich noch nicht sagen. Geplant ist es so, und wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um den Plan innezuhalten, denn das liegt sehr im Inter- esse der Bevölkerung. Nur können Sie nicht verlangen, daß wir Magnum

Bonum und Op to date unterscheiden; aber wenn jemand von einer Sorte Kartoffeln mehrere Säcke erhält, so ist darauf zu rechnen, daß in jedem Sacke nur eine Sorte enthalten ist und nicht die Sorten durcheinander geschüttelt. Nochmals muß ich aber hervorheben, daß alles davon abhängt, wie die Kartoffeln auf dem Bahnhofe ankommen.

**Stadtv. Voelschlag:** Ich möchte zu dem Antrage Rieke zurückkehren. Auch mein Wunsch ist es, daß wir in der Stadt die Kartoffeln so billig wie möglich kaufen. Ich habe im vorigen Jahre schon gewünscht, daß man zu Anfang hohe und nachher niedrige Preise setze, und das möchte ich auch heute wieder wünschen. Wir haben heute schon unsere liebe Not, weil wir in der Markthalle keine Kartoffeln hatten. Die Hauptsache ist ja doch, daß wir die Kartoffeln überhaupt bekommen, und deshalb meine ich: Wenn wir heute den Preis auf 4 *M* setzen und später, vielleicht nach dem 15. Oktober, den Preis um 50 Pf. oder 1 *M* herabsetzen, dann haben die Leute ein Interesse daran, uns jetzt Kartoffeln zu liefern. Ich bedaure sehr, daß ich darin mit Herrn Rieke, der den Preis jetzt gleich ermäßigt sehen will, nicht übereinstimme. Ich glaube, die Landwirte werden noch viele Winkelzüge machen, um die Kartoffeln nicht auszuliefern. Aber dafür mag die Regierung und die Landeskartoffelstelle sorgen. Ich habe meine Bedenken, ob wir genügend Kartoffeln bekommen, denn wir haben unsere Lieferungen aus Berlin bekommen, und von dem uns benachbarten Niddagshausen sind die Kartoffeln nach Westfalen gefahren. Es sei fern von mir, deswegen die Reichskartoffelstelle zu kritisieren, ich rede nur von den Tatsachen, die sich abgespielt haben. Wenn das so weitergeht und uns einfach geantwortet wird: „Sie müssen warten, wir haben keine Kartoffeln“, so werden wir davon nicht satt. Wir müssen mehr Kartoffeln für den Tag erhalten, als wir jetzt bekommen. Dafür muß gesorgt werden, und der Regierung muß das klar gemacht werden. Es muß dazu kommen, daß wir Vertrauen zu der Kartoffelstelle bekommen können; wir müssen sehen, daß sie ihre Pflicht tut und uns nicht mit Redensarten abspeist. Ich möchte nicht wünschen, daß wir dieselbe Kalamität wie im vorigen Winter wieder erleben. Deshalb müssen wir die Kleinhändler in der Stadt mit Kartoffeln versorgen, damit die Bürgerschaft ihre Zeit nicht in der Markthalle zuzubringen braucht. Es wird ja jetzt wohl beabsichtigt, den Kartoffelpreis vom 15. Februar ab heraufzuschrauben. (Zustimmung.) Die Folgen davon können sie aus folgendem ersehen. Große Landwirte in der Heide bei Meine, die die Verpflichtung auf Kartoffellieferung eingegangen sind, haben ihre Verbindlichkeit wieder gelöst mit der Begründung, die Ernte sei nicht gut ausgefallen. Heute ist mir gesagt, daß sie nur deshalb zurückgetreten sind, weil sie die Aussicht hatten, später 2 *M* mehr zu bekommen.

Die Leute, die dort schon gekauft hatten, haben sich den Mund gewijcht; ich allerdings hätte auf Lieferung geklagt.

Den einmal festgesetzten Preis werden wir wohl nicht mehr in der Weise, wie es Herr Nieke wünscht, ändern können, denn sonst würde die Landeskartoffelstelle nicht so viel Kartoffeln bekommen, daß sie uns versorgen könnte. Ich möchte Ihnen dafür vorschlagen, festzusetzen: Bis zu einem gewissen Zeitpunkte Lieferung für den jetzt festgesetzten Preis, und ist der Termin verstrichen, dann gehen wir mit dem Preise herunter. Nur dann werden wir genügend Kartoffeln bekommen.

**Stadtbaurat Gebensleben:** Der Weg, der von dem Herrn Vorredner vorge schlagen wird, will mir, offen gestanden, nicht gefallen. Wir müssen uns zweifellos, was den Höchstpreis anlangt, ganz und gar den Verfügungen des Kriegsernährungsamts unterwerfen. Wenn wir mit derartigen Lockmitteln arbeiten wollen, wie sie Herr Loejchigk vorschlägt, so würden wir uns damit auf eine schiefe Bahn begeben, die wir unter keinen Umständen beschreiten dürfen. Wir müssen streng darnach verfahren, was vom Kriegsernährungsamt und Bundesrat verfügt ist. Wenn die Lieferungsverbände *a u g e n b l i c k l i c h* — um die Zeit handelt es sich in den Ausführungen des Herrn Loejchigk — nicht genügend liefern, so müssen wir uns immer an diejenige Stelle wenden, die über die Kartoffelversorgung zu bestimmen hat. Die Sachlage ist doch einfach so: Der Kreis Helmstedt und der Landkreis Braunschweig haben uns mit Kartoffeln zu beliefern; vor allem ist uns der Kreis Helmstedt zugewiesen, weil dort die Kartoffelversorgung, wie mir von gewisser Stelle versichert ist, ganz vorzüglich organisiert sein soll, und die Lieferung der Kartoffeln von dort ist auch, wie ich anerkennen muß, bislang in ziemlich prompter Weise vor sich gegangen. Trotzdem ist es ver schiedentlich in letzter Zeit vorgekommen, daß die Kartoffellieferung gestockt hat; auch heute morgen sind wieder nur ein paar hundert Zentner eingelaufen. Das soll aber seinen Grund darin haben, daß vor etwa vierzehn Tagen oder drei Wochen — als so viele Kartoffeln hier angeliefert sind, daß sie nicht haben bewältigt werden können — man gebeten hat, nicht so intensiv zu liefern. Das war meiner Ansicht nach ein Fehler. Wenn flott geliefert wird, muß man Vorkehrungen schaffen, daß man das, was herankommt, auch ordnungsmäßig unterbringt. Eine derartige flotte Lieferung muß ich sogar als höchst willkommen bezeichnen, damit man sich eine gewisse Reserve zulegen kann. Solange ich in dieser Angelegenheit zu verfügen habe, habe ich Mittel und Wege gesucht, um tunlichst in der nächsten Woche eine solche Reserve zu schaffen. Ich habe nämlich die Landeskartoffelstelle inständig ersucht, dafür zu sorgen, daß wir in der nächsten Woche nicht nur unser Wochenquantum bekommen, sondern, wenn möglich, die doppelte Menge; und ich habe auch Vorsorge getroffen, daß diese ganze Menge nicht sofort

verfahren wird, sondern daß ein Teil in geeigneten Räumen auf dem Bahnhofe als Reserve untergebracht und von dort erst dann verfahren wird, wenn es dringend nötig ist. Es ist ein unbehagliches Gefühl, auch für den Stadtmagistrat, ohne irgend welche Reserve zu sein und nur von der Hand in den Mund zu leben. Wir hoffen, daß es uns durch die getroffenen Maßnahmen gelingen wird, über diese Unbehaglichkeit recht bald hinwegzukommen. Ich bitte Sie, sich noch einige Tage zu gedulden, dann wird die Reserve geschaffen sein. Ich habe gehört, daß noch etwa 8 Ladungen unterwegs sind, die morgen früh einlaufen können, eigentlich heute schon hätten eintreffen müssen. Morgen bekommen wir, wie ich gehört habe, wieder neun Ladungen, während unser durchschnittlicher Tagesverbrauch zur Zeit nur sechs Ladungen beträgt. Ich hoffe, daß wir nun über die jetzige Kalamität glatt hinwegkommen.

Stadtv. **Niefe:** Wir mögen Sitzung im Preisprüfungsausschuß haben, wir mögen hier beraten, immer wieder kann man sich der Wahrnehmung nicht verschließen: Je länger über alle diese Sachen hat beraten werden müssen, um so schlimmer ist die Sache geworden. In früheren Jahren kam einem der Bauer schon am 1. September ins Haus und brachte Proben. Dadurch, daß der Staat die Sache übernommen hat und bureaukratische Bestimmungen erläßt, ist es zu den Unzuträglichkeiten gekommen. Die Behörden verstehen die Sache nicht, sonst würden sie es anders machen. Wir hatten im Preisprüfungsausschuß beschlossen, uns bis zum 31. Juli einzudecken, das ist abschlägig beschieden. Von Nieddagshausen, woher wir sonst unsere Kartoffeln holen konnten, werden sie nach Westfalen geschickt. Nächstens kommt es noch so weit, daß sie einem hier die Nase ausziehen und nach Westfalen schicken, damit sie dort jemand anziehen kann. (Weiterkeit.) Ich bin fest überzeugt, daß auch die Bauern über diese bureaukratischen Maßnahmen mißtrauisch geworden sind, was sie auch dadurch zeigen, daß sie das Schriftstück über die Kartoffellieferung nicht unterzeichnen wollen. Dadurch, daß der Antrag des Preisprüfungsausschusses abgelehnt ist, ist fast zu befürchten, daß sich die Verhältnisse vom vorigen Jahre wiederholen, daß wir west- und ostpreussische Schweinekartoffeln erhalten und 9—10 Zentner an der Ladung fehlen. Der größte Wert ist doch darauf zu legen, daß man weiß, wenn Kartoffeln aus dem Keller herausgeholt werden, was für Sorten man bekommen hat. Heute aber kann es kommen, daß wir, wenn wir überhaupt welche bekommen, einen Teil von Pinze bekommen, der Imperator geliefert hat, den anderen Teil von Runze, der Magnum Bonum geliefert hat, und noch ein anderer hat vielleicht Industrie geliefert. Es werden auch eine ganze Menge Futterkartoffeln gebaut, aber im Verkauf gibt es die nicht, es sind alles Eßkartoffeln. Wenn unserer Stadt von einer größeren Landwirtschaft die Kartoffeln geliefert werden, dann ist es ja möglich,

die Sorten durchgehen zu lassen, und da sind wir erfreulicherweise in der Lage, aus dem Kreise Helmstedt die besten Kartoffeln zu bekommen. Auf die Kartoffeln aus dem Landkreise Braunschweig gebe ich nicht viel. Ich habe gehört, daß in der Altmark an einem Tage 30 Ladungen Kartoffeln nach Westfalen verladen worden sind, und deshalb scheint es mir richtig, wenn Loeschigk sagt, daß auch von Hiddagshausen Kartoffeln nach Westfalen gegangen sind; die Kartoffeln gehen also wieder einmal in Deutschland spazieren. Wenn ich auch nicht dem Grundsatz huldige: „Wer das Kreuz hat, der segne sich selber“, so ist es doch natürlich, wenn wir zuerst an uns denken und wünschen, daß die in unserem Lande gewachsenen Kartoffeln auch hier verzehrt werden. In erster Linie sind wir hier, um für unsere Bevölkerung zu sorgen, das ist unsere Pflicht. Der Zustand in der Markthalle von vorigem Jahre wird keinem einzigen unter uns recht sein, und niemand wird sich erklären können, wie das so weit kommen konnte. Wenn es eine gute Sitte unserer Bevölkerung war, sich im Herbst möglichst mit Kartoffeln einzudecken, so wird einem das jetzt durch bürokratische Maßnahmen verleidet. Durch meinen Antrag hoffe ich, schließlich diese harten Köpfe, die diese Zustände geschaffen haben, zu erweichen. Sollte mein Bemühen vergebens sein, so hielt ich es doch für meine Pflicht, den Versuch zu machen. Es ist unser aller Pflicht, für die Allgemeinheit zu wirken und dafür, daß für eine genügende allgemeine Ernährung gesorgt werde. Es scheint aber, daß unüberwindliche Hindernisse einer genügenden Versorgung entgegenstehen, denn vorigen Sonntag hat eine ganze Menge aus unserer Bevölkerung, Besizende und Minderbemittelte, keine Kartoffeln gehabt, und in dieser Woche geht es schon wieder in ähnlicher Weise an. Wie ich gelesen habe, hat man in Hamburg an vier Tagen hintereinander keine Kartoffeln geliefert erhalten. Da kann man sich nicht mehr über das wundern, was dort vorgekommen ist, daß dann die Zerversicht flöteugeht und das Volk zu Mitteln greift, die wir ja nicht wünschen, aber doch begreifen können. Es hat jetzt jede Kommune nötig, dafür zu sorgen, daß dem Volke mindestens das geliefert wird, was am dringendsten not tut. An allem anderen fehlt es ja; das Brot reicht nicht aus, und jeden Tag müssen noch Kartoffeln hinzugekocht werden. Sogar den Säuglingen muß anstatt Keks oder dergleichen Kartoffeln gegeben werden, damit sie sich zufrieden geben und notdürftig ernährt werden. Wenn solche Zustände noch weiter um sich greifen, dann kann man für die Folgen nicht einstehen.

Ich möchte Sie ersuchen, meinen Antrag an die Landeskartoffelstelle, an die Reichskartoffelstelle und an den Bundesrat trotz aller hier vorgebrachten Bedenken anzunehmen. Was nützt uns die große Kommune Braunschweig mit ihren Stadtverordneten und dem Stadtmagistrate, wenn sie nicht das Recht haben, so zu beschließen und ihr Wort einzulegen. Dann hätten unsere ganzen Verhandlungen und Einrichtungen keinen Wert.

Stadtv. **Meyerhoff:** Den Worten des Herrn Kiefe, mit denen er behauptet, der Bureaukratismus tue zu viel in dieser Sache, schließe ich mich voll an. Wenn man weniger täte und mit Sachverständigen umgeben wäre, würde es doch etwas besser sein. Den Landwirten und denjenigen, die mit der Kartoffelversorgung zu tun haben, werden die Ohren klingen, aber nicht wie festliches Geläute, sondern wie Sturm wird es ihnen erscheinen. Es wurde gesagt: Daß wir die 20 Pf. bezahlen müssen, ist nötig; die Kartoffeln müssen durch Kommissare aufgekauft und zusammengebracht werden. Kauft man denn einen Zentner nach dem anderen und macht jedesmal einen besonderen Weg darum? Die Kartoffeln werden doch zu Hunderten von Zentnern gekauft, und dann ist die Vermittlungsgebühr von 20 Pf. eine horrend. Was haben denn solche Aufkäufer früher bekommen? Wenn sie 2 Pf. für den Zentner bei solchen großen Abschlüssen bekommen haben, dann war das genügend. Was für Unkosten erwachsen denn den Leuten, die die Kartoffeln liefern? Früher brachten sie die Kartoffeln selbst nach der Stadt oder nach der nächsten Eisenbahnstation oder auch nach der Brennerei. Ausgenommen das teure Pferdmaterial und die hohen Futterkosten, bezweifle ich, daß heute die Unkosten größer sind. In unserer ganzen Ernährungsfrage wird zu viel vom grünen Tische herumgewirtschaftet. Ich bin kein Anhänger von dem Herrn Oldenburg-Jamuschau, aber das muß man doch sagen, daß er einmal den Nagel auf den Kopf getroffen und den Bureaukratismus als Versorgungsvermittler treffend gekennzeichnet hat.

Betreffs Goslars wurde von Herrn Stadtbaurat Gebensleben zugegeben, daß die Stadt sich bis Ende Juli versorgt habe, aber das liege daran, daß dies ein Kreis sei, wo die Kartoffeln anzuschaffen seien. Ist denn unser Kreis und Staat Braunschweig nicht groß genug, um für die Stadt Braunschweig zu sorgen? Warum ist man darauf eingegangen, daß wir nicht von dort versorgt werden? Warum mußte man darauf eingehen, sich so die Flügel beschneiden zu lassen, und das nach den Erfahrungen, die wir in den Vorjahren gemacht haben? Was hat die Stadt an dem Kartoffelgeschäfte zugelegt? (Zuruf: 180 000 M.) Das ist weit mehr, denn im zweiten Jahre ist fast ebensoviel zugelegt. Es sind fast 400 000 M., und da nimmt man keine Rücksicht in Berlin? Es ist richtig, was man von den Kommissionen in Berlin sagt; das sind keine Kommissionen zur Erhaltung des Volkes, das sind Verteuerungskommissionen; das spreche ich hier aus.

Wollen wir denn die Hand dazu bieten, unseren Einwohnern das Leben noch saurer zu machen? Ich für mein Teil bin ja Junggeselle und werde gespeist, wenn es man auch schwach ist. Ich bin also nicht erpicht auf Kartoffelvorräte und andere Vorräte und komme durch von einem Tage zum anderen. Aber das muß ich sagen: Wie mit uns im Herzogtum und in der Stadt Braunschweig verfahren ist, das ist himmelschreiend, und dagegen muß man sich wehren. Ich habe den

ersten Antrag freudig begrüßt und begrüße auch diesen. Ich denke, die Herren, die es angeht, werden in sich gehen, und wenn sie es nicht tun, dann haben wir wenigstens unsere Schuldigkeit getan und haben uns wenigstens aussprechen können.

Nun noch eins: Unseren Mitbürgern und Landleuten, kann man es ihnen verdenken, daß sie nehmen, was ihnen angeboten wird? Das liegt doch nun einmal im Menschen, und man kann auch von den Landleuten nicht verlangen, daß sie anders sind. Wohl aber können wir von unserer vorgesetzten Behörde erwarten, daß sie dafür sorgt, daß uns das wird, was uns zukommt, und auch, daß von den Oberbehörden vorgesorgt wird, damit nicht, wenn der 1. April kommt, gesagt werden muß: Wir haben keine Kartoffeln! Der Herr Stadtbaurat sagt zwar: „Die Reichsregierung hat Beschlag gelegt auf sämtliche Kartoffelvorräte.“ Ja, meine Herren, sie hat vor einem Jahre und vor zwei Jahren nicht gesorgt, und ich bezweifle, daß aus dieser Sorge für uns nun in diesem Jahre viel herauspringt. Ich möchte deshalb bitten, mit allen Mitteln von städtischer Seite dafür einzutreten, daß wir mit unseren Kartoffelvorräten unbedingt gedeckt sind bis zum 1. August und wir jetzt schon diese Kartoffeln unbedingt bekommen. Müssen wir sie einmieten, so lassen Sie uns das Geld dafür ruhig ausgeben! Das würde lange nicht den Verlust ausmachen, den wir in den anderen zwei Jahren gehabt haben.

**Stadtv. Dr. Landauer:** In der Bekanntmachung, auf die Herr Stegmann verwiesen hat, und die heute seitens der Kreisdirektion erlassen ist, wird davon gesprochen, daß Verbraucher, die über ordnungsmäßige Lagerräume verfügen, sich mit 1½ Pfund pro Kopf und Tag versehen möchten. Nun ist aber das Quantum, welches die Stadt der hiesigen Bevölkerung zugeteilt hat, nur auf 9 Pfund pro Woche bemessen. Das ist ein Unterschied von 1½ Pfund in der Woche. Ich möchte anheimgeben, daß das Wochenquantum auf 10½ Pfund erhöht wird.

**Stadtrat Schöttler:** Wenn wir diese Anregung befolgten, dann würden wir eine große Dummheit begehen, denn dann würden wir kein Tüttelchen an Kartoffeln mehr zur Verfügung haben für Urlauber, für Leute, die zuziehen, für öffentliche Anstalten, in denen eine unbestimmte Anzahl von Personen verpflegt wird, für Fabrikküchen, für öffentliche Küchen usw. 10½ Pfund Kartoffeln bekommen wir für den Kopf der Bevölkerung, und wenn wir 9 Pfund davon ausgeben, dann ist das meiner Empfindung nach schon bedenklich viel. Es bleibt dann nur der siebte Teil der ganzen Kartoffeln für alle die eben genannten Zwecke übrig, und das ist wahrscheinlich kaum ausreichend. Man kann das allerdings jetzt noch nicht übersehen; erst sobald der Bedarf angefordert ist, haben wir einen



Überblick darüber, ob es reichen wird oder nicht. Wenn nicht, bleibt nichts übrig als die Einrichtung zu treffen, daß ein Teil der Kartoffelfarten von den Leuten, die zweimal versorgt werden, durch die genannten Anstalten und Veranstellungen wieder eingezogen wird. Ich hoffe, daß es nicht dazu kommt, sondern daß wir reichen werden, und zwar wird das wohl deshalb geschehen, weil wir bisher etwas Überschuß haben. Daß der Überschuß entstanden ist, wird wohl damit zusammenhängen, daß anfänglich noch alte Kartoffeln verbraucht sind. Weiterhin sind in den Schrebergärten usw. Kartoffeln gewachsen, und deshalb brauchte nicht so viel von uns angefordert zu werden, wie uns zutrat. Sträflich leichtsinnig wäre es aber, wenn wir die ganzen 10½ Pfund ausgeben würden und nichts in der Hand behielten. Ich habe gelesen, daß man in Hannover 10½ Pfund abgeben will. Wie man das durchzuführen gedenkt, weiß ich nicht, bezweifle aber, daß es möglich ist. Es ist besser, wir geben gleich zu Anfang 9 Pfund, als daß wir mit der höheren Zahl anfangen und nach kurzer Zeit heruntergehen müssen, am Ende gar schließlich die wöchentliche Kartoffelmenge auf 6 Pfund herabsetzen müßten. Das wäre doch eine böse Sache.

Stadtv. **Voeshigt:** Betreffs der 20 Pf. Vermittlungsgebühr möchte ich doch noch eins richtigstellen, nämlich, daß die Kommissäre, wie mir von einem derselben gesagt ist, überhaupt nicht diese 20 Pf. bekommen. Nachdem die Kreisdirektion die Gebühr von 30 auf 20 Pf. herabgesetzt hätte, wäre auch ihr Verdienst heruntergesetzt. Das zur Richtigstellung.

Zu dem, was Herr Meyerhoff sagte, möchte ich noch einiges bemerken. Als Herr Stadtrat von Frankenberg in Berlin war, sagte der Landrat Peterjon: „Ich habe mein blaues Wunder gehabt, daß Sie nach Krotoschin hingewiesen sind. Aber mein Vorgänger hat das nun einmal so gemacht.“ Er sagte also mit anderen Worten: „Ich verstehe diese Anordnung nicht. Der eine Ihrer Kreise, vielleicht Wolfenbüttel, hätte ganz Braunschweig für das ganze Jahr versorgen können, und ich hätte die Stadt Braunschweig jedenfalls von Wolfenbüttel aus versorgen lassen.“ Nun ist uns ja das braunschweigische Land zugewiesen, so daß wir aus unserem eigenen Lande beziehen können. Aber mir kommen doch Bedenken. Man muß sagen: Im vorigen Jahre sind uns Kartoffeln in Posen und Ostpreußen angewiesen, aber wir haben die Kartoffeln nicht bekommen, weil damals zu viel aus jenen Kreisen weggezogen ist. Wenn es nun dieses Jahr heißt: Die Kartoffeln sind beschlagnahmt! Es kann ja noch gar nicht festgestellt sein, wie viel Kartoffeln in diesem Jahre geerntet werden. Ein gewisser Grusel geht mir auf, wenn ich sehe, was für eine Menge Kartoffeln aus dem braunschweigischen Lande herausgeschafft werden. Man muß sich fragen: Geht es euch nicht vielleicht wieder so wie im vorigen Jahre? Es ist uns damals auch schon zugesagt: „Ihr werdet versorgt“,

aber wir haben von den Stellen das wenigste bekommen. Von Herrn Meyerhoff sind der Reichskartoffelstelle Vorwürfe gemacht; ich bin der Reichskartoffelstelle dankbar, daß sie uns geholfen hat, und ich freue mich doch, daß der Landrat dort oben uns helfen konnte. Ich bitte, den Vorwurf also zu mildern, und ich hoffe auch, daß wir die zugesagten Kartoffeln bekommen. Wenn wir die kriegen, dann wollen wir zufrieden sein. Die Hoffnung will ich haben, aber ein gebranntes Kind scheut das Feuer. Unsere Bevölkerung hat im vorigen Jahre zu viel durchgemacht.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Ich möchte noch ein paar Worte in bezug auf die mehrfach erwähnten 20 Pf. Vermittlungsgebühr sagen. Herr Loeschigt hat schon erwähnt, daß die Kommissionäre der Kreis kommunalverbände den Betrag nicht in voller Höhe bekommen; ich habe vorhin aber schon ausgeführt, daß den Kreis kommunalverbänden auch noch andere Unkosten durch die Vermittlung des Kartoffelbezuges erwachsen. Sie müssen nicht nur den Kommissionär bezahlen, sondern auch ihre eigenen Verwaltungsunkosten tragen, u. a. ein besonderes Bureau für diese Sache einrichten, und das kostet Geld.

Den weiteren Ausführungen des Herrn Loeschigt kann ich mich nur anschließen. Meiner Meinung nach ist die Organisation der Kartoffelversorgung, wie sie in diesem Jahre getroffen ist, ganz bedeutend besser als im vergangenen Jahre. Wir wollen nur wünschen, daß alles so in Erfüllung geht, wie disponiert ist.

Stadtv. **Wesemeier:** Ich kann nicht ohne weiteres anerkennen, daß die Organisation gut ist. Daß nicht alles so besonders gut geregelt ist, sehen wir daran, daß die Bevölkerung der Stadt auf allen Gebieten benachteiligt wird. Deshalb ist es möglich, daß jeder andere Ort im Herzogtum sich für das ganze Jahr mit Kartoffeln eindecken kann, nur die Stadt Braunschweig nicht? Wir haben doch eine Landeskartoffelstelle.

Ich bin überzeugt: wenn sie es wollte, könnte sie es wohl einrichten, daß auch die Stadt sich für die ganze Zeit eindeckt. Ich bin auch nicht so bereit, meinen Dank der Reichskartoffelstelle abzustatten, wie Herr Loeschigt es tut, sonst sollte man schließlich für jeden Bissen, den man in den Mund steckt, den Behörden seinen Dank abstatten. Ich halte das für eine selbstverständliche Pflicht der Behörde, daß sie Fürsorge trifft. Wo doch sonst so viel versäumt ist, sollte man im Gegenteil seine größte Enttäuschung aussprechen, daß in den selbstverständlichsten Dingen sich Übelstände zeigten und nicht Abhilfe geschaffen ist.

Herr Meyerhoff hat recht, wenn er sagt, daß die Vermittlungsgebühr nicht in dem Maße erhoben werden sollte. Erst war sie auf 30 Pf. festgesetzt, jetzt auf

20 Pf., und sie wird erhoben, obgleich sie erst vom 1. Oktober ab in Kraft tritt. Es scheint mir hier genau so zu sein, wie bei den Provisionen im Viehhandel. Es sind fürstliche Gehälter von den Viehhändlern verdient worden, und erst auf die allgemeine Entrüstung hin hat man die Provision herabgesetzt.

Ob die Organisation nicht auch wieder zu sehr zerplittert ist, ob nicht für das ganze Herzogtum ein einziges Bureau hätte geschaffen werden können, in dem alles in Gemeinschaft mit den Gemeindevorständen geregelt werden konnte, das wage ich nicht zu entscheiden. Ich glaube aber, es wäre möglich gewesen. Ich kann es mir nicht anders denken, als daß es Absicht ist, die städtische Bevölkerung zu zwingen, den höheren Preis, der vom 16. Februar an in Kraft tritt, an die Landwirtschaft zu zahlen, und daß man nur deshalb den Städten nicht gestattet, den Bedarf für das ganze Jahr einzudecken. Im Lande Braunschweig wäre es leicht, anders vorzugehen, und wenn die Landeskartoffelstelle ernstlich vorstellig würde, dann müßte es möglich sein.

Nun halte ich es auch nicht für richtig, was Herr Stadtrat Schöttler in bezug auf die Minderzuführung der wöchentlichen Kartoffelmenge an die Bevölkerung gesagt hat. Alles, was er vorgebracht hat, trifft auch auf die anderen Städte zu, auch diese haben öffentliche Küchen und Anstalten, die sie versorgen müssen. Die Urlauber kommen nicht in Frage (Zuruf: Doch, sie bekommen Kartoffelkarten!). Nun, auch das ist in anderen Städten genau so, und im ganzen Herzogtum werden  $10\frac{1}{2}$  Pfund auf den Kopf der Bevölkerung in der Woche ausgegeben, während wir in Braunschweig nur 9 Pfund ausgeben. Ich bin nicht der Meinung, daß das für die Bevölkerung hinreichen wird.  $1\frac{1}{2}$  Pfund ist das Mindeste, was man den Leuten gewähren mußte. Auch dabei wird die Stadt erhebliche Ersparnisse machen, denn es gibt Volksschichten, die nicht das ganze Quantum kaufen, und dieses Quantum ist so groß, daß davon das Notwendige für die Küchen usw. gedeckt werden könnte. Wenn man auch gewohnt ist, schwarz zu sehen, so sehe ich in dieser Beziehung nicht schwarz. Ich bin fest überzeugt, die Stadt wird mit dem ihr zur Verfügung stehenden Quantum bei Lieferung von täglich  $1\frac{1}{2}$  Pfund auf den Kopf auskommen. Möglich ist es, damit auszukommen.

**Stadtv. Frede:** Ich möchte bitten, den Antrag Riefe bei der Abstimmung in zwei Teile zu zerlegen. Es ist sehr wohl möglich, daß jemand für den zweiten Teil stimmt und den ersten ablehnt.

Die beiden Teile des Antrages Riefe werden nacheinander angenommen.

## 15. Anfrage Bunge wegen der Weiterverpachtung des Nerkeröder Feldes im nächsten Jahre.

Wortlaut der Anfrage j. S. 246.

Stadtv. **Bunge** (zur Begründung): Die Pächter der Grundstücke des Nerkeröder Feldes möchten gern jetzt schon wissen, ob sie für das nächste Jahr das Land wieder bekommen können. Die geehrten Herren wissen, daß schon während der beiden letzten Jahre ihnen das Land gegen einen kleinen Pachtpreis überlassen ist. Im vergangenen Jahre war die Ernte auch durchweg gut, während sie in diesem Jahre nicht so gut ausgefallen ist, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß nicht rechtzeitig gedüngt werden können; zum anderen kommt der Ertrag natürlich auch auf die verschiedenen Arten Feldfrüchte an, die gepflanzt sind. Wir alle waren seinerzeit der Überzeugung, daß es von großem Nutzen und zum Segen der Bevölkerung dienen würde, wenn das Nerkeröder Feld den kleinen Leuten überlassen wird, und auch im vorigen Jahre zeigte sich dieselbe Meinung. Um nun den bisherigen Pächtern Gewißheit zu geben und ihnen Gelegenheit zu bieten, die Düngung rechtzeitig vorzunehmen, möchte ich den Magistrat fragen, ob er gewillt ist, für das nächste Jahr das Land den kleinen Pächtern wieder zu überlassen.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Wir haben uns im Magistrat schon vor längerer Zeit mit dieser Angelegenheit beschäftigt und sowohl bei der Gesellschaft „Lusthafen“ wie bei dem Herzoglichen Staatsministerium angefragt, ob irgend etwas im Wege stehe, daß das Nerkeröder Feld genau so wie in den beiden Vorjahren auch im nächsten Jahre in kleinen Parzellen an kleine Leute aus unserer Einwohnerschaft verpachtet wird. In dankenswerter Weise haben wir von beiden Stellen den Bescheid bekommen, daß die Verpachtung wieder erfolgen kann. Es steht also nichts im Wege, daß diejenigen Pächter, die ihr Land im nächsten Jahre behalten wollen, schon jetzt die Düngung vornehmen. Seitens des Magistrats wird eine Bekanntmachung sofort erlassen werden, daß sich alle diejenigen melden möchten, die Parzellen pachten wollen, und daß diejenigen, die ihre bisherige Parzelle wieder pachten wollen, die Nummer ihrer bisherigen Pachtung angeben möchten.

Der Magistrat ist sogar noch darüber hinausgegangen und hat die Frage erwogen, ob nicht diejenigen Flächen vom Großen Exerzierplatze, die bisher seitens der Garnisonverwaltung an den Landwirt Keune verpachtet waren, ebenfalls in kleineren Stücken, ähnlich wie bei dem Nerkeröder Felde, an einzelne Bewohner unserer Stadt vergeben werden können. Die Garnisonverwaltung hat sich auf unsere Anregung dieserhalb mit dem Garnisonkommando in Verbindung gesetzt, und beide sind bereit, bei der Intendantur in Hannover diese neue Maßnahme zu

befürworten. Ich habe mich in den letzten Tagen erkundigt, wie weit die Sache gediehen ist, habe aber gehört, daß eine Antwort noch nicht eingelaufen ist; sie würde aber jedenfalls zustimmend ausfallen. Ich glaube demnach, damit rechnen zu können, daß mit der fraglichen Fläche des großen Exerzierplatzes im nächsten Jahre ähnlich verfahren werden kann wie mit dem Merkeröder Felde. Das ist höchst erfreulich, denn wir können, da die Fläche 80 Morgen groß ist, bei Aufteilung in Viertelmorgen-Stücken weiteren 320 Einwohnern unserer Stadt Pachtland verschaffen.

## 16. Anfrage Stegmann, betreffend eine Rationierung des Eierverkaufs.

Wortlaut der Anfrage: „Ist es möglich, den städtischen Eierverkauf zu rationieren, damit eine gerechte Verteilung stattfindet?“

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Je knapper Fleisch und Fleischwaren werden, desto mehr ist das Bedürfnis nach den wichtigen Nahrungsmitteln der Eier vorhanden. In dankenswerter Weise ist der städtische Eierverkauf eingerichtet, aber der Verkauf weist eine große Zahl Mängel auf, wie Sie sie auch beim Verkauf anderer Lebensmittel gesehen haben, z. B. bei dem der Butter. Je mehr das Bedürfnis nach Eiern wächst, um so stärker drängen sich die Leute, besonders bei den großen Handlungen Heuer & Sievertz und Sprung, so daß sich der Magistrat veranlaßt gesehen hat, mehrere Verkaufsstellen einzurichten — ich glaube, es sind 40. Wie mir nun aber zu Ohren gekommen ist, sind auch da wieder Unzulänglichkeiten zutage getreten, indem die betreffenden Händler vor allem ihre Kundschaft berücksichtigen, während andere Einwohner nichts bekommen. Es soll ja auch vom Magistrat gegen einige dieser Händler vorgegangen sein, immerhin ist es doch aber so, daß nur ein kleiner Teil unserer Bevölkerung Eier bekommt. Da es doch nun aber nötig ist, daß jeder etwas von den städtischen Eiern bekommt, so meine ich, es wäre besser, daß der Magistrat die Frage erwägt, ob nicht auch eine Rationierung bei dem Eierverkauf vorgenommen wird, wie beim Verkauf der Butter. Auf die Weise kann eine gerechtere Verteilung herbeigeführt werden, und es würden nicht nur diejenigen beim Eierverkauf an die Reihe kommen, die sich längere Zeit zum Warten hinstellen können. Ich bitte den Magistrat, diese Einrichtung zu erwägen und, wenn es irgend geht, noch in die Wege zu leiten.

Stadtrat **Wagner**: Herr Stegmann machte mich schon vor kurzer Zeit auf die Notwendigkeit einer Regelung der Eierverteilung aufmerksam. Ich habe mir gerade damals diese Einrichtung überlegt und Herrn Stegmann erklärt, daß wir in dieser Sache angewiesen sind auf die Ausführungsanweisungen der Reichsverordnung, die damals erwartet wurde — sie steht heute in den „Braunschweigischen Anzeigen“. Wir haben aber mit den Vorarbeiten für eine gleichmäßige Ver-

teilung der Eier nicht so lange gewartet, bis sie erschienen ist, sondern haben in der Voraussicht, daß unsere Ausführungsvorschriften in Braunschweig sich an die preußischen Vorschriften anschließen würden, unsere Beschlüsse gefaßt. Der Magistrat hatte sich dahin schlüssig gemacht, die ihm zur Verfügung stehenden Eier an eine ganze Reihe von Stadteiergeschäften, und zwar in 18 Bezirken, abzugeben. Allerdings können wir nie vorher wissen, wieviel Eier uns zum Absatz an die städtische Bevölkerung zugeführt werden; es ist aber eine Landeseierstelle eingerichtet, die uns am Tage vor dem Eintreffen der Eier darüber Nachricht gibt. Dann gehen die Geschäfte der beiden von Herrn Stegmann genannten Großhändler an die Durchleuchtung der Eier, Aussonderung der Knick Eier und haben die Unterverteilung an die einzelnen Stadteiergeschäfte zu besorgen. Wir haben uns gedacht, daß jedesmal in den Zeitungen bekanntgegeben wird, daß eine bestimmte Gruppe von Einwohnern, vielleicht eine Reihe von Straßen aus dem Bezirke, in dem die Stadteiergeschäfte liegen, herausgegriffen und zum Eierverkauf zugelassen wird. Das muß durch große Plakate schon vor dem Verkaufstage an dem Verkaufsorte bekanntgegeben werden, vielleicht müssen auch die Anschlagläulen dazu benutzt werden. Allerdings werden wir nicht in der Lage sein, mehr als ein Ei auf den Kopf der Bevölkerung auszugeben, und zur Zeit wird jeder nur alle vier Wochen an die Reihe kommen. Das wird aber jedenfalls besser werden, wenn die Verteilung der Inlandeier durch Vermittlung des Reichs hinzukommt, denn die bisher von der Stadt vertriebenen Eier waren nur Auslandeier. In der Reihenfolge der Straßen wird dann abgewechselt werden, so daß genau in der gleichen Reihenfolge jeder unserer Einwohner beim Eierbezuge an die Reihe kommt.

Der bisherige Zustand ist allerdings unhaltbar. Ich habe mir gestern an einer Stelle den Verkauf angesehen, bei dem Vorschrift ist, daß die Lebensmittelkarte vorgezeigt wird. Da habe ich denn gehört, daß die Leute sich schon von morgens 9 Uhr an hinstellten, wenn erst am Nachmittag 3 Uhr der Verkauf beginnt. Eine Frau hatte 14 Eierstempel auf ihrer Karte, während verschiedene andere nicht einen einzigen hatten — diese letzteren hatten also noch niemals städtische Eier bekommen. Wird in der von mir vorgeschlagenen Weise verfahren, dann wird dadurch möglich gemacht, daß das Warten und das Gedränge aufhört und nicht nur diejenigen Personen, die darauf zu laufen wissen, an die Reihe kommen, während die anderen das Nachsehen haben. Ich hoffe, daß beim nächsten Verkauf, der zu Anfang der kommenden Woche stattfinden soll, die Neuordnung zur Durchführung kommen kann. Ob aber die Vorbereitungen dafür sich bis dahin beenden lassen, weiß ich noch nicht genau, vielleicht muß die nächste Verteilung noch einmal nach der alten Weise vorgenommen werden.

Die Verkaufsstätten der beiden Großhandlungen, die einen großen Teil der Eier zum Verkauf in ihren Geschäften behalten dürfen, weil sie sonst nicht auf ihre Kosten kommen würden, werden von ihrem Geschäftslokal weg in die Markthalle gelegt werden, wo jedem von beiden in den Schlachterständen, die jetzt sowieso leer stehen, ein Stand angewiesen werden wird. Dann steht die ganze lange Ständereihe zum Aufstellen für das Publikum zur Verfügung, und es brauchen immer nur ein paar Käufer an den Verkaufsstand herangelassen zu werden. An dem Zugange wird ein großes Plakat mit den Worten „Stadt-Eier-Verkauf, Firma Sprung“, angebracht und die Straßen aufgeführt, die an der Reihe sind. Die Leute, die abgefertigt sind, könnten dann an dem hinteren Ende der Ständereihe wieder wegtreten, und so würde eine glatte Regelung stattfinden. Die beiden Großhändlerfirmen sind mit dieser Verlegung ihres Verkaufs einverstanden, denn bei dem bisherigen Verkauf sind ihnen schon verschiedene Fensterscheiben in dem Gedränge eingedrückt. Der Nachweis dafür, daß die Eier ordnungsmäßig abgegeben werden, kann vorläufig dadurch geschaffen werden, daß wir die gegenstandslos gewordene Buttermarke als Eiermarke abgeben lassen und von den Eierhandlungen uns die aufgeklebten Marken als Beleg einreichen lassen.

Für die Zukunft haben wir daran gedacht, ein Lebensmittelbuch einzuführen, in dem weiter nichts enthalten ist als vielleicht 50 Marken mit den Nummern 1—50, und auf dem Umschlag würde der Stadtbezirk, die Straße und die Ordnungsnummer stehen. Dieses Buch könnte bei Abgabe derjenigen Lebensmittel verwendet werden, die nicht — wie Fleisch, Brot, Butter — ganz regelmäßig verteilt werden können, sondern in schwankenden Zwischenräumen und Mengen durch die staatlichen Nahrungsmittelstellen zur Verfügung gestellt werden. Diese Lebensmittel würde man dann angemessen verteilen können, indem man eine Bekanntmachung erläßt; z. B.: „Morgen können die Bewohner der und der Straßen (und wenn nicht alle Häuser einer Straße, die und die Nummern) in den und den Geschäften Maffaroni bekommen.“ Darüber würde Buch geführt und beim nächsten Male die Straßen an die Reihe kommen, die beim vorigen Male nichts bekommen haben. Auf diese Weise könnten alle die Sachen, die knapp sind, in gleichmäßiger Weise an die Bevölkerung verteilt werden. Da sich diese Einrichtung in anderen Städten schon bewährt hat, so hoffe ich, daß auch wir sie recht bald treffen können. Dann würden auch die Eier auf die Karten dieses Lebensmittelbuchs mit verteilt werden.

**Der Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

**Stadtv. Steinicke:** Ich möchte wegen unserer Lebensmittelversorgung gern noch einige Winke und Anweisungen geben.

**Vorsigender:** Eine Besprechung der Anfrage war nicht gewünscht. Ich bitte Sie also, sich kurz zu fassen; die Zeit ist bereits sehr vorgeschritten.

**Stadtv. Steinede:** Ich las in der Gifhorner Zeitung, daß der dortige Magistrat außerordentlich billige Lebensmittel für die Bevölkerung Gifhorns bezieht. Ich habe es für nötig gehalten, deswegen in Gifhorn anzufragen, und war über die Mitteilung, die ich bekommen habe, überrascht. Wie die Herren wissen, sind die *Tomaten* allmählich immer mehr zum Volksnahrungsmittel geworden, und hier in der Stadt wird das Pfund mit 80 Pf. bis 1 *M* bezahlt. Die Stadt Gifhorn ist in der Lage, das Pfund Tomaten mit 15 Pf. zu verkaufen. Heute morgen ist mir von zwei Herren aus Gifhorn, einem Beamten und einem Geschäftsmann, bestätigt, daß die Ware außerordentlich schmackhaft und gut ist. Der Herr Stadtsekretär Wolter ist gern bereit, den Herrn Bürgermeister Dr. Große zu bitten, uns die Bezugsquellen zu nennen, von denen Gifhorn in gewissen Zwischenräumen mehrere Waggons bezogen hat. Es ist doch wert, eine solche Anregung hier zu geben. Hier bezahlen wir für Tomaten fast eine Mark, während sie in Berlin vor drei Wochen nur 60 Pf. kosteten und unter dem 13. September Herr Bürgermeister Dr. Große bekanntgeben konnte: Der Preis beträgt voraussichtlich 15 *M* für 100 Pfund. Dann hat er wiederholt bekanntgemacht, daß er *Braunkohl* außerordentlich billig bekommen könne; den Preis habe ich nicht erfahren können. Auch *Weißkohl* ist in Gifhorn bezogen. Ich will versuchen, die Bezugsquelle zu erfahren. Sodann habe ich eine Bekanntmachung gelesen, wonach durch das Landesernährungsamt einige Waggons *Margarine* zur Verfügung gestellt sind, auch handelt es sich in einem Falle um Brüsseler *Äpfel*, eine den amerikanischen Äpfeln ähnliche Ware, die in Hannover im vorigen Jahre zu 15 *M* angeboten ist. Auch solche macht der Bürgermeister Dr. Große bekannt und bemerkt, daß es erstklassige Ware ist und der Preis nur 13,40 *M* beträgt. Wenn wir an Äpfeln nur 7000 Zentner für unsere Bevölkerung zur Verfügung haben, so wäre es doch wünschenswert, daß wir davon noch etwas bekämen; Absatz dafür wird hier sicher sein.

Ich bitte um Auskunft, ob der Magistrat bereit sein wird, der Anregung Folge zu geben. Einen Antrag will ich nicht stellen, denn ich nehme an, daß solchen Angeboten ohne weiteres Folge gegeben wird. Ich bitte auch, daß, soweit wir Einfluß haben, den außerordentlich hohen *Pilzpreisen* entgegengetreten wird. — Die erwähnte Bekanntmachung zur Verfügung zu stellen, bin ich gern bereit. (Herr Stadtbaumeister Meyer setzt sich mit Herrn Stadtv. Steinede in Verbindung.)

Dauer der Sitzung von 4¼ bis nach 8½ Uhr.





# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 5. Oktober 1916.

### **Tagesordnung:**

1. Erlaß eines Statuts über die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden Seite 313
2. Gewährung von Schulgeldfreiheit an zehn türkische Schüler . . . . . " 314
3. Rechnungsabschlüsse für 1915/16 . . . . . " 320
4. Übersichten über die im Jahre 1915/16 gezahlten Ruheslöhne, Witwen- und  
Waisengelder . . . . . " 324
5. Herrichtung eines Schutzbaches auf dem Pflegehausgrundstücke . . . . . " 325
6. Herrichtung einer Kaninchenzuchtanstalt auf dem Pflegehausgrundstücke . . . . . " 326
7. Herrichtung einer Kadaververwertungsanlage auf dem Schlachthausgrundstücke . . . . . " 327

### Außer der Tagesordnung behandelt:

8. Antrag Lauer auf Gewährung einer Steuerungszulage an die städtischen  
Maschinenschreiberinnen . . . . . " 331
9. Antrag Dieckmann auf Gründung einer städtischen Schweinemast- und  
Verwertungs-Kriegs-gesellschaft . . . . . " 332
10. Antrag Dieckmann auf Zwangsmaßnahmen zwecks Sammlung der als  
Biehfutter geeigneten Abfälle . . . . . " 332
11. Antrag Ohlendorf auf Erlaß eines Statuts über den 7-Uhr-Ladenschluß . . . . . " 336
12. Anfrage Stegmann, betreffend eine durchgreifende Milchbezugsregelung  
durch Ausgabe neuer Milchkarten . . . . . " 337
13. Anfrage Stegmann, betreffend die Überschreitung der Höchstpreise für  
Zwiebschen . . . . . " 341
14. Anfrage Stegmann, betreffend die Lieferung der Kartoffeln . . . . . " 346
15. Mitteilung des Magistrats über die Maßnahmen gegen viehlos wirtschaftende  
landwirtschaftliche Betriebe . . . . . " 357
16. Maßnahmen zur Bereitstellung von Gespannen für die städtische Kartoffelzufuhr . . . . . " 358
17. Beteiligung der Stadt bei der Braunschweigischen Landeseinkaufsgesellschaft . . . . . " 359

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Schöttler**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben** und Amtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Dr. Voge**, **Weichsel** und **Dr. Wolters**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Kruse**, **Pusch**, **Steincke** und **Tebbenjohann**.

**Vorsitzender Hartung:** Ich eröffne die Sitzung.

Meine Herren! Am 24. September ist unser Kollege, der Malermeister **Karl Sander** aus einem rastlos tätigen Leben vom Tode abberufen. Diejenigen Herren, die unserer letzten Sitzung beigewohnt haben, sind Zeuge gewesen, wie der Verstorbene, offenbar schon schwer leidend, es sich nicht hat nehmen lassen, an der Sitzung der Stadtverordneten teilzunehmen und das übernommene Referat zu erstatten. Schon seit Jahren hatte er an einem peinigenden Leiden schwer zu tragen, und trotzdem hat er bis zu seinem Ende pflichtgetreu in seinem Berufe und in den mancherlei Stellungen, die ihm anvertraut waren, eine segensvolle Tätigkeit entfaltet. Unser verstorbener Kollege **Sander** war bekanntlich ein aufrechter Mann, der mit Überzeugungstreue für das eintrat, was er für recht erkannt hatte, und es zu verfechten sich angelegen sein ließ, der dabei aber doch nicht eigensinnig auf seine Meinung verfeffen, sondern Belehrungen sachlicher Art sehr wohl zugänglich war. Die Stadt selbst ist ihm besonderen Dank dafür schuldig, daß er seinerzeit die für ihn als Nichtfachmann schwierige Aufgabe übernommen hat, die städtischen Schlachtungen zu leiten. Alles in allem glaube ich sagen zu dürfen: Die Stadt hat mit dem Hinsange des Herrn **Sander** einen guten Bürger und die Stadtverordnetenversammlung eine schätzenswerte Kraft verloren. Ich handle wohl in Ihrem Sinne, wenn ich Sie bitte, zum ehrenden Andenken an den Verstorbenen sich von den Plätzen zu erheben. (Geschlecht.)

Ich habe zunächst mitzuteilen, daß Herr **Steinbrecher** vom Militärdienst entlassen ist und an unseren Sitzungen wieder teilnehmen kann.

Eingegangen ist ein Schreiben vom Verbande der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter, vom Verbande der Textilarbeiter und vom Verbande der Schuhmacher, in welchem ausgeführt ist, daß diese Gewerbegruppen die Festsetzung der **Unterstützung für Erwerbslose** durch die Stadt, wie es geschehen sei, nicht für ausreichend halten, und außerdem bedauern, daß keine Ausschüsse zur Überwachung der Arbeitslosenfürsorge eingesetzt seien. Es handelt sich um eine

Angelegenheit, die seinerzeit vom verstärkten Finanzausschuß erledigt ist; ich werde den Magistrat ersuchen, dem verstärkten Finanzausschuß diese Sache zu weiterer Beratung zu übergeben.

## 1. Erlaß eines Statuts über die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden.

Stadtv. **Steinbrecher**: Die Reichsversicherungsordnung hatte die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden, die bis dahin durch Ortsstatut angeordnet werden konnte, allgemein eingeführt. Durch das zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen erlassene Notgesetz vom 4. August 1914 sind die betreffenden Vorschriften der Reichsversicherungsordnung außer Kraft gesetzt, aber durch ein in Übereinstimmung mit der zuständigen Krankenkasse erlassenes Statut kann die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden wieder eingeführt werden. Viele Großstädte hatten schon vor Erlaß der Reichsversicherungsordnung die Versicherung der Hausgewerbetreibenden durch Ortsstatut geregelt und sind durch das Gesetz vom 4. August 1914 nicht berührt, andere Städte haben derartige Ortsstatuten in der Zwischenzeit erlassen.

Nach der Mitteilung der Allgemeinen Ortskrankenkasse gab es im Herbst 1914 in der Stadt Braunschweig 1780 gegen Krankheit zu versichernde Hausgewerbetreibende, von denen nur 226 einer Ortskasse angehörten und im Krankheitsfalle auf Unterstützung rechnen konnten. Soweit nicht die Einziehungen zum Heeresdienste Änderungen dieser Zahlen veranlaßt haben, werden die Verhältnisse heute die gleichen sein. Eine nicht unerhebliche Zahl von Einwohnern genießt die Wohltaten der Krankenversicherung, die sie vor dem Kriege kennengelernt haben, also nicht mehr. Das ist um so mehr zu bedauern, als Hausgewerbetreibende, abgesehen von der Konervenindustrie, in der Hauptsache in den Berufszweigen tätig sind, in denen sich gerade jetzt Arbeitslosigkeit zu zeigen beginnt, nämlich in der Konfektions- und Wäscheanfertigung. Der Magistrat hält es deshalb für zweckmäßig, dem in den beteiligten Kreisen bestehenden Wunsche zu folgen und die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden durch Ortsstatut einzuführen. Die vom Magistrat gehörten Arbeitgeber haben keine Einwendungen erhoben, auch die für die Versicherung in Frage kommende Allgemeine Ortskrankenkasse ist mit Erlaß eines solchen Ortsstatuts einverstanden und wird den notwendigen Antrag bei dem Oberversicherungsamte mit stellen. Bei der Versicherung durch Ortsstatut kann auf die besonderen örtlichen Verhältnisse Rücksicht genommen werden, und da wir hoffen dürfen, daß das Ortsstatut auch beim Wiedereinkrafttreten der Reichsversicherungsordnung nach dem Kriege bestehen bleiben kann, so würde sich aus der statutarischen Regelung auch für die Zukunft ein Vorteil ergeben.

Das vorgelegte Statut schließt sich im allgemeinen den gesetzlichen Vorschriften und satzungsgemäßen Bestimmungen der Ortskrankenkasse über die Pflichtversicherung anderer Berufskreise an. Hervorzuheben ist aber folgendes: Der von den Hausgewerbetreibenden verdiente Lohn wechselt oft, vor allem in der Konservenindustrie. Um nun nicht zu viel Schwierigkeiten zu haben, soll die Versicherung auf der Grundlage eines Durchschnittslohnes, nämlich des festgesetzten Ortslohnes, erfolgen. Mit Rücksicht darauf, daß die versicherten Hausgewerbetreibenden vielfach nicht das ganze Jahr regelmäßig Arbeit haben, wie z. B. in der Konservenindustrie, daß sie vielfach die Mitgliedschaft freiwillig fortsetzen werden und die freiwilligen Mitglieder die Kasse im Durchschnitt mehr als die Pflichtmitglieder in Anspruch zu nehmen pflegen, kann die Allgemeine Ortskrankenkasse den Hausgewerbetreibenden nur die Regelleistungen gewähren.

Der uns zur Beratung vorgelegte Entwurf bestimmt nun folgendes (Medner verliest den Eingang sowie die einzelnen Paragraphen und bemerkt zu § 9):

Hier ist von der Statutenkommission in der zweiten Zeile statt „§ 5 Absatz 3“ „§ 5 a b 3“ eingestellt, weil der angezogene § 5 keine Absätze hat.

Die Statutenkommission hat dem nichts weiter hinzuzufügen und bittet gleichfalls wie der Magistrat, diesem neuen Ortsstatut zuzustimmen.

Das **O r t s s t a t u t** wird von der Versammlung in der vorgelegten Form mit der von der Statutenkommission vorgeschlagenen redaktionellen Änderung **a n g e n o m m e n**.

**Vorsitzender:** Eingegangen ist ein **A n t r a g** des Herrn **L a u e r**, betreffend eine Erhöhung der Vergütungen der stadtseitig beschäftigten **M a s c h i n e n s c h r e i b e r i n n e n**. Ich werde dem Herrn Antragsteller am Schlusse der Sitzung Gelegenheit geben, seinen Antrag, der genügend unterstützt ist, zu begründen.

## 2. Gewährung von Schulgeldfreiheit an zehn türkische Schüler.

Stadtv. **Helle:** Es hat sich vor längerer Zeit die Deutsch-türkische Vereinigung gebildet, deren Zweck und Ziel es ist, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden jetzt im Kriege verbundenen Ländern noch enger zu gestalten, sie zu heben und zu stärken. Diese Vereinigung erhofft einen besonderen Erfolg davon, daß sie jungen türkischen Zöglingen höherer Lehranstalten den Besuch deutscher Schulen zu ermöglichen sucht, damit diesen Schülern nachher im Frieden Gelegenheit gegeben wird, die Kenntnis der deutschen Anschauungen und Arbeitskraft in wirtschaftlicher und sonstiger Beziehung zum Nutzen beider

Länder zu betätigen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieses Bestreben der Deutsch-türkischen Vereinigung in vollem Umfange Unterstützung verdient, und eine solche Unterstützung der genannten Vereinigung gedeihen zu lassen, ist der Zweck der heutigen Vorlage. Die Bitte der Deutsch-türkischen Vereinigung geht dahin, auch in unserer Stadt einer Anzahl von zehn türkischen Schülern — die fast ausschließlich aus höheren Beamten- und Offizierskreisen stammen, denen es infolge der Schwädigungen durch den Krieg nicht möglich ist, die Kosten für den Schulbesuch ihrer Kinder in Deutschland zu bestreiten — den Besuch unserer städtischen Schulen durch Gewährung von Freistellen, Stipendien oder Schulgeldfreiheit zu ermöglichen. Nachdem die hiesige Handelskammer sich bereit erklärt hat, die kostenlose Unterbringung von türkischen Schülern in solchen Fällen, wo ein besonderes Interesse des Handels und der Industrie vorliegt, zu vermitteln, geht der Vorschlag des Magistrats dahin, ihn zu ermächtigen, auf Anfordern zehn türkischen Schülern, die eine der beiden städtischen Oberrealschulen oder die städtische Gewerbeschule besuchen sollen, Schulgeldfreiheit zu bewilligen. Die Schulkommission hat sich diesem Vorschlage angeschlossen und bittet die geehrte Versammlung, dem Antrage des Magistrats gleichfalls zuzustimmen.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß man heute fremden Kindern das Recht gewährt, die Oberrealschulen schulgeldfrei zu besuchen, solange die hiesige Volksschule in mittlere und untere Bürgerschulen geteilt ist und hiesige befähigte Schüler von dem schulgeldfreien Besuche dieser höheren Lehranstalten ausgeschlossen sind. Es wird gesagt, es handle sich besonders um türkische höhere Beamtenfamilien, denen es nicht möglich sei, die Kosten für den Besuch der Schule zu erschwinnen. Nun, die höheren Beamten werden doch nicht so schlecht gestellt sein, auch in der Türkei nicht, daß sie das Geld nicht aufbringen könnten, und wenn man die Bundesbrüderchaft ins Feld führen will, so meine ich, daß sie recht bald in die Brüche gehen kann. Heute sind die Staaten zusammengeschlossen, die sich morgen feindselig gegenüberstehen, und nach ein paar Jahren halten andere zusammen. Grundsätzlich muß ich den Standpunkt einnehmen: Solange man hiesigen befähigten Schülern nicht in vollem Umfange gestattet, unentgeltlich die Oberrealschule zu besuchen, kann ich nicht dafür stimmen, daß man fremden Kindern Schulgeldfreiheit gewährt.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Ich glaube denn doch, daß wir den befähigten Schülern reichlich Gelegenheit gegeben haben, unsere höheren Schulen unentgeltlich zu besuchen. Daß wir nicht allen vollständig freien Unterricht gewähren können, liegt in unseren finanziellen Verhältnissen. Unter solchen Umständen den Antrag, der in der jetzigen Zeit wohl von Bedeutung ist, abzulehnen, halte ich

nicht für richtig. Im übrigen muß ich es aber Ihnen überlassen, wie Sie sich schlüssig machen wollen.

Stadtv. **Frede:** Herr Wesemeier hat übersehen, daß dem Antrage der Deutsch-türkischen Vereinigung nicht in vollem Maße entsprochen ist. Wir gewähren nach dem Antrage des Magistrats nicht städtische Mittel, um den fremden Schülern hier freien Aufenthalt zu ermöglichen, und Stipendien sollen durch uns auch nicht gewährt werden, sondern es handelt sich lediglich um Schulgeldfreiheit in den beiden städtischen Oberrealschulen und der Gewerbeschule. Das ist also eine Einschränkung gegenüber dem ursprünglichen Antrage.

Den Kernpunkt der Einwendungen des Herrn Wesemeier hat der Herr Oberbürgermeister schon berührt. Herr Wesemeier jagt, er könne es nicht gutheißen, daß auswärtige Schüler, Schüler anderer Nation, hier Schulgeldfreiheit genießen sollen, solange eine Teilung der Bürgerischen Schulen in untere und mittlere bestehe und den fähigen Schülern es nicht möglich sei, schulgeldfrei in die höheren Schulen zu kommen. Dazu habe ich zu bemerken: Die Teilung in untere und mittlere Bürgerischen Schulen hat mit der vorliegenden Sache wohl nichts zu tun; sie ist aus Gründen vorgenommen, über die wir uns hier schon häufig unterhalten haben. Ob sich diese Einrichtung empfiehlt oder nicht, ob sie im Interesse der Schüler liegt oder nicht, darauf gehe ich eben nicht weiter ein, ich vermissе nur einen Zusammenhang mit der eben zur Beratung stehenden Sache. Das aber fähige Schüler aus unserer Stadt nicht schulgeldfrei in die höheren Schulen aufgenommen werden, ist eine irrige Ansicht. Wir haben eine Menge Freistellen in der Mittelschule und in den höheren Schulen überhaupt, und begabte Schüler gerade aus den unteren Bürgerischen Schulen können sehr wohl an den Platz kommen, der ihnen gebührt. Ich muß es also bestreiten, daß es für begabte Köpfe aus unseren Bürgerischen Schulen nicht möglich ist, an die Oberfläche zu kommen. Den Nachweis für seine Behauptung hat Herr Wesemeier nicht erbracht und kann ihn auch nicht erbringen.

Stadtv. **Steinbrecher:** In der Statutenkommission habe ich schon daselbst angeführt, was Herr Wesemeier eben vorbrachte, nämlich, daß wir hier in Braunschweig noch eine ganze Anzahl begabter Schüler haben, die sehr gut in solche Freistellen kommen könnten, wie sie hier eingerichtet werden sollen. Dennoch aber erkläre ich mich für den vorliegenden Antrag, weil ich mir sage: Der Krieg hat bewiesen, wie schwer die Verständigung der Völker untereinander ist, und wie schwer wir alle unter der nicht zustande gekommenen Verständigung der Völker leiden. Gerade hier war mir der internationale Standpunkt maßgebend, und ich werde alles unterstützen, was mir die Gewähr geben kann, deutsches Wesen und deutsche Kultur auch im Auslande näher bekannt zu machen. In diesem Falle kann beides

von Fremden studiert werden, und deshalb haben wir Interesse daran, es zu ermöglichen, daß die jungen Türken unsere Unterrichtsanstalten besuchen.

Herr Wejemeier hat wohl recht darin, daß die Gruppierung der Völker immer so gewesen ist, daß die einst miteinander Verbundenen nachher doch auseinander-schlagen, und wir haben das ja auch an Japan gesehen. Da es sich aber um eine so wichtige Sache handelt, wie die Verständigung der Völker gefördert werde, die doch eine große Rolle spielt, so sollen wir diesen Schülern ruhig durch unsere städtischen Lehranstalten deutsche Kultur übermitteln. Wir können es auch als Arbeiter nur begrüßen, wenn zwischen Deutschland und der Türkei, sei es in industrieller Beziehung, sei es im Handel, ein gewisses Kennenlernen und eine Verständigung erfolgt.

Im übrigen ist es richtig, daß in Braunschweig noch mehr getan werden muß, um befähigte Schüler in Freistellen zu bringen. Daraus folgt aber nicht, daß wir die türkischen Schüler abweisen müssen.

Stadtv. **Wejemeier:** Herr Steinbrecher sagte: Ich bin für alles zu haben, um deutsche Kultur im Auslande zu verbreiten, und deshalb auch für Aufnahme dieser fremden Schüler. Die Konsequenz der Ausführungen des Herrn Steinbrecher würde die sein, daß wir allen ausländischen Kindern Schulgeldfreiheit gewähren müssen. (Oho!) Wenn Sie die Konsequenz nicht anerkennen, dann vermögen Sie nicht logisch zu denken. Was ich sagte, ist die nächste Konsequenz.

Herr Frede vermißt den Nachweis, daß befähigte Schüler aus der Stadt die höheren Schulen nicht schulgeldfrei besuchen können, und meint, das sei wohl möglich. Nun, die Freistellen, die es an den Oberrealschulen und den sonstigen höheren Schulen für städtische Kinder gibt, kann man an den zehn Fingern herzählen. Es wäre ein trauriges Zeugnis für die Intelligenz der größten Zahl unserer Schulkinder, wenn nur diese paar, die hier in Frage kommen, als befähigte bezeichnet werden könnten. Ein solches Zeugnis möchte ich der Jugend und der erziehenden Tätigkeit der Eltern nicht ausstellen. Ich bin in diesem Falle der Meinung, daß uns das Hemd näher ist als der Rock und wir in erster Linie dafür Sorge zu tragen haben, für unsere Kinder die Schulen so zu gestalten, daß sie etwas lernen, und unseren Kindern die Möglichkeit zu schaffen, die höheren Schulen besuchen zu dürfen, was so gut wie ausgeschlossen ist, jedenfalls bei weitem nicht in dem Maße erfolgen kann, als es Herr Frede darzustellen versucht. Ich bin unter allen Umständen gegen die Bewilligung der Freistellen für diese auswärtigen Schüler.

Stadtv. **Steinbrecher:** Ich muß mich dagegen wenden, daß die Konsequenz meiner Äußerung die sein soll, daß wir allen ausländischen Kindern Schulgeld-



freiheit gewähren müssen. Das kann ich nicht anerkennen. Maßgebend ist, daß in der Türkei jedenfalls die Schulverhältnisse viel schlechter als in Deutschland sind. Wenn wir aus diesem Grunde einzelnen Schülern den Besuch unserer Schulen freistellen, so ist das im Interesse von Handel und Verkehr wohl zu verstehen. In Frankreich sind die Schulverhältnisse wohl genau so gut wie bei uns, und deshalb werden Schüler von dort nicht in Frage kommen. Ich sehe also nicht ein, daß die Folge dieses Schrittes sein würde, daß alle ausländischen Kinder frei in unsere Schulen aufgenommen werden müßten. Was unsere Kinder aus der Stadt betrifft, so ist es allerdings selbstverständlich, daß wir der Überzeugung sind, daß sie zu wenig Freistellen genießen, und das müßte auch noch verbessert werden.

**Stadtv. Rauer:** Ich erblicke in dieser Angelegenheit eine Sache von bedeutendem allgemeinen Interesse. Ich kann mir denken, daß sich die Sache wohl so durchführen ließe, daß sie solche schöne Früchte zeitigen könnte, wie wir es jetzt auf dem Kriegsschauplatz gesehen haben, wo deutsche und türkische Truppen Schulter an Schulter gegen unsere gemeinsamen Feinde gekämpft haben. Abgesehen von den reinen Aufgaben der Schule, bliebe diesen jungen Herren viel Betätigung übrig in der Erlernung der wirtschaftlichen Verhältnisse und in dem Kennenlernen des deutschen Wesens. Wenn darauf hingewiesen ist, daß es Söhne wohlhabender Leute sind, die hier in Betracht kommen, so glaube ich, daß das nicht angeführt ist, um zu sagen, daß sie die Unkosten nicht bestreiten könnten, sondern um anzudeuten, daß es immerhin Schüler sind, die in der Unterhaltung und Verpflegung den betreffenden Pensionaten weniger Schwierigkeiten und Umstände machen werden.

Im übrigen wird Herr Wesemeier wohl sehr viel Zeitungen lesen. Es muß der Zufall mit sich gebracht haben, daß er dabei in diesem Falle übersehen hat, daß an verschiedenen auswärtigen Stellen seine politischen Freunde mit Nachdruck für die Aufnahme von solchen Schülern eingetreten sind, in ähnlicher Weise, wie das auch von dem politischen Freunde des Herrn Wesemeier, Herrn Steinbrecher, heute hier so trefflich geschehen ist. Ich möchte den Antrag in entschiedener Weise unterstützen.

**Stadtv. Frede:** Ich nehme das Wort nicht deshalb, um Herrn Wesemeier zu überzeugen, daß seine Ansicht nicht die richtige ist, denn das würde ein vergebliches Bemühen sein, aber gegenüber der Öffentlichkeit wird es angebracht sein, darauf zu verweisen, daß es nicht möglich ist, alle intelligenten Kinder in Freistellen zu bringen, und zwar einfach schon deshalb nicht, weil die Grenzen zwischen normaler Befähigung und größerer Intelligenz sehr flüchtig sind. Ich getraue mir nicht, diese Grenzen festzustecken. Es handelt sich bei uns in der Stadt nicht

darum — und das habe ich auch nicht behauptet —, alle Intelligenz in Freiheit zu bringen, sondern nur besonders intelligente Kinder, bei denen man schon in früher Jugend erkennen kann, daß sie besondere Leistungen versprechen. Denen das Emporkommen in jeder Weise zu erleichtern, ist eine Verpflichtung, der die Stadt auch nachkommt. Das geschieht, Herr Weismeyer, trotzdem Sie das bestreiten!

Was die Ausführungen des Herrn Steinbrecher anbelangt, so haben sie sicher den Beifall von uns allen gefunden, Herrn Weismeyer ausgenommen. Wenn Herr Weismeyer die Ziele der Sozialdemokratie, soweit sie international sind, verfolgt, so sollte er zu solchen Maßnahmen, wie sie hier vorgeschlagen werden, seine Zustimmung geben. Die Internationalität in ihrer schönsten Bedeutung, das ist die Pflege des Verständnisses zwischen den Völkern, die besonders durch gute Sprachbildung, durch Kenntnis der Sitten und Gebräuche der verschiedenen Völker und ihrer Bedeutung erreicht wird. Auf diese Weise werden viele Mißverständnisse, falsche und schlechte Beurteilungen der Völker untereinander hinfällig werden, die zu Reibungen im großen Stile führen. Diese Maßnahme sollte ebenso begrüßt werden, wie man wünschen kann, daß später alle Völker zu solchem Austausch sich bereit finden ließen. Wenn man auch anerkennen muß, daß unsere Schulen auf einer höheren Stufe stehen und es unsere Schüler nicht immer so nötig haben werden, bei anderen Völkern zu hospitieren, wie die Türken bei uns, so würde der Gesichtspunkt, den Herr Steinbrecher hervorgehoben hat, schon vollständig hinreichend dafür sein, daß ein solcher Austausch in weitestem Umfange zu wünschen ist und auch gepflegt werde.

Der Magistratsantrag wird entsprechend dem Antrage der Schulkommission angenommen.

**Vorsitzender:** Es sind zwei dringliche Anträge von Herrn Dieckmann eingegangen, die folgendermaßen lauten:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu veranlassen, eine Schweinemästungs- und Verwertungskriegsgesellschaft zu begründen.“

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu veranlassen, in geeigneter Weise Zwangsmaßnahmen zu treffen, vermöge welcher jeder Haushaltungsvorstand gezwungen wird, Sorge zu tragen, daß jegliche Abfälle, die sich als Viehfutter eignen, gesammelt werden.“

Die Anträge sind genügend unterstützt. Am Schlusse der Tagesordnung werde ich Herrn Dieckmann Gelegenheit geben, seine Anträge zu begründen.

### 3. Rechnungsabschlüsse für 1915/16.

Stadtv. **Munte:** Meine Herren, es ist Ihnen allen zugegangen das Schreiben des Magistrats vom 24. August nebst dem Buche, das die Aufschrift trägt: „Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse und der mit derselben in Verbindung stehenden Kasse des Kieselguts sowie der in selbständiger Verwaltung befindlichen Kassen für das Jahr 1915/16.“ Wir haben diese Rechnungsabschlüsse im Finanzausschuß besprochen und sind dabei der Ansicht gewesen, daß es nicht möglich wäre, dieses umfangreiche Schriftstück in der Vollversammlung Punkt für Punkt durchzugehen, daß wir aber auch annehmen müßten, daß die geehrten Herren mit dem Inhalt sich beschäftigt haben, soweit sie daran Interesse haben.

Das Anschreiben des Magistrats ist in drei Abschnitte geteilt, von dem ich zunächst den zweiten Abschnitt herausgreifen möchte, der von der auf Seite 52 dieser Abschlüsse gebotenen Zusammenstellung der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben spricht. Es ist dort festgestellt, daß sich eine Fehlsomme von 2 420 141,15 *M* ergeben hat. Wie in die vorjährige, so sind auch in die vorliegende Übersicht die demnächst zur Erstattung gelangenden Kriegsausgaben und ebenso solche Ausgaben nicht aufgenommen, die durch besondere Kriegsmaßnahmen (Ankauf von Lebensmitteln, Schweinemästerei, Stadtschlachtungen, Kriegsküche usw.) bisher erwachsen sind. Es empfiehlt sich, das rechnerische Endergebnis dieser einzelnen, durch den Krieg veranlaßten Maßnahmen abzuwarten, zumal nicht ausgeschlossen ist, daß durch die eine oder andere dieser Maßnahmen die Stadt schließlich überhaupt nicht belastet wird. Falls vielleicht die Herren über die Aufstellungen bis zu dieser Seite 52 noch Anfragen in bezug auf die Minder- oder Mehreinnahmen und Minder- oder Mehrausgaben zu stellen hätten, so würde es sich empfehlen, daß der Herr Vorsitzende das durch eine Frage an die Versammlung feststellte, damit man vorerst einmal diese Materie als erledigt betrachten könnte.

**Vorsitzender:** Es meldet sich keiner der Herren zum Wort, ich nehme an, daß die Versammlung mit den Aufstellungen einverstanden ist.

Stadtv. **Munte:** Der Magistrat sagt zu diesem Fehlbetrage, daß er nur teilweise durch die verfügbaren Mittel des Ausgleichsfonds gedeckt werden könne, und daß er es für selbstverständlich halte, daß dieser Fehlbetrag, der infolge der langen Dauer des Krieges noch weiter steigen wird, nur allmählich getilgt wird, er müsse sich aber Vorschläge und Anträge über die Art der Beschaffung der dazu nötigen Mittel einstweilen noch vorbehalten.

Auch über diesen Punkt ist im Finanzausschuß gesprochen worden. Der Magistrat ist gefragt worden, ob er denn nun bereits neue Einnahmequellen zu er-

schließen für nötig hielte, und ob schon irgend welche ins Auge gefaßt wären. Es ist uns darauf mitgeteilt, daß neuerdings die Auffassung Platz gegriffen hätte, daß das verfrüht sein würde, und deshalb ein festes Programm für Einführung neuer Steuern noch nicht aufgestellt wäre. Durch den Krieg, der leider immer noch andauert, könne sich möglicherweise der Fehlbetrag verdoppeln, ja vielleicht am Ende des Krieges eine noch höhere Summe sich als Fehlbetrag ausweisen. Es würde am praktischsten sein, mit neuen Steuern erst dann hervorzukommen, wenn man über die endgültige Größe der Schuldsumme feste Unterlagen hätte, da es sich sowohl um die Verzinsung als um die Tilgung dieses Betrages handle. Der Finanzausschuß hat diese Anschauung denn auch gebilligt und sich damit abgefunden, diese Schuld vorläufig als schwebende Schuld anzusehen und durch Darlehen bei dem Leihhause zu Bedingungen, wie sie so günstig die meisten Städte im deutschen Reiche nicht erhalten können, vorläufig zu decken. Eine Ausnahme in der Behandlung soll nur mit der neuen Kinosteuer gemacht werden, die ja in Vorbereitung ist und demnächst zur Wirklichkeit werden soll. — Im übrigen ist zu Punkt 2 des Magistratschreibens seitens der Finanzkommission nichts zu bemerken.

Im Punkt 1 seines Schreibens erjudet der Magistrat die geehrten Herren, nachträglich die Genehmigung zu den einzelnen Einnahme- und Ausgabe-posten zu erteilen, soweit Überschreitungen und sonstige Abweichungen von den Vorausschlägen nicht bereits von den geehrten Herren oder von dem verstärkten Finanzausschuß gebilligt sind.

Der dritte Abschnitt des Magistratschreibens handelt über die Kanalbaukasse. Die Rechnung über die Neubauten schließt, da keine Anleihe aufgenommen ist, mit einem Fehlbetrage von 635 914,84 M ab. Dieser Betrag ist von der Kämmererkasse gegen eine 4prozentige Verzinsung vorgeleistet. Dagegen hat sich bei der Kasse für die Unterhaltung der Kanalanlagen ein Überschuß von 34 286,03 M herausgestellt. Es wird empfohlen, ähnlich wie im vorigen Jahre, wo es sich um einen Betrag von 25 000 M gehandelt hat, von diesen 34 000 M der Kanal-Neubau-Kasse zur teilweisen Tilgung der genannten schwebenden Schuld 30 000 M zu überweisen. Dem hat der Finanzausschuß zugestimmt.

Oberbürgermeister **Metemeyer**: Meine Herren, ich darf wohl annehmen, daß Sie alle diese Nachweisungen durchstudiert haben. Wenn die Sache so läge, daß unser ganzes Defizit und unser Schuldenverhältnis gegenüber dem Herzoglichen Leihhause ausgedrückt würde durch den Betrag von 2 420 000 M, den Sie auf Seite 53 finden, wo die Übersicht über sämtliche ordentliche Einnahmen und Ausgaben gegeben ist, dann würde es nicht schwer halten, einen solchen Fehlbetrag, auch wenn er noch einmal so hoch wird, mit Hilfe der Erträge der Gas- und

Wasserwerke in verhältnismäßig kurzer Zeit aus der Welt zu schaffen. So liegt die Sache aber nicht, denn wir müssen berücksichtigen, daß wir bereits im Laufe der letzten Jahre beim Extraordinarium regelmäßig einen größeren Fehlbetrag zu verzeichnen gehabt haben, der nach den Vorausschlägen immer schon durch eine Anleihe gedeckt werden sollte, aber niemals durch Anleihe gedeckt ist, weil wir in der Lage waren, uns in betreff dieser Schulden über Wasser zu halten mittels der verfügbaren Bestände aus den verschiedenen Fonds. Den Hauptposten bildeten dabei die reichen Fonds der Gas- und Wasserwerke und der Ausgleichsfonds. Diese Fonds sind aber nun zusammengeschmolzen resp. verschwunden, und das Defizit des Extraordinariums tritt in unangenehmer Weise neben dem Defizit des Ordinariums in die Erscheinung.

Bezüglich der Kanalbaukasse hat der Herr Berichterstatter schon hervorgehoben, daß bei der Neubaukasse eine Schuld von fast 636 000 M vorhanden ist, die durch Anleihe gedeckt werden sollte, was aber bisher nicht geschehen ist. Auch durch diesen ungedeckten Posten werden somit unsere Schulden vermehrt.

Hinzu kommen dann noch die verschiedenen Ausgaben, die wir als vorübergehende Ausgaben — wie ich hoffe — nur zu verzinsen haben, nämlich die Kriegsausgaben im eigentlichen Sinne. Das sind zum großen Teil Ausgaben, von denen wir hoffen, daß sie mit der Zeit verschwinden werden. Einer der Hauptposten ist die Familienunterstützung. Dafür haben wir — abgesehen von dem, was wir aus eigenen städtischen Mitteln in den beiden Vorjahren zugeschossen und dem Ordinarium bereits zur Last gelegt haben — 5 888 000 M ausgegeben. Diesen Posten hoffen wir demnächst nach beendigtem Kriege vom Reiche wieder zurückzubekommen. Allerdings soll der Zeitpunkt dafür erst durch Gesetz festgelegt werden; das Reich hat es also vollkommen in der Hand, zu bestimmen, wann die Rückzahlung erfolgen soll, doch ist uns mitgeteilt, daß ein Teil davon vermutlich schon in nächster Zeit erseht werden solle.

Einen großen Posten bildet der Vorschuß für die Selbstwirtschaft, d. h. für die Versorgung der Stadt mit Korn und Mehl. Das ist ein Betriebskapital, das wir in das Geschäft haben hineinstecken müssen und das zur Zeit, d. h. für das Jahr 1916/17, 403 000 M beträgt. Wir haben also für diesen Betrag Korn gekauft, das hier lagert, oder auf dessen Lieferung wir eine Anwartschaft haben.

Einen großen Posten macht auch die Ausgabe für die Schweinemästerei aus, in die wir 223 000 M hineingesteckt haben. Wenn nicht eine Seuche ausbrechen und wir dadurch starke Verluste erleiden sollten, werden wir hierbei aber wohl annähernd auf unsere Kosten kommen.

Sehr böse sieht es aus mit den Ausgaben für Lieferung der Kartoffeln. Ich fürchte, daß wir im vergangenen Jahre einen nicht wieder einzubringenden Verlust von 114 000 M erlitten haben. Es ist Ihnen bekannt, wodurch das gekommen

ist: wir haben im vorigen Sommer zeitweise zu 8 *M* Kartoffeln angekauft und zu 4 *M* wieder abgegeben, um die Einwohnerchaft nicht zu stark zu belasten. Hoffentlich wird uns in Zukunft nicht wieder eine so große Last dadurch erwachsen.

Es sind noch verschiedene andere Posten, die ich nicht einzeln anführen will, die aber den augenblicklichen Schuldenstand der Stadt sehr erheblich verstärken. Die augenblickliche Schuld der Stadt beim Herzoglichen Leihhause beläuft sich auf 11 100 000 *M*.

Nun habe ich zu Anfang des Krieges, als noch kein Mensch wissen konnte, daß der Krieg so lange dauern würde, mit Energie den Standpunkt vertreten, daß unsere Einnahmen wenigstens so hoch sein müßten, daß wir auch für die vorübergehenden Schulden mindestens die Zinsen aufbringen könnten. Ich muß jetzt anerkennen, daß zu befürchten ist, daß wir noch nicht einmal das können. Aber nach Erkundigungen, die ich bei Vertretern anderer größerer Gemeinwesen eingezogen habe, hat man dort von Anfang an sich auf einen anderen Standpunkt gestellt und einfach gesagt: Wir lassen unsere Finanzwirtschaft weiterlaufen wie im Frieden und bilden daneben einen Kriegsschuldposten, der erst nach Schluß des Krieges unter die Lupe genommen wird. Das kommt also darauf hinaus, daß, soweit es nicht anders möglich ist, auch die Zinsen für die schwebende Schuld wieder als Schuld gebucht, d. h. durch Anleihen aufgebracht werden, wie die Anleihe selber. Das ist natürlich keine solide Finanzwirtschaft, das will ich offen gestehen, und wenn der Krieg vorbei ist, werden wir Ihnen selbstverständlich eine genaue Übersicht über die Schulden, die dann vorhanden sind, vorlegen. Dann werden wir uns miteinander verständigen müssen, wie die Schulden verzinst und amortisiert werden sollen. Selbstverständlich wird dabei die Hauptfrage sein, wieviel denn an derartigen besonderen Schulden durch den Krieg entstanden sind; aber gerade weil dieser Posten so vollständig ungewiß ist, hat der Magistrat, wie schon der Herr Berichterstatter angedeutet hat, sich dahin schlüssig gemacht, einstweilen ein neues vollständiges Steuerprogramm Ihnen nicht vorzuführen. Wir hoffen, daß der Krieg nicht allzulange mehr dauern wird, und daß wir uns am Schlusse des Krieges, wenn wir einen Überblick haben, welche Belastung uns der Krieg gebracht hat, leichter mit Ihnen verständigen werden, als wenn wir jetzt mit ungewissen Zahlen kommen und Sie in den Tag hinein bewilligen müßten. Ich will hoffen, daß die Schuld nicht allzugroß wird, und demnächst in nicht allzulanger Zeit abgetragen werden kann.

Eins muß ich allerdings schon heute bemerken, und auf denselben Standpunkt hat sich, wie ich bei der letzten Sitzung in Berlin gehört habe, ein großer Teil der Städtevertreter gestellt: so, wie sie es bisher getan haben, werden die Städte nicht weiterwirtschaften können. Es ist gar keine Frage, daß die Städte in vielen Beziehungen einen Luxus getrieben haben, der teilweise über ihre Kraft hinausgeht.

Das ist die Folge davon, daß ein großer Teil der Städte sehr reich ist. Ich erinnere z. B. daran, daß unsere Nachbarstadt Hannover das Riesenrathaus hat bauen können, weil sie aus ihrem gewaltigen Grundbesitz aus alter Zeit her glücklich spekulieren konnte. Braunschweig ist eine verhältnismäßig arme Stadt; wir sind in der Hauptsache angewiesen auf die Einkommensteuer, und ich glaube deshalb, wir werden in Zukunft, wie auch viele andere Städte, jeden Luxus zu vermeiden genötigt sein. Daß wir selbstverständlich alles tun werden, was notwendig ist, um z. B. die Bildungsanstalten weiter auf der Höhe zu halten, wie es von uns bisher geheißen ist, um gesundheitliche Maßnahmen usw. zu treffen, ist selbstverständlich, und ich brauche wohl keine Worte weiter darüber zu verlieren; aber auf Luxusausgaben, soweit uns nicht aus Stiftungen, wie der Jüdelstiftung, Mittel zur Verfügung stehen, werden wir allerdings auf eine Reihe von Jahren verzichten müssen.

**Vorsitzender:** Die Finanzkommission gibt den geehrten Herren anheim, die Übersicht als erledigt anzusehen und, dem Vorschlage des Magistrats entsprechend, sich damit einverstanden zu erklären, daß von dem Bestande aus der Kanalbaukasse (Unterhaltung) 30 000 M zur außerordentlichen Schuldentilgung bei der Kanalneubaukasse verwendet werden. Ich bitte die Herren, die diesen Anträgen stattgeben wollen, die Hand zu erheben. (Weichieht.) Das ist die Mehrheit.

**Vorsitzender:** Es sind drei Anfragen von Herrn Stegmann eingegangen:

1. „Wann gedenkt der Magistrat durch Ausgabe neuer Milchkarten eine durchgreifende Milchbezugsregelung herbeizuführen?“
2. Ist dem Magistrat bekannt, daß Zwetichen im Großhandel mit 18 M pro Zentner verkauft worden sind, während der Höchstpreis 13 M beträgt?
3. Wie gedenkt der Magistrat die hiesigen Einwohner vor der Lieferung schlechter Kartoffeln zu schützen?“

Ich werde demnächst dem Herrn Anfragenden Gelegenheit geben, seine Anfrage zu begründen.

#### 4. Übersichten über die im Jahre 1915/16 gezahlten Ruhelöhne, Witwen- und Waisengelder.

Stadtv. Munte: Über diese Sache ist hier nicht viel mitzuteilen. Es wird den geehrten Herren jedenfalls erinnerlich sein, daß am 18. März 1914 aus der Stadtverordnetenversammlung eine Anregung gegeben wurde, es möge ihr all-

jährlich eine Übersicht über die im abgelaufenen Jahre gezahlten Ruhelöhne, Witwen- und Waisengelder zugehen. Der Magistrat schreibt unter dem 21. August, daß er diesem Ersuchen nachkomme, und fügt diese Liste bei, enthaltend etwa hundert Namen, die eingereicht sind unter die verschiedenen Positionen Markthalle, Straßenreinigung, Pflegehaus, Gesundheitswesen, Straßenbau, Stadtverwaltung, Gas- und Wasserwerke usw. Da die Liste nicht vervielfältigt ist, so möchte ich vorschlagen, daß sie unter den anwesenden Stadtverordneten zirkuliert, so daß sie ein jeder einsehen kann.

**Vorsitzender:** Wenn die Versammlung ein Interesse daran hat, daß die Liste herumgeht, so könnten wir diesen Punkt zunächst verlassen. Ich möchte die Herren bitten, nach Einsichtnahme die Liste weiterzugeben. Wir werden nachher auf den Gegenstand zurückkommen.

(Fortsetzung f. S. 330.)

**Vorsitzender:** Ich habe noch mitzuteilen, daß ein genügend unterstützter Antrag von Herrn Ohlenborg eingegangen ist:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, ein Statut zwecks Einführung des 7-Uhr-Ladenjchlusses im Handelsgewerbe zu erlassen.“

Ich werde auch diesem Herrn Antragsteller nachher Gelegenheit geben, seinen Antrag zu begründen.

## 5. Herrichtung eines Schuttdaches auf dem Pflegehausgrundstücke.

**Stadtv. Meyerhoff:** Für die Unterbringung des Grünfutters für das Vieh ist auf dem Pflegehausgrundstücke kein besonderer Raum vorhanden. Das Futter wird, wenn es vom Felde angefahren wird, vor dem Viehstalle niedergelegt und dann dem Vieh nach Bedarf verabreicht. Bei regnerischem Wetter ist es der Durchnässung preisgegeben und geht dadurch leicht in Fäulnis über, so daß die Fütterung des Viehs mit solchem Futter große Nachteile bringen kann, indem das Vieh der Gefahr einer Erkrankung ausgesetzt wird. Es wird deshalb beantragt, vor dem Rinderstall ein sogenanntes Schuttdach anzulegen, unter dem das Futter gelagert werden kann. Auf der dort ausgehängten letzten Zeichnung ist die Anlage, wie sie projiziert ist, zu sehen. Das Schuttdach stellt eine Verlängerung des Daches des Rindviehstalles dar und soll mit Ziegeln bedeckt werden — darauf lege ich Wert, denn das ist die beste Bedeckung, die wir wählen können. Die Kosten der Herstellung des Schuttdaches belaufen sich nach der vorgenommenen Berechnung auf ungefähr 775 M. Im Namen der Baukommission empfehle ich den geehrten



Herrn, sich mit der Herrichtung des Schuttdaches einverstanden zu erklären und die 775 *M* dafür zu verwilligen.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

## 6. Herrichtung einer Kaninchenzuchtanstalt auf dem Pflegehausgrundstücke.

Stadtv. **Stegmann:** Es ist den Herren bekannt, daß in diesem Saale wiederholt die Frage der Errichtung einer Kaninchenzuchtanstalt oder einer Kaninchenfarm erörtert worden ist. Es sollten dort Tiere gemästet und Zuchttiere gezogen werden. Ein Versuch damit ist auf dem Pflegehausgrundstücke ja gemacht, und eine Anzahl von 8 alten und etwa 40 jungen Tieren ist vorhanden, aber von einer Vergrößerung ist bisher Abstand genommen. Jetzt hat das Herzogliche Staatsministerium aus Anlaß der immer schlimmer werdenden Fleischnot an die Gemeinden das Ersuchen gerichtet, die Kaninchenzucht namentlich im Interesse der ärmeren Kreise zu fördern und an allen Orten Kaninchenzüchtereien anzulegen. Dabei hat das Ministerium versprochen, auch der Stadt Braunschweig für Anlage einer solchen Kaninchenzuchtanstalt in größerem Maßstabe einen erheblichen Zuschuß zu gewähren. Der Magistrat ist dem Wunsche des Ministeriums gefolgt und schlägt vor, in größerem Umfange eine Kaninchenzuchtanstalt anzulegen.

Das geeignetste Grundstück dazu ist das Pflegehaus, denn selbstverständlich würde die Unterhaltung einer solchen Anstalt zu teuer, wenn sie an einem Orte angelegt werden sollte, wo keine billigen Arbeitskräfte als Pfleger und kein Futter für die Tiere vorhanden sind. Dort beim Pflegehause aber ist infolge des großen Haushalts, des landwirtschaftlichen und des gärtnerischen Betriebes Futter in genügendem Maße zu beschaffen. Da kein alter Stall für die Tiere frei ist, so soll ein neuer Stall gebaut werden, und zwar ein offener Holzschuppen im Garten des alten Armenhauses auf der Goslarischenstraße. Die Lage dafür ist günstig, nämlich trocken und sonnig. Der Schuppen soll 14,40 m lang und 6½ m breit werden — Sie sehen dort die Zeichnung ausgehängt —, auf Säulen stehen, mit verschalten Brettern und Dachpappe gedeckt werden. In dem Schuppen sollen 104 Ställe eingerichtet werden, die in zwei Reihen, je zu 14 und in zwei Etagen übereinander, an den beiden Langseiten und auch in der Mitte zu zwei Reihen stehen. Zwischen den Reihen soll immer ein Gang verbleiben und in der Mitte ein schmaler Gang, welcher als Abflußrinne dienen soll. Die Größe der einzelnen Kaninchenställe wird betragen: 1 m Länge, 85 cm Tiefe und 75 cm Höhe. Die unten stehenden Ställe sollen 45 cm über dem Erdboden zu liegen kommen, und unter ihnen würde das Futter untergebracht werden können. Der Fußboden des Schuppens wird aus Zement hergestellt, so daß das Wasser abfließen kann und die ganze Anlage einen guten Eindruck machen wird.

Die Kosten für den Schuppen belaufen sich auf zusammen 4800 M, und zwar für Fundament 100 M, Betonfußboden 400 M, Zimmerer-, Dachdecker- und Klempnerarbeiten 4060 M, Abflußleitung 180 M, Unvorhergesehenes etwa 60 M.

Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und in Anbetracht der wesentlichen Bedeutung der Sache der Ausgabe ohne weiteres zugestimmt; sie bittet auch die Stadtverordnetenversammlung um Bewilligung der Kosten.

Der Herrichtung der Anstalt wird zugestimmt, und die Mittel werden bewilligt.

## 7. Herrichtung einer Kadaververwertungsanlage auf dem Schlachthausgrundstücke.

Stadtv. **Trinks:** Die Vorlage, um die es sich hier handelt, ist die Folge einer Bundesratsverordnung, welche sich stützt auf eine Bekanntmachung des Bundesrats über die Verwertung von Tierkörpern und Schlachtabfällen vom 29. Juni 1916, die der Bundesrat auf Grund des § 3 des Gesetzes vom 4. August 1914 erlassen hat. Aus dieser Verordnung des Bundesrats kommt in Frage aus § 1 der Satz: „Die in größeren Schlachthäusern oder sonstigen größeren Schlachtbetrieben anfallenden, zum menschlichen Genuß nicht verwendbaren Schlachtabfälle und als genußuntauglich bezeichneten Tierkörper und Tierkörpertheile sind auf Futtermittel und Fette zu verarbeiten.“ In § 2 heißt es: „Als größere Schlachthäuser und Schlachtbetriebe im Sinne dieser Verordnung gelten solche Betriebe, die im Jahre 1915 mehr als 2400 Stück Großvieh geschlachtet haben“, in § 3: „über die Art der Verarbeitung bestimmen die Landeszentralbehörden“, und § 4 beschäftigt sich mit der Verwertung der gewonnenen Futtermittel. § 5 bejaht, daß die Landeszentralbehörden die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung zu erlassen haben. Dieses letztere ist nun in Braunschweig vom Herzoglichen Staatsministerium, das als Landeszentralbehörde bei uns in Frage kommt, besorgt. Es hat am 13. September d. Jz. angeordnet, daß eine Verarbeitung stattzufinden hat, durch welche die Gewinnung eines marktgängigen trockenen Futtermittels gesichert ist. Auf unser städtisches Schlachthaus finden die erwähnten Bestimmungen Anwendung, weil in demselben im Jahre 1915 mehr als 2400 Stück Großvieh geschlachtet sind.

Bisher sind die hier in Frage kommenden Stoffe von der Stadt nicht verwertet, vielmehr vom zuständigen Tierarzt entweder der Abdeckerei oder der Talgschmelze überwiesen worden. Da wir der Anordnung des Ministeriums jetzt nachkommen müssen, so ist es erforderlich, zunächst eine Kadaververwertungsanlage einzurichten, wofür der Schlachthausausschuß einen Entwurf nebst Kostenanschlag hat ausarbeiten lassen. Die Herren finden eine bezügliche Zeichnung an der Staffelei ausgehängt, welche den Plan veranschaulicht. Man hat für zweckmäßig

befunden, an der Südseite des Kesselhauses eine derartige Anlage einzurichten. Für dieselbe soll ein von der Firma Aktienmaschinenbauanstalt vormals Vennele u. Ellenberger in Darmstadt eingereichter Anschlag den Vorzug verdienen, und es wird empfohlen, dieser Firma den Auftrag zur Einrichtung der maschinellen Anlage zu übertragen. Im unteren Räume dieses Anbaus findet in dem Vordertheile die Aufstellung der Apparate statt, der dahinterliegende Teil dient zur Lagerung und Verteilung der Tierkörper, der Bodenraum zur Lagerung des gewonnenen Fleischmehls. Die Apparate, welche Aufstellung finden sollen, und bei welchen man darauf Bedacht genommen hat, daß eine Erweiterung der Anlage geschaffen werden kann, besteht zunächst aus einem Extraktions- und Troack-Apparat, in welchem die Kadaverteile durch Dampf von etwa 3 bis 5 Atmosphären Spannung mürbe gemacht werden und durch mechanische Einrichtungen, zumal durch eine Siebtrommel, zerkleinert werden; zweitens aus dem Rezipienten, der zur Aufnahme des aus dem Extraktionsapparat abfließenden Fett- und Leinwassers dient, sowie aus Ventilationseinrichtungen; drittens aus einer Scheibemühle zur Bereitung von Fleischmehl, und weiter aus einem Elektromotor mit den erforderlichen Transmissionen, aus einem Verdampfapparate, aus Rohrleitungen usw. Diese maschinelle Einrichtung erfordert einen Kostenaufwand von 18 650 M. Die Kosten für das Gebäude selbst werden sich nach den vorhandenen Anschlägen auf 18 800 M. belaufen.

Der Schlachthausausschuß hat das Projekt geprüft und sich dafür ausgesprochen. Da über die Frage der Ausführung einer Kadaververwertungsanlage selbst nicht mehr zu beraten ist — sie steht im Statut, und wir müssen die Sache ausführen —, so handelt es sich nur darum, den eingereichten Entwurf zu genehmigen oder abzulehnen. Der Magistrat beantragt, die Kosten für die maschinelle Einrichtung sowohl wie Ausführung des Gebäudes zu Lasten der Schlachthauskasse zu verwilligen. Die Baukommission, der die Sache zur Prüfung vorgelegen hat, empfiehlt Ihnen, gemäß dem Magistratsantrage zu beschließen.

Der Magistrat ist auch der Meinung, daß für die Dauer des Krieges die Rentabilität der Anlage nicht unwahrscheinlich sein wird; wie sich dieselbe in späterer Zeit gestalten wird, ist heute noch nicht zu übersehen.

Für den Fall nun, daß dieser Antrag des Magistrats die Genehmigung der geehrten Herren findet, wird dann weiter noch folgender Vorschlag gemacht: Es hat sich schon seit längerer Zeit herausgestellt, daß das Pferdeschlachthaus viel zu klein ist. Der Direktor des Schlachthauses ist wiederholt mit dieser Tatsache hervorgetreten, und deshalb hat sich der Schlachthausausschuß gesagt, daß er bei dieser Gelegenheit vielleicht auch dem dringenden Bedürfnisse einer Erweiterung der Pferdeschlachtauflage nähertreten sollte. Die Herren finden in der Mitte neben dem ersten noch einen zweiten Entwurf ausgestellt, und zwar links in der Ecke,

einen Grundriß, welcher den augenblicklichen Zustand darstellt, während der daneben befindliche Grundriß die projektierte Änderung kennzeichnet. Es wird nämlich durch Einrichtung der Kadaververwertungsanlage ein Raum frei, in dem seit-her die Konfiskate vorübergehend aufbewahrt wurden. Wenn man diesen Raum und das angrenzende Treppenhaus mit in das Pferdeschlachthaus einbezieht, so wird dadurch ein Raum geschaffen, welcher nach dem Urteil des Schlachthausausschusses vollständig ausreichend ist, um den bestehenden Bedürfnisse, das nicht bestritten werden kann, abzuhelfen. Der Magistrat empfiehlt deswegen, für den Fall der Genehmigung des vorhin von mir besprochenen Entwurfes auch dem eben erwähnten zweiten zuzustimmen und die Kosten dafür — die auf 10 700 *M* veranschlagt sind — mit zu bewilligen, und zwar ebenfalls aus Mitteln des Schlachthauses, welches in der Lage ist, die erforderliche Summe zu bestreiten.

Es würde also darauf ankommen, folgende Posten zu bewilligen:

1. für die Kadaververwertungsanlage
 

für das Gebäude . . . . .	M 18 800,
für die maschinellen Anlagen . . . . .	M 18 650,
	zusammen M 37 450 oder rund M 38 000,
  2. zur Erweiterung des Pferdeschlachthauses . . . . . M 10 700,
- im ganzen also M 48 700.

Die Baukommission schließt sich den Anträgen des Magistrats an, und ich habe namens derselben den geehrten Herren zu empfehlen, den Magistratsvorschlägen zuzustimmen.

**Vorsitzender:** Ich bin der Ansicht, daß die beiden Anträge wohl zusammen beraten und zur Abstimmung gebracht werden können.

Stadtv. **Diedmann:** Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß eine Kadaververwertungsanstalt eingerichtet werden soll, und das um so mehr, da dadurch eine erhebliche Menge von Futter geschaffen wird, denn nicht allein durch Verarbeitung der beschlagnahmten Tierkadaver, sondern auch der Eingeweideteile werden erhebliche Mengen zu verarbeiten sein.

Nun habe ich aus den Ausführungen des Herrn Referenten gehört, daß eine auswärtige Firma dazu erforen ist, die maschinellen Einrichtungen für diese Anlage zu liefern. Wir haben doch aber auch in Braunschweig Etablissements, die derartige maschinelle Anlagen schaffen, und ich möchte mir deshalb die Anfrage erlauben, ob nicht die Firma Gebrüder Karges, die für maschinelle Einrichtung vom Kriegsausschuß für Ersatzfutter als gute Firma genannt wird, zum Wettbewerbe herangezogen werden soll.

**Stadtbaurat Lebensleben:** Mit der vorliegenden Frage hat sich der Schlachthausauschuß wiederholt beschäftigt und ist dabei allerdings zu der Ansicht gekommen, daß nur ein Apparat, wie er von der Firma Wemleth u. Ellenberger in Darmstadt angeboten ist, für uns in Frage kommen würde, weil er sich für den Zweck am besten eignet. Trotzdem wollen wir uns bei Ausschreibung dieser Arbeiten noch an verschiedene andere Firmen wenden, nämlich von denjenigen, die uns vom Kriegsauschuß für Erjatzfutter empfohlen worden sind. Seitens des Herzoglichen Staatsministeriums sind uns allgemeine Vorschläge des Kriegsauschusses zur besseren Verwertung der Kadaver und Schlachtabfälle überwiesen, die wir bei der Bearbeitung des Projekts noch nutzbringend verwenden wollen. Ich kann deshalb den Herrn Vorredner in bezug auf seine Befürchtung beruhigen; wenn wir an die Ausschreibung herangehen, werden wir unter Berücksichtigung dieser Vorschläge noch prüfen, welches der verschiedenen Systeme — sie unterscheiden sich nicht erheblich voneinander — am zweckmäßigsten für uns ist, und welche Firma für die Ausführung für uns in Frage kommt.

Nachdem der Herr Vorsitzende die Magistratsanträge noch einmal vorgetragen hat, wird ihnen von der Versammlung in einem Male zugestimmt.

**Vorsitzender:** Wir kommen jetzt auf Punkt 4 der Tagesordnung, Ruhelöhne betr., zurück. Das Verzeichnis ist jetzt wohl von allen anwesenden Herren eingesehen.

#### **Punkt 4 der Tagesordnung, Ruhelöhne usw. betreffend.**

Stadtv. **Munte** (als Referent): Ich habe meinen Worten zu der Sache nichts weiter hinzuzufügen.

**Vorsitzender:** Die Statutenkommission hat die Liste geprüft und gibt anheim, sie durch Kenntnisaufnahme für erledigt zu erklären.

Stadtv. **Niete:** Ich habe freilich die Liste noch nicht gesehen, aber darauf kommt es mir nicht an. Es wird in diesem Kriegsjahre den Ruhelohnempfängern ein 20prozentiger Teuerungszuschlag gezahlt werden, und diese Maßnahme ist auf meine Anregung — soviel ich weiß, in einer verstärkten Finanzkommissionssitzung — erfolgt, um auch für die bereits im Ruhelohn Befindlichen das nachzuholen, was an Kriegszulage für die anderen Kreise gezahlt wird. Die Herren wissen, daß wir beschlossen haben, für die städtischen Arbeiter 10 M oder 5 M im Monat Kriegszulage zu gewähren, den Lehrern und Lehrerinnen mit Bezügen unter 1900 M hat wegen Repräsentationspflichten und dergleichen eine Teue-

rungszulage gewährt werden müssen. Deshalb war es meine Absicht, diese Leistungen auch auszudehnen auf diejenigen, die Ruheohn genießen, und für die die gegenwärtigen Preise ebenso teuer sind wie für die anderen städtischen Arbeiter. Das ist denn auch nach der Aussprache in der verstärkten Finanzkommission geschehen.

Die vorgelegte Aufstellung wird durch Kenntnisaufnahme als erledigt angesehen.

### 8. Antrag Lauer auf Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen Maschinenschreiberinnen.

Wortlaut des Antrages: „Die Herren Stadtverordneten wollen beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, den in den städtischen Verwaltungen seit Jahren beschäftigten und fest angenommenen Maschinenschreiberinnen, deren Honorierung trotz des Krieges lediglich nach wie vor nach den Lohnsätzen erfolgt, wie solche in und für Friedenszeiten festgestellt wurden, eine Teuerungszulage, rückwirkend vom 1. Januar 1916, zu gewähren.“

Stadtv. Lauer (zur Begründung): Aus dem Kreise der in der städtischen Verwaltung fest angenommenen Maschinenschreiberinnen ist mir die Bitte zu gegangen, bei Ihnen zu versuchen, für die Maschinenschreiberinnen, wie es bekanntlich für andere Angestellte ebenfalls geschehen ist, möglichst eine Teuerungszulage zu erwirken. Wenn ich dieser an mich ergangenen Bitte hierdurch gern nachkomme, so geschieht es, weil die Maschinenschreiberinnen nunmehr mehrere Jahre hindurch, in Zeiten der größten Teuerung, in Geduld haben verstreichen lassen und erwartet haben, daß in der Lohnfrage vielleicht doch noch auch an sie gedacht würde. Leider aber traf dieses letztere nicht zu. Man kann es den Maschinenschreiberinnen nachempfinden, wenn sie sagen, daß sie heute in eine gewisse Notlage geraten sind, nachdem die Ernährungsverhältnisse, die Bekleidungsgegenstände, überhaupt alles um das Dreifache im Preise gestiegen ist, während ihre Lohnsätze, die heute gezahlt werden, in und für Friedenszeiten zusammengestellt sind. Man muß es den Maschinenschreiberinnen zugestehen, daß sie nicht voreilig gehandelt haben und nicht den Magistrat mit Eingaben überflutet und die Stadtverordneten belästigt haben. Nunmehr ist denn aber doch der Zeitpunkt gekommen, wo die Maschinenschreiberinnen mit den gezahlten Löhnen nicht mehr auskommen können. Im August dieses Jahres haben sie eine Eingabe an den Magistrat gerichtet, leider aber hat diese Eingabe einen Erfolg bis jetzt nicht erzielt. Sie hatten nun geglaubt, vielleicht jetzt am 1. Oktober, bei dem Quartalswechsel, ihre Hoffnung erfüllt zu sehen, zu einem Zeitpunkte, zu dem bekanntlich viele Ausgaben an jeden einzelnen herantreten, aber sie hofften umsonst. So blieb

den Maschinenschreiberinnen nichts weiter übrig, als sich an die geehrten Herren Stadtverordneten zu wenden.

Wenn man sich die Tabellen ansieht, nach der die Entlohnung heute noch erfolgt, so kann man nur sagen, daß der Wunsch der Maschinenschreiberinnen besonders berechtigt ist. Die Damen über 18 Jahre bekommen im ersten Dienstjahre 600 *M.*, im zweiten 720 *M.*, im dritten 840 *M.*, im vierten 960 *M.*, im fünften 1080 *M.* und im sechsten 1200 *M.*. Dies ist also der Höchstlohn. (Zuruf des Herrn Oberbürgermeisters: Kann nach dem 6. Jahre noch höher gesetzt werden.) Wenn man auch berücksichtigt, daß vielleicht die eine oder andere der Maschinenschreiberinnen bei ihren Angehörigen eine geringe Unterstützung bekommen kann und auch erhält, so wird es doch auch vielfach zutreffen, daß umgekehrt auch manche Maschinenschreiberin von ihrem bescheidenen Einkommen ihre Familie oder einzelne Familienglieder mit unterhalten muß. Bei diesen Tatsachen wird die Bitte der Maschinenschreiberinnen gewiß besonders verständlich. Hinweisen möchte ich noch darauf, daß auch die Maschinenschreiberinnen, die im Dienste des Staates stehen, am 1. April d. J. eine Gehaltsaufbesserung erfahren haben. So ist es verständlich, daß nach diesem Vorgange die städtischen Maschinenschreiberinnen die Bitte zum Ausdruck bringen, auch ihrer zu gedenken. Daß es sich keineswegs um vorübergehend während des Krieges Beschäftigte handelt, darauf möchte ich noch besonders hinweisen. Ich bin gewiß, daß die Herren Stadtverordneten die Bitte als begründet aufnehmen werden, und möchte ersuchen, die Angelegenheit zur wohlwollenden Prüfung der Kommission zu überweisen.

Der Antrag wird vom **Vorsitzenden** der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

## 9. Antrag Diekmann auf Gründung einer städtischen Schweinemast- und Verwertungs-Kriegsgesellschaft.

Damit verbunden:

## 10. Antrag Diekmann auf Zwangsmaßnahmen zwecks Sammlung der als Viehfutter geeigneten Abfälle.

Wortlaut der Anträge s. S. 319.

Stadtv. **Diekmann** (zur Begründung): Ich möchte zunächst den Antrag begründen, welcher die Gründung einer Schweinemastanstalt betrifft. Sie haben jedenfalls alle die Ausführungen des Landwirtschaftsministers gelesen, welcher speziell von den sog. Pensionsschweinen handelt, und in dem aufklärend darauf hin-

gewiesen ist, daß nur diejenigen Einwohner ein Recht haben, Hauschlachtungen vorzunehmen, welche Schweine sechs Wochen in Gewahrsam gehabt haben. Nun ist eslechterdings nicht allen Einwohnern möglich, sich Männen zu verschaffen, in welchem sie selbst Schweine mästen können, aber die Zeit hat es auch gelehrt, daß man nicht einfach die Hände sorglos in den Schoß legen und warten kann, bis der einzelne Bürger an die Reihe kommt, wo er auch einmal ein Stück Schweinefleisch, Fett oder Schmalz bekommt. Man ist auf den Weg der Selbsthilfe angewiesen, muß sich selber ein Schlachttschwein beschaffen, und deshalb habe ich mit Freunden die Anregung begrüßt, die in dem Allgemeinen Anzeiger und heute auch in der Landeszeitung gestanden hat. Der kurze Artikel ist aus Göttingen datiert und lautet:

„Der Magistrat hat eine Gesellschaft gegründet zur Beschaffung von Schweinen zu Schlachtungen für Selbstversorgungszwecke. Mitglieder dieser Gesellschaft können neben dem Magistrat alle Haushaltungsvorstände unserer Stadt werden, deren Haushalt aus mindestens drei Personen besteht. Jedem Mitgliede steht ein Anteil zu, dem Magistrat 100 Anteile. Es werden 650 Schweine angekauft. Sie werden in einer zwischen Seelze und Nordstemmen gelegenen, vom hiesigen Magistrat gemieteten Mastanstalt gemästet und im Februar und März 1917 an die Mitglieder der Gesellschaft abgegeben. Die Anzahlung zur Erwerbung der Mitgliedschaft beträgt 150 M. Trotz dieser verhältnismäßig hohen Summe waren die Anteilscheine einen Tag nach Auslegung der Einzeichnungsliste in kurzer Zeit vollständig vergriffen.“

Ich hatte nach den Ausführungen des Landwirtschaftsministers nicht geglaubt, daß es möglich wäre, eine derartige Gesellschaft zu gründen, die den Zweck hat, in Menge Schweine zur allgemeinen Verwertung zu mästen und an die Mitglieder der Gesellschaft abzugeben, und habe deshalb diesen Gedanken mit Freunden aufgenommen und glaube, daß auch Sie mit mir der Überzeugung sein werden, daß sich etwas Ähnliches auch in Braunschweig durchführen läßt. Wenn es auch erfreulich ist, zu hören, mit welchem Resultate die hiesige Mastanstalt auf dem städtischen Schlachthause floriert, so genügt die Menge der dort gezogenen Masttschweine natürlicherweise bei weitem nicht für die Einwohnerzahl der Stadt Braunschweig. Da insbesondere Speck und Schmalz in dieser Kriegszeit sehr schwer zu beschaffen sind, so ist man notwendigerweise darauf angewiesen, alles, was irgend möglich ist, zu ergreifen, um solche Kostbarkeiten — so kann man sie jetzt wohl bezeichnen — zu erzeugen.

Ich habe in meinem Antrage noch weiter berücksichtigt, daß nicht allein die Schweine gemeinschaftlich gemästet, sondern auch dereinst gemeinschaftlich verwertet werden sollen, sei es nun, daß irgend eine Wurstfabrik damit betraut wird, die die schlachtreifen Schweine verarbeitet, oder auf andere Weise. Es würde jeden-



faßs zu weit führen, bei der Annahme, daß eine große Zahl Schweine ausgemästet werden, wenn jeder einzelne der Anteilhaber dann selbst sein Schwein schlachten ließe. Ich glaube ganz bestimmt, das gewonnene Material ließe sich in der von mir angeregten Weise rationeller verwerten. Sodann liegt mir sehr daran, daß die Stadt selber mit beteiligt wird, damit auch den Anteilhabern Gelegenheit gegeben ist, das nötige Futter mit zu beschaffen; denn das wird ja wohl der schwierigste Punkt sein. Ich verkenne durchaus nicht, daß es nicht leicht sein wird, die ganze Sache so plötzlich ins Leben zu rufen, denn was nützen uns Mastanstalten, wenn wir kein Futter haben. Das war auch der Grund, weshalb ich mich damals gegen Errichtung einer Mastanstalt auf dem städtischen Schlachthaus aussprach. Aber ich habe mich belehren lassen, weil man in dieser Zeit mit solchen Mästungen rechnen muß. Selbst wenn der Krieg recht bald und plötzlich beendet sein sollte, was ich wohl wünschen möchte, dann werden noch auf Jahre hinaus diese Mastanstalten ihr Gutes wirken, denn man rechnet allgemein damit, daß z. B. die Wurstfabriken in diesem und nächsten Jahre kaum in die Lage kommen werden, sich wieder in der Weise betätigen zu können, wie sie es in Friedenszeiten getan haben.

Auch in Braunschweig und seiner Umgebung ließen sich sehr wohl ohne ein größeres Risiko derartige Mastanstalten schaffen. Wir haben hier sehr große Mastanstalten, die augenblicklich brachliegen; ich erinnere an die vielen Molkereien, die Herr Rahmann besitzt. Ich hatte leider keine Gelegenheit, mit dem Herrn zu sprechen, denn er ist verreist, aber ich glaube, daß er sich bereit erklären wird, mehrere der ihm gehörigen leerstehenden Mastanstalten in den Nachbardörfern uns zur Verfügung zu stellen.

Daß es Schwierigkeiten haben würde, die Anteilscheine unterzubringen, ist ausgeschlossen. Nach alledem, was ich in der Bürgerchaft darüber gehört habe, glaube ich, daß recht viele mit Freude zugreifen werden, denen es versagt ist, selber ein Schwein zur Mästung hinsetzen zu können. Insbesondere ist es dem Mittelstande zu gönnen, daß er auch einmal in die Lage kommt, sich etwas Fett zu beschaffen, denn das ist ihm in dieser Zeit schlechterdings unmöglich gewesen.

Im Anschluß an diesen Antrag möchte ich Sie auch bitten, meinem weiteren Antrage zuzustimmen, daß jeder Haushaltungsvorstand gezwungen werden soll, dafür Sorge zu tragen, daß alle Abfälle, die sich zum Viehfutter eignen, aufbewahrt und gesammelt werden, so daß sie in zweckmäßiger Weise verwendet werden können. Es ist ja schon von der allgemeinen Abfallverwertungsgesellschaft immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig ist, daß in dieser Zeit nichts umkommt und jeder dazu beiträgt, daß alles vorhandene Material aufs beste verwertet wird. Man kann der A. V. G. nicht genug Dank wissen, daß sie in so eifriger Weise diesen Gedanken durchzuführen sucht; aber so-

lange nicht ein Zwang vorhanden ist, werden es immer viele lässige Haushalte vorstände noch durchgehen lassen, daß die Abfälle einfach im Mülleimer oder in anderer Weise umkommen. Ein Eingreifen der Behörden ist hier unbedingt notwendig. Die Herren werden mir beipslichten: wenn der Appell an die Gutwilligkeit nicht dazu führen kann, daß alles Verwertbare gesammelt wird, dann ist es am Plage, daß vom Magistrate ein gelinder Zwang ausgeübt wird. Ich möchte Sie bitten, meinen Anträgen zuzustimmen.

**Vorsitzender:** Herr Diedmann hat gleich beide von ihm eingebrachten Anträge begründet. Ich hatte eigentlich zunächst nur an den ersten gedacht und gemeint, den zweiten, der wohl der wichtigste ist, hinterher zu behandeln, aber nicht beide auf einmal.

Die beiden Anträge sind als Dringlichkeitsanträge bezeichnet. Wir werden zunächst den ersten Antrag zu behandeln haben, die Schweinemästungs-Kriegs-Gesellschaft betreffend. Ich frage, ob die Versammlung damit einverstanden ist, daß er als dringlich behandelt und sofort beraten wird.

Oberbürgermeister **Metemeyer:** Ich muß ja der Versammlung überlassen, zu entscheiden, ob die beiden Anträge heute schon zur Beratung kommen sollen. Aber es sind doch bei etwaiger Durchführung besonders des ersten Antrages solche Schwierigkeiten zu überwinden — die ja auch der Herr Antragsteller selber hervorgehoben hat —, daß es wünschenswert erscheint, die Sache erst in der Kommission vorberaten zu lassen. Das kann bald geschehen; kommen Sie bitte öfter zusammen, vielleicht alle vierzehn Tage, das wird uns recht sein! Falsch wäre es aber, eine solche Sache übers Knie zu brechen. Wenn dann der Magistrat auf Ihre Beschlüsse aus wohlervogenen Gründen nicht eingehen kann, dann heißt es: „Ja, der rückständige Magistrat!“ Ich halte es für richtiger, diese beiden Anträge erst in der Kommission vorzubereiten.

Stadtv. **Diedmann:** Ich bin mit der Vorberatung des ersten Antrages einverstanden, aber es wäre vielleicht doch möglich, den zweiten Antrag, der die Abfälle betrifft, sofort zu behandeln. Sollten auch in der Sache die Herren der Meinung sein, daß eine Vorbesprechung nötig ist, so will ich mich bescheiden und bitten, beide Anträge den Kommissionen zu übergeben.

Stadtv. **Niese:** So sehr ich in bezug auf Ernährungsfragen in dieser Zeit für dringliche Maßnahmen bin, kann ich mich in diesem Falle doch nicht für sofortige Behandlung des Antrages entschließen, weil wir noch nicht sicher sind, ob wir die nötigen Kartoffeln für die Ernährung der Menschen erhalten werden. Das ist

doch noch eine sehr zweifelhafte Sache, denn heute fehlen sie überall. Ich weiß auch nicht, ob der Antrag nicht vielleicht gegen die städtischen Schlachtungen sich richtet. (Widerspruch.) Ich weiß das nicht, aber es könnte doch sehr wohl der Fall sein. Aus diesen Gründen bin ich dafür, daß der Antrag einer Kommission zur Vorberatung überwiesen wird. Die Verhandlung im Plenum braucht ja nicht vier Wochen hinausgeschoben zu werden, sie kann auch schon über vierzehn Tage sein.

Da die Versammlung nicht für sofortige Beratung sich entschließt, überweist der Vorsitzende die beiden Anträge der *Statutenkommission* zur *Vorberatung*.

## 11. Antrag Ohlendorf auf Erlaß eines Statuts über den 7-Uhr-Ladenschluß.

Wortlaut des Antrages s. S. 325.

Stadtv. **Ohlendorf** (zur Begründung): Die Arbeitszeit ist wohl nirgends länger als im Handelsgewerbe, und deshalb ist es zu verstehen, daß seit längerer Zeit sowohl bei den Angestellten im Handelsgewerbe als auch bei den Ladeneinhabern Bestrebungen im Gange sind, während der Kriegszeit den Anfang damit zu machen, die Läden um 7 Uhr zu schließen. So ist der Stadtverordnetenversammlung schon in der vorigen Sitzung eine Eingabe des Zentralverbandes der Handlungsgehilfenverbände zugegangen. Die Bestrebungen der Ladeneinhaber in dieser Richtung haben ja schon dazu geführt, daß in der letzten Zeit ein Teil der Läden um 7 Uhr geschlossen wird. Aber bei solchen Neuerungen sind doch immer einzelne Kreise der Beteiligten vorhanden, die nicht mitmachen wollen, und deshalb glaube ich, daß wir guttun, wenn wir den Magistrat ersuchen, in dieser Beziehung geeignete Mittel zu ergreifen. Es kommt für die jetzige Zeit hinzu, daß bei einem früheren Ladenschluß am Abend viel Licht gespart wird und dadurch wieder Kosten; auch das würde ein Grund für Ergreifung von Maßnahmen unsererseits sein. Ich möchte die geehrten Herren ersuchen, diesen Antrag anzunehmen, und möchte auch den Magistrat schon im voraus bitten, ein solches Statut zu schaffen.

Der Vorsitzende überweist den Antrag der *Statutenkommission* zur *Vorberatung*.

## 12. Anfrage Stegmann, betreffend eine durchgreifende Milchbezugsregelung durch Ausgabe neuer Milchkarten.

Wortlaut der Anfrage j. S. 324.

Stadtv. **Stegmann:** Meine Herren, es ist Ihnen bekannt, daß die Milchknappheit in den letzten Monaten und Wochen eine besonders scharfe Form angenommen hat. Die Ausnahme der Behörden, des Herzoglichen Staatsministeriums sowohl wie des Magistrats und der Polizeidirektion, auch der Preisprüfungsstelle, daß durch die Erhöhung des Milchpreises es möglich sei, mehr Milch hierherzuziehen, so daß keine Milchknappheit bei uns eintreten würde, hat sich leider, wie allerdings schon vorherzusehen war, nicht als richtig erwiesen. Nun ist in letzter Zeit eine Regelung des Milchverkaufs durch den Magistrat erfolgt, aber trotzdem konnte man bis vor einigen Tagen bemerken, daß etwas Durchgreifendes nicht geschehen ist. Immer und immer wieder wurde seitens der Milchhändler — die Braunschweiger Molkerei allerdings möchte ich dabei ausschließen — ganz nach Willkür Milch abgegeben; Leute, die Bezugsscheine für kleine Kinder hatten, wurden benachteiligt, während andere, die keine kleinen Kinder haben, sich auch einer guten Gesundheit erfreuen, aber verstanden haben, sich Milchkarten zu verschaffen oder sich auf andere Weise bei den Verkäufern lieb Kind zu machen, nach wie vor ihre Milch bekommen haben. Das hat natürlich dahin gewirkt, daß sich Erbitterung unter den Benachteiligten bemerkbar gemacht hat. Ich habe auf der Friesenstraße Szenen gesehen, wo Frauen geweint haben, weil sie für ihre kleinen Kinder keine Milch bekommen konnten. Auch die Ärzte kann man nicht davon freisprechen, daß sie bei Ausfertigung der Milchbezugskarten zu weitherzig gewesen sind. Ich möchte den Magistrat bitten, dafür zu sorgen, daß die Ärzte angewiesen werden, daß nur in einer bestimmt festgesetzten Weise vorgegangen werden darf. Vielleicht ist es notwendig, daß die besonderen Milchvorkzugskarten durch den Kreisphysikus ausgestellt oder durch ihn wenigstens geprüft werden.

Nun ist am 2. Oktober eine neue vorläufige Milchverbrauchsregelung bekanntgegeben worden. Darin ist aufgeführt, daß Vollmilch für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre bis zu 1 Liter täglich, für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre bis zu  $\frac{3}{4}$  Liter, für Kinder im 5. und 6. Lebensjahre bis zu  $\frac{1}{2}$  Liter, für Kranke bis zu 1 Liter usw. abgegeben werden darf, und zwar an alle diese Personen nur, soweit für sie städtische Milchbezugskarten ausgestellt sind. Nun ist darüber im Publikum Unklarheit vorhanden, was unter diesen Milchbezugskarten zu verstehen ist, auch bei uns im Volksfreund ist deswegen angefragt worden. Ich habe mich daraufhin bei verschiedenen Stellen, u. a. der Lebensmittelfstelle, erkundigt, wann die neuen Karten kommen, die auf Grund der vor längerer Zeit vorgenommenen Erhebungen ausgegeben werden sollten, konnte aber keine Auskunft bekommen. Ich frage

man an: Sollen die alten Milcharten einstweilen weiter gelten oder sollen neue ausgestellt werden, und wenn das letztere der Fall ist: müssen sie abgeholt werden von den Kartenstellen oder vom Rathhause oder werden sie ins Haus geschickt?

Ferner herrscht auch bei den Milchlieferanten Unklarheit über die Handhabung. Es heißt in der Bekanntmachung: „Milchlieferer, welche ihre nach Ziffer 1 vollmilchberechtigten Kunden nicht mehr befriedigen können, haben eine genaue Liste der überhaupt nicht mehr oder nicht mehr voll versorgten unverzüglich bei unserer Lebensmittelstelle, Rathhaus, Zimmer 73, einzureichen.“ Da habe ich bemerkt, daß die Braunschweiger Molkerei in bezug auf Lieferung von Vollmilch scharf vorzugehen scheint, andere Milchhändler aber, z. B. Bewig aus Lehnsdorf, sagen einfach auch dann, wenn die Milchbezugskarten vorgezeigt werden: „Ich habe keine Milch für Sie! Ich muß zunächst meine alten Kunden befriedigen.“ Bewig geht wohl möglichst gerecht vor, soweit ich es mir habe erzählen lassen, indem er heute dem einen und morgen dem anderen Kunden Milch gibt, oder wenn auch dann seine Milch nicht ausreicht, jeden dritten Tag seine Kunden befriedigt. Das ist doch aber falsch. Wenn einmal eine genaue Regelung stattfinden soll, wie ich aus der bekanntgemachten Verbrauchsregelung herauslese, so müßte es doch eingerichtet werden — und so soll es wohl auch sein —, daß festgestellt wird, wieviel Milch und wieviel Verbraucher überhaupt vorhanden sind, und daß der eine Milchliefertant, der zu wenig Milch hat, von den anderen Milchliefertanten das Fehlende hinzubekommt, so daß alle Berechtigten befriedigt werden können, wie es ja auch hier und da von kleinen Milchhändlern gemacht wird. Es wäre dringend nötig, daß eine gründliche Regelung schnell erfolgt, weil Unklarheit auf beiden Seiten, bei den Berechtigten und bei den Lieferanten, herrscht. Ich bitte den Magistrat um Auskunft, wie die Sache werden soll, um dadurch Klarheit in den beteiligten Bürgerkreisen zu schaffen.

**Stadtrat Wagner:** Die Bekanntmachung wegen der Milchversorgung, die wir kürzlich erlassen haben, ist ausdrücklich als eine vorläufige Milchverbrauchsregelung bezeichnet und dadurch als eine Notmaßnahme gekennzeichnet. Endgültige Bestimmungen konnten wir nicht erlassen, weil — wie das die Herren aus der Presse wissen — schon seit einiger Zeit die als unmittelbar bevorstehend angekündigte Bundesratsverordnung über die Milchversorgung von uns erwartet wurde und es verwaltungstechnisch ein Unbding gewesen wäre, eine komplizierte Neuregelung mit Ausgabe von mehrfarbigen Milcharten vorzunehmen auf die Gefahr hin, daß sie, sobald die neue Bundesratsverordnung kommt, wieder geändert werden muß. Nun hat sich aber wider Erwarten die Herausgabe der Bundesratsverordnung verzögert. Vom Ministerium ist uns der Entwurf zur Äußerung zugesandt, das erstemal vor wenigen Wochen, und wir erwarteten, daß

kurz darauf der Erlaß erfolgen würde. Es kam aber noch einmal ein neuer Entwurf, der mit unserer Äußerung zurückgegangen ist, so daß wir nun wieder die baldige endgültige Verordnung des Bundesrats erwarten. Erst jetzt wieder habe ich z. B. in der Täglichen Rundschau gelesen, der Bundesrat würde die Sache in seiner nächsten Sitzung beraten.

Sobald wir die Anordnungen des Bundesrats erhalten — wir warten schon lange darauf —, werden wir unverzüglich die Neuregelung der Milchversorgung in die Hand nehmen. Wir wurden aber durch folgende Umstände gezwungen, diese Notmaßnahme schon vorgestern zu treffen. Am Sonnabend mittag wurde ich in meiner Privatwohnung durch den Vorsitzenden der Milchgenossenschaft und einen anderen Herrn dieser Genossenschaft aufgesucht, die eine Postkarte von einem Mittergutsbesitzer aus dem Kreise Wolfenbüttel vorzeigten und von einer telephonischen Benachrichtigung Mitteilung machten, aus denen hervorging, daß von dem folgenden Tage ab aus dem Kreise Wolfenbüttel keine Milch nach Braunschweig geliefert werden solle; so hätte es die Kreisdirektion in Wolfenbüttel angeordnet. Das war eine schlimme Nachricht, denn wenn soudso viel tausend Liter Milch von dort zurückgehalten werden, dann ist die ganze Versorgung der kleinen Kinder und stillenden Frauen über den Haufen geworfen. Ich habe mich daraufhin sofort mit dem Ministerium und mit der Kreisdirektion in Wolfenbüttel in Verbindung gesetzt. Die beiden Herren von der Milchgenossenschaft habe ich gebeten, am Nachmittage zu mir auf das Bureau zu kommen und Bescheid zu holen. Es wurde mir von Herrn Minister Radkau in Vertretung des Herrn Ministers Boden mitgeteilt — was schon von Wolfenbüttel durch Fernsprecher berichtet war —, es wäre Anordnung getroffen, daß die großen Gutsverwaltungen und sonstigen großen landwirtschaftlichen Betriebe des Kreises Wolfenbüttel auch künftig ihre Milch nach der Stadt Braunschweig liefern sollten, die kleinen Landwirte und Milchlieferanten von dort aber sollten die Lieferung einstellen, und daran ließe sich nichts mehr ändern, denn die Knappheit an Fetten und Butter im Kreise Wolfenbüttel wäre so groß, daß der Kreis diese Mengen für seine Einwohnerchaft selbst in Anspruch nehmen müßte. Mit dieser Tatsache mußten wir rechnen. Da wir nun aber den Umfang dieses Rückganges der Milchlieferungen aus dem Kreise Wolfenbüttel nicht beurteilen konnten, so mußten wir schleunige Maßnahmen treffen, um einen Ausgleich zwischen denjenigen Milchhändlern, die noch genügend Vollmilch zur Verfügung hatten, und denjenigen, die durch Abstopfung der Lieferung in Verlegenheit kamen, herbeiführen zu können. Um wenigstens denjenigen Gruppen, die nach dem Entwurf der Bundesratsverordnung in der Zukunft allein noch als Vollmilch-Bedürftige anerkannt werden sollen, die nötige Vollmilch zu sichern, haben wir diese vorläufige Regelung getroffen. Es sind allerdings bei uns nur sehr wenig Anmeldungen von Milchhändlern, denen

nach Befriedigung ihrer vollmilchberechtigten Kunden noch Vollmilch verbleibt, und von solchen, die ihre berechtigten Kunden nicht mehr befriedigen können, bei uns eingegangen. Es ist das alte Bild; an der Schwerfälligkeit der Leute scheitert die ganze Sache. Die Milchhändler kümmern sich nicht um die Bekanntmachung und bringen ihre Milch nach wie vor zu denselben Leuten wie vorher, bis sie gehörig herangefriedigt und bestraft werden. Solche Milchhändler laufen Gefahr, daß ihnen überhaupt die Milchlieferung entzogen und damit ihr ganzer Betrieb erledigt wird.

Die Gründe, die zu dieser starken Einschränkung des Vollmilchverbrauchs von Reichs wegen geführt haben, sind darin zu suchen, daß man die nötigen Speisefettmengen nicht anders gewinnen kann, als wenn man für alle diejenigen Leute, die nicht unbedingt Vollmilch nötig haben, — bevorrechtigt sind nur die stillenden Mütter, die hoffenden Frauen in den letzten Monaten, Kinder in den ersten Lebensjahren und Kranke mit ärztlicher Bescheinigung — den Bezug der Vollmilch ausschließt, für alle nicht Bevorrechtigten nur Magermilch in Aussicht nimmt und die überschüssige Vollmilch auf Butter verarbeitet. Die Bundesratsverordnung — vorausgesetzt, daß sie in derselben Weise erlassen wird, wie der Entwurf besagt — sieht vor, daß Gemeinden, die noch über ihren Bedarf hinaus Vollmilch haben oder geliefert bekommen, sich die ganze überschießende Menge als Speisefett auf die bekannte Wochenmenge von 90 g, die die Gemeinden pro Kopf zu beanspruchen haben, anrechnen lassen müssen. Also selbst dann, wenn wir in Zukunft mehr Vollmilch bekommen würden, als wir zu beanspruchen hätten, so wäre uns damit nicht gedient; wir müßten sie an unsere Bewohner auf Fettarten ausgeben, und die betreffenden bekämen dann weniger Butter oder Margarine.

Nun wurde geklagt, daß die Milchbewilligungen an die Kranken so stark zunehmen. Ja, meine Herren, darüber klagen wir am allermeisten. Es ist überhaupt gar nicht anzudeuten, in welchem Maße sich jetzt die Leute bewogen fühlen, sich eine ärztliche Bescheinigung für den Bezug von Vollmilch geben zu lassen. Ich habe gesehen, daß dem ärztlichen Vertrauensauschuß, der uns zur Seite steht, von zwei Tagen her ein über handbreit hoher Stoß von ärztlichen Bescheinigungen zur Verfügung und Genehmigung vorgelegt werden mußte; und das kommt dreimal in der Woche! Erfreulicherweise handelt der Vertrauensauschuß sehr gewissenhaft, hat eine große Menge Anträge abgelehnt oder die Menge der Nahrungsmittel, die in den Bescheinigungen beantragt waren, herabgesetzt. Dieser Ausschuß besteht aus den Herren Stadtphysikus Medizinalrat Dr. Roth — den Herr Stegmann ja auch schon zur Prüfung der ärztlichen Bescheinigungen gewünscht hat —, unserem Stadtarzt Geh. Sanitätsrat Dr. von Solwede und zwei Herren, die mit ihren ärztlichen Kenntnissen früher in der Stadtverordnetenversammlung wertvolle Dienste geleistet haben, Herrn Sanitätsrat Dr. Henking und Herrn

Sanitätsrat Dr. Kleinfnecht. Die Herren des Ausschusses setzten sich nicht selten in Widerspruch mit den Bescheinigungen der Ärzte und haben dadurch natürlich ihren Kollegen gegenüber keinen angenehmen Stand, aber sie helfen uns darin, daß die Bewilligungen nicht allzu übermäßig erfolgen, sonst würden wir für die Gefunden bald überhaupt nichts mehr übrig haben.

Man herrscht Unklarheit darüber, ob die alten Milchbezugskarten noch weiter gelten, oder ob neue ausgegeben werden sollen und wann. Dazu habe ich zu sagen: Die alten Karten gelten noch weiter, aber mit den Einschränkungen, die in unserer Bekanntmachung gekennzeichnet sind. Wer noch Milchkarten im Besitz hat, aber für im Lebensalter höher stehende Kinder, als in der Bekanntmachung angegeben, darf von dem Milchhändler nicht weiter mit Vollmilch versorgt werden. Durch die Bekanntmachung sollte gesagt sein: Wer *keine* Milchkarte hat, darf von einem Milchhändler unter keinen Umständen mehr Vollmilch erhalten, nur die Inhaber von Karten sollen bedacht werden. Neue Milchkarten auszustellen, war nicht zugänglich, da wir solche wieder hätten einziehen und neue aus schreiben müssen, wenn nach kurzer Zeit die Sache durch die Bundesratsverordnung anders geregelt würde.

Wenn erwähnt wurde, daß einige Milchhändler, so die Kindermilchstation von Bewig, sich an unsere Verordnungen nicht hielten und nach Guldäufen die Milch abgeben, so kann ich nur empfehlen, Strafanzeige zu erstatten, d. h. nicht an uns, sondern an die Polizei. Das ist das einzige in der heutigen Zeit, um die Leute dazu zu bringen, ihre Pflicht gegen die Allgemeinheit zu erfüllen. Allerdings können dabei auch solche Sachen vorkommen, wie der Fall, von dem uns die Polizeidirektion Mitteilung gemacht hat, nämlich daß eine kleine Milchhändlerin vom Lande, die ganz nach Belieben ihren guten Kunden eine Menge Milch lieferte, als das Strafverfahren gegen sie eingeleitet wurde, erklärte, nun werde sie gar keine Milch mehr nach Braunschweig hereinbringen. In solchem Falle muß man fest zupacken und bedenken, daß die paar Liter für die Versorgung der ganzen Stadt keinen Ausschlag geben.

Das sind die bisherigen Bestimmungen; ich hoffe, daß in nächster Zeit eine endgültige Neuregelung wird erfolgen können.

Eine Besprechung der Anfrage findet nicht statt.

### 13. Anfrage Stegmann, betreffend die Überschreitung der Höchstpreise für Zwetschen.

Wortlaut der Anfrage s. S. 324.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): In der letzten Sitzung ist mein Antrag angenommen, wodurch der Höchstpreis für Zwetschen im Kleinverkauf 12 Pf.



pro Pfund betragen soll und der Höchstpreis im Großhandel 7 *M* für den Zentner. Ich bedaure, daß der Antrag nicht die Unterstützung des Magistrats und des Landesernährungsamts gefunden hat. Es wäre von Interesse, zu erfahren, aus welchen Gründen das nicht geschehen ist, da doch Nachbarbezirke niedrigere Preise festgesetzt hatten. Aber selbst die seitens des Landesernährungsamts unter dem 12. September festgesetzten Höchstpreise, wonach beim Verkauf von 20 Pfund und weniger nicht mehr als 18 Pf. für das Pfund und im Großhandel nicht mehr als 3 *M* Zuschlag auf den Erzeugerpreis von 10 *M* gefordert oder angeboten werden sollte, ist nicht innegehalten. Die verschiedenen geschäftlichen Manipulationen werden angewandt, z. B. daß der Händler die großen Zwetschen auslucht und als „Pflaumen“ für 25 Pf. und teurer verkauft, während er die kleinen zu 18 Pf. abgibt. Der Kleinhandelspreis ist auch bei Mengen über 20 Pfund gefordert und bezahlt, auch hier in der Markthalle. Von sicherer Seite ist mir mitgeteilt, daß 18 *M* für den Zentner gefordert und bezahlt worden sind. Ich kann nicht begreifen, wie das in der Markthalle vorkommen kann, da doch der Zentnerpreis auf 13 *M* festgelegt war. Ich bitte um Auskunft, ob dem Magistrat nichts darüber bekannt geworden ist. Es müßten energische Maßnahmen ergriffen werden, daß eine derartige Bewucherung der Bevölkerung nicht stattfinden kann.

**Amtsrichter Meyer:** Der Magistrat hat sich dem Beschlusse der geehrten Herren nicht anschließen können aus den Gründen, die ich schon in der vorigen Sitzung angeführt habe. Wenn die Stadt Braunschweig mit der Erniedrigung der Höchstpreise selbständig vorgegangen wäre, so hätte die Gefahr bestanden, daß die Stadt ohne jede Zwetschenzufuhr geblieben wäre. Nun läßt sich das letztere allerdings sowieso schon von unserer Stadt sagen, und das hat seinen Grund in der allgemeinen Beschlagnahme, die mit dem letzten Sonntage aufgehoben ist. Wir haben damals mit dem Landesernährungsamte Fühlung genommen und gefragt, ob es auf Grund des Beschlusses der Stadtverordneten nicht in der Lage wäre, die Höchstpreise für Zwetschen herunterzusetzen. In einer mündlichen Aussprache hat mir dann Herr Regierungsrat Spannuth mitgeteilt, daß das mit Rücksicht auf die Preisfestsetzung der umliegenden Bezirke nicht möglich sei. Es wurde mir gesagt, daß Blankenburg niedrigere Preise habe festsetzen können, weil tatsächlich in der Gegend von Halberstadt die Preise im allgemeinen niedriger waren. Also auch der Kreis Blankenburg hat sich nach den Verhältnissen in seiner Umgebung gerichtet, und eine solche Stellungnahme ist jedenfalls die richtige.

Was die Überschreitung der Höchstpreise anlangt, so muß ich darauf hinweisen, daß die Überwachung der Händler in bezug auf Innehaltung der Höchstpreise an sich Sache der Polizei ist, während der Magistrat als solcher mit dieser Überwachung nichts zu tun hat. Aber der Magistrat hat doch jetzt in der Person

des Marktinspektors Seesemeyer einen Lebensmittelinspektor eingesetzt, der auch auf derartige Sachen zu achten und Abhilfe zu schaffen hat, wo es nötig ist. Jrgend welche Meldung, insbesondere aus der Markthalle, daß Höchstpreisüberschreitungen vorgekommen sind, ist mir nicht gemacht. Möglich ist es ja, daß der Polizei Anzeige erstattet worden ist, wovon aber wir und die Preisprüfungsstelle keine Nachricht bekommen haben.

Stadtv. **Rector** beantragt *Besprechung* der Anfrage; für eine solche meldet sich die  *Mehrheit* der Versammlung.

Stadtv. **Munte**: Es ist schon angeführt, daß es schwer werden wird, Zwetschen nach Braunschweig herzuverkommen. Auch nachdem die Beschlagnahme seitens des Kriegsernährungsamts aufgehoben ist, sind nicht viele Zwetschen nach unserer Stadt gebracht. Ich kann Ihnen mitteilen, daß der Kleinverkaufspreis in Hannover 25 Pf. ist, und deswegen werden die Händler ihre Ware auch alle nach Hannover schicken, während wir hier in keinem Laden Zwetschen bekommen können. Im Verhältnis zu dem Zwetschenreichtum, der auf den Bäumen gewachsen ist, müßten so viele Zwetschen zu haben sein, daß jeder schon des Zwetscheneffens satt sein müßte und gar keine Zwetschen mehr kaufen möchte. Das Grundübel ist, daß es unmöglich ist, einen Einheitspreis für das ganze deutsche Reich festzustellen. Wenn Hannover sich einen Höchstpreis von 25 Pf. leistet und hier ein Höchstpreis von 18 Pf. festgesetzt ist, so können wir uns erklären, weshalb die Zwetschen dort hin gesandt werden, denn dabei können die kleinen Händler mehr verdienen. Es gibt leider im Handel immer Hintertüren. So darf ich für Äpfel nicht mehr als 7,50 *M* geben und kann keine dafür bekommen, aber für Birnen kann ich jeden beliebigen Preis geben. Wer da Äpfel haben will, der läßt sich eben zugleich Birnen kommen und zahlt dafür einen unverhältnismäßig hohen Preis, so daß ihm auch Äpfel billig mitgeliefert werden können. Solange nicht ein einheitlicher Preis in ganz Deutschland gilt und Hannover für Zwetschen einen höheren Preis festlegt als wir, so lange werden wir auch keine Zwetschen nach Braunschweig hereinbekommen.

Stadtv. **Rector**: Ein großer Mißstand liegt darin, daß fortwährend eine Menge Leute hinaus aufs Land wandern, aufkaufen, was ihnen in den Weg kommt und dabei einer den andern überbietet. Wenn der eine 7,50 *M* für den Zentner Zwetschen bezahlt hat, bietet der andere 13 *M* und ein dritter schon 18 *M*; so geht es mit allem! Wer abends 12 Uhr den letzten Zug beobachtet, der von Wisshorn kommt, der wird sehen, was alles von diesen Leuten in die Stadt hineingeschleppt wird, und wo es bleibt, mag der Teufel wissen. Alle Sonntage ist jeder, der zurückkommt, mit Kiepen und Körben beladen, bepackt mit Obst und

Zwetschen. Durch dieses Aufdrängen und überbieten müssen die Preise ja in die Höhe getrieben werden. Es wäre nötig, daß jedem einzelnen, dem Käufer sowohl wie dem Verkäufer, mehr auf die Finger gesehen würde und Übertretungen mit aller Strenge bestraft würden, dann würde wohl die Übertenerung etwas aufhören. Aber auch die Käufer müßten bei Preisüberschreitungen bestraft werden, sonst bekommen die Leute, die nicht in der Lage sind, überpreiße bezahlen zu können, in ihrem ganzen Leben nichts.

Stadtv. **Meyerhoff:** Wie es die Leute verstehen, sich Hintertüren offen zu halten und auch das Publikum selbst einen großen Teil der Schuld an der Teuerung trägt, das haben meine beiden Herren Vorredner schon erwähnt. Der Kernpunkt aber liegt meiner Ansicht nach viel tiefer; er liegt in der bürokratischen Wirtschaft, die in der ganzen Ernährungsfrage jetzt Platz gegriffen hat. Wäre der freie Handel nicht so weitgehend ausgeschaltet, dann wollte ich einmal sehen, ob es nicht besser würde. Es wäre möglich, daß etwas mehr Ware an den Markt kommt; allerdings wäre sie nicht billiger, aber sie wäre doch da. Bei dem System, wie es jetzt gehandhabt wird, bekommen wir ja gar keine Waren zu sehen, und das, was bezweckt wird, ist ins Gegenteil ausgeartet. Ich habe es schon einmal hier ausgeführt: die vielen Kommissionen für Kartoffelversorgung usw. kann ich nur Verteuerungskommissionen nennen. Weiter ist es nichts; ich scheue mich nicht, das offen auszusprechen. Die viele Bevormundung von oben herab hat uns den Mangel an Waren gebracht; er wäre nicht so groß, wenn wir nicht die Höchstpreise und dergleichen bekommen hätten, denn dann wäre doch der freie Handel nicht ausgeschaltet. Sehen Sie sich um in Braunschweig: Wer hat denn noch etwas zu verkaufen? Ist es Ihnen möglich, für Geld noch etwas zu bekommen? Hat der Handel freie Bahn, dann kann er sagen: „Ich gebe 50 *M* für den Zentner“, und wenn dann der Preis auch teuer wäre, dann hätte das Publikum doch wenigstens Ware. Solange aber der Bürokratismus von oben herab regiert, so lange werden wir Not leiden.

Stadtv. **Loeschigt:** Herr Rektor hat mit seinen Ausführungen recht; aber wie sollen es die Leute anders machen, denn hier in Braunschweig können sie selbst für Geld nichts bekommen. Deshalb gehen sie aufs Dorf und holen sich bei Bekannten hier und da zehn Pfund Pflaumen. Das ist menschlich verständlich. Wer Sonnabends am Nachmittag oder Abend an die Bahnhöfe geht, kann sehen, was alles hereingeschleppt wird. In der Markthalle sehe ich jeden Tag, daß allemal, wenn etwas hereingebracht wird, das Publikum sich darum reißt und in fünf Minuten alles verkauft ist. Gestern nachmittag waren in einem Obstgeschäfte auf dem Hagenmarkt Zwetschen zu verkaufen; da standen vielleicht 150 Menschen vor dem Laden; was aber dafür bezahlt ist, weiß ich nicht.

Auch dem, was Herr Munte gesagt hat, muß ich zustimmen. Bei der Menge Zwetschen, die gewachsen sind, muß man sich wundern, daß sie nicht halb verschenkt werden. Es wird zwar gesagt: die Landleute hätten gar keine Zeit, sie abzunehmen und in die Stadt hereinzuschaffen. Hauptsache bleibt es doch immer, daß wir Waren für die Stadt anschaffen. Was nützt es, wenn gesagt wird, die Zentralkauf-Gesellschaft sorgt dafür, daß der deutsche Kurs nicht fällt. Ich meine, damit sorgt sie zu gleicher Zeit mit dafür, daß wir hungern müssen. Solange alles ins Ausland geht und wir, wenn auch für schweres Geld, überhaupt nichts bekommen können, so lange müssen wir hungern.

Stadtv. **Stegmann:** Ich muß Herrn Meyerhoff in gewisser Beziehung zustimmen: ich glaube auch, daß infolge der Fehler der Behörden, die mit einer ungeheuren Menge von Neglementierungen vorgehen, die ganze Versorgung der Bevölkerung krankt. Aber andererseits bezweifle ich doch, daß, wie die Dinge liegen, namentlich da die Heeresverwaltung eine ungeheure Menge Lebensmittel für sich einheimst, und da vom Auslande her nichts hereingebracht wird, der freie Handel, wie ihn Herr Meyerhoff wünscht, in der Lage wäre, Besserung zu schaffen. Ob dann nicht unsere Lage noch viel unglücklicher wäre und wir noch mehr hungern müßten, das ist doch die Frage, denn der Handel hat doch in dieser Zeit merkwürdige Blüten gezeitigt.

Gegen das Hinauswandern der Leute zwecks Vornahme von Einkäufen können wir selbstverständlich nichts machen. Unsere Einwohner sind teilweise froh, wenn ihnen gegen hohe Preise von den Bauern gestattet wird, die Zwetschen selbst abnehmen zu dürfen und nach ihrer Wohnung zu bringen. Mein Antrag sollte ja auch bezwecken, daß die nun einmal festgesetzten Preise im Großhandel und auch im Kleinverkauf nicht überschritten werden. Nach den Ausführungen des Herrn Amtsrichters Meyer glaube ich, daß es genügt, wenn veranlaßt wird, daß die Polizeidirektion und die Markthalleninspektion etwas mehr ihr Augenmerk auf solche Leute richtet.

Amtsrichter **Meyer:** Wie schwierig es ist, die Höchstpreise festzusetzen und innezuhalten, zeigt ein Schreiben der Kriegsgesellschaft für Obstkonerven und Marmeladen in Berlin. Am zweiten Tage nach der Aufhebung der Beschlagnahme kam ein Rundschreiben an die Händler, das folgendermaßen lautet:

„Die Beschlagnahme der Zwetschen ist durch die militärischen Anordnungen vom 1. Oktober d. J. aufgehoben. Wir sind bereit, für alle Lieferungen vom 2. Oktober ab den Großhändlern einen Preis von höchstens 16,15  $\mathcal{M}$  für den Zentner frei Waggon Verladestation, einschließlich aller Speisen, zu vergüten, und erbitten sofortige Nachricht, welche Posten Sie uns zu diesem erhöhten Preise noch

liefern können. Der Produzentenhöchstpreis von 10 *M* für den Zentner bleibt nach wie vor bestehen. Der von uns den Händlern bewilligte neue Preis von 16,15 *M* für den Zentner ist ebenfalls als Höchstpreis anzusehen. Sollten Sie uns, wie wir bestimmt annehmen, billiger liefern können, so erwarten wir genaue Angabe darüber."

Wenn selbst die Kriegsgesellschaft für Obstkonerven und Marmelade sich genötigt sieht, den Großhändlern höhere Preise für Zwetschen zu zahlen, als sie für das Herzogtum Braunschweig als Höchstpreise bewilligt sind, dann können wir uns nicht wundern, daß nach Braunschweig keine Zwetschen hineinkommen. Wir haben gehört, daß in anderen Kreisen noch Zwetschen genug vorhanden sein sollen. Wir haben deshalb unseren Aufkäufern, die unterwegs sind und Gemüseeinkäufe für die Stadt besorgen sollen, aufgegeben, ihr Augenmerk auch auf Zwetschen zu richten. Aus großen Hoffnungen in der Beziehung können wir uns allerdings nicht hingeben. Im übrigen werden wir bemüht sein, nach wie vor mit der Herzoglichen Polizeidirektion dafür zu sorgen, daß die einmal aufgestellten Höchstpreise, insbesondere in der städtischen Markthalle, auch innegehalten werden.

#### 14. Anfrage Stegmann, betreffend die Lieferung der Kartoffeln.

Wortlaut der Anfrage f. S. 324.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Es ist dies nur eine ganz kurze Anfrage, die aber doch eventuell von Bedeutung ist. Sie wissen, meine Herren, daß die Kartoffellieferung flott im Gange ist. . . Herr Voetschigt schüttelt mit dem Kopfe; sie scheint also nicht flott im Gange zu sein, mindestens aber ist sie im Gange. Es ist nun leider von den Leuten, die ihre Kartoffeln schon bekommen haben, bemerkt worden, daß sie nicht einwandfrei sind. Sie erhielten zum Teil große, dicke Kartoffeln, die innen hohl sind und nicht als Speise-, sondern als Viehkartoffeln zu bezeichnen sind. Diejenigen, die solche Kartoffeln bekommen haben, sind recht enttäuscht und denken mit Entsetzen daran, daß sie bis zum Frühjahr sich mit solchen Kartoffeln behelfen sollen. Allerdings wird es sehr schwer sein, hier Wandel zu schaffen. Jedenfalls ist es dem Magistrat bisher nicht bekannt geworden, daß er so übers Ohr gehauen ist. Ich frage nun an, ob nicht Maßnahmen getroffen werden können, diesen Übelstand zu verhüten. Bedenken Sie doch, wie unangenehm es ist, wenn große Quantitäten von Kartoffeln mit solchen Fehlern in die Stadt kommen, mit denen unsere Einwohner das ganze Jahr auskommen sollen, zumal die Kartoffel die Hauptnahrung der Bevölkerung ist. Wenn da irgend etwas zu machen ist, so möchte ich den Magistrat dringend bitten, es zu tun und solche Kartoffeln nicht anzunehmen, sondern sie den betreffen-

den Lieferanten zur Verfügung zu stellen, damit solche Ware mit Hilfe der Behörden wieder zurückgeht und andere dafür geliefert werden muß.

**Stadtbaurat Gebensleben:** Es ist klar, daß die Frage außerordentlich wichtig ist: Wie nehmen wir die gelieferten Kartoffeln am zweckmäßigsten ab, um unsere Bevölkerung vor schlechter Ware zu schützen? Man muß ich allerdings bemerken, daß der Herr Vorredner über die Kartoffellieferungen schlecht unterrichtet ist; denn die Kartoffelzufuhr und die Verteilung durch die Stadt hat leider noch nicht beginnen können. Wir sind von den Kreisen, die uns zu beliefern haben, in Stücke gelassen! Also die Sorge, die Herr Stegmann erwähnte, liegt augenblicklich noch nicht vor; wir würden uns gern lebhaft bemühen, wir wir am besten die Kartoffeln abnehmen könnten, wenn wir sie nur erst bekommen würden!

Von Klagen, wie sie Herr Stegmann vorbrachte, ist mir bisher nichts zu Ohren gekommen. Es könnte sein, daß es sich vielleicht um solche Kartoffeln handelte, die im Wege des Bezugsscheinverkehrs gehandelt sind. Das sind dann allerdings Kartoffeln, mit deren Lieferung die Stadt überhaupt nichts zu tun hat. In dem Falle haben ja die Erzeuger mit unseren Einwohnern Privatverträge abgeschlossen. Wenn sie schlecht geliefert werden, so empfehlen wir den Abnehmern, die Kartoffeln den Bauern wieder zur Verfügung zu stellen -- übrigens ein zweischneidiges Schwert.

Soweit es sich um die Kartoffeln handelt, die durch die Hände der Beauftragten der Stadt gehen, werden wir allerdings Obacht geben, daß die Kartoffeln gut ausfallen. Zu dem Zwecke werden wir, wenn die Lieferung beginnt, verschiedene Herren als Sachverständige hinschicken, damit an Ort und Stelle bei Verladung der Kartoffeln eine Abnahme stattfindet und insbesondere die Kartoffeln, welche schlecht ausgefallen sind, sofort zurückgewiesen werden.

**Stadtv. Loefshigt** beantragt *B e s p r e c h u n g* der Anfrage; die *M e h r h e i t* der Versammlung stimmt für eine Besprechung.

**Stadtv. Loefshigt:** Was die Anfrage des Herrn Stegmann betrifft, so kann ich ihn dahin berichten, daß es vorgekommen ist, daß an die städtische Küche, der Herr Schächl vom Allgemeinen Konsumverein vorsteht, Kartoffeln geliefert sind, von denen manche vollständig hohl waren. Ich habe in der Markthalle auch danach gesehen, Kartoffeln aufgeschnitten und dort zwischen den guten Kartoffeln auch hohle gefunden, und wenn Herr Stadtbaurat Gebensleben sagt, es sei ihm nichts davon zu Ohren gekommen, so erklärt sich das lediglich daraus, daß ich nicht davon weiter berichtet habe, weil uns von Sachverständigen gesagt ist, es läme bei allen Kartoffellieferungen vor, daß solche hohlen Kartoffeln dazwischen wären. Es

ist also sehr schwer, wenn selbst Fachleute so etwas sagen, festzustellen, daß deshalb die Kartoffeln schlecht sind. Es finden sich schließlich zwischen allen Kartoffeln schlechte, was man von außen nicht erkennen kann, und auch bei dem besten Abnahmesystem wird es vorkommen, daß im Winter die Leute klagen: „Wir haben schlechte Kartoffeln bekommen; wenn man sie aufschneidet, sind sie schwarz.“ Derartige Übelstände lassen sich nicht vermeiden, und wir wollen sie gern in Kauf nehmen, wenn wir nur erst Kartoffeln hätten.

Ich habe vor vierzehn Tagen hier bemerkt, daß ich nicht das Vertrauen zu der Regierung hätte, daß wir zur richtigen Zeit die Kartoffeln bekämen. Herr Regierungsrat Spannuth hat mir daraufhin Vorstellungen gemacht und gesagt; ich hätte wohl vorher zu ihm kommen können, dann hätte er mir Aufklärung geben können, daß das, was ich vorgebracht habe, zu Unrecht geschehen ist. Und ich muß jetzt auch sagen: Was mir Herr Regierungsrat Spannuth vorgelegt hat, die Maßnahmen, die von oben herunter die Kartoffelzentrale und die Braunschweigische Zentrale, also Herr Regierungsrat Spannuth, getroffen haben, haben mich voll davon überzeugt, daß nach den statistischen Aufstellungen die Festlegung der Kartoffeln aufs beste zustande gekommen ist. Es ist festgelegt, daß uns die 500 000 Zentner zustehen, auch wer sie liefern muß, ist festgelegt. Ich nehme also hiermit meine diesbezügliche Äußerung, soweit sie Herrn Regierungsrat Spannuth betrifft, zurück, kann aber nicht zurücknehmen, daß ich das Vertrauen noch nicht gewonnen habe, daß die altentworfene festgelegte Lieferung auch erfolgen wird und wir von der Regierung genügend mit Kartoffeln versorgt werden. Sie haben schon von Herrn Stadtbaurat Gebensleben gehört, daß wir vorgestern und in den Tagen vorher leider sehr, sehr kläglich mit Kartoffeln bedient wurden, heute kommen einmal drei Ladungen, morgen fünf. Was geliefert worden ist, das ist für Braunschweig wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Da die Maßnahmen von der Regierung nicht getroffen sind, daß die in Aussicht genommene Lieferung auch wirklich ausgeführt wird, kann ich mein Urteil nicht zurücknehmen. Was nützt es uns, daß es festgelegt ist, die und die müssen so und so viel liefern, wenn es nicht zur Ausführung kommt! Auch Herr Regierungsrat Spannuth sagt: „Wir haben es so eingerichtet, daß es gut klappen muß; an mir liegt es nicht.“ Das entzieht sich meiner Beurteilung, aber wenn von der Regierung eine Zentrale eingesetzt wird, so muß sie auch Gewalt bekommen, damit sie ausführen kann, was sie soll. Wenn Herr Regierungsrat Spannuth die nicht hat, dann ist es falsch eingerichtet. Solche Einrichtungen müssen mit Strafbestimmungen festgesetzt werden. Wenn die Regierung nicht schleunigst dafür sorgt, daß gesagt wird: „Die Gemeinden, die uns zugewiesen sind, haben in der und der Zeit bei Strafe die Lieferung zu machen“, dann können sie sich darauf verlassen, daß wir in vierzehn Tagen noch keine Kartoffeln haben. Wovon sollen wir denn die Bevölkerung satt machen?

Was sagen jetzt schon wieder die Bauern? „Bei einem Preise von 4 .// kühlen wir die Kartoffeln ein und warten bis zum Frühjahr“, denn es ist ihnen gesagt, dann bekämen sie 6 .// für den Zentner. Man kann es ihnen nicht übelnehmen, daß sie die Kartoffeln behalten, wenn sie nicht gezwungen werden. Die Regierung hat nach meiner Meinung bis heute noch nicht das getan, was nötig ist.

Neulich habe ich gehört, daß die Stadt Düsseldorf sich bei der Zentrale in Berlin beschwert habe, und daraufhin sei der Kreis Helmstedt angewiesen, Kartoffeln zu liefern. Die Folge davon ist, daß jetzt wir keine Kartoffeln haben. Wir sitzen im Kartoffellande, und jetzt, wo die Kartoffelversorgung beginnen soll, müssen wir zu unseren Einwohnern sagen: „Ihr müßt Brot essen!“ 500 000 Zentner Kartoffeln sollen uns geliefert und von uns verteilt werden, das ist keine Kleinigkeit. Aber der Magistrat hat so glänzend gearbeitet und vorgesorgt, daß alles klipp und klar zur Ablieferung bereitsteht; die Fuhrwerke, die leeren Säcke, die Arbeiter, nur die Hauptperson, die Kartoffel, fehlt! (Heiterkeit.) Das ist tieftraurig und nicht zum Lachen. Zeit genug hat die Regierung gehabt, dafür zu sorgen, daß Braunschweig Kartoffeln bekommt, und schlimmer ist es, wenn sie nicht gesorgt hat. Warum werden Kartoffeln nach Dortmund geliefert, und warum bekommen wir keine? Das muß doch an der Organisation liegen. Ich habe mir Mühe gegeben, um beim Proviantamt Aushilfe zu bekommen, aber auch dort können sie keine anschaffen, weil die Bauern nicht angewiesen sind, ihm zu liefern. Also auch die Quelle, aus der ich schon einmal geschöpft habe, war mir verschlossen. Es ist tief zu beklagen, daß innerhalb dieser drei letzten Wochen die Regierung nicht Maßnahmen getroffen hat, um sagen zu können: „Heraus mit den Kartoffeln!“ und Zwang anzuwenden. Die Ernte in Kartoffeln ist ja allerdings nicht gut ausgefallen, aber doch nicht so traurig, daß wir hier keine Kartoffeln geliefert bekommen können.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Daß der augenblickliche Zustand vollständig unhaltbar ist, wird jeder ohne weiteres anerkennen, und auch der Magistrat seinerseits hat sich bemüht, für Abhilfe zu sorgen, aber leider sind uns — und das wissen die wenigsten Leute in der Stadt — die Hände gebunden. Es geht uns wie anderen Städten. Wir haben die Aufgabe, die uns zugewiesenen Kartoffeln zu verteilen, und damit ist unsere Befugnis zu Ende. Wollten wir selber mit den Produzenten verhandeln, dann würde uns gesagt: „Das dürft ihr nicht, ihr stört unsere Kreise! Ihr habt euch nur an die Kartoffelstelle zu wenden, und die muß euch liefern.“

Nun habe ich persönlich noch gestern spät abends, als bekannt wurde, daß so wenig Kartoffeln herangebracht wurden, mit dem Herrn Staatsminister Wolff über die Sache verhandelt. Es ist aber bisher meiner Überzeugung nach noch nicht sicher festgestellt, ob die Nichtanlieferung der Kartoffeln darin ihren Grund hat,



daß es an Arbeitskräften fehlt, um die Kartoffeln aus der Erde herauszuholen, oder ob eine Weigerung der Produzenten vorliegt, die Kartoffeln zu dem festgesetzten Preise, der jetzt auf 4 // für den Zentner heruntergesetzt ist, herzugeben. Jedenfalls kann ich mitteilen, daß der Herr Staatsminister gestern abend, als er Nachricht von dieser Sachlage bekam, sofort erklärte: „Wenn die Stadt Braunschweig nicht in allernächster Zeit mit Kartoffeln versorgt wird, dann werden die Zwangsmaßnahmen, die uns zur Verfügung stehen, rücksichtslos angewandt werden.“ (Beifall.) Es ist allerdings meiner Überzeugung nach gar nicht leicht, die Zwangsmaßnahmen so durchzuführen, daß rechtzeitig das ganze Quantum herangebracht wird. Man hofft aber, daß es auf die Allgemeinheit wirken wird, wenn hier und da ein abschreckendes Beispiel, wie heute morgen in der Bekanntmachung der Kartoffelstelle erwähnt, zur Anwendung kommt.

Im übrigen stehe ich nach wie vor auf dem Standpunkte, daß der Fehler in der Bundesratsverordnung liegt. Die Landgemeinden als solche müßten nicht bloß die Unterverteilung vornehmen, sondern als haftbar für Lieferung der Kartoffeln erklärt werden. Wenn dann die Gemeinden durch Strafen, nicht durch Schadenersatzansprüche, gezwungen werden könnten, uns Kartoffeln zu liefern, dann hätte jede Gemeinde es fertiggebracht, ihre Einwohner zu veranlassen, die verfügbaren Kartoffeln nach der Stadt zu bringen. Eine solche Strafbestimmung ist leider nicht festgesetzt, und ich glaube, auch unsere Regierung ist nicht in der Lage, entgegen den Vorschriften des Bundesrats Ausführungsbestimmungen zu erlassen, die sich mit den Grundvorschriften dieser Bundesratsverordnung nicht decken. Man könnte ja auf die Idee kommen, daß noch ein entsprechendes Landesgesetz in dieser Sache erlassen werden müßte — das wird aber nicht angehen. Sollte sich die Sachlage nicht bald ändern, dann wird allerdings nichts anderes übrigbleiben, als sich an den Bundesrat zu wenden und zu sagen: „Eure Verordnung genügt nicht, bitte, ergänzt sie.“ Das würde dann die letzte Rettung sein. Ich hoffe aber, daß es unserer Regierung mit Hilfe der Zwangsmaßnahmen gelingt, uns rechtzeitig Kartoffeln zu verschaffen.

**Stadtv. Wejemeier:** Es ist zweifellos, daß nicht nur gegen Bezugschein, sondern auch im Kleinverkauf jetzt schon schlechte Sorten von Kartoffeln verkauft worden sind. Ich sollte z. B. heute einen kleinen Sack mit 9 Pfund Kartoffeln mit in die Versammlung nehmen, die im Allgemeinen Konsumverein verkauft sind und im großen Maße schlecht sind. Ich habe mich zwar geweigert, dem Verlangen nachzukommen, aber es wäre doch meiner Meinung nach Aufgabe der Stadt — und es ist ja auch schon seitens des Herrn Magistratsvertreters zugesagt worden —, daß selbstverständlich die Ware vor der Ausgabe an die Konsumenten geprüft wird. Es ist allerdings richtig, was Herr Loeschigk erwähnte, daß es schwer ist,

diese Mängel durch bloßes Ansehen zu erkennen, da die Kartoffeln im Innern durch Würmer ausgehöhlt sind, die außen nur kleine Löcher verursachen. Später geben die Kartoffeln einen recht unangenehmen Geruch ab. Da müßten also Proben aus den dicken Kartoffeln genommen werden, die aufgeschnitten und so geprüft werden. Ich nehme nicht einmal an, daß bei solchen Lieferungen eine böse Absicht des Landwirts vorliegt, denn die Kartoffeln werden ja im großen eingesackt und aufgeladen. Jedenfalls kann der Käufer, der sich mit Wintervorrat versorgt, schlimm hereinfallen, wenn er solche Kartoffeln in größerer Menge bekommt. Sie fangen schließlich an, faul zu werden, die Krankheit dehnt sich nach und nach auf den ganzen Bestand aus, und wenn der Besitzer nicht die größte Sorgfalt auf seine Vorräte verwendet, hat er im Frühjahr keine Kartoffeln mehr.

Nun möchte ich an unsere Debatte über die Kartoffelbeschaffung erinnern, die wir im vorigen Frühjahr hatten, als ich beantragte, der Magistrat solle — was jetzt hinfällig geworden wäre — mit den Produzenten selbst Verhandlungen anknüpfen und jeden Weg beschreiten, der uns die Lieferung der Kartoffeln sicherstellen könnte. Ich erinnere daran, daß mir geantwortet wurde, in diesem Jahre würde man aus den Fehlern, die früher gemacht worden sind, gelernt haben. Wie Sie sehen, ist das nicht geschehen. Man hat Vorschriften erlassen, die, wie aus den Worten des Herrn Oberbürgermeisters bevorecht, nichts Ganzes und nichts Halbes bedeuten, die nicht die Gewalt dorthin verlegen, von wo es möglich wäre, die Großstädte mit den notwendigen Kartoffeln zu versorgen.

Voran es nun liegt, daß die Versorgung so mangelhaft ist, darüber sollen Erhebungen angestellt werden: ob es an dem Mangel an Leuten liegt oder an der bösen Absicht der Bauern. Herr Voetschigt ist fertig mit seinem Urteil. Er sagt und das scheint mir richtig zu sein: die Bauern gäben ihre Kartoffeln nicht her, weil sie meinten, im Frühjahr höhere Preise zu bekommen. Er bestätigt, was vor vier Jahren schon Bebel geäußert hat: „Die Agrarier sind die eigennützigste Gesellschaft, die wir haben.“ Das stimmt, wir sehen es bei alle den Preisen, die sie fordern. Wie laufen sie Sturm, um die Kornpreise höher zu schrauben! Woher es kommt, das geht sie nichts an. Unsere Stadt befindet sich in der gleichen Katastrophe wie die anderen Großstädte, denn auch dort ist es dieselbe Geschichte: es mangelt an Kartoffeln. Aber auf dem Lande gibt es doch welche! Die Ernte ist nicht gut, sie ist vielleicht eine dritter Güte, aber die Kartoffeln müssen doch herans aus dem Erdboden, und deshalb glaube ich: Es liegt an den Landwirten, daß der Mangel eingetreten ist.

Es liegt aber auch an der Regierung; wenn die mehr Druck dahinterlegen wollte, dann würde es schon gehen. Erst heute, wo die Stadt schon den Wintervorrat liefern soll, kommt die Bekanntmachung der Landeskartoffelstelle für die Landwirte, daß sie unter Umständen mit strengen Maßnahmen bedroht werden,

daß sie materiellen Schaden erleiden können, daß ihnen die Kartoffeln zu 2,50 M der Zentner abgenommen werden, wenn sie nicht rechtzeitig liefern. Ich verspreche mir auch von dieser Bekanntmachung nichts. Wenn nicht ein stärkerer Druck dahintergesetzt wird, werden wir auch ferner noch mit der Kartoffelnot zu rechnen haben.

Sodann drückt mich noch eine andere Frage, die jedenfalls auch schon dem Magistrat am Herzen gelegen hat: wie wird es mit den Leuten, die beim Magistrat Kartoffeln bestellten, ihre Marken für den Oktober schon abgeliefert haben und im Kleinverkauf keine Kartoffeln bekommen können? Was gedenkt der Magistrat den Leuten gegenüber zu tun, wenn sie erst Ausgang Oktober oder gar erst im November die Winterkartoffeln geliefert bekommen? Da muß unter allen Umständen Vorkehrung getroffen werden, und das wird eine ganz schwierige Sache sein. Ich bin überzeugt, daß der Magistrat böse Dinge erleben kann, wenn nicht rechtzeitig vorgesorgt wird, daß man diesen Leuten entgegenkommen kann. Auf welche Art und Weise soll das geschehen: sollen die gelieferten Kartoffeln zurückgerechnet werden, sollen kleinere Quantitäten vorweg geliefert werden oder was sonst? Die Frage muß geklärt werden, und es wäre gut, wenn der Magistrat schon heute erklären könnte: Wir haben es bereits erwogen und sind imstande, auf die und die Weise diese Frage zu erledigen.

**Stadtbaurat Lebensleben:** Ich will zunächst auf die letzte Frage antworten. Selbstverständlich haben wir uns mit dieser Frage schon beschäftigt. Wir hatten zwar seinerzeit in dem Merkblatte darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung nicht die Kartoffelmarken vom 2. Oktober an abgeben, sondern Marken für einige Wochen noch zurückbehalten möchte, da wir nicht am 2. Oktober, wo die Kartoffellieferungen erst beginnen sollen, sämtliche Lieferungen schon beendet haben können; die Lieferzeit soll sich ja auf sechs Wochen ausdehnen. Wer nun trotzdem seine Marken schon vom 2. Oktober an abgeliefert hat, für den werden wir natürlich auch sorgen, und zwar werden wir das in einfacher Weise, entsprechend den Anweisungen, die schon ergangen sind, in folgender Weise machen: die Betroffenen gehen zu ihrer Kartenverteilungsstelle und lassen sich die Kartoffelmarken für einen Zentner Kartoffeln zurückerstatten. Sie bekommen dann, wenn sie die Kartoffeln bezahlt haben, den eingezahlten Betrag dafür zurück, so daß sie einen Zentner Kartoffeln im Kleinhandel kaufen können, wo sie wollen.

Sodann möchte ich noch im allgemeinen über die Kartoffelfrage sprechen. In der vergangenen Woche sind wir von den Kreisen Helmstedt und Braunschweig in guter Weise beliefert worden. Wir bekamen zuletzt in der Woche 16—17 Ladungen täglich, und es war mit den Kommissionären verabredet, daß in dieser Woche die Winterlieferungen beginnen sollten, allerdings erst allmählich, jedoch so, daß

immerhin in dieser Woche täglich 20 Eisenbahnladungen hier eintreffen sollten. Das ist nicht in Erfüllung gegangen. Wir haben am Montag nur 10 Ladungen bekommen, am Dienstag 3, gestern gar nichts und heute 3 Ladungen. Höchst sonderbarerweise trifft mit dieser Erscheinung etwas anderes zusammen, nämlich der Sprung des Erzeugerhöchstpreises in der Nacht vom Sonntag auf den Montag von 4,50 *M* auf 4,00 *M*, so daß es in der Tat nicht unwahrscheinlich ist, daß dieses Ausbleiben der Lieferungen mit dem Sinken des Erzeugerhöchstpreises zusammenhängt. (Zuruf.) Natürlich! jagt Herr Loeßhigt, und ich glaube auch, daß diese Annahme zutrifft. Das Verschwinden der Lieferungen hat uns natürlich einen großen Strich durch die Rechnung gemacht. Wir hatten unseren ganzen Versorgungsapparat auf die Beine gebracht, die Fuhrwerke sowohl wie die Mannschaften bereitgestellt, die Lager in Ordnung gebracht, alle Listen und Verzeichnisse, die nötig sind, geordnet, eine besondere Buchführung eingerichtet — mit dem Erfolge, daß alles vergeblich gewesen ist. Wir wollten in dieser Woche mit der Winterversorgung unserer Einwohner beginnen, und was ist geworden? Wir haben nicht einmal so viele Kartoffeln erhalten, daß wir den täglichen Bedarf decken können. Unser täglicher Bedarf für die Stadt beträgt 9 Waggonladungen, und wir haben in diesen Tagen durchschnittlich keine drei bekommen. Das ist außerordentlich betrüblich, und wir haben schon gestern vorhergesehen, daß wir am Schlusse dieser Woche eine Kartoffelnot bekommen würden. Aus dem Grunde haben wir, wie die geehrten Herren an den Anschlagssäulen gelesen haben werden, im Einverständnis mit dem Herzoglichen Landesernährungsamt bestimmt, daß als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln Brot gegeben werden soll. Das ist außerordentlich bedauernswert; die Kartoffeln sind reif und liegen im Boden, nur kommen sie nicht zu uns heran. Es ist zweifellos, daß da etwas nicht in Ordnung ist. Wir wollen nur wünschen, daß die Zwangsmaßnahmen nun so schnell als möglich ergriffen werden. Der Winter steht vor der Tür, von den sechs Wochen, die wir für die Winterversorgung mit Kartoffeln nötig haben, ist schon eine Woche hin, und bis die Zwangsmaßnahmen eine Wirkung ausgeübt haben, geht noch eine Woche hin. Sie können sich denken, in welcher Angst die Stadt-Kartoffelstelle ichweht, weil sie voraussieht, daß die Versorgung nicht so gelingen wird, wie sie ausgedacht ist. Das ist außerordentlich zu bedauern.

**Stadtv. Meyerhoff:** Aus alle dem Vorgebrachten geht hervor, daß die von der Regierung bisher ergriffenen Maßnahmen nicht genügend sind. Ich habe mich gefreut, als ich gelesen habe, daß von der Landesernährungsstelle die Drohung erfolgte. Hoffen wir, daß es nicht nur eine Drohung bleibt, sondern daß es auch ausgeführt wird, wenn gesagt wird, daß dem Produzenten statt 4 *M* für den Zentner nur 2,50 *M* gezahlt werden und dann noch die Kosten der zwangsweisen

Kodung und Verladung abgezogen werden, so daß dem Erzeuger vielleicht nur 1,50 M für den Zentner gezahlt werden. Es müßten sogar noch andere Schritte getan werden, und zwar müßte die Stadtvertretung schon jetzt mit Vollmacht ausgerüstet werden und nicht erst auf das gewartet werden, was der Bundesrat zu nun gedenkt. Bis wir darauf Antwort haben, kann der Frost eintreten, und die Landwirte werden sich dann dahinter verkriechen. Ich meine, Magistrat und Landesbehörden müssen jetzt fest fassen und beim Bundesrat schleunigst vorstellig werden. Und ich glaube, sie finden sich dabei in guter Gesellschaft. Es werden alle größeren Städte gleich uns vorgehen. Wir dürfen nicht darauf warten, was werden wird, ob wir Kartoffeln kriegen werden, sondern müssen jetzt schon auf die Kalamität hinweisen. Daß es so schlimm stand, wie Herr Stadtbaurat Gebensleben mitgeteilt hat, das habe ich nicht vermutet. Wenn wir nicht einmal das Quantum bekommen können, das zum täglichen Genuß nötig ist, so ist das ja furchtbar! Wir dürfen nicht noch acht Tage warten; ich halte jede Minute, die gewartet wird, für eine Gefahr. Wir müssen — und ich freue mich, das hier aussprechen zu können — mit allen Mitteln dahin wirken, um schon morgen beim Bundesrat vorstellig zu werden, denn so geht die Karre nicht weiter! Was soll werden, wenn der Frost früh eintritt? Das wird ja schlimmer als die Jahre vorher!

Stadtv. **Lauer** und Stadtv. **Frede** verzichten auf das Wort.

Stadtv. **Loeschigt**: Ich möchte mir nur eine Anfrage erlauben. Es ist ja wunderbar rasch gegangen, daß vom Magistrat Ersatz für die nicht zu liefernden Kartoffeln durch Brotkarten geschaffen wird. Aber es wurde mir gesagt, daß bei den normalen Zuschlagskarten, die gegeben werden, die Bäcker manchmal nicht in der Lage sind, so schnell den Mehrbedarf zu schaffen. Haben sie denn Mehl genug für diese Mehrlieferung an Brot? Und wenn das der Fall sein sollte, so wollte ich hiermit bezwecken, daß das bekannt wird, damit die Bevölkerung von hier aus erfährt, daß sie darüber beruhigt sein kann und für ihre Brotkarten auch Brot bekommen kann. Es ist sowieso an manchen Montagen schwer, Brot zu bekommen, da am Sonntag nicht gebacken wird. Es ist denn doch eine ziemlich große Menge Brot, die in der Zeit, solange wenig Kartoffeln zu haben sind, mehr gefordert werden wird.

Stadtrat **von Frankenberg**: Die Bemerkung des Herrn Stadtv. Loeschigt gibt mir die erwünschte Gelegenheit, zu erklären, daß wir gestern morgen, als ich diese Bekanntmachung mit Herrn Stadtbaurat Gebensleben und Herrn Stadtrat Schöttler vorbereitete, sofort unser Augenmerk auf diesen Punkt gerichtet haben. Ich habe mich sogleich mit der Neustadtmühle in Verbindung gesetzt und An-

weisungen erteilt, daß besonders denjenigen Bäckern, die für diese Mehrlieferungen in Betracht kommen könnten, ein Mehlvorschuß bis zu drei Tagen, also ein halber Wochenbedarf, gewährt werden muß. Im allgemeinen steht den Bäckern ja genügend Mehl zur Verfügung. Auch die Bäckerinnung hat von unserer Anordnung Nachricht erhalten. Es ist aber zweckmäßig, wenn ich an dieser Stelle erkläre: Der Magistrat ist bereit, diese Notmaßregel auch den Bäckern gegenüber in vollem Maße durchführen zu lassen, damit es nicht an irgend einem Punkte hapert, um der Bevölkerung die Sättigung zuteil werden zu lassen, auf die sie ein Unrecht hat.

**Stadtv. Niese:** Wir sehen, die Kartoffellieferung steht auf dem Papiere, aber hier sind keine Kartoffeln vorhanden. Da wäre es Sache des Bundesrats, schnellstmöglichst einzugreifen. Wir haben doch auch einen Vertreter im Bundesrat, und es ist ja kein Mummelgreis, so daß er einmal Feuer hinter die Sache machen könnte, denn diese ungenügenden Zustände sind doch schon ziemlich alt geworden. Wir leben heute im Zeichen des Fortschritts der Kultur. Aber wie steht es denn: früher brachte der Bauer erst die Kartoffelproben und war froh, wenn er beim Bringen des Wintervorrats sein Geld einstreichen konnte. Heute müssen wir um die Kartoffeln betteln und bekommen selbst für hohe Preise keine geliefert. Wenn die Not so groß ist wie heute, dann müssen sofort Ausnahmemassregeln ergriffen werden. Die Zustände, die wir im vorigen Jahre gehabt haben, reichen nicht an die heran, wie es in diesem Jahre kommen wird, denn es wird noch schlimmer werden. Da könnte man den Vorschlag machen, daß aus jeder Stadtgemeinde die Bürger mit Spaten und Revolver bewaffnet würden, um sich selber Kartoffeln zu holen, wo sie zu haben sind. Es ist dringend nötig, daß jetzt sofort die Behörden ihre Schuldigkeit tun, denn in vierzehn Tagen kann es schon frieren, und dann sitzen wir da. Weniger wird jetzt darauf zu sehen sein, daß wir die Kartoffeln sortiert bekommen, als daß wir die benötigte Menge erhalten; genießbar natürlich müssen die Kartoffeln sein.

Das Hochwerden der Kartoffeln werden Sie bei *Magnum bonum* und bei *Industrie* weniger finden, aber bei *Imperator* wird es schon mehr vorkommen; als bessere Speisefartoffel kann man *Imperator* überhaupt nicht ansehen. Aber wenn wir weiter nichts haben, wollen wir auch mit der Sorte vorlieb nehmen, doch werden die anderen Sorten am meisten gebaut und geben, soviel ich beim Roden gesehen habe, auch den meisten Ertrag.

Vor allem ist Eile geboten. Wenn die Bevölkerung nun einmal an die Kartoffelnahrung gewöhnt ist, so macht es Unzufriedenheit, wenn jemand aus der Fabrik nach Hause kommt und wieder mit Brot vorlieb nehmen soll. Ich hätte gewünscht, daß mein Antrag, den Erzeugerpreis auf 3 .// festzusetzen, durch

gegangen wäre, und dann noch, daß für jeden Zentner, der nicht sofort geliefert würde, 1000  $\text{M}$  Strafe angedroht würden. Ich wollte dann einmal sehen, wie schnell die Lieferung erfolgt wäre. Heute sieht man ein, was es uns nützt, wenn wir Leute oben haben, die nicht fähig sind, die Sache zu regeln.

**Stadtv. Munte:** Daß irgend etwas nicht klappt, geht aus der ganzen Sachlage klar hervor. Ein guter Freund von mir hatte sich bei einem Bauern in Wenden einen Schein unterschreiben lassen, war damit nach dem Rathause und nach der Kreisdirection gegangen, hatte seine Gebühr dafür abgeladen und dachte, nun würde er seine Kartoffeln bekommen. Bewahre! Das ist nicht angegangen. Der Oberbürgermeister — wollte sagen: der Ortsvorsteher von Wenden hat einfach dem Bauern verboten, Kartoffeln an meinen Freund zu schicken. Der Schein ist wieder zurückgegangen und darunter hat geschrieben gestanden: „Auf Verfügung des Ortsvorstehers darf ich nicht liefern.“ Ein Schein vom Ortsvorsteher hat dabei gelegen, des Inhalts: „In Wenden haben wir selber Not an Kartoffeln, wir liefern nicht.“ Vielleicht bekommt mein Freund auch seine Gebühr von der Kreisdirection wieder, aber die Kartoffellieferung muß er ans Bein binden.

**Stadtbaurat Lebensleben:** In einem derartigen Falle möchte ich empfehlen, sich an die hiesige Kreisdirection zu wenden. Sie hat ein Rundschreiben an die Gemeindevorsteher des Kreises Riddagshausen-Wehelde gerichtet, in dem von den Zwangsmaßnahmen, die von morgen ab angewandt werden sollen, gesprochen wird, und da heißt es in einem Satze: „Sie wollen ferner diejenigen Kartoffelerzeuger, welche Lieferungsversprechen auf Bezugsschein abgegeben haben, darauf hinweisen, daß sie zur Erfüllung dieses Versprechens auch zivilrechtlich verpflichtet sind und sich Schadenersatzpflichtig machen, wenn sie die Lieferung verweigern.“ Ob allerdings ein Zivilprozeß in allen Fällen am Platze ist, darüber könnte man im Zweifel sein. Bis der Prozeß entschieden ist, könnte man unter Umständen verhungert sein.

**Stadtv. Munte:** Auch mein Freund hat mir gesagt, daß ihm mitgeteilt wäre, er könnte eine Zivilklage gegen den Lieferanten einreichen. Denken Sie sich, er geht nun wirklich zum Rechtsanwalt, dann ist in zwei Wochen der erste Termin, der vielleicht wieder verlegt wird. Es kann Pfingsten werden, ehe es zur Entscheidung kommt, und bis dahin sind die strittigen Kartoffeln vielleicht schon verfaul; bekommen hat er sie aber nicht.

**Stadtv. Dr. Nahlert:** Herr Munte hat recht, wenn er sagt: „Es scheint etwas bei der Kartoffelversorgung nicht zu stimmen.“ Aber wenn wir jetzt bei den hohen Behörden vorstellig werden und die Sache untersucht wird, so dauert das zu lange,

und wir als Bewohner der Stadt kommen zu spät, um noch Winterkartoffeln zu erhalten. Ich möchte deshalb vorschlagen, einen anderen Weg zu beschreiten. Die Bauern müssen die Kartoffeln aus der Erde herausnehmen, sonst würden sie im Winter erfrieren. Sie werden sie also einmieten, und deshalb glaube ich, daß der Magistrat in der Lage wäre, bei den hohen Behörden, der Landeskartoffelstelle, der Kreisdirektion usw., vorstellig zu werden, eine Verfügung an die Ortsgemeinden, die an die Stadt Braunschweig liefern müssen, zu erlassen, wodurch ein Verbot des Einmietens ausgesprochen wird. Dann sind die Bauern gezwungen, die Kartoffeln abzuliefern, und darin liegt die ganze Quintessenz. Wenn der Bauer die Kartoffeln einmietet, kann er sagen: „Ich warte auf bessere Preise“; darf er sie aber nicht einmieten, so ist er zur Lieferung gezwungen. Dann kann die Stadt die Kartoffeln übernehmen, zur Verteilung bringen oder selbst einmieten. Über die weiteren Verfügungen kann man sich später einigen, denn die Kartoffeln laufen nicht weg. Wenn wir sie dann auch einmieten müssen, so haben wir sie wenigstens hier und werden schon dafür sorgen, daß sie nicht aus der Stadt herauskommen. Ich glaube, daß mit diesem Verbote des Einmietens viel erreicht wird.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Der Magistrat ist ja für jeden gut gemeinten Vorschlag dankbar, aber ich muß doch sagen: Diese Maßregel scheint mir nicht die richtige zu sein. Im Gegenteil, wenn die Kartoffeln eingemietet werden, dann sind sie meiner Meinung nach im Falle der Ergreifung von Zwangsmaßnahmen am besten greifbar; man weiß: Dort liegen tausende viel, und die können wir hinnehmen. Von Staats wegen zu sehr in den ganzen wirtschaftlichen Betrieb, in die Produktion der Lebensmittel einzugreifen, wäre ein Fehler; dadurch würde keine Besserung der Lage geschaffen. Wir können nur sagen: „Wir wünschen, daß von der Regierung die nötigen Zwangsmaßnahmen angewandt werden, damit wir unsere Kartoffeln geliefert bekommen“, aber wir wollen uns nicht in den landwirtschaftlichen Betrieb einmischen! Das führt nicht zum Segen.

Der **Vorsitzende** schließt die Besprechung.

## 15. Mitteilung des Magistrats über die Maßnahmen gegen viehlos wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe.

**Stadtrat Wagner:** In der vorigen Sitzung hatte ich Kenntnis davon gegeben, daß dem Antrage, die viehlos wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe zur Anschaffung von Vieh anzuhalten, von der Reichsregierung Folge nicht hätte gegeben werden können, und hatte dabei erwähnt, daß die Herzoglich Braunschweigische Gesandtschaft wiederholt diese Angelegenheit im Bundesrate zur Sprache gebracht habe, daß dieser aber aus mehreren Gründen von Maßnahmen in der ge-



wünschten Richtung Abstand genommen habe. Nun hat die Herzoglich Braunschweigische Gesandtschaft das Ministerium darauf aufmerksam gemacht, daß meine Angabe irrtümlich wäre. Ich möchte deshalb die Mitteilung heute dahin richtigstellen, daß die Sache nicht im Bundesrat von der Braunschweigischen Gesandtschaft zur Sprache gebracht ist, sondern nach dem Berichte der Braunschweigischen Gesandtschaft wiederholt im Reichsamt des Innern und beim Preussischen Landwirtschaftsministerium erörtert ist.

## 16. Maßnahmen zur Bereitstellung von Gespannen für die städtische Kartoffelzufuhr.

Bürgermeister **Meyer**: Meine Herren! Sie haben vorhin gehört, daß wegen der Lieferung der Winterkartoffeln auch Erörterungen gepflogen sind über die Abfuhr der Kartoffeln vom Bahnhofe nach den städtischen Lagerstätten und zu den Abnehmern. Eine Sicherstellung der Gespanne für die Abfuhr müßte eintreten. Es hätte nahe gelegen, die Gespanne des städtischen Marstalls für die Zuführung der Kartoffeln zu benutzen. Es ist aber seinerzeit davon abgesehen, so zu verfahren, weil man die städtischen Gespanne ihren sonstigen Aufgaben nicht entziehen wollte, und hat deshalb ein Abkommen mit privaten Unternehmern getroffen. Dabei ist man ausgegangen von der Annahme, daß die Kartoffeln gleichmäßig eingehten würden, und glaubte, daß man in diesem Falle mit den Gespannen, die von den privaten Unternehmern zur Verfügung gestellt sind, auskommen würde. Es ist aber auch erwogen worden, was geschehen solle, wenn die Kartoffeln nicht gleichmäßig eintreffen würden, was voraussichtlich auch der Fall sein wird. Man hat sich die Sache nun so gedacht, daß, wenn die Kartoffeln zu einem gewissen Zeitpunkte auf den Bahnhöfen sich häufen würden, die städtischen Gespanne mit eintreten sollten, um den Überschuß zu beseitigen. Einige Gespanne stehen der Stadt dauernd zur Verfügung, es kann aber sehr wohl eintreten, daß an einzelnen Tagen die Kartoffeln in so großen Mengen eintreffen, daß die Gespanne, die dann vorhanden sind, nicht zur Bewältigung der Abfuhr ausreichen. Deshalb ist in der Straßenreinigungsdeputation und dem Magistrat erwogen, ob nicht eine größere Zahl von städtischen Gespannen zur Verfügung gehalten werden könnte. Bei Überlegung dieser Verhältnisse: der Notwendigkeit der sofortigen Fortschaffung der Kartoffeln vom Bahnhofe, und des Nachtheiles, der dadurch eintritt, daß bestimmte Aufgaben der Stadt einstweilen zurückgestellt werden, mußte sich der Magistrat zugunsten der schnellen Abfuhr der Kartoffeln entscheiden. Es handelt sich in dem Falle um eine vorübergehende Einstellung der Müllabfuhr für die Hausgrundstücke, sei es, daß die Abfuhr aus ganzen Straßen oder Teilen davon unterbleibt. Wir haben daran gedacht, daß im notwendigen Falle solche Straßen nicht berück-

sichtigt werden sollten, bei denen die Grundstücke im großen und ganzen mit Gärten versehen sind, nämlich die Straßen der Außenstadt und der Wallanlagen. Ich kann noch mitteilen, daß auch in der Statutenkommission die Sache zur Erörterung gekommen ist, und daß diese keine Bedenken trägt, der Vollversammlung der Stadtverordneten zu empfehlen, daß der Magistrat ermächtigt wird, in solchen Notfällen, wo es sich darum handelt, für die Kartoffelabfuhr eine genügende Zahl von Gespannen zur Verfügung zu haben, die Müllabfuhr in einer Anzahl von Straßen außer Übung zu setzen. Ich möchte Sie bitten, dem Magistrat diese Ermächtigung für den Fall zu erteilen, daß die Sache mit den uns sonst zur Verfügung stehenden Gespannen nicht bewältigt werden kann.

**Stadtv. Voetschigt:** Den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters möchte ich hinzufügen, daß auch zu berücksichtigen ist, daß von morgen ab in Braunschweig eine Pferdemonstration stattfindet. Wie ich höre, werden die Anforderungen sehr groß sein, und wir werden eine große Menge Pferde in Braunschweig dadurch verlieren. Ich halte mich um so mehr verpflichtet, das hier vorzubringen, da der Auftrag, den der Magistrat stellt, noch nicht einmal weit genug geht, denn von den jetzt in Braunschweig vorhandenen Pferden werden nachher eine ganze Anzahl nicht mehr zur Verfügung stehen. Man hat sich ja bis jetzt geholfen, aber es fragt sich: Werden die Fuhrwerke auch ausreichend Bespannung haben? Von Herrn Stadtbaurat Gebensleben haben wir gehört, daß die Abfuhr längere Zeit dauern wird, und wenn wir sie auf kürzere Zeit zusammenschieben wollen, müßten wir mehr Fuhrwerke zur Verfügung haben. Es wäre ja auch möglich, Automobile zur Beförderung heranzuziehen, und wir müßten dann darum nachsuchen. Aber mit den Pferden wird es hapern, und deshalb möchte ich dringend bitten, dem Magistrat weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen, damit es möglich ist, von den Maßnahmen, die Herr Bürgermeister Meyer vorgebracht hat, Gebrauch machen zu können. Meines Erachtens geht die Ernährung des Volkes allem anderen Sprengung der Straßen, Müllabfuhr usw. — ganz gewiß vor.

Dem Magistrat wird die gewünschte Ermächtigung erteilt.

## 17. Beteiligung der Stadt bei der Braunschweigischen Landeseinkaufsgesellschaft.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Ich bitte die geehrten Herren, noch eine Sache zur Sprache bringen zu dürfen, die Eile hat. Es handelt sich um den sogenannten Braunschweigischen Landeseinkauf. Die Herren haben jedenfalls aus der Zeitung ersehen, daß schon seit längerer Zeit die Absicht bestand, eine solche Landeseinkaufsstelle als Gesellschaft mit beschränkter Haftung ins Leben zu rufen, die die Aufgabe

hat, Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs zu erwerben, zu lagern und den Abzug der erworbenen Gegenstände vorzunehmen. Es ist dabei ausdrücklich gesagt, daß auf die Bedürfnisse der minderbemittelten Klassen Rücksicht genommen werden soll. Diese G. m. b. H. ist inzwischen ins Leben gerufen, und mit Ermächtigung des verstärkten Finanzausschusses -- den wir mit der Sache befaßt haben, weil sie sehr dringlich gemacht wurde -- hat die Stadt Braunschweig sich bereit erklärt, dieser Gesellschaft, deren Grundkapital 100 000 ./. betragen soll, mit einem Kapital von 15 000 ./. beizutreten; einstweilen wird der Teilbetrag von 25 Prozent eingezahlt. Der Staat hat sich mit 50 000 ./. beteiligt, die Kreis- kommunalverbände je mit 2000--6000 ./. und die 7 Städte Wolfenbüttel, Helmstedt, Schöningen, Blankenburg, Bad Harzburg, Seesen und Holzminden mit Beiträgen von 500--2000 ./. Nun ist bei Ausnahme des notariellen Protokolls ein Bedenken darüber aufgetaucht, ob nicht die Verpflichtung der Stadt Braunschweig nicht nur der Zustimmung des verstärkten Finanzausschusses bedarf, sondern auch der der Stadtverordnetenversammlung als solcher, und zwar deshalb, weil in der Städteordnung gesagt ist, daß der Magistrat, wenn er die Stadt verpflichtende Urkunden ausstellt, auf die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, soweit diese überhaupt zu dem Geschäfte nötig ist, ausdrücklich hinweisen muß. Dazu waren wir nicht in der Lage; wir konnten nur sagen: Wir übernehmen die Verpflichtungen, die durch den Beitritt erwachsen, mit Zustimmung des verstärkten Finanzausschusses. Ich habe Sie deshalb zu ersuchen, nachträglich gutzuheißen, was der Magistrat in dieser Sache mit Zustimmung des verstärkten Finanzausschusses beschlossen hat.

In der ersten Sitzung des Aufsichtsrats, in den man auch mich gewählt hat, ist dann die Frage besprochen, wie es mit der Beschaffung des erforderlichen Kredits gehalten werden solle. Bei einer solchen G. m. b. H., die selbstverständlich umfangreiche Geschäfte machen muß, wenn ihre Bestrebungen Erfolg haben sollen, ist mit 100 000 M nicht viel auszurichten; deshalb ist in Aussicht genommen, daß dieser Gesellschaft bei Herzoglichem Leihhause ohne Hinterlegung der sonst vorgeschriebenen Sicherheit ein Kredit eröffnet werde. Über die Höhe dieses Kredits ist in der Sitzung im Ministerium eingehend verhandelt worden. Zunächst war in Aussicht genommen, sich mit einem Kredit von 1 Million Mark zu begnügen, aber es ist schon jetzt ein derartig umfangreiches Geschäft in Aussicht genommen, daß zu seiner Verwirklichung nahezu 1 Million Mark erforderlich wird. Nachdem lange hin und her überlegt war, ob man überhaupt eine Beschränkung dieses Kredits für angemessen erachten solle, ist man allseitig zu der Überzeugung gekommen, daß das bei Lage der Verhältnisse keine Bedenken haben würde. Es ist in der Tat in diesem Falle, wo es sich um ein Unternehmen des Staates, der Kreis kommunalverwaltungen und der Städte handelt, unbedenklich, den Kredit in

unbeschränkter Höhe zuzugestehen, denn so sehr groß braucht das Betriebskapital — abgesehen von dem Falle, daß Vorräte gelagert werden sollen — nicht zu sein, weil man hofft, das, was man ausgegeben hat, innerhalb nicht allzu langer Zeit wieder hereinzubekommen. Deshalb hat sich der Magistrat auf den Standpunkt gestellt, daß es richtig ist, der Regierung mitzuteilen, daß die städtischen Behörden eine Beschränkung des Kredits nicht für nötig erachten. Immerhin muß aber eine diesbezügliche Erklärung in formeller Weise von Magistrat und Stadtverordneten erfolgen, und ich möchte bitten, zu dieser Erklärung heute Ihre Zustimmung zu erteilen.

Es sind also zwei Punkte, um die es sich handelt: 1. um die nachträgliche *G e n e h m i g u n g* für den Eintritt der Stadt in die Gesellschaft, und 2. um die Zustimmung, daß der Gesellschaft ein *u n b e s c h r ä n k t e r K r e d i t* beim Herzoglichen Leihhause eröffnet wird.

Erwähnen muß ich noch, daß, wenn schließlich bei den Geschäften der Gesellschaft die Einnahmen die Ausgaben nicht decken, also ein Defizit entsteht — was wir hoffentlich nicht erleben werden —, die einzelnen Gesellschafter nach der Höhe ihrer Einlage haften würden, was ja für die Stadt bei ihrer nicht sehr hohen Einlage so schlimm nicht werden könnte. Im übrigen ist eine höhere Dividende als 4 Prozent nach den Satzungen nicht zulässig. Wenn ein Verdienst bei den Geschäften sich ergeben würde, so wird dieser nach Maßgabe der Gesellschaftsanteile verteilt und für gemeinnützige Zwecke verwandt.

**Vorsitzender:** Ich nehme an, daß die Versammlung bereit ist, die Sache bei ihrer Dringlichkeit sofort zu beraten.

Die Versammlung ist mit der sofortigen Behandlung einverstanden. Eine Meldung zum Wort erfolgt nicht, und die Versammlung gibt auf Anfrage des Vorsitzenden ihre *Z u s t i m m u n g* zu den *M a g i s t r a t s a n t r ä g e n*, worauf der Vorsitzende die Sitzung schließt.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7¼ Uhr.



# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 2. November 1916.

### Tagesordnung:

1. Antrag Dieckmann auf Gründung einer städtischen Schweinemästungs- und  
=verwertungs-Kriegsgesellschaft . . . . . Seite 366
  2. Antrag Dieckmann auf Zwangsmaßnahmen zwecks Sammlung der als  
Viehfutter geeigneten Abfälle. . . . . " 396
  3. Antrag Ohlendorf auf Erlass eines Statuts über den 7-Uhr-Adenschluß . . . . . " 396
  4. Antrag Lauer auf Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen  
Maschinenschreiberinnen . . . . . " 398
  5. Gewährung einer Beihilfe an den Braunschweiger Frauenverein für seine  
Abendfortbildungsschule . . . . . " 406
  6. Gewährung einer Beihilfe an die Volkskindergartenstiftung . . . . . " 408
- Außer der Tagesordnung behandelt:
7. Anschaffung einer rechnenden Schreibmaschine . . . . . " 408
  8. Antrag Frede, betreffend wirksamere Maßnahmen für die Versorgung der  
städtischen Einwohnerschaft mit Kartoffeln . . . . . " 409
  9. Anfrage Wesemeier über die Kartoffellieferung (in Verbindung mit 8) . . . . . " 409
  10. Antrag Frede auf Einrichtung von städtischen Mittelstandsküchen . . . . . " 423
  11. Anfrage Wesemeier über Gewährung von vollen Brotkarten an Kinder  
unter 8 Jahren . . . . . " 424
  12. Anfrage Steinbrecher über die Menge schlecht gewordenen städtischen  
Specks . . . . . " 428
  13. Statut über die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden betr. . . . . " 447



4 *M* auf 3 *M* herabzusetzen und 2. beim Herzoglichen Ernährungsamte zu beantragen, daß eine Vermittlungsgebühr für die Beforgung von Winterkartoffeln wegfällt.

Der Magistrat erwidert darauf, daß er Bedenken getragen hat, dem erstgenannten Antrage zu entsprechen, denn abgesehen davon, daß ein Erfolg ganz ausgeschlossen sei, würden die großen Schwierigkeiten bei der Herausjaffung der Winterkartoffeln noch erhöht werden, wenn bekannt werde, daß wir nicht einmal die festgesetzten Preise zu zahlen bereit seien.

Dem zweiten Antrage habe der Magistrat entsprochen, aber von den beiden Kreiskommunalverbänden, die die Stadt Braunschweig zu beliefern haben, die Nachricht erhalten, daß sie nicht bereit seien, auf die Vermittlungsgebühr ganz oder teilweise zu verzichten.

Ein weiteres Rückschreiben des Magistrats betrifft den Antrag des Herrn B e n e d e. Der Magistrat antwortet, daß er zu dem Antrage Stellung genommen habe, und bittet, aus dem beigegeführten Bericht des Tiefbauamtes folgendes zu ersehen:

1. p. Benede hat niemals die Errichtung eines viergeschöfjigen Gebäudes mit Läden auf seinem Grundstücke beantragt; würde er einen entsprechenden Antrag gestellt haben, so würde dieser seinerzeit auch genehmigt worden sein.

2. Gegen die Aufhebung des Platzes hat Benede seinerzeit keinen Einspruch eingelegt, was er vermutlich getan haben würde, wenn er der Ansicht gewesen wäre, daß er durch die Ortsbauplanänderung geschädigt würde.

Der Magistrat kommt daher zu dem Ergebnis, daß Benede keinen rechtlich begründeten Anspruch auf Entschädigung erheben kann. Ihm aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung zuzugestehen, liege gleichfalls bei Lage der Verhältnisse kein Grund vor --- ganz abgesehen davon, daß die Zubilligung einer solchen Entschädigung zu fortwährenden Berufungen Veranlassung geben würde.

Von dieser Stellungnahme ersucht der Magistrat gefälligst Kenntnis nehmen zu wollen.

Soeben erst eingegangen und mir vorgelegt ist ein Schreiben des Herrn Gutsbesizers und Herzoglich Braunschweigischen Amtmanns G i f f h o r n vom 1. November, daß ich hiermit zur Kenntnis bringen will:

„Der Endesunterzeichnete richtet folgende Bitte an wohlflöbliches Stadtverordnetenkollegium:

Die Stadtverordneten mögen beschließen, bei Herzoglichem Staatsministerium dahin vorstellig zu werden, daß nun endlich die Winterkartoffeln an die Bürger Braunschweigs geliefert werden, da es jeden Tag zufrieren kann und alle Welt höchst entrüstet über die Verzögerung ist, zumal die meisten ihre Kartoffeln längst im Keller hätten, wenn sie nicht daran gehindert worden wären. Zugleich



wolle das Stadtverordnetenkollegium dahin vorstellig werden, daß keine Kartoffeln aus dem Herzogtume mehr ausgeführt werden, bevor nicht der Bedarf der Stadt Braunschweig gedeckt ist. Wie mir berichtet wird, sollen dieser Tage von Gardeffen, dicht vor den Toren Braunschweigs, auf Anordnung der Behörden Kartoffeln nach Westfalen geliefert werden."

Es wird Gelegenheit sein, auf dieses Schreiben gelegentlich des Fredejschen Antrages zurückzukommen.

Von Herrn Gewerbeschuldirektor Leigen ist der Stadtverordnetenversammlung die Abschrift seines Abschiedsgesuchs an den Magistrat zur gefälligen Kenntniznahme übermittelt. Es liegt hier zur Einsicht der geehrten Herren aus.

Endlich ist vom Braunschweigischen Bezirksverein des Vereins deutscher Ingenieure eine Einladung eingegangen zur Besichtigung einer in den Tagen vom 9. bis 14. November in der Technischen Hochschule zu veranstaltenden Ausstellung von Kriegserjagstossen. Führung und Vorträge werden die Übersicht erleichtern. Das Königliche Stellvertretende Generalkommando hat die Genehmigung zu der Veranstaltung unter der Bedingung erteilt, daß die Einladungen auf den Namen des Besuchers ausgestellt werden. Der Verein bittet deshalb diejenigen Herren Stadtverordneten, welche Interesse an der Besichtigung der Ausstellung haben, sich in eine beigelegte Liste einzutragen und die Liste zwecks Übersendung der persönlichen Einladung zurückreichen zu lassen. Ich werde die Liste nachher im Saale herumgehen lassen und bitte die Herren, welche die Ausstellung besichtigen wollen, ihre Namen eintragen zu wollen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

## 1. Antrag Dieckmann auf Gründung einer städtischen Schweinemästungs- und -verwertungs-Kriegsgesellschaft.

Stadtv. **Steinbrecher**: Um dem in der Stadt herrschenden Fleisch- und Wurstmangel abzuhelpen, hat Herr Dieckmann den Antrag gestellt, den Magistrat zu veranlassen, eine Schweinemästungs- und -verwertungs-Kriegsgesellschaft zu bilden. Herr Dieckmann geht dabei von der Tatsache aus, daß für die Versorgung der Einwohner unserer Stadt durch den Viehhandelsverband zu wenig Schweine hereinkommen, die Bevölkerung also nicht das erhalten kann, was ihr bei der Kontingentierung zukommen müßte.

Auch die den einzelnen Kommunen zustehenden Vertragsschweine könnten diesem Uebelstande nicht abhelfen, und so ist der Herr Antragsteller der Meinung, daß durch Gründung einer Kriegsgesellschaft zur Mästung und Verwertung von

Schweinen dem Übelstande entgegengetreten werden solle. Er führt weiter in seiner Begründung aus, daß die Landwirte für sich wohl genügend Schweine mästen könnten, aber für die Verbraucher in der Stadt so gut wie gar nichts, weil sie zu viel Kernmaistfutter abgeben müssen.

Herr Diekmann erkennt an, daß der schwierigste Punkt die Beschaffung von genügenden Futtermitteln sein wird, und verlangt deshalb, daß die Stadt sich der Sache annehme und der Magistrat sich bei der Verwertungskriegsgeellschaft mit einem Drittel der Anteile beteiligen und die Leitung übernehmen solle. Es soll kein Privatunternehmen geschaffen werden, um Geschäfte dabei zu machen. Nicht zu verkennen sei, daß der schwierigste Punkt die Beschaffung von genügend Futtermitteln ist, aber die werde sich die Stadt zu verschaffen wissen, und die Regierung werde die Stadt gern unterstützen, denn sie habe das größte Interesse daran, daß mehr Fett und Fleisch geschaffen wird. Das Kriegszernährungsamt stehe dieser Maßnahme der Selbstversorger sympathisch gegenüber, das beweise, daß in Göttingen, Gifhorn und anderen Städten gleichfalls derartige Schweinemästungsgeellschaften gegründet worden seien, die auch Erlaubnis von den zuständigen Stellen erhalten haben.

Herr Diekmann schildert dann, wie er sich die Verwertung und Verteilung des gewonnenen Fleisches an die einzelnen Genossen der Gesellschaft denkt. Nicht jeder Genosse soll seine Schweine selbst schlachten und die Vorräte davon aufbewahren dürfen, sondern die Schlachtungen sollten in einer für diesen Zweck gemieteten Wurstfabrik stattfinden, und sofort schon nach der ersten Schlachtung sollen sämtliche Genossen das Recht haben, pro Kopf der Haushaltung ein bestimmtes Quantum Fleisch, Fett oder Wurst zu beanspruchen, bei der nächsten wieder, und weiter so lange, bis die jedem zustehende Menge verbraucht ist. Der Genosse kann dann wieder neue Anteile nehmen, aber nur im Rahmen der ihm zugestandenen Ration von  $\frac{1}{2}$  bzw. 1 Pfund pro Kopf und Woche, je nachdem er auf seine Fleischkarte zur Hälfte oder ganz verzichtet. Beträgt die Pfundzahl der erzeugten Fabrikate mehr, als das Kontingent, oder mit anderen Worten, sind die Schweine schwerer, so daß ein Teil des Mehrgewichts abgegeben werden muß, weil die Familie aus weniger als vier Personen besteht, so wird der überschüssige Teil an die Kommune abgegeben. Herr Diekmann schließt hieraus, daß die Gesellschaft nicht nur für ihre Genossen, sondern auch für die Allgemeinheit sorgt. Daß eine gemeinschaftliche Verwertung der Mastschweine vorgeschlagen werde, sei wohl begründet. Bei der Aufbewahrung der Erzeugnisse des dem Genossen zustehenden ganzen Quantum durch ihn selber würde ein erheblicher Teil Ware verlorengehen, und zwar teils dadurch, daß sehr vielen Genossen geeignete Räume für die Aufbewahrung fehlen und deshalb die Ware leidet, ja vielleicht verdirbt, in der Hauptsache aber, weil man mit einem Gewichtsverlust von 25--30 Prozent rechnen

muß. Dieser werde dadurch vermieden, daß die Ware sofort von allen Genossen verzehrt werde. Wenn nun auch bei der Fabrikation mit einem Verlust von 10 bis 15 Prozent gerechnet werden muß, so würden doch immerhin bestimmt 10 Prozent gespart werden, und das sei bei der Menge der hergestellten Waren nicht unbeträchtlich.

Nun zur Platzfrage. So gelegen, wie es die Schlachthausstallungen für die städtischen Mästungen sind, würden wir wohl keine Stallungen zur Mästung von Genossenschaftsschweinen bekommen können. Göttingen mäste ja aber auch nicht in seinen Mauern, sondern in Elze, und zwar in den Stallungen des Molkereibesitzers Wiegmann. Auch in der Nähe von Braunschweig gebe es leerstehende Stallungen von einigen Molkereien. Herr Raymann z. B., mit dem sich der Herr Antragsteller über diese Angelegenheit unterhalten habe, würde event. die Stallungen seiner Molkerei in Eilenstedt an der Strecke Jerzheim-Halberstadt und in Schöppenstedt der Gesellschaft vermieten. Auch Frau Raymann in Watenstedt, eine Schwägerin des genannten Herrn Raymann, habe Stallungen für 400 Schweine leerstehen und würde diese gleichfalls der Gesellschaft gern zur Verfügung stellen. Die Unterbringung würde also nach Ansicht des Herrn Diedmann keine Schwierigkeiten bereiten, und dasselbe glaubt Herr Diedmann auch von der Finanzierung des Unternehmens. Es würden sich jedenfalls mehr Zeichner melden, als die Gesellschaft aufzunehmen in der Lage ist. Stade, Bückeburg und Oldenburg hätten gleichfalls die Göttinger Idee schon verwirklicht. So verspricht sich Herr Diedmann von einer solchen Kriegsgesellschaft für Braunschweig einen großen Erfolg in der Hinsicht, daß die Bevölkerung der Stadt besser mit Fleisch und Wurstwaren versorgt werden kann.

Die Statutenkommission hat die Sache eingehend beraten. Wir sind dabei im Einvernehmen mit dem Magistrat zu der Überzeugung gekommen, daß die Gründung einer solchen Gesellschaft abzulehnen sei, und zwar aus folgendem Grunde: Wenn diese Schweinemästungs- und -verwertungs-Kriegsgesellschaft gegründet wird, so sind die besser situierten Einwohner der Stadt Braunschweig in der Lage, sich durch Einzahlung eines bestimmten Anteiles regelmäßig mit Fleisch und Wurst zum Schaden der nicht begüterten Bevölkerungskreise zu versorgen, und das würden wir als eine Ungerechtigkeit empfinden, denn es soll in dieser schweren Zeit jeder das gleiche bekommen.

Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Stadt selbst eine eigene und gut eingerichtete Schweinemästerei besitzt, die schon jetzt in dem bestehenden Umfange viel Kopfzerbrechen betreffs der Beschaffung der Futtermittel erfordert. Diese Schweinemästerei der Stadt würde noch weiter auszubauen sein, so daß sich die Schwierigkeiten der Futterbeschaffung noch erheblich vermehren. Käme dann aber noch dieses neue Unternehmen, an dem sich die Stadt

auch beteiligen soll, hinzu, so würden in bezug auf die Beschaffung des nötigen Futters Kalamitäten entstehen, die nicht zu überwinden wären.

Ferner kommt in Frage, daß der Magistrat, wenn er zu einem Drittel beteiligt sein und die Leitung der Gesellschaft übernehmen soll, gewissermaßen die Verantwortung für das Gedeihen der Sache trägt, und diese Verantwortung ist bei der ganzen Art und Weise, wie die Sache angelegt werden soll, keine geringe. Zunächst müßten die Schweine, wie auch Herr Diekmann zugibt, außerhalb der Stadt gehalten werden, und dann werden die Ställe wahrscheinlich nicht so beaufsichtigt sein, daß die Haltung und Pflege der Tiere und die Reinhaltung der Ställe ohne Mängel ist, wie dieses auf dem städtischen Schlachthofe von sachverständiger Seite möglich sei. Es würden z. B. durch Seuchen Werte zugrunde gehen können, die auf andere Weise der Bevölkerung erhalten werden könnten.

Nun weist Herr Diekmann auf Göttingen und andere Städte hin, die diese Sache eingerichtet hätten. Dabei ist aber zu bedenken, daß Göttingen nicht eine eigene Schweinemästerei besitzt, wie sie in Braunschweig besteht, sonst wäre es wahrscheinlich zweifelhaft, ob diese Stadt die Genossenschaft errichtet hätte.

Was sodann noch große Schwierigkeiten zu bereiten scheint, ist die von Herrn Diekmann dargestellte Verteilung des Fleisches und seine Verrechnung auf die einzelnen Personen und Familien. Seinen Aufklärungen in der Statutenkommission nach hält Herr Diekmann diese Schwierigkeit nicht für so bedeutend, aber die Statutenkommission konnte sich dem nicht anschließen.

Es kommt weiter die Frage hinzu, ob rechtlich diese ganze Schweineverwertungs-Kriegsgesellschaft zulässig ist. Herr Diekmann schreibt allerdings, daß das Kriegsernährungsamt ein derartiges Vorgehen, bei dem die Genossen dieser Kriegsgesellschaft weiter nichts zu tun haben, als hundert Mark oder sonst einen Geldbetrag einzuzahlen und sich im übrigen um die Mästung selbst nicht kümmern, dafür aber mehr Fleisch bekommen sollen als die übrige Bevölkerung, unter dieselben Bedingungen setzen will, wie die sogenannten Selbstversorger durch Hauschlachtungen.

Aus all den vorggeführten Gründen sind wir nicht in der Lage, von der Statutenkommission aus den Antrag Diekmann zu empfehlen, und ich habe im Namen der Statutenkommission zu bitten, den Antrag abzulehnen.

**Stadtv. Diekmann:** Ich bitte Sie, entgegen diesem Vorschlage meinem Antrage wohlwollend näherzutreten und ihm zuzustimmen. Der Einwand — um gleich das letzte vorwegzunehmen —, daß in Göttingen die Sache doch anders liege als in Braunschweig, hinkt ganz bedenklich. Die Stadt Göttingen hat bei der eingerichteten Mastanstalt jetzt ungefähr 100 Beteiligte, und die Genossen halten 500

bis 600 Schweine. Wenn Sie die Einwohnerzahl Göttingens mit der von Braunschweig vergleichen, so werden Sie mir recht geben, daß die Leistung der hier geschaffenen Mastanstalt — ich will deren Vorzüge gewiß nicht abzuschwächen suchen — bei weitem nicht genügt, um das zu erreichen, was wir alle wünschen.

Es wurde auch darauf hingewiesen, daß es vom rechtlichen Standpunkte aus nicht zulässig sei, so vorzugehen, wie in meinem Antrage vorgeschlagen. Ich glaube aber behaupten zu können, daß derartige Mästereien in Braunschweig schon zu vielen Hunderten bestehen. Es gibt in Braunschweig Rechtsanwälte, die in ähnlicher Weise sich Schweine mästen. Diese Herren haben einen besonderen Vertrag abgeschlossen, auf Grund dessen sie sich berechtigt glauben, in dieser Weise vorzugehen und sich Fett und Fleisch zu verschaffen. Ich glaube bestimmt, wenn seitens der Stadt ein derartiges Institut, wie ich es mit meinem Antrage ins Leben zu rufen bezwecke, schon früher geschaffen wäre, so hätten viele jener Herren Abstand davon genommen, sich selbst zu helfen, und es wären viele Schweine am Leben geblieben, die infolge ihrer elenden Unterkunft, mangelhaften Fütterung und falschen Behandlung zugrunde gegangen sind. Ich erinnere in dieser Hinsicht an die Bekanntmachung des Hannoverischen Viehhandelsverbandes und ferner an die unseres Magistrats, in welchen angeboten wird, die Schweine zurückzukaufen, welche die Mäster nicht durchzufüttern in der Lage sind.

Im übrigen habe ich meinen Antrag ja in meiner Eingabe bereits eingehend begründet. Göttingen und Gifhorn haben bereits mit Erlaubnis des Kriegsernährungsamts derartige Kriegsgenossenschaften gebildet, und die Städte Stade, Bückeburg und Oldenburg sind seit vierzehn Tagen dabei, ebenfalls solche Gesellschaften ins Leben zu rufen, vielleicht sind sie jetzt schon zustande gebracht. Es ist mir unverständlich, weshalb das dann in Braunschweig nicht gehen soll.

Der Haupteinwand gegen die Errichtung einer solchen Gesellschaft ist der, daß die Beschaffung von Futter so schwierig sei, wir hätten kaum genug für die auf dem Schlachthause befindlichen Schweine. Wenn aber Göttingen für 600—700 Schweine Futter beschafft, so müßte das bei der erheblich größeren Einwohnerzahl von Braunschweig doch auch möglich sein. Ich wäre ja nicht erpicht darauf, daß die Stadt sich an diesem Unternehmen beteiligt, aber wir können dabei die Stadt nicht entbehren, weil wir Futter für die Schweine haben müssen, und die Beschaffung von solchem ist der Stadt immer noch leichter als dem einzelnen Privatmann. Die Regierung wird ein solches Unternehmen unterstützen, denn sie hat Interesse daran, daß Fleisch und Fett geschaffen wird.

Ein solcher Vorschlag, wie ich ihn mit meinem Antrage gemacht habe, wäre mir während des Friedens im Traume nicht eingefallen, und auch dann nicht, wenn Aussicht bestände, daß wir gleich nach Friedensschluß wieder Gelegenheit hätten, in Hülle und Fülle Schweine zur Verfügung zu haben. Das ist aber durch-

auss nicht der Fall, und da die Landwirte nun leider nicht in der Lage sind, an die Verbraucher in den Städten so viel Schweine abzugeben, wie diese unbedingt haben müssen — sie können nur noch für sich Mastschweine hinsetzen —, so sind wir auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen. Der von mir gewiesene Weg scheint mir praktisch und durchführbar.

Der Einwendung, daß der Verteilung des Fertigfabrikats Schwierigkeiten entgegenständen, kann ich nicht beistimmen, denn diese Verteilung wird furchtbar einfach sein. Das erzeugte Fleisch und die Fleischwaren werden sich ebenso verteilen lassen, wie es nach den Fleisch- und Kartoffelkarten hier in der Stadt auch ermöglicht wird. Ein Hauptgrund, daß die Möglichkeit gegeben werden möge, mehr Wurst, Fleisch, Speck und Schmalz zu beschaffen, ist auch der, die Leute von der Straße zu bringen. Sie haben diesen Zustand selber schon mehrfach gerügt und gewünscht, es möchten Mittel und Wege geschaffen werden, um diesen Übelstand zu verhindern. Das Nummernsystem trägt ja mit dazu bei, aber die jetzt zur Schlachtung gelangenden Schweine reichen bei weitem nicht aus, auch einmal einer anderen Gruppe der Einwohnerschaft Braunschweigs, die bisher stiefmütterlich bedacht gewesen ist, — das sind die besser situierten Bürger, ich muß das offen aussprechen — eine Hilfe angedeihen zu lassen. Bis jetzt sind immer nur Einrichtungen geschaffen, durch die es den Minderbemittelten möglich gemacht ist, sich Fleisch und Fleischwaren zu beschaffen. Die übrigen, die sich scheuen, sich den Anpöbelungen, die wir hier gewohnt sind, auszuweichen, müssen Abstand davon nehmen, sich solche zu beschaffen. (Zuruf: Lächerlich! Von hinten herum!) Ihre Einwendungen können mich keines Besseren belehren. Dieses Stehen auf der Straße würde zum Teil wegfallen. Es soll mit der von mir empfohlenen Einrichtung nicht bezüglich des Fleischbezuges ein Vorzug für die Bessersituierten allein geschaffen werden, ich will ihnen nur geben, was der Minderbemittelte schon seit langer Zeit genießt.

Stadtv. **Bues:** Mich veranlaßt, für diesen Antrag Diedmann Stellung zu nehmen, daß Herr Steinbrecher als Hauptgrund seiner ganzen Ausführungen anführte: Wir wollen dem Bessersituierten nichts Besonderes gewähren. Bisher ist dem Mittelstande, dem kleinen Beamten und dem kleinen Geschäftsmann, absolut nichts gewährt worden von solchen Sachen, die dem minderbemittelten Arbeiter gewährt wurden. Das ist eine feststehende Tatsache, die nicht aus der Welt zu leugnen ist. Heute steht noch die Kartoffelversorgung auf der Tagesordnung. Der minderbemittelte Arbeiter wird versorgt durch die Volkstüchen, er wird auch die volle Kartoffelkarte bekommen haben und hat außerdem möglichst noch seinen Schrebergarten. So bekommt er auf drei Seiten Kartoffeln herein. Nun fragen Sie aber einmal den Geschäftsmann, ob er in irgend einer Weise Kartoffeln be-

kommen kann. (Zuruf Wesemeier: Das kann er doch auch machen!) Genau so ist es mit Wurst, Fleisch und Fettwaren. Das Aufmucken, was Herr Wesemeier meinte, das gehört wohl anderen Gesellschaftskreisen zu, im allgemeinen macht man das nicht.

**Vorsigender:** Ich glaube, Herr Bues, Sie haben Herrn Wesemeier falsch verstanden. Herr Wesemeier rief: Er kann das ja auch machen!

**Stadtv. Bues** (fortfahrend): Dann habe ich nicht recht verstanden. Ich habe eine Frau eines großen Druckereibesizers in Braunschweig gesehen, die sich auf dem Rosenhagen mit vor den Fleischerladen gestellt hatte und in einer Weise angepöbelt wurde, wie es tatsächlich nicht mehr schön ist. Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß so etwas hundertmal vorgekommen ist. Selbstverständlicherweise können die Herren, die hier sitzen, nichts dafür, aber sie können den Stein des Anstoßes auch nicht aus dem Wege räumen, und wenn eine Schweinemästungsgesellschaft gegründet werden soll und damit den Anpöbelungen aus dem Wege gegangen werden kann, so bin ich unbedingt für den Antrag Diekmann.

**Stadtrat Wagner:** Daß das Kriegsernährungsamt der Stadt Göttingen und verschiedenen anderen Städten Erlaubnis erteilt hätte, in der von Herrn Diekmann gewünschten Weise vorzugehen, ist nicht richtig. Das preußische Landesfleischamt hat der Stadt Göttingen ganz ausnahmsweise die Genehmigung erteilt mit folgenden sehr wesentlichen Einschränkungen, die bisher nicht erwähnt worden sind: Die Stadt Göttingen muß sich verpflichten, keinerlei Futtermittel aus dem Kreise Gronau, wo diese Mästerei liegt, in Anspruch zu nehmen, und ebenso die dem Kreise Göttingen zustehenden Futtermittel nicht für die Mastanstalt zu verwenden. Göttingen ist vielmehr darauf angewiesen, aus den von den Gesellschaftern gelieferten Speiseabfällen, selbsterzeugtem Heumehl und Tierkörpern hergestelltes Futter zu verwenden; weiter hat die Stadt nichts zur Verfügung.

Nun war es die Meinung des Herrn Diekmann, daß das Kriegsernährungsamt einer derartigen Einrichtung durchaus sympathisch gegenüberstehe. Ich glaube aber aus den amtlichen Verlautbarungen des Kriegsernährungsamts, die ich auch in der Kommissionsitzung schon vorgelesen habe, das Gegenteil folgern zu dürfen. Eine Mitteilung aus dem Kriegsernährungsamte besagt: „Nach § 9 der Verordnung über die Regelung der Fleischversorgung ist es zulässig, auch mehrere Personen, die gemeinsam ein Schwein halten und mästen, als Selbstversorger anzusehen und die ihnen dadurch zukommende Bevorzugung zu gewähren. Dabei ist an Fälle gedacht worden, in denen mehrere Familien auf denselben oder benachbarten Grundstücken wohnen und in einem gemeinsamen Stalle ein Schwein halten. Immer aber ist hierbei eine persönliche Betätigung des oder der Eigen-

tümer des Schweines bzw. ihrer Angehörigen an dem Schlachtvieh vorausgesetzt; eine finanzielle Betätigung an der Mästung allein genügt nicht. Wer also sein Schwein in eine sogenannte Viehpension gibt und dort mästen läßt, gilt nicht als Selbstversorger, selbst wenn er die Abfälle seines Haushalts dorthin abliefern. Er muß das Tier in unmittelbarem Verwahrsam haben, sonst hält er es nicht selbst. Diese Bestimmung entspricht durchaus den schon jetzt geltenden Vorschriften.“ In einer weiteren Nummer ist ausgeführt:

„In § 9 wird gesagt, daß Hauschlachtungen auch gestattet werden sollen, wenn mehrere Besitzer ein Tier gemeinsam für den eigenen Verbrauch im gemeinsamen Haushalt (Stalle) gemästet haben. Tun sich also eine Anzahl städtische Familien zusammen, um mit Hilfe ihrer Haushaltsabfälle ein oder mehrere Schweine zu mästen, so genießen sie mit Recht die Vorteile des Selbstversorgers. Dem Sinne der ganzen Verordnung würde es dagegen völlig widersprechen, wollte man, wie das manche fordern, als Mäster und Selbstversorger auch solche Personen anerkennen, die selbst weder einen Stall haben, noch in der Lage sind, zu mästen, aber wohlhabend genug, um dem wirklichen Mäster so viel Geld zu zahlen oder Futter für ihn zu kaufen, daß er eines seiner Schweine, statt es der Allgemeinheit zuzuführen, dem „Pensionschweinebesitzer“ überweist. Würde der Vorteil, der dem Selbsterzeuger als Lohn seiner Mühen zugedacht wird, diesem „Pensionschweinebesitzer“ auch zufallen, so würde der Fall eintreten, daß eine große Zahl von Schweinen durch Verträge aller Art einzelnen gesichert würden, während die große Masse der Verbraucher, insbesondere die Minderbemittelten, leer ausgingen und womöglich gar der Heeresbedarf gefährdet würde.“

Das ist der Standpunkt des Kriegsernährungsamts, und wir haben, übereinstimmend mit der Statutenkommission, diesen Standpunkt des Kriegsernährungsamts für zutreffend gehalten. Man muß in dieser schweren Zeit unbedingt darauf halten, daß eine Bevorzugung in der Ernährung ausnahmsweise nur derjenige bekommt, der wirklich durch seine eigene Mühe, durch eine unter Umständen lästige Arbeit, vor allen Dingen aber durch eine Tätigkeit, die eine gewisse Gefahr des Verlustes mit sich bringt, wie es bei der Schweinemästerei der Fall ist, sich diese Bevorzugung verdient hat. Wer nichts weiter tut, als daß er eine Summe Geld hinzahlt und vielleicht seine Haushaltsabfälle, die bisher kleine Leute weggeholt haben, um damit ihr Schwein in der Stadt selbst zu mästen, der städtischen Mästerei nach auswärts hingibt, der hat nicht so viel Verdienst erworben, daß er als Lohn eine bessere Berücksichtigung in der Ernährung bekommen muß. Schon aus diesem Grunde schien uns die Einrichtung der Genossenschaftsmästung mit dem Sinn und Zweck der Verfügung des Bundesrats und des Kriegsernährungsamts durchaus im Widerspruch zu stehen.



Nun die Futterfrage. Wenn wir unter denselben Ausnahmegestimmungen wie Göttingen das Futter bekommen würden, dann würde es meines Erachtens gar nicht möglich sein, diese auswärtige Schweinemästerei zu betreiben, ohne zugleich die einzelnen kleinen Mästungen, die in der Stadt Braunschweig von kleinen Leuten vorgenommen werden, empfindlich zu beeinträchtigen. Was würde uns denn zur Verfügung stehen? Wir dürfen weder das Futter, das in dem Landkreise, wo wir unsere Mästerei einrichten, gewonnen ist, benutzen, noch dürfen wir dasjenige Mastfutter verwenden, das uns von der Regierung zugeteilt wird, noch auch dasjenige, was wir von der Landwirtschaftskammer zum Mästen der Vertragsschweine erhalten. Demnach bliebe nichts übrig als etwa verwertbare Kadaver, die auf Tiermehl umgearbeitet werden müssen, und gedörrte Haushaltsabfälle. Diese aber werden in weitem Umfange schon benutzt, und seitdem das Straßenreinigungsinstitut die Einrichtung getroffen hat, daß sie ihren Abfuhrwagen besondere Sammelgefäße für Haushaltsabfälle beigibt, um die letzteren unvermischt mit dem übrigen Hausmüll abzufahren und so noch mehr Schweinefuttermittel zu gewinnen, werden auch diese Abfälle in vermehrtem Maße benutzt werden. Auch dieses Futter müßten wir für die Genossenschaftsmästereien lockern machen, um die Glücklichen, die einen Anteil gezeichnet haben, mit mehr Fett und Fleisch bedenken zu können. Ich meine, es würde sozial nicht richtig gehandelt sein, wenn man auf diese Weise dem einen etwas nähme, um es dem andern zu geben.

Wenn die beiden Herren Vorredner gesagt haben, daß sämtliche Einrichtungen in Braunschweig so getroffen wären, daß nur die Minderbemittelten einen Vorteil davon hätten, so muß ich das entschieden bestreiten. Unsere Einrichtungen sind so getroffen, daß jeder gleichmäßig an die Reihe kommen kann. Sehen Sie sich die Butterverteilung an; es kommt jeder mit demselben Quantum in gewissen Zeitabschnitten an die Reihe, mag er arm oder reich sein, vorausgesetzt, daß er das nötige Geld dafür aufbringen kann. Dieselbe Sache ist es mit Margarine, mit Eiern und Fleisch. Wir haben früher Fleischzuschläge für Schwerarbeiter gehabt, und ich würde froh sein, wenn wir sie wieder schaffen könnten. Es ist uns das aber leider vom Minister abgeschlagen, weil man sagt, daß es nicht zu ermöglichen wäre, in ganz Deutschland die 200-Gramm-Ration zu schaffen — wir sind so glücklich, sie zu haben. Der Präsident des Kriegsernährungsamts hat erklärt, daß er es nicht verantworten könne, daß einzelne Gemeinden Extrazugewendungen an Fleisch erhalten, um den Arbeitern Zuschläge zu gewähren, solange nicht diese genannte Summe für ganz Deutschland erreicht sei. Also auch die am schwersten arbeitenden Leute haben nicht einmal mehr Fleisch zu beanspruchen, wie jeder andere, der am ganzen Tage nichts zu tun hat. Deshalb kann ich nicht anerkennen, daß die Ein-

richtungen, die die Stadt getroffen hat, nur zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung geschaffen sind.

Der Verkauf aus den Stadtschlachtungen, von denen Herr Bues gesprochen hat, lockt natürlich infolge des großen Mangels an Schweinefleisch und Wurst und auch infolge der großen Güte der dort erzeugten Ware viele Leute an, und so haben sich nicht nur Leute aus minderbemittelten Kreisen, sondern auch aus den bemittelten Kreisen um eine Dauerkarte für den städtischen Verkauf beworben. Ich gebe zu, und ich habe es auch schon gehört, daß eine Dame, die sich besonders elegant anzieht — was bei solchen Gelegenheiten nicht richtig ist —, einmal angepöbelt wird. Das läßt sich nicht vermeiden. Es sind menschliche Unvollkommenheiten, über die wir nicht hinwegkommen können; wenn nicht ein Polizeibeamter anwesend ist, an den man sich wenden kann, muß man das in Kauf nehmen. Ich glaube aber auch, die meisten Leute aus den Kreisen, die nicht wünschen, sich derartigen Unannehmlichkeiten auszusetzen, werden ihre Dienstboten zu dem Verkaufe schicken und auch so das ihrige bei den Stadtschlachtungen erhalten. Ich kann also nicht anerkennen, daß auf diese Weise für die bemittelten Kreise eine Sonderstellung geschaffen werden muß, weil sie bei anderen Gelegenheiten zu schlecht wegkommen.

Die Regierung soll nach Ansicht des Herrn Diedmann Interesse daran haben, daß mehr Fleisch und Fett geschaffen wird. Ja, dieses gewisse indirekte Interesse haben wir auch, und deshalb hat der Magistrat sich in der Sitzung der Statutenkommission auch durchaus bereit erklärt, dem Wunsche der Kommission zu entsprechen, nämlich unsere eigene Schweinemästerei, soweit uns die nötigen Futtermittel dafür zur Verfügung stehen, weiter auszubauen. Das wollen wir gern tun, denn wir haben dafür eigene tadellos und höchst modern eingerichtete Räume unter Aufsicht von soundso viel erfahrenen Tierärzten, unter Aufsicht eines gewissenhaften Schweinemeisters. Dazu haben wir diese Einrichtung selbst unter Aufsicht, und so ist die Gefahr, die bei einer Schweinemästung immer vorhanden ist, geringer, als wenn wir sie einem Unternehmer auswärts anvertrauen. Mit einem solchen weiteren Ausbau unserer eigenen Schweinemästung leisten wir dem Wunsche, den die Regierung und wir selbst haben, mehr Fleisch und Fett zu schaffen, durchaus Folge, aber nicht nur für einzelne, die Inhaber eines Aktienunternehmens sind, sondern für die Allgemeinheit, und das ist, glaube ich, das Richtige. (Sehr richtig!)

**Stadtv. Roeschigt:** Nach den Ausführungen des Herrn Stadtrat Wagner nimmt der Magistrat einen ablehnenden Standpunkt ein, und dem muß man sich ja nun einmal fügen. Ich möchte hier nur noch eins klarstellen, was Herr Stadtrat Wagner über das Risiko gesagt hat, das die Stadt mit Einrichtung einer solchen

Genossenschaft übernehme. Das Risiko bei einer solchen Genossenschaft, wie sie Herr Diekmann vorgeschlagen hat, trifft doch selbstverständlich die Genossen. Wenn ein Verlust entsteht, muß ihn die Genossenschaft tragen, und was die Gefahr angeht, die durch eine Mästung außerhalb oder innerhalb des Schlachthofes entsteht, so ist doch die am Schlachthofe bedeutend größer. Ich glaube, das hat der Magistrat doch selbst erfahren. Selbst wenn er die schönsten und propresten Räume für die Mästung hat, so ist doch ein Ort, wo Hunderte von fremden Schweinen zusammentreffen wie auf dem Schlachthofe, der Ansteckungsgefahr mehr ausgesetzt als ein auswärts der Stadt gewählter Ort. Dem wird doch keiner widersprechen!

Stadtv. **Stegmann:** Meine Herren, ich glaube die seitens des Herrn Referenten der Statutenkommission vorgetragenen Gründe sind denn doch so einleuchtend, daß wir den Antrag der Statutenkommission annehmen und auf dem Standpunkte stehen müssen: es hat keinen Zweck, eine derartige Einrichtung zu treffen, wie sie in dem Antrage Diekmann empfohlen wird. Auch ich glaube nicht, daß damit das erwünschte Resultat erzielt würde.

Nun hat aber Herr Diekmann es für nötig befunden, einen Grund besonders zu bekämpfen, der gegen die Einrichtung vorgebracht ist, nämlich, daß die besitzenden Kreise dadurch bevorzugt würden, und er benutzt die Gelegenheit, das Gegenteil zu behaupten, nämlich, daß die besser situierten Kreise durch die Maßnahmen der Stadt nicht berücksichtigt würden. Herr Stadtrat Wagner hat diese Ansicht schon zurückgewiesen. Ich muß dazu sagen: Ich finde es unerhört, eine derartige Behauptung während dieser Kriegszeit aufzustellen. Auch Herr Bues hat in dieselbe Kerbe, er meint, die Arbeiter würden dreimal versorgt: durch die städtischen Küchen, durch Kartoffelkarten und durch ihre Schrebergärten. Sehen Sie sich doch die Verhältnisse der Arbeiter an; sie sind leider nicht in der Lage, Fleisch und Eier anschaffen zu können, nicht einmal das Nötigste. Die müssen ausschließlich von Kartoffeln, Rüben und dergleichen leben, und selbstverständlich müssen sie dann an Quantum mehr haben. Wenn jene Herren das nicht verstehen und begreifen, so bedaure ich das sehr. Die Besitzenden dagegen sind bevorzugt, es ist ihnen immerhin noch möglich, nahrhafte Sachen, wenn auch zu teuren Preisen, zu erwerben, während die Ärmsten an Unterernährung leiden. Wir werden auch noch später, wenn der Krieg zu Ende ist, sehen müssen, daß die Folgen davon sich bei der jüngeren Generation bemerkbar machen.

Was das Warten auf der Straße betrifft, so gebe ich zu, daß es keine angenehme Sache ist, die Fleischpolonäse auf der Straße mitzumachen, und gewiß gibt es auch viele Leute, die dabei nicht den nötigen Anstand bewahren. Ich gebe auch zu, daß viele aus dem sogenannten Mittelstande ebenso Not leiden wie die Arbeiter. Wenn aber immer gesagt wird, die Besitzenden sind schlechter gestellt,

so behaupte ich andererseits, daß das nicht der Fall ist. Wie liegen denn die Dinge? Tatsächlich ist es doch so, daß von vielen der Besitzenden übermäßig eingehamstert ist, namentlich im vorigen Winter und im Frühjahr. Das ist in einer Weise geschehen, wie man nicht glauben sollte, und fortgesetzt sind darüber in der Presse die lebhaftesten Beschwerden erhoben worden. Als vor einigen Monaten die Bestandsaufnahme vorgenommen wurde, die ja wohl von den Lehrern und höheren Schülern ausgeführt ist, sind die Zähler zum Teil erstaunt gewesen, welche Quantitäten Fleischwaren noch vorhanden waren, und jedenfalls könnte der Magistrat angeben, welche kolossalen Vorräte bei den Besitzenden vorhanden waren. Ob dabei nicht noch manches versteckt worden ist, ist noch eine zweite Frage. Außerdem gibt es doch für die Bessersituierten noch mancherlei Gelegenheiten, daß sie ihr Fleisch bekommen, und zwar besseres als die Minderbesitzenden. Gehen Sie einmal zu den städtischen Verkäufen, Sie werden nicht sehen, daß jemals eine Dame der besseren Kreise auf der Straße steht, merkwürdigerweise auch kein Dienstmädchen. Es wird ihnen schon genug ins Haus gebracht von den Lehrlingen und Gesellen der Geschäftsleute und ihnen dabei noch das beste Stück herausgesucht. In der vorigen Woche ist eine mir bekannte Dame bei einem großen Schlachter in der Wendenstraße zufällig ins Hinterzimmer gekommen, wo auf zwei großen Tischen etwa 50 mit Adressen versehene Teile der schönsten Fleischstücke zum Forttragen bereitlagen, und Schmalz und Speck dazu. Sie hat die Zettel nicht gelesen, nur konnte sie sehen, daß ein Oberamtsrichter mit bezeichnet war. So wird es gemacht! Die minderwertigen Sachen werden im Laden verkauft, und wenn dann nichts mehr vorhanden ist, dann werden die Leute einfach wieder weggeschickt. Dabei müssen die nicht Bevorzugten dennoch die horrenden Preise bezahlen. Außerdem haben die Bessersituierten noch andere Gelegenheit, sich Fett zu beschaffen, ferner Wild und die teuren Fische. Gehen Sie doch einmal nach Köber und sehen Sie, was da gekauft und in die Häuser geschickt wird. Und schließlich ist den Angehörigen dieser Kreise noch möglich, in ein besseres Restaurant zu gehen und zu speisen. Es ist also für die Bemittelten immer noch Gelegenheit da, besser zu speisen als die Arbeiter. Man sollte doch nicht mit Behauptungen kommen, die den Tatsachen ins Gesicht schlagen.

Herr Diekmann glaubt, mit seinem Antrage die Lebensmittelversorgung der Stadt retten zu können. Nach den Erfahrungen, die die Stadt Braunschweig mit Herrn Diekmann beim Einkauf der Lebensmittel gemacht hat, ist das ein starkes Stück, besonders wenn man das Neueste hört, daß bei Herrn Diekmann 38 Zentner Speck und Karbonade verdorben sein sollen, bei demselben Herrn, — der Braunschweig von der Fleisch- und Fettnot retten will. Der Herr sollte wirklich den Mund nicht allzu voll nehmen! Nicht nur ich allein, sondern auch das Ernährungsamt, dessen Mitglied Herr Diekmann immer noch ist, ist der Meinung, daß Herr

Diekmann nicht mehr da hineingehört. Das möchte ich dem Herrn sagen: Wenn er so auftreten will, dann möge er erst einmal vor seiner eigenen Tür stehen.

**Vorsitzender:** Ich bitte den Redner, bei der Sache zu bleiben. Diese persönlichen Angriffe hätten wegbleiben sollen.

Stadtb. **Steinbrecher:** Herr Diekmann führte an, der Antrag bezwecke, die Leute von der Straße zu bringen. Das lag auch der Statutenkommission und dem Magistrat am Herzen, und der Magistrat machte darauf aufmerksam, daß ließe sich erreichen, wenn unsere Mastanstalt vervollkommenet und vergrößert wird und dann unsere städtischen Schlachtungen in größerem Umfange stattfinden könnten. Wenn die Futtermittel dafür vorhanden sind, dann können wir am einfachsten doch unsere städtische Mastanstalt vergrößern, das wäre doch jedenfalls besser, als anderwärts Schweine zur Mastung hinzustellen. Das war der Grund, aus dem die Statutenkommission der Versammlung vor schlägt, die Schweinemästerei zu vervollkommen, um einen besser ausreichenden Bestand zu haben.

Von Herrn Diekmann und Herrn Bues wurde gesagt, der Antrag solle auf keinen Fall einen Vorteil für die Wohlhabenden bieten. In Ihrem Schreiben, Herr Diekmann, geben Sie das selbst zu, denn in diesem heißt es: „Die durch den Viehhandelsverband in verschiedenen Kommunen überwiesenen Schweine reichen bei weitem nicht aus, der Bevölkerung die Menge Schweinefleisch geben zu können, die bei der Kontingentierung zur Berücksichtigung gelangten. Auch die den einzelnen Kommunen zustehenden Vertragsschweine sind nicht imstande, die fehlende Menge geben zu können.“ Das heißt doch: Nicht jeder Einwohner Braunschweigs kann heute in Wirklichkeit die Menge Fleisch erhalten, die ihm eigentlich auf dem Papiere zukäme, und Herr Diekmann will durch die Kriegsgesellschaft erreichen, daß die paar Leute, die der Gesellschaft beitreten, das bekommen, was für die anderen Tausende in Braunschweig nur auf dem Papiere steht. Sie können doch nicht bestreiten, daß das eine Bevorzugung einer gewissen Klasse von Einwohnern ist, die in der Lage sind, sich der Kriegsgesellschaft anzuschließen.

Was den Verkauf der städtischen Fleischwaren anbelangt, so möchte ich bemerken, daß auch ich mir eine Dauerkarte habe ausstellen lassen, die die Nummer 2400 trägt. Seitdem die Sache in Fluß gebracht ist, ist meine Frau einmal an die Reihe gekommen und wird in der nächsten Woche das zweite Mal an der Reihe sein. Das ist ein langer Zwischenraum. Wenn es also möglich wäre, die städtischen Schlachtungen mit mehr Schlachtvieh zu versorgen, so würde das von der Bevölkerung mit großer Freude begrüßt werden.

Herr Bues sagte, daß die Wohlhabenden nichts hätten und die Arbeiter viel bekämen. Ich kann versichern, daß Dienstmädchen, die bei Wohlhabenden in

Stellung sind und die Töchter unserer Arbeiter sind, etwas anderes erzählt haben. Allerdings ist es nicht überall so; ich gebe zu, daß es auch im Mittelstande recht traurige Haushalte gibt. Wenn Sie aber einmal die Dienstmädchen fragen, dann können die Ihnen erzählen, wo es sitzt. Die Dienstmädchen, die zu den städtischen Verkäufen geschickt wurden, haben einfach der Herrschaft gesagt: „Wir haben nichts bekommen können“; die Mädchen brachten es nicht fertig, noch Speck und Fleisch zu dem schon vorhandenen zuzuholen. Es ist wirklich nicht alles das angegeben, was vorhanden war. Damit will ich nicht aussprechen, daß das allgemein der Fall ist, aber es gibt eine Menge solcher Fälle, und wenn die Dienstmädchen nach außen hin von ihrem Wissen keinen Gebrauch machen, so geschieht das nur, weil sie ihre Stellen nicht riskieren wollen. Unter die Wohlhabenden rechne ich nicht die Beamten und Lehrer, auch nicht den sogenannten Mittelstand. Darunter verstehe ich andere Leute, und die sind nicht schlecht gestellt.

Richtig ist es — und das hat Herr Stadtrat Wagner schon angeführt —, daß es auch einmal vorkommt, daß eine feine Dame von den Wartenden mit Redensarten beleidigt wird. Geschieht das, so gehen die Leute von dem Standpunkte aus: „Wenn einmal eine solche Familie, die Tausende hat, wirklich kein Fleisch bekommt, dann ist es ihr doch noch möglich, etwas anderes zum Abendbrot und Mittagessen zu bekommen, wenn es auch recht teuer ist. Wenn aber die Arbeiter Tag für Tag nichts Nahrhaftes haben, kein Fett, kein Fleisch, und doch arbeiten sollen, so sind sie bei ihrem Verdienst nicht in der Lage, Delikatessenwaren zu kaufen, und sind gezwungen, trockenes Brot zu essen.“ Natürlich verurteilen auch wir eine solche Belästigung, aber verhindern können wir es nicht. Übrigens ist Herr Mecker ständig bei dem Verkaufe anwesend und wird beweisen können, daß derartige Fälle sehr vereinzelt und selten vorkommen, weil die Leute durch die lange Zeitdauer des Krieges schließlich dazu gekommen sind, sich selbst zu sagen: Jeder Braunschweiger hat das Recht, sich hier hinzustellen. Es ist von uns auch schon mehrfach darauf hingewiesen worden, derartige Sachen zu unterlassen und Frauen, die besser angezogen sind, nicht anzupöbeln. Ist es uns doch auch schon passiert, daß von unseren eigenen Frauen, die etwas besser angezogen unter die übrigen getreten sind, geglaubt wurde, sie gehörten nicht an diese Stelle, sie gehörten nicht unter die Arbeiter.

Ich bitte Sie nochmals, den Antrag Diedmann abzulehnen. Ein Vergleich mit Göttingen kann nicht in Frage kommen, wie schon Herr Stadtrat Wagner erwähnt hat.

**Stadtv. Megerhoff:** Was will der Antrag Diedmann? Weiter nichts, als was schon im Gange ist. Es befinden sich augenblicklich, soweit ich unterrichtet bin, 3600 Schweine in Fütterung bei verschiedenen Bürgern in der Stadt. Sie werden

nicht sagen können, daß es nur die am besten situierten Bürger sind, die sich Schweine zur Mast gekauft haben, sondern eine ganze Menge von diesen Schweinen gehören den Minderbemittelten. Ich möchte behaupten: wenn eine genaue Zählung vorgenommen wird, sind es eher 75 der Schweine, die von den Minderbemittelten gehalten werden als 34. Meine Herren, Sie plädieren hier immer für die Minderbemittelten. Wer ist denn minderbemittelt? Ist es der Arbeiter oder die arbeitenden Klassen? Ich meine, die wirklich arbeitenden Klassen, nicht die anderen Massen, die sich noch daran hängen. Sind die arbeitenden Klassen denn bei den jetzigen Löhnen, die erzielt werden, minderbemittelt? Das werden Sie nicht behaupten können. Wie aber steht der Mittelstand, der kleine Beamte und der Handwerker da? Es muß einmal ausgesprochen werden: die haben im Kriege die größten Opfer bringen müssen und müssen sie noch heute bringen. Der kleine Handwerker verdient nichts und kriegt nichts in die Knochen. Bei mir verfängt der Ausdruck unbemittelt nicht. Der kleine Beamte und kleine Handwerker geht auch nicht nach Röber und kauft. Ich bin öfter dort gewesen, ich kaufe dort für 35 Pf. meinen Kaffee. Aber wenn ich mir das Publikum ansehe, das dort kauft, so muß ich sagen: Das sind wahrhaftig nicht die obersten Zehntausend, die dort kaufen, das sind andere. Unter dieser Flagge müssen Sie nicht segeln, das ist nicht richtig!

Nun die Frage: Ist es für uns praktisch, wenn wir eine Schweinemästerei nach außen legen? Ich war auch erst der Meinung, es würde gehen, wie es auch in Göttingen gegangen ist. Doch ich bin anderer Meinung geworden. Aber dafür bin ich zu haben, daß die Schweinemästung des einzelnen, soweit es möglich ist, befördert werden muß, und nicht allein von den städtischen Behörden, sondern auch vom Ministerium. Deshalb hat mich auch sehr betrübt, daß ich eine Annonce, unterzeichnet Wagner, habe lesen müssen, die, ich weiß nicht von wo, gekommen ist, aber daß sie nicht magistratsseitig ausgesonnen ist, das weiß ich. In der Annonce wagt man, den Leuten anzubieten: „Wir geben euch für eure Schweine, die ihr abschaffen wollt, 1 M für das Pfund“, obgleich die Behörde wissen muß, daß für 1 M heute kein Pfund Fleisch zu kaufen ist. Aber der Staat ist so gut und freundlich und will die Schweine hereinnehmen für 1 M. Wer wird unter solchen Umständen ein Schwein verkaufen? Er müßte ja ins Tollhaus gebracht werden! Auch wer in einer Notlage ist, wird einen anderen Käufer finden.

Was nun bezüglich des Antrages Diekmann von der Statutenkommission vorgeschlagen werden soll, habe ich so aufgefaßt: Es soll die Schweinemästerei, die in Braunschweig besteht, soweit es möglich ist, vergrößert werden. Ich meine auch: wenn der Weg, den Herr Diekmann vorgeschlagen hat, nicht gangbar ist, so ist es doch der andere, der in der Statutenkommission zur Sprache gekommen ist. Wir haben jetzt ungefähr 700 Schweine zur Mästung eingestellt; ich wollte, wir hätten

1500 oder auch 2000. Der Herr Oberbürgermeister hat auch zugejagt, daß sich der Magistrat damit einverstanden erklären wird, daß noch eine ganze Menge Schweine hingelegt werden, da der Notstand nun einmal vorhanden ist. Ein Antrag der Statutenkommission in dieser Richtung ist bisher nicht vorgetragen, aber gefaßt ist der Beschluß, daß wir den Magistrat ersuchen wollten, die bisher schon bestehende Schweinemästerei in größerem Maße zu betreiben, und dem will ich gern zustimmen.

Nun lassen Sie mich noch das persönliche Moment berühren. Ich habe es unangenehm empfunden, daß hier der Burgfriede durch die Bemerkung des Herrn Stegmann gebrochen wird, und noch dazu bei dieser Frage, die jeden Stand angeht. Fett ist so notwendig für den einen wie für den anderen. Deshalb sorgen Sie bitte dafür, daß Frieden unter uns bleibt und nicht der eine Stand gegen den anderen ausgepielt wird.

**Vorsitzender:** Herr Meyerhoff sagte ausdrücklich, daß in der Statutenkommission der Beschluß gefaßt sei, zu beantragen, die städtische Schweinemästerei zu vergrößern. Ich möchte den Herrn Referenten um Auskunft darüber bitten.

**Stadtv. Steinbrecher:** Herr Stadtrat Wagner hatte das nach meinen Ausführungen schon nachgetragen, deshalb habe ich es nicht nochmals erwähnt.

**Stadtrat Wagner:** Einige Worte zu dem, was Herr Meyerhoff bezüglich der Bekanntmachung erwähnt hat. Wir bekamen durch das Herzogliche Staatsministerium eine vervielfältigte Bekanntmachung des Hannoverschen Viehhandelsverbandes zugesandt, wonach der Viehhandelsverband sich erbot, von denjenigen Leuten, die leichtfertigerweise sich ein Schwein zur Weitermast gekauft hatten und es nicht zur Schlachtreise bringen konnten, gegen diesen geringen Preis das Schwein zu übernehmen. Das Herzogliche Staatsministerium hob dabei hervor, wir brauchten die Schweine, wenn wir als Kommunalverband sie zur Weitermast übernehmen wollten, nicht an den Viehhandelsverband abzugeben, sondern könnten sie selbst behalten. Sie kämen dann der Allgemeinheit zugute, und da wir die Absicht hatten, nach Möglichkeit die städtische Schweinemästerei zu vergrößern — es wird z. B. ein Stall gebaut, um neu herankommende Schweine hinfegen zu können, auch können in den bisherigen Stallungen, deren Bestand sich durch die Schlachtungen verringert, fortwährend Schweine eingestellt werden —, so waren wir gejonnen, wenn sich jemand meldete, Schweine aufzukaufen. Nun, es hat sich noch niemand gemeldet. (Heiterkeit.) Die Anschaffung von Schweinen seitens solcher Leute, die nicht das nötige Futter zur Verfügung haben, ist dadurch veranlaßt, daß sie den Sinn und den Zweck der Vorschrift des Kriegsernährungsamts



vollständig mißverstanden haben. Durch die Vorschrift sollte erreicht werden, die Aufzucht von Schweinen zu fördern. Nun haben aber manche Leute fast schlachtreife Schweine vom Lande weggeholt, um sie ausgerechnet die sechs Wochen, die vorgegeschrieben sind, in Kellern, Gartenhäusern und sogar auf Balkons durchzuhalten, während Futter zur weiteren Mästung bei fast allen von ihnen nicht vorhanden war. Es liegen Fälle vor, in denen die sechs Wochen noch nicht abgelaufen sind und der Schlachtungsantrag schon eingereicht ist, indem darauf hingewiesen ist, an dem und dem Tage seien die sechs Wochen um. Wird von den Leuten so leichtsinnig verfahren, dann hat man etwas erreicht, was von Reichs wegen absolut nicht beabsichtigt war. Das Einreißen dieses Zustandes war gefährlich, denn dadurch wurde der Bestand an schlachtreifen Schweinen der Allgemeinheit entzogen und einzelnen, die die Schweine die sechs Wochen lang durchhielten, zugeführt. Deshalb ist auch das Verbot erlassen, Schweine, die 120 Pfund schwer sind, an nicht gewerbsmäßige Händler zu verkaufen. Mit diesen Verhältnissen hängt auch zusammen, daß diejenigen, die solche Schweine aufgekauft haben, ohne eine brauchbare Stallung und das nötige Futter für die Schweine zu haben und ohne etwas von der Schweinemästung zu verstehen, kleine Notischlachtungen vornehmen und so die Absicht des Kriegsernährungsamts zunichte machten. Auf diese Weise ist die von Herrn Meyerhoff angeführte Bekanntmachung des Magistrats zustande gekommen.

**Stadtv. Diedmann:** Auf die persönlichen Angriffe des Herrn Stegmann gehe ich heute nicht ein, sondern lasse das für eine berufenere Stelle frei. Nur so viel möchte ich hier erwidern: Ich entschuldige die Äußerungen damit, daß dem Herrn das Verständnis fehlt, sich über diese Dinge ein Urteil zu bilden; meine Klage gegen den Volksfreund und Genossen nehme ich deshalb aber doch nicht zurück. Sie erreichen das nicht, was Sie bezwecken!

Herr Stadtrat Wagner hat ausgeführt, daß speziell das Kriegsernährungsamt Vorschriften erlassen habe, die es durchaus nicht zuließen, in der Weise vorzugehen, wie ich es vorschlage. Dann verstehe ich nicht, daß das bei Gifhorn möglich ist, denn es wird in der Presse ausdrücklich gesagt, daß Herr Bürgermeister Dr. Grosse beim Kriegsernährungsamt angefragt habe, ob die Vorschrift des Kriegsernährungsamts mit seinem Vorgehen in Widerspruch stehe, und er habe darauf die Antwort erhalten:

„Die mir vorgetragene Auslegung zum Begriff des Selbstversorgers ist nicht zu beanstanden. — Es ist hinzuzufügen, daß die Tätigkeit des Mästers bzw. seiner Angestellten auf die Mast gerichtet sein muß, daß also nicht lediglich Futterlieferung an fremde Mäster vorliegt.“

Daraus ist doch klar ersichtlich, daß auch die Rechtsanwälte, die auch die Schweine nicht selber mästen, sondern sie nur in Pension gegeben haben und durch andere mästen lassen, ihr Ziel erreichen; sie werden sich darüber zuvor ganz gewiß vergewissert haben. Wenn sie auch den einen oder anderen Tag nach ihren Schweinen hingehen und sich nach dem Wohlbefinden des Tieres erkundigen, so ist doch damit nicht getan, was der Gesetzgeber bezweckt hat. Es muß möglich sein, so zu handeln, wie es Göttingen getan hat. Diese Stadt beschafft das Futter durch ein Gemisch, bestehend aus Kadaver und Abfällen sowie gedörrtes Schilf, Disteln und Kartoffelkraut. Ich habe schon darauf hingewiesen: Was andere in dieser Beziehung erreichen, können wir doch auch! Ich wäre begierig, einmal zu hören, ob in diesen drei Wochen — so lange hat es gedauert, bis mein Antrag zur Beratung kam — der Magistrat sich einmal an das Ernährungsamt gewandt und sich orientiert hat, ob es möglich ist, meinem Antrage nachzukommen.

Herr Steinbrecher erwähnte, daß ich gesagt hätte: „Weil der Viehhandelsverband nicht genügend Schweine liefere, deshalb wollte ich mehr Schweine schaffen“, aber nicht die Allgemeinheit bekäme diese Schweine, sondern nur die Genossen. Herr Steinbrecher vergißt, daß dadurch, daß eine ganze Reihe Genossen bei Bezug aus den Genossenschaftsschlachtungen als Fleischverbraucher der Stadt ausscheiden, eine erhebliche Menge Fleisch für die übrigen Bewohner frei wird. Diejenigen, die bisher Fleisch von der Stadt bekommen haben, werden es dann also im vermehrten Maße erhalten.

Sodann wurde gesagt, daß der Magistrat gern bereit wäre, die hiesige Mastanstalt zu erweitern. Das wäre ja sehr schön, aber damit ist wieder der besser situierten Bevölkerung Braunschweigs nicht gedient. Auch der Mittelstand möchte, wie ich aus bestimmter Quelle weiß, einmal ein Stück Fleisch erhalten, wie es der minderbemittelten Bevölkerung zugänglich ist. Wenn auf dem Schlachthause die Mästungsanlagen erweitert werden, dann müßte einmal diesen Kreisen Gelegenheit gegeben werden, ein Schwein dort halten und mästen zu können. Ich bin durchaus nicht darauf erpicht, daß wir mit den Mastanstalten nach auswärts gehen, und erkenne die dabei vorliegenden Schwierigkeiten durchaus nicht, es läßt sich aber die Errichtung einer solchen Kriegsgesellschaft mit einigem guten Willen auch in Braunschweig schaffen.

Stadtv. Dr. **Rahlert:** Ich möchte Herrn Steinbrecher erwidern, daß den Auslassungen der Dienstmädchen, in den Kreisen der Bessergestellten seien noch größere Vorräte vorhanden, der Wert nicht bezumessen ist, wie allgemein angenommen wird. Und wenn die Dienstmädchen ohne Fleisch vom Schlachter heimkommen, so glaube ich, daß sie nicht in ihrem guten Herzen sich gesagt haben: „Ich will es lieber nicht mitbringen, denn meine Herrschaft hat noch genügend Vorrat

zu Hause“, sondern der Grund wird ein anderer sein: die Dienstmädchen werden keine Lust haben, die Fleischpolonäse mitzumachen und sich bieten zu lassen, was dort geboten wird. Weiter will ich auf diese Angelegenheit nicht eingehen.

Was nun die Hamsterei betrifft, so muß ich sagen: Gewiß ist allerhand eingeschlachtet und zurückgelegt, es ist aber auch sehr viel angemeldet worden, und den Familien, die ihre Vorräte angemeldet haben, ist ihr Teil an den Fleischkarten abgezogen, so daß sie noch heute damit zu rechnen haben, nicht in Besitz der vollen Fleischkarte zu kommen. Nun frage ich Sie aber: Wie lange sollen denn diese Vorräte anhalten? Wie lange hält sich überhaupt derartiges eingehamstertes Fleisch? Der Krieg dauert doch schon so lange, daß wir sagen können: Vom ersten Kriegsbeginn an besitzt keiner mehr etwas, und die behördlichen Verordnungen sind bereits so lange in Geltung, daß Fleisch- und andere Vorräte heute zu den großen Seltenheiten zählen.

Ich komme nun dazu, auf die Mitteilungen des Herrn Stadtrat Wagner zu erwidern. Er hat uns von den amtlichen Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamte einiges vorgelesen, was die Einrichtung einer derartigen Genossenschaft erschweren würde. Ich glaube aber — und in diesem Sinne muß ich Herrn Dieckmann beipflichten —, es wäre doch wünschenswert, zu hören, wie das Kriegsernährungsamt sich überhaupt zu einem solchen Plane äußert. Wir wollen gar keine Bevorzugung der Genossen, sondern nur eine Gleichstellung mit allen anderen, nur eine gleiche Fleischration wie sie jedem anderen auch zusteht. (Zuruf des Herrn Stadtrat Wagner: Die Selbstversorger bekommen ja die doppelte Ration, und das will Herr Dieckmann!) Nein, wir wollen nur die Fleischration, wie sie jedem anderen zusteht, wir wollen nur die Leute von der Straße wegbringen, nur ein Anrecht haben, das gleiche Quantum Fleisch zu erhalten wie jeder andere, nur mit dem Unterschiede, daß wir es aus den Schlachtungen der Genossenschaft bekommen, während im allgemeinen die Bürger es aus den städtischen Schlachtungen bekommen. Ich glaube, wenn der Antrag in diesem Sinne vorgetragen wird, so wird das Kriegsernährungsamt gegen eine derartige Gründung und Einteilung nichts einzuwenden haben.

Es ist dann hier noch gesagt, dem Reichen bliebe noch der Weg ins Restaurant. Ja natürlich, dem Junggejellen mag das möglich sein, auch den Eltern allein, aber daß es möglich wäre, mit der ganzen Familie wochen- oder auch nur tagelang ins Restaurant zu gehen, das glauben Sie doch selber nicht. Wenn es sich auch mancher leisten könnte, es würde ihm doch nicht zusagen, in dieser Weise für sein tägliches Brot zu sorgen.

Wenn die städtischen Behörden die städtischen Mästungsanstalten vergrößern und die städtischen Schlachtungen vermehren sollten — und ich zweifle nicht, daß dieser Antrag auf alle Fälle durchgehen wird —, so muß doch auch für diese

größere Zahl Schweine Futter vorhanden sein, sonst hätte die Vergrößerung gar keinen Zweck. Dieses Futter könnten wir doch auch für die Genossenschaftsschweine benutzen, und Sie werden mir zugestehen, daß dann das Futter ebenso gut verwendet würde, wie bei den städtischen Mästungen, es würde damit ebenso gut der städtischen Bevölkerung Fleisch und Fett geschaffen, wie es ja auch Herr Dieckmann wünscht. Diese Schweinemästerei in privaten Haushalten hat in Braunschweig derartig zugenommen, daß es einem fast zu viel wird. Wenn man heute jemand auf der Straße trifft, so wird gar nicht mehr gefragt: „Wie geht es Ihnen?“, sondern: „Wie geht es Ihrem Schweine?“ Dabei ist meiner Ansicht nach wieder von den Behörden ein Fehler gemacht. Warum ist seitens der Behörden zugelassen, daß jedem Mäster, der nur sechs Wochen lang ein Schwein durchfüttert — denn weiter mästen wird es keiner —, ein Vorzug gewährt wird? Warum haben solche Leute das Recht, die doppelte Fleischration dafür zu beanspruchen, daß sie ein schlachtreifes Schwein sechs Wochen lang auf ihren Balkon setzten? Hätte man ihnen gesagt, sie sicherten sich dadurch die Fleischration in gleichem Umfange wie sie die anderen Bürger bekommen, so würde niemand eingefallen sein, sich deswegen ein Schwein hinzusetzen. Dann würden sich die Leute dafür bedankt haben und es den Landwirten oder der Stadt überlassen, Schweine zu ziehen und zu mästen.

Ich halte es für meine Pflicht, in erster Linie den Antrag Dieckmann zu unterstützen, und bemerke nochmals: Wir wollen damit keine Bevorzugung der besseren Stände oder des Mittelstandes. Wir wollen nur eine Gleichstellung und eine leichtere Beschaffung der jedem zustehenden Fleischration gegen ein unverhältnismäßig großes Entgelt, das den Behörden im voraus als Garantiekapital für diese Kriegsgenossenschaft gezahlt werden soll.

**Stadtrat Wagner:** An das Kriegsernährungsamt hat der Magistrat wegen dieser Sache keine Anfrage gerichtet, dagegen ist vom Herrn Oberbürgermeister unter der Hand beim Herrn Minister des Innern angefragt, und dieser hat seine größten Zweifel gegen die Zulässigkeit einer derartigen Einrichtung geäußert. Eine Anfrage beim Präsidenten des Kriegsernährungsamts hielten wir für überflüssig, nachdem in zwei Nummern der Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt mit einer so großen Deutlichkeit, wie Sie gehört haben, das Amt sich dagegen ausgesprochen hat, daß derjenige, der nur pekuniär und durch Lieferung von Futter sich an der Mästung von Schweinen beteiligt, die Bevorzugung des Selbstversorgers haben soll. Diese Bevorzugung aber wünscht Herr Dieckmann. (Zwischenruf des Herrn Dieckmann: Es soll den Mitgliedern der Genossenschaft nur die gewöhnliche Bezugsmenge gewährt werden!)

Sie wollen nur die einfache Nation den Genossen zugesichert haben? Das ist mir ganz neu; aus den bisherigen Verhandlungen ist nicht hervorgetreten, daß Sie nicht mehr haben wollen als der, der sich nicht selbst versorgt. Wenn einzelne auf diese Weise sich mit Schweinefleisch versorgen wollen — die Allgemeinheit soll das Fleisch ja nicht haben —, dann wäre der gegebene Weg der der Selbsthilfe, und zur Selbsthilfe braucht der Magistrat seinen Arm nicht herzugeben, die können die Betreffenden sich selbst verschaffen. Die Herrschaften tun sich zusammen, lassen ihre Schweine durch Angestellte mästen und brauchen selbst nichts dabei zu tun: dann haben sie, was sie wünschen und haben auch das Recht, ihre Ration zu fordern. Und wenn sie ein übriges zugunsten der Allgemeinheit tun wollen, dann verzichten sie auf die doppelte Ration, die ihnen event. zustehen würde, und geben das Überschießende der Stadt. Das wird ihnen die Stadt gern abnehmen und durch die Stadtschlachtungsgeschäfte oder andere Geschäfte der Allgemeinheit zuführen. Ich glaube, dazu braucht man keine Gemeinschaft unter Führung des Magistrats.

Es ist vorhin hin und her gesprochen über die Versorgung der Arbeiterschaft. Darüber kann man verschiedener Meinung sein, und ich möchte nicht weiter darauf eingehen. Es muß aber damit doch etwas bedenklich sein, denn mir hat jemand geschrieben, ich sollte zu Hackfleisch gemacht werden. Da ich nun nicht mehr so durchwachsen bin, so würde wohl niemand auf einen solchen Gedanken kommen, wenn er nicht Fleischnot hätte. (Heiterkeit.)

Stadtv. **Frede:** Nach den Ausführungen, die bisher hier gemacht sind, muß ich doch sagen — ich war früher anderer Meinung —, daß für den Antrag Dieckmann sehr viel spricht, und daß die gegnerischen Einwände einer genauen Prüfung nicht standhalten. Die Kommission sagt in erster Linie: Es soll jeder etwas haben, und deshalb muß der Antrag Dieckmann abgelehnt werden. Nun kann man aber auch sagen: „Weil jeder etwas haben soll, darum muß der Antrag angenommen werden“, und das ist meine Meinung. Es soll ja nach dem Antrage keine Vorzugsstellung der Genossen in der Rationierung stattfinden. Es sollen die Leute des Mittelstandes — wie ich sie nun einmal nennen will — in demselben oder ähnlichen Maße mit Fleisch versorgt werden wie die anderen Bevölkerungsschichten schon lange versorgt sind.

Nun ist über den Mittelstand geredet. Was ist Mittelstand? Eine Abgrenzung ist schwer vorzunehmen. Von den Gegnern wird gesagt, es seien die Besitzenden, sie hätten Dienstmädchen, könnten zum Speisen in die Wirtschaft gehen. Die mit solchen Worten gekennzeichnet werden, gehören aber nicht zu den Personen, die ich unter Mittelstand verstehe. Denken Sie an die Beamten; sie sind im allgemeinen nicht mehr in der Lage, Dienstmädchen zu halten, und ich

möchte ihnen nicht den Rat geben, in die Wirtschaften zu gehen und für Frau und Kind und für sich selbst 3—4 *M* für Mittagsgast zu bezahlen, denn das wäre für sie unausführbar. Die Unterhaltungskosten sind während dieser Kriegszeit doch derartig gestiegen, daß mit jedem Pfennig gerechnet werden muß.

Nun ist es wohl richtig, was Herr Stadtrat Wagner sagt: Wir sind alle gleichberechtigt; so steht es wenigstens auf dem Papier, aber in der Praxis — das hat jeder erfahren, der versucht hat, sich in den Besitz eines Bissens Fleisch zu setzen — sieht die Sache anders aus. Was ist dagegen zu sagen, wenn eine Genossenschaft zur Mästung von Schweinen zusammentritt? Ich glaube fest annehmen zu können, daß eine solche Genossenschaft nicht nur aus einzelnen Personen bestehen wird, sondern, weil der Mangel überall fühlbar ist, eine große Zahl hiesiger Einwohner ihr beitreten wird. Dadurch ist schon das Charakteristikum der Allgemeinheit in etwas erreicht. Wenn nun aber durch das Zusammentreten vieler Personen erzielt wird, daß diese ausscheiden aus der Zahl der Bewerber um die städtischen Schlachtungserzeugnisse, dann liegt das im Interesse derjenigen Kreise, die weiter als Bewerber teilnehmen: sie werden mehr bekommen. Es liegt also ein allgemeines Interesse vor, und daß der Magistrat durch seinen Beitritt ein solches gemeinnütziges Institut, das einen großen Teil der städtischen Bevölkerung umfaßt, unterstützt, halte ich für berechtigt. Ich kann deshalb nicht anerkennen, daß ein paar Genossen, die sich zusammentun wollen, das auf eigene Kasse tun sollen und der Magistrat nicht hinzutreten braucht, und meine, der Magistrat wird überall, wo es sich um solch wichtige Sachen handelt, beitreten wollen.

Nun steht und fällt die Sache mit dem, worauf Herr Stadtrat Wagner hingewiesen hat. Wenn nämlich das Kriegsernährungsamt sagt: „Ihr bekommt die Erlaubnis für eine solche Einrichtung nicht“, dann ist unser Bemühen vergebens. Darum ist es das einfachste, daß unter richtiger Darlegung der hier am Orte bestehenden Verhältnisse das Kriegsernährungsamt um eine Äußerung in dieser Angelegenheit angegangen wird. Sagt dann das Amt: „Es geht nicht“, dann ist die Sache erledigt, und wir müssen uns bescheiden. Dann haben wir aber unseren guten Willen gezeigt, und ich meine, die Herren von der Linken sollten auch dabei sein. Es wird den Arbeitern mit dieser Einrichtung wahrhaftig nicht geschadet. Ich glaube, wir können den vorgeschlagenen Antrag ruhig annehmen, die Antwort des Kriegsernährungsamts wird die weitere Klarheit schon schaffen. Fällt die Antwort bejahend aus, so möge man zur Verwirklichung des Antrages Dieckmann schreiten.

**Stadtv. Ohlendorf:** Ich glaube, die Herren sind der Meinung: Soweit die Arbeiter Marken haben, bekommen sie auch Fleisch, und nur bei Ihnen bleiben Marken übrig. O nein, daselbe ist auch bei den Arbeitern der Fall, auch bei

ihnen bleiben jede Woche eine ganze Menge Marken übrig. Wenn es sich bei dem Antrage Diekmann nur darum drehte, mehr Fleisch zu schaffen, dann würde niemand hier sein, der ihm nicht zustimmen würde. Ich verweise darauf, daß es auch Absicht des Magistrats ist, für eine vermehrte Fleischbeschaffung zu wirken, indem er unseren Viehbestand erweitern und event. noch Bauten unternehmen will. Weßhalb nun, wie Herr Diekmann unweigerlich will, für die besser situierten Bürger Braunschweigs, oder wie er selbst sagt, für die Reichen besonders gesorgt werden soll, das sehe ich nicht ein. Herr Diekmann jagte, daß lediglich immer für die Minderbemittelten Vorteile geschaffen seien, und nachdem er dies kritisiert hatte, jagte er, auch die Reichen sollten einmal ein Stück Fleisch essen. Das ist ein starkes Stück, und wenn Herr Meyerhoff von Burgfrieden redet, dann sollte sich niemand erdreisten, solche Behauptungen hier aufzustellen. Es ist geradezu horrend, solche Redensarten in dieser Zeit zu gebrauchen, wo doch jeder weiß, daß allgemeine Knappheit herrscht. Wenn wir im Verlaufe der zwei Jahre versucht haben, für die Minderbemittelten dieselbe Ration für Butter und Fleisch zu bekommen, so war das nur unsere Pflicht. Wir sind nur nach der Richtung tätig gewesen, daß eine Gleichstellung eintreten solle; nie ist es uns eingefallen, besondere Vorteile für unsere Leute zu fordern. Unser Bestreben war stets, zu erreichen, daß an jeden die Lebensmittel gleichmäßig verteilt würden, niemals aber haben wir gewünscht, wie Herr Diekmann in seinem Schreiben — nicht, wie er hier erklärt, daß er gleichmäßig verteilen wolle — sagt:  $\frac{1}{2}$  resp. 1 Pfund Fleisch pro Kopf. Wir haben alle Ursache, nachdem wir zugeben müssen, daß die Verteilung jetzt — sagen wir einmal — einigermaßen geregelt ist, dagegen aufzutreten, daß wieder das Gegenteil kommt und Beschlüsse gefaßt werden, wonach einzelnen Leuten eine Begünstigung in der Fleischfrage geschafft werde. Wir fühlen alle, daß es knapp ist, und sollten kein böses Blut machen, indem wir einzelnen Leuten, die es nicht einmal so benötigen, Vorteile zusagen. Es ist schon manches darüber gesagt, aber es ist doch so: ein Teil der Bevölkerung ist besser versorgt, ihm wird es leicht, Hasen oder Rehe zu kaufen. Wo bleibt denn sonst dieses Wild? Glauben Sie, daß es im Kreise der Minderbemittelten verzehrt wird? (Zuruf: In den Lazaretten.)

Wenn die Auffassung des Antrages Diekmann richtig wäre, die Herr Rahlert vorgetragen hat, dann würde ich nicht dagegen sein. Aber im ganzen bleibt es doch immer dasselbe. Das Futter, das der Magistrat zur Verfügung hat, gibt er den Schweinen, die er selbst füttern will, und so hat er es nicht nötig und ist auch nicht dazu imstande, das Futter den besser situierten Genossenschaftlern zu geben. Ich möchte dringend bitten, nicht auf den Weg zu verfallen, daß man einzelnen — die allerdings, das gebe ich zu, auch nicht genug Fleisch bekommen — mehr gibt als den anderen, sondern dahin zu streben, daß eine gründliche gleichmäßige Verteilung aller vorhandenen Lebensmittel Platz greift.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Ich habe in den Ausführungen der Herren, die den Antrag Diekmann befristeten, eine Darlegung darüber vermißt, wie sie sich die Ausführung der ganzen Sache denken. Wenn der Magistrat bereit wäre, und wenn es rechtlich zulässig wäre, diese Genossenschaft zu gründen, wie soll denn der Magistrat vorgehen? Gesezt den Fall, wir erlassen eine Bekanntmachung: „Es wird beabsichtigt, eine größere Zahl von Schweinen durch Angestellte des Magistrats mästen zu lassen. Für diesen Zweck soll eine Genossenschaft gebildet werden, Anteile soundsso hoch; wer in diese Genossenschaft eintreten will, möge sich melden.“ Ja, meine Herren, das geht wohl in einer kleinen Stadt, aber wenn Sie das im großen ausführen wollen, so ist es schlechterdings unmöglich. Wenn es uns gelänge, in Besitz einer guten Menge Futter zu kommen, sind Sie dann nicht auch der Meinung, daß sich eine sehr große Anzahl Einwohner finden würde, die der Genossenschaft beitreten wollen? Wie soll der Magistrat dann die Auswahl treffen? Ich bin überzeugt, es werden sich so viele beteiligen, daß, um den Anforderungen nachzukommen, der Magistrat große Stallungen bauen müßte und — was die Hauptsache ist — das Futter für so viele Tiere nicht bekommen würde.

Sodann ist noch eins zu berücksichtigen: dieses Unternehmen, das jetzt beantragt ist, wird immer ein Konkurrenzunternehmen bleiben gegenüber dem, das wir im städtischen Schlachthause schon eingerichtet haben, hauptsächlich insofern, als die einen Schweine das auffressen werden, was den anderen zukommen sollte. Tatsächlich sind wir trotz unserer Anfragen noch nicht darüber aufgeklärt, ob es möglich sein wird, unsere eigene Schweinemast in dem Umfange fortzusetzen, wie wir sie bisher betrieben haben. Wie sollten wir jetzt dazu kommen, noch ein weiteres Risiko zu übernehmen, und nachher womöglich außerstande sein, weder die eine noch die andere Schweineherde angemessen zu ernähren. Sie können uns nicht zumuten, daß wir Stallungen bauen, Verträge abschließen, Geld entgegennehmen und nachher vielleicht nichts bieten können. Wir haben jetzt schon unsere Last, das Geld los zu werden, das für die Speisefartoffeln eingezahlt ist.

Zunächst müßte allerdings die Frage geklärt werden: Ist die vorgeschlagene Einrichtung zulässig? dann aber: Kann uns eine zuständige Stelle zusichern, daß das nötige Futter beschafft wird? Wenn Sie die Gewißheit uns nicht verschaffen können, bedaure ich, namens des Magistrats erklären zu müssen: Wir können uns auf diese Sache nicht einlassen.

Nun haben sich die Herren die Sache jetzt so zurechtgelegt, daß die einzelnen Genossen nicht bevorzugt werden sollen. Was heißt das? Nach dem Geseze ist der Mäster, der Selbstversorger, berechtigt, einen größeren Posten Schweinefleisch für sich hinzunehmen, als die übrigen Einwohner zugewiesen erhalten. Wir müßten also mit jedem Genossen durch den Genossenschaftsvertrag ein Abkommen treffen, wonach er auf dieses ihm gesetzlich zustehende Recht verzichtet. Aber auch



wenn er das tut, einen Vorteil hat er doch noch von der Sache, denn jeder will selbstverständlich von den Schweinen, die für die Gesamtheit gemästet werden, ein ganzes oder halbes Schwein auf einmal für sich bekommen. Darin liegt eine Bevorzugung, denn die anderen Einwohner Braunschweigs müssen fortwährend nach jedem Pfunde laufen. Herr Diekmann schüttelt mit dem Kopfe; ich kann mir die Sache aber nicht anders denken. Dieser Punkt ist noch nicht erörtert; es wäre also zu fragen: Wie ist die Verteilung gedacht? Das sind Schwierigkeiten, über die Sie heute spielend hinweggehen.

Wenn ein Schwein dieser Genossenschaftsherde eingeht, dann krepirt es — so nehme ich an — zuungunsten der Gesamtheit, und die Stadt trägt somit ein Drittel des Schadens. Darin liegt wieder eine Bevorzugung dieser Genossen gegenüber allen denen, die sich an der Genossenschaft nicht beteiligen.

Wer soll sodann die Entscheidung darüber treffen, wer bei der Verteilung zuerst an die Reihe kommt? Sollen wir die einzelnen Schweine mit dem Namen der Genossen kennzeichnen? Herr Diekmann schüttelt fortwährend mit dem Kopfe. Wenn das alles nicht zutrifft, dann meine ich, ist schon alles, was Herr Diekmann will, vollkommen dadurch erreicht, daß die Stadt eine Schweinemästung unterhält, dann braucht sie also keine neue Genossenschaft zu gründen.

Da ich keine Möglichkeit sehe, wie wir Sicherheit bekommen, das Futter zu beschaffen, so möchte ich die Herren, die die Einrichtung befürworten, bitten, uns hierüber Aufklärung zu geben.

**Vorsitzender:** Die Versammlung wird damit einverstanden sein, daß Herr Diekmann noch einmal das Wort erhält, um seine Ansicht über die an ihn gerichteten Fragen auszusprechen.

**Stadtrat Wagner:** Ich möchte zur Richtigstellung noch folgendes erwähnen: Herr Diekmann erklärte vorhin, daß es nicht seine Absicht gewesen wäre, den an der Genossenschaft Beteiligten die doppelte Ration Fleisch zu gewähren. Aus seiner Eingabe vom 21. Oktober 1916 aber ergibt sich das Gegenteil; das ist ihm wohl nicht mehr in Erinnerung. Er schreibt darin ausdrücklich: „Der an der Genossenschaft Beteiligte kann neue Anteile nehmen, aber nur im Rahmen der ihm zustehenden Ration von  $\frac{1}{2}$  bzw. 1 Pfund pro Woche, je nachdem er auf seine Fleischkarte zur Hälfte oder ganz verzichtet.“ Wenn er also zur Hälfte auf seine Fleischkarte verzichtet, so erhält er darnach  $\frac{1}{2}$  Pfund pro Woche und Kopf aus der Genossenschaftsmästerei, und wenn er auf die ganze Fleischkarte verzichtet, ein ganzes Pfund; gerade das Doppelte von den 250 g, die den anderen Einwohnern zustehen.

Stadtv. **Diedmann:** Sehr richtig; was Herr Stadtrat Wagner eben sagte, das habe ich vor vierzehn Tagen oder drei Wochen dem Magistrate mitgeteilt, als ich den Antrag schriftlich begründete und weiter ausführte. Aber der Herr Oberbürgermeister hat ja eben mitgeteilt, daß die Genossen sich schriftlich verpflichten müßten, von dieser Bevorzugung des Selbstversorger's Abstand zu nehmen, und ich glaube, die Genossen würden alle dazu bereit sein, weil sie durch ihren Beitritt zur Genossenschaft die Gewähr bekommen, wenigstens das ihnen wie allen übrigen Leuten zustehende Quantum von  $\frac{1}{2}$  Pfund Schweinefleisch oder Wurst pro Woche zu bekommen.

Ich möchte sodann noch darauf hinweisen, daß ich schon in meinem Begründungsschreiben gesagt habe, die gemeinschaftliche Verwertung der Mastschweine sei wohl begründet. Es wäre aus dem Grunde verkehrt, wenn die einzelnen Genossen die Schweine zur Selbstschlachtung bekämen, weil durch das Lagern der Vorräte eine ganze Menge an Gewicht verlorenginge, teils dadurch, daß sehr vielen Genossen geeignete Räume zur Aufbewahrung fehlen und die Ware deshalb leidet, ja vielleicht verdirbt, in der Hauptsache aber, weil man mit einem Gewichtsverluste von 25—30 Prozent rechnen muß. Dieser wird dadurch vermieden, daß die Ware sofort von allen Genossen verzehrt wird. Wenn frische Wurst hergestellt wird, so muß dabei allerdings auch mit einem Fabrikationsverluste von 10 Prozent gerechnet werden, das wäre aber immerhin noch ein Gewinn von fast 20 Prozent gegenüber der Aufbewahrung durch die Genossen. Rechnen wir 500 Schweine zu je 200 Pfund, so würden bei diesem Quantum die ersparten 20 Prozent Gewichtsverlust eine erhebliche Menge ausmachen, die anderen Verbrauchern wieder zugute käme. Es hat also die gemeinschaftliche Verwertung seinen guten Zweck.

Die Verteilung der Waren würde nach der Anmeldung der Genossen erfolgen können, und ein Weg dafür würde sich schon finden lassen. Die Stadt muß an dem Geschäfte beteiligt sein — wie ich vorhin schon ausführte — wegen der Futterbeschaffung. Eine solche Beteiligung der Stadt ist unumgänglich notwendig. Wenn wir so viel Macht hätten wie der Magistrat, der sich mit immerwährendem Anbohren und Erinnern Futter verschaffen kann, so wäre die Beteiligung der Stadt nicht nötig. Auch über die Finanzierung habe ich meine Meinung schon dahin geäußert, daß sie keine Schwierigkeiten bereiten wird; wir werden tatsächlich mehr Anteilzechner bekommen, als dem Magistrat lieb ist.

Wo bleibt nun der überschuß, der sich bei der Verteilung ergibt? Er soll an die Stadt Braunschweig abgegeben werden und der Allgemeinheit zugute kommen. Die Stadt würde ihn den Kriegerfrauen überweisen, und diese wieder vergeben die Waren an diejenigen, die noch Fleischarten übrig haben. Also die Allgemeinheit hat auch Vorteile von der Genossenschaft, und man schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe.

Stadtv. **Befemeier:** Der Antrag fällt oder wird angenommen damit, ob die Gründe stichhaltig sind oder nicht, die für ihn angeführt werden können. Als Hauptgrund für die Gründung der Genossenschaft und die Beteiligung des Magistrats ist angeführt, daß den Wohlhabenden heute ihr Recht nicht werde. Ich verstehe nicht, wie man eine solche Behauptung aufrechterhalten kann. Ich erkläre mir das nur daraus, daß die Herren nicht unterrichtet sind über die wirklichen Zustände, welche in Braunschweig herrschen, und daraus, daß die Reichen bisher bedeutende Vorräte gehabt haben, nunmehr damit zu Ende sind und mit dem Quantum vorlieb nehmen sollen, das jedem anderen zusteht. Die Arbeiter bekommen genau dasselbe Quantum, was auch die übrigen bekommen und keinen Deut mehr. Wollen Sie etwa behaupten, daß die Bessergestellten ihre Nummern nicht benutzen, auf die ihnen Fleisch zusteht? Ich habe auch seit acht Wochen kein Schweinefleisch bekommen, und so geht es fast allen unseren Einwohnern. Glauben Sie nicht, daß die Minderbemittelten auch nur ein Quentchen mehr bekommen als Sie. Über Mangel an Rindfleisch klagen die Bessergestellten ja nicht, und bei dem Rindfleisch ist doch die Skalamität genau dieselbe, wie beim Schweinefleisch; auch dort ist Andrang. Aber davon haben sie noch und sagen deshalb nichts. Schweinefleisch kann nur selten geliefert werden, und auch sie müssen die Unannehmlichkeiten mit in Kauf nehmen, die durch die knappe Lieferung von Schweinefleisch entstehen.

Nun meinte Herr Meyerhoff — wir haben schon wer weiß wie oft den Widerspruch klargelegt —, es seien nicht die Arbeiter, die Not litten, es sei der Mittelstand, die Beamten. Gewiß leiden sie ebenso Not wie die Arbeiter, aber Herr Meyerhoff scheint doch die Verhältnisse nicht zu kennen, wie sie bei den Arbeitern stehen. Er beschäftigt allerdings selbst Arbeiter, das weiß ich, aber er hätte einmal in voriger Woche in einer Versammlung mit anwesend sein sollen, in der die Vorstände der Gewerkschaften zusammenkamen. Einen Pfennig Lohn haben die Arbeiter pro Stunde Zulage bekommen, das ist alles; und was mehr verdient wird, das verdienen sie durch Überstunden. (Zwischenruf.) Bei wem? In den großen Fabriken! Und das ist das Gros der Arbeiter; dafür knechten und schinden sie sich bei den schlechten Lebensverhältnissen, wie wir sie haben. Die Arbeiter sind ebenso ungehalten wie Sie darüber, daß es so geringe Quantitäten an Lebensmitteln gibt. Aber woher nehmen und nicht stehlen?

Nun die eigenartige Kalkulation des Herrn Diedmann. Er jagt, die Verteilung der Fleischwaren aus den Genossenschaftsmästungen sei vorteilhaft. Wenn die Waren auf Lager gelegt würden, verlieren sie 20 Prozent an Gewicht. Das Fleisch wird jetzt ja überall frisch verkauft, wie das auch von den Genossenschaften frisch verkauft werden soll! Auch die Erzeugnisse unserer städtischen Schlachtungen werden nicht gelagert. Das Fleisch wird so verkauft, wie es geschlachtet ist, und

nur während der absolut notwendigen Zeit, die nötig ist, um es verkaufsfertig zu machen, bleibt es doch liegen! Die Rechnung über die 20 Prozent Verlust bei 500 Schweinen, wonach ein gewaltiger Verlust herauskommen soll, ist also ganz verkehrt.

Wenn nun der Magistrat erklärt, daß die Futtermittel so knapp sind, daß wir kaum imstande sind, die Schweine, die wir schon mästen, über die vorhandene Zahl hinaus zu vermehren, so weiß ich nicht, wie man glauben kann, noch Futtermittel beschaffen zu können für die Genossenschaftsschweine. Es ist zweifellos, daß dadurch die städtische Schweinemästerei leiden müßte, und ich sehe nicht ein, daß zugunsten einiger weniger — mögen es immerhin Hunderte oder auch Tausende werden, die sich für die Genossenschaftsmästung melden — im Verhältnis zu der großen Zahl der städtischen Bevölkerung eine Benachteiligung unserer städtischen Schweinemästerei eintreten soll. Es wäre mir unklar, wie man für die große Zahl der Genossen noch eine ganze Menge Extraschweine mästen könnte, wenn die Futtermittel für unsere Schweine sowieso schon knapp sind.

Die Gründe, die für die Genossenschaftsmästerei angeführt werden, fallen in sich selbst zusammen. Die Bessergestellten werden in der Fleischlieferung genau so behandelt wie die Arbeiter; diese letzteren erhalten kein Quentchen mehr, als was den besitzenden Klassen auf Fleischkarten zusteht. Mit dem Wegfall der Stichtichtigkeit dieser Gründe fällt auch der ganze Antrag Dieckmann zusammen.

Stadtv. **Stegmann:** Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Meyerhoff noch etwas bemerken. Ich finde es eigentümlich, daß Herr Meyerhoff sich wundert, daß von Minderbesitzenden noch gesprochen wird. Nach ihm gibt es im deutschen Reiche keine Minderbesitzenden mehr. Mein Freund Wesemeier hat bereits darauf hingewiesen, daß tatsächlich eine Anzahl Arbeiter ganz wesentlich mehr verdient als in Friedenszeiten, aber das sind nur die Arbeiter der Munitionsindustrie, und nur bei ausgedehnter Schwerarbeit. Im allgemeinen verdienen doch aber die vielen Kriegerfrauen, die Schneider, die Textilarbeiter usw. keinen Pfennig mehr. Die hier und da zugestandenen Lohnerhöhungen sind ganz unbedeutend oder bedeuten gar nichts, das kann Herr Rector bezeugen. Es ist mir unerfindlich, wie man solche Behauptungen, wie sie Herr Meyerhoff vorbrachte, aufstellen kann. Gewiß, die kleinen Handwerker und Beamten leiden sehr und setzen ihre Ersparnisse zu, aber auch die Arbeiter setzen ihre paar Notgroschen zu, die sie gehabt haben. Nach Herrn Meyerhoff sieht es aus, als ob wir alle Kriegsgewinne einheimsten und alles in Floria leben könnte, als ob es eine Lust wäre zu leben. In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders; bis in die Kreise der höheren Beamten hinauf jammert und wimmert man: Wir sind am Ende mit unserem Latein, es geht nicht mehr, wir halten es nicht aus!

Wenn Herr Diekmann sagt, auch die Besitzenden wollten einmal ein Stück Fleisch für sich haben, so kann ich dies nur als eine Verhöhnung zurückweisen. Er hat mir das Verständnis für die Zustände im Fleischergewerbe abgesprochen. Ich gebe zu, daß ich kein Sachverständiger darin bin, aber es ist mir auch nicht eingefallen, mich als solchen auszugeben. Ich will aber Herrn Diekmann gern bestätigen, daß er der erste Sachverständige in Braunschweig für solche Dinge ist. Seine Berechnung über die Stadtschlachtungen, die er seinerzeit aufgestellt hat, und seine Taten haben es bewiesen. Herr Diekmann, Sie sind der erste Sachverständige in Braunschweig, und wer es nicht glauben will, zahlt einen Taler! (Zuruf Diekmann: Ich danke sehr für das Kompliment.)

**Stadtv. Riefe:** Die ganze Debatte hat gezeigt, daß ich vollständig recht hatte, als ich bei Stellung des Antrages befürchtete, diese Mästereigenossenschaft sei nur ein Konkurrenzunternehmen gegen die städtischen Schlachtungen; nichts anderes hat sich herausgestellt. So intensiv wie Herr Diekmann für seinen Antrag gewirkt hat, so intensiv braucht nun der Magistrat nur einzutreten für die städtischen Schlachtungen und ihre Erweiterungen. Wenn der Antrag Diekmann auch abgelehnt werden wird, so hat er doch das Gute, daß er dem Magistrat klar und deutlich gezeigt hat, daß die städtischen Schlachtungen vergrößert werden müssen, und daß dafür gesorgt werden muß, ihnen mehr Schlachttiere zuzuführen. Man könnte sich ja darüber wundern, daß heute das Verteilungsverfahren für Nahrungsmittel mehr und mehr demokratische Formen angenommen hat, aber es ist doch das Richtige. Sie wollen mit dem Antrage Privilegien schaffen für die Bessergestellten, und nur weil es der Genossenschaft nicht möglich ist, das nötige Futter zu beschaffen und dazu der Magistrat gebraucht werden soll, ist der Antrag eingebracht. Bei der Kommune Braunschweig liegt die Sache so, daß sie bestrebt gewesen ist, Futtermittel zu erhalten, um die städtischen Mästungen weiter fördern zu können, und als größere Gemeinschaft ist sie dazu auch in der Lage. Einen Antrag zu unterstützen, der für Privilegierte Vorteile schafft, bin ich nicht in der Lage. Der Magistrat hat die Pflicht, für die allgemeine Schweinemästung einzutreten und dafür zu sorgen, daß sie vergrößert wird, damit den Ansprüchen der gesamten Bevölkerung mehr Rechnung getragen werden kann. Das geschieht aber durch Verwirklichung des Diekmannschen Antrages nicht, es wird nur für einzelne, aber nicht für die große Masse gesorgt. Ich mache keinen Unterschied zwischen den Arbeitern und den weniger oder mehr Verdienenden. Eine besondere Mittelsstandspolitik zu treiben, dafür gebe ich mich nicht her; ich empfehle also, den Antrag Diekmann abzulehnen.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Besprechung. Die Kommission beantragt, den Antrag Diekmann, der darauf hinausgeht, daß die Stadt sich bei der Gründung

der Genossenschaft beteiligen soll, abzulehnen, während Herr Dieckmann seinerseits seinen Antrag wieder aufgenommen hat. Ich halte es für richtig, die Abstimmung dahin zu leiten, daß diejenigen, die den Antrag Dieckmann annehmen wollen, das durch Handerheben erklären. Wenn wir umgekehrt über den Antrag der Kommission abstimmen würden, so würde das nur ein negatives Ergebnis haben.

Stadtv. **Steinbrecher** (zur Geschäftsordnung): Es ist bisher immer üblich gewesen, daß zuerst über den Antrag der Kommission abgestimmt wird.

**Vorsitzender:** Es könnte ja auch der Antrag der Kommission abgelehnt werden, dann folgt nicht ohne weiteres, daß der Antrag Dieckmann angenommen ist, und es müßte noch einmal abgestimmt werden. Es kommt beides wohl schließlich auf dasselbe hinaus, deutlicher aber wird es sein, wenn ich zunächst frage: Wer ist für den Antrag Dieckmann, und zweitens: Wer ist dafür, eine Vergrößerung der städtischen Schweinemästung ins Auge zu fassen? (Widerspruch.)

Dann werde ich so abstimmen lassen, wie von dem Herrn Referenten vorgeschlagen ist, nämlich, daß der Kommissionsantrag zur Abstimmung gestellt wird mit der Folge, daß, wenn der Kommissionsantrag abgelehnt wird, der Antrag Dieckmann als angenommen gelten soll. (Widerspruch.)

Wenn der Antrag der Kommission, der doch lautet: „den Antrag Dieckmann abzulehnen“, nicht angenommen wird, so soll das heißen, der Dieckmannsche Antrag ist angenommen.

Stadtv. **Loeschigk** (zur Geschäftsordnung): Ich bitte doch, in zwei Malen abzustimmen, zunächst über den Antrag der Kommission und dann über den Nebenantrag der Kommission, betreffend die Erweiterung der städtischen Schweinemästung. Durch Ablehnung des Kommissionsantrages, daß der Dieckmannsche Antrag abgelehnt werden soll, würde die Meinung zum Ausdruck kommen, daß dem Antrage Dieckmann Folge gegeben werden soll.

**Vorsitzender:** Herr Loeschigk scheint mich nicht verstanden zu haben, denn das habe ich auch selbst gesagt.

Stadtv. **Mengerhoff** (zur Geschäftsordnung): Es kann über den Antrag der Kommission zuerst abgestimmt werden, es ist aber dann nötig, daß über den Antrag Dieckmann hinterher auch noch abgestimmt wird.

**Vorsitzender:** Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrage der Kommission zustimmen, der dahin geht, den Dieckmannschen Antrag abzulehnen, die

Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit. Der D i e d m a n n s c h e Antrag ist damit angenommen. (Widerspruch.)

Stadtv. **Meyerhoff** (zur Geschäftsordnung): Wir müssen jetzt über den Diedmannschen Antrag abstimmen.

**Vorsigender:** Der Ansicht bin ich nicht. Ich habe deutlich gesagt: Die den Kommissionstrag abgelehnt haben, haben damit ausgesprochen: Der Diedmannsche Antrag wird angenommen.

Stadtv. **Wesemeier:** Ich bin der festen Überzeugung, daß trotz der langen Debatte keine Klarheit über die Abstimmung geherrscht hat, und stelle den Antrag, noch einmal abstimmen zu lassen.

**Vorsigender:** Ich hatte zuerst vorgeschlagen, die Abstimmung umgekehrt zu machen, und dagegen erhob sich Widerspruch. Ich sehe keine Veranlassung, noch einmal abstimmen zu lassen. Die Abstimmung ist erledigt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den zweiten Antrag der Kommission, der dahin geht, den Magistrat zu ersuchen, die städtische Schweinemästung zu vergrößern. Ich bitte die Herren, die dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

**Vorsigender:** Ich habe vorhin leider vergessen, unseren neuen Kollegen, Herrn Salomon, hier zu begrüßen. Herr Salomon ist zur Stelle. Ich begrüße ihn als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und spreche den Wunsch aus, daß seine Beteiligung an unseren Beratungen unserer lieben Vaterstadt zum Segen gereichen möge.

## 2. Antrag Diedmann auf Zwangsmaßnahmen zwecks Sammlung der als Viehfutter geeigneten Abfälle.

Stadtv. **Steinbrecher:** Der Antrag ist zurückgezogen, weil der erste Antrag in der Kommission abgelehnt wurde.

## 3. Antrag Ohlendorf auf Erlass eines Statuts über den 7-Uhr-Ladenschluß.

Stadtv. Dr. **Kahlert:** Ich hatte mich gefreut, als das Referat über diesen Antrag in meine Hände gelangte, und hatte gehofft, in der Lage zu sein, Ihnen

diesen Antrag des Herrn Ohlendorf warm empfehlen zu können. Der Antrag lautet: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu eruchen, ein Statut zwecks Einführung des 7-Uhr-Ladenschlusses im Handelsgewerbe zu erlassen.“

Meine Herren, Sie wissen durch die in der letzten Zeit aufgetretenen Bestrebungen selbst, wie sehr gerade in den gewerblichen Kreisen der Wunsch nach dem 7-Uhr-Ladenschluß laut geworden ist. Die Kriegszeit, die Schwere der Arbeitszeit jetzt, die Entbehrungen haben es in jeder Weise als wünschenswert erscheinen lassen, daß sowohl den Arbeitgebern wie auch den Arbeitnehmern etwas Entlastung und Erleichterung geboten werde, und hierzu bot der 7-Uhr-Ladenschluß eine willkommene Gelegenheit. Aus meinen geschäftlichen Beziehungen sowohl wie auch aus Freundeskreisen ist mir immer wieder der Wunsch vorgetragen worden, warm für diesen Antrag einzutreten.

Die Statutenkommission hat sich leider dem Antrage nicht voll anschließen können, sondern hat in Vorschlag gebracht, den Antrag in etwas abgeänderter Form anzunehmen. Maßgebend für diese Stellungnahme war, daß seitens des Magistrats gewünscht wurde, man solle ein derartiges Statut nicht erlassen, ohne die vorher notwendigen Erhebungen angestellt zu haben und sowohl in Arbeiterkreisen und Arbeitgeberkreisen wie auch bei der Handelskammer und bei der Polizei die nötigen Auskünfte einzuholen.

Ich kann nicht umhin, zu erklären, daß mir dies in jeder Beziehung als gerechtfertigt erscheint, muß dabei aber betonen, daß diese ganzen Erhebungen eigentlich schon vorgenommen sind. Die Handelskammer hat sich bereits vor Ausbruch des Krieges mit dem 7-Uhr-Ladenschluß befaßt, die Polizeidirektion hat sich auch bereits darüber geäußert, und es dürfte wohl nicht allzulanger Zeit bedürfen, um dem Magistrat die gewünschten Gutachten vorzulegen. Der Standpunkt des Handels selbst ist ja zum größten Teil schon dadurch klargelegt, daß die verschiedenen Berufsvereinigungen in ihren kürzlichen Bekanntmachungen sich dahin geäußert haben, bis auf weiteres die Verkaufsläden um 7 Uhr zu schließen. Sie sind damit den Wünschen der Handlungsgehilfen entgegengekommen und haben in dem Vorgehen gleichzeitig eine Erfüllung ihrer eigenen Wünsche erblickt.

Der einzige Punkt, der vielleicht einer klärenden Erörterung bedürfte, ist der, daß das kaufende Publikum nicht von ganzem Herzen mit einer früheren Schließung der Verkaufsläden einverstanden sein würde. Es ist in der Kommission darauf hingewiesen worden, daß der Hauptgeschäftsgang sich erfahrungsgemäß in die Abendstunden verlegt, die meisten Einkäufe also in den Abendstunden gemacht zu werden pflegen. Ja, meine Herren, dies war früher einmal richtig, aber der Krieg hat, wie in so vielem, auch hierin Wandel geschaffen, er hat auch diese Werte umgewertet. Heute kann die Hausfrau nicht erst ihren Haushalt und



ihre Kinder besorgen, um schließlich die Abendstunden zu ihren Einkäufen zu benutzen, sondern muß heute bedacht sein, jeden Augenblick zu benutzen, um dort einzukaufen, wo es etwas zu kaufen gibt. Wenn ihre Butternummer, ihre Fleischkarte an der Reihe ist, muß sie frühzeitig in die Geschäfte gehen und kaufen, und wenn Kartoffeln vorhanden sind, kann sie nicht warten, bis es ihre Zeit erlaubt, den Einkauf vorzunehmen. Das ist heute der springende Punkt: die Einkäufe müssen getätigt werden, wenn die Ware vorhanden ist, und diese erzieherische Tätigkeit dieser schweren Zeit sollten wir nicht so einfach über Bord werfen, indem wir mit dem Erlaß eines Statuts vielleicht bis nach dem Kriege warten, wo wieder andere Verhältnisse kommen werden und vielleicht die Meinung aufkommen könnte: Wir können es jetzt wieder ruhig mit ansehen, daß die Läden um 8 Uhr geschlossen werden. Nein, diesen erzieherischen Einfluß des Krieges müßten wir gleich festlegen und sagen: Wir wollen auch in Friedenszeiten unseren Angestellten und Geschäftsinhabern eine ausreichende Feierabendstunde sicherstellen.

Ich habe Ihnen im Auftrage der Kommission den etwas abgeänderten Antrag des Herrn Ohlendorf zur Annahme vorzulegen. Er lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, ein Statut zwecks Einführung eines früheren Ladenschlusses im Handelsgewerbe auszuarbeiten und vorzulegen.“

Es wird hiermit bezweckt, daß der Magistrat sich die nötigen Unterlagen beschafft, die er in Erwägung ziehen möchte, event. auch die Ausdehnung der Geschäftszeit am Sonnabend bis  $\frac{1}{2}$  8 Uhr vorzusehen. Der Magistrat hat auch in der Kommission zugestimmt, dem Antrage zu folgen, wenn ihm überlassen würde, diese Erhebungen vorzunehmen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

#### 4. Antrag Lauer auf Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen Maschinenschreiberinnen.

Stadtv. Dr. **Rahlert**: Auch dieser Antrag entspricht den heutigen schweren Zeitverhältnissen. Es ist bereits seitens der städtischen Behörden den verheirateten Beamten eine Teuerungszulage gewährt worden, welche der jeweiligen Kopfzahl der Familie entspricht, es ist auch einer besonderen Klasse, nämlich den auf den unteren Gehaltsstufen stehenden Lehrern und den Lehrerinnen in Rücksicht auf ihren Beruf und ihr Auftreten eine Teuerungszulage zugebilligt. Dem Antrage des Herrn Lauer, nunmehr eine weitere Gruppe der städtischen Angestellten, nämlich die Maschinenschreiberinnen herauszugreifen und ihnen eine Teuerungszulage zu gewähren, konnte sich die Statutenkommission leider nicht anschließen. Es wäre

damit das ganze von den städtischen Behörden geschaffene Prinzip der Besoldung durchbrochen worden und damit Verhältnisse geschaffen, die weitere derartige Anträge unausbleichlich machen würden. Aus diesem Grunde hat die Statutenkommission lange überlegt, in welcher Weise vorgegangen werden solle, denn es wurde keinen Augenblick bezweifelt, daß der Antrag des Herrn Lauer voll berechtigt sei. Es wurde sogar ausgesprochen, daß eine viel weitergehende Tätigkeit in der Gewährung von Teuerungszulagen Platz greifen müsse, und man hat sich deshalb in der Kommission dahin geeinigt, den Antrag Lauer in Übereinstimmung mit dem Herrn Antragsteller dahin zu formulieren, daß er nunmehr lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage über zu gewährende Teuerungszulagen an städtische unverheiratete Beamte, welche bisher noch nicht mit einer Kriegszulage bedacht sind, vorzulegen.“

Ich möchte Sie bitten, diesem Antrage der Kommission zuzustimmen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Der Herr Referent hat vorgetragen, wie der Verlauf der Sache gewesen ist. Am 29. Juni d. Js. haben Sie auf unseren Antrag beschlossen, besondere Teuerungszulagen in Form von Familienunterstützungen an verheiratete Beamte zu gewähren, und gleichzeitig ist auf Grund einer nachträglichen Vorlage des Magistrats nur die Ausnahme gemacht, daß den Hilfslehrern und den Lehrerinnen, soweit ihr Einkommen 1900 *M* nicht erreicht, besondere Zulagen bis zu 200 *M* bewilligt werden sollten; die Summe von 1900 *M* sollte aber dabei nicht überschritten werden. Der Magistrat mußte sich bisher an dieses Abkommen, wie es zustande gekommen war, halten; jetzt aber ist die Sache dadurch in ein neues Fahrwasser gekommen, daß Herr Lauer den Antrag gestellt hat, den städtischen Maschinenschreiberinnen eine Teuerungszulage zu gewähren. Wollten wir diesem Antrage nachkommen, so würde das mit dem von den städtischen Behörden beschlossenen Grundsatz nicht vereinbar sein. Nach dem Verlaufe, den die Beratungen des Antrages Lauer in der Statutenkommission genommen haben, war es unzweifelhaft, und aus den Worten des Herrn Berichterstatters haben Sie das deutlich gehört, daß nunmehr in der Statutenkommission eine andere Auffassung über die Teuerungszulagen Platz gegriffen hat, nämlich, daß es mit Rücksicht auf die fortwährende Steigerung der Preise nicht mehr angemessen erscheint, sich nur auf Teuerungszulagen für die verheirateten Beamten zu beschränken, und so hat die Kommission beschlossen, bei Ihnen zu beantragen, den Magistrat zu ersuchen, eine dahingehende Vorlage einzureichen.

Ich habe bereits in der vorgestern stattgefundenen Sitzung des verstärkten Finanzausschusses darauf hingewiesen, daß es mir persönlich lieb sein würde, wenn die Sache so bald als möglich zum Abschluß gebracht würde, denn in der

Tat ist die Teuerung jetzt derartig, daß, wenn Zulagen überhaupt gewährt werden sollen, sie so schnell als möglich gewährt werden müssen. Da Sie nun vermutlich erst wieder in einigen Wochen zusammenkommen werden, so würde dieser Erfolg nicht erreicht, wenn der Magistrat erst eine Vorlage einbringen soll. Ich habe deshalb Veranlassung genommen, sowohl dem verstärkten Finanzausschuß wie auch heute morgen dem Stadtmagistrat entsprechende Vorschläge für eine Neuregelung zu unterbreiten, und Sie gestatten mir wohl, daß ich sie auch Ihnen jetzt gleich vortrage. Sie können sich dann schlüssig machen, ob Sie ohne weiteres darauf eingehen wollen oder nicht — wenn nicht, dann möchte ich gleich jetzt bitten, daß der verstärkte Finanzausschuß beauftragt wird, mit uns die nötigen Festsetzungen zu vereinbaren.

Infolge des Umstandes, daß wir stadtseitig mit Gewährung von Zulagen früher vorgegangen sind als der Staat, ist es dahin gekommen, daß von diesen beiden ein verschiedener Weg beschritten worden ist; der Staat hat die Zulagen anders formuliert als die Stadt. Nun berief sich Herr Lauer bei der Begründung seines Antrages auf den Staat, und unwillkürlich fragt man sich: Ist es denn wünschenswert, daß wir jetzt noch gleichartig vorgehen wie der Staat? Das ist sehr schwer, und zwar aus dem Grunde, weil wir bisher schon Familienunterstützungen auch für die Ehefrauen gewährt haben, während sich der Staat auf Unterstützung wegen der Ehefrauen nicht eingelassen hat. Er hat sämtlichen Beamten, einerlei, ob sie verheiratet sind oder nicht, Zulagen gewährt, und zwar den Beamten, die einen eigenen Hausstand führen, 10 Prozent, den anderen 5 Prozent ihres Gehaltes und daneben Zulagen für die Kinder. Wenn wir nun unser bisheriges Prinzip jetzt vollständig auf den Kopf stellen sollten, dann würde das nicht angenehm sei, und so bleibt tatsächlich nichts anderes übrig, als nunmehr allen Beamten bis zu einer bestimmten Gehaltsgrenze Zulagen zu gewähren. Wenn wir jetzt sagen wollten: Wir geben nur den Beamten Zulage, die unverheiratet sind, dann würde das unrecht sein gegenüber den Beamten, die Familie haben, denn die bekommen ja die Teuerungszulage nur in Form von Familienunterstützung für ihre Angehörigen, wir würden sie also, soweit ihre Person in Frage kommt, zurücksetzen. Das dürfen wir nicht machen. Eine Gruppe allein herausnehmen können wir aber auch nicht. Der Magistrat kommt unter diesen Umständen dahin zu erklären, daß, wenn eine allgemeine Teuerungszulage gewährt werden soll, sie auch denen gewährt werden muß, die jetzt schon in Form von Familienunterstützung eine Teuerungszulage bekommen. Sie werden allerdings auf diese Weise in gewissem Grade doppelt berücksichtigt.

Im übrigen wird das, was ich vorhin bemerkte, nämlich, daß der Staat den Frauen keine Unterstützung gibt, sich ausgleichen, wenn wir die Unterstützung für die Verheirateten nicht so hoch bemessen wie der Staat, und so kommt der Magistrat

zu der Ansicht, daß eine allgemeine Teuerungszulage von 5 Prozent — wie es der Staat für die Unverheirateten vorgeesehen hat — am Plage sein würde.

Was nun die sehr wesentliche Frage betrifft: Wie weit wollen wir mit den Unterstützungen gehen, oder welches Gehalt soll die Grenze bilden, von der an keine Teuerungszulage mehr gewährt wird, so möchte ich darauf hinweisen, daß die Sache deshalb schwierig wird, weil wir den Hilfslehrern und den Lehrerinnen besondere Zulagen bewilligt haben bis zu 1900 *M* Gehalt, den verheirateten Beamten aber Zulagen für die Familie, soweit ihr Gehalt nicht mehr als 3000 *M* beträgt. Wenn wir also diese letzteren zwischen 1900 und 3000 *M* Besoldeten gleichmäßig mit den übrigen behandeln wollen, bleibt nichts anderes übrig, als nunmehr, wie der Staat, auch die allgemeine Teuerungszulage bis zu einem Gehaltslage von 3000 *M* zu gewähren.

Daß das eine starke Belastung der Kammereikasse im Gefolge haben wird, ist klar. Ich habe mich bemüht, die Summe zu ermitteln, die sich für diese Zulagen ergibt, wenn man nach den eben mitgeteilten Grundsätzen verfährt, und bin dabei auf einen Betrag von annähernd 40 000 *M* gekommen. Genau habe ich den Betrag noch nicht ermitteln können, weil wir der Ansicht sind, daß — ebenso, wie es der Staat gemacht hat — die besondere Teuerungszulage denjenigen, die zum Heeresdienst einberufen sind, nicht gezahlt werden soll, und hierüber läßt sich aus dem Etat nichts ersehen. Immerhin ist, wie ich glaube, für die Maßnahme eine Aufwendung von nicht unter 35 000 *M* notwendig. Der Magistrat schreckt aber vor dieser Ausgabe trotz der erheblichen finanziellen Belastung, welche die Stadt infolge des Krieges auf sich genommen hat, nicht zurück, wenn damit etwas geschaffen werden kann, was die Zufriedenheit der Beamten herbeiführen kann.

Ich habe, damit Sie in der Lage sind, sich heute schon schlüssig darüber zu machen, ob Sie auf unseren Vorschlag eingehen wollen, die einzelnen Grundsätze, nach denen wir uns zu richten haben würden, schriftlich festgestellt. Sie lauten:

„1. Vom 1. Oktober 1916 an wird allen nicht zum Heeresdienst einberufenen, ständig im Dienste der Stadt beschäftigten Beamten und Hilfsbeamten, einerlei, ob sie fest angestellt sind oder nicht, eine Teuerungszulage gewährt, sofern ihr Jahresgehalt oder ihre Jahresvergütung den Betrag von 3000 *M* nicht übersteigt.

2. Als Gehalt oder Vergütung gelten auch Stellenzulagen“ — dabei haben wir z. B. an die Lehrer an der Hilfsschule gedacht, die eine besondere Vergütung von 300 *M* bekommen —, „freie Dienstwohnung, freie Verpflegung und Kleidergeld, nicht aber Nebenbezüge für besondere Leistungen.“

Hierzu möchte ich bemerken, daß wir die freie Dienstwohnung mit in Rechnung ziehen müssen, weil in der Mehrzahl der Fälle, wo also keine Wohnung gewährt wird, das Wohnungsgeld in dem Gehalte mit enthalten ist. Daraus folgt, daß wir, wenn freie Dienstwohnung gewährt wird, sie in dem Betrage berück-

sichtigen müssen, zu welchem sie nach den Statuten angerechnet wird. Verpflegung und Kleidergeld müssen selbstverständlich auch angerechnet werden, nicht aber Nebenbezüge für besondere Dienstleistungen. Zu entscheiden, ob man Nebenbezüge anrechnen soll, besonders in den Fällen, in denen der Beamte diese Nebenbezüge von der Stadt bekommt, ist eine etwas schwierige Frage. Ich erinnere z. B. an die Beamten im Rathause, die für Überstunden vierteljährlich etwas über 4000 *M* bekommen, ich erinnere an die große Zahl von Lehrern, die in der Fortbildungsschule gegen entsprechende Vergütung unterrichten. Wir waren der Ansicht, daß man diese Sachen weglassen müsse. Bei unseren Beamten im Rathause z. B. würde man gar nicht in der Lage sein, im voraus die Zulage zu bemessen, weil wir nicht wissen, wieviel der Betrag ausmachen wird, den der einzelne an besonderer Vergütung im Jahre bekommen wird. Es bleibt also nichts weiter übrig, als die Vergütungen, die für besondere Dienstleistungen gewährt werden, unberücksichtigt zu lassen.

„3. Die Teuerungszulage beträgt 5 Prozent der für ihre Bemessung, nach 1 und 2 maßgebenden Bezüge. Die bisher schon den verheirateten Beamten gewährte Familienunterstützung von monatlich 10 *M* für die Ehefrau und 5 *M* für jedes Kind, das das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, wird neben der allgemeinen Teuerungszulage weitergezahlt.

4. Wird durch die unter 1 bis 3 erwähnten Bezüge das Gesamthöchst Einkommen von 3000 *M* erreicht, so kommt die allgemeine Teuerungszulage in Wegfall; würde das Höchsteinkommen von 3000 *M* durch Gewährung der allgemeinen Teuerungszulage überschritten werden, so wird diese entsprechend gekürzt.“

Hierbei ist selbstverständlich auch der Fall zu berücksichtigen, daß das Höchsteinkommen sich zusammensetzt aus normalem Gehalt und Familienunterstützung.

„5. Allgemeine Teuerungszulagen nach Maßgabe der vorstehenden Vorschriften werden auch den dauernd im städtischen Schuldienst beschäftigten Lehrern und Lehrerinnen gezahlt; soweit die den Hilfslehrern und Lehrerinnen zufolge Beschlusses der Stadtverordneten vom 29. Juni d. J. bereits bewilligten Zulagen die Sätze der nach den vorstehenden Bestimmungen zu gewährenden Teuerungszulagen übersteigen, soll eine Kürzung nicht stattfinden.“

Was den letzten Punkt betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß jene Teuerungszulage auf einen Betrag bis zu 200 *M* bemessen war. Nun würden diese Hilfslehrer und Lehrerinnen, wenn sie nach den vorstehend erwähnten Grundsätzen allgemeine Teuerungszulagen bekommen hätten, nur teilweise den Satz von 200 *M* erreichen, und es könnte allerdings die Frage sein, ob wir im Interesse der Gleichheit diese Sätze, die wir schon bewilligt haben, ermäßigen wollen. Das scheint aber dem Magistrat nicht angemessen zu sein. Haben wir einmal eine Teuerungszulage bewilligt, und haben sich die Empfänger darnach eingerichtet,

dann können wir sie ihnen jetzt nicht wieder entziehen, selbst auf die Gefahr hin, daß in diesen verhältnismäßig nicht zahlreichen Fällen eine Bevorzugung eintritt.

Ich möchte die Herren bitten, wenn möglich, die Sache heute schon durch Annahme dieser Grundsätze zu erledigen. Sollten die Herren es für nötig halten, daß die „Grundsätze“ erst noch vervielfältigt werden, so würde das wohl noch möglich sein.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich möchte Ihnen empfehlen, die Sache pure anzunehmen. Der Herr Oberbürgermeister hat uns schon am Dienstag in der verstärkten Finanzkommission Aufklärung über diese beabsichtigte Teuerungszulage gegeben, und wir sehen keine Bedenken, eine solche zu empfehlen. Ich spreche aber nicht im Namen der Finanzkommission, sondern nur für mich persönlich. Ich würde den Vorschlägen des Herrn Oberbürgermeisters gern zustimmen.

**Vorsitzender:** Ich möchte zunächst die Versammlung fragen, ob sie heute auf die Vorlage des Magistrats eingehen will und bereit ist, sie sofort als dringlich zu beraten. Die Herren, die dafür sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. Ich eröffne die Beratungen über den Antrag der Kommission im Zusammenhange mit der Vorlage, wie sie vom Magistrat ausgegangen ist.

**Stadtv. Lauer:** Wenn durch meinen Antrag veranlaßt ist, daß die darin aufgeführte Grenze einer Teuerungszulage — nur für die Schreibmaschinenbeamtinnen — insofern überschritten wird, daß auch noch weit mehr andere städtische Angestellte die Zuweisung einer Teuerungszulage erfahren, so erfüllt mich das natürlich mit besonderer Freude. Ich habe damals nicht gewagt, meinen Antrag so weit auszudehnen, und wollte zunächst nur versuchen, durch eine bescheidene kleinere Ausgabe einen Anfang zu machen. Es ist ja kein Zweifel, daß diesem meinem Antrage noch andere Anträge gefolgt wären, ebenso wie dieser Antrag gefolgt ist dem vor längerer Zeit gestellten Antrage, der darauf hinausging, den Hilfslehrern und Lehrerinnen usw. eine Teuerungszulage zu geben. Zweifellos sind die vorgeschlagenen Teuerungszulagen bei den gegenwärtigen furchtbar teuren Lebensverhältnissen und im Hinblick auf die lange Dauer des Krieges eine dringende Notwendigkeit. Ich bin überrascht, daß, wenn die Zulage in der Weise, wie es der Herr Oberbürgermeister vorzutragen die Freundlichkeit hatte, gegeben wird, die dafür notwendige Summe nur 35 000 M betragen soll. Ich habe natürlich keine genauen Unterlagen, aber ich hätte allerdings die Summe noch höher geschätzt. Es ist trotzdem eine Summe, die bei den vielen verschiedenen Ansprüchen, die jetzt an die Stadt herantreten, eine wesentliche Ausgabe bedeutet,

aber besser angelegt kann das Kapital nicht werden als für die Beamten und Beamtinnen, die in der Stadt bei sehr kleinen Einkommensverhältnissen tapfer durchgehalten haben, und die, als überall über die Zeitverhältnisse geklagt wurde, stillgehalten haben. Die Maschinenschreiberinnen z. B. haben erst im August d. J. gewagt, ihre bescheidene und höfliche Bitte zum Ausdruck zu bringen. Ich begrüße die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters mit Freude und gebe zu, daß zur Lösung dieser Frage, die immer besondere Kopfschmerzen bereitet, ein glücklicher Weg gefunden ist.

Stadtv. **Stegmann:** Auch ich begrüße es, daß der Magistrat gewillt ist, über den Antrag des Herrn Lauer hinauszugehen und allen städtischen Beamten eine Teuerungszulage zu gewähren. Nur finde ich, daß der durchgehende Satz von 5 Prozent insofern etwas ungerecht ist, als die unverheirateten, die bisher nichts an Zulagen bekommen haben, besonders die mit niedrigen Gehältern, zu schlecht dabei abschneiden. Damit, daß die sämtlichen Verheirateten die Teuerungszulage von 5 Prozent bekommen sollen, bin ich einverstanden, möchte aber beantragen, daß den Unverheirateten in der Weise mehr gewährt wird, daß eine Staffelung eintritt, indem bei einem Gehalte bis 1500 *M* 10 Prozent Teuerungszulage gewährt wird, bei einem Gehalte von 1600—2200 *M* 7½ Prozent und bei einem Gehalte von 2200—3000 *M* 5 Prozent.

Bergegenwärtigen Sie sich: es befinden sich dabei Maschinenschreiberinnen mit sehr niedrigen Vergütungssätzen. Diejenigen mit einem Gehalte von 800 *M* würden bei 5 Prozent monatlich 3,33 *M* bekommen; das ist doch fast gar nichts. Nehmen Sie dagegen einen Herrn, der 3000 *M* Gehalt hat, so bekommt dieser bei 5 Prozent im Monat 12,50 *M* Teuerungszulage. Deshalb sollte man wenigstens den untersten Stufen das Doppelte, 10 Prozent, gewähren, so daß die angeführten Maschinenschreiberinnen 6,66 *M* Teuerungszulage erhalten, und für die Zwischenstufen schlage ich einen mittleren Satz von 7½ Prozent vor. Eine solche Regelung würde doch einen einigermaßen gerechten Ausgleich bringen.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Wir sind auf die 5 Prozent gekommen, weil der Staat für die Unverheirateten einen Satz von 5 Prozent festgesetzt hat; ich habe ja vorhin schon darauf hingewiesen.

Betreffend die Teuerungszulage auf den niedrigsten Vergütungssätzen, möchte ich bemerken, daß es allerdings selbstverständlich ist, daß jemand mit 800 *M* Jahresvergütung keinen Haushalt führen kann. So viel ist aber sicher, daß die Maschinenschreiberinnen, die für uns in Betracht kommen, keinen eigenen Haushalt führen; sie wohnen bei ihren Eltern. Ich weiß auch nicht, ob es richtig ist, für die

niedrigen Gehaltsstufen eine besondere Regelung vorzunehmen. Ich fürchte, daß wird bei den höher Besoldeten doch wieder Unzufriedenheit ergeben. Eine allseitig befriedigende Lösung zu finden, ist recht schwer. Man muß sich klarmachen, wozu die den Verheirateten gewährte Familienunterstützung dient. Sie wird doch wesentlich zu dem Zwecke gegeben, um die Familien durchzuhalten. Würde man in der Weise des Herrn Stegmann vorgehen, so würde man schließlich dahin kommen, den Unverheirateten dieselben Teuerungszulagen zu bewilligen wie den Verheirateten. Das werden Sie doch nicht wollen, es müßte denn sein, daß Sie der Ansicht sind, wir hätten in der Stadt die Gehälter für unsere Beamten derartig niedrig bemessen, daß es unangemessen ist, und das kann ich nicht annehmen.

Wir haben die Maschinenschreiberinnen so gestellt, daß sie mit 600 *M* anfangen und alle Jahre 120 *M* Zulage bekommen; die weit größte Zahl von ihnen hat jetzt ein jährliches Einkommen von 1200 *M*, das aber bis zu 1800 *M* steigen kann, wenn die Maschinenschreiberinnen besondere Arbeiten zu verrichten haben. Viele Arbeiterfamilien mit Kindern müssen heute mit einem Säge von 1500 *M* auskommen, und hier handelt es sich doch jedesmal um eine einzelne junge Dame. Es sind teilweise noch recht jugendliche Kräfte, die wir beschäftigen, und man kann nicht sagen, daß die Säge durchweg zu niedrig bemessen sind; den Sägen nach, mit denen die privaten Maschinenschreiberinnen bezahlt werden, sind sie angemessen. Wenn wir ganz junge Mädchen annehmen, die mit 50 *M* im Monat anfangen, so leisten sie tatsächlich im Anfange auch nicht mehr, als sie verdienen. Mit der Zeit lernen sie dann zu, aber dafür ist auch eine jährliche Zulage von 120 *M* nicht zu verachten.

**Vorsigender:** Der weitergehende Antrag ist der des Herrn Stegmann, der dahin geht, bei den Unverheirateten eine Staffelung der Teuerungszulagen vorzunehmen, die über 5 Prozent hinausgeht. Es ist aber wohl richtig, zunächst über den Antrag des Magistrats abzustimmen und nachher über die von Herrn Stegmann beantragte Erhöhung der Teuerungszulage. (Zuruf: Der weitestgehende zuerst!)

Es liegt bei dieser Sache etwas eigenartig insofern, als der Stegmannsche Antrag als ein Unterantrag zu dem Hauptantrage anzusehen ist. Wir müßten deshalb die Abstimmung so fassen: Wer ist für die Vorlage mit der Abänderung, daß die erhöhten Säge, wie sie von Herrn Stegmann gewünscht werden, zur Annahme kommen. — Wer also die Vorlage mit dieser Modifikation annehmen will, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit. Dann bitte ich die Herren, die für den Antrag des Magistrats sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.



## 5. Gewährung einer Beihilfe an den Braunschweiger Frauenverein für seine Abendfortbildungsschule.

Stadtov. **Frede:** Der Braunschweiger Frauenverein unterhält in unserer Stadt eine Abendfortbildungsschule, in der Unterricht an Frauen und Mädchen im Nähen, Flicken, Kochen, Plätten usw. erteilt wird. Während des Krieges hat sich nun gezeigt, daß die Abendfortbildungsschule bedeutend an Besuch, und zwar besonders durch Kriegerfrauen, gewonnen hat. Es ist aber für diese letzteren kein Schulgeld eingekommen, denn man hat in Berücksichtigung der schwierigen Lage der Kriegerfrauen ihnen Freischiene gegeben, und so ist es gekommen, daß die Ausgaben, besonders die für das Kochen, bedeutend gewachsen sind. Mit dazu beigetragen hat natürlich auch die teure Nahrungsmittelbeschaffung. Unter diesen Umständen wird der Voranschlag für das nächste Jahr wesentlich überschritten werden, und die Vorsteherin der Abendfortbildungsschule, Frau Seeliger, hat sich an den Magistrat mit der Bitte gewandt, der Abendfortbildungsschule zu der schon gewährten Beihilfe von 2400  $\mathcal{M}$  noch eine weitere im Betrage von 2000  $\mathcal{M}$  zu gewähren. Herr Stadtrat von Frankenberg, der diese Sache im Magistrat bearbeitet, hat eine gutachtliche Äußerung des Herrn Schuldirektors Appuhn herbeigeführt, die dahin geht, daß in Anbetracht der in jetziger Kriegszeit besonders notwendigen und mit erfreulichem Erfolg wirkenden Tätigkeit der Abendfortbildungsschule die Erfüllung der Bitte des Vorstandes des Braunschweiger Frauenvereins dringend zu befürworten sei. Der Magistrat hat sich denn auch für die Bewilligung ausgesprochen, und zwar möchte er die Summe von 2000  $\mathcal{M}$  aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen in der Weise verwilligt sehen, daß 1000  $\mathcal{M}$  bis zum 31. März und 1000  $\mathcal{M}$  bis zum 30. September 1917 zu zahlen sind.

Die Finanzkommission ist ungeteilt der Meinung, daß die lobenswerten Ziele der Schule Unterstützung verdienen, und daß die Stadt dazu beitragen soll, ein Defizit, das durch solche Umstände herbeigeführt wird, verschwinden zu lassen. Sie bittet die Stadtverordnetenversammlung, die 2000  $\mathcal{M}$  zu bewilligen.

Stadtrat **von Frankenberg:** Der freundlichen Befürwortung durch den Herrn Berichterstatter habe ich nur wenig hinzuzufügen. Es ist Ihnen allen bekannt, daß der Braunschweiger Frauenverein schon seit langen Jahren diese Abendfortbildungsschule mit unserer Bewilligung in dem Schulgebäude am Südklint eingerichtet hat und wir ebenso lange Jahre eine Beihilfe von 1000  $\mathcal{M}$  für diese Einrichtung gegeben haben, daß wir dann, als die hauswirtschaftliche Abteilung, die in der heutigen Zeit von ganz besonders großem Werte ist, hinzukam, uns entschlossen, noch 1400  $\mathcal{M}$  Unterstützung zu gewähren, so daß jetzt insgesamt 2400  $\mathcal{M}$  städtischerseits dem Verein für seine außerordentlich wichtigen Einrichtungen gezahlt werden. Legen wir nun für das angefangene Jahr des Vereins, das immer

vom 1. Oktober bis zum 30. September läuft, noch 2000 *M* zu, so würde damit unser Jahreszuschuß auf 4400 *M* erhöht werden. Das ist uns aber die Sache auch wert; die nützlichen Veranstaltungen des Vereins kommen denjenigen Hausfrauen und Haustöchtern, die in der Abendfortbildungsschule ihre hauswirtschaftliche Bildung vervollkommen, in dieser Kriegszeit doppelt und dreifach zugute, und da außerdem die Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen durch die Erhöhung der Hundesteuer über die genügenden Mittel verfügt, so bitte ich, dem Vorschlage des Magistrats zuzustimmen.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich verkenne durchaus nicht die wohlthätige Wirkung dieser Schule, im Gegenteil, ich weiß, daß durch sie besonders Wertvolles für die Frauen und Mädchen geleistet worden ist. Wir dürfen aber doch über dieser Wertschätzung den Wert der allgemeinen obligatorischen Fortbildungsschule auch für Mädchen nicht vergessen, und ich bedaure, daß immer noch keine Mittel gefunden sind, das Obligatorium einzurichten. Die Abendfortbildungsschule des Braunschweiger Frauenvereins ist ein kleines Ding, das für eine Stadt wie Braunschweig nicht ernstlich in Rechnung gezogen werden kann. Wenn ich auch der Bewilligung der beantragten Mittel zustimme, so möchte ich doch daran erinnern, daß wir das Ziel nicht aus dem Auge verlieren dürfen, das Obligatorium der Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen, und für letztere besonders für den hauswirtschaftlichen Teil zu erreichen und damit dem Beispiele anderer Städte zu folgen, die uns in dieser Beziehung weit voraus sind.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich bin mit dem Wunsche des Herrn Wesemeier für meine Person durchaus einverstanden und hoffe, daß es uns in nächster Zeit gelingen wird, die Schwierigkeiten zu überwinden, die der Errichtung der obligatorischen Fortbildungsschule sowohl für das männliche wie für das weibliche Geschlecht besonders auf finanziellem Gebiete im Wege liegen. Was die hauswirtschaftlichen Unterweisungen betrifft, so haben wir einen wichtigen Schritt vorwärts dadurch getan, daß wir an die städtische Fortbildungsschule für Mädchen die hauswirtschaftliche Abteilung — wie die Herren aus dem Vorschlage gesehen haben werden — angegliedert haben. Wir haben weiter Mittel gewonnen, um in unseren städtischen Bürgerschulen, insbesondere in den siebenstufigen, den hauswirtschaftlichen Unterricht im letzten Schuljahre soviel als möglich auszubauen. Die Herren, die durch ihre Mitgliedschaft im Schulvorstande und in der Schulkommission Gelegenheit haben, sich in dieser Beziehung zu unterrichten, werden bestätigen können, daß wir auch dadurch dem Bildungsbedürfnisse unserer weiblichen Jugend auf hauswirtschaftlichem Gebiete entgegengekommen sind. Ich hoffe, daß bald Gelegenheit gegeben sein wird, daß Herr Wesemeier und ich uns zusammenfinden

auch auf dem Gebiete des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts sowohl für Knaben als auch für Mädchen.

Die 2000 M werden bewilligt.

## 6. Gewährung einer Beihilfe an die Volkskindergartenstiftung.

Stadt v. Munte: Der Vorstand der Volkskindergartenstiftung hat dem Magistrat in einer längeren Ausführung dargelegt, daß er durch zwei Umstände in Geldverlegenheit gekommen ist, nämlich erstens durch den Neubau des Stiftungsgebäudes, und zweitens durch den Krieg insofern, als die Verwaltung des Volkskindergartens und die Verpflegung der Kinder höhere Aufwendungen erfordert haben, als die Stiftung Mittel zur Verfügung hatte. Der Vorstand der Stiftung bittet deshalb den Magistrat um Zuweisung einer zweifachen Unterstützung. In seiner Äußerung darüber sagt der Magistrat, daß er der Verwaltung des Volkskindergartens ganz bestimmte Vorschläge betreffs der Behandlung der entstandenen Bauschulden, sowie zur Erzielung größerer Einnahmen machen werde, und hierzu brauchen wir keine Stellung zu nehmen. Sodann schlägt uns aber der Magistrat vor, das nachgewiesene Defizit aus dem vorigen Rechnungsjahre des Volkskindergartens im Betrage von 2586,35 M zu decken, und zwar zu Lasten der Luise-Ottmer-Stiftung, Abteilung III für gemeinnützige Zwecke.

Im Finanzausschuß ist der Antrag des Magistrats beraten worden. Wir haben dem Vorschlage des Magistrats zugestimmt, und ich soll Sie namens des Finanzausschusses bitten, auch Ihrerseits die Genehmigung hierzu zu erteilen.

Die Versammlung stimmt der Ausgabe aus der Luise-Ottmer-Stiftung zu.

## 7. Anschaffung einer rechnenden Schreibmaschine.

Stadt v. Frede: Die Firma Glogowski & Komp. in Hannover hat der hiesigen Direktion der Licht- und Wasserwerke vor drei Jahren eine schreibende Additionsmaschine zur Verfügung gestellt, die seitdem ununterbrochen im Betriebe gewesen ist. Das ältere Modell wurde Anfang Januar d. J. ausgewechselt, und bei der Gelegenheit ist die Firma an die Direktion der Licht- und Wasserwerke mit dem Ersuchen herantreten, diese Maschine käuflich zu erwerben, wie man in Aussicht gestellt hatte, wenn sich die geliehene Maschine bewähren würde. Die Direktion schreibt über die Maschine, daß sie sich durchaus bewährt habe, und zwar gerade in ihrer Eigenschaft als Additionsmaschine. Wir haben ja auch in Braunschweig eine rühmlichst bekannte Firma, die ähnliche Maschinen fabriziert, aber, wie bemerkt wird, sind diese mehr für Multiplikation und Division eingerichtet. Die Direktion

der Licht- und Wasserwerke hat sich nun mit dem Ersuchen an den Magistrat gewandt, die Genehmigung der städtischen Behörden für den Ankauf der rechnenden Maschine herbeizuführen, und die erforderlichen Mittel von 1725 *M* zu bewilligen.

Die Finanzkommission hat mit Rücksicht auf die vorzügliche Bewährung der Maschine sich dafür ausgesprochen, daß diese Summe für den Ankauf der Maschine bewilligt wird, und ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

Die Anschaffung der Maschine wird beschlossen.

## 8. Antrag Frede, betreffend wirksamere Maßnahmen für die Versorgung der städtischen Einwohnerschaft mit Kartoffeln.

In Verbindung damit:

### 9. Anfrage Wesemeier über die Kartoffellieferung.

Wortlaut des Antrages und der Anfrage i. S. 364.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): In dem Antrage behaupte ich, daß ein außerordentlicher Kartoffelmangel in der hiesigen Stadt herrscht. Nun, darüber brauche ich mich nicht zu verbreiten, denn dieser Mangel ist offensichtlich. Es ist meines Wissens bis heute noch nicht vorgekommen, daß die Stadt oder einer der Händler, die in Frage kommen, einem Einwohner seinen Winterbedarf hat zuführen können, und dabei haben wir heute den 2. November. Das ist ein sehr arger Notstand. Ich weiß auch, daß der Bezug von Kartoffeln durch Vermittlung der Bezugsscheine lange nicht in dem Maße stattgefunden hat, wie wir es uns davon versprochen hatten. Die Stadt ist also unverjorgt mit Ausnahme derjenigen wenigen Leute, denen es gegliickt ist, durch Bezugsscheine Kartoffeln hereinzubekommen, und derjenigen, die selbst Kartoffeln gebaut haben und sich also selbst haben versorgen können. Im ganzen und großen ist die Bevölkerung ohne Kartoffelversorgung für den Winter. Das ist ein sehr bedauerlicher Zustand und eröffnet uns sehr trübe Ausichten auf den Winter.

Ich habe nun von sachverständiger Seite vorgestern erfahren, daß die Sache folgendermaßen liegen soll: Die Bauern werden in 2½—3 Wochen mit der Lieferung von Kartoffeln aufhören, und nachdem diese Lieferung stattgefunden hat, wird unsere Einwohnerschaft nur 25 Prozent derjenigen Menge bekommen haben, auf die wir nach der Verteilung, die vorgenommen ist, glauben Anspruch erheben zu können. Das würde ein Vorrat sein, der bis Weihnachten hinreicht. Selbst wenn es der Reichskartoffelstelle gelänge, andere Maßnahmen zu treffen, so würde die Versorgung um Weihnachten stattfinden, wo der ärgste Frost die Lieferungen bedroht.

Ich glaube, daß man die ganze Aussicht, die uns hier bevorsteht, nicht zu schwarz malen kann. Wir haben die Pflicht, dringend uns mit der Sache zu beschäftigen und zu überlegen, was unter den gegenwärtigen Umständen noch geschehen kann.

Ich habe in meinem Antrage darum ersucht, daß der Magistrat bei der Regierung vorstellig werden möge, wirksamere Maßnahmen als bisher für die Versorgung der Einwohnerchaft mit Winterkartoffeln zu treffen. Nun werden Sie fragen: Welche Maßnahmen erscheinen denn wirksamer als die bisher angewandten? Da muß ich daran erinnern, daß wir unseren Verpflichtungen der Reichskartoffelstelle gegenüber nach der sachverständigen Auskunft, die ich erhalten habe, reichlich nachgekommen sind. Es sind die Ausfuhren nach Preußen durchaus so vollzogen, wie man das von vornherein in Aussicht genommen hatte. Die Versorgung der Stadt ist dagegen nicht in gleicher Weise vor sich gegangen, wie wir das doch erwarten konnten. Die Versorgung Westfalens und des Rheinlandes z. B. geschieht nicht nur durch den Kreis Holzminden, sondern auch durch den Landkreis Braunschweig, und unsere Kreisdirektion gibt den hiesigen Landwirten auf, daß zwei Drittel nach Preußen und ein Drittel nach der Stadt Braunschweig kommen soll. Ich glaube, daß die große Monarchie Preußen wohl Gelegenheit hat, solche Bezirke, in denen eine sehr gute Kartoffelernte in diesem Jahre erzielt worden ist, mit anderen, wo die Ernte weniger gut gewesen ist, in Ausgleich zu setzen, also mit Rheinland und Westfalen zum Beispiel.

Aber wenn unsere Kreise so sehr den Verpflichtungen, nach Preußen auszuführen, nachkommen, wie das geschehen ist, so müssen wir auch erwarten, daß sie dann auch an uns liefern. Darauf hätte gedrungen werden müssen, und das vermiße ich. Der Kreis Wolfenbüttel hat bis jetzt an uns nichts geliefert und Holzminden auch nichts. Ich habe gehört, daß letzterer uns demnächst 1000 Zentner Kartoffeln liefern wird; aber was will das besagen? Ich möchte vorschlagen, daß unser Magistrat darauf drängt, daß ungesäumt ein Ausfuhrverbot aus dem Lande Braunschweig erlassen wird. Sie werden sagen: „Das geht nicht; die Regierung darf das nicht.“ Dagegen möchte ich daran erinnern, daß vor vierzehn Tagen ein Bericht über die Tätigkeit des Hauptausschusses im Reichstage veröffentlicht ist, aus dem hervorging, daß der Ausschuß sich auch mit der Kartoffelfrage und mit den Ausfuhrverboten, die verschiedene Provinzen und Staaten erlassen haben, beschäftigt hat. Also muß es möglich sein, Ausfuhrverbote zu erlassen. Es war berichtet, daß man gegen diese Ausfuhrverbote ernstlich nichts ausrichten könne.

Wenn man meinem Vorschlage noch das Bedenken entgegenstellen sollte: „dann habe man zu befürchten, daß das preußische Gebiet für unser Herzogtum zur weiteren Versorgung verschlossen bleiben wird,“ so glaube ich darauf verweisen zu müssen, daß es nicht recht ist, daß Preußen von uns in dieser Zeit eine ganze Menge

Kartoffeln bekommen hat, wir aber aus Preußen zur Winterversorgung noch gar keine. Es wäre also nicht gleiches Maß, wenn Preußen jetzt sagen würde: „Euch ist die Altmark verschlossen!“ Ich glaube, eine solche Maßnahme, wie ich sie befürworte, könnte in jetziger Zeit wohl in Erwägung gezogen werden, mindestens aber eine wesentliche Einschränkung der Ausfuhr. Wie ich von Herrn Meyerhoff gehört habe, scheint es so zu sein, daß Preußen durchaus reichlich, mindestens der Abmachung gemäß von unseren Landwirten bedacht worden ist, während unsere Stadt an Kartoffeln direkt Not leidet.

Es müßte also weiter erstrebt werden, daß unsere Regierung bei der Reichskartoffelstelle in dringendster Weise dahin vorstellig wird, daß andere Reichsgebiete zur Versorgung unserer Stadt mit Kartoffeln uns eröffnet werden, denn wir haben ja bisher nichts bekommen.

Ganz besonders möchte ich darauf verweisen — und in der Hinsicht kann ich die Landeskartoffelstelle von einem ernststen Vorwurfe nicht freisprechen —, daß bis heute abend diejenigen, die in Schrebergärten oder auf Ländereien Kartoffeln für sich gezogen haben und sie für sich ernten konnten, die ihnen überwiesenen Kartoffelmarken außerdem benutzen konnten, also ihren Vorrat auf Kosten der übrigen sehr stattlich gestalten konnten, ohne daß ihnen das untersagt worden wäre. Herr Stadtbaurat Gebensleben hat mir vorhin gesagt, daß dies soeben erfolgt sei. Ich habe auf diesen Uebelstand schon vor drei Wochen in der Preisprüfungsstelle hingewiesen und habe gehört, daß Herr Stadtbaurat Gebensleben in dieser Hinsicht bei der Landeskartoffelstelle vorstellig geworden ist. Man hatte ihm in Aussicht gestellt, daß Herr Regierungsrat Spannuth eine Bekanntmachung veröffentlichen würde, in der diesen Selbstversorgern die Benutzung der Kartoffelmarken untersagt wird. Wenn das jetzt erst geschieht, so ist das reichlich spät. Was die Leute nun einmal im Keller haben, das werden sie auch behalten, und die anderen haben das Nachsehen.

Ich fasse zusammen: Der gegenwärtige Mangel in der Stadt ist ganz außerordentlich und gebietet außerordentliche Maßnahmen, damit keine bedenklichen Zustände, wie sie jetzt in sicherer Aussicht stehen, eintreten. Was hat zu geschehen? Nach meiner Auffassung würde es wohl möglich sein, ein Ausfuhrverbot zu erlassen, und das wäre das beste. Wäre das durchzuführen, dann würde, wie mir der Sachverständige sagte, statt einer Eindeckung unserer Bevölkerung von nur 25 Prozent eine solche von wenigstens 50 Prozent zu ermöglichen sein. Sodann müßten scharfe Maßnahmen gegen die Landwirte, wie sie zum Teil schon durch die militärische Inanspruchnahme der Vorräte im Zuge sind, noch weiter getroffen werden. Die Mahnung, die die Landwirtschaftskammer in den Zeitungen an die Landwirte richtet, nützt, wie ich glaube, absolut nichts. Ein Appell an die ideale Brüderlichkeit der Landwirte ist durchaus unwirksam. Es muß scharf zugegriffen

werden. Sodann wünsche ich noch scharfe Maßnahmen gegen diejenigen unserer Mitbürger, welche Kartoffeln selbst erzeugten und dennoch ihre Kartoffelmarken noch ausnützen.

**Vorsigender:** Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich nehme an, daß die Versammlung damit einverstanden ist, daß wir den Antrag als dringlich sofort beraten. Ich darf wohl auch Ihre Zustimmung annehmen, daß zugleich mit dem Antrage Frede die in dasselbe Gebiet schlagende Anfrage des Herrn Wesemeier mit beraten wird. Ich bitte Herrn Wesemeier, seine Anfrage zu begründen.

**Stadtv. Wesemeier:** Es ist Tatsache, was Herr Frede über die Kartoffelbeschaffung angeführt hat, und es besteht in der Stadt allgemeiner Unmut darüber, daß die Kartoffeln durch die städtischen Behörden nicht geliefert worden sind, und ferner auch darüber, daß man vom Magistrat aus die Bezahlung für die bisher nicht gelieferten Kartoffeln zum 2. Oktober strikte eingefordert hat. Der Unmut darüber ist deshalb so groß, weil gerade die kleinen Leute, die bisher gewöhnt waren, ihren Wintervorrat einzukellern, in dieser Zeit, wo die Mietzahlung fällig war, das nötige Geld nicht vorrätig hatten und sich infolge der Aufforderung des Magistrats, Zahlung zu leisten, das Geld für die Kartoffeln direkt borgen mußten.

Weiterer Unmut besteht darüber, daß das wöchentliche Kartoffelquantum von 9 auf 7 Pfund herabgesetzt worden ist. Mit 7 Pfund Kartoffeln, behaupte ich, kann kein arbeitender Mensch auskommen. Auch wenn für die Schwerarbeiter Kartoffelzulagen gewährt werden, so steht doch fest, daß nicht nur die Schwerarbeiter, sondern auch andere Menschen, die täglich körperlich oder geistig tätig sind, mit einem so geringen Quantum nicht auskommen können, zumal diese gelieferten Kartoffeln von einer Qualität sind, daß sie absolut nicht dem entsprechen, was in den amtlichen Bekanntmachungen gesagt worden ist, nämlich, daß für den Preis, der als Einheitspreis festgesetzt ist, nur gute Kartoffeln geliefert werden sollen. Heute morgen brachte mir ein Herr aus besseren Kreisen diese Probe von Kartoffeln, die in seinem Haushalte geschält worden sind, die alle hohl sind, und erklärte mir, daß von zwölf Kartoffeln dieses Quantum schlecht gewesen sei. Es sind 200 g Kartoffeln, die ausgetrocknet, wie sie hier sind, gewogen sind. Vorher haben sie natürlich mehr gewogen, und ein solches Quantum hat er von 2 Pfund Kartoffeln wegwerfen müssen.

Nun ist es ja schwer, die Kartoffeln von außen als schlechte zu erkennen, weil absolut keine Öffnungen oder sonstwie ein Anschein, woran man sehen kann, daß sie schlecht sind, von außen zu erkennen ist. Das ist ja auch in der vorigen Versammlung schon zur Sprache gebracht. Es müßte aber doch eine scharfe Kontrolle durch Anschneiden der Kartoffeln ausgeübt werden, denn es kann nicht angehen,

daß die Familie von 7 Pfund Kartoffeln noch 600 g als Ausfall buchen soll, der für ihre Ernährung verlorengeht. Andererseits scheinen diese inwendig faulen Kartoffeln aus ganz bestimmten Bezirken zu kommen, denn nicht in allen Verkaufsstellen sind solche Kartoffeln geliefert; ich habe mich weitgehend darnach erkundigt. So müßte durch mehrfaches Probeerschneiden festgestellt werden, woher diese schlechten Kartoffeln kommen. Ich selbst habe schon mehrfach von der Stadt gelieferte Kartoffeln bekommen, die absolut nicht als Speisefkartoffeln anzusprechen sind. Ein großer Teil ist glasig und von so abscheulichem Geschmack, daß man mit Widerwillen an das Essen herangeht. Wegwerfen kann man sie ja aber auch nicht, weil man sonst überhaupt nichts zu essen hätte. Die Bauern machen eben heute, was sie wollen.

Heute morgen habe ich im Allgemeinen Konsumverein einen Haufen Kartoffeln gesehen, in dem lagen alle Sorten durcheinander, und darunter auch Futterkartoffeln, die ohne weiteres von außen als solche zu erkennen waren. Die städtische Bevölkerung wird von den Bauern mit den Kartoffellieferungen ganz und gar übers Ohr gehauen, nicht bloß damit, daß der Preis hoch ist, sondern auch, daß ihnen Futter- und andere schlechte Kartoffeln mitgegeben werden. Der Preis von 5½ Pfennig pro Pfund erhöht sich noch wesentlich dadurch, daß man gezwungen ist, eine Menge schlechte Kartoffeln wegzuerwerfen.

Alles das trägt dazu bei, daß ein arger Unwille in die Bevölkerung hineingetragen wird, zumal auch in weiten Arbeiterkreisen die Zuschlagsbrotarten, die früher verteilt worden sind, in ganz erheblichem Umfange zurückgenommen sind, weil man den Begriff Schwerarbeiter in neuerer Zeit wesentlich enger gezogen hat.

Allgemein wird die Frage erörtert: Wie wird's mit den Kartoffeln? Ich bin neugierig, ob der Magistrat Auskunft darüber geben kann, und bin der Meinung: Ganz gleich, wie die Überzeugung des Magistrats ist, jedenfalls wird es gut sein, wenn nach außen hin Klarheit gegeben wird, ob auf Lieferung des Wintervorrats an Kartoffeln gerechnet werden kann oder nicht.

Auch ich bitte um ein energisches Vorgehen, damit die Kartoffelfrage in besserem Sinne, als es bisher geschehen ist, geregelt wird, und bitte um Vorsorge, daß uns nicht für den hohen Preis solche Schweinekartoffeln als gute Speisefkartoffeln geliefert werden, wo doch ausdrücklich in den behördlichen Maßnahmen nur von guten Speisefkartoffeln geredet wird.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Daß dieser Antrag gestellt ist, und zwar als Dringlichkeitsantrag, kann ich wohl verstehen, denn in der Tat ist die Knappheit an Kartoffeln in der Stadt Braunschweig eine große, weit größer, als wir vor Wochen hätten erwarten können. Es war am 14. September, als wir hier in der Stadtverordnetenversammlung uns über die Kartoffelversorgung ausgelassen haben. Bei dieser



Gelegenheit habe ich den Herren vorgetragen, in welcher Weise die ganze Kartoffelversorgung in Deutschland vor sich gehen sollte. Zum Schlusse habe ich etwa gesagt: „Die ganze Kartoffelversorgung ist von Reichs wegen außerordentlich gut durchdacht. Wir wollen hoffen und wünschen, daß alles, was so gut durchdacht ist, auch in die Tat umgesetzt wird.“ Heute sehen wir klarer als damals am 14. September, nämlich daß alles auf dem Papiere wohl schön da stand; aber in Erfüllung gegangen ist es nicht. Wir alle haben wohl gedacht, es würde eine gute Winterversorgung einsetzen, und wir würden heute schon einen namhaften Teil der Winterkartoffeln in den Kellern haben. Was ist geworden? Wir haben blickwenig im Keller.

Die rechtliche Lage ist Ihnen schon in der letzten Sitzung auseinandergesetzt. Sie wissen, daß die Stadt Braunschweig, die Kommunalverbände überhaupt, so weit sie Bedarfsverbände sind, gar nichts zu sagen haben. Sie haben eigentlich weiter nichts zu tun, als diejenigen Kartoffeln, die ihnen aus den Überschußverbänden seitens der Reichs-, Landes- oder Provinzialkartoffelstellen zugewiesen werden, innerhalb des Kommunalverbandes ordnungsgemäß zu verteilen. Das Verteilen würden wir ja schon besorgen, wenn die Kartoffeln nur erst da wären. Ich habe schon früher auseinandergesetzt, daß wir alle Anordnungen getroffen haben, um sie ordnungsgemäß einzukellern und ordnungsmäßig an die einzelnen Bürger zu verteilen.

Als wir nun sahen, daß die Kartoffeln doch nicht so ankamen, wie damals in Aussicht gestellt war, haben wir selbstverständlich nicht ruhig zugeesehen, sondern alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die uns zustehenden Kartoffeln zu bekommen. Wir haben uns an die Überschußverbände gewandt mit der dringenden Bitte, ihren Verpflichtungen nachzukommen, an die Landeskartoffelstelle, vielmals und dringend, auch an das Staatsministerium haben wir uns mündlich und schriftlich gewandt und sind auch noch einen Schritt weiter gegangen. Ein Vertreter des Stadtmagistrats ist persönlich bei der Reichskartoffelstelle in Berlin — erst vor acht Tagen — vorstellig geworden. Bei der Unterhaltung mit dem Vorsitzenden der Reichskartoffelstelle haben wir allerdings zu unserem größten Leidwesen erfahren, daß auf eine schnelle Hilfe nicht ohne weiteres zu rechnen ist. Der Vorsitzende der Reichskartoffelstelle vertritt die Ansicht, daß die Kartoffeln, die der Stadt Braunschweig auf Grund des Verteilungsplanes zustehen, unter allen Umständen im Herzogtume vorhanden sind; sie müßten nur erfaßt werden, und dazu müsse die Landeskartoffelstelle wie das Herzogliche Staatsministerium nur die geeigneten Mittel und Wege ergreifen, dann würde nach Ansicht der Reichskartoffelstelle ohne weiteres der Bedarf für die Stadt Braunschweig gedeckt werden. Nicht bloß für die Stadt Braunschweig, nein, auch für die anderen preußischen Verbände, die seitens der Überschußverbände des Herzogtums Braunschweig zu be-

liefern sind. Wie gesagt, wir sind persönlich bei Herrn Landrat Peters in der Reichskartoffelstelle vorstellig geworden und haben ihm alles das, was heute hier besprochen ist, dringend aus Herz gelegt, haben zum Ausdruck gebracht, daß ein außerordentlicher Unwille in Braunschweig darüber vorhanden ist, daß noch fortwährend Kartoffeln aus den braunschweigischen Kreisen nach Preußen geliefert werden; aber er vertrat nach wie vor die Ansicht: Die Kartoffeln sind hier im Lande vorhanden, es müssen zunächst nur alle Zwangsmittel ergriffen werden, und die sind damals noch nicht ergriffen gewesen.

Wir müssen unter diesen Umständen wohl oder übel erst abwarten, was für Erfolg diese Zwangsmaßregeln haben werden. Sie wissen, daß sie inzwischen ergriffen sind, ob mit besonderem Erfolge, das weiß ich noch nicht. Bislang jedenfalls haben wir nur etwa acht Ladungen mehr bekommen, als wir zum täglichen Verbrauch nötig haben. Was wollen acht Ladungen besagen! Das ist der Bedarf von einem Tage, während wir füroundso viele Monate den Vorrat einkellern sollen.

Sie werden fragen: Was geschieht denn nun, wenn diese Zwangsmaßregeln uns nicht genügend Kartoffeln bringen? Ich habe die Überzeugung in Berlin gewonnen, daß die Reichskartoffelstelle uns selbstverständlich nicht im Stiche lassen wird. Sie wird eingreifen und uns aus anderen Gebieten Kartoffeln zuführen, nur verlangt sie, daß vorerst alle Zwangsmaßregeln, die irgend ergriffen werden können, durchgeführt sein müssen. Wenn man die Sache vom großen Gesichtspunkte aus betrachtet, so kann man den Standpunkt des Leiters der Reichskartoffelstelle auch wohl verstehen. Wie würde es ihm wohl mit seinen ganzen Dispositionen ergehen, wenn er schon in dem Augenblicke, wo die Winterversorgung erst einsetzen soll, sofort sein ganzes Konzept zerreißen und jagen wollte: „Nun laß es gehen, wie es gehen mag!“ Man kann also wohl begreifen, wenn er fordert, daß die Zwangsmaßregeln erst alle durchgeführt werden sollen.

Nun ist von Herrn Stadtv. Frede erwähnt, es müßte ein Ausfuhrverbot erlassen werden. Ich glaube, daß Sie auf Grund meiner Ausführungen zu der Überzeugung kommen müssen, daß ein solches Ausfuhrverbot nicht ohne weiteres erlassen werden kann. Wer soll es denn erlassen? Die Landeskartoffelstelle? Das ist ausgeschlossen. Außerdem sagt Herr Frede in demselben Atemzuge: Wenn das nicht langt, dann müssen wir aus andern Reichsgebieten Kartoffeln hereinkommen. Wenn von uns aus ein Ausfuhrverbot erlassen würde, kann man doch wohl nicht verlangen, daß aus fremden Gebieten etwas hereinkommt.

Herr Stadtv. Frede machte auch auf den Mißbrauch der Kartoffelmarken und insbesondere auch auf den Mißstand aufmerksam, der dadurch entsteht, daß die hiesigen Kartoffelerzeuger noch fortwährend Kartoffeln einheimsen können. Der

Mißstand besteht, und ich habe deshalb auch schon vor Wochen, wie Herr Frede sehr richtig ausgeführt hat, eine Regelung verfaßt und die Genehmigung dazu bei der Landeskartoffelstelle beantragt. Diese ist noch nicht erteilt, und zwar aus dem Grunde, weil unter dem 15. Oktober eine neue Bundesratsverordnung über den Kartoffelverbrauch erlassen worden ist und diese bei der Regelung, die übrigens für das ganze Herzogtum einheitlich erfolgen soll, mit berücksichtigt werden muß. Hierbei werden selbstverständlich die Kartoffelerzeuger mit erfaßt, wie die Herren morgen in der Zeitung lesen werden. Und zwar werden sie alle diejenigen Kartoffeln, die sie als Überschußkartoffeln besitzen, und die sie von Rechts wegen für sich nicht gebrauchen dürfen, auf Grund der allgemeinen Versorgungsregelung demnächst abzuliefern haben. Es wird sich nicht umgehen lassen, daß deswegen eine Bestandesaufnahme stattfindet, und eine solche ist auch in der Kartoffelregelung vorgesehen.

Ich komme nun auf die Anfrage des Herrn Stadtv. Wesemeier zu sprechen. Die Abnahme der Kartoffeln durch Beauftragte der Stadt hat selbstverständlich fortwährend stattgefunden und findet auch heute noch statt. Es ist mir wiederholt gemeldet, daß uns saule und zu kleine Kartoffeln angeboten sind. Unsere Abnahmebeamten haben auch schon eine ganze Reihe von Ladungen im Erzeugungsgebiete beanstandet. Erst gestern haben wir auf dem hiesigen Bahnhofe Ladungen beanstandet. Aber es ist uns seitens der Kreiskommunalverbände ans Herz gelegt, nicht gar zu scharf zu sein. Nun, gar zu scharf scheinen unsere Beamten bei der Abnahme wohl nicht vorzugehen, wie eben die Ausführungen des Herrn Wesemeier beweisen, man könnte im Gegenteil wohl noch etwas schärfer auftreten, und ich werde die entsprechenden Anweisungen dafür geben.

Herr Wesemeier brachte dann auch vor, daß 7 Pfund Kartoffeln für die Arbeiter und auch für die sonstige Bevölkerung zu wenig seien. Dem ist durch die Bundesratsverordnung vom 14. Oktober insofern Rechnung getragen, als für Schwerarbeiter eine gewisse Zulage gewährt werden soll, und durch die Verbrauchsregelung, die von der Landeskartoffelstelle herausgegeben ist, ist bestimmt, daß diese Zulagen in verschiedenen Staffeln gegeben werden sollen: zu  $3\frac{1}{2}$ , 5 und 7 Pfund. Auch darüber, was unter Schwerarbeitern zu verstehen ist, und in welchem Umfange den Schwerarbeitern diese Zulage gewährt werden soll, sind Verfügungen seitens der Reichskartoffelstelle erlassen. Erst vor wenigen Tagen haben wir die Verfügung bekommen, daß die Schwerarbeiterzulage nicht in dem Umfange gewährt werden soll, wie die Schwerarbeiterzulage hinsichtlich der Brotversorgung, sondern nur etwa 50 Prozent davon. Da in unserer Stadt 30 000 Personen als Schwerarbeiter Brotkartenzuschlag bekommen, werden in Genuß von Kartoffel-Zuschlagskarten nur 15 000 Personen kommen; mehr ist nicht zulässig.

Damit möchte ich meine Ausführungen schließen und will nur wünschen, daß die strengen Maßregeln, die jetzt angeordnet sind, mit aller Schärfe durchgeführt werden und den erwünschten Erfolg haben.

**Vorsigender:** Ich nehme ohne weiteres an, daß die Versammlung damit einverstanden ist, daß die Anfrage des Herrn Wesemeier mit dem Antrage Frede zusammen besprochen wird.

Stadtv. **Lauer:** Es war mir interessant zu hören, inwieweit der Stadtmagistrat bestrebt gewesen ist, die Kartoffelnot zu lindern, Herr Stadtbaurat Gebensleben war selbst in Berlin, und dort hat man ihm zugesichert: „Wir werden Sie im Falle der Not nicht im Stiche lassen, vorläufig aber trifft alle Maßnahmen, die getroffen werden können, um die Kartoffeln aus euren Lieferungsgebieten zu bekommen.“ Nun, nach meiner Meinung haben wir in Braunschweig jetzt sehr zweckmäßige scharfe Maßnahmen getroffen, indem die Militärbehörde jetzt regelmäßig Militärkommandos ausschickt, und diese haben es zu unserer Freude ja auch schon fertiggebracht, an solchen Stellen Kartoffeln zu finden, deren Oberfläche durch Ranken von Kürbissen schön geschmückt war. Wenn man unter dem Eindruck solcher Erfahrungen steht und von Berlin aus die Antwort bekommt, es sollten nur alle Maßregeln angewandt werden, dann wäre es Pflicht auch der anderen Bundesstaaten, ebenso wie in Braunschweig scharfer einzugreifen. Werden solche scharfe Maßnahmen nur in Braunschweig getroffen, so ist das nur eine halbe Arbeit. Wirkung im vollen Maße wird nur erzielt werden, wenn auch außerhalb Braunschweigs die gleichen Maßnahmen ergriffen werden.

Der Herr Antragsteller hat auch von einem Ausführverbote gesprochen. Ich meine, wenn wir jetzt erst noch anfangen wollen, in solche Verhandlungen zu treten, dann ist der Krieg herum, wenn sie beendet sind; dazu ist es zu spät. Es ist doch sehr bedauerlich, daß wir so vernachlässigt sind, und die Unruhe darüber ist kaum noch einer Steigerung fähig. Dazu kommt noch, daß die Brotration für die Schwerarbeiter leider wieder hat reduziert werden müssen.

Nun hat der Herr Antragsteller die Frage aufgeworfen: Welche Maßnahmen soll man treffen? Ich verweise auf den deutschen Städtetag, dem wir bekanntlich angehören. Von einem Eingreifen desselben habe ich bei alle diesen Katastrophen nie etwas gehört. Diese deutsche Städtevereinigung, für die wir verhältnismäßig viel Beiträge bezahlen, hat sich in der ganzen Ernährungsfrage niemals hier vernehmen lassen. Ich weiß nicht, ob man unter diesen Umständen nächstens dieser Städtevereinigung noch weiter angehören will. Es wäre doch zu prüfen, da mehr oder weniger sich der Gegensatz zwischen Stadt und Land herausgebildet hat, ob nicht gerade in dieser Frage der deutsche Städtetag die berufene Stelle wäre, um

von sich aus als große allgemeine Vereinigung der Städte gegen diese trostlosen Verhältnisse, wie sie leider Gottes von unpatriotischen Leuten auf dem Lande herbeigeführt werden, vorzugehen.

Wenn ich richtig unterrichtet bin, liegen die Verhältnisse des Kartoffelmangels teilweise so, daß vor Monaten bei einer Feststellung der Ernteaussichten eine Statistik benutzt worden ist, die nicht zutrifft. Mir ist gesagt, man habe um Auskunft über das voraussichtliche Ergebnis bei großen Rittergutsbesitzern angefragt, die selbst keine Kartoffeln bauen, und daß letztere insolgedessen Angaben gemacht hätten, die nicht stimmten. Die Oberbehörde hält sich aber jetzt daran und verlangt aus unserem Lande die Kartoffeln, deren Menge irrtümlich falsch angegeben sein soll.

Es wäre im übrigen durchaus wünschenswert, daß der schöne Erfolg, den die Militärkommandos im Braunschweigischen erzielt haben, auch auf andere Bundesstaaten übertragen würde.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Gegenüber dem Vorwurfe, den Herr Lauer dem deutschen Städtetage gemacht hat, möchte ich nur bemerken, daß der Vorstand des deutschen Städtetages es allerdings nicht für angemessen erachtet hat, den Städtetag zu einer Vollversammlung zusammenzuberufen, sondern daß er von der Vorschrift, die in den Statuten enthalten ist, Gebrauch gemacht hat, daß bei wichtigen Fragen der große Ausschuß des Städtetages zusammenzurufen ist. Es gehören dazu die Vertreter aus ungefähr 50 Städten. Wir sind vor ungefähr drei Wochen in Berlin zusammengetreten und haben lange Beratungen abgehalten, wobei alle diese Fragen eingehend erörtert sind. Allerdings trat damals schon die Besorgnis hervor, daß die Sache so verlaufen würde, wie sie tatsächlich verlaufen ist, und der Vorstand des deutschen Städtetages ist deshalb von dem genannten Ausschusse beauftragt, an zuständiger Stelle vorstellig zu werden. Das ist auch geschehen, aber der Erfolg ist leider ausgeblieben. Also einen Vorwurf kann man dem Städtetage über mangelnde Tätigkeit in dieser Sache nicht machen, und ich nehme an, daß Herrn Lauer diese Tätigkeit des Städtetages nur nicht bekannt geworden ist. Es ist aber dieser Beschluß des Ausschusses auch in den Zeitungen mitgeteilt, allerdings etwas vorsichtig gehalten.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich kann bestätigen, daß in den ganzen letzten vergangenen Monaten kaum eine Woche verstrichen ist, in der nicht wichtige Mitteilungen seitens des deutschen Städtetages, insbesondere seines verdienten Geschäftsführers Dr. Luther in Berlin, der auch dem Beiräte des Kriegsernährungsamtes angehört, an uns ergangen sind. Der Städtetag ist in allen diesen Ernährungsfragen fortgesetzt tätig gewesen. Es hat sich wohl diese Tätigkeit der

Kenntnis des Herrn Lauer entzogen, aber gearbeitet hat der Städtetag in unserer und aller deutschen Städte Interesse aufs reichlichste.

Ich möchte weiter wegen der Ernteterminierung und Voranschätzung der Ernteergebnisse darauf hinweisen, daß wir im Gebiete der Stadt Braunschweig, um brauchbare Unterlagen für die statistischen Schätzungen zu gewinnen, nicht an die Großbetriebe geschrieben haben, sondern an die Vorstände der Feldmarksgemeinden herangetreten sind, in denen bekanntlich Gärtner, wie auch größere und kleinere Landwirte sitzen, also durchgehend in Landwirtschaft und Gartenbau erfahrene Männer. Ich habe die Herren zu mir persönlich eingeladen, die Sache mit ihnen besprochen und besonders darauf hingewiesen, daß sie vorsichtig schätzen möchten und, wenn sie den Durchschnitt genommen haben, die Zahlen nach unten abzurunden. Wir sagten uns alle, daß es keinen Zweck haben kann, uns und andere Leute mit falschen, allzu günstigen Zahlen zu betrügen. Ich weiß nicht, wie anderwärts vorgegangen ist, aber ich habe bisher immer den Eindruck gewonnen, daß man in den braunschweigischen Landwirtschaftskreisen auch bestrebt gewesen ist, die Schätzung eher nach unten als nach oben zu drücken.

**Stadtv. Stegmann:** Ich möchte die Gelegenheit der Besprechung dieser Angelegenheit zu einer kurzen Anfrage an den Magistrat benutzen. — Es besteht in der Stadt die Befürchtung, daß denjenigen Einwohnern, welche Kartoffeln durch Bezugsscheine bezogen haben, und zwar nicht 7, sondern 9 Pfund, das Mehr an Kartoffeln, welches sie auf diese Weise erhalten haben, aus den Kellern abgeholt werden würde, wenn es mit der Zufuhr von Kartoffeln hapert. Das Gerücht ist wohl darauf zurückzuführen, daß im Kreise Wolfenbüttel bereits Ähnliches vorgekommen sein soll.

**Stadtbaurat Gebensleben:** Ich möchte zunächst auf diese letzte Frage antworten. In der angeregten Sache sind wir in der Stadt Braunschweig noch verhältnismäßig glücklich gestellt. Diejenigen, die im Bezugsscheinverfahren Kartoffeln sich verschafft haben, werden ihre Kartoffeln selbstverständlich im Keller behalten, denn sie haben sich ja nur bis zum 15. April eingedeckt. Angerechnet wird ihnen das Mehrbezogene natürlich auch, und zwar in der Weise, daß für sie der Endpunkt der Versorgungszeit um etwas hinausgerückt wird. Wer sich also unter Berücksichtigung eines Kopfsatzes von 9 Pfund eingedeckt hat, wird mit dem eingekellerten Vorrat etwa bis zum 6. Juni reichen müssen. Etwas anderes ist es bei den Überschußverbänden, zu denen aber die Stadt Braunschweig nicht gehört. In den Überschußverbänden hat man sich von vornherein bis zum 15. August 1917 eindecken können, und da jetzt die Kartoffelmenge reduziert ist, so müssen allerdings jene Leute das, was ihnen nicht zukommt, demnächst wieder herausrücken. Derartige Verhältnisse liegen ja aber in der Stadt Braunschweig nicht vor.

Vorhin hatte Herr Wesemeier noch die Anfrage gestellt, ob der Wintervorrat für die hiesigen Einwohner noch geliefert werden wird. Ich glaube, aus meinen Ausführungen werden die Herren schon vernommen haben, daß wir heute noch nicht wissen können, ob und in welchem Umfange wir in der Lage sind, Wintervorrat für unsere Einwohner zu liefern. Wir hoffen aber, daß wir in den nächsten Wochen noch so viele Kartoffeln hereinbekommen, daß wir nicht bloß ein genügendes Quantum auf Lager legen können, sondern auch der Braunschweiger Bevölkerung, die bei uns Kartoffeln bestellt hat, einen gewissen Prozentsatz zufahren können, hoffentlich wenigstens 25 Prozent der Bestellungen — ich möchte allerdings, es wären 100 Prozent.

Nun noch eins. Herr Wesemeier wies vorhin darauf hin, es wäre unrecht, daß die Stadt schon im Oktober die ganzen Beträge für die Kartoffeln, die erst während des Winters geliefert würden, im voraus einkassiert hätte. Ja, meine Herren, damals im Anfang Oktober wiegten wir uns noch in der angenehmen Hoffnung, daß wir die Kartoffeln im ganzen Umfange hereinbekämen und rechtzeitig liefern könnten. Leider ist das nicht der Fall. Wir haben im Magistrat darüber beraten, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Bevölkerung aufzufordern, nunmehr die ganzen Beträge wieder abzuholen; wir sagten uns aber, zur Beruhigung werde das nicht gerade beitragen. Wer jedoch gern wieder in den Besitz seines Geldes kommen will, weil er Zinsverlust befürchtet, den möchte ich bitten, gleich morgen oder übermorgen zu der für ihn zuständigen Kartenverteilungsstelle zu gehen und das Geld wieder abzuholen; es wird ihm ohne weiteres zurückgezahlt. Der Betreffende wird dabei auch keine Gefahr laufen, daß er bei der Winterversorgung deshalb übergangen wird.

**Stadtv. Voelchigt:** Schon in der vorigen Sitzung habe ich darauf hingewiesen, daß die Regierung wohl Vorschriften erlassen hat, daß wir Kartoffeln bekommen können, aber daß sie nicht auf Ausführung der Vorschriften hält; es müßten Zwangsmaßregeln ergriffen werden, daß uns die Kartoffeln auch geliefert werden. Dasselbe ist dem Magistrat von Herrn Landrat Peters in Berlin mitgeteilt. Der Magistrat hatte alles hergerichtet, Herr Regierungsrat Spannuth eine schöne Liste aufgestellt, woher die Kartoffeln kommen sollten, es war aufs beste darauf hingearbeitet, aber erst vor acht Tagen hat man begonnen, Druck dahinter zu setzen, daß die Kartoffeln wirklich herauskommen. Die Kartoffelernte ist ja nicht gut ausgefallen, vielleicht ist es auch nur eine Mittelernte, um nicht zu sagen schlechte Ernte. Aber wir haben doch gehofft, daß die Kartoffeln zur menschlichen Ernährung dasein würden. Warum sind die strengen Maßnahmen nicht vor drei Wochen ergriffen? Dann müßten die Kartoffeln schon in unserem Besitz sein. Gott ist uns ja gnädig gewesen, indem das Wetter noch günstig ist und es nicht

friert. Wenn wir aber in acht Tagen Frost haben sollten, dann mag ich nicht sehen, was dann kommen würde. Wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß Tausende und aber Tausende von Zentnern Kartoffeln auf der Bahn erfrieren, dann muß die Regierung ganz energigisch eingreifen und dafür sorgen, daß die Landwirte, die uns die Kartoffeln liefern sollen, auch endlich zur Lieferung schreiten. W i r können es doch nicht.

Verkehrt scheint es mir, daß der Bezug von Kartoffeln durch Bezugsscheine jetzt verboten ist. Wenn dieses Verfahren nicht von der Kreisdirektion aufgehoben wäre, so würde es doch immer noch einzelne Bauern geben, die auf diese Weise noch Kartoffeln anliefern würden, und die hätten wir dann doch wenigstens hier. Es ist doch gleich, auf welche Weise die Leute ihre Kartoffeln bekommen, und wer Kartoffeln abliefern muß, muß sie abgeben, ob nun mit oder ohne Bezugsschein.

Stadtv. **Niese:** Es kommt mir so vor, als ob wir mit unserer Kartoffelversorgung um 50 Jahre zurückgegangen sind. An eine solche Kartoffelknappheit kann ich mich nicht erinnern, das Jahr 1847 ausgenommen, wo es noch keine Eisenbahnen gab. Damals waren die Kartoffeln so sparsam, daß der Himten 1 Taler 4 Gutegroschen kostete, während sonst nur 4 Gutegroschen bezahlt wurden. Wenn es schon das vorige Jahr schlecht war, so ist es doch in diesem Jahre ganz schlimm. Wir müssen preußische Schweinekartoffeln essen, und unsere braunschweigischen Kartoffeln werden in Deutschland spazierengeführt.

Woran liegt die heutige Kalamität? Ich erinnere daran, daß die Herren im Bundesrate den Höchstpreis für Frühkartoffeln auf 10 *M* festgesetzt hatten, und infolgedessen wurden alle möglichen Sorten als Frühkartoffeln aufgerissen und zu dem hohen Preise vertrieben. Es ist jetzt so oft vorgekommen, daß, wenn die Regierung etwas unternahm, es anders hätte sein müssen. Wir werden gezwungen, unsere braunschweigischen Kartoffeln nach Rheinland und Westfalen zu liefern und bleiben bei den Lieferungen selbst zurück. Wir müssen erst vor anderen Häusern stehen und an uns zuletzt denken; das ist doch vollständig verkehrt.

Ich bin überzeugt, im nächsten Jahre wird es noch schlimmer werden, wenn wir nicht auf unsere braunschweigische Landesregierung einwirken, damit die 50 braunschweigischen Domänen gezwungen werden, Kartoffeln zu bauen. (Sehr richtig!) Wie ist es denn? In Destedt, das ein paar tausend Morgen Land hat, werden nur auf 12 Morgen Kartoffeln gebaut, und in Hemkenrode sind den kleinen Leuten die Kartoffeln weggenommen und den großen Herren zugefahren. Aus Erkerode hätten uns die kleinen Leute gern Kartoffeln geliefert, aber sie müssen ihre Kartoffeln nach der Anstalt fahren, trotzdem diese selbst einen großen Hof hat und selbst Kartoffeln erzeugen kann.



Man hat uns erwidert: Nicht auf jedem Boden wachsen die Kartoffeln! Es war auch ein großer Domänenpächter, der das sagte. Nun, diese Weisheit kannte ich schon, als ich noch nicht 12 Jahre alt war, und ich weiß auch, daß mit den Feldfrüchten gewechselt werden muß. Aber auf dem Lande, wo Zuckerrüben gedeihen, da wachsen mindestens auch Kartoffeln, und so viel Land ist bei den großen Gütern immer vorhanden, daß für Kartoffelbau gesorgt werden kann. Damit es im nächsten Jahre nicht noch schlimmer wird, wäre es angebracht, schon heute auf die Regierung einzuwirken, daß sie den Domänen vorschreibt: Ihr habt nicht allein für euren Bedarf Kartoffeln zu bauen, sondern sondern soviel, und davon habt ihr zu Marktpreisen abzugeben. Dazu ist es heute noch nicht zu spät; wenn auch die Winterfrucht schon bestellt ist, so ist doch der Boden für die Sommerfrucht noch frei. Wird solche Anordnung später getroffen, dann nützt es nichts mehr, und dann kann uns auch der Bundesrat, die Reichs- und Landeskartoffelstelle nicht mehr helfen.

Ich habe zu Herrn Regierungsrat Spannuth gesagt: „Großherrlich wird man als Beirat zur Preisprüfungsstelle für Kartoffeln und Gemüse ernannt, aber einzuwirken auf die Sache, dazu hat man kein Recht.“ Wir haben überhaupt kein Recht. Es ist bedauerlich, daß wir über diese Dinge uns unterhalten müssen und nichts daran bessern können, weil uns die Macht fehlt. Man muß sich wundern über die Duldsamkeit der Frauen, die fortwährend noch nach Kartoffeln laufen müssen, daß sie ihrem Unmut nicht Luft machen und sämtliche Fenster einwerfen. Wir wünschen so etwas selbstverständlich nicht, aber solche Zustände treiben die Leute doch dazu! Die Ernährung mit andern Nahrungsmitteln, mit Fleisch und Fett ist winzig, ungenügend, und das am allermeisten begehrte Nahrungsmittel wird in Tropfen verzapft. Statt 10½ Pfund gibt es nur 7 Pfund, man redet schon davon, daß es nur 5 Pfund geben werde. Nun, das kommt vielleicht auch noch. Da muß man sich wundern, daß die Bevölkerung ruhig diese Dinge über sich ergehen läßt.

Wenn die Regierungen keine Maßnahmen treffen können, die Abhilfe schaffen, wenn sie so eingeschränkt in ihren Mitteln sind, was nützt uns da die Selbstverwaltung der Kommune Braunschweig? Sie hat ja nichts zu sagen; die Landesregierung hat ebenso nichts zu bestellen, und alles wird dort von Berlin aus diktiert und in solchem Maßstabe, daß wir uns dabei schlechter stehen als bei der ärgsten Kleinstaaterei! Wenn auch bereits auf Kürbisbeeten und an Stellen, wo schon gesät ist, Kartoffeln sich befinden und die schließlich ausfindig gemacht sind, so sind das nur kleine Quantitäten. Es muß noch mehr vorhanden sein, irgendwo liegen sie noch; die Bevölkerung hat früher genügend Kartoffeln gehabt, und auch bei der diesjährigen minimalen Ernte muß für die menschliche Bevölkerung genügend da sein. Es liegt an der Regierung, die nicht genügend Maßnahmen getroffen hat,

um die allernotwendigsten Nahrungsmittel der städtischen Bevölkerung zugänglich zu machen.

Stadtv. **Frede** (verzichtet auf's Wort).

Stadtv. **Lauer**: Im Hinblick auf die gemachten bösen Erfahrungen würde es vielleicht Gegenstand der Erörterung sein müssen, ob wir nicht stadtseitig an die Regierung herantreten sollten mit der Bitte, unverzüglich den braunschweigischen Landtag zusammentreten zu lassen. Es bedarf das nur der Absendung von *sou-*so viel Depeschen, dann ist die Sache zu ermöglichen. Ich weiß sehr wohl, daß bestimmte Gesetzesbestimmungen für eine Einberufung des Landtages bestehen, und daß sie eine gewisse Zeit im voraus zu erfolgen hat. Wenn aber eine derartige Notlage vorliegt, wie sie hier immer und immer wieder in der schlimmsten Weise hat geschildert werden müssen, dann ist es wohl zu verstehen, wenn wir uns auf schnellstem Wege an unsere Landesvertretung wenden.

**Vorsigender Hartung** (schließt die Beratung).

Der Antrag Frede wird angenommen, dem Anschein nach einstimmig.

## 10. Antrag Frede auf Einrichtung von städtischen Mittelstandsküchen.

Wortlaut des Antrages s. S. 364.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Als die Kriegsküchen in Braunschweig eingeführt wurden, habe ich mir mit großem Interesse den Betrieb in verschiedenen Küchen angesehen und dabei den Wunsch gehabt, daß auch etwas Ähnliches für die Angehörigen des Mittelstandes erfolge. Ich muß leider wieder auf die Angehörigen dieses Standes zu sprechen kommen, trotzdem wir uns vorhin ausgiebig darüber unterhalten haben. Ich unterstreiche nochmals, daß ich als Angehörige des Mittelstandes nicht die ansehe, die mit Diensthoten umgeben sind, und die als solche hingestellt sind, die in den Restaurationen essen können, sondern ich betrachte als Angehörige des notleidenden Mittelstandes diejenigen, die allerdings keine Diensthoten haben, aber durch ihren Bildungsgrad und ihr Einkommen für gewöhnlich zu den besseren Schichten gezählt werden — ich will lieber sagen gehobenen Schichten; nun, Sie wissen ja, was ich meine.

Diesen Leuten geht es wahrhaftig in der gegenwärtigen Zeit bitter schlecht. Ich habe mich vorhin nicht weiter an der Aussprache beteiligt, um das nachzuweisen, aber es ist tatsächlich so. Der Kapitalismus, die Plutokratie, profitiert vom Kriege und steht sich gut; die Industrie — Metall-, Munitions- oder Lederindustrie — heimst ihre Kriegsgewinne ein und gedeiht sehr gut; die Arbeiter in

den Fabriken — das ist zugegeben und kann auch nicht bestritten werden — verdienen heute ganz ausgezeichnet; Not aber leidet der Mittelstand, den ich hier gekennzeichnet habe. Diese Leute möchten sich liebend gern beteiligen an dem Mittagessen, das in den Kriegsküchen ausgegeben wird, und es hat mir einen Stich ins Herz gegeben, als ich sehen mußte, daß solche Frauen zurückgewiesen sind und ihnen gesagt wurde: Sie können nichts bekommen! So ist es gewesen, ich hörte von Herrn Dr. Kahlert, daß die Ausgabe nicht mehr so gehandhabt wird. Aber nach dem, was ich gesehen habe, ist es zu verstehen, daß die Angehörigen dieser Kreise sich da nicht drängen und Essen holen.

Nun habe ich die Entwicklung dieser Küchen in andern Städten verfolgt und gesehen, daß in Berlin eine große Anzahl von Mittelstandsküchen eingerichtet sind, ebenso auch in Köln und anderen Städten eine erhebliche Anzahl. Ich kann annehmen, daß die Herren von der Einrichtung solcher Küchen Kenntnis haben, und ich brauche deshalb wohl nicht sonderlich viel Beispiele aus anderen Städten anzuführen. Sie werden wissen, daß die Portion Essen in solchen Küchen ungefähr 60 Pf. kostet, und der Mittelstand würde auch hier gern dieses Geld ausgeben, das doppelt so hoch ist, wie es in den Kriegsküchen gefordert wird, wenn er nur in die Lage versetzt würde, sich zu beteiligen. Bei einem großen gemeinsamen Betriebe wird manches erspart, beispielsweise an Feuerung, die Nahrungsmittel lassen sich billiger einkaufen und zubereiten. Es ist auch in der Zeitung schon oft der Wunsch nach Einrichtung solcher Küchen ausgesprochen, und ich bitte sehr, diesem Wunsch entgegenzukommen, wenigstens den Versuch mit Einrichtung einer solchen Küche zu machen. Bewährt sich der Versuch — und ich bin überzeugt, daß das geschehen wird —, so glaube ich, Sie werden auf dieser Bahn fortschreiten und mehrere solcher Anstalten einrichten.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung.

## 11. Anfrage Wesemeier über Gewährung von vollen Brotarten an Kinder unter 8 Jahren.

Wortlaut der Anfrage j. S. 364.

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Ich habe denselben Antrag, Kindern unter 8 Jahren volle Brotarten zu gewähren, schon gestellt, als die Ausgabe der Brotarten eingeführt wurde. Tatsache ist es, daß Kinder unter 8 Jahren mit einer halben Brotarte nicht auskommen können, jedenfalls aber die Kinder von 4—8 Jahren nicht. Es hat mich mit bestimmt zu dieser Anfrage die Tatsache, daß

gerade die Arbeiterkreise und auch die anderen Elternkreise auf das geringe Quantum von Lebensmitteln selbst angewiesen sind, was sie für ihre Person bekommen, aber in den meisten Fällen vom eigenen sowieso kaum zureichenden Quantum an ihre Kinder abzugeben gezwungen sind. Das ist zweifellos nicht gut möglich und zeitigt böse Zustände auch für die erwachsene Bevölkerung, die Kinder unter 8 Jahren zu versorgen hat. Damals versicherte Herr Stadtv. Dr. Kleinknecht, daß Kinder unter 8 Jahren gut mit einer halben Brotkarte auskommen könnten. Die Versammlung hat sich dieser Ansicht damals leider angeschlossen, so daß die Einführung der Vollkarten für solche Kinder nicht zustande kam.

Wie will man heute aber noch begründen, daß Kinder unter 8 Jahren mit einer halben Brotkarte auskommen könnten, wo alle Lebensmittel im Quantum sowohl wie auch in der Güte — das kann man offen sagen — gegen früher so sehr herabgemindert sind? Daß Herr Dr. Kleinknecht mit seiner entgegenstehenden Meinung nicht recht hat, beweisen die Eingekandts in den Zeitungen, die verfaßt wurden, um den Unmut zu erkennen zu geben, der in allen Schichten der Bevölkerung darüber vorhanden ist, daß den Kindern unter 8 Jahren nur halbe Brotkarten zugeteilt sind. Es ist möglich, daß einzelne Bevölkerungsschichten mit solchen halben Brotkarten für ihre Kinder auskommen; das sind die Schichten, die auch mit 7 Pfund Kartoffeln auskommen, die ihre Lebensmittel auf andere Weise erlangen können, und die auch kräftigere Lebensmittel zu kaufen in der Lage sind. Es gibt noch eine ganze Menge, die nur ihre Büchsen aufzumachen brauchen, wie sie nur den wohlhabenden Schichten zur Verfügung stehen. In den Geschäften auf dem Bohlwege und bei Röber finden sie noch eine ganze Menge nahrhafte Sachen zu kaufen, wenn sie nur Geld genug haben. Ich für meine Person könnte solche Sachen allerdings nicht kaufen.

Außerdem möchte ich darauf aufmerksam machen, daß auch hier wieder eine Ungleichheit zwischen der Stadt- und Landbevölkerung vorhanden ist. Der Landbevölkerung ist ohne weiteres durch Bundesratsbeschluß gewährleistet, daß sie für jeden Kopf der Familienangehörigen und der bei ihnen beschäftigten Personen ein bestimmtes Quantum Mehl verbrauchen kann; für das ganze Jahr ist das den Selbstversorgern sichergestellt, soweit irgend eine Person in Frage kommt, ohne Rücksicht auf das Alter. Der Stadtbevölkerung wird so etwas nicht gewährt; immer wieder sehen wir, daß die Landbevölkerung bevorzugt wird. Bei den Kartoffeln ist es genau so: die Landbevölkerung, soweit sie zu den Selbstversorgern gehört, kann für jeden Kopf des Haushalts  $1\frac{1}{2}$  Pfund verbrauchen, die Stadtbevölkerung aber nicht. Es ist also gerade so, wie auf dem Gebiete des Brotverzehr.

Ich bin der Ansicht, daß es durchaus notwendig ist, auch den Kindern unter 8 Jahren, vielleicht von 4 Jahren an, die ganze Brotkarte zu gewähren, und möchte

den Magistrat bitten, Auskunft zu geben, ob er schon Stellung zu dieser Frage genommen hat und wie weit die Sache gediehen ist.

**Stadttrat von Franckenberg:** Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß man bei der Einführung der Verteilung des Brotes und Mehls, wie wir sie im Februar 1915 vornehmen mußten, sehr verschiedener Meinung darüber sein konnte, wie weit man bei der Berücksichtigung der Kinder in den ersten Lebensjahren gehen sollte. Damals hatte sich der Magistrat nach dem Gutachten des Mehlsverteilungsausschusses, dem auch Herr Sanitätsrat Dr. Kleinfnecht angehörte, dahin entschieden, daß für Kinder bis zu 8 Jahren eine halbe Brotkarte genüge. Der Magistrat erkennt aber nicht, daß sich inzwischen die Verhältnisse anders gestaltet haben. Die Knappheit in der Zuteilung aller Lebensmittel, vor allen Dingen die Knappheit an Milch, hat uns zu der Überzeugung geführt, daß es wünschenswert ist, in der Zuteilung der geringeren Menge für Kinder unter 8 Jahren Wandel zu schaffen.

Als sich der Stadtmagistrat entschlossen hatte, diese Änderung eintreten zu lassen, kamen auch die Ärzte, die seit Wochen in mühsamer und dankenswerter Tätigkeit bei der Prüfung der Zeugnisse für besondere Zuteilung von Fleisch, Eiern, Fett, Öl, Grieß, Mehl beschäftigt sind, und wurden beim Stadtmagistrat vorstellig, man möchte den Kindern vom 6.—8. Lebensjahre, also zwei Jahreshgruppen, eine volle Brotkarte zugestehen. Der Magistrat hat darauf den Mehlsverteilungsausschuß am vorigen Freitag gehört und hat sich entschlossen, dieses Zugeständnis zu machen, also den Kindern im Alter von 6 Jahren an eine volle Brotkarte zu geben.

Dieser Antrag ist an die Kreisdirektion schon abgegangen, die Hausbesitzer werden in der nächsten Woche die Listen ausfüllen, und wir werden denjenigen Kindern, die bis zum 17. Dezember 6 Jahre alt werden, schon bei der nächsten Brotkartenausteilung die volle Brotkarte geben. Wir werden der Einfachheit halber das Verfahren so fortsetzen, daß wir den letzten Tag der Brotkartenfolge, die der Ausgabe vorangegangen ist, für die Erreichung des Alters von 6 Jahren entscheidend sein lassen. Es wird also bei der übernächsten Brotkartenausgabe ein Zeitpunkt um die Mitte des Februars entscheidend sein usw.

Daß wir nicht sofort oder in der nächsten Woche schon die Maßregel eintreten lassen, hängt damit zusammen, daß wir das Mehl für die dann besonders auszugelenden halben Brotkarten für Kinder von 6—8 Jahren im Augenblick nicht zur Verfügung haben, denn es wäre ein Kunststück, Karten für 5000 Kinder auszugeben, wenn man das Mehl dafür nicht zur Verfügung hat. Wir müssen beizeiten dafür sorgen, daß Mehl gespart wird, und deshalb bietet mir die Anfrage des Herrn Wesemeier einen willkommenen Anlaß dazu, an alle Herren, die bei der Verteilung der Zuschlagskarten für Schwerarbeiter beteiligt sind, an die Inhaber

von Betrieben sowohl, wie an die Herren, welche der Arbeiterschaft nahestehn, die Bitte zu richten: Wirken Sie mit uns darauf hin, daß diese Übergangszeit gut überwunden wird von denjenigen, die bisher mit weitgehenden Sondervergünstigungen von uns bedacht wurden, indem sie zwei halbe Brotkarten als Zuschlag bekamen. Wir sind, nachdem der Mehlmehlwirtschaftsausschuß auch diese Maßregel befürwortet hat, dazu übergegangen, aus diesen zwei halben Brotzuschlagskarten für Schwerarbeiter in den meisten Fällen eine zu machen, haben allerdings einen Spielraum bis auf weiteres gelassen, indem wir 10 Prozent der beteiligten Schwerarbeiter nach verständiger Auswahl der Betriebsleitungen noch mit zwei Zuschlagskarten bedenken. Darüber hinaus würden wir nicht gehen können, selbst nicht auf die Drohung, daß die betroffenen Arbeiter nicht imstande wären, die Arbeit fortzusetzen. Ich kann und will nicht glauben, daß diese Maßregel, die eng mit unserer Jugendfürsorge zusammenhängt, und die den Kindern von 6—8 Jahren in einer Anzahl von 5000 eine zweite halbe Brotkarte bringen soll, nicht von unserer ganzen Bevölkerung mit Freuden begrüßt würde, und daß nicht auch alle Beteiligten bereit sind, gewisse Zugeständnisse dafür zu machen. Es ist mir erzählt, daß man die Schwerarbeiter an einer Stelle gefragt habe, wie sie über die Maßregel dächten, und es sei von ihnen geantwortet, man hielte das nicht für nötig, die Arbeiter wollten die doppelte Zuschlagskarte, die sie bisher bekommen hätten, nicht missen. Das mag eine vereinzeltere Äußerung sein, im großen und ganzen wird die Äußerung so lauten, daß man sagt: Es kommt den meisten Familien auf die Weise, daß den Vätern die zweite Zuschlagskarte genommen und ihren Kindern zwischen 6—8 Jahren gegeben wird, die Zuschlagskarte doch wieder zugute.

Ich glaube also, daß man sich mit dieser Maßregel wird befreunden können, außerdem aber zwingen uns die Verhältnisse dazu, nachdem uns von der Regierung mitgeteilt ist, die im Sommer besonders reichlich ausgefallene Zuteilung an Mehl könne nicht in der gleichen Weise fortgesetzt werden. Wir bekommen noch so viel Zuschlagsmehl, daß wir etwa 26 000 Zuschlagskarten verteilen können, und wir haben selber noch so viel Mehl, daß wir 8—10 000 derartige Karten ausgeben können. Dabei sind aber mit zu berücksichtigen die Personen, die auch seitens der geehrten Herren einer besonderen Fürsorge würdig bezeichnet wurden: Kranke, hoffende und stillende Mütter, denen wir rund 3000 halbe Zuschlagskarten geben. Auch diese müssen bei der Gesamtzahl mit berücksichtigt werden, und jeder Schwerarbeiter, der seine Hoffnungen und Wünsche nicht voll befriedigt sieht, sondern nur eine Zuschlagskarte bekommt, wird sich verständigerweise sagen: Dann will ich mich begnügen, damit die Kinder und diejenigen, die für den Nachwuchs zu sorgen haben, bedacht werden können.

Es wäre dankbar zu begrüßen, wenn die Herren uns in der nächsten schwierigsten Zeit bei der Durchführung der eben klargelegten Maßnahmen unterstützen würden.

## 12. Anfrage Steinbrecher über die Menge schlecht gewordenen städtischen Specks.

Wortlaut der Anfrage: „Ist der Magistrat bereit, Auskunft über die Menge des bei Herrn Dieckmann schlecht gewordenen Specks zu geben?“

Stadtv. **Steinbrecher** (zur Begründung): Ich stelle die Anfrage deshalb, weil in der Bevölkerung, und besonders in der Arbeiterbevölkerung, die unglaublichsten Gerüchte kursieren über die Menge des Specks, der bei Herrn Dieckmann verdorben sein soll. Von einer Seite ist schon die Meinung verbreitet, daß es sich um Hunderte von Zentnern handle. Wenn es auch nur an die 30 Zentner sind, so ist dieser Verlust schon sehr zu bedauern. Ich würde es im Interesse der Bevölkerung begrüßen, wenn festgestellt würde, wie es möglich war, daß bei einem Fachmann, wie Herrn Dieckmann, der Speck schlecht werden konnte, und genau mitgeteilt würde, um wieviel es sich dabei handelt.

Stadtrat **Wagner**: Es handelt sich um eine Menge von etwa 37 Zentnern. Es war das holländische Speck, der am 7. Juli hierhergeschickt worden ist. Eine erste Ladung solchen Specks war schon vorher hier angekommen und gleich vertrieben, und bei der zweiten Sendung war durch die zuständigen Ausschüsse mit Zustimmung des Magistrats beschlossen worden, diejenigen Teile der Specksendung und der gesandten halben Schweine, die aus Holland ankämen, nach Möglichkeit durch sachverständige Unternehmer einsalzen zu lassen, um sie für die Zeit größeren Fettmangels als Notreserve und besonders als Wintervorrat zu behalten. Es wurde von den Herren Sachverständigen erklärt, man könnte die Ware unbedenklich einsalzen. Es ist dann längere Zeit hingegangen, in welcher der Speck in der Kühlhalle bei 2 Grad über Null blieb, die halb gesalzenen Schweine aufgehängt, die Speckseiten aufeinandergestapelt, bis sie herausgegeben wurden. Sie sind dann zu Anfang August an demselben Tage den Herren Reinecke und Dieckmann übergeben, jedem die Hälfte der gesalzenen Schweine und der Speckseiten. Beide Waren wurden in Sole gelegt und sachgemäß behandelt. Es ist vom Magistrat nach einiger Zeit angefragt, wie es um die Ware stände, und es ist darauf berichtet, es wäre alles in bester Ordnung. Auch Herr Dieckmann erklärte, wir könnten uns darauf verlassen, daß er die Ware, die ordnungsmäßig wäre, mit derselben Sorgfalt behandeln würde, wie wenn es sein Eigentum wäre. Nun kam ein Schreiben

des Herrn Diekmann vom 4. Oktober — eingegangen am 5. Oktober —, in dem es wörtlich heißt: „Es wäre nun zweckmäßig, wenn der bei mir lagernde Speck bald verkauft würde, ohne zu sagen, daß der Speck sonst etwa verderben könnte. Da es aber scheint, daß er infolge des langen Hängens mit der Luft überreichlich in Verbindung kam, so ist der Speck etwas abschmeckend geworden.“

Der 5. Oktober war ein Donnerstag, und das Schreiben war mir bis zum Beginn der Magistratssitzung nicht bekannt geworden. Es ist häufig infolge der außerordentlich großen Zahl von Eingängen an die Lebensmittelstelle mit der Übergabe der Schriftstücke an mich so spät geworden, daß die Magistratssitzung dann schon begonnen hatte; es ist aber auch stets Brauch gewesen, daß die als eilig bezeichneten Sachen in einem roten Eilbogen auch in die Sitzung hineingebracht worden sind, damit sie sofort durchgesehen und zur Beratung kommen konnten. Da mir die Sache nicht vorgelegt war, konnte sie erst am 9. Oktober zur Sprache gebracht werden, und ich habe den Aktenvermerk gemacht, daß der Magistrat beschlossen hätte, durch einen Sachverständigen die Ware prüfen zu lassen, ehe wir sie in Verkehr brächten, weil wir uns irgend welchen Unannehmlichkeiten beim Vertriebe nicht aussetzen wollten. Es ist dann als Sachverständiger zunächst Herr Bäsecke, ich glaube, nur bei Herrn Reinecke gewesen —, das kann ich nicht genau sagen. Der berichtete, es wäre doch besser, wenn noch ein anderer sich die Ware ansähe, er wolle nicht gern die Verantwortung allein übernehmen. Darauf ist noch der Obermeister Frobose mit dem Vorstandsmitgliede der Innung Herrn Diers bei beiden Herren gewesen, und diese beiden Sachverständigen haben erklärt, bei Herrn Reinecke wären sowohl der fette Speck — der also keine Fleischteile enthält — wie auch der andere — Karbonaden-, Schinken- und Bauchspeck — etwas dumpfig im Geruch, aber sonst einwandfrei; sie wären der Meinung, daß dieser Geruch in keiner Weise die Preiswertigkeit berühre. Dagegen wäre bei Herrn Diekmann nur der reine Speck so gut wie bei Herrn Reinecke, der magere Speck aber hätte einen ziemlich starken Geruch. Herr Frobose klappte noch sein Messer auf, das er gebraucht hatte, um Proben zu nehmen, und sagte: „Sie können sich überzeugen, daß das Messer heute noch darnach riecht.“

Nach dieser Mitteilung trug ich Bedenken, ohne tierärztliche Untersuchung den Verkauf der Ware anzuordnen, und bat Herrn Kreistierarzt Dr. Kramer um eine solche Untersuchung. Er hat die Ware zuerst nur flüchtig untersucht und bat, an beiden Stellen das Abschneiden einer Reihe kleiner Stücke vornehmen zu dürfen, weil er sonst kein abschließendes Urteil gewinnen konnte. Es kam dann von Herrn Dr. Kramer ein ausführliches schriftliches Gutachten, in dem es heißt, die Ware bei Herrn Diekmann und Herrn Reinecke sei, soweit es sich um reinen Speck handelte, vollwertig und genußtauglich, dagegen hätte der magere Speck bei Herrn Diekmann einen Geruch sowohl in der Pökel-Lake wie an den Stücken selber



gezeigt, der sich in mäßigem Grade auch in der Kellerluft fühlbar gemacht hätte. Er habe auch Kochproben gemacht und bei der Wärmesteigerung sei der Geruch intensiver geworden. Er trage unter diesen Umständen Bedenken, diese Ware ohne weiteres in den Verkehr bringen zu lassen. Es ist sofort der verstärkte Ausschuß zusammenberufen worden und unter Zuziehung des Herrn Dr. Kramer und des Herrn Dr. Lüning wie im Beisein von Herrn Diekmann die Angelegenheit erörtert. Es ist beschlossen worden, man wolle die ganze Ware, soweit sie aus magerem Speck bestände, fortholen lassen und dem Schlachthause überweisen, damit sie vom städtischen Tierarzt untersucht und entschieden würde, in welcher Weise eine unbedenkliche Verwertung stattfinden könne. Es kam besonders in Frage das Ausschmelzen des Fettes. Von Herrn Dr. Lüning wurde versichert, daß das Fett, auch wenn es nicht einwandfrei sei, geruchfrei und geschmackrein gemacht werden könnte, natürlich mit einem erheblichen Gewichtsverlust, weil das Fett höchstens die Hälfte des ganzen Gewichts ausmachen würde. Oder aber, es könnte die Ware ganz oder teilweise auf der Freibank verkauft werden und das übrige zum Ausschmelzen gebracht werden.

Am folgenden Morgen, als die Ware nach dem Schlachthause gebracht war, wurde ich telephonisch von Herrn Dr. Meyer und Herrn Dr. Kramer angerufen; sie meinten, es ginge wohl, die Ware auf der Freibank zu verkaufen. Später aber kam die telephonische Nachricht, es seien doch Bedenken entstanden, ob man die Ware auf der Freibank verkaufen könnte. Man habe an verschiedenen Stellen den Magerispeck angechnitten und ihn auch meistens einwandfrei befunden, aber an vier Stellen schon einen grünen Kern gefunden, der Eiweißzersetzung anzeige; sie möchten deshalb nicht riskieren, die Ware auf der Freibank zu verkaufen. Darauf ist beschlossen worden, die Ware der Talgschmelze zu übergeben. Ich habe Nachricht bekommen, daß das Ausschmelzen morgen beendet sein wird, und es wird dann zu prüfen sein, ob dieses Ausschmelzen genügen wird, um einwandfreies Speisefett zu liefern. Ist das durch das Ausschmelzen nicht möglich geworden, so wird das Fett nach der Raffinerie geschickt werden müssen, und es ist anzunehmen, daß, wenn wir es von dort zurückgeschickt bekommen, die Hälfte des Gewichts, 18 bis 19 Zentner beim Einschmelzen und Raffinieren verlorengegangen sind.

Nun ist namentlich eins bei der ganzen Sache erwähnt: Wir haben alle diese Untersuchungen, die natürlich eine gewisse Zeit erforderten, erst vorgenommen, nachdem wir der Ansicht waren, die von den verschiedenen Seiten — von Herrn Dr. Kramer, wie auch von Herrn Reinecke sowohl, als Herrn Diekmann — geteilt wurde, daß an dem Zustande des Specks, wie er nun einmal war, ein weiteres Lagern in der Salzlake nichts ändern könnte. Dann kam es auf zwei Wochen nicht an, und deshalb hielten wir eine weitere Verzögerung der Bearbeitung für unwesentlich, eine weitere Untersuchung aber für angebracht, weil in der Presse und

auch von der Polizei mitgeteilt war, daß sie verdorbene Rinderkopfteile bekommen hätten, die wieder aus dem Diekmannschen Betriebe stammten und bei dem Schlachtermeister Stein vertrieben worden waren. Es war in der Presse sehr stark über Herrn Diekmann hergezogen, und es war auch die städtische Ware herangezogen. Deshalb wollten wir vermeiden, daß nach kurzer Zeit etwas Derartiges von neuem vorkommen und in der Presse abfällig beurteilt werden konnte.

So ist der Verlauf der Sache gewesen, und wir glauben, daß man sich so am besten aus der Affäre gezogen hat. Selbstverständlich ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß durch das längere Hängen im Kühlhause der Prozeß des Verderbens befördert worden ist, obgleich uns nicht gesagt ist, daß bei einer derartigen Temperatur die Ware verderben könnte. Auf der anderen Seite ist zu beachten, daß die Hälfte der Ware, die bei Herrn Reinecke behandelt worden ist, einwandfrei geblieben ist, während die andere Hälfte verdorben ist. Es ist möglich, daß diejenigen Teile, die verdorben sind, schon den Kern des Verderbens in sich gehabt haben, ehe sie Herr Diekmann erhielt. Trifft das zu, so kann man ihm einen Vorwurf nicht machen. Bei Aufspeicherung solcher Waren muß man mit Verlusten rechnen, das ist auch wiederholt von dem Präsidenten des Reichsernährungsamts berichtet. Es kann in einem solchen Falle bei der Behörde nicht so klappen, als wenn nur ein privater Geschäftsmann sich mit der Sache befaßt. Bedauerlich ist das Vorkommnis, aber wir müssen uns in die Sache fügen.

Stadtv. **Loeschigt** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird unterstützt, und der **Vorsitzende** eröffnet die Besprechung.

Stadtv. **Loeschigt**: Tief bedauerlich ist es, wenn in dieser Zeit ein Nahrungsmittel, das man zur Konservierung eingelagert hat, seinem Zwecke nicht zugeführt werden kann, und besonders bedauerlich ist dies bei dem Speck, wo wir in dieser Zeit so sehr an Fettknappheit leiden. Wir haben von Herrn Stadtrat Wagner gehört, wie der Verlauf der Sache gewesen ist. Ich hätte besonders noch gewünscht, daß, wenn es möglich ist, das Gutachten von Herrn Dr. Kramer, das im Ernährungsausschusse verlesen wurde, auch hier in der Versammlung wortgetreu zur Verlesung kommen würde.

Sie haben von Herrn Stadtrat Wagner gehört, daß damit zu rechnen ist, daß in diesen Zeiten solche Vorkommnisse eintreten können. Daß Herr Diekmann an diesem Vorkommnis schuld hat, ist mir vorläufig noch nicht bewiesen, denn auch ich bin bei der ganzen Sache mit tätig gewesen und habe gesehen, wie der Verlauf gewesen ist. Die Schweine und der Speck sind am 3. Juli eingetroffen. Ich habe vom Herrn Oberbürgermeister gehört, daß wir wieder nicht das Richtige bekommen

hatten, nur die *Sälzte Speck* und das andere gesalzene Schweine, und doch haben wir dafür dasselbe Geld bezahlen müssen wie für Speck. Der Herr Oberbürgermeister kann mir bezeugen, daß ich im Juli viermal bei ihm gewesen bin, allerdings nicht der Schweine wegen, sondern weil ich etwas anderes bei ihm zu tun hatte. Dabei hat mich der Herr Oberbürgermeister gefragt: „Wissen Sie nicht, hängen oder liegen die gesalzenen Schweine noch im Kühlhause?“ — Ich habe darauf antworten müssen, daß ich es nicht wüßte. „Wäre es nicht besser, sie kämen weg?“ fragte mich der Herr Oberbürgermeister, worauf ich antwortete: „Ich bin nicht Fachmann, aber man sollte doch annehmen, daß sie sich halten, wenn sie gesalzen sind.“ Ich fragte Herrn Dieckmann darnach, und er erwiderte mir: „Ich habe derzeit gesagt, sie müßten sofort verarbeitet werden.“ Darüber sind dann wieder einige Wochen vergangen, und der Herr Oberbürgermeister hat noch einmal gesagt: „Sie müssen doch nun endlich weg!“ Am Ende des Juli sind Herr Dieckmann und ich bei dem Herrn Oberbürgermeister gewesen, und der Herr Oberbürgermeister hat unter anderm Herrn Dieckmann auch gefragt: „Sind die Schweine noch nicht weg aus dem Kühlhause?“ Als Herr Dieckmann darauf antworten mußte, daß sie immer noch dort hängen, da hat der Herr Oberbürgermeister Herrn Stadtrat Wagner rufen lassen, und Herr Stadtrat Wagner hat auf die Frage darnach geantwortet, sie sollten in den nächsten Tagen weggebracht werden. Am 5. August sind sie dann Herrn Dieckmann und Herrn Reinecke übergeben.

Meine Herren, es handelt sich hier doch um die Frage, ob, wenn der Speck und die gesalzenen Schweine bei einem der Herren gut geblieben sind, sie auch bei dem anderen ohne Fehler sein müssen. Ich habe mich mit sechs verschiedenen Herren, Fachleuten, die es besser wissen müssen als ich, eingehend darüber unterhalten. Auch ein Herr, der ein volles Jahr in Altona für das Heer die Pöfelung besorgt hat, ist von mir befragt. Nachdem ich dem Herrn die Sache auseinandergesetzt hatte — das Fleisch sei vier Tage im Juli unterwegs gewesen, angekommen und im Kühlhause aufgehängt, der Speck hingelegt — hat er mir gesagt: „Ja, das Fleisch ist aus der Wärme in die Kühlhalle gekommen. Da ist es nicht unmöglich, wenn das Fleisch so lange gehängt hat, ohne verarbeitet zu werden, daß das Fleisch den Keim des Verderbens schon in sich gehabt hat, und daß es in Zersetzung übergehen mußte“ — wie es denn auch bei Herrn Dieckmann geschehen ist. Der Herr sagte mir weiter: „Die Schweine werden in Massen geschlachtet, gesalzen und kommen so zum Versand. In ähnlicher Weise werden wohl die Heringe behandelt; sie werden mit Salz vermengt, wie mit Klepen in die Fässer hineingeschüttet und dann die Tonnen zugemacht. Das können Sie jeden Tag bei uns im Schlachthause sehen. Die 9. Armee sollte täglich 200 Stück Rindvieh, das derartig behandelt ist, verarbeiten.“ Der Herr hat mir gesagt, mehr als 160 Rinder in einem Tage können hier nicht ordnungsmäßig geschlachtet und verarbeitet werden. Nun denken

Sie sich, daß die Schweine im Auslande geschlachtet sind, und auch dort wird es mit ihnen nicht so genau genommen sein, wie es geschehen müßte. Das sage ich mir jetzt. Eine Ladung ist vielleicht schon vorhanden gewesen, und 10—12 Schweine sind vielleicht noch nachgeschlachtet, und es können von den später geschlachteten 10—14 Hälften recht gut der Sendung zugeschnitten sein, die eigentlich noch in der Eile hätten liegen müssen.

Ich bringe alles dies nur so vor, wie es mir vorgebracht ist. Es sind so viele Möglichkeiten vorhanden, wie es draußen zugegangen sein kann, und es ist ja auch von Herrn Dr. Kramer anerkannt, daß die Schweine zu lange Zeit vorher gehängt haben, ehe sie verarbeitet sind. Es ist sehr leicht möglich, daß trotz der ordnungsmäßigen Behandlung, die Herr Diekmann der Ware hat angedeihen lassen, durch das lange Liegen und Hängen das Fleisch schon einen Stich bekommen hatte. Es kann auch sein, daß so etwas durch nicht genügendes Auskühlen des Fleisches vor dem Versand, also in Holland, gekommen ist. Wenn die Schweine tatsächlich schon durch gesalzen gewesen wären, so hätte es wohl keine Gefahr gehabt, sie waren aber nur a n gesalzen. Nun, gegen das einmal Geschehene ist ja nichts mehr zu machen.

Es wurde der Vorwurf erhoben: Wofür haben wir denn Sachverständige, wenn so etwas vorkommen kann? Nun, meine Herren, schon am 7. Juli hat Herr Diekmann gesagt, die Schweine müßten fort, und hingezogen hat sich die Geschichte bis zum 4. August. Wenn hier so schwere Vorwürfe erhoben werden, so muß ich sagen, daß es nicht leicht ist, das Richtige zu treffen. Eigenmächtig durfte Herr Diekmann nicht vorgehen, aber ich habe die Überzeugung, daß Herr Diekmann sowohl wie Herr Meinecke ihre Schuldigkeit getan haben. Beide hatten ihren gewöhnlichen Betrieb eingehen lassen und Salzlake, wie sie sonst gebraucht wurden, sind nicht vorhanden gewesen. Es kann auch sein, daß die Pökelung nicht so angeschlossen hat, wie es sonst der Fall ist. Wunderbar ist es doch, daß die dicken Schinkenstücke und die Speckstücke mit Fleisch am schlechtesten sind. Das ist ein Beweis, daß die Eile nicht hat durchdringen können, während die flachen Stücke, bei denen das möglich gewesen ist, gutgeblieben sind. Es sind 4, 5 Stücke von derselben Sorte angeschnitten; das eine Stück ist an dem einen Ende gut und am anderen schlecht. Auch da sagte ein Fachmann, den ich befragte: „Wenn die eine Hälfte gut ist und die andere schlecht, so muß doch wohl schon vorher ein Herd in den Stücken selber dagewesen sein, wodurch sie schließlich ganz schlecht geworden sind.“

Der Herr Oberbürgermeister rief mich an und sagte mir, der ganze Schinken und Speck solle verdorben sein, und jagte mir damit keinen gelinden Schrecken ein. Herr Diekmann war gerade verreist und kam erst am anderen Morgen wieder. Ich sagte zu dem Herrn Oberbürgermeister, ich wolle mir sofort Proben nehmen

und habe mir mitten aus dem Speck und von 15 Stücken aus dem Bassin noch eine Probe genommen und bin mit beiden Sorten Proben zum Herrn Oberbürgermeister gegangen. Auf oberflächliche Angaben können wir nichts geben, und Herr Dr. Kramer hat genau dieselbe Ansicht gehabt. Ich habe die Proben auch einem Fachmann vom Proviantamt gezeigt. Er jagte mir: „Der Speck ist schön, aber es ist kein frisch gesalzener Speck. Das eine Stück riecht etwas; Sie müssen doch die Sachen genauer untersuchen lassen.“ Die genaue Untersuchung hat dann leider ergeben, daß das Bäckfleisch für die Bevölkerung nicht verwendbar sein soll.

Ich halte es für recht, daß der Magistrat Stellung nimmt zu der Behauptung, die von Herrn Stegmann ausgesprochen ist, daß die Stadt es verschuldet hätte. Wenn angenommen wird, daß in dieser ersten Zeit jemand etwas verschuldet haben soll, dann muß man erst feststellen, ob er auch wirklich nachlässig gehandelt hat. Bis jetzt, das haben Sie von Herrn Stadtrat Wagner gehört, ist nicht festgestellt, daß Herrn Dieckmann daran eine Schuld trifft, daß diese Sachen verdorben sind. Ich bitte, das Gutachten zu verlesen, das von Herrn Dr. Kramer erstattet ist; dann können Sie sich selbst ein Urteil bilden, wer schuld hat.

**Stadtrat Wagner:** Das Gutachten liegt hier vor. Herr Dr. Kramer hat sich auch bereit erklärt, hierherzukommen, wenn es nötig ist. Es ist jetzt allerdings schon ½9; ob es jetzt noch möglich ist, daß er hierherkommt, weiß ich nicht.

Das Gutachten des Herrn Dr. Kramer hat folgenden Wortlaut:

„Gemäß telephonischem Auftrage des hiesigen Stadtmagistrats untersuchte ich am 19. d. Mts. in der Wurstfabrik von D i e c k m a n n und am 20. d. Mts. in der Wurstfabrik von K e i n e c k e eine größere Menge gepökelten Specks auf seine Genußtauglichkeit und Vollwertigkeit.

Der Speck stammt von einer Sendung aus Holland, die am 3. 7. 1916 hier eingetroffen und am gleichen Tage von mir im hiesigen städtischen Schlachthaus untersucht ist. In meinem am 3. 7. 1916 unter T.—B. Nr. 1073 (1212) erstatteten Gutachten stellte ich damals fest, daß die Schlachtung der Schweine in Haarlem im Holland am 27. Juni 1916 erfolgt war, die Sendung in der Auslandsfleischbeschaustelle Bentheim als tauglich ohne Einschränkung abgestempelt ist und auf dem Transport von Bentheim nach hier keine Veränderungen der tauglichen Beschaffenheit der Salzfleischsendung bzw. Specksendung eingetreten war. Die aus Schweinehälften und Speckseiten bestehende Sendung wurde nach meiner Untersuchung in das Kühlhaus des städtischen Schlachthauses gebracht, wo sie etwa fünf Wochen aufbewahrt wurde, indem die Schweinehälften in Kühlzellen aufgehängt und die Speckseiten auf dem Boden der Zellen aufeinander niedergelegt wurden. Anfang August d. Js. wurde die Sendung in zwei Posten geteilt und den Wurst-

fabrikanten Dieckmann und Reinecke zum Pökeln übergeben. In der Fabrik von Dieckmann wurde der reine Speck in einem dunklen Pökelfeller trocken aufeinandergeschichtet und mit Säcken zugedeckt in einer Pökelwanne aufbewahrt, während die Schweinehälften in Karbonaden-, Schinken- und Bauchspeck zerteilt und in normale, etwa 18 Prozent Pökellake gelegt wurden. In der Fabrik von Reinecke wurde nach der Zerteilung der Hälften außer dem Schinken-, Karbonaden- und Bauchspeck auch der reine Speck in Pökellake, die aber erheblich stärker war, gelegt. Die Pökellake bei Dieckmann ist in der Zwischenzeit bereits einmal erneuert worden, während bei Reinecke der Speck noch in der ersten Lake liegt. Da der gepökelte Speck bei Dieckmann einen unangenehmen Geruch zeigen sollte, so veranlaßte ich am 18. d. Mts., daß ein Teil desselben aus der Pökellake herausgenommen und einen Tag in frischem Wasser gewässert wurde.

Bei meiner Untersuchung am 19. d. Mts. stellte ich in der Fabrik von Dieckmann folgendes fest. Der aus der Pökellake zur Untersuchung entnommene Speck zeigte auf frischen Schnittflächen ausnahmslos einen hochgradigen stechenden, säuerlich-säuligen Geruch, der auch der Pökellake anhaftete und in geringem Maße auch in der Kellerluft wahrnehmbar war. Die Muskulatur und das Fettgewebe zeigten makroskopisch außer einer mürberen Beschaffenheit keine Veränderung. Der trocken aufbewahrte reine Speck war unverändert und zeigte keine Geruchsabweichungen. Bei der Untersuchung einer größeren Anzahl gewässelter Speckstücke konnte ich feststellen, daß auf frischen Schnittflächen der üble Geruch bedeutend nachgelassen hatte. Auch bei mehreren Stücken, die bereits einige Tage nach voraufgegangener Abspülung luftig aufgehängt gewesen waren, war der Geruch bedeutend gemildert. Bei der mikroskopischen Untersuchung war die Struktur der Muskelfasern noch gut erhalten, die Fasern zeigten jedoch im Innern eine mäßige körnige Trübung des Inhalts. Bei der darauf vorgenommenen Kochprobe trat bei allen Stücken der Geruch in erheblichem Maße, jedoch in verschiedener Stärke wieder zutage. Die gleichen Untersuchungen nahm ich am 20. d. Mts. in der Fabrik von Reinecke vor. Hier war kein übler, sondern nur ein etwas dumpfer Geruch bei den einzelnen Speckstücken auf frischen Schnittflächen feststellbar, durch den aber eine Einschränkung der Tauglichkeit des Specks und seiner Vollwertigkeit nicht bewirkt wird.

Auf Grund dieses Untersuchungsergebnisses ist der reine, trocken aufbewahrte Speck bei Dieckmann und der ganze gepökelte Speck bei Reinecke als vollwertig und tauglich ohne Einschränkung zu bezeichnen. Der gepökelte Speck bei Dieckmann ist jedoch weder direkt aus der Lake heraus noch nach eintägiger Wässerung im augenblicklichen Zustande als abgabefähig und tauglich ohne Einschränkung zu bezeichnen. Er ist teilweise gestickt zu nennen, wobei die dickeren Speckstücke besonders gelitten haben. Der größere Teil dieses Specks wird als minderwertig zu verwerten sein,

eine Prüfung jedes einzelnen Stückes ist jedoch erforderlich. Eine Gesundheits-schädlichkeit besteht im augenblicklichen Zustande nicht, wovon ich mich durch Genuß eines größeren Stückes selbst überzeugt habe, wohl aber kann der Speck durch seinen Geruch besonders im erwärmten Zustande ekelerregend wirken. Ich gebe daher er-gebenst anheim, den ganzen gepökelten Speck aus der Fabrik von Diedmann nach gründlicher eintägiger Wässerung in fließendem Wasser dem städtischen Schlachthause zur weiteren Begutachtung auf Tauglichkeit bzw. Minderwertigkeit zu über-weisen, wobei jedes einzelne Speckstück einer genauen Prüfung zu unterwerfen ist.

Als Grund für die Veränderung des Specks in anzunehmen, daß sowohl der fünfstägige Bahntransport bei hoher Außentemperatur als auch die längere Auf-bewahrung von etwa fünf Wochen im Kühlhause die Sendung stark beeinflusst hat. Die einwandfreie Beschaffenheit des bei Meinecke gepökelten Specks ist durch An-wendung erheblich verstärkter Pökellake erhalten worden, während die normal zum Pökeln benutzte 18 Prozent Lake bei Diedmann hierzu nicht mehr ausgereicht hat. Wäre auch hier verstärkte Lake benutzt worden, was aber nicht als Kunstfehler zu bezeichnen ist, so wäre die taugliche Beschaffenheit wohl in gleicher Weise wie bei dem von Meinecke gepökelten Speck erhalten geblieben.“ —

Daß die Ware etwa 4½ Wochen im städtischen Schlachthause gehängt hat, so-weit die Schweine in Betracht kommen, und gelagert, soweit es sich um den Speck handelt, habe ich von vornherein hervorgehoben. Ich kann nicht anerkennen, daß mich deshalb persönlich ein Verschulden trifft. Es kann ja möglich sein, daß die Ware dort früher weggenommen werden mußte, aber dann wäre es ganz zweck-mäßig gewesen, wenn die Herren Loejschigk und Diedmann zu mir gekommen wären und nicht zum Herrn Oberbürgermeister. Jedenfalls hat sich der ganze Ernährungsausschuß mit der Frage befaßt, und in diesem ist Herr Diedmann Mitglied. Auch Herr Dr. Kramer ist in der Sitzung mit dabei gewesen, als ge-fragt wurde: „Ist es unbedenklich, den Speck und die Schweine nicht gleich in Verkehr zu bringen, sondern ihn zu salzen und für die spätere Jahreszeit in Re-serve zu legen?“ Erst darnach, als dies im Ernährungsausschuß beschlossen ist, haben wir die Ausgabe des Specks zur Pökellung an die beiden Herrn veranlaßt.

Wenn Herr Loejschigk sagt, Herr Diedmann hätte geäußert, die Schweine müßten sofort weg, so ist mir nicht erinnerlich, daß das gesagt ist. Es wäre ja auch unsinnig gewesen, wenn ich mich dann geweigert hätte, die Sachen sofort zur Ver-wendung zu bringen.

Daraus, daß die flachen Stücke gut geblieben sind, während die dickeren zum Teil verdorben sind, können besondere Schlußfolgerungen nicht gezogen werden. Vielleicht lag das Verderben dieser dicken Stücke darin begründet, daß die weniger starke Pökellake die dickeren Stücke nicht durchweicht hat.

Auch von den Proben, die Herr Loeschigt geholt hat, habe ich nichts zu sehen bekommen; er ist damit lediglich beim Herrn Oberbürgermeister gewesen und hat die Proben von da wohl wieder mitgenommen, ich habe erst nachher von dieser Sache erfahren. Daß diese Proben trügerisch waren, haben die späteren genaueren Untersuchungen ergeben.

Es ist wohl durchaus korrekt von uns gehandelt, daß wir bei Lage der Dinge nicht einfach, wie Herr Diekmann vorschlug, die Waren in Verkehr setzten und uns dadurch Unannehmlichkeiten aussetzten, sondern daß wir uns sagten: Es muß erst eine Untersuchung stattfinden, ehe wir uns entschließen, ob wir die Ware verkaufen können oder nicht. Es waren um dieselbe Zeit verschiedene Angriffe in der Presse aufgetaucht, im besonderen die wegen der verdorbenen Rinderköpfe. Herr Diekmann selber hat zugeben müssen, daß er wohl gemerkt hätte, sie wären nicht ganz gut, daß er aber gemeint habe, es ginge noch, sie zu verwerten, und die Schlachterfrau, die mit dem Verkaufe der Waren beauftragt ist, hat dann auch den Verkauf übernommen. Es sind dann sieben Frauen mit dieser ihnen verkauften Ware zur Polizei gelaufen, und dort ist festgestellt, daß sie schon erheblich gerochen hat. In einem anderen Falle war Urat in der städtischen Sülze gefunden — es ist nicht genau festgestellt, ob es Pferdemist oder der Mageninhalt einer Kuh gewesen ist. Hierüber ist auch dem Ministerium berichtet, und wir haben deshalb eine Anfrage bekommen. Eine weitere Untersuchung haben wir nicht vornehmen können, weil uns die Mittel dazu fehlen, haben auch gemeint, das sei Sache der Polizei. Da alles dies in jener Zeit zusammenkam, haben wir für richtig gehalten, daß wir in unserer Sache sehr vorsichtig vorgehen, und nachdem drei Tierärzte sich über die Ware geäußert hatten, haben wir uns dazu verstehen müssen, die Ware einschmelzen zu lassen.

**Stadtv. Loeschigt:** Sie haben das Gutachten des Tierarztes Dr. Kramer gehört. Neu ist mir, daß die Schweine am 27. Juni in Haarlem geschlachtet und am 4. Juli hier angekommen sind. Wenn ich das vorher gewußt hätte, daß sie so früh geschlachtet und nach drei Tagen Salzens im Juni auf den Transport gekommen sind, dann hätte ich keinen Sachverständigen zu fragen brauchen, ich hätte mir selbst sagen können, daß die halben Schweine, auch wenn es gesalzene waren, nach 4½ bis 5wöchigem Hängen beim Einpökeln nicht mehr einwandfrei bleiben. Die Söle kann bei vorgefalgtem Fleisch, das vier Wochen im Kühlhaus gehangen hat und wieder in Söle gelegt wird, nicht durchziehen, weil es eine harte Kruste hat. Ob die Söle zu leicht gewesen ist, darauf kommt es meiner Meinung nach nicht an. Dadurch, daß ich erfahren habe, daß die Schweine am 27. Juni geschlachtet sind, habe ich die Gewißheit, daß das Fleisch nicht mehr einwandfrei in die Pöckelkiste gekommen ist.



Nun sagt Herr Stadtrat Wagner, daß auch Herr Dr. Kramer gewußt hat, daß die Tiere am 27. Juni geschlachtet sind und am 4. Juli ins Kühlhaus gebracht sind. Aber auch der Schlachthausdirektor mußte wissen, wann die Tiere geschlachtet sind, und daß sie dann nicht so lange hängen durften. Dieser Herr mußte entschieden dafür sorgen, daß die Schweine früher verkauft oder umgeschlagen wurden.

Herr Stadtrat Wagner glaubt mir einen Vorwurf daraus machen zu sollen, daß ich mit Herrn Dieckmann zusammengekommen und nach dem Herrn Oberbürgermeister gegangen bin. Dieses hat seine Gründe, lediglich das Interesse für die Stadt trieb uns dazu. Wir sind auch nicht nur nach dem Herrn Oberbürgermeister gegangen, sondern zu ihm nur, wenn Herr Stadtrat Wagner nicht da war, oder wenn er zu beschäftigt war.

Was nun das betrifft, daß ich gebeten bin, eine Probe zu holen, so muß ich erklären, daß ich die Proben habe im Rathause lassen wollen, aber der Herr Oberbürgermeister hat gesagt: „Nehmen Sie sie ruhig wieder mit!“ Damit war die Sache für mich erledigt, denn ich hatte den Wunsch des Herrn Oberbürgermeisters erfüllt.

Für mich handelt es sich heute nur darum, festzustellen, wen die Schuld an dem Verderben des Fleisches trifft. Ich bleibe dabei: Wenn die Tiere am 27. Juni geschlachtet sind, dann vier Tage auf der Bahn liegen und hinterher noch 5 Wochen im Kühlhause hängen, ohne verarbeitet zu werden, so glaube ich ganz bestimmt, daß dies schuld an dem Verderben sein kann. Ich behaupte nicht, daß es schuld sein muß. Auf welcher Seite die Schuld liegt, geht schon daraus hervor, mit welcher Vorsicht der Herr Oberbürgermeister diese Sache aufgenommen hat, daß er sich erkundigt hat und alles mögliche getan hat, um Klarheit zu schaffen. Nun sagt Herr Stadtrat Wagner, er habe nichts davon gewußt, daß ich wegen der Sache beim Oberbürgermeister gewesen bin. Ich bin auch nicht nur wegen der Schweine beim Herrn Oberbürgermeister gewesen, nur das letztmal ist das der Grund gewesen. Die anderen zwei oder drei Male hat sich unser Gespräch über die Sache bei anderen Gelegenheiten ergeben. Ich hatte auch keinen Grund, mit Herrn Stadtrat Wagner über die Sache zu verhandeln, da ich nicht im Ernährungsausschuß sitze und mich nur wegen der Wichtigkeit für die Sache interessierte. Herr Schlachthausdirektor Koch hatte mir auch gesagt: „Es ist nicht gut, daß die Schweine so lange hier bleiben“, und das ist doch ein Sachverständiger. Dann mußte er als Sachverständiger auch mit dafür sorgen, daß sie aus dem Kühlhause wegkamen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Nun sind wir glücklich so weit, daß die Schuld auf den Magistrat fällt: er hat den Fehler gemacht, daß er die Schweine hat ins Kühlhaus bringen lassen. Was denkt denn Herr Loeschigk darüber: Wie lange vor-

her durften denn die Schweine seiner Aufsicht nach geschlachtet sein, damit sie unbedenklich im Kühlhause untergebracht werden dürfen? Geschlachtet sind die Schweine im Auslande, und daß seit der Schlachtung sieben Tage ins Land gegangen sind, ehe die Schweine ins Kühlhaus kamen, konnte sich Herr Loeschigk doch wohl selbst sagen. Wo sollten wir denn mit den angekommenen Schweinen hin? Diese Käufe, um die es sich handelt, sind in einer Zeit abgeschlossen, wo den Städten schwere Vorwürfe gemacht wurden, wenn sie nicht alle Mittel in Bewegung setzten, um heranzuschaffen, was möglich war. Es war die Zeit der wilden Aufkäufe, in der eine Stadt die andere überboten hat. Wir können froh sein, daß diese Zeit vorüber ist, und wollen lieber knapp leben, als in der Weise weiterwirtschaften, wie es eine große Zahl von Städten getan hat. Auch wir haben der öffentlichen Meinung nachgegeben und ähnlich gehandelt. Wo sollten wir nun die Schweine unterbringen, im Rathaus doch nicht? Was lag näher, als sie nach dem städtischen Kühlhause zu schaffen. Wenn nun die Sachverständigen, die sich doch auch sagen mußten, daß seit der Schlachtung mehrere Tage vergangen waren, uns sagen: „Es ist unbedenklich, die Ware zu pökeln,“ dann weiß ich nicht, was der Magistrat noch anderes machen soll. Es ist schlimm, daß der Stadtverwaltung und dem Stadtmagistrat in dieser schweren Zeit Aufgaben zugewiesen sind, denen sie einfach nicht gewachsen sind; es bleibt uns nichts anderes übrig, als uns an Sachverständige zu wenden und nach ihren Ratschlägen zu verfahren. Das haben wir getan. Nun will ich auch Herrn Diedmann nicht den Vorwurf machen, daß er die Schuld an dem Verderben des Fleisches trägt, aber ich möchte doch bitten, daß Herr Loeschigk nicht die Sache so darstellt, als ob die Unterbringung im Kühlhause unrichtig gewesen ist. Ich habe immer gehört, daß man Schlachtthiere wochenlang im Kühlhause hängen lassen kann, ohne daß sie verderben. Daß es ein grober Fehler gewesen sei, dieses frische Schweinefleisch im Kühlhause unterzubringen, kann ich hiernach nicht anerkennen. Ich bin in gewisser Weise erstaunt, daß Herr Loeschigk es so darstellt, als wäre dies der Grund des Übels. Im übrigen ist die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß der eine Teil der Ware gut geblieben ist, während der andere schlecht geworden ist; Vorwürfe darüber jetzt zu machen, hat keinen Zweck. Wir wollen froh sein, daß der Verlust nicht größer gewesen ist. Ich habe von verschiedenen Seiten gehört, daß in dieser Zeit keine Stadt ohne Verluste abgekommen ist, und wenn wir noch die Hälfte der Ware retten und eine gute Fettmasse daraus herstellen lassen können, so wollen wir uns zufriedengeben.

**Stadtv. Steinbrecher:** Die Ausführungen des Herrn Loeschigk haben gezeigt, daß er eigentlich den Herrn Kollegen Diedmann sehr gut verteidigen wollte; aber er hat ihm denn doch eine gewaltige Ohrfeige versetzt. Er sagte, daß auch der Laie wissen mußte, daß Schweine, die so lange vorher geschlachtet, tagelang

unterwegs und dazu noch vorgesalzen gewesen seien, nicht eingepökelt hätten werden dürfen. Ja, dann hätte das doch der *Sachverständige*, Herr Diekmann, erst recht wissen müssen; wir haben ihn doch hereingeholt, damit er für die Stadt handeln sollte, aber Herr Diekmann als Fachmann hat sich auf andere verlassen. Wir können doch nicht verlangen, daß ein Mitglied des Magistrats als Nichtfachmann Anweisung geben soll, wann der Speck verkauft werden soll. Darüber hat sich die Bürgerschaft aufgeregt, daß sich Herr Diekmann nicht genügend um die Sache bekümmert hat. Herr Diekmann mußte erkennen, daß das Fleisch oder der Speck schlecht war, und konnte den Magistrat zwingen, daß er die Ware frühzeitig genug zum Verkauf stellte. Als Fachmann mußte er darüber Bescheid wissen, sonst hätten wir ja auch einen Schuster in den Ausschuß hineinsetzen können und brauchten keinen Sachverständigen dazu zu nehmen.

Richtig ist, daß die Ware am 3. Juli angekommen ist, daß sie untersucht und für gut befunden wurde, als sie angekommen war. Dann ist sie nach dem Kühlhause gekommen, und jeder vernünftige Mensch mußte annehmen, daß das eine korrekte Maßnahme war. Wenn sie falsch war, mußte Herr Diekmann als Sachverständiger das Fleisch herausbringen lassen, es hätte sich niemand vom Magistrat dagegen gewehrt. Wenn Herr Diekmann gesagt hätte: So geht es nicht weiter, das Fleisch muß heraus, so würde sich kein Nichtfachmann dagegen gestraußt haben. (Zuruf Diekmann: Haben Sie eine Ahnung!) Jedenfalls hätte Herr Diekmann dann noch einen anderen Fachmann, den Obermeister oder sonst jemand hinzuziehen können, dann hätte kein Nichtfachmann sich gegen die Vorschläge der Herren Sachverständigen aufgelehnt. Eigentümlich ist es, daß derselbe Speck bei Herrn Reinecke anders behandelt ist als bei Herrn Diekmann, und der Fachmann, der die Untersuchung vorgenommen hat, zugibt, daß es besser gewesen wäre, wenn Herr Diekmann dasselbe Verfahren eingeschlagen hätte wie Herr Reinecke. Er bezeichnet das allerdings nicht als einen Kunstfehler, aber jeder merkt doch zwischen den Zeilen, daß Herr Diekmann eine ganz gehörige Ohrfeige bekommt.

**Stadtrat Wagner:** Ich habe inzwischen die Akten, die über die Abfuhr der Schweine vorliegen, durchgesehen und habe für die ganze Zeit kein Schriftstück gefunden, in dem darauf hingewiesen ist, daß auf die Gefahr des Verderbens und die Notwendigkeit des Verkaufs der Schweine von Herrn Diekmann aufmerksam gemacht worden ist.

Wir haben am 13. Juli, das war 10 Tage nach dem Eintreffen der Schweine, auf Grund einer uns erteilten Anordnung 8000 Pfund nach auswärts gesandt, wo das Fleisch einwandfrei befunden worden ist. Am demselben Tage sind auf Veranlassung des Herrn Diekmann 50 Pfund Speck an die Firma Selwig & Lange für ihre Fabrikküche abgegeben, und auch da haben wir nichts davon gehört, daß

das Fleisch nicht gut gewesen sein sollte. Ferner hat Herr Diedmann am 14. Juli 100 Pfund Speck erhalten und am 20. Juli 237 Pfund Kehlstücke von den halben Schweinen verwertet, vielleicht zu Wurst — auch da ist uns nicht mitgeteilt, daß die Ware nicht einwandfrei wäre.

Am 27. Juli hat der Magistrat beschlossen, den noch in der Kühlhalle lagernden Rest des Specks und der gesalzenen Schweine je zur Hälfte an Herrn Diedmann und an Herrn Reinecke auszuliefern, damit diese die zur längeren Aufbewahrung geeigneten Teile für Rechnung der Stadt weiter einzalzten oder räucherten und sachgemäß aufbewahrten, die übrigen Teile aber als b a l d in geeigneter Weise für Rechnung der Stadt verarbeiteten und in Verkehr brächten. Abschrift dieses Magistratsbeschlusses ist den Herren Diedmann, Reinecke und Schlachthausdirektor Koch zu weiterer Veranlassung am 31. Juli übersandt und die beiden erstgenannten um demnächstigen Bericht über die Herstellung der Dauerware und über die Verwendung der nicht zur längeren Aufbewahrung geeigneten Teile erjucht. Am 2. August sind dann 69 halbe Schweine und 79 Speckseiten an Herrn Diedmann, sowie 69 halbe Schweine und 80 Speckseiten an Herrn Reinecke aus dem Kühlhause abgeliefert. Diejenigen Teile, die sich nicht zur Aufbewahrung eigneten, haben die Herren Diedmann und Reinecke in Wurst und Sülze verarbeitet und in Verkehr gebracht. Wir mußten unsererseits also annehmen, daß alles in bester Ordnung war, zumal nach längerer Zeit, nämlich Mitte August, bei beiden Firmen von uns angefragt wurde: „Ist die Ware in Ordnung?“, und von beiden Seiten geantwortet ist, daß alles in bester Ordnung sei. So konnten wir nicht annehmen, daß eine Gefahr des Verderbens vorlag.

**Vorligender:** Es ist ein Zweifel ausgesprochen, ob Herr Diedmann in dieser Sache zum Worte zuzulassen ist. Ich bin der Ansicht, daß dem nichts entgegensteht. Die Städteordnung schreibt vor: „Ein wegen eines Sonderinteresses bei einem Beschlusse beteiligtes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung hat sich der Teilnahme an den Verhandlungen und der Abstimmung zu enthalten.“ Diese Bestimmung bezieht sich meiner Ansicht nach nur auf pekuniäre Interessen, und ich glaube, daß Herr Diedmann das Wort zu erteilen ist, zumal es sich hier nur um eine Anfrage handelt.

**Stadtv. Diedmann:** Ich werde mich so kurz wie möglich fassen und jede Schärfe möglichst vermeiden.

Zunächst muß ich bemerken, daß ich diesen Speck weder gekauft noch in Holland abgenommen habe. Als mir die Nachricht wurde, der Speck wäre auf dem Bahnhofe angekommen, war ich sowie Herr Dr. Kramer und Herr Bruer nach dem Nordbahnhofe gegangen. Wir fanden dort zur Hälfte gesalzene Schweine vor und

zur Hälfte Speck im Waggon. Der Speck lag mit den halben Schweinen gemischt bis zu  $\frac{3}{4}$  Höhe des Wagens. Aus dem Befund war nur zu entnehmen, daß aus dem Wagen eine Menge Lats herausgelaufen war und die Schweine vollständig naß waren; eine weitere Untersuchung konnte nicht vorgenommen werden. Herr Dr. Kramer jagte nur noch: „Heute nachmittag werde ich eine Untersuchung vornehmen.“ Es wurde gefragt: „Was soll mit dem Speck werden?“ und ich habe darauf erwidert: „Am besten wäre es, wenn der Speck gleich zurechtgeschnitten würde und die Schweine so verarbeitet würden, daß davon gejalzener Bauchspeck und Karbonadenspeck hergestellt wird.“

Herr Steinbrecher sagte, wenn ich mir meine Meinung über das, was notwendig gewesen wäre, gebildet hätte, dann hätte ich Anordnungen treffen sollen. Ja, meine Herren, das ging nicht. Über Sachen, die dem Magistrat gehören, darf ich nicht eigenmächtig verfügen. Herr Stadtrat Wagner hat mir zweimal zum Vorwurf gemacht, daß ich das getan habe; ich werde mich nicht der Gefahr aussetzen, mir das zum dritten Male vorwerfen zu lassen.

Es wurde mir auch vom Herrn Stadtrat Wagner gesagt, es seien auch gejalzene Schweine dabei, und gefragt, ob die sich wohl gut gebrauchen ließen. Ich habe dann angegeben, wie sie verwendet werden können, wollte mich aber nicht dazu drängen, die Verarbeitung ausführen zu lassen, sondern habe gesagt: „Geben Sie sie einer Wurstfabrik!“ Ich bekam dann Nachricht, daß die Schweine zunächst im städtischen Kühlhause lagern sollten. Ich habe zu Herrn Stadtrat Wagner gesagt, das halte ich nicht für nötig, daß die Schweine erst noch lange lagerten; sie müßten zurechtgeschnitten werden, denn sie würden nicht durchgejalzen sein.

In dem Gutachten ist darauf hingewiesen, daß die Schweine vom 27. Juni stammten, aber meiner Meinung nach stammen sie nicht alle vom 27. Juni. Wir haben feststellen müssen, daß auch Schweine dabei waren, die schon früher geschlachtet waren. Sie wissen vielleicht, daß ich im Auftrage des Magistrats in Holland war, um dem gewissenlosen Lieferanten dort die Kur zu machen. Ich hörte bei der Unterredung mit ihm, daß er in Verlegenheit war, das Quantum Speck zu schaffen, das er an den Magistrat verkauft hatte. Es hat das mit der Sache zu tun, weil immer die Herren behaupten, ich wäre nicht imstande, etwas Derartiges, was mein Fach angeht, in die Hand zu nehmen. Also diese gejalzenen Schweine rührten nicht alle vom 27. Juni her, sonst wäre es nicht erklärlich, daß Teile von dieser Sendung gut gewesen sind und andere, nämlich diejenigen, die später geschlachtet waren, nicht. Die Tiere, die gut durchgeköhlt waren, sind gut geblieben, und die am 27. Juni geschlachteten und eingejalzenen mußten verderben; das war nicht anders möglich.

Ich habe oft genug zum Herrn Stadtrat Wagner gesagt: „Die Schweine hängen immer noch im Kühlhause“, und habe Herrn Voeshigt gebeten, auch einmal

dafür einzutreten, daß sie dort wegfämen. Ich kann nicht so oft schreiben, wie es Herr Stadtrat Wagner wünscht; es wird mir auch ohnehin vom Magistrat schon der Vorwurf gemacht, ich schriebe ja so gern. Ich wollte aber, ich hätte noch mehr geschrieben, dann könnte ich das heute genau belegen.

Als der Magistratsbeschuß bei mir eintraf, ich sollte die gesalzenen Schweine aus dem Kühlhause abholen, da war das zu einer Zeit, als ziemlich viele Speerschlachtungen stattfanden, von denen ich eine große Menge Abschlag abzunehmen hatte. Damals hatten wir nicht viele Leute, während wir vier Wochen vorher wenig zu tun hatten. Es kam eines zum andern: ich war an dem Tage nach Eisenach zu einer wichtigen Vorstandssitzung geladen, bei der ich nicht fehlen konnte, und mußte drei Tage fortbleiben. In dieser Zeit sind die Schweine aus dem Kühlhause abgefahren. Mein Meister machte mich sofort darauf aufmerksam, daß verschiedene Schweine bei der Sendung wären, die nicht gut durchgeföhlt wären und etwas stichig wären. Ein Schwein war dabei, das vollständig grün war, sowohl bei Herrn Reinecke ein halbes wie auch bei mir; das war also ganz gestickt, und wir haben es verwerfen müssen.

So ist der Hergang gewesen, und die Herren mögen sich selber ein Bild machen, ob ich schuldig bin oder nicht. Ich könnte noch stundenlang darüber reden, aber es vergeht einem schließlich der Appetit dazu.

Stadtv. Dr. **Rahlert**: Ich möchte ganz kurz zu dieser Angelegenheit bemerken, daß im Ernährungsausschuß seinerzeit wiederholt über die Verwertung der Schweine gesprochen worden ist. Ich habe leider nicht mehr feststellen können, was und in welcher Weise darüber gesprochen ist, aber das sollte sich doch aus dem Protokoll der Sitzungen ergeben. Ich weiß positiv, daß Herr Dieckmann den Vorschlag gemacht hat, den MagerSpeck zu Wurst oder anderweitig zu verwerten und in solcher Weise zum Verkauf zu bringen; daß es aber wünschenswert wäre, den Speck, wenn möglich, auf spätere Zeit aufzuheben. Das letztere ist geschehen; ob ein entsprechender Beschluß im Ernährungsausschuß gefaßt ist, weiß ich nicht.

Zu bezug auf die Pökelung selbst muß ich darauf hinweisen, daß ein technischer Fehler im Pökeln durch Verwendung einer leichteren Lake nicht vorliegt; ich habe mich darnach erkundigt. Allerdings wirkt eine stärkere Salzlösung stärker konservierend und säulnißwidrig. Aber ob es möglich wäre, die inneren Teile noch vor einem weiteren Verderben und vor Zerfetzung durch eine stärkere Verwendung von Salz zu schützen, das muß ich bezweifeln, denn die Lake ist nicht imstande, in gesalzene und getrocknete Fleischstücke so einzudringen, daß sie durch und durch als vollwertig gesalzen zu bezeichnen sind. Es kommt auch als wesentlich in Betracht, daß die in der Fabrik des Herrn Reinecke durch Herrn Dr. Kramer untersuchten Fleischteile und Schweinehälften aus der Lake untersucht worden sind, und

bei Herrn Diedmann diese Teile erst in Wasser gelegen haben und an der Luft wieder trocken geworden sind. Ob der bei Herrn Reinecke noch in der Söle lagernde Speck und das dort befindliche Fleisch besser sind als bei Herrn Diedmann, wird sich erst zeigen, wenn die Teile an die Luft kommen. Dann wollen wir über die Angelegenheit noch einmal sprechen.

**Stadtrat Wagner:** Es ist mir nicht verständlich, daß der Herr Vorredner den Verdacht äußern konnte, daß entgegen dem sachverständigen Gutachten des Herrn Dr. Kramer der bei Herrn Reinecke lagernde Speck auch nicht mehr einwandfrei sein sollte. So etwas vorzubringen sollten wir doch lieber unterlassen. Wozu haben wir denn Sachverständige dorthin geschickt? Sie haben doch die Sachen nicht geprüft, wohl aber die Sachverständigen. Nachdem Herr Dr. Kramer eine vorläufige Prüfung vorgenommen hatte, hat er noch eine gründliche Prüfung vorgenommen. Wir haben unter diesen Umständen keine Veranlassung, zu sagen, die Reineckesche Ware ist auch nicht einwandfrei; es wird nur gesagt, daß sie etwas dumpfig ist, was aber ihre Tauglichkeit nicht beeinflusst.

Wenn Herr Diedmann sagt: „Die am 27. Juni geschlachteten Schweine mußten verderben“, so ist mir unklar, daß er nicht ganz energisch darauf gedrungen hat, sie sofort verwerten zu lassen, denn ebenso wie Herr Dr. Kramer mußte er wissen, daß sich feststellen läßt, wann sie in Holland geschlachtet worden sind.

Wenn ferner Herr Diedmann von seinem Meister erfuhr, daß von den aus der Kühlhalle gelieferten Schweinen einige schon stichig waren, so ist mir nicht verständlich, wie er als Fachmann nicht dafür gesorgt hat, daß sie nicht in dieselbe Pöckelkase hineingetan wurden wie die anderen; vielleicht haben sie noch die anderen mit angesteckt — ein solcher Verdacht lag doch nahe.

Sodann wurde behauptet, daß ein Schwein grün gewesen und verworfen werden mußte. Das ist nicht richtig. Dieses eine Schwein ist nur nicht als Dauerware aufbewahrt, sondern an den Schlachtungsausschuß für die Stadtschlachtungen, der doch erstklassige Ware herstellt, abgegeben und mit Zustimmung des Leiters des Stadtschlachtungsausschusses und dessen Werkführers, Herrn Haude, mit verwertet.

**Stadtv. Diedmann:** Sie können mir nicht verargen, wenn ich meinen guten Ruf als Geschäftsmann wahre. Ich möchte doch nicht, daß man sich ein falsches Bild macht und geglaubt würde, daß ich etwas begangen hätte, was das Licht hier scheut.

Ich habe vorhin gesagt, daß die Schweine, die am 27. Juni geschlachtet und gleich gesalzen sind, verderben mußten. Daß das der Fall sein muß, ist klar, denn die Tiere sind ja nur mit Lase gespritzt. Herr Dr. Kramer hat ja eine Untersuchung

am Tage der Ankunft der Tiere hier vorgenommen und hat auch nicht feststellen können, wann die Schlachtungen vorgenommen sind, sonst hätte man der Reihe nach jedes einzelne Stück vornehmen müssen, und das hätte bei den 260 Zentnern recht lange gedauert.

Herr Stadtrat Wagner hat schon vorhin erwähnt, daß Herr Dr. Kramer geäußert hat, auch die gefälzten Fleischstücke bei Reinecke zeigten einen dumpfigen Geruch. Wenn etwas dumpfig ist, dann ist es nicht mehr einwandfrei, und deshalb muß unbedingt erst abgewartet werden, wie sich die Ware im Verkehr zeigt. Des weiteren muß ich darauf hinweisen, daß die beiden Sachverständigen, die der Magistrat ohne mein Wissen geschickt hat — wenn ich zu Hause gewesen wäre, hätte ich sie ohne Ausweis nicht zugelassen —, die Untersuchung bei Herrn Reinecke, wo das elektrische Licht abgestellt war, vorgenommen haben in der Zeit, solange ein Streichholz brennt. Das habe ich auch Herrn Dr. Kramer gesagt und ihn gebeten, eine *o r d n u n g s m ä ß i g e* Untersuchung vorzunehmen, was er dann nachträglich auch getan hat. Das verdient auch, bekannt zu werden, Sie denken sonst, bei mir herrsche eine Sudelei, wie es mir oft in den Zeitungen zum Vorwurf gemacht ist. So etwas kann ich nicht unwidersprochen lassen.

Wenn e i n e r bedauert, daß hier etwas verdorben ist, so bin ich es. Daß so etwas bei dem städtischen Fleische vorgekommen ist, ist mir viel peinlicher, als wenn es mein Eigentum wäre, und es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, daß die Ware bei mir ordnungsmäßiger behandelt ist, als wenn ich sie selber für mein Geld gekauft hätte.

Stadtv. **Niete:** Einß ist klar: Hier ist etwas bei der Sache nicht so in Ordnung, wie es sein müßte, und die Gerüchte, die in der Braunschweiger Bevölkerung zum Teil auf Unwahrheit beruhen und mit Übertreibungen umgehen, haben doch eine gewisse Berechtigung. Meine Sache kann es hier nicht sein, festzustellen, wer der Schuldige ist, aber wenn die Stadt einen Sachverständigen hat, dann war es von vornherein seine Pflicht, mit Entschiedenheit darauf zu dringen, daß die Ware verarbeitet wurde, falls das seiner Überzeugung nach geschehen mußte. Wollte der Magistrat dann nicht — Herr Diedmann konnte doch am 10. Mai, als er seine Berechnung über die städtischen Schlachtungen aufstellte, dem Magistrat einß ausweisen —, dann hatte er Gelegenheit, die Stadtverordnetenversammlung oder den Ernährungsausschuß anzurufen. Auch ich weiß, daß Herr Haude einen Teil von dieser Sendung verarbeitet hat und habe auch darauf aufmerksam gemacht, daß es notwendig sei, daß die Schweine verwertet werden. Ich bin ja auch einem Schlachter durchs Haus gelaufen, denn es war früher Sitte, daß die Maurer und Zimmerer im Winter das Schlachten erlernten. Ich weiß auch, wie eine Laxe be-



schaffen sein soll: wenn etwas in der Lase rasch gut werden soll, dann wird sie so stark gemacht, daß eine Kartoffel darauf schwimmt, und dann geht sie auch durch die dicksten Schinken, auch wenn sie sechs Zoll dick sind. Wenn die Lase so beschaffen gewesen wäre, so wäre das unglückliche Vorkommnis gewiß nicht eingetreten.

Betreffs der gerügten Wurst ist mir damals bei meiner Lehrzeit gesagt, daß man den Pfalter so anfassen soll, als wenn man eine Bibel nimmt und durchblättert, dann kommt auch der letzte Rest von Futter oder Unrat heraus. So habe ich es gelernt, und wenn es so im Diekmannschen Betriebe gemacht wäre, so wären keine Klagen gekommen. Der Diekmannsche Betrieb ist ja vorher jahrzehntelang bekannt gewesen als ein solcher, der tadellose Ware lieferte, das weiß ich. Aber durch solche Dinge, unter denen die ganze Bevölkerung leidet, wird der Ruf des Geschäftes sehr in Frage gestellt. Herr Diekmann hätte müssen im Vertragsverhältnis zur Stadtgemeinde stehen, so daß er verantwortlich für die Ware war; es ist leider ein Fehler, der vom Magistrat gemacht ist, daß der keinen Vertrag mit Herrn Diekmann abgeschlossen hat. Schon damals war sein Kettenhandel mit dem Büchsenfleisch, das er von dem Galanteriewarenhändler erworben hatte, und das vielleicht schon durch andere Hände gegangen war, nicht ganz untadelig. Ich weiß nicht, ob es ihm gelungen ist, den Galanteriewarenhändler zu bewegen, daß er auf seine Hälfte vom Gewinn aus dem Geschäft verzichtet, oder ob Herr Bollmann vom Steinweg auf seine Hälfte verzichten will. Ich verstehe die Abmachungen über die Tätigkeit des Herrn Diekmann für die Stadt nicht recht, wie sie gehandhabt werden. Herr Diekmann bekommt 2400 *M* Entschädigung für seine Leute und außerdem 35 *M* für drei Pferde, während Herr Haude 3 *M* und jetzt 5 *M* pro Tag bekommt — im Ausschuß ist das mitgeteilt. Jedenfalls sollte der Antrag gestellt werden, daß Herr Diekmann aus dem Ernährungsausschuß ausgeschlossen werden mußte, weil er die Sache nicht so wahrnimmt, wie er sie wahrnehmen mußte. Alle diese Sachen häufen sich und regen die Gemüter auf. Wer die Schuld hat, das vermag ich nicht festzustellen, zum kleinen Teil kann es uns noch trösten, daß heute wenigstens noch ein Teil der Ware oder vielleicht die Hälfte gerettet werden kann, so daß sie noch gebrauchsfähig wird. Alle Tage kommen zehn bis zwanzig Leute zu uns herein und fragen: „Wo bekommen wir ein bißchen Fett?“, und hier verdirbt es in so großen Mengen. Daß da der Unmut in der Bevölkerung steigt, ist so sicher wie etwas, vor allen Dingen, wenn so etwas in einer Stadtbehörde vorkommt. Es wäre wirklich erwünscht, wenn Klarheit geschaffen wäre, wo die Schuld liegt, damit in Zukunft Derartiges vermieden werden kann.

**Der Vorsitzende** schließt die Besprechung.

### 13. Statut über die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden betr.

**Vorsitzender:** Ich habe noch eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, über die ich gleich selbst berichten kann.

In dem Statut für die Hausgewerblichen-Krankenversicherung im Bezirke der Stadt Braunschweig ist ein Fehler enthalten. In § 9 ist nach unseren Beschlüssen gesagt:

„Für die Zeit, in der Hausgewerbetreibende, abgesehen von dem Falle des § 5, Satz 3, vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten, haben sie allein . . . die Beiträge zu bezahlen.“

Es muß aber heißen „§ 4, Absatz 3“, und es wird beantragt, diese Worte richtigzustellen. Ich frage, ob die Versammlung einverstanden ist, daß die Änderung vorgenommen wird. Da sich niemand zum Wort meldet, darf ich wohl Ihr Einverständnis damit annehmen, daß in § 9 gesagt wird: „§ 4, Absatz 3“.

Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 9¼ Uhr.

---



# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 7. Dezember 1916.

### Tagesordnung:

- |  |           |
|--|-----------|
| 1. Erlass eines Statuts über die Erhebung einer Lichtpielfsteuer. . . . .  | Seite 451 |
| 2. Antrag Frede auf Einrichtung von städtischen Mittelstandsküchen . . . . .                                       | " 465     |
| 3. Verbesserung der Beleuchtung in der Markthalle . . . . .  | " 489     |
| 4. Verwilligung einer Beihilfe aus der Jüdelstiftung an die Herzog-Leopold-Stiftung<br>(Knabenhorte) . . . . .     | " 490     |
| 5. Bericht über die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke, der Neustadtmühle<br>und des Abwässerpumpwerkes . . . . . | " 490     |
| 6. Herrichtung eines provisorischen Stalles auf dem Schlachthausgrundstücke . . . . .                              | " 493     |
| 7. Aufstellung von Regalen im Rathausanbau (außer der Tagesordnung behandelt) . . . . .                            | " 494     |
| 8. Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen auf dem Schlachthausgrundstücke . . . . .                          | " 494     |
| 9. Bessere Befestigung der Fußwege auf der Weststraße. . . . .   | " 496     |
| 10. Herrichtung einer Kaldaunenwäsche und Wampendüngeranlage auf dem Schlacht-<br>hausgrundstücke . . . . .        | " 497     |
| 11. Rückgabe und Auflassung der Märteiche im Kennel . . . . .  | " 499     |
| 12. Anschaffung einer Wehlpadmaschine für die Neustadtmühle (außer der Tages-<br>ordnung behandelt) . . . . .      | " 501     |
| 13. Erlass eines Statuts über den 7-Uhr-Ladenschluß . . . . .  | " 501     |

### Außer der Tagesordnung behandelt:

- |   |       |
|---|-------|
| 14. Anfrage Rieke über Erhöhung der jetzigen Brotration . . . . .                                   | " 508 |
| 15. Anfrage Geenzen, betreffend Maßnahmen gegen Einbruchsdiebstahl in Schreber-<br>gärten . . . . . | " 511 |
| 16. Anfrage Voessigk über den Preis des Kleinfleisches . . . . .                                    | " 512 |
| 17. Anfrage Voessigk über die Behandlung und Verrechnung der Hauschlachtungen . . . . .             | " 512 |
| 18. Anfrage Voessigk, betreffend die Kartoffelversorgung . . . . .                                  | " 516 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Actemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Mohr**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben** und Amtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Steinbrecher**, **Steincke**, **Dr. Voge**, **Weichsel** und **Dr. Wolters**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Göde** und **Kruse**.

Vorsitzender **Hartung**: Ich eröffne die Sitzung und teile zunächst mit, daß Herr Steinbrecher wiederum zum Heeresdienste eingezogen ist.

Eingegangen ist eine Anfrage von Herrn **Nicke**:

„Ist der Magistrat in der Lage, die jetzige Brotration zu erhöhen, resp. die Beschränkung der Zuschlagssarten schon jetzt aufzuheben?“

Ferner ist eingegangen ein Schreiben des Magistrats vom 23. November an die Herren Stadtverordneten:

„Dem Ersuchen der geehrten Herren, eine **V e r g r ö ß e r u n g d e r s t ä d t i s c h e n S c h w e i n e m ä s t e r e i** ins Auge zu fassen, werden wir gern Folge leisten, sobald uns die Gewähr geboten wird, daß wir ausreichendes Kraftfutter erhalten. Zur Zeit sind unsere Futtervorräte leider nicht groß genug, um mehr als die vorhandenen Stadtschweine zur vollen Schlachtreife zu bringen.

Die unsicheren Aussichten auf Erlangung von Kraftfutter lassen es uns nicht ratsam erscheinen, eine **S c h w e i n e m ä s t u n g s - u n d - v e r w e r t u n g s - g e s e l l s c h a f t** unter städtischer Führung ins Leben zu rufen. Die Allgemeinheit würde ein Mehr an Fleisch durch die gesellschaftliche Mästung nicht gewinnen, denn nach einer dem Herzoglichen Staatsministerium vom Präsidenten des Kriegs- ernährungsamtes erteilten Auskunft müßten die Schweine dem Kommunalverbande auf die ihm zustehenden Schlachtviehzuweisungen voll angerechnet werden. Auch die an der Gemeinschaftsmästerei Beteiligten würden sich, da sie nach Mit- teilung des Kriegs- ernährungsamtes nicht als „Selbstversorger“ anzuerkennen sind, das ihnen zufallende Fleisch voll anrechnen lassen müssen. Der einzige Vorteil, den die Gemeinschaftsmästerei den Beteiligten, also nur einem begrenzten Teile der hiesigen Einwohnerschaft, bieten würde, bestände darin, daß sie in An- rechnung auf ihre Fleischration mehr **S c h w e i n e f l e i s c h** an Stelle von **a n d e r e m S c h l a c h t v i e h f l e i s c h** erhalten würden.

Es erscheint uns nicht angebracht, daß die Stadtverwaltung um dieses ver- hältnismäßig nicht sehr großen Vorteils willen, der, wie gesagt, nur einem Teile der hiesigen Haushaltungen erwachsen würde, ein Unternehmen ins Leben ruft,

dessen erfolgreiche Durchführung bei dem herrschenden Mangel an Kraftfutter keineswegs gesichert sein würde.

Gelingt es uns, ausreichende Futtermengen zu bekommen, so wollen wir gern, dem Beispiele anderer Gemeinden (z. B. Hannover, Steglitz, Tempelhoof bei Berlin) folgend, durch Ausbau unserer eigenen Schweinemästerei dahin zu wirken suchen, daß die Versorgung der ganzen Einwohnerschaft mit fettem Schweinefleisch verbessert wird. Dagegen möchten wir die besondere Versorgung einzelner Haushaltungen mit Schweinefleisch einer Selbsthilfeorganisation der beteiligten Kreise überlassen und uns darauf beschränken, ein derartiges Unternehmen durch angemessene Zuweisung verfügbarer Futtermittel zu unterstützen."

Das Schreiben liegt hier zur Einsichtnahme aus.

Ferner ist eingegangen eine Anfrage des Herrn *G e n z e n*:

"Was gedenkt der Magistrat gegen die in letzter Zeit überhandnehmenden Einbruchsdiebstähle in Schrebergärten zu tun?"

Schließlich noch drei Anfragen des Herrn *L o e s c h i g k*:

"Ist der Preis für Kleinfleisch jetzt erhöht, oder wird es noch zum alten Preise verkauft?"

"Ist es nicht möglich, daß die Behandlung und Verrechnung der Hauschlachtungen auch hier nach den Anordnungen des Kriegsernährungsamts erfolgen kann?"

"Warum wird den Bürgern Braunschweigs, welche Kartoffeln bestellt haben, nicht wenigstens ein gewisses Quantum überwiesen?"

Ich werde den Herren Anfragenden Gelegenheit geben, am Schlusse der öffentlichen Sitzung ihr Anfragen zu begründen.

## 1. Erlaß eines Statuts über die Erhebung einer Lichtspielsteuer.

Stadtv. Dr. *Randauer*: Die Vorlage ist eine Folge des Beschlusses, den die Stadtverordneten am 14. September gefaßt haben. Damals wurde beschlossen, daß an Stelle einer Platzsteuer eine Kartensteuer ins Auge zu fassen sei. Die Vorlage ist den Herren zugegangen, ich kann deshalb wohl gleich in den Bericht über das Statut selbst und die einzelnen Paragraphen eintreten.

Der Eingang des Statuts lautet: „Statut über Erhebung einer Lichtspielsteuer vom . . . . . 1916. Bekanntgemacht am . . . . . 1916. Mit Zustimmung der Stadtverordneten werden nachfolgende statutarische Vorschriften erlassen:

§ 1. Die gewerbsmäßige Vorführung von Lichtspielen aller Art (in Kine-matographen, Bioskopen, Tonbildtheatern und ähnlichen Veranstaltungen) gegen

einen Eintrittspreis unterliegt einer besonderen Gemeindesteuer (Lustbarkeitssteuer).“

In bezug auf diesen Paragraphen ist hervorzuheben, daß wissenschaftliche Darbietungen, die keinen gewerbsmäßigen Charakter tragen, von der Steuer ausgeschlossen bleiben.

**Stadtv. Wesemeier:** Auch gegen dieses Statut einer Lichtspielsteuer, welches die Erhebung einer Billettsteuer verlangt, muß ich mich, zugleich im Namen meiner Freunde, erklären. Wir halten diese Steuer, auch wie sie jetzt umgeändert ist, aus denselben Gründen wie die früher vorgeschlagene für eine ungerechte indirekte Steuer, die lediglich die ärmeren und ärmsten Kreise trifft, wenn auch wohl die Handwerkerkreise und auch andere davon mitgetroffen werden. Auch unser verehrter früherer Vorsitzender, der leider verstorbene Herr Hauswaldt, hat im Landtage, als es sich um die Beschneidung der Rechte der Kinotheater handelte, erklärt, er besuche regelmäßig die Lichtspieltheater, und er kenne nichts Nachteiliges oder Schlechtes, was aus einem solchen Besuche der Lichtspieltheater entspringe. Wenn ich dies anführe, so will ich damit nur feststellen, daß es auch in dem Mittelstande eine Reihe Leute gibt, die den Besuch dieser Theater als eine Erholung betrachten. Es wird hier ja in letzter Zeit so viel von Mittelstandsrettung gesprochen, aber gerade von jener Seite, die erklärt, dem Mittelstande helfen zu wollen, ist diese Steuer in Vorschlag gebracht worden. Auch wir erkennen ohne weiteres an, daß in den Lichtspieltheatern manches aufgeführt wird, was jedenfalls besser weggeliebe. Aber wir leben auch in einer Zeit der Entwicklung auf allen Gebieten, und ich bin der festen Überzeugung, daß den Kinos noch eine bedeutende Zukunft erblickt wird.

Aus dem Schreiben, das die Kinobesitzer an sämtliche Stadtverordneten gesandt haben, sehen wir, daß sie offen erklären: „Wir können die Steuer nicht tragen, wir müssen sie auf diejenigen abwälzen, die die Kinos besuchen.“ Daß eine solche Abwälzung auf das Publikum stattfinden wird, haben wir schon gesagt, als der erste Entwurf einer Lichtspielsteuer uns vorgelegt wurde. Es wird also absichtlich denjenigen eine Steuer auferlegt, die die Kinos besuchen. Mit Absicht will die Stadt von den unteren Klassen und dem Mittelstande eine Einnahme herausheben. Einem solchen Plane können wir unter keinen Umständen zustimmen, zumal jetzt nicht zu Zeiten des Krieges, wo sogar von seiten des Generalkommandos die Lichtspieltheater benutzt werden, um der Jugend im Interesse irgend welcher Zwecke liegende Vorstellungen durch Lichtspieltheater zuteil werden zu lassen. Dort ist man weitsichtiger; man sagt sich, daß die Lichtspiele guten Zwecken dienen können.

Tatsache ist es, daß der großen Masse der Bevölkerung Braunschweigs absolut nichts weiter zur Verfügung steht, wo sie Erholung suchen kann, als die Lichtspiele und im Winter die Konzerte. Die letzteren sind aber so teuer und die Eintrittspreise zu den besseren Konzerten auch meist ausverkauft, daß sie für den größten Teil des Volkes gar nicht in Frage kommen. Es bleibt nichts übrig, als die Kneipe oder das Lichtspiel. Daß derjenige, der die ganze Woche im Bureau, in den Fabriken oder in den Werkstätten usw. sich abrackert, Abend für Abend im Hause bleibt, das soll man nicht verlangen. Man soll den Leuten doch nicht alles verteuern, was sich denken läßt, und besonders nicht auf eine solch hohe Art und Weise, wie es hier versucht wird, indem jedes Billett nach den einzelnen Plätzen versteuert wird.

Wir stimmen gegen Einführung einer solchen Lichtspielsteuer, weil sie eine ungerechte, indirekte Steuer ist und die unteren Volksklassen allein damit belegt werden. Wollte man gerecht sein, dann müßte man auch die Vorstellungen des Hoftheaters besteuern; aber da scheut man sich, und ich wünsche es auch nicht, daß man damit vorgeht. Wenn man jedoch fragt: Weshalb wird denn dort nicht eine Steuer eingeführt? so lautet die Antwort: Weil man die Blamage scheut, der man sich aussetzt, wenn man die Kunststätten besteuern wollte. Wollte man aber gerecht sein, so müßte man das Hoftheater mit einer noch höheren Steuer als die Kinos belegen, weil dort das zahlungsfähige Publikum hingehet. Der ärmeren Klasse gegenüber versucht man, die Mittel einzutreiben, die die Stadt für ihre Zwecke bedarf! Wir verlangen, daß die Aufbringung der Mittel nicht auf diese Weise geschieht, sondern auf eine andere, gerechte Weise, d. h. durch eine Besteuerung der Einkommen. Wir stimmen gegen das Statut.

**Stadtrat von Frankenberg:** Nachdem sich der Stadtmagistrat mit der Mehrheit der Herren Stadtverordneten vor einem Vierteljahre über die Grundzüge der heutigen Vorlage verständigt hat, darf ich wohl hoffen, daß der Widerstand des Herrn Wesemeier und seiner politischen Freunde, der uns keineswegs überrascht, die Vorlage nicht schließlich zu Falle bringen wird. Um so weniger kann ich das letztere glauben, als Herr Wesemeier sich in einem Atem ziemlich stark widersprochen hat.

Zuerst meinte er, daß diese Lichtspielsteuer nur die ärmeren und ärmsten Kreise belaste, und dann führte er den verstorbenen Stadtverordnetenvorsteher Hauswaldt, der bekanntlich keineswegs zu den Unbemittelten gehört hat, als Eideshelfer an. In demselben Atem sagt Herr Wesemeier, diese Steuer wäre eine außerordentlich rohe, und in demselben Augenblicke muß er sich von mir entgegenhalten lassen, daß der Magistrat, wie der § 2 Ihnen allen bewiesen haben wird, aufs sorgfältigste sich bemüht hat, nach sozialen Grundlagen die Steuer zu staffeln, indem



er bei einem Eintrittsgelde in Höhe bis zu 50 Pf. einschließlich nur 5 Pf. Steuer erheben will, das sind 10 Prozent, bei allen darüber hinausgehenden Gruppen von 50 Pf. Eintrittsgeld aber einen Zuschlag von 10 Pf., also von 20 Prozent vorgesehen hat. Das ist keineswegs ein ganz rohes Verfahren. Da ich an diesem Entwurfe mitgearbeitet habe, so wage ich nicht, dieses Verfahren als eine ganz besondere Verfeinerung zu bezeichnen, aber man soll doch anerkennen, daß wir wenigstens bemüht gewesen sind, die Steuer so sozial wie möglich zu gestalten.

Auch der Vergleich der Lichtspielvorführungen mit dem Hoftheater und überhaupt den Theatern als Bildungs- und Kunststätten hinkt doch mehr, als billigerweise einem Vergleich zugemutet werden darf. Ich glaube, es ist nicht Scheu des Magistrats vor einer Belegung des Hoftheaters mit einer Steuer, sondern unser ganzes Billigkeitsgefühl jagt uns, daß das ganz verschiedene Gegenstände sind, die man steuerlich nicht in Vergleich bringen kann.

Wenn darauf hingewiesen ist, daß das Generalkommando den Besuch der Lichtspiele durch die Jugend angeregt und gefördert habe, so bezieht sich diese sehr verständige Maßregel der Behörde sowohl auf diejenigen Städte, in denen schon längst, schon seit Jahrzehnten und länger, die Lichtspielsteuer eingeführt ist, wie auf solche Städte wie Braunschweig, das in dieser Beziehung etwas rückständig gewesen ist. Die Herren streben ja stets danach, daß diese Rückständigkeiten in Braunschweig überwunden werden möchten. Da haben wir nun einen solchen Punkt: Helfen Sie uns, eine Maßregel zu treffen, die sich in anderen Orten bewährt hat, und die durch den Ernst der Zeit und die hohen Aufwendungen der Stadt, wie sie von uns gefordert werden, außerordentlich gerechtfertigt ist.

**Stadtv. Wesemeier:** Die sozialen Grundsätze, wie sie sich in diesem Statute widerspiegeln, sind ganz besonderer Art. Daß von sozialen Grundsätzen gesprochen werden kann, wenn man ausgesprochen den ärmeren Volksschichten die Unterhaltung verteuert, das wage ich zu bestreiten. In meinen ersten Ausführungen ist auch durchaus kein Widerspruch zu finden gewesen. Ich habe ausdrücklich betont: Die Steuer trifft die ärmeren Klassen, und sie trifft auch den Mittelstand, und dafür habe ich ein Beispiel angeführt. Wie darin ein Widerspruch enthalten sein soll, ist mir nicht verständlich. Jedenfalls sind es nicht Grundsätze sozialer Natur, daß man die ärmeren Schichten, denen weiter nichts als das Kino für die Erholung zur Verfügung steht, zu einer besonderen Steuer heranzuziehen versucht. Für solche sozialen Grundsätze müssen wir uns allerdings bedanken.

**Stadtv. Salomon:** Ich möchte mich mit einigen Worten gegen das wenden, was Herr Wesemeier gesagt hat. Er sprach davon, daß die Kinos Stätten der Erholung seien; das muß ich bestreiten. Aus meiner Praxis als Lehrer kann ich

konstatieren, daß zu der Zeit, als der Jugend noch ungehindert der Zutritt zu den Kinovorführungen gestattet war, auf viele Kinder der Besuch der Kinos einen verberblichen Einfluß ausgeübt und ein nervenzerrüttendes Ergebnis gezeitigt hat. Wenn nun gesagt wird, daß dank dieser Steuer der Besuch der Kinos noch abnehmen werde, so kann ich das von meinem Standpunkte aus als Pädagoge und als einer, der den wahren Kunststätten einen regeren Besuch wünscht, nur begrüßen. Es ist eine unabweishbare Tatsache, daß beispielsweise der Besuch der besseren Theater, auch der des Hoftheaters, bedenklich gelitten hat, seitdem die Kinos in der vor dem Kriege für Braunschweig überreichen Zahl entstanden sind. Ich möchte deshalb bitten, die Steuer in dieser Form anzunehmen.

**Vorsigender** (zu Herrn Stadtv. Wesemeier, der sich zum Wort gemeldet hatte): Ich kann Ihnen das Wort nicht weiter erteilen; Sie haben zu diesem Punkte schon zweimal geredet.

Ich nehme an, daß es richtig ist, die Abstimmung über das Statut im ganzen stattfinden zu lassen, und bitte den Herrn Referenten fortzufahren.

Stadtv. Dr. **Landauer**: § 2 das Statuts soll lauten:

„Die Steuer beträgt für jede ausgegebene Eintrittskarte oder jeden diese vertretenden Ausweis

1. bei einem Eintrittsgelde in Höhe bis zu 50 Pf. einschließlich 5 Pf.,
2. bei einem Eintrittsgelde in Höhe von 51 Pf. bis zu 1 *M* einschließlich 15 Pf.,
3. bei einem Eintrittsgelde in Höhe von 1,01 *M* bis zu 1,50 *M* einschließlich 25 Pf.,
4. bei einem Eintrittsgelde in Höhe von 1,51 *M* bis zu 2 *M* einschließlich 35 Pf.,
5. bei einem Eintrittsgelde in Höhe von 2,01 *M* bis zu 2,50 *M* einschließlich 45 Pf.,
6. bei einem höheren Eintrittspreise für einen Mehrbetrag von angefangenen oder vollen 50 Pf. jedesmal 10 Pf. mehr.“

Die Statutenkommission empfiehlt auch Annahme dieses Paragraphen. Es hat sich in der Kommission kein Widerspruch dagegen geltend gemacht.

Stadtv. **Busch**: Meine Herren, ich habe eingesehen, daß eine Kinosteuer bei dem Geldmangel der Stadt unbedingt notwendig ist, und habe seinerzeit auch den Antrag, eine Lichtspielsteuer einzuführen, befürwortet, wie auch die Versammlung sich mit Einführung der Steuer einverstanden erklärt hat. Erstaunt bin ich nun allerdings über die Sätze, die der Magistrat für die einzelnen Plätze vorgeschlagen

hat, und halte sie insbesondere bei der jetzigen Lage der Kinos in der Kriegszeit nicht für angemessen. Es ist ja auch in einer Eingabe der Kinobesitzer — der vereinigten Lichtspiele und des Kinopalastes — eingehend klargelegt, worunter die Kinos jetzt zu leiden haben. Vor einiger Zeit war dem Magistrat in vertraulicher Weise ein Vorschlag für die einzelnen Sätze unterbreitet, und auch in der Kommissionsitzung habe ich sie kundgegeben, wonach ein Steuerertrag von 66 000 *M* im Jahre sich für die Stadt ergeben würde. Diese Sätze waren zusammengestellt auf Grund der Erfahrungen, wie in anderen Städten die Steuer erhoben worden ist. Ich hebe daraus z. B. hervor, daß Kassel bis zu 1 *M* Eintrittsgeld 5 Pf. Steuer nimmt, Leipzig erhebt 5 Pf. pro Platz, macht also gar keinen Unterschied und hat in der Kriegszeit, da der Besuch der Kinos geringer geworden ist, diese Steuer auf 1½ Pf. zurückgesetzt. Magdeburg nimmt bis zu 75 Pf. Eintrittsgeld 5 Pf. Steuer, bis 1 *M* 10 Pf. usw. Ich habe geglaubt, daß unsere Stadt für den Anfang mit einer solchen Besteuerung wohl auskommen dürfte, denn 66 000 *M* pro Jahr Ertrag aus dieser Steuer ist schon ein ganz schöner Betrag.

Der Steueratz sollte nach meinem Vorschlage betragen 5 Pf. bei einem Eintrittsgeld bis 75 Pf., 10 Pf. bis zu einem solchen von 1 *M*, darüber hinaus 15 Pf. Wenn man bei diesen Sätzen den Besuch der hiesigen Lichtspieltheater zugrunde legt, so ergibt sich für die Saalbau Lichtspiele ein Steuerertrag von 29 000 *M*, für den Kinopalast 22 500 *M*, für das Edison-Theater und Lichtspiele 14 500 *M*, zusammen 66 000 *M*. Das sollte genügen, und ich bin erstaunt, daß man jetzt derartige Sätze bringt, wobei meinem Erachten nach die Kinos gar nicht bestehen können. Der Besuch, der jetzt in der Kriegszeit sowieso schon bedeutend zurückgegangen ist, wird sich bei solchen Steuerätzen noch mehr verringern, und man wird mit einer derartig hohen Steuer vielleicht das Gegenteil von dem erzielen, was man hat erreichen wollen, nämlich eine ausgiebige Einnahmequelle für die Stadt zu schaffen.

Ich möchte deshalb nochmals den Vorschlag machen, da wir nun in der Kriegszeit leben, doch einen Versuch mit den Sätzen zu machen, die ich vorgeschlagen habe, und die auch der Magistrat in der Hand hat, denn bei den erhöhten Sätzen würde vielleicht die Folge eintreten, daß die Steuer für die Stadt nichts einbringt.

**Stadtrat von Franckenberg:** Wenn Herr Busch erklärt, er wäre erstaunt gewesen, daß er eine Magistratsvorlage mit diesen Sätzen bekommen hat, so glaube ich, sein Erstaunen wird wesentlich abgeschwächt werden dadurch, daß er sich den Zweck und die Entstehungsgeschichte der Vorlage und die dabei vorliegende Besteuerungsabsicht vergegenwärtigt.

Die Stadt braucht notwendig Geld, sie sucht Einnahmequellen zu gewinnen, die sie bisher noch nicht zur Verfügung gehabt hat, und durch die die einzelnen

nicht allzujehr belästet werden. Deshalb ist sie auf diese Steuer, die unter die Gruppe der Vergnügungs- oder Lustbarkeitssteuern zu rechnen ist, verfallen. Will die Stadt ihren Zweck erreichen, dann liegt es ganz außerordentlich nahe, daß sie diese Steuer nicht so zahm wie irgend möglich gestaltet, wie es vielleicht im Sinne des Herrn Busch gelegen haben mag, sondern sie wird diese Steuer etwas wirksamer machen, sonst hätte das ganze Steuerunternehmen keinen Zweck; es wäre ein Messer ohne Klinge und Griff. Sie würde den städtischen Beamten und den sonst Beteiligten recht viel Arbeit machen, aber uns vielleicht nur die Hälfte der Hundesteuer jährlich einbringen. Damit ist Ihnen, uns und der Steuerzahlenden Bevölkerung, die durch die Lichtspielsteuer in anderer Beziehung entlastet werden soll, recht wenig gebient. Wenn wir weiter diese Staffelung der Steuer vorgeschlagen haben, so glaube ich, daß wir damit auf dem richtigen Wege sind.

Das, was Herr Busch ausgeführt hat, und was die Kinobesitzer in ihrer Eingabe gesagt haben — ich weiß nicht, wie nahe Herr Busch der Eingabe steht, und das ist hier ja auch nicht zu untersuchen — ergibt sehr deutlich, daß ein Rückgang in dem Besuche der Lichtspieltheater festgestellt ist. Gerade nun deshalb, weil ein Rückgang des Besuchs stattgefunden hat, darf man die Kinos nicht sanft mit Glacé-Handschuhen anfassen, sondern muß kräftig zugreifen, um einen genügenden Ertrag aus der Steuer herauszuholen. Ihre Sätze, verehrter Herr Busch, gründen sich auf den Friedensbesuch oder vielleicht den Besuch in der ersten Zeit nach Beginn des Krieges, sind aber auf den Kriegsbekämpfungszustand, in dem wir uns seit zwei Jahren befinden, ganz gewiß nicht zugeschnitten. Weil dieser Zustand nun aber besteht, ist man genötigt, etwas energischer vorzugehen, und das haben wir getan.

Es ist eine naturnotwendige Erscheinung, daß, wenn eine Steuer eingeführt werden soll, die Nächstbeteiligten mit Hand und Fuß sich dagegen wehren. Das ist auch ihr gutes Recht, und das bringt das parlamentarische Leben nun einmal mit sich. Ebenso hat man aber auch die Beobachtung gemacht, daß die Allgemeinheit sich von höheren Gesichtspunkten als denen der Nächstbeteiligten leiten läßt. Ich glaube, je mehr sich die geehrte Versammlung einschließlich des Herrn Busch auf diesen Standpunkt stellt, um so leichter wird es ihr werden, unseren Vorschlägen zuzustimmen.

**Stadtv. Wesemeier:** Herr Stadtrat von Frankenberg hat eben bestätigt, was ich vorhin schon anführte: die Stadt will Geld aus den Kinobesuchern herausziehen. (Zustimmung.) Ich freue mich, daß das allgemein anerkannt wird. Der Besuch der Kinos ist zurückgegangen; glauben Sie nicht auch, daß das eine Folge des Krieges ist? Es ist das doch so selbstverständlich, wie nur irgend etwas.

Es wird hier gesagt, daß die wahren Kunststätten Schaden durch den Besuch der Kinos litten. Was haben wir hier denn an wahren Kunststätten? Wir haben das Hoftheater; die oberen Ränge davon sind ständig schon fast acht Tage vor den Vorstellungen ausverkauft, so daß dort kein Platz zu bekommen ist. Die teureren Ränge können die unteren Volksklassen natürlich nicht bezahlen, es ist also nicht richtig, wenn gesagt wird, daß diese wahre Kunststätte in Braunschweig durch die Kinos leidet; die Tatsachen ergeben ein anderes Bild.

Wir sind unsererseits auch nicht dafür, daß die Kinder in die Kinos gehen sollen, auch wir sagen: Es ist schädlich für sie. Aber sagen Sie mir, was hat denn die Bevölkerung in Braunschweig zur Erholung als das Hoftheater und das Kino, aber das Hoftheater ist, wie ich schon sagte, unzugänglich für sie. Sehen Sie sich die Volksvorstellungen an; da können Sie volle Häuser sehen, da können Sie wahrnehmen, wie das Volk hungert nach besserer Kunst. Sonst gibt es doch in Braunschweig nichts, wo das Volk seinen Kunst Hunger befriedigen kann. So wird das Volk, weil es doch einmal aus dem Alltagsleben heraus muß, selbstverständlich in die Kinos gehen; Sie aber verteuern ihm dieses einzige Vergnügen, das es hat.

Auch ich möchte gegen die Höhe dieser Sätze sprechen, wie sie heute festgelegt werden sollen, und möchte beantragen:

Plätze bis zu 75 Pf. Eintrittsgeld sind frei, von 75 Pf. bis 1,50 *M* 5 Pf. Steuer, Plätze über 1,50 *M* 10 Pf. Steuer.

Wenn wir auch grundsätzlich gegen diese Steuer sind, so wollen wir doch wenigstens versuchen, sie nach Möglichkeit zu mildern und von den Ärmsten möglichst die Last abzuwälzen, die ihnen auferlegt werden soll. Der Besuch der Kinos wird durch eine solche Besteuerung, wie ich sie vorschlage, nicht leiden — davon bin ich fest überzeugt —, und zwar aus dem Grunde, den ich schon angeführt habe, nämlich weil in Braunschweig nichts weiter an Vergnügungen geboten wird, da das Hoftheater in seinen oberen Rängen nicht in Frage kommen kann.

**Stadtrat von Franzenberg:** Herr Wesemeier hat heute einen ausgesprochen unglücklichen Tag. Er hat sich schon vorhin von mir sagen lassen müssen, daß er sich in verschiedenen Beziehungen widersprochen hätte, und ich kann das nicht für widerlegt halten durch das, was er darauf erwiderte. Eben hat er noch eindringlich darauf hingewiesen, daß es in bezug auf Kunst für die weniger Bemittelten so gut wie gar nichts gebe, und in demselben Augenblicke nennt er die Volksvorstellungen. Da ich zu dem Vorstande des Vereins Volkslesehalle, der die Volksvorstellungen im Hoftheater angeregt hat, gehöre, so freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, daß uns durch das Entgegenkommen des Hoftheaters ermöglicht worden ist, in diesem Winter 8 Volksvorstellungen zu veranstalten. Bei diesen Vorstellungen ist es nicht so, daß sämtliche Ränge schon vorher ausverkauft sind, sondern es ist für die

Verteilung der Plätze ein hinreichendes Verlosungsverfahren eingerichtet, so daß nur Minderbemittelte, die sehr sorgfältig ausgesucht werden, Plätze zugewiesen bekommen. Das sind 8 Vorstellungen im Hoftheater, und dazu veranstaltet der Verein Volkslesehalle in diesem Winter drei Vortragsabende und drei Konzerte, so daß in den 7 Monaten dieses Winterhalbjahres etwa alle vierzehn Tage eine anregende, belehrende oder künstlerische Veranstaltung für die Braunschweiger Bevölkerung geboten ist, abgesehen davon, daß die Volkslesehalle mit ihrer reichen Bücherei allen denjenigen zur Verfügung steht, auch aus den Kreisen, die Herrn Wesemeier nahe stehen, die davon Gebrauch machen wollen. So kann man mit dem besten Willen nicht sagen, daß für die unbemittelte Bevölkerung in dieser Beziehung nichts geschieht. Alle anderen Veranstaltungen, die sonst in dieser Richtung noch in Frage kommen, will ich gar nicht ins Treffen führen.

Wenn nun die Lichtspieltheater von uns herausgegriffen sind als eine Stätte, die sich nach dem Urteil sehr vieler Sachverständiger zur Lustbarkeitssteuer eignet, und die auch in anderen Großstädten einer Steuer unterworfen ist, so kann uns daraus kein Vorwurf gemacht werden. Diejenigen Städte, die eine allgemeine Lustbarkeitssteuer für Tanz- und Biermusik haben, haben die Besteuerung der Lichtspielvorführungen einfach so gestaltet, daß sie bei den Lichtspielhäusern die Steuersätze für die Eintrittskarten verdoppelt haben, indem sie im allgemeinen 10 Prozent Steuer nehmen und bei den Lichtspielhäusern 20 Prozent. Wenn wir uns bei der neu einzuführenden Steuer auf die Lichtspielhäuser beschränken und sie nicht allzu knapp mit der Steuer treffen, dann liegt das durchaus in der Richtung, die auch in anderen Städten, aber in viel weitergehender Weise aufgetreten ist.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich kann nicht einsehen, daß ich heute einen unglücklichen Tag habe, finde vielmehr, daß die Einwände des Herrn Stadtrat von Frankenberg sehr gequält sind. Was bedeuten denn 6—8 Volksvorstellungen und die angeführten Konzerte für unsere Bevölkerung? Braunschweig ist eine Stadt von 145 000 Einwohnern, Herr Stadtrat, und wieviel Personen gehen ins Hoftheater hinein? Rechnen Sie doch einmal aus, wieviel Male der einzelne an die Reihe kommt, um an diesen Kunstvorstellungen teilnehmen zu können. Wenn Sie das Exempel ausrechnen, dann werden Sie finden, daß vielleicht jeder einzelne einmal im Jahre an die Reihe kommt. Daß so viele sich dazu drängen, einen Platz zu erhalten, ist selbstverständlich, aber es kommen bei weitem nicht alle zum Zuge, die dahin möchten. Also die Einwände des Herrn Stadtrat sind so gequält, daß sie durch die einfache Tatsache, daß 145 000 Einwohner auf diese paar Vorstellungen zusammengequetscht werden sollen, schon als widerlegt gelten können. Rechnen wir auch nur 100 000 und die anderen zu den oberen Klassen, so ist das Gebotene doch reichlich wenig.

Man beruft sich auf andere Städte, daß dort die Lustbarkeitssteuer eingeführt sei. Auch wir sind in den untersten Klassen in bezug auf Lustbarkeit besteuert genug. Die oberen Klassen halten im eigenen Hause ihre Vergnügungen ab; da gibt es keine Steuer, während die Arbeiter in den Vereinen, sobald sie unter sich gesellig sein und ein Vergnügen abhalten wollen, besonders schwer in den Beutel greifen und ihre Steuer abliefern müssen. Das Schlechte aus anderen Städten holen Sie immer heran; wenn Sie das Bessere heranholen wollten, das wäre für die Stadt und ihre Bevölkerung viel wertvoller und vorteilhafter.

Stadtv. Dr. **Landauer**: Ich möchte Sie bitten, die Vorschläge der Herren Wesemeier und Busch abzulehnen und es bei den Vorschlägen des Magistrats zu lassen. Herr Busch hat allerdings ausgeführt, bei seinen Vorschlägen wäre ein Ertrag von 66 000 *M* im Jahre zu erwarten. Aber wie Herr Sander in der Sitzung vom 14. September ausgeführt hat, ist es ihm nicht möglich gewesen, einzusehen, wie Herr Busch zu einem solchen Betrage kommen konnte, er habe ausgerechnet, daß nur ein Betrag von 25 000 *M* aus der Steuer nach den Sätzen des Herrn Busch herauskäme. Auch ich glaube, die Aufstellung des Herrn Busch ist eine Honigtopfsrechnung, und da die Stadt Geld, viel Geld braucht, so möchte ich Sie bitten, die Vorschläge des Magistrats anzunehmen.

Stadtv. **Busch**: Zunächst möchte ich Herrn Stadtrat von Frankenberg bemerken, daß ich tatsächlich von dem Anschreiben überrascht worden bin, denn wenn ich eine Ahnung davon gehabt hätte, dann wäre ich bei den Urhebern vorstellig geworden. Daß 66 000 *M* eine Kleinigkeit sind, kann ich nicht sagen, auch kann ich nicht anerkennen, daß diese Steuer mit der Hundesteuer in Parallele steht. Wenn dann gesagt ist, diese Berechnung nach den Steuersätzen, wie ich sie aufgestellt habe, stamme aus den Einnahmen im ersten Kriegsjahre, so möchte ich dagegen betonen, daß gerade jetzt, wo der Krieg noch länger fort dauert, ich es für durchaus nicht angebracht halte, die Sätze zu erhöhen, gerade aus dem Grunde, weil der Krieg noch länger dauert.

Nun sagte der Herr Referent, Herr Sander hätte nach meinen Sätzen etwas anderes herausgerechnet. Ja, ich bedaure, daß Herr Sander hier nicht mehr ist, aber er war leider auch zu der Zeit, als er hier berichtete, schon sehr krank; den Eindruck habe ich in einer persönlichen Unterhaltung mit ihm gehabt. Was ich ausgerechnet habe, ist nicht eine oberflächliche Arbeit, sondern nach ganz genauen Aufstellungen und ernster Prüfung bin ich zu dem Ergebnis gekommen, und wie ich schon andeutete, liegt auch das Zahlenmaterial dafür dem Magistrat vor. Also etwas leichtsinnig ist die Behauptung von mir nicht gemacht. Herr Stadtv. Sander hat die Aufstellung vielleicht nicht mehr fassen können. (Oho!) Ja, meine Herren,

er war sehr krank, und bei der Unterhaltung, die ich mit ihm geführt habe, ist es wiederholt vorgekommen, daß er nicht mehr folgen konnte. Auch das kann ich sagen, weil hier die Angaben des Herrn Sander angeführt werden.

Nochmals betonen möchte ich: Wenn es nun einmal sein soll, daß diese Steuer unter Dach und Fach kommt, so bin ich bereit, dafür zu stimmen, bitte aber anzunehmen, daß bei 75 Pf. Eintrittsgeld nur eine Steuer von 5 Pf. erhoben wird, von 75 Pf. bis 1  $\mathcal{M}$  10 Pf. und bei Karten über 1  $\mathcal{M}$  15 Pf.

**Vorsitzender:** Es meldet sich zu diesem Paragraphen niemand mehr; ich bitte den Herrn Referenten, in seinem Berichte fortzufahren.

Stadtv. **Wesemeier** (zur Geschäftsordnung): Wäre es nicht besser, über die Abänderungsanträge jetzt gleich abzustimmen? Es könnten ja noch zu jedem Paragraphen Abänderungsanträge kommen, und dann würde es ein Durcheinander geben, wenn erst am Schlusse der Beratungen abgestimmt würde.

**Vorsitzender:** Ich habe angenommen, daß es einfacher wäre, die Abstimmung am Schlusse vorzunehmen, habe aber nichts dagegen, an dieser Stelle eine grundlegende Abstimmung vorzunehmen. Schließllich kommt es ja doch nur auf eine entscheidende Abstimmung heraus. Ich will also hiermit die Beratung über § 1 und 2 noch einmal eröffnen.

Stadtrat **von Frankenberg:** Auch ich möchte empfehlen, nachdem sich in einzelnen Punkten Meinungsverschiedenheiten herausgestellt haben, daß Paragraph für Paragraph seitens der geehrten Herren erledigt wird. Es hat für den Magistrat große Bedeutung, zu erfahren, wie die Mehrheit der geehrten Herren über diese Besteuerung denkt. Wir hoffen ja, daß die Mehrheit der Versammlung mit uns auf demselben Standpunkte steht. Sollte aber das Statut in dem Sinne, wie es Herr Busch wünscht, verändert werden, so könnte es möglich sein, daß von seiten des Magistrats auf eine Weiterberatung kein Wert gelegt würde. Ich gebe mich aber der Erwartung hin, daß diese Tatsache nicht eintritt.

**Vorsitzender:** Zumal nach dieser Erklärung des Magistrats wird es sich nicht umgehen lassen, jetzt über § 2 abzustimmen. Es wird sich erübrigen, über § 1 abzustimmen, denn dieser liegt stillschweigend eingebegriffen in den drei vorliegenden Anträgen. (Redner wiederholt die Anträge der Kommission, des Herrn Stadtv. Busch und des Herrn Stadtv. Wesemeier.) Der am wenigsten weitgehende Antrag ist der des Herrn Wesemeier, der weitestgehende der Antrag der Statutenkommission. Die Herren, die für den Antrag der Statutenkommission sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Das ist zweifellos die Mehrheit. § 2 ist in



der Fassung der Kommission angenommen und damit, wie ich annehme, auch § 1, der das Prinzip enthält.

Stadtv. Dr. **Landauer**: § 3 lautet nach der Vorlage: „Bei Karten, die das Recht zum Eintritt auf eine bestimmte Zahl von Veranstaltungen erstrecken (Dugendkarten und dergleichen) wird die Steuer nach der Zahl dieser Veranstaltungen und nach dem Durchschnittspreise der Vorstellungen berechnet, für die das Eintrittsrecht gewährt ist. — Unentgeltlich ausgegebene Ausweise (Freikarten) sind nur dann von der Steuer befreit, wenn sie auf Namen ausgestellt, als unübertragbar bezeichnet und vom Stadtmagistrat durch Dienststempel gekennzeichnet sind. An die Stelle des Namens kann die Bezeichnung einer Behörde, eines Amtes oder einer Zeitungsschriftleitung treten. Der Stadtmagistrat kann weitere Ausnahmen zulassen. Der Mißbrauch derartiger Ausweise ist verboten.“

Zu dem zweitletzten Satze habe ich zu bemerken, daß die weiteren Ausnahmen, die der Magistrat zulassen kann, Fälle betreffen, wie die Steuerfreiheit bei Eintritt von Verwundeten, die zu den Vorführungen Freikarten bekommen. In einem solchen Falle wäre es unbillig, wenn von diesen Verwundeten eine Steuer erhoben werden sollte. Die Berücksichtigung solcher Fälle rechtfertigt es, daß dem Magistrat das Recht vorbehalten ist, Ausnahmen zuzulassen.

§ 3 wird angenommen, ebenso §§ 4 und 5, nachdem sie von dem Herrn Beirichterstatter verlesen sind.

Stadtv. Dr. **Landauer**: § 6 soll nach den Vorschlägen des Magistrats lauten:

„Spätestens am vorletzten Werktag vor jedem Vorführungstage sind dem Stadtmagistrat vom Unternehmer alle zum Verkaufe bestimmten Eintrittskarten (Ausweise) zur Stempelung vorzulegen; dabei ist die nach § 2 zu berechnende Steuer im voraus zu entrichten.“

Der Stadtmagistrat kann die ausschließliche Verwendung von solchen mit Steuerabschnitten versehenen Eintrittskarten vorschreiben, die der Veranstalter auf Verlangen des Stadtmagistrats gegen Erstattung der Selbstkosten von der Stadtverwaltung gegen Vorausbezahlung des nach § 2 berechneten Steuerbetrages zu entnehmen hat.

Dem Unternehmer bleibt überlassen, neben dem Eintrittspreise (§ 2) den Steuerbetrag von den Besuchern zu erheben.“

Die Statutenkommission beantragt auch Annahme dieses Paragraphen.

Stadtv. **Pusch**: Ich möchte den Vorschlag machen, die Steuer monatlich zu erheben, und zwar auf Grund der vorliegenden Geschäftsbücher. Die in Frage

kommenden Firmen haben kaufmännische Buchführung, die von einem beeidigten Bücherrevisor jeden Monat geprüft wird. Aus der Monatsaufstellung ergibt sich ganz genau, wieviel Plätze besetzt gewesen sind, und wie der Steuersatz zu erheben ist. Dieses Verfahren halte ich für das einfachste. Allerdings würde dann notwendig sein, daß von jeder Gesellschaft eine Kaution von 3—4000  $\text{fl}$  hinterlegt wird. Ein solches Verfahren bei der Bezahlung der Steuerbeträge an die Stadt halte ich für richtiger, als wenn jedesmal Karten abgestempelt werden müßten. Das Vertrauen, daß eine geregelte kaufmännische Buchführung vorhanden ist, können wir den Gesellschaften ebenso wie jedem anderen Steuerzahler nicht vorenthalten.

**Stadtrat von Frankenberg:** Als ich die Vorlage in gegenwärtiger Gestalt im Auftrage des Magistrats vorbereitete, schien es mir zweckmäßig, einige Herren, die derartigen Unternehmungen nahestehen, dafür herbeizuziehen, in erster Linie Herrn Busch; daneben habe ich auch zwei Inhaber von Lichtspielhäusern zugezogen. Ich hatte das Glück, bei meinem Vorschlage, wie die Steuer am zweckmäßigsten zu erheben wäre, mich durchaus des Einverständnisses des Herrn Busch zu erfreuen, der nach Erkundigungen, die er in auswärtigen Betrieben eingebracht hatte, zu der Erkenntnis gelangt war, daß durch Ausgabe von Einlaßkarten mit Magistratsstempel u. s. w. seitens der Unternehmer sich am einfachsten das Steuerverfahren abwickeln würde. Für mich waren seine Ausführungen damals überzeugend und wurden nicht erschüttert dadurch, daß die Lichtspielunternehmer das Verfahren einer nachträglichen Abrechnung bevorzugten und erklärten, es lieber zu sehen, daß sie wöchentlich oder halb- oder allmonatlich mit dem Magistrat abrechneten. Ich hielt dem entgegen, daß bei vertrauenswürdigen, geschäftsgewandten, mit tadelloser Buchführung arbeitenden Unternehmern ein solches Verfahren nicht zu beanstanden wäre, daß aber die größere Sicherheit und die Zuverlässigkeit für die Deckung, insbesondere im Falle jähen Zusammenbruchs des Unternehmens — denken Sie an einen Brand — doch besser geboten wäre, wenn man die Vorauszahlung einführt, und Herr Busch hat mir damals beigestimmt. Ich kann nicht leugnen: der Herr Busch von damals gefällt mir besser als der von heute, der der Magistratsvorlage mit dem Vorschlage, der von den Lichtspielunternehmern seinerzeit gemacht wurde, entgegentritt. Ich glaube, es ist am besten, wir kehren zurück zu dem Vorschlage, den Herr Busch damals gemacht hat.

**Stadtv. Busch:** Es geht im Leben öfter so, daß man glaubt, das Gute gefunden zu haben, und nachher noch etwas Besseres findet. So ist es mir ergangen in bezug auf die Art und Weise der Erhebung dieser Steuer. Ich halte es jetzt doch für richtiger, die Steuer monatlich zu erheben, denn die Gefahr der Hinterziehung

der Steuern liegt nicht vor, wenn die Lichtspieltheater je 4000 *M* deponieren, und das Vertrauen, das man jedem Steuerzahler schenkt, sollte man, wie schon gesagt, einer solchen Gesellschaft auch nicht vorenthalten, besonders dann nicht, wenn die Bücher alle vierzehn Tage von einem vereidigten Bücherrevisor nachgesehen werden und von dem Manne dem Magistrat als richtig vorgelegt werden. Der Magistrat ist ja schon mit Arbeiten so überhäuft, daß es angebracht ist, wenn wir ihm diese Arbeit abnehmen, und das Verfahren ist kaufmännisch einfacher, als wenn die Geschäftsleute erst zu ihm gehen und die Karten abstempeln lassen müssen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Selbst diese liebenswürdige und zarte Rücksicht des Herrn Busch auf die Überlastung des Magistrats kann mich nicht bestimmen, von meiner Ansicht abzugehen. Wir scheuen keine Last, wenn es sich um das Wohl der Stadt, insbesondere um die Sicherstellung der finanziellen Ergebnisse einer Steuer handelt. Außerdem darf ich darauf hinweisen, daß wir es durchaus in der Hand haben, wenn wir im Laufe der Zeit die Überzeugung gewinnen sollten, daß sich ein derartiges Verfahren bewähren sollte, bei besonders vertrauenswürdigen Firmen nach § 7 ein derartiges Ausnahmezugeständnis zu machen, denn darin heißt es ja: „Durch Vereinbarung des Stadtmagistrats mit dem Beteiligten kann eine vereinfachte Regelung wegen der Einreichung der Meldungen, wegen der Eintrittskarten und der Zahlung der Steuer bestimmt werden.“ Im einzelnen Falle würde das sehr gut gemacht werden können, aber eine allgemeine Einführung des Verfahrens, wie es Herr Busch vorschlägt, scheint mir doch so bedenklich, daß ich glaube, ihr nicht zustimmen zu können.

**Vorsitzender:** Da § 7 erwähnt ist, möchte ich bitten, daß der Herr Referent auch den § 7 mit vorträgt. (Geschieht.) Ich eröffne jetzt die Beratung über die beiden Paragraphen.

**Stadtv. Meyerhoff:** Wir haben bereits bei der ersten Beratung der Lichtspielsteuer in der Statutenkommission über diesen Punkt gesprochen. Bei der letzten Beratung ist er nicht so genau erwähnt worden, aber mir schwebt aus den ersten Verhandlungen noch vor, daß erwähnt wurde, daß dieser Paragraph nicht allein Bezug nimmt auf die hier sesshaften Kinobesitzer, sondern auch auf die Wanderkinos. Auch diese Wanderkinos fallen unter die Lichtspielsteuer, und deshalb scheint es mir bedenklich, dem Räte des Herrn Busch zu folgen. Bei den Wanderkinos geht es nicht anders, als daß die Eintrittskarten vorher abgestempelt werden müssen. Ich möchte Herrn Busch bitten, seinen Einwand zurückzunehmen, noch dazu, da durch § 7 alles nach Wunsch ausgeglichen werden kann.

Stadtv. **Busch:** Ich möchte nochmals erwähnen, daß es sich in diesem Falle um zwei vertrauenswürdige Firmen handelt, und daß sie nebenbei auch noch ganz genau durch den vereidigten Bücherrevisor kontrolliert werden. Ich habe nie gehört, daß dort etwas vorgekommen wäre, was irgendwie das Vertrauen in die Geschäftsführung erschüttern könnte.

Stadtrat **von Franckenberg:** Man kann unmöglich ein Statut auf den Leib von zwei bestimmten Firmen oder Aktiengesellschaften schreiben, sondern muß es so verfassen, daß es für die Allgemeinheit der Betriebe, die darunter fallen, paßt. Es genügt wohl, wenn ich erkläre, daß wir gegen die Vertrauenswürdigkeit der genannten Firmen nichts haben, sondern daß wir, um keine Berufungen zu haben, eine allgemeine Vorschrift in diesem § 6 haben müssen.

Die §§ 6 und 7 werden in der Fassung des Magistrats, wie von der Statutenkommission empfohlen, angenommen. Auch die §§ 8 und 9, sowie der Schlußsatz werden, nachdem der Berichterstatter, Herr Stadtv. Dr. Landauer, sie verlesen und ihre Annahme namens der Statutenkommission empfohlen, von der Versammlung angenommen, ebenso in der Schlußabstimmung das ganze Statut.

**Vorsitzender:** Ich teile mit, daß in einem mir zugegangenen Schreiben Herr **Steincke** sich für die nächste Zeit entschuldigt, da er in seinem militärischen Dienste nach Hannover versetzt ist.

## 2. Antrag Frede auf Einrichtung von städtischen Mittelstandsküchen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Der Antrag des Herrn Frede lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine oder nach Bedarf mehrere Mittelstandsküchen einzurichten.“ Das Wort Mittelstandsküche ist ja nach den heutigen Darlegungen über Mittelstand nicht so passend, als wenn man sagte: eine Vergrößerung oder Erweiterung der jetzt bestehenden Kriegsküchen. Ich will also von dem Worte Mittelstandsküche absehen.

Der Antrag hat der Statutenkommission vorgelegen und ist dort eingehend beraten worden. Vor der Beratung, als ich das Referat übernommen hatte, habe ich mich mit Herrn Kruse, dem Direktor des Wilhelmsgartens und Brünings Saalbau, ins Einvernehmen gesetzt, um mit ihm zu überlegen: Wie ist es ohne große Kosten einzurichten, damit denjenigen, die jetzt noch nicht Anteil haben an der Kriegsküche, ermöglicht würde, billiges warmes Essen zu erhalten? Es gibt Hunderte und aber Hunderte, verheiratete und unverheiratete, weibliche und männliche — ich erinnere an die Verkäufer und Verkäuferinnen, Angestellten und auch Arbeiter —, denen es unmöglich ist, an der Kriegsküche teilzunehmen, indem sie

nicht in der Lage sind, sich Essen holen zu lassen und so zu Hause warm essen zu können. Für die nötige Hilfe geschaffen werden, und da schwebte mir vor, daß das am besten in den Räumen des Wilhelmsgartens geschehen könnte. Dort ist eine große Küche und auch Personal zur Bedienung, dort sind auch Räume, wo das Essen an Ort und Stelle verzehrt werden könnte.

Bei meiner Unterhaltung mit Herrn Kruse kamen wir natürlich auch auf die Frage: Was darf das kosten? Es ist selbstverständlich, wenn Geschirr, Messer und Gabeln geliefert werden, auch ein warmer Platz, vielleicht sogar an gedecktem Tische, den Konsumenten geboten wird, daß dann auf die Preise der Kriegsküche ein Aufschlag erfolgen muß. Es ist also nicht möglich, daß das Essen für 30 Pf. geboten wird, es ist aber auch nicht nötig, wenn eine große gemeinschaftliche Speisung erfolgt, daß dann das Essen literweise zugeteilt wird, sondern Herr Kruse hatte geplant, daß große Terrinen oder Nöpfe auf den Tisch kommen sollten, die Konsumenten sich darum gruppieren und nach Bedarf essen würden — wahrscheinlich soviel wie sie wollen, denn ein Liter wird im Durchschnitt wohl für jeden ausreichend sein. Nun bekam ich von Herrn Kruse noch einen Brief, in dem er mir schrieb, daß in der Statutenkommission davon die Rede gewesen sei, das Essen würde vielleicht 50 Pf. kosten; er könne sich aber bei Abgabe von Geschirr und allem Drum und Dran nicht von vornherein an einen solchen Preis binden; das möchte ich für die heutige Beratung berücksichtigen. Er ist sofort nach Berlin gefahren, um sich dort über die Sache zu informieren, indem er eine größere Einrichtung der Art besichtigte. Wenn wir also nachher über den Antrag Frede abstimmen, so möchte ich vorläufig die Kostenfrage der einzelnen Portion ausgeschaltet sehen. Herr Kruse schreibt mir darüber, es könnten 50, 55, auch 60 Pf. in Frage kommen, bestimmt könne er das vorher nicht sagen.

Wir könnten uns ja aber auch darauf beschränken, daß wir dem Antrage Frede zustimmen und die Errichtung einer solchen Küche in der von mir gedachten Art und Weise, wie das auch die Statutenkommission empfiehlt, beschließen. Zwar, mit der einen Küche wird es wahrscheinlich noch nicht getan sein; wir werden auch in anderen Stadtteilen solche Küchen einrichten müssen. Der Wilhelmsgarten liegt wohl so ziemlich in der Mitte der Stadt, aber für manchen doch aus der Reihe, z. B. für die Personen aus dem Wilhelm- und Petritor, so daß wir nicht erwarten können, daß mit dieser einen Küche dem Bedürfnisse abgeholfen ist. Es würde das erst einmal ein Versuch sein. Es wurde von der Statutenkommission anerkannt, daß wir uns nicht begnügen können mit dem bisher Erreichten, mit den Fabrik- und Kriegsküchen, sondern daß es nötig ist, eine Massenspeisung mehr und mehr ins Werk zu setzen. Deshalb bitte ich im Namen der Statutenkommission, daß die Versammlung dem Antrag Frede in der Art und Weise, wie ich geschildert habe, zustimmt.

Stadtrat **Mohr**: Ehe ich auf die Mittelstandsküche oder erweiterte Kriegsküche zu sprechen komme, gestatten Sie wohl, daß ich über die Massenpeisungen im allgemeinen einige Ausführungen mache. Sie wissen, daß Massenpeisungen hier und da schon angeregt sind, aber die Voraussetzung dafür, um derartige Massenpeisungen vorzunehmen, ist die Beschaffung und richtige Verteilung der für die Volksernährung notwendigen Sachen: Fett, Fleisch, Kartoffeln, Gemüse, Teigwaren, und daß diese Beschaffung schwierig ist, haben wir schon gesehen bei den allernotwendigsten Nahrungsmitteln, den Kartoffeln und dem Gemüse. Um die nötige Menge für solche Massenpeisungen in ausreichender Weise heranzuschaffen, dazu würde nur die Reichsverwaltung imstande sein, die die Macht hat, durch Beschlagnahme Fleisch, Kartoffeln usw. zur Verfügung zu stellen. Vorläufig denkt aber das Reich hieran nicht.

Was nun die hiesigen Kriegsküchen betrifft, so wurden sie, wie Sie wissen, im Mai gegründet, und in dankenswerter Weise hat sich Herr Stadtv. Dr. Kahlert dieser Sache angenommen, so daß unsere drei Kriegsküchen in ziemlich gleichmäßiger Weise unter Führung der Herren Dr. Kahlert, Nienstedt und Schächtl haben arbeiten können. Das Essen ist gut. Daß es Leute gibt, die darüber klagen, ist selbstverständlich; das gibt es auch im gewöhnlichen Leben. Der eine mag dies nicht und der andere jenes nicht, manch einer ist lecker, und die sonst zu Hause am wenigsten hatten, sind oft die größten Mörgler — das wissen wir ja. Nach und nach sind hier in der Stadt auch Fabrikküchen gegründet — ich glaube, es sind 14 Großbetriebe —, die von der Stadt in gleicher Weise wie die Stadtküchen mit Marken für Fleisch und Fett und, wenn ich nicht irre, mit Gemüse, soweit wir es haben, wohl auch etwas mit Teigwaren versehen werden. Die kleineren Fabriken beziehen Essen für ihre Leute zum Teil auch aus unseren Stadtküchen.

Wenn ich nun auf die Mittelstandsküche zu sprechen komme, so will ich im Namen des Magistrats erklären, daß der Stadtmagistrat gegen die Anlage von Mittelstandsküchen, insbesondere der versuchsweisen Einrichtung einer solchen im Wilhelmsgarten, durchaus nichts einzuwenden hat, aber nur mit der Maßgabe, daß die Belieferung dieser Küchen mit Fleisch und Kartoffeln und auch, soweit vorhanden, mit Teigwaren je nach Anzahl der Teilnehmer, in gleicher Weise erfolgt wie bei unseren Stadtküchen und den Fabrikküchen, daß also eine einheitliche Behandlung stattfindet. Sie können von uns nicht mehr verlangen, als was wir den Stadtküchen und den Fabrikküchen bis jetzt geliefert haben. Eine Garantie für die Belieferung kann der Magistrat selbstverständlich nicht übernehmen, denn wir wissen noch gar nicht, wie weit wir mit Lieferung der Rationen Fleisch in vierzehn Tagen oder drei Wochen gehen können; es hängt das ganz von den Umständen ab. Es empfiehlt sich deshalb, daß die Leiter der neuen Küchen — wie es auch bei den Stadtküchen und den Fabrikküchen der Fall ist — darauf ausgehen, Gemüse und

sonstige Sachen nach eigenem Ermessen zu beschaffen, daß sie sich also nicht ausschließlich auf die Zuwendungen der Stadt verlassen. Herr Dr. Kahlert wird bestätigen, daß selbst von unseren Stadtküchen Ankäufe nach eigenem Ermessen gemacht werden, wo Waren zu finden sind. Nur dadurch ist es möglich gewesen, daß wir unsere Stadtküchen so wie bisher haben unterhalten können. Mit dem Rechnungswesen der neuen Küchen würden wir selbstverständlich auch nichts zu tun haben. Die von der Stadt gelieferten Sachen müßten wie in den Fabrikküchen durch die Verwaltung der Mittelstandsküchen — in dem in Aussicht stehenden Fall würde es Herr Kruse sein — an die Stadthauptkasse bezahlt werden. Die Höhe der Bezüge würde sich mechanisch regeln durch die Ablieferung von Kartoffelfarten. Darnach können wir bemessen, was an Gemüse und sonstigen Vorräten, soweit wir überhaupt davon besitzen, pro rata abgegeben werden kann.

Stadtv. **Rector:** Wenn wir die Ausführungen hören, wie sie heute gemacht werden, so sieht der Antrag ganz anders aus, als er von Herrn Frede gedacht war. Als Herr Frede von der Einrichtung einer Mittelstandsküche sprach, da hat er daran gedacht, daß dort besseres Essen, als es in der allgemeinen Stadtküche gegeben wird, geliefert werden könnte, und das dürfen wir unter keinen Umständen einführen. Wenn wir eine Sonderküche mit besserem Essen einführen wollten, in der jeder essen kann, dann würden wir die Stadtküchen zu Armenküchen herabwürdigen, und das darf besonders in der jetzigen Zeit unter keinen Umständen geschehen. Die Stadtküchen könnten in der jetzigen Zeit wohl erweitert werden in der Weise, daß solche Leute, die das Essen nicht holen können, an Ort und Stelle das Essen einnehmen können. In der Leopoldstraße z. B. können 500 Personen an Ort und Stelle das gelieferte Essen verzehren, und ich glaube, das könnte auch bei den anderen Stadtküchen eingerichtet werden. Es wäre auch nichts darin zu finden, daß Stadtküchen in einzelnen Lokalen oder Restaurationen eingeführt werden, aber nur unter der Bedingung, daß dort dasselbe Essen wie in den Stadtküchen verabreicht wird, sonst würde es bösen Unwillen erregen. Das Wort Mittelstandsküche sollte man überhaupt fallen lassen, denn niemand weiß, wo der Mittelstand anfängt und wo er aufhört. Eine besondere Klassifizierung bei der Verabreichung des Essens darf unter keinen Umständen stattfinden.

Stadtv. **Stegmann:** Ich möchte mich gegen die Einrichtung aussprechen. Herr Rector scheint die Sache doch falsch aufzufassen. Der Antrag des Herrn Frede ist von der Kommission sicher nicht so aufgefaßt worden, daß im Wilhelmsgarten dasselbe Essen wie in den Kriegsküchen geliefert werden soll. Derartiges lasse ich mir nicht weismachen, denn sonst könnte man ja einfach die Einrichtung treffen, daß die Leute dort essen können, wo die Kriegsküchen eingerichtet sind. Es ist eine bessere

Küche für den Mittelstand gemeint, und ich finde es provozierend, daß man in der jetzigen Kriegszeit Klasseneinrichtungen treffen will. Wenn immer und immer wieder von dem Burgfrieden geredet wird, so sollte man unterlassen, durch solche Wünsche und Maßnahmen die Klassengegensätze herauszufordern. Sie wissen, daß fortgesetzt von den maßgebenden Stellen gesagt wird, alle Ansprüche an Lebensmittel sollen in der jetzigen Zeit gleich sein, ob hoch oder niedrig, alles solle rationiert sein, wenn es auch in Wirklichkeit anders aussieht. Ich erinnere an das Zivildienstgesetz, das zur Einführung gelangen soll. Auch bei der Besprechung dieses Gesetzes ist vom Reichskanzler gesagt, daß der Höchst- wie der Niedrigst-Stehende zum Zivildienst herangezogen werden solle. Fortwährend wird gesagt: Alle sollen gleiche Opfer bringen, und dann will man hier eine solche Einrichtung treffen!

Schon der Umstand, daß die Mittelstandsküche im Wilhelmsgarten eingerichtet werden soll, gibt zu denken. Herr Meyerhoff sagt zwar, es solle eine Erweiterung der Kriegsküchen sein, dagegen sage ich aber: Nein, es soll eine Erweiterung der Kruse'schen Küche sein. Der Magistrat kann allerdings nicht so viel dahin liefern, da wird der Wirt des Wilhelmsgartens zuliefern müssen, um ein besseres Essen herstellen zu können. Gegen eine solche Einrichtung muß ich mich entschieden erklären.

Ich möchte Sie bitten, den Antrag abzulehnen und dafür einzutreten, daß das jetzige Essen der Kriegsküchen besser hergestellt wird, so daß es allen Ansprüchen genügt, daß es auch denen genügt, deren Gaumen etwas verwöhnt ist. Ich will zugeben, daß das Essen in letzter Zeit besser geworden ist, aber früher war es keine 30 Pf. wert. Sie werden zugeben, daß 30 Pf. für eine Arbeiterfamilie pro Portion schon zu viel Geld ist. Vielsach war das Essen zu dünn, Steckrüben und Kartoffelstückchen schwammen im Wasser, und von Fleisch war nichts darin zu sehen. Von solchem Essen wurde niemand satt, der Magen wurde nur gefüllt; aber um gesättigt zu werden, mußte ein Stück Brot zu- oder hinterher gegessen werden. Ich möchte dabei anfragen, wieviel Fleisch bei Bereitung des Essens im Durchschnitt pro Portion gerechnet ist. Ich gebe aber zu — ich habe mich in den letzten Wochen wiederholt davon überzeugt —, daß das Essen besser, besonders sämiger geworden ist. Machen Sie es noch besser, schaffen Sie eine Einheitsküche, so daß es allen genügt! Durch Einrichtung einer solchen Mittelstandsküche würden Sie nur Erbitterung hervorrufen, und deshalb wende ich mich entschieden dagegen.

**Stadtrat Mohr:** Ich möchte nur noch den Worten des Herrn Stegmann gegenüber erwidern, daß der Magistrat — wie Herr Stegmann selbst schon bemerkte — die sogenannte Mittelstandsküche nicht besser beliefern will, als die übrigen Küchen. Wenn nun Herr Kruse mehr leisten, selbst zukaufen und den Leuten dieses oder jenes geben und das Essen mit 50 oder 55 Pf. berechnen will,



dann lassen Sie ihn doch gewähren! Diejenigen, die bis jetzt in den Restaurants, die jetzt geschlossen sind, gegessen haben, und die auch zu Hause nicht essen können, lassen Sie doch ruhig hingehen zum Wilhelmsgarten und meinetwegen auch 60 oder 70 Pf. bezahlen; uns kann das doch gleich sein, denn wir liefern ihnen doch nicht mehr als den anderen Stadtküchen und werden sie dadurch vielleicht aus unserer Menage los. Ich wüßte also nicht, weshalb Sie sich darüber aufregen wollten. Ich kann durchaus nicht finden, daß wir der Stadt dadurch, daß wir dem Wunsche nach Einrichtung einer solchen Küche nachkommen, Schaden bringen sollten.

Sodann kam Herr Stegmann auf das Essen der Kriegsküchen zu sprechen, das ihm zu dünn gewesen ist. Ja, womit sollen wir denn das Essen abrunden? Teigwaren sind doch überall nicht zu haben gewesen. Wenn wir einmal Bohnen, Grieß oder Graupen gehabt haben, dann waren wir in der Lage, dickflüssigeres Essen geben zu können, sonst aber nicht. Backen und Brauen gerät nicht immer, und ein Tag ist nicht wie der andere! Die Erfahrung werden Sie in Ihrem Haushalte auch gemacht haben.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich kann nicht begreifen, wie etwas Provokierendes darin liegen soll, solche Küchen einzurichten, und ich muß bedauern, daß ein solcher Ausdruck gefallen ist. (Zuruf: Ist aber richtig!) Es ist deutlich gesagt, die neue Küche soll für diejenigen eingerichtet werden, die keine Zeit haben, sich hinzustellen, um das Essen zu holen. Ich habe schon darauf aufmerksam gemacht, daß viele Angestellte, und darunter auch die meisten jungen Mädchen, bis um 1 Uhr an ihr Geschäftslokal gebunden sind, aber in den Küchen sind um ½12 Uhr die Kessel leer. So haben diese jungen Leute tatsächlich keine Zeit, um an dem Essen in den Kriegsküchen sich beteiligen zu können, und haben auch keine Gelegenheit, das gelieferte Essen dort zu verzehren.

Es wurde gesagt, derartige Gelegenheiten ließen sich auch bei den Kriegsküchen einrichten. Das Geld für Einrichtung großer Baulichkeiten läßt sich aber sehr leicht sparen, denn der Wilhelmsgarten bietet durch seine großen Räume Schutz bei jedem Wetter. Der Stadtsäckel würde durch Ausführung der Baulichkeiten denn doch noch mehr belastet werden, und um das zu vermeiden, ist der Wilhelmsgarten für die neue Küche gewählt und gesagt, wir könnten auch noch andere Lokale hinzunehmen. Es kommt mir so vor, als ob es wie ein rotes Tuch wirkt, wenn sich das Wort Mittelstand hier hören läßt; wo immer vom Burgfrieden geredet wird, sollte man solche Bemerkungen wie „provokierend“ nicht machen — das war unangebracht.

Es ist selbstverständlich, daß diese Küche dieselbe Unterstützung mit Material von der Stadt erwartet, wie die anderen Küchen sie erhalten, und ebenso selbst-

verständlich ist es, daß die Sachen an die Stadt bezahlt werden müssen, und daß die Stadt keinen Schaden dabei machen darf. Genau so selbstverständlich ist es aber doch auch, daß man den Leuten, die im Warmen essen und das Geld dafür ausgeben wollen, die Gelegenheit dazu bieten soll. Schon in der Statutenkommission habe ich erwähnt, daß auch den Leuten, die bisher aus der Kriegsküche ihr Essen holten, es frei steht, mit den Küchen zu wechseln und zu sagen: Ich will lieber an einem gedeckten Tische essen. Provokierendes liegt in einer solchen Einrichtung nicht; es soll nur den anderen Gesellschaftsschichten auch Gerechtigkeit widerfahren. Deshalb bitte ich, für den Antrag zu stimmen.

**Stadtv. Lauer:** Ich möchte mir eine Anfrage an den Herrn Referenten gestatten. Es würde mich interessieren, zu erfahren, ob die Kommission bei ihren Beratungen nach der Richtung sich schließig geworden ist, daß ein gewisser Mißbrauch bei Einrichtung dieser Küchen ausgeschlossen ist. Ich meine folgendes: Es ist bekannt, daß es in Braunschweig wie auch in allen anderen Städten, eine große Anzahl von Leuten geben soll, die zu Hause noch reichlich Nahrungsmittel besitzen, und da wäre es bedauerlich, wenn die Leute eine willkommene Gelegenheit finden würden, durch Benutzung der städtischen Küchen ihre Bestände noch weiter hinauszuziehen. Wenn ich die Sache richtig auffasse, so darf ich wohl annehmen, daß die Einrichtung der Volksküchen so gedacht ist, daß sie dazu dienen sollen, uns über die nächsten schweren Wintermonate hinwegzuhelfen. Zu beklagen wäre es dann aber, wenn auf diese Art und Weise die Leute, die mit Nahrungsmitteln reichlich gedeckt sind, auch die Volksküchen benutzen würden. Es gibt auch noch andere, die noch irgend welche Gelegenheit haben, Feld- und Gartenfrüchte zu verwerten, die durch Jagd sich besser versorgen können, oder die durch Hauschlachtungen sich eingedeckt haben, oder auch solche, die wirtschaftlich in der Lage sind, sich im freien Verkehr teure Lebensmittel zu beschaffen, und die sollten von der Benutzung dieser Volksküchen ausgeschlossen sein. Ich erkenne die Schwierigkeit dieser Durchführung nicht, es wäre daher angenehm, zu hören, ob die Kommission darüber schon zu einem Entschlusse gekommen ist.

**Stadtv. Meyerhoff:** Alles, was Herr Lauer vorbrachte, kann bei unseren Kriegsküchen eintreten. Wer an dem Essen teilnehmen will, wird nicht auf Herz und Nieren geprüft, ob er zu Hause noch Vorräte hat. In der Kommission ist diese Frage nicht zur Sprache gekommen, und ich halte das auch für überflüssig. Es würde eine müßige Sache sein, jemand zu fragen, ob er noch Vorräte hat. So gut wie in den anderen Kriegsküchen Mißbrauch getrieben werden kann, ist das auch in der Kriegsküche des Wilhelmgartens möglich.

Stadtv. Dr. **Kahlert**: Das Wort Mittelstandsküche ist, wie bereits erwähnt worden, nicht gerade günstig gewählt, und ich will deshalb auch den Ausdruck Kriegsküche gebrauchen. Darin muß ich Herrn Meyerhoff beistimmen: Wir wollen eine Kriegsküche schaffen für die vielen Braunschweiger Angestellten und die vielen Leute, welche ihr Essen an Ort und Stelle verzehren wollen. Daß die bestehenden Kriegsküchen oder Stadtküchen hierzu leider nicht voll und ganz in der Lage sind, hat sich in der Zeit, in welcher sie bestehen, zu mehreren Malen erwiesen.

Die einzige Küche, welche annähernd in der Lage ist, die Personen, die sich bei ihr melden, an Ort und Stelle beköstigen zu können, ist die Küche in der Leopoldstraße. Dort stehen die Räumlichkeiten der früheren Schule zur Verfügung, und wir sind sehr dankbar dafür, daß wir sie benutzen dürfen. Sie sind heizbar, bieten ein freundliches Aussehen, es ist Licht vorhanden, kurz und gut, es läßt sich dort sehr gut hausen. Man muß aber berücksichtigen, daß in diesen Räumen — ich glaube, es handelt sich um zwei Zimmer — während der kurzen Mittagszeit jetzt über 500 Personen beköstigt werden. Was das heißt, kann nur der beurteilen, welcher sich das angesehen hat, und ich würde es mit großer Freude begrüßen, wenn durch Einrichtung einer Kriegsküche im Zentrum der Stadt eine Abminderung des Verkehrs in der Leopoldstraße erfolgte. Die Statistik der letzten Tage ergibt, daß die Inanspruchnahme der Küchen ganz rapide zunimmt; ich habe von einem Tage zum anderen 50, 100, ja von gestern zu heute 200 Portionen in der Pflegehausstraße mehr ausgeben können. Wie die anderen Küchen sich entwickeln, weiß ich nicht, aber auf der Pflegehausstraße sind früher 50 und jetzt 350 Personen beköstigt, die an Ort und Stelle das Essen verzehren.

Herr Stadtrat Mohr hat schon darauf hingewiesen, daß es lediglich dadurch möglich gewesen ist, diesen Ansprüchen voll gerecht zu werden, daß wir darauf ausgegangen sind, Nahrungsmittel, insbesondere Gemüse, wie es hier hauptsächlich in Frage kommt, auf eigene Rechnung zu beschaffen. Das hat allerdings recht viel Mühe und Arbeit gekostet, denn die Herren wissen selbst, daß der Markt hier in der Stadt nicht gerade reichlich damit beliefert worden ist. Infolgedessen haben wir, um uns versehen zu können, Bezugsquellen von außerhalb aufsuchen müssen, die uns der Magistrat geboten hat.

Herr Kollege Vauer hat nun darauf eine Antwort gewünscht, ob es möglich wäre, die Beköstigungsfrage so zu lösen, daß diejenigen Familien und einzelnen Personen, die über größere oder kleinere Vorräte verfügen, nach Möglichkeit von der Belieferung durch die Kriegsküchen ausgeschlossen werden. Ich halte es, wenn ich die Sache von diesem Standpunkte aus betrachte, ja auch nicht für berechtigt, daß Familien, die über Vorräte verfügen, die Stadtküchen in Anspruch nehmen und so ihre Vorräte an Lebensmitteln verlängern, ohne überhaupt Not zu leiden. Ich habe öfter darüber nachgedacht, wie es möglich wäre, so etwas zu verhindern, aber ich

muß offen bekennen, daß es bei der großen Nachfrage nicht möglich ist, eine wirklich durchgreifende Maßnahme in der Hinsicht zu treffen. Immerhin verspreche ich mir sehr viel davon, daß von nächster Woche an die Abgabe von Kartoffelfarten in den Stadtküchen eingeführt wird, so daß es in Zukunft nur noch möglich sein wird, das Essen gegen Abgabe von Kartoffelabschnitten zu bekommen. Über die Beschaffung dieser Karten und ihre Verwendung kann ich mich nicht äußern, weil das noch nicht festgelegt ist — die Verhandlungen schweben noch. Es wird jedenfalls Küchenarten für die einzelnen Küchen geben, von denen die Abschnitte an die betreffende Küche abgeliefert werden sollen. Ich glaube, daß auf diese Weise ein gerechter Ausgleich betreffs der Familien, welche Vorräte haben, oder welche selbst Kartoffeln und Gemüse in Schrebergärten geerntet haben, geschaffen wird.

Ganz entschieden muß ich mich dagegen verwahren, wenn Herr Stegmann sagt, daß er glaubt, in der Mittelstandsküche — wollte sagen: Kriegsküche im Wilhelmsgarten — sollte ein besseres Essen gekocht werden. Das ist ja einfach gar nicht möglich, wenn die Stadt darauf hält, daß ein gewisser Preis nicht überschritten wird. Auch ich stehe auf dem Standpunkte, daß, wenn die Kriegsküche im Wilhelmsgarten errichtet wird und die Stadt die notwendigen Nahrungsmittellieferungen wie für die anderen Stadtküchen besorgt, daß dann auch die Stadt sich das Recht vorbehält, den Preis festzusetzen. Ebenso wie sie auch für die Stadtküchen den Preis erhöhen müßte, wenn ganz abnorme Verhältnisse eintreten würden, ebenso würde ein gleiches bei solchen abnormen Verhältnissen für die Kriegsküche im Wilhelmsgarten eintreten müssen. Ich glaube, daß unter Zugrundelegung eines Preises von 30 Pf. diese Küche bestehen kann, wenn wir Herrn Kruse für die Mühewaltung, Hergabe der Räume, Licht, Heizung, Geschirr, Bedienung im allgemeinen einen Aufschlag bewilligen, den er nach seinen Plänen und Ausführungen in Anspruch zu nehmen auch berechtigt erscheint.

Herr Stegmann meinte, daß die Erweiterung der übrigen Stadtküchen durch Herstellung von Gelegenheit zur sofortigen Einnahme des Essens die Errichtung einer Stadtküche im Wilhelmsgarten überflüssig machen würde. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß man nur in der Leopoldstraße dazu in der Lage wäre; die Stadtküche in der Markthalle wie die in der Pflegehausstraße eignen sich nicht für eine Erweiterung in dem Sinne, daß eine Speisung der Personen an Ort und Stelle stattfinden könnte.

Ferner möchte ich darauf aufmerksam machen, daß durch die Kriegsküchen im allgemeinen eine Rationierung der Lebensmittel in der denkbar günstigsten Weise erzielt wird, und es ist deshalb auch von den Generalkommandos und von allen interessierten Behörden darauf hingearbeitet worden, daß Kriegsküchen errichtet werden, da hiermit die Lebensmittel am allerbesten gestreckt werden und so der Allgemeinheit genügt wird. Es ist ausgeschlossen, daß ein Privathaushalt so gutes

Essen mit so geringen Mitteln, wie sie uns zur Verfügung stehen, bereiten kann, wie es die Stadtküche tut. Wenn hin und wieder über das Essen geklagt ist, so kann ich mich nur dem anschließen, was Herr Stadtrat Mohr darüber gesagt hat. Es muß eben auch einmal Mörgler geben, denen es nicht schmeckt. Im allgemeinen habe ich die Wahrnehmung gemacht, daß das Essen bisher Anklang gefunden hat, und das ist wohl die Hauptsache.

Wenn gesagt wurde, daß das Essen zeitweilig etwas dünnflüssig gewesen ist, so kann man sich über den beklagten Mangel doch nicht wundern, wenn man bedenkt, daß pro Kopf in der Woche nicht mehr als  $4\frac{1}{2}$  Pfund Kartoffeln verwendet werden sollen. Man muß sich ein Bild davon machen, was für eine Speise es gibt, wenn  $\frac{3}{4}$  Pfund rohe Kartoffeln zu einem Liter Suppe genommen werden, auch wenn noch Kohl dazu gekocht wird. Man muß sich darauf beschränken, durch Abwechslung der einzelnen Gerichte etwas zu bringen, was das Volk verlangt. Den einen Tag muß es eine dünne Kohlsuppe und später einmal eine Erbsensuppe geben, die etwas mehr bietet.

Im ganzen kann ich mich nur dem anschließen, was Herr Stadtrat Mohr gesagt hat, und bitten, den Antrag Frede anzunehmen. Der Zweck des Vorgehens soll sein, den vielen Angestellten in Braunschweig, die bislang auf einen privaten Mittagstisch angewiesen waren, ein Unterkommen zu bieten, das ihrer würdig ist; sie werden gern eine Kleinigkeit dafür bezahlen, daß sie einen gedeckten Tisch vorfinden, werden sich aber im übrigen wohl damit abfinden, daß sie denselben Grundpreis von 30 Pf. für das Essen bezahlen, wie er auch in den übrigen Kriegsküchen bezahlt wird, und auch nichts anderes dafür verlangen, als was dort gereicht wird.

**Vorsigender:** Von Herrn W e s e m e i e r ist mir folgender Antrag überreicht:

„Die Kriegsküchen nach Bedarf zu erweitern und Vorkehrungen zu treffen, daß alle Bevölkerungsschichten je nach ihrer Mittagszeit daraus beziehen können, und daß das Essen in den Mittagsstunden auch an dazu eingerichteten Stellen eingenommen werden kann.“

Ich verstehe das so, daß dies ein Unterantrag zu dem eben behandelten Antrag sein soll.

**Stadtrat Mohr:** Ich glaube, wir haben nicht zu befürchten, daß Familien, die sich mit Gemüse usw. eingedeckt haben, die Stadtküchen oder die erweiterte Kriegsküche benutzen werden. Denken Sie doch bitte daran, daß 60 Pf. für die Person genommen werden soll, das ist für eine Familie von vier Personen schon 2,40 M. Da wird die Hausfrau sagen: „Dann koche ich lieber im Hause von meinen Vorräten, als daß ich 2,40 M. bezahle, um die Familie am Mittag gesättigt

zu bekommen. Im großen ganzen werden dort nur Handelsangestellte, Damen und Unverheiratete hingehen, die haben keine Vorräte.

Was das Strecken der Materialien durch die Kriegsküchen anlangt, so möchte ich dazu sagen: Soweit Fleisch, Fett und derartige Sachen, auch Teigwaren, in Frage kommen, werden die Materialien durch Verarbeitung in der Kriegsküche gestreckt, nicht aber ist dies der Fall bei Kartoffeln und Gemüse. In diesen letzteren Sachen kommt auf den Kopf genau dasselbe Quantum zur Verwendung wie in den privaten Küchen. Es ist in einem Buche, das ich gelesen habe, ausgerechnet, daß man bei Kriegsküchen mit 8 Gramm Fett auf die Person beim Mittagessen auskommen kann, indem in einem Kessel von 200 Liter Inhalt 1600 Gramm Fett reichlich genügen, um eine kräftige Brühe zu einer Speise herzustellen. Das würde man natürlich in einem Haushalt von vier Personen mit 32 Gramm Fett oder Fleisch, das man in der Suppe kocht, nicht können. Eine Streckung bei Fleisch und Fett findet also tatsächlich durch die großen Küchen statt, das wollte ich noch kurz erwähnen.

**Stadtv. Ohlendorf:** Würde es sich bei dem vorliegenden Antrage darum drehen, die Kocherei zu vergrößern, so wären wir, wie der Antrag Wesemeier beweist, dafür. Also daß alle aus einem Topfe essen, dafür wären wir zu haben. Aber es klang doch der Antrag so, als ob man etwas Besonderes einrichten wollte, und das ist meiner Überzeugung nach auch jetzt noch der Fall.

Wenn Herr Meyerhoff sich erregt zeigt über den Ausdruck provozierend, so muß ich doch sagen, daß auch ich diesen Eindruck habe, daß ein solches Vorgehen aufreizend wirken muß. In der vorigen Sitzung haben Sie beschlossen, etwas Besonderes, nämlich besondere Schlachtungen für Bessersituierte vorzunehmen; Sie haben allerdings bestritten, daß es etwas Besonderes sein sollte, aber wir würden es erlebt haben, daß doch Begünstigungen stattgefunden hätten, wenn der Magistrat ihrem Wunsche gefolgt wäre. Warum wollen Sie jetzt noch eine besondere Küche gründen, warum wollen Sie nicht die vorhandene erweitern? Damit wären wir ja einverstanden, aber nicht damit, daß für irgend eine Gruppe etwas Besonderes geschaffen wird. Beschließen Sie doch mit uns, daß mehr Küchen geschaffen werden sollen, daß Unterkunftsräume geschaffen werden, damit die Betreffenden sich setzen können. Eine Verbesserung gegenüber dem Bestehenden soll es sein, daß vielleicht ein Wirt Gelegenheit hat, besseres Mittagessen zu schaffen? Wenn die Möglichkeit dazu vorliegt, dann soll für jedermann Besseres geschaffen werden. Ist der Wirt in der Lage, Wild zu kaufen, das für unsere Küche nicht zu haben ist, dann kann er mehr liefern, und seine Gäste können auch mehr bezahlen. Das kann aber nur ausnahmsweise vorkommen.

Ich bitte Sie, für den Antrag Wesemeier zu stimmen, der doch dasselbe will, was auch Sie wollen. Es kann allerdings im Wilhelmsgarten eine neue Küche errichtet werden, aber sie soll in derselben Weise arbeiten wie die an den anderen Stellen. Es gibt Fabriken, wo die Arbeiter aus dem großen Topfe essen müssen und die Beamten aus einem anderen; diese letzteren bezahlen mehr und bekommen etwas Besseres. Es ist nicht angenehm für den, der schwer arbeiten muß, wenn er sieht, daß er mindere Kost bekommt — die allerdings auch gut ist —, daß es aber für die Beamten besseres Essen gibt. Das wollen Sie doch auch nicht, und deshalb möchte ich Sie bitten, den Antrag Wesemeier anzunehmen.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Gegenüber den eben gehörten Ausführungen kann ich nur erklären, daß der Magistrat nicht die Absicht hat, bei Einrichtung einer Küche zu helfen, in der besser gekocht wird als in den übrigen Stadtküchen. Wenn aber Herr Ohlendorf meint, wir sollten die vorhandenen Küchen ausbauen, damit dasselbe erreicht wird, was nach dem Vorschlage der Kommission erreicht werden soll, indem ein großer Betrieb für die gemeinsamen Speisungen nutzbar gemacht wird, so muß ich sagen, daß uns der Vorschlag einer solchen Erweiterung der Stadtküchen aus finanziellen Gründen zu weit geht. Was denkt denn Herr Ohlendorf, was eine solche Einrichtung kostet? Wir haben schon ein ganz gehöriges Kapital in die jetzigen Einrichtungen hineingesteckt, und es würde ein Heidengeld kosten, wollten wir sie so erweitern, daß diejenigen, die ihr Essen aus den Küchen entnehmen, alle an Ort und Stelle gespeist werden könnten. Aus dem Grunde haben wir uns gesagt, daß wir darauf nicht eingehen können. Wohl aber können wir unsere Unterstützung zusagen, wenn mit Hilfe der vorhandenen Betriebe die Sache in Gang gebracht werden soll. Man muß sich hierbei doch auf einen praktischen Standpunkt stellen; unnötig wollen wir die privaten Betriebe nicht unterdrücken, darin ist wirklich schon genug geschehen. Wo sich Gelegenheit bietet, private Betriebe aufrechtzuerhalten, sollten wir die Hand dazu bieten, und so habe ich schon in der Kommission erklärt, daß ich persönlich der Ansicht bin: Wenn in diesen Fällen nicht ein besonderes Essen verlangt wird und der höhere Preis nur deshalb gefordert wird, weil die Einrichtungen unterhalten werden müssen, der Tisch gedeckt, entzweigegangenes Geschirr ersetzt, Personal zur Bedienung gehalten werden muß, so ist dagegen nichts einzuwenden.

Wenn wir für die Küche, die neu eingerichtet werden soll, und die man allerdings besser eine Kriegsküche nennt wie die anderen auch, Lebensmittel liefern, so geschieht damit doch genau dasselbe wie bei den anderen; eine Bevorzugung würde nicht stattfinden. Ich bin der Ansicht, wenn Herr Frede von Anfang an nur diese Absicht gehabt haben sollte — ich muß gestehen, als er den Antrag begründet hatte, war ich auch der Überzeugung, er wollte etwas anderes erreichen —, dann hätte er

besser getan, gar keinen Antrag zu stellen, denn dazu bedarf es der Zustimmung der verehrten Herren nicht, wenn die Sache so gemacht werden soll, wie die Statutenkommission vorgeschlagen hat. Die Stadt trägt dabei kein Risiko, und wir müssen uns höchstens noch fragen: Wird hierdurch nicht mehr von dem Material aufgewandt, als es der Fall wäre, wenn wir diese Küche nicht einrichteten. In dieser Beziehung hat Herr Lauer mit Recht darauf hingewiesen, daß es notwendig wäre, einen Kiegel vorzuschieben, damit nicht von manchem dort gegessen wird und dadurch die Vorräte zu Hause geschont werden. Das ist aber schwer zu kontrollieren, wie schon hervorgehoben ist, übrigens glaube ich auch nicht, daß viele Leute nach der neuen Küche gehen werden, um ihre Vorräte zu sparen. Es hat ja auch jeder Teilnehmer an dem Essen nach der neuen Ordnung gefälligst seine Kartoffelmarke abzuliefern; nur wer hierzu in der Lage ist, kann Essen bekommen, und diejenigen, die sich durch Bezugsschein mit Kartoffeln haben versorgen können — leider sind es ja nur wenige —, werden auch in der neuen Küche nicht speisen können.

Ich halte die Einrichtung für vollständig unbedenklich und möchte die Herren bitten, ihren Widerspruch dagegen fallen zu lassen.

**Stadtv. Stegmann:** Ich muß auf meinem Standpunkte stehenbleiben, daß in dem Gewünschten eine Klasseneinrichtung zu sehen ist. Der Herr Oberbürgermeister kann keinen Glauben erwecken, wenn er sagt, daß mit der Küche im Wilhelmsgarten nichts anderes geschaffen wird, als was schon bestehe. Es ist doch gesagt, daß das Essen 50 oder 60 Pf. kosten solle, und schon daraus geht hervor, daß man nicht nur einen Aufschlag für Geschirr und Bedienung verlangt; zweifellos soll die Einrichtung etwas anderes, Besseres sein als die vorhandenen Küchen. Die Befürworter des Antrages stehen meines Erachtens auf dem Standpunkte — sie haben allerdings schon etwas eingelenkt, haben aber auf dem Standpunkte geblieben und stehen im allgemeinen noch darauf —: „Die Kriegsküchen sind für unsere Leute nicht gut genug; was es dort gibt, das mögen die Armen essen, die Arbeiter. Es würde für unsere Leute zu viel sein, wenn man ihnen zumuten wollte, sie sollten dort auch essen; für unsere Leute muß etwas Besseres geschaffen werden.“ So ist die Ansicht in Wirklichkeit — wenn es anders sein sollte, sollte es mich freuen; aber dann können Sie ja den Antrag Wesemeier annehmen. Daß die Einrichtungen, die für Einnahme des Mittagessens nötig sind, nicht in der Markthalle oder in der Leopoldstraße getroffen werden können, weiß ich auch, aber es können ohne Schwierigkeiten einige nahe gelegene Restaurationen hinzugenommen werden.

Herr Meyerhoff hat sich über den Ausdruck „provokierend“ aufgeregt und meinte, die Anführung des Mittelstandes wirkte auf mich wie ein rotes Tuch. Er wollte wohl einmal den Speer umdrehen: früher regte sich der Mittelstand auf,



wenn das Wort Sozialdemokrat fiel. Ich bleibe dabei: Ich finde es unangebracht und provozierend, daß Sie in dieser Zeit, wo eigentlich eine Massen Speisung allgemein stattfinden sollte, wo alle Kreise gleiche Pflichten haben sollten, eine Klasseneinteilung stattfinden lassen wollen. Wenn Herr Meyerhoff sagt, es wäre unangebracht, solche Worte hier hören zu lassen, so mag er sich darüber nur zufrieden geben. Ich weiß schon selber, was angebracht ist oder nicht.

**Stadtv. Genzen:** Wenn Herr Kruse eine Speiseanstalt einrichten will, in der es für 55 oder 60 Pf. ein Essen für den Mittelstand geben soll, so haben wir nichts dagegen; dazu bedurfte es keines Antrages hier in der Versammlung, und das weiß Herr Frede auch. Daran, daß der Antrag hier gestellt ist, sehen wir, daß damit etwas anderes bezweckt werden sollte. Das Wort Mittelstandsküche hat uns noch mehr Bedenkslichkeiten beigebracht. Es ist also tatsächlich nicht richtig, wenn man immer predigt, es solle alles geschehen, damit alle gleiche Rechte und Pflichten haben. Hier will man auf Umwegen versuchen, dem Mittelstande eine gebratene Wurst extra zu geben.

Wenn der Magistrat herangezogen werden soll, Kartoffeln und Fleisch an diese Küche zu liefern, dann ist die notwendige Folge, daß die ganze Einrichtung der Speisung unserer Einwohner durch Stadtküchen zersplittert wird. Was dorthin an die Mittelstandsküche geliefert wird, geht den Kriegsküchen verloren. Wir haben es ja schon erlebt, daß an einigen Tagen nicht gekocht werden konnte, weil keine Kartoffeln vorhanden waren. Wenn sich der Magistrat verpflichtet hat, auch an Herrn Kruse für den Mittelstand zu liefern, so sind wir event. öfter der Gefahr ausgesetzt, daß die Schwerarbeitenden unbefriedigt zurückgehen müssen, weil für sie kein Mittagessen gekocht werden konnte.

Jedenfalls ist es richtig, den Antrag anzunehmen, den Herr Wejemeier gestellt hat. Man sollte versuchen, die Kriegsküchen zu erweitern und Unterkunftsräume zu schaffen, damit diejenigen, die das Essen nicht nach ihrem Hause holen lassen können, es dort einzunehmen in die Lage kommen. Es wird allerdings gesagt, es würde zu teuer, Unterkunftsräume dafür herzurichten. Da ließe sich doch vielleicht mit Herrn Kruse vereinbaren, daß er für billiges Entgelt die Räume des Wilhelmgartens zur Verfügung stellte. Das Lokal ist jetzt sowieso nur schlecht besucht, und deshalb wäre ein solches Abkommen doch vielleicht möglich.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch einen Ausspruch des Herrn Stadtrat Mohr zurückweisen, nämlich daß diejenigen, die zu Hause am wenigsten hätten, die größten Mörgler seien. Wenn Sie verdammt wären, tagtäglich ihr Mittagsmahl von den Kriegsküchen einzunehmen, dann würde es sich wohl leicht ergeben, daß Sie der allergrößte Mörgler wären.

Stadtv. **Wejemeier:** Man sprach vorhin von Familien, die Vorräte haben und dennoch in den Kriegsküchen essen, und wies direkt auf die Schrebergärten-Besitzer hin, die Gemüse geerntet haben. Ich glaube, Sie machen sich eine vollständig falsche Vorstellung davon, was in einem Schrebergarten, selbst wenn er  $\frac{1}{4}$  Morgen groß ist, geerntet werden kann. Das ist so minimal, daß am 1. Oktober alles aufgezehrt ist, jedenfalls aber heute kein Mensch mehr etwas davon hat, vielleicht mit Ausnahme von einigen Kohlköpfen. Man muß doch die Sachen so betrachten, wie sie sind, und nicht Bilder malen, die dem richtigen Sachverhalt nicht entsprechen. Die meisten Schrebergärten sind 100—150 Quadratmeter groß; wenn man den Platz für die Beerenblüsch, Blumen usw. abrechnet, die in fast allen Schrebergärten stehen, so glaube ich, daß jeder auch mit wenig Verständnis von Gartenwirtschaft abschätzen kann, was daraus gezogen werden kann.

Daß Herr Frede in der vorigen Sitzung seinen Antrag ganz anders gemeint hat, zeigt der Bericht über die vorige Sitzung. Nach diesem sagte Herr Frede: „Ich betrachte als Angehörige des notleidenden Mittelstandes diejenigen, die allerdings keine Dienstboten haben, aber durch ihren Bildungsgrad und ihr Einkommen für gewöhnlich zu den besseren Schichten gezählt werden — ich will lieber sagen gehobenen Schichten, nun, Sie wissen ja, was ich meine. Diesen Leuten geht es wahrhaftig in der gegenwärtigen Zeit bitter schlecht.“ Es sind von ihm also die gemeint, die nach ihrem Einkommen zu den besseren Schichten gerechnet werden. Nun wird heute gesagt: Wir wollen für die jungen Mädchen und für die Angestellten einen Platz schaffen, wo sie zu Mittag essen können. Die jungen Mädchen und jungen Leute erhalten 50 bis 100 *M* monatlich Gehalt, und wenn es hoch kommt 120 *M*; das sind ganz gewiß keine gehobenen Schichten. Es kommt also heute auf etwas anderes heraus, als wie Herr Frede seinen Antrag begründete.

Nun hat der Herr Oberbürgermeister klipp und klar erklärt, er lehne es ab, daß die Stadt Waren für Küchen liefere, die besseres Essen abgeben wollen. Dem steht entgegen, daß Herr Stadtrat Mohr erklärt hat: Mag doch Herr Kruse auch besseres Essen geben, das kann uns gleich sein. Auch in der Statutenkommission jagte ein Herr, der mehrfach für diesen Antrag Frede eingetreten ist, die meisten erwarteten für 60 Pf. selbstverständlich etwas besseres Essen, und Herr Meyerhoff meinte, wenn der Wirt Messer, Gabeln und Geschirr lieferte, so wäre es selbstverständlich, daß etwas dafür bezahlt werden müsse. Herr Meyerhoff macht sich einen sonderbaren Begriff von dem Essen, das in der Kriegsküche gekocht wird. Es wird ausnahmslos mit dem Löffel gegessen, Messer und Gabeln sind dazu nicht nötig. Der Magistrat lehnt ab, andere Materialien zu liefern als an die übrigen Kriegsküchen, und von Herrn Stadtrat Mohr und einem Redner in der Kommission wird erwartet, daß besseres Essen gekocht werden soll. Das zeigt uns, daß die Sache durchaus nicht geklärt ist und die Meinungen sehr geteilt sind, ob an der

Stelle im Wilhelmsgarten tatsächlich besseres Essen gegeben werden soll oder nur das Kriegsküchenessen. Mir gilt in dieser Sache die Äußerung des Kommissionsmitgliedes und die des Herrn Stadtrat Mohr ebensoviel wie die des Herrn Oberbürgermeisters.

Nun lehnt der Herr Oberbürgermeister ab, bei den Kriegsküchen Einrichtungen zu treffen, die es ermöglichen, daß das Essen direkt an Ort und Stelle eingenommen werden kann. In der Beziehung möchte ich hinweisen auf eine Statistik, die der Kriegsauschuß für Konsumenteninteressen in Berlin im September d. Js. über die Kriegsküchen aufgenommen hat — ich habe auch einen Fragebogen bekommen. Nach dieser Statistik haben 64 Städte Kriegsküchen eingerichtet, und 47 davon haben die Einrichtung getroffen, daß das Essen in den Räumen bei den Küchen direkt verzehrt oder abgeholt werden kann. Sie sehen: was der Herr Oberbürgermeister als so schwer finanziell ins Gewicht fallend bezeichnet hat, daß es unsere Stadt nicht ausführen kann, das zu leisten haben 47 Städte sich nicht gescheut. Daher meine Ansicht, daß auch hier in Braunschweig recht gut solche Einrichtungen ohne große Kosten geschaffen werden können, wenn man ernstlich an die Lösung herangeht, und deshalb habe ich meinen Antrag gestellt. Nach derselben eben von mir erwähnten Statistik besitzen 10 von den 64 Städten Mittelstandsküchen; Sie sehen also, daß auf diesem Wege nicht allzuviel Städte vorgegangen sind. Es sind das vielleicht die allergrößten Städte, die ein solches Bedürfnis anerkannt haben, aber recht haben sie damit nicht getan, denn es ist zweifellos, daß man den Klassenunterschied noch verstärkt, wenn man solche besonderen Mittelstandsküchen einrichtet und damit Küchen für die einzelnen Berufsgruppen gesondert herrichtet, wenn man damit sagt: „Ihr seid zu schade, aus den Kriegsküchen euer Mittagsmahl zu nehmen, ihr dürft mit den Bevölkerungsschichten, die in der Kriegsküche essen, nicht zusammenkommen.“ Ein solcher Standpunkt muß aufreizend wirken, und ich glaube, wir haben alle Ursache, heute alles zu vermeiden — ich gebrauche den Ausdruck, trotzdem er Herrn Meyerhoff mißfällt —, was provozierend wirken kann. Glauben Sie, daß es in der großen Masse der Bevölkerung verstanden würde, wenn man für den Mittelstand eine besondere Einrichtung schafft und ihnen damit eine besondere Wurst bratet. In den oberen Schichten schränkt man sich absolut nicht ein (Widerpruch) — ich meine Sie nicht, Herr Oberbürgermeister, ich meine noch höhere Schichten —, auch nicht im geringsten. Da hat man täglich das Beste an Fleisch und was man brauchen will; das erregt Erbitterung genug. Deshalb kommen die Höchstpreise für Gänse nicht? Bloß, damit die große Masse des Volkes sie nicht haben soll. Es ist alles darauf zugeschnitten, daß die unteren Massen entrechtet und beschnitten werden sollen zugunsten derjenigen, die Geld und Macht haben. Wir haben alle Ursache, diese Dinge nicht weiter getrieben zu sehen, damit solche Erregung nicht noch weiter um sich greift.

Herr Dr. Kahlert hielt es für ausgeschlossen, daß in der Mittelstandsküche besseres Essen gegeben wird als in der Kriegsküche. Herr Ohlendorf aber wies darauf hin, daß in den Fabriken schon heute zweierlei Küchen bestehen, eine für die Angestellten und eine für die Arbeiter. Da ist es nötig, daß der Magistrat seinen Einfluß geltend macht, daß diese Mißwirtschaft ein Ende nimmt. Nur auf Grund der Tatsache, daß die Herren es bezahlen können, bekommen sie das bessere Essen. Was aber dort besser und mehr gekocht wird, muß doch der großen Masse entzogen werden. Wenn Herr Kruse eine solche Küche mit besserem Essen einrichten will, so ist das seine Privatsache, er mag es tun, aber die Stadt soll ihre Hand davon lassen. Die Stadt hat mit Einrichtung einer Mittelstandsküche — und ich glaube damit der Meinung der großen Masse der Braunschweiger Ausdruck zu geben — nichts zu tun; solche Extraeinrichtungen für besondere Gruppen zu treffen, ist nicht unsere Sache.

Es ist zweifellos richtig, daß es eine große Anzahl Personen gibt, wie Angestellte, junge Mädchen usw., denen es nicht möglich ist, das Essen aus der Kriegsküche, wie sie bisher besteht, zu beziehen. Aber es können Einrichtungen getroffen werden, daß auch denen die Möglichkeit gegeben wird, zu geeigneter Zeit, wo es ihnen möglich ist, das Essen dort einzunehmen. Das ließe sich machen, ohne daß zu große Kosten entstehen werden. Schon in der Statutenkommission habe ich der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß Massenspeisungen noch mehr eingeführt werden müssen, denn die Verhältnisse zwingen dazu. Das beste wäre, wenn das ganze Volk aus öffentlichen Küchen gespeist würde. Es wird zugegeben, daß das Kochen in großen Küchen billiger ist, daß die Speisen dort mit weniger Material schmackhaft hergerichtet werden können. Weshalb sollte man nicht dazu übergehen, alle aus einem Topfe zu speisen? Es würde vielleicht manch einem übel dabei aufstoßen, aber wir leben im Kriege, und da muß manches in Kauf genommen werden.

Der Antrag, den ich eingebracht habe, bezweckt nach den Äußerungen der gesamten Herren Vorredner dasselbe, was der zur Beratung vorliegende Antrag Frede bewirken will, nämlich den Kreisen, die angeführt sind, die Möglichkeit zu geben, warmes Mittagessen zu erhalten. Man nehme meinen Antrag an, wenn man der Meinung ist, daß man nur das bezwecken will, was hier angeführt ist, aber nicht den Antrag, der hier als Hauptpunkt zur Beratung steht: bei einem Wirte eine solche Einrichtung zu treffen, von der erwartet wird, daß für den Mittelstand etwas Besseres geliefert werden soll, als was dem gewöhnlichen Volke zusteht. Wollen Sie eine weitere Erbitterung fernhalten, dann dürfen Sie diesem Antrage nicht zustimmen.

**Stadtrat Mohr:** Ich möchte nur noch entgegnen, daß Herr Kruse ganz bestimmt nichts anderes wird liefern können, als ein Eintopfeffen, und nur dann und

wann in der Lage sein wird — wie wir das auch in der Kriegsküche machen —, den Kohl für sich und die Kartoffeln für sich zu verabreichen, also derartig, daß die Kartoffeln nicht in der Brühe hergegeben werden, sondern wie in der Hausküche als Salzkartoffeln. Wenn ich gesagt habe, man möge Herrn Kruse gewähren lassen, wenn er versuchen wolle, ein besseres Essen zu geben, so habe ich damit sagen wollen, daß er wohl bald seine Nase davonlassen würde. Es wird ihm nicht gestattet werden, 70, 80 Pf. oder einen beliebigen Preis zu nehmen. Jedenfalls wird sich der Magistrat vorbehalten, mit der Leitung der Küche wenigstens annähernd über die Preisverhältnisse sich ins Benehmen zu setzen und zu sagen: „über diesen Preis darfst du nicht hinausgehen!“ Der Magistrat denkt nicht daran, daß in der Küche im Wilhelmsgarten etwas anderes gekocht werden soll als in den Kriegsküchen. Aber eine Entschädigung müssen wir Herrn Kruse geben für das, was er an gewissen Annehmlichkeiten leisten will, die darin bestehen, daß seine Speiegäste im warmen Zimmer sitzen, an gedecktem Tische, daß er Geschirr liefert usw. Der schönen Augen seiner Gäste wegen wird er es nicht tun, er muß auch eine Kleinigkeit dabei übrig haben. Aber eine Kontrolle in beschränkter Weise würden wir uns auch bei Herrn Kruse vorbehalten.

Vorhin wurde noch erwähnt, daß man in einigen Fabriken zweierlei Küchen hätte. Ich glaube aber, Sie haben dabei nur eine Fabrik im Auge, in der mittags und abends gekocht wird — es mag auch sein, daß diese vielleicht zwei Küchen hat. Es gibt auch solche Fabriken, die aus einer kleineren Küche ihre Kontorangestellten speisen und aus einer anderen die Arbeiter; das geht aber nicht aus unserer Unterstützung. Sie werden bei solchen Küchen für die Angestellten kein Eintopfsessen finden, sondern feste Hausmannskost, und wenn die Fabriken aus eigener Tasche das Geld zulegen, so können wir dagegen nichts einwenden. Die Fabrikarbeitsküchen dagegen werden von uns beliefert, wie die anderen Kriegsküchen. Glauben Sie, daß die Fabrikleiter davon ihren Arbeitern etwas entziehen und ihren Angestellten geben? Das glaube ich doch nicht.

Herrn Benzen möchte ich erwidern, daß ich mehrfach Gelegenheit gehabt habe, von dem Mittagessen, das von den Kriegsküchen bereitet ist, zu essen, und daß es mir eine Freude war, zu sehen, wie schmackhaft es bereitet war. Ich habe auch immer abwinken müssen, daß man mir den Teller nicht zu voll gegeben hat.

**Stadtv. Frede:** Ich will an die Extrawurst anbeißen, die hier mehrfach erwähnt wurde. Der eigentliche Kern der ganzen Sache ist es ja, daß die Herren Nachbarn zur Linken fürchten, daß dem Mittelstande eine Extrawurst gebraten wird. Dagegen ist zu sagen: Die Wurst, die für den Mittelstand aufgetischt werden soll, wird genau so beschaffen sein wie in den Kriegsküchen, und wenn der Arbeiter dort hinkommt, wo für den Mittelstand gekocht wird, dann wird er dort ebenso

willkommen sein, wenn er sich von dieser Wurst etwas abschneidet. Das ist schon in der Kommission gesagt, Herr Wesemeier, Sie wissen es ganz genau, daß nicht der Mittelstand sich breit machen und das Lokal mit Beschlag belegen will, sondern daß jeder dort hinkommen kann, der seine 50 oder 60 Pf. bezahlt. Es soll die Einrichtung dieser Küche kein Ausgeschlossen sein, sondern der Mittelstand soll damit sein Recht erhalten, und nur darum bin ich zu dem Antrage gekommen, der genau so gemeint ist, wie ich in der Kommission ausgeführt habe, und wie ich hier nochmals ausführen werde, um zu vermeiden, daß die Ansicht aufkommt, daß ich zuerst etwas anderes gemeint hätte.

Vielleicht habe ich mich bei der Begründung meines Antrages noch nicht deutlich genug ausgedrückt, und darum wohl ist der Herr Oberbürgermeister auch zu der Ansicht gekommen, daß ich möglicherweise etwas anderes gemeint habe. Wenn Herr Wesemeier aus der Begründung meines Antrages einige Sätze herausgreift und damit seine Behauptung begründen will, so ist das nicht recht. Es heißt da in der weiteren Ausführung: „Die Arbeiter in den Fabriken verdienen heute ganz ausgezeichnet; Not aber leidet der Mittelstand, den ich hier bezeichnet habe. Diese Leute möchten sich liebend gern beteiligen an dem Mittagessen, das in den Kriegsküchen ausgegeben wird.“ (Bericht Seite 424.) Klarer kann ich es wohl nicht sagen! Weiter heißt es: „Es hat mir einen Stich ins Herz gegeben, als ich sehen mußte, daß solche Frauen zurückgewiesen sind und ihnen gesagt wurde: Sie können nichts bekommen. So ist es gewesen, das kann Herr Dr. Kahlert nicht bestreiten. Er hat mir nachher gesagt, jetzt wird es nicht mehr so gehandhabt, und das freut mich; aber so ist es gewesen.“ Es ist tatsächlich Gleichheit, was ich erstrebe, und es herrscht Ungleichheit, indem solche Frauen, die ich meinte, zurückgewiesen sind.

Sodann habe ich von der Entwicklung der Kriegsküchen in anderen Städten gesprochen, und daß der Mittelstand gern auch 60 Pf. ausgeben würde, wenn er nur in die Lage versetzt würde, sich angemessen an diesem Essen zu beteiligen. Dann habe ich ausgeführt, daß bei einem großen gemeinsamen Betriebe manches gespart würde bei der Feuerung und beim Einkauf der Nahrungsmittel und ihrer Zubereitung. Schon damals also habe ich angegeben, welches die Gründe gewesen sind, die mich dazu geführt haben, den Antrag zu stellen, nämlich die Nahrungsmittel zu strecken, zu sparen und dem Mittelstande zu helfen, und ich schäme mich dieses Wortes nicht, wenn es auch von einer Seite des Hauses nicht mit Sympathie aufgefaßt ist, und wenn auch die Nennung dieses Wortes als provozierend angesehen wird. Wir sind Angehörige des Mittelstandes, warum sollten wir das nicht sagen? Der Mittelstand tritt tatsächlich bei der Kriegsfürsorge zurück, und es ist Pflicht der Vertreter des Mittelstandes, dafür einzutreten, daß die notleidenden Glieder dieses Standes in gleicher Weise wie die Arbeiterschaft in die Lage

gesetzt werden, sich zu versorgen. Es ist in der That Gleichheit und nicht Ungleichheit, was ich erstrebt habe.

Nun sind besonders von Herrn Stadtrat Mohr in ruhiger und sachlicher Weise die Einwürfe gegen den Antrag zurückgewiesen und ins rechte Licht gesetzt, was der Antrag zu bedeuten hat: daß eine Streckung der Nahrungsmittel, eine Ersparnis und bessere Ausnutzung aller Nahrungsmittel durch die gemeinsamen Küchen tatsächlich eintritt — übrigens auch bei den Kartoffeln —, daß in großen Kesseln mit weniger Fett auszukommen ist, daß ein besserer Geschmack erzielt wird, als es in einem kleinen Haushalt mit nur wenig Fleisch möglich ist, daß die Versorgung von Fett und Fleisch immer schwieriger wird. Die Kartoffeln werden insofern besser ausgenutzt, als die Schale nicht, wie das in vielen Haushaltungen noch geschieht, fortgeworfen wird, sondern unserer städtischen Schweinemast zugute kommt. Das alles sind wesentliche Momente. Das Zivildienstgesetz ist angenommen, und es wird die Beschäftigung der Angehörigen unseres deutschen Volkes sich dadurch noch viel weiter erstrecken, als das bis jetzt der Fall gewesen ist. Das Hindrängen auf die Massenpeisung — das hat auch Herr Wesemeier anerkannt — ist bestimmt vorhanden, und deshalb ist es nicht nur eine Maßnahme, die den gegenwärtigen Zuständen entspricht, sondern auch eine Vorsorge für die Zukunft, wenn Sie meinem Antrage zustimmen.

Was sonst noch in Frage kommt, ist schon erwähnt. Herr Lauer hatte die Besorgnis, daß Mißbrauch in der Benutzung der Küche getrieben werden könnte, und auch in bezug auf diesen Einwand ist schon darauf hingewiesen, daß Leute, die große Vorräte haben, an einem so einfachen Essen, wie ich es in Aussicht genommen habe, sich nicht beteiligen werden; die haben ganz andere Ansprüche. Im übrigen sind es tatsächlich weibliche und männliche Angestellte bei Privaten wie bei Behörden, die hier besonders in Betracht kommen. Es sind die Leute, die keinen Hausstand haben und keine häusliche Versorgung mit Vorräten in größerem Maße haben vornehmen können. Ich glaube deshalb nicht, daß die Besorgnis des Herrn Lauer berechtigt ist.

Man könnte auch die Besorgnis haben, Herr Kruse könnte seinen jetzigen Privattisch vielleicht reicher ausgestatten, könnte städtisches Material dazu verwenden. Das wäre natürlich nicht erlaubt, und Herr Kruse hat mir auch auf meine diesbezügliche Frage erwidert, er wäre sofort bereit, diesen Mittagstisch aufzugeben. An einem solchen Mittagstische verdienen die Wirte heute eigentlich nichts mehr und haben fast nur die Last davon, denn die Beschaffung der Zutaten wird immer schwieriger.

Daß ich mir die Sache so gedacht habe, daß hier nicht ein besseres Essen geliefert werden soll, geht schon daraus hervor — der Herr Oberbürgermeister wird sich daran erinnern —, daß ich in der Kommission auf die Frage: „Wieviel Gänge

sollen denn auf den Tisch kommen?" ausdrücklich gesagt habe: „Es kommt ein großer Topf auf den Tisch mit einem großen Löffel darin, wie im bürgerlichen Haushalt, z. B. Mohrrüben mit Kartoffeln, Fett und Fleisch zusammengetan, und jeder nimmt sich sein Teil auf den Teller und ißt, bis er satt ist.“ Ich glaube, schon hieran werden Sie sehen, daß die Deutung nicht berechtigt ist, die Sie zum Teil meinem Antrage gegeben haben.

**Stadtv. Riefe:** Daß diese Debatte eine solche Ausdehnung genommen hat, liegt entweder an der Intelligenz oder an dem Gegenteil der Begründung des Herrn Frede. Ich habe auch den Antrag so aufgefaßt, als ob sich der Mittelstand nicht drängen sollte mit den Arbeitern. Dabei habe ich mir gleich gedacht, wenn mir auch das Gegenteil versichert wurde — ich habe schon manche Botschaft gehört, aber oft fehlte mir der Glaube —: „Dann werden die Kinderköpfe und die Rationen Fett und Fleisch wohl in der Kriegsküche weniger werden und dorthin kommen“; und dafür, daß das nicht geschehen wird, hat man mir bis heute noch keine Garantie gegeben. Ich hörte ein Privatgespräch über die Lieferung von solchen Sachen, wo gesagt wurde: „Sie können die Köpfe nicht bekommen, denn zwei davon sind für die Züdelische Beamtenküche bestimmt.“ Wenn Sie es genau wissen wollen, können Sie auch nachher von mir hören, wo es gewesen ist.

Wenn an dem Mittagstische, wie Herr Frede sagt, nichts verdient wird, was steht dann im Wege, daß wir auf der Leopoldstraße noch einen oder zwei Kessel aufstellen und das fertige Essen nach dem Wilhelmsgarten bringen lassen. Dann kann ja Herr Kruse die fertige Speise in seinen Räumen verwenden, und das würde ganz im Sinne des Antrages Wesemeier liegen. Dann ist man sicher, daß einheitliches Essen verabreicht wird; so glaube ich noch nicht daran. Unsere Feldgrauen jagen mit Recht: „Wäh's im Kriege einerlei Essen, dann wäre der Krieg schon längst vergessen.“ Bei allgemein durchgeführter einheitlicher Küche brauchte sich niemand zu genieren, jeder könnte zu den Speisungen gehen und käme so zu seinem Rechte.

Der Herr Oberbürgermeister sagte, es sei sowieso schon ein heillooses Geld für die Kriegsküchen aufgewandt; erwiesen ist aber auch, wie andere Städte vorgegangen sind. Auf der Leopoldstraße können 500 Personen in den paar Zimmern, die geheizt und beleuchtet werden können, unterkommen. Es wäre auch Gelegenheit, dort noch in einem anderen größeren Räume Unterkunft zu finden, wenn mit der Verwaltung der Gebäude gesprochen wird. Sodann könnte auch in einer Gulaschkanne das Essen nach dem Wilhelmsgarten und auch nach anderen Stadtteilen hingefahren werden, dann ist damit dem Antrage nachgekommen.

Die Begründung in der vorigen Sitzung und der heutige Antrag sind zweierlei. Herr Frede selber spricht von dem großen Topf mit Mohrrüben und



einem großen Löffel. Da kann man ja den großen Topf von der Leopoldstraße, vom Pflegehause oder von der Markthalle nach dem Eßlokal hinfahren, und dort kann aus dem großen Topfe ausgefüllt werden. Dann ist Gewähr für gleichmäßige Speisung gegeben. Und wenn dann das Gemüse knapp werden sollte, könnten ja die Brenneffeln von Herrn Fredes Großmutter auch gekocht werden, das soll ja ganz gut schmecken, noch viel besser, als heute manches zweifelhafte Gemüse. Ich möchte nochmals ersuchen: Lehnen Sie den Antrag der Kommission ab und nehmen Sie den Antrag Wesemeier an, dann ist allen Ansprüchen in jeder Beziehung genügt.

**Stadtv. Wesemeier:** Herr Frede wirft mir sozusagen Inoyalität vor, weil ich seine Ausführungen nicht vollständig verlesen habe; nun, er hat sie jetzt ja selbst ziemlich vollständig verlesen. Er bedauert darin, daß der Mittelstand nicht an den Kriegsküchen teilnehmen kann. Ja, das war aber schon monatelang geändert. Was Herr Frede in der vorigen Sitzung zur Begründung seines Antrages vorbrachte, das traf gar nicht mehr zu. Das war so in der ersten Zeit nach der Errichtung der Kriegsküche, und sie besteht seit Anfang Mai. Die Beschränkung ist längst aufgehoben, so daß jeder an den Speisungen teilnehmen kann. Herr Frede rennt also offene Türen ein und hat eine unzutreffende Begründung gegeben, er hätte sich vorher erst erkundigen müssen, wie die Verhältnisse liegen. Deshalb hielt ich es auch nicht für notwendig, alles vorzulegen, was er angeführt hat, weil der Zustand schon lange überholt ist.

Sodann sagt Herr Frede: „Mögen doch die Arbeiter zur Mittelstandsküche kommen und daran teilnehmen, sie sind herzlich willkommen!“ Wenn man so denken wollte, so würde das heißen, das Pferd beim Schwanz aufzäumen. Herr Frede will etwas Bestehendes außer Betracht lassen, das schon längst benutzt wird, und empfiehlt, dafür etwas Neues zu schaffen. Umgekehrt sollte ein Schuh daraus werden. Die Kriegsküchen sind geschaffen, nun holt euch euer Essen! Wir werden dafür eintreten, daß Gelegenheit geschaffen wird, Platz zu nehmen, und daß die Zeiten der Abgabe so gelegt werden, daß jeder imstande ist, die Kriegsküche zu benutzen. Wenn man nur das will, was Herr Frede sagt: daß der Mittelstand an den Kriegsküchen teilnehmen kann, dann ist der gegebene Weg die Annahme meines Antrages.

Ich möchte nochmals dringend bitten: Tragen Sie nicht noch mehr Mißtrauen in die Bevölkerung hinein. Es ist zweifellos, daß unter diesem Namen Mittelstandsküche etwas Besseres, über die unteren Bevölkerungskreise Hinausgehendes geschaffen werden soll. Der Meinung kann ich mich nicht verschließen, und Mißstimmung über eine solche Maßnahme wird Platz greifen. Das sollte man vermeiden.

**Stadtv. Genzen:** In den Reden der bürgerlichen Herren, auch in den Reden von der Magistratsseite wurde immer betont, es solle kein besseres Essen geliefert werden als durch die Kriegsküchen, aber in den Kriegsküchen kostet das Essen 30 Pf. und bei Herrn Kruse 55 oder 60 Pf. Es ist also noch einmal so teuer, nur aus dem Grunde, weil dort Teller geliefert werden und ein Platz vorhanden ist. Das wäre ja geradezu ein Wucher, wenn nur deshalb der Preis verdoppelt würde. Schon aus diesem Grunde hätte der Magistrat Ursache, die Sache nicht zu unterstützen.

**Stadtv. Frede:** Herr Wesemeier jagte, die Mittelständler könnten hinkommen und sich das Essen aus der Kriegsküche holen. Es ist doch aber schon so oft darauf hingewiesen, daß es sich um Leute handelt, die gar nicht in der Lage sind, das Essen zu holen. Nehmen Sie die vielen, die keinen Haushalt und deshalb an einem Privatmittagstische teilgenommen haben. Diese letzteren sind zum großen Teil eingegangen, und das Essen in der Gastwirtschaft, das früher 1 *M.* gekostet hat, kostet jetzt wohl 2,50 *M.* Das ist ein Preis, den die meisten gar nicht in der Lage sind zu bezahlen. Sollen sie nun mit dem Henktopf zur Kriegsküche gehen und sich das Essen holen? Ich meine, sie werden es mit Freuden begrüßen, wenn sie an einem behaglichen Orte sitzen und dieses Essen einnehmen können. Es ist doch ein großer Unterschied, ob jemand beim Mittagessen stehen, oder in einem überfüllten Klassenzimmer sich drängen oder zu Hause in kaltem Raume das Essen genießen muß, oder ob er an einem behaglichen Platze, wie es der Wilhelmsgarten ist, sitzen kann. Die Verzinzung des Raumes, die Wäsche, das Geschirr, Bedienung, Heizung und Licht müssen bezahlt werden, Herr Genzen. Den Aufschlag hat der Gast zu tragen, und den bezahlt er gern dafür, daß er den vermehrten Komfort hat. Die meisten Leute haben doch die Neigung, behaglich zu essen, und es vermehrt auch den Appetit. Dagegen, daß Leute bisher ins Hotel gingen und dort aßen, haben Sie doch auch nichts gesagt! Die Stadt wird für das Essen im Wilhelmsgarten nicht mehr als bei den Kriegsküchen liefern. Es ist unberechtigt, was Sie in meinen Antrag hineinlegen.

Soll die Stadt erst Bauten aufführen, um Platz für die Einnahme des Essens zu schaffen, dann können es keine Bretterbauten sein. Hier ist nun ein Lokal, warum wollen Sie das nicht nehmen? Ich sehe nicht ein, warum sich die Stadt erst in große Kosten stürzen soll. Der Widerstand gegen den Kommissionsantrag ist mir unverständlich und scheint mir künstliche Mache. Die Arbeiter mögen dahinkommen und essen, sie sind willkommen!

**Stadtv. Meyerhoff:** Es ist mir von einer Seite vorgehalten, es müßte an der Intelligenz des Referenten gelegen haben, daß die Debatte sich so lange aus-

gesponnen habe. Wenn von Herrn Kiefe das Wort gefallen ist, dann möchte ich ihn bitten, in die eigene Brust zu fassen. (Zuruf des Herrn Kiefe: Ich habe von dem Antragsteller gesprochen.)

Es hat gar keinen Zweck, daß man weiter über den Antrag spricht. Ich kann nur noch darauf hinweisen, daß Herr Wesemeier gestern in der Kommissionsitzung anwesend gewesen ist und gehört hat, was dort gesprochen ist. Dennoch fällt er immer wieder darauf zurück, Herr Frede habe mit seinem Antrage etwas anderes gemeint. Was Herr Frede gemeint hat, steht heute gar nicht zur Debatte, sondern der Antrag der Statutenkommission, dem zuzustimmen Sie gebeten werden. Ich habe schon zu Anfang meines Referats gesagt, der Ausdruck Mittelstandsküche sei wohl falsch gewählt, es müßte erweiterte Kriegsküche heißen. Wozu die langen Reden über Mittelstandsküchen gehalten werden, begreife ich also nicht.

Herr Genzen sagte vorhin: Wenn die Küche im Wilhelmsgarten eingerichtet ist, dann kann den Kriegsküchen Material an Kartoffeln usw. entgehen. Sollen denn andere Leute nicht auch leben? Müssen sie nicht auch Kartoffeln, Gemüse, Fleisch und Fett haben, auch wenn sie nicht aus der Kriegsküche gespeist werden? Sollen sie denn verhungern? So kann man doch nicht sprechen, wie Herr Genzen!

Ich verzichte auf weitere Ausführungen und bitte nur noch: Nehmen Sie den Antrag der Statutenkommission an, der dahin geht, ohne vorläufige Festlegung des Preises eine weitere Kriegsküche im Wilhelmsgarten anzulegen.

**Vorsitzender:** Der Antrag der Statutenkommission ist mir, in folgender Weise formuliert, schriftlich vorgelegt:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, betreffs Einrichtung einer weiteren Kriegsküche im Wilhelmsgarten ein Übereinkommen mit Herrn Kruse in der Weise zu treffen, daß derselbe für Benutzung der Sitzgelegenheit, Heizung, Licht, Geschirr, Bedienung usw. 20—30 Pf. pro Person erhält als Zuschlag für die 30 Pf., welche das Essen in den anderen Kriegsküchen kostet.“

Außerdem liegt der Antrag des Herrn Wesemeier vor. (Wird vom Redner verlesen.)

Man kann im Zweifel sein, welcher Antrag der weitergehende ist. Ich bin der Ansicht, daß der Kommissionsantrag der weitergehende ist insofern, als er etwas Neues schaffen will, während der Antrag Wesemeier darauf hinausgeht, die bisherigen Kriegsküchen weiter auszubauen. Der Kommissionsantrag will ein Novum schaffen, indem einem Privatunternehmer es überlassen bleiben soll, eine Küche zu führen, und mit diesem Unternehmer ein entsprechendes Abkommen getroffen werden soll. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich den Antrag der Kommission als den weitergehenden betrachte und ihn zuerst zur Abstimmung bringe.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt für den Kommissionsantrag.

Stadtv. **Niefe** (persönliche Bemerkung): Ich möchte Herrn Meyerhoff nur erwidern, daß ich mit meiner Bemerkung an ihn nicht gedacht habe. Ich habe gesprochen von der Intelligenz der Begründung des Antrages in der vorigen Sitzung seitens des Herrn Frede.

Stadtv. **Frede** (persönliche Bemerkung): Ich verzichte darauf, der Versammlung anheimzustellen, eine Parallele zwischen unseren beiden Intelligenzen zu ziehen. Ich erkenne bereitwillig die höhere des Herrn Niefe an.

**Vorsigender:** Der Ausdruck des Herrn Niefe war vielleicht etwas zu scharf gewählt. Ich habe zwar nichts dazu gesagt, möchte aber doch noch bemerken, daß, wenn man von der geringeren oder minderen Intelligenz spricht, man wohl etwas hineinlegen könnte, was hier nicht statthaft ist. Ich glaube aber, die Sache ist nun genügend geklärt.

### 3. Verbesserung der Beleuchtung in der Markthalle.

Stadtv. **Ohlendorf:** Die Beleuchtung der Markthalle war bisher recht mangelhaft, und es sind deshalb schon fünf neue Lampen an der Ostseite der Halle angebracht. Es wird weiter notwendig werden, daß eine resp. zwei Lampen an der Nordseite im Mittelgange angebracht werden. Die Finanzkommission empfiehlt, die dafür notwendigen Mittel von anschlagsmäßig 550 M zu bewilligen.

Weiter ist in der Finanzkommission zur Sprache gebracht worden, daß es wünschenswert sei, mittags die Markthalle eine Stunde früher zu öffnen, dagegen aber um 7 Uhr Schluß zu machen. Dadurch würde Licht gespart und auch einem allseitigen Wunsche der ausstehenden Händler entsprochen. Ich möchte Sie bitten, auch dieser Anregung zuzustimmen.

Stadtrat **von Franckenberg:** Ich habe, als der Vorschlag in der Finanzkommission beraten war, schnell den Marktausschuß zusammenberufen, und auch von diesem ist der Vorschlag für zweckmäßig gehalten. So habe ich auch namens des Marktausschusses zu empfehlen, daß die Zeit des Betriebes der Markthalle, wenn der 7-Uhr-Laden-schluß eingeführt wird, nachmittags auf 4—7 Uhr festgesetzt wird. Ich bitte Sie, sich mit dieser Änderung einverstanden zu erklären.

Den beiden Anträgen der Finanzkommission wird zugestimmt.

Stadtv. **Meyerhoff** übernimmt den V o r s i t z.

#### 4. Bewilligung einer Beihilfe aus der Jüdelstiftung an die Herzog-Leopold-Stiftung (Knabenhorte)

**Stadtv. Frede:** Es besteht hier eine Einrichtung an den siebenstufigen Bürgerschulen, die zugunsten der Kinder derjenigen Eltern getroffen ist, die täglich auf Arbeit gehen. Kinder, die ohne genügende Aufsicht sind, werden in der Zeit von 4—7 Uhr in den Kinderhorten untergebracht, werden dort getränkt und gespeist und erhalten auch Speisemarken für den Mittag. Außerdem werden auch ihre Schularbeiten von Lehrern und Lehrerinnen überwacht. Natürlich verursacht eine solche Einrichtung ziemlich viele Kosten. Die Mittel sind bisher aus drei verschiedenen Quellen bestritten, aber eine dieser Quellen ist in diesem Jahre dadurch versiegt, daß die Herzogliche Polizeidirektion bestimmt hat, daß eine Hausammlung, die immer ziemlich viel erbracht hat, nicht stattfinden soll. Infolgedessen ist die Herzog-Leopold-Stiftung, die diese Horte unterstützt, nicht in der Lage, in der bisherigen Weise weiter zu wirtschaften, und hat sich deshalb an den Vorstand der Jüdelstiftung mit der Bitte um einen Zuschuß im Betrage von 2000 *M* gewandt. Die Jüdelstiftung hat den Betrag bewilligt, und der Magistrat ersucht nun die Stadtverordnetenversammlung, zustimmen zu wollen, daß der genannte Betrag aus der Jüdelstiftung, Abteilung III, gezahlt werde.

Die Finanzkommission ist einstimmig der Meinung, daß bei den segensreichen Zielen, die hier verfolgt werden, die Bewilligung ausgesprochen werden müßte, und bittet die Stadtverordnetenversammlung, in demselben Sinne zu beschließen.

Der Verwendung von 2000 *M* aus der Jüdelstiftung für den angegebenen Zweck wird zugestimmt.

#### 5. Bericht über die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke, der Neustadtmühle und des Abwässerpumpwerkes.

**Stadtv. Lebbenjohanns:** Aus dem Berichte, der Ihnen im Druck vorliegt, ersehen Sie, daß das Gas- und Wasserwerk auch in der Zeit vom 1. April 1915 bis 31. März 1916 wieder erhebliche Überschüsse geliefert hat.

Das Gaswerk hat eine wesentlich erhöhte Funktion gehabt, weil die Abnahme von Gas eine bedeutend stärkere gewesen ist. Obwohl der Verbrauch für die öffentliche Beleuchtung zurückgegangen ist (um rund 4500 *M*), ist der Privatverbrauch von 78,31 Prozent auf 80,716 Prozent gestiegen. Es ergibt sich auch eine wesentlich gesteigerte Zahl der Abnehmer, nämlich von 14 361 im Vorjahre, auf 16 058 in diesem Jahre. Die Erzeugungskosten für 100 cbm Nutzgas haben sich auf 13,84 *M* gestellt. Die Einnahmen für das durch Messer abgegebene Gas geben ein Mehr gegen das Vorjahr von 102 865 *M*. Die Gewinnberechnung zeigt einen Gesamtüberschuß von 465 364,44 *M*. Das Anlage- und Grundstückskonto stand

am 31. März 1916 mit 4 134 406,39 *M* zu Buche, der Erweiterungsbau des Gaswerks an der Taubenstraße mit 1 557 679,98 *M*, das Gaskonto mit 627 205,27 *M*, und die Münzgasmesseranlagen mit 98 316,34 *M*. Darauf sind bis zum 31. März 1916 5 387 113,64 *M* abgeschrieben, so daß die Werke an diesem Tage mit 1 030 494,34 *M* zu Buche standen. Der Reservefonds ist, wie Sie sehen, durch die etatmäßigen Rückstellungen und dergleichen auf 326 849,99 *M* gestiegen. Aus diesem Konto sind ausgegeben für Gasmesser, Rohr- und Laternenanlagen, Erweiterungsbau an der Taubenstraße usw. 334 421,15 *M*, so daß sich ein Fehlbetrag von 7571,16 *M* ergibt, der durch Vorschuß der Kammereikasse gedeckt ist. Für die Arbeiterfürsorge ist beim Gaswerk ebenso wie beim Wasserwerk und Pumpwerk in weitestgehender Weise Sorge getragen.

Was das Wasserwerk betrifft, so ist der Wasserverbrauch in der verflossenen Berichtsperiode ebenfalls gestiegen. Die Kosten des Wassers pro Kubikmeter haben sich im Jahre auf 10,16 Pf. gestellt gegen 10,25 Pf. im Vorjahre. Wesentlich zum Gewinn hat beim Wasserwerk wieder das private Einrichtungsgeßäft beigetragen, welches einen Gewinn von 52 805,79 *M* aufweist. Dazu treten die Einnahmen an Pachten und unvorhergesehene Einnahmen, so daß sich ein Gesamtgewinn von 195 483,39 *M* ergibt. Das Anlage- und Grundstückskonto weist für den 31. März d. J. einen Bestand von 5 595 401,25 *M* auf, die Höhe der Abschreibungen am gleichen Tage beträgt 3 600 993,78 *M*, so daß die Werke noch mit 2 347 451,68 *M* zu Buche stehen. Der Reservefonds hat Zuweisungen aus verschiedenen Positionen bekommen und ist von 342 602,44 *M* auf 364 513,52 *M* am 31. März 1916 gewachsen.

Die Neustadtmühle war in der Zeit vom 1. Februar bis 1. September 1915 an die Kriegsgetreidegesellschaft angeschlossen und war in dieser Zeit ausschließlich für dieselbe beschäftigt. Vom 1. September 1915 an hat die Mühle nebst vier anderen das Brotgetreide für den selbstwirtschaftenden Kommunalverband Braunschweig-Stadt zu vermahlen. Das Gewinnergebnis beträgt 74 912,65 *M*. Eine Bilanz für die Neustadtmühle ist bekanntlich nicht vorhanden.

Das Abwäßerpumpwerk kann naturgemäß Überschüsse nicht geben. Das Erfordernis für seinen Betrieb hat sich auf 42 339,02 *M* belaufen gegenüber einem Voranschlage von 40 209,50 *M* und dem vorjährigen Erfordernis von 38 093,73 *M*.

Die Finanzkommission hat dem Berichte nichts hinzuzufügen.

Die Gesamtsumme der im verflossenen Rechnungsjahre nach kaufmännischen Grundsätzen ermittelten Reingewinne bei den Gas- und Wasserwerken beträgt 660 847,83 *M*. Hiervon sind nach § 3 des Statuts Nr. 29 vom 29. März 1909 4 Fünftel = 528 678,27 *M* dem Ausgleichsfonds und 1 Fünftel = 132 169,56 *M* dem Ordinarium der Kammereikasse überwiesen.

**Vorsitzender Meyerhoff:** Zur Beratung steht der Bericht, soviel ich weiß, nach der bisherigen Gepflogenheit nicht, wohl aber sind der Herr Berichterstatter oder die Herren Magistratsmitglieder in der Lage, auf Anfragen Auskunft zu geben.

**Stadtv. Stegmann:** Ich möchte mir zu dem Bericht über das Gaswerk eine Frage, betreffend die schlechte Beschaffenheit des Gases, an den Magistrat erlauben. Es ist schon seit Wochen aufgefallen, daß das Gas keinen rechten Druck mehr hat, besonders das Kochgas. Ein Topf mit Wasser muß mindestens die Hälfte der Zeit länger auf Gas stehen, ehe er anfängt zu kochen, und infolgedessen ist der Preis, den die Leute für Gasabnahme zu bezahlen haben, höher. Diese Erscheinung ist in so auffallender Weise aufgetreten, daß man meinen müßte, es sei auch dem Magistrat schon bekannt geworden. Woran liegt es? Liegt es vielleicht daran, daß die Kohlen schlechter sind als früher, und ist keine Aussicht vorhanden, daß bald Besserung eintritt?

Bezüglich des Koksverkaufs möchte ich noch erwähnen, daß in einer Versammlung, der ich beigewohnt habe, Beschwerden über den Portier des Gaswerks an der Taubenstraße erhoben sind, daß er den Leuten, die Koks im kleinen holen, namentlich die Frauen, anchnauzt und wegschickt, überhaupt sie so behandelt, wie es in keinem anderen Geschäfte geschieht, obgleich man in dieser Kriegszeit auch dort schon vieles gewohnt geworden ist. Ich möchte den Magistrat veranlassen, sich um dieses Benehmen zu kümmern und den Mann in seine Schranken zu weisen.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Daß die Kohlen für das Gaswerk heute schlechter sind als in Friedenszeiten, muß ich anerkennen. Am liebsten sagte ich ja hierüber in der öffentlichen Sitzung gar nichts mehr, weil aus meiner letzten Rede in eine große englische Zeitung einige Auslassungen übernommen sind, die nicht für England bestimmt waren. Nun, ich wollte sagen: Wir können keine englischen Kohlen mehr bekommen, und infolgedessen ist das Gas nicht mehr so gut wie früher. Im übrigen aber ist das, was Herr Stegmann vorgetragen hat, wesentlich veranlaßt durch den geringeren Druck des Gases, der wiederum eine Folge ist der Ersparnis an Kohlen, die wir zu machen gezwungen sind, weil wegen Mangels an Wagen nicht viel Kohlen an unsere Stadt herankommen. Auf den Halben sind ja reichlich Kohlen vorhanden, aber es fehlt infolge des Transports von Rüben und Kartoffeln augenblicklich an Eisenbahnwagen. Infolgedessen müssen wir Bedacht darauf nehmen, tunlichst den Verbrauch an Gas einzuschränken. Sie werden schon an der Straßenbeleuchtung gesehen haben, die wir unbedenklich noch mehr einschränken müssen und können, wie wir bestrebt sind, Gas zu sparen.

Nun hat Herr Direktor von Feilitzsch darauf hingewiesen, welche wesentliche Ersparnis erzielt werden würde, wenn der Druck in den Gasrohren vermindert

wird. Man könnte ja auf den Gedanken kommen, das sei nicht der Fall, weil bei geringerem Druck das Gas länger brennen muß — wie ja auch Herr Stegmann schon sagte —, um einen gewissen Heizgrad zu erzielen. In Wirklichkeit liegt die Sache aber anders, weil eine große Zahl von Leuten beim Verbrauch von Gas in ihren Herden nicht sparsam genug verfahren. Sie schädigen dadurch zunächst ja ihren eigenen Geldbeutel, augenblicklich aber auch die Stadt, wenn sie zu viel Gas verbrauchen. Es ist eine bekannte Sache, daß man den Gashahn zurückdrehen soll, wenn das Wasser den genügenden Heizgrad erlangt hat. Aber sehr viele Leute lassen das Gas auch dann noch in voller Menge ausströmen und verbrauchen infolgedessen mehr Gas als nötig ist. Wir haben eine ähnliche Erfahrung auch an anderer Stelle gemacht und gefunden, daß nur eins dagegen hilft: die Einschränkung des Drucks, und davon ist Gebrauch gemacht. Eine stärkere finanzielle Belastung des einzelnen Konsumenten wird durch den geringeren Gasdruck nicht erzielt, man muß wohl das Gas länger brennen lassen, braucht aber weniger auf einmal, so daß die Menge des Gases, die gebraucht wird, um einen bestimmten Heizgrad zu erzielen, nach wie vor dieselbe ist.

Ich hoffe übrigens, daß die mangelhafte Zufuhr in nicht allzulanger Zeit in eine angemessene umgewandelt wird, und daß dann die Klagen, auch die über die Straßenbeleuchtung, aufhören werden. Augenblicklich aber müssen wir uns einschränken. Doch meine ich, wenn wir weiter keine Einschränkungen zu ertragen haben als eine schwächere Beleuchtung, so können wir das schon in Kauf nehmen.

Der Punkt der Tagesordnung gilt als durch Kenntnisaufnahme der Berichte erledigt.

## **6. Herrichtung eines provisorischen Stalles auf dem Schlachthausgrundstücke.**

**Stadtverordneter Rasche:** Es wird geplant, auf dem Schlachthofgrundstücke auf der Ostseite des Kohlengleises einen provisorischen Stall zu errichten, der zur Unterbringung der für die Rindviehmassenschlachtungen herangeschafften Tiere dienen soll. Da das Vieh bisher auf freiem Felde hat stehen müssen, so ist der Stall unbedingt notwendig, und es ist auch wichtig, daß die Errichtung sofort geschieht, damit das Vieh bei der nassen und kalten Jahreszeit nicht unter freiem Himmel steht. Der Plan hängt dort aus. Der Kostenanschlag schließt mit einer Summe von 29 000 M. Diese Summe erscheint hoch; ich habe den Anschlag aber eingehend geprüft und gefunden, daß nichts dagegen einzuwenden ist. Auch konstruktiv ist gegen den Plan nichts vorzubringen. Der Schlachthausausschuß hat sich gleichfalls mit der Sache beschäftigt und empfiehlt baldige Ausführung des Projekts. Die Baukommission hat Projekt und Kostenanschlag geprüft und empfiehlt sie ihnen zur Annahme. Die Kosten sollen zu Lasten der Schlachthauskasse gehen.

Ich bitte namens der Baukommission um Ihre Genehmigung.



**Stadtv. Bunge:** Jeder einzelne von Ihnen, der Gelegenheit hatte, zu sehen, in welcher Weise dieses Schlachtvieh bisher aufgestellt war, wird zu dem Gedanken gekommen sein, daß es bei dieser schlechten Witterung für das Vieh zuträglicher wäre, wenn es unter Dach stände, und so bin ich denn auch schon von Kollegen aufmerksam gemacht worden, daß das Vieh am Mittelwege im Schlamm stände, daß nicht das nötige Wasser zur Stelle sei und nicht auf eine Fütterungsanlage Bedacht genommen wäre. Bei dieser Anlage, wie sie vorgeschlagen wird, und die als eine provisorische aufgestellt werden soll, aber später auch erweitert werden kann, ist auf alles das Angeführte Rücksicht genommen, so daß das Vieh gut aufgehoben ist und wir uns in keiner Weise Vorwürfe machen zu lassen brauchen. Die Errichtung des Stalles ist bereits so weit vorbereitet, daß sie sofort in Angriff genommen werden kann, und ich möchte wünschen, daß sie nun auch so schnell wie möglich beendet wird.

Die Versammlung stimmt dem Projekte und Kostenanschlage zu.

### 7. Aufstellung von Regalen im Rathausanbau.

**Stadtv. Rasche:** Es handelt sich um einen Antrag, der noch nicht der Baukommission vorgelegen, jedoch hier bei den Mitgliedern derselben zirkuliert hat, nämlich die Aufstellung von Regalen in dem Anbau des Rathauses. Um den Umzug in diesen Anbau bewerkstelligen zu können, sind neue Regale nötig, für die verschiedene Anschläge aufgestellt waren. Zuerst hatte man auf eiserne Regale Bedacht genommen, die aber höhere Kosten verursacht hätten. Während die Ausgaben bei Holzregalen zu 5000 *M* veranschlagt sind, hätten für die eisernen 17 000 *M* ausgegeben werden müssen, so daß also Mehrkosten im Betrage von 12 000 *M* dadurch entstanden wären. Da aber die hölzernen Regale genügen und es möglich ist, sie schnell zu beschaffen, so empfiehlt der Magistrat, die dafür nötige Summe zu bewilligen. Die Baukommission bittet Sie, die Anschaffung zu bewilligen.

**Vorsitzender Meyerhoff:** Da die Umquartierung möglichst bald erfolgen soll, ist der Antrag des Magistrats noch heute zur Verhandlung gestellt.

Die gewünschte Zustimmung wird ausgesprochen.

### 8. Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen auf dem Schlachthausgrundstücke.

**Stadtv. Stegmann:** Seit längerer Zeit werden von der Firma Struck auf dem Schlachthofe ca. 40 Frauen beschäftigt, und außerdem hat auch die Schlacht-

hausverwaltung selbst mehrere Frauen dort in Beschäftigung. Für diese Frauen ist keine besondere Bedürfnisanstalt vorhanden, so daß sich wiederholt Unzuträglichkeiten herausgestellt haben. Nun wird uns seitens des Magistrats ein Projekt vorgelegt, das die Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen auf dem Grundstück des städtischen Schlachthauses vorsieht, und zwar in dem Vorraum der Pferdeschlachthalle. Diese Stelle ist ausgesucht, weil dort schon früher ein Klosett vorhanden gewesen ist und so die Wasser- und Abflußleitungen sich ohne Schwierigkeiten herstellen lassen. Auf Wunsch des Schlachthausausschusses soll auch eine Warmwasserleitung zugleich mit dorthingelegt werden. Die aufzuwendenden Kosten werden etwa 700 M betragen und aus der Schlachthauskasse zu entnehmen sein.

Die Baukommission hält die Anlage für dringend nötig und bittet um Ihre Genehmigung.

**Stadtv. Bunge:** Der Herr Referent jagte, daß zur Zeit auf dem Schlachthause die Struckßen Arbeiterinnen beschäftigt werden. Es kommen aber noch andere in Betracht, hauptsächlich aber unsere eigenen Arbeiterinnen auf dem Schlachthofe. Die Zustände, wie sie bis jetzt dort waren, sind unhaltbar geworden, so daß wir in der Deputation den Wunsch haben, daß diese Bedürfnisanstalt recht bald errichtet wird und diese Kalamität dort aufhört. Der Kostenpunkt ist kein erheblicher, und die ausgesuchte Stelle für die Bedürfnisanstalt sehr gut gelegen. Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

**Stadtbaurat Gebensleben:** Ich kann die Zusicherung geben, daß mit den Arbeiten schnelligst begonnen wird, denn ich habe mich davon überzeugt, daß die Zustände dort in dieser Beziehung recht mangelhaft sind.

Ebenso wird der genehmigte *Kinderstall* schnelligst in Angriff genommen werden. Es soll versucht werden, daß er in den nächsten vier Wochen, also noch in diesem Jahre fertiggestellt wird. Das Holz dafür ist bereits in Auftrag gegeben worden.

Die Errichtung der Bedürfnisanstalt wird genehmigt.

## 9. Bessere Befestigung der Fußwege auf der Weststraße.

**Stadtv. Busch:** Es handelt sich um einen ursprünglichen Antrag des Herrn Bunge, der die Belegung der Fußwege der Weststraße und Kramerstraße mit Platten bezweckte. Die geehrte Versammlung hatte auch beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die genannten Fußsteige im Frühjahr dieses Jahres mit Teerschotter zu versehen und bis dahin eine Besserung durch Stein- und Kiebschüttung vor-

nehmen zu lassen. Inzwischen hat der Stadtmagistrat das städtische Tiefbauamt ersucht, die Sache in die Hand zu nehmen und hinsichtlich der Teerschotterung sich zu äußern. Der Vorsitzende des städtischen Tiefbauamts hat denn auch verschiedene Städte besucht, wo dies Verfahren zur Befestigung der Fußwege angewendet worden ist, und ist zu dem Resultat gekommen, daß die Teerschotterung sich für Fußwege als geeignetes Material wohl eignen würde. Er empfiehlt aber, mit der Befestigung der Fußwege der Weststraße erst einen Versuch zu machen und dann je nach dem Ausfall dieses Versuchs auch die Befestigung der Kramerstraße vorzunehmen. Ein seitens des städtischen Tiefbauamts aufgestellter Kostenschlag gibt an, daß die Befestigung der Fußwege der Weststraße einen Kostenaufwand von 5800 *M* verursachen wird, wovon 4200 *M* den Anliegern und 1600 *M* der Stadt zur Last fallen. Der Magistrat ersucht die Versammlung, sich mit dem Entwurf und dem Kostenschlage, sowie mit der vorläufigen Kostenverteilungsberechnung einverstanden zu erklären.

Die Baukommission hat sich gestern mit der Sache befaßt und ist zu dem Beschlusse gekommen, Ihnen zu empfehlen, dem Magistratsvorschlage Ihre Zustimmung zu geben.

**Stadtv. Besemeier:** Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit auf die Ludwigstraße richten. Mittelweg und Ludwigstraße befinden sich in einem sehr schlechten Zustande, daß eine Dorfstraße ideal dagegen genannt werden kann. In der Ludwigstraße ist unser städtischer Lagerplatz gelegen, außerdem die Arbeitsstätten mehrerer Industriefirmen, der Brauerei und der Fahrradwerke, so daß dort viel gefahren wird. Die ganze Straße ist nur eine Wellenlinie, Berg und Tal, dazu jetzt mit Schlamm bedeckt; eine Reinigung kann gar nicht stattfinden, dafür sind die Löcher viel zu tief. Die Anwohner können gar nicht mehr über den Fahrweg gehen, sondern müssen über die Sümpfe hinwegspringen. Ich möchte bitten, dort Änderung zu schaffen, sobald es möglich ist.

**Stadtv. Bunge:** Ich möchte noch einmal zurückkommen auf die Fußwege der Weststraße, denn ich bin der Meinung, daß es lange genug gedauert hat, ehe die Bauverwaltung dazu gekommen ist, an die Weststraße zu denken. Ich bedaure das gerade deshalb, weil in der jetzigen Zeit sehr viele Leute nach dem neuen Flugplatz gehen und diese Straße passieren müssen. Es wäre ratfamer gewesen, daß man diese Straße eher in Angriff genommen hätte als die Luitzenstraße, bei der ja aber eine Besserung auch sehr notwendig war. Ich möchte bitten, die Sache nun nicht noch auf die lange Bank zu schieben, damit die Anwohner dort endlich einen gangbaren Fußweg bekommen. In Betracht zu ziehen ist auch, daß noch längere Zeit hindurch Arbeiter zur Beschäftigung nach dem Flugplatz gehen müssen, und es

ist doch selbstverständlich, daß solche Straßen, die vom Publikum viel paßiert werden, am ersten in Angriff genommen werden müssen.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Die Klage des Herrn Wesemeier habe ich gehört und werde Untersuchungen anstellen, wie seinem Wunsche auf Besserung der Fußwege der Ludwigstraße und des Mittelweges Rechnung getragen werden kann.

Herrn Bunge muß ich darin allerdings recht geben, daß es etwas lange gedauert hat, bis das Tiefbanamt zu diesem Projekte gekommen ist. Aber ich bitte, zu berücksichtigen, daß die geehrten Herren vor einem Jahre beschlossen haben, Teermafadam, der allerdings nur halb soviel kostet als Zementplattenbelag, zur Befestigung dieser Fußwege vorzuschlagen; nun ist aber der Teer beschlagnahmt, deshalb hat in der Tat nichts geschehen können, bis man auf das Leberli-Verfahren gekommen ist, bei dem eine Teersorte verwendet werden kann, die nicht beschlagnahmt ist. Nur auf diese Weise ist es möglich, überhaupt während des Krieges die Fußwege dieser Straße instand zu setzen,

Dem Antrage der Baukommission wird zugestimmt.

**Vorsitzender Hartung** übernimmt den Vorsitz wieder.

## 10. Herrichtung einer Kaldaunenwäße und Wampendüngeranlage auf dem Schlachthausgrundstücke.

Stadtv. **Meyerhoff**: Es ergeht an die Stadtverordneten das Ersuchen, die Entwürfe für Einrichtung einer Kaldaunenwäße und einer Wampendüngeranlage nebst den zugehörigen Kostenanschlägen zu genehmigen mit der Maßgabe, daß die zu 60 000 M veranschlagten Kosten der Schlachthauskasse zur Last fallen.

Diese Vorlage hat schon eine längere Vorgeschichte. Augenblicklich wird der Wampendünger, das ist der Magen- und Darminhalt der geschlachteten Tiere, in eine wasserdichte Grube gefahren. Diese aber überflutet sehr oft und versucht dadurch den Erdboden in der Nachbarschaft, auch ist das ganze Verfahren nicht reinlich. Nun wurde versucht, nach dem Muster anderer Schlachthäuser eine Preßanlage einzurichten, bei der der Wampendünger durch Ansammlung in einer sehr tiefen Grube gelagert wird. Das ist aber nicht möglich, da eine solche Grube 5 m tief ausgehoben werden müßte und der Grundwasserspiegel in jener Gegend sich schon 3 m unter der Erdoberfläche findet. Es hätte also außerordentliche Kosten verursacht, eine solche Anlage auszuführen. Es war auch geplant, die jetzt vorhandene Grube durch ein Becherwerk zu entleeren, um so ohne Verwendung von Menschenkraft bei der Arbeit auszukommen, denn es finden sich wenig Arbeiter, die in diesem Schlamm arbeiten wollen. Auch dieser Vorschlag ist fallen gelassen, und es wird Ihnen nun nach den angehefteten Zeichnungen ein Neubau vor-

geschlagen, bei dem der Wampendünger auf eine einfache Art ohne weiteres in geeignete Abfuhrwagen geschüttet werden kann.

Zwischen dem die jetzige Kaldaunenwäsche enthaltenden Gebäude und dem benachbarten Stalle befindet sich noch ein freier Platz, der bebaut werden soll mit einem zweigeschossigen Gebäude, das in seinem unteren Teile dazu dienen soll, die Halle für die Abfuhrwagen aufzunehmen. Gleichzeitig ist die Verlegung der Kaldaunenwäsche in das erste Stockwerk geplant. Um für die im Obergeschoße neu einzurichtende Kaldaunenwäsche einen genügend großen Platz zu gewinnen, ist der jetzt diesem Zwecke dienende außergewöhnlich hohe, bis zum Dachraum reichende Raum durch eine Zwischendecke geteilt und der dadurch gewonnene obere Raum mit dem in dem neuen Zwischenbau in Verbindung gebracht. Zugleich ist dabei auf den Einbau einer nach dem Obergeschoß führenden Treppe Bedacht genommen. Die Beförderung der auf Handkarren aus den Schlachthallen herangebrachten Wampen und Eingeweide in den neu zu schaffenden Raum der Kaldaunenwäsche würde mittels Fahrstühlen, auf welchen die Karren nebst der Bedienungsmannschaft Platz finden, ermöglicht werden. In der Decke der Wagenhalle befinden sich die Einschüttungsöffnungen für den Wampendünger, so daß also die Arbeit ziemlich mechanisch vor sich geht und properer werden wird, als sie bisher gewesen ist. Da die Durchfahrt nach den Bahnwagen wegfällt, so würde es nötig sein, einen Teil des benachbarten Stalles für diesen Zweck herzurichten, wozu ein Teil des Stalles abgeteilt werden soll.

Die ganzen Arbeiten sind zu 60 000 M veranschlagt, und zwar

- |   |          |
|---|----------|
| 1. für Herrichtung einer Durchfahrt im Stallgebäude . . . .   | 2 400 M  |
| 2. für Beseitigung der jetzigen Dungstätte nebst Schutzdach<br>und Abschlußmauern . . . . .   | 1 000 M  |
| 3. für Errichtung des projektierten Zwischenbaus für die Be-<br>seitigung des Wampendüngers . . . . .                               | 24 800 M |
| 4. für Anlage eines Treppenhauses und Herrichtung einer<br>massiven Decke in dem Raum der jetzigen Kaldaunenwäsche                  | 6 000 M  |
| 5. Einbruch neuer und Zumauern vorhandener Türöffnungen<br>in der jetzigen Kaldaunenwäsche, Beschaffung neuer Türen<br>usw. . . . . | 5 000 M  |
| 6. Herrichtung von zwei größeren elektrisch betriebenen Auf-<br>zügen . . . . .   | 12 000 M |

Die Aufzüge sind nötig. Während bis jetzt die Kaldaunen und Wampen mit kleinen Wagen aus dem Schlachthause abgefahren werden konnten und in Räume zu ebener Erde gebracht wurden, müssen sie demnächst in das erste Stockwerk ge-

bracht werden. Zwei Auszüge müssen es sein, damit die Arbeit kontinuierlich betrieben werden kann.

7. Beschaffung neuer Arbeitstische und Spültröge, einschließ-  
lich Wasserzu- und -ableitung . . . . . 5 000 //
8. Insgemein und für alle unvorhergesehenen Arbeiten . . . 3 800 //

Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und gibt Ihnen Genehmigung anheim, da hiermit ein dauernd guter Zustand geschaffen wird und die Schlachthauskasse bei ihren jetzigen guten Einnahmen auch sehr wohl in der Lage ist, zahlen zu können. Auch für die spätere Zeit ist es wertvoll, eine solche gut eingerichtete Kaldaunempöche zu besitzen. Wenn die Zeit kommen sollte, daß die Talgsmelze vergrößert werden muß, soll dieser Raum hier mit zur Talgsmelze verwertet werden.

Im Namen der Baukommission empfehle ich Ihnen die Vorlage zur Annahme.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

### 11. Rückgabe und Auflassung der Klärteiche im Kennel.

Stadtv. Dr. **Rahlert**: Der Stadtmagistrat hat an die Stadtverordneten folgendes Schreiben gerichtet:

„Durch notariellen Vertrag vom 28. Juli 1883 hat die Stadt von dem verstorbenen Herzog Wilhelm diejenige 4 ha 9a 40 qm große Teilfläche des Kennels für 12 282 // erworben, die zur Anlegung der Klärteiche verwandt ist. Im § 4 des Vertrages ist vorgeschrieben, daß die fragliche Fläche gegen Erstattung des Kaufpreises zurückzugeben sei, wenn eine spätere Veränderung der städtischen Wasserleitung „die Aufhebung des Bassins zur Folge haben sollte“. Da nach Einrichtung des Grundwasserwerks die Benutzung der Klärteiche aufgehört hat, so ist die obige Voraussetzung des § 4 des Kaufvertrages jetzt eingetreten. Dem uns unterbreiteten Antrage Seiner Königlich Hoheit des Herzogs Ernst August, des jetzigen Eigentümers des Kennel, die fragliche Fläche gegen Erstattung des Kaufpreises zurückzugeben, muß daher unseres Erachtens entsprochen werden.

Wenngleich es sich im vorliegenden Falle nicht um eine freiwillige Veräußerung eines Grundstücks handelt, mithin die Rückgabe der Fläche von der Zustimmung der Stadtverordneten nach § 45 Nr. 8 der Städteordnung nicht abhängig sein dürfte, so legen wir doch Wert darauf, bei Entscheidung der Frage, ob die Voraussetzung des § 4 zutrifft, im Einvernehmen mit den Herren Stadtverordneten zu handeln. Dabei bemerken wir noch, daß zur dauernden Sicherung der vom Müllinger Wasserwerk nach dem alten Wasserwerk im Bürgerpark führenden Rohrleitung nunmehr auch auf die Fläche des Kennel, die jetzt zurückgegeben werden

soll, eine gleiche Servitut eingetragen ist, wie bereits im Jahre 1884 auf den nördlichen Teil und bei Errichtung des Künninger Wasserwerks infolge Entgegenkommens Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg, auch auf den südlichen Teil des Kennelgrundstücks eingetragen ist. Das fragliche Rohr ist nämlich auch in dem die beiden Klärteiche trennenden Damme verlegt und, wenn dieser mit den Teichen selbst zurückgegeben wird, so würde ohne dingliche Belastung der fraglichen Teilfläche die Rohr- und Kabelanlage auf dieser Teilstrecke nicht gesichert sein. Die Stadt ist Seiner Königlichen Hoheit Ernst August zu Dank verpflichtet, daß er diese weitere Belastung seines Privatbesitzes auf unser Ersuchen ohne weiteres zugesichert hat, und die Eintragung kann daher erfolgen, sobald die Stadtverordneten nach § 45 Nr. 8 der Städteordnung der Erwerbung dieser Rechte zugestimmt haben.

Auf die Abschließung eines förmlichen Vertrages haben wir im Einvernehmen mit dem Chef der obersten Verwaltung des Herzogs um so mehr verzichten zu können geglaubt, als es sich bei der Rückgabe der Klärteiche um die Erfüllung des früheren Vertrages handelt.

In bezug auf die erwachsenden Kosten ist mit der obersten Verwaltung des Herzogs folgendes vereinbart:

„Soviel die aus Anlaß des beabsichtigten Eigentumswechsels erwachsenden Gerichtsgebühren, Reichs- und Staatsstempelskosten und die städtische Veränderungssteuer betrifft, soll lediglich nach den hierauf bezüglichen gesetzlichen und statutarischen Vorschriften verfahren werden; alle sonstigen Kosten und insbesondere die durch Eintragung der Grunddienstbarkeit erwachsenden Gebühren fallen der Stadt zur Last.“

Bei Lage der Verhältnisse halten wir diese Vereinbarung für sachgemäß.

Hiernach geben wir anheim, gefälligst zustimmen zu wollen, daß

a) die städtischen Klärteiche im Kennel gegen Erstattung von 12 282  $\mathcal{M}$  Seiner Königlichen Hoheit dem Herzoge in Erfüllung des Vertrages vom 28. Juli 1882 aufgegeben werden,

b) auf die zurückzugebende Grundfläche zur Sicherung der in ihr liegenden Rohr- und Kabelleitung zugunsten der Stadt eine gleiche Grunddienstbarkeit eingetragen wird, wie sie auf dem Kennelgrundstücke ruht,

c) die Kostenfrage, wie vorstehend empfohlen, geregelt und

d) die unter 1 erwähnte Summe von 12 282  $\mathcal{M}$  im Einvernehmen mit der Finanzkommission zur außerordentlichen Schuldtilgung verwandt wird.“

Die Angelegenheit hat der Statutenkommission vorgelegen; ich habe die Genehmigung anheimzugeben.

Den Magistratsanträgen gemäß beschließt die Versammlung.

## 12. Anschaffung einer Mehlpackmaschine für die Neustadtmühle.

Stadtv. **Munte:** Es wird vom Magistrat beantragt, eine Mehlpackmaschine für die Neustadtmühle anzuschaffen. Dort sind besonders nach Erweiterung des Betriebes von 15 auf 20 t tägliche Leistungsfähigkeit nicht genügend Arbeiter vorhanden, um das Mehl, das bisher durch Handbetrieb abgepackt wurde, in die Säcke zu füllen. Namentlich trifft das für die Nachtschicht zu, wo die Belegschaft der Neustadtmühle knapper als am Tage ist. Zur Erleichterung der Arbeit empfiehlt der Magistrat die Anschaffung einer Maschine, die bei der Firma Amme, Giesecke und Koenigen zufälligerweise in für unseren Betrieb passender Größe vorrätig ist, so daß sofortige Anlieferung erfolgen kann. Die Kosten für Anschaffung und Montage betragen 1290 M.

Die Deputation der Gas- und Wasserwerke, der auch die Verwaltung der Neustadtmühle mit untersteht, hat sich mit der Sache befaßt und ist der Ansicht, daß die Maschine beschafft werden muß. Auch die Finanzkommission hat mich beauftragt, Sie zu bitten, diesen Posten zu bewilligen. Der Betrag für Anschaffung der Maschine soll aus den laufenden Betriebsmitteln der Neustadtmühle genommen werden.

Der Anschaffung der Mehlpackmaschine wird zugestimmt.

## 13. Erlass eines Statuts über den 7-Uhr-Ladenschluß.

Stadtv. **Wesemeier:** Die Vorlage ist eine Folge des Antrages des Kollegen Ohlendorf. Infolge dieses Antrages beschloß die Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung vom 2. November, den Magistrat zu ersuchen, ein Statut zwecks Einführung eines früheren Ladenschlusses im Handelsgewerbe auszuarbeiten und vorzulegen. Der Entwurf des Statuts ist Ihnen allen zugegangen. Zur Begründung wird dort ausgeführt, daß der Krieg uns besondere Sparjamkeit im Kohlen- und infolgedessen im Lichtverbrauch zur Pflicht mache, und daß der Umstand, daß die Vorräte an Waren in den meisten Geschäften auch infolge des Krieges beschränkt sind, schon viele Geschäftsinhaber veranlaßt habe, ihre Geschäfte freiwillig um 7 Uhr zu schließen. Um eine Einheitlichkeit zu erreichen, sei nun eine statutarische Anordnung wünschenswert. Wir haben uns ja schon in unserer vorigen Sitzung darüber unterhalten, und ich glaube, wir können gleich zur Beratung der einzelnen Paragraphen übergehen.

Der § 1 soll lauten: „Von 7 Uhr abends bis 5 Uhr morgens müssen die offenen Verkaufsstellen in der Stadt Braunschweig für den Geschäftsverkehr geschlossen sein. Die beim Ladenschluß im Laden schon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden. Über 7 Uhr abends hinaus“ -- das Wort hinaus soll noch



eingeschaltet werden — „dürfen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr nur geöffnet sein

1. Sonntags, jedoch nicht über 8 Uhr hinaus“ — hinaus ist hinzuzufügen —

„2. in unvorhergesehenen Notfällen“ — für ist durch in ersetzt —

„3. an den von Herzoglicher Polizeidirektion gemäß § 139 e Absatz 2 Ziffer 2 der Reichsgewerbeordnung bestimmten Tagen“. Das ist die Bestimmung, durch die die Polizeidirektion befugt ist, an 40 besonderen Tagen im Jahre die Läden länger offen zu lassen.

Die Statutenkommission empfiehlt Zustimmung.

§ 1 wird angenommen.

Stadtv. **Wesemeier** verliest § 2, dem darauf zugestimmt wird — ebenso § 3.

Stadtv. **Wesemeier**: § 4 soll lauten: „Dieses Statut tritt mit seiner Verkündung in Kraft. Drei Monate nach Friedensschluß soll es außer Kraft treten; der Zeitpunkt wird vom Stadtmagistrat in den Braunschweigischen Anzeigen bekanntgegeben.“

Über diesen Paragraphen bestanden Meinungsverschiedenheiten in der Kommission. Ein Teil der Kommission, die Majorität, vertrat den Standpunkt, den Paragraphen so anzunehmen, wie er vorgeschlagen ist mit der Einschaltung „in den Braunschweigischen Anzeigen“, wie ich schon verlesen habe. Die Minorität, der auch ich angehöre, schlug vor, den Paragraphen nur lauten zu lassen: „Dieses Statut tritt mit seiner Verkündung in Kraft“, also keinen Termin für das Außerkrafttreten festzusetzen, weil man nicht wissen könne, ob in den drei Monaten nach Friedensschluß die Verhältnisse so gediehen seien, daß das Statut außer Kraft treten könne. Es wäre dann ja auch immer noch die Möglichkeit geboten, auf einen Antrag hin das Statut außer Kraft zu setzen. Die Majorität erwiderte darauf, daß es auch bei der vorgeschlagenen Fassung möglich sei, die Außerkraftsetzung des Statuts hinauszuschieben. Es sei beabsichtigt, nur für die Kriegszeit ein Statut zu erlassen. Die Minorität wiederum vertrat die Ansicht, daß dieses Statut für dauernde Zeiten zu erlassen sei, da das Handelsgewerbe sich in der Kriegszeit an diesen Zustand gewöhnt haben werde.

Stadtv. **Ohlendorf**: Ich möchte Sie ersuchen, in dem Sinne abzustimmen, wie der Herr Referent für die Minderheit berichtet hat. Ich meine, es ist immer noch Zeit, zu beantragen, das Statut abzuschaffen, wenn es sich herausstellt, daß es überflüssig ist. Es ist aber sehr gut möglich, daß sich aus der Kriegszeit heraus die Verhältnisse in der Friedenszeit so entwickeln, daß auch dann noch das Statut bestehen bleiben kann. Ich wüßte nicht, weshalb wir heute schon Beschluß fassen sollten, daß unbedingt drei Monate nach Schluß der Kriegszeit das Statut nicht

mehr gelten soll. Ich bitte Sie also, den Schluß zu streichen und den Paragraphen nur lauten zu lassen: „Dieses Statut tritt mit seiner Verkündung in Kraft.“

**Amtsrichter Meyer:** Ich muß die Herren bitten, doch den § 4 dieses Statuts so anzunehmen, wie er in der Vorlage lautet. Ich habe eingehende Verhandlungen mit den Vertretern des Handelsstandes gehabt, und die haben sich sämtlich auf den Standpunkt gestellt, daß sie den 7-Uhr-Ladenichluß haben wollen nur für die Kriegszeit. Man muß anerkennen, daß sich heute noch nicht übersehen läßt, wie sich die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden; es handelt sich bei Erlaß dieses Statuts um eine außergewöhnliche Maßnahme für die ganze Handelswelt, und deshalb muß man vorsichtig sein und den Vorschriften nur Gültigkeit verleihen für die Zeit, deren Verhältnisse zu übersehen sind, und das ist augenblicklich die Kriegszeit. Nun ist es nicht gut möglich, eine derartige Vorschrift gerade für die Dauer des Krieges zu erlassen, es muß naturgemäß mit einer gewissen Übergangszeit gerechnet werden. Der Magistrat hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß eine Übergangszeit von drei Monaten angemessen ist. Der Friedensschluß wird vielleicht nicht mit allen Staaten am gleichen Tage erfolgen, und aus dem Grunde erscheint es notwendig, daß der Zeitpunkt des Außerkrafttretens vom Magistrat bekanntgemacht wird. Wenn Sie den zweiten Satz streichen und lassen nur den ersten stehen, in dem es heißt: „Dieses Statut tritt mit seiner Verkündung in Kraft“, so ist damit das Statut auch für die Zeit nach dem Kriege geschaffen, und es bedürfte eines übereinstimmenden Beschlusses der städtischen Behörden, um das Statut wieder außer Kraft zu setzen. Wir wissen nicht, ob wir eine Übereinstimmung der städtischen Behörden in diesem Punkte erreichen werden, und wir fürchten, wenn dies nicht geschieht, die Unzufriedenheit des Handelsstandes zu haben, weil wir die Sache nicht in seinem Sinne beschränkt haben. Ich bitte Sie also, nehmen Sie den § 4 so an, wie er vom Magistrat vorgeschlagen ist.

**Stadtv. Niese:** Nach meiner Ansicht geht das Statut nicht weit genug. In dem Aufschreiben des Magistrats heißt es ausdrücklich: „Die geehrten Herren haben uns am 2. November d. J. ersucht, ein Statut zwecks Einführung eines früheren Ladenichlusses im Handelsgewerbe auszuarbeiten.“ Unter Angehörige des Handelsgewerbes verstehe ich auch die Unmasse von jungen Leuten und jungen Mädchen, die in den Kontoren sitzen. Es ist notwendig, auch diese durch das Statut mit zu entlasten; auch diese Büreaus könnten um 7 Uhr geschlossen werden. Die Zahl derjenigen, die im Geschäft hinter dem Tresen tätig sind, ist nach oberflächlicher Schätzung wohl die Minderzahl, die Mehrzahl dieser jungen Männer und Mädchen arbeiten in den Kontoren, und ihnen kommt diese Wohltat nicht zugute. Sie müssen ihre Zeit abfigen oder stehen, trotzdem in diesen Geschäften ebenso

wenig zu tun ist wie in den Ladengeschäften. Ich möchte die Anfrage an den Magistrat richten, ob auch die eben von mir Genannten unter das Statut fallen. Hier ist immer nur die Rede vom Schluß der Verkaufsstellen und Läden.

**Amtsrichter Meyer:** Nach der Begründung, die der Herr Antragsteller seinem Antrage gegeben hat, handelt es sich nur um Schließung der offenen Läden. Es war darauf hingewiesen, daß schon ein Teil der hiesigen Geschäftsleute den 7-Uhr-Ladenschluß — so lautete der Ausdruck auch in dem Antrage — aus freien Stücken eingeführt habe, daß es aber wünschenswert sei, diesen 7-Uhr-Ladenschluß oder einen früheren ganz allgemein einzuführen. Es ist offenbar, daß der Herr Antragsteller und damit die Herren Stadtverordneten eine Vorschrift haben wollten, die sich an den § 139 e der Reichsgewerbeordnung anlehnt, in der es heißt, daß die „offenen Verkaufsstellen für den öffentlichen Verkehr geschlossen“ sein müssen. Darunter kann man selbstverständlich nicht die Kontore verstehen und in größeren Fabriken nicht die Räume, die mit kaufmännischem Personal besetzt sind und in denen die Handelsgeschäfte abgeschlossen werden; es handelt sich tatsächlich nur um Verkaufsstellen, in denen gegen Bezahlung oder Kreditgewährung die Ware verabsolgt wird. Ich muß Herrn Kiefe also erwidern, daß die Geschäftsstellen, die er im Sinne hat, nicht unter dieses Statut fallen werden.

**Stadtv. Dr. Kahler:** Zu der Anregung des Herrn Kiefe möchte ich mitteilen, daß im Großhandel, in den Kontoren und Fabriken — z. B. in den großen Mühlenbauanstalten, wo junge Mädchen als Maschinenschreiberinnen tätig sind, wo Zeichner in den Bureaus arbeiten — man sich dahin ausgesprochen hat, daß man einem frühen Schluß der Geschäftsräume sehr sympathisch gegenüberstehe, so daß es keinem Zweifel unterliegt, daß diese Institute dem neuen Statut freiwillig Folge leisten werden. Der offizielle Großhandel hier hat sich bereits seit Ausbruch des Krieges entschlossen, die Geschäftsräume und Kontore um 7 Uhr abends zu schließen. Dieser Beschluß ist in letzter Zeit wohl auch strikte durchgeführt worden.

Auch ich habe in der Statutenkommission den § 4, wie er seitens des Stadtmagistrats eingebracht ist, bekämpft. Es wäre meiner Ansicht nach wünschenswert, wenn wir den § 4 in der einfachen Form „dieses Statut tritt mit seiner Verkündung in Kraft“ beschließen würden. Ich habe meine Ansicht damit begründet, daß der Krieg einen solch großen erzieherischen Einfluß ausgeübt hat, daß sowohl Verkäufer wie Käufer sich daran gewöhnen konnten und, wie ich wohl feststellen kann, auch gewöhnt haben, daß die Einkäufe bis 7 Uhr abends erledigt sind. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß der Übergang in die Verhältnisse nach dem Kriege sehr schwer sein werde und es sehr langer Zeit bedürfen werde, bis man wieder auf einen geregelten Handel rechnen kann. Ich glaube auch, daß wir auch für die Friedenszeit ein derartiges Statut mit Ruhe schaffen können.

Herr Amtsrichter Meyer sagte, er habe sich mit Handelsangehörigen in Verbindung gesetzt und gehört, daß ihre Ansicht dazu neigte, für die Zeit nach dem Kriege die Verkaufsstellen bis später als 7 Uhr offen zu halten. Ich habe gleichfalls darnach gefragt und von Herren, die an dieser Besprechung teilgenommen haben, gehört, daß der Handel sich speziell auf den Standpunkt gestellt hat, den 7-Uhr-Ladenjchluß festgelegt zu sehen, daß es lediglich das Fleischer- und Bäckerergewerbe gewesen seien, denen eine längere Offenhaltung der Geschäfte gelegen sein konnte. Für diese Gewerbe könnte allerdings das Statut in der Friedenszeit etwas Unbequemlichkeiten bieten, aber in der Beziehung möchte ich Sie wiederum darauf verweisen, daß der Krieg uns gelehrt hat, uns einzurichten und das durchzuführen, was in der Kriegszeit notwendig ist. Wir müssen uns deshalb, wenn sich diese Einrichtung als gut bewährt hat, bemühen, sie auch in die Friedenszeit mit hinüberzunehmen.

So kann ich mich nur dem anschließen, was Herr Wesemeier von der Minderheit gesagt hat, nämlich den § 4 des Statuts in der kürzeren Form anzunehmen. Die Gründe, die der Magistrat dagegen geltend gemacht hat, gründen lediglich in dem einen Punkte: daß es zweifelhaft erscheinen möchte, ob das Statut in Friedenszeiten mit einer Majorität der Stadtverordnetenversammlung wieder außer Kraft gesetzt werden könnte. Ich glaube aber doch, daß wir auch dann alle ebenso urteilskräftig sein werden, um feststellen zu können, ob es wünschenswert ist, das Statut wieder außer Kraft zu setzen, und dann wird es auch keine Schwierigkeit haben, einen dahingehenden Beschluß durchzusetzen. Ich bin der Meinung, daß wir der Allgemeinheit einen Dienst leisten, wenn wir dieses Statut auch für die Friedenszeit feststellen.

**Stadtv. Tebbenjohanns:** Ich kann die Ausführungen des Herrn Dr. Kahlert in einem Punkte nicht unwidersprochen lassen. Herr Dr. Kahlert hat ausgeführt, daß sich die Inhaber der großen Handelsbetriebe gern diesen Bestimmungen des 7-Uhr-Ladenjchlusses anschließen würden. Allerdings würden sie dies zweifellos tun, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Es ist aber zweierlei auseinanderzuhalten. Der jetzige Wunsch nach früherem Geschäftsjchluß ist geboren aus dem Gedanken, die Angestellten zu entlassen, weil man für sie für die späteren Abendstunden nicht recht etwas zu tun hat, da keine Ware da ist. Die Geschäftsleute sagen mit Recht: Auch wenn wir die Läden länger offen halten, so finden wir doch für die letzten Stunden des Tages keine genügende Entschädigung in der während dieser Zeit verkauften Warenmenge. Ganz anders liegen die Verhältnisse in den Kontoren. Wenn wir in die großen Kontorbetriebe blicken, so sehen wir, daß das Personal durch die starken Einziehungen zum Militärdienst so außerordentlich beschränkt ist, daß wir ganz außerstande sind, einen 7-Uhr-Kontorjchluß einzuführen,

so gern wir das auch möchten. Wir würden uns mit Händen und Füßen sträuben müssen, einem solchen Beschlusse zuzustimmen, weil wir durch einen früheren Kontorschluß in die allergrößten Schwierigkeiten kämen. So allgemein also, wie Herr Dr. Kahlert seine Ausführungen gehalten hat, werden sie keine Zustimmung finden können, ganz bestimmt nicht von den Großkontoren und den Banken.

**Stadtv. Meyerhoff:** Herr Dr. Kahlert jagte, der Krieg habe uns vieles gelehrt und habe auch dieses Statut geboren. Das ist wohl richtig, aber warum wollen wir nicht erst die Zustände nach dem Kriege abwarten und uns dann über die Zukunft entscheiden? Warum wollen wir dann, wenn der Friede eingetreten ist, nicht noch einmal die Stimmung der beteiligten Kreise hören? Sollen wir, da uns gewissermaßen die Macht dazu in die Hand gegeben ist, jetzt schon bestimmen, was nach dem Friedensschluß geschehen soll? Das würde ich denn doch für verfrüht halten; richtig ist es so, wie es der Magistrat vorgeschlagen hat. Wenn der Antrag auf einen frühen Ladenschluß wiederkommt, dann können wir das Statut ja immer noch verlängern. Aber jetzt einen Druck auszuüben auf eine Zeit, die wir noch nicht kennen, halte ich für verfehlt.

**Stadtv. Genzen:** Auch ich möchte bitten, den Antrag so anzunehmen, wie ihn Herr Wesemeier seitens der Minorität der Kommission und Herr Dr. Kahlert befürwortet haben. Denken Sie nicht, daß wir drei Monate nach dem Friedensschlusse alles in Hülle und Fülle haben werden; im ganzen werden die Verhältnisse auch dann noch dieselben sein wie heute, und die Waren werden noch ebenso knapp sein, wie es leider gegenwärtig der Fall ist. Jahre werden darüber hingehen, bis wir wieder normale Zustände haben.

Herr Amtsrichter Meyer jagte, daß der 7-Uhr-Ladenschluß von einigen Arbeitgebern bekämpft wurde. In der Hinsicht erinnere ich Sie daran, wie die Sonntagsruhe von einem Teile der Arbeitgeber bekämpft wurde, und mit welchen Motiven sie das begründeten. Sie sagten: Wo sollen die jungen Leute hin? Sie werden nur in Müßiggang verfallen und uns am Ende gar die Ladenkasse bestehlen, damit sie am Sonntage ihren Vergnügungen nachgehen können. Heute wird keiner den alten Zustand wieder herbeiwünschen, und so wird es später auch mit dem 7-Uhr-Ladenschluß sein. Ich bitte also, nicht zu beschließen, daß der 7-Uhr-Ladenschluß drei Monate nach Friedensschluß wieder aufgehoben wird, sondern ihn auch nach Beendigung des Krieges bestehen zu lassen.

**Amtsrichter Meyer:** Ich muß noch einmal darum bitten, die Bestimmungen des § 4 so anzunehmen, wie sie vom Magistrat vorgeschlagen sind. Ich kann nicht anerkennen, daß die Stimmung unter denjenigen Herren aus dem Handelsstande,

mit denen ich gesprochen habe, so gewesen ist, daß man — abgesehen von Bäckern und Schlachtern — allgemein für Ausdehnung des 7-Uhr-Ladenschlusses auch nach Beendigung des Krieges gewesen ist. Daß die Stimmung so gewesen ist, geht aus meinen Notizen hervor: Wir wissen nicht, wie es nach dem Kriege sein wird, deshalb wollen wir das Statut nur für die Kriegszeit beschloffen sehen.

Unser Statut macht auch keinen Unterschied zwischen Lebensmittelgeschäften und anderen Geschäften. Die Lebensmittelgeschäfte wollen den 7-Uhr-Ladenschluß ganz bestimmt nur für die Kriegszeit haben, und wir würden nicht im Interesse dieser Geschäftsleute handeln, wenn wir uns dahin festlegten, daß sie gezwungen sein sollen, auch nach dem Friedensschlusse ihre Geschäfte schon um 7 Uhr zuzumachen. Da die späteren Verhältnisse heute noch nicht zu übersehen sind, und da es sich nur um eine wirtschaftliche Maßnahme handelt, die durch den Krieg bedingt ist, so bitte ich, nicht darüber hinauszugehen.

Stadtv. **Busch:** Vielleicht wird der § 4 den Gegnern des letzten Satzes schmachhafter, wenn nach dem ersten Satze gesagt würde: „Frühestens drei Monate nach Friedensschluß soll es außer Kraft treten; der Zeitpunkt wird vom Stadtmagistrat in den Braunschweigischen Anzeigen bekanntgegeben.“

Amtsrichter **Meyer:** Ich muß Herrn Busch folgendes entgegenen: Es würde mit einer solchen Fassung dem Magistrat eine Befugnis gegeben sein, seinerzeit den Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Statuts beliebig zu bestimmen. Eine solche Ermächtigung würde uns niemals vom Herzoglichen Staatsministerium zugestanden werden.

Stadtv. **Frede:** Ich muß mich für den Standpunkt des Magistrats erklären. Was die Äußerung des Herrn Dr. Kahlert anbelangt, daß auch die Kontorbeamten in den früheren Geschäftsschluß einbezogen werden sollten, so möchte ich dazu folgendes sagen: Ich gönne allen, daß sie um 7 Uhr mit ihrer geschäftlichen Tätigkeit fertig sind. Dann haben sie bis 8 Uhr das Abendbrot eingenommen und können die übrige Abendzeit für sich verwenden. Herr Dr. Kahlert läßt aber die Geschäfte außer acht, die nicht solch regelmäßigen Betrieb haben, wie der seinige ist. Da müssen die laufenden Geschäfte bewältigt werden und zeitweilig noch besondere. Wenn in der Bank Ultimo gekommen ist, dann müssen die Abchlüsse gemacht werden, und das läßt sich in der verkürzten Zeit nicht machen; es müßte denn sein, daß — wie es in der Kriegszeit notgedrungen geschieht — diese Art Geschäfte auch im Frieden nachmittags für das Publikum geschlossen sind. Das läßt sich doch aber nicht für die Ewigkeit so machen. Es geht also nicht, daß die verkürzte Geschäftszeit auf alle Geschäfte ausgedehnt wird.

**Vorsitzender:** Die Debatte hat sich auch ausgedehnt auf einen Punkt, der nicht zur Besprechung steht, nämlich auf die Anregung, die Herr Riefe gegeben hat. Ich möchte Herrn Riefe fragen, wollen Sie Ihre Worte aufgefaßt sehen als eine von Ihnen gegebene Anregung zu § 1? (Wird bejaht.) Dann hätten Sie den Antrag zu stellen, daß die Beratung über § 1 noch einmal zu eröffnen ist, und wir müssen event. unseren Beschluß von vorn nachträglich wieder aufheben. Ich frage die Versammlung, ob sie damit einverstanden ist. (Allseitiger Widerspruch.) Dann bitte ich die Herren Redner, sich bei ihren Ausführungen an den Inhalt des § 4 zu halten.

Stadtv. **Selle:** Ich möchte bitten, den Antrag auf eine Ausdehnung des frühen Geschäftschlusses auf weitere Geschäfte abzulehnen. Es ist doch nur eine beschränkte Anzahl von Geschäften, die die Herren im Auge haben, denn die Mehrzahl der Geschäfte wird sowieso dem durch das Statut gegebenen Beispiel folgen. Aber nicht nur die Bankgeschäfte, auch andere Geschäfte, insbesondere Engrosgeschäfte, müssen unbedingt die ausgedehnteren Geschäftsstunden beibehalten, mag es nun in der Saison sein oder auch sonst, das ist gleich. Jedenfalls liegt die Notwendigkeit vor, diese Geschäfte über 7 Uhr hinaus offen zu halten. Während der Kriegszeit muß es jetzt ja anders gehalten werden, aber für später muß die Freiheit bestehen bleiben.

Stadtv. **Buch** zieht auf Anfrage des Vorsitzenden seinen Antrag zurück.

Für den Antrag Ohlendorf meldet sich bei der Abstimmung nur die Minderheit. Darauf wird in besonderer Abstimmung der § 4 in der Form der Magistratsvorlage mit der von dem Kommissionsreferenten erwähnten Einfügung angenommen und schließlich in einer Gesamtabstimmung dem ganzen Statut zugestimmt.

## 14. Anfrage Riefe über Erhöhung der jetzigen Brotration.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 450.

Stadtv. **Riefe** (zur Begründung): Ich glaube, die meisten von Ihnen, meine Herren, werden die Erfahrung gemacht haben, daß seinerzeit, als die Zusatzbrotarten beschränkt wurden, dies ungeheure Erbitterung unter den Arbeitern hervorgerufen hat, zumal auch die Kartoffelversorgung gekürzt ist und in Aussicht gestellt ist, daß sie noch weiter gekürzt wird. Mit der Einwendung, Braunschweig habe in der Zeit zu viel Mehl verbraucht, darf man sich nicht kommen lassen. Die Sache liegt doch so: Der Begriff Schwerarbeiter ist unbestimmt; niemand weiß, wo er anfängt und wo er aufhört. Wenn ein junges Mädchen in einer Blechwarenfabrik eine ganze Zusatzmarke bekommt, während, wie ich beobachtet habe, diejenigen, die

zentner schwere Säcke zu tragen haben oder die mit Kasten beladen sind, die 100 Pfund wiegen, keine bekommen, so kann ich das nicht einsehen. Wenn das letztere keine Schwerarbeiter sein sollen, so verstehe ich das nicht.

Bei der Knappheit aller Nahrungsmittel wäre es am Plage, wenn die Brot-ration im allgemeinen erhöht würde oder wenigstens diese Zusatzkarten-Beschränkung wieder aufgehoben würde und die Ausgabe von Zusatzkarten noch auf weitere Kreise ausgedehnt würde, indem nicht der beschränkte Begriff beibehalten würde. Wer so viel auf die Straße kommt, wie unsereiner, wird alle Augenblicke wegen dieser Sache angehalten, und das mit Recht. Man kann es den Leuten ja vom Gesichte ablesen, daß es bei ihnen nicht auslangt mit der Brotration. Wenn uns durch die Zeitungen und Extrablätter verkündet ist, daß so viel Weizen in Rumänien gemacht ist, dann ist doch der Gedanke berechtigt, daß das für die hiesige Bevölkerung auch mit nutzbar gemacht werden könnte.

Ich bezwecke mit meiner Anfrage, zu erfahren, ob der Magistrat in der Lage ist, diesem Übelstande der zu geringen Brotration abzuhelpen. Wenn für diejenigen, die für den Krieg arbeiten, gesorgt wird — was ja kein vernünftiger Mensch bemängeln wird —, dann muß es auch für die übrigen geschehen. Dieser Zustand, wie er jetzt besteht, kann auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden, sonst verhungern wir tatsächlich. Ich möchte also den Magistrat ersuchen, sich darüber zu äußern, ob er in nächster, in allernächster Zeit in der Lage ist, dafür zu sorgen, daß die Brotration im allgemeinen erhöht wird oder wenigstens die Beschränkung der Zusatzkarten aufhört und die Zusatzkarten in weiterem Maße verteilt werden können. Ich will damit nicht lediglich bezwecken, das Volk bei guter Laune zu erhalten, sondern auch bei fortdauernder Gesundheit, denn bei dieser Unterernährung verkommt das Volk.

Daß die Zusatzbrotkarten gekürzt sind mit der Begründung, daß für die Kinder vom 6.—8. Lebensjahre gesorgt wird, haben wir ja zugebilligt, weil jeder von uns einmal Junge gewesen ist und weiß, daß ein Kind mehr Brot gebraucht als ein alter Mensch. Solche Maßnahmen dürfen aber nicht dahin führen, daß die Arbeiter in ihrer Ernährung beschränkt werden. Wer mittags nicht nach Hause gehen und zu Mittag essen kann, der kommt mit der heutigen Brotration nicht aus. Ich bin vielleicht der älteste hier in der Versammlung, aber ich kann gestehen, daß auch ich nicht damit auskommen kann. Dabei können Sie einem nicht entgegenhalten, daß man vielleicht gar ein Fresser ist, der mehr zu essen gewöhnt ist als andere. Ich bin gewöhnt, ebenso rationell und mäßig zu leben wie andere Menschen, aber trotzdem ist die Brotration auch für mich zu gering.

Ich bitte also den Magistrat, über diesen Punkt Auskunft zu geben, und hoffe, daß Sie eine ganz bedeutende Erbitterung unter der Bevölkerung damit aufzuheben in der Lage sind.



**Stadtrat von Franckenberg:** Der allgemeine Brotranteil ist von der Reichsgetreidestelle festgesetzt, so daß der Magistrat nicht in der Lage ist, für die Stadt Braunschweig eine größere Mehlmenge zur Verfügung zu haben, als uns darnach zukommt. Es ist aber im Laufe der Monate eine Einrichtung nach der anderen getroffen, um zu erreichen, diese Mehlmenge, die allerdings reichlich knapp bemessen ist, je nach Bedarf zu ergänzen. Wir sind dazu übergegangen, für die Kranken, Wöchnerinnen, für die hoffenden Mütter, für kleine Kinder besondere Brotranteile auszugeben, haben ferner durch die Reichsgetreidestelle seit Oktober d. Js. eine erhöhte Mehlguteilung für junge Leute zwischen 12 und 17 Jahren bekommen, so daß wir ihnen jede zweite Woche eine halbe Zuschlagskarte geben konnten. Es ist dann beim Herzoglichen Ministerium vor Wochen der Antrag gestellt, für die Kinder vom 6.—8. Lebensjahre eine volle Brotkarte einführen zu dürfen, und nach dem, was ich unter der Hand gehört habe, werden wir in den nächsten Tagen auf Genehmigung dieser Maßregel rechnen dürfen, deren Durchführung bei der nächsten Brotkartenverteilung erfolgen wird, so daß am 18. Dezember d. Js. diese neue Vergünstigung für ungefähr 5000 Kinder zwischen 6 und 8 Jahren in Kraft treten wird.

Weiter sind für die Schwerarbeiter eine ganze Reihe Zugeständnisse auch von Reichs wegen gemacht. Man hat eine besondere Gruppe herausgeholt, die Schwerstarbeiter, die in der Eisenindustrie am offenen Feuer oder durch Nachschichten in besonderer Weise in Anspruch genommen werden, und hat für sie besondere Zulagen zugestanden, auch ist der Rahmen für die Abgrenzung dieser Personen in den letzten Monaten erweitert, so daß ihre Zahl, die bisher 1000 betrug, jetzt auf über 2000 angewachsen ist. Man hat ferner einen mit großer Freude begrüßten Schritt von seiten des Ministeriums angeregt, der von Reichs wegen gebilligt ist, und hat beschlossen, einen besonderen Ausschuß für Festsetzung der Schwerst- und Schwerarbeiterzulagen einzusetzen, für den man in den Persönlichkeiten des Herrn Gewerbeinspektors Ahrendt, eines Vertreters der Arbeitgeber, des Herrn Direktor Müller-Schöll, und des Geschäftsführers vom Metallarbeiterverbande, des Herrn Schmerbach, sehr geeignete Personen gefunden hat, die seit Wochen eifrig bemüht sind, je nach den Verhältnissen die Feststellung der Schwerstararbeitenden vorzunehmen. Ich bin in fortgesetzten Verhandlungen mit diesem Ausschusse bestrebt, einheitliche Grundsätze für die Ermittlung aufzustellen und dadurch die Zusatzkarten zweckmäßig zu verteilen.

Mehr als uns zusteht, können wir selbstverständlich nicht verteilen, und daß uns nach Abrechnung der Berücksichtigung von 5000 Kindern mit vollen Brotkarten, was einer Menge von 35 Doppelzentnern wöchentlich entspricht, nicht mehr so viel wie früher zur Verfügung steht, erlaubte ich mir in der vorigen Sitzung bei Beantwortung der Anfrage des Herrn Wesemeier schon auszuführen. Immer-

hin werden wir in der Lage sein, ungefähr 33 000 halbe Zuschlagkarten abzugeben, ungerechnet die für die Schwerstarbeiter. Wir geben jetzt 32 500 aus, sind aber damit auch ziemlich an der äußersten Grenze angelangt. Es scheint ja, daß wir noch den einen oder den anderen berücksichtigen können, aber nur, indem wir anderen ihren Zuschlag ganz oder zum Teil nehmen. Das wird sich in manchen Fällen wohl machen lassen, weil hier und da jemand mit doppelten oder einfachen Zuschlagkarten bedacht ist, der streng genommen nicht unter die Gruppe der Schwerarbeiter gehört. Sollte mit Rücksicht auf die Knappheit der anderen Nahrungsmittel von der Reichsgetreidestelle durch das Landesernährungsamt die Ermächtigung uns zuteil werden, eine Erhöhung in der Mehl- und Brotzuteilung vorzunehmen, wie es im vergangenen Sommer der Fall gewesen ist, so werden wir selbstverständlich gern auch von dieser Befugnis Gebrauch machen.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich möchte Herrn Riese bitten, einen Antrag zu formulieren, und diesen einer besonderen Kommission zu überweisen.

Der **Vorsitzende** schließt die Besprechung.

## 15. Anfrage Genzen, betreffend Maßnahmen gegen Einbruchsdiebstahl in Schrebergärten.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 451.

**Stadtv. Genzen** (zur Begründung): Wenn man heute die Tageszeitungen zur Hand nimmt, kann man täglich lesen, daß in die Schrebergärten eingebrochen ist und Hühner oder Kaninchen gestohlen sind. Der Magistrat hat aber doch auch hier die Verpflichtung, das Eigentum der Bürger zu schützen. Es wird immer gesagt, man solle dafür sorgen, daß die Kleintierzucht gefördert werde, aber manchem wird die Lust dazu verleidet, wenn das, was er mit saurer Mühe geschaffen hat, der Gefahr eines Diebstahls ausgesetzt ist. Die Diebe haben in den Schrebergärten zumeist eine sehr leichte Arbeit; z. B. an dem Rünninger Wege, Rautheimer Wege, an der Uferstraße, am Mittelwege, im Eichtal usw. können sie tatsächlich nachts ungestört ihr schlimmes Handwerk treiben, denn obgleich die Schrebergärten nahe der Grenze der Stadt Braunschweig liegen, sozusagen innerhalb der Stadt, geht dort kein Nachtwächter. Hier hätte der Magistrat mit leichter Mühe Sorge tragen können, daß ein paar Nachtwächtergänge mehr eingerichtet werden und dadurch mancher Diebstahl verhindert wird. Es liegt ja im Interesse der Volksernährung, daß die Schrebergärten und die dort getriebene Kleintierzucht geschützt werden, und es darf nicht vorkommen, daß wegen ungenügenden nächtlichen Schutzes die Kriegerfrauen, die sich Hühner angeschafft haben, um davon Eier zu ziehen, oder Kaninchen hingeseht, um sie demnächst

schlachten zu können, ihr Eigentum verlieren. Der Magistrat hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß diesen armen Frauen mehr Schutz für ihr Eigentum gewährt wird.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich bin doch zweifelhaft, ob es Aufgabe des Magistrats ist, in so weitgehendem Umfange für den Schutz des Eigentums in den Schrebergärten zu sorgen, die die Grenze der Stadt zu überschreiten scheinen. Wir haben allerdings die Verpflichtung, das Nachtwachwesen und dessen Kosten auf uns zu nehmen, während im übrigen bekanntlich die Herzogliche Polizeidirektion für die Wahrung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zuständig ist. Es würde deshalb in erster Reihe zu empfehlen sein, daß Herr Wenzel seine Wünsche an die Polizeidirektion richtet. Ich glaube nicht, daß es große Schwierigkeiten machen wird, für den *e n g e r e n* Wohnbezirk der Stadt Braunschweig die nötige Sicherheit zu erreichen, möchte aber doch bezweifeln, daß es möglich sein wird, so viele Wächter zu finden, daß man wirklich sagen könnte: Jetzt ist die Gewähr dafür gewonnen, daß im ganzen Stadtbezirk bis in die entlegensten Schrebergärten hin kein Einbruch mehr stattfinden kann. Jeder Wächter kostet der Stadt etwa 12—1300 *M.* Nun will ich zwar nicht sprechen von den Unkosten, die eine Vermehrung des Wächterpersonals mit sich bringt, aber es ist in diesen Zeiten jedenfalls eine Unmöglichkeit, die nötigen Kräfte für eine Erweiterung des Nachtwächterdienstes zu finden. Die Zuständigkeit hierfür liegt aber, wie schon erwähnt, auf Seiten der Herzoglichen Polizeidirektion.

## 16. Anfrage Voetschigt über den Preis des Kleinfleisches.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 451.

**Stadtv. Voetschigt** (zur Begründung): Es wurde von Herrn Diekmann schon angefragt, ob nicht die Preise für das Kleinfleisch erhöht werden sollten. Bei Herstellung des Kleinfleisches ist für die Stadt immer ein großer Verlust entstanden, und wir haben jetzt schon zwei Monate lang dabei zugelegt. Inzwischen ist der Verkauf an Herrn Reinecke übergeben, und ich möchte gern hören, ob für die Folge der Preis heraufgesetzt wird, damit die Stadt nicht unnötig Mittel ausgeben muß.

**Stadtrat Wagner:** Die Preise sind inzwischen erhöht.

## 17. Anfrage Voetschigt über die Behandlung und Verrechnung der Haus- schlachtungen.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 451.

**Stadtv. Voetschigt** (zur Begründung): Im Publikum sind verschiedene Ansichten über die Verrechnung bei den Haus- und Schlachtungen vorhanden. Die Haus-

schlachtungen müssen angemeldet werden, und es soll eine Berechnung aufgestellt werden. Die Unzufriedenheit ist darüber groß, weil jeder glaubt, es wird ihm zu viel abgezogen — ob mit Recht oder nicht, weiß ich nicht —, aber jedenfalls ist im Publikum keine Klarheit darüber, wie die Verordnung vom Kriegsernährungsamte ausgelegt wird. Das Kriegsernährungsamt soll bestimmt haben, das Fleisch soll nicht weggenommen werden, wenn es nicht dem Verderben ausgesetzt ist, daß man auch nicht sämtliche Fleischarten abnehmen soll, damit derjenige, der eine Hauschlachtung vornimmt, auch frisches Fleisch bekommen kann. Ich möchte vom Magistrat hören, wie das hier gehandhabt wird. In Wolfenbüttel soll es anders gehandhabt werden als hier.

Stadtrat **Wagner**: Unsere „Fleischverbrauchsregelung“, die ja allen Haushaltungen schon bei der vorigen Brotkartenausgabe zugestellt ist, sieht darüber folgendes vor:

„Selbstversorger bedürfen zur Hauschlachtung von Schweinen und von Rindvieh, mit Ausnahme von Kälbern bis zu sechs Wochen, der schriftlichen Genehmigung des Stadtmagistrats. Diese wird nur erteilt, wenn der Selbstversorger das Tier in seiner Wirtschaft mindestens sechs Wochen gehalten hat, und wenn nicht durch die Hauschlachtung der Fleischvorrat des Selbstversorgers die ihm zustehende Fleischmenge so erheblich übersteigen würde, daß ein Verderben der Vorräte zu befürchten ist.

Die Genehmigung ist dem Fleischbeschauer vorzulegen.

Bei Einholung der Genehmigung ist

1. nachzuweisen, daß das Tier mindestens sechs Wochen in der Wirtschaft des Selbstversorgers gehalten ist,
2. das ungefähre Lebendgewicht des Tieres anzugeben und
3. die Zahl der Haushaltsangehörigen des Selbstversorgers oder der von ihm zu beköstigenden Personen zu bezeichnen.

Hauschlachtungen von Kälbern bis zu sechs Wochen und von Schafen sind dem Stadtmagistrat nur anzuzeigen. Hauschlachtungen von Hühnern sind in eine von dem Selbstversorger zu führende und dem Stadtmagistrat bis zum fünften jedes Kalendermonats vorzulegende Liste einzutragen.

Das Fleisch aus unerlaubten Hauschlachtungen verfällt der Stadtgemeinde. Ein Entgelt wird dafür nicht bezahlt.

Die Selbstversorger können das aus Hauschlachtungen oder durch Ausübung der Jagd gewonnene Fleisch unter Zugrundelegung der vom Kriegsernährungsamt allgemein festgesetzten Höchstmenge (d. h. bis auf weiteres wöchentlich 250 g Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen) zum Verbrauch im eigenen Haushalt verwenden. Zum Haushalt gehören auch die Wirtschaftsangehörigen ein-

schließlich des Gefindes, sowie ferner Naturalberechtigte, insbesondere Altenteiler und Arbeiter, soweit sie kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Fleisch zu beanspruchen haben.

Erfolgt die Verwendung des Fleisches im Haushalt des Selbstversorgers innerhalb eines Zeitraumes, für den jener bereits Fleischkarten erhalten hat, so hat er eine entsprechende Anzahl Fleischkarten dem Stadtmagistrat zurückzugeben. Erstreckt sich die Fleischverwendung über diesen Zeitraum hinaus, so hat der Selbstversorger außerdem vor der Ausgabe neuer Fleischkarten dem Stadtmagistrat rechtzeitig anzugeben, innerhalb welcher Zeit er die Fleischvorräte verwenden will. Für diese Zeit erhält er nur so viele Fleischkarten, als ihm nach Abzug der Vorräte noch zustehen.

Hierbei werden das Schlachtviehfleisch mit drei Fünfteln des amtlich festgestellten Schlachtgewichts, Wildbret und Hühner nach dem vom Kriegs-ernährungsamte festgestellten Maßstab angerechnet."

Mit voller Billigung des Herzoglichen Staatsministeriums haben wir uns gesagt: Es pflegt sich der Selbstversorger für ein Jahr zu versorgen; um dieselbe Zeit im nächsten Jahr schlachtet er wieder ein Schwein. Infolgedessen wird die Zuteilung der erhöhten Fleischration auf ein Jahr beschränkt. Das wir aber nicht ganz genau ausgerechnet; wenn die Versorgung nicht wesentlich über ein Jahr hinausgeht — ich will einmal sagen um 5 Wochen —, so erhält er auch das überschießende.

„Selbstversorgern, die ihren Bedarf an Schweinefleisch durch Hauschlachtung decken, wird bei dem ersten Schweine, das sie innerhalb eines jeden Jahres, vom 2. Oktober 1916 ab gerechnet, schlachten, das amtlich festgestellte Schlachtgewicht nur zur Hälfte angerechnet.

Auf Antrag werden den Selbstversorgern zur Beschaffung geringerer Mengen frischen Fleisches vom Stadtmagistrat Fleischkarten ausgestellt, jedoch keinesfalls mehr als halbe Karten."

Nach diesen Bestimmungen ist von uns verfahren. Es läuft darauf hinaus, daß bei Schweinechlachtungen das erste Schwein nur zur Hälfte des Schlachtgewichts auf die Fleischkarten angerechnet wird, und das zweite Schwein mit drei Fünfteln, also etwas ungünstiger.

Die allgemeine Fleischration, die  $\frac{1}{2}$  Pfund bei voller Fleischkarte beträgt, wird auf die anrechnungsfähige Hälfte des ersten Schweines und die anrechnungsfähigen drei Fünftel des zweiten Schweines in Anrechnung gebracht. Zu dem Zwecke wird ausgerechnet: „Wie lange muß der Betreffende, wenn er auf alle Fleischkarten verzichten will, mit seiner erhöhten Ration als Selbstversorger auskommen?“ Die Hälfte des ersten und zwei Fünftel des zweiten Schweines bleiben ihm ungeschmälert. Da in der Hauptsache nur ein Schwein geschlachtet wird, so

läuft das darauf hinaus, daß im allgemeinen der Selbstversorger doppelt so viel Fleisch hat wie derjenige, der sich nicht selbst versorgt, also der Selbstversorger hat für die Woche 1 Pfund, während die übrigen nur 250 g erhalten. Werden mehrere Schweine geschlachtet, so sinkt die Summe etwas unter die Hälfte; es ist aber unbedeutend, was das ausmacht.

Die Möglichkeit für den Selbstversorger, der über ein Jahr versorgt wird, das Fleisch an irgend welche verwandte oder bekannte Familien abzugeben, besteht. Der Selbstversorger wird in jedem einzelnen Falle, wenn er seinen Antrag stellt, darauf aufmerksam gemacht. Es werden dann von ihm diejenigen Familien, an welche er den überschuß abgeben will, aufgeführt, die aber auf ihre Fleischkarten sich das ihnen gelieferte Fleisch voll anrechnen lassen und dafür Fleischkarten abliefern müssen. Es werden zwei Listen geführt, 1. eine für Selbstversorger und 2. eine für solche Personen, die aus Hauschlachtungen Fleisch übernommen haben. Dadurch wird verhindert, daß bei Ausgabe von neuen Fleischkarten den Betreffenden zu Unrecht wieder Fleischkarten ausgestellt werden.

Nun liegt die Sache so, daß derjenige, der nur zum Teil sich versorgen will, im übrigen aber vom Kommunalverbande sich durch Fleischkarten versorgen läßt, selbstverständlich das Vorrecht des Selbstversorgers nur insoweit genießt, als er sich durch Abgabe von Fleischkarten das Recht erwirbt, von seinem Geschlachteten zu verbrauchen. Nur für diesen Teil kann er verlangen, daß ihm die doppelte Ration zufällt. Soweit er darauf verzichtet, sich selbst zu versorgen und von dem durch den Kommunalverband ausgegebenen Fleische bezieht, bekommt er nur die allgemeine Ration. Das will besagen: Will eine Haushaltung von 4 Köpfen zwei volle Fleischkarten behalten, um sich frisches Fleisch zu besorgen, so versieht sich dieser Haushalt nur in Höhe von zwei Wochenrationen aus dem Eingeschlachteten. Diese beiden Fleischrationen werden ihm als Selbstversorger mit einem vollen Pfunde Fleisch für die Karte zugewiesen. Für die beiden anderen Karten versorgt er sich nicht selbst, behält seine beiden Fleischkarten und bekommt darauf jedesmal, wie es zur Zeit festgesetzt ist, 250 g; kommen schlechtere Zeiten, so erhält er auf eine solche Karte vielleicht auch nur 200 g oder nur 100 g. In dieser Beziehung steht er sich also nicht besser als andere Einwohner, und das ist recht und billig, denn insoweit er sich nicht selbst versorgt, liegt keine Veranlassung vor, ihn besser zu stellen als andere Einwohner, die ebenso wie er für diese beiden Karten Fleisch zugewiesen bekommen.

Wir haben selbstverständlich nur Rücksicht zu nehmen auf diejenigen Personen, die in der betreffenden Haushaltung zu wohnen und beköstigt zu werden pflegen. Vollständig ausscheiden müssen die zur Familie Gehörigen, die in voller Militärverpflegung stehen. Wir haben aber, soweit es sich um im Felde befindliche Familienangehörige handelt, noch ein übriges getan und — vielleicht

unzulässigerweise — gesagt: Wenn Angehörige nachweislich im Felde sind, so wollen wir dafür ein Geringes besonders zuteilen, damit an diese Angehörigen Diebesgaben geschickt werden können.

Nun hatte schon eine Vereinigung von Selbstversorgern des Petri-, Hohe- und Wilhelmitors sich an uns und gleichzeitig an das Herzogliche Staatsministerium gewandt, um eine Besserung ihrer Fleischration herbeizuführen. Das Herzogliche Staatsministerium ist aber unseren Ausführungen beigetreten und hat verwiesen auf einen Erlaß des Preussischen Landwirtschaftsministeriums, in dem es heißt:

„Hiernach hat der Selbstversorger vor allen übrigen Verbrauchern den wesentlichen Vorteil voraus, daß ihm die Hälfte des aus der Hauschlachtung erzielten Fleisches über die allgemeine Fleischration hinaus, also sozusagen fleischkartenfrei zur Verfügung steht. Es ist nicht verständlich, wie angesichts dieser Tatsache behauptet werden kann, die Aufzucht und Mästung von Schweinen sei für die Ernährung des Mästers und seiner Angehörigen durch die Neuregelung des Fleischverbrauchs wertlos geworden. Der Vorteil ist vielmehr so groß, daß es nur der bisher fehlenden Aufklärung bedürfen wird, um die angeblich abschreckende Wirkung der Bestimmung in ihr Gegenteil zu verwandeln.“

Ich darf mit diesen Ausführungen des Preussischen Landwirtschaftsministeriums schließen und möchte an unsere Selbstversorger die Mahnung richten, nicht den Spruch aus dem Zigeunerbaron sich zum Vorbild zu nehmen: „Mein idealer Lebenszweck ist Vorstewieh und Schweinespeck“, sondern auf ihre Fahne zu schreiben, was gerade in den heutigen Zeiten so sehr erwünscht ist: „Geben ist seliger als nehmen.“

## 18. Anfrage Loeschigt, betreffend die Kartoffelversorgung.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 451.

Stadtv. **Loeschigt** (zur Begründung): Da sehr viele unserer Einwohner, die Kartoffeln bei den Händlern und bei der Stadt bestellt haben, damit nur sehr wenig Glück gehabt haben und nun die Kartoffeln im Einzelverkauf sich holen müssen, so möchte ich die Anregung geben, ob es nicht angebracht ist, daß man denjenigen, die das wünschen, ein gewisses Quantum, eine runde Summe von Pfunden, auf einmal liefert, damit sie nicht nach jedesmal 5 Pfund zu laufen brauchen. Die Stadt hat einen ziemlichen Posten Kartoffeln eingelagert, und sie sind auch im großen als gut anzusprechen. Es sind jedoch auch Kartoffeln darunter, von denen man das nicht behaupten kann, und es wäre angebracht, wenn die nicht so gut eingekommenen zuerst verbraucht würden. Auf die Weise könnte man den Bürgern entgegenkommen, daß man ein Quantum für vielleicht einen Monat oder

drei Wochen ihnen zuführt. Wenn man sich die Sache überlegt, wird vielleicht ein Weg zu finden sein, wie das einzurichten ist, noch dazu, da der Winter vor der Tür steht.

Stadtbourat **Gebensleben**: Die Frage, warum wir nicht schon einen gewissen Teil Kartoffeln denjenigen städtischen Einwohnern überwiesen haben, welche Kartoffeln bestellt haben, ist verhältnismäßig leicht beantwortet, nämlich damit: weil wir sie nicht besitzen.

Die ganze Kartoffelversorgung, darauf muß ich schon wieder zu sprechen kommen, hat sich leider ganz anders entwickelt, als wir vor Monaten gedacht haben. Den geehrten Herren ist in der Erinnerung, daß wir vor Monaten eine Zuschrift von der Reichskartoffelstelle bekommen haben, wonach wir für die Zeit vom 25. September 1916 bis 15. April 1917 444 000 Zentner Kartoffeln bekommen sollten. Heute sehen wir schon erheblich klarer. Wir haben keine 444 000, sondern bis heute nur 200 000 Zentner bekommen. Das ist also nicht einmal die Hälfte von dem, was uns damals in Aussicht gestellt war. Es kommt hinzu, daß die liefernden Verbände augenblicklich am Ende ihrer Kraft sind; sie haben erklärt, daß sie nunmehr Kartoffeln kaum noch zu liefern imstande wären.

Da ist nun aber glücklicherweise als Retter in der Not ein ganz neuer Verteilungsplan in Kraft getreten: Es ist eine neue Bundesratsverordnung erlassen, die den Herren bekannt ist, und die in erster Linie bezweckt, gerade der Landbevölkerung weitere Kartoffeln zu entziehen und der Stadtbevölkerung zukommen zu lassen. Man ist im Herzogtum Braunschweig noch einen Schritt weiter gegangen, wozu auf Grund einer früheren Bundesratsverordnung die einzelnen Landeszentralbehörden befugt waren, und zwar lediglich im Interesse der Stadt Braunschweig; man hat nämlich nicht erst vom 1. Januar ab die vom Bundesrat beschlossene Einschränkung im Kartoffelverbrauch in Kraft treten lassen, sondern schon vom Anfang dieser Woche an. Den Herren ist bekannt, daß vom Anfang dieser Woche ab die Kartoffelerzeuger im Herzogtum Braunschweig bis auf weiteres nur 1 Pfund Kartoffeln pro Tag verzehren dürfen, die übrigen Verbraucher nur  $\frac{3}{4}$  Pfund. Die Schwerarbeiter sollen daneben nicht unerhebliche Zulagen bekommen. Durch diese Maßnahme wird in wirksamer Weise erzielt, daß die Kartoffelzufuhr nicht aufhört, sondern daß aus neue große Mengen Kartoffeln auf dem Lande locker gemacht und uns zugeführt werden.

Nun werden Sie einwenden: Warum soll nur das Herzogtum uns beliefern, warum können wir nicht Kartoffeln aus anderen Kreisen bekommen? Nach den Besprechungen, die neuerdings wieder zwischen der Landeskartoffelstelle und der Reichskartoffelstelle stattgefunden haben, ist es leider ausgeschlossen, daß wir aus preussischen und anderen Gebieten Kartoffeln hereinbekommen, sondern unser



Herzogtum ist jetzt ganz auf sich angewiesen, die Kartoffeln für die Städte zu beschaffen. Daß es im ganzen übrigen Reiche nicht erheblich besser steht als hier, geht ohne weiteres aus der eben erwähnten Bundesratsverordnung hervor. Man kann es aber mit Freude begrüßen, daß auf diese Weise — allerdings durch eine gewisse Einschränkung — eine Sicherstellung des Bedarfs unserer Stadt hoffentlich jetzt herbeigeführt ist. Nach meinen Berechnungen werden wir durch diese Maßnahme sicherlich noch 190 000 bis 200 000 Zentner Kartoffeln hereinbekommen, so daß wir dann unseren Bedarf bis zum 20. Juli 1917 voll decken können.

Es ist für Sie vielleicht interessant, durch Mitteilung einiger Zahlen zu erfahren, wieviel Kartoffeln wir augenblicklich in der Stadt haben. Wir haben durch die Bestandsaufnahme, die am 12. November stattgefunden hat, einen Bestand in den Haushaltungen von 52 000 Zentnern ermittelt. Da nun jeder vom 12. November 1916 bis zum 20. Juli 1917 nach der Anordnung der Landeskartoffelstelle in der ersten Zeit, nämlich vom 12. November bis zum 3. Dezember wöchentlich, 7 Pfund, in der letzten Zeit, nämlich vom 4. Dezember 1916 bis zum 20. Juli 1917, wöchentlich  $5\frac{1}{4}$  Pfund Kartoffeln verzehren darf, so kann man rechnen, daß für die ganze Zeit auf den Kopf ein Konsum von rund 2 Zentnern (genau 1,95 Zentner) kommt. Von dem in der Stadt vorhandenen Bestande kann man also 26 000 Personen befriedigen, rechnen wir rund 25 000. Da die Stadt etwa 135 000 Einwohner haben wird, die über 1 Jahr alt sind, so werden noch  $(135\,000 - 25\,000 =)$  110 000 Personen zu versorgen sein, mit einem Gesamtbedarf einschließlich der Anstalten, Lazarette, Gastwirtschaften, Verluste u. dergl. von 250 000 Zentner. Nun haben wir in unseren städtischen Vorratsstellen glücklicherweise, wie der Herr Vorredner schon erwähnt hat, ziemlich bedeutende Bestände angesammelt, nämlich 64 000 Zentner, rechnen wir rund 60 000 Zentner. Dann fehlen uns nach meiner Berechnung noch 190 000 Zentner, die also noch herangeschafft werden müssen und auch durch die neue Einschränkung des Verbrauchs rechnerisch herbeigeschafft werden könnten.

Nun möchte ich auf die Anfrage des Herrn Loeschigk zurückkommen: „Warum wird den Bürgern Braunschweigs, welche Kartoffeln bestellt haben, nicht wenigstens ein gewisses Quantum überwiesen?“ Den Bestand, den wir haben aufspeichern können, durften wir unter den früheren Verhältnissen unter keinen Umständen angreifen. Der Magistrat hat großen Wert darauf gelegt, daß wir diesen Vorrat fest in Händen behalten, damit wir ihn im Falle der Not an die Bevölkerung austeilen können, nämlich, wenn eine längere Frostperiode eintritt. Jetzt liegen die Verhältnisse insofern etwas günstiger, als wir zu erwarten haben, daß in der nächsten Zeit größere Mengen Kartoffeln, nämlich die erwarteten 200 000 Zentner, hereinkommen. Wieviel davon tatsächlich hereinkommen, hängt natürlich von den Maßnahmen ab, die die verschiedenen Lieferungsverbände treffen, dann

aber noch von einem sehr wichtigen Faktor: von dem Wetter. Wenn sofort Frost eintritt, dann werden wir größere Kartoffelmengen in der nächsten Zeit nicht zu erwarten haben; bleibt der Frost aber noch wochenlang aus, so werden wir hoffentlich vor Weihnachten noch größere Mengen hereinbekommen; und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir dann in der Lage sein werden, größere Lieferungen an die Bevölkerung stattfinden zu lassen, nun allerdings nicht auf Grund der früheren Bestellungen.

Mit diesen Bestellungen haben wir mächtig Gasco gemacht, was ich beiläufig erwähnen möchte. Es war rund eine Viertelmillion Mark eingezahlt von denjenigen Einwohnern, die gehofft hatten, durch uns Kartoffeln zu bekommen. Auf meine Anregung hin — die ich auch heute von dieser Stelle aus wiederholen möchte — haben Rückzahlungen in großem Umfange stattgefunden; 193 000 M sind bis gestern zurückgezahlt, und auch heute ist schon wieder ein namhafter Betrag angefordert. Wenn es so weitergeht, werden wir im Laufe dieser oder spätestens nächster Woche den ganzen Betrag zurückgezahlt haben. Ich möchte mir erlauben, darauf hinzuweisen, daß es dringend erwünscht ist, daß die sämtlichen Einzahler, soweit sie den Betrag noch nicht zurückerhalten haben, ihr Geld sofort zurückfordern. Damit wird die Kartoffelversorgung, wie ich sie jetzt im Auge habe, keineswegs über den Haufen geworfen. Es wird sich nämlich wahrscheinlich ermöglichen lassen, daß wir ein größeres Quantum der Bevölkerung überweisen, und zwar vielleicht in der Weise, daß wir nicht nur jedesmal eine Wochenration herausgeben, sondern eine solche für mehrere Wochen auf einmal, jagen wir einmal für drei Wochen; wir könnten vielleicht sogar noch darüber hinausgehen. Ich glaube, daß unsere Bevölkerung eine derartige Maßnahme mit Freuden begrüßen würde, denn dadurch würde doch im Kartoffelbezuge eine wesentliche Erleichterung herbeigeführt werden.

Andererseits möchte ich Ihnen die Lage aber nicht gar zu rosig schildern. Es könnte sein, daß bald heftiger Frost eintritt und mithin größere Mengen Kartoffeln nicht zu uns gelangen. Dann müßten wir mit unserem Vorrat von 64 000 Zentnern eine ganze Zahl von Wochen ausreichen, und wenn der Frost recht lange anhält, könnten wir sogar in Bedrängnis geraten. Unser Vorrat ist allerdings schon so groß, daß wir — da wir nach meiner Rechnung wöchentlich 7200 Zentner verbrauchen — doch schon neun Wochen ausreichen. Sollte der Vorrat trotzdem nicht genügen, so würde allerdings nichts anderes übrigbleiben, als eine Streckung der Vorräte durch Steckrüben vorzunehmen. In welcher Weise das dann geschehen soll, darüber wollen wir uns heute den Kopf noch nicht zerbrechen.

Die Vorräte, die am 12. November d. J. festgestellt sind — darauf möchte ich noch einmal zurückkommen — betragen, wie gesagt, 52 000 Zentner. Man hatte eigentlich erwartet, sie wären noch etwas größer, und es gibt Zweifler, die meinen,

es könnten hier und da mehr Kartoffeln lagern, als angegeben sind. Nun wird es nicht zu vermeiden sein, daß man auch hier in der Stadt, wie das auf dem Lande schon geschehen ist, durch Kontrollbeamte die Vorräte feststellen läßt; und dabei wird man in erster Linie diejenigen Stadtgegenden aussuchen, wo man größere Vorräte vermutet.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8¾ Uhr.

---

# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 28. Dezember 1916.

### **Tagesordnung:**

- |   |           |
|---|-----------|
| 1. Abänderung des Statuts über den 7-Uhr-Ladenjchluß . . . . .                                  | Seite 522 |
| 2. Instandsetzungsarbeiten im Herzogin-Johann-Albrecht-Heim . . . . .                           | " 523     |
| 3. Schlußrechnung über die Kosten der Asphaltierung der Friedrich-Wilhelmstraße . . . . .       | " 524     |
| 4. Erhöhung des Zinsfußes für eine auf einem städtischen Grundstücke ruhende Hypothek . . . . . | " 525     |
| 5. Änderung des Statuts für die Hausgewerblichen-Krankenversicherung . . . . .                  | " 525     |

### **Außer der Tagesordnung behandelt:**

- |   |       |
|---|-------|
| 6. Vermietung einer Wohnung in der Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule . . . . .  | " 527 |
| 7. Vorübergehende Einschränkung der Müllabfuhr . . . . .  | " 528 |
| 8. Anfrage Diekmann über Anrechnung tuberkulosekranken Rindviehes und des der Freibank überwiesenen Fleisches auf den Verteilungsschlüssel für die Fleischversorgung der Stadt Braunschweig . . . . . | " 532 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Reinemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben** und Amtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper, Ribbentrop, Schmidt, Schulze, Steinbrecher, Steinede, Dr. Voge, Weichsel** und **Dr. Wolters**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Helle** und **Lauer**. Herr Stadtv. **Busch** erscheint später.

**Vorsitzender Hartung:** Ich eröffne die Sitzung.

Meine Herren, wie Sie aus der Zeitung erfahren haben, ist das Mitglied unserer Versammlung, Herr Geheimrat Schön, am heiligen Abend verstorben. Er war kein Kind unserer Stadt, er ist aber doch in der langen Zeit, während der er hier gelebt und gewirkt hat, mit der Stadt verwachsen, so daß wir ihn ganz als den unsrigen ansehen dürfen. Er hat lange Jahre eines der größten Etablissements unserer Stadt mit Erfolg geleitet und hat seine Tätigkeit auch den Geschäften der Stadt als Stadtverordneter gewidmet. Die Herren, die mit dem Verstorbenen zu tun gehabt haben, insbesondere in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Finanzkommission und Vorsitzender des erweiterten Finanzausschusses, werden mir darin beistimmen, daß es ein Vergnügen war, mit ihm zu arbeiten. Durch Sachkenntnis und hohe Pflichttreue hat er seinem Amte in vollkommener Weise vorzustehen verstanden, und dabei war ihm die glückliche Gabe verliehen, durch lebenswürdiges Wesen allen denen, die mit ihm in Verbindung kamen, Sympathie für ihn einzusflößen, so daß wir sagen dürfen: Er hat keinen Feind gehabt. Alles in allem darf ich hier aussprechen, daß die Stadt in ihm den Verlust eines guten, für das Wohl unseres Gemeinwesens hervorragend tätigen Bürgers zu beklagen hat, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden. — Ich bitte Sie, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.)

## 1. Abänderung des Statuts über den 7-Uhr-Ladenschluß.

**Vorsitzender:** Von dem Stadtmagistrat ist folgendes Schreiben eingegangen:

„An die Herren Stadtverordneten mit dem ergebenen Ersuchen, sich gefälligst damit einverstanden zu erklären, daß das Statut über den 7-Uhr-Ladenschluß auf die Verkaufsstellen, in denen der Verkauf von Lebensmitteln oder von Zeitungen als der Haupterwerbszweig betrieben wird, beschränkt wird. Im allgemeinen hat bereits die Bundesratsbekanntmachung vom 11. Dezember 1916 den 7-Uhr-Ladenschluß eingeführt, so daß das beschlossene Statut für die meisten Geschäftszweige überflüssig geworden ist. Die Bekanntmachung nimmt aber neben den Apotheken diejenigen Verkaufsstellen vom 7-Uhr-Ladenschlusse aus, in denen der Verkauf von Lebensmitteln oder von Zeitungen als der Haupterwerbszweig betrieben wird. In

den Kreisen der Lebensmittelhändler besteht der Wunsch, daß hier in der Stadt der 7-Uhr-Ladenschluß auch für die Lebensmittelgeschäfte eingeführt wird. Wir glauben, dem Rechnung tragen zu sollen. Die Zeitungshandlungen haben in Braunschweig für den Abendverkehr keine Bedeutung. Wir sind der Meinung, daß auch diese Geschäfte in den früheren Ladenschluß einbezogen werden müssen. Hinsichtlich der Apotheken empfiehlt sich wegen ihrer Sonderstellung die gleiche Regelung nicht.

Bedenken gegen die Zulässigkeit der statutarischen Vorschriften können wir aus der Bundesratsbekanntmachung nicht herleiten.

Die Änderung des Textes des Statuts ergibt sich aus der Anlage."

Es würde darnach das Statut, wie wir es früher beschlossen haben, vollständig bestehen bleiben, nur mit der Einschränkung, daß § 1, der im Anfange lautet: „Von 7 Uhr abends bis 5 Uhr morgens müssen auch die offenen Verkaufsstellen in der Stadt Braunschweig für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein“ in der Weise geändert wird, daß hinter den eben angeführten Worten hinzugefügt wird „in denen der Verkauf von Lebensmitteln oder von Zeitungen als Haupterwerbszweig betrieben wird.“

Das Statut würde überflüssig geworden sein, wenn wir uns beschränken würden auf den Umfang, den die Bundesratsverordnung für den 7-Uhr-Ladenschluß gestellt hat. Es ist ja aber der Wille der Versammlung gewesen, daß die offenen Verkaufsstellen im allgemeinen um 7 Uhr geschlossen werden müssen, und wenn dieser Wille zum Ausdruck kommen soll, muß das Statut in der vorgeschlagenen Form noch erlassen werden, indem es sich beschränkt auf die Verkaufsstellen, in denen der Verkauf von Lebensmitteln oder von Zeitungen als der Haupterwerbszweig betrieben wird, weil diese in der Bundesratsverordnung ausgeschlossen sind.

Es wird das Einfachste sein, wenn wir diesen Punkt gleich vorweg behandeln. Ich frage, ob die Versammlung damit einverstanden ist, daß wir die Vorlage ohne weiteres jetzt verhandeln? Es erhebt sich kein Widerspruch; ich nehme an, daß die Herren damit einverstanden sind. Es wird nicht nötig sein, einen besonderen Referenten zu bestellen; ich eröffne die Beratung über diesen Gegenstand.

Nachdem der Herr Vorsitzende nochmals die vom Magistrat gewünschte Änderung kurz dargelegt hat, stimmt die Mehrheit der Versammlung dem Magistratsantrage zu.

## 2. Instandsetzungsarbeiten im Herzogin-Johann-Albrecht-Heim.

Stadtvr. **Göde:** Das Herzogin-Johann-Albrecht-Heim ist eine Einrichtung für der Fürsorge bedürftige Zöglinge und ist vor etwa 4 Jahren in Betrieb ge-

nommen. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß an dem Gebäude einige bauliche Verbesserungen nötig sind. Der Stadtmagistrat hat die städtische Bauverwaltung beauftragt, die notwendigen Arbeiten zu veranschlagen, und dabei ist die Stadtbauverwaltung zu einer Summe von 3675 *M* gekommen. Der Stadtmagistrat hat die ihm eingereichte Zusammenstellung geprüft und ist der Meinung, daß einige von den aufgeführten Arbeiten nicht dringend notwendig sind. Er schlägt deshalb vor,

für Instandsetzung des großen Wohnzimmers im Erdgeschoß .	850 <i>M</i> ,
für Instandsetzung der drei Schlafzimmer . . . . .	1000 <i>M</i> ,
für Instandsetzung der Küche . . . . .	240 <i>M</i> ,
und für Anbringung einer Entlüftungsanlage im Dachgeschoß .	100 <i>M</i> ,
zusammen . . . . .	2190 <i>M</i>

zu bewilligen.

Die Baukommission hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und war der Meinung, daß auch die Instandsetzung des Zimmers der Leiterin des Herzogin-Johann-Albrecht-Heims, die im Anschlag mit 230 *M* vorgesehen war, notwendig ist. Mit Einschluß dieses Betrages würde sich also die erforderliche Gesamtsumme auf 2420 *M* stellen. Die Baukommission bittet die Versammlung, zuzustimmen, daß diese Erneuerungsbauten ausgeführt werden. Ich habe mich von dem jetzigen Zustande der Räume persönlich überzeugt und kann auf Grund dieser Inaugenscheinnahme nur bitten, 2420 *M* für die Instandsetzungsarbeiten zu bewilligen.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

### 3. Schlußrechnung über die Kosten der Asphaltierung der Friedrich-Wilhelmstraße.

Stadtv. **Riefe:** Seitens des Magistrats ist uns die Schlußrechnung über die Herstellung von Asphaltpflaster auf der Friedrich-Wilhelmstraße zwischen Friedrich-Wilhelmsplatz und Münzstraße überreicht. Es sind dafür seinerzeit veranschlagt und von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt 51 500 *M*, später für die platzartige Erweiterung der Straße vor der Hauptpost noch 6000 *M*, also im ganzen 57 500 *M*. Zu dieser Summe ist noch nachträglich ein 20prozentiger Zuschlag auf die Ausführung von Asphaltierungs- und Betonierungsarbeiten gekommen, der laut der Abrechnung zu 1874,03 *M* festgestellt ist. Die ganze veranschlagte Summe beträgt demnach 59 374,03 *M*. Die Gesamtkosten der Ausführung haben 59 285,77 *M* betragen, so daß also 88,26 *M* weniger verausgabt sind als der Voranschlag beträgt.

Wie gesagt, sind die Summen schon früher bewilligt, und die Abrechnung wird uns nur zur Kenntnissnahme mitgeteilt; zu dem Zwecke habe ich sie hier zum Vortrag gebracht.

Die Schlußrechnung wird durch Kenntnissnahme als erledigt betrachtet.

Stadtv. **Meyerhoff** übernimmt den Vorsitz.

#### 4. Erhöhung des Zinsfußes für eine auf einem städtischen Grundstücke ruhende Hypothek.

Stadtv. **Munte**: Die Stadt hat, wie den geehrten Herren vielleicht bekannt ist, vor Jahren das Grundstück Wilhelmstraße Nr. 96 erworben und bei dieser Gelegenheit auch eine auf dem Grundstücke ruhende erste Hypothek der deutschen Hypothekenbank Meiningen, Filiale Berlin, in Höhe von 37 000 *M* übernommen, die bis zum 1. April 1917 feststand. Nun hat der Magistrat einen Schriftwechsel wegen Zurückzahlung dieser Hypothek mit der Hypothekenbank Meiningen gehabt, durch den erreicht ist, daß die Hypothek bis zum 1. Juli 1918 stehen bleiben, aber der Zinsfuß von 4½ auf 4½ Prozent erhöht werden soll. Das ist ein Unterschied gegen früher von ½ Prozent und macht eine vierteljährliche Mehrzahlung von 15,44 *M* aus, und zu dieser Erhöhung des Zinsfußes wird Ihre Genehmigung erbeten. Im Finanzausschuß ist die Sache besprochen und der Magistratsantrag gutgeheißen; ich bitte Sie auch hier namens des Finanzausschusses um Ihre Zustimmung.

Der erhöhte Zinsfuß wird bewilligt.

#### 5. Änderung des Statuts für die Hausgewerblichen-Krankenversicherung.

Stadtv. Dr. **Kahlert**: Wir haben in der Sitzung vom 5. Oktober das Statut über die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden angenommen, und das Herzogliche Staatsministerium hat dieses Statut ebenfalls genehmigt in der Voraussetzung, daß die städtischen Behörden noch einigen von ihm vorgeschlagenen Veränderungen dieses Statuts zustimmen. Es handelt sich in der Hauptsache um zwei Änderungen, die sich auf § 1 und § 6 beziehen.

In § 1 soll am Schlusse des ersten Absatzes noch hinzugefügt werden: „Zu den Hausgewerbetreibenden gehören auch die im Auftrage und für Rechnung des Reichs, eines Bundesstaats, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde, einer anderen öffentlichen Körperschaft oder eines öffentlich-rechtlichen Verbandes oder eines nicht gewerblichen Betriebes hausgewerblich Beschäftigten.“ Diese Ände-



rung soll nur eine Klarstellung bezwecken und bedarf wohl weiter keiner Erläuterung. Ich bitte Sie namens der Statutenkommission, Ihre Zustimmung zu erteilen.

An den Herrn Vorsitzenden möchte ich die Frage richten: Soll nun über diesen Punkt jetzt erst abgestimmt werden, oder soll ich auch die übrigen Änderungen noch vortragen und dann die Abstimmung im ganzen stattfinden?

**Vorsitzender Meyerhoff:** Da es sich noch um eine oder mehrere kleine Änderungen handelt, so möchte ich vorschlagen, darüber insgesamt abzustimmen, und bitte den Herrn Referenten, zunächst auch die anderen Punkte noch vorzutragen.

**Stadtv. Dr. Kahlert:** In § 6 heißt es im ersten Absatz: „Die Hausgewerbetreibenden und ihre hausgewerblich Beschäftigten erhalten die Regelleistungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse.“ Das Herzogliche Staatsministerium wünscht hier noch hinzugefügt zu sehen: „sofern nicht die Kassenatzung ihnen Mehrleistungen durch besondere Bestimmungen einräumt.“ Dieser Zusatz ist zu empfehlen, um die Möglichkeit zu schaffen, die etwa später einmal beabsichtigte Erhöhung der Leistungen durch *K a s s e n*statut einzuführen.

Sodann ist noch betreffs des § 15 zu erwähnen, daß er ganz fortfallen soll. Er lautet: „Diesem Statut unterstehen die Auftraggeber, die ihren Betriebsitz in der Stadt Braunschweig oder in dem von der Landeszentralbehörde nach § 488 Absatz 2 R.V.D. etwa bestimmten Bezirke haben.“ Er sollte die Möglichkeit geben, auch außerhalb der Stadt Braunschweig, aber im Herzogtum wohnhafte Auftraggeber zu Beiträgen heranzuziehen, wenn der jetzt außer Kraft befindliche § 488 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung wieder in Kraft gesetzt sein wird. Herzogliches Staatsministerium will die Vorschrift des Statuts auf die Auftraggeber in der Stadt Braunschweig beschränkt wissen, und deshalb kann auch in § 4 am Ende die Meldefrist von 6 Tagen gestrichen werden.

Die Statutenkommission hat die Sache durchgesprochen und hat keine Bedenken gehabt, Ihnen die Annahme der Änderungen zu empfehlen.

Während des Vortrages des Herrn Referenten hat der **Vorsitzende Hartung** den Vorsitz wieder übernommen.

Den Änderungen wird den Anträgen der Statutenkommission gemäß zugestimmt.

## 6. Vermietung einer Wohnung in der Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule.

Oberbürgermeister **Metemeyer**: Ich bitte, mir zu gestatten, noch eine Sache vorzutragen, die der Magistrat erst heute morgen beraten hat. Es handelt sich um die Verwertung der Wohnung in der Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule Hintern Brüdern, die vorher der verstorbene Oberschulrat Bernicke bewohnt hat. Der Magistrat hat Ihnen schon bei Gelegenheit der Anstellung des neuen Schulleiters, Herrn Professor Bach, mitgeteilt, daß dieser nicht geneigt ist, diese Wohnung zu beziehen, und die Herren haben ja auch genehmigt, daß der neue Direktor auf diese Dienstwohnung verzichten dürfe. Nach Antritt seiner Stellung hatte Herr Professor Bach erklärt, er wolle es sich noch einmal überlegen, ob er nicht doch die Wohnung beziehen wolle, er hat aber schließlich erklärt, sie wäre ihm nicht passend, und er hätte nach wie vor, darauf verzichten zu dürfen, die Wohnung zu benutzen. Nun hatte sich schon vorher der Oberrealschullehrer Heger, der an dieser Schule unterrichtet und inzwischen auch ein Kirchenamt an der Ulrichskirche übernommen hat, um diese Wohnung beworben. Er hatte sich bereit erklärt, für die Wohnung einen jährlichen Mietpreis von 600 M zu zahlen; also den Preis, der dem Direktor bisher für Benutzung der Wohnung auf das Gehalt angerechnet war. Nun hatte aber das städtische Hochbauamt den Wert der Wohnung auf 1000 M geschätzt, und infolgedessen waren wir nicht in der Lage, Ihnen die Vermietung der Wohnung zu 600 M zu empfehlen. Hinterher sind nochmals Verhandlungen mit dem Oberrealschullehrer Heger gepflogen, und letzterer hat sich schließlich, nachdem wir erklärt hatten, wir würden den Herren die Vermietung der Wohnung zum Preise von 900 M empfehlen, bereit gefunden, 800 M für die Wohnung zu bezahlen. Es beträgt also jetzt der Unterschied zwischen diesem „Angebot und Nachfrage“ 100 M. Die Wohnung hat lange leer gestanden, und der Magistrat ist der Ansicht, daß diese verhältnismäßig große Wohnung in dieser Zeit sich nicht leicht in passender Weise vermieten lassen wird, und daß man deshalb auf das Angebot eingehen solle. Ich habe mir die Wohnung selber angesehen — ein großer Teil von Ihnen wird sie nicht kennen. Sie ist reichlich geräumig, das muß man anerkennen, und sie ist auch durchaus nicht, wie man zu sagen pflegt, ungemütlich. Dennoch hat sie einige Nachteile; der hauptsächlichste besteht darin, daß die Einfahrt zu dem Schulgrundstücke unter der Wohnung gelegen ist und die darüberliegenden Räume leicht kalt sind. Außerdem kommt hinzu, daß es nicht jedermanns Sache ist, den Lärm, den die Jungen in der Schule machen, anzuhören. Manche Leute mögen es ja ganz gern; ich habe z. B. von einer Dame gehört, die nahe an einer Schule wohnt, daß es ihr das größte Vergnügen mache, die Jungen in der Schule toben zu hören. Ob es uns gelingen wird, die Wohnung

zu 900 *M* oder mehr zu vermieten, scheint uns zweifelhaft zu sein, und deshalb hat sich der Magistrat dahin schlüssig gemacht, auf das Angebot des Realschullehrers Heger einzugehen.

Bemerken muß ich noch, daß von Anfang an darauf hingewiesen wurde, daß eine elektrische Beleuchtungsanlage für die Wohnung beschafft werden müßte. Es ist das eine Ausgabe, der sich die Stadt nach Ansicht des Magistrats nicht entziehen kann, denn heute hat womöglich jeder Arbeiter, der in ein neues Haus zieht, die Annehmlichkeit, elektrische Beleuchtung benutzen zu können. Jeder, der es irgend kann, beschafft sie sich, und es ist keine Frage, daß auch diese Wohnung, wenn sie mit elektrischer Beleuchtung versehen ist, sich leichter und besser vermieten läßt als ohne eine solche. Ich möchte also empfehlen, daß auch die Kosten für Anlage der elektrischen Beleuchtung, die allerdings zu 550 *M* veranschlagt sind, mit bewilligt werden. Sodann muß die Wohnung instand gesetzt werden; diese Kosten können aber auf die laufenden Unterhaltungskosten übernommen werden.

Der Antrag des Magistrats geht also dahin, 550 *M* für Anlage der elektrischen Beleuchtung zu bewilligen und zuzustimmen, daß diese Wohnung an Herrn Heger für einen Mietpreis von jährlich 800 *M* vermietet wird.

Da Herr Heger spätestens am 3. Januar seine jetzige Wohnung kündigen muß, so möchten wir die Herren bitten, die Sache heute zu erledigen.

Nachdem die Versammlung auf Anfrage des Herrn Vorsitzenden ihr Einverständnis erklärt hat, über diese Anträge des Magistrats sofort zu verhandeln, stimmt sie den Anträgen des Magistrats zu.

## 7. Vorübergehende Einschränkung der Müllabfuhr.

Bürgermeister **Meyer**: Die Herren haben vor einer Reihe von Wochen sich damit einverstanden erklärt, daß die städtische Müllabfuhr für den Fall eingeschränkt würde, daß die damals vor der Tür stehende starke Kartoffelzufuhr eine Inanspruchnahme der städtischen Gespanne wünschenswert erscheinen ließe. Diese Inanspruchnahme ist leider nicht notwendig geworden; leider sage ich um dess willen, weil die Kartoffelzuführung zur Stadt nicht einen solchen Umfang angenommen hat, wie er erwartet wurde und für die Bevölkerung notwendig gewesen wäre.

Gegenwärtig liegt wiederum ein Grund vor, der es dem Magistrat als wünschenswert erscheinen läßt, mit Ihnen wegen event. Einschränkung der Müllabfuhr in Verbindung zu treten. Die Witterungsverhältnisse in jüngster Zeit in Verbindung mit der wenig guten Beschaffenheit unserer städtischen Pferde haben es gezeitigt, daß bei bestimmten Voraussetzungen die Pferde nicht imstande sind,

die Müllwagen nach der Mascheröder Grube zu bringen. Bei dem leichten Frost, der vor 8—14 Tagen ohne Schneefall eingetreten ist, hat es sich gezeigt, daß die Pferde, obgleich sie mit scharfen Stollen versehen waren, nicht Kraft genug hatten, um die sich aus der Straßenglatte ergebenden Schwierigkeiten zu überwinden. Es sind an einem Tage fünf Pferde gestürzt, die nur durch das Eingreifen der Feuerwehr wieder in die Höhe gebracht werden konnten. Das sind unerquickliche Zustände, und wir müssen leider damit rechnen, daß, wenn noch ungünstigere Witterungsverhältnisse eintreten, besonders wenn starker Schneefall eintreten sollte, die Müllabfuhr nicht durchgeführt werden kann. Deshalb haben wir uns im Magistrat die Frage vorgelegt, ob es nicht zweckmäßig und im Interesse der Pferde geboten wäre, auf die Schonung der Pferde Bedacht zu nehmen. Wir halten es eintretendenfalls für zulässig, daß für eine gewisse Zeit in der Außenstadt inklusive der Wallanlagen diejenigen Straßen von der Müllabfuhr ausgeschlossen werden, bei denen die größere Zahl der anliegenden Grundstücke mit Gärten versehen sind, da die Gärten die Unterbringung des Hausmülls vorübergehend ermöglichen. Die Verhältnisse liegen ganz ähnlich wie bei unserm früheren Antrage auf Einschränkung der Müllabfuhr. Namens des Stadtmagistrats ersuche ich, den Magistrat zu ermächtigen, die Müllabfuhr in der Außenstadt inklusive der Wälle für den Fall einzuschränken, daß die Beschaffenheit der Straßen eine Schonung der städtischen Gespanne wünschenswert erscheinen läßt.

Ich kann hinzufügen, daß wir, um dem zu gewärtigenden Übelstande vielleicht vorbeugen zu können, uns bemühen, neben der Mascheröder Grube einige dem inneren Stadtgebiete näherliegende Müllabladepätze zu bekommen. Ob uns das gelingt, ist fraglich.

Außerdem ist in Aussicht genommen, für gefüllte Müllwagen, die nach der Mascheröder Grube gefahren werden sollen, ein Automobil als Vorspann zu benutzen. Aber auch hierüber sind die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie sehen, es liegt uns fern, die Müllabfuhr unnötigerweise zu beschränken, wir befinden uns aber in einer Notlage.

**Vorsitzender:** Ich nehme an, daß die Versammlung einverstanden ist, die Sache sofort zu beraten.

**Stadtv. Frede:** Ich möchte eine Anfrage zur Aufklärung an den Herrn Bürgermeister Meyer richten. Der Herr Bürgermeister verwies darauf, daß in der Außenstadt gewiß Hausbesitzer wären, die einen Hof oder einen Garten hätten, in denen der Müll eine Zeitlang untergebracht werden könnte. Soll das so gedacht sein, daß der Müll in den Gärten auf einem Haufen liegenbleiben soll, oder

soll der Hausbesitzer ein großes Gefäß aufstellen, den Müll für eine gewisse Zeit aufsparen und dann der Abholung durch später kommende Fuhrwerke entgegensehen? Wenn der Hausbesitzer für Unterbringung des Mülls Sorge tragen soll in der Weise, daß der Müll später nicht mehr abgeholt wird, so wird das zu sehr schwierigen Zuständen führen. Ich möchte das bißchen Garten, das bei den meisten Häusern ist, doch nicht mit zerbrochenen Flaschen und Töpfen belegt sehen. Das würde doch nicht angehen, und eine Abholung solcher Sachen müßte später doch stattfinden. Für Gemüseabfälle ließe sich ja wohl eine Anshilfe finden.

Bürgermeister **Meyer**: Die Bedenken, die von Herrn Frede geltend gemacht werden, liegen allerdings vor. Aber ich möchte bitten, zu beachten, daß die Verhältnisse für die Stadt noch viel unglücklicher liegen als für die Grundbesitzer. Nehmen wir an, die Versammlung beschlösse nicht eine solche Beschränkung der Müllabfuhr, dann würden wir unsere Gespanne zwar los schicken, und es würde abgefahren, was möglich ist. Immerhin würde die Stadt aber doch nicht — so müssen wir erwarten — in der Lage sein, ihre Aufgabe zu erfüllen, und dann würden die gleichen Kalamitäten eintreten, wie, wenn die städtischen Behörden beschließen, daß die Müllabfuhr eingeschränkt werden soll —, nur mit dem Unterschiede, daß auch solche Straßenzüge betroffen würden, deren Anliegern infolge Fehlens von Gärten die Müllbeseitigung fast unmöglich ist. Ich will zugestehen, daß es für die Hausbesitzer sehr angenehm sein würde, wenn sie sicher darauf rechnen könnten, daß der bei ihnen aufgespeicherte Hausmüll demnächst abgeholt würde, aber eine bestimmte Zusicherung zu geben, bin ich nicht in der Lage, weil ich nicht übersehen kann, ob später eine ausreichend große Zahl von Gespannen der Stadt zur Verfügung stehen wird. Die Sache liegt im Winter für die Stadt sowieso schon schwierig, einerlei ob wir kräftige oder schwache Pferde haben, weil die Müllabfuhr infolge des Zustroms von Asche aus den Feuerungen naturgemäß bedeutend umfangreicher ist als im Sommer. Wir haben an normalen Tagen schon 23 Gespanne und mehr im Betriebe. Gegenwärtig besitzen wir 54 Pferde; davon sind andauernd einige krank oder doch so schonungsbedürftig, daß sie im Stalle gelassen werden müssen. Einige Gespanne sind unbedingt erforderlich zur Abfuhr des Straßenkehrichts. Bei der geringen Zahl der Pferde gelingt es nur mit Mühe und Not, alle vorliegenden Aufgaben zu erfüllen.

Sollten sich die Verhältnisse günstiger gestalten, so werden wir gern bereit sein, dem Wunsche des Herrn Frede zu entsprechen, doch fürchte ich, es wird nicht möglich sein. Ich möchte deshalb die Bitte an unsere Einwohner richten, den städtischen Behörden entgegenzukommen und den nicht abgeholten Hausmüll nach Möglichkeit endgültig in ihren Gärten unterzubringen.

Stadtv. **Loeschigt:** Jeder, der Fuhrwerk hat, mag es die Stadt sein oder ein anderer, weiß, daß der Zustand des Pferdmaterials ein tieftrauriger ist, denn mit dem Futter, das wir für die Pferde erhalten, können sie nicht bei Kräften erhalten werden. Deshalb kann ich auch den Antrag des Herrn Bürgermeister verstehen. Ich möchte mir aber den Vorschlag erlauben, zu prüfen, ob es nicht angängig ist, statt der wöchentlich zweimaligen Abfuhr des Hausmülls eine einmalige eintreten zu lassen und dadurch die Pferde zu entlasten. Wenn die Stadt nur einmal die Abfuhrwagen ihre Wege gehen läßt, so können in der Zwischenzeit sich eine gewisse Zahl Pferde ausruhen, und Ruhe ist für die Pferde jedenfalls angebracht. Ich weiß nicht, ob sich eine solche Maßregel ausführen läßt, und möchte meine Worte nur als eine Anregung betrachtet sehen. Es wird mir wohl entgegengehalten werden, daß der Müll sich dann in den Hausgrundstücken sehr anhäufen würde, aber mit etwas gutem Willen wird jeder, der einen Garten hat, einen Platz finden können, wo er den Müll in der Zwischenzeit aufhäufen kann. Wir müssen uns eben in die Verhältnisse schicken und müssen auch Mitleid mit den Pferden haben. Nirgend sieht man so viel Pferde fallen wie in Braunschweig; vielleicht hat auch das Asphaltpflaster mit schuld daran, aber die Pferde sind auch tatsächlich so schwach, daß sie schwer wieder auf die Beine zu bringen sind. Deshalb ist ein Entgegenkommen der Einwohnerschaft durchaus angebracht, und die einstweilige Unterbringung des Mülls wird sich bei gutem Willen auf den Grundstücken der Außenstadt und an den Ballpromenaden ermöglichen lassen.

Bürgermeister **Meyer:** Ich glaube, der Anregung des Herrn Loeschigt wird kaum Folge gegeben werden können, denn die Belastung der Wagen ist jetzt schon so schwer, daß sie die Kraft der Pferde bei schwierigen Wegeverhältnissen übersteigt. Wenn die Wagen nicht zweimal, sondern nur einmal wöchentlich fahren, so würden sie natürlich doppelt belastet werden, oder wir müßten die Zahl der Gespanne vermehren; das läßt sich aber leider nicht einrichten. Durch die von Herrn Loeschigt vorgeschlagene Maßregel würde also der Mißstand nicht gehoben werden.

Damit die Herren erkennen können, daß wir alles versuchen, um die Müllabfuhr aufrechtzuerhalten, möchte ich übrigens noch erwähnen, daß wir vier kräftige Pferde vom Kieselgut Steinhof in die Stadt genommen und dafür vier unserer erholungsbedürftigen Pferde nach dem Steinhof gegeben haben, wo die Ernährungsverhältnisse günstiger sind.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Stadtmagistrats zu.

## 8. Anfrage Dieckmann über Anrechnung tuberkulosekranken Rindviehes und des der Freibank überwiesenen Fleisches auf den Verteilungsschlüssel für die Fleischversorgung der Stadt Braunschweig.

**Vorsitzender:** Es ist eine Anfrage von Herrn Dieckmann gestellt, die folgenden Wortlaut hat:

„Ist der Magistrat bereit, Auskunft darüber zu geben, ob

1. auch jetzt noch das gesamte Rindvieh, das auf Grund des Tuberkulose-Tilgungs-Verfahrens im ganzen Herzogtum zur Abchlachtung gelangt, hierher nach Braunschweig überwiesen wird, und wie dieses Schlachtvieh auf den Verteilungsschlüssel für die Fleischversorgung der Stadt Braunschweig zur Anrechnung gelangt,

2. wie die der Freibank zur Verwertung überwiesenen, geschlachteten und beaufstandeten Tiere auf den vorgedachten Verteilungsschlüssel angerechnet werden.“

Stadtv. **Dieckmann** (zur Begründung): Es ist bekannt, daß die Stadt Braunschweig auch bei der jetzigen Fleischzuteilung immer noch das gesamte Rindvieh zur Abchlachtung überwiesen bekommt, das auf Grund des mit staatlicher Unterstützung durchgeführten Tuberkulose-Tilgungs-Verfahrens für die Schlachtbank bestimmt wird, und daß dieses Schlachtvieh mit dem vollen Durchschnittsgewicht von vier Zentnern auf den Verteilungsschlüssel für die Stadt Braunschweig zur Anrechnung gelangt. Darin liegt nun aber eine bedenkliche Beeinträchtigung der Fleischversorgung der Stadt, und zwar auch dann, wenn das Fleisch noch für voll tauglich erklärt wird, weil die auf Grund des Tuberkulose-Tilgungs-Verfahrens zur Abchlachtung gelangenden Tiere meistens ältere Kühe sind, die zum größten Teil hinter dem angenommenen durchschnittlichen Fleischgewicht von vier Zentnern zurückbleiben. Entweder müßte eine andere Verteilung dieser der Schlachtbank überwiesenen Tiere auf die gesamten Kommunalverbände des Herzogtums erfolgen, oder es müßte eine andere Anrechnung auf den Verteilungsschlüssel für die Fleischversorgung stattfinden.

Zu meiner zweiten Anfrage möchte ich folgendes bemerken: Es ist eine bekannte Tatsache, daß das Fleisch eines erheblichen Prozentsatzes des auf Grund des Tuberkulose-Tilgungs-Verfahrens zur Abchlachtung kommenden Rindviehes als minderwertig oder nur bedingt tauglich der Freibank überwiesen wird. Das Freibankfleisch wird hier in Braunschweig bislang markenfrei verkauft, so daß den Beziehern dieses Fleisches die Möglichkeit eines doppelten Bezuges auf Kosten des markenpflichtigen Bezuges von Fleisch gewährleistet wird. Es erscheint meinem Dafürhalten nach notwendig, daß das der Freibank zur Verwertung überwiesene Fleisch von den Zahlen des Verteilungsschlüssels in Abzug gebracht oder ein Ver-

fahren eingeschlagen wird, daß einen Ausgleich zwischen der Abgabe solchen Fleisches an Verbraucher und der Anrechnung dieses Fleisches auf die allgemeine Fleischversorgung herbeiführt. Ich will damit nicht dem Wunsche Ausdruck geben, daß das Freibankfleisch, welches zur Zeit markenfrei verkauft wird, allgemein unter Markenzwang kommt, denn das wäre eine große Härte für diejenigen, die mit schwerer Arbeit zu kämpfen haben, und die solches Fleisch immer noch als angenehme Beigabe zu dem ihnen auf Marken zustehenden Fleisch bezogen haben. Aber es müßte doch ein Weg gefunden werden, daß dieses Freibankfleisch der Allgemeinheit nicht so in Anrechnung gebracht wird, wie es jetzt geschieht. Ich sehe nicht ein, da Braunschweig nun einmal die Abladestelle für dieses minderwertige Vieh ist, daß dieses minderwertige Fleisch der Allgemeinheit zur Anrechnung gelangen soll. Das ist eine Härte gegenüber der Stadt Braunschweig, und ich bitte um Aufklärung, ob schon Mittel und Wege eingeschlagen sind, um diesen unliebsamen Zustand zu inhibieren.

**Stadtrat Wagner:** Das Vieh, welches im Tuberkulose-Tilgungs-Verfahren zur Abschachtung gelangt, kommt aus dem ganzen Herzogtum nach der Stadt Braunschweig, wie das schon jahrelang in Friedenszeiten der Fall gewesen ist, und zwar geschieht das deshalb, weil im ganzen Herzogtum allein in der Stadt Braunschweig Einrichtungen vorhanden sind, um die Durchführung des Tuberkulose-Tilgungs-Verfahrens in ordnungsmäßiger Weise durchzuführen. Nun ist allerdings eine Verfügung nicht erlassen, in der festgesetzt wird, wie weit dieses Vieh auf den Verteilungsschlüssel für die Fleischversorgung jedes Kommunalverbandes von Reichs wegen und wiederum von jedem Bundesstaat und jeder Provinz angerechnet werden soll. Wir haben aber schon vor einiger Zeit, als wir wegen Überschreitung der Schlachtungs-Höchstzahlen, die vorgekommen waren infolge vermehrter Anlieferung von Vertragsschweinen, die von den Mästern plötzlich abgestoßen wurden, berichten mußten, dem Herzoglichen Staatsministerium gegenüber hervorgehoben, daß wir eine Ungerechtigkeit gegenüber der Stadt darin sehen, wenn diese im Tuberkulose-Tilgungs-Verfahren uns zugewiesenen minderwertigen Tiere der Stadt Braunschweig voll angerechnet werden. Eine Entscheidung darüber ist bisher vom Herzoglichen Ministerium noch nicht getroffen, und es ist wohl anzunehmen, daß das daher kommt, weil das Ministerium sich wegen dieser Angelegenheit erst mit der Reichsfleischstelle in Verbindung setzen will, da eine Entscheidung darüber nicht nur für Braunschweig, sondern auch für andere Großstädte von grundsätzlicher Bedeutung sein würde. Sollte trotz unserer Vorstellung die Anrechnung dieser Tiere auf den Verteilungsschlüssel im vollen Umfange erfolgen, dann müßten wir, wie jede andere Großstadt in Deutschland, die in gleicher Lage ist, wohl oder übel uns damit bescheiden und uns damit trösten,



daß erfahrungsgemäß in keiner einzigen Woche die ausgegebenen Fleischmarken voll umgesetzt werden. Es ist immer eine Reihe von Personen vorhanden, die aus irgend welchen Gründen nicht in der Lage ist, ihre Fleischmarken auszunutzen — auch Vegetarier kommen in Frage —, und es wird auf diese Weise immer so viel eingespart, daß wir mit dem auskommen müssen, was nach dem Verteilungsschlüssel für die Bevölkerung ausgerechnet ist. Außerdem haben wir dem Ministerium eine genaue Berechnung überandt, aus der sich ergibt, daß das Durchschnittsgewicht der hierher gelieferten Schlachttiere unter den angenommenen normalen Zahlen sich hält, und haben damit die Überschreitung zu rechtfertigen gesucht. Wie eine Besprechung unter Zugiehung der Kreisdirektoren ergeben hat, scheint nicht zu erwarten zu sein, daß uns irgendwelche Schwierigkeiten seitens des Herzoglichen Staatsministeriums in dieser Sache gemacht werden. Zu diesem durchschnittlichen Minderergewicht der bei uns geschlachteten Tiere haben die im Tuberkulose-Tilgungs-Verfahren uns überwiesenen Tiere mit beigetragen, und das wird sicherlich vom Herzoglichen Staatsministerium mit berücksichtigt werden.

Was nun das Freibankfleisch betrifft, so ist eine besondere Regelung, wie weit es auf den Verteilungsschlüssel angerechnet werden soll, bisher nicht erfolgt. Nach dem Wortlaut der geltenden Bestimmungen fällt dieses Fleisch wie jedes andere in die Berechnung nach dem Verteilungsschlüssel. Nun wird das Freibankfleisch bei uns allerdings fleischmarkenfrei verkauft, weil nach der Bundesratsverordnung minderwertiges oder nicht taugliches Fleisch nicht dem Fleischmarkenzwange unterliegt. Wir glauben aber, daß der größte Teil derjenigen Personen, die Freibankfleisch erwerben, nicht in der Lage ist, daneben in nennenswertem Umfange vollwertiges Fleisch einzukaufen. Vielleicht sind gerade diese Personen ein Teil derjenigen, welche Fleischmarken nicht ablegen, so daß durch markenfreie Abgabe des Freibankfleisches ein Mehrverbrauch der Stadt kaum entsteht. Sollte auch in Zukunft die Umrrechnung dieses Freibankfleisches auf den Verteilungsschlüssel in nennenswertem Umfange erfolgen, vielleicht zur Hälfte des Gewichts, so würde man dazu übergehen müssen, wie das andere Städte auch getan haben, das Freibankfleisch den Beziehern mit der Hälfte des Gewichts auf Fleischkarten anzurechnen. Ich glaube auch nicht, daß darin eine große Härte gegenüber den Käufern des Freibankfleisches liegen würde, da die große Mehrzahl derjenigen, die Freibankfleisch erwerben, nicht in der Lage ist, ihre Marken voll auszunutzen. Auf diese Weise würde eine Regelung möglich sein. Einstweilen müssen wir abwarten, wie sich das Staatsministerium in dieser Sache äußert.

**Der Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 5 Uhr.

12

# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten**

### **zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 1. Februar 1917.

#### **Tagesordnung:**

- |   |           |
|---|-----------|
| 1. Wiederaufnahme der Müllabfuhr in ihrem ganzen Umfange (außer der Tagesordnung behandelt) . . . . .   | Seite 538 |
| 2. Erhöhung des Preises für Abgabe von Wasser . . . . .   | 540       |
| 3. Zurückstellungen für den Reservefonds der Gaswerke für 1916/17 . . . . .                             | 556       |
| 4. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtung im Herzogin-Johann-Albrecht-Heim . . . . .                | 557       |
| 5. Ankauf eines Lastkraftwagens . . . . .   | 557       |
| 6. Erhöhung des Gaspreises für Haushaltungen zwecks Einschränkung des Jahresverbrauchs . . . . .        | 559       |
| 7. Verteilung von Zucker für die nächsten Monate . . . . .  | 566       |
| 8. Festsetzung eines Teilortsbauplans für das Gelände zwischen Hamburgerstraße und Galggraben . . . . . | 577       |
| 9. Abänderung einiger Straßenzüge des Ortsbauplans im Gebiete der nordwestlichen Außenstadt . . . . .   | 578       |

#### **Außer der Tagesordnung behandelt:**

- |   |     |
|---|-----|
| 10. Die Kadaververwertungsanlage im Schlachthause betreffend . . . . .  | 579 |
| 11. Anfrage Frede über die Tätigkeit der städtischen Behörden bei den Vorberreitungen für Anlage eines Mittellandkanals . . . . . | 580 |
| 12. Anfrage Wesemeier über die Deckung des Kartoffelbedarfs der städtischen Einwohnerschaft . . . . .                             | 583 |
| 13. Anfrage Loeschigk über eine praktischere Gestaltung des Verlaufs der städtischen Fleischwaren . . . . .                       | 592 |

14. Anfrage Dues über die Einwirkung der Kriegsküchen auf die Kartoffel- und Fleischknappheit . . . . .	Seite 596
15. Anfrage Kruse, betreffend Maßregeln zur Heranschaffung von frischen See- fischen . . . . .	" 598
16. Anfrage Wesemeier, betreffend den Abschluß von Verträgen wegen Liefere- rung von Frühgemüse . . . . .	" 601
17. Anfrage Steinbrecher über die Verweigerung der Halbmonatsrate der Kriegsunterstützung an die aus dem Heeresdienst entlassenen Mannschaften . . . . .	" 604
18. Anfrage Lauer über Beschaffung von Kleingeldersparmarken durch die Stadt oder durch die Landesregierung . . . . .	" 606
19. Antrag Wesemeier, betreffend die frühzeitige Beschaffung von Pflanz- kartoffeln für die städtische Einwohnerschaft . . . . .	" 608
20. Antrag Wesemeier auf Hintwirkung auf Erlaß einer Bestimmung, betreffend den Markenzwang beim Verkauf von Gänsen und Gänsefleisch . . . . .	" 609
21. Antrag Genzen, betreffend die Zuwendungen des Nationalen Frauendienstes an die Kriegerfrauen . . . . .	" 610
22. Antrag Dieckmann, betreffend die Reinigung der Fahrwege der Innen- stadt vom Schnee . . . . .	" 612

Am Magistratsstiche die Herren Oberbürgermeister **Retemeyer**, Bürger-  
meister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**  
und Amtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten  
Dr. **Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Steincke**, Dr. **Voge**, **Weichsel** und  
Dr. **Wolters**. — Herr Stadtverordneter **Busch** erscheint später.

**Vorsitzender Hartung:** Ich eröffne die Sitzung.

Ich habe mitzuteilen, daß in der Erjagwahl der ersten Wählerklasse des  
August- und Steintorbezirks Herr Direktor Jakob **Kraus** als Stadtverordneter  
gewählt ist. Herr Kraus ist heute hier erschienen und stellt sich den Herren vor.  
Ich begrüße Sie im Namen der Versammlung und spreche den Wunsch aus, daß  
Ihre Tätigkeit in Ihrem neuen Amte, Herr Kraus, der Stadt zum Segen ge-  
reichen möge.

Eingegangen ist eine Eingabe des Bürgervereins, eine Eingabe  
des Verkehrsvereins und eine Eingabe des Grundbesitzer-  
vereins, sämtlich bezüglich der Müllabfuhr. Gleichlautende Eingaben  
sind auch an den Stadtmagistrat eingeschickt; wir werden daher zunächst die  
Stellungnahme des Magistrats abzuwarten haben.

Sodann sind mehrere Anfragen aus der Versammlung eingegangen,  
und zwar:

Eine Anfrage des Herrn K r u s e , mit unterschrieben von verschiedenen anderen Herren, mit folgendem Wortlaut:

„Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft zu geben, weshalb in hiesiger Stadt seit Ende Dezember keine frischen Seefische zu haben sind? Hat der Magistrat event. schon Maßnahmen getroffen, um diesem Übelstande abzuhelpfen?“

Eine Anfrage des Herrn F r e d e :

„Was gedenkt der Magistrat zu tun, um den durch die beschränkte Müllabfuhr entstandenen Mißständen zu begegnen, bzw. was soll geschehen, um eine allgemein geregelte Müllabfuhr tunlichst bald wieder zu ermöglichen?“

Eine Anfrage desjenigen Herrn:

„Angesichts der lebhaften Bestrebungen hiesiger und auswärtiger Kreise, die zukünftige Lösung der Mittellandkanal-Frage in Richtungen zu beeinflussen, die durch wirkliche oder vermeintliche Interessen bestimmt werden, erscheint es wünschenswert, daß gleich anderen Stadtgemeinden auch Braunschweig offiziell zu diesen Richtungen Stellung nimmt.

Der Magistrat wird um Auskunft darüber ersucht, was von seiner Seite aus geschehen soll, um eine Klärung bei der Stadtvertretung darüber herbeizuführen, wohin in diesem Streite die wahren Interessen der Stadt Braunschweig neigen.“

Eine Anfrage des Herrn L o r s c h i g k :

„Ist der Magistrat nicht in der Lage, den Verkauf der städtischen Schweinefleischwaren praktischer zu gestalten?“

Eine Anfrage des Herrn L a u e r :

„Ist dem Magistrat bekannt, daß schon seit langer Zeit in Braunschweig ein so großer Mangel in Kleingeld herrscht, daß dadurch fortgesetzt die unliebsamsten Störungen und Unzuträglichkeiten in der Industrie, im Handel, im Gewerbe und im Privatgeldverkehr entstehen, die sich noch immer weiter steigern?

Ist der Magistrat in der Lage, vielleicht durch Beschaffung von Kleingeld-ersatzmarken diesem Übelstande abzuhelpfen, oder ist er geneigt, bei der Herzoglichen Landesregierung die dringende Notwendigkeit der Ausgabe von Kriegsgeld an die Einwohnererschaft, falls eine baldige Zuweisung von Währungsgeld unmöglich ist, zum Ausdruck zu bringen?“

Eine Anfrage des Herrn S t e i n b r e c h e r :

„Ist dem Magistrat bekannt, daß

1. den aus dem Heeresdienst entlassenen Mannschaften die Halbmónatsrate der Kriegsunterstützung verweigert wird, die nach dem Tage der Entlassung noch als außerordentliche Unterstützung gezahlt werden soll,

2. die bereits gezahlten Beträge von den Beamten wieder zurückverlangt werden?“

Eine Anfrage des Herrn **W e j e m e i e r**:

„Ist der Magistrat bereit, Verträge mit Produzenten über Lieferung von Frühgemüse, Karotten, Kohl, Salat, Rhabarber usw., sowie von Frühkartoffeln abzuschließen, und, wenn ja, sind dazu schon Vorbereitungen getroffen?“

Eine Anfrage desselben Herrn: „Kann der Magistrat Auskunft geben, auf wie lange der Kartoffelbedarf für die Einwohner der Stadt Braunschweig gedeckt ist?“

Sodann liegen an Anträgen vor:

Ein Antrag des Herrn **G e n z e n**:

„Seit Erhöhung der Familienunterstützung für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer sind vom Nationalen Frauendienst, der größtenteils aus städtischen Mitteln gespeist wird, die Zuwendungen an die Frauen ganz erheblich gekürzt, in sehr vielen Fällen sind dieselben ganz eingestellt. Da hierdurch den Familien auf Umwegen die Vorteile der erhöhten Unterstützung wieder entzogen werden, sie sich teilweise jetzt schlechter stehen als früher, beantragen wir:

Der Magistrat möge auf den Nationalen Frauendienst einwirken, die Zuwendungen an die Kriegerfrauen in derselben Höhe zu gewähren wie vor der letzten Erhöhung der Reichsunterstützung. Sollte der Nationale Frauendienst dem Verlangen nicht nachkommen, sind ihm die städtischen Zuschüsse zu entziehen und die Zuschüsse der Stadt zur Reichsunterstützung sind von 80 auf 100 Prozent zu erhöhen.“

Ein Antrag des Herrn **W e j e m e i e r**:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, rechtzeitig Pflanzkartoffeln für die Einwohner zu beschaffen, die solche gebrauchen.“

Ein Antrag desselben Herrn:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, beim Herzoglichen Ernährungsamte zu beantragen, daß dieses beim Kriegsernährungsamte in Berlin wegen des Erlasses einer Bestimmung vorstellig wird, nach welcher Gänse und Gänsefleisch sowohl in frischem, als auch in gepökeltem oder sonstigem konserviertem Zustande nur gegen Fleischmarke abgegeben werden darf.“

Ich werde den Herren Anfragenden und Antragstellern nach Erledigung der Tagesordnung Gelegenheit geben, ihre Anfragen und Anträge zu begründen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wünscht Herr Bürgermeister **M e y e r** das Wort.

## 1. Wiederaufnahme der Müllabfuhr in ihrem ganzen Umfange.

Bürgermeister **Meyer**: Der Stadtmagistrat läßt bitten, vor Eintritt in die Tagesordnung eine Sache zur Sprache bringen zu dürfen, die in den letzten beiden

Wochen die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigt hat, nämlich die Beschränkung der Müllabfuhr. Meine Herren, Sie kennen die Gründe, die bestimmend gewesen sind, die Müllabfuhr in unserer Stadt zu beschränken; Sie kennen aber auch den Notstand, der durch die Einschränkung der Müllabfuhr in der Stadt eingetreten ist. Der Magistrat ist bemüht gewesen, den in der geminderten Leistungsfähigkeit der städtischen Pferde liegenden Hauptgrund zur Einschränkung der Müllabfuhr durch Kräftigung des Pferdebestandes der Stadt zu beseitigen, und zwar dadurch, daß er um Zubilligung von mehr Kraftfutter nachgesucht, daß er gute Pferde zugekauft und fremde Gespanne ermiethet hat. Der Magistrat sieht aber ein, daß diese Mittel die erforderliche Hebung der Leistungsfähigkeit des städtischen Marstalls nicht so schnell herbeiführen werden, wie es im Interesse der Beseitigung des Notstandes erwünscht ist. Er ist deshalb der Meinung, daß es zweckmäßig ist, die Müllabfuhr dadurch zu erleichtern, daß ein Müllabladepplatz ganz in der Nähe der Innenstadt eingerichtet wird, und zwar hält er es für zulässig, den Müll vorübergehend wieder in den Bürgerpark zu schaffen. Die geehrten Herren wissen, daß der Müll Jahre hindurch dorthin gefahren ist. Wenn die geehrten Herren dieser provisorischen Lösung der Frage zustimmen sollten, so ist es nach Ansicht des Magistrats möglich, mit dem gegenwärtigen Bestande des städtischen Fuhrparks die Müllabfuhr sogleich in ihrem ganzen Umfange wieder aufzunehmen. Die vorgeschlagene Lösung ist zwar keine einwandfreie, aber in dem Notfalle, in dem wir uns befinden, glaubt der Magistrat über die entgegenstehenden Bedenken hinwegsehen zu sollen. Er bittet die Herren, sich damit einverstanden zu erklären, daß bis auf weiteres der Müll wieder in den Bürgerpark geschafft wird. Als Abladeplätze sind Flächen in Aussicht genommen, die südlich und westlich des großen Teiches, sowie südlich der Drachenbrücke gelegen sind. Es sind dies Flächen, die durch ihren Grasswuchs dem Parke bisher zur Ziede gereicht haben; wir nehmen an, daß die Müllausschüttungen später wieder entfernt werden, und daß dann die Zierflächen wiederhergestellt werden können.

**Vorsigender:** Ich frage die Versammlung, ob sie gewillt ist, die Sache sofort zu beraten. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß die Versammlung damit einverstanden ist. Ich konstatiere das und eröffne die Beratung. Es meldet sich niemand zum Wort. Ich schließe die Beratung und bitte diejenigen Herren, die mit dem Vorschlage des Magistrats einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Magistratsantrag ist angenommen; soweit ich sehen kann, einstimmig.

Sobien ist noch eine Anfrage eingegangen von den Herren Bueß, Salomon und Lauer unterzeichnet:

„1. Ist es Tatsache, daß die Kartoffelknappheit durch die Kriegsküchen entstanden ist, und wird, wie das Gerücht in der Bürgerchaft umgeht, beabsichtigt, die Wochenmenge der Kartoffeln auf 3 Pfund herabzusetzen?

2. Warum werden bei dem starken Viehangebot die Wochenfleischrationen herabgesetzt? Ist auch dieses auf die Kriegsküchen zurückzuführen?“

## 2. Erhöhung des Preises für Abgabe von Wasser.

Stadtvr. **Tebbenjohannis:** Der Antrag des Magistrats an die Stadtverordneten wegen Erhöhung des Wassergeldes geht dahin, zugustimmen, daß vom 1. April 1917 an der Preis

1. für das durch Wassermesser abgegebene Wasser (§ 6 der Bedingungen für die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserleitung) von 12,5 auf 15 Pf. pro Kubikmeter,

2. für das ohne Verwendung von Wassermessern abzugebende Wasser (§ 20 Nr. 2 der Bedingungen)

a) bei kleineren, schätzungsweise festzustellenden Mengen bis zu 6 Kubikmeter von 2 M auf 2,50 M und

b) bei größeren, unter Verwendung von Gefäßen gemessenen Mengen von 0,25 auf 0,30 M pro Kubikmeter erhöht werde,

ferner die Pauschalvergütung von der Kammereikasse an die Wasserwerkskasse von jährlich 15 000 M, ebenso die Gebühr für Lieferung des zum Beiprenen der staatlichen Wallanlagen gelieferten Wassers mit 1 Pf. pro Quadratmeter der zu beiprenenden Flächen bestehen zu lassen, und auch fernerhin das zur Speisung der Springbrunnen am Löwenwall erforderliche Wasser unentgeltlich abzugeben.

Meine Herren! Mit Recht hat der Magistrat in seinem Schreiben vom 20. Dezember an die Stadtverordneten ausgeführt, daß die jetzige Finanzlage der Stadt es dringend erheischt, beizeiten auf Erschließung neuer Einnahmequellen Bedacht zu nehmen oder zu versuchen, die bisher schon erschlossenen ergiebiger zu machen. Der Fehlbetrag des Jahres 1914/15 ergab bereits eine Summe von 933 025 M, von dem nur 906 627 M aus dem Ausgleichsfonds gedeckt werden konnten. Infolge der erheblich gesteigerten Kriegsausgaben zeigt der Abschluß des Jahres 1915/16 bereits eine Erhöhung des Fehlbetrages auf 2 420 141 M, der nur mit einer Summe von 334 669 M durch den Ausgleichsfonds beglichen werden konnte, so daß das laufende Jahr mit einem Fehlbetrage von 2 085 471 M begonnen hat und an seinem Schlusse bei der gegenwärtigen Sachlage eine wesentliche Erhöhung dieses Fehlbetrages sich ergeben wird. Es ist also dringend not-

wendig, sich nach neuen Einnahmen für die Stadt umzusehen. Wenn auch nicht daran gedacht werden kann, diese enormen Fehlschläge, die durch die Kriegslage für die Stadt entstanden sind, durch neue Steuerquellen zu beseitigen, so muß doch Bedacht darauf genommen werden, diese großen Fehlschläge wenigstens zinsmäßig zu decken, und darauf soll denn auch zuerst das Augenmerk gerichtet werden.

Zunächst war erwogen, ob es angängig sei, eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer eintreten zu lassen, doch hat dieser Gedanke fallen gelassen werden müssen, einmal, weil die Genehmigung einer neuen Erhöhung dieser Steuer seitens der Staatsregierung nicht hätte erreicht werden können, zweitens aber, weil es bedenklich sein würde, schon jetzt nach der kürzlich erfolgten Erhöhung der Gemeindecinkommensteuer um zwei Einheiten wieder mit einer neuen Erhöhung vorzugehen. Man hat sich weiter damit beschäftigt, ob es richtig sei, die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen, eine Konzessionssteuer einzurichten oder eine angemessene Gebühr für Abfuhr des Hauskehrichts einzuführen. Soweit die beiden ersten in Betracht kommen, steht der Magistrat auf dem Standpunkte, daß ohne Erhöhung dieser Steuern in Zukunft nicht auszukommen sei, daß aber im gegenwärtigen Augenblick bei der schwierigen Lage der städtischen Hausbesitzer und Gewerbetreibenden eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer nicht angängig sei. Eine Steuer für Erteilung von Konzessionen würde einen nennenswerten Erfolg kaum haben, und für die Einführung einer Gebühr für die Abfuhr des Hauskehrichts würde bei der unbequemen Lage, in der sich die Stadt in dieser Sache befindet, nicht der richtige Augenblick sein. Es ist deshalb naheliegend, daß man an die Verteuerung der Wasserlieferung herangegangen ist, und zwar einmal, weil dadurch eine Quelle geschaffen wird, die eine einigermaßen befriedigende Summe erbringen wird, zweitens, weil man die Überzeugung hat, daß damit eine gerechte Besteuerung stattfindet, denn eine Erhöhung, wie sie in Aussicht genommen ist, würde — wie ich nachher nachweisen werde — zum größten Teile die wohlhabenden Kreise und die gewerblichen Etablissements treffen.

Der Wasserpreis hat bis zum Jahre 1902 — wie den Herren bekannt ist — 10 Pf. für das gelieferte Kubikmeter betragen und ist dann nach Errichtung des zweiten Wasserwerks vom Jahre 1902 ab auf 12,5 Pf. gestiegen. Wenn jetzt eine Erhöhung auf 15 Pf. für des Kubikmeter Platz greifen soll, so würde Braunschweig bei dem Vergleich mit 78 städtischen und 4 staatlichen Wasserwerken nur durch 15 Städte überholt werden, die günstigere Preise für ihre Abnehmer stellen. Auch das ist ein Grund, der erkennen läßt, daß es richtig ist, mit der Erhöhung auf 15 Pf. vorzugehen. Es kommt hinzu, daß die Einnahmen, die die Wasserwerke bisher geliefert haben, in gar keinem Verhältnis stehen zu den Gesehungs-kosten des Wassers, und daß sie in noch schlechterem Verhältnisse stehen zu den Anschaffungskosten der Wasserwerke. Es ist Ihnen bekannt, daß die Anschaffungs-



kosten der Wasserwerke 6 Millionen Mark betragen haben, die aber durch Anjammung von Reserven ermäßigt sind. Wenn man bei diesen Anlagekosten die Einnahme des letzten Jahres berücksichtigt, so ergibt sich, daß ohne Hinzurechnung der Einnahme aus dem Privateinrichtungsgeschäft und mit Anrechnung der notwendigen Reserven von 50 000 *M* nur eine Einnahme von 142 000 *M* erzielt worden ist; das würde eine Rente von nur 2,4 Prozent ergeben. Mit Hinzurechnung der Einnahmen des Privateinrichtungsgeschäfts und der Reserve würde sich eine Einnahme von 244 000 *M* ergeben, was einer Rente von 4 Prozent entspricht. Daß eine solche Verzinsung eines Anlagekapitals, das zu werbenden Zwecken ausgegeben ist, nicht die richtige ist, muß ohne weiteres zugegeben werden.

In der Finanzkommission, in der man sich mit der Frage der Erhöhung des Wassergeldes eingehend beschäftigt hat, ist zunächst der Einwand erhoben, daß diese Steuer wieder eine wesentliche Belastung des Grundbesitzes mit sich bringen werde. Daß sie eine *w e s e n t l i c h e* Belastung ist, kann ich nicht zugeben; eine geringe Mehrbelastung ist ja vorhanden, aber man wird nicht umhin können, zu sagen, daß sie auf die Mieter abgewälzt werden kann, wie die Bezahlung des Wassergeldes ja schon sowieso von einem Teile der Grundbesitzer bereits abgewälzt ist. Man wird deshalb wohl annehmen dürfen, daß die Grundbesitzer in der Hauptsache zu diesem Mittel greifen werden, und der Grundbesitzerverein würde sich um die Grundbesitzer ein Verdienst erwerben, wenn unter seiner Führung sich die Hausbesitzer zusammenschließen und dahin wirken, daß in allen Fällen die Bezahlung des Wassergeldes auf die Mieter abgewälzt wird.

Von seiten der Vertreter der Arbeiterparteien wurde betont, daß die Minderbemittelten durch die neue Erhöhung außerordentlich in Anspruch genommen würden. Eine Feststellung, die ich habe machen lassen, ergab nun, daß man mit diesem Argument keineswegs durchkommen kann, denn es beziehen z. B. in der Karl-Schmidt-Straße 182 Familien 6668 cbm Wasser, das macht auf die einzelne Familie 37,7 cbm und würde bei der Erhöhung von 2½ Pf. für die einzelne Familie im Jahre einen Mehrbetrag von 92 Pf. oder monatlich 7,7 Pf. erbringen. In der Comeniusstraße beziehen 298 Familien 11 500 cbm Wasser, im Durchschnitt 38,8 cbm, das macht monatlich pro Familie 8 Pf. Mehrkosten durch die Erhöhung des Wassergeldes. In der Friesenstraße sind es 359 Familien, die 8756 cbm verbraucht haben, im Durchschnitt 24 cbm, da würde die Mehrbelastung 61 Pf. im Jahre und pro Monat 5 Pf. betragen. So könnte ich noch eine Reihe von anderen Straßen aufzählen, wo die Verhältnisse ähnlich liegen wie hier. Eine Zusammenstellung ergibt, daß z. B. 1519 Familien zusammen rund 47 000 cbm Wasser bezogen haben, durchschnittlich 30,6 cbm, so daß eine monatliche Mehrausgabe von 6,5 Pf. entsteht. Daß diese geringe Mehrausgabe keine Belastung der einzelnen Familie darstellt, wird man ohne weiteres an-

nehmen dürfen, und deshalb glaube ich, daß auch die Vertreter der Arbeiter sich mit den Vorschlägen des Magistrats abfinden und ihnen zustimmen werden.

In der Finanzkommission hat sich eine Mehrheit für die Annahme des Magistratsantrages nicht ergeben, es waren drei Stimmen für und drei Stimmen gegen den Antrag. Ich hoffe, mit meinen Ausführungen dahin gewirkt zu haben, daß die Herren Stadtverordneten die Überzeugung gewonnen haben, daß dieser Antrag nicht nur einer dringenden Notwendigkeit entspricht, sondern daß auch die Steuer, die damit zur Durchführung kommen soll, eine solche ist, gegen die sich Entscheidendes nicht sagen läßt.

**Stadtv. Meyerhoff:** Es ist wohl neben der jetzt glücklich beseitigten Kalamität der Müllabfuhr nie eine Vorlage eingebracht worden, die, ich will nicht sagen, böses Blut, aber doch so große Erregung hervorgerufen hat, als die Vorlage wegen Erhöhung des Wassergeldes. Ich gestehe unumwunden zu: Das Wasser ist hier in Braunschweig nicht teuer, Wolfenbüttel bezahlt bedeutend mehr dafür; und ich glaube, Hildesheim auch usw. Aber früher wurde immer gesagt, und die Hygieniker wiesen mit Recht darauf hin: „Mit Wasser soll nicht gespart werden; Wasser ist eine Gottesgabe, die soll keinem Menschen verkümmert werden.“ Wasser ist kein Kunstprodukt wie z. B. Gas, Elektrizität usw., es braucht nicht erst durch chemische und andere Prozesse produziert zu werden. Wenn das Wasser auch gereinigt werden muß, wenn es auch gehoben und gedrückt werden muß, so ist es doch immer noch eine Himmelsgabe, die man nicht verteuern soll.

Nun hat der Herr Referent auf andere Städte hingewiesen und gesagt, daß nur 15 von in einer vorgelegten Aufstellung aufgeführten Städten billigeres Wasser liefern, selbst wenn wir diesen neuen Satz von 15 Pf. annehmen. Ich gab ja eben schon zu: 15 Pf. für das Kubikmeter ist kein teurer Preis, aber es ist die Art und Weise der Erhebung des Wassergeldes, die uns nicht zusagt. Der Herr Referent hat aus einer Tabelle vorgelesen, daß in der Comeniusstraße im Monat nur 6 Pf. mehr an Wasser zu bezahlen wären; aber er malt sich nicht das Bild vor, wie es den Hauswirten auf diesen Straßen gehen wird, die diese neuen Preise einfordern sollen. Der Hauswirt ist heute schon sowieso mehr Rollziehungsbeamter für die Obrigkeit, für Staat und Kommune als Eigentümer seines Grundstücks und Erheber irgend einer Einnahme von seinem Grundstücke, und dieses Amt wird ihm nun noch schwerer gemacht durch die Verteuernng des Wassers. Was ich vermissen, ist, daß der Magistrat, wenn er mit dieser Vorlage kommen wollte, sich vergewissert hätte: „Wie komme ich dabei dem Grundbesitzer entgegen? Der Grundbesitzer soll das erhöhte Wassergeld einziehen, was biete ich als Gegenleistung? Wie mache ich es den Hauswirten leicht, das Geld von den Mietern einzuziehen?“ Meine Herren, wir haben früher einmal, als die

Kosten für die Müllabfuhr von seiten der Grundbesitzer übernommen werden sollten, ein Statut bekommen, in das — wie ich glaube, auf unser Betreiben — hineingebracht war, daß die Hauswirte berechtigt sein sollten, diesen Betrag für die Müllabfuhr von den Mietern wieder zurückzuverlangen. Wenn Sie solche neuen Verordnungen machen wollen, dann wäre das wenigste, daß eine gleiche Bestimmung auch in diese neue Verordnung hineinkommt. Es möge öffentlich von seiten der Stadtverwaltung gesagt werden: Den Betrag für das Wasser, das jeder Mieter verbraucht, hat er an den Hauswirt zu berichtigen. Eine solche Bestimmung findet sich aber bisher in keinem Statut. Ich habe hier einen Stempelbogen über Pacht- und Mietverträge. Darin steht ein Passus, daß besondere Leistungen für den Pächter oder Mieter, z. B. für Müllabfuhr, Reinigung usw. dem Mietpreis hinzuzurechnen sind, daß also diese kleinen Abgaben der Hauswirt mit versteuern soll, daß er sie aber dem Mieter anrechnen darf. Vom Wasser aber steht nichts darin, und über die Wiederbezahlung des Wassergeldes durch den Mieter macht auch der Magistrat in dieser Vorlage keine Vorschrift, also müssen wir sie machen. Ich könnte mich für die Erhöhung des Wassergeldes nur erwärmen, wenn laut und öffentlich oder meinetwegen durch ein neues Statut gesagt wird: Der Mieter ist verpflichtet, den Betrag für das von ihm entnommene Wasser an den Hauswirt zurückzuzahlen. Solange das nicht geschieht, kann ich mich nicht für Erhöhung des Wassergeldes erklären.

Nun ist gesagt: Die Kommunalsteuer können wir nicht erhöhen. Ich weiß wohl, daß die Grund- und Gewerbesteuer erhöht werden kann und muß, wenn die Kommunaleinkommensteuer erhöht wird; das ist Landesgesetz. Vielleicht wird aber das Landesgesetz durch den Krieg oder sonstwie anders geformt werden. So, wie dieses Gesetz einer Abänderung bedürftig ist, so sind es noch viele andere. Und wenn vom Herrn Referenten darauf hingewiesen ist, daß die Grundsteuern und Gewerbesteuern augenblicklich nicht erhöht werden sollen, so schützt es mich, wenn ich das erhöhte Wassergeld jetzt bewillige, nicht davor, daß ich als Gewerbetreibender und Hausbesitzer später doch noch unter die Maßregel dieser Steuererhöhung falle. Die Gewerbesteuer ist zudem noch eine Steuer zu Unrecht, denn die Gewerbetreibenden müssen dreimal Steuern bezahlen: Kommunalsteuern, Grundsteuern und Gewerbesteuern, was die Rentner z. B. nicht müssen. Alles dieses Unrecht, das noch in dem alten Steuerrecht enthalten ist, müßte beseitigt werden. Wenn die Erhöhung des Wassergeldes uns davor schützen sollte, daß die Grund- und Gewerbesteuer erhöht wird, dann wäre ich auch dafür zu haben, immer aber nur unter der Voraussetzung, die ich vorhin angedeutet habe. Zu dieser Vorlage, wie sie eingebracht ist, einfach ja zu sagen, das ist mir nicht möglich, und ich bitte meine Herren Kollegen, sich die Sache reiflich zu überlegen, ehe sie zustimmen.

Stadtv. **Frede:** Nachdem Herr Kollege Lebbenjohanns namens eines Theiles der Finanzkommission — nicht der Mehrheit, wie die Herren gehört haben — über die Vorlage referiert hat und zu einem zustimmenden Ergebnis gekommen ist, sei es mir gestattet, auch den Standpunkt des anderen Theiles der Finanzkommission zu vertreten. Der andere Teil gliedert sich wiederum in zwei Teile, in die Herren Niese und Ohlendorf einerseits und meine Person andererseits. Wir haben nicht aus gleichen Gründen gegen die Vorlage gestimmt, und ich glaube, da Herr Niese sich jedenfalls auch äußern wird, daß ich nur das vorzutragen brauche, was ich als Vertreter der Grundbesitzer ausgeführt habe.

Es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß die Stadt in einer schwierigen Lage ist, daß unbedingt Quellen für weitere Einnahmen erschlossen werden müssen, und die Hausbesitzer sind die letzten, die sich dieser Erkenntnis verschließen. Nun kann man aber sehr wohl der Meinung sein, daß andere Quellen, als gerade die Verteuerung des Wassers eine darstellt, hätten zum Fließen gebracht werden können. Daß man das so notwendige Wasser verteuern will, ist nicht ohne weiteres gutzuheißen; man hätte doch erst prüfen müssen, ob nicht andere Gegenstände besser geeignet wären, die städtischen Kassen zu füllen. Ich will nicht die Vorschläge wiederholen, die ich in der Kommission gemacht habe, aber es hat mir dort nicht nachgewiesen werden können, daß es ungeeignete Vorschläge sind, wenngleich ich von einigen zugestehen muß, daß sie sich mehr für die Zukunft eignen. Andere aber sind doch auch für die Gegenwart geeignet und mindestens so ergiebig, wie die Erhöhung der Wasserabgabe, die der Magistrat eben vorschlägt.

Ich habe namens der Hausbesitzer aus folgendem Grunde gegen die Erhöhung gesprochen: Weitaus der größte Teil unserer Hausbesitzer erhebt das Wassergeld nicht gesondert von der Miete, sondern alles zusammen nach der alten Weise eingerechnet in die Miete, und er wird, wenn er dem Rate des Magistrats nachkäme und die Bezahlung des Wassergeldes auf die Mieter abwälzen wollte, in die Lage kommen, die Mieten erhöhen zu müssen. Es ist ohne weiteres einzusehen, daß es in der gegenwärtigen Zeit und sicher auch eine längere Zeit nach dem Kriege ganz unmöglich ist, die Mieten zu erhöhen. Mietnachlaß und Mietausfälle sind an der Tagesordnung, und so kann von keiner Mieterhöhung gesprochen werden. Aus diesem Grunde habe ich mich mit der vom Magistrat empfohlenen Maßnahme nicht befreunden können. Ich habe selbst früher einmal den Vorschlag gemacht, daß ein Ausweg, wie ihn Herr Meyerhoff empfiehlt, gesucht werden solle, nämlich daß der Magistrat eine Verpflichtung der Mieter ausspricht, zu den Wasserkosten beizutragen. Es würde das denjenigen Hauswirten, die nicht gesonderte Wassergelderhebung haben, eine Berechtigung verleihen, ihnen den Rücken stärken, und es würde tatsächlich die Leistung des einzelnen dann nicht übergroß werden, wie ich das auch in der Kommission schon ausgeführt habe. Es

ist nicht die Höhe des Wassergeldes, das uns von der Annahme der Magistratsvorlage abschreckt, sondern mehr etwas Grundsätzliches. Es muß auch gesagt werden, daß der Herr Oberbürgermeister in der Kommission grundsätzlich gegen diese Sache nichts einzuwenden hatte, sondern die Berechtigung unseres Standpunktes anerkannte. Sie liegt im übrigen auch vor; man kann die Verpflichtung der Mieter ja auch privatrechtlich festsetzen. Aber der Herr Oberbürgermeister trug doch Bedenken, eine solche Einfügung in das Statut, das allerdings vorläufig noch nicht besteht, zu empfehlen; er hatte seine Gründe, bei den sogenannten „Bedingungen“ zu verbleiben und nicht ein Wasserstatut aufzustellen. Das ist aber doch mehr eine äußerliche Sache, und ich glaube, es wäre besser, daß der Magistrat, da er grundsätzlich die Berechtigung einer solchen Regelung anerkennt, die Erklärung abgibt, daß eine solche Maßnahme getroffen werden soll. Dann würden wir es den Hausbesitzern gegenüber vertreten können, wenn wir der Erhöhung des Wassergeldes zustimmen, die im übrigen wohl als ein geeignetes Mittel erscheint, um Geld in die städtischen Kassen zu schaffen, wenngleich wir, wie ich im Anfange schon sagte, andere Gebiete für besser geeignet gehalten hätten. Ich möchte den Magistrat bitten, sich über diese Frage zu äußern.

**Stadtv. Räte:** Es ist richtig: die beiden Minderheiten, die die Steuervorlage des Magistrats ablehnen, sind zu einem Entschlusse gekommen, aber nicht aus einerlei Grunde. Gerade dasjenige, was von meinem Vorredner, Herrn Krede, als wünschenswert begründet wurde, war das, was uns Anlaß gab, diese Steuer abzulehnen. Wenn von vornherein in die Bedingungen für Wasserabgabe hineingeschrieben wird, daß der Hauswirt diese Last auf seine Mieter verteilen kann, dann weiß ich schon im voraus ganz genau, daß von einem großen Teile der Hausbesitzer diese Steuer auf die Mieter abgewälzt wird. Gewiß, es gibt einen großen Teil Wirte, die es nicht tun werden, und die es auch heute nicht tun; zum Beispiel mein Hauswirt tut es auch nicht — und ich würde es mir auch nicht gefallen lassen. Wenn der Magistrat Bedenken trägt, dem Wunsche der Hauswirte zu folgen, so hat er auch seine Gründe dafür angegeben. Falls heute der Beschluß gefaßt würde, das Wassergeld in der beantragten Weise zu erhöhen, dann würde sich die Mehrzahl der Wirte nicht daran kehren, ob bisher in der Wohnungsmiete das Wassergeld mit einbegriffen gewesen ist, sondern würde es von den Mietern besonders erheben, und davor müßten wir uns schützen.

Es ist uns vorgeführt, daß der Wasserpreis in Braunschweig ebenso hoch oder billiger ist als in anderen Städten, und daß unser Wasser künstliches Wasser gegenüber dem in anderen Städten sei, die uns gegenüber im Vorteile sind, das Wasser so gebrauchen zu können, wie es ihnen zur Verfügung steht, während wir vielleicht erst durch unsere Arbeit das Wasser verbessern müssen, es durch technische

Mittel reinigen müssen. Der Magistrat hat uns auch eine Bilanz aufgestellt und gesagt, daß man kaufmännisch rechnen müsse, daß sich die Anlage auch verzinsen müsse, und das ist ja einerseits auch richtig. Aber wenn man unsere Steuer- verhältnisse im allgemeinen in Berücksichtigung zieht, dann ist es doch fraglich, ob auch noch diese Steuer uns aufgehalst werden kann. Wir waren der Ansicht, daß die Stadt bei diesem Preise von 12½ Pf. pro Kubikmeter sehr gut auszukommen imstande ist. Wir haben früher 10 Pf. für das Wasser bezahlt und sind gut damit ausgekommen, haben sogar so viel erübrigt, daß wir die Kosten für ein neues Wasserwerk und für die notwendigen Bohrungen haben bestreiten können. Da, meine ich, muß es auch heute möglich sein, daß bei einem Preise von 12½ Pf. die Stadt auf ihre Kosten kommt.

Dem Magistrat kann man es ja in dieser Zeit nicht verargen, wenn er beizzeiten auf eine Steuerfuche geht. Er muß sich darum kümmern, die ungeheuren Schulden, die wir jetzt haben und noch auf uns nehmen müssen, zu decken, mindestens aber zu verzinsen. Aber der eingeschlagene Weg ist meines Erachtens nicht der richtige. Muß einmal durch den Krieg eine Änderung in den Einnahmen der Stadt geschaffen werden, dann muß die ganze Steuerverfassung geändert werden. Wer heute von einem Einkommen von 200 000 M 13—14 000 M Steuern zahlt, der würde, auch wenn er das Doppelte, 25 000 M bezahlen würde, noch besser leben können als alle anderen, die ein geringes Einkommen haben. Das wäre eine gerechte Besteuerung, das wäre die gerechte steigende Progression, die den Vermögensverhältnissen Rechnung trägt. In der Zeit, als ich zuerst als Stadtverordneter gewählt wurde, hatten wir nur eine Steigerung von 1 zu 4, mit anderen Worten, das höchste Einkommen wurde nur mit einer viermal so hohen Steuer belegt, wie das Einkommen des Nähmädchens, das damals vielleicht 300 M verdiente. Wenn heute die Progression von 1 zu 10 gehen würde, so würde das gerechter sein als damals, und diese Steuern auf Wasser, Gas und alle diese Dinge, wie sie heute vorgeschlagen sind, würden überflüssig sein; die Lasten würden mehr gleichmäßig nach der Steuerkraft verteilt werden.

Ich komme auch heute wiederum zu dem Schlusse, daß ich mich gegen diese Erhöhung des Wassergeldes erkläre, und ich erjuche Sie im Auftrage meiner Freunde um Ablehnung der Vorlage.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Es hat keinen Zweck, zu versuchen, den einen oder anderen der Herren, die gegen die Vorlage sind, durch Reden hier von der Berechtigung der Erhöhung des Wassergeldes überzeugen zu wollen. Es hat wahrscheinlich jeder von denen, die dagegen stimmen wollen, seine Ansicht gefaßt, und der Magistrat möchte Gründe vorbringen, welche auch nur möglich wären, er wird die Gegner nicht umstimmen können.

Herr Niefe erklärte in der Kommission ganz offen: „Ich bin grundsätzlich gegen jede indirekte Steuer“, und aus einer solchen Stellungnahme macht ihm auch niemand einen Vorwurf. Eins aber muß ich doch sagen: Herr Meyerhoff und Herr Frede glauben, durch die Ablehnung dieser Vorlage den Grundbesitz vor einer weiteren Belastung zu schützen — ich möchte die gegenteilige Ansicht vertreten. Wir mögen anfangen, was wir wollen, wenn wir nicht durch derartige Einnahmen, wie diese oder andere Steuern, die wir neu einführen und durch die wir Geld schaffen, über diese schwere Zeit uns hinweghelfen, so bleibt uns nichts anderes übrig, als die laufenden Steuern, die wir schon haben, zu erhöhen. Ich erkenne dabei ohne weiteres an, daß die Gemeindeeinkommensteuer immer noch die gerechteste Steuer ist — daran ist nicht zu rütteln —, aber das Gesetz hat uns einen Kiegel vorgehoben, und so leicht, wie Herr Meyerhoff die Sache darstellt, geht es mit der Gesetzesänderung doch nicht, und zwar nicht aus Widerwillen der Regierung dagegen, etwas Besseres an die Stelle des Vorhandenen zu setzen, sondern deshalb, weil die Interessen des Staates und der Gemeinden auf diesem Gebiete kollidieren. Hier liegt der springende Punkt. Der Staat hat auf Grund der Finanzreform, die Miquel in Preußen durchgeführt hat, und die von Braunschweig übernommen ist, die Einkommensteuer für sich in Anspruch genommen, und so ist es erklärlich, daß der Staat das Bestreben hat und stets haben wird, die Beackertung dieses Steuerfeldes für sich zu behalten. Er hat deshalb gesagt: Soviel die Gemeinde 100 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer erhebt, hat sie die Grund- und Gewerbesteuer entsprechend zu erhöhen. Wenn wir also mit unserer Gemeindeeinkommensteuer in die Höhe gehen, so ist die Folge davon, daß automatisch Grund- und Gewerbesteuer steigen müssen, und deshalb sage ich: Die Herren, die heute den Grundbesitz schützen wollen, würden besser tun, wenn sie für die Vorlage des Magistrats stimmten. Wenn aber die Herren anderer Ansicht sind, so kann ich ihnen meine Überzeugung nicht aufzwingen.

Nun noch ein paar Worte zu dem, was die Herren Meyerhoff und Frede angedeutet haben, und was darauf schließen läßt, daß sie unter Umständen für diese Erhöhung des Wassergeldes stimmen werden. Das ist der Vorschlag, daß ein Statut ausgearbeitet werden soll, durch das die Pflicht der Bezahlung des Wassergeldes ebenso den Mietern wie den Hausbesitzern auferlegt werden soll. Meine Herren, der Magistrat hat bisher die Abgabe von Gas und Wasser absichtlich nicht durch Statut geregelt, weil wir der Überzeugung waren, es wäre für die Stadtverwaltung besser, in dieser Beziehung vollständig freie Hand zu behalten. Sollten die Herren Stadtverordneten anderer Ansicht sein, indem sie wünschen, daß alle diese Dinge betreffenden Beschlüsse — das würde die Folge eines derartigen Vorgehens sein — jedesmal der Prüfung und Genehmigung durch unsere Aufsichtsbehörde unterliegen, dann mögen sie dieses Vorrecht aufgeben, und der

Magistrat wird sich fügen müssen. Ob man allerdings durch ein solches Statut, wie die Herren es wollen, den Mieter zwingen kann, für Entnahme von Wasser eine bestimmte Abgabe zu zahlen, das scheint mir nach wie vor in hohem Grade zweifelhaft. Herr Meyerhoff hat hingewiesen auf ein Müllabfuhrstatut — ich erinnere mich nicht, daß wir ein solches „Statut“ vorgelegt haben; es war wohl eine „Ordnung“. Die Sache liegt bei dem Müll ebenso wie bei dem Wasser. Die Abgabe von Wasser seitens der Stadt an den einzelnen Einwohner ist ein Lieferungsvertrag — darüber kommen wir nicht hinweg. Die Stadt liefert, und der andere Vertragsteil bezahlt dafür. Kann man denn nun in einen solch rein privatrechtlichen Vertrag durch Statut eingreifen und sagen: Zu diesem Kaufpreise, den der Empfänger meiner Ware bezahlen muß, soll eine dritte Person beitragen? Die Sache ließe sich nur durch Einführung von Gebühren machen, und die Vorschrift des Gemeindeabgabengesetzes in dieser Beziehung ist mir wohl bekannt. Aber, meine Herren, ob eine derartige Vorschrift, wenn wir sie aufnehmen würden, im Streitfalle von den Zivilgerichten, die zuständig sein würden, anerkannt würde, daß also gerichtlich festgestellt würde, daß durch Statut in dieser Weise in das Zivilrecht, nämlich in die Mietverträge, eingegriffen werden kann, darüber bin ich zweifelhaft. Wir haben es erlebt, daß in anderen Städten derartige Ordnungen, nachdem sie erlassen und eine Zeitlang bestanden haben, hinterher auf Grund von Entscheidungen der Gerichte über Bord geworfen, kassiert werden mußten, und wie die Finanzen der betreffenden Stadt in unglaublicher Weise dadurch in Unordnung geraten sind. Ehe wir ein solches Statut erlassen, welches diese Verpflichtung den Mietern auferlegt, müßten wir doch erst gründlich überlegen, ob das zulässig ist.

Es wäre ein Ausweg zu finden, indem die Stadt mit den sämtlichen Mietern Lieferungsverträge abschlüsse, wie sie heute mit dem Hausbesitzer abschließt. Den Herren ist bekannt, daß jeder, der Anschluß an die Wasserleitung oder an die Gasleitung haben will, einen gedruckten Verpflichtungsschein unterschreiben muß, worin er sich den Bedingungen der städtischen Behörden unterwirft. Man müßte also versuchen, den Mieter jedesmal eine solche Verpflichtung unterschreiben zu lassen. Ob dazu sich heute viele Mieter, die doch ihren Mietkontrakt haben, verstehen würden, scheint zweifelhaft zu sein. Auf keinen Fall könnten wir den Hausbesitzer zwingen, seinen Mieter zu veranlassen, einen solchen Verpflichtungsschein zu unterschreiben. Den Hauswirt zwingt im äußersten Falle die Stadt dadurch, daß sie sagt: Wenn du dich unseren Bedingungen nicht unterwerfen willst, so müssen wir dir die weitere Lieferung des Wassers entziehen. Da wir nicht jedem Mieter einen Messer setzen können, bleibt Abnehmer von Wasser im Gegensatz zur Gaslieferung immer nur der Hausbesitzer, und in die zivilrechtlichen Verhältnisse zwischen ihm und seinen Mietern durch Statut einzugreifen,



ist mindestens ein höchst gewagtes Unternehmen. Ich will zugeben, daß es vielleicht Gerichte geben wird, die einen gegenteiligen Standpunkt vertreten, aber wenn Herr Frede wünscht, daß sich heute der Magistrat dazu verpflichten soll, in dieser Weise vorzugehen, so muß ich sagen: Wir bedauern sehr, darauf nicht eingehen zu können, und wenn die Vorlage dadurch zu Falle kommen sollte, müssen wir sehen, was hinterher werden soll; diese Verpflichtung kann der Magistrat nicht übernehmen.

Was die Sache im allgemeinen betrifft, so haben wir alle Gründe, die für die Erhöhung sprechen, Ihnen schon in unserer Vorlage angeführt. Ich möchte nur noch auf eins hinweisen: Es mag richtig sein, wenn die Verteuerung des Wassers von dem einen oder anderen schon aus gesundheitlichen Rücksichten nicht für wünschenswert erachtet wird, und in Zeiten, wie vor dem Kriege, wo wir alle — das kann ich wohl sagen — unsere Freude über den Bestand unseres Ausgleichsfonds gehabt haben, würde der Magistrat überhaupt nicht daran gedacht haben, eine solche Vorlage zu machen. Aber die Zeiten haben sich geändert. Der Ausgleichsfonds, der einen Bestand von annähernd einer Million aufwies, ist jetzt der Träger unseres Defizits geworden, und jedes neue Defizit, das die Kriegszeit uns bringt, müssen wir Ihnen im Ausgleichsfonds vorführen. Wenn nicht beizzeiten von Ihnen Mittel beschafft werden, um eine Besserung in den städtischen Finanzen zu erreichen, dann werden Sie es dem Magistrat nicht verdenken können, wenn er — ich möchte wohl sagen — die Lust zu Unternehmungen und zur Initiative verliert. Sie haben bei den verschiedensten Gelegenheiten und mit vollem Recht dem Magistrat an Hand gegeben, wir möchten mit Rücksicht auf die Entwicklung der Stadt wagemutig vorgehen, und das unterschreibt der Magistrat nach jeder Richtung hin. Wir wollen durchaus vertrauen auf die Steuerkraft unserer Bürger. Aber mit der Bewilligung hier ist es allein nicht getan. Sie haben dasselbe Interesse daran wie wir, die Finanzen der Stadt solide zu erhalten, und wenn Sie keine anderen Gründe vorbringen können als die drei Herren vorgebracht haben, so würde ich sehr bedauern, wenn diese Gründe die Vorlage zu Falle bringen würden. Ich möchte nochmals bitten, für die Vorlage zu stimmen.

**Stadt v. Meyerhoff:** Der Herr Oberbürgermeister meinte, ich hätte nicht erwähnt, daß durch die Erhöhung des Wassergeldes eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer hintangehalten werden könnte. Das trifft nicht zu, im Gegenteil, ich habe mich für die Erhöhung des Wassergeldes erwärmt und gesagt: Wenn ich Gewähr dafür hätte, daß wir durch die Bewilligung des Wassergeldes vor der späteren Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer geschützt wären, dann würde ich unbedingt dafür stimmen. So präzise habe ich mich ausgedrückt. Der Herr

Oberbürgermeister schildert die Lage der Finanzen ziemlich trübe. Wir haben im kleineren Kreise auch über die Sachlage gesprochen und darnach sehe ich die Finanzlage der Stadt für nicht so trübe an, meine Herren, nicht für so trübe, daß für uns 100 000 M., Herr Loeschigk, eine solche Bedeutung haben, daß unsere Finanzlage dadurch aufrechterhalten würde. Denn rund 100 000 M. würde nach den vorliegenden Ziffern die Erhöhung des Wassergeldes der Stadt einbringen.

Ich komme nun auf die Gründe für die Ablehnung durch Herrn Kiefe. Das habe ich nicht gewußt, daß Herr Kiefe fürchtet, daß die Mieten nur infolge des erhöhten Wassergeldes erhöht würden! Daß dadurch höhere Mieten kommen würden, daran habe ich nicht gedacht und denke auch jetzt nicht daran. Bei dem jetzigen Stande der Dinge ist es rein unmöglich, überhaupt Mieten zu erhöhen. Aber die Steigerung der Preise aller Materialien und auch der Mieten wird nach dem Kriege kommen. Wenn wieder neue Häuser gebaut werden sollen, dann wird es sich herausstellen, daß Häuser unter 30—40 Prozent Vertenerung nicht hergestellt werden können, und dann wird auch eine Erhöhung der Mieten folgen. Ich glaube im Gegenteil, daß der billig denkende Hauswirt jetzt nicht mit einer Mietsteigerung kommen wird — und die meisten Hauswirte sind billig denkend. Jawohl, Herr Munte, wenn Sie auch lachen. Herr Munte ist in der glücklichen Lage, nur ein Haus zu besitzen und es allein zu bewohnen. Alle Herren, die in dieser glücklichen Lage sind, haben keine Idee von dem heutigen Elend des Hausbesizers. Wie der Herr Referent uns vorgerechnet hat, kann die Erhöhung des Wassergeldes auf den Monat nur Pfennige bringen, und davon kann keiner 5—6 M. Miete aufschlagen. Die Mietsteigerung kommt aus anderen Gründen: wegen Erhöhung der Arbeitslöhne, wegen teurerer Materialien usw. Ich habe schon in der Kommission erwähnt, daß auch die Aussprache über den Gegenstand schon etwas wert ist, sie muß nur auch deutlich sein.

Ich habe die Frage aufgeworfen, ob nicht ein Statut über die Wasserabgabe möglich wäre, und der Herr Oberbürgermeister hat zugegeben, daß es geschehen könnte. In welcher Art der Magistrat das machen will, ist mir gleichgültig. Wir wollen nur, daß der Mieter das Wassergeld für das verbrauchte Quantum seinem Hauswirt zu vergüten hat; wir wollen die gewisse Berechtigung für den Hauswirt haben, das Geld einzukassieren. Heute sagt jeder bei einem solchen Versuch seines Hauswirts: „Nein, ich bezahle nichts, das Wassergeld liegt in der Miete.“ Deshalb habe ich in der Kommission hingewiesen auf den Steuerbogen. Der Hausbesitzer hat in der Grundsteuereinschätzung anzugeben: „Was ist an Nebenabgaben für das Haus zu bezahlen“, aber diese Nebenabgaben fallen trotzdem in die Erhöhung der Grundsteuer. Geradeso, wie es da im Gesetze gesagt ist, könnte durch die städtischen Behörden gesagt werden, daß der Hauswirt berechtigt ist, das Wassergeld von seinen Inquilinen einzukassieren. Aber nirgend steht etwas Der-

artiges, und weiter wünsche ich doch nichts! Sollte denn das nicht möglich sein? Es würde dadurch eine Einigung mit uns über die Erhöhung des Wassergeldes erzielt. Wir wünschen nur zu wissen: Ist der Magistrat bereit, dafür zu sorgen, daß diese Bestimmung in die Bedingungen für Wasserabgabe hineinkommt? Bis jetzt haben wir keine Berechtigung dazu, das Geld einzuziehen, es ist nur eine freiwillige Einigung, die zwischen Hauswirt und Mieter getroffen wird; ich will aber, daß eine Berechtigung ausgesprochen wird. Soweit sich der Magistrat dazu herbeiläßt, sind wir auch bereit, das Wassergeld zu erhöhen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Wenn damit die Vorlage zu retten wäre, dann glaube ich, daß ich ohne weiteres erklären kann: Diese Bedingung schreiben wir sofort in unsere Lieferungsbedingungen hinein. Aber, wird es eine Wirkung haben, Herr Meyerhoff? Das Gesetz vermag etwas, was wir nicht können. Sie haben gesprochen von gesetzlichen Vorschriften, aber Sie wissen doch, daß das Gesetz höher steht als das Statut, und hier erlassen wir nicht einmal ein Statut, sondern nur eine Vertragsbedingung. Beabsichtigen Sie aber, daß die städtischen Behörden durch eine derartige Bestimmung den Mietern eine Anregung geben, sie gewissermaßen bei ihrer Ehre fassen, damit sie dem Hausbesitzer den Teil des Wassergeldes zurückgeben, den er für sie verauslagt, so glaube ich, wird der Magistrat damit einverstanden sein. Der Magistrat wird also bereit sein, in die Bedingungen hineinzuschreiben: Der Hauswirt ist berechtigt, zu den Kosten, die er für Wasserlieferung der Stadt zu zahlen hat, seine Mieter heranzuziehen.

**Stadtv. Frede:** Die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters über die Zweckmäßigkeit des Erlasses eines Statuts über Wasser und Gas sind heute verständlicher und dringender als in der Kommission. Ich muß jetzt sagen, daß es wahrscheinlich nicht in unserem Interesse liegt, ein Statut über diese beiden Lieferungen zu erlassen, und wenn wir in Verkennung dieses Umstandes bisher eine statutarische Bestimmung gefordert haben, so bin ich gern bereit, heute anzuerkennen, daß das Zugeständnis des Herrn Oberbürgermeisters, in die bis jetzt bestehenden „Bedingungen“ für Abgabe von Wasser das Hineinzubringen, was von uns gewünscht wurde, ausreichen wird und wir uns getrauen dürfen, das gegenüber den Hausbesitzern zu vertreten. Es ist ja das nicht ganz richtig, was Herr Meyerhoff vorhin äußerte. Er sagte, es solle die Berechtigung für den Hauseigentümer ausgesprochen werden, das Wassergeld einzufordern. Die Berechtigung besteht auch heute schon zweifellos. Herr Meyerhoff hat sich auch dahin korrigiert, daß er sagte, es werde das in dem Vertrage besonders vorgesehen. Dem Mieter kann es gleich sein, wenn er die Mietentschädigung für zwei gleiche Wohnungen in verschiedenen Häusern in gleicher Höhe bezahlt, ob der eine Wirt

die Berechnung trennt in die und die Posten, oder der andere sagt: Als Gesamtentschädigung zahlst du mir soundso viel. Es ist von uns nur für den Teil der Hausbesitzer gesprochen, die diese Trennung bisher nicht geübt haben, nicht für alle. Ich z. B. habe diese Sache im Mietvertrage getrennt und würde nur prozentual das, was ich an höherem Wassergelde zu zahlen habe, auf die einzelnen Mieter übertragen; das würde eine Erhöhung von einigen Groschen ausmachen, und darum zieht keiner aus. Unser Wunsch liegt vor allem im Interesse derjenigen Hausbesitzer, die diese Teilung in einzelne Posten bei der Mietzahlung nicht haben; sie kann ja aber noch nachträglich vorgenommen werden, ohne daß sonst weiter eine Mieterhöhung eintritt.

Die Sachlage hat sich also in der Weise verschoben, daß wir glauben, unsere Zustimmung zur Erhöhung des Wassergeldes den Hausbesitzern gegenüber vertreten zu können, wenn diese gewünschte Einfügung vorgenommen wird.

Stadtv. Dr. **Kahlert**: Was ich sagen wollte, deckt sich zum größten Teil mit dem, was eben Herr Frede geäußert hat. Wenn der Magistrat in die Lieferungsbedingungen für Wasser diesen Passus hineinbringt, so wird dem Hausbesitzer in jeder Weise geholfen. Er kann den jetzt üblichen Vertrag mit seinen Mietern dann einfach dahin ergänzen, daß er sagt: Die Lieferung von Gas und Wasser erfolgt zu den von der Stadt festgesetzten Bedingungen. Damit ist der befürchteten calamität abgeholfen und, wie ich glaube, im Interesse der Vorlage eine Einigung erzielt.

Oberbürgermeister **Retemeyer**: Jetzt wird es nun Ernst, während ich vorhin, offen gestanden, geglaubt habe, Herr Meyerhoff wollte mit seiner Forderung einen Scherz machen. Glauben Sie denn wirklich, daß eine derartige Bestimmung gegenüber dem Mieter, der nicht zahlen will, auch nur die geringste Wirkung haben wird? Ich bitte wohl zu beachten: Es handelt sich bei den Lieferungsbedingungen um einen Vertrag zwischen der Stadt einerseits und dem Grundbesitzer andererseits, und wenn wir an diesem Vertrage ohne die Zustimmung des anderen Vertragsschließenden irgend etwas ändern, so dürfen wir das, weil sich unser Gegenkontrahent verpflichtet hat, er wolle die von den Behörden geänderten Bedingungen im voraus anerkennen. Daß aber dadurch irgendwie das Rechtsverhältnis des Hausbesitzers zu seinen Mietern beeinflusst werden könnte, ist ausgeschlossen. Wenn wir diesen Passus aufnehmen, dann kommt es nur darauf hinaus, daß man sagt: Es entspricht der Billigkeit, daß der Mieter zu den Kosten der Wasserlieferung beiträgt. So etwas ist doch schon an und für sich klar, das braucht der Magistrat nicht besonders zu sagen. Ich gebe zu, es wäre unrecht, wenn der Mieter Wasser vergenden würde und der Vermieter das Wassergeld be-

zahlen müßte. Mag aber doch jeder Hausbesitzer mit seinen Mietern einen entsprechenden Vertrag machen! Ob nun aber der Hauswirt das Wassergeld bei normalem Verbrauch in den Mietpreis hineinkassuliert und demnach die Miete entsprechend erhöht, oder ob er abmacht: Es wird Miete bezahlt und daneben Wassergeld, das kommt doch schließlich auf dasselbe hinaus. Es kommt nur darauf an, wie sich der Hauswirt mit seinen Mietern verständigt. Ich möchte bitten, Ihre Wünsche präzise zu fassen, damit wir wissen, was der Magistrat in die Bedingungen hineinschreiben soll. Grundsätzliche Bedenken habe ich nicht gegen den vorgebrachten Wunsch, abgesehen davon, daß der eine oder der andere über den Magistrat lächeln wird.

**Stadtv. Bues:** Es ist wohl ein Unterschied, ob es heißt: „Das Wassergeld wird von dem Hausbesitzer ohne weiteres getragen,“ wie es bisher in Braunschweig üblich war, oder ob der Magistrat dem Hauswirt ein gewisses Recht gibt, das Wassergeld von seinen Mietern zu erheben, wie es in anderen Städten üblich ist. In anderen Städten heißt es: Die Miete kostet soundso viel, und das gesamte Wassergeld für das Haus wird auf die Mietparteien verteilt, und diese haben zu ihrem Teile Wassergeld zu bezahlen. Ein solches Recht wird dem Hausbesitzer durch diesen sogenannten Lieferungsvertrag gegeben, wenn der Magistrat hineinschreibt: „Der Hausbesitzer ist berechtigt, das Wassergeld von dem Mieter einzuziehen.“

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Ich kann die letzten Ausführungen leider nicht als zutreffend anerkennen. Ich frage Herrn Bues: Nach welchem Verhältnis soll denn das Wassergeld auf die einzelnen Mieter verteilt werden? Soll jeder von ihnen gleichmäßig bezahlen? Es würde also sofort die Frage entstehen: Hat der Magistrat nicht daran gedacht, eine angemessene Verteilung des Wassergeldes auf die Mieter vorzunehmen? Dann läßen wir wieder fest. Das Gemeindeabgabengesetz hat die Städte ermächtigt, Gebühren für Benutzung von gemeindlichen Einrichtungen zu erheben. Das wissen wir ganz genau, nur handelt es sich dabei noch darum, daß auch ein klares Rechtsverhältnis bestehen muß zwischen der Gemeinde und dem einzelnen, der die gemeindlichen Einrichtungen benutzt. Ich gebe zu: Es wird wenig Leute in der Stadt geben, die nicht unsere Wasserleitung benutzen, möglich ist das aber doch, und ein Zwang zur Entnahme von Wasser könnte nicht ausgesprochen werden. Ich bleibe dabei, daß es im höchsten Grade zweifelhaft ist, ob wir überhaupt die Sache ohne Statut — gegen das ich mich vorläufig immer noch wehren möchte — zustande bringen können. Eine Entscheidung darüber wäre nur im Rechtswege möglich, und ehe eine solche Entscheidung vorliegt, können wir auf die Sache nicht eingehen. Ich fürchte

wenigstens, daß der Magistrat sich nicht dazu verstehen wird, auf's Geratewohl die ganze Sache zu machen.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung.

Stadtv. **Meyerhoff** (zur Geschäftsordnung): Ich weiß nicht, ob volle Klarheit über die jetzige Sachlage herrscht. In der letzten Erklärung sagte der Herr Oberbürgermeister, daß ohne Statut die Sache nicht zu machen wäre. Von einem Statut haben wir aber zuletzt nicht mehr gesprochen, sondern der Herr Oberbürgermeister hatte die Zusicherung abgegeben, etwas unseren Wünschen Entsprechendes in der Sache zu tun. Welche von den beiden Meinungen ist nun die richtige?

**Vorsitzender:** Es ist von keiner Seite ein Antrag eingebracht, ein Statut über diese Wasserabgabe zu erlassen. Es liegt weiter nichts zur Abstimmung vor, als der Antrag des Magistrats, die Bedingungen für Abgabe von Wasser dahin abzuändern, daß anstatt 12½ Pf., wie bisher, in der Zukunft 15 Pf. für das Kubikmeter Wasser bezahlt werden sollen, und was der Herr Referent weiter über den Antrag des Magistrats gesagt hat. Hierüber wird abzustimmen sein. Was die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters betrifft, so sagte er, daß der Magistrat es ablehne, ein Statut einzuführen und hineinzuschreiben, daß die Mieter verpflichtet sind, den Hauswirt für die Wasserlieferung zu entschädigen. Ein darauf hinzielender Antrag liegt nicht vor.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Dann möchte ich namens des Magistrats darum bitten, daß die Versammlung erklärt, ob und welche Vorschriften in die Bedingungen aufgenommen werden sollen. Sie haben aus meinen Worten deutlich entnommen, daß der Magistrat schwerlich, ohne daß Sie es wünschen, sich dazu verstehen wird, eine derartige (ich will den Ausdruck nicht nennen) Vorschrift in die Bedingungen aufzunehmen. Wir müssen uns doch fragen, was für einen Eindruck die Aufnahme einer solchen Vorschrift machen würde. Ich möchte also bitten, daß die Herren einen schriftlichen Antrag stellen, damit wir wissen, um was es sich handelt.

Während der schriftlichen Aufzeichnung des bezeichneten Antrages verstreicht eine knappe Minute.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Würden die Herren, die Wert auf eine solche Vorschrift legen, vielleicht damit zu frieden sein, daß wir sagen, nicht wie Herr Bues will: „Der Mieter ist verpflichtet . . .“, sondern: „Es bleibt dem Haus-

besitzer überlassen, das Wassergeld auf seine Mieter angemessen zu verteilen.“ Das ist eine Anregung, die ich akzeptieren will. Es ist damit etwas ganz anderes gesagt, als wenn man schreibt: „Der Mieter ist verpflichtet“.

**Vorfigender:** Nachdem der Magistrat erklärt hat, daß er eine Bestimmung, daß es dem Hausbesitzer überlassen bleibe, das Wassergeld auf seine Mieter angemessen zu verteilen, in die Lieferungsbedingungen aufnehmen will, würde ein besonderer Antrag überflüssig sein.

Die Fragestellung ist die alte geblieben. Diejenigen, die für den Antrag des Magistrats sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Das ist zweifellos die Mehrheit.

### 3. Zurückstellungen für den Reservefonds der Gaswerke 1916/17.

Stadt v. **Frede:** Wie den Herren bekannt ist, hat der Reservefonds der Gaswerke die Bestimmung, zur Bestreitung der Kosten für besondere Aufwendungen aufzukommen, namentlich für den Fall, daß Baulichkeiten und dergleichen für die Gaswerke nötig werden. Es handelt sich diesmal um Ausgaben teils für Baulichkeiten, teils für eine sehr erhebliche Beschaffung von Gasmessern und Gasautomaten. Die Zuweisung an den Reservefonds war für den laufenden Etat in einer Höhe von 50 000 M bemessen und soll nach dem Antrage erhöht werden. Der Magistrat schreibt darüber an die Stadtverordneten:

„Im Begleit Schreiben zum diesjährigen Voranschlag der städtischen Gaswerke hatten wir bemerkt, daß sich der Reservefonds der Gaswerke am 1. Februar 1916 auf 69 921,41 M belaufen habe, und daß wir, da nach Fertigstellung des Umbaus der Werke an der Taubenstraße in nächster Zeit eine stärkere Zuanpruchnahme des Reservefonds nicht zu erwarten sei, für das Mal die Zurückstellung von 50 000 M für genügend erachten. Diese unsere Annahme ist nicht zutreffend gewesen. Die Zahl der Abnehmer ist nicht unerheblich gestiegen, und es haben daher neben rückständigen Umbaukosten des Gaswerks an der Taubenstraße für Gasmesser und insbesondere für Automatenanlagen so erhebliche Mittel aufgewandt werden müssen, daß bereits die Rechnung des Reservefonds für 1915/16 mit einem Fehlbetrage von 7571,16 M abschloß.

Dazu sind im laufenden Rechnungsjahre bis jetzt für Beschaffung von Automaten und Gasmessern 44 477,45 M und für den erwähnten Umbau 8208,34 M aufgewandt. Nach Abjaß der im laufenden Rechnungsjahre zurückzustellenden 50 000 M ergibt sich mithin zur Zeit ein Fehlbetrag von 10 243,25 M.

Die Umbaukosten sind bis auf einige unbedeutende Posten bestritten, aber Anträge auf Einrichtung von Gasautomaten liegen noch in größerer Zahl vor. Wir halten daher im Einvernehmen mit der Verwaltungsdeputation für geboten,

noch im laufenden Jahre den Reservefonds wieder aufzufüllen, und geben anheim, gefälligst zustimmen zu wollen, daß für 1916/17 aus den Einnahmen der Gaswerke dem Reservefonds nicht 50 000, sondern 100 000 „/“ zugeführt werden.“

Die Finanzkommission hat diese Maßnahme für richtig und vorsichtig gehalten und gibt den Herren Stadtverordneten Billigung anheim.

Dem Antrage der Finanzkommission entsprechend, stimmt die Versammlung der Erhöhung des Reservefonds zu.

#### 4. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtung im Herzogin-Johann-Albrecht-Heim.

Stadtv. **Göde:** Es wird den Herren erinnerlich sein, daß wir in der letzten Sitzung die Herrichtung des Herzogin-Johann-Albrecht-Heims besprochen und eine erhebliche Summe dafür bewilligt haben. Der Vorsitzende der Stiftung hat an den Magistrat ein Schreiben gerichtet, in dem er seine große Freude über die Bewilligung für diese Ausbesserung und Zustandsetzung des Heims ausdrückt, zugleich aber macht er den Stadtmagistrat darauf aufmerksam, daß er es für wünschenswert hält, bei dieser Zustandsetzung zugleich eine elektrische Beleuchtungsanlage einzurichten. Ich muß gestehen, daß mir bei der Besichtigung des Hauses auch aufgefallen ist, wie wünschenswert diese Einrichtung ist, denn wo eine Menge Kinder untergebracht sind, ist es für die Gesundheit der Kinder zuträglich, wenn die Gasleitung, namentlich da sie schon mehrfach undicht geworden ist, durch eine elektrische Beleuchtungsanlage ersetzt wird. Der Magistrat hat sich dem Antrage wohlwollend gegenübergestellt und einen Kostenaufschlag anfertigen lassen, der hier vorliegt und sich auf 500 „/“ beläuft. Ich habe den Aufschlag, soweit ich dazu instande bin, geprüft, und auch die Baukommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Sie schlägt Ihnen vor, die nötigen Mittel zu bewilligen, und zwar wie der Magistrat beantragt, aus den Mitteln der Luise-Ottmer-Stiftung.

Die Mittel für die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung werden bewilligt.

#### 5. Ankauf eines Lastkraftwagens.

Stadtv. **Voeshigt:** Der Magistrat richtet an die geehrten Herren das Ersuchen, zur Entlastung des städtischen Pferdmaterials ein Lastautomobil anzuschaffen. In dieser schweren Zeit ist es immer sehr schwer, ein solches Automobil zu bekommen; wir haben aber Glück gehabt, indem bei der Firma Büßing ein ge-



brauchtes Lastautomobil mit 32 Pferdestärken ausfindig gemacht wurde. Diese Firma hatte schon 25 Anfragen von Kriegslieferanten auf Bestellung eines solchen Fahrzeuges erhalten, will aber auf den Bedarf der Stadt in erster Linie Rücksicht nehmen. Das Automobil soll für den Gebrauch durch die Stadt umgebaut werden, indem als Oberbau ein höherer Kasten von 4 m Länge und 2 m Breite aufgesetzt wird. Zur Müllabfuhr soll das Fahrzeug nicht benutzt werden, sondern hauptsächlich zum Koks- und Kohlenfahren und in solchen Fällen für unsere Betriebe, wo größere Lasten schnell forttransportiert werden sollen. Es wird auch eine Einrichtung an dem Automobil angebracht, mittels deren Wagen angehängt werden können, so daß das Automobil als Schlepper gebraucht werden kann. Ferner ist vorgesehen, die Hinterräder mit einer abnehmbaren Gleitschuhbandage zu versehen, wodurch eine Erhöhung des Preises für jedes Hinterrad um 110 *M* verursacht wird. Die ganze Summe, die die Anschaffung erfordert, beträgt 14 700 *M*.

Ich habe noch gestern wegen einer Anfrage, die in der Kommission gestellt wurde, Erkundigungen eingezogen und habe darüber zu bemerken: Die Bandage für die Hinterräder ist so vorgesehen, daß ein Eisenreifen mit Bolzen über das eigentliche Rad gezogen wird, nicht wie bei unseren kleinen Kraftwagen ein einfacher Querreifen, sondern ein ordnungsmäßig befestigter, um das Ausrutschen des Wagens nach der Seite bei Schnee und Eis zu verhindern. Es ist mir versichert worden, daß die Firma Büssing bemüht sein würde, den Wagen möglichst in zehn Tagen fertigzustellen, was wohl möglich wäre, da an ihm bis auf den Oberbau alles in Ordnung gebracht sei. In der Straßenreinigungsdeputation wurde über die Höhe des Kastens angeführt, daß zwei volle Säcke Koks in ihm übereinander liegen könnten, ohne daß sie herunterfallen. Herr Geheimrat Schöttler war vom Magistrat gebeten worden, den Motor zu prüfen. Das auszuführen, war nicht mehr möglich, da der Motor schon wieder eingebaut war. Es liegt aber hier ein Bremsprotokoll über den Motor vor. Der letztere ist gründlich repariert, es sind auch zwei neue Zylinder in ihn eingesetzt. Eine Garantie für den Wagen zu übernehmen, lehnt jedoch die Firma Büssing aus Prinzip ab, weil sie das für gebrauchte Lastwagen ihrer Gepflogenheit gemäß niemals tue. Wir wissen aber alle, was wir an der Firma haben; wenn durch sie der Wagen instand gesetzt ist, können wir auch die Gewißheit haben, daß er auch ohne Garantieleistung in einem solchen Zustande ist, daß wir ihn gebrauchen können.

In der Finanzkommission ist die Angelegenheit geprüft, und ich habe namens der Kommission die Bitte auszusprechen, die 14 720 *M* für Anschaffung dieses Lastkraftwagens zu bewilligen, und zwar zu Lasten des Kap. II des ordentlichen Voranschlags für 1916/17. Ich bemerke nochmals, daß die Er-

weiterung des städtischen Fuhrparks durch Einstellung dieses Lastkraftwagens bei dem gegenwärtigen Stande des Pferdmaterials dringend erwünscht ist.

Der Anschaffung des Lastkraftwagens stimmt die Versammlung zu.

## 6. Erhöhung des Gaspreises für Haushaltungen zwecks Einschränkung des Jahresverbrauchs.

Stadtv. **Ohlendorf:** Infolge des Wagenmangels ist den Gaswerken schon seit längerer Zeit nicht die sonst gelieferte Kohlenmenge zugeführt worden, so daß unter Umständen, wenn die schwache Zufuhr weiter anhält, die Möglichkeit vorliegt, daß das Gaswerk stillgelegt werden muß. Es ist deshalb vom Magistrat in der Finanzkommission vorgeschlagen worden, dahin zu streben, daß der Gaskonsum nach Möglichkeit eingeschränkt werde. Die Herren wissen, daß diese Einschränkung von seiten der Stadt geübt wird, indem die Straßenbeleuchtung eingeschränkt ist, und es ist auch beabsichtigt, wenn die Zufuhr von Kohlen in der nächsten Zeit nicht stärker wird, noch eine weitere Einschränkung vorzunehmen. Immerhin glaubt der Magistrat, noch ein Weiteres tun zu müssen, um die event. Stilllegung des Gaswerks zu verhüten, indem er auch für den Verbrauch durch die Haushaltungen Einschränkungen einführt. Der Konsum in den Fabriken soll nicht berührt werden, da die Verwendung von Gas in einer großen Zahl von Betrieben, die für die Heeresverwaltung und für die Volksernährung tätig sind, von der größten Bedeutung ist; wohl aber glaubt der Magistrat, und mit ihm die Mehrheit der Finanzkommission, daß es möglich ist, den Konsum in den Haushaltungen zu beschränken. Diese Einschränkung soll herbeigeführt werden, indem bestimmt wird, daß das Quantum Gas, welches über eine gewisse Kubikmeterzahl gegenüber einem Konsum in einer früheren Zeit verbraucht wird, mit 1  $\text{M}$  pro Kubikmeter bezahlt wird. Zu dem Zwecke schlägt der Magistrat — und die Finanzkommission hat dem zugestimmt — vor, folgende Entschliebung anzunehmen, die der Magistrat berechtigt sein soll von einem durch ihn zu bestimmenden Zeitpunkt ab anzuwenden:

„Wenn in einer Haushaltung nach dem 1. Februar d. J. innerhalb eines Zeitraumes von 30 Tagen mehr Gas verbraucht wird, als ein Drittel der Gasmenge, die ausweislich der drei in den Monaten September, Oktober und November 1916 für den Anschlußinhaber aufgeschriebenen Rechnungen entnommen ist, so ist der Mehrverbrauch mit 1  $\text{M}$  für das Kubikmeter zu bezahlen.“

Nachträglich hat der Magistrat dann noch festgestellt — und zwar mit Recht —, daß auch noch eine ganze Reihe von Verbrauchern in Betracht kommen, die neu in den Monaten September, Oktober und noch später erst angeschlossen

sind, und die durch die vorgeschlagene Entschließung nicht getroffen würden, und so ist vom Magistrat noch folgende Ergänzung vorgeschlagen, der sich auch die Mehrheit der Finanzkommission angeschlossen hat:

„Für den Gasverbrauch der in den Monaten November und Oktober 1916 angeschlossenen Haushaltungen kommen die vorstehenden Vorschriften mit der Maßgabe zur sinngemäßen Anwendung, daß der — gegebenenfalls von der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke nach pflichtmäßigem Ermessen zu schtzende — durchschnittliche Verbrauch die Höchstmenge bildet, deren Entnahme ohne Preiserhöhung zulässig ist, während sich die Höchstmenge bei den erst nach dem 31. Oktober 1916 angeschlossenen Anlagen nach der Größe des Gasmessers richtet. Bei diesen letzteren Anlagen dürfen ohne Erhöhung des Preises im Laufe von 30 Tagen verbraucht werden

bei Verwendung eines	3-flammigen	Gasmessers	50	cm,
"	"	" 5	"	" 60 "
"	"	" 5	"	Gasautomaten 60 "
"	"	" 10	"	Gasmessers 70 "
"	"	" 20	"	" 80 "
"	"	" 30	"	" 100 "

Der Magistrat hofft ja, ohne diese Maßnahmen auskommen zu können, und betont ausdrücklich, daß die Erhöhung des Preises für dieses Gas nicht etwa deshalb gewünscht wird, um irgendwie damit der Stadt einen Profit zu verschaffen, sondern daß sie lediglich den Zweck hat, den Gaskonsum einzuschränken.

Namens der Kommission habe ich Sie zu bitten, diesen Entschließungen zuzustimmen. — Ich darf wohl anschließend an diesen Bericht auch gleich den Standpunkt der Minderheit — es waren zwei Mitglieder der Kommission, zu denen auch ich gehöre —, wie er bei der Kommissionsberatung zum Ausdruck kam, vortragen. Wir nahmen den Standpunkt ein, daß man an und für sich diese Maßnahme wohl als richtig anerkennen müsse, denn es wäre ein Unglück für die Stadt, wenn das Gaswerk stillgelegt werden mste; aber wir glauben, daß es richtig ist, wenn man diejenigen Gasbezieher, die nicht mehr als monatlich 60 Kubikmeter gebrauchen, und neben diesen auch noch diejenigen von dieser Anordnung frei läßt, die einen Gasautomaten besitzen, denn wir sind der Meinung, daß diese Bezieher im allgemeinen schon selber darauf sehen werden — aus gewissen Gründen: Der Knüppel ist an den Hund gebunden —, möglichst wenig Gas zu verbrauchen, wogegen wir der Ansicht sind, daß in einigen der besser-situierten Familien reichlich viel gespart werden könnte. Wir sind also auch da-für, daß eine Einschränkung durch die in Aussicht genommene Maßnahme versucht wird, aber mit der eben erwähnten Ausnahme.

**Vorsijender:** Wenn ich Sie recht verstanden habe, so liegt einstweilen nur der Antrag der Kommission vor.

**Stadtv. Ohlendorf:** Ich für meine Person möchte das zuletzt Erwähnte beantragen.

**Vorsijender:** Dann müßten Sie einen neuen dahingehenden Antrag stellen. — Ich eröffne die Beratung.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Der Herr Referent hat schon hervorgehoben, daß der Magistrat, wirklich nur der Not gehorchend, Ihnen diese in der Eile ausgearbeitete Vorlage unterbreitet hat. Es ist mir noch eben die Nachricht zugegangen, daß die Kohlenzufuhr immer noch durchaus ungenügend ist, so daß wir nur noch für einige Tage Kohlen haben. Es wird zwar etwas an Kohlen herangebracht, aber das ist so unbedeutend, daß wirklich mit dem Schlimmsten gerechnet werden muß. Allerdings bin ich überzeugt, daß die Knappheit nicht lange dauern wird, aber es kommt darauf an, daß wir über diese schlimme Lage hinwegkommen. Deshalb sollte ich meinen, daß Herr Ohlendorf seinen Unterantrag fallen lassen könnte. Ich hatte noch veranlaßt, daß Herr Direktor von Heiligich heute an unserer Magistratsitzung teilgenommen hat. Dabei hat er uns mitgeteilt, daß eine sehr große Zahl von Gasautomaten in Benutzung sind, und wenn wir allen Inhabern von Gasautomaten freilassen, an Gas so viel zu gebrauchen, wie sie wollen, so fürchte ich, daß dann der Automatenbesitzer aus Gefälligkeit seinem Nachbar die Benutzung seiner Kochstelle gestattet. Herr Direktor von Heiligich hat uns berichtet, daß von dreiflammigen Gasautomaten nur ein oder zwei Stück in der Stadt vorhanden sind, alle anderen seien fünfflammige, und mit solchen fünfflammigen Automaten kann eine ganze Menge Gas verbraucht werden. Deshalb ist es richtig, die Maßnahme so zu treffen, wie die Vorlage es vorschlägt, daß der Durchschnitt des Verbrauchs in den drei Monaten September, Oktober und November maßgebend ist. Was der einzelne Abnehmer damals durchschnittlich gebraucht hat, muß auch jetzt für ihn genügen, will der Konsument mehr verbrauchen, so muß er das, was er mehr entnimmt, mit diesem sehr hohen Preise von 1.  $\text{M}$  bezahlen, der nur dazu dienen soll, zu veranlassen, daß eine Einschränkung vorgenommen wird. Eine Härte liegt darin nicht. Die Kohlen sind allerdings auch für die Haushaltungen knapp geworden, aber daß man die Automatenflammen zum Heizen der Zimmer benutzt, ist doch ausgeschlossen; sie werden wesentlich zum Kochen benutzt. Was im September, Oktober und November zum Kochen genügt hat, muß auch heute genügen. Ich bitte Sie, der Vorlage des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. **Riefe:** Wenn Herr Ohlendorf und ich uns in der Kommission auf den Standpunkt gestellt haben, daß es richtig ist, von diesen Maßnahmen bei den kleinen Verbrauchern Abstand zu nehmen, so liegt das daran, weil in den kleinen Haushaltungen eine große Menge Gasautomaten vorhanden sind und die Benutzer dieser Automaten unzufrieden mit einer solchen Maßnahme sein würden, denn sie glauben, daß sie heute mehr warmes Essen kochen müssen als sonst, daß sie deshalb mit dem früheren Bezuge von Gas nicht auskommen können und auf die Weise beeinträchtigt werden. Auf solche Stimmen muß man Wert legen.

Weiter muß ich darauf hinweisen, in welcher Weise heute mit dem Gas von der Stadt gespart wird. Gehen Sie die Friesenstraße hinunter, so brennt an dem einen Ende eine Laterne, in der Mitte eine und eine an dem anderen Ende. Wer einen guten Freund hat, kann dort ein paar gereicht kriegen und weiß nicht woher. (Heiterkeit.) Das sind Zustände, wie sie Braunschweig vor 50 Jahren hatte. Ich habe hier schon einmal angeführt, welches Mädel Oskar Fischer auf der Bühne den Studenten aufgegeben und damit die damaligen Zustände gegeißelt hat, und so ist es mit dem Gas auch heute.

Das Gas ist jetzt auch viel schlechter als früher, und Druck ist nicht dahinter, so daß die Leute ihre Töpfe länger auf dem Gas stehen lassen müssen, um das Essen gar zu bekommen. Es ist ja richtig, daß die Gasanstalt auch mit Schwierigkeiten zu rechnen hat. Der Gasmeister erklärte, daß sie heute aus zwei Wagen Kohlen knapp halb so viel Gas erhalten wie früher aus einem, doch bin ich auch der Überzeugung, daß der Magistrat sich die größte Mühe geben wird, um Kohlen zu beschaffen.

Sehr zu bedauern ist, daß die Leute kaum imstande sind, sich Feuerung zu beschaffen. Krüppel und Lahme holen sich auf dem Gaswerke den Koks, und selbst Rentner, die früher nicht daran gedacht haben, gehen mit dem Rucksack aus und holen sich Feuerung. Bei dieser Gelegenheit möchte ich anfragen, ob es richtig ist, daß die Kohlenhändler ihre Kunden nicht mehr bedienen können, weil von unserem Koks noch in diesen Tagen 800 Zentner nach auswärts gesandt wurden. Wenn die Stadt auch verpflichtet ist, nach auswärts zu liefern, so sorgt man doch erst für seine Einwohner, ehe man nach auswärts den Koks abgibt. Ich möchte doch dringend bitten, einem solchen Verfahren Einhalt zu tun, so daß wenigstens die Braunschweiger Bürgerchaft, die gezwungen ist, das bißchen Koks vom Gaswerk zu holen, auch davon bekommen kann.

Der Grund, daß das Gas schlechter ist als früher, und daß die kleinen Verbraucher bei ihren Gasautomaten nicht mit dem bisherigen Quantum auskommen können, hat uns veranlaßt, darauf zu dringen, daß diese Beschränkung im Verbrauch für sie nicht eintritt, und deshalb nehmen wir gegenüber dem Magistratsantrage einen ablehnenden Standpunkt ein.

**Vorsitzender:** Nach den letzten Worten des Herrn Riefe nehme ich an, daß er der Meinung gewesen ist, daß ein Antrag auf Beschränkung des Gasbezugs vorliegen soll. Ein solcher Antrag existiert aber nicht.

**Stadtv. Bues:** Ich muß Herrn Riefe recht geben. Ich selber habe aus praktischer Erfahrung wahrgenommen, daß man heute zum Kochen mehr Gas verbraucht als in Friedenszeiten. Es dauert länger, Herr Oberbürgermeister, ehe man zum Ziele kommt. Man brachte früher ein Liter Wasser in 20 Minuten zum Kochen, heute gebraucht man 30 Minuten dazu, infolgedessen ist ein Mehrverbrauch an Gas vorhanden. Das Gas schlägt außerdem in die Rohre zurück: es ist zu viel Luft dazwischen, speziell des Morgens. Ich habe eine ganze Stunde an meinem Gasherde gestanden, um ihn in Gang zu bringen, und war schließlich doch nicht dazu imstande. Durch die zu reichliche Luftbeimengung wird heute viel mehr Gas verbraucht, und auf irgend eine Weise muß darin Abhilfe geschaffen werden.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Es ist leicht, zu sagen: „Es muß Abhilfe geschaffen werden!“ Ich möchte nur Herrn Bues bitten, auch dem Magistrat einen Rat zu geben, wie das geschehen soll. Daß unser Gas heute schlecht ist, weiß der Magistrat ganz genau, ebenso auch, daß der Gasdruck so weit herabgesetzt ist, daß er bald nicht mehr genügt. Aber wir haben dem zustimmen müssen, weil der Direktor des Gaswerks uns sagte, wir müßten sonst den Betrieb schließen. Das wollen Sie doch auch nicht! Ich habe heute morgen noch gefragt: „Wollen wir die Straßenbeleuchtung noch weiter einschränken, um Gas zu sparen?“ Aber Herr Direktor von Heiligsch hat mir darauf geantwortet, daß bei dem gegenwärtigen Konsum von täglich 28 000 Kubikmeter die 1500 Kubikmeter für die Straßenbeleuchtung keine Rolle spielen, daß dagegen an Kaisers Geburtstag, augenscheinlich infolge der Verlängerung der Polizeistunde — und das ist interessant — der Gaskonsum gegenüber dem Vorjahre um 5000 Kubikmeter zugenommen habe. Sollte man da nicht auf die Idee kommen, daß eine Einschränkung des Gaskonsums in der Stadt noch möglich ist? Die Gewerbetreibenden müssen ja Gas haben, wenn sie ihren Betrieb aufrechterhalten wollen, aber es gibt eine Menge Leute, die wohl in der Lage wären, ihren Gasverbrauch einzuschränken. Dabei hoffe ich, daß es sich höchstens um eine Zeit von vierzehn Tagen handeln wird, bis die Not vorbei ist. Ich meine, daß man sich unter solchen Umständen doch in die Verhältnisse schicken und sagen könnte: „Dieses können wir am Ende noch ertragen.“ Daß wir dann, wenn wir wieder mehr und bessere Kohlen haben, auch besseres Gas herstellen und einen stärkeren Druck herbeiführen werden, ist selbstverständlich. Jetzt müssen wir Dampf hinzublasen, um Wasserstoff-

gas herzustellen und das Leuchtgas zu strecken; die Not treibt uns dazu, solche Maßnahmen zu ergreifen. Der Druck ist aber jetzt derartig schwach, daß bei der notwendigen längeren Zeit für das Kochen die Menge des Gases, das durch den Gaskocher hindurchgeht, nicht größer ist als für die gleiche Arbeit in früheren Zeiten; daß also die Abnehmer sich dabei schlechter stehen, bezweifle ich.

**Stadt v. Genzen:** Ich erkenne an, daß die Stadt in eine mißliche Lage geraten ist, und wir sind uns der Notwendigkeit bewußt, daß irgendwie Abhilfe geschaffen werden muß; aber der Weg, der vorgeschlagen ist, scheint nicht der richtige zu sein und nicht zum Ziele zu führen. Wenn ich richtig verstanden habe, soll das Quantum Gas, das mehr verbraucht ist als im Oktober pro Kubikmeter mit 1 *M* bezahlt werden. Glauben Sie denn, daß sich die besitzenden Klassen darnach richten und den Konsum einschränken werden? Gehen Sie die Kaiser-Wilhelmstraße entlang, da werden Sie sehen, daß alle Fenster beleuchtet sind. Der Arbeiter dagegen schraubt seinen Gashahn ab, wenn er aus einer Stube in die andere geht; denn, wie Herr Ohlendorf schon sagte, der Knüppel ist an den Hund gebunden: er darf für Gas nicht mehr ausgeben, als unbedingt notwendig ist. Diejenigen, die im Oktober mit Gaslicht gequast haben, die haben nach der Magistratsvorlage die Möglichkeit, noch weiter zu verschwenden, allerdings nicht mehr als im Monat Oktober. Ist das richtig? Wir sind der Meinung, daß auch im Oktober schon mit dem Gas hätte gespart werden können. Wenn Sie wollen, daß gespart wird, dann dürften Sie den weiteren Verbrauch nicht von dem bisherigen abhängig machen, sondern von einem gewissen Quantum, das für jeden Verbraucher festgesetzt wird, und deshalb schlägt Herr Ohlendorf vor, daß der höhere Preis eintreten soll für das Gas, das über 60 Kubikmeter verbraucht wird — wir sind auch mit 70 Kubikmeter einverstanden. Mit einem solchen Quantum kann jeder auskommen, und was er mehr verbraucht, mag er auch teurer bezahlen. Die Kriegerfrauen und die Arbeiter sind heute in einer sehr schweren Lage und werden durch eine größere Ausgabe für Gas unnötigerweise schwer belastet.

Es ist auch nicht richtig, wenn behauptet wird, daß heute nicht mehr Gas nötig ist als früher. Da das Brot knapp ist, muß mehr warmgestellt werden als früher in normalen Zeiten, und dazu kommt, daß das Gas schlecht ist und die Hausfrauen die Grube tagelang ausgehen lassen müssen, weil überhaupt kein Grudefoks mehr zu bekommen ist. Sie können die Frauen von einem Händler zum andern laufen sehen, um Grudefoks zu bekommen, und mit den Kohlen ist es dasselbe. Ich muß ersuchen, den Antrag Ohlendorf anzunehmen, nur das Quantum, das über 60—70 Kubikmeter mehr gebraucht wird, mit einem höheren Gaspreise zu belegen, weil sonst nicht erreicht wird, was der Magistrat erreichen will.

Altersvorsitzender **Weyerhoff** übernimmt den Vorsitz.

**Oberbürgermeister Netemeyer:** So, wie Herr Genzen eben anführte, habe ich Herrn Ohlendorf nicht verstanden; ich verstand vorhin, es sollten nur die Gasautomaten von der höheren Gebühr ausgenommen werden. Ohne weiteres gebe ich dem Herrn Vorredner zu, daß sich die Sache so machen ließe, daß man allgemein absolute Zahlen vorschreibt, über die hinaus ohne erhöhten Gaspreis nichts verbraucht werden darf. Wenn Sie das wollen, so wird — wie ich glaube — der Magistrat damit einverstanden sein. Ich bitte aber zu beachten, daß der Gasverbrauch in der kritischen Zeit — wie ich selber festgestellt habe — längst nicht so hoch gewesen ist, wie man anzunehmen scheint. Die Folge einer solchen Bestimmung, wie sie Herr Genzen wünscht, würde also sein, daß allen Leuten, die damals wenig gebraucht haben, in der nächsten Zeit ohne Preiserhöhung gestattet würde, mehr zu gebrauchen als früher. Das hat uns bestimmt, zu sagen: Wir wollen nicht den Verbrauch vom Oktober, sondern einen durchschnittlichen Verbrauch vom September bis November unserer Bestimmung zugrunde legen. Sollte aber die Versammlung der Ansicht sein, daß auch der andere Weg zum Ziele führt — man kann darüber streiten —, dann ist es viel einfacher, wir legen Zahlen für den Verbrauch zugrunde, bei denen es auf die Weite des Gasmessers und die Zahl der Flammen ankommt. Da die Sache von Wichtigkeit ist und man zweifelhaft sein kann, was das Richtige ist, so stelle ich es Ihnen anheim, zu entscheiden, ob wir die Angelegenheit erst noch einmal in der Kommission behandeln sollen. Oder nehmen Sie an, daß die Sachlage geklärt ist? Es handelt sich darum, ein praktisches Mittel zu finden, um den Gasverbrauch energisch einzuschränken.

**Vorsitzender Weyerhoff:** Herr Ohlendorf hat einen schriftlichen Antrag eingebracht, der folgendermaßen lautet: „Ausgeschlossen sind die Abnehmer, welche nicht mehr als 60 Kubikmeter für den Monat beziehen.“

Es soll das doch ein Anhang zu dem Magistratsantrage sein! — Der Antrag Ohlendorf steht mit zur Debatte.

**Stadtv. Munte:** Ich glaube, der Herr Oberbürgermeister hat Herrn Genzen nicht richtig verstanden. Herr Genzen hat sagen wollen, daß bei einem Verbrauch von über 60 Kubikmeter für jedes Kubikmeter 1. // bezahlt werden soll. In der Kommission bestand die Meinung, daß der Antrag Ohlendorf lediglich bezwecke, zu erreichen, daß die kleinen Abnehmer nicht von der Erhöhung betroffen werden sollen. Wenn der Antrag so verstanden werden soll, daß bei einem Konsum über 60 Kubikmeter hinaus für jedes Kubikmeter 1. // bezahlt werden soll, dann gibt es



Hunderte, die alle Monat 100 *M* für Gas bezahlen müssen, und das wäre eine Härte. Es würde auch eine Beschränkung eingeführt, die nicht im Verhältnis zu dem stünde, was erreicht werden soll. Es gibt größere Haushaltungen mit Bedienung, die notwendig mehr Gas als 60 Kubikmeter gebrauchen. Sollen die nun auf einmal mit 9 *M* für Gas auskommen, dann müssen die kalt essen und Ihre Freunde können warm essen. Eine solche draconische Maßregel würde dazu führen, daß die Leute sich elektrische Kochapparate anschaffen und sich von der Verwendung des Gases abwendeten.

**Stadtv. Frede:** Wenn ich der Meinung sein könnte, daß die Maßregel, die Herr Ohlendorf vorgeschlagen hat, zum Ziele führen könnte, so würde ich mich dafür auch entschließen können, denn eine absolute Gerechtigkeit läßt sich doch nicht erzielen. Herr Munte verwies auf diejenigen, die bisher viel mehr verbraucht haben, und die nun gezwungen werden würden, in völlig ungenügendem Maße Gas anzufordern. Ich möchte auf die kleinen Haushaltungen aufmerksam machen, die Herr Ohlendorf in Schutz nehmen will, die bei weitem nicht 60 Kubikmeter gebraucht haben. Die könnten bei einer Maßnahme, wie sie Herr Ohlendorf vorschlägt, ganz beliebig mit Gas loswirtschaften. Ist das eine Ersparnis, wie wir sie nötig haben? Und der gesamte Konsum dieser kleinen Haushalte wird eine große Menge ausmachen, weil er den Verbrauch der großen Menge betrifft. Ich kann mich also nicht überzeugen, daß diese Maßregel zum Ziele führen würde. Das, was als Ziel gesteckt ist, ist nicht finanzieller Art. Es soll an Material gespart werden bis aufs äußerste. Wenn uns in Aussicht gestellt wird, daß wir, wenn wir die vorgeschlagene Maßregel nicht treffen, riskieren, überhaupt kein Koch- und Leuchtgas zu haben, dann bin ich zufrieden mit dem wenigen, was als möglich hingestellt wird. Ich bitte, für den Kommissionsantrag zu stimmen.

**Vorsitzender Meyerhoff:** Der Antrag Ohlendorf geht meiner Ansicht nach weiter als der Kommissionsantrag. (Zuruf des Herrn Oberbürgermeisters: Unterantrag!) Ich werde also über den Antrag Ohlendorf zuerst abstimmen lassen.

Für den Antrag Ohlendorf stimmt die Minderheit, der Kommissionsantrag wird von der Mehrheit angenommen.

**Vorsitzender Hartung** übernimmt den Vorsitz wieder.

## 7. Verteilung von Zucker für die nächsten Monate.

**Stadtv. Bartels:** Über die Verteilung des Zuckers für die nächsten Monate habe ich folgendes zu berichten:

Die zum Verbrauch für die bürgerliche Bevölkerung bestimmte Zuckermenge hat im vergangenen Jahre  $1000 \text{ g} = 2 \text{ Pfund}$  für den Kopf und Monat betragen. In dieser Menge war der Bedarf der Apotheken, Gasthäuser und Konditoreien, sowie der sonstigen Betriebe des Lebensmittelgewerbes mit enthalten, die ihre Erzeugnisse in der Hauptsache zum Verkauf innerhalb des Kommunalverbandes an Verbraucher oder Kleinhändler absetzten. Dabei war jedoch die Einschränkung gemacht, daß diejenigen Betriebe des Süßigkeitsgewerbes, die im Normalwirtschaftsjahre 1914/15 mehr als 20 Doppelzentner Zucker verarbeitet haben, nicht vom Kommunalverbande, sondern von der Zuckerverteilungsstelle des deutschen Süßigkeitsgewerbes in Würzburg mit Zucker zu versorgen waren.

Mit Wirksamkeit vom 1. Januar 1917 ist diese Bestimmung nun insofern geändert, als die für die bürgerliche Bevölkerung bestimmte Zuckermenge auf  $800 \text{ g} = 1,60 \text{ Pfund}$  für den Kopf und Monat beschränkt ist. Hierzu wird zur Versorgung der sämtlichen genannten Betriebe eine Zulage gewährt, die im Höchstfalle  $150 \text{ g}$  für den Kopf und Monat beträgt. Dabei ist bestimmt, daß Betriebe, die im Wirtschaftsjahre 1914/15 nicht mehr als 52 Doppelzentner Zucker verarbeitet haben, von ihrem Kommunalverbande zu versorgen sind. Es geht ohne weiteres hieraus hervor, daß wir in diesem Jahre gegenüber dem Vorjahre eine erheblich geringere Zuckermenge zur Verteilung an die Bevölkerung zur Verfügung haben. Nun kommt noch hinzu, daß die Einwohnerzahl unserer Stadt nach der Volkszählung vom 1. Dezember vorigen Jahres nicht unerheblich zurückgegangen ist. Zur Berechnung des Bedarfsanteils an Zucker wird aber vom 1. Januar d. J. ab die am 1. Dezember ermittelte Zahl, die um rund 8000 geringer ist als bisher, zugrunde gelegt.

Ob es unter diesen Umständen möglich sein wird, in Zukunft in jedem Monat  $1\frac{1}{2}$  Pfund, wie bisher, auf die Zuckerkarte zu verteilen, steht noch nicht fest; wenn es sich aber ermöglichen läßt, werden nennenswerte Rücklagen sich nicht ergeben.

Der Magistrat hält es nun aber doch für wünschenswert, auf derartige Rücklagen schon jetzt Bedacht zu nehmen, damit wir nötigenfalls sie zur Anfertigung von Marmeladen, Kunsthonig und dergleichen demnächst heranziehen können. Der Magistrat weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß sogar unter Verwendung von Steckrüben eine brauchbare Marmelade hergestellt werden kann. Um solche Rücklagen zu ermöglichen, bleibt nach Ansicht des Magistrats nichts anderes übrig, als in einzelnen Monaten die zu verteilende Zuckermenge einzuschränken, z. B. von  $1\frac{1}{2}$  auf 1 Pfund. Der Magistrat legt nun Wert darauf, auch die Ansicht der Stadtverordnetenversammlung über diese Angelegenheit zu erfahren, und ersucht daher um eine Äußerung über die Höhe des zur monatlichen Verteilung gelangenden Zuckers.

Die Statutenkommission hat sich mit der Angelegenheit befaßt und legt großen Wert darauf, daß unbedingt hier Rücklagen geschaffen werden. Sollten nun gar die Apotheken, Gasthäuser, Konditoreien sowie die sonstigen Betriebe des Süßigkeitsgewerbes keinen Zucker mehr erhalten, so würde dieses auf die große Masse doch nur wenig an Quantität ausmachen, während andererseits es doch sehr wünschenswert ist, daß diese Gewerbe nicht ganz geschlossen werden. Leider erhalten wir nun nicht mehr daselbe Quantum Zucker wie im Vorjahre, sondern etwa  $\frac{1}{10}$  Pfund pro Person und pro Monat weniger, außerdem kommen ungefähr 1440 Zentner Zucker weniger nach Braunschweig, hervorgerufen durch die 8000 Personen, welche Braunschweig jetzt weniger an Einwohnerzahl als im Vorjahre hat.

Es ist auch fernerhin sehr erwünscht, daß in der jetzigen Zeit gespart wird, um später in der Einmachezeit mehr Zucker verteilen zu können. Auch ist es dringend erforderlich, daß zur Anfertigung von Marmelade und Kunsthonig, Nährzwieback, Nährmalz usw. Zucker bereitgehalten wird. Sollte jeder, der Marmelade zu kaufen wünscht, erst den Zucker liefern, so glaube ich kaum, daß irgend eine Fabrik dann noch in der Lage wäre, Marmeladen einzukochen. Wenn wir in einem Monat pro Person  $\frac{1}{4}$  Pfund sparen, so beträgt dies schon allein in einem Monat 312 Zentner, und wir erhalten dadurch eine gute Rücklage. Der Amtsbezirk Riddagshausen verteilt 1,2 Pfund Zucker, sollten gar andere Städte mehr verteilen, so sind diese sicher nicht so vorsichtig.

Meine Herren, die Statutenkommission macht Ihnen nun durch mich den Vorschlag, nicht 1 Pfund, sondern  $1\frac{1}{4}$  Pfund Zucker für die Monate Februar, März, April und Mai d. J. pro Person und pro Monat zu verteilen und darnach wieder  $1\frac{1}{2}$  Pfund. Die Rücklage dürfte dann wohl genügen.

**Stadtv. Bunge:** Bei jeder Gelegenheit hören wir: „Wir müssen sparen“, aber es kann des Guten doch auch einmal zu viel werden. Ich bin der Meinung, daß Zucker in dieser Zeit so notwendig ist, wie irgend etwas. Es gibt eine Reihe von Leuten, die durchaus keinen Brotaufstrich haben; die Marmelade ist teuer und ist auch fast gar nicht zu bekommen, da wird dann Zucker aufs Brot gestreut, damit die Kinder wenigstens etwas aufs Brot haben. Es ist immer sehr freudig aufgenommen, wenn die Bevölkerung zur gegebenen Zeit ihr Quantum Zucker bekommen konnte. Gegenüber dem Vorschlage, daß von den  $1\frac{1}{2}$  Pfund Zucker noch  $\frac{1}{4}$  Pfund für das Einkochen von Marmelade gespart werden soll, stehe ich auf dem Standpunkte, daß jede einzelne Familie sowie schon bestrebt ist, sich darauf einzurichten. Im Frühjahr werden wir Rhabarber und ähnliche Sachen bekommen, die alle mit Zucker angemengt werden, und aus denen Mus gekocht wird. Im vorigen Jahre hat sich herausgestellt, daß zu der Zeit, als es Früchte

gab, kein Zucker da war und umgekehrt. Ich meine, daß unsere Bevölkerung in dieser Zeit wohl gelernt hat, sich einzurichten, und daß jeder einzelne selbst, so gut es geht, Zucker sparen wird. Ich möchte also bitten, davon Abstand zu nehmen, die Austeilung in einer geringeren Menge vorzunehmen, sondern es dabei zu belassen, wie es bisher gewesen ist, damit die Leute, wenn die Früchte kommen, in der Lage sind, sie sich auch anrichten zu können und wir nicht in dieselbe Notlage kommen wie im vorigen Jahre.

**Stadtbaurat Gebensleben:** Meine Herren. Sie werden sich vielleicht wundern, daß der Magistrat mit dieser Vorlage gekommen ist. Aber wir legen Wert darauf, in einer so wichtigen Angelegenheit, die wahrscheinlich auch die breite Öffentlichkeit beschäftigen wird, mit Ihnen Hand in Hand vorzugehen. Es ist ja an und für sich bedenklich, daß wir nicht — wie im vergangenen Jahre — regelmäßig  $1\frac{1}{2}$  Pfund Zucker ausschütten können, aber wir bekommen nun einmal nicht mehr Zucker, und Aufgabe der Gemeinden ist es lediglich, den von der Reichszuckerstelle ihnen überwiesenen Zucker angemessen zu verteilen. Nun gebe ich ohne weiteres zu: Der Weg, den der Herr Vorredner vorgeschlagen hat, würde ohne weiteres zum Ziele führen, wenn tatsächlich alle Haushaltungen so einsichtig wären und von vornherein eine gewisse Menge Zucker zur Seite stellten, um ihn, wenn die Einmachezeit kommt, angemessen zu verwerten. Aber, meine Herren, mir fehlt der Glaube. Darum ist es doch wohl besser, wir schütten nicht mehr Zucker aus, als zweckmäßigerweise in den Haushaltungen jetzt verbraucht werden soll. Die eingesparte Menge soll nicht etwa von der Bildfläche verschwinden, sondern soll selbstverständlich zur gegebenen Zeit der Einwohnerschaft zugute kommen, und zwar in zweierlei Weise: einmal dadurch, daß wir ihn zur Marmeladefabrikation verwenden, und zum anderen, indem wir, sobald die Einmachezeit beginnt, größere Mengen Zucker, mehr als  $1\frac{1}{2}$  Pfund, ausschütten würden. Ich hoffe, daß es gelingt, in einem derartigen Monat statt  $1\frac{1}{2}$  Pfund Zucker vielleicht 2 Pfund zur Verteilung zu bringen. Meinen Sie nicht, daß die Einwohnerschaft das mit Freude begrüßen wird? Ich glaube, wenn wir diesen Weg nicht beschreiten, wird der Zucker in den Haushaltungen nachher nicht vorhanden sein.

**Stadtv. Voelckigt:** Maßregeln müssen natürlich getroffen werden, und rationiert muß schließlich alles werden. Aber bedenken Sie,  $1\frac{1}{2}$  Pfund Zucker auf den ganzen Monat ist schon sowieso wenig. Sollte sich nicht an den Gewerben vielleicht etwas sparen lassen? Was soll denn für die Kinder heute gekocht werden? So bin ich gefragt worden von jemand, der zwei Kinder hat. Sie können doch nicht bloß salzige Suppen bekommen, und Fleischbrühe steht auch nicht zur

Verfügung.  $1\frac{1}{4}$  Pfund Zucker ist denn doch für den ganzen Monat zu wenig. Deshalb wäre zu erwägen, ob nicht die Süßigkeitsgewerbe in ihrem Zuckerverbrauch eingeschränkt werden könnten, damit mehr Zucker als Nahrungsmittel für die Kinder verbleibt.

Stadtv. **Frede:** Ich möchte für folgenden Punkt um Aufklärung bitten. Im Herbst hatten wir beschlossen, daß von dem Quantum, das der einzelnen Person zufließt — ich glaube, es waren 2 Pfund —, nur  $1\frac{1}{2}$  Pfund ausgegeben werden sollte und die überschüssige Menge den Konervenfabriken zur Herstellung von Marmelade übergeben würde. Die an die Stadt abgeführte Menge Zucker ist bisher die gleiche geblieben, aber die Verarbeitung zu Marmelade hat zu Weihnachten im großen und ganzen aufgehört, weil keine Früchte dazu mehr vorhanden sind. Nun möchte ich wissen — ich vermissen das in der Vorlage —, wo dieser Überschuß geblieben ist. Könnten wir den nicht als Reserve hinlegen und dadurch die Maßnahme, die beabsichtigt ist, mildern?

Stadtbaurat **Gebensleben:** Zunächst möchte ich die Frage beantworten, in welchem Umfange die gewerblichen Einrichtungen in hiesiger Stadt noch mit Zucker versehen werden. Nach Anordnung der Reichszuckerstelle vom 12. Januar dieses Jahres, die also ganz neu ist, sind wir verpflichtet, auch dem Süßigkeitsgewerbe eine gewisse Zuckermenge zur Verfügung zu stellen, und zwar für diejenigen Betriebe, die in früheren Jahren bis zu 52 Doppelzentner Zucker verarbeitet haben — während wir im vergangenen Jahre nach Anordnung der Reichszuckerstelle nicht dafür zu sorgen brauchten. Als Norm ist festgestellt, daß wir diesen Gewerben bis zum vierten Teil desjenigen Zuckers zuweisen sollen, den sie in Friedenszeiten verbraucht haben. Nun wird man gewiß diese Menge noch etwas einschränken können, aber in erheblicher Weise wird das kaum möglich sein. Hieraus wollen Sie entnehmen, daß es nicht von unserem Belieben abhängt, ob wir ihnen Zucker geben oder nicht, sondern daß es sich um eine Verpflichtung handelt. Außer diesem Gewerbe kommen noch die Bäckereien, Konditoreien und Gastwirtschaften in Betracht, die zusammengenommen eine nicht unerhebliche Menge Zucker bekommen. Es werden vor allen Dingen die Bäcker berücksichtigt, die zur Herstellung von Nährzwieback und Weißbrot Zucker gebrauchen. So hat der allgemeine Konsumverein monatlich 50 Zentner Zucker zur Anfertigung von Kinderzwieback erhalten. Ich freue mich, daß wir eine solche Menge zur Herstellung dieses außerordentlich wichtigen Nahrungsmittels immer noch zur Verfügung stellen können. Erhebliche Mengen bei diesen gewerblichen Betrieben einzusparen, dazu werden wir also kaum in der Lage sein.

Nun hat Herr Stadtv. Frede erwähnt, daß wir im vergangenen Jahre gewisse Zuckerrücklagen haben aufspeichern können. Das trifft zu; da die Bevölke-

runگزiffer, die im vergangenen Jahre der Zuckerzuteilung seitens der Reichszuckerstelle zugrunde gelegt war, größer war, als die wirkliche Zahl der Einwohner, haben wir eine gewisse Reserve uns verschaffen können, und diejenigen Herren, die dem Ernährungsausschuß angehören, wissen, daß wir diese Reserven verwandt haben, um Kunsthonig, Marmeladen usw. anzufertigen. Ein gewisser Bruchteil dieser Marmelade und des Kunsthonigs ist bereits verteilt, aber in der Hauptsache sind diese Fabrikate als Reserve noch vorhanden und können später ausgeteilt werden. In welcher Weise das am zweckmäßigsten geschieht, wird noch zu überlegen sein. Wahrscheinlich werden wir, damit eine gerechte Verteilung vorgenommen wird, die Ausgabe in Anlehnung an die Zuckerkundenlisten oder an andere Listen vornehmen, und zwar so, daß jeder einzelne Mitbürger in dieser Beziehung zu seinem Rechte kommt. Die Anfertigung der Marmeladen ist etwas ganz außerordentlich Vorteilhafter gewesen, und es wäre zu bedauern, wenn es uns nicht gelänge, auch in diesem Jahre ein so schmackhaftes Aufstrichmittel zu schaffen.

Die Verringerung der Zuckermenge von  $1\frac{1}{2}$  auf  $1\frac{1}{4}$  Pfund erscheint mir nicht so einschneidend, daß man sagen kann, es werden dadurch Mißhelligkeiten entstehen; ich glaube vielmehr, es ließe sich das wirklich ertragen. Ich wiederhole, daß dieses Viertelpfund den betreffenden Personen nicht als Nahrungsmittel vorenthalten werden soll, sondern ihnen in anderer Aufmachung zu anderer Zeit wieder vorgelegt wird, nämlich als Aufstrichmittel; und deshalb möchte ich den Herren empfehlen, dem Antrage der Statutenkommission zu entsprechen.

**Stadtvr. Riefe:** Ich möchte Sie erjuchen, den Vorschlag abzulehnen, denn ich würde es für gefährlich erklären müssen, wenn man darauf einginge. Wenn heute genügend Milch für Kinder und alte Leute zur Verfügung stände, dann ließe sich wohl über den Vorschlag reden. Aber die Milch wird selbst denen verwehrt, die unter 80 Jahre alt sind und noch gerade gehen können, während an anderen Stellen, in den Cafés, nicht nur Milch und Honig fließt, sondern auch noch Zucker und Sahne zu haben ist. Dort könnte gespart werden. Wo wir jetzt genötigt sind, das Zichorienwasser zu trinken, müssen wir auch etwas Zucker hinzutun, da kann man von den  $1\frac{1}{2}$  Pfund Zucker im Monat nicht auch noch etwas zurückbehalten. Wenn unter andern Umständen Zucker gespart werden sollte, so möchte ich das nicht in Frage gestellt sehen, aber für die Zeit der Milchknappheit möchte ich, daß es bei dem Quantum bliebe, das jetzt gewährt wird; schade, daß es nicht erhöht werden kann.

**Stadttrat von Frankenberg:** Ich kann es wohl verstehen, wenn besonders mit Rücksicht auf die Kinder und Kranken die Austeilung eines solch wertvollen Nähr-

mittels, wie es der Zucker ist, nicht ohne Not verkürzt werden soll. Nachdem Sie aber von Herrn Stadtbaurat Gebensleben gehört haben, welche wichtigen Gründe dafür sprechen, daß man in bescheidenem Umfange eine Kürzung vornimmt, um das Ersparte später den Beteiligten zugute kommen zu lassen, erleichtert es vielleicht die Entschliebung der geehrten Herren, wenn ich mitteilen kann, daß wir im kommenden Monat ein erhebliches Mehr an sonstigen Nahrungsmitteln werden ausgeben können als vorher. Wir haben vor vierzehn Tagen bekanntgemacht, daß auf die Person  $\frac{1}{2}$  Pfund Haferflocken, Graupengrütze oder Nudeln ausgeben werden sollten. Das erschien allerdings wenig, aber die Zuteilung, die uns für den begonnenen Monat in Aussicht gestellt ist, läßt damit rechnen, daß wir künftig an Haferflocken  $\frac{1}{2}$  Pfund und daneben das nächste Mal noch  $\frac{1}{4}$  Pfund Nudeln oder Graupengrütze ausgeben können. Was an Zucker also genommen wird, würde damit auf andere Weise wieder zugelegt. Außerdem ist uns hochwillkommenerweise vom Landesernährungsamt noch in Aussicht gestellt, daß eine besondere Zuweisung in Paketen von Hafermehl für Kinder, Kranke und Wöchnerinnen durch die Kriegsvorzugsstellen und durch die Apotheken vorgenommen wird. Daraus werden die Herren entnehmen, daß man für die Kürzung an Zucker Ersatz zu schaffen bemüht ist und die Wirkung dieser Fürsorge schon in diesem Monat in Kraft treten wird.

**Stadtv. Stegmann:** Die Ausführungen des Herrn Stadtbaurat Gebensleben und des Herrn Stadtrat von Frankenberg können mich nicht bestimmen, der Vorlage zuzustimmen. Was das letzte betrifft, was Herr Stadtrat von Frankenberg sagte und womit er uns die Annahme des Vorschlages der Statutenkommission schmachhaft machen wollte, indem er ausführte, daß im nächsten Monat eine stärkere Ausgabe von Mehlfabrikaten in Aussicht stände, so bemerke ich dazu, daß es dann erst recht nötig wird, mehr Zucker auszugeben. Es ist schon von Herrn Bunge ganz richtig ausgeführt, daß man den Kindern, wenn sie Haferflocken essen sollen, auch Zucker dazu geben muß; man kann ihnen doch nicht nur ihre Speise versalzen. Wenn noch mehr gespart werden soll als bei dem bißchen Zucker, das wir jetzt erhalten, dann sieht es ja trostlos aus. Gewiß befindet sich die Stadt in einer Notlage, aber sollte man nicht Mittel und Wege finden, um der Bevölkerung wenigstens die  $1\frac{1}{2}$  Pfund Zucker zu lassen? Damit sind wir im allgemeinen ausgekommen, wenn man auch durchaus nicht verschwenderisch damit umgehen darf. Wo Fett und Fleisch zur Ernährung fehlt, ist doch gerade Zucker eins der Hauptnahrungsmittel. Sodann bin ich der Meinung, daß das Viertelpfund Zucker, das gespart werden soll, zum Einkochen von Marmeladen doch nicht ausreichen würde. Die Hausfrau gebraucht 30, 40 und mehr Pfund Zucker in den Wochen, wo sie die Früchte einkocht. Nehmen Sie eine Familie von fünf

Köpfen, so wird die Ersparnis im Monat  $1\frac{1}{4}$  Pfund betragen und in fünf Monaten  $6\frac{1}{4}$  Pfund. Was kann davon an Marmeladen gekocht werden für eine solche Familie! Jetzt will die Stadt das Viertelpfund zurückbehalten, und davon wird wohl die Hälfte an die Familien wieder ausgegeben, die Hälfte zur allgemeinen Marmeladenbereitung verwendet werden. Ich fürchte, was uns abgeknappt werden soll, werden wir kaum zur Hälfte wiederbekommen, so daß im kommenden Sommer von einer Bereitung von Marmeladen, Gelees usw. im Haushalte keine Rede mehr sein kann.

Es müßten andere Mittel und Wege gefunden werden, auch wenn nicht mehr Zucker nach Braunschweig geliefert wird. Die Fabrikation des Nährzwiebacks dürfte natürlich nicht eingestellt werden. Muß es denn aber sein, daß noch immer viele Konditoreiwaren hergestellt werden? Schon lange müssen wir Kriegsbrot essen und haben uns das Weißbrotessen abgewöhnen müssen, dann können auch diejenigen, die glaubten, ohne Süßigkeiten nicht auskommen zu können, in dieser Zeit darauf verzichten. Mir wird es allerdings schwer, das Konditoreigewerbe lahmzulegen, aber die Rücksicht auf die Allgemeinheit müßte doch vorgehen, und den geschädigten Gewerben müßte der Magistrat auf andere Weise zu Hilfe zu kommen suchen. Ich bitte, die Beschränkung abzulehnen.

Stadtv. Dr. **Rahlert**: In der Statutenkommission, der diese Angelegenheit zur Beratung vorgelegen hat, habe ich meine Ansicht dahin ausgesprochen, daß es wohl wünschenswert wäre, bloß  $1\frac{1}{4}$  Pfund Zucker zu verteilen, und glaubte, daß die gesparten Reserven der Allgemeinheit zugute kommen würden. Ich habe mir aber die Sache noch einmal überlegt und habe darnach meine Meinung ändern müssen. Ich glaube jetzt, daß es sich doch durchführen läßt,  $1\frac{1}{2}$  Pfund Zucker im Monat zu verteilen, und möchte dazu folgendes als Begründung vorbringen. Wir haben Anrecht auf 800 g Zucker pro Kopf der Bevölkerung. Geben wir  $1\frac{1}{2}$  Pfund Zucker aus, so würden wir pro Kopf 50 g =  $\frac{1}{10}$  Pfund sparen, was bei einer Bevölkerungsziffer von 130 000 130 Zentner pro Monat ausmachen würde. Außerdem haben wir noch die 150 g für den Kopf der Bevölkerung als Zuschlag für die Gewerbebetriebe zu erwarten. Ich glaube, daß es nur der Vorschrift des Stadtmagistrats bedürfte, um diese 150 g rationell an die Gewerbebetriebe zu verteilen, und glaube auch, daß von diesem Quantum noch ein ganz Erhebliches eingespart werden könnte, so daß wir 150—200 Zentner davon pro Monat als Ersparnis rechnen können. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache kann ich nicht umhin, zu erklären, daß es mir wünschenswert erscheint, die bisherige Verteilung von  $1\frac{1}{2}$  Pfund bestehen zu lassen, zumal wir gerade Hasermehl, Haserflocken und Grünternmehl erwarten und diese Speisen eigentlich nur für die Ernährung der Kinder in Frage kommen, wenn sie gesüßt werden können. Eine Haushaltung



kann absolut nicht mit  $1\frac{1}{4}$  Pfund Zucker pro Person auskommen, wenn sie derartige Gerichte ihren Kindern in geprüfter Form bieten will. Es ist in der Kommission auch gesagt worden, daß es jeder Haushaltung vorbehalten bleiben möge, von diesen  $1\frac{1}{2}$  Pfund Zucker sich, soweit es möglich, für die spätere Obstzeit und für Einmachezwecke einzusparen. Beschreiten wir doch diesen Weg! Lassen wir jeden Haushalt dafür sorgen, sich etwas zurückzulegen, um für die Einmachezwecke später etwas zu haben! Von seiten der Behörde aus aber wollen wir diese 50 g vorläufig einsparen, um daran eine wirklich sichere Rücklage zu haben, damit wir diese später zu Marmelade verarbeiten oder besser noch als Zucker selbst zur Verteilung bringen und damit eine willkommene Zulage bieten können, wenn sie auch nicht so groß sein kann, wie sie bei Ausgabe von  $1\frac{1}{4}$  Pfund Zucker sein müßte.

Stadtbourat **Gebensleben**: Ich möchte daran erinnern, daß nicht von seiten des Magistrats der Antrag gestellt ist, die Verteilungsmenge des Zuckers von  $1\frac{1}{2}$  auf  $1\frac{1}{4}$  Pfund einzuschränken, sondern wir haben uns im Magistrat nur die Frage vorgelegt, ob es nicht wünschenswert wäre, die Wintermonate zu benutzen, um unter Umständen eine gewisse Reserve hinzulegen. Der Magistrat legt großen Wert darauf, wie ich schon eingangs gesagt habe, tunlichst im Einvernehmen mit den geehrten Herren vorzugehen. Deshalb haben wir lediglich die Stadtverordnetenversammlung um eine gutachtliche Äußerung über diese Angelegenheit ersucht. Die Debatte hat uns schon gezeigt, daß keine Geneigtheit für eine Einschränkung der Zuckermenge besteht. Wir werden das, was aus dem Kreise der Versammlung uns zu Ohren gekommen ist, gern berücksichtigen. Ich glaube demnach, daß die Mehrheit der Herren der Ansicht ist, daß man in Bäckereien und Konditoreien noch erheblich mehr bei der Zuweisung von Zucker sparen kann, als wir es bislang schon getan haben. Derartige Äußerungen, wie sie gefallen sind, sind uns außerordentlich erwünscht, und wir werden schon in den nächsten Monaten den Zuckerkonsum der Bäckereien und Konditoreien, auch der Gastwirtschaften — bei den Apotheken kann man das schlechterdings nicht machen — ganz erheblich einzuschränken versuchen. Da die Herren meinen, daß eine Einschränkung des Zuckerverbrauchs in den Haushaltungen nicht möglich ist, werden wir versuchen, auf diese Weise eine Reserve zurückzulegen. Ob uns das gelingt, können wir heute noch nicht beurteilen. Jedenfalls aber sind uns die heutigen Äußerungen außerordentlich willkommen.

Stadtv. **Bues**: Die Gastwirtschaften, die Herr Stadtbourat Gebensleben erwähnte, sind im allgemeinen ziemlich kärglich mit Zucker bedacht worden. Ich habe in meinem Betriebe in früheren Jahren ungefähr  $4\frac{1}{2}$  Zentner Zucker im

Jahre verbraucht und habe jetzt pro Monat 15 Pfund bekommen, also 180 Pfund auf das Jahr, noch nicht einmal die Hälfte des früheren Quantums. Es ist da schon genügend abgeknappt worden, und man hat sich in jeder Weise eingeschränkt. Ich möchte erwähnen, daß man auch Marmelade ohne Zucker kochen kann. (Widerspruch.) Das kommt nur darauf an, daß man es versteht. Es schmeckt sehr gut, wenn man die Zubereitung versteht. Wer es nicht gelernt hat, kann es natürlich nicht beurteilen. Die Gastwirtschaften als solche möchte ich aber ganz entschieden gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, daß sie zu stark mit Zucker bedacht sind.

Stadtv. **Loeschigt:** Nach den Äußerungen des Herrn Stadtbaurat Gebenzleben nehme ich an, daß uns über diese Sache gar keine Vorlage zugegangen ist. Nach dem Referat jedoch ist uns vorgetragen, wir sollten dem zustimmen, daß die Zuckerverteilung auf  $1\frac{1}{4}$  Pfund im Monat beschränkt würde. Ich möchte also wissen, ob wir nur gutachtlich uns äußern sollen, oder ob wir einen Beschluß fassen sollen.

**Vorsigender:** Ich bitte den Herrn Referenten, den Antrag aus der Vorlage noch einmal vorzutragen.

Stadtv. **Bartels:** Der Magistrat hält es für wünschenswert, um Rücklagen zu ermöglichen, die zu verteilende Zuckermenge einzuschränken, z. B. von  $1\frac{1}{2}$  auf 1 Pfund monatlich. Er legt Wert darauf, die Ansicht der Stadtverordnetenversammlung über diese Angelegenheit zu erfahren, und ersucht daher um eine Meinungsäußerung. Die Statutenkommission macht den Vorschlag, nicht 1 Pfund, sondern  $1\frac{1}{4}$  Pfund Zucker für die Monate Februar, März, April und Mai pro Person und Monat zu verteilen, und darnach wieder  $1\frac{1}{2}$  Pfund.

Stadtv. **Loeschigt:** Dann möchte ich auf die Sache noch einmal kurz zu sprechen kommen. Ich hoffe und bitte, daß der Magistrat, nach den Verhandlungen, die hier gepflogen sind, etwas Rücksicht nimmt auf die Kinder. Ich gebe zu, daß mancher Erwachsene seine  $1\frac{1}{2}$  Pfund Zucker im Monat nicht gebraucht, aber die Kinder kommen damit nicht aus. Die Erwachsenen müssen für sie von ihrem Quantum abgeben.

Stadtv. **Kruse:** Es ist die Meinung ausgesprochen, es würde den Gewerbetreibenden zu viel Zucker verabfolgt. Ich bin anderer Meinung; die Zuteilung ist so knapp, daß davon nichts mehr abgezogen werden kann. Wir müssen doch einigermaßen den Betrieb aufrechterhalten. Die Leute, die Konditorei oder Gastwirtschaft betreiben, wollen doch auch leben. Während es früher zu einer Portion

Kaffee sechs Stücken Zucker gab, gibt es jetzt nur noch zwei kleine Stückchen, und die sind noch hergestellt, indem man eins der früheren Stückchen in der Mitte zertheilt hat. Weniger kann man doch nicht geben. Ich bitte also, den Gewerbetreibenden nichts mehr abzuziehen, da sie so schon sehr wenig bekommen.

Stadtv. Dr. **Rahlert**: Ich möchte zur Ergänzung bemerken, daß auf den Kopf der Bevölkerung 150 g Zucker als Zulage für die Gewerbebetriebe zugesagt werden. Das macht auf die ganze Bevölkerung eine Menge von 390 Zentnern. Es würde sehr einfach sein, die Sache zu regeln, wenn seitens der Behörden nachgerechnet würde, wie viele Zentner Zucker überhaupt an Gewerbebetriebe bisher zur Verteilung gekommen sind.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Diese Frage kann ich ohne weiteres beantworten. Wir haben bislang an die Gewerbebetriebe eine Menge von über 400 Zentner Zucker, ungefähr 450 Zentner, monatlich verteilt. Nun kommen außerdem, wie den geehrten Herren bekannt ist, die größeren Betriebe des Süßigkeitsgewerbes hinzu; ich glaube also, daß wir auf 500 Zentner Zucker im Monat immerhin kommen werden.

**Vorsitzender**: Ich schließe die Beratung. Es handelt sich darum, daß sich die Versammlung gutachtlich äußert, ob sie eine Beschränkung der Zuckerzuteilung auf  $1\frac{1}{4}$  Pfund pro Monat für zulässig und angemessen hält. Die Herren, die sich dieser Ansicht anschließen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Es meldet sich niemand.)

Stadtv. **Meyerhoff** (zur Geschäftsordnung): Ich bin der Meinung, daß eine Abstimmung unnötig ist. Der Magistrat hat ja unsere Meinung gehört, und weiter verlangt er in dem Anschreiben nichts. Eine Abstimmung muß also negativ ausfallen.

**Vorsitzender**: Der Magistrat hat sich bis jetzt darüber nicht geäußert. Ich nehme an, daß er eine Antwort der Versammlung im ganzen haben will.

Stadtv. **Munte**: Es kommt mir so vor, als ob die Statutenkommission ihrerseits eine Abstimmung möglich gemacht hat. Aber ich sehe keinen Grund dafür, daß wir uns dem anschließen, nachdem wir gehört haben, daß dem Magistrat damit nicht gedient ist, und daß er unter Umständen nicht in der Lage ist, unserm Beschlusse zu folgen.

**Vorsigender:** Der Magistrat hat sich um eine gutachtliche Meinungsäußerung an uns gewandt, und es ist nicht einzusehen, warum der Magistrat einfach darauf verzichten sollte. Der Magistrat wünscht eine gutachtliche Äußerung, ob wir eine Einschränkung der Zuckerverteilung für angemessen halten, und darüber muß sich die Versammlung im ganzen äußern. Ich muß auf meiner Frage bestehen bleiben und bitte diejenigen Herren, die für die Beschränkung in der monatlichen Zuteilung auf  $1\frac{1}{4}$  Pfund sind, die Hand zu erheben. — Es meldet sich niemand dafür. Das Gutachten geht also dahin, daß man diese Beschränkung für unzulässig hält.

### 8. Festsetzung eines Teilortsbauplans für das Gelände zwischen Hamburgerstraße und Galggraben.

**Stadtv. Rasche:** Bei den früheren Verhandlungen mit dem Kunstgärtner E. H. Meyer, betreffend die Herrichtung eines Kanals zwischen der Hamburgerstraße und dem Galggraben, hat sich Herr Meyer damit einverstanden erklärt, daß ein Kanal über sein Grundstück geführt werden sollte, und der Magistrat hat dafür die vertragliche Verpflichtung übernommen, die Aufnahme einer Straße im Zuge des Kanals in den Ortsbauplan zu betreiben. Dieser Verpflichtung will der Magistrat mit der gegenwärtigen Vorlage nachkommen. Das städtische Tiefbauamt empfiehlt nun, bei der Aufstellung eines Teilortsbauplans nicht nur diese eine Straße zu berücksichtigen, sondern Straßen für das gesamte Gebiet zwischen der Hamburgerstraße und der Oker aufzuteilen. Dabei ist Rücksicht darauf genommen, daß das Gelände vorwiegend zu industriellen Anlagen geeignet erscheint, und daß insolgedessen bequeme Anschlüsse an die Braunschweigische Landeseisenbahn sich ermöglichen lassen. (Redner verweist auf den ausgehängten Plan und bezeichnet die in Betracht kommenden Straßen.)

Die Baukommission hat sich nach Prüfung der Vorlage dem Magistratsantrage angeschlossen und läßt Sie durch mich bitten, den vorgelegten Teilortsbauplan zu genehmigen.

Der Teilortsbauplan wird genehmigt.

---

**Vorsigender:** Es ist ein Antrag von Herrn Dieckmann eingegangen, unterstützt von sechs anderen Herren. Er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Verordnung zu erlassen, gemäß welcher bei Schneefall jeder Hausbesitzer der Innenstadt verpflichtet ist, den Schnee vor seinem Grundstücke bis zur Mitte des Fahrweges derart zusammenzuschaukeln zu lassen, daß die Fahrbahn von Schnee frei ist.“

Ich werde dem Herrn Antragsteller nachher Gelegenheit geben, seinen Antrag zu begründen.

## 9. Abänderung einiger Straßenzüge des Ortsbauplans im Gebiete der nordwestlichen Außenstadt.

Stadtv. **Trinks:** Die Direktion der Braunschweigischen Landeseisenbahn hat darauf hingewiesen, daß in die dort ausgehängten beiden bereits genehmigten Teilortsbaupläne ein paar Straßenzüge aufgenommen sind, welche die Ländereien in unmittelbarer Nähe der Landeseisenbahn in ungünstiger Weise schneiden, und hat gebeten, diese Teilortsbaupläne so abzuändern, daß für die spätere Einrichtung neuer bzw. für die Erweiterung bestehender gewerblicher Anlagen das Gelände vorteilhafter aufgeschlossen werde, so daß dadurch Baublöcke entstehen, welche für Fabrikanlagen geeignet sind, und auf denen die Eisenbahn Anschlußgleise einrichten kann. Die städtischen Behörden haben sich der Sache angenommen und sind von dem Standpunkte ausgegangen, daß es für die Stadt nur vorteilhaft sein kann, wenn man weiteren industriellen Anlagen Gelegenheit gibt, sich hier niederzulassen, bzw. sich auszudehnen. Es läßt sich auf angenehme und einfache Weise dieser Wunsch erfüllen. Wenn die Herren die Baupläne beabsichtigen, so wird Ihnen das ohne weiteres klar werden. (Redner zeigt an den ausgehängten Plänen die fraglichen Straßen und erläutert die vorgeschlagenen Änderungen.)

Der Antrag, den der Magistrat stellt, lautet:

1. Gelände westlich der Goslar'schen Straße: Straße 338 und 339 sollen wegfallen, als teilweiser Ersatz ist die Straße 338 a vorgesehen,

2. Gelände am Güterbahnhofe Hildesheimerstraße: gegenüber dem bereits früher von der Stadtverordnetenversammlung (9. Oktober 1913) genehmigten Plane ist die Straße 310 d weggefallen und die Straße 655 vorgesehen.

Die Baukommission hat sich den Anträgen angeschlossen und empfiehlt ihre Genehmigung.

Die beantragten Änderungen werden von der Versammlung genehmigt.

---

**Vorsigender:** Vom Magistrat ist noch der Antrag eingegangen, den früher beschlossenen Bau einer Kadaververwertungsanlage nicht auszuführen, und es wird gewünscht, diesen Antrag heute noch mit zur Beratung zu stellen. Der Antrag ist bereits von der Baukommission vorberaten. Wenn sich kein Widerspruch gegen die heutige Verhandlung dieses Gegenstandes erhebt, bitte ich Herrn Trinks, über die Sache zu berichten.

## 10. Die Kadaververwertungsanlage im Schlachthause betreffend.

Stadtv. **Trinks:** Den Herren ist in Erinnerung, daß wir am 5. Oktober in dieser Versammlung, entsprechend der Bundesratsverordnung und einer Weisung des Ministeriums, diese Bundesratsverordnung auszuführen, eine Vorlage genehmigt haben, welche die Errichtung einer Kadaververwertungsanlage auf dem Gelände des städtischen Schlachthausgrundstücks zum Gegenstande hatte. Nun hat sich inzwischen folgendes ergeben: Die Herzogliche Polizeidirektion hat dem Magistrat bekanntgegeben, daß diese Anlage nicht ohne weiteres, wie es hier gedacht war, als Ergänzung der Einrichtungen auf dem Schlachthausgrundstücke angesehen werden könne, sondern daß sie als eine selbständige Anlage der Genehmigung bedürfe. Gelegentlich der Besprechungen über diesen Gegenstand hat sich auch herausgestellt, daß eine solche Anlage schwerlich genehmigt werden würde, da man auf Schwierigkeiten von Seiten der Anlieger stoßen würde. Das ist der erste Grund, welcher dazu geführt hat, hier zu beantragen, daß auf Ausführung der Anlage verzichtet werden möchte. Es hat sich sodann auch gezeigt, daß durch die inzwischen getroffenen Maßnahmen für eine bessere Aufbewahrung der Kadaver und Konfiskate in den bisherigen Räumen die früher zutage getretenen Mißstände sehr gemildert, wenn nicht gar beseitigt sind, so daß es wohl heute nicht mehr nötig ist, in dieser Richtung etwas zu unternehmen. Dazu kommt noch der folgende Punkt: Die Verarbeitung dieser Rückstände und Abfälle in der Hentschelschen Abdeckerei, welche neuerdings mit modernen Apparaten ausgestattet ist, wird heute in so vollendeter Weise vorgenommen, daß sie allen Anforderungen, welche an eine solche Anstalt gestellt werden, entspricht. Der Kriegsausbruch für Ersatzfutter hat sich in einem Schreiben vom 12. Januar ganz entschieden dahin ausgesprochen, daß bezüglich der Verarbeitung in der Hentschelschen Abdeckerei nichts mehr zu wünschen übrigbleibt. Es ist deshalb wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß das Herzogliche Staatsministerium durchaus nichts dagegen einzuwenden haben wird, wenn man bei dem Zustande, wie er heute besteht, verbleibt und davon Abstand nimmt, die im Oktober vorigen Jahres beschlossene Anlage auszuführen.

Es war nun damals, als wir die Sache beraten haben, darauf hingewiesen, daß für den Fall der Ausführung des Entwurfes zwei Räume in dem Gebäude, in welchem die Kadaver und Konfiskate aufbewahrt werden, frei würden, und da der Zustand der Pferdeschlachthalle, welcher heute noch ebenso unzulänglich ist wie damals, schon mehrfach zu Klagen über Platzmangel geführt hatte, so wurde von uns beschlossen, bei dieser Gelegenheit auch eine räumliche Erweiterung der Pferdeschlachthalle vorzunehmen. Nachdem nun aber der erste Teil der damaligen Beschlußfassung durch die Umstände nicht mehr bestehen bleiben kann, indem dar-

auf verzichtet wird, eine neue Kadaververwertungsanlage auf dem Schlachthausgrundstücke zu errichten, so muß auch — für den Augenblick wenigstens — Abstand von der Erweiterung der Pferdeschlachthalle genommen werden, weil die hierfür aufersehenen Räume einstweilen nicht frei werden. Es wird aber auf die Tatsache hingewiesen, daß das Bedürfnis der Erweiterung der Pferdeschlachthalle fortbesteht, und es wird deshalb beabsichtigt, in allernächster Zeit, nach hinreichender Klärung aller hierbei zu berücksichtigenden Punkte Abhilfe zu schaffen und eine entsprechende Vorlage einzubringen.

Die Baukommission hat sich mit diesen Sachen beschäftigt und da überzeugende Gründe vorliegen, daß es zweckmäßig ist, von der früher beschlossenen Einrichtung Abstand zu nehmen und die verwilligten 48 700 *M* zu sparen, so hat sich die Baukommission dem Antrage des Magistrats, die Errichtung einer Kadaververwertungsanlage nicht zur Ausführung zu bringen und auch von der Erweiterung der Pferdeschlachthalle einstweilen Abstand zu nehmen, angeschlossen und bittet auch Sie, dem zuzustimmen.

Dem Magistratsantrage wird zugestimmt.

---

**Vorsigender:** Ich richte die Frage an Herrn Frede: Seine Anfrage, betreffend die Müllabfuhr, ist wohl durch die Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Meyer erledigt. (Zustimmung des Stadtv. Frede.)

## 11. Anfrage Frede über die Tätigkeit der städtischen Behörden bei den Vorbereitungen für Anlage eines Mittellandkanals.

Wortlaut der Anfrage j. S. 537.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Ich möchte mit dieser Anfrage eine Angelegenheit anscheiden, die für die Zukunft unserer Stadtgemeinde von größter Bedeutung werden wird, und zwar die Linienführung des Mittellandkanals und die Stellungnahme der Behörden der Stadt Braunschweig zu dieser Linienführung.

Es ist den Herren bekannt, daß in den früheren Jahren allgemein für den Mittellandkanal ohne Rücksicht auf die Linienführung Propaganda gemacht wurde. Heute steht die Erörterung unter einem anderen Motto, da heißt es: Hier Süblinie! — Hier Nordlinie! Man scheint anzunehmen, daß die Fortführung des Mittellandkanals bis zur Elbe gesichert ist, und tritt nun schon ein in die Frage, ob diese oder jene Richtung des Kanals den jeweiligen Interessen mehr entspricht. Es ist den Herren ferner bekannt, daß in der letzten Zeit, sowohl in der Stadt Braunschweig wie über unsere Pfähle hinaus, eine sehr lebhaft

Tätigkeit entfaltet ist, um für die Südlinie Propaganda zu machen, daß aber auch Verwaltungen sowohl wie Einzelpersonen für die Nordlinie tätig sind. Das Vorgehen unserer Nachbarstadt Magdeburg scheint mir in dieser Beziehung von Bedeutung zu sein.

Es ist dort ein gemischter Ausschuß gebildet, der sich zusammensetzt aus Magistrat und Stadtverordneten, aber auch aus Bürgern, und dieser gemischte Ausschuß hat schon längere Zeit recht intensiv gearbeitet. Nach dem Berichte des Magdeburger Generalanzeigers vom 10. Januar ist eine Sitzung abgehalten, und aus dem Verlaufe der Sitzung kann man entnehmen, wie nachhaltig dort schon gearbeitet wird, um herauszufinden, in welcher Richtung die Interessen der Stadt Magdeburg liegen. Nun liegt es auf der Hand, daß für Magdeburg die Frage, ob Süd- oder Nordlinie, lange nicht so brennend ist wie für die Stadt Braunschweig, und ich sollte meinen, daß ein Vorgehen, wie es in Magdeburg stattfindet, auch für unsere Stadt Braunschweig empfehlenswert wäre. Ich halte es nicht für gut, wenn auf Kongressen über diese Frage der Öffentlichkeit mitgeteilt wird, daß einflußreiche Personen in der Stadt Braunschweig vorhanden sind, die allen Ernstes einer nördlichen Linienführung zuneigen. Aus der Fassung dieser Worte klingt beinahe ein Spott über diejenigen, die diese Auffassung haben.

Ich lasse mich heute nicht darauf ein, welche Linienführung für uns die vorteilhafteste ist, ich habe nur den Zweck, den Stein ins Rollen zu bringen und die städtischen Behörden zu veranlassen, durch Einrichtung einer gemischten Deputation oder durch eine andere Einrichtung, die der Magistrat ins Auge gefaßt haben mag, eine Klärung herbeizuführen. Jedenfalls ist es für uns nicht angezeigt, noch länger die Zuschauer zu spielen. Wenn auch so schwerwiegende Entschlüsse einer gewissen Reife bedürfen und diese nur langsam erfolgen kann, so muß man sich doch hüten, diese zu langsam eintreten zu lassen, denn es ist schon öfter zu bedauern gewesen, daß die Stadt Braunschweig bei wichtigen Entschlüssen zu spät gekommen ist, so daß sich der Schaden leider nicht mehr hat gutmachen lassen. Der Zweck meines Antrages ist, mit dazu beizutragen, daß so etwas verhindert wird. Ehe ich die Einsetzung einer Kommission beantrage, möchte ich den Magistrat bitten, uns mitzuteilen, ob seinerseits etwas in Aussicht genommen ist, um die Information der verantwortlichen städtischen Behörden in dieser Weise in die Wege zu leiten.

**Stadtbaurat Lebensleben:** Es ist selbstverständlich, daß die städtischen Behörden wie auch die Bürgerschaft für die Frage, die der Herr Vorredner angeschnitten hat, das größte Interesse zeigen müssen. Es ist Ihnen bekannt, daß schon viele Einzelpersonen wie auch Vereine und Körperchaften in den verschiedensten Städten sich eingehend mit der Frage beschäftigt haben, was für sie



das beste ist: für die Nordlinie oder für die Südlinie einzutreten. Man kann nicht sagen, daß die in Frage kommenden Stellen immer mit absoluter Objektivität vorgegangen sind; das lokale Interesse hat bei der Behandlung dieses Gegenstandes immer eine gewisse Rolle gespielt. Es ist selbstverständlich, daß beispielsweise die Vertreter Wolfenbüttels mit den Vertretern Neuhalbenslebens nicht zusammengehen können, während die letzteren für die nördliche Linienführung eintreten, verlangen die ersteren natürlich eine südliche Linienführung. Das Interesse dieser beiden Gemeinden liegt so weit auseinander, daß ein Zusammengehen eben ausgeschlossen ist. Auch hier in Braunschweig haben sich viele Vereine und Körperschaften mit der berührten Frage befaßt, und es ist Ihnen bekannt, daß vor längerer Zeit eine besondere Vereinigung gegründet ist, die sich vor kurzem der Vereinigung für die Südlinie angeschlossen hat, und zwar nachdem eingehende Vorarbeiten in verschiedenen Kommissionen stattgefunden haben. Auch in unserer Mitte ist ein Herr, der ein eifriges Mitglied einer dieser Kommissionen gewesen ist und eingehend über diese Arbeiten unterrichtet ist. Auch ich habe verschiedentlich an den Beratungen teilgenommen, auch der Stadtmagistrat hat sich mit diesen Fragen schon wiederholt eingehend beschäftigt. Ebenso hat sich die Verkehrsdeputation, die die gegebene Deputation zur Vorberatung dieser Sache ist, in wiederholten Sitzungen sehr eingehend mit dieser Sache befaßt, und es liegt nichts näher, als daß auch die Verkehrsdeputation, wenn eine weitere Klärung dieser Frage herbeigeführt sein wird, sich wieder damit beschäftigt.

Nun muß ich darauf zurückgreifen, daß auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vor Jahren die Stadt in den Ausschuß zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals eingetreten ist, in einen Ausschuß, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Erbauung des fehlenden Stückes des Mittellandkanals zwischen Hannover und Magdeburg tatkräftig zu fördern. Dieser Ausschuß besitzt, wie die Herren wissen, einen ziemlich großen Einfluß, er hat seine Arbeiten in umfangreichstem Maße aufgenommen und auch schon eine Denkschrift ausarbeiten lassen von der namhaften Firma Havestadt & Contag, die wohl allen Herren zugegangen ist, eine außerordentlich fleißige und durchsichtige Arbeit. Zunächst hat sich nun der Ausschuß auf den Standpunkt gestellt, es könnte unmöglich Partei für den Bau der Südlinie oder der Nordlinie ergriffen werden, sondern hat es als notwendig erklärt, daß in erster Linie der Kanalbau an sich gefördert werde, ein Standpunkt, der bis vor kurzem in strenger Weise aufrechterhalten worden ist. Nachdem aber kürzlich besondere Bearbeitungen von den Anhängern der Nord- und der Südlinie vorgenommen sind — insbesondere vom Ausschuß für die Südlinie —, hat sich der Ausschuß neuerdings dazu bekannt, der Spezialfrage näherzutreten, ob man für die Nordlinie oder für die Südlinie eintreten solle.

Jedenfalls hat man in der letzten Sitzung des Ausschusses beschlossen, eine Bearbeitung von dem Zivilingenieur Baurat Taaks vornehmen zu lassen, die das gesammelte Material enthalten und eine Klärung der Frage herbeiführen soll. Wenn die Bearbeitung vorliegt, wird der Ausschuß wieder zusammentreten, um von neuem diesen Gegenstand zu beraten. Da wir Mitglied des Ausschusses sind — auch heute noch —, müssen wir auf die Arbeiten dieses Ausschusses großes Gewicht legen. Selbstverständlich legen wir andererseits auch großen Wert auf die sonstigen Bearbeitungen, auch auf diejenige, welche von den Anhängern der Südlinie vorgenommen ist. Soweit ich weiß, beabsichtigen die Anhänger der Südlinie ebenfalls eine Denkschrift herauszugeben; wenn ich recht unterrichtet bin, soll sie von Havestadt & Contag bearbeitet werden. Man kann daher annehmen, daß sie Fruchtbare zutage fördern wird.

Meine Herren, Sie sehen aus diesen kurzen Darlegungen, daß viel Material zur Klärung der Frage herbeigeschafft wird. Da die Anhänger der Südlinie gearbeitet haben, sind auch die Anhänger der Nordlinie nicht müßig gewesen, sie beabsichtigen auch, eine Denkschrift herauszugeben, um nachzuweisen, daß das einzig Richtige ist, die Nordlinie zu bauen. Auch dieses Material wird von großer Bedeutung sein. Wenn all dieses Material zur Verfügung steht, dann werden wir auch weiter vorgehen und zunächst die Verkehrsdeputation von neuem mit dieser Frage sich befassen lassen. Danach wird der Magistrat auch der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreiten. Meine Meinung ist, daß wir so am besten zum Ziele kommen. Es ist durchaus wünschenswert, daß auf allen Seiten und von allen Körperschaften gearbeitet wird; ob wir nun gerade mit ihren Ansichten übereinstimmen, mag dahingestellt bleiben, aber zur Klärung trägt es jedenfalls bei. Die Verkehrsdeputation wird voraussichtlich bald in dieser Frage wieder zusammentreten und beraten. Daß wir uns bei dieser Beratung der Erfahrungen und Kenntnisse sachverständiger Herren bedienen werden, ist wohl selbstverständlich. Da wir in unserm schätzbaren neuen Mitgliede der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Direktor Kraus, einen tüchtigen Sachkenner unter uns haben, wird es sich die Verkehrsdeputation nicht nehmen lassen, auch diesen Herrn bei den weiteren Beratungen mit hinzuzuziehen.

## 12. Anfrage Wesemeier über die Deckung des Kartoffelbedarfs der städtischen Einwohnerschaft.

Wortlaut der Anfrage f. S. 538.

Stadtvr. **Wesemeier** (zur Begründung): Veranlaßt bin ich zu der Anfrage durch die Mißstimmung, wie sie in den weitesten Kreisen der Bevölkerung herrscht über die augenblickliche Notlage und darüber, daß eine ganze Anzahl von

Familien der Stadt Braunschweig einen erheblichen Kartoffelvorrat im Keller hat und andere zahlreiche Familien, wohl die weitaus größte Zahl der Familien in der Stadt, nicht wissen, woher sie Kartoffeln bekommen sollen. Sie sind angewiesen auf den wöchentlichen Einkauf von 5 Pfund. Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit gern vom Magistratsstische eine Erklärung darüber hören, die jedenfalls notwendig ist und im Interesse der Stadtverwaltung liegt, gegenüber den Gerüchten, wie sie in der Stadt umlaufen, daß von dem Kartoffelbestande der Stadt Braunschweig erhebliche Quantitäten verfaulen. Ich habe schon persönlich vor vierzehn Tagen gelegentlich mit Herrn Stadtbaurat Nebenleben darüber gesprochen. Herr Stadtbaurat hat mir die Versicherung gegeben, daß das nicht so schlimm sei, nur 1 Prozent der Kartoffeln wäre schlecht. Aber nicht tot zu machen ist dieses Gerücht, daß ungeheure Quantitäten von den städtischen Kartoffeln verfaulen, daß sie in unsachgemäßer Weise zu hoch gelagert seien, daß sich deshalb Hitze in den Lagern entwickelt und die Kartoffeln dann naturgemäß verfaulen müßten. Es geht auch das unglaubliche Gerücht um, daß für über 100 000 *M* Büchsen städtisches Fleisch verdorben sein sollen. Ich meine, diesen Gerüchten entgegenzutreten und Aufklärung zu schaffen, ist im Interesse des Magistrats gelegen.

Was die Kartoffelfrage betrifft, so weiß ich selbst, daß eine ganze Anzahl von Familien in der Stedrübenwoche nicht nötig hatten, Stedrüben zu kaufen, daß sie einfach von ihrem Kartoffelvorrat zehrten. — Gleichzeitig möchte ich mir die Anfrage erlauben, ob dem Magistrat bekannt ist, wie der Kartoffelvorrat innerhalb der Behausung der Einwohner sich gestaltet. Es ist weithin die Meinung verbreitet, daß diejenigen Einwohner, die während der Stedrübenwoche keine Stedrüben zu kaufen brauchten, nur dazu imstande gewesen sind, weil sie einen recht großen Kartoffelvorrat im Keller haben. Inwieweit werden diese Familien veranlaßt, mit ihrem Kartoffelvorrat für längere Zeit auszukommen? Werden sie veranlaßt werden, den überschüssigen Kartoffelvorrat, der doch zweifellos in vielen Familien vorhanden ist, abzuliefern?

Ich möchte mir weiter erlauben, darauf hinzuweisen, daß der Stedrübenpreis in hiesiger Stadt höher ist als in anderen Städten; wie das möglich ist, weiß ich nicht. In Magdeburg kostet das Pfund 4½ Pf., hier 5 Pf., also um 10 Prozent ist der hiesige Verkauf, der in beiden Städten durch die Stadt erfolgt, höher als in Magdeburg.

Bei dem gegenwärtigen Lebensmittelverkaufe zeigen sich leider ganz erhebliche Mißstände. Die Frauen, die auf Arbeit gehen, sind beim Einkauf von Lebensmitteln so erheblich benachteiligt, daß sie von ihren Lebensmittelmarken bei weitem nicht den Gebrauch machen können wie andere Frauen, die nicht zur Arbeit gehen und die Geschäfte zu allen Zeiten aufsuchen können. Erst gestern

war wieder eine Frau bei mir und zeigte mir eine ganze Reihe Marken, die sie übrigbehalten hatte, und sagte: „Ich bekomme nirgend etwas zu kaufen. Wenn ich von der Arbeit komme, heißt es in den Geschäften: „Es ist alles ausverkauft“, und ich kriegen nichts. Die Einrichtung ist schlecht, denn wir müssen doch auch beachtet werden.“ Es müßte jedenfalls einmal im Magistrat beraten werden, wie das abzuändern ist, so daß auch die Frauen, die auf Arbeit gehen, ihre Marken verwerten und Lebensmittel beziehen können.

Weiter möchte ich hinweisen, daß auch die Bekanntmachungen des Magistrats bei den Lebensmittelverkäufen nicht gerade geeignet sind, Zufriedenheit zu erwecken. Der Magistrat macht bekannt, daß irgendwelche Waren, Teigwaren oder Seringe in den Geschäften zu haben sind, die einen Aushang zu machen haben, er sagt aber niemals, wo das ist, wie hoch der Preis der Ware ist. Damit wird meiner Überzeugung nach der Ausnutzung der Bevölkerung Tür und Tor geöffnet. Ich habe selbst gesehen, daß der Preis für gleich große Seringe in den verschiedenen Geschäften sehr verschieden war: 11, 13½ und 15 Pf. wurden gefordert. Der Magistrat machte bekannt: Es werden abgegeben 1—3 Seringe, je nach der Größe des Serings. Einzelne Geschäfte sagten: „Wir geben nur einen Sering, auch kleine, auf die Nummer ab“, andere gaben zwei oder drei. Da meine ich, daß es hätte nach Gewicht gehen müssen, denn das hätte der Magistrat ermitteln können. Ein Preis für die Nährmittel ist nicht vorgeschrieben, so daß es vorgekommen ist, daß in einem Geschäfte dieselbe Ware um zwei Pfennig teurer, in anderen um zwei Pfennig billiger verkauft worden ist. Das alles könnte vermieden werden, wenn vom Magistrat der Preis und das bestimmte Quantum, das abgegeben werden soll, festgesetzt wird.

Wenn bestimmt ist, daß die Geschäfte, in denen die Waren ausgegeben werden, durch eine ausgehängte Tafel kenntlich gemacht werden, dann laufen die Frauen los, wenn der Tag gekommen ist, den der Magistrat als Verkaufstag bekanntgemacht hat, aber sehr häufig ist die Ware in dem Geschäfte schon ausverkauft, wenn sie hinkommen. Am anderen Tage erfahren sie, daß in einem anderen Geschäfte noch derartige Ware zu haben ist. Auch dorthin gehen sie, kommen wieder zu spät und werden so unnötigerweise hin und her gehezt. Würde bekanntgemacht, welche Geschäfte die Waren verkaufen, die genaue Stunde des Verkaufs und der Preis der Ware, dann wäre diesen Übelständen abgeholfen. Auf die heutige Weise erhalten nur einzelne Familien Waren und die immer wieder; das ist das Leiden. Es kann der Zufall eintreten, daß jemand auf seine Lebensmittelmarke Nummer 4 keine Ware erhält, und wenn wieder ein neuer Verkauf angekündigt wird, ist die Nummer 4 der Marke außer Kurs gesetzt. Die Familie ist also um dieses Quantum gekommen, was sie erhalten sollte, und erhält möglicher-

weise auch auf die folgende Nummer nichts, während andere Familien auf die erste Nummer etwas erhalten und auf die nächste Nummer wieder etwas.

**Vorsitzender:** Ich glaube, Herr Wesemeier, Sie verirren sich etwas von dem Gegenstande Ihrer Anfrage. Ich habe zu dem Zusammenhang zwischen Seringen und Kartoffeln nichts gesagt, aber jetzt ist doch von Ihnen etwas weiter ausgeholt. Ihre Anfrage bezieht sich wohl mehr auf Kartoffeln. Aber die Versammlung wird ja wohl nichts dagegen haben, daß die Frage im allgemeinen besprochen wird.

**Stadtv. Wesemeier** (fortfahrend): Ich bin auch soweit mit meinen Ausführungen zu Ende. — Jedenfalls muß ich sagen, daß es mit der Ernährungsfrage, wie sie heute ist, noch sehr schlecht bestellt ist, und darüber brauchten wir uns ja eigentlich nicht zu unterhalten. Herr Stadtrat von Frankenberg hat schon gesagt, daß im nächsten Monat  $\frac{1}{4}$  Pfund Nahrungsmittel mehr ausgegeben werden sollen. Auch damit wird nicht vielen geholfen sein, da die Lage im allgemeinen so schlecht ist. Speziell über die Kartoffeln weiß die Bevölkerung nichts. Für die Familien, die sich mit Kartoffeln eingedeckt haben, ist nichts bekanntgemacht, wie für sie die Beföstigung mit Steckrüben gehandhabt werden soll. Es ist jedenfalls irrtümlicherweise von ihnen angenommen, daß sie berechtigt sind, ihren Kartoffelvorrat zu verzehren. Das muß klargestellt werden, damit jeder weiß, wie die Sache liegt. Festgestellt muß auch werden, wie es mit dem Verderben von Kartoffeln und Fleischwaren ist; es liegt das im Interesse des Magistrats selbst.

**Stadtbaurat Gebensleben:** Die Anfrage, die der Herr Vorredner gestellt hat, lautet: „Kann der Magistrat Auskunft geben, auf wie lange der Kartoffelbedarf für die Einwohner der Stadt Braunschweig gedeckt ist?“ Auf diese Frage möchte ich zunächst zu sprechen kommen.

Die Kartoffelversorgung ist abermals nicht so vonstatten gegangen, wie wir es uns eigentlich gedacht hatten. Auf Anregung verschiedener Kreise, auch der Stadtverordnetenversammlung, haben wir schon vor längerer Zeit — im Dezember — begonnen, auf eine größere Anzahl von Wochen die Kartoffeln an die Bevölkerung auszuteilen; wir hatten vorgesehen, daß eine Winterversorgung vom 1. Januar bis zum 15. April stattfinden sollte, also auf eine Zeit von mehr als einem Vierteljahre. Alle Vorbereitungen waren getroffen, die Kartoffeln bereitgestellt, ebenso hatten wir Steckrüben, die auf Anweisung des Landesernährungsamtes zur Streckung des Kartoffelvorrats herangezogen werden sollten, in den Turnhallen der Schulen in großen Mengen aufgestapelt. Leider ist die Erfahrung, die wir mit dieser Maßnahme gemacht haben, geradezu kläglich gewesen.

Ich hatte geglaubt, die Bevölkerung würde mit Wonne darauf losstürzen, sich für 15 Wochen einzudecken — aber weit gefehlt! Obwohl wir jedem einzelnen, der in Betracht kam, eine Postkarte ins Haus getragen und ihn gebeten haben, die Kartoffeln sich abzuholen, obwohl wir auch sonst alles so bequem gemacht hatten, wie nur möglich — nur ins Haus fahren konnten wir die Sachen nicht —, ist nur etwa der vierte Teil von denen gekommen, die eingeladen waren. Sie werden zugeben müssen, daß das ein klägliches Ergebnis gewesen ist, wir haben dann den Kreis der Einladungen so weit gezogen, wie es nur irgend möglich ist, und haben schließlich sogar gesagt: „Jeder, der sich eindecken will und im Besitz von Kartoffelkarten ist, soll abgefertigt werden und den ausgeschriebenen Wintervorrat bekommen.“ Auch das hat nichts genützt; beinahe noch weniger als vorher sind gekommen. Ich glaube, wir haben jetzt wirklich alles getan, was wir tun konnten; der Stadtverwaltung kann jedenfalls kein Vorwurf mehr gemacht werden, daß sie der Bevölkerung nicht die Möglichkeit gegeben hätte, sich für 15 Winterwochen mit Kartoffeln einzudecken.

Wie lange reicht unser Vorrat noch? Wir haben vielleicht einen Vorrat von nicht ganz 40 000 Zentnern, es mögen zwischen 36—40 000 sein. Wir haben vor längerer Zeit eine Aufmessung und Schätzung vornehmen lassen, und hierbei hat sich diese Zahl ergeben, übrigens eine Zahl, die, wie ich glaube, für unsere Stadtgemeinde gar nicht ungünstig ist, vor allem, wenn man in der Beziehung nach Berlin blickt, wo die Verhältnisse längst nicht so günstig liegen wie bei uns. Mit unseren nahezu 40 000 Zentnern werden wir schätzungsweise bis Mitte April ausreichen, wenn wir nach wie vor Stedrüben zur Stredung mit heranziehen. Das sind an und für sich keine ungünstige Verhältnisse, denn wir können mit Sicherheit annehmen, daß wir über die Winterzeit glatt hinwegkommen werden. Aber wir müssen — und das möchte ich recht laut sagen — von der Landwirtschaft erwarten, daß sie uns nach Ablauf dieser Zeit nicht im Stiche läßt, sondern uns von Mitte April an kräftig weiter Kartoffeln liefert. Mit meinen Ausführungen wollte ich nicht etwa sagen: Wir sind für die ganze Versorgungszeit mit Kartoffeln reichlich versehen, im Gegenteil, wir müssen von der Landwirtschaft erwarten, daß sie uns im nächsten Frühjahr tüchtig Kartoffeln heranschafft. Wir wollen uns bescheiden und mit der geringen Menge, die wir austeilten, weiter auskommen suchen, müssen aber von der Landwirtschaft erwarten, daß sie uns vom April ab diese geringe Menge bis zur neuen Ernte weiter zuführt.

Sodann hat der Herr Vorredner erwähnt, es ginge das Gerücht um, daß nicht geringe Mengen von Kartoffeln in unseren Lagern verfaulen, und das führe natürlich zu erheblichen Beunruhigungen. So schlimm ist die Sache nun aber nicht, wie sie im Gerüchte dargestellt wird. Gewiß, gerade so wie bei anderen Leuten, verfaulen auch bei uns Kartoffeln, aber wenn in einem Keller mehrere

tausend Zentner Kartoffeln liegen und es werden bei der Durchfortierung 50 Zentner faule Kartoffeln herausgeholt, so will das nichts sagen. Das ist so verschwindend wenig, daß man wirklich kein Aufsehen davon zu machen braucht. Jedenfalls hat die Erfahrung bislang gelehrt, daß bei uns verhältnismäßig wenig Kartoffeln verfault sind. Es ist das allerdings in den verschiedenen Lagern verschieden, bei dem einen ist es mehr, bei dem anderen weniger. In den Lagern, wo die Kartoffeln tadellos trocken angefahren sind, wo sie nicht durch Frost gelitten haben, sind die Kartoffeln besser erhalten als da, wo sie im Oktober während der Masse- und Frostperiode hereingekommen sind und noch feucht waren, als sie in die Lager gebracht wurden. Wir beschäftigen ständig eine Anzahl Leute, die nichts anderes zu tun haben, als auf die Kartoffeln achtzugeben, sie zu sortieren und sie umzuschaueln. Das letztere kann natürlich nicht fortwährend geschehen, denn das vertragen die Kartoffeln nicht. Die Kartoffeln werden einmal gründlich durchsortiert und dann im Frühjahr noch einmal durchgesehen. Zunächst hatten wir sie etwas zu hoch gelagert, das muß ich zugestehen, nämlich 1—1½ m hoch. Da wir aber inzwischen von den Kartoffeln größere Mengen verkauft haben, sind wir in der Lage gewesen, jetzt die Kartoffeln erheblich flacher auszubreiten. Dann haben wir sie aber auch fertig sortiert und können sagen: Unsere Lager sind in guter Ordnung.

Es ist übrigens unseren städtischen Stellen nicht allein überlassen, darüber zu befinden, ob die Lager gut oder schlecht sind, ob die Kartoffeln gut gepflegt werden oder nicht, sondern wir bedienen uns dazu auf Anregung der Regierung zahlreicher Sachverständiger, die die Keller fortwährend nachsehen. Neuerdings hat sich auch der Herr Landesabgeordnete Fickender in liebenswürdiger Weise bereit erklärt, unsere Keller mit zu prüfen. Ich habe ihm ein Dankschreiben geschickt und darin ausgesprochen, daß wir gern von seinem Anerbieten Gebrauch machen. Wir sind auch gern bereit, wenn sich noch andere Sachverständige finden, deren Rat zu hören. Wir erfüllen, soweit es möglich ist, alle Wünsche, die auf die Pflege unseres Kartoffelvorrates hinielen. Es wird nichts außer acht gelassen, denn wir wissen, daß es sich um eine außerordentlich wichtige Frage handelt. Solchen Gerüchten, wie sie Herr Wesemeier erwähnte, nämlich die Hälfte oder beinahe alles in unseren Kartoffellagern verfaule, braucht man keinen Glauben zu schenken. Es war da z. B. gesagt, daß aus den Kellern einer Brauerei 10 000 Zentner schlecht gewordener Kartoffeln herausgebracht seien; es haben aber in jenen Kellern nur vielleicht 5000 Zentner gelagert, und davon sind uns allerdings einige Zentner, weil die Kartoffeln im gefrorenen Zustande hineingebracht worden sind, verdorben. Die 36 000 Zentner, die wir noch besitzen, sind in tadelloser Beschaffenheit. Sie werden jedenfalls aus meinen Ausführungen

ersehen haben, daß wir über die schwierige Jahreszeit glatt hinwegkommen werden.

Die Aufbewahrung der **Stedrüb en**, die als Stredmittel dienen sollen, macht uns viel mehr Schwierigkeiten als die der Kartoffeln. Es hat sich nämlich gezeigt, daß sie sich in diesem Jahre besonders schlecht halten, daß sie zum Teil hohl sind, anfaulen und zum Teil unter dem strengen Frost gelitten haben. Wir sind jetzt dazu übergegangen, die Stechrüben in großen Mengen dörren zu lassen, denn wir können nur damit rechnen, daß sie im frischen Zustande als Stredmittel für die Kartoffeln nur bis Anfang April verwendet werden können. Da wir sie aber auch über den April hinaus noch als Stredmittel heranziehen müssen, so haben wir Vorseeung getroffen, daß die Stechrüben, die über den 1. April hinaus verzehrt werden müssen, konserviert werden, indem wir sie dörren lassen. Wir haben zu dem Zwecke mit mehreren Dörranstalten Verträge abgeschlossen und sie verpflichtet, für uns Stechrüben in einer Menge von etwa 40 000 Zentnern zu trocknen, eine Zahl, die im ersten Augenblicke etwas hoch erscheint. Aber lieber etwas mehr als zu wenig davon. Wir haben darin in Übereinstimmung mit dem Ernährungsausschuß gehandelt. Vor allem ist zu berücksichtigen, daß die gedörrten Stechrüben sich längere Zeit halten, und daß sie, wenn sie nicht im Frühjahr oder im Sommer verzehrt werden, sogar im nächsten Jahre noch verwendet werden können. Vor den etwas großen Geldausgaben dürfen wir nicht zurückschrecken; das bringt der Krieg mit sich und dieses Risiko müssen wir tragen.

Was den Stechrübenpreis betrifft, so beträgt er für Stechrüben im frischen Zustande 5 Pf. für das Pfund im Kleinhandel, in großen Mengen haben wir den Zentner für 4,70 *M* abgegeben. Der Preis ist nicht billiger zu stellen, ich bin sogar überzeugt, daß wir auch hierbei etwas Geld zusetzen, weil die Stechrüben sich schlecht halten.

Sodann hat Herr Wesemeier vorhin noch gefragt, was in bezug auf diejenigen geschähe, die einen Kartoffelvorrat haben und eigentlich auch eine Stechrübenwoche über sich ergehen lassen müßten. Bislang ist nur die Verfügung getroffen, daß sie — der Herabminderung der Kartoffelration entsprechend — länger mit ihrem Vorrat ausreichen müssen. Daß wir eine weitere Änderung nicht getroffen haben, ist ja eine gewisse Ungleichheit, das muß ich zugestehen. Die sich erst vor kurzem für 15 Wochen eingedeckt haben, sind allerdings schlechter gestellt als diejenigen, die von vornherein sich eingedeckt hatten. Aber weiter sind wir in dieser Sache nicht vorgegangen.

**Amtsrichter Meyer:** Der Magistrat wird anerkennen müssen, daß die Verteilung der Lebensmittel durch die Stadt gewisse Mängel aufweist. Wir haben das insbesondere bei dem Marmeladenverkauf hören müssen, obgleich genügend



Marmelade durch uns in Verkehr gebracht wurde; wir hatten so viel Marmelade ausgegeben, daß  $\frac{1}{2}$  Pfund auf den Kopf der Bevölkerung kommen mußte. Wir haben daran gesehen, daß das Verfahren, wie es bisher gehandhabt ist, nicht ausreicht, um die zuge dachte Menge für jeden Einwohner sicherzustellen, und das kommt daher, wie wir uns weiter sagen, daß die Leute nicht wissen, in welchem Geschäfte sie kaufen sollen. Dieser Mangel ist nur dadurch zu beheben, daß man entweder die Waren durch die Bezieher kurz vor der Austeilung in einem gewissen Geschäfte bestellen läßt oder dadurch, daß man die Verbraucher ein für allemal in eine Kundenliste eines bestimmten Geschäftes eintragen läßt und nach dieser die einzelnen Geschäfte beliefert. Das Geschäft hätte dann dafür zu sorgen, daß jeder Eingetragene sein Quantum bekommt. Ich habe schon in vergangener Woche Besprechungen mit Geschäftsinhabern gehabt, und wir sind zu dem Entschlusse gekommen, daß für die Materialwarengeschäfte Kundenlisten eingeführt werden sollen, damit eine gerechte Verteilung der Lebensmittel gewährleistet wird. Die Vorarbeiten dazu sind gemacht, wir werden demnächst die Familien auffordern, sich in die Listen eintragen zu lassen, und werden dann die Belieferung der Geschäfte nach der Kundenliste erfolgen lassen. Auf diese Weise glauben wir jedem gewährleisten zu können, daß er den ihm gebührenden Teil erhält, auch wenn er erst am Abend kommt.

Was die Seringe angeht, so ist es ungeheuer schwierig gewesen, sie einigermaßen gerecht zu verteilen. Ich habe mir sagen lassen von Geschäftsleuten, die etwas von dieser Sache verstanden, daß die Ware in Friedenszeiten niemals so schlecht verpackt gewesen sei, wie es dieses Mal geschehen sei. In einigen Tonnen sind 900 Seringe gewesen, in anderen 3700 Stück, so gewaltig ist der Unterschied gewesen. Auch in Tonnen, die gleich groß waren, schwankte der Inhalt zwischen 900 und 1200 Stück; in einigen sollen sogar nur 700 gewesen sein. So erklärt es sich, daß die Preise diesmal so ungeheuer verschieden ausgefallen sind. Eine Preisfestsetzung für den einzelnen Sering haben wir selbstverständlich nicht vornehmen können, sondern haben die Leute nur verpflichtet, den Inhalt der Tonnen auszuzählen, einen Nutzen von 15 Prozent aufzuschlagen und danach den Preis zu bestimmen. Man kann annehmen, daß danach in allen Fällen verfahren ist. Aber da die Ware selbst so ungleichmäßig gewesen ist, so erklärt sich schon dadurch die Verschiedenheit im Preise.

Sodann meinte Herr Wesemeier, es hätte sich müssen einrichten lassen, die Ware nach Gewicht zu verkaufen. Auch diese Möglichkeit haben wir geprüft, aber es wurde uns von Sachverständigen davon abgeraten, weil diese Ware zu schlecht verpackt sei. In dem einen Fasse war die Verpackung gut, in anderen aber war mehr Salz als Seringe, so daß die Geschäftsleute erklärten, daß es nicht möglich sein würde, für das Auswiegen Richtlinien aufzustellen. Es kommt weiter in

Betracht, daß die zu verteilende Menge nur sehr klein bemessen werden konnte, so daß unter Umständen der einzelne Hering mehr wog, als das Quantum, das auf eine Lebensmittelmarke entfiel. Es wäre unter Umständen nichts übriggeblieben, als von dem Hering etwas abzuschneiden, aber die Frage blieb dann noch, wo? Unten oder oben? am Schwanz oder am Kopf? (Seiterkeit.) Hering ist tatsächlich nach Gewicht schwer zu verkaufen, insbesondere, wenn die Lieferung ungleich ausfällt.

**Stadtrat von Frankenberg:** Die Schwierigkeiten im Nahrungsmittelverkauf waren diesmal besonders groß, weil wir zwar vom Landesernährungsamt die Nachricht bekamen, daß uns Nahrungsmittel zugeteilt waren, aber bis zu dieser Stunde die Nahrungsmittel noch nicht vollständig eingetroffen sind. Die Anlieferung ist nach und nach erfolgt, zum Teil wohl wegen der Bahnschwierigkeiten, zum Teil auch, weil eine hiesige leistungsfähige Firma beim besten Willen die bestellten Mädeln nicht so frühzeitig fertigstellen konnte, daß wir sie gleichzeitig mit den anderen zum Verkauf stellen konnten. Es wäre peinlich gewesen, wenn nun alle Bezieher hätten warten müssen, bis die letzte Mädel abgeliefert worden war. Deshalb hat der Magistrat angekündigt: Wir stellen jedem nach Wahl  $\frac{1}{2}$  Pfund von diesen Nahrungsmitteln zur Verfügung, seien es nun Haferflocken, Graupengrütze oder Mädeln. Die Mädeln werden nun aber im Laufe der allernächsten Tage angeliefert werden, und wir haben die Auslieferung so gedacht, daß von jeder der ausgegebenen 129 000 Lebensmittelkarten die Marke 4 mit einem halben Pfunde zum Zuge kommt.

Die Verbesserung, die in Kürze bei dem Verkauf der Lebensmittel durch Einführung der Kundenlisten eintreten wird, hat Herr Amtsrichter Meyer schon erwähnt, und ich hoffe, daß wir nach und nach dahin kommen, unsere Bevölkerung immer mehr zufriedenzustellen.

Auch in bezug auf die Preise war es nicht möglich, den Wünschen des Herrn Wesemeier zu entsprechen, da die Ware noch nicht fertig war und wir nicht vorher, ehe wir die Ware an die Verkaufsstellen lieferten, die Preise festsetzen konnten. Wir haben aber Vorsorge getroffen, daß die großen Handelsgeschäfte, die mit der Verteilung der Waren an die Kleinhändler betraut sind, jedesmal bei Anlieferung der Ware Mitteilung darüber machen, zu welchem Preise die Waren verkauft werden müssen. Es kann sich dann höchstens um eine ganz geringe Abweichung nach unten hin handeln, ein Aufschlag nach oben hin ist jedem Geschäfte untersagt. Ich bitte, falls Ihnen eine Preisüberschreitung bekannt wird, an uns Nachricht gelangen zu lassen; wir werden daraufhin vorgehen, schließlich auch mit der Drohung, in Zukunft keine Waren wieder zu liefern.

**Stadtrat Wagner:** Die Gerüchte, die in der Kriegszeit Mode sind und oft sehr ausschweifend sich gestalten, haben sich auch auf das Büchsenfleisch geworfen, von dem 100 000 Büchsen verdorben sein sollen. Mir ist nichts davon bekannt, daß von den städtischen Waren an Büchsenfleisch überhaupt etwas verdorben ist. Die sämtlichen Vorräte, die eingelagert sind, sind vor kurzer Zeit daraufhin be- sichtigt, ob sich Bombage gezeigt hat, es ist aber nichts Derartiges bemerkt. Wir haben aus den Büchsen Proben entnommen, und sie haben sich als einwandfrei erwiesen. Ich weiß nicht, worauf dieses Gerücht zurückzuführen ist.

**Stadtv. Busch:** Der Magistrat hat verschiedene Anfragen ausführlich be- antwortet. Ich möchte mir erlauben, noch eine Anfrage zu stellen.

**Vorsitzender:** Reichen Sie sie doch schriftlich ein.

**Stadtv. Busch:** Es handelt sich um eine kurze Sache. Es ist bekanntgegeben worden, vom 29. Januar ab solle ein Verkauf von Nahrungsmitteln in verschiedenen Geschäften stattfinden. Ich schicke an diesem Tage morgens um 8 Uhr mein Dienstmädchen hin, um die uns zustehenden Sachen zu kaufen, und es wird mit- geteilt, die Sachen seien schon vor dem Verkaufstage ausverkauft. Wie ist das möglich?

**Stadtv. Niele** beantragt Besprechung der Anfrage Wesemeier.

**Vorsitzender:** Ich möchte anheimgeben, mit der Besprechung noch zu warten. Es sind noch andere Anfragen eingereicht, die auch die Lebensmittelfrage be- treffen. Ich möchte erst den anfragenden Herren Gelegenheit geben, ihre An- fragen zu begründen; wir können dann, wenn es gewünscht wird, die Besprechung in eins vornehmen. Ich nehme an, daß die Versammlung hiermit einverstanden ist.

### 13. Anfrage Loeßigk über eine praktischere Gestaltung des Verkaufs der städtischen Fleischwaren.

Wortlaut der Anfrage f. S. 537.

**Stadtv. Loeßigk** (zur Begründung): Die Herren haben gehört, wie schwer es ist, Waren zu erhalten, und wie schwer man manchmal zum Zuge kommen kann. Ähnlich geht es auch bei dem städtischen Schweinefleischverkauf. Es ist jetzt eine Verfügung vom Magistrat erlassen, wonach die Verkäufer dafür sorgen sollen, daß sowohl der erste wie auch der letzte sein Teil an Fett und Wurst be- kommt. Man muß es einmal sehen, wie der Verkauf vor sich geht: Draußen stehen die Leute, die Polizei regelt den Zugang und dann kommt der Verkauf im Laden.

Wenn drei Verkäufer im Laden stehen, die sich helfen, dann mag es ja gehen, daß sie mit dem Verkauf fertig werden. Nun soll aber jede der Haushaltungen ihr Recht bekommen. Nach den Kundennummern, wird gesagt, soll vor dem Verkauf festgestellt werden, wieviel jeder erhalten kann. Angenommen, die 100 Nummern, die zu einer Verkaufsstelle gehören, repräsentieren vielleicht 130 Familienangehörige, die berechtigt sind, Fleisch zu holen. Wie soll die Verkäuferin da eine gerechte Verteilung herausbekommen, wenn ihr drei Zentner Schweinefleisch zur Verfügung stehen und darunter 12 Pfund Flomen, so daß sie alles in kleine Portionen zerteilt. Das ist sehr schwer, denn die Verkäuferin hat mir gesagt, daß die Leute draußen schon warten, wenn der Wagen ankommt, der die Waren bringt: Wenn ich weiß, daß von den hundert Leuten jeder sein gleiches Teil bekommen soll, dann kann ich es einrichten, daß 98 oder 97 zum Zuge kommen. Wir ordnen deshalb an, den Verkauf so vorzubereiten, daß jede der bezugsberechtigten Haushaltungen mit Schweinefleisch, Fett und Wurst versorgt werden kann. Nun ist nach Anlieferung der Ware auszurechnen, wieviel Fett usw. darunter ist. Ich bin ja selber ein alter Praktiker, aber wenn ich hundert Leuten ihre Waren je nach ihrer Berechtigung zuteilen soll, dann weiß ich nicht, wie die Kriegerfrauen es fertigbringen sollen, daß sie den Leuten, die zuletzt an die Reihe kommen, genau ihr rechtes Teil geben wie auch den ersten. Es müßte wenigstens heißen, für wieviel Personen die angelieferte Ware ausreichen soll. Ich habe mit einem Herrn aus dem Ernährungsausschuß über die Sache gesprochen, der die Sache mit beraten hat, und er hat mir recht gegeben, daß es auf diese Weise nicht klappen könnte.

Wenn ich zum Beispiel berechtigt bin, Fleisch abzuholen und habe vier Haushaltsmitglieder, so kann ich mir für alle vier Fleischarten von der städtischen Verkaufsstelle Waren holen. Ich kann aber auch nur für eine von meinen Karten Schweinefleisch holen und für die anderen drei mir bei einem anderen Schlachter Rindfleisch besorgen. Der Kriegerfrau, die den städtischen Verkauf hat, werden jedesmal hundert Nummern überwiesen, sie weiß aber nicht im voraus, für wieviel Haushaltsmitglieder jeder einzelne von ihr Schweinefleisch und andere städtische Waren holen will. Auf diese Weise können die Verkäuferinnen niemals vorher eine rechte Einteilung machen, wie es der Magistrat doch beabsichtigt. Es muß sonst festgestellt werden: Wer zum städtischen Verkauf kommen will, muß sich vorher für jedes Haushaltsmitglied eine Nummer holen, die angeschrieben wird, und dann bekommt jede Nummer soundsso viel. Eine Haushaltung mit vier Mitgliedern würde dann also vier Nummern bekommen können. Wenn es so wie bisher weiter gehandhabt wird, dann hat Herr Wesemeier recht, wenn er sagt: Die Leute laufen zu einer Stelle und bekommen nichts, und wenn sie zur anderen

kommen, bekommen sie auch nichts, weil sie dann die letzten sind, und den letzten beißen die Hunde.

Es ließe sich dabei auch einrichten, daß das lange Stehen nicht nötig ist. Wir sehen es doch in den Butterausgabestellen, daß es geht, und daß dort wenig Klagen gehört werden. Wo man sich hat einschreiben lassen, da bekommt man auch seine Butter, auch wenn man einen Tag zu spät kommt. So ist es mir gegangen; als wegen Krankheit meines jungen Mädchens unsere Butter nicht zur rechten Zeit abgeholt werden konnte, habe ich die Butter an dem nächsten Ausgabetage doch noch bekommen. Es ist mir gesagt, daß beim städtischen Schweinefleischverkauf die Abnehmer fast immer dieselben sind. Abhilfe dort ist dringend nötig, denn es heißt doch: Gleiche Brüder, gleiche Klappen. Jeder Bürger der Stadt hat ein Unrecht, von den schönen städtischen Fleischwaren etwas zu bekommen. Aber die Verkäuferinnen, von denen ich 6 oder 7 gefragt habe, haben mir geantwortet: Es müßte uns erst vorgemacht werden, wie es anzustellen ist, damit jeder von den draußen Stehenden gleichmäßig befriedigt werden kann. Es ist nur möglich, wenn den Verkäuferinnen gesagt wird: Von den 100 Nummern, die an dem Tage an die Reihe kommen, sind vielleicht 250 Personen vertreten. Dann können sie sich ihre Ware einteilen, sonst ist das nicht möglich.

**Stadtrat Wagner:** Wir sind dem Herrn Stadtv. Voeshigt als altem Praktikus sehr dankbar dafür, daß er, wenn er Mängel an dem städtischen Verkaufe entdeckt, dieses hier zur Sprache bringt, noch lieber wäre es uns aber gewesen, wenn er auch gleich praktische Vorschläge machen könnte.

Die Sache liegt so, daß eine große Menge von Haushaltungen sich Dauerkarten für den städtischen Verkauf hat geben lassen, daß sie aber zum großen Teil von diesen Karten keinen Gebrauch macht. Die Nummern, die zum Kauf bei den städtischen Schlachtungen berechtigen, werden vorher bestimmt und ausgehängt, aber ein großer Teil der Inhaber dieser Nummern erscheint nicht zum städtischen Verkauf. Andere Inhaber solcher Nummern haben das Recht, an dem städtischen Verkauf teilzunehmen, dadurch verloren, daß sie geschlachtet haben. Wir haben nämlich diejenigen, die selbst eingeschlachtet haben, wenn sie Nummern für den städtischen Verkauf sich verschafft hatten, ein H auf das Mittelstück der Fleischkarte stempeln lassen und bestimmt: Diese bekommen bei den Stadtschlachtungsstellen nichts. Dazu gehören nicht nur diejenigen, die sich selbst versorgt haben, sondern auch diejenigen, die von den Hauschlachtungen aus der Stadt und vom Lande Schweinefleisch und Wurstwaren bezogen haben. So läßt sich schwer übersehen, wieviel jedesmal von den ausgehängten Nummern zum Zuge kommen werden.

Als weitere Schwierigkeit kommt hinzu, wie Herr Voeshigt selbst erwähnte, daß man nicht zum voraus wissen kann, wieviel von ihren Fleischkarten die

einzelnen Haushaltungen, die für die Stadtschlachtungen angeschrieben sind, bei der Stadtschlachtungsstelle in der betreffenden Woche umsetzen wollen, und wieviel bei ihrem regelmäßigen Fleischlieferanten. Eine Haushaltung kann von ihren Fleischkarten durch Unaufmerksamkeit oder auch dadurch, daß der Schlachter ein ganz besonders schönes Stück für sie gehabt hat, einen großen Teil ihrer Fleischkarten verausgabt und so für die Stadtschlachtungen nichts übrigbehalten haben. Es läßt sich also nicht genau feststellen, wieviel von den Schlachterfrauen auf die Karten, die an der Reihe sind, ausgehändigt werden muß.

Nun sollte man aber meinen: Wer es praktisch anzufassen versteht, wird dennoch eine ungefähr gleichmäßige Verteilung fertigbringen, wie es tatsächlich schon eine ganze Reihe von Kriegerfrauen getan hat. Andere dagegen haben sich nicht die Mühe des Nachdenkens gemacht, und daher sind die Klagen gekommen. Wir haben durch die Wachtmeister der Polizeibezirke eine Umfrage anstellen lassen, und es ist dadurch festgestellt, daß die Stadtschlachtungsgeschäfte das, was sie an Fettwaren zugewiesen bekommen hatten, an sämtliche Nummern planmäßig verteilt haben. Sie haben also ihre Aufgabe auch unter den Umständen, wie sie eben vorliegen, fertiggebracht.

Früher lag die Sache so, daß die ehrenamtlichen Ordner — sie sind leider nicht mehr bei sehr vielen Geschäften vorhanden — genau nach der Nummernfolge die einzelnen Käufer aufgerufen haben, so daß diejenigen, die nicht erwartet hatten, daß viele Nummern ausgeblieben waren, zu spät erschienen. Diese mußten entweder sich hinten anstellen, oder sie mußten vor den anderen abgefertigt werden, was beides zu Unzufriedenheit geführt hat. Auch erhielten die zuerst an die Reihe Kommenden jedesmal die Auswahl zwischen den besten Waren und nahmen den übrigen Käufern die Fettwaren hinweg. Aus diesen Gründen haben wir den Aufruf nach Nummern aufgehoben. Er würde auch weiter dahin führen, daß die Käufer an eine bestimmte Zeit gebunden sind. Solche arbeitende Frauen, die erst nach 4 Uhr frei sind, würden bei den Stadtschlachtungsstellen nur den Rest bekommen, wenn mit dem Verkauf um 2 Uhr begonnen wird, während, wenn wir die Nummernfolge aufhören lassen und einen möglichst gleichmäßigen Verkauf anordnen, noch um 4 oder 5, ja auch noch um halb 6 für sie von den besten Waren etwas vorrätig ist.

Die Kriegerfrauen haben während der vielen Kriegsmonate nun schon viele Erfahrungen gesammelt. Wenn sie soundsso viele Nummern aushängen, dann wissen sie auch schon ungefähr, wieviel sie auszugeben haben, und können sich einen Überschlag machen: „Heute habe ich soundsso viel Speck, Schmalz, Flomen usw., dann werde ich soundsso viel auf jede Person ausgeben können, um bis zum Schluß nicht in Verlegenheit zu kommen.“ Bleibt etwas übrig, so schadet es nichts, wenn auch die letzte Käuferin etwas mehr von dem Speck erhält, oder wenn diejenigen,

die nach den mit Dauernummern versehenen an die Reihe kommen, auch von den Fettwaren etwas abbekommen. Ich glaube, es läßt sich machen, daß der Verkauf in dieser Weise, ohne schwierig einzuhaltende Anordnungen zu treffen, durchgeführt wird.

Im übrigen wird der Andrang nach den Stadtschlachtungswaren in der nächsten Zeit jedenfalls nachlassen, weil wir zu der Überzeugung gekommen sind, daß die prima Ware von uns nicht mehr hergestellt werden darf. Auch wir müssen strecken und nicht mehr Friedenswurst verkaufen — das verträgt sich mit der jetzigen Kriegszeit nicht mehr —, sonst können wir die Fleischrationen aus dem uns Zustehenden nicht mehr heraustriegen.

#### 14. Anfrage Bues über die Einwirkung der Kriegsküchen auf die Kartoffel- und Fleischknappheit

Wortlaut der Anfrage s. S. 539/540.

Stadtv. **Bues** (zur Begründung): Es ist mir von Geschäftsleuten, die in der Kartoffelstelle vorstellig geworden sind, mitgeteilt, daß ihnen dort gesagt ist: „Was meinen Sie wohl, was unsere Kriegsküchen in den Monaten, bis die Kartoffelkarten eingeführt worden sind, an Kartoffeln gekostet haben!“ Es ist also von dort aus bestätigt worden, was ich schon vor einigen Monaten gesagt habe. Die Teilnehmer an den Kriegsküchen haben das Doppelte an Kartoffeln bekommen gegenüber denjenigen Leuten, die auf Grund ihrer Kartoffelkarten Kartoffeln bezogen haben. Nun wird in der Bürgerschaft darüber gesprochen, daß es ab Monat April nur noch drei Pfund Kartoffeln geben soll. Es wird gut sein, wenn auch diese Meinung von seiten des Magistrats richtiggestellt wird.

Daß die Fleischrationen vor zwei Wochen heruntergesetzt worden sind, das hatte ich vor acht Wochen Herrn Dr. Kahlert schon vorausgesagt: Wird uns das Fleisch, das wir in der Kriegsküche verbrauchen, auf die an die Stadt gelieferte Viehmenge angerechnet, dann sind wir nicht mehr imstande, die bisherige Fleischration zu geben. Herr Dr. Kahlert, es wird angerechnet, und ist auch bisher angerechnet worden! Wir werden dadurch mit unserem Fleischbezuge immer ins Defizit hereinkommen, und ich möchte bitten, die Sache richtigzustellen.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Ich habe zur Beantwortung des ersten Teiles der Anfrage folgendes zu sagen: Es ist behauptet worden, daß die Kartoffelknappheit durch Verbrauch von Kartoffeln in den Kriegsküchen entstanden sei. Nun muß ohne weiteres zugegeben werden, daß bis vor einigen Wochen noch ein doppelter Bezug von Kartoffeln möglich war: diejenigen, die im Besitz von Kartoffelkarten waren, konnten sich ihre Kartoffeln kaufen und daneben noch zu den Kriegsküchen — aber nicht nur dorthin, sondern auch in jede gewöhnliche Gast-

wirtschaft — gehen und auch da noch, ohne daß der Kartoffelvorrat zu Hause geschmälert wurde, Kartoffeln verzehren. Das ist ein ungerechter Zustand gewesen, aber dieser ist ausgemerzt dadurch, daß Kriegsküchen-Kartoffelarten und Gasthofs-Kartoffelarten eingeführt sind. Ich betone nochmals, daß die Möglichkeit des doppelten Bezuges des festgesetzten Wochenquantums nicht eine Eigentümlichkeit der Kriegsküchen gewesen ist, sondern daß auch in jeder Volksküche, Fabrikküche und Gastwirtschaft Gelegenheit dazu gegeben war.

Sodann wurde angefragt, ob die Kartoffelration vom 1. April ab auf 3 Pfund reduziert werden würde. Ja, meine Herren, diese Reduktion ist schon längst eingetreten, denn es werden tatsächlich schon jetzt auf jede Karte für die Woche nur  $3\frac{1}{2}$  Pfund Kartoffeln verteilt. Es ist nämlich die Bestimmung getroffen, daß auf jede Kartoffelkarte für je zwei Wochen  $5\frac{1}{4}$  Pfund Kartoffeln entfallen, daß in der dritten Woche aber überhaupt keine Kartoffeln, sondern dafür Steckrüben in doppelter Menge verabreicht werden. Wenn Sie diese Kartoffelmenge  $2 \times 5\frac{1}{4}$  Pfund, auf drei Wochen verteilen, so kommen Sie tatsächlich auf  $3\frac{1}{2}$  Pfund Kartoffeln für die Woche; das ist das, was Herr Bues befürchtet. Es scheint also, als ob ein Teil der Bevölkerung es unbemerkt hingenommen hat, daß die Kartoffelmenge herabgemindert ist. Tatsächlich aber ist diese Einschränkung bereits seit Wochen eingetreten.

**Stadtrat Wagner:** Die vorübergehend für zwei Wochen eingetretene Herabsetzung der Fleischwochenmenge von 250 g auf 150 g pro Fleischkarte hängt mit der Versorgung der Kriegsküchen durch Fleisch durchaus nicht zusammen. Die Kriegsküchen erhalten auch nicht ein Lot Fleisch von dem Schlachtvieh, das uns zur Versorgung der Zivilbevölkerung von Staats wegen überwiesen wird, sondern nichts weiter als Abschlag aus den Heereschlachtungen, der aus Kopfknochen mit anhaftenden Fleischstücken — die fleischigen Backenstücke sind vorher schon herausgeschnitten — und im Falle, das solches vorhanden ist, Kleinfleisch aus den Heereschlachtungen, im wesentlichen also aus Knochen besteht. Das Fleisch bleibt also der Zivilbevölkerung ungeschmälert.

Die damalige Beschränkung der Fleischwochenmenge hatte andere Gründe als die Zuteilung an die Kriegsküchen. Es waren seinerzeit die Schlachtungshöchstzahlen für die Stadt Braunschweig überschritten, und zwar dadurch, daß die Mäster, die vertraglich verpflichtet waren, uns Schweine zu liefern, wegen des Kartoffelverfütterungsverbots große Mengen solcher Schweine uns auf den Hals geschickt hatten. Wir mußten die Schweine abschlachten, obgleich sie nicht das angenommene Durchschnittsgewicht hatten, und so war, obgleich wir die Schlachtungszahl überschritten hatten, die Menge des uns zur Verfügung stehenden Fleisches doch nicht so groß, daß es für die früher festgesetzte Ration ausreichte.



Wir haben uns bemüht, vom Staatsministerium nachträglich die Genehmigung zu erhalten, daß unsere Überschreitung gutgeheißen wurde. So lange, bis diese Genehmigung erteilt war, mußten wir vorsichtig sein und haben für den Rest des Versorgungsabschnitts die Herabsetzung der Ration vorgenommen. Sobald dann die neue Versorgungsperiode begann, sind wir mit der Fleischration wieder herausgegangen, und es ist zu erwarten, daß sie dauernd auf ihrer jetzigen Höhe erhalten bleibt, allerdings auch nur dann, wenn unsere Bevölkerung etwas mehr von den Friedensgewohnheiten in die Kriegsnotwendigkeit sich hinüberleiten läßt, daß also die Wurstbereitung, welche in Braunschweig auf einer hohen Stufe der Vollendung stand, sich dem Kriege anpaßt und wir zu einer gestreckten Wurst übergehen, wie sie z. B. Berlin herstellt. Es müssen die Abschläge zur Wurstbereitung mit verbraucht werden, und der Wurst muß auch Grüze, die ja einen großen Nährwert hat, mit zugesetzt werden. Ferner wird es unvermeidlich sein, daß Mettwurst, die doch weiter nichts ist, als schieres Fleisch und Fett, in Zukunft überhaupt nicht mehr hergestellt wird, oder daß, statt bisher 500 g, nur 250 g Mettwurst, gerade so wie schieres Fleisch, auf eine Fleischkarte verabsolgt wird. Es war bisher eine Ungerechtigkeit, daß wir bei der Mettwurst mehr zerhacktes Fleisch auf die Fleischkarte ausgegeben haben als bei der Ausgabe von reinem Fleisch. Schließlich wird man dazu übergehen müssen, das Hackfleisch nicht mehr in so großem Umfange herzustellen, damit die bei der Herstellung des Hackfleisches übrigbleibenden Knochen nicht mehr pure als Knochen abgegeben, sondern als Beigabe auf das verkaufte Fleisch angerechnet werden. Werden diese Maßnahmen, über die wir schon mit dem Vorstande der Schlachtermannschaft und auch mit dem Ausschuß für die Stadtschlachtungen Rücksprache genommen haben, durchgeführt, dann werden wir mit den uns zugewiesenen Viehmengen auch die Ansteilung von 250 g Fleisch für die Woche und Karte dauernd erhalten können.

### 15. Anfrage Kruse, betreffend Maßregeln zur Herausaffung von frischen Seefischen.

Wortlaut der Anfrage j. S. 537.

Stadtv. **Kruse** (zur Begründung): Wir waren in der ersten Zeit des Krieges in der angenehmen Lage, Seefische erhalten zu können, und zwar zu einem einigermaßen angemessenen Preise. Diese Verhältnisse haben bis Mitte Oktober vorigen Jahres andauert, plötzlich trat eine Änderung ein. Was am Dienstag noch 1 *M* gekostet hatte, kostete am Freitag darauf 2,40 *M*. Diese teure Periode dauerte wieder bis zum Monat November und Dezember. Wir haben ja den Preis auch bezahlt, denn es war uns noch viel wert, daß wir überhaupt Seefische bekommen konnten. Mitte Januar trat wieder eine unliebsame Änderung ein.

Es wurde uns mitgeteilt, daß sich das Reichs-ernährungsamt des Vertriebes der Seefische angenommen hätte, und in Bremen seien Gesellschaften gegründet, um die Seefische zu vertreiben, eine für frische Seefische und eine für geräucherte Fische. Wir freuten uns schon darauf, billige und in reichlicher Weise Fische zu bekommen, aber wir hatten uns getäuscht. Es kamen Klagen, daß die Lieferung der Fische überhaupt aufgehört habe. Wir haben in Hannover und Magdeburg anfragen lassen, wie die Verhältnisse dort lagen. Aus Magdeburg haben wir die Nachricht erhalten, daß die Verhältnisse dort genau so lägen wie bei uns, und Hannover antwortete, daß wohl ein gewisses Quantum von einer Fischverkaufsgesellschaft aus Altona zum Verkauf käme, die vom Magistrat an die Fischhändler verteilt würden, daß das Quantum aber allerdings nicht groß sei, vielleicht 20 Zentner pro Woche, mehr würde es nicht sein.

Ich möchte bitten, daß der Magistrat uns eine Erklärung abgibt, die beruhigend wirkt, und die erkennen läßt, daß den Magistrat keine Schuld daran trifft, daß in Braunschweig keine Seefische in den Geschäften vorhanden sind.

**Amtsrichter Meyer:** Die Erklärung, die Herr Kruse zu haben wünscht, können wir selbstverständlich abgeben. Wir bedauern sehr, daß die Zufuhr von frischen Fischen plötzlich aufgehört hat. Der Magistrat hat alles mögliche getan, um für die Zufuhr von Seefischen zu sorgen. Gründe dafür anzuführen, daß sie zurückgegangen ist, hält nicht schwer. Zum Teil sind die Gründe durch die Kriegslage selbst gegeben.

Es wird den Herren bekannt sein, daß die Zufuhr vom Auslande sich mit der Dauer des Krieges fortgesetzt verringert hat, und daß insbesondere die Fänge in der Nordsee haben eingeschränkt werden müssen. Noch einschneidender war die neue Organisation, die das Reich auf dem Gebiete der Fischversorgung getroffen hat. Die Mißstände, die Herr Kruse erwähnt hat, daß die Preise für Seefische in den Geschäften so schnell bis auf 2,40 M in die Höhe gegangen sind, haben dazu geführt, daß Vorkehrungen getroffen wurden, um die Preisbildung vom Reiche aus zu beeinflussen. Das war nur in der Weise möglich, daß der ganze Fang sowohl, wie der Vertrieb zentralisiert wurde. Man hat in allen wichtigen Hafenorten, wo Fische gehandelt werden, den Fang der Fische besonders gegründeten Gesellschaften übertragen, in denen Fischfänger und Fischhändler sitzen, und diese Gesellschaften haben auch den Vertrieb zu übernehmen. Sie lassen auch die Fischkonserven und Räucherfische herstellen, und zwar im Werklohn. Sie sind an die Stelle der einzelnen Fischhändler getreten, die bisher an die Kleinhändler geliefert haben. Eine solche Organisation war nicht von heute auf morgen einzurichten, und so vollzog sich die Gründung der Gesellschaften nur allmählich. Ebenso konnte auch der Einfluß auf die Preisbildung nur allmählich gewonnen

werden. Der Verteilungsschlüssel, der aufgestellt werden mußte, um eine gleichmäßige und gerechte Verteilung auf alle deutschen Gebietsteile herbeizuführen, konnte nicht ohne Vorarbeiten aufgestellt werden, und wir sind heute noch im unklaren, nach welchem Schlüssel die frischen Fische auf die einzelnen Städte und Kreise verteilt werden. Eine Nachricht darüber von dem Kommissar für die Fischversorgung haben wir nicht; ich höre, daß  $\frac{7}{57}$  des Fangs der Fischhandels-gesellschaft Elbe in Altona auf das Herzogtum Braunschweig entfallen. Wieviel das ist, kann ich nicht sagen, und es wird sich die Menge auch verändern, je nachdem der Fang groß oder klein ist. In der Übergangszeit konnte natürlich eine gerechte Verteilung nicht erwartet werden. Der Reichskommissar für die Fischversorgung, an den wir uns gewandt haben, hat in den Beiträgen für kommunale Kriegswirtschaft seinen Plan über die Neuregelung des Fischvertriebes auseinandergesetzt und hat schon in diesem Aufsatze darauf hingewiesen, daß verschiedene Perioden aufeinander folgen würden, die diese Neuregelung durchzumachen habe, und daß Störungen in der Belieferung unausbleiblich seien. So heißt es an einer Stelle:

„Bezüglich der Verteilung werden die Kommunen entweder für sich oder für ihre Händler sich mit denjenigen Gesellschaften in Verbindung setzen müssen, aus deren Gebiet sie früher beliefert sind. Auch hier werden Unbilligkeiten in der Verteilung vorkommen. Einzelne Wünsche von Kommunen, deren Fischversorgung keine genügende ist, werden vom Reichskommissar für Fischversorgung sehr schwer erfüllt werden können, da ein systematischer Eingriff in die Verteilung nur Unbilligkeiten herbeiführen und andere Kommunen ganz von Fischen entblößen würde.“

Dies war am 27. Dezember 1916 von dem Reichskommissar gesagt; nichtsdestoweniger haben wir uns am 2. Januar an den Reichskommissar gewandt und ihn gebeten, Abhilfe zu schaffen. Er hat uns auf seinen Artikel verwiesen und gebeten, wir sollten Geduld haben. Wir mußten nun versuchen, diejenigen Gesellschaften ausfindig zu machen, die an Stelle der einzelnen Großhändler getreten waren, und uns an diese zu wenden. Das haben wir getan. In ihren Antworten haben die Gesellschaften geschrieben: „Wir sind nicht zuständig“, oder „Wir müssen erst abwarten“. Dann aber haben wir doch erreicht, daß uns wenigstens etwas geliefert ist. Auf unsere telegraphische Anforderung an diese Gesellschaften sind uns am Sonnabend 9 und am Dienstag 15 Zentner hergesandt, und außerdem habe ich erfahren, daß der neben uns eingerichteten Bezirkszentrale — das ist der Landeseinkauf für das Herzogtum Braunschweig — noch ungefähr 38 bis 39 Zentner Fische geliefert sind. Davon hat die Stadt Braunschweig einen entsprechenden Anteil — weit aus den größten Teil der Sendung — bekommen, so daß wir im Laufe des Januar etwa 63 Zentner frische Fische bekommen haben.

Das ist natürlich verschwindend wenig, aber der Zustand nähert sich doch den Zuständen, wie sie Herr Kruse bezüglich Hannover geschildert hat. Wenn die Stadt Hannover nicht mehr bekommt als 20 Zentner wöchentlich, so ist sie uns gegenüber nicht im Vortheile.

Selbstverständlich wird es sich der Magistrat nicht nehmen lassen, auch wenn die Zuteilung an die Bezirkszentrale geschieht, dafür einzutreten, daß von ihr in erster Linie die Stadt Braunschweig, die zweifellos in der Ernährung in unserem Bezirke am schlimmsten dran ist, mit Fischen bedacht wird. Wir werden versuchen, durch die Bezirkszentrale und nebenher auch noch Lieferung an Fischen zu bekommen. Bisher ist von uns getan, was in unseren Kräften stand. Die Witterungsverhältnisse spielten in der verflossenen Zeit auch eine bedeutende Rolle. Ich habe aus den Briefen der Gesellschaften entnehmen müssen, daß Sturm und Eisgang den Fang der Fische wesentlich erschwert haben. Auch dieser Grund kommt hinzu, daß Braunschweig in den letztvergangenen Wochen so wenig mit Seefischen versorgt gewesen ist.

## 16. Anfrage Wesemeier, betreffend den Abschluß von Verträgen wegen Lieferung von Frühgemüse.

Wortlaut der Anfrage s. S. 538.

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Es dürfte den Herren bekannt sein, daß der Ernährungsminister Batocki im Dezember v. J. öffentlich erklärt hat, daß er den Gemeinden und Städten empfehle, Lieferungsverträge für Frühgemüse und Frühkartoffeln mit den Produzenten abzuschließen. Erinnern werden sich die geehrten Herren auch, daß wir vor zwei Jahren den Antrag stellten, die Stadt sollte wegen der Kartoffeln solche Lieferungsverträge abschließen, und im vorigen Jahre erneuerte Herr Kollege Steinecke den Antrag. Im letzten Jahre wäre uns Herr Batocki, wenn wir hätten abschließen können, in die Parade gefahren: er hätte verhindert, was er jetzt den Gemeinden für Frühgemüse und Frühkartoffeln empfiehlt. Der Vorstand des Städtetages hat sich ebenfalls mit der Frage beschäftigt und an Batocki geschrieben, die Städte wären bereit gewesen, solche Verträge zu schließen, aber Batocki selber sei ihnen in den Arm gefallen.

Nun liegt aber die Tatsache vor, daß wir mit dem Vorschlage des Herrn Batocki zu rechnen haben, wenn er den Städten den Abschluß von Lieferungsverträgen für Gemüse und Frühkartoffeln empfiehlt. Einige Städte sind schon diesem Ansinnen gefolgt. Wir wissen ja, daß auch die Landwirte hier in einer Versammlung in voriger Woche sich mit der Frage des Kartoffelbaues beschäftigt haben. Sie waren der Meinung, daß auf den großen Domänen usw. keine Kartoffeln gezogen werden könnten, wenigstens der Vorstehende der Landwirtschafts-

kammer meinte das, da das Land sich nicht dazu eigne, und er empfahl, dafür Steckrüben zu bauen. Wir sind anderer Meinung als die Landwirte. Nun haben wir aber zu befürchten, daß die Regierung, wenn wir uns nicht frühzeitig um Frühgemüse und Kartoffeln bemühen, und wir uns um Hilfe an die Reichsregierung wenden, uns antwortet: Warum seid ihr unserem Ratsschlage nicht gefolgt? Ich habe in diesen Tagen in einer hiesigen Zeitung folgende Bekanntmachung vom 24. Januar der Stadt Hildesheim gelesen: „Wir suchen zwecks Versorgung der Stadt Hildesheim mit Frühgemüse (Karotten, Kohl, Salat, grüne Bohnen) und Frühkartoffeln (letztere zu liefern ab 15. Juli) Lieferungsverträge mit Landwirten abzuschließen. Landwirte und landwirtschaftliche Organisationen, die zur Vermittlung bereit sind, wollen deshalb mit uns unter Angabe der für den Anbau in Aussicht genommenen Fläche und etwaiger besonderer Wünsche in Verbindung treten. Der Magistrat Dr. Ehrlicher.“

Wir sehen also, daß schon in dem hiesigen Bezirke die Landwirte aufgefordert werden, nach der Stadt Hildesheim zu liefern. Das sollte uns Anlaß geben, zu bedenken, was wir zu tun haben. Ich glaube, es wird Zeit, daß wir auch in Braunschweig vorbereitende Schritte unternehmen, damit Braunschweig nicht zurücksteht wie im vorigen Jahre, wo eine arge Knappheit in Gemüse aufgetreten und Wucher eingegriffen war. Wenn man solchen Kalamitäten und Schlimmerem nicht entgegengehen will, wird es Zeit, Stellung dazu zu nehmen, ob Verträge abzuschließen sind, oder ob der Magistrat der Meinung ist: „Es ist nicht notwendig, wir bauen auf die freie Zufuhr durch unsere Gärtner.“ Aber wir haben im vorigen Jahre gesehen: die Wolfenbütteler Gärtner haben ihre Gemüse nach Hannover und nach Magdeburg geliefert und unsere Stadt Braunschweig nur schlecht versorgt.

Ob sich Produzenten zum Abschluß solcher Verträge finden werden, weiß ich nicht, jedenfalls müssen wir versuchen, vielleicht in Gemeinschaft mit der Landwirtschaftskammer oder auf sonstige Art und Weise, direkt mit solchen Produzenten Verträge abzuschließen.

**Amtsrichter Meyer:** Noch ehe der Präsident des Kriegsernährungsamts sein neues Programm für die Versorgung der Städte aufgestellt hat, hat sich der Magistrat und der Ernährungsausschuß mit dieser von Herrn Wesemeier angeschnittenen Frage des Abschlusses von Lieferungsverträgen beschäftigt. Der Ernährungsausschuß sowohl wie der Magistrat hielten es für zweckmäßig, derartige Lieferungsverträge abzuschließen, und der Magistrat hat den Kaufmann Wilhelm Ernst hier mit der Vorbereitung und mit dem Abschluß solcher Lieferungsverträge beauftragt. Ernst ist Gemüsegroßhändler und hat als solcher Beziehungen nach dem Lande hin. Früher hat er Gemüse für Konservenfabriken gekauft, und so-

viel ich gehört habe, hat er eine ganze Reihe von Landwirten an der Hand, die bereit sind, mit uns Verträge abzuschließen. Wir haben uns auch an die Landwirtschaftskammer und an den Spargel- und Gemüsebauverein gewandt und hoffen, daß wir eine ausreichende Zahl von Landwirten finden werden, die mit uns abschließt.

Selbstverständlich ist das nicht von heute auf morgen gemacht, und ein endgültiger Abschluß war bisher schon deshalb nicht möglich, weil man noch nicht wußte, wie sich die Preise in diesem Jahre stellen werden. Sie können sich denken, daß die Landwirte in dieser Beziehung auch sehr vorsichtig sind — sie wollen wissen, für was sie arbeiten, und das kann man den Leuten ja auch nicht verdenken —, und daß eine Stadt der anderen den Rang abzulaufen sucht. Zweckmäßig ist es, wenn mit dem endgültigen Abschluß der Verträge so lange gewartet wird, bis von der Zentrale aus Unterlagen dafür gegeben werden, oder bis man wenigstens aus den Preisen, die die Konservenfabriken zu zahlen beabsichtigen, erfährt, was ungefähr das Gemüse kosten wird. In diesen Tagen nun habe ich gehört, daß die Konservenfabrikanten so weit sind, daß sie die Preise festgelegt haben. Es ist mir gleichzeitig auch ein Vertragsformular vorgelegt, das die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat herstellen lassen. Diese Reichsstelle hält es für ihre Aufgabe, auch ihrerseits derartige Anbauverträge mit Landwirten abzuschließen und damit vor allen Dingen den Städten zu helfen, die nicht in der Lage sind, derartige Verträge zu schließen, weil sie in einer ungünstigen Gegend liegen oder keine Beziehungen zu den Produzenten haben. In dem erwähnten Vertragsformular ist auch der Preis für Gemüse festgelegt, wie er von der Reichsstelle für Gemüse und Obst den Landwirten bezahlt werden soll. Nachdem ich gestern dieses Formular in die Hand bekommen habe, sind wir so weit, daß wir tatsächlich mit den Landwirten abschließen können.

Übrigens haben wir nicht nur Wert darauf gelegt, Verträge abzuschließen und dazu Verhandlungen einzuleiten, sondern haben uns auch darum bekümmert, den Landwirten mit Saatgut auszuweichen zu können. Auch die Beschaffung des Saatgutes soll Schwierigkeiten haben. So soll Mohrrübensamen außerordentlich rar sein; was wir davon für uns gebrauchen, haben wir ungefähr gesichert. Weiter haben wir Saaterbsen gekauft, die uns angeboten sind, weil wir so unter Umständen dem Landwirte ein vorteilhafteres Geschäft bieten können, als wenn er gezwungen ist, im Handel zu kaufen. So haben wir alles vorbereitet, um arbeiten zu können.

Wegen der Frühkartoffeln tappen wir allerdings noch im Dunkeln, da wir nicht wissen, wie die Reichskartoffelstelle über die Bewirtschaftung der Kartoffeln im kommenden Jahre denkt. Wir haben danach angefragt und hoffen, daß sie uns in der nächsten Woche antworten wird; dann werden wir unsere Maßnahmen

treffen können. Wir werden natürlich alles versuchen, um Frühkartoffeln zu erhalten. Auch Saatkartoffeln zu beschaffen, wird Schwierigkeiten machen, doch haben wir auch in der Beziehung uns mit der zuständigen Stelle in Verbindung gesetzt.

**Vorsitzender:** Nachdem nun die Begründung der Anfragen über die Lebensmittel und ihre Beantwortung durch den Magistrat beendet ist, frage ich an, ob die Versammlung eine Besprechung der Anfragen wünscht.

Es meldet sich nur eine ungenügende Zahl Stadtverordneter für die Besprechung.

### 17. Anfrage Steinbrecher über die Verweigerung der Halbmonatsrate der Kriegsunterstützung an die aus dem Heeresdienste entlassenen Mannschaften.

Wortlaut der Anfrage j. S. 537.

Stadtv. **Steinbrecher** (zur Begründung): Anlässlich der Erhöhung der Kriegsunterstützung durch das Reich wurde in dem neuen § 12 gesagt, daß die Familien der aus dem Heeresdienste entlassenen Mannschaften von dem Tage der Entlassung an noch eine Halbmonatsrate aus der Reichsunterstützung erhalten sollen. Diese Bestimmung ist am 1. November 1916 in Kraft getreten. Nun sind aber eine ganze Anzahl Arbeiter zur Munitionsindustrie beurlaubt worden, und diese haben sich an den Magistrat gewandt, um diese Halbmonatsrate zu erhalten. Es gehören dazu Arbeiter von Jüdel und Büßing. Sie sind bei mir im Bureau gewesen und haben sich beschwert, daß zuerst wohl diese Halbmonatsrate im Rathause bewilligt worden sei, dann aber in letzter Zeit den betreffenden Arbeitern gesagt ist, es stehe ausdrücklich in den Bestimmungen „die aus dem Heeresdienste entlassenen Mannschaften“, während diese Leute nur zur Arbeitsleistung bei der Munitionsindustrie reklamiert seien, und für sie gelte die Bestimmung nicht. Diese Leute hätten keinen Anspruch auf die Halbmonatsrate, obwohl sie zuerst an einzelne ausgezahlt sei. Nun ist aber in diesem § 12 gleichzeitig hingewiesen auf § 1 des Gesetzes, und da ist festgelegt, wer alles im Falle der Bedürftigkeit Unterstützung bekommen soll, und dort heißt es ausdrücklich, daß außer den dienenden Soldaten, die im Felde oder in der Garnison stehen, auch diejenigen zu den Unterstützungsberechtigten gehören, die zur Disposition der Marine oder eines Truppenteiles beurlaubt sind. Dieser Hinweis besagt also klar, daß unter die Entlassenen auch die zur Arbeitsleistung in der Munitionsindustrie Entlassenen verstanden sein müssen.

Wir haben dann einige Beschwerden an den Magistrat eingereicht und haben die in Frage stehenden Leute immer wieder zum Rathause geschickt; es hat aber

nichts geholfen. Nun hat bekanntlich der deutsche Städtetag ebenfalls eine Anfrage über diese Materie an verschiedene Körperschaften und auch an den Minister des Innern geschickt, und der hat über die Auslegung dieser Bestimmung erklärt:

„Zunächst soll ohne Rücksicht auf den Grund und Zweck der Entlassung eines Heerespflichtigen seiner Familie die Familienunterstützung noch auf die Dauer eines halben Monats vom nächsten Fälligkeitstage der Unterstützung ab weiter gewährt werden.“

Hier wird also auch vom preussischen Minister gesagt, daß ohne Rücksicht auf den Zweck der Entlassung oder Beurlaubung diese Halbmonatsrate gezahlt werden soll.

Für die Betroffenen ist es aber recht bitter, wenn sie die Halbmonatsrate schießen lassen sollen. Als Beispiel möchte ich die Frau eines Arbeiters bei Jüdel anführen. Am 31. Dezember ist der Mann entlassen. Am 7. Januar holt sich die Frau die Unterstützung für den halben Januar und bekommt sie auch ausgezahlt. Jetzt bekommt sie vom Magistrat oder von dem betreffenden Beamten, der die Auszahlung zu besorgen hat, die Aufforderung, sie solle das Geld wieder zurückzahlen. Sie weigert sich, und es wird ihr mit einer Anzeige wegen Betruges gedroht. Bei einigen Arbeitern von Ronegen war es ebenso. Sie weigern sich, die Unterstützung wieder zurückzubringen, weil sie sie zu Recht bekommen haben.

Ich möchte den Magistrat bitten, in dieser Sache Wandel zu schaffen und Anweisung zu geben, daß den entlassenen Mannschaften diese Halbmonatsrate ausbezahlt werden soll.

**Stadtrat von Franckenberg:** Es ist mir sehr erwünscht, daß mir die Anfrage des Herrn Steinbrecher Gelegenheit gibt, mich über diese Frage zu äußern, aber dem Wunsche, dem Herr Steinbrecher zuletzt Ausdruck gegeben hat, kann meinerseits nicht entsprochen werden, denn die Auffassung des Stadtmagistrats und, wie ich hinzufügen kann, auch unseres Braunschweigischen Ministeriums ist, daß dieses Zugeständnis an die Familien der aus dem Heeresdienst entlassenen Mannschaften als eine Ausnahmemaßregel anzusehen ist und nicht ohne weiteres von den Entlassenen auf die Beurlaubten zu übertragen ist. Es ist uns im Gegenteil in einem Schreiben des Ministeriums ausdrücklich mitgeteilt, daß für Beurlaubte andere Grundsätze Platz griffen. Bei der Beurlaubung geht die Kriegsunterstützung an die Familie weiter, weil die Beurlaubten noch Soldat sind, aber es muß geprüft werden, ob die Bedürftigkeit noch fortbesteht, und das Ministerium macht mit Recht darauf aufmerksam, daß an diejenigen, die zur Arbeit in der Heeresindustrie beurlaubt sind, regelmäßig solch hohe Lohnsätze gezahlt werden, daß schlechterdings bei dem Arbeitsverdienst, den die Betroffenen bei Büßing, Jüdel oder an anderen Stellen haben, nicht noch weiter von einer



Bedürftigkeit für ihre Familien die Rede sein kann. Es wird deshalb vom Ministerium die nach meiner Ansicht zutreffende Ansicht vertreten, daß bei diesen Fällen die Weiterzahlung der Unterstützung nicht angebracht ist.

Nun hat ja aber, wenn ich nicht sehr irre, das Arbeiterssekretariat, jedenfalls eine ihm nahestehende Stelle, inzwischen in dieser Sache sich an das Ministerium gewandt, und die Entscheidung des Ministeriums steht noch aus. Es wird gewiß den Wünschen der geehrten Herren entsprechen, abzuwarten, wie das Ministerium diesen Fall entscheidet, denn darnach werden wir uns in Zukunft einrichten müssen. Die Zweifelhaftigkeit mag zugegeben werden, immerhin aber wird man sich sagen müssen: Eine so ausnahmsweise Maßregel wie die, daß den Familien der Entlassenen noch die Halbmonatsrate weitergezahlt wird, sollte denjenigen, die sich in eine günstig bezahlte Arbeitsstelle hineinbegeben können, eigentlich nach Zug und Recht und wenn man sich nach dem Zwecke der Sache richten will, nicht zugute kommen.

Daß eine Frau, die sich weigert, die Unterstützung zurückzuzahlen, wegen Betruges angezeigt werden sollte, würde ich meinerseits nicht für richtig halten, denn die Frau ist ebenso in gutem Glauben gewesen, wie Herr Stadtv. Steinbrecher eine Rechtsauffassung vertritt, die sich hören lassen kann. Meine Meinung wäre, daß von einem Betrug nicht die Rede sein kann, solange die Frau uns nicht wesentliche Tatsachen verschweigt. Soweit es sich um die Zurückforderung des zuviel Gezahlten handelt, bitte ich nicht außer acht zu lassen, daß ein Teil der Unterstützung nicht aus städtischen, sondern letzten Endes aus Reichsmitteln erfolgt, und daß wir nicht berechtigt sind, über die Reichsmittel ohne weiteres zu verfügen. Ubrigens wird von uns die Rückzahlung mit möglichster Milde gehandhabt. Es scheint mir aber richtiger zu sein, die Rückzahlung in diese Zeit zu verlegen, wo der Mann einen guten Verdienst hat, als zu warten, bis er wieder als Soldat eingezogen wird, und sodann — was für uns einfacher wäre — die Kriegsunterstützung bei den nächsten Auszahlungen um einige Beträge zu kürzen. Jetzt fällt die Rückzahlung der Familie nicht so schwer, als wenn sie nur auf die Kriegsunterstützung angewiesen ist. Ich will mich bemühen, dafür zu sorgen, daß die Rückzahlung mit möglichster Milde eingefordert wird, wenn das Ministerium entschieden haben sollte: Anspruch auf Weiterzahlung haben die Kriegsurlauber in solchen Fällen nicht.

## **18. Anfrage Lauer über Beschaffung von Kleingeldersatzmarken durch die Stadt oder durch die Landesregierung.**

Wortlaut der Anfrage j. S. 537.

Stadtv. **Lauer** (zur Begründung): In der Stadt Braunschweig herrscht seit längerer Zeit wie in vielen anderen Städten eine große Knappheit an Kleingeld.

Diese Knappheit ist so groß, daß im öffentlichen Verkehr bei der Abwicklung von Kassengeschäften sich recht große Unzuträglichkeiten zeigen, ja die Kalamität geht sogar so weit, daß in gewissen Fällen Waren, die schon gekauft sind, dann nicht ausgeliefert werden, wenn der Käufer zufällig nicht in der Lage ist, den Kaufpreis abgezahlt zu hinterlegen. Wenn es zutrifft, daß man solche Erfahrungen macht, nachdem man vielleicht erst stundenlang auf die Ware gewartet hat, vielleicht draußen in Schnee und Eis bei bitterer Kälte, so mag das doppelt unangenehm empfunden werden. Die Kalamität ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß in großen Mengen Kleingeld von der Heeresleitung in die von uns besetzten Gebiete geleitet worden ist, in so großen Mengen — das muß man sich vergegenwärtigen —, daß ganze Länder damit bedacht worden sind. So ist es denn ganz natürlich, daß bei uns eine Knappheit an Kleingeld eintritt, wie wir sie leider jetzt erfahren müssen.

Es hat ja nun zwar das deutsche Reich zum Notbehelf einen Versuch gemacht, durch die Prägung und Ausgabe von Münzen in Eisen, der Fünf- und Zehnpfennigstücke, den Mangel auszugleichen, es ist das aber in viel zu unzulänglicher Weise geschehen, sonst könnte die Kalamität nicht so groß sein, wie sie ist. Vielleicht trifft auch zu, daß in gewissem Umfange eine Einschmelzung von Geldsorten vorgenommen ist. Für Braunschweig speziell ist es zutreffend, daß durch die Lichtautomaten namentlich viele Zehnpfennigstücke vom Publikum zurückgehalten werden, damit es im Bedarfsfalle in der Lage ist, durch Einwurf von weiteren Zehnpfennigstücken sich Licht zu verschaffen. Im besonderen leidet unsere Industrie unter diesem Mangel: die Lohnzahlungen können nur in abgerundeten Summen vorgenommen werden, oder man greift zu dem Notbehelf der Benutzung von Briefmarken. Ganz findige Köpfe gehen so weit und stellen sich an den Endstationen der Straßenbahn auf, um der einfahrenden Kassiererin des Straßenbahnwagens vielleicht für ein Aufgeld schleunigst die auf der Fahrt eingenommenen Zehn- und Fünfpfennigstücke abzunehmen. Das sind Zustände, die doch recht unhaltbar sind.

Wie ist nun diesen Verhältnissen abzuhelpen? Eine Möglichkeit dazu besteht vielleicht darin, daß man sich selbst Münzen aus Eisen, Metallegierungen, Zink oder Aluminium oder auch aus Papiermasse prägen läßt. Ich bin in der Lage, 14 Städte nennen zu können, die zu diesem Mittel in der Not gegriffen haben, und man scheint gute Erfahrungen damit gemacht zu haben. Die in Frage kommenden Städte sind Trier, Gera, Stralsund, Posen, Landau, Schneidemühl, Forbach, Weizenstadt, Möhra, Landshut, Ronitz, Halle a. d. S., Lörrach und Elberfeld. Die Kalamität beim Einkauf kann nicht dazu benutzt werden, dem Käufer irgendwelche Vorwürfe zu machen, daß er sein Geld nicht abgezahlt mitbringt; ebensowenig kann man den Verkäufern vorwerfen, daß sie das nötige Kleingeld

nicht vorrätig haben, denn Käufer wie Verkäufer sind in der gleichen unangenehmen Lage, das Wechselgeld nicht in genügender Weise erhalten zu können.

Die Anschaffung von solchem Notgeld ist verhältnismäßig billig; je nach der Ausführung, die verschiedenartig sein kann, kosten 1000 Stück solcher Münzen 10 bis 20 *M.* Man sieht also, daß mit einem verhältnismäßig kleinen Betrage eine Schwierigkeit leicht beseitigt werden könnte, durch die die ganze Einwohnerschaft sehr unangenehm betroffen worden ist.

**Vorsitzender:** Ich bitte den Herrn Redner, in Rücksicht auf die vorgerückte Stunde sich möglichst kurz zu fassen.

Stadtv. **Lauer** (fortfahrend): Wenn man sich nun fragt: „Stehen dem Plane nicht etwa Bedenken entgegen“, dann bin ich, nachdem ich mir die Sache überlegt habe, nicht zu Bedenken gekommen. Der etwaige Einwand, daß Braunschweig eine selbständige Landesmünze nicht mehr besitze, kann natürlich nicht stichhaltig sein, auch nicht der Einwand, daß mit solchem Gelde vielleicht öfter Fälschungen vorgenommen werden. Woher sollte z. B. heute der Fälschmünzer die nötige große Menge von Metall beziehen, so daß uns durch die Menge des nachgemachten Geldes ein empfindlicher Nachteil entstände? Letzteres ist doch ausgeschlossen.

Um dem Wunsche des Herrn Vorsitzenden zu entsprechen, will ich schließen und nur noch meinem Bedauern Ausdruck geben, daß immer noch nicht der bargeldlose Verkehr in genügender Weise von der Allgemeinheit unterstützt wird. Jedenfalls würde aber der Magistrat in Braunschweig große Anerkennung finden, namentlich seitens der Industrie und auch bei unserer ganzen übrigen Einwohnerschaft, wenn durch ihn Schritte unternommen würden, um auf irgend eine Weise die jetzigen Verhältnisse bezüglich der Knappheit des Kleingeldes zu mildern.

Oberbürgermeister **Metemeyer:** Ich glaube, es empfiehlt sich, die Anfrage erst in der nächsten Sitzung zu beantworten.

## 19. Antrag Wesemeier, betreffend die frühzeitige Beschaffung von Pflanzkartoffeln für die städtische Einwohnerschaft.

Wortlaut des Antrages s. S. 538.

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Ich habe erfreulicherweise aus den Worten des Herrn Amtsrichters Meyer schon gehört, daß die Stadt Gemüsesamen für diejenigen Landwirte beschafft, die für die Stadt Gemüse bauen wollen. Ich glaube aber, es ist auch notwendig, daß für die Frühkartoffeln Saat angeschafft wird. Ich weiß sehr wohl, daß die Landwirtschaftskammer Saatkartoffeln an-

geboten hat, aber ich weiß nicht, ob auch für die einzelnen kleinen Landpächter, die in der Stadt Braunschweig wohnen, Saat für Frühkartoffeln erhältlich ist. Im vorigen Jahre ist es besonders schwer gewesen, solche Saatkartoffeln für Frühkartoffeln zu bekommen, und ich erinnere Sie an den Fall, daß in Volkmarode, jedenfalls in dem nördlichen Viertel unseres Herzogtums, aus mehreren Sorten zusammengewürfelte Saatkartoffeln ausgegeben sind und dadurch die Ernte zu leiden hatte. Das hat auch der landwirtschaftliche Amtsverein des Amtes Helmstedt bemängelt, wo Herr Dr. Holzki aus Berlin einen Vortrag über Kartoffelanbau gehalten hat. Er sagte in einer Besprechung des Saatguts: Kleine Kartoffeln zu pflanzen, sei ein Fehler, auch das Zerschneiden der großen Pflanzkartoffeln, was besonders im vorigen Jahre empfohlen wurde, sei bedenklich. Die Mißernte sei mit durch Verwendung ungeeigneten Pflanzmaterials herbeigeführt worden. Auch die sehr hohen Preise für Frühkartoffeln hätten dabei mitgewirkt, und Herr Ökonomierat Ribrans hat dem vollkommen zugestimmt. Es steht danach also fest, daß die schlechte Ernte des vorigen Jahres durch ungeeignetes Pflanzgut mitbewirkt worden ist. Wenn es nun auch nur kleine Fleckchen sind, die unsere Mitbewohner mit Kartoffeln bepflanzen, so ist doch damit, daß wir verhüten, daß sie demnächst eine schlechte Kartoffelernte bekommen, vielen geholfen. Ich möchte deshalb beantragen, daß Pflanzkartoffeln für die hiesigen Einwohner, soweit sie solche nötig haben, durch den Magistrat beschafft werden.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** wird der Antrag genügend unterstützt. Der Vorsitzende überweist den Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung.

## 20. Antrag **Wesemeier** auf **Hinwirkung auf Erlaß einer Bestimmung, betreffend den Markenzwang beim Verkauf von Gänsen und Gänsefleisch.**

Wortlaut des Antrages §. 538.

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Meine Herren, Sie wissen, daß in früheren Jahren Gänse auch im kleineren Haushalte einmal auf den Tisch kamen. In diesem Jahre aber ist es für die große Mehrzahl der Bevölkerung vollständig ausgeschlossen, Gänse oder Gänsefleisch zu bekommen, zumal in dieser knappen Zeit, wo überhaupt so wenig Fleisch zu haben ist. Der Präsident des Kriegsernährungsamts von Batocki hat erklärt, er würde unter keinen Umständen Höchstpreise für Gänse festsetzen, ehe nicht der Preis der Gans auf 300 M gestiegen sei. In diesem Jahre ist also das Gänsefleisch ganz ausschließlich für Wohlhabende reserviert, und deshalb ist es notwendig und angängig, daß diese Bevorzugung und Ungerechtigkeit beseitigt wird. Das kann auf keinem anderen Wege geschehen, als auf dem, den ich vorgeschlagen habe. Werden Höchstpreise für einen bestimmten

Bezirk festgesetzt, so verschwinden Gänse und Gänsefleisch dort ganz und gar vom Markt, wenn in anderen Bezirken diese Höchstpreise nicht gelten.

Nun könnte man sagen: „Es hat jetzt gar keinen Wert mehr, diese Maßregel zu ergreifen, denn die Gänsezeit ist vorüber.“ Ich bin aber der Meinung, daß in den nächsten Monaten noch eine ganze Menge gepökeltes und auf sonstige Weise konserviertes Gänsefleisch auf den Markt kommen wird, wenn auch zu sehr hohem Preise, das aber immer wieder nur einer ganz bestimmten, verhältnismäßig kleinen Bevölkerungsschicht allein in unbeschränktem Maße zur Verfügung steht.

Mit dem Schritte, der von mir vorgeschlagen wird, würden wir nicht allein dastehen. Am 26. Januar hat die Preisprüfungsstelle des Kreises und der Stadt Dessau, in denen auch Produzenten, Händler und Konsumenten gemeinsam arbeiten, ein gleiches Vorgehen beschlossen, indem sie angenommen hat, daß von der Dessauer Stadtverwaltung an die anhaltinische Regierung und über diese hinaus an die Reichsregierung und an den Präsidenten des Reichsernährungsamts ein in dieser Richtung gehender Antrag gestellt wird. Ich glaube, wir tun gut, wenn wir helfen, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, daß Gänse und Gänsefleisch ohne Marken zu dem städtischen Fleisch gekauft werden können von solchen, die nicht einmal eine kräftige Ernährung so nötig haben wie andere Volkskreise, denen jetzt diese kräftige Nahrung entzogen wird. Das städtische Fleisch muß den Gänsefleischkäufern entzogen werden.

Der Antrag wird genügend unterstützt und der **Vorsitzende** überweist ihn der Statutenkommission zur Vorberatung.

## 21. Antrag **Genze n**, betreffend die Zuwendungen des Nationalen Frauendienstes an die Kriegerfrauen.

Wortlaut des Antrages f. S. 538.

Stadtv. **Genzen** (zur Begründung): Meine Herren. Wie Sie alle wissen, ist die Unterstützung der Kriegerfamilien vom 1. Dezember vorigen Jahres an erhöht. Als diese Erhöhung eingeführt wurde, hat die Regierung besonders erklärt, daß die Gemeinden aus dieser Erhöhung keinen Nutzen ziehen sollten, indem sie die von ihnen gewährten Unterstützungssätze deswegen etwa kürzten. Aber nun müssen wir sehen, daß gerade in Braunschweig gewissermaßen das Gegenteil von diesen Vorschriften ausgeführt wird. Auch der Magistrat hat die Familienunterstützung erhöht, aber auf Umwegen wird die Familienunterstützung wieder gekürzt, und daß dies in ziemlich großem Maßstabe geschieht, wird gezeigt durch einen Brief, den der Nationale Frauendienst an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer schickt. Es heißt in diesem: „Durch die Erhöhung der Kriegsbeihilfe hat Ihr Einkommen sich derart verbessert, daß uns die behördlichen Vorschriften nicht mehr gestatten, Sie außerdem mit Marken zu unterstützen. Wir haben Sie darum aus

unieren Listen gestrichen. Nationaler Frauendienst." Sie sehen daraus, daß der Nationale Frauendienst darauf hinweist, daß er durch behördliche Vorschrift gezwungen ist, an die Kriegerfrauen nicht mehr die bisherige Unterstützung zu zahlen.

Dabei wird gesagt, daß „es nicht mehr notwendig erscheint“, die Unterstützung weiterzuzahlen. Wie ist es denn in Wirklichkeit? Viele Frauen, die nicht wissen, wie sie durchs Leben kommen sollen, sind zu mir gekommen, empört darüber, daß ihnen die Unterstützung vom Nationalen Frauendienst wesentlich gekürzt ist. Einer Kriegerfamilie wurden die Brotmarken im Monat von 9 auf 4 gekürzt; entzogen wurden ihr weiter 9 Kartoffel- und 6 Fettkarten. Einer anderen Frau mit drei Kindern (die Frau ist krank) werden jetzt statt 10 nur noch 7 Brotmarken geliefert und Warenmarken im Werte von 11 *M* entzogen. Weiter gibt man einer Kriegerfrau, mit drei Kindern, die ausschließlich auf die Kriegsunterstützung angewiesen ist, jetzt nur noch 28 Karten für je  $\frac{1}{2}$  Liter Milch statt früher 1 Liter täglich. Die Zahl der Brote hat man von 8 auf 10 erhöht, aber der Familie weitere 6 Kartoffelkarten und für 8 *M* Kolonialwaren entzogen. Ferner erhält eine Kriegerfrau mit 4 Kindern, die gleichfalls auf die Unterstützung angewiesen ist, jetzt statt 16 Brote nur noch 10. Entzogen sind ihr für 4 *M* Kolonialwaren, 10 Fettkarten und 6 Kartoffelkarten.

Außerdem habe ich eine Aufstellung von einer Kriegerfrau, die drei jüngere Kinder und einen Sohn von 16 Jahren hat, der 15 *M* Wochenlohn verdient. Sie bekommt eine Unterstützung im ganzen Monat mit den Zuwendungen des Nationalen Frauendienstes von 162 *M*. Diese Frau hat eine Aufstellung dessen, was sie notwendig ausgeben muß, gemacht; ich weiß nicht, ob es Sie interessiert, wenn ich die hier zur Mitteilung bringe. Es ist kein Luxus dabei, und Neuanschaffungen sind nicht vorgesehen. Sie gebraucht für die Woche 5 Brote, 25 Pfund Kartoffeln, 5 mal 70 g Butter,  $1\frac{1}{2}$  Pfund Marmelade, 2 Pfund Zucker, 1 Liter Petroleum,  $\frac{1}{4}$  Pfund Margarine, 2 Eier,  $2\frac{1}{2}$  Pfund Fleisch oder Wurst,  $\frac{1}{2}$  Pfund Graupen, 2 Stückchen Seife, 10 Pfund Steckrüben, 2 Pfund Mohrrüben, 1 Pfund Malzkaffee, 7 Liter Magermilch, 1 Schachtel Schuhcreme,  $\frac{1}{2}$  Zentner Kohlen, für 80 Pf. Grudeofen, täglich 3 Liter Essen aus der Kriegsküche, Miete 6,25 *M*. Sie sehen, daß absolut nichts überflüssiges darin ist, trotzdem hat die Frau eine Wochenausgabe von 38,18 *M*, so daß sie im Monat eine Ausgabe von 163,50 *M* bestreiten muß, während sie nur 162 *M* einnimmt. Trotzdem sind auch dieser Frau die Zuwendungen aus dem Nationalen Frauendienst ganz erheblich gekürzt. Sie bekam früher alle vierzehn Tage 10 *M*, jetzt nur noch 6 *M*. (Der Mann hatte früher 30 *M* wöchentlich verdient.) Es werden ihr also Kürzungen gemacht, obgleich die Regierung darauf hingewiesen hat, daß sie nicht wollte, daß man seitens der Gemeinden jeden kleinen Vorteil in Unrechnung bringen sollte.

Wir wunderten uns, daß der Magistrat sein soziales Herz entdeckt hatte und die Beiträge der Stadt erhöhte, aber wir haben gesehen, daß der Pferdesuß hinterher zum Vorschein gekommen ist. Nicht nur im Nationalen Frauendienst, sondern auch im Mieteinigungsamt ist man in gleicher Weise vorgegangen: die Mietezuschüsse sind ganz erheblich gekürzt. Jetzt sind Zeiten, wo die Kriegerfrauen sich quälen müssen, um überhaupt durchzukommen, wo sie sich alle doch so schon in halb aufgelöstem Zustande befinden, da der Krieg, der sie ihres Ernährers beraubt hat, schon 2½ Jahre dauert, die Frauen in Konserven- und anderen Fabriken mit arbeiten müssen und doch nicht wissen, wie sie ihre Kinder satt machen sollen. Wiederholt haben die Frauen über den Jammer geklagt, den sie mit ansehen müssen, wenn sie die Kinder hungrig zu Bett schicken müssen. Da müßte der Magistrat weitherziger sein. Hier und da wird zugeschossen, aber bei den Kriegerfrauen scheint man abknappern zu wollen.

Ich richte an den Magistrat die Bitte, daß er den Nationalen Frauendienst anweist, die Zuwendungen an die Kriegerfrauen nicht zu kürzen. Sollte er der Weisung nicht nachkommen, dann ist es jedenfalls das beste, wenn getan wird, was wir immer gewünscht haben, daß der Nationale Frauendienst als Mittelsinstanz ausgeschaltet wird, daß ihm die Zuschüsse der Stadt entzogen werden und eine Erhöhung der Zuschüsse der Stadt zur Reichsunterstützung von 80 auf 100 Prozent beschlossen wird. Ich möchte Sie ersuchen, meinen Antrag zu unterstützen und ihm stattzugeben.

Der Antrag wird genügend unterstützt und der **Vorsigende** überweist ihn der Finanzkommission zur Vorberatung.

## 22. Antrag Diedmann, betreffend die Reinigung der Fahrwege der Innenstadt vom Schnee.

Wortlaut des Antrages S. 577.

Stadt v. **Diedmann** (zur Begründung): Ich werde mich ganz kurz fassen. — Auch dieser Antrag ist veranlaßt durch den Krieg. In Friedenszeiten wurde der Schnee von den Fahrwegen seitens der Stadt beseitigt. Da das jetzt nicht geschehen kann, teilweise, weil es jetzt an Arbeitskräften dafür fehlt, und teilweise, weil das Pferdmaterial uns mangelt, so bleibt der Schnee liegen und erschwert den Verkehr. Wir sehen täglich, wie schwer die Pferde darunter zu leiden haben. Ich habe den Antrag vor allen Dingen im Interesse der Pferde gestellt. Pferde sind heutzutage so ungeheuer schwierig zu beschaffen, daß man nicht weiß, wo man Ersatz für die fehlenden Tiere hernehmen soll. Ich möchte Sie bitten, dem gestellten Antrage zuzustimmen, wenn auch, wie ich überzeugt bin, die Grundbesitzer

zunächst etwas Abneigung dagegen haben werden. Die Bestimmung soll ja nur eine vorübergehende sein. Ich bin überzeugt, daß der Magistrat, wenn er dazu in der Lage ist, wieder wie früher die Reinigung der Fahrwege eintreten lassen wird.

**Vorsitzender:** Sie beantragen, daß der Magistrat eine Verordnung erlassen soll, durch die die Hausbesitzer der Innenstadt zu etwas verpflichtet werden. Der Magistrat wird nicht dazu berechtigt sein, eine solche Verordnung zu erlassen. Trotzdem will ich den Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung überweisen.

Damit sind wir am Ende der öffentlichen Sitzung angelangt. Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 9 Uhr.

---





# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 1. März 1917.

### Tagesordnung:

- |  |           |
|--|-----------|
| 1. Antrag Wesemeier, betreffend die frühzeitige Beschaffung von Pflanzkartoffeln für die städtische Einwohnerschaft . . . . .  | Seite 617 |
| 2. Antrag Diekmann, betreffend die Reinigung der Fahrwege der Innenstadt von Schnee . . . . .                                  | " 621     |
| 3. Anfrage Lauer über Beschaffung von Kleingeldersparmarken durch die Stadt oder durch die Landesregierung . . . . .           | " 629     |
| 4. Abrechnung über die Kosten der Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Grundstücke des Wilhelm-Gymnasiums . . . . .       | " 636     |
| 5. Abrechnung über die Kosten der Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Steintorbrücke . . . . .                            | " 637     |
| 6. Abrechnung über die Kosten der Herrichtung eines Kinderspielflazes und einer Bedürfnisanstalt an der Kaiserstraße . . . . . | " 637     |
| 7. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage im Keller des Altstadt-rathauses . . . . .                                | " 638     |
| 8. Erhöhung der Gemeinde-Einkommen-Steuerätze, entsprechend dem § 9 des Gesetzes vom 18. Januar 1917 . . . . .                 | " 639     |
| 9. Nachtrag zu den Bedingungen für die Abgabe von Wasser . . . . .   | " 641     |
| 10. Schaffung einer Unterleiterstelle bei der Hilfsschule . . . . .  | " 642     |
| 11. Bedingungen über die Fortschaffung des Hausmülls betreffend . . . . .  | " 643     |

### Außer der Tagesordnung behandelt:

- |   |       |
|---|-------|
| 12. Erhöhung des der Stadt beim Herzoglichen Velthause eröffneten Kredits . . . . .   | " 643 |
| 13. Anfrage Wegerhoff über die Festlegung der Polizeistunde in Braunschweig . . . . . | " 645 |
| 14. Anfrage Lauer über die Errichtung eines städtischen Fährerhofs . . . . .          | " 650 |

15. Anfrage Kiefe über die Herstellung gestreckter Wurstwaren in der Stadt . . . Seite 656  
 16. Antrag Wesemeier über die Gewährung von vollen Brotkarten an hier  
 weilende Urlauber. . . . . " 672

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürger-  
 meister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Heymann**, **Mohr**, **Schöttler**, **Wagner**,  
 Stadtbaurat **Gebensleben**, Amtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten  
 Dr. **Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Steincke**, Dr. **Boge**, **Weichsel** und  
 Dr. **Wolters**.

**Vorsigender Hartung:** Ich eröffne die Sitzung.

Meine Herren! Es ist Ihnen allen bekannt, daß vor kurzem unser Kollege  
**B u e s** verstorben ist. Mit mir sind einige der Herren bei der Leichenfeier zu-  
 gegen gewesen, und die Witwe unseres verstorbenen Kollegen hat mir einen Dank-  
 brief für unsere Teilnahme zugehen lassen. Herr **Bues** hat, obgleich er offen-  
 sichtlich ein kranker Mann war, bis zum Letzten seiner Kräfte pflichtgetreu an  
 unseren Beratungen fördernd teilgenommen und sich dadurch bei uns ein ehrendes  
 Andenken gesichert. Ich bitte Sie, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen  
 zu erheben. (Geschieht.)

Mitzuteilen habe ich, daß, abgesehen von der Anfrage des Herrn **Lauer** über  
 den Kleingelberjag, deren Beantwortung für diese Sitzung aufgeschoben war,  
 folgende Anfragen eingegangen sind:

Zunächst eine Anfrage des Herrn **M e h e r h o f f**:

„Kann der Stadtmagistrat Auskunft geben, wie es kommt, daß in Hannover,  
 dem Sitz des 10. Armeekorpskommandos, Wirtschaften erst um 11 Uhr abends  
 zu schließen brauchen, während in Braunschweig die **P o l i z e i** s u n d e allgemein  
 auf 10 Uhr festgesetzt ist?“

Ferner eine Anfrage des Herrn **L a u e r**:

„Der Stadtmagistrat wird hierdurch höflichst gebeten, gefälligst mitzuteilen,  
 wie weit nunmehr die städtische **H ü h n e r z u c h t** auf dem Rieselgute gediehen ist,  
 deren Errichtung von den Stadtverordneten im Juni vorigen Jahres durch die  
 Bewilligung der notwendigen Mittel beschlossen wurde.“

Sodann ist eingegangen ein Schreiben des Verbandes der Gemeinde- und  
 Staatsarbeiter, Gau Hannover, unterschrieben **Meißner**, Hannover, **Nicolai-**  
**straße 7**. Darin ist das Gesuch an die städtischen Behörden gerichtet, allen **A r -**  
**beitern der Straßenreinigung und des Fuhrparks** den Lohn um

25 *M* pro Monat zu erhöhen. — Da ein gleiches Schreiben an den Magistrat eingegangen ist, so werden wir dessen Stellungnahme abzuwarten haben.

Endlich ist uns vom Stadtmagistrat ein Schreiben der Kreisdirektion zur Kenntnissnahme übergeben, worin mitgeteilt wird, daß das Herzogliche Ministerium die Genehmigung des von uns entworfenen Statuts über den 7-Uhr-Ladenschluß abgelehnt hat, und zwar aus folgenden Gründen:

„Da der Bundesrat in § 7 der Verordnung vom 11. Dezember vorigen Jahres, betreffend die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln die Apotheken und die Verkaufsstellen, in denen der Verkauf von Lebensmitteln oder von Zeitungen als der Haupterwerbszweig betrieben wird, von der Festsetzung des frühzeitigen Ladenschlusses ausgenommen hat, so kommen auf den Ladenschluß dieser Betriebe lediglich die Vorschriften der Gewerbeordnung zur Anwendung.

Durch § 139 e der Gewerbeordnung ist der abendliche Ladenschluß der offenen Verkaufsstellen mit einer Reihe von Ausnahmen auf 9 Uhr festgesetzt. Darüber hinaus läßt § 139 f unter gewissen Voraussetzungen und unter Anwendung eines besonderen Verfahrens die Anordnung des 8-Uhr-Ladenschlusses zu. Eine weitere Beschränkung kennt, abgesehen von Sonn- und Festtagen, die Gewerbeordnung nicht. Die in dem vorgelegten Statutenentwurf enthaltene Festsetzung des 7-Uhr-Ladenschlusses würde daher den reichsgesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen und ungültig sein.“

Wir werden uns dabei zu becheiden haben.

## 1. Antrag Wesemeier, betreffend die frühzeitige Beschaffung von Pflanzkartoffeln für die städtische Einwohnerschaft.

Stadtv. **Frede:** Der Antrag Wesemeier lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, rechtzeitig Pflanzkartoffeln für die Einwohner zu beschaffen, die solche gebrauchen.“ Bei der Besprechung dieses Antrages ergab sich, daß der Magistrat schon vorgesorgt hatte. Die Herren erinnern sich wohl an einen Aufruf, den die Landwirtschaftskammer betreffs der Pflanzkartoffeln in der öffentlichen Presse hat ergehen lassen, und diesem Aufrufe folgte bald eine ähnliche Bekanntmachung des Magistrats. Die Landwirtschaftskammer hat es sich zur Aufgabe gestellt, Pflanzgut für die für sie in Frage kommende Bevölkerung des ganzen Herzogtums aus der Provinz Posen zu beschaffen, und zwar sowohl für Früh- wie für Spätkartoffeln. Der Magistrat hat sich mit der Landwirtschaftskammer in Verbindung gesetzt und gebeten, Bestellungen auch aus der Stadt entgegenzunehmen. Nun hat die Landwirtschaftskammer im wesentlichen wohl für die Landbevölkerung zu sorgen, aber sie hat sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, auch Anmeldungen der für uns in Frage

kommen, nämlich der in unserem Stadtbezirke wohnenden Feld- und Gartenbesitzer anzunehmen. Es ist dann, wie ich schon bemerkte, vorsichtigerweise noch einmal eine Bekanntmachung des Magistrats erfolgt, um diejenigen zu einer Bestellung zu veranlassen, welche die Bestellung auf die Bekanntmachung der Landwirtschaftskammer hin versäumt haben, und es sind auch zahlreiche Bestellungen aus dem Stadtbezirke sowohl bei der Landwirtschaftskammer wie beim Magistrat eingegangen. Diejenigen, von denen diese Bestellungen gekommen sind, werden die sein, auf die Herr Wesemeier bei seinem Antrage hingeeht hat.

Was die Versorgung der Landbevölkerung mit Saat anlangt, so ist zu sagen, daß Anmeldungen dafür bei der Landwirtschaftskammer nur in mäßigem Umfange eingegangen sind. Man kann sich das erklären, da der Landbevölkerung mitgeteilt war, sie könne sich das Saatgut reservieren. Würde sie Saatgut erst jetzt beschaffen, so würde das nur zu hohen Preisen geschehen können, denn bekanntlich kommt der Zentner Pflanzkartoffeln auf 14 *M* zu stehen. Auf einen Wechsel der Sorten scheint die Landwirtschaft in diesem Jahre keinen großen Wert zu legen; vielleicht erklärt sich das auch aus dem hohen Preise der Pflanzkartoffeln. Die Landwirte wissen auch, was sie an ihrem Saatgut haben, und wissen nicht, was sie bekommen würden, wenn sie aus Försen sich etwas verschreiben lassen.

Die hiesige Bevölkerung hat, wie gesagt, von der Bestellung an beiden Stellen in umfangreicher Weise Gebrauch gemacht, und Herr Stadtbaurat Gebensleben hat in der Kommissionsitzung Aufklärungen darüber gegeben, die durchaus beruhigend wirken. Man kann darnach erwarten, daß allen Anforderungen entsprochen wird. Damit war der eigentliche Antrag des Herrn Wesemeier erledigt.

Man ist dann aber in der Kommission noch auf andere Pflanzungsmöglichkeiten zu sprechen gekommen und hat auch erwähnt, daß ein gewisses Interesse vorhanden sei, die Vermehrung der Kartoffeln durch Stecklinge vorzunehmen, auch die Anpflanzung der Kartoffeln durch geteilte Pflanzkartoffeln zu bewirken. Die Stecklinge stellen sich recht teuer; in einer Bekanntmachung, die neulich von einem Gärtner hier erlassen ist, waren für einen Steckling, wenn ich nicht irre, 20 Pf. als Preis gefordert. Der Fachmann, bei dem ich meine Auskunft über diese Pflanzungsart und den Preis einholte, sagte mir, daß der Preis wohl auf 10, 7 oder 5 Pf. herabgehen könnte. Gleichwohl muß man anerkennen, daß diese Pflanzungsart eine außerordentlich teure ist, so daß sie nur für Liebhaber in Betracht kommt und nicht eigentlich für solche, die einen Acker zu bestellen haben. Was die Teilung der Pflanzkartoffeln anlangt, so sind damit schon viele Versuche im großen gemacht, und es hat sich dabei herausgestellt, daß diese Pflanzungsart viel mehr Mühe erfordert, als das allgemein übliche Verfahren. Es muß darauf geachtet werden, daß die ange schnittenen Flächen trocken werden, und deshalb empfiehlt der Fachmann, daß die Teilung schon jetzt vorgenommen wird; eine

Einbuße an Qualität oder an Menge sei bei der Teilung der Pflanzkartoffeln nicht zu befürchten.

Nach dieser gründlichen Behandlung in der Kommission ist der Antrag als erledigt anzusehen. Der Herr Antragsteller war in der Kommissionsitzung nicht zugegen. Ich hoffe aber, daß er durch die Auskünfte, die ich namens der Kommission habe geben können, zufriedengestellt ist.

Stadtv. **Wesemeier:** Es läßt sich darüber streiten, ob das Verfahren der Teilung der Pflanzkartoffeln, das der Herr Kommissionsreferent in letzter Linie angeregt hat, von den Kartoffelproduzenten nutzbringend angewandt werden kann. In unserer Versammlung hier können wir das ja überhaupt nicht entscheiden. Fachmänner meinen dazu, daß es ein Wahnsinn wäre, dieses Verfahren zu verwenden, wie es jetzt angepriesen wird.

Was nun meinen Antrag anbetrifft, so habe ich zu sagen: Wenn diese Erklärung in der Versammlung, als ich meinen Antrag stellte, vom Magistratsstische gekommen wäre, dann wäre die ganze Beratung in der Kommission unnötig gewesen. Aus den Ausführungen des Herrn Referenten schien es hervorzuleuchten, als ob der Antrag schon bei seiner Einbringung durch die Maßnahmen des Magistrats überholt gewesen wäre. Das ist nicht richtig, denn erst nach unserer letzten Versammlung ist die Bekanntmachung des Magistrats erfolgt, daß Pflanzkartoffeln durch unsere Einwohner angefordert werden sollten.

Stadtv. **Stegmann:** Ich freue mich, daß in dieser Beziehung vom Magistrat Vorkehrung getroffen ist, möchte aber eine andere Seite der Kartoffelfrage zur Sprache bringen, die jedenfalls auch für die Kartoffelversorgung von großer Wichtigkeit ist. Ich weiß nicht, ob der Magistrat und die übrigen Behörden Schritte getan haben, daß mehr Kartoffeln als im Vorjahre gebaut werden. Sie wissen alle, wie groß die Not in Kartoffeln geworden ist. Schon im Jahre 1915 machte sie sich bemerkbar, und in der letzten Zeit kann man von einer wirklichen Kartoffelnot sprechen. 10½ Pfund pro Woche und Kopf waren zu Anfang festgesetzt, dann ging es herab auf 9 und 7 Pfund und jetzt sind es nur noch 5 Pfund. Die Sache scheint im kommenden Erntejahre noch schlimmer zu werden, wenn nicht vorbeugend eingegriffen wird. Es wird ja bis zu einem gewissen Grade richtig sein, daß in diesem Jahre wieder Kartoffeln von den Landwirten zurückgehalten sind; es wird aber auch behauptet, daß bereits im vorigen Jahre viel zu wenig Kartoffeln angebaut sind, und das würde in diesem Jahre noch schlimmer werden. Allgemein hat man gelesen, daß die Landwirte der Ansicht sind, daß der Anbau von Kartoffeln nicht lohnend genug sei und der von Steckrüben, Kohlsorten und anderen Feldfrüchten mehr einbringe. So werden alle Ermahnungen,

Kartoffeln zu pflanzen, nichts nützen; die Landwirte werden sicher Kartoffeln nur in geringem Maße bauen. Was hilft es, daß die Großstädte alles anbieten, um Kartoffeln zu ziehen, und jedes kleine Fleckchen dafür ausnützen? Auch wir haben ja für unsere Einwohner kleine Parzellen hergegeben, aber wenn wir auch in jeden Blumentopf Kartoffeln pflanzen wollten, so würde das nicht den Verlust wettmachen, der dadurch entsteht, daß von den Landwirten weniger Kartoffeln angebaut werden.

Wenn für den geringen Ernteaussfall in diesem Jahre angeführt wird, die Witterung sei schuld daran gewesen, der Dünger und die Arbeitskräfte hätten gefehlt, so mag das bis zu einem gewissen Grade richtig sein, aber die Hauptsache ist doch, daß die Anbaufläche zurückgegangen ist. Wir haben erfahren, daß neben den großen Gütern auch unsere braunschweigischen Domänen und Klostergrüter ganz bedeutend weniger Kartoffeln angebaut haben. Es müßte darauf hingewirkt werden, sowohl durch die Stadt, wie durch das Ministerium und auch durch die Reichsbehörden, daß ein Zwang ausgeübt wird, damit eine bestimmte Fläche mit Kartoffeln angebaut wird. Ich weiß wohl, daß die Landwirte sich dagegen sträuben und sagen, wenn ein Zwang angeordnet würde, so würden sie ohne Lust an die Arbeit herangehen, und dann würde bei solchen Maßnahmen noch weniger herauskommen als ohne sie. Aber in dieser Zeit nützen Ermahnungen allein nichts, da hilft nur der Zwang. Die Kartoffeln sind neben dem Brot die Grundlage unserer Volksernährung, und wenn nicht mit Ernst dafür gesorgt wird, daß mehr Kartoffeln angebaut werden als im vergangenen Jahre, dann werden wir einer Kalamität entgegengehen, die das Schlimmste befürchten läßt. Ich bitte deshalb, daß der Magistrat auf die maßgebenden Behörden einwirkt, daß unbedingt in diesem Sinne mehr getan wird. Es ist die allerhöchste Zeit dazu, denn nur noch wenige Wochen trennen uns vom Frühjahr. Wenn etwas geschehen soll, muß schnell gehandelt werden.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Meine Herren! Sie haben vorhin aus dem Munde des Herrn Referenten gehört, daß der Magistrat schon alle möglichen Wege beschritten hat, um Pflanzkartoffeln in genügendem Maße heranzuziehen. Wenn Herr Wesemeier nicht in der vergangenen Sitzung einen Antrag gestellt, sondern eine Anfrage an den Magistrat gerichtet hätte, so hätte ich selbstverständlich schon in der letzten Sitzung auf eine solche Anfrage geantwortet; so aber mußte der geschäftsordnungsmäßige Weg eingehalten werden. Die Maßnahmen des Magistrats sind ganz und gar nicht verspätet erfolgt. Der Aufruf an unsere Einwohner konnte natürlich erst dann ergehen, nachdem die Landwirtschaftskammer ihrerseits einen Aufruf hatte ergehen lassen, denn der Magistrat konnte nur alle diejenigen zur Bestellung auffordern, die ihre Bestellung bisher versäumt hatten.

Selbstverständlich ist es, daß das Stecklingsverfahren, das heute mehrfach erwähnt worden ist, in großem Umfange wohl nicht verwendet werden kann. Trotzdem ist es erwünscht, daß diejenigen Kreise, die wohlhabend genug sind, um sich die Ausgabe leisten zu können, von diesem Stecklingsverfahren in ausgedehnter Weise Gebrauch machen, hoffentlich auch mit großem Erfolge. Allerdings werde ich meinerseits die Befürchtung nicht los, daß die Stecklinge, wenn sie einem Nachtfrost ausgesetzt sind, sehr leicht absterben werden. Ob meine Befürchtung zutreffend ist, weiß ich aber nicht; die Sachverständigen werden dies besser beurteilen können als ich.

Zuletzt wurde hier erwähnt, es müßte dafür gesorgt werden, daß ein Produktionszwang für Kartoffeln eingeführt würde. Ob ein solcher Produktionszwang zweckmäßig ist oder nicht, das ist im Kriegsernährungsamt in Berlin ganz eingehend erörtert worden; aber aus wohlbedachten Gründen hat man davon Abstand genommen, ihn einzuführen. Sie werden aber wissen, daß seitens der Herzoglichen Landesregierung gewisse Schritte nach dieser Richtung unternommen sind. Das Kriegsernährungsamt hat sich auf den praktischen Standpunkt gestellt und gesagt: Das beste Mittel, um zur Produktion anzureizen, ist eine entsprechende Preisstellung, die sich also den jeweiligen Verhältnissen durchaus anpaßt. Welche Fehler hinsichtlich der Kartoffelpreise im vergangenen Jahre gemacht sind, ist uns allen bekannt. Wir wollen nur hoffen und wünschen, daß dies nicht wieder eintritt.

Der Antrag gilt als durch die Besprechung erledigt.

## 2. Antrag Diekmann, betreffend die Reinigung der Fahrwege der Innenstadt von Schnee.

Stadtv. **Meyerhoff**: Der Antrag **Diekmann** lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Verordnung zu erlassen, gemäß welcher bei Schneefall jeder Hausbesitzer der Innenstadt verpflichtet ist, den Schnee vor seinem Grundstück bis zur Mitte des Fahrweges derart zusammenzuschaukeln zu lassen, daß die Fahrbahn frei vom Schnee ist.“ — In der Statutenkommission haben wir uns mit dem in dem Antrage berührten Gegenstande beschäftigt, und da ich auch dort Berichterstatter war, so habe ich meinen Bericht dort in ähnlicher Weise, wie ich es jetzt tun werde, erstattet. Ich werde Ihnen nämlich nachher den Beweis erbracht haben, daß dieser Antrag eigentlich gar nicht nötig war. Ich werde das aus der Straßenpolizeiordnung herleiten, aber auch aus anderen Gründen.

Der Schnee soll bis zur Mitte des Fahrweges zusammengeschaukelt werden. Nun wurde darauf aufmerksam gemacht, daß auf Straßen, wo die Straßenbahn



fährt, z. B. auf der Sonnenstraße, es nichts helfen könnte, wenn der Schnee nach der Mitte der Straße, also auf die Straßenbahngleise geschaufelt würde, wenn nicht gleichzeitig die Anlieger verpflichtet würden, den Schnee auch fortzuschaffen. Etwas Derartiges kann aber nicht in dem Antrage liegen und, meine Herren, das wünscht auch kein einziger von Ihnen. Sodann wurde Herr Dieckmann darauf aufmerksam gemacht, daß gerade in diesem Jahre, verursacht durch den Mangel an Pferdekraften bei der städtischen Abfuhr, der Schnee längere Tage liegengeblieben ist, ferner auch darauf, daß die Pferde durch den Schnee leichter hindurchkommen können, wenn die Schneedecke in der Straße ziemlich gleichmäßig liegt, anstatt daß der Schnee zu Haufen aufgeschaufelt ist, um die die Wagen herumklavieren müssen. Wenn der Schnee gar in die Mitte der Straße geschaufelt wäre, dann wäre die Straße gar nicht zu befahren. Aber Herr Dieckmann bestand auf seinem Scheine, und so fand die Beratung in der Statutenkommission statt, und keine Stimme fand sich für den Antrag Dieckmann.

Was nun die Vorschriften der Straßenpolizeiordnung anbetrifft, so lautet § 87 derselben: „Bei Eintritt eines Notstandes und für die Dauer desselben kann die Verpflichtung zur Reinigung der Straßen auf eine von Herzoglicher Polizeidirektion in Übereinstimmung mit den städtischen Behörden getroffene Anordnung den Eigentümern der anliegenden Grundstücke oder deren Vertretern auferlegt werden.“ Im letzten Absatz der Nummer 2 dieses § 87 heißt es: „Das Reinigungsgebiet der Anlieger erstreckt sich bei denjenigen Straßen, in welchen Doppelreihen von Häusern sich befinden, bis auf die Mitte der Straße und rücksichtlich der an offenen Plätzen gelegenen Grundstücke bis auf 6 m der Fahrbahn.“ Ich glaube, nachdem ich dieses vorgelesen habe, werden Sie auch zu der Ansicht kommen, daß der Antrag Dieckmann unnötig war und mit ihm nicht mehr zu erreichen ist, als durch das, was schon in der Polizeiverordnung steht. Aus diesem Grunde hat sich die Statutenkommission einstimmig gegen den Antrag Dieckmann ausgesprochen, und ich habe namens der Statutenkommission anheimzugeben, den Antrag Dieckmann abzulehnen.

**Stadtv. Dieckmann:** Der Wettergott Petrus ist, wohl schon in weiser Voraussicht der Entscheidung des Magistrats und der Kommission, etwa vom Magistrat zu ergreifenden Maßnahmen zuvorgekommen, denn er hat uns jetzt von dem lästigen Schnee befreit, und das ist ja gut so. Warum wollen wir nun aber so lange mit einer Ordnung dieser Angelegenheit warten, bis wieder Schnee herunterkommt? Ich möchte nicht wünschen, daß die Straßen wieder in solchen Zustand versetzt werden, wie er in den letzten drei Wochen gewesen ist. Verschiedenes von dem, was Herr Meyerhoff anführt, muß ich als unrichtig zurückweisen. Ich soll gewünscht haben, den Schnee in die Mitte des Fahrdammes aufzuschaukeln!

Nun, für so unvernünftig werden Sie mich doch wohl nicht halten. Mein Antrag ist doch so gemeint, daß der Schnee von der Mitte nach der Gasse zu zusammenge-  
geschaufelt werden soll. Er soll, in Haufen zusammenge-  
schauelt, dort liegen-  
bleiben, wo er nicht im Wege liegt, damit die Pferde freie Bahn haben. Sodann  
wurde von Herrn Meyerhoff behauptet, in gleichmäßig ausgebreitetem losen  
Schnee führe es sich leichter, als wenn der Schnee in Haufen zusammenge-  
schauelt sei. Da bin ich denn doch anderer Ansicht. Im losen Schnee zu fahren ist un-  
gefähr ebenso, als im Sande zu fahren; das ist für die Pferde furchtbar schwer.  
Sie werden gesehen haben, daß bei dem letzten Schneefall vier Pferde vor einen  
leeren Wagen gespannt gewesen sind; ich wenigstens habe das am Kalenwall ver-  
schiedentlich beobachtet.

Nun gebe ich zu: nicht jeder Hausbesitzer wird von einer solchen Anordnung,  
wie ich sie wünsche, erbaut sein. Ich habe aber auch nicht im Interesse der Haus-  
besitzer meinen Antrag gestellt, sondern im Interesse der Pferde. Doch die Pferde  
werden nicht allein von den Schwierigkeiten des Weges bei Schneefall betroffen,  
man sieht auch, daß viele Handwagen und Karren durch den tiefen Schnee gezogen  
werden müssen, und die armen Leute sind bei dieser Arbeit selbstverständlich noch  
mehr zu bedauern als die Pferde.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß man die Verpflichtung der Haus-  
besitzer, wenn ich auch das Wort Schneefall gebraucht habe, ebenso auf Beseitigung  
des dicken Schmutzes ausdehnen könnte. Man sieht ja jetzt abends den Schmutz  
nicht so deutlich auf den Wegen, weil die Beleuchtung so mangelhaft ist, erst wenn  
man nach Hause kommt und sein Beinkleid ansieht, wird man ihn gewahr. Auch  
die Beseitigung dieses Schmutzes ließe sich sehr schön regeln, wenn jeder einzelne  
vor seiner Tür legte, wie das in § 80 der Straßenpolizeiordnung für das Himmels-  
wasser vorgesehen ist. Daß einzelne die Straße vor ihrem Grundstücke reinhalten,  
ist zwecklos, denn dann würde der Schmutz von benachbarten Grundstücken doch  
ständig weitergetragen werden. Ich glaube, Sie würden alle erfreut sein, wenn  
wir wieder blanke Fuß- und Fahrwege hätten, und vielleicht überlegen Sie sich  
die Sache noch einmal, ehe Sie meinen Antrag ablehnen. In Braunschweig  
werden immer Einwendungen gemacht und auf Paragraphen so und so verwiesen,  
wenn es sich um solche Neueinrichtungen handelt. In Hannover hat man einfach  
von seiten des Generalkommandos verfügt: „Jeder Einwohner ist verpflichtet, den  
Fußweg und den Fahrweg von Schnee reinzuhalten“, aber hier bei uns geht es  
nicht.

**Stadttrat von Franckenberg:** Was das Generalkommando in Hannover an-  
geordnet hat, würde es kraft seiner kriegsrechtlichen Befugnis auch in Braun-  
schweig anordnen können, aber der Stadtmagistrat kann eine derartige Befugnis,

die nur dem Generalkommando in dieser Zeit zusteht, nicht ausüben, wie auch Herr Diekmann zugeben wird. Der Magistrat kann nicht einfach eine Verordnung erlassen, auch nicht einmal eine derartige Not-Verordnung, sondern seine Befugnisse sind, wie Herr Meyerhoff ganz zutreffend ausgeführt hat, durch die Straßenpolizeiordnung im § 87 auf eine gemeinschaftliche Ausübung mit den geehrten Herren und der Herzoglichen Polizeidirektion beschränkt, zugleich auf den Eintritt eines Notstandes und auf die Dauer dieses Notstandes. Ist der Notstand — wie wir jetzt sagen dürfen — vorüber, dann kann man nicht für einen etwaigen künftigen Notstand schon im voraus von dieser Befugnis Gebrauch machen, sondern es würde nur die Möglichkeit gegeben sein, das Statut zu ändern. Nun hat Herr Diekmann in außerordentlich fesselnder Weise zu erkennen gegeben, wie von dem sauberen Schnee auf den sehr widerrwärtigen Schmutz seine Wünsche mit hinüberstreben, und das zeigt erst recht, wie bedenklich es sein würde, mit einer derartigen Maßregel zu arbeiten, die schließlich denn auch bis tief in den Sommer hinein einen Notstand aus dem § 87 uns entwickeln ließe, was ganz gewiß von den Vätern der Straßenpolizeiordnung nicht beabsichtigt worden ist.

**Stadtv. Voeshigt:** Es ist ja alles sehr schön, was wir da gehört haben. Des Antrages Diekmann hätte es nicht bedurft, wie Herr Meyerhoff sagt, es steht klar im Gesetz. Aber den Notstand, den wir vor drei Wochen gehabt haben, den wird wohl keiner weglegen wollen. Die Pferde, die sowieso in dieser Zeit in jammervollem Zustande sich befinden, sind durch den liegengebliebenen Schnee in ganz besonderer Weise gequält.

Nun gebe ich Herrn Stadtrat von Frankenberg recht, daß das Generalkommando befugt wäre, hier einzugreifen. Wer in Braunschweig hat denn aber nach den Ausführungen des Herrn Berichterstatters das Recht, einzugreifen? Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, es sei die Polizeidirektion in Verbindung mit den städtischen Behörden. Warum haben sie es denn in jenen Tagen nicht getan, warum haben sie nicht Abhilfe geschaffen? Ob Herr Diekmann einen verkehrten Weg gegangen ist, ist mir egal, hier handelt es sich um eine Besserung. Als Pferdebesitzer habe ich ein Urteil darüber und muß es bestätigen, daß es mehr als Tierquälerei ist, in losem Schnee zu fahren, und noch mehr, wenn der Schnee getaut und wieder zusammengefroren ist. Ich möchte Ihnen ein paar Worte vorlesen aus einem Aufruf, den das Generalkommando der Marken erlassen hat: „Die Pferde ziehen Kriegsgut. Kriegsgut darf nicht liegenbleiben; jede Verzögerung nützt dem Feinde. Können wir das dulden? Freiwillige vor! Nicht der Bürgersteig ist jetzt die Hauptsache, sondern der Straßendamm, damit auf ihm die Frachten und Güter in die Fabriken rollen, damit ein jeder seine Kohlen, sein Mehl, seine Kartoffeln und was sonst zum Leben notwendig ist, zur rechten Zeit

erhalte. Wer hierzu mithilft, dient allen, dient dem Vaterlande!" Aus dem dem Aufruf beigegebenen Bilde können Sie ersehen, daß Damen der höheren Gesellschaft mit Schnee geschaufelt haben. Nun habe ich darüber allerdings mein Bedenken. Diese Damen sind nicht in der Lage, die Straßen so reinigen zu können, wie jeder Hausbesitzer, und ich würde mich keinen Augenblick genieren, selbst Hand anzulegen, wenn es sich um die Reinigung der Fahrwege vor meinem Grundstücke handelt.

Wenn auch gesagt wird, der Antrag Diekmann bestehe nicht zu Recht, dann konnte bei diesem Notstande doch gesagt werden: Wir müssen solche Anordnungen treffen, damit diesen unzulänglichen Zuständen abgeholfen wird. Daß die Zustände so schlimm gewesen sind, wird uns der Dezerent des städtischen Fuhrwesens, Herr Bürgermeister Meyer, bestätigen können; er war nicht imstande, mit seinem wenigen Personal Rat zu schaffen, aber wenn jeder zu seinem Teile zugefaßt hätte, dann hätte Rat geschafft werden können. Wer vom Südklint die Gildenstraße herunter nach dem Gieseler zu gegangen ist, der konnte sehen, wie in jenen Tagen die Fahrbahn beschaffen war. Der Schnee lag vielleicht nur 4—5 cm hoch, aber wie sehr die Pferde dabei gequält werden mußten, das kann nur der beurteilen, der selbst Pferde hat. Ich möchte bitten, zu überlegen, ob es nicht doch möglich ist, ein Übereinkommen mit der Polizeidirektion zu treffen und zu bestimmen, daß, wenn ein solcher Notstand wieder ausbricht, jeder Hausbesitzer verpflichtet ist, die Fahrbahn vor seinem Grundstücke rein zu halten.

Stadtv. **Meyerhoff:** Es ist eine eigentümliche Erscheinung, und sie wiederholt sich doch so oft im Menschenleben: die Leute, die am meisten nach der Hilfe der Polizei rufen, sind im anderen Falle gar nicht für die Polizei zu haben. Nur wenn sie sich bedrückt fühlen, schreien sie nach der Polizei. Die Hilfe der Polizei ist hier durch das Ortsstatut gegeben. Wenn die Bestimmung nicht zur Anwendung gekommen ist, so werden Gründe vorgelegt haben, die das untersagt haben. Herr Voeshigt spricht von einem Notstande; der Antrag geht aber gar nicht von einem Notstande aus, er handelt nur davon, daß Schneefall eintritt. Hat sich Herr Diekmann schon vergegenwärtigt, was alles dem Hausbesitzer auferlegt ist? Ich stehe für den Hausbesitzer hier ein und habe deshalb den Antrag bekämpft. Ich habe schon in der Kommission gesagt: Wie wollen Sie es mit den Herrschaften halten, die in den Vorstädten wohnen? Die haben sich den Teufel um die Reinigung der Straße zu kümmern, während wir in der Innenstadt es tun sollen. Ich lese den Antrag noch einmal vor: Der Magistrat soll ersucht werden, „eine Anordnung zu erlassen, gemäß welcher bei Schneefall jeder Hausbesitzer der Innenstadt verpflichtet ist, den Schnee vor seinem Grundstücke bis zur Mitte des Fahrweges derart zusammenzuschaukeln zu lassen, daß die Fahrbahn frei von Schnee ist.“

Das geht zu weit. Der Magistrat ist nicht befugt, eine solche Verordnung zu erlassen, noch dazu, da im Straßenpolizeistatut die Sache geregelt ist, und deshalb möchte ich Sie bitten, den Antrag abzuweisen. Mögen die Herren, die jetzt nach der Polizei rufen, später, wenn sie selbst einmal durch Polizeiverordnungen getroffen werden, sich daran erinnern, daß sie sich selbst das zuzuschreiben haben.

**Stadtv. Frede:** Herr Loeschigt beklagt sich darüber, daß die Polizei nicht die Straßenpolizeiordnung in Anwendung gebracht hat, und Herr Dieckmann will eine dauernde Einrichtung aus der Verpflichtung der Hausbesitzer bei Schneefall machen und den Antrag dahin erweitert sehen, daß auch dann die Hausbesitzer die Fahrbahn zu reinigen haben, wenn es schmutziges Wetter ist. Wenn jeder Hausbesitzer so glücklich wäre wie Herr Dieckmann und Herr Loeschigt, so viel Leute zur Verfügung zu haben, die für ihn die Straße reinigen können, dann möchte es wohl angehen, eine solche Bestimmung zu treffen. Aber wo keine Leute zur Verfügung sind, müßte sich doch der Hausbesitzer selber hinstellen und die Reinigung besorgen. Er ist sowieso in vielen Beziehungen der Hausknecht und soll nun noch der Straßenkehrer werden. Das können Sie doch nicht verlangen. Für den Notfall ist gesorgt durch die Straßenpolizeiordnung. Ich wüßte nicht, was der Antrag Dieckmann noch soll. Daß der Hausbesitzer bei Schmutz und Schneefall die Straße zu reinigen verpflichtet werden soll, dem kann ich nicht zustimmen.

**Stadtv. Dieckmann:** Ein Notfall liegt zweifellos vor, wenn die Straßenreinigung versagt. Das hat sie in jener Zeit getan, und das können wir auch unumwunden eingestehen. Es sind höhere Gewalten, die dabei ihre Hand im Spiele hatten, und ich mache deswegen auch niemand einen Vorwurf. Der Magistrat hatte nicht genügend Pferdmaterial, und insofolgedessen ist die ordnungsmäßige Straßenreinigung nicht durchzuführen gewesen. Weil nun zweifelsohne ein Notfall vorliegt, so beziehe ich mich auf diesen § 87. Zunächst wandte ich mich in dieser Angelegenheit mit einer Frage an Herrn Bürgermeister Meyer und hörte von ihm, die Polizeidirektion müsse einschreiten. Die Polizeidirektion sagte wieder, der Magistrat sei zuständig, und dieser wieder verwies mich an die Polizeidirektion, indem mir gesagt wurde: Es tut uns leid, wir sind nicht in der Lage, einzugreifen. Nun meinte Herr Stadtrat von Frankenberg, mit einer Maßnahme müßten wir warten, bis ein Notfall eintritt. Das geht doch nicht! Sollen wir denn mit der Sache im nächsten Winter wieder von vorn anfangen? Dann wird es wieder Frühjahr, ehe etwas zustande kommt.

Herr Frede meinte, Herr Loeschigt und ich wären in der glücklichen Lage, Personal zu halten, um in solchem Falle die Straße zu reinigen. Herr Frede, es wäre nicht das erstemal, daß ich die Straße reinigte, und ich würde mich auch heute

durchaus nicht genieren, das wieder zu tun. Wenn in solchem Falle die Leute nicht zu Hause sind, macht man das selber; man kann die drei Mark nicht leichter verdienen. Solche Bedenken sollten uns nicht abschrecken, eine Bestimmung zu treffen. Es wäre bedauerlich, wenn deswegen die Sache in den Brunnen fiele. Der Magistrat und die Polizeidirektion schreiten nicht ein — wozu haben wir dann das Statut?

**Bürgermeister Meyer:** Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß die durch den Schnee und den Frost geschaffenen Verhältnisse greulich waren; daß aber ein Notstand durch dieselben geschaffen sei, möchte ich doch bezweifeln, wenn ich auch zugestehen will, daß ein unglücklicher Zustand dadurch entstanden war, daß die Straßenreinigung die Schnee- und Eismassen nicht so schnell von den Straßen zu entfernen vermochte, wie es im Interesse des Verkehrs wünschenswert gewesen wäre. Aber auch eine etwaige frühere Annahme des Antrages Dieckmann hätte daran nichts zu ändern vermocht, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil, wenn auch die Hauswirte tätig geworden und durch sie der Schnee in der Mitte oder an den Seiten der Straße zusammengebracht wäre, damit doch nicht der Schnee aus den Straßen entfernt und somit dem Übelstande abgeholfen gewesen wäre. Eine Beseitigung des Schnees von den Straßen wäre aber wegen Fehlens ausreichender Gespanne tatsächlich nicht möglich gewesen.

Ich habe Herrn Dieckmann gegenüber erklärt, daß die Straßenpolizeiordnung heute schon eine Unterlage für ein Eingreifen böte, und stehe auch jetzt noch auf dem gleichen Standpunkte; aber es ist doch nicht verständlich, daß Herr Loeschigk und Herr Dieckmann den Magistrat in vorwurfsvollem Tone fragen, warum er nicht unter Anerkennung eines Notstandes einen auf ein Tätigwerden der Anlieger gerichteten Antrag an die Stadtverordneten gerichtet habe. Dagegen muß ich fragen: Weshalb ist nicht einer der Herren Stadtverordneten, Herr Loeschigk oder Herr Dieckmann, in der Weise vorgegangen, wo doch das Statut eine Unterlage dafür bot? Warum haben Sie nicht den Antrag gestellt, daß die Stadtverordneten dem zustimmten, daß ein Notstand anerkannt werde und der Magistrat ersucht wurde, sich mit der Polizeidirektion in Verbindung zu setzen? Das hat Herr Dieckmann nicht getan, vielleicht aus dem Grunde, weil ihm die in Betracht kommenden Bestimmungen nicht bekannt waren. Aber da er es nicht getan hat, erscheint es nicht billig, dem Magistrat einen Vorwurf zu machen.

Darüber kann kein Zweifel sein, daß, da und nachdem die zur Erörterung stehende Frage durch die Straßenpolizeiordnung geregelt ist, nicht neben diesem Statut ein dessen Regelung abändernder Beschluß der städtischen Behörden gefaßt werden kann. Wenn der Antrag Dieckmann praktische Bedeutung gewinnen soll, dann müßte ein auf eine Abänderung des Statuts abzielender Beschluß gefaßt

werden. Hierzu liegt aber nach meiner Ansicht ein ausreichender Grund nicht vor; ich gebe deshalb anheim, den Antrag Diekmann abzulehnen.

**Stadtv. Loeischigt:** Ich möchte Herrn Bürgermeister Meyer durchaus keinen Vorwurf machen, aber ich möchte doch daran erinnern, daß ich zweimal bei ihm gewesen bin und ihn auf die Zustände an der Gildenstraße und am Gieseler, wo das schwere Fuhrwerk zu fahren hat, aufmerksam gemacht habe. Als gewöhnlicher Sterblicher kenne ich natürlich das Straßenpolizeistatut nicht so genau. Wenn ich genau gewußt hätte, daß damit Abhilfe zu schaffen wäre, dann hätte ich natürlich einen solchen Antrag gestellt. Aber dazu haben wir ja in erster Linie den Magistrat, der die Statuten genau kennt. Es ist von Herrn Bürgermeister Meyer anerkannt, daß seine Leute nicht ausreichen, Abhilfe zu schaffen; nach Möglichkeit hat er es ja getan. Mehr kann ich auch nicht tun, als darauf aufmerksam machen. Daß er die Geseze so genau kennt, kann man von einem gewöhnlichen Stadtverordneten nicht verlangen.

**Bürgermeister Meyer:** Es ist richtig, daß Herr Loeischigt zweimal bei mir gewesen ist und darauf hingewiesen hat, daß die Verhältnisse auf der Süßstraße und der Gildenstraße sehr böse wären, und daß er mich gebeten hat, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß in diesen Straßen bessere Bahn geschaffen würde. Das habe ich auch gern zugestanden, denn ich wußte, daß die genannten Straßenzüge tatsächlich einen sehr lebhaften Verkehr haben. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Straßenreinigung dafür sorgt, daß die Straßen, auf denen der Hauptverkehr ruht, zuerst in Ordnung gebracht werden.

**Stadtv. Diekmann:** Wenn Herr Bürgermeister Meyer aus meinen Worten einen Vorwurf entnommen hat, so tut es mir leid. Ich habe ganz ausdrücklich erwähnt, daß ich in diesem Falle dem Magistrat keinen Vorwurf machen könne, weil der Magistrat nicht in der Lage gewesen ist, Abhilfe zu schaffen. Darin liegt auch kein indirekter Vorwurf. Es tut mir ja leid, daß ich nicht die ganzen 149 Paragraphen der Straßenpolizeiordnung im Kopfe habe und nicht gewußt habe, welche Weg ich, um zum Ziele zu kommen, hätte einschlagen müssen. Es wäre doch aber zweckmäßig, wenn bei solchen Notständen gleich das geschähe, was mein Antrag bezweckt, nämlich dem Fahrverkehr freie Bahn zu schaffen. Ich werde mich aber selbstverständlich auch mit Ihrem Bescheide begnügen müssen.

Dem Antrage der Kommission gemäß wird der Antrag Diekmann abgelehnt.

**Vorsigender:** Eingegangen ist ein Schreiben des Magistrats, in welchem anheimgegeben wird, den Magistrat zu ermächtigen, die Höhe des der Stadt beim Herzoglichen Leihhause eröffneten Kredits auf 16 Millionen Mark zu beantragen. — Wenn sich kein Widerspruch erhebt, will ich diese Sache nachher mit zur Beratung stellen.

Ferner ist eingegangen folgende Anfrage des Herrn Kiefe:

„Ist der Magistrat bereit, Aufklärung zu geben, wie die Herstellung der städtischen Grügleber- und Blutwurst in der Zukunft sich gestalten wird, ob auch in sämtlichen Fleischergeschäften nach obiger Regel verfahren werden soll? Oder kann der Magistrat in Aussicht stellen, daß eine derartige Streckung mit Grüze nur vorübergehend geplant und höheren Orts angeordnet ist?“

Sodann ein Antrag des Herrn Wesemeier:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Militärurlaubern daselbe Quantum Brot für jeden hier verlebten angebrochenen Urlaubstag zu gewähren, wie es jedem hiesigen Einwohner im Alter von 6 Jahren geliefert wird.“

Ich werde den betreffenden Herren nachher Gelegenheit geben, ihre Anfrage resp. ihren Antrag zu begründen.

Stadtv. Dr. Landauer (zur Geschäftsordnung): Der Antrag des Herrn Wesemeier über die Abgabe von Gänsen und Gänsefleisch gegen Fleischmarken konnte in der Statutenkommission nicht beraten werden, weil Herr Wesemeier nicht anwesend war. Die Statutenkommission beantragt daher, den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Der gleiche Vorschlag liegt auch für den Antrag des Herrn Gengen, die Zuwendungen seitens des Nationalen Frauendienstes betreffend, vor. Der Antrag ist in der Kommission noch nicht zu Ende beraten, und deshalb wird beantragt, ihn heute von der Tagesordnung abzusetzen.

**Vorsigender:** Dann müßten wir die Sachen für heute von der Tagesordnung absetzen.

### 3. Anfrage Lauer über die Beschaffung von Kleingeldersatzmarken durch die Stadt oder durch die Landesregierung.

Wortlaut der Anfrage: „Ist dem Magistrat bekannt, daß schon seit langer Zeit in Braunschweig ein großer Mangel an Kleingeld herrscht, daß dadurch fortgesetzt die unliebsamsten Störungen und Unzuträglichkeiten in der Industrie, im



Handel, im Gewerbe und im Privatgeldverkehr entstehen, die sich immer noch weiter steigern? — Ist der Magistrat in der Lage, vielleicht durch Beschaffung von Kleingeldersatzmarken diesem Übelstande abzuhelpen, oder ist er geneigt, bei der Herzoglichen Landesregierung die zwingende Notwendigkeit der Ausgabe von Kriegsnotgeld an die Einwohnerschaft, falls eine baldige Zuweisung von Währungsgeld unmöglich ist, zum Ausdruck zu bringen?“

Oberbürgermeister **Metemeyer** (zur Beantwortung der Anfrage): Es ist selbstverständlich dem Magistrat nicht unbekannt geblieben, daß augenblicklich leider ein Mangel an Kleingeld in der Stadt herrscht. Wir haben uns verschiedentlich mit dieser Frage befaßt, weil uns auch bekannt geworden ist, daß manche Städte versucht haben, diesem Mangel dadurch abzuhelpen, daß sie Notkriegsgeld oder, wie Herr Lauer sagt, Kleingeldersatzmarken ausgegeben haben. In der inzwischen verflossenen Zeit, seitdem Herr Lauer seinen Antrag eingebracht hat, ist uns ein Schreiben des deutschen Städtetages zugegangen, in dem eine Übersicht über die Städte gegeben wird, die solche Maßnahmen getroffen haben. Es sind große und kleine Städte, die hierin vorgegangen sind, und man hat die verschiedensten Wege beschritten, um dem Übelstande abzuhelpen. Einige Städte haben Metallmarken ausgegeben, andere denken an Papiermarken, wieder andere an Scheine in allen möglichen Geldsorten, wie sie von den Darlehnskassen ausgegeben werden. Dieser Schein hier ist aus Posen und gilt über den Betrag von 1 Pfennig. Zahlreiche Städte haben sich insofern vorgeesehen, als sie diesen Scheinen nur eine bestimmte Geltungsdauer beigelegt haben, so daß die Scheine alsbald wieder eingelöst werden müssen.

Die Beantwortung der Anfrage, die der deutsche Städtetag an die in Betracht kommenden Städte gerichtet hat, geht durchweg dahin, daß sich die Sache recht gut bewährt habe. Gleichwohl hat der Stadtmagistrat bisher Bedenken gehabt, auf die Sache für unsere Stadt einzugehen. Das Hauptbedenken ist, daß eine Nachahmung derartiger Geldstücke, oder wie wir sie sonst nennen wollen, zu besorgen ist. Wenn die anderen Städte auch erklärt haben, daß die Sache sich bisher gut bewährt habe, so kommt die Entscheidung darüber doch erst zum Schluß der Laufzeit dieses Geldes, wenn es zur Wiedereinlösung dieser Marken kommt. Erst dann wird sich zeigen, ob eine Nachahmung erfolgt ist, durch die unter Umständen die Stadt sehr erhebliche Verluste erleiden kann.

Geld im gewöhnlichen Sinne kann man selbstverständlich nicht schaffen, denn das ist Monopol des Reiches. Wenn man sich nun fragt: worin besteht der Unterschied zwischen diesen Geldersatzmarken und den Geldmünzen, dann wird man dahin kommen, zu sagen: Er ist gegeben durch den begrenzten Geltungsbereich des Notgeldes. Sonst ist es ein tatsächlicher Ersatz von Geld, denn jeder, der einen

derartigen Schein oder eine solche Münze beim Magistrat präsentiert, wird — wenn nicht Ausnahmebestimmungen geschaffen sind, wie das in einigen Städten auch geschehen ist — von der Stadt beanspruchen können, daß sie dagegen richtiges Geld umtauscht. Damit ist dasselbe erreicht, wie wenn wir wirklich Geld fabrizieren und herausgeben würden.

Der Magistrat hat sich nach der Anfrage des Herrn Lauer noch zweimal mit der Frage beschäftigt, und so leid es mir tut, muß ich erklären, daß wir dahin gekommen sind, von der Ausgabe solchen Gelderjages Abstand nehmen zu sollen. Abgesehen von der erwähnten Gefahr, die jede Stadt läuft, die zu dieser Maßnahme greift, kommt in Betracht, daß es nicht angenehm ist, hier am Ort verschiedene Geldsorten zu haben. Die älteren der Herren werden sich noch der Zeit erinnern, in der wir verschiedene Münzsysteme in Deutschland hatten, und welche Unannehmlichkeiten das mit sich brachte. Hinzu würde noch kommen, daß man mit solchem Notgelde nichts anfangen kann, sobald man die Grenze der Stadt überschreitet — es würde dort nicht gelten. Auch den Landleuten, die ihre Waren in die Stadt bringen, könnten wir solche Sachen nicht in die Hand geben. Das sind alles Bedenken, die nicht von der Hand zu weisen sind, und wenn es auch richtig ist, daß manche Städte noch in der letzten Zeit zu denen, die schon eine solche Einrichtung getroffen haben, hinzugekommen sind, so ist doch bisher die Zahl dieser Städte — wenn die Nachweisung des Städtetages vollständig ist — nicht sehr groß im Verhältnis zu der Gesamtheit der deutschen Städte. Es ist aber möglich, daß bei dem fortwährenden Wachsen des Bedürfnisses hier und da inzwischen noch die eine oder andere Stadt hinzugekommen ist, wie auch der Städtetag in seinem Schreiben angedeutet hat.

Nun haben wir uns im Magistrat auch mit der Frage befaßt, wie denn diesem allgemein gefühlten Uebelstande des Kleingeldmangels abgeholfen werden könnte, und sind dabei zu der Ansicht gekommen, daß das so oft gehörte Wort von der Förderung des bargeldlosen Verkehrs auch hier in gewisser Weise in die Tat umgesetzt werden könnte, allerdings nicht durch Ausschreiben von Schecks und mit Hilfe der Banken, sondern in der Weise, daß man sich einstweilen mit dem Umscheln des größeren Geldes Beschränkung auferlegt. Der Einwohner, der bei einem Kaufmann Kredit hat, wird unbedenklich seine Ware auf ein Kontobuch entnehmen und am Schluß des Monats bezahlen können; dann würde ein jedesmaliges Wechseln des Geldes nicht stattfinden. Es ist auch möglich, daß man in anderer Weise vorgeht. Wenn ein Kaufmann auf einen größeren Schein nicht das nötige Kleingeld herausgeben kann, dann kann er seinem Kunden sehr wohl einen Gutschein in die Hand drücken, dessen Betrag das nächste Mal angerechnet wird. Auf diese Art wird man sich zu helfen wissen.

Im übrigen steht der Magistrat auf dem Standpunkte — und das ist der Hauptgrund seiner Ablehnung —, daß es nicht richtig ist, wenn in solchen Zeiten, wie den jetzigen, den unglücklichen Gemeinden immer noch mehr aufgepackt wird. Die Gemeinden haben wahrhaftig schon genug Sorgen, und man darf doch ganz gewiß sagen: Wenn die Gemeinden in der Lage sind, derartige Erjaggeldstücke herstellen zu lassen, dann müßte das Reich erst recht in der Lage sein, das zu tun. Ich wüßte nicht, weshalb das Reich es nicht könnte. Das billige Metall, das dazu genommen wird, um Erjaggeld zu schaffen, besitzen wir reichlich; es dreht sich nur darum, daß fleißig geprägt wird. Dabei ist selbstverständlich die Gefahr der Fälschung nicht so groß, als wenn die Städte diese Münzen herstellen ließen. Es sind uns von verschiedenen Firmen solche Münzen überliefert — durchlochte und nicht durchlochte, runde, eckige, aus diesem oder jenem Metall hergestellt. Sie sind handlich und teilweise recht niedlich gearbeitet. Aber ein solches Ding nachzumachen, ist kein Kunststück. Es wäre deshalb angebracht, daß die Kommunen sich an die zuständigen Stellen wenden, damit das Reich seine ihm durch das Münzgesetz zugesicherte Vorzugsstellung voll ausnützt, und zwar um so mehr, als uns mit Herstellung einer einzelnen Münzsorte recht wenig gedient wäre. Wollten wir gründliche Abhilfe schaffen, dann müßten wir vier oder fünf kleine Münzstücke in entsprechender Menge herstellen, aber darauf einzugehen, trägt der Magistrat Bedenken. Sollten die Herren anderer Ansicht sein, so könnte ja ein entsprechender Antrag gestellt werden und die Versammlung ihre Meinung darüber äußern.

Stadtv. **Lauer** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird genügend unterstützt und der **Vorsitzende** eröffnet die Besprechung.

Stadtv. **Lauer**: Die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters kann ich in einigen Punkten nicht teilen. Der Herr Oberbürgermeister hat zunächst angeführt, verschiedene Gemeinden hätten ihren Darlehnscheinen nur eine verhältnismäßig kurze Laufzeit gegeben, sie seien befristet. Das aber kann kein Hinderungsgrund für Ausgabe von Kriegsnotgeld sein, denn die Frist kann wieder erneuert werden, oder es können neue Scheine ausgegeben werden. Was das Bedenken der Nachahmungsmöglichkeit betrifft, so kann ich das nicht teilen, denn es ist hinlänglich bekannt, welche Gefahr die Nachahmung von Geld mit sich bringt, und welche hohen Strafen darauf stehen. Hinzu kommt der Mangel an dem jeweiligen Material. Ebenso wie ich werden auch andere Städte eine solche Beschränkung wegen der Nachahmung dieses Geldes nicht haben, denn sonst würden sie nicht dazu übergegangen sein, solche Marken anzuschaffen.

Im übrigen kann es uns gleichgültig sein, auf welche Weise eine Änderung des jetzigen Uebelstandes eintritt, ob vom Reiche oder auf andere Weise für Besser-

rung gesorgt wird, die Hauptsache ist, daß überhaupt etwas unternommen wird, und erfreulicherweise hat der Herr Oberbürgermeister einen praktischen Vorschlag gemacht, der uns vielleicht eine große Erleichterung bringen wird. Mindestens würde es sich empfehlen, den Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters zu berücksichtigen. Denn es leuchtet ohne weiteres ein, daß sich der Verkehr leichter regeln wird, wenn nicht bei jedem Einkauf das Geld auf den Tisch zu legen ist und dadurch das schwierige und kaum mögliche Wechseln wegfällt. Denselben Vorschlag, den uns der Herr Oberbürgermeister machte, haben auch Hannover und Magdeburg als Aushilfsmittel gewählt, und es scheint, als wenn die Leute dort gute Erfahrungen damit zu verzeichnen hätten. Im übrigen war es in Braunschweig in letzter Zeit so, daß durch Inserate der Kauf von Kleingeld gewünscht wurde, und auf dem Steinweg sind gewisse Leute, die viel Kleingeld in die Hand bekommen, in die Läden getreten und haben gesagt: „Ich habe hier für 10 *M* Zehnspfennigstücke; ich will sie Ihnen überlassen, wenn Sie mir 12 *M* dafür geben.“ Das sind doch Zustände, die beseitigt werden müssen.

Im übrigen bescheide ich mich mit den Worten des Herrn Oberbürgermeisters und glaube, daß durch Ausführung des von ihm gemachten Vorschlages schon eine wesentliche Besserung eintreten wird.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Herr Lauer meinte, die Nachahmung solchen Notgeldes wäre strafbar. Es ist zwar schon lange her, daß ich auf der Universität die Rechte studiert habe, ich wüßte aber nicht, weshalb das Nachmachen des Notgeldes strafbar sein sollte. Wenn der Magistrat solche Münzen herstellen läßt, so ist die Nachahmung derselben nicht unter den Paragraphen des Reichsstrafgesetzes über Fälschmünzerei zu bringen. Das ist nur der Fall bei Nachahmung des vom Reiche hergestellten Geldes. Strafbar würde nur der sein, der den Versuch machte, uns auf dem Rathause vorzuspiegeln, es wäre unser Geld, und wer dafür Reichsgeld verlangen würde. Das würde Betrug sein. Es liegt also eine große Gefahr darin, daß die Leute, ohne durch Androhung von Strafen abgehalten zu werden, das Notgeld nachahmen können.

Wir haben im Magistrat, um dem Übelstande abzuhelpen, Veranlassung genommen, unsere Stadthauptkasse anzuweisen, alles Kleingeld, das eingenommen wird — und das ist bei der Vermehrung der Gasautomaten nicht wenig —, tunlichst schnell wieder in Verkehr zu bringen. Wir sind der Ansicht, daß es richtiger ist, eine solche Maßnahme zu ergreifen, als das Kleingeld erst in Rollen zu packen und nach der Reichsbank oder zur Post zu bringen, denn so kommt das Kleingeld am schnellsten wieder in Verkehr. Auch die Inhaber der Gasautomaten nehmen selbstverständlich das Geld gern wieder zurück, indem sie es gegen größeres einwechseln, und den Boten wird dadurch ihr Amt erleichtert.

Hinweisen möchte ich auch noch darauf, daß das Reich den Entschluß gefaßt hat, Aluminiumgeld zu schaffen, und so kann man wohl annehmen, daß wir über diesen Notstand bald hinwegkommen werden.

**Stadtv. Loeschigt:** Der Herr Oberbürgermeister hat angeregt, Kontobücher durch die Kaufleute einzuführen. Im Anschluß daran kann ich mitteilen, daß etwas Ähnliches auch schon in Linden-Hannover besteht. Da wir sowieso angewiesen sind, bei einem gewissen Kaufmann unsere Waren zu entnehmen, denn wir sind rationiert in fast allen Dingen, so hat man es dort so gemacht: Es bekommt der Kunde von seinem Kaufmann ein Buch, wie unser Lebensmittelbuch, auf daß er 10, 15 oder 20 *M* einzahlen kann, wenn er bei seinem Kaufmann nicht so schon Kredit hat, und auf dieses Buch hin entnimmt der Kunde seine Waren gegen Abschreibung auf das Kontobuch. Allerdings kann nicht jeder von dieser Einrichtung Gebrauch machen, aber manche unserer Mitbürger werden sich veranlaßt sehen, auf diese Weise zu helfen, den Mangel an Kleingeld zu beheben. Durch den Bezug der Naturalien wird dann die Einzahlung nach einer Woche vielleicht aufgebraucht.

Hier sieht man immer noch vor den Geschäften eine große Menge Leute warten, und zwar auch bei gewöhnlichen Nahrungsmitteln wie Grieß, Graupen, Reis usw. Dort in Linden-Hannover ist die Anordnung getroffen, daß sich 3—4 Tage vor der Ausgabe der Waren bei ihrem Geschäft die Empfänger der Waren melden, ihr Buch abgeben und später die eingepackten Waren abholen, während auf ihr Buch die Summe abgerechnet ist. Das ist auch eine Vereinfachung des Warenbezuges zugleich mit der Ersparung des Kleingeldes. Dem betreffenden Geschäft sind je nach seiner Größe eine Anzahl Haushaltungen zugewiesen, und es wäre zu wünschen, daß ein solches Verfahren auch von der hiesigen Bürgerschaft beliebt würde.

**Stadtv. Lebbenjohanns:** Ich möchte den Standpunkt des Magistrats warm unterstützen. Ohne weiteres gebe ich zu, daß ein Notstand in bezug auf das Kleingeld vorhanden ist; aber die Frage, wie dieser Notstand zu beseitigen ist, wird meiner Ansicht nach nicht so leicht zu lösen sein. Es gibt dafür zunächst zwei Wege: einmal die Beschaffung von kleinerem Papiergeld und zweitens die Beschaffung von Metallgeld. Ich glaube, daß schon jetzt das Geld in Scheinen für den Geldmann eine außerordentliche Last ist, und die Schaffung neuen Papiergeldes würde wohl dahin führen, daß man nicht von einer Erleichterung, sondern Erschwerung des Geldverkehrs reden müßte. Wenn Sie heute den Kassierer eines Bankinstituts oder einer Stadtkasse hören, wird er Ihnen bestätigen, daß das Kassieren in jetziger Zeit die dreifache Zeit erfordert. Die Leute sind teilweise

so geplagt, daß sie technisch und praktisch ihre Arbeit nicht ausführen können, weil ihre Finger den Dienst versagen.

Die Gefahr der Nachahmungsmöglichkeit muß ich ebenfalls bestätigen. Es ist zweifellos, daß durch Schaffung von Papiergeld durch die Stadt der Nachahmung Tür und Tor geöffnet würde. Auch in der Richtung müßte man also sehr vorsichtig vorgehen.

Sodann kommt das Metallkleingeld in Frage. Es ist schon angeführt, daß die Reichsregierung mit Prägung einer größeren Menge Kleingeldes vorgegangen ist. Sie hat das schon immer getan, aber trotzdem ist niemals zu bemerken gewesen, daß der Mangel an Kleingeld abgenommen hätte, im Gegenteil, er ist immer größer geworden. Es entsteht deshalb die Frage: Wo ist denn dieses neu geprägte Kleingeld geblieben? Darüber haben sich aber schon recht viele Leute den Kopf zerbrochen, und ich glaube nicht fehlzugehen mit der Vermutung, daß der einzige Weg, der in Betracht kommen kann, der große Strumpf ist, in dem vorsorgliche und ängstliche Gemüter dieses Geld versteckt haben.

Über die Nachteile von kleinerem Papiergeld sind sich alle in Betracht kommenden Organe einig, und auch die Reichsbank vertritt den Standpunkt, daß die Schaffung neuen Scheingeldes durch Kommunen mit großer Vorsicht aufgenommen werden sollte; in den meisten Fällen hält sie es auch nicht für nötig. Wenn aber in hiesigen Geschäften der Notstand durch den Mangel des Kleingeldes tatsächlich anhalten sollte, dann würde zweifellos der Weg richtiger sein, daß nicht die Stadt, sondern die Regierung mit Abhilfemaßnahmen eintritt, denn der Herr Oberbürgermeister hat ganz richtig hervorgehoben, welche außerordentlich großen Schädigungen es mit sich bringen würde, wenn Braunschweig Kleingeld herstellte, ebenso auch Wolfenbüttel, Bechelde und so fort, und in dem einen Bezirke das Geld aus dem anderen nicht zur Anwendung kommen könnte. Ich glaube, ich bin richtig unterrichtet, wenn ich sage, daß im Falle des Beschlusses, Kleingeld seitens der Stadt zu schaffen, die Regierung selber die Sache in die Hand nehmen würde.

Der Herr Oberbürgermeister hat sodann darauf hingewiesen, daß einem Teile dieses Mangels damit abgeholfen werden könnte, daß der vielbesprochene bargeldlose Verkehr gefördert wird. Ich bin der Ansicht, daß darin noch viel mehr geschehen könnte, als hier angedeutet ist. Der bargeldlose Verkehr könnte nicht bloß in der Form fördernd wirken, daß bei dem Kaufmann ein besonderes Guthaben konstruiert und dann durch Warenentnahme davon abgehoben wird, sondern auch dadurch, daß diejenigen, die dazu imstande sind, Kredit bei dem Kaufmann in Anspruch nehmen und diesen Kredit durch den Banküberweisungsverkehr oder Scheck ausgleichen. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, wieviel einzelne Summen dann

nicht in Kleingeld zur Auszahlung kommen, so werden Sie mit mir einer Meinung sein, daß damit außerordentlich viel Kleingeld gespart wird.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um noch eine Lanze für den bargeldlosen Verkehr zu brechen. Der Magistrat erkennt es an, daß der bargeldlose Verkehr eine Förderung erhalten müsse. Ich bin schon bei einer anderen Gelegenheit auf diese Sache zu sprechen gekommen und habe angeführt: die Stadt Berlin hat allen Lieferanten, mit denen sie Beziehungen unterhält, die Nachricht zugehen lassen, daß sie nur weiter auf Zuweisung von Aufträgen rechnen könnten, wenn die betreffenden Lieferanten sich ein Bankkonto einrichteten und sich damit einverstanden erklärten, daß die fälligen Beträge durch den Überweisungsverkehr zur Auszahlung kommen. Auch die hiesige Regierung ist in ähnlicher Weise vorgegangen. Sie hat bereits in einigen Abteilungen — wenn ich recht unterrichtet bin, z. B. in der Bauabteilung — den Lieferanten die Aufforderung zugehen lassen, anzugeben, wo sie ihr Bankkonto haben, da die Behörde gezwungen sei, nur durch Überweisung zu regulieren. Es ist von meiner Seite in dieser Versammlung auch schon früher angeregt, man möchte sämtliche Beamtengehälter im Wege der Überweisung auszahlen. Die Antwort darauf hieß: Bei der Zahlung in Einmonatsraten ergeben sich dafür Schwierigkeiten. Die Regierung wird darüber hinweggehen und wird dreimonatliche Zahlungen einrichten, und wenn dazu besondere Gesetzesvorschriften notwendig sind, so wird sie auch dazu schreiten. Sollte man seitens der Stadt auch zu dieser Auszahlungsweise übergehen, dann würde ich empfehlen, was ich schon einmal empfohlen habe, nämlich, daß man diejenigen, die von dem bargeldlosen Verkehr Gebrauch machen wollen, einen gewissen Vorzug vor den Bargeldempfängern genießen läßt in der Weise, daß ihnen der Betrag ihres Gehaltes für drei Monate im voraus vergütet wird.

Um mich kurz zu fassen, will ich hiermit schließen und nur noch die Herren bitten, aus den von mir geschilderten Gründen zunächst von der Prägung und Ausgabe von Notgeld abzusehen.

Der **Vorsitzende** schließt die Besprechung.

#### 4. Abrechnung über die Kosten der Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Grundstücke des Wilhelm-Gymnasiums.

Stadtv. **Busch**: Seitens des Tiefbauamts ist dem Stadtmagistrat die vergleichende Zusammenstellung der anslagsmäßigen und der wirklich aufgewendeten Kosten für Errichtung der öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem Grundstücke des Wilhelm-Gymnasiums zugegangen. Es ergibt sich daraus, daß der ursprünglich ausgeworfene Betrag um 470,53 M überschritten ist. Das ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß infolge des Krieges die Arbeitslöhne

und die Preise der Materialien gestiegen sind. Die Aufstellung ist von der Baukommission geprüft, und man ist dabei zu dem Beschlusse gekommen, daß gegen die Kostenabrechnung nichts einzuwenden ist. Sie ist uns auch nur zur Kenntnissnahme mitgeteilt.

Die Abrechnung wird durch Kenntnissnahme als erledigt betrachtet.

### 5. Abrechnung über die Kosten der Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Steintorbrücke.

**Stadtv. Stegmann:** Ich habe Ihnen ebenso wie der Herr Vorredner die Abrechnung über Errichtung einer unterirdischen Bedürfnisanstalt an der Steintorbrücke zur Kenntnis zu geben. Die Anstalt ist bekanntlich schon seit längerer Zeit in Benutzung genommen, und man kann sagen, daß sie praktisch eingerichtet ist. Der Kostenanschlag von 15 000 *M* ist um 720,13 *M* überschritten worden, und zwar aus denselben Gründen, die der Herr Vorredner angeführt hat, nämlich durch die Kriegsmaterialpreise. Unter anderem haben die Erd-, Maurer- und Asphaltarbeiten rund 630 *M* mehr erfordert, ebenso ist für die Beleuchtungsanlage eine wesentlich höhere Ausgabe gemacht, als veranschlagt war. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Kosten des Anschlußkabels an die Leitung des Lichtwerks im Betrage von 150 *M* von der Stadt getragen werden mußten, da sich das Lichtwerk weigerte, sie zu übernehmen; ferner sind mehrere Stromkreise in die Zuleitung zu den einzelnen Räumen eingebaut, weil bei der in der unterirdischen Anstalt vorhandenen Feuchtigkeit bei nur einem Stromkreise die Beleuchtung leicht versagen würde. Dann sind noch in verschiedenen Posten Mehr- oder Minderausgaben zu verzeichnen, die nicht ins Gewicht fallen.

Die Baukommission hat die Abrechnung geprüft und teilt Ihnen durch mich mit, daß Beanstandungen nicht vorzunehmen sind.

Die Versammlung nimmt von der Abrechnung Kenntnis.

### 6. Abrechnung über die Kosten der Errichtung eines Kinderspielflazes und einer Bedürfnisanstalt an der Kaiserstraße.

**Stadtv. Rietz:** In gleicher Weise, wie eben vorgetragen, liegt eine Abrechnung über die Kosten der Errichtung eines Kinderspielflazes und einer Bedürfnisanstalt an der Kaiserstraße vor. Wie die Herren wissen, ist an der Nordseite der Kaiserstraße ein sogenannter Buddelplatz als Spielplatz für Kinder hergerichtet und gleichzeitig eine Bedürfnisanstalt für Kinder und ein öffentliches Pissoir gebaut. An Kosten waren unter dem 17. Januar 1916 verwilligt 3800 + 2600



+ 2200 *M.*, im ganzen also 8600 *M.* Der Bauplatz ist 4 a 90 qm groß. Er hätte noch vergrößert werden können, aber auf Ansuchen verschiedener Anlieger des Rickelnkuffs sind ihnen Restflächen des Geländes des ehemaligen Okergrabens, die schon früher von ihnen gepachtet waren, zur weiteren Benutzung überlassen, und der Spielplatz ist ja auch so groß genug geworden, weil er nur für kleine Kinder eingerichtet ist. Die Kosten für die Anlagen sind auch hier überschritten, und zwar um 807 *M.*, weil die Materialpreise gestiegen waren, infolge der höheren Kosten für die Unterstüßung der Einfriedigung und aus anderen Gründen. In der Abrechnung ist eine genügende Begründung dafür gegeben, worauf es beruht, daß an Schlosser-, Klempner- und dergleichen Bauarbeiten mehr ausgegeben ist als veranschlagt. Die Überschreitungen sind leicht begreiflich, und in der Kommission hat man deswegen auch keine Beanstandung gemacht. Die Gesamtkosten stellen sich auf 9407 *M.* Die Abrechnung wird den Stadtverordneten vom Magistrat zur Kenntniznahme mitgeteilt.

Auch diese Abrechnung wird durch die Kenntniznahme als erledigt betrachtet.

---

Die Beratung über den Punkt: „*Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Lehrkräfte*“ ist auf die folgende Sitzung verschoben.

## 7. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage im Keller des Altstadtrathauses.

**Stadtv. Meyerhoff:** Die Firma Rittmeyer u. Komp. ist Pächterin des Kellers unter dem Altstadtrathaus und hat beantragt, den Keller seitens der Stadt mit elektrischer Beleuchtung versehen zu lassen. Die Firma begründet ihren Antrag damit, daß dies eine Notfache wäre, da in einem Weinkeller Gasbeleuchtung nicht statthalt sei und die bisherige Kerzenbeleuchtung in dieser Kriegszeit nicht mehr zu ermöglichen ist. Die Begründung muß als stichhaltig anerkannt werden, und so hat die Stadt einen Kostenanschlag über die Anlage eingeholt, der geprüft und als richtig befunden ist. Die ganze Anlage würde darnach einen Aufwand von rund 800 *M.* verursachen. Nun haben wegen der Verzinsung und Amortisation dieser Kosten Verhandlungen zwischen der Firma Rittmeyer und der Stadt geschwebt. Während zunächst die Firma nur zur Zahlung von 50 *M.* jährlich bereit war, hat man sich jetzt dahin geeinigt, daß pro Jahr 80 *M.*, also 10 Prozent der Anlagekosten, von der Firma als Mietgeld für die Keller mehr bezahlt wird. Die Kosten für die Beleuchtungskörper und die Instandhaltung dieser Gegenstände fallen der Firma Rittmeyer zur Last, da es üblich ist, daß sie der trägt, der die Anlage ge-

braucht. Die Firma Rittmeyer ist mit den Bedingungen einverstanden und möchte die Anlage so rasch wie möglich fertiggestellt sehen. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten:

„genehmigen zu wollen, daß in den genannten Räumen eine elektrische Beleuchtung unter Aufwendung von 800 *M* hergerichtet wird mit der Maßgabe, daß zur Verzinsung und Abschreibung des Anlagekapitals eine Erhöhung des jährlichen Mietpreises um 80 *M* eintritt.“

Im Namen der Baukommission bitte ich um Genehmigung der Anlage.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

## 8. Erhöhung der Gemeindecinkommensteuer-Sätze, entsprechend dem § 9 des Gesetzes vom 18. Januar 1917.

Stadtv. **Bartels**: Der Magistrat schreibt zu diesem Punkte der Tagesordnung an die Stadtverordneten folgendes:

„Um die Veranlagung zur Staatseinkommensteuer bei natürlichen Personen und bei steuerpflichtigen Gesellschaften besser als bisher dem etwaigen Wegfall oder einer wesentlichen Veränderung der Einkommensquellen anzupassen, ist ähnlich wie im Königreich Preußen durch das Landesgesetz Nummer 6 vom 18. Januar d. J. eine Ergänzung des Einkommensteuergesetzes erfolgt, wegen deren Einzelheiten wir auf den beigelegten Abdruck dieser Ergänzung Bezug nehmen. In erster Reihe kommt dabei die Bestimmung in Betracht, daß auch dann, wenn eine Einkommensquelle vor Beginn des Steuerjahres weggefallen ist oder sich wesentlich verändert hat, für die Veranlagung das Ergebnis des dem Steuerjahr vorangegangenen Kalender- oder Geschäftsjahres maßgebend sein soll, soweit in diesem Jahre aus Handel, Gewerbe, Bergbau, Landwirtschaft, sonstiger gewinnbringender Beschäftigung ebenso wie aus Kapital- oder Grundvermögen Beträge vereinnahmt sind, die nach dem bisherigen Rechte wegen des Wegfalls oder der wesentlichen Änderung der Einkommensquelle unberücksichtigt bleiben mußten. Während diese wichtigen, für gewisse Einnahmeverchiebungen und ihre steuerrechtliche Erfassung sehr bedeutsamen Vorschriften sich nur auf die Staatseinkommensteuer beziehen, enthält § 9 des neuen Gesetzes, über dessen Ausführung dem Herzoglichen Staatsministerium die erforderlichen Anordnungen in § 10 vorbehalten sind, wegen der Anpassung der Gemeindecinkommensteuern an die Gesetzesergänzung folgende Bestimmungen:

„Die Gemeinden sind befugt, auch abweichend von den §§ 74 und 75 des Gemeindeabgabengesetzes von den gemäß §§ 4—6 berichtigten Steuerjahren Zuschläge zu erheben, bzw., soweit die Gemeindecinkommensteuer durch Statut geregelt ist, die Steuersätze entsprechend zu erhöhen und im Falle des § 30 Absatz 2 des

Gemeindeabgabengesetzes in entsprechender Anwendung der §§ 4—6 Nachveranlagungen vorzunehmen.

Ermäßigungen, die auf Grund des § 8 gewährt werden, sind auch für die Gemeindebesteuerung maßgebend; im Falle des § 30 Absatz 2 des Gemeindeabgabengesetzes haben die Gemeindebehörden die entsprechende Ermäßigung vorzunehmen."

Wir halten es für durchaus sachgemäß und dringend geboten, von den Möglichkeiten des § 9 vollen Gebrauch zu machen, und da hier die Gemeindeeinkommensteuer durch Statut geregelt ist, in jedem Einzelfalle den Steuerpflichtigen zu einem entsprechend erhöhten Steuersatze heranzuziehen, Nachveranlagungen nach Bedarf vorzunehmen und Ermäßigungen in Fällen einer unbilligen Härte oder einer mehrfachen Heranziehung desselben Einkommens zur Einkommensteuer zuzugestehen. Die Durchführung im einzelnen wird denselben Stellen, welche die Veranlagung besorgen, und im Rechtsmittelverfahren über Einsprachen oder Erlassgesuche entscheiden, überlassen bleiben können.

An die geehrten Herren richten wir deshalb das ergebene Ersuchen, sich gefälligst damit einverstanden zu erklären, daß die Steuersätze der Gemeindeeinkommensteuer hier dem § 9 des Gesetzes Nummer 6 vom 18. Januar 1917. entsprechend erhöht und daß auch die Nachveranlagungen und Ermäßigungen bei der Gemeindeeinkommensteuer diesem Gesetze gemäß gehandhabt werden."

Die Statutenkommission hat sich mit der Angelegenheit befaßt und empfiehlt die Annahme des Magistratsantrages. Falls irgendwie noch eine nähere Aufklärung gewünscht wird, so ist wohl Herr Stadtrat von Frankenberg bereit, sie zu geben.

**Stadtrat von Frankenberg:** Die Sprache im Gesetzesparagrafen und auch die im Magistratschreiben, das auf solche Paragrafen Bezug nimmt, hat leicht etwas Sprödes; Beispiele sind handgreiflicher und sind insofern vielleicht geeignet, den Herren, die nicht die Einzelheiten der Gesetzgebung kennen, klarzumachen, um was es sich handelt. Stellen Sie sich vor, daß jemand in den nun bald vollendeten drei Jahren des Krieges durch Kriegslieferungen sich in ausgiebiger Weise eine Einnahmequelle hat erschließen können, die ihm in jedem der verflossenen drei Kalenderjahre, sagen wir, rund 50 000 M. Reineinnahmen verschafft hat. Er hat damit, wie man zu sagen pflegt, sein Schäfchen ins trockene gebracht, hat bei bescheidenem Leben nur 10 000 M. für seinen Unterhalt nötig gehabt, jedenfalls die 150 000 M. vermindert um 30 000 M. als Kapitalanlage angelegt und seinen Geschäftsbetrieb aufgegeben. Mit dem 31. Dezember ist er Kapitalist geworden und verfügt über 6000 M. jährlich. Würden wir nur nach den Buchstaben des früheren Einkommensteuergesetzes den Mann zur Steuer heranziehen, so würde der Be-

treffende uns erklären können: „Mir kann die Steuerbehörde nichts weiter auferlegen, als daß ich als Kapitalist meine 6000 *M* jährlich versteuere, denn ich habe keine andere Einnahmequelle. Daß in der Vergangenheit Liegende ist ein Kräutchen Rühr-mich-nicht-an für die Steuerbehörde.“ Diese Verhältnisse hat der Gesetzgeber mit klugem Blick erkannt und hat erklärt: Wir greifen jetzt durch und ändern die Gesetzgebung; wir halten uns nicht nur an die gegenwärtige Einnahmequelle, sondern auch an die in der jüngsten Vergangenheit liegende Einnahme und wollen derartige Einnahmen so erfassen, daß der Betreffende von seinen 50 000 *M* Jahreseinnahme, die er in der Vergangenheit durchschnittlich gehabt hat, ganz ruhig, wie es dem natürlichen Empfinden von Ihnen allen entsprechen wird, seine Steuern zu zahlen hat. Ähnlich würde es sein, wenn jemand durch irgend einen schwunghaften Gewerbebetrieb eine Einnahmequelle gehabt hätte und diese Einnahmequelle jetzt aufhört zu fließen. Dann würde er nicht nur von dem gegenwärtigen Erlös seines Gewerbebetriebes und den Einnahmen an Zinsen des Kapitals, das er bei früherer Ausführung seines Gewerbes zurückgelegt hat, sondern auch von seinem früheren durchschnittlichen Mehreinkommen noch zu steuern haben.

Da die Ergänzung des Einkommensteuergesetzes sich lediglich auf die Staatseinkommensteuer bezieht und wir unsere Gemeindeeinkommensteuer nach einer festgesetzten Staffelung erheben, war es notwendig, daß wir den Schritt, den der Staat als Gesetzgeber gemacht hat, auch für unsere Stadtgemeinde mitmachen, und ich glaube, es wird niemand unter Ihnen sein, der sich in dieser Beziehung uns nicht freudig und gern anschließen wird.

Die Änderung entsprechend dem Gesetze vom 18. Januar 1917 wird angenommen.

## 9. Nachtrag zu den Bedingungen für die Abgabe von Wasser.

Stadtv. **Loeschigt:** Nachdem die Stadtverordneten, der Magistratsvorlage vom 20. Dezember vorigen Jahres entsprechend, genehmigt haben, daß das Wassergeld vom 1. April d. J. an erhöht wird, legt der Magistrat den Entwurf eines Anhangs zur Sammlung der Statuten, die Änderungsvorschriften enthaltend, zur Genehmigung vor:

Nach dem Rückschreiben vom 1. Februar wünschte die Stadtverordnetenversammlung eine Ergänzung der früher festgestellten Bedingungen für Abgabe von Wasser durch Aufnahme der Vorschrift, daß es „dem Hausbesitzer überlassen bleibt, die Kosten der Wasserlieferung auf sich und seine Mieter angemessen zu verteilen.“ Nach dem Erachten des Magistrats liegen grundsätzliche Bedenken gegen eine diesbezügliche Vorschrift nicht vor, aber es dürfte sich, wie der Magi-

strat schreibt, nicht empfehlen, die Vorschrift nur für Hausbesitzer zu erlassen, da kein Grund vorliegt, von der fraglichen Vorschrift solche Anschlußinhaber, deren Grundstücke nicht bebaut sind, auszuschließen. Der Magistrat erinnert zum Beispiel an die zahlreichen Schrebergärten, in denen regelmäßig nur kleine Gartenhäuschen errichtet werden, die als „Häuser“ im üblichen Sinne nicht gelten. Auch könnte die Annahme Platz greifen, daß die Verteilung des Wassergeldes auf den „Hausbesitzer und seine Mieter“ auch in dem Falle stattfinden solle, daß der Eigentümer sein ganzes Haus an dritte Personen vermietet hat; alsdann liegt kein Grund vor, auch dem die Wasserleitung nicht benutzenden Hauseigentümer einen Teil des Wassergeldes zur Last zu legen. Der Magistrat hat deshalb in Artikel II des heutigen Entwurfs eine etwas geänderte Vorschrift aufgenommen, die als Zusatz zu § 6 der Bedingungen erlassen werden soll. Sie lautet:

„Dem Anschlußinhaber bleibt überlassen, seinen Mietern angemessene Beiträge zu dem von ihm zu zahlenden Wassergelde zur Last zu legen.“ (Redner verliest den vorgeschlagenen Wortlaut des „Zweiten Nachtrages zu den Bedingungen für die Wasserabgabe“.)

Die Vorschläge sind in der Finanzkommission geprüft, sie hat ihnen zugestimmt und gibt auch Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Der Nachtrag zu den Bedingungen für Wasserabgabe wird genehmigt.

## 10. Schaffung einer Unterleiterstelle bei der Hilsschule.

Stadtv. **Lauer:** Der Stadtmagistrat schreibt an die Stadtverordneten folgendes:

„Wie den geehrten Herren bekannt, ist bisher mit den Geschäften eines Unterleiters der Hilsschule einer der an dieser beschäftigten Lehrer betraut gewesen, dem daher eine besondere Stellenzulage gezahlt wurde. Nach dem Ableben des Hauptlehrers Vock, der zuletzt die fraglichen Geschäfte besorgte, hat der Schulkommission der städtischen Bürgerschulen beantragt, mit Rücksicht auf den Umfang und die Bedeutung der Hilsschule die bisherige Einrichtung aufzuheben und auch diese Unterrichtsanstalt einem Unterleiter zu unterstellen, der ebenso wie die übrigen Unterleiter besoldet wird. Wir halten bei Lage der Verhältnisse diesen Antrag für gerechtfertigt und geben anheim, der Schaffung der neuen Unterleiterstelle zum 1. April d. J. zustimmen zu wollen.“

Die Schulkommission hat die Angelegenheit beraten und ist zu demselben Resultate gekommen wie der Stadtmagistrat. Man hat es begrüßt, daß auch in dieser Beziehung ein Provisorium, das meistens doch zu verwerfen ist, aufhören soll. Es trifft auch zu, daß Umfang und Bedeutung der Hilsschule eine besondere

intensive Überwachung erst recht benötigen, und so empfiehlt auch die Schulkommission Ihnen den Antrag zur Annahme.

Dem Antrage der Schulkommission wird zugestimmt.

## 11. Bedingungen für die Fortschaffung des Hausmülls betreffend.

**Vorsitzender:** Die Sache ist noch nicht fertig beraten; es wird daher der Referent der Statutenkommission eine Erklärung darüber abgeben.

Stadtv. Dr. **Nahler:** Es wird Ihnen allen das umfangreiche Schriftstück des Magistrats zugegangen sein, welches sich mit einer Neuregelung der Müllabfuhr in der Weise befaßt, daß Gebühren für die Fortschaffung des Hausmülls aufgestellt werden sollen, da es sich um eine Leistung handelt, welche einer Gegenleistung wert ist. Immerhin ist das Material so umfangreich, und es war auch so schwierig zu behandeln, daß wir in der letzten Sitzung der Statutenkommission mit der Beratung nicht zum Ziele kommen konnten. Die Vorschläge und Wünsche der Herren gingen zu sehr auseinander, und die Zeit, die uns für die Beratung zur Verfügung stand, war zu knapp, um zu einem endgültigen Resultat zu gelangen. Die ganze Sachlage war nicht vollständig geklärt, so daß wir wegen der Art der Einziehung der Gebühr, ihrer Höhe usw. uns nicht genügend ausdrücken konnten und es allgemein als wünschenswert anerkannt wurde, daß wir noch weitere Erhebungen stattfinden lassen, und daß wir uns auch mit den Bürgern, auch mit den Mietern, noch einmal ausdrücken. Die Statutenkommission hat deshalb vorgeschlagen, die Beratung dieses Punktes von der heutigen Tagesordnung abzuheben, und der Magistrat hat sich damit einverstanden erklärt.

**Vorsitzender:** Demnach würde dieser Punkt von der heutigen Tagesordnung abzuheben sein.

## 12. Erhöhung des der Stadt beim Herzoglichen Leihhause eröffneten Kredits.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Es ist uns heute morgen von der Stadthauptkasse angezeigt, daß der Kredit-beim Leihhause, der mit Ihrer Zustimmung von der Stadt bis zum Betrage von 14 Millionen Mark in Anspruch genommen werden kann, jetzt mit 13 560 199,99 M., also mit rund 13½ Millionen Mark in Anspruch genommen sei, und aus dem Grunde hat der Magistrat in seiner Sitzung heute morgen beschlossen, Sie zu ersuchen, uns zu ermächtigen, eine weitere Erhöhung dieses Kredits zu beantragen.

Wir haben in dem Begleitichreiben zu dem Stadthaushaltsplane des kommenden Jahres, der Ihnen in dieser Zeit zugehen wird, angedeutet, wie sich ungefähr das Resultat dieser Anleihen beim Leihhause stellen wird. Man kann es ja nur mit Freude begrüßen, daß die Steuern in dieser schweren Zeit recht gut eingegangen sind — ich glaube, wir werden damit sogar den Anschlag noch überschreiten —, aber, meine Herren, dadurch werden natürlich nur die laufenden Ausgaben, die auch in normalen Zeiten entstehen, gedeckt. Der Krieg jedoch steigert bekanntlich die Anforderungen an die Stadt derart, daß mit den Steuermitteln, auch nicht bei Zuhilfenahme der Erträgnisse aus den Gas- und Wasserwerken, die nötigen Ausgaben gedeckt werden können. Insbesondere wachsen die Ausgaben ganz gewaltig, die sozusagen nur als Auslagen zu betrachten sind; das sind nicht nur die Unterstützungen an die Kriegerfamilien, die wir zum Teil später wiederbekommen, und von denen wir einen bestimmten Prozentsatz auch schon zurückbekommen haben, sondern neuerdings auch die großen Aufwendungen, die wir für den Erwerb von Lebensmitteln zu machen genötigt sind. Die Stadt ist jetzt nun einmal ein Großkaufmann geworden, und wie jeder Geschäfttreibende müssen wir in das Geschäft Geld stecken — leider nicht immer mit vollem Erfolge; es kommt nicht wieder in seinem vollen Betrage heraus, noch weniger ist bei dem Gesamtumsatz von einem Verdienst zu reden. Aber ohne Geld lassen sich solche großen Geschäfte nicht machen, und gerade in letzter Zeit sind von uns erhebliche Aufwendungen für Lebensmittel gemacht, von denen wir im allgemeinen hoffen, daß sie später, wenn die Waren zum Verkauf gestellt werden, wieder einkommen werden. Bei unserem Geldbedürfnis können wir es mit Freuden begrüßen, daß das Herzogliche Leihhaus noch immer in der Lage ist, die großen Geldmittel den braunschweigischen Gemeinden so billig zur Verfügung zu stellen, wie es schwerlich sonst der Fall ist. Ich bitte also, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen, ihn zu ermächtigen, die Erhöhung des der Stadt beim Herzoglichen Leihhause eröffneten Credits von 14 Millionen auf 16 Millionen zu beantragen.

Wer die Verpflichtung hat, für die Finanzen der Stadt zu sorgen — hier in Braunschweig ist das meine Aufgabe —, dem ist die jetzige Lage nicht gerade angenehm, aber die Überzeugung hege ich doch, daß, wenn der Krieg, wie wir alle hoffen, für das Reich gewonnen wird, es uns schließlich nicht allzuschwer werden wird, mit Hilfe des Reiches und vielleicht auch der Landesregierung diese gewaltige Schuld, die wir haben aufnehmen müssen, in nicht allzuferner Zeit abzustößen.

**Vorsitzender:** Ich nehme an, daß die Versammlung mit der sofortigen Beratung einverstanden ist.

Ich eröffne die Beratung . . . . . ichließe dieselbe und bitte die Herren, die dem Antrage des Magistrats entsprechen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

### 13. Anfrage Meyerhoff über die Festsetzung der Polizeistunde in Braunschweig.

Wortlaut der Anfrage s. S. 616.

Stadtv. **Meyerhoff** (zur Begründung): Am 8. Februar erschien die Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos des 10. Armeekorps, durch die der Wirtschaftsbetrieb, auch der Betrieb der Kinos usw., auf die Zeit bis 10 Uhr abends beschränkt wurde. Es ist in der Verordnung noch die Bestimmung enthalten, daß die Polizeibehörden die Berechtigung haben, über diese Zeit hinaus Erlaubnis zu erteilen. Nun ist es eine eigentümliche Erscheinung, daß in Hannover, dem Sitz des stellvertretenden Generalkommandos für das 10. Armee-korps, für einen Teil der Wirtschaften — ich will nicht behaupten: für alle — die Feierabendstunde auf 11 Uhr festgesetzt ist. Ich habe gehört, daß dies in Hannover geschehen ist auf Vorstellung der städtischen Behörden, die mit ihrer Bevölkerung mitfühlen — ich sage nicht, daß das unsere städtischen Körperschaften nicht tun —, und die für die Steuerkraft ihrer Bürger zu sorgen haben. Dadurch, daß diese städtischen Behörden beim Kommandeur des 10. Armee-korps vorstellig geworden seien, wäre es erreicht, daß für einen Teil der Wirtschaften im Innern der Stadt Hannover eine weitergehende Erlaubnis erteilt sei.

Nun haben wir doch in Braunschweig auch verschiedene Wirtschaften im Innern der Stadt, für die auch die Schließung erst um 11 Uhr angebracht wäre. Auf eine längere Zeit der Offenhaltung der Wirtschaften in den Vorstädten will ich ja gar nicht drängen, aber das Recht, das Hannover genießt, möchten wir für uns doch auch in Anspruch nehmen. Unsere Nachbarstadt Magdeburg hat ebenfalls den Wirtschaftsschluß um 11 Uhr, freilich liegt diese Stadt in dem Bereich einer anderen Kommandantur, ebenso ist in Frankfurt am Main, das allerdings auch zu einer anderen Kommandantur gehört, die Feierabendstunde auf 11 Uhr festgesetzt.

Bei der Sachlage, wie sie heute ist und wo jetzt die Verordnung ausgedehnt ist bis zum 16. März, bin ich zu meiner Anfrage gekommen. Man kann wohl heute sagen: Der Mensch denkt, und der Korpskommandeur lenkt. Es kann sehr gut dahin kommen, daß es am 16. März heißt: Wir wollen die Aufhebung der Verordnung bis zum 31. März aufschieben. Ich möchte deshalb bitten, zu überlegen, ob sich denn vom Magistrat aus nichts tun läßt, damit die Feierabendstunde für die Wirtschaften im Stadttinnern auf das bescheidene Maß von 11 Uhr fest-



gesetzt wird. Es wird ja gesagt, es sollte durch die Verordnung erreicht werden, daß Kohlen gespart werden. Ich habe keinen Glauben daran. Ein großer Teil der Leute, die in die Restaurationen gehen, brauchen doch zu Hause nicht heizen zu lassen, sie gebrauchen auch kein Licht zu Hause und sitzen wärmer als zu Hause. Ein großer Raum läßt sich billiger heizen als vielleicht hundert kleine Zimmer. Ich hätte ja nichts dagegen, daß für die Kinos die Zeit auf 10 Uhr abends beschränkt wird, aber in anderen Städten hat man doch gesagt, daß die Kinos die besten Wärmehallen seien. Warum werden sie also so frühzeitig geschlossen? Doch das bemerke ich nur nebenbei. Für Cafés ist in Hannover der Schluß auf 10 Uhr festgesetzt, und in der Beziehung will ich mich auch gern einverstanden erklären.

Ich bitte den Magistrat, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich wäre, dahin zu wirken, daß die Stadt Braunschweig ebenso wie Hannover die Ausnahme genießt, daß einige Wirtschaften im Innern der Stadt auch in dieser Zeit bis 11 Uhr geöffnet sind. Wir sind doch keine Landstadt mehr, wenn auch Braunschweig nicht so groß ist wie Hannover. Aber etwas Berechtigungen muß man doch auch Braunschweig zugestehen, noch dazu, da es Residenz ist.

**Stadttrat von Frankenberg:** Auf die Anfrage, wie es kommt, daß in Hannover die Wirtschaften erst um 11 Uhr abends zu schließen brauchen, in Braunschweig aber schon um 10, kann ich nur erwidern: Es kommt daher, daß dementsprechende Anordnungen seitens der zuständigen staatlichen Behörden getroffen sind. Der Stadtmagistrat seinerseits ist nicht in der Lage, andere Anordnungen zu treffen.

Wenn nun Herr Meyerhoff in der Begründung seiner Anfrage darüber hinaus an den Magistrat die Bitte gerichtet hat, dafür zu sorgen, daß nach dem Vorbilde von Hannover, das häufig aus begreiflichen Gründen zu Vergleichen herangezogen wird, eine Erweiterung der Erlaubnis zum abendlichen Wirtschaftsbetriebe gestattet wird, so würde durch uns der Nachweis zu führen sein, daß eine solche Maßnahme hier in Braunschweig wegen des genügenden Vorrats an Kohlen unbedeutlich wäre. Wenn der Beweis geführt werden sollte, so wird der Magistrat vielleicht der Sache nähertreten.

**Stadtv. Frede** beantragt Besprechung der Anfrage. Für die Besprechung meldet sich eine genügende Anzahl Stadtverordneter. Der **Vorsitzende** eröffnet die Besprechung.

**Stadtv. Frede:** Wir müssen bei dieser Maßnahme doch auch an diejenigen unserer Mitbürger denken, die unter dieser Maßnahme in ihrem Einkommen wesentlich leiden: ich denke an die Gastwirte. Wann gehen die Leute in die Gast-

wirtschaft? Wenn man abends seine Tagesarbeit hinter sich hat, geht man vielleicht um ½9 ins Gasthaus, wenn es sich noch lohnt. Es lohnt sich aber nicht, wenn man um 10 Uhr schon wieder weg muß. (Seiterkeit.) So leiden die Wirtschaften ganz bedeutend unter dieser Maßnahme. Was die Ersparnis von Kohlen und Licht anlangt, so gehen wir doch dem Sommer entgegen, es beginnt wärmer zu werden, und die Tage werden länger. Deshalb könnte man sehr wohl ohne Bedenken abends eine Stunde für den Wirtschaftsbetrieb zulegen. Wenn der Magistrat in der Lage ist, mit Aussicht auf Erfolg vorzugehen, so möchte ich die Bitte des Herrn Meyerhoff unterstützen.

**Stadtv. Lauer:** Ich glaube, konstatieren zu können, daß die Maßnahmen des Kommandos des 10. Armeekorps im allgemeinen immer etwas schärfer ausgefallen sind als die Maßnahmen der anderen Armeekorps. Ich sollte auch meinen, wenn nicht die Verlängerung der Zeit für Offenhaltung der Restaurationen im allgemeinen bis 11 Uhr stattfinden kann, daß es dann möglich sein müßte, wenigstens den Restaurationen im Innern der Stadt die Erlaubnis zu geben, bis 11 Uhr geöffnet zu bleiben. Wie unangenehm wird es gegenwärtig empfunden, daß z. B. den Gästen des Hoftheaters, wenn sie es verlassen und drei Stunden oder noch länger dort geessen und das Bedürfnis nach einer Erfrischung haben, nicht die Möglichkeit dazu gegeben ist, eine solche einzunehmen! Ich vermiße sehr, daß man in dieser Beziehung in Braunschweig die nötige Rücksicht gegenüber anderen Plätzen hat fehlen lassen.

**Stadtv. Kruse:** Wegen dieser Sache bin ich schon bei der Herzoglichen Polizeidirektion vorstellig geworden, und dort wurde mir erwidert, daß diese Anordnung von der Landeszentralbehörde, dem Ministerium, getroffen sei. Nun ist aber diese Landeszentralbehörde noch schärfer vorgegangen als der stellvertretende kommandierende General, denn in der Verordnung der Militärbehörde steht, daß die Landeszentralbehörde Ausnahmen gestatten kann, und zwar in solchen Wirtschaften, in denen Speisen verabreicht werden, in Weinstuben usw.; aber von dieser Befugnis, Ausnahmen zuzulassen, hat die Landeszentralbehörde keinen Gebrauch gemacht. Heute morgen wurde mir in der Polizeidirektion gesagt, daß sie nicht in der Lage wäre, diesen Zustand ändern zu können, es stünde uns aber frei, uns an das Staatsministerium zu wenden. Ich werde deshalb wohl auch seitens des Vereins Braunschweiger Gastwirte Auftrag bekommen, beim Ministerium vorstellig zu werden. Jedenfalls ist es sehr unangenehm empfunden — wie schon Herr Lauer bemerkte —, daß die Theaterbesucher nicht in der Lage sind, nach beendeter Vorstellung in den Wirtschaften noch etwas zu genießen; namentlich im Parkhotel hat man es als besonders häßlich empfunden. Jedenfalls möchte ich

auch im Namen der Gastwirte die Bitte aussprechen, daß der Stadtmagistrat vorstellig wird. Das würde wahrscheinlich mehr nützen, als wenn es seitens der Gastgeber geschieht.

**Stadtv. Roefsig:** Ich möchte nur eins richtigstellen. Hannover hat alltags auch den 10-Uhr-Schluß, aber an Sonntagen haben die Speisehäuser, Hotels und größeren Restaurants, in denen viel zu Abend gegessen wird, bis 11 Uhr offen. Ich halte es auch für wunderbar, daß wir diese Bestimmung nicht auch in Braunschweig haben, und dabei kommen für mich besonders die Fremden in Betracht. Herr Frede sagt, es sei nicht genügend, wenn der tätigen Bevölkerung nur die Stunde von 9—10 für den Wirtschaftsbesuch zur Verfügung stände. In anderen Städten ist der Schluß der Wirtschaften schon auf 8 Uhr festgesetzt, in Hildesheim auf 9 Uhr, und wenn eine allgemeine Verfügung kommt, so ist nichts dagegen zu machen. Eine Residenzstadt aber wie Braunschweig sollte der Fremden wegen wenigstens am Sonntage die Wirtschaften länger offen halten, besonders die, in denen zu Abend gegessen wird. Herr Meyerhoff sagt ganz richtig: Wenn die Leute ins Wirtshaus gehen, werden bei der Kälte in ihren Wohnungen keine Kohlen und Licht verquast. Ich möchte bitten, daß uns die städtischen Behörden darin unterstützen, daß wir als Residenzstadt dasselbe bekommen, was Hannover erhalten hat. Braunschweig ist doch keine Kleinstadt und hat Gott sei Dank immer noch einen ziemlich guten Fremdenverkehr.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich freue mich, daß damit die Sache in Fluß gekommen ist. Ich habe schon angedeutet, daß, soweit mir bekannt ist, auf Vorstellung der städtischen Behörden die gelindere Maßregel in Hannover getroffen ist. Wenn dort dem Ansuchen der städtischen Behörden gewillfahrt ist, warum sollte uns das hier nicht zu erreichen möglich sein? Ich will auch für Braunschweig nicht mehr haben, als was Hannover hat, aber das müßten wir auch erringen können, was Hannover gewährt ist. Wenn die Kohlennot vorüber ist, dann fürchte ich, wird eine andere Not kommen, und die Verordnung läuft am Ende ruhig weiter. Wir müssen doch mit dafür sorgen, daß unsere Mitbürger steuerkräftig erhalten werden. Fragen Sie einmal die Gastwirte, wieviel sie im Monat Februar weniger eingenommen haben; das geht in die Tausende! Wo keine Einnahme ist, kann auch keine Steuer bezahlt werden. Schon der Selbsterhaltungstrieb müßte uns dahin bringen, in der Sache vorstellig zu werden.

**Stadtv. Busch:** Auch in Hannover ist man sehr unzufrieden mit der Maßregel des stellvertretenden Generalkommandos, trotzdem die Restaurationen dort bis 11 Uhr geöffnet sind. (Zwischenruf.) Sie sind an allen Tagen bis 11 Uhr

geöffnet, das hat mir der Besitzer eines großen Etablissements in Hannover gesagt. Aber sämtliche Kaffeehäuser in Hannover — und das sind mit die besten Kaffeehäuser in ganz Deutschland — werden um 10 Uhr geschlossen, und darüber ist man sehr ungehalten. Wenn hier in Braunschweig diese Sache zur Erledigung kommen sollte, dann möchte ich vorschlagen, daß alles, was hier in Betracht kommen kann, mit dem gleichen Recht behandelt wird, Kaffeehäuser sowohl wie Restaurationen.

**Stadtv. Wesemeier:** Die Antwort des Herrn Stadtrat von Frankenberg hat mich durchaus nicht befriedigt. Der Herr Stadtrat sagte, wir sollten nachweisen, daß keine Kohlennot mehr vorhanden sei, dann sei der Magistrat bereit, einzugreifen. Eine solche Antwort kann keinen von uns befriedigen. Ich bin allerdings mit Herrn Stadtrat von Frankenberg durchaus der Meinung, daß, solange öffentliche Institute wie die Volksschulen wegen des Kohlenmangels feiern müssen, es unter allen Umständen notwendig ist, mit den Kohlen zu sparen. Es ist weit wichtiger, daß die Volksschulen wieder in Betrieb gesetzt werden, als daß die Gastwirtschaften und Cafés abends eine Stunde länger offen halten. Aber ich höre ja, daß am Montag der Volksschulunterricht allgemein wieder aufgenommen werden soll. Mit dem Kohlenmangel ist es ein eigenartiges Ding. Wenn es möglich ist, für das Blankenburger Schloß 300 Zentner Holz von Braunschweig nach Blankenburg durch die Bahn zu befördern — in der kältesten Zeit, wo die Bevölkerung unter schlimmster Feuerungsnot litt —, nach Blankenburg, das mitten im Holze liegt, dann müßte es auch möglich sein, Wagen zu stellen für Beschaffung von Kohlen und anderem Heizmaterial für die leidende Bevölkerung.

Da nun selbstverständlich bei dem wärmeren Wetter nicht mehr so viel Kohlen verbraucht werden, so bin ich auch der Meinung, daß man in der von Herrn Meyerhoff angeregten Richtung sehr wohl der Bevölkerung wie auch den Gastwirten entgegenkommen kann. Es ist in diesen Tagen für die Volksschulen schon etwas Hilfe geschaffen worden, und es ist vorauszusehen, daß der Volksschulunterricht in aller kürzester Zeit wieder aufgenommen wird. Allerdings hat die Kohlenpolonäse noch nicht aufgehört, und das ist sehr bedauerlich, denn es bedeutet ein großes Unglück für viele Hunderte von armen Frauen, die auf der Gasanstalt stundenlang warten müssen und doch, ohne Feuerung erhalten zu haben, wieder nach Hause gehen müssen. Wie gesagt: so sehr es im Interesse der Gastwirte und der Bevölkerung liegen mag, daß die Restaurationen länger offen gehalten werden, so muß ich doch sagen: Solange die Not in der Beschaffung der Feuerung so groß ist, daß der Volksschulunterricht ausgesetzt werden muß, kann ich mich für ein Eingreifen der städtischen Behörden nicht erklären. Da aber in den nächsten Tagen Besserung eintreten soll, auch die Schulen wieder geöffnet werden sollen,

und da auch die Schritte bei der Landeszentralbehörde einige Tage in Anspruch nehmen werden, so bin ich auch dafür, daß vorbereitende Schritte des Magistrats unternommen werden. Ich bin der Meinung: Was in Hannover möglich ist, kann man auch hier sehr wohl durchführen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Wenn ich das Unglück gehabt habe, mit meiner Antwort Herrn Wesemeier nicht zu befriedigen, so liegt das daran, daß der ganze Zustand nicht ein befriedigender genannt werden kann, daß ich es aber für meine Pflicht gehalten habe, dem Zustande so, wie er ist, ruhig ins Auge zu sehen. Wenn ich heute, während die geehrten Herren über diesen Punkt hier verhandeln, genötigt bin, drei Dringlichkeitsanträge von Bäckermeistern auf Kohlenlieferung zu unterschreiben, die himmelhoch bitten, daß ich ihnen behilflich bin, indem ich ihnen die Dringlichkeit ihrer Anträge für die Volksernährung bestätige, dann ist das wohl ein deutlicher Beweis, daß es nötig ist, Kohlen für diesen Zweck in genügender Menge bereitzuhalten und alles, was über das Notwendigste hinausgeht, so schwer es uns auch ankommt, zunächst zurücktreten zu lassen. Ich glaube, daß, nachdem ich dies gesagt habe, Sie es verstehen, wenn ich erkläre, es aufrecht-erhalten zu müssen: Ehe nicht der Nachweis geführt ist, daß der Kohlenmangel in der Stadt beseitigt ist, wird eine Bitte an höherer Stelle kaum von Erfolg gekrönt sein, zumal auch die Mitteilung des Herrn Wesemeier, daß am Montag die Volksschulen wieder voll in Betrieb genommen werden, nach dem, was ich am Magistratsstische erfahren habe, nicht zutreffend ist. Solange der Unterricht in den Volksschulen nicht wieder beginnen kann, werden, wie ich glaube, auch die Wirtschaften, so schwer es sein mag, sich mit der längeren Offenhaltung noch gedulden müssen. Ich glaube, es nicht verantworten zu können, die gewünschte Maßregel unter den heutigen Umständen zu befürworten.

Der **Vorsitzende** schließt die Besprechung.

#### 14. Anfrage Lauer über die Errichtung eines städtischen Hühnerhofs.

Wortlaut der Anfrage S. 616.

**Stadtv. Lauer** (zur Begründung): Im Juni vorigen Jahres hat die Stadtverordnetenversammlung die Anlage eines großen Hühnerhofs, in dem etwa 400 Glucken untergebracht werden sollen, durch Bewilligung der dazu nötigen Mittel beschlossen. Inzwischen sind ungefähr  $\frac{3}{4}$  Jahr ins Land gegangen, und da ist es erklärlich, daß man erfahren möchte, wie weit denn die Ausführung des damaligen Beschlusses gediehen ist. Etwas Näheres über den Stand dieser Sache zu erfahren, ist insofern jetzt von besonderem Interesse, weil wir gegenwärtig

wiederum kurz vor der Hauptlegezeit der Hühner stehen, und weil wir leider noch mehr als früher darauf angewiesen sind, für unsere Kranken und Schwachen, für unsere Verwundeten und überhaupt für die Bevölkerung Eier und Hühnerfleisch liefern zu müssen. Für eine kurze Äußerung vom Magistratsstische würde ich daher dankbar sein.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Der Hühnerhof ist dem Wunsche der geehrten Herren entsprechend seinerzeit in Angriff genommen und ist auch nahezu fertiggestellt; es sind nur noch einige kleinere Bauarbeiten auszuführen, vor allem die innere Einrichtung und die Umzäunung. Somit würde dem Wunsche der geehrten Herren Rechnung getragen sein. Schwieriger gestaltet sich leider die *Inbetriebnahme* des Hühnerhofs, und zwar insofern, als wir leider nicht über genügende Mengen Futter für die anzuschaffenden Hühner verfügen. Wir haben uns selbstverständlich sofort an das Landesernährungsamt mit der Bitte gewandt, uns Auskunft darüber zu geben, ob und in welchem Umfange uns Hühnerfutter zur Verfügung gestellt werden könnte, und haben folgende Nachricht bekommen: „Die Einrichtung ist mit Freuden zu begrüßen und wird gern bei Verteilung von Hühnerfutter nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Da mir aber selbst im voraus nicht bekannt ist, ob und wie oft und wieviel Hühnerfutter auf das Herzogtum entfällt, bin ich außerstande, bestimmte Zusicherungen zu machen.“

Sie ersehen daraus, daß der Bau verhältnismäßig leicht gewesen ist, daß aber die *Inbetriebsetzung* des Hühnerhofs auf große Schwierigkeiten stößt, Schwierigkeiten, die der Magistrat schon vorausgesehen, und die er seinerzeit auch nicht verschwiegen hatte. Es ist selbstverständlich, daß wir auf Grund dieser ganz unbestimmten Zusage nicht in der Lage sind, eine große Menge Hühner anzuschaffen, da wir sonst Gefahr laufen würden, daß uns in den nächsten Wochen die Hühner verhungern würden, und das kann unmöglich die Absicht der Herren sein, denn der Herr Korredner hat den Wunsch ausgesprochen, wir möchten recht fleischige Hühner heranziehen; ich befürchte jedoch, sie könnten unter diesen Umständen sehr mager ausfallen. So glaube ich denn, daß die *Inbetriebnahme* des Hühnerhofs mit großer Vorsicht angefaßt werden muß, so leid uns das auch tut. Nach meiner Ansicht wird der Hauptzegen des Hühnerhofes erst nach dem Kriege sich zeigen insofern, als wir dann in der Lage sind, der städtischen Bevölkerung gute Legehühner zur Verfügung zu stellen. Geben wir uns keiner Täuschung hin! Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir während des Krieges durch den Betrieb unseres Hühnerhofs die Eierproduktion auch nur in nennenswerter Weise und wesentlich fördern.

Stadtv. **Lauer** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag findet die nötige Unterstützung und der **Vorsitzende** eröffnet die Besprechung.

Stadtv. **Lauer:** Die Schwierigkeiten, die dem Projekte entgegenstehen, haben wir von vornherein nicht unterschätzt, sondern sie sind auch von uns in ausgiebiger Weise erwogen worden. Aber, meine Herren, die Nicht-Förderung des Hühnerhofs kommt mir doch gerade so vor, als wenn man heute die Hergabe von Saatkartoffeln verweigern wollte. Man gibt die Saatkartoffeln doch auch aus den mangelhaften Vorratsbeständen her, lediglich um weitere Kartoffeln zu erzielen, und ebenso bringt man die nötigen Opfer an Körnerfrucht, um das wertvolle, das beste Nahrungsmittel des Menschen durch Hühner zu erzielen. Wir haben schon bei Stellung des Antrages die Schwierigkeiten wohl kommen sehen, und deshalb interessiert mich eine Zeitungsnotiz neueren Datums, vom 14. Februar, und zwar aus einem Fachblatte. Im „Norddeutschen Geflügelhof“ teilt der Bund deutscher Geflügelzüchter auf eine Anfrage mit: „Wir waren gerade jetzt, trotz der großen Knappheit der Futtermittel in der Lage, den Landesfuttermittelstellen einen größeren Posten Weizen als Geflügelfutter zu überweisen, und geben uns der Erwartung hin, daß hierdurch auch die Nachfrage nach Kükenfutter befriedigt werden kann.“ Die Notiz ist wenige Tage alt und ist mir zufällig in die Hand gekommen, ohne daß ich mich darum bemüht oder sie gesucht hätte.

Ich sollte meinen, wenn das hier möglich war, müßte es auch möglich sein, noch anderweitig Futter zu beschaffen. Insbesondere scheint es zutreffend zu sein, daß gerade in Braunschweig noch genügend Hühnerfutter zu bekommen ist, an einer Stelle nämlich, die bisher noch nicht erwähnt ist: dem Proviantamt. Wie ich höre, wird dort das entfallende Futter — und das ist beim Proviantamt keine kleine Menge — anderweitig vergeben, weil die Stadt Braunschweig nach dieser Richtung eine Anforderung nicht gestellt hat.

Ich möchte doch der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Möglichkeit sich nicht erfüllt, daß der Hühnerhof erst in Friedenszeiten vollständig eingerichtet wird. Haben wir schon damals, als wir die Mittel für den Hühnerhof bewilligten, uns darüber beklagt, daß die Preise für Hühnereier besonders hoch waren — sie betrugen damals 22 Pf. —, so müssen wir jetzt konstatieren, daß sie noch um 10 Pf. teurer sind. Unter diesen Umständen sollte ich doch meinen, müßte auch das nötige Hühnerfutter zu beschaffen sein, und zwar durch Hergabe eines gewissen Quantum Körnerfrucht. Ein Glück ist es, daß wir in nächster Zeit wieder den Auslauf der Hühner zu erwarten haben, so daß der Zuschuß an Körnerfrucht zum Futter im Verhältnis doch sehr bescheiden ausfallen kann. Ich möchte doch wünschen, daß von seiten des Magistrats alles versucht wird, was möglich ist, um den Hühnerhof nicht erst nach Friedensschluß, sondern möglichst bald in glänzender Blüte erstehen zu lassen.

Stadtv. **Genzen:** Ich glaube wohl, daß es dem Magistrat schwer fällt, das nötige Futter zu beschaffen, aber ich glaube auch konstatieren zu können, daß so

trostlos, wie hier in Braunschweig die Zustände sind, sie anderwärts nicht sind. Ebenso wie Herr Lauer in der Lage war, eine Mitteilung über Austeilung von Hühnerfutter verlesen zu können, stand auch in den Wolfenbütteler Blättern eine Nachricht, wodurch die Hühnerbesitzer aufgefordert wurden, Mais als Futter abzuholen, wenn ich nicht irre, 10 Pfund.

Auch ich halte Hühner, aber Eier habe ich von ihnen noch nicht erhalten, trotzdem ist mir aber meine Eierkarte abgenommen worden. Futter habe ich auch in diesem Winter vom Magistrat nicht bekommen; das legtemal war es etwas Mischfutter im Dezember. Nun lese ich, daß derjenige, der an die Futtermittelstelle 5 Eier verkauft, dafür 1 Pfund Gerste geliefert bekommt. Da meine ich doch: Umgekehrt müßte es sein. Erst muß doch das Futter den Hühnern gegeben werden, ehe sie Eier legen.

Ich habe für die Hühner weiter nichts zu fressen als etwas, das ein Gemisch von Kleie und Kartoffelfutter sein soll. Was es in Wirklichkeit ist, weiß ich nicht; es scheint mir mehr Strohmehl zu sein. Und dabei kostet das Pfund 19 Pf., während das gute Mehl 22—23 Pf. kostet. Man muß annehmen: daß es dem Magistrat nicht möglich ist, uns Futter zu liefern, liegt daran, daß er sich nicht darum bemüht hat. Ich weiß nicht, ob es zutrifft, daß an anderen Orten das Proviantamt das Futter hergibt. Ich meine, der Magistrat müßte mehr darnach trachten, daß er das nötige Futter für die Hühner beschafft.

Genau so wie bei den Hühnerhaltern ist es auch bei den Schweinezüchtern. 5 Pfund Kleie bekommen sie für die kleineren Schweine und für die größeren über 50 Pfund schweren Schweine 10 Pfund. Dabei kann doch ein Schwein nicht fett werden. Die Folge dieser ungenügenden Futterverteilung wird sein, daß die Ernährung des Volkes noch mehr heruntergeht und der Notstand im nächsten Jahre noch größer wird. Ich möchte den Magistrat ersuchen, zu tun, was in seinen Kräften steht, damit diejenigen in der Stadt, die Vieh halten, auch das nötige Futter für ihr Vieh bekommen.

**Stadtv. Loeßhigt:** Ich möchte die Mitteilung über das Proviantamt dahin richtigstellen, daß von ihm das Futter nur an Lazarette und sonstige militärische Anstalten abgegeben wird, die Hühner halten. Alle Bemühungen, die andere Sterbliche anstellen würden, auch die seitens der Stadt, würden aussichtslos sein.

Auch ich habe Hühner, und sie müßten längst legen, wenn ich nur Körnerfutter hätte. Für teures Geld hatte ich von Herrn Jfen Sprattfutter erhalten, das aus ausgeferntem Samen (es sollen Wicken sein, ist aber nur kleines Zeug) bestehen soll; aber auch das ist für teures Geld nicht mehr zu haben. Wenn wir den Hühnern nicht, wie der Herr Stadtbaurat ganz richtig sagt, Getreide geben können, Mais oder Gerste, dann wird es den Hühnern wohl so ergehen wie den



Schweinen bei den Leuten, die kein Futter für sie hatten und sie schlachten mußten, weil sie alle Tage magerer statt fetter geworden waren. Wenn wir ein schönes Frühjahr bekommen und unsere Ländereien grün werden, dann werden wir auch Futter für die Hühner haben. Jetzt aber, wo wir kein Futter bekommen können, Hühner, die eben wahrhaftig nicht billig sind, seitens der Stadt anzuschaffen, davor möchte ich warnen. Der Ernährung der Hühner geht denn doch unter allen Umständen die Ernährung des Volkes vor. Es würde mich ja freuen, wenn jeden Tag eine Ladung von Hühnerfutter aus Rumänien ankäme, aber das geht ja nicht so schnell. Dort soll noch Futter genug sein, das wohl für das Vieh zu verwenden ist, aber zur menschlichen Ernährung nicht zu gebrauchen ist.

**Stadtbaurat Lebensleben:** Der Anregung von Herrn Lauer will ich gern folgen und auf dem Proviantamt anfragen, ob dort Futter für die Stadt zu haben ist. Aber ich fürchte, daß Herr Loeishig recht hat, nämlich daß dieses Futter schon in zweckdienlicher Weise verwendet wird. Jedenfalls kann dem Magistrat kein Vorwurf gemacht werden, daß er sich nicht bemühte, Futter in zureichender Menge anzuschaffen. Wir haben mit der zuständigen Stelle, der Landesfutterstelle, verhandelt. Auch diese gibt sich die größte Mühe, Futter zu beschaffen. Wir selbst können kein Futter heranschaffen, denn unsere Aufgabe ist hier nur, das Futter, das uns überwiesen wird, in zweckmäßiger Weise zu verteilen. Es liegt natürlich nahe, daß wir in erster Linie bei der Verteilung von Futter die Hühnerhalter berücksichtigen, die schon seit längerer Zeit Hühnerzucht treiben und Eier abliefern. Wir können nicht sagen: „Wir verteilen von jetzt ab an die Hühnerhalter kein Futter mehr, sondern legen alles beiseite, damit wir demnächst in unserer eigenen Züchterei genügend Futter haben.“ Das wäre doch so falsch, wie nur irgend etwas, und wir würden mit einer solchen Maßnahme vom Regen in die Traufe kommen. Wir müssen doch das Futter, das wir in bescheidenem Maße bekommen, denen geben, die jetzt schon Hühner haben. Sie haben schon von Herrn Genzen gehört, daß er nicht damit einverstanden ist, daß er so wenig Futter bekommt. Um so mehr möchte ich davor warnen, das wenige uns zur Verfügung stehende Futter zusammenzuraffen und nur für unsere Anstalt zurückzuliegen.

Herr Genzen spricht davon, daß auf der Futtermittelsstelle Körnerfutter aus gegeben würde an solche, die wenigstens 5 Eier abliefern. Das ist begründet auf eine Verfügung der Landesfuttermittelsstelle. Sie hat aus einem Überschuß des Eiergeschäftes der Landeseierstelle Futter beschafft und es uns zur Verfügung gestellt, damit wir es als Prämie an solche Hühnerhalter geben sollen, die recht viele Eier an die Landeseierstelle abliefern. Ich gebe Herrn Genzen darin recht: Es würde zweckmäßig sein, erst Futter auszugeben und dann Eier zu verlangen. Aber da die Austeilung dieses Futters eine Belohnung sein soll in der an-

gedeuteten Richtung, so können wir nicht anders handeln, als wir es getan haben. Ein kleiner Posten Weizen von mangelhafter Beschaffenheit ist uns von der Landeseierstelle wiederum als Hühnerfutter überliefert, und diesen Posten möchte ich selbstverständlich in erster Linie den Hühnerhaltern verabreichen und nicht für uns behalten. Ich komme also doch wieder darauf zurück: Solange wir keine größere Futtermenge überwiesen bekommen, ist nicht viel von unserem Hühnerhof zu hoffen. Selbstverständlich werden wir den Hühnerhof in Betrieb setzen, in größerem Umfange aber erst dann, wenn wir die Gewähr haben, daß wir tatsächlich das nötige Futter dafür bekommen werden.

**Stadt v. Niede:** Es ist ein offenes Geheimnis, weshalb es mit dem Hühnerhofe nicht weitergeht. Erstens ist es keine Einrichtung, die dem Magistrat genehm ist und ihm gefällt; das werden Sie alle wissen. (Widerspruch vom Magistrats-tische aus.) Darüber brauche ich Sie ja nicht zu belehren, aber es ist meine Pflicht; das hier anzuführen. Der Magistrat hat seine Ansicht damit begründet, daß er sagt: Wenn wir auch Hühner und durch sie eine Eierproduktion haben, so wird damit für die Stadt doch kein wesentlicher Segen und Vorteil gestiftet. Sodann geht es nicht weiter mit dem Hühnerhof, weil von dem Schulgarten noch keine einzige Pflanze umgepflanzt ist. (Widerspruch vom Magistrats-tische aus.)

Wenn nun Herr Lauer spricht von dem Auslauf der Hühner, und daß dadurch an Körnerfutter gespart würde, so glaube ich nicht, daß die Hühner aus dem Erdboden so viel für ihre Nahrung finden werden. Dagegen sind die vielen tausend Zentner Knochen, die hier in der Stadt entfallen, wenn sie gemahlen werden, ein gutes Hühnerfutter, und viele kleine Hühnerzüchter schaffen sich Knochenmühlen an und mahlen die Knochen für ihre Hühner zu Mehl. Sodann haben wir das Nieseltgut mit über 2000 Morgen Land. Der größte Teil davon ist allerdings verpachtet, aber ein gut Teil davon ist mit Körnerfrucht bestellt. Und wenn der Amtmann seine 30 Hühner füttert, so wird er sie auch nicht mit Kartoffelschalen und mit der Erde und dem Sande, der da ist, bedenken. Er wird sich schon Futter schaffen, denn wer das Kreuz hat, der segnet sich selber. Da würde auch genug Futter für unsere städtischen Hühner übrig sein. Ich glaube, wir kriegen nun bald viel mehr unfreiwilliges Hühnerfutter als uns lieb ist, denn wenn der 17. März vorbei ist, wird es wohl eine ganze Menge davon geben.

Ich möchte auch wünschen, daß der ganzen Einrichtung, wie wir sie wünschen, mehr Vorschub geleistet würde, damit wir nicht erst nach dem Kriege von einer städtischen Eierproduktion sprechen können, sondern sie wie in anderen Städten schneller in Gang kommt.

**Stadt v. Kruse:** Von Herrn Kollegen Genzen wurde hervorgehoben, daß die Verhältnisse in bezug auf das Hühnerfutter in anderen Orten besser wären als in

Braunschweig. Nun halte ich auch 30 Hühner, und zwar in Thale am Harz, und habe seit Oktober bis jetzt ein einziges Mal für meine Hühner 8 Pfund Gerste bekommen. Also dort ist auch kein Futter vorhanden. Ich füttere die Hühner mit Kartoffelschalen, die von der Gemeindevertretung abgegeben werden, und habe außerdem noch Futterrüben bekommen, auch etwas Knochenmehl. Das fressen sich aber die Hühner bald zuwider, so daß sie nicht zu viel davon bekommen dürfen. Jedenfalls ersetzt es das Körnerfutter nicht. Seit dem Oktober habe ich von meinen 30 Hühnern nicht ein einziges Ei bekommen. Früher, als ich besseres Futter hatte, haben junge Hühner schon Mitte November angefangen zu legen; in diesem Jahre legt kein einziges Huhn, und zwar lediglich deshalb, weil sie kein Körnerfutter bekommen. Ich glaube deshalb, daß unsere Stadt noch keinen Schaden davon hat, daß der Hühnerhof noch nicht vollständig eingerichtet ist, denn bei dem Futter, das wir jetzt den Hühnern geben können, ist von einer Eierproduktion nicht zu reden.

Der **Vorsigende** schließt die Beiprechung.

### 15. Anfrage Riefe über die Herstellung gestreckter Wurstwaren in der Stadt.

Wortlaut der Anfrage j. S. 629.

Stadtv. **Riefe** (zur Begründung): Meine Anfrage habe ich zunächst gestellt, weil ich festgestellt sehen möchte, auf welche Verfügung die Maßregel beruht; soweit bekannt ist, soll sie auf einer Bundesratsverfügung beruhen. Nun bin ich aber der Überzeugung, daß es dieser Wurst zu sehr an Fett fehlt, und das halte ich für gefährlich für die Volksgeundheit, denn von der heutigen mageren Kost wird niemand satt. Immer hat man Hunger; es wird jedem unserer Einwohner und auch den Kindern so gehen. Grütze, die jetzt der Wurst zugesetzt wird, ist mehlsaltig und artet sich deshalb nicht dazu, aufs Brot gestrichen zu werden. Ich war einmal in der Lage, die Wurst zu probieren, die aus den städtischen Schlachtungen auf der Cammannstraße gemacht worden ist, und die, wie man mir sagte, zu 30 Prozent aus reinem Schweinefleisch, zu 40 Prozent aus Abichlagsfleisch und zu 10 Prozent Grütze bestehen sollte, und der im übrigen noch Brühke zugesetzt war. Diese Wurst läßt sich ja als Brotaufstrich gebrauchen. Aber ich habe auch von hiesigen Fleischern hergestellte Wurst gehabt, die wälzte sich beim Aufstreichen auf dem Brote herum, bald nach rechts, bald nach links, gerade als wenn Gummi dazwischen wäre. Daß dies das Mittel wäre, um bei der Fettknappheit Ersatz zu schaffen, kann ich mit meinem gewöhnlichen Verstande nicht begreifen. Deshalb

möchte ich ersuchen, so bald als möglich wieder zurückzukehren zur Herstellung unserer Braunschweiger Wurst, die von jeher berühmt war, damit wir nicht noch unter die Berliner Ratzemurst herunterkommen. Einen solchen Ruf dürfen wir der Braunschweiger Bevölkerung und vor allen Dingen dem Braunschweiger Wurstgewerbe nicht gönnen.

Wenn nun die Wurst, wie sie in den Stadtschlachtungen hergestellt wird, auch noch genießbar ist, so fürchte ich, daß die Wurst, die von den Schlachtern nicht unter Aufsicht gemacht wird, so ausfallen wird, daß mit dem ganzen Krempel der Bevölkerung nicht gedient ist, und daß solche Wurst nicht als Brotaufstrich gelten kann. Ich glaube ja, daß ich die Herren nicht darüber aufzuklären brauche, was es jetzt an Nahrungsmitteln gibt. Ich habe ein Brot gesehen, das von den Bäckern aus Berlin stammt, aus dem guckten mehr Steckrüben als Mehl heraus. Wenn das weiter in der Weise gemacht wird und außerdem das Korn noch zu 97—98 Prozent ausgemahlen wird, so sollte man nicht glauben, daß das möglich ist, und sollte lieber das Getreide einfach schroten und so verarbeitet den Leuten zum Verzehren geben, denn die Kleie enthält Kleber. Unsere Familien kommen sowieso nur alle vier Wochen einmal bei den städtischen Schlachtungen an die Reihe und erhalten dann auch nur ein bißchen Wurst, auf das sie sich freuen, weil sie dann wenigstens etwas haben, womit sie vielleicht 4—5 Bröte für die gesamte Familie bestreichen können. Kriegen sie dann aber dieses minderwertige Zeug, das mit Grüze vermischt ist, dann ist ihnen damit wenig gedient.

Wenn die Streckung auf höheren Befehl im ganzen Reiche vorgenommen werden muß, dann können wir ja nichts dagegen machen, aber dann müßte wenigstens eine Beaufsichtigung stattfinden, damit der Prozentfuß für den Grüzezusatz nicht überschritten wird. In unseren Handlungen sind weder Grüze noch Haferflocken zu kaufen. Statt daß man die Grüze der Wurst zumischt, wäre es richtiger, es würde dieses Nahrungsmittel zu angemessenem Preise der Bevölkerung geliefert und die Wurst so hergestellt, wie wir es von früher gewöhnt sind.

Ich möchte den Magistrat ersuchen, uns Aufklärung darüber zu geben, ob diese Verhältnisse, wie sie jetzt sind, bestehen bleiben sollen, ob es nur eine vorübergehende Erscheinung ist, oder ob sofort damit aufgeräumt werden kann.

**Stadtrat Wagner:** Die hiesigen Fleischermeister sind im Gegensatz zu dem, was in der Presse angedeutet wurde, an der Herstellung der Grüzwurst unschuldig; sie sind von uns dazu gedrängt. Die Fleischermeister hatten vielmehr zu Anfang denselben Gedanken, wie ihn Herr Kiefe ausgesprochen hat, daß bei dem Ruhm der Braunschweiger Wurstindustrie sie nicht an die Fabrikation solcher Grüzwurst herangehen sollten. Ich habe ihnen sagen müssen: „Es kann nichts helfen, die Verhältnisse treiben uns zu einer solchen Maßnahme.“ Da Grüze

bekanntlich aus Getreide hergestellt wird und ein sehr wertvolles Nahrungsmittel ist, so ist eine Verschlechterung des Nährinhalts der Wurst durch den Zusatz nicht bedingt. Nun haben die hiesigen Schlachtermeister Versuche mit der Anfertigung der Grünwurst gemacht. Kein Meister ist vom Himmel gefallen, und so hat unter andern Herr Hoflieferant Reinecke hier, der eine große Wurstfabrik unterhält, erklärt: wenn er den Auftrag bekäme, Grünwurst zu machen, so wüßte er nicht, wie er das anstellen sollte. Darauf habe ich die Fleischermeister ersucht, sich mit dem Werkmeister unserer Stadtschlachtungen, Herrn Haude, der die Herstellung von Grünwurst gewöhnt ist und in den Stadtschlachtungen darin Erfahrungen gesammelt hat, in Verbindung setzen und ihn um Rat zu fragen. So sind den Fleischermeistern Anweisungen zur Herstellung von Grünwurst erteilt.

Nun bedenken Sie, daß der Betrieb der Fleischereien zu dieser Kriegszeit sehr erschwert ist. Vielfach muß der Meister mit einem kleinen Lehrling sich behelfen, oder der Geschäftsinhaber ist im Felde, seine Frau hält mit Mühe und Not den Betrieb aufrecht und muß mit Hilfe von Bediensteten oder eines ehemaligen Schlachtermeysters die Wurst machen. Daß die Sache unter diesen Umständen nicht so gerät, wie wir wünschen könnten, ist begreiflich; aber ich meine, wir dürfen in der Beziehung die Geduld nicht verlieren und müssen dahin zu wirken suchen, daß gute Ware, wie sie tatsächlich die Stadtschlachtungen trotz der Streckung mit Grünze hergestellt haben, auch von den Schlachtermeystern hergestellt wird. Ich habe allerdings gehört, daß in den einzelnen Fleischereien die Herstellung der Grünwurst sehr verschieden geraten ist, wie denn sowohl in Kriegszeit wie in Friedenszeiten die Wurst in den verschiedenen Geschäften immer verschieden zu geraten pflegt. Ebenso, wie es Schuhmacher gibt, die es nicht fertigkriegen, gut sitzende, nicht drückende Stiefel anzufertigen, ebenso gibt es auch Schlachtermeyster, die mit der Wurstfabrikation nicht so vertraut sind wie andere. Nun müssen wir dafür sorgen, daß wir in solchen Fällen, wo Fleischermeister tadelnswerte Wurst herstellen, auch in jedem einzelnen Falle davon Kenntnis erhalten. Allgemeine Presseerörterungen nützen uns dabei nichts, die bringen nur Unruhe in die Bevölkerung, aber wir können dabei nicht eingreifen. Werden uns aber einzelne Fälle vorgeführt, wo wir Proben aus dem Geschäfte entnehmen können, dann können wir dafür sorgen, daß der betreffende Fleischermeister eine ernstliche Verwarnung bekommt, und daß er schlimmstenfalls, wenn er nicht tadellose Ware anfertigen kann, von den Lieferungen ausgeschlossen wird. Dieses Mittel haben wir in der Hand, und damit könnten wir Ordnung schaffen.

Nun ist von Herrn Kieße die Frage gestellt, ob wir die Herstellung der Grünwurst in kürzester Zeit aufheben können. Dazu muß ich sagen, daß wir leider darauf keine Hoffnung machen können. Die Sache hat sich, wie ich schon einmal hier angedeutet habe, so entwickelt, daß wir aus gewissen Gründen früher die für

die Stadt von der Reichsfleischstelle festgesetzten Schlachtungshöchstzahlen an Stücken Vieh erheblich überschritten hatten, und daß das Staatsministerium uns pflichtgemäß sagen mußte, das dürfe unter keinen Umständen weiter vorkommen. Darauf erwiderten die Fleischermeister: „Wir können nach der Berechnungsart der Reichsfleischstelle mit der uns zugewiesenen Viehmenge nicht zurechtkommen.“ Diese Äußerung haben wir dem Ministerium unterbreitet, und dieses wieder hat sich mit der Reichsfleischstelle in Berlin in Verbindung gesetzt. Unsere Fleischermeister erklärten: „Wir müssen uns 15 Prozent Gewichtsverlust zugute rechnen“, während die Reichsfleischstelle nur  $\frac{1}{2}$  Prozent des Gewichts — also nur den 30. Teil des von unsern Fleischermeistern Beanspruchten — als berechtigt anerkannte und hervorhob: unter den heutigen Verhältnissen müsse alles, was von den Tieren zur menschlichen Ernährung dienen kann, restlos zur Verarbeitung in die Fleischwurst genommen werden, und wenn damit die Fleischration von 250 g für den Kopf der Bevölkerung nicht geschaffen werden könne, müsse durch geeignete Streckungsmittel erreicht werden, daß diese 250 g gegeben werden können. Es wird den Herren bekannt sein, daß, nachdem diese strenge Maßregel getroffen war, in den ersten Wochen einzelne Schlachter infolge der knapperen Zuteilung nicht mehr ihre Kundschaft haben befriedigen können. Erst seit der Zeit, daß man die Streckung der Wurst durch Grüze vorgenommen hat, ist es dadurch, daß mehr Wurstmateriale gewonnen wird, wieder möglich geworden, die 250 g für den Kopf der Bevölkerung wieder abzugeben. Da die Berechnungsmethode der Reichsfleischstelle, wie uns mitgeteilt ist, dieselbe bleiben wird, so müssen wir auch in der Folgezeit mit dem Streckungsmittel arbeiten. Ich darf daran erinnern, daß z. B. die Stadt Berlin schon seit langer Zeit nur noch gestreckte Wurst herstellen läßt, und zwar Blutwurst und Knackwurst, die beide mit Semmel gestreckt werden. Ich glaube, Grüze ist dazu noch besser, und wir haben von Herren, die nach Berlin gefahren sind, gehört, daß die dortige Wurst lange nicht so gut schmeckt wie die unsrige, mit Grüze gestreckte Wurst.

Nun ist Grüze neben der Streckung der Fleischwurst auch verwandt zur Herstellung einer fleischlosen Blutgrüzwurst, die nur aus Blut, Fleischbrühe, etwas Fett und Grüze besteht. Diese Ware ist seit Monaten aus dem Stadtschlachtungsbetriebe in der Markthalle zum Verkauf gebracht und hat sich eines wachsenden Käuferandrangs erfreut, so daß wir uns genötigt gesehen haben, für den Bezug Nummern auszugeben. Wir haben, weil Grüze und Blut außerordentlich wertvolle Nahrungsmittel sind, auch wenn kein Fleisch in der daraus hergestellten Wurst enthalten ist, aus unsern Grüzevorräten noch eine gewisse Menge zur Verfügung gestellt, damit die Kauflustigen öfter an die Reihe kommen. Blut steht in großer Menge aus den hiesigen umfangreichen Heeres Schlachtungen zur Verfügung; es ist bisher noch nicht voll verwertet. Wenn wir es mit der Grüze zu-

jammen zu der fleischlosen Blutgrüdwurst verwenden, so ist damit einem großen Teil der Bevölkerung gedient, denn die Herren werden wissen, daß die chemischen Präparate, die für Blutarme fabriziert werden, fast nur aus Tierblut hergestellt sind. Derselbe Nährstoff ist also auch in der Blutgrüdwurst enthalten.

Nun wird allerdings durch die vermehrte Verwendung von Grüze zur Blutgrüdwurst und zur Streckung der übrigen Wurst die Menge der reinen Grüze vermindert, die wir den Haushaltungen zuwenden können. Das ist bedauerlich, aber nicht zu ändern, denn die Zuteilung an uns erfolgt nach der Bevölkerungsziffer, und mehr, als uns darnach zukommt, haben wir auch in der Zukunft nicht zu erwarten. Wir haben uns aber gesagt: Ob die Grüze in dieser oder jener Form den Haushaltungen und damit den hiesigen Einwohnern zugeführt wird, ist gleich, und wenn sich viele Bewerber für die fleischlose Blutgrüdwurst gefunden haben, so ist es angenehmer, wenn wir diesen vielen Käufern in etwas rascherer Folge etwas geben, als daß eine kleinere Menge Grüze mehr in die Haushaltungen kommt, und zwar so wenig mehr, daß es für die einzelnen Glieder der Haushaltungen sich nicht bemerkbar macht — sie würden vielleicht alle Vierteljahr damit einmal an die Reihe kommen.

So werden wir wohl mit dieser Streckung der Wurstwaren vorläufig auf die Dauer rechnen müssen. Ich persönlich kann nach den Kostproben, die ich gemacht habe, nicht anerkennen, daß es sich um eine Schmalz- oder Griebenwurst handelt, wie Herr Rieke gemeint hat. Diese Wurst aus den Stadtschlachtungen hat uns in unserm Haushalte — ich hatte das Glück, in dieser Zeit an die Reihe zu kommen — so vortrefflich geschmeckt, daß wir an dem Tage unsere Wochenration auf einen Ritt aufgeessen haben. Ich habe auch von der Schlachterfrau, bei der wir in der Kundenliste eingeschrieben stehen, mit Grüze gestreckte Wurst bekommen, die sehr gut war, und habe von verschiedenen andern Seiten daselbe Urteil gehört. Ich gebe aber zu, daß manche andere Schlachter vielleicht etwas Miserables herausgebracht haben, und bitte, uns derartige Geschäfte namhaft zu machen. Wir haben einen besonderen städtischen Aufsichtsbeamten, der die Aufgabe hat, bei den Schlachtern herumzugehen und unerwartet kleine Proben dieser Waren sich geben zu lassen, damit wir immer unterrichtet sind, was für Ware der einzelne liefert.

Nun ist in der Presse darauf hingewiesen, es könnte keine einigermaßen gute Wurst hergestellt werden, wenn nur 40 Prozent Schweinefleisch und Fett und so und so viel Prozent Abschlag und Grüze zu der Wurst genommen würde. Ich glaube, der Betreffende, der den Artikel geschrieben hat, ist sich nicht klar geworden über den Begriff Abschlag. Es gehören dazu doch auch die inneren Teile: Niere, Leber, Herz, die schon immer wichtige Bestandteile der Wurst gebildet haben, und das muß in Rücksicht gezogen werden. Daß nun heute mit mehr Abschlag gestreckt-

wird als in Friedenszeiten, ist nicht zu vermeiden, denn wir sollen, wie vorhin erwähnt, nach Anweisung der Reichsfleischstelle die geeigneten Abfälle restlos zur Wurstbereitung verwenden. Ich möchte Sie bitten: Sorgen Sie mit dafür, daß die Fleischer beaufsichtigt werden, und auch dafür, daß das Publikum sich an diese Verhältnisse gewöhnt und einsieht, daß es in diesem dritten Kriegsjahre nicht eine tadellose Braunschweiger Friedenswurst verlangen kann. Haben Sie nicht die Besorgnis, daß der Ruf der Braunschweiger Wurstindustrie durch diese Maßnahme geschädigt wird, denn nach auswärts gelangt die Braunschweiger Wurst jetzt doch nicht — die essen wir in Braunschweig alle selbst.

Stadtv. **Wejemeier** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird genügend unterstützt und der **Vorsitzende** eröffnet die Besprechung.

Stadtv. **Loeschigt**: Backen und Brauen gerät nicht immer — das hat Herr Stadtrat Wagner schon gemeint, und wenn hier und da die Wurst heute nicht so gut ist, so müssen wir uns in Geduld fassen. Vor einem Jahre schon ist Grüzwurst in der Markthalle zum Verkaufe gekommen, und sie ist gern gekauft. Wir Braunschweiger sind allerdings verwöhnt mit unserer guten Friedenswurst, aber doch habe ich mit Freuden von Herrn Stadtrat Wagner gehört, daß unsere Wurst jetzt gestreckt wird, und wodurch es geschieht. Ein Sachverständiger unter uns hat schon vor drei Monaten darauf hingewiesen, man sollte jetzt Abschlagwurst herstellen, aber man ist nicht darauf eingegangen. Dadurch, daß man verschiedene Versuche in dem Zusammenmengen der Wurst gemacht hat, ist man zu Resultaten gekommen, die überraschend sind. Wenn auch die guten Zutaten, wie Leber usw., in der Fülle wie früher nicht vorhanden sind, so ist doch trotzdem durch die städtischen Schlachtungen immer eine Wurst gemacht, die brauchbar gewesen ist, und die sich streichen ließ. Wenn Herr Rieke sagt, daß die Wurst von den Schlachtern nichts getaugt hat, so liegt das an dem, der die Wurst hergestellt hat. Ich habe nach dem Rezept des Herrn Schlachtermeyers Haube auch bei meiner Hauschlachtung Grüzwurst gemacht, die ganz gut ist, und die man auch streichen kann. In der Husterischen Wurst, die Herr Reinecke herstellt, ist 50 Prozent Flüssigkeit enthalten. Auch diese Wurst läßt sich sehr gut streichen, sie ist aber doch nicht so schön wie die aus den städtischen Schlachtungen. Ich freue mich, daß der Magistrat in den städtischen Schlachtungen die Wurst jetzt auf diese Weise herstellt, und ich habe die Überzeugung, daß das Publikum von der Blutgrüzwurst, die in der Markthalle verkauft wird, voll und ganz befriedigt ist — das hat der rege Verkehr ergeben. Schon vor einem Jahre, als die Not noch nicht so groß war wie heute, haben die Braunschweiger Einwohner diese Wurst gern gekauft.



**Stadtv. Stegmann:** Betreffend die Frage des Herrn Riefe, ob der Magistrat gezwungenerweise die Anordnung über den Grühezusatz getroffen hat, habe ich die Ausführungen des Herrn Stadtrat Wagner so verstanden, daß das nicht der Fall ist, sondern daß der Magistrat nur, um die Vorräte zu strecken, um mehr zu schaffen, diese Anordnung beliebt hat. Herr Stadtrat Wagner hat sich bemüht, nachzuweisen, daß damit tatsächlich etwas Gutes erzielt werden soll und auch erreicht sei. Dem kann ich nicht zustimmen, muß demgegenüber sogar bemerken, daß dadurch unbedingt eine Verschlechterung erreicht ist, wenn ich auch zugeben will, daß in Süddeutschland solche Wurst gegessen wird. Es handelt sich hier darum, daß der Einwohnerschaft vorgemacht wird, sie bekomme 250 g Fleisch in der Woche — in Wirklichkeit bekommt sie aber zum Teil Grüze, also ein billigeres Nahrungsmittel. Es ist nicht gleichgültig, in welcher Form die Grüze dem Publikum geboten wird; hier muß sie doch als Fleisch oder Wurst mit 1,50 *M* oder 1,70 *M* für das Pfund bezahlt werden. Wer bürgt mir dafür, daß nicht die Schlachter die Gelegenheit benutzen und sich die Grüze als Fleisch bezahlen lassen? Richtig ist, daß das Blut verwendet wird zur Herstellung der blutbildenden Präparate, und daß es mit verwandt werden muß zur Ernährung — aber früher ist das Blut doch auch nicht weggeworfen. Ich habe in diesen Tagen Blutgrüzwurst gesehen, die 30 Prozent Fett enthalten soll, die aber in Wirklichkeit kaum 5 Prozent davon enthielt; sonst bestand sie aus Blut und Grüze. Damit ist dem Betrüger Tür und Tor geöffnet. Der Magistrat mag es ja gut gemeint haben, aber in der Tat bietet man uns Steine statt Brot. Lieber wäre es mir noch — und ich glaube, die meisten Einwohner stimmen mir zu —, wir bekämen statt 150 nur 125 g Fleisch, aber dann auch wirkliches Fleisch und wirkliche Wurst, dann wäre den Schlachtern nicht die Gelegenheit gegeben, das Publikum noch mehr übers Ohr zu hauen, wie es schon der Fall ist. Es ist bisher schon der Fall gewesen, daß z. B. die Leberwurst nur den Namen „Leberwurst“ hatte, Leber hatte sie nicht gesehen, sie enthielt nur Eingeweideteile, so daß sie Pansewurst hätte genannt werden müssen. Durch diese Anordnung, wie sie jetzt ergangen ist, hat man nur den Schlachtern noch mehr Gelegenheit gegeben, den Käufer übers Ohr zu hauen. Ich möchte dringend bitten, auf dem jetzt begangenen Wege nicht weiterzuschreiten, sondern die Maßregel rückgängig zu machen. Wir verlangen, daß uns wirkliche Wurst und reine Lebensmittel geliefert werden, und auch zu einem entsprechend billigen Preise.

**Stadtrat Wagner:** „Wir verlangen das!“ — das können wir im dritten Kriegsjahre nicht gut sagen. Wir verlangen nach der normalen Friedensration! Ja, sie ist nicht da! Richtiger ist es, wir sagen: „Wir bescheiden uns mit dem, was vorhanden ist.“ Nun würde ich und mit mir der Magistrat gern bereit sein, den

Wünschen nach ungestreckter Wurst in weitestem Maße entgegenzukommen, wenn die Herren mir ein Mittel angeben könnten, um ohne Streckung der Wurst die 250 g Fleisch, deren Austeilung von Reichs wegen gewünscht wird, geben zu können. Sobald mir Herr Stegmann oder ein anderer Herr ein brauchbares Mittel dafür angibt, werden wir gern die Gerstenstreckung aufgeben und in anderer Weise die Sache regeln. Ob nun die Grüze in der Wurst oder als lose Grüze an unsere Einwohner gegeben wird, ist doch gleichgültig. Hauptsache ist, daß sie als Nährwert in den Magen gelangt. Nicht von den Behörden sind wir gezwungen, den Gerstenzusatz zu der Wurst zu verlangen, wohl aber zwingen uns die Verhältnisse dazu. Ich habe schon gesagt, daß zwischen der Berechnung unserer Fleischermeister und dem Reichsfleischamt in Berlin ein bedeutender Unterschied besteht, und die Spannung zwischen beiden läßt sich nicht anders ausgleichen als durch Anwendung der Streckung, die uns nahegelegt ist, und dem sind wir gefolgt.

Wenn Herr Stegmann sagt, daß das Publikum durch Verkauf dieser gestreckten Wurst übers Ohr gehauen würde, so ist eine derartige, absolut unrichtige Angabe im höchsten Grade bedauerlich, und ich möchte dringend bitten, daß derartige Behauptungen hier nicht aufgestellt werden. Es ist nicht meine Sache, von hinten herum und nicht mit offenem Visier zu kämpfen. Wenn ich sage: Wir sind gezwungen, die Wurst zu strecken, so wird das dem Publikum in voller und klarer Weise bekanntgegeben, und jeder weiß dann: „Ich kriege in Braunschweig keine ungestreckte Wurst mehr.“ Wir hauen niemand übers Ohr, wir stellen ihn nur vor die Wahl: Entweder du nimmst Kriegswurst oder gar keine! Wenn gesagt wird: „Statt Brot werden Steine gegeben“, so weiß ich nicht, was ich dazu sagen soll. Ist denn Grüze nicht ein wertvolles Nahrungsmittel? Weshalb bekommt denn jeder Haushalt alle Monat seine bestimmte Menge Grüze? Nicht, um ihm Steine zu geben, sondern Nahrungsmittel, die wertvoll sind. Und wenn Herr Stegmann sagt, es sei besser, gar nichts zu haben, so glaube ich, daß das übers Herz weggesprochen ist. Wenn ich aber diese gestreckte Wurst immer habe, so werde ich gern die weiteren Kriegsmonate überstehen, und so werden die andern Herren auch sprechen.

**Stadtv. Rector:** Soweit die Wurst aus unsern Stadtschlachtungen in Betracht kommt, kann man sagen: Sie ist im Vergleich zu der, die man von manchen Schlachtern bekommt, als sehr gut zu bezeichnen. Das liegt nicht allein an dem Grügezusatz, denn wir haben von manchem Schlachter auch schon vorher schlechte Wurst erhalten. Es sind Leute bei mir gewesen und haben mir Proben von Schlachtermurst gezeigt, die derartig waren, daß ich den Kopf darüber schütteln mußte, daß so etwas zum Verkauf gebracht worden ist. Nun befürchte ich aber bei der losen Grüzwurst, die jetzt aus den Mollen heraus zum Verkauf gestellt wird,

daß sie doch in der Zeit, wenn wir wärmeres Wetter bekommen, sehr leicht sauer wird.

**Stadtrat Wagner:** Sobald das Wetter wärmer wird, dann soll die Grüzwurst nur in Därmen verkauft werden; nur während der kalten Jahreszeit wollen wir sie lose abgeben, weil das billiger zu machen ist.

**Stadtv. Rector:** Das wäre sehr zu wünschen; sonst liegt die Gefahr vor, daß diese lose Wurst sauer wird.

**Stadtv. Diedmann:** Wir haben eben von Herrn Stadtrat Wagner gehört, daß er uns in anschaulicher Weise die moderne Wurstfabrikation, wie sie jetzt in Braunschweig eingeführt ist, gekennzeichnet hat. Ich muß offen bekennen: Ich bin mehr für das „Antike“, und Herr Stadtrat Wagner hat ja auch erklärt, er esse lieber Friedensware als Kriegsware. Jedenfalls müssen wir uns fügen und uns mit dem begnügen, was uns unter den heutigen Verhältnissen geboten wird.

Nun hat Herr Loeschigt schon erwähnt, daß ich im Ernährungsausschuß schon vor längerer Zeit angeregt hatte, man solle den Abschlag nicht so lose zum Verkauf bringen, weil er ohne weitere Zusätze so schwer schmachhaft gemacht werden kann, sondern man möchte ihn in den Stadtschlachtungen mitverwenden, um die dort hergestellte Wurst zu strecken, wie es bereits seit über ein Jahr in sämtlichen hiesigen Schlachtereien gemacht werden mußte, damit die betreffenden Schlachtermeister ihrer Kundschaft das Quantum, das sie laut ihrer Fleischkarte zu fordern berechtigt sind, zu geben imstande waren. Wenn es einmal vorgekommen ist, daß bei dem einen oder bei dem andern die Wurst nicht so schmachhaft gewesen ist, so brauchen die Herren nicht ängstlich zu sein, daß zu viel Rindermägen zugelegt gewesen ist, denn gar so viel davon haben wir nicht zur Verwendung. Die Garnisonverwaltung verwendet die bei ihren Schlachtungen entfallenden selber, es können von uns also nur die paar verwendet werden, die bei den Schlachtungen für unsere eigenen Einwohner entfallen.

Über die Qualität der Grüzwurst mich zu äußern, wird mir schwer: lobe ich sie, dann findet das auf der andern Seite Mißfallen, und mache ich sie schlecht, so würde es heißen: „Na ja, das wollte er wohl machen, weil er nicht dabei gewesen ist.“ Über den Geschmack läßt sich streiten, und ich will mich auch nicht darüber äußern, nur auf eins möchte ich hinweisen, das von Herrn Rector schon gestreift ist. Wie mir zu Ohren gekommen ist, soll auf Befehl des Magistrats die Grüzwurst lose aus der Wölle verkauft werden. Ich habe allerdings schon gehört, daß das nicht zutreffend sein soll. Gelinde gesagt, ist es frivol, aus der Wölle diese Wurst zu verkaufen, denn da sie nicht gargekocht ist, wird sie sehr leicht schlecht.

Ich habe es in den Sommermonaten selber erlebt, daß die „berühmte“ Rinderwurst am Abend schon sauer geworden ist. Deshalb möchte ich den Wunsch unterstützen, daß diese Wurst nach Möglichkeit aus Därmen verkauft wird. Nehmen Sie lieber eine Kleinigkeit mehr dafür, denn durch das Kochen wird auch die Menge etwas geringer.

Ob man die Wurst mit Grütze oder mit Semmel strecken soll, darüber kann man verschiedener Ansicht sein. Wenn ich mich persönlich dazu äußern sollte, würde ich sagen: Wenn es nun einmal gestreckte Wurst sein soll, dann esse ich lieber mit Semmel gestreckte und esse die Grütze dann auf andere Weise bereitet. Wenn man aber nur Grütze zur Streckung zur Verfügung hat, dann schmeckt auch Grützwurst, wenn man sich daran gewöhnt hat.

**Stadtrat von Frankenberg:** Damit nicht etwa der Wunsch, den Herr Diekmann andeutete, statt Grützwurst Semmelwurst herstellen zu lassen, bei den geehrten Herren weitere Kreise gewinnt, möchte ich darauf hinweisen, daß wir jetzt die Brot- und Mehilverorgung so eingerichtet haben, daß wir bis an die äußerste Grenze des Zulässigen mit der Verteilung der Zusatzkarten für die Schwerarbeiter gegangen sind. Wenn wir nicht den Schwerarbeitern von den Zusatzkarten etwas nehmen wollen — und das würde böses Blut machen —, können wir von dem Brotgetreide nichts zu irgend welchen Zwecken hergeben. Also zu Semmelwurst ist Mehl nicht übrig. Wir müssen also schon auf die Streckung durch Grütze zurückgreifen. Daß aber die Verwendung der Grütze zur Streckung der Wurst bei der uns vom Landesernährungsamt zugeteilten Menge an Graupen und Grütze verhältnismäßig keine große Rolle spielt, mögen die Herren daraus ersehen, daß wir 590 Doppelzentner im Monat davon bekommen haben und Herr Stadtrat Wagner gebeten hat, ihm eine Menge bis zu 40 Doppelzentner monatlich für die Wurststreckung zukommen zu lassen. Kommen wir im Laufe des nächsten Monats noch weiter entgegen und geben für das Strecken der Wurst noch 10 Doppelzentner frei, so haben wir dafür im ganzen noch nicht 10 Prozent der gesamten Menge abgegeben und werden in der Lage sein, den Haushaltungen das nächste Mal nicht  $\frac{1}{2}$  Pfund, sondern  $\frac{3}{4}$  Pfund Graupen oder Grütze und daneben  $\frac{1}{4}$  Pfund Nudeln und  $\frac{1}{2}$  Pfund Haferflocken, also zusammen  $1\frac{1}{2}$  Pfund von diesen Waren zuzuteilen.

**Stadtv. Dunge:** Ich wünschte auch, daß wir die schöne Friedensware weiterbekommen könnten, aber das läßt sich nicht so ohne weiteres herbeiführen, da die Materialien dazu fehlen. Im Publikum ist doch eine verkehrte Meinung über die Streckung der Wurst entstanden. Wäre der Artikel im Volksfreund vielleicht acht Tage früher erschienen, so hätten wir am ersten Tage vielleicht unsere Streckwurst

nicht loswerden können. Wir hatten nur einen Teil der Streckwurst in Därme gemacht, um die teuren Därme zu sparen, und an diese Ware wollten die Leute nicht herangehen. Als wir das zweitemal diese Wurst zum Verkauf brachten (denn in dieser Woche wird sie schon zum vierten Male an den Markt gebracht!), haben sich die Leute schon darum gerissen. (Zuruf.) Das erstemal sind die Leute weggegangen, ohne zu kaufen, nachher aber ist die Ware an die verkauft, die keine Nummern hatten; dagegen ist nicht anzukommen. Die Käufer haben uns gesagt: „Wenn wir gewußt hätten, daß die Ware so schön war, dann wären wir nicht weggelaufen.“ Es hat sich gezeigt, daß die Ware nicht so schlecht ist, wie Sie sie hingestellt haben.

Ich bin überzeugt, daß auch bei den Schlachtermestern in der allernächsten Zeit, und auch jetzt schon, eine bessere Streckwurst hergestellt wird, denn sie dürfen ja doch nicht nach ihrem Belieben Abschlag und Größe zu der Wurst nehmen, sondern es ist ein bestimmtes Quantum vorgesehen, und der Lebensmittelkontrollleur, der angestellt ist, kann ja, wie Herr Stadtrat Wagner schon erklärt hat, allermwärts Proben entnehmen und die Ware prüfen. Wer vorher schlechte Wurst geliefert hat, dem wird besonders auf die Finger gesehen werden. Ausgeschlossen ist es für mich, daß die Schlachter mit Absicht mehr Zusatz nehmen, als vorgeschrieben ist. Einige Ausnahmen mag es wohl geben, aber soweit die Innung in Betracht kommt, haben sich die Schlachtermester von unserem Werkmeister alles zeigen lassen und haben bestimmt erklärt, nach Möglichkeit alles daranzusetzen, daß sie eine ebenso gute Wurst zuwege bringen, wie es bei den städtischen Schlachtungen fertiggebracht wird. Es läßt sich ja darüber streiten, ob jemandem die Wurst zusagt; der Geschmack ist eben verschieden. Aber so viel ist doch Tatsache, daß Dreckzeug und was alles gesagt ist, nicht in die Streckwurst hineinkommt. Die Größe ist die reinste Ware, die wir haben können, und ist besser als aller andere Zuschlag von den Rinderschlachtungen.

Erfreut darüber kann man sein, daß der Herr Stadtrat erklärt hat, daß reine Blutgrüdwurst in größerer Menge hergestellt werden soll. Ich hatte den Wunsch schon längst, aber es war nicht möglich, dieses Mehr-Quantum an Grünblutwurst herzustellen. Es war nicht nur der Blutmangel, der uns daran hinderte, sondern es fehlte auch an den übrigen Zutaten zu dieser Wurst. Es ist nötig, daß das Blut für uns reserviert wird. Heute habe ich ja Blut bekommen, aber vielfach muß man darum erst laufen. Da wir gerade bei dieser Frage sind, möchte ich das hier erwähnen, sonst hätte ich es Herrn Stadtrat Wagner persönlich gesagt: Unter allen Umständen muß dafür Sorge getragen werden, daß das hier gewonnene Blut auch hier am Orte bleibt. Selbst aus dem Schlachtergewerbe hört man von allen Seiten: „Wir haben nichts davon bekommen können.“ Genau so steht es mit dem Abschlag. Wenn ich den Magistrat bitten darf, so möge er sich darum bemühen,

daß in irgend einer Weise Vorsorge getroffen wird, daß wir diese Sachen hier am Orte behalten.

Ferner ist darauf hingewiesen, daß die Preise für gestreckte Wurst im Verhältnis zum Preise für die Grüze furchtbar hoch seien. Es wird gesagt, die Grüze koste das Pfund 30 Pf., und die Wurst daraus werde mit 1,70 *M* verkauft. So etwas ist leicht dahingesagt, aber man muß doch alle in Betracht kommenden Sachen bei der Beurteilung des Preises heranziehen, und da muß ich offen erklären: Bei dem Preise, den wir für gestreckte Wurst bekommen haben, 1,40 *M* für lose Wurst und 1,50 *M* für Wurst in Därmen, kann ein Geschäftsmann nicht existieren. Zu der Überzeugung bin ich gekommen, nachdem wir seit Wochen diese gestreckte Wurst haben. Wir bekommen die Grüze zu einem Vorzugspreise, aber 40 Pf. kostet das Pfund doch. Da wir vorher die Wurst zu 2,10 *M* verkauft haben und jetzt zum Zentner 10 Pfund Grüze hinzunehmen, so arbeiten wir bei einem Verkaufspreise von 1,50 *M* mit Unterbilanz.

Ich möchte Sie schließlich noch bitten, Ihre Zustimmung dazu zu geben, daß der Magistrat aufgefordert wird, zu versuchen, das Blut und den gesamten Abfall hier am Orte zu behalten.

**Stadt. Stegmann:** Was die eben gehörten längeren Ausführungen zum Lobe der gestreckten Wurst betrifft, so beziehen sie sich auf die städtische Wurst, nicht auf die Schlachterwurst. Unsere Kritik richtet sich aber gegen die Schlachterwurst. Im übrigen habe ich mich gefreut, daß Herr Bunge sich freiwillig als Magistratsvertreter aufgespielt hat.

Herr Stadtrat Wagner hat mir meine Äußerungen übelgenommen und sie so aufgefaßt, als hätte ich gesagt, der Magistrat hätte die Einwohnerschaft übers Ohr gehauen. Ich habe selbstverständlich die Schlachter gemeint. Herr Stadtrat Wagner hat ganz richtig gesagt, daß er seine Maßnahmen offen bekanntgemacht habe. Deshalb kann es auch nicht meine Absicht sein, dem Magistrat eine solche Absicht unterzuschieben. Ich habe sagen wollen und auch wohl gesagt: Die Maßnahme gibt den Schlachtermeistern die Möglichkeit, das Publikum übers Ohr zu hauen. Ich habe auch nicht gesagt, daß ich lieber gar nichts essen wolle, im Gegenteil, auch ich freue mich, ein Teil Fleischware zu bekommen.

Ferner hat mir Herr Stadtrat Wagner übelgenommen, daß ich gesagt habe, wir könnten verlangen, daß wir gute Ware bekommen, und hat erklärt, in dieser Zeit könnte überhaupt nichts verlangt werden. So liegen die Dinge denn doch nicht! Wo die Bevölkerung nun schon ein paar Jahre lang hungert und sich aufs elendeste ernähren muß, soll sie nichts verlangen können? Ich bin der Meinung: Was wir als Fleisch bekommen, darf nicht mit einer minderwertigen Substanz

gestreckt werden, und ich muß dabei bestehen bleiben, daß wir für unser schweres Geld wenigstens reine Ware verlangen können.

**Stadtv. Genzen:** Ich verstehe nicht, wie Herr Stadtrat Wagner die Ausführungen des Herrn Stegmann, die Bevölkerung könnte von den Schlachtern noch mehr übers Ohr gehauen werden, zurückweisen konnte. Ist es nicht übers Ohr gehauen, wenn das Pfund Grütze 30 Pf. kostet und für das Pfund Grützwurst 1,70 *M* bezahlt werden muß? Das steht doch in gar keinem Verhältnis zueinander. Und auch verlangen können wir etwas! Das haben wir zu verlangen, daß wir für teures Geld anständige Ware zu einem angemessenen Preise bekommen. Das ist das Mindeste! Die Bevölkerung muß in dieser Zeit sowieso manches zurückstellen und sich bescheiden.

Wenn nun angeführt wurde, die neue Wurst habe sich immer mehr beliebt gemacht, so daß sich die Bevölkerung darum reiße, so trifft das nicht zu. Daß die Bevölkerung sich darum bemüht, hat ganz andere Gründe. Um was alles muß sich die Bevölkerung nicht reißen! Ich habe gesehen, daß auf der Südstraße vor dem Pferdeschlachterladen eine große Volksmenge steht, die sich um das Pferdefleisch reißt, und in Chemnitz reißt man sich um das Hundefleisch. Aber nicht deshalb, weil man es als Lederbissen betrachtet, sondern weil es jetzt so weit ist, daß man tatsächlich nichts anderes bekommen kann. In anderen Zeiten würde man sich wegen der Grützwurst nicht stundenlang hinstellen. Doch nur deshalb, weil die Not eben so groß ist, weil man unter allen Umständen etwas zu essen schaffen muß, darum reißen sich die Leute um diese Wurst, nicht deshalb, weil sie so gut ist und als Lederbissen angesehen werden muß.

Dann wird uns von Herrn Stadtrat Wagner zum Vorwurf gemacht, daß wir nicht andere Mittel und Wege angeben, auf denen die Streckung stattfinden kann. Haben wir nicht oft genug Mittel und Wege gezeigt? Sehen Sie sich den Antrag Wesemeier an über den Markenzwang beim Verkauf des Gänsefleisches! Ist das nicht ein Weg? Haben wir nicht derartige Wege häufig gezeigt? Aber bisher hat der Magistrat derartige Anträge meist bekämpft.

Dann wurde erklärt, die Notwendigkeit der Zubereitung von Grützwurst liege zum Teil daran, daß die Fleischer sagen, sie müßten 15 Prozent Gewichtsverlust rechnen und von der Reichsfleischstelle nur  $\frac{1}{2}$  Prozent zugegeben sei. 15 Prozent scheinen auch mir kolossal hoch. Ich habe darüber mit Herrn Ohlen-dorf gesprochen, und er hat mir gesagt, daß die Lagerhalter im Konsumverein höchstens 6 Prozent Gewichtsverlust zugestanden bekommen, und dabei handelt es sich noch um Dauermwaren, während die Ware der hiesigen Fleischer weggeht wie warme Semmeln. Da ist 15 Prozent natürlich zu hoch gerechnet, und die Schlachter werden ein gutes Geschäft dabei gemacht haben.  $\frac{1}{2}$  Prozent ist wohl zu wenig, aber 15 Prozent ist unter allen Umständen zu hoch.

Ferner hat Herr Stadtrat Wagner uns angefordert: „Sorgen Sie dafür, daß uns bekannt wird, wenn die Ware nicht gut ist; lassen Sie sie untersuchen, wenn Ihnen nicht einwandfreie Ware gegeben wird.“ Aber mit diesen Untersuchungen haben wir schlechte Erfahrungen gemacht. Ich habe schon in einer früheren Sitzung mitgeteilt, wie ich Wurst — es war mindestens  $\frac{1}{4}$  Pfund — zur Untersuchung hingebraucht habe, und nachdem es jetzt ein halbes Jahr her ist, habe ich noch keine Nachricht über den Befund erhalten. Ebenso ist es mir mit Rübenjaft gegangen. Ich habe von der Polizeibehörde kein Zeugnis zu sehen bekommen, trotzdem ich einen Tassenkopf voll, mindestens  $\frac{1}{2}$  Pfund, zur Untersuchung hingegeben habe und jetzt 4 Monat seitdem vergangen sind. Denken Sie, daß das Publikum unter solchen Umständen noch Lust hat, derartige Sachen zur Anzeige zu bringen, wenn sie nachher nichts davon weiter hören und die Behörde nicht so anständig ist, Bescheid zu geben, was aus diesen Sachen geworden ist?

Auch ich möchte ersuchen, wenn es denn nun einmal notwendig ist, daß wir die Streckung behalten, daß die gestreckte Wurst zu einem anständigen, angemessenen Preise an das Publikum abgegeben wird und nicht die Grütze, die sonst 30 Pf. kostet, mit Blut vermengt dem Publikum zu 1,70 M verkauft wird.

**Stadtv. Nieme:** Wer sich einen Begriff davon machen will, wie es mit der Ernährungsfrage, besonders mit der Fett- und Fleischfrage aussieht — die Sache ist schon gestreift —, der braucht nur die Südstraße herunterzugehen. Da standen vor dem kleinen Hause am letzten Sonnabend 45 Glieder, je 4 Mann, die Pferdefleisch kaufen wollten. Das ganze Haus ist nicht so groß, daß für jeden von den Wartenden  $\frac{1}{4}$  Pfund darin liegen könnte. Daran, daß das Volk sich drängen und stundenlang stehen muß, um nur etwas Pferdefleisch zu bekommen, kann man erkennen, wie schlimm die Sachen stehen. Dieser Andrang ist leicht erklärlich, wo nur eine Kleinigkeit an Marmelade und sonstigen Sachen zum Zubrot ins Haus kommt. Daß da die Sehnsucht nach Fett und Aufstrichsgut immer größer wird, und daß die Kinder vollständig entkräftet werden müssen, liegt auf der Hand. Teilweise haben jetzt die Familien nicht einmal eitel Brot, geschweige denn etwas dazu. Ich bin überzeugt, wenn die Stadt in der Zeit, wo die Hunderttausende Ochsen und Kühe geschlachtet worden sind, frühzeitig sich mit Abschlachtleisch versorgt hätte, dann hätten wir diesen Mangel an Nahrungsmitteln nicht.

Wenn ich vorhin gesagt habe, die Streckwurst von vielen Schlachtern wälze sich auf dem Brote, so möchte ich daran erinnern, daß ich auch einmal einem Schlachter durchs Haus gelaufen bin, denn ich bin noch von der alten Schule, so daß ich im Sommer als Maurer und im Winter als Hauschlachter fungieren kann. Heute wird der Rindermagen, zu deutsch Rinderpansen, durch den Wolf entzweigegrissen, und für den Laien sieht das aus, als wenn es Lebergut wäre.



Schon zu Friedenszeiten gab es eine Menge Schlachter, die einen großen Versand hatten und Leberwurst machten, in der von einem Inhalt an Leber keine Rede sein konnte, höchstens dann, wenn sie von Dänemark einige geschickt bekamen. Es gab Leberwurst mit roten Bändern und mit weißen. Die mit den weißen war die sogenannte Arbeiterwurst, die mit den roten enthält auch etwas deutsche und dänische Leber. Wenn die Wurst vorwiegend aus diesem Kindermagen, der mit dem Wolf kaputtgerissen ist, gemacht ist, so ist sie talgig, und es ist leicht erklärlich, daß solche Wurst mager ist, sich nicht streichen läßt und sich auf dem Brote wälzt. Ich habe vorhin auch gesagt, daß ich Leberwurst von den städtischen Schlachtungen zur Probe gehabt habe, d. h. keine ganze Wurst, sondern eine Messerspitze voll. Die ließ sich aufstreichen, und so etwas kann man noch als Nahrungsmittel ansprechen; den Wert wie reine Fleischwurst hat sie natürlich auch nicht.

Wenn wir nun gezwungen sind, Streckwurst herzustellen, dann ist es notwendig — und das soll die Hauptsache in meiner Anfrage sein —, daß in der ganzen Stadt so verfahren wird, und daß die Wurst als ein solches Nahrungsmittel hergerichtet wird, das als Brotaufstrich gelten kann. Herr Stadtrat Wagner hat ja zugesagt, daß eine Kontrolle ausgeübt werden solle, und wenn das bei allen Schlachtern geschieht, so ist damit ein Hauptteil meiner Anfrage erledigt.

Sodann aber ist es nötig, daß im breiten Publikum Klarheit über die Sache geschaffen wird, und daß die unnützen Redereien aufhören. Das Publikum muß wissen, wie verfahren wird, und warum so verfahren werden muß. Daß der Preis auffällig ist, erscheint mir leicht erklärlich. Die Menge von 250 g bekommen wir ja nun, aber an Fleisch ist es nicht die Menge von 250 g; der Nährwert des Fleisches ist dabei nicht vorhanden, obwohl ich zugebe, daß Grütze ein gutes Nahrungsmittel ist, ebenso wie Hülsenfrüchte. Grütze aber ist doch Gerste und wird erst im Schweinemagen zu Fett produziert.

Wenn in der von mir angeführten Beziehung Wandel geschaffen wird, dann ist ein guter Teil an Aufklärung in der Bürgerschaft erreicht, und auch die Schlachter werden dann wissen, wie sie sich verhalten sollen. Bei dem Werkmeister Haude geschieht es ja schon. Hoffen wir, daß wir bald wieder zu besseren Umständen kommen und reine Wurst erhalten können.

**Stadtrat Wagner:** Zunächst ist von uns nicht vorgeschrieben, daß die Grützwurst nur aus Mollen verkauft werden dürfte. Wir haben den Schlachtern freigestellt, die Grützwurst in der kalten Jahreszeit in dieser Weise herzustellen und abzugeben, weil die Wurst durch die hohen Darmpreise und dadurch, daß sie in dem Darm erst wieder gekocht werden muß, wesentlich verteuert wird. Das soll 20 Pf. auf das Pfund ausmachen und kann ja geipart werden. Wir haben uns gesagt, daß es der Bevölkerung lieber sein wird, zu billigerem Preise etwas zu er-

halten, was denselben Nährwert hat, als wenn sie die Wurst mit dem schönen Darm bekommt.

Sodann ist von Grütze als etwas Minderwertigem gesprochen. Das trifft nicht zu. Grütze ist in ihrem Nährwert etwas Hochwertiges und ist besser als Banjen und ähnliches, was sonst in der Wurst steckt. Das Blut zur Erzeugung von fleischloser Blutgrützwurst ist uns sichergestellt. Nachdem die Intendantur den bisherigen Vertrag wegen Lieferung des ganzen Blutes aufgekündigt hat, hat sie uns mitgeteilt, daß uns das Blut, wenn wir es nötig hätten, zur Verfügung gestellt werden könnte, und wir werden davon Gebrauch machen.

Der Fettmangel läßt sich durch Aufstapelung von Vorräten nicht beheben, denn das Fett ist rationiert. Überall in Deutschland darf nicht mehr als 90 g auf den Kopf der Bevölkerung ausgegeben werden, und wir stehen mit 80 g Butter in Deutschland ziemlich obenan.

Die Streckung der Fleischvorräte durch Gänsefleisch, auf die Herr Genzen hinwies, ist denn doch wohl nicht ganz praktisch. Gänsefleisch ist doch immer eine gewisse Luxus Sache gewesen, und es kommt nicht in derartiger Menge auf den Markt, daß dadurch das Schlachtvieh in nennenswerter Weise gestreckt werden könnte.

Daß der Andrang nach Pferdefleisch groß geworden ist, ist zuzugeben und ist auch leicht erklärlich, da die Leute ihre Fleischration durch den Genuß von solchem Fleisch erhöhen wollen. Nachdem ich in der letzten Zeit Pferdefleisch gegessen habe, habe ich mich von der Haltlosigkeit des Vorurteils gegen dasselbe überzeugt. Ich bin der festen Überzeugung, daß ich in den Friedensjahren schon oftmals Pferdefleisch zu essen bekommen habe, ohne es zu wissen, denn ich habe nicht die geringste Spur eines Unterschiedes von anderem Fleische erkennen können. Es sollte mich sehr freuen, wenn unsere Bevölkerung in dieser Zeit durch den Genuß von Pferdefleisch — natürlich nicht von abgetriebenen Kleppern — sich behelfen lernt. Auch vom Magistrat ist der Versuch gemacht, Pferdefleisch in der Markthalle zu verkaufen. Nachdem wir gehört haben, daß von auswärts hohe Schlachtpreise für Schlachtpferde geboten wurden und deshalb manche Pferde zum Schlachten nach auswärts gewandert sind, lassen wir uns von der Bahn jede Ausfuhr von Pferden melden. Wir haben dadurch erreicht, daß in der letzten Zeit kein einziges Schlacht tier aus der Stadt heraus gekommen ist.

Weiter ist von Herrn Genzen hervorgehoben, daß die Grütze in der Wurst viel zu teuer bezahlt würde; das Publikum würde damit über das Ohr gehauen, daß man diese Grütze mit 1,70 M bezahlen müsse. Das ist wohl ein kleiner Irrtum von Herrn Genzen. In der Wurst stecken 10 Prozent Grütze, es werden dafür also 17 Pf. von den 1,70 M bezahlt. Die Wurst ohne Grütze kostete 2,10 M, die Grützwurst ist also um 40 Pf. und die lose verkaufte um 60 Pf. billiger als die

früher hergestellte Wurst. Ich habe vom Stadtschlachtungsausschuß eine Aufstellung bekommen, in der ausgeführt wird, daß er bei den Freien, die er angenommen hat, nicht einen Pfennig verdient. Da man aber bei den Fleischern beachten muß, daß sie von ihrem Gewerbe leben wollen, so werden wir wohl den Preis für die gestreckte Wurst vielleicht noch etwas höher festsetzen müssen. Also von übers Ohr hauen und von Wucherpreisen kann hier nicht die Rede sein.

Der **Vorsitzende** schließt die Besprechung.

## 16. Antrag Wesemeier über die Gewährung von vollen Brotkarten an hier weilende Urlauber.

Wortlaut des Antrages s. S. 629.

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Durch eine Bekanntmachung des Magistrats vom 12. Februar ist der Verkehr mit Reisebrotmarken in der Stadt Braunschweig neu geregelt worden, und diese Regelung ist durch das Herzogliche Landesernährungsamt genehmigt worden. Man kann im allgemeinen mit der Regelung zufrieden sein, nur nicht, soweit sie die Militärurlauber betrifft. In der Bekanntmachung heißt es nämlich, daß Militärurlauber, die hierherkommen, für jeden vollen Tag ihrer Anwesenheit in der hiesigen Stadt Reisebrotkarten bis zu 250 g Gebäck erhalten. Wir in der Stadt halten es für nötig, daß jedes Kind im Alter über 6 Jahre 1900 g Brot in der Woche bekommt, den Reichsurlaubern aber geben wir nur 1750 g. Man muß bedenken, daß die Leute, die hierherkommen, zumeist lange Zeit im Felde gewesen sind, denn sie kommen meistens als Erholungsurlauber. Sie haben draußen auch nicht eine so vorzügliche Nahrung und sollen nun auf ihrem Erholungsurlaub weniger bekommen, als die Stadtbevölkerung erhält. Wir kennen die nur zu berechtigten Klagen des Herrn Stadtrat von Frankenberg über den Mangel an Brotkarten, aber hier wird ein so schlechter Dank denen abgestattet, die im Schützengraben gelegen haben und auf Urlaub hierherkommen, indem sie mit viel weniger Brot abgespeist werden als Kinder über 6 Jahren. Zu dieser Brotkarte erhält der Urlauber noch seine Kartoffelkarte, Fleisch- und Fettkarte, und damit ist alles getan. Mit seinen übrigen Ansprüchen auf Lebensmittel ist er angewiesen auf das, was seine Familie auf ihre Karten bekommt. Er selbst bekommt weder Zucker-, noch Seifenkarte, noch sonst etwas. Das ist meiner Ansicht nach nicht haltbar.

Es kommt weiter hinzu, daß ein Urlauber nur für den vollen Tag seiner Anwesenheit eine solche Reisebrotkarte bekommt. Denken Sie einmal an einen Urlauber aus Rumänien — wie mir in den letzten Tagen Beschwerden über solche Fälle mehrfach geworden sind —, der mehrere Tage auf der Bahn liegen mußte.

Er bekommt am Tage seiner Abreise keine Brotkarten mehr, ist ein paar Tage unterwegs und muß leben von dem, was ihm die Familie, der er angehört, von dem ihrigen abläßt. Das können wir doch nicht gutheißen; es ist eine Ungerechtigkeit, die wir auf jeden Fall auszumergen versuchen müssen. Deshalb habe ich den Antrag gestellt: für jeden angebrochenen Urlaubstag daselbe Brotquantum zu gewähren wie den hiesigen Einwohnern. Der Reisetag z. B. wäre als ein Urlaubstag anzusehen. Von der Militärverwaltung bekommt er für den Tag seiner Herreise nichts, oder wenn er etwas bekommt, so wird es ihm nachher, wenn er zurückkommt, wieder abgezogen. Nun können Sie sich die unangenehme Lage des Mannes und einer solchen Familie, die den Mann mit Freuden empfängt, denken. Es ist ein schlechter Dank an unsere Krieger, den wir damit aussprechen; wir sollten doch versuchen, den Leuten möglichst weit entgegenzukommen.

Ich habe den Antrag gestellt, da es eine große Zahl von Urlaubern sind, die in Frage kommen werden. Aber so zu handeln, sind wir ihnen schuldig; sie dürfen doch nicht zurückstehen hinter dem, was man sechsjährigen Kindern zubilligt.

Ich möchte bitten, den Antrag als dringlich zu behandeln und gleich heute darüber zu beschließen. Es besteht auch für uns die Möglichkeit, dem Antrage nachzugeben, denn es ist keine strenge Vorschrift, daß den Militärurlaubern nur dieses Quantum zugewiesen werden soll. Es können die Militärurlauber ebenso behandelt werden wie die sechsjährigen Kinder in Braunschweig.

Die Sache ist tatsächlich von Dringlichkeit. Jeder Urlauber, der hierherkommt, wird von diesen schlechten Verhältnissen auf Grund der Bekanntmachung betroffen, und jedem einzelnen, den wir so behandeln, tun wir ein Unrecht, und ebenso auch ihren Familien.

**Vorsigender:** Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung mit der sofortigen Beratung einverstanden ist.

Widerspruch erhebt sich nicht und der **Vorsigende** eröffnet die Beratung.

**Stadtrat von Franzenberg:** Der Stadtmagistrat hatte seinerzeit auch die Empfindung, daß es wünschenswert sein würde, bei den Bestimmungen über die Reisebrotmarken den Urlaubern entgegenzukommen, und ähnliche Gründe, wie sie Herr Wesemeier angeführt hat, waren dabei für uns maßgebend. Aber bei der Prüfung durch das Landesernährungsamt ist unser Vorschlag, jeden angebrochenen Tag für voll zu rechnen, nicht genehmigt worden, sondern es ist seitens des Landesernährungsamts dafür die Bestimmung gesetzt, daß nur jeder volle Tag der Anwesenheit zu rechnen ist, so daß wir nicht in der Lage waren, die Bestimmung so, wie wir sie entworfen hatten, sondern in der Form, wie sie

das Landesernährungsamt abgeändert hatte, zu veröffentlichen. Für diese Entscheidung ist in dem Landesernährungsamt die Rücksicht darauf maßgebend gewesen, daß die Erstattung aus der Landesrücklage erfolgen muß, daß sie bekanntlich für ausgiebige andere Zwecke, z. B. für die Verstärkung der Mehlausgabe in kommenden Monaten bestimmt ist, und daß, so volkstümlich und begreiflich, so menschlich sehr natürlich der Wunsch des Herrn Wesemeier auch ist, doch diese Rücklage bei dem Landesernährungsamt auch gehörige Beachtung verdient. Aus diesem Grunde hat der Magistrat eine andere Bestimmung nicht erlassen können. Es mag auch darauf hingewiesen werden, daß die Urlauber, die von der Front kommen, in häufigen Fällen nicht mit leeren Händen einzutreffen pflegen, daß sie nicht nur Kommißbrot, sondern auch andere Sachen mitbringen. Derartige Fälle sind vielleicht Herrn Wesemeier nicht so sehr wie den anderen Herren bekannt.

Wir würden im Magistrat sehr gern bereit sein, nicht nur, wie jedem Einwohner, die volle Brotration, sondern auch die Schwerarbeiterzulage diesen Urlaubern, die die schwerste Arbeit für das Vaterland geleistet haben, zu gewähren. Aber in dieser Beziehung hat uns die Reichsgetreidestelle mitgeteilt, daß eine Gewährung der Schwerarbeiterzulage an die Urlauber nicht angängig sei, weil das zu weit führen würde, da es die Reichs- und Landesrücklagen zu stark belasten würde. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß bei den gegenwärtigen, Ihnen bekannten Verhältnissen wahrscheinlich die Zahl der in den nächsten Wochen hier eintreffenden Urlauber verhältnismäßig nicht sehr groß sein wird, und ich hoffe, daß es alsdann in der Folge möglich sein wird, die entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden; die Hand dazu zu bieten, würde der Magistrat gern bereit sein.

Aus dem, was ich gesagt habe, geht hervor, daß der weitergehende Wunsch des Herrn Wesemeier bezüglich der Erhöhung des zugestandenen Brotgewichts ebensowohl nicht erfüllt werden kann. Wenn 250 g für den Tag angenommen würden, dann würde das für die Woche ungefähr dahin kommen, daß sich der Urlauber fast genau so steht wie die übrige Bevölkerung. Im übrigen zweifle ich nicht daran, daß jeder, der hier die Freude hat, einen Urlauber an seinem Tische zu sehen, lieber seinerseits sich weitere Entbehrungen auferlegt, als den Urlauber darben läßt.

**Stadtv. Wesemeier:** Das ist leicht gesagt, aber schwer auszuführen. Daß eine Familie, die einen Urlauber hierher bekommt, sich noch weitere Entbehrungen auferlegen soll bei dem, was heute die Familie erhält, das mag in einer kleinen Anzahl von Familien möglich sein, bei der größten Zahl aber, die hier in Frage kommen, ist das rein unmöglich, denn die gehen schon heute allabendlich hungrig zu Bett. So liegen die Verhältnisse! Nun bin ich der Meinung — die

Rücksichten des Landesernährungsamts in allen Ehren —: für uns kann es nicht maßgebend sein, ob das Landesernährungsamt meint, wir müßten den Urlaubern soviel weniger geben als den sechsjährigen Kindern. Wenn wir es für richtig halten, die Urlauber aus der Reisebrotkarten-Gesellschaft herauszunehmen, dann können wir das machen, und das Landesernährungsamt wird uns darin keine Schwierigkeiten machen können, auch wenn eine Rücklage vom Landesernährungsamt gemacht werden soll. Wenn die Sache im Landesernährungsamt vorgetragen wird, so müßten es merkwürdige Herren dort sein, wenn sie nicht einsehen wollten, daß man dem Urlauber, der zur Erholung hierherkommt, mindestens das geben muß, was einem sechsjährigen Kinde zukommt. Wenn wir den Beschluß einstimmig fassen, dann wird das Landesernährungsamt wohl einer anderen Meinung werden. Die Herren haben vielleicht nicht einmal eine Ahnung, wie einem solchen Urlauber und einer solchen Familie, zu der er kommt, zumute ist, denn von den Lebensmitteln auf andere Karten — Käse, Nudeln, Nahrungsmittel — bekommt der Urlauber doch nichts. In diesen Sachen, Herr Stadtrat, muß von der Familie schon sowieso die Entbehrung getragen werden.

Ich bitte Sie, stimmen Sie meinem Antrage zu; ich glaube, das Landesernährungsamt wird sich wohl bewegen lassen, dem Antrage gemäß zu verfahren.

Der Antrag wird angenommen (dem Anscheine nach einstimmig).

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7¼ Uhr.



<http://publikationsserver.tu-braunschweig.de/get/65166>



Außerdem fehlt entschuldigt Herr Stadtv. Dr. **Kahlert**, und Herr Stadtv. **Busch** erscheint später.

**Vorsitzender Hartung:** Ich eröffne die Sitzung und teile mit, daß laut Schreibens des Magistrats durch die am 6. d. Mts. stattgehabte Ersatzwahl für den verstorbenen Gastwirt **Bues** der Ziegeleibesitzer **Wilhelm Damköhler** von der zweiten Wählerklasse des 4. Wahlbezirks (Hohe- und Wilhelmitor) bis Ende März 1921 zum Stadtverordneten gewählt ist und die Wahl angenommen hat. Ich begrüße Herrn Damköhler, der seinen Platz schon eingenommen hat, als Mitglied unserer Versammlung.

Vom Verlage der Zeitschrift „Der Stadtverordnete“ ist ein Probeexemplar dieser Zeitschrift eingegangen mit einem Schreiben, in dem der Verleger sich bereit erklärt, denjenigen Herren, die sich dafür interessieren und ihre Adresse angeben, die Zeitschrift eine Weile kostenfrei zuzusenden. Ich lege das mir zugegangene Exemplar hier aus und bitte die Herren, die Interesse dafür haben, es einzusehen.

Außerdem ist eingegangen der Jahresbericht des hiesigen Verkehrsvereins vom Jahre 1916. Die Herren werden bereits ein Exemplar dieses Jahresberichts auf ihrem Platze gefunden haben.

## 1. Beratung des Stadthaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1917/18.

Stadtv. **Munte:** Wir haben uns dahin verständigt, daß Herr Frede über den Schuletat berichtet und ich über die übrigen Etats, und ich glaube, es ist am richtigsten, wenn wir es wieder so machen wie in den Vorjahren, nämlich, daß wir an Hand des uns vorgelegten Haushaltsplans Seite für Seite vornehmen. Dann können aus der Versammlung heraus, soweit nicht das Begleitschreiben des Magistrats schon Aufklärung gibt, Anfragen über die jeweils behandelten Punkte gestellt werden.

### Voranschlag der Rämmereikasse.

#### A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben.

##### Kap. I. Rämmereivermögen.

Stadtv. **Munte:** Die Abteilung I „Von den Gebäuden“ beginnt mit den Seiten 6 und 7 und schließt mit den Seiten 16 und 17. Es ist bei diesen Aufstellungen in der Kommission nichts zu erinnern gewesen; die Anmerkungen geben ja überall schon den nötigen Aufschluß. Die Einnahmen und Ausgaben ergeben einen Überschuß von 38 583 M.

**Vorsitzender:** Ich bitte die Herren, wenn jemand von ihnen zu einem Kapitel etwas zu sagen hat, sich zu melden. Im anderen Falle nehme ich an, daß der zur Besprechung stehende Teil genehmigt ist.

Stadtv. **Munte** (zur Abteilung II: „Kieselanlagen“): Es ist im Begeleitschreiben darauf hingewiesen, daß diesmal die Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben für die Kieselanlagen mit beim Kämmerervermögen nachgewiesen werden, während dies früher in einem besonderen Anhange geschehen ist. Der Abschluß auf Seite 23 ergibt einen mutmaßlichen Überschuß von 20 500 M. Zu besonderen Bemerkungen liegt kein Anlaß vor.

Der Referent, Stadtv. **Munte**, gibt zu den Abteilungen III—IX die Seitenzahlen und das mutmaßliche Schlusergebnis an. Da keine weitere Besprechung gewünscht wird, gelten sie als genehmigt.

Stadtv. **Munte** (zu Abteilung X, Kapitalsforderungen): Hier ist zunächst, auf Seite 44 anfangend, eine Anzahl von Hypotheken aufgeführt. In der Finanzkommission ist bei Beratung dieser Abteilung der Antrag gestellt worden, den Zinsfuß der Hypotheken auf  $4\frac{1}{2}$  Prozent zu erhöhen, und dieser Antrag ist seitens der Mehrheit angenommen. Ich frage, ob dieser Antrag jetzt sofort zur Abstimmung kommen soll. Auch die von Seite 61 an aufgeführten Hypothekendarlehn sollen in diesem Antrage mit eingeschlossen sein, also die sämtlichen Vermögen betroffen werden, die die Stadt hypothekariisch ausgeliehen hat, ebenso auch die vom Stammvermögen des Kreiskommunalverbandes.

**Vorsitzender:** Ich stelle diesen Antrag zur Beratung. — Es meldet sich niemand zum Wort, dann bitte ich diejenigen Herren, die dafür sind, daß wir diesen Antrag dem Magistrat unterbreiten, daß der Zinsfuß der städtischen und Kreiskommunal-Darlehn auf  $4\frac{1}{2}$  Prozent erhöht und dementsprechend der Etat geändert werden soll, die Hand zu erheben. (Zwischenruf des Herrn Oberbürgermeisters und des Herrn Referenten: Das letztere ist nicht beschlossen!) Es würde die Sache auch komplizieren, wenn wir den Etat in dieser Weise ändern wollten. Ich lasse also nur abstimmen über den Antrag auf Erhöhung dieses Zinsfußes auf  $4\frac{1}{2}$  Prozent, selbstverständlich nach regelrechter Kündigung. Wer dafür ist, möge die Hand erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Wenn in diesem Berichte nicht anders bemerkt, geschieht die Weiterberatung unter Aufruf der betreffenden Kapitel oder Abteilungen mit Angabe der Seitenzahlen und Anführung der Endsummen durch den Referenten ohne weitere Besprechung.

Stadtv. **Munte** (zu Seite 55): Auf dieser Seite finden die Herren den Ausgabebetrag von 500 000 *M* eingestellt für die mutmaßlichen Zinsaufwendungen wegen der beim Leihhause aufgenommenen Anleihen für die Kriegsausgaben.

Stadtv. **Munte** (zu Seite 75): Die Zusammenstellung der Kapitalsforderungen und Kapitalschulden ergibt einen Fehlbetrag von 1 105 456,31 *M*.

Abteilungen XI und XII ohne weitere Besprechung.

Stadtv. **Munte** (zu Seite 79): Der Gesamtabschluß des Kapitel I, Rämmereivermögen, zeigt einen Fehlbetrag von 981 000 *M*.

## **Kap. II. Straßenreinigung.**

Stadtv. **Munte** (zu Seite 91): Im Abschluß ergibt sich ein Fehlbetrag von 329 720 *M*. Es wird weiter bemerkt, daß von den Ausgaben zu insgesamt 407 620 *M* auf die Straßenreinigung 114 016,35 *M* und auf den Marstall 293 603,65 *M* entfallen. Nach Abzug der durch den Marstallbetrieb erzielten Einnahmen zu 62 440 *M* verursacht dieser eine Ausgabe von 231 163,65 *M*.

**Vorsigender:** Es wird weiter darauf hingewiesen, daß diese Summen die Kosten darstellen, welche durch die Abfuhr des Hausmülls und des Straßenkehrichts sowie durch das Besprengen der Straßen erwachsen.

## **Kap. III. Unterrichtswesen.**

A. Herzog = Johann = Albrecht = Oberrealschule.

Stadtv. **Frede** (Referent): Auf Seite 98 ist die Einnahme verzeichnet, die im wesentlichen aus dem eingehenden Schulgelde besteht. Der Schülerbestand ist für Ostern 1917 etwas niedriger veranschlagt als früher, weil die Unterprima bei der Oberrealschule am Löwenwall wieder eingerichtet ist, während früher die Schüler dieser Klasse nach der Schule Hintern Brüdern gingen. Es wird eine gesamte Einnahme von 92 350 *M* erzielt. Die Ausgabe wird besonders durch die Lehrergehälter dargestellt. Die Lehrerstellen, die mit M. N. bezeichnet sind, werden demnächst wieder besetzt werden.

Zu Seite 103 ist für diejenigen Herren, die die Aufstellung von früheren Jahren im Gedächtnis haben, zu bemerken, daß die Aufwendungen für die Gebäude und die für die Gebrauchs- und Einrichtungsgegenstände nicht mehr im einzelnen nachgewiesen sind, und zwar ist damit dem Wunsche der Stadtverordnetenversammlung Folge gegeben. Es findet von diesem Jahre an eine gedrängtere Darstellung statt, in der nur die Gesamtkosten genannt werden.

Auf Seite 105 befindet sich der Abschluß. Die Ausgabe beträgt 215 450 *M*, so daß sich ein Fehlbetrag von 123 100 *M* ergibt. Auf den einzelnen Schüler entfällt im Durchschnitt eine Ausgabe von 377,98 *M* und ein Zuschuß der Kämmereikasse von 215,96 *M*.

### B. G a u ß s c h u l e.

Stadtv. **Frede:** Die Einnahme an Schulgeld beträgt 65 548 *M*, die Gesamteinnahme 65 900 *M*. Zur Ausgabe ist nichts zu bemerken, vielleicht nur, daß der Handfertigkeitsunterricht sehr starken Anflang gefunden hat, so daß die Kurse dafür vermehrt sind und auch ein größerer Betrag dafür eingestellt ist. Die Gesamtausgaben sind veranschlagt zu 129 200 *M*, und es wird sich vermutlich ein Fehlbetrag von 63 600 *M* ergeben. Auf den einzelnen Schüler berechnet, ergibt das eine Ausgabe von 219,17 *M* und einen Zuschuß der Kämmereikasse von 132,50 *M*.

### C. H e r z o g i n = E l i s a b e t h = L y z e u m, L e h r e r i n n e n s e m i n a r u n d S t u d i e n a n s t a l t.

Stadtv. **Frede:** Die Schülerinnenzahl ist bei diesen Anstalten im ganzen dieselbe wie im Vorjahre.

Auf Seite 121 ist die diesjährige Rate für Lehrmittel für den naturwissenschaftlichen Unterricht, für die seit 1914/15 insgesamt 12 000 *M* in vier Jahresraten bewilligt waren, fortgelassen, und zwar hat man die Beschaffung mit Rücksicht auf die teuren Preise der Unterrichtsmittel vorläufig eingestellt.

Diese Ausgaben betragen 208 700 *M*, die Einnahmen 123 900 *M*, der Fehlbetrag 84 800 *M*. Die Ausgabe für die Schülerin wird berechnet auf im Durchschnitt 232,92 *M*, der Zuschuß der Kämmereikasse auf 94,64 *M*.

### D. S t ä d t i s c h e M ä d c h e n s c h u l e (M i t t e l s c h u l e).

Stadtv. **Frede:** Zur Einnahme und Ausgabe ist nichts Besonderes zu bemerken. Die Gesamtausgaben stellen sich auf 92 700 *M*, die Einnahmen auf 50 000 *M*. Die Ausgabe für die einzelne Schülerin beträgt 159,83 *M* und der Zuschuß der Kämmereikasse 72,07 *M*.

### E. S t ä d t i s c h e K n a b e n = M i t t e l s c h u l e.

Stadtv. **Frede:** Die Einnahmen von insgesamt 21 400 *M* sind gering, weil bekanntlich das Schulgeld für diese Schule außerordentlich niedrig bemessen ist. In der Ausgabe sind auf Seite 139 sieben Lehrerstellen durch N. N. bezeichnet. Ihre Wiederbesetzung ist zu erwarten; Verhandlungen darüber werden geführt.

Auch hier hat sich die Teilnahme an dem Handfertigkeitsunterricht (Seite 141) sehr ausgedehnt; infolgedessen haben erhöhte Kosten dafür eingestellt werden müssen. Die Ausgaben betragen 73 000 *M*, so daß sich ein Fehlbetrag von 51 600 *M* ergibt. Auf den Schüler berechnet, bringt das eine Ausgabe von 153,68 *M* und einen Zuschuß der Kammereikasse von 108,63 *M*.

### F. Städtische Bürger Schulen.

Stadt v. **Frede:** Ich habe in der Kommission darauf hingewiesen, daß es von Interesse ist, in bezug auf die Frequenz der städtischen Bürgerchulanstalten die Jahre 1908 und 1916 nebeneinanderzuhalten. Im Jahre 1908 haben die sieben- und achtstufigen Bürgerchulen und die Hilfschule zusammen rund 18 000 Schüler gehabt (17 951), im Jahre 1916 nur 16 025. Die Knabenmittelschule, die unterdessen entstanden ist und einen Teil der Schüler der städtischen Bürgerchulen aufnimmt, hat einen Bestand von 475 Schülern. Diesen Bestand eingerechnet würde die Schülerzahl heute 16 500 betragen gegen rund 18 000 im Jahre 1908. Es sind nicht außergewöhnliche Verhältnisse, welche diesen Rückgang verursacht haben, sondern er ist seit dem genannten Jahre ein ständiger.

Die Einnahmen bestehen zum wesentlichen Teile wieder aus dem Schulgelde, das für die achtstufigen Bürgerchulen für die einheimischen Kinder 142 560 *M* und für die auswärtigen 12 150 *M* beträgt. Die siebenstufigen Bürgerchulen bringen an Schulgeld 20 240 *M* auf. Es ist wohl allgemein bekannt, daß auf den siebenstufigen Bürgerchulen nur ein Kind aus jeder Familie Schulgeld bezahlt, nämlich entweder das jüngste oder das einzige Kind. Zu den Einnahmen der Bürgerchulen tragen wesentlich bei die Zuschüsse aus der Klosterreinertragsskasse, die auf Seite 148 unter 7 a, b und c mit 38 000 *M*, 25 000 *M* und 200 000 *M* angeführt sind. Die Gesamteinnahmen betragen 452 700 *M*.

Die Ausgaben beginnen auf Seite 147. Auf Seite 157 sind 27 Lehrerstellen mit R. R bezeichnet; das sind die Stellen, deren Inhaber entweder im Kriege gefallen sind — es sind das 15 Lehrer — oder deren Inhaber pensioniert (6) oder gestorben sind (6). Eingestellt sind dafür die Anfangsgehälter der fest angestellten Lehrer; die Besetzung der Stellen wird nur zum Teil, durch provisorische Lehrkräfte, erfolgen.

Die Stelle des Hauptlehrers Bod (Seite 159) ist noch unbesezt. Es wird an dieser Hilfschule wohl demnächst ein Schulinspektor angestellt werden.

Die Hilfsklasse der Hilfschule (Seite 167) wird aufrechterhalten bleiben, es wird dafür unter e ein Posten von 1800 *M* ausgesetzt. Diese Einrichtung bezweckt, daß die Hilfschule von denjenigen Kindern entlastet werden soll, die den normalen Entwicklungsgang der Hilfschule nicht durchzumachen imstande sind, die also noch tiefer stehen, so daß man es für angebracht hält, sie von den übrigen

Kindern abzusondern. Es scheint das eine Einrichtung zu sein, die reichlich wirkt und verdient, bestehen zu bleiben.

Der Hauptschulgarten (Seite 187) zahlt keine Pacht an das Kieselgut mehr; die Herren wissen, daß er nach dem Bürgerpark verlegt ist, infolge dieser Maßnahme ist der Posten von 300 *M* weggefallen.

Die Bau- und Unterhaltungskosten sind auch hier in gedrängter Darstellung gegeben. (Seite 187.)

Auf Seite 203 folgt der Abschluß. Die Ausgaben für die Bürgerschulen betragen 1 775 800 *M*, die Einnahmen 452 700 *M*. Es entsteht mithin ein Fehlbetrag von 1 323 100 *M*. In diesen Ausgaben sind noch nicht mit einbegriffen diejenigen, welche unter dem Kapitel Gesundheitswesen für die Gesundheitspflege in den Volksschulen ausgegeben werden. Es sind das die Kosten, welche die ärztlichen Untersuchungen und Überwachung der Schulkinder der siebenstufigen Schulen und der Katholischen Schule verursachen.

Die Ausgabe pro Kopf beträgt 110,81 *M*, der Zuschuß der Rämmereikasse 82,56 *M*.

#### G. Städtische Fortbildungsschule.

Stadtv. **Frede:** Diese Schule hat 1090 Schüler. Diese Schülerzahl wird aber voraussichtlich wachsen durch Überweisung einer Anzahl von Schülern der Gewerbeschule. Die Einnahme ist angenommen zu 23 100 *M*. Die Stundenzahl in dieser Schule ist auch dadurch gewachsen, daß die Schule des Gastwirtsgewerbes an die städtische Fortbildungsschule angegliedert ist; die Verhandlungen darüber werden den Herren gewiß noch gegenwärtig sein, und es ist zu begrüßen, daß diese Vereinigung geschehen ist. Die Ausgaben werden sich auf 52 600 *M* belaufen, auf den Schüler berechnet auf 48,26 *M* und der Zuschuß der Rämmereikasse für den Schüler auf 27,06 *M*.

#### H. Städtische Gewerbeschule.

Stadtv. **Frede:** Zu den Einnahmen und Ausgaben ist nichts zu erinnern. Die Gesamtausgabe wird sich stellen auf 104 500 *M*, die Gesamteinnahme auf 41 300 *M*. Der Zuschuß der Rämmereikasse auf 63 200 *M*. Im Durchschnitt entfällt auf den einzelnen Schüler eine Ausgabe von 132,28 *M* und ein Zuschuß der Rämmereikasse von 80 *M*.

#### I. Städtische Mädchen-Fortbildungsschule.

Stadtv. **Frede:** Die Besuchsziffer ist sehr zufriedenstellend, denn es sind 448 Schülerinnen, die diese Anstalt besuchen. In der Einnahme wird sich ein Betrag

von 14 700 *M* herausstellen, in der Ausgabe 40 900 *M*, mithin ein Fehlbetrag von 26 200 *M*. Die Ausgabe für eine Schülerin beträgt im Durchschnitt 190,23 *M*, der Zuschuß der Kammereikasse 121,86 *M*.

### K. Zuschüsse an nichtstädtische Schulen.

Stadtv. **Frede:** Zu diesen Schulen, die Zuschüsse von der Stadt erhalten, gehören die katholische Schule, die für jedes Kind einen Zuschuß von 35 *M* bekommt, sofern es einheimisch ist, im ganzen 38 500 *M*, und die Jahnische höhere Lehranstalt, die einen widerruflichen Zuschuß von 5000 *M* erhält. Die Ausgabe, der eine Einnahme nicht gegenübersteht, beträgt sonach 43 500 *M*.

Der Gesamtabschluß für das städtische Unterrichtswesen stellt sich folgendermaßen: Ausgaben 2 736 350 *M*, Einnahmen 885 950 *M*, Fehlbetrag 1 850 400 *M*.

Stadtv. **Wesemeier:** Ich möchte mir bei Beratung des Schuletats die Anfrage erlauben, wann endlich das schreiende Unrecht beseitigt werden soll, daß der Unterricht an den Volksschulen wegen Kohlenmangels ausgesetzt wird, während in den höheren Schulen und in der Mittelschule Unterricht erteilt wird. Es ist meiner Meinung nach eine arge Benachteiligung der von den Kindern der arbeitenden Klassen besuchten Schulen, wenn man das wenige, was diesen Kindern durch die Volksschulen geboten wird, noch verringert, während man die Kinder der besseren Gesellschaftsschichten den Unterricht genießen läßt. Ich weiß wohl, daß mir die Antwort werden wird, der Kohlenmangel bedinge das, und weiter wird geantwortet werden, wie das schon in den Zeitungen geschehen ist, es sei nicht gut zugänglich, die Schüler der höheren Schulen so lange auf ihren Unterricht verzichten zu lassen, schon der Prüfungen wegen. Ich kann diesen Einwand nicht gelten lassen, zumal in der jetzigen Zeit nicht, wo die Arbeiter für die Interessen der anderen mitkämpfen, während die Kinder der Arbeiter in dieser Beziehung offenkundig benachteiligt werden. Wenn Kohlenmangel vorhanden ist, dann soll man die Schüler gleichmäßig behandeln und nicht für die Kinder der besseren Gesellschaftsschichten den Unterricht ermöglichen, während man die Kinder der Arbeiter auf die Straße wandern läßt. Ein solches Unrecht wird weithin unangenehm empfunden. Auch aus den Eingeklandten in der bürgerlichen Presse ist reichlich zu erkennen, wie ernstlich und bitter das Unrecht, das seitens der Schulvorstände geübt wird, in jenen Kreisen empfunden wird. Es wird nachgerade Zeit, daß mit diesen Klassengesellschaftlichen Zuständen aufgehört wird und alle Bevölkerungsschichten gleichmäßig behandelt werden. Deshalb möchte ich mir die Anfrage erlauben, wann der Unterricht in den Volksschulen wieder aufgenommen wird. Beim

Kohlenmangel ist es ja notwendig, daß zuerst in die Familien die Kohlen hineinkommen, aber der Kohlenmangel wird verschärft, wenn man einen Teil der Schulen im Gange läßt, und auch die Wiederaufnahme des Unterrichts in den Volksschulen wird dadurch weiter hinausgeschoben. Diesen Zustand können wir nicht dulden. Ich möchte dringend ersuchen, ernstlich darauf hinzuarbeiten, daß dieser ungerechte Zustand beseitigt wird.

Oberbürgermeister **Hetemeier**: Zunächst möchte ich die Schulvorstände gegen die gehörten Vorwürfe in Schutz nehmen; die Schulvorstände sind selbstverständlich unschuldig an diesem Aussetzen des Unterrichts, im Gegenteil, sie haben das ihrige getan, um den Unterricht in den Bürgerschulen und den in der Mittelschule so bald als möglich wieder aufnehmen zu lassen. Die Schuld liegt eben an dem Kohlenmangel, und so sehr wir im Magistrat bedauern, daß dieser Zustand augenblicklich in unserer Stadt herrscht, sind wir nicht in der Lage, ihm abzuhelpen.

Der Magistrat erkennt auch an, daß es in gewisser Weise Bedenken hat, einen Teil der Schulen den Unterricht wieder aufnehmen zu lassen und einen anderen Teil feiern zu lassen, aber die Sache liegt so, daß in den höheren Schulen gewisse Vorräte an Kohlen vorhanden sind, die unbedenklich aufgebraucht werden konnten, während die Vorräte in den Bürgerschulen für Notfälle reserviert werden mußten. In erster Linie, haben wir uns gesagt, müssen wir die Kohlen verfügbar halten, um die Lebensmittelbeschaffung nicht zu gefährden, also insbesondere, um die Bäckereibetriebe aufrechtzuerhalten, denn das ist doch durchaus notwendig. Nun erkenne ich ohne weiteres an, daß wir, um eine Bevorzugung nicht eintreten zu lassen, hätten sagen können: Da wir nicht, wie Herr Wesemeier will, den Betrieb der Bürgerschulen wieder aufnehmen lassen können, so sollen ihn auch die höheren städtischen Schulen nicht wieder aufnehmen. Ich gebe zu, das hätte vielleicht Herrn Wesemeier und andere Leute beruhigt; aber, ob eine solche Maßnahme zweckmäßig gewesen wäre, ist eine andere Frage. Das Quantum Kohlen, das in den wenigen höheren Schulen verbraucht ist, spielt im Verhältnis zu dem gesamten Kohlenverbrauch in der Stadt keine Rolle, und die Verhältnisse bei den höheren Schulen liegen doch auch insofern anders als bei den Bürgerschulen, als die Verordnungen und das Bestehen der Abschlußprüfungen von der allergrößten Bedeutung für das Fortkommen der Schüler dieser Schulen oder in der Studienanstalt und im Lehrerinnenseminar für die Schülerinnen ist. Es können durch die Hinausschiebung dieser Prüfungen ein junger Mann oder ein junges Mädchen in ihren Lebenszielen wesentlich zurückkommen. Dagegen sind wir der Überzeugung — und das erkennen wohl auch die Schulmänner an —, daß in den Bürgerschulen viel eher sich ein Ausgleich erzielen läßt, zumal dort eine Schlußprüfung nicht stattfindet. Unter diesen Umständen haben wir geglaubt, es verantworten zu können, diesen Unterschied im Betriebe der Schulen zu machen.



Wenn nun Herr Wesemeier fragt: „Wann hört dieser Zustand auf?“ dann bin ich leider nicht in der Lage, eine bestimmte Antwort zu geben. Selbstverständlich wird eine Änderung eintreten, wenn der Kohlenmangel beseitigt ist, und dieser wird beseitigt sein, sobald die Transportschwierigkeiten überwunden sind. Dieser unglückliche Zustand der augenblicklich mangelnden Kohlenzufuhr in Deutschland ist um so mehr zu bedauern, als wir reichlich Vorräte von schon geförderten Kohlen besitzen; die Kohlenvorräte auf den Zechen sind, wie ich aus amtlichen Quellen weiß, so gewaltig, daß die Förderung zeitweise hat eingestellt werden müssen, weil es an Platz mangelte, um die Kohlen zu lagern. Das Unglück besteht nur darin, daß die Kanäle so lange Zeit zugefroren gewesen sind, insbesondere der neue Kanal, der bis Hannover geführt ist, und daß unsere Eisenbahnwagen in so großer Zahl in das besetzte Gebiet haben dirigiert werden müssen. Auf einer Konferenz, die in diesen Tagen stattgefunden hat, und in der speziell der Kohlenmangel und die Beseitigung der Übelstände, die sich daraus ergeben, eingehend erörtert worden sind, wurde von sachverständiger Seite erklärt, daß Aussicht vorhanden wäre, daß mit Ende dieses Monats der Übelstand beseitigt würde. Unter diesen Umständen wird man, so glaube ich, hoffentlich schon in nächster Woche noch einmal die Schulen eröffnen können. Ich erkenne ja an, daß es für das Fortkommen der einzelnen Schüler nicht von großer Bedeutung sein würde, ob sie noch einmal acht Tage in die Schule gehen, aber wünschenswert ist es doch wohl, daß sie, ehe sie das Schuljahr beenden, noch einmal mit ihren Lehrern in der Schule zusammenkommen. Dazu werden, wie ich glaube, die Kohlenvorräte ausreichend sein.

Wiederholen möchte ich, daß es in erster Linie darauf ankommt, die Kohlen für die unbedingt notwendigen Betriebe verfügbar zu halten; dabei aber ist für uns die Schwierigkeit vorhanden, daß wir nicht allein darüber zu entscheiden haben, was notwendig ist. Wir unsererseits könnten wohl sagen, es käme hier vor allem die Beschaffung der Lebensmittel usw. in Betracht, aber soweit es sich um die Frage dreht: Soll ein Betrieb, der für das Heer arbeitet, in erster oder zweiter Linie berücksichtigt werden, haben verschiedene Instanzen darüber zu entscheiden. Selbst von den Kohlen, die wir für unser Gaswerk herankommen haben, mußten wir etwas abgeben, damit ein großer Betrieb in der Stadt aufrechterhalten werden konnte. Solchen Umständen müssen wir uns fügen und sind dagegen machtlos.

Die Unterscheidung, die der Magistrat in diesem Falle zwischen höheren Schulen und Bürgerschulen gemacht hat, glaubten wir mit gutem Gewissen der Einwohnerschaft gegenüber verantworten zu können. Daß es uns herzlich leid gewesen ist, die Kinder in der jetzigen Zeit, wo sie auch seitens des Hauses ohne die gewöhnliche Aufsicht sind, so lange Zeit auf der Straße liegen zu lassen — so möchte

ich fast sagen — ist selbstverständlich. Traurig aber ist es, daß die Kinder die Gelegenheit nicht mehr wahrgenommen haben, sich in den Schulen zusammenzufinden, wo wir für sie geheizte Zimmer verfügbar gehalten haben. Es waren sehr schöne Wärmehallen für die Kinder, wo sie unter Aufsicht gut aufgehoben waren, bereitgehalten, aber der Schuldirektor hat uns berichtet: „Sie stehen zum großen Teil leer, die Kinder kommen nicht.“ Ich meine, die Eltern hätten veranlassen sollen, daß die Kinder von dieser Gelegenheit Gebrauch machten.

**Stadtv. Wesemeier:** Es ist mir sehr wohl bekannt, daß bedeutende Kohlenvorräte bei den Zechen vorhanden sind; z. B. bei Schöningen ist in den Gruben alles voll, und die Leute sind froh, wenn ihnen die Landwirte etwas von den Kohlen abholen, damit ihre Lager geleert werden. Ich weiß auch, daß es nur an dem rollenden Material mangelt, um die Vorräte an uns heranzubringen. Aber gerade den Standpunkt des Herrn Oberbürgermeisters in dieser Sache kann ich nicht teilen. Er sagte: Die Vorräte in den Bürgerschulen müßten für Notfälle aufbewahrt werden, und ich erkenne auch ohne weiteres an, daß man Reserven zurückbehalten muß. Aber wie stimmt das damit überein, daß man sagt: „Die Vorräte in den höheren Schulen können aufgebracht werden.“ Der Notstand besteht doch auch jetzt noch, deshalb kann ich es nicht in Einklang miteinander bringen, daß an dieser Stelle die Schulen geöffnet sind und an anderen Stellen der Unterricht ausfällt. Es ist ein Unrecht, was hier geschieht.

Auch den Einwand kann ich nicht gelten lassen, daß der mangelnde Abschluß in den höheren Schulen für manche Schüler unangenehme Folgen nach sich ziehen könnte, während die Erreichung des Schulzieles in den Volksschulen von nicht so großer Bedeutung für den einzelnen wäre. Man nimmt immer nur Rücksicht auf die Kinder der Bessersituierten. Ist es nicht von großer Bedeutung, daß das moralische und sittliche Gefühl in der großen Masse der Volksschüler einer solchen Gefahr ausgesetzt wird, wie es jetzt dadurch geschieht, daß man die Kinder wochenlang auf die Straße schickt? Ist es nicht wichtiger, diese Zeit möglichst abzukürzen, als das Schulziel für einzelne in den höheren Schulen erreichen zu lassen? Wenn man gerecht hätte sein wollen, dann hätte man auch in den höheren Schulen den Unterricht aussetzen und die Kohlenvorräte für die Notleidenden bereithalten sollen. Die höheren Schulen müssen doch auch heute noch mit Feuerungsmaterial beliefert werden, und das, was dorthin geht, verlängert den Notstand zu Ungunsten der Volksschulen. Uns liegt es näher, die sittlichen Gefahren von den Volksschülern fernzuhalten und diesen unseligen Zustand zu verringern, als ihn dadurch zu verlängern, daß in einzelnen Schulen Kohlen verbraucht werden. Ich kann den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters nicht folgen.

Stadtv. **Salomon:** Wenn irgendwo mit tiefem Bedauern der Schluß der Volksschulen empfunden ist, so ist dies in den Kreisen der Lehrerschaft der Bürgerschulen der Fall, die diese unfreiwillige Muße mit größtem Widerwillen getragen hat und noch trägt, die auch mit größter Sorge den vielen Schäden und Mängeln entgegensteht, die der Schluß der Schulen, der durch elementare Ereignisse bewirkt wurde, herbeigeführt hat und noch herbeiführen wird. Denn den Lehrern wird in den Klassen nach Ostern, wenn die Schule wieder eröffnet ist, nicht nur doppelte, sondern dreifache Arbeit sowohl in erzieherischer als auch in unterrichtlicher Beziehung erwachsen. Die Lehrer haben anfänglich auch — ich kann wohl sagen — mit Erstaunen gesehen, daß die höheren Schulen den Unterricht wieder aufnehmen und die Volksschulen nicht. Aber bei ruhiger Überlegung haben sie sich gesagt: Wir wollen nicht Kinder der höheren Stände und Kinder der niederen Stände unterscheiden, sondern wir haben *e i n e d e u t s c h e J u g e n d*, und wenn nun einem Teile dieser deutschen Jugend die Bildungsmöglichkeit wieder eröffnet wird, so wollen wir das mit Freuden begrüßen. Wenn dies nun zufällig die Kinder der oberen Schichten betrifft, nun gut, dann ziehen diese den Vorteil daraus. Wir bedauern lebhaft, daß es nicht alle können, aber aus *d e m* Grunde, weil es nicht alle können, auch dem berücksichtigten Teile die Unterrichtsmöglichkeit zu nehmen, dazu konnte ich bei ruhiger, sachlicher Überlegung keinen Anlaß finden.

Dann noch eine kleine sachliche Berichtigung: Die Mittelschule ist nicht in ihrem eigenen Gebäude im Betriebe, sondern der Unterricht für die Mittelschüler wird in einer städtischen Bürgerschule — an der Leonhardstraße — erteilt.

Stadtv. **Niete:** Gerade das letztere, was der Herr Vorredner erwähnte, kommt hier mit in Frage, denn auch die Mittelschule ist sozusagen eine proletarische Schule, und auch die wird außer Betrieb gesetzt, während die höheren Schulen ihren regelmäßigen Unterricht erhalten. Man sieht, wie die Jungen, die unter der Aufsicht weg sind, täglich mehr und mehr verrohen. Gehen Sie in die Mauernstraße, wo ein Kabel gelegt wird, so werden Sie sehen können, wie die Rangen dort ihr Unwesen treiben. Wären sie in der Schule beaufsichtigt, so wäre das eine andere Sache. Den Unterschied, der hier gemacht ist, muß ich entschieden bekämpfen. Ich behaupte, seit zwei bis drei Jahren ist der Zustand der Volksschulen bei uns jammerhaft. Was hat sie denn den Kindern beigebracht? Etwas Chauvinismus, aber das, was sie für das Leben brauchen, ist ihnen nicht gelehrt. Wenn die Schule so lange mit ihrem Unterricht aussetzt, dann muß ja der verheerende Zustand ausbrechen.

Einen ganz unangenehmen Eindruck hat es auf mich gemacht, daß die höheren Schulen Unterricht haben und bei den Bürgerschulen der Unterricht ausgesetzt war. Die vorgebrachten Gründe, daß man es so habe machen müssen, kann ich nicht

gelten lassen. Auch die Kinder der unteren Schulen müssen für ihren Lebensberuf vorbereitet werden; das ist ebenso notwendig für den Sohn des Geringeren wie für den Sohn des Hochstehenden. Um so mehr bedaure ich, daß der Unterricht stillliegen muß, als wir in einem Lande wohnen, wo wir sozusagen in den Braunkohlen stecken. Daß wir nicht genügend Kohlen haben, ist doch nicht ohne Grund. Warum hat denn die Elektrische und das Drehstromwerk so große Vorräte liegen, die sie nicht brauchen? Die könnten wir auch haben, und wenn es auch nur Braunkohlen oder Briketts sind. Die Hauptsache ist, daß überhaupt Feuerungsmaterial beschafft wird. Ich möchte dringend bitten, daß so bald als möglich der Schulunterricht in einheitlicher Weise wieder eingeführt wird.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Den Vorwurf, den Herr Riefe gegen die Schulen erhoben hat, halte ich für durchaus unbegründet und kann nur bedauern, daß ein Stadtverordneter derartige Vorwürfe hier macht. Wenn irgendwo eine Beeinträchtigung einer Einrichtung in dieser Zeit erklärlich ist, dann ist es, glaube ich, bei den Schulen der Fall, denn wir haben zu viel Lehrer hergeben müssen, die draußen an der Front kämpfen. Daß unter diesen Umständen, wo wir mit allen möglichen Hilfskräften auskommen müssen, die Schule nicht auf der Höhe erhalten werden kann wie in Friedenszeiten, das muß sich jeder sagen, auch Herr Riefe. Das hier an die große Glocke zu hängen und von einem jammervollen Zustande der Schulen zu sprechen, das hätte ich von Ihnen, Herr Riefe, nicht erwartet.

Im übrigen muß ich bemerken: Herrn Wesemeier zu überzeugen, ist mir bisher niemals gelungen, und es wird mir auch in dieser Frage nicht gelingen. Darauf habe ich auch verzichtet, ich wollte nur erklären, wie der Magistrat zu dieser Maßnahme gekommen ist. Nun sagt Herr Wesemeier, die Volksschulen hätten nicht geschlossen werden sollen. Richtig, der Ansicht bin ich auch. Aber anders zu verfahren war uns leider nicht möglich, wir mußten die Schulen schließen. Nun dreht es sich nicht darum, daß die Volksschulen geöffnet werden, sondern darum, daß die höheren Schulen geschlossen werden, und einen solchen Standpunkt einzunehmen, halte ich für falsch. Herr Wesemeier sagt mit anderen Worten: „Wenn ich nicht alles erreichen kann, will ich gar nichts“, wir dagegen: „Wir nehmen in der Zeit der Not wenigstens das, was wir erreichen können“, und das ist wohl der richtige Standpunkt. Wenn einzelne der Herren Stadtverordneten den Magistrat wegen seiner Maßnahme gewaltig angreifen, dann wäre es uns wirklich viel lieber, von der Stadtverordnetenversammlung als solcher zu hören, wie sie über diese Dinge denkt. Es wäre dann angebracht, wenn die Herren den Antrag stellten: Die Versammlung beschließt, dem Magistrat einen Vorwurf daraus zu machen, daß er so vorgegangen ist, und wünscht eine andere Handhabung. Wenn die Stadtverordnetenversammlung eine solche Erklärung

abgeben sollte, so wäre das für uns ein Anlaß, bei ähnlichen Zuständen anders zu verfahren; wenn aber nur ein einzelner Stadtverordneter seiner Meinung Ausdruck gibt, so ist ein großes Gewicht nicht darauf zu legen.

Ich habe Herrn Riefe schon vorhin erklärt, daß ich mir Tag für Tag die Ausgaben über die hier zugeführten Kohlen vorlegen lasse und überlege, ob es nicht möglich ist, den Betrieb in den Bürgerschulen wieder aufzunehmen; sobald es möglich ist, wird es selbstverständlich geschehen.

**Vorsigender** (zu Stadtv. Wesemeier): Ich kann Ihnen das Wort nicht noch einmal erteilen, Sie haben zu dieser Sache schon zweimal gesprochen.

**Stadtv. Wesemeier** (zur Geschäftsordnung): Wenn bei einem ganzen solchen Kapitel, wie es das Unterrichtsweisen ist, nur eine Debatte eröffnet wird (ich hatte mich vorher schon gemeldet, als die Bürgerschulen an der Reihe waren, der Herr Vorsigende hat das jedenfalls nicht gesehen), wenn einem nur zweimal das Wort erteilt werden soll, dann weiß ich nicht, wohin das führen soll. Dann müßten wir Gelegenheit nehmen, bei jedem einzelnen Teile der Kapitel das Wort zu nehmen. — Ich möchte eben hier noch eine weitere Anfrage stellen.

**Vorsigender:** Ich möchte Herrn Wesemeier erwidern, daß der Punkt, der in der Besprechung beragt ist, nur ein eng für sich begrenztes Gebiet berührt, so daß die Begründung des Herrn Wesemeier für sein Verlangen, nochmals zum Wort zugelassen zu werden, wohl kaum zutrifft. Ich sehe also nicht ein, warum die Geschäftsordnung in dieser Beziehung versagen sollte.

**Stadtv. Salomon:** Herr Riefe hat in öffentlicher Sitzung der Lehrerschaft unserer Braunschweiger Volksschulen einen Vorwurf von einer Schwere und einem Umfange gemacht, wie er selten in einer öffentlichen Versammlung der Lehrerschaft gegenüber erhoben wurde. Ich muß ihm die Verantwortung für diesen schweren Vorwurf ganz allein zuweisen. Wenn Herr Riefe sagt: „Was haben denn die Lehrer den Kindern beigebracht? Ein bißchen Chauvinismus, aber von dem, was sie für das praktische Leben brauchen, gar nichts!“ — so ungefähr waren seine Worte —, so muß ich das g a n z e n t s c h i e d e n a l s n i c h t w a h r z u r ü c k w e i s e n. Werfen Sie einen Blick in unsere Lehrpläne! Die zeigen Ihnen deutlich, was wir in den Schulen treiben, und dann werden Sie finden, daß oberster Grundsatz ist: „Nicht für die Schule, sondern für das Leben!“ Dieser Grundsatz ist von A bis Z durchgeführt. Daß natürlich auch manche formalen Sachen lediglich zur Schulung und Bildung des Geistes getrieben werden müssen, das weiß jeder Pädagoge wie auch der Laie. Aber in erster Linie nimmt

unser Lehrplan Rücksicht auf das praktische Leben, und in der pädagogischen Presse werden Sie über den Plan nur das allergünstigste Urteil finden und werden in dieser Presse auch in weit ausgedehntem Maße anerkannt sehen, daß die braunschweigische Volksschule, insbesondere die der Stadt Braunschweig, als vorbildlich hingestellt wird.

Stadtv. **Besemeier**: Ich wollte noch eine Anfrage stellen.

**Vorsitzender**: Ich bitte Sie, die Anfrage schriftlich einzureichen, dann wollen wir sie geschäftsordnungsmäßig behandeln.

#### Kap. IV. Kunst und Wissenschaft.

Stadtv. **Munte** (als Referent): Seitens der Finanzkommission ist zu diesem Kapitel nichts zu bemerken.

Stadtv. **Selle**: Ich möchte mir betreffend die Abteilung II Archiv und Bibliothek die Anfrage erlauben, ob das umfangreiche Personal, das hierfür zur Verfügung steht, noch jetzt erforderlich ist. Es scheint etwas reichlich bemessen zu sein, und ich möchte die Versammlung ersuchen, dem Magistrat anheimzustellen, dies zu prüfen und, wenn möglich, eine Einschränkung eintreten zu lassen.

Bürgermeister **Meyer**: Es wird Herrn Selle nicht entgangen sein, daß der Stadtmagistrat bekanntgegeben hat, daß das städtische Archiv und die Bibliothek geschlossen sind. Infolgedessen ist gegenwärtig eine volle Ersparnis der Arbeitskräfte für die Anstalt eingetreten; sie werden verwendet bei der Stadtverwaltung. Eine größere Ersparnis kann wohl nicht erzielt werden.

Stadtv. **Selle**: Diese Maßnahme bezieht sich wohl nur auf die jetzige Kälteperiode, wo wegen des Kohlenmangels Archiv und Bibliothek geschlossen sind. Oder bezieht sich die Maßnahme auf die ganze Zeit des gegenwärtigen Krieges?

Bürgermeister **Meyer**: Die Schließung ist selbstverständlich nur für eine vorübergehende Zeit erfolgt und wird vermutlich aufhören, wenn der Kohlenmangel beseitigt ist. Auf die Frage, wann die Beschränkung des Betriebes aufhört, wird kaum eine Antwort erteilt werden können. Was die Zahl des jetzigen Personals anbetrifft, so muß ich erklären, daß, wenn die Anstalt im Betriebe erhalten werden soll, ein Personalbestand im gegenwärtigen Umfange unentbehrlich ist. Der Leiter wird nicht entbehrt werden können. Die Assistentin Fräulein Finsch ist angenommen, weil zur Fortführung der Katalogisierungsarbeiten eine Hilfskraft

erforderlich ist. Wenn der Stadtarchivar der Stadt den Nutzen bringen soll, den sie von diesem Beamten erwarten muß, dann ist zu seiner Entlastung ein Assistent unbedingt erforderlich. Der Registrator ist nötig zur Bearbeitung der Ein- und Ausgänge der Anstalt und zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Lesehalle. Auch sonst liegen ihm noch mancherlei Arbeiten ob. Schließlich sind auch die Schreibarbeiten des Instituts so bedeutend, daß mit einem Hilfschreiber nicht auszukommen ist, doch kann erwogen werden, ob nicht hier eine Einschränkung möglich ist. Der Hausverwalter ist eingesetzt, um das Grundstück zu überwachen; er erledigt daneben einen großen Teil der Buchbinderarbeiten der Anstalt und ist auch hierdurch von nicht zu unterschätzendem Nutzen.

### **Kap. V. Kranken- und Armenpflege.**

**Stadtv. Munte:** Das Kapitel Kranken- und Armenpflege wurde früher als Armenkasse bezeichnet. Diese letztere Bezeichnung soll in Zukunft fortfallen.

**Kap. VI—VIII** ohne weitere Besprechung.

### **Kap. IX. Ortspolizei.**

**Stadtv. Lauer:** Auf Seite 293 finde ich einen Betrag von 15 000 *M* für den Wasserverbrauch, den das Konto „Ortspolizei“ an die Wasserwerksskasse zur Straßensperrung usw. zu entrichten hat. Ich habe die letzten fünf Jahrgänge des Haushaltsplanes nachgeschlagen und habe gefunden, daß vom Jahre 1913 ab immer wieder dieselbe Summe eingestellt ist. Ich weiß nicht, ob auch vor dem Jahre 1913 bereits nur dieser Betrag bezahlt worden ist. Zutreffend ist es jedenfalls, daß seit 1913 nicht nur die Materialien, sondern auch die Löhne und vor allen Dingen in letzter Zeit auch das Wasser eine Teuerung erfahren hat, und deshalb sollte ich meinen, daß, da der Betrag schon seit so langer Zeit in derselben Höhe besteht, und da wir auf der Suche nach neuen Einnahmen sind, der Zeitpunkt gekommen ist, wo eine Aufbesserung vorgenommen werden könnte. Als wir kürzlich das Wassergeld erhöht haben, hat der Stadtmagistrat selbst in einer Vorlage diesen Fall betont und gemeint, es dürfte sich erübrigen, diesen Betrag von 15 000 *M* zu erhöhen; weiter sagte der Stadtmagistrat in jener Vorlage, daß auch die Gebühr für Bepflanzung der staatlichen Wallanlagen nicht erhöht werden solle, und endlich sagte der Magistrat in jener Vorlage, daß die Einwohnerschaft selbst ein lebhaftes Interesse daran habe, daß Rasen und Bierflächen an den Wallanlagen in gutem Zustande erhalten werden. Das letztere ist selbstverständlich sehr richtig, wir wünschen es alle. Aber ich sollte meinen, die gleiche Aufgabe sollte auch der Staat für sich selbst erblicken, da diese Wallanlagen eben staatlich sind. In erster Linie hat doch immer der Besitzer dafür zu sorgen, daß seine Anlagen in ordnungs-

gemäßem Stande gehalten werden. Aus den angeführten Gründen sollte ich meinen, daß man einer Prüfung über die Höhe dieses Postens nähertreten könnte.

**Oberbürgermeister Netemeyer:** Wenn wir einer Prüfung dieses Postens nähertreten würden, so hätte das, wie ich glaube, keinen Zweck. Herr Lauer meinte, diese 15 000 *M* bezahle die Ortspolizei. Nein, diese 15 000 *M* bezahlen wir selbst; allerdings sind wir die Zahlenden und auch die Empfangenden: Wir tun das Geld aus der linken in die rechte Tasche, nämlich aus der Kammereikasse in die Kasse des Wasserwerks. Sollten die Herren aber meinen, daß in bezug auf die teuren Zeiten dieser Posten erhöht werden sollte, so wird der Magistrat nichts dagegen haben. Ich gebe zu, daß die Preise im ganzen gestiegen sind, und daß die Stadt wohl verpflichtet sein könnte, dem Wasserwerk, das nicht mehr so gute Geschäfte macht wie früher, für das zu diesen Zwecken gelieferte Wasser etwas mehr zu geben. Dennoch möchte ich dabei bleiben, was der Magistrat neulich in seiner Vorlage über Erhöhung des Wasserpreises gesagt hat. Die Erhöhung ist zwecklos in ihrer Wirkung. Den Vorteil von der ganzen Sache hätte der Ausgleichsfonds, weil der Überschuß des Wasserwerks durch eine erhöhte Zahlung an das Wasserwerk größer werden würde, da wir bekanntlich vier Fünftel von dem Überschuß dem Ausgleichsfonds zufließen lassen.

Vollkommen recht hat Herr Lauer dagegen, wenn er darauf hinweist, daß es für die Stadt vorteilhafter wäre — ich gehe darauf ein, obgleich dies nicht in der zur Besprechung stehenden Position enthalten ist —, wenn der Staat mehr für das Wasser zur Besprengung seiner Anlagen bezahlte. Er gibt nur 1 Pf. für das Quadratmeter, und das ist sehr wenig. Aber schon in jener Vorlage haben wir ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir eine Erhöhung dieses Postens unsererseits nicht in Vorschlag bringen wollten, weil unsere Einwohnerchaft ein Interesse an der Erhaltung dieser Anlagen, der Beete, Rasenflächen usw. hat. Die Herren Stadtverordneten haben damals keine gegenteilige Meinung uns bekanntgegeben, insolgedessen hatten wir keine Veranlassung, den Satz zu ändern. Bemerken will ich übrigens noch, daß der Staat nichts für das Wasser bezahlt, um seine Wallpromenaden zu besprengen. Das Wasser hierfür kostenlos zu liefern, haben wir freiwillig übernommen, und bei Lage der Verhältnisse wird man, glaube ich, nicht umhinkönnen, die Anlieger der Wallanlagen, die ebenso gute Steuerzahler für uns sind, wie die der übrigen Straßen, und vor deren Häusern zu sprengen wir übernommen haben, der Wohltat des Sprengens der Straße teilhaftig werden zu lassen. Wir können darin zwischen unseren Einwohnern keinen Unterschied machen. Außerdem kommt noch eins hinzu: Es sind seit längerer Zeit Verhandlungen darüber im Gange, ob die Stadt dafür, daß sie in den Wallanlagen die Rohre für Gas, Wasser und für die Kanäle gelegt hat, eine Vergütung an den



Staat zahlen soll. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß dazu keine Veranlassung vorliegt, weil diese unterirdischen Anlagen notwendig sind, um diese Straßen zu Wohnstraßen zu machen. Wir erfüllen also dadurch, daß wir diese Rohre dorthin legen, eine Aufgabe, die eigentlich dem Staat als Inhaber der Straße zükäme. Und bei diesen Verhandlungen ist auch zur Sprache gekommen, ob nicht gegenüber der Forderung des Staates der billige Preis des stadteitig gelieferten Wassers zur Besprengung berücksichtigt werden könnte. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Schluß gebracht; der Zeitpunkt ist wohl nicht geeignet, diese nebensächlichen Verhandlungen mit dem Staate fortzusetzen. Die Gelegenheit, diese Kosten, die der Staat zur Besprengung seiner Anlagen bezahlt, zu besprechen, findet sich bei der Beratung des Stats des Wasserwerks.

**Stadtv. Lauer:** Überall herrscht das Bestreben vor, daß auf einem Konto, das einen Nach- oder Vorteil bietet, dieses auch auf ihm zur Erscheinung kommt und nicht auf einem anderen Konto; sonst gibt es ein vollständig falsches Bild. Es ist zutreffend, daß dem Konto des Wasserwerks eine Schmälerung dadurch entsteht, daß seine Ware nicht in dem vollen Maße bezahlt wird, wie es in Wirklichkeit nach dem Preisverhältnisse sein müßte. Nur das wollte ich gesagt haben. Wir haben doch auch kürzlich bei dem Konto Wasserwerk eine Teilung der Buchführung nach anderer Richtung vorgenommen, und ich meine, man müßte immer bestrebt sein, ein Konto, soweit es möglich ist, richtigzustellen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Ich wiederhole, daß wir diese Materie vor Monatsfrist den Herren Stadtverordneten unterbreitet und gefragt haben: Soll der Betrag erhöht werden? Wenn Herr Lauer mit diesem Ansat, über den sich streiten läßt, nicht zufrieden ist, dann mag er einen Antrag stellen und die Stadtverordneten mögen dazu Stellung nehmen. Einen Zweck hat es, wie schon gesagt, nicht, ob wir den Betrag zu 15 000 *M* stehen lassen oder ihn um vielleicht 2000 *M* erhöhen. Auch ist es schwer, zu sagen, wieviel das Wasser, das zur Sprengung usw. benutzt wird, wert ist: in dem einen Jahre vielleicht das Doppelte von dem, was es in dem anderen Jahre wert ist, weil in dem einen Jahre viel und in dem anderen wenig gesprengt wird. Genau berechnen läßt sich der Betrag nicht, denn selbstverständlich wird dieses Wasser nicht einmal oberflächlich geschätzt, sondern die Wassermagen entnehmen eben einfach soviel, wie sie gebrauchen, den Hydranten, ohne daß darüber Buch geführt wird.

**Vorsigender:** Ein Antrag ist nicht gestellt; wir gehen zum folgenden Kapitel über.

**Rap. X** (ohne weitere Besprechung).

## **Rap. XI. Gemeindesteuern und sonstige Abgaben.**

**Stadtv. Munte:** Dies ist der Lichtpunkt des ganzen Stadthaushaltsplans. Sie sehen, daß der überschuß 5 201 400 *M* ergibt. Nicht aufgeführt unter den Steuern ist die von uns beschlossene Kinosteuer. Herr Stadtrat von Frankenberg hat in der Sitzung des Finanzausschusses freundlichst darüber Auskunft gegeben. Es wäre den Herren jedenfalls erwünscht, wenn Herr Stadtrat von Frankenberg seine Ausführungen hier im Plenum wiederholte.

**Stadtrat von Frankenberg:** Wir haben uns bekanntlich mit Ihnen Anfang Dezember über den Statutenentwurf über Einführung einer Lichtpielfsteuer geeinigt, haben diesen Entwurf sofort der Herzoglichen Kreisdirektion mit dem Antrage auf Genehmigung durch das Herzogliche Ministerium vorgelegt und darauf gewartet, daß diese Genehmigung recht bald kommen würde, denn bei unserer städtischen Finanzlage war der Betrag aus dieser Steuer uns sehr willkommen. Die von uns gewünschte Genehmigung ist leider bisher noch nicht erteilt. Wir haben in diesen Tagen Nachricht bekommen, daß das Ministerium es für wünschenswert hielte, daß die städtischen Behörden noch einmal Stellung nehmen zu gewissen Bedenken, die von anderen Behörden — der Herzoglichen Polizeidirektion und der Zoll- und Steuerdirektion — zu der Steuer geäußert sind. Der Magistrat hat sich heute morgen mit dieser Sache befaßt und eine Vorlage darüber an die Herren Stadtverordneten ist bereits in ihren Grundzügen beschlossen; sie wird Ihnen in den nächsten Tagen zugehen. Wir werden darin die Herren bitten, an unserem Entwurfe im wesentlichen festzuhalten mit einer geringfügigen Ergänzung, die darin gipfelt, daß für Vorführungen wissenschaftlichen und ähnlichen Inhalts der Magistrat ermächtigt werden möge, Steuerfreiheit zuzugestehen, ähnlich, wie das in anderen Städten auch der Fall ist.

Wenn die beiden gutachtlich zu dieser Sache gehörten Behörden noch einmal zurückgegriffen haben auf die Platzsteuer, die auch wir im vorigen Sommer den geehrten Herren vorgeschlagen hatten, und die fallen gelassen ist, weil wir uns schließlich auf eine Eintrittskartensteuer geeinigt haben, so hält es der Magistrat nicht für zweckmäßig, jetzt das Kriegsbeil auszugraben und aufs neue mit einer Platzsteuer sein Heil zu versuchen, sondern wir glauben, daß man, nachdem wir uns geeinigt haben, an dem erzielten Ergebnis festhalten soll, solange nicht zwingende Gründe zu einer Abweichung führen. Die Polizeidirektion hat auch eine gemischte Steuer, eine Platzsteuer in Verbindung mit einer Berechnung nach verarbeiteten Films vorgeschlagen. Es ist das ein sinnreiches und geistreich ausgearbeitetes Verfahren, aber ich habe die lebhafteste Besorgnis, daß für diejenigen Beamten, die mit einer verbundenen Platz- und Filmmeter-Steuer zu arbeiten gezwungen wären, die Sache nicht so einfach wäre, und da der Magistrat nicht nur

das Erträgnis der Steuer, sondern auch die steuertechnisch einfache Durchführung des Verfahrens berücksichtigen muß, so glauben wir auf diesen sonst beachtenswerten Vorschlag der Polizeidirektion nicht eingehen zu sollen, und hoffen, daß die geehrten Herren uns freundlichst unterstützen werden, die Lichtspielsteuer in der von uns beschlossenen Form unter Dach zu bringen.

**Stadtv. Munte:** Wenn die Steuer im Laufe des kommenden Jahres zur Anwendung kommen soll, so werden wir ja bald uns darüber schlüssig werden müssen.

Es würde auch von Interesse sein, wenn der Magistrat uns über das Elektrizitätswerk Auskunft geben möchte. Dieses hatte sich ja geweigert, den Betrag der Abgabe in der Höhe zu zahlen, wie er ausgemacht ist.

**Stadtbaurat Gebensleben:** Voraussichtlich werden sich in der nächsten Sitzung die Herren Stadtverordneten mit dieser Angelegenheit von neuem zu beschäftigen haben. Ich möchte deshalb bitten, die Beantwortung dieser Frage bis zur nächsten Stadtverordnetenitzung zurückstellen zu dürfen.

**Stadtv. Munte:** Was sonst dieses Kapitel betrifft, so werden die Herren die interessanten Ausführungen in dem Begleitschreiben verfolgt haben, die zu dem Schlusse führen, daß wir an Einkommensteuer rund 123 Prozent der ausgeschriebenene Staatseinkommensteuer bezahlen. Es ist das einschließlich der Zuschläge berechnet und wird wohl nicht ganz stimmen, sondern wir werden jedenfalls mehr bezahlen; in der Kommission wurde gemeint, es würden vielleicht 150 Prozent sein.

#### **Kap. XII—XIV ohne weitere Besprechung.**

**Stadtv. Munte:** Den **H a u p t a b s c h l u ß** des ordentlichen Stadthaushalts für das Jahr 1917/18 finden die Herren auf Seite 242 und 243. Dort ist übersichtlich zusammengestellt, wie die einzelnen Kapitel in Einnahme und Ausgabe beteiligt sind. Mutmaßlich wird sich ein Fehlbetrag von 361 000 M ergeben.

#### **B. Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben.**

#### **Kap. I—IV ohne weitere Besprechung.**

### **Voranschläge der selbständigen Verwaltungen.**

#### **Städtische Gaswerke.**

**Stadtv. Munte:** Auch an diesem Voranschlage hat sich nichts zu erinnern gefunden. Als Endergebnis ist bei einer Rückstellung von 100 000 M für den Reservefonds ein Überschuß von 369 000 M vorgesehen.

Stadtv. **Stegmann:** Ich möchte mir zu der Einnahme für Koks auf Seite 370 einige Worte erlauben.

Es ist den Herren bekannt, daß in den letzten Jahren wiederholt über den Kleinverkauf von Koks auf unserem Gaswerke lebhaftest Beschwerden erhoben worden sind, auch in diesem Saale. In dieser Zeit der Kohlennot sind selbstverständlich die Beschwerden in weit vermehrtem Maße laut geworden. Es sind tatsächlich Zustände eingetreten, die den Unmut weiter Kreise und lebhaftest Empörung der direkt Beteiligten hervorgerufen haben.

Sie alle wissen, wie schlimm die Kohlennot in diesem Winter uns mitgespielt hat, und gerade die ärmsten Schichten sind davon am schlimmsten betroffen. Die Bessersituierten haben wohl durchgängig ihr Kohlenmaterial im Keller. (Zwischenruf.) O doch, Herr Oberbürgermeister, und selbst da, wo es bei ihnen knapp geworden ist, haben die Kohlenhändler ihre besseren Kunden wohl befriedigt. Aber Hunderte, ja ich möchte fast sagen Tausende von ärmeren Familien konnten wochenlang kein Krümchen Kohlen bekommen und mußten bei der traurigen Feuerung mit Grudefoks in der Küche sitzen. Der Andrang in den Gaswerken ist deshalb kolossal gewesen, und die Mißstände da draußen haben sich wesentlich vermehrt. Ist es doch so weit gekommen, daß bald nach drei Uhr schon die Leute dort angetreten sind. 400—500 Personen hat man dort zählen können, während nur 200 haben abgefertigt werden können; die anderen haben ohne Koks wieder abziehen müssen, nachdem sie viele Stunden lang bei Wind und Wetter gestanden haben. In neuerer Zeit hat man Karten ausgegeben; aber man hat die Fleischkundenkarten dazu gebraucht, und damit ist wieder Mißbrauch getrieben. Die Leute borgen sich diese Fleischkundenkarten zusammen, und während sie sonst nur alle acht Tage an die Reihe kommen sollen, sind einzelne täglich da und holen sich die Bricketts, die da verteilt werden, um sie für die nächste Zeit aufzuparen. Der Herr Oberbürgermeister schüttelt den Kopf, es ist aber tatsächlich der Fall, was ich hier vorbringe.

Sodann wird gerügt, daß man Kindern überhaupt nichts gibt. Nun muß man doch aber berücksichtigen, wie die Verhältnisse liegen. Der Vater ist im Kriege, die Mutter beschäftigt. Was soll sie da anders machen, sie muß die Kinder hinaus schicken. Mir ist bekannt, daß eine Witwe ihren großen Jungen von der Schule zu Hause behalten hat, und daß der von ½6 bis 11 Uhr hat auf dem Gaswerk stehen müssen, ehe er an die Reihe kam, und da war kein Vorrat mehr vorhanden. Am folgenden Tage ist er wieder hingegangen, hat also wieder die Schule veräumen müssen. Aber auch das hat nichts geholfen. Als er an die Reihe kam, hieß es: „Kinder bekommen nichts! Marsch, weg!“ Das sind Zustände, die beseitigt werden müssen.

Weiter ist gerügt, daß der Verkauf viel zu langsam geht. Es sind nur zwei Männer da, die den Koks verteilen, und das soll furchtbar lange dauern. Wenn man die Leute nicht weiter stundenlang stehen lassen will, ist es dringend nötig, daß man mindestens noch zwei Mann für den Verkauf anstellt.

Nun wird gesagt: Mehr Feuerung, als vorhanden ist, können wir nicht abgeben — wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren. Gewiß, Kohlen und Bricketts sind knapp, und darauf muß Rücksicht genommen werden. Es soll aber vorkommen, daß man, trotzdem der Vorrat so gering ist, größere Quantitäten abgegeben hat. Ich habe mich auch einmal bemüht, für unseren Betrieb Feuerung zu erhalten, aber es wurde mir gesagt, daß vom Oktober her noch Leute angeschrieben stehen, die nichts bekommen haben. Wichtig ist es ja, wenn man bei der Kohlennot solchen Leuten sagt: „Es tut uns leid, ihr könnt nichts bekommen, oder wenigstens nicht das Quantum, das ihr bestellt habt.“ Verkehrt aber ist es, wenn, wie ich gehört habe, Mitte voriger Woche ein Kaufmannsgeschäft auf der Breitenstraße einen städtischen Wagen voll mit 90 Zentner Bricketts auf einmal bekommt; ebenso soll ein Rechtsanwalt noch einen Wagen voll Koks bekommen haben. Bei solcher Kohlenknappheit sollte man sagen: „Mehr als vielleicht 5 Zentner gibt es nicht!“ Auf die Weise würde man eine größere Anzahl der nach Kohlen hungern- den Leute befriedigen können, und ich möchte dringend bitten, daß in dieser Beziehung Remedur geschaffen wird.

Die Benutzung der Fleischkundenkarte bei der Abgabe von Feuerung ist doch auch nicht das Richtige. Es muß doch möglich sein, die Sache so einzurichten, wie es bei den Petroleumkarten der Fall ist. Man könnte besondere Feuerungskarten ausgeben, die numeriert sind; wie das am besten eingerichtet wird, weiß ja der Magistrat schon selber. Und dann müßte bekanntgemacht werden, wann die einzelnen Nummern an die Reihe kommen. Durch solche Maßnahmen würde schon ein etwas gerechteres System Platz greifen, und die Empörung der betroffenen Bevölkerung würde aufhören. Außerdem würde auch mehr Leuten Gelegenheit geboten, etwas zu bekommen.

Hinweisen möchte ich darauf, daß auch in anderen Städten etwas mehr in dieser Versorgung der Bevölkerung mit Feuerung geschieht. Mir ist ein Ausschnitt aus dem gestrigen Wolfenbütteler Kreisblatte zugestellt, worin mitgeteilt wird, daß die Bricketts nach Nummern abgegeben werden sollen. 1—4 Personen in einem Haushalt bekommen 1 Zentner, 5—10 Personen 2 Zentner und über 10 Personen 3 Zentner, und im Wolfenbütteler Kreisblatt wird jedesmal bekanntgemacht, welche Nummern an die Reihe kommen sollen. Ich möchte bitten, darauf zu sinnen, daß auch hier ein System gefunden wird, das alle den zutage getretenen Mißheiligkeiten Abhilfe schafft.

Weiter möchte ich an den Magistrat die Anfrage richten, ob er vielleicht in betreff der Beschaffung von Feuerung schon Vorjorge für den nächsten Winter getroffen hat — es soll ja deswegen auch eine ministerielle Bekanntmachung erlassen sein. Nötig wird eine solche Vorjorge jedenfalls sein, da man nicht weiß, wie lange der Krieg noch dauern wird. Auch Hildesheim hat eine Kohlenverteilungsstelle für das ganze Stadtgebiet eingerichtet; ob sie eine dauernde Einrichtung bleiben wird, weiß ich allerdings nicht. Dort werden Kohlen an solche Bürger abgegeben, die gar keine im Keller liegen haben oder höchstens drei Zentner. Die Abgabe von je 1 Zentner erfolgt auf Bezugsschein durch die Kohlenhändler. Meiner Ansicht nach ist es nötig, daß der Magistrat auch für unsere Stadt eine Kohlenbeschaffung und -verteilung für das nächste Jahr ins Auge faßt, damit wir im nächsten Winter nicht wieder in dieselbe Kalamität kommen wie in diesem Winter.

Wenn es gestattet ist, möchte ich gleich eine Anfrage über das Gas hier anschließen. Schon in einer früheren Sitzung haben wir über die schlechte Beschaffenheit des Gases in diesem Winter gesprochen, und jetzt haben sich die Verhältnisse noch verschlimmert. Wir sehen es ja schon an den Straßenlaternen, daß wir uns in einer richtigen Kalamität befinden. In vielen Haushaltungen brennt das Gas überhaupt nicht mehr. Vorgestern habe ich es bei mir selbst und in unserem ganzen Hause beobachten können, daß die Gasherde überhaupt nicht zur Funktion zu bringen waren. Ich weiß wohl, daß auch das Gaswerk sich in einer schwierigen Lage befindet, aber die Leute können es nicht verstehen, daß die Verhältnisse sich noch verschlimmert haben, nachdem wir doch zu äußerster Sparsamkeit übergegangen sind und bei einem Verbrauch von Gas über ein gewisses Quantum hinaus das Kubikmeter mit 1 // bezahlt werden soll. Eine Menge Gas wird allein verschwendet beim oftmaligen Anzünden der Flammen, was ganz vergeblich ist, denn mit einem Puff geht die Flamme gleich wieder aus. Jedenfalls möchte ich bitten, die Frage zu beantworten, ob nicht bald eine Besserung in Aussicht steht. Sind denn die Kohlen noch schlechter geworden, oder woran liegt es, daß diese Kalamität eingetreten ist?

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Bei der Versorgung der Einwohnerschaft mit Brennstoffen muß man scharf unterscheiden die allgemeine Versorgung und die Lieferung von Koks und Braunkohlen durch die Stadt.

Was die allgemeine Versorgung betrifft, so darf ich wohl offen sagen, daß wir durch die plötzlich eingetretene Kohlennot alle überrascht sind, denn kein Mensch hat im voraus wissen können, daß sie eintreten würde. Veranlaßt ist sie durch den Wagenmangel und durch den überaus harten Winter. Nicht nur der erheblich gesteigerte Verbrauch, sondern auch das Zufrieren der Kanäle hat die leidige Folge

gehabt, daß bei den vielen Ansprüchen auf Lieferung von Feuerung nicht genügend Material herangeschafft werden konnte. Da man solche Zustände nicht hat voraussehen können, so ist es erklärlich, daß man eine allgemeine Regelung der Versorgung der Einwohnerschaft mit Brennstoffen nicht in die Wege geleitet hat.

Im übrigen darf ich bemerken, daß vor einiger Zeit von unserem Staatsministerium Verhandlungen eingeleitet sind, wie der Wiederholung derartiger Unzuträglichkeiten für die Zukunft vorgebeugt werden kann. Alles Rationieren kann uns da nicht helfen, es gibt kein anderes Mittel als das, was man zur Anwendung bringen will, nämlich, sobald es warmes Wetter ist, soviel als möglich ist, heranzuschaffen. Die einzelnen Haushaltungen müssen sich, soweit sie dazu in der Lage sind, beizeiten versorgen. Die großen Betriebe müssen gezwungen werden und werden es auch schon ohne weiteres tun, für sich heranzubringen, was die Ächsen nur bringen können. Dann brauchen wir für diejenigen Leute, die nicht in der Lage sind, größere Vorräte hinzulegen, sei es, weil ihnen das Geld dazu mangelt oder weil sie nicht die nötigen Räume dafür haben, nur verhältnismäßig geringe Vorräte aufzustapeln. In der Erwartung, daß die Stadtverordneten zustimmen werden, haben wir uns dem Ministerium gegenüber schon bereit erklärt, dieses letztere zu tun, und haben dabei an Grundstücke gedacht, die Gleisanschluß haben. Auf der Pumpstation z. B. können wir Schuttdächer auführen und dort Braunkohlen und Briketts lagern — dies ist nach unserer Beobachtung das beste Brennmaterial für unsere kleinen Haushaltungen. Dann sind wir imstande, im nächsten Winter davon abzugeben.

Sehr schwer ist es gewesen, unsererseits eine teilweise Rationierung für die Abgabe der Feuerung in den letzten Wochen vorzunehmen, weil wir niemals im voraus wußten, was wir selbst in den nächsten Tagen und Wochen an Feuerung bekommen würden; wir lebten von der Hand in den Mund. Außerdem ist der Bedarf an Heizmaterial an den einzelnen Tagen sehr verschieden. Es würde durchaus nicht richtig sein, zu sagen, wie das beim Brote geschieht: pro Kopf jeder Familie muß soandjo viel gegeben werden, damit die Familie als versorgt gelten kann. In der einen Familie sind andere Heizeinrichtungen als in der anderen. Manche Familien brauchen vielleicht weniger Feuerung, trotzdem die Zahl der Familienmitglieder größer ist, weil sie vollkommenere Öfen haben, und aus anderen Gründen.

Als weitere Schwierigkeit kam für uns hinzu, daß die größeren Betriebe von uns zuerst berücksichtigt werden mußten. Herr Stegmann hat einzelne Fälle angeführt, in denen jetzt noch Kohlen in größeren Mengen zugeführt sind. Ich kann nur erklären, daß die Deputation für die Gaswerke vor 14 Tagen beschloffen hat: Es sollen dem einzelnen nur noch bis zu 10 Zentner Koks zugeführt werden, und zwar nur in solchen Fällen, in denen unsere ständigen Kunden schon vor Monaten

bestellt und den Betrag schon eingezahlt haben. Diese Besteller können wir nicht ganz zurückweisen, denn wir haben die Verpflichtung, die eingegangenen Verträge zu erfüllen, soweit wir dazu in der Lage sind. Sollte nach unserem Beschlusse nicht gehandelt sein, so würde ich das sehr bedauern.

Nun der städtische Verkauf im kleinen. Dieser ist in früheren normalen Zeiten sehr glatt und ordnungsmäßig vor sich gegangen. Wir hatten, um diesen Betrieb zu ermöglichen, die Deputation ermächtigt, täglich ein bestimmtes Quantum — ich glaube, es waren 200 Zentner — zum Kleinverkauf zur Verfügung zu stellen. Angenehm ist für uns diese Abgabe von Koks im kleinen auf unseren Gaswerken ja überhaupt nicht, denn wir sind nicht dafür eingerichtet, aber wir haben es getan im Interesse der kleinen Leute, die auf diese Weise billigen Koks beziehen konnten. Wir sind dann weiter dazu übergegangen, Kohlenhändler zu werden insofern, als wir die Direktion der Gaswerke ermächtigt haben, Braunkohlen heranzuschaffen und zum Selbstkostenpreise an kleine Leute abzugeben. Das haben wir schon einige Jahre getan, und die Einrichtung hat sich auch bewährt. Unglücklicherweise ist es nun in diesem Jahre dahin gekommen, daß nicht allein die kleinen Leute, die sich früher durch unser Gaswerk versorgt haben, sich in kleinen Mengen Feuerung vom Gaswerk holten, sondern ich möchte sagen: es kam die halbe Stadt, und alle wollten auf unserem Gasverkhofe versorgt werden. Das war natürlich unmöglich.

Auch dem Publikum, das sich dort ansammelte, muß man Vorwürfe machen. Die Leute haben absolut keine Rücksicht darauf genommen, daß wir auf solche Verhältnisse nicht eingerichtet sind; nicht fünf Mann sind imstande gewesen, den Ansturm der Käufer abzuwehren, und obgleich wir in Erinnerung an ein Wort des Herrn Steinbrecher: „Die Braunschweiger sind nur in Ordnung zu halten, wenn jeder eine Nummer hat“ dafür gesorgt haben, daß jedem eine Blechnummer in die Hand gedrückt wurde, konnten wir keine Abhilfe schaffen. Die Leute drängten einfach in den Hof hinein, so daß nichts dagegen zu machen war.

Es bleibt nur ein Aus Hilfsmittel: Können wir den Verkauf nicht aufrecht erhalten, so geben wir Kohlen und Koks an Händler ab, dezentralisieren die Abgabe, und die leidige Folge ist dann freilich, daß die Käufer etwas mehr für den Zentner bezahlen müssen. Ich komme immer mehr dahin, daß die Dezentralisation uns in diesen Sachen am besten in den Stand setzt, die Ordnung aufrechtzuhalten. Man meint es gut und will den Braunschweigern so billig wie möglich ihre Feuerung zukommen lassen, aber wenn man auf derartigen Widerstand und rücksichtsloses Vorgehen trifft, muß man sich zurückziehen. Die Leute sind sogar in die Betriebsgebäude eingedrungen, und das müßte doch nicht vorkommen. Ich erkenne an, die Leute sind in schlimmer Lage, aber wir waren der Sache in dieser Größe einfach nicht gewachsen.



So ist der Verlauf gewesen, und wir wollen hoffen, daß es damit im nächsten Jahre besser wird. Jetzt kurz entschlossen die ganze Sache aufheben möchte ich auch nicht; ich denke, wir werden den Verkauf im kleinen erst noch fortsetzen können, dann haben die Leute wenigstens etwas. Das Böse dabei ist nur: wenn auch zeitweilig mehr Kohlen herankommen und wir im kleinen mehr davon ablassen können, so sind wir doch nicht in der Lage, im voraus zu disponieren, weil plötzlich größere Anforderungen kommen können, z. B. kann gefordert werden, an das Schlachthaus sountso viel Zentner Koks abzugeben, oder die Verwaltung der Gaswerke braucht den Koks selber, um ihre Öfen im Gange zu behalten. Es ist also beim besten Willen nicht möglich, im voraus zu bestimmen, wieviel verteilt werden kann, und eine einigermaßen geregelte Verteilung wohl nur dadurch zu erreichen, daß man die Feuerung unter die Händler verteilt.

Sodann hat Herr Stegmann noch eine Anfrage in bezug auf das Gas gestellt. Allerdings ist es damit sehr traurig, und ich muß offen anerkennen, daß es noch schlechter geworden ist als vor Wochen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Kohlen so schlecht sind, wie wir sie noch nie gehabt haben. Alles Reflamieren hilft nichts bei den Zuständen auf den Zechen, wo die Verwaltungen nicht in der Lage sind, die frühere Betriebsweise aufrechtzuerhalten. So wird es auch kaum zu ändern sein, daß wir nehmen müssen, was wir kriegen; sonst laufen wir Gefahr, überhaupt nichts zu bekommen. Das Gas ist auch nicht annähernd in der Güte herzustellen, wie es früher gewesen ist, es ist wohl sogar Gefahr vorhanden, daß durch das schlechte Gas die Rohre verschlänmen, und daß wir später erhebliche Arbeit haben, sie wieder in ordnungsmäßigen Zustand zu setzen. Ich will hoffen, daß Änderung bald möglich wird, augenblicklich sind wir aber gegen die Zustände machtlos.

**Stadtv. Steinbrecher:** Da in nächster Zeit noch eine ganze Anzahl kleiner Haushaltungen sich bei dem Abholen des Koks beteiligen wird, so müßte doch etwas versucht werden, damit die Abfertigung schneller vorstatten geht. Auch bei mir sind Leute gewesen, die mir erzählt haben, daß sie früh um 4 Uhr angetreten sind und erst gegen 9 Uhr der Verkauf angefangen hat. Wenn man dann gesehen hat, daß 600 Personen warten, und man hat nur für 200 Feuerung, dann hätte man die zuletzt Kommenden nach Hause schicken sollen. Ich denke doch, daß die Beamten wissen müssen, wieviel Zentner sie zu verkaufen haben.

Es scheint auch keine Übereinstimmung über die Maßnahmen zu herrschen. So sollen die Beamten sagen: Kindern wird nichts gegeben. Da kenne ich eine Frau, die an epileptischen Anfällen leidet. Diese hat sich ein ärztliches Attest geben lassen und wollte es sich vom Magistrat abstempeln lassen, damit sie bei öffentlichen Verkäufen vorweg bedient wird. Diesen Schein hat aber der Magi-

stratsbeamte zurückgehalten und jagte ihr: „Ihnen diese Abstempelung zu geben, lehne ich ab; Sie wollen nur immer die erste sein. Sie haben zwei Kinder zu Hause, schicken Sie die zum Kohlenholen!“ Ich weiß aus eigener Erfahrung im Bureau, daß die epileptischen Anfälle bei dieser Frau plötzlich auftreten, und meine, in solchen Fällen müßte Rücksicht genommen und das vom Magistrat beglaubigte Attest bewirken, daß sie vorweggelassen wird. Die Frau hat mir erzählt: „Wenn ich bei solchem Warten bei Verkäufen umgefallen bin, dann hat sich nicht einmal jemand um mich gekümmert, und zwar aus Sorge deswegen, weil sie dann hätten aus der Reihe gehen müssen und dadurch ihren Platz verloren hätten.“ Soldaten, die hinzugekommen sind, haben der Frau erst helfen müssen. In solchen Fällen ist eine Rücksichtnahme am Platze und darüber muß Übereinstimmung bei allen beim Verkauf Beteiligten herrschen.

Wenn nun Herr Stegmann anführt, daß Hunderte von Leuten dastehen und warten und nur 1 oder 2 Mann beim Ausgeben der Kohlen beschäftigt sind, so sind doch Soldaten da, und es müßte möglich sein, vielleicht fünf Mann das Abwiegen und Austeilen besorgen zu lassen, damit die Sache schnell geht. Ich kenne ja die Lokalitäten nicht, wo die Austeilung vor sich geht, aber die Beteiligten sagen mir alle, es wäre möglich, daß drei oder vier Personen die Kohlen abwiegen. Dann brauchten die Leute nicht so lange in der Kälte zu stehen.

**Stadtvt. Roefhigt:** Ich möchte Herrn Steinbrecher bitten, daran zu denken, was wir in der Markthalle oft genug erfahren haben. Wenn 200—300 Personen dort gestanden haben und man ihnen gesagt hat: „Sie können ruhig ihres Weges gehen, Sie bekommen doch nichts mehr“, dann sind sie doch stehengeblieben und haben abgewartet und die Hoffnung nicht aufgegeben: Wir bekommen doch vielleicht noch etwas. Diese Erfahrung wiederholt sich überall.

Ich habe heute Gelegenheit genommen, mit Herrn von Feilitzsch über das Gas zu sprechen, und habe ihm gesagt, daß in dem Laden mir gegenüber die Petroleumlampe wieder in Dienst getreten sei; ob denn nicht auf Besserung zu hoffen wäre? Darauf sagte mir Herr von Feilitzsch: „Gestern sind wieder so viele Leute eingezogen, und mir sind Russen zur Arbeit zugewiesen; aber die sind renitent und wollen nicht arbeiten. Meine Arbeiter, die sonst im Betriebe zu tun haben, sind alle damit beschäftigt, den Kleinverkauf von Feuerung zu leiten. Mein ganzer Gasbetrieb ist auf den Kopf gestellt; ich bin in so schwieriger Lage wie noch nie. 16 000 Kubikmeter Gas soll ich täglich produzieren, und nur 8000 kriege ich fertig. Die Öfen müssen umgearbeitet werden, und ich habe die Leute nicht dazu.“

Nun haben wir an unserem Gas gesehen, daß es heute schon damit besser geworden ist, und in den nächsten Tagen wird es wohl noch besser werden. Ich hoffe, das Schlimmste ist jetzt überstanden. Wir müssen um 12 Uhr nachts die Straßenlaternen auslöschen, weil wir sonst nicht genug Gas für den Tag haben. In Han-

nover habe ich gesehen, daß schon um 11 Uhr die Laternen ausgedreht sind, vom Kaffee Kröpfe bis nach Linden hin hat neulich, als ich den Weg machte, keine Laterne gebrannt. Die unglücklichen Verhältnisse sind durch die nun einmal im ganzen bestehenden Zustände geschaffen.

Wenn nun aber geklagt wird, daß die Flamme in den Gasherden sofort wieder auspufft, so will ich ein gutes Mittel sagen, um doch wenigstens etwas Gasfeuerung in den Gasherden zu erhalten. Not lehrt beten! Als in ganz Hannover die Sache ebenso tragisch war wie hier, hat mir mein Bruder gesagt: „Ich habe die Düse an dem Gasapparat, die dazu dient, um noch äußere Luft dem Gas zuzuführen, mit einem Kork zugebunden und dadurch erreicht, daß das Gas brennt“, was ja um so eher möglich ist, weil so viel Wasserstoff jetzt in unserem Gas vorhanden ist. Dasselbe Mittel habe ich nun hier bei meinem Sohn versucht und gefunden, daß das Gas auch bei schwachem Druck dennoch wenigstens etwas brennt, wenn man die Luftzuführung mit etwas Pappe oder durch ein Stückchen Zeug verstopft. Duzende von Herrschaften haben dieses nachgemacht und können so ihren Gasherd wenigstens etwas beheizen.

Wie mir Herr Direktor von Feilitzsch gesagt hat, wird aber der ganze Übelstand morgen oder übermorgen beseitigt sein. Es liegt nicht an der Herstellung, es liegt am schlechten Rohmaterial. „Die Kohle hat zu viel Teer, und der verschwelt mir die ganze Einrichtung, und ich habe die größte Arbeit davon.“ So sagte mir Herr von Feilitzsch. Es ist eine böse Zeit, und wir müssen uns scheiden.

**Stadtv. Genzen:** Wir erkennen ohne weiteres an, daß der Stadtmagistrat keine Schuld an dem Kohlenmangel am Orte hat, und daß wir alle von der Kohlennot in diesem Jahre überrascht sind. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Kalamität nun schon 9—10 Wochen lang existiert, und daß in der Zeit hätte Abhilfe geschaffen sein müssen. Morgens um 4,  $\frac{1}{2}$  5 Uhr sollten schon 70—80 Frauen mit kleinen Karren vor dem Gaswerk stehen und Kohlen verlangen; dazu diese Kälte, die wir gehabt haben, und die meisten der Wartenden sind doch in ihrer Gesundheit heruntergekommen. Bis Mittag um 11,  $\frac{1}{2}$  12 Uhr haben sie gestanden, und manche sind noch stehengeblieben, weil der Verkauf um 3,  $\frac{1}{2}$  4 Uhr nachmittags weitergeht. Der Erfolg des Wartens ist dann gewesen, daß sie 1—1 $\frac{1}{2}$  Zentner Kohlen oder Koks bekommen haben.

Da die Braunkohlen sowieso von auswärts erst nach dem Gaswerke geschafft werden müssen, so möchte ich fragen: Wäre es nicht möglich, daß mehrere Verkaufsstellen eingerichtet werden, vielleicht 4 oder 5? Wir haben doch große Höfe, die sich dazu eignen. Bei einer solchen Verteilung würde doch das lange Warten vermindert werden.

Wenn der Herr Oberbürgermeister den Frauen einen Vorwurf wegen des Drängens macht, so sagt schon ein altes Sprichwort: Not kennt kein Gebot. Herr Loejschigk sagte vorhin: „Not lehrt beten“, aber Not lehrt auch suchen, und so kann man wirklich den Frauen keinen Vorwurf machen. Ich bin der Meinung: man muß sich wundern, daß das Volk und die Frauen so ruhig sind. Bedenken Sie doch die Zustände in anderen Städten, Sie werden doch auch wissen, wie es in Kiel und Hannover zugegangen ist. Hier sind die Leute viel zu ruhig; sie lassen sich alles gefallen. Sie lassen sich den Bauch voll Kohlrüben stopfen, mittags und abends, und wenn die Frau fragt: „Du bist nun wohl satt“, dann kommt nur die Antwort: „Du bist wohl dumm!“ Dazu müssen sie frieren, weil sie keine Kohlen haben, müssen im Dunkeln sitzen, und die Kinder haben nichts anzuziehen. Unter solchen Umständen kann man den Frauen keine Vorwürfe machen, wenn sie stundenlang stehen, um etwas zum Einheizen zu bekommen, und dann einmal die Anstandsregeln nicht so genau nehmen. Ich möchte bitten, daß in diesen Fällen bessere Zustände geschaffen werden; schon damit, daß mehr Verkaufsstände geschaffen werden, ist viel geholfen.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Es hat mir fern gelegen, den Frauen einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie beim Koksverkauf die Anstandsregeln überschritten hätten; davon habe ich kein Wort gesagt. Aber wenn man versucht, die Ordnung aufrechtzuerhalten, wenn man sagt: „Stellt euch in Reihen auf, wie es überall ist, jeder nimmt eine Nummer in die Hand, und je nach dem, was wir vorrätig haben, wollen wir verteilen“ — und dann drängen sie von hinten vor und drängen sich schließlich in eine Tür hinein, die nicht zum Eingange für das Publikum bestimmt ist, da ist doch ein Tadel am Plage.

Eine Dezentralisation, das habe ich schon gesagt, muß in dieser Sache eintreten. Es wird sich aber nicht empfehlen, städtische Verkaufsstellen in der ganzen Stadt einzurichten; man muß doch auch bedenken, daß es ein Unglück ist, den Handel nach jeder Richtung hin auszuschalten. Ich komme deshalb dazu, zu sagen: Wir wollen im großen heranschaffen, was möglich ist, aber auch den Handel, der sich bewährt hat, wollen wir seines Amtes walten lassen, wollen ihm die Vorräte überweisen und sie durch ihn verkaufen lassen. Dabei können wir Höchstpreise vorschreiben, indem wir einen entsprechenden Nutzen den Händlern freilassen. Nicht richtig würde es aber sein, unsererseits immer noch neue große Aufwendungen zu machen, um den Grundsatz zu betätigen: „Wir kaufen und verkaufen selbst.“ Die Kohlenhändler sind auf den Vertrieb von Feuerungsmaterial eingerichtet, haben Lager, Wagen und Pferde, und die Geschäfte sind über die ganze Stadt verteilt. Wenn wir so verfahren, dann ist Ruhe auf unserem Gaschhofe und auch in der Einwohnerschaft. Es wird wahrscheinlich nichts übrigbleiben, als diesen Weg zu beschreiten.

Stadtv. **Steinbrecher:** Herr Loeschigk meinte, wir hätten es ausprobiert und erfahren, daß die Leute doch nicht weggingen, auch wenn man ihnen sagte, sie bekämen nichts mehr von den Waren. Dagegen möchte ich erinnern an den Verkauf des Fleisches, den wir gemeinsam mit Herrn Stadtrat Wagner eingerichtet haben, und bei dem es wunderschön ging. Als ungefähr 150 Personen erschienen waren, erhielten die ihre Nummern, und die folgenden ihre Nummern sofort, wenn sie ankamen. Wenn Sie so Nummern austeilen und dann sagen: „Von hier an bekommt heute keiner etwas; aber ich gebe Nummern aus, und die kommen beim nächsten Mal zuerst an die Reihe“, dann gehen die Betreffenden alle weg.

Stadtv. **Riete:** Ich bin auch der Ansicht, daß es richtig ist, die Kohlenhändler nicht auszuschalten, und Herr Direktor von Teiligsh hat sich ja auch in dieser Weise schon geholfen, als der Andrang so groß war, daß er dem Kohlenhändler Bachmann auf der Mauernstraße gleich eine Anzahl Zentner zum Weiterverkauf übergeben hat. Ich habe gesehen, wie da die Leute von früh bis spät abends gestanden haben. Diese Verteilung an die Kohlenhändler ist aber zu wenig geschehen, es hätten mehr Kohlenhändler dazu herangezogen werden müssen, um die Kohlen zu verteilen, und in der jetzigen Zeit wäre das wohl eine Maßnahme, die aus Hilfszwecke angewendet werden müßte. Ich will auch nicht, daß die Stadt allein als Großhändler auftritt, die großen Steuerzahler sollen auch ihren Verdienst haben. Nun haben wir ja das große Lastautomobil angeschafft, auf dem zwei Zentnersäcke übereinanderstehen können, so daß 60 Zentner dadurch befördert werden können. Wäre es nicht am Platze, dieses Fahrzeug in die kleinen Straßen zu schicken, den einen Tag in eine und am folgenden Tage in eine andere, um unsere Einwohnerchaft mit Koks und Kohlen zu versorgen? Dann würde das Gaswerk doch auch entlastet.

In betreff des Gases herrschen allerdings betrübende Zustände. Ich habe gesehen, wie ein Friseur die Lampe in die Hand nehmen mußte, um seine Arbeit ausführen zu können; sonst war in dem Lokal vollständige Dunkelheit. Das sind Zustände, wie sie auf die Dauer nicht weitergehen können.

Stadtv. **Stegmann:** Es ist ja sehr erfreulich, daß der Magistrat alles aufbieten will, um Kohlen heranzuschaffen, aber ich habe doch mein Bedenken dabei, den Vertrieb den Kohlenhändlern in die Hand zu geben. Ausschalten möchte ich den Handel allerdings auch nicht, aber wer bietet uns Gewähr dafür, daß nicht diejenigen, die gut zahlen können, die Kohlen für den nächsten Winter einheimsen, und die kleinen Leute, denen es am Nötigsten fehlt, und die mit 1 Zentner auf einmal zufrieden sind, nichts bekommen? Deshalb halte ich es für richtiger, wenn der Magistrat in diesem Falle in den sauren Apfel beißt und selber Verkaufsstellen einrichtet, wie sie Herr Genzen vorgeschlagen hat.

Sodann möchte ich dringend bitten, eine Nummernausgabe für den Verkauf einzuführen. Die Fleischkundenmarken sind keine Nummern. Weiter muß auch bekanntgegeben werden, gerade wie beim Fleischverkauf: Heute kommen die Nummern 1 bis 250 an die Reihe, am Mittwoch die von 251 bis 400 usw. Dann kann Derartiges nicht vorkommen, wie es jetzt in so schlimmer Weise der Fall gewesen ist. Und eine solche Einrichtung kann doch keine so großen Schwierigkeiten bereiten. In Wolfenbüttel hat man es fertiggebracht, warum sollte es hier nicht möglich sein!

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Zu dem letzten Wunsche des Herrn Stegmann möchte ich erwidern: Wir haben tatsächlich für den Verkauf der Feuerung auf dem Gaswerke Blechnummern ausgegeben, die genau in der Reihenfolge an die Reihe kamen. Dabei hatte sich herausgestellt, daß einige Leute, die Nummern hatten und die zuerst an die Reihe kamen, nachdem sie abgefertigt waren, sich sofort wieder Nummern holten und sich sogleich wieder anstellten. Nur um zu verhüten, daß an eine Familie doppelt und dreifach an einem Tage Feuerung abgegeben wurde, haben wir eingeführt, daß neben diesen Nummern noch eine Lebensmittelkarte vorgezeigt werden mußte.

Wir könnten ja auch bestimmen, daß die Nummern im Rathause ausgegeben werden, aber das Böse dabei ist immer, daß wir heute noch nicht wissen, wieviel Kohlen uns morgen zur Verfügung stehen. Wir können noch nicht einmal einen Tag früher bestimmen, welche Nummern am folgenden Tage an die Reihe kommen. Je nachdem die Wagen einlaufen, werden die Kohlen sofort abgegeben, aber die Zufuhr ist jetzt derartig unregelmäßig, daß wir im voraus nichts bestimmen können. Außerdem können wir nicht über die Eingänge disponieren, weil von den ankommenden Kohlen immer ein bestimmtes Quantum als Reserve zurückbehalten werden muß. Wenn ein Betrieb wie das Schlachthaus, wo für zwei Armeekorps geschlachtet wird, eingestellt werden müßte, so wäre das doch nicht zu verantworten, ebenso müssen wir doch auch unser Wasserwerk versorgen.

Kohlen anzuschaffen, um die ganze Stadt damit zu versehen, dazu ist der Magistrat nicht in der Lage, das will ich hiermit offen erklären, und ich sehe auch keinen Grund ein, warum wir dazu schreiten sollten, so etwas zu versuchen. Wir haben die Braunschweigische Kohlenhandels-gesellschaft, die sich durchaus bewährt hat, und die ist in der Lage, die Kohlen zu besorgen, wenn nur die nötigen Eisenbahnwagen zur Verfügung stehen. Wir wollen uns seitens der Stadt darauf beschränken, für die arme Bevölkerung einen kleinen Vorrat bereitzuhalten, damit diese im Notfalle versehen werden kann. Die übrige Einwohner-schaft muß sich mit Hilfe der Kohlenhändler ihre Kohlen selber beschaffen und in ihre Vorratsräume einlagern. Wenn alle, die dazu in der Lage sind, sich beizeiten voll ver-

sorgt hätten, dann hätten die kleinen Leute auch in diesem Winter reichlich Kohlen gehabt.

**Stadtv. Rector:** Ein kleineres Quantum als jetzt wird auch in der Zukunft von dem Gaswerk nicht abgegeben werden können. Es wird also jedesmal die Abgabe eines Zentners in Frage kommen. Ich glaube deshalb, daß es sich einrichten läßt, wenn wir eine Einrichtung wie bei den Fleischarten einführen, in jedem Stadtbezirk Karten ausgeben lassen und die Nummern bekanntgeben, welche jedesmal an die Reihe kommen. Dann muß es mit der Ausgabe doch unbedingt klappen, denn so geht es doch auch beim Fleisch- und Wurstverkauf ganz gut. Beim Kleinfleischverkauf standen auch eine Menge Menschen, da habe ich schnell noch Nummern fertiggemacht, sie verteilt und gesagt: „Das nächste Mal kommt ihr zuerst an die Reihe.“ Da ging es. Wenn ein ernstlicher Wille da ist, wird der Magistrat auch einen Weg finden.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Wenn der Herr Vorredner mit seinen Worten meinte: „Der Magistrat will nicht, folglich findet er auch den Weg nicht“, so liegt die Sache denn doch anders. Es sind zu viele Faktoren, welche es hindern, daß wir eine gleichmäßige Verteilung vorzunehmen imstande sind. Wir haben ausnahmsweise Lieferungen aus unseren Vorräten zulassen müssen z. B. in den Fällen, wo große Betriebe erklärten: „Wenn wir heute mittag nicht 50 Zentner Koks haben, schließen wir unseren Betrieb.“ Dazu gehört auch der Allgemeine Konsumverein, der eine große Bäckerei unterhält, und ähnlich geht es anderen großen Betrieben. Ich glaube, die einzelnen Firmen, wo Hunderte von Leuten arbeiten, nicht namhaft machen zu brauchen, die in dieser Lage waren. Wenn diese Firmen ihren Betrieb einstellten, dann hätte das die Folge, daß den bei ihnen Beschäftigten der Verdienst entging, sie also erst recht keine Kohlen anschaffen konnten und auch nichts für ihren Lebensunterhalt hatten. Wir müssen in dieser Sache lawieren. Es wäre bedenklich, zu sagen: Auf jeden Einwohner in der Stadt entfallen genau 50000 Pfund an Kohlen. Das haben wir wohl bei der Korn- und Mehlverteilung durchführen können, aber bei der Kohlenverteilung ist es ein Ding der Unmöglichkeit.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich glaube auch: die Braunschweigische Kohlenhandels-gesellschaft ist in der Heranschaffung der Kohlen sehr tüchtig, sie ist aber auch tüchtig im Aufschlag auf die Preise. In einer Gerichtsverhandlung in der vorigen Woche hat der Richter seine Verwunderung darüber ausgesprochen, wie die Kohlenhandels-gesellschaft den Händlern solche Verdienste zuweisen konnte, wie es von ihr geschehen ist. Das ist mit ein Grund für mich, nicht dafür zu sein, daß die Stadt

den Händlern die von ihr herangeschafften Waren übergibt, wenn nicht von der Stadt festgesetzte Preise vorgeschrieben werden.

Die unglücklichen Verhältnisse bei der Kohlenabgabe beim Gaswerke liegen vor allem an einem Organisationsmangel. Der Herr Oberbürgermeister sagte, wenn die Leute auf eine der ersten Nummern Feuerung bekommen hatten, hätten sie sich neue Nummern geholt, um wieder sich die Berechtigung zur Abnahme von Kohlen zu verschaffen. Das ist eben der Fehler, daß man es so einrichtet, daß dies geschehen konnte. Jede Person muß eine Nummer erhalten, die auch für die Folge fortlaufend gültig ist; dann ist es nicht möglich, daß eine Person von den Vorräten doppelt bekommt. Wir haben es doch mit den Fleischkarten auch so gemacht. Jede Familie hat ihre bestimmte Nummer; es wird bekanntgemacht, an dem und dem Tage sind die und die Nummern an der Reihe; und alles geht ausgezeichnet.

Auch mit dem Disponieren über den vorhandenen Kohlenvorrat, der abgesetzt werden kann, so schwierig es sein mag, wird es sich machen lassen. Ich glaube nicht, daß in allen anderen Städten darauf los disponiert wird, ohne daß man weiß, ob Kohlen vorhanden sind. Man wird erst bekanntgeben, daß Vorräte abgeholt werden können, wenn ein Vorrat eingetroffen ist. Das ist eine Verschiebung von einem Tage und weiter nichts, die sich während des ganzen Jahres wiederholt. Wenn feststeht, daß ein gewisser Vorrat vorhanden ist, dann trifft vielleicht auch schon ein neuer Vorrat ein, und es kann dann wieder ein neuer Termin für die Abgabe festgesetzt werden. Diese geringe Verschiebung würde nicht so viel bedeuten, als wenn man die Leute, die herankommen, wieder wegschicken muß.

Auf diese Weise kann auch sehr wohl auf dem Hofe des Gaswerks der Verkehr geregelt werden. Das darf allerdings nicht so geschehen, daß die eine Person das Geld, die andere das Abwiegen besorgt. In solchen dringenden Fällen müßte es möglich sein, zwei Soldaten, vielleicht von der Genesungskompagnie, heranzuziehen, damit es ausgeschlossen bleibt, daß die Frauen von ½5 Uhr morgens bis ½9 Uhr warten müssen, denn um die letztgenannte Zeit geht der Verkauf erst an; dann erst kommen also die ersten an die Reihe. Denken Sie daran, was es heißt, bei diesem Wetter, in Schnee, Regen und Schmutz mit schlechtem Schuhzeug zu stehen, daß da viele krank werden — auch meine Frau ist aus solchem Grunde krank geworden und liegt im Bett —, ist leicht erklärlich. Auch schon bei Abgabe der Feuerung auf dem hiesigen Gaswerke ließe sich das alles ganz gut einrichten, wenn man 2—3 Personen mehr zur Abgabe der Waren hinzunimmt, und wenn eine einheitliche Nummer für jede abholende Person ausgegeben wird.

**Vorsigender:** Anträge sind nicht gestellt; wir gehen über zum folgenden Punkte.



## Voranschläge der übrigen selbständigen Verwaltungen.

Ohne weitere Besprechung.

Stadtv. **Munte:** Wir wären damit an den Schluß der Beratung über die einzelnen Voranschläge gekommen. Das Begleitschreiben des Magistrats gibt ja über alle etwaigen auftauchenden Fragen genügende Aufklärung, und ich glaube, mich deshalb darauf beschränken zu können, die Anträge des Magistrats, den Haushaltsplan betreffend, zum Vortrage zu bringen, wie sie zunächst auf Seite 23 des Begleitschreibens verzeichnet sind. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten:

den vorgelegten und im Vorstehenden begründeten und erläuterten Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1917/18 festzustellen und die Zustimmung dazu zu erteilen, daß im kommenden Jahre

an Gemeindecinkommensteuer 12½ Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle,

an Gemeindegndsteuer 7,5 Prozent vom Grundsteuerkapitale und

an Gewerbesteuer 75 Prozent der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuer ausgeschrieben werden.

Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen die Annahme dieser Anträge. Über den Antrag auf Erhöhung des Zinsfußes der ausgeliehenen städtischen Kapitale haben wir ja schon Beschluß gefaßt.

Sodann beantragt der Magistrat auf Seite 27 des Begleitschreibens:

Die Voranschläge der ebengedachten Klassen nach Maßgabe der Entwürfe festzustellen und gleichzeitig die Zustimmung dazu erteilen zu wollen, daß die Kanalabgabe wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 Prozent des Grundsteuerkapitals festgestellt werde.

Auch bezüglich dieses Antrages schlägt Ihnen der Finanzausschuß Annahme vor.

**Vorsigender:** Es wird keinem Bedenken unterliegen, über diese Anträge in eins zu beraten und Beschluß zu fassen.

(Es meldet sich niemand zum Wort.)

Die Versammlung genehmigt zunächst den Antrag des Magistrats auf Feststellung des Stadthaushaltsplans für 1917/18, sodann stimmt sie den beantragten Steuersätzen zu und gibt schließlich ihre Zustimmung zur Feststellung der Sonderetats und der Kanalabgabe.

**Vorsigender:** Ich habe mitzuteilen, daß eine Anfrage von Herrn Wesemeier eingegangen ist:

„Wird trotz des wochenlangen Aussetzens des Schulunterrichts in den Volksschulen das Schulgeld für das Vierteljahr Januar—April 1917 erhoben?“

Ich werde Herrn Wesemeier nachher Gelegenheit geben, die Anfrage zu begründen.

## 2. Übersicht der vom 1. April 1917 an zu zahlenden Löhne.

Stadtv. **Loeschigt:** Den Herren ist, wie im vorigen Jahre, die Übersicht der vom 1. April an zu zahlenden Löhne zugegangen. Der Magistrat schreibt dazu: „Wir bemerken, daß die ausgeworfenen Löhne schon jetzt zum größten Teile gezahlt werden, daß aber die in der vorjährigen Übersicht bei einzelnen Gruppen aufgeführten besonderen Teuerungszulagen in den Lohnjäten mit enthalten sind. — Die aus Anlaß der gegenwärtigen Teuerung bewilligten Familienunterstützungen (je 60 *M* jährlich für die Ehefrau und jedes Kind unter 16 Jahren) werden neben den ausgeworfenen Löhnen gezahlt.“

Auf Einzelheiten brauche ich wohl nicht einzugehen. Wir haben in der Finanzkommission die Sache durchgesprochen, und ich bitte im Auftrage der Finanzkommission die Versammlung, von der Übersicht Kenntnis zu nehmen.

**Vorsitzender:** Es meldet sich niemand zum Wort. Die Übersicht ist damit als durch Kenntnisnahme erledigt zu behandeln.

## 3. Antrag Wesemeier, betreffend den Markenzwang beim Verkauf von Gänsen.

Stadtv. Dr. **Landauer:** Der Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, beim Herzoglichen Ernährungsamt zu beantragen, daß dieses beim Kriegsernährungsamt in Berlin wegen des Erlasses einer Bestimmung vorstellig wird, nach welcher Gänse und Gänsefleisch sowohl in frischem, als auch in gepökeltem und sonstigem konservierten Zustande nur gegen Fleischmarke abgegeben werden darf.“

Die Statutenkommission hat sich eingehend mit dem Antrage beschäftigt und empfiehlt Ihnen, ihn nicht zum Beschluß zu erheben. Im wesentlichen ist gegen den Antrag geltend gemacht zunächst, daß er zur Zeit keinen Zweck mehr habe. Diese Einwendung ist von dem Herrn Antragsteller bereits selbst in der mündlichen Begründung berührt worden. Damals war schon der erste Februar ins Land gekommen, und heute sind wir schon weit im März, und es gibt längst keine Gänse mehr, auch die gepökelten und geräucherten Gänse sind kaum noch auf dem Markte vorhanden. Es würde also ungefähr 7 Monate dauern, bis wieder Gänse auf den Markt kommen, und in dieser Zwischenzeit kann sich ja recht viel ändern. Aller-

dings hat der Herr Antragsteller diesem Einwande gegenüber erwidert, daß bei den vielen Behörden, die hier in Frage kommen, die Beschlüsse recht langsam zu erfolgen pflegen und man deshalb den Antrag nicht früh genug stellen könne.

Es sind aber auch andere Bedenken gegen den Antrag vorgebracht. Der Beweggrund des Herrn Wesemeier ist gewesen, der arbeitenden Klasse den Ankauf von Gänsefleisch zu ermöglichen. Er hat dazu ausgeführt, daß bisher das Gänsefleisch eigentlich nur den besserbemittelten Klassen zugute gekommen ist. Dagegen ist geltend gemacht, daß dies nicht ganz richtig sei, sondern beim Verkauf von städtischen Gänsen habe es sich gezeigt, daß der größte Teil davon an Arbeiter verkauft worden sei. Ebenso erzählten auch die Geflügelhändler, daß sehr viele Arbeiterfrauen sich Gänse und ähnliches Geflügel geleistet haben. Nun ist bekanntlich der Erwerb des Geflügelfleisches mit Ausnahme der Hühner nicht an die Abgabe von Karten gebunden, und es hat seine großen Bedenken, darin eine Änderung anstreben zu wollen. Es wurde in der Kommission gesagt: „Was den Gänsen recht wäre, sei auch den Kaninchen billig“, und wenn eine Änderung kommen würde, so würde vielleicht ein Kartenzwang nicht nur für Gänse eingeführt, sondern auch zugleich für das übrige Geflügel und die Kaninchen, womit natürlich ein großer Nachteil für die minderbemittelte Bevölkerung verbunden sei.

Ferner ist gegen den Antrag angeführt, daß wohl ein Kartenzwang für notwendige Nahrungsmittel angebracht sei, aber nicht für eine solche Luxusnahrung, wie es Gänse seien. Endlich ist hervorgehoben, daß diese Abgabe gegen Karten ihre großen Schwierigkeiten haben würde, weil doch, wenn die Verhältnisse so bleiben, wie sie jetzt liegen, mindestens 10 Karten nötig seien, um eine Gans kaufen zu können. Es gehöre also schon eine recht große Familie dazu, um überhaupt die Karten für den Erwerb einer Gans anschaffen zu können.

Seitens der Gastwirte sei gebeten, daß man ihnen den Ankauf von Gänsen und Gänsefleisch nicht erschweren möge, denn die Beschaffung von Gänsen sei noch das einzige Hilfsmittel für sie gewesen, um die Leute zu befriedigen, die ohne Fleischmarken in der Gastwirtschaft essen wollten. Weiter ist auch die Gefahr vorhanden, daß, wenn die Abgabe von Karten für den Erwerb von Gänsen eingeführt wird, auch Höchstpreise für Gänse festgesetzt werden, und die Höchstpreise haben bekanntlich die Folge, daß die davon betroffenen Artikel vom Markte verschwinden.

Endlich aber ist die von Herrn Wesemeier angestrebte Sache auch schon im Gange, denn, wie der Antragsteller jagte, ist im Herzogtum Anhalt ein solcher Antrag bereits angenommen und wird sich infolgedessen das Ernährungsamt mit dieser Frage befassen. Nun hat allerdings Herr Wesemeier in der Kommission geltend gemacht, daß es nützlich sei, wenn etwas Derartiges von verschiedenen Seiten empfohlen werde; aber das Ernährungsamt gibt, wie ich glaube, auf die Zahl der Befürworter eines solchen Antrages sehr wenig und läßt sich mehr von

eigenen Gesichtspunkten leiten, so daß dieses von Herrn Wesemeier angeführte Moment nicht weitere Berücksichtigung verdient.

Aus alle diesen Gründen gibt Ihnen die Kommission anheim, dem Antrage des Herrn Wesemeier keine Folge zu geben.

**Stadtv. Wesemeier:** Die Ungerechtigkeit, daß Gänsefleisch ohne Marken erhältlich ist zu Preisen, die für den gewöhnlichen Menschen nicht erschwinglich sind, also daß die Gänse ausgesprochen nur für diejenigen zu haben sind, die das Geld dafür im Überflusse haben, ist offen anerkannt worden, und zwar auch in der Kommission. Wenn man nun anerkennt, daß eine Ungerechtigkeit besteht, dann müßte man logischerweise zu dem Schlusse kommen, daß man sie zu beseitigen suchen muß. Aber so weit ist man nicht gegangen, die Konsequenz aus der Überzeugung, daß eine Ungerechtigkeit besteht, hat man nicht gezogen.

Zunächst sagte man, der Antrag habe zur Zeit keinen Zweck. Ich habe schon in meiner Begründung in der vorletzten Stadtverordnetenversammlung gesagt, daß allerdings zur Zeit frische Gänse nicht zu haben seien, aber ich habe auch daran erinnert, daß jedenfalls in einigen Monaten gepökeltes oder konserviertes Gänsefleisch zu erheblich hohen Preisen, aber ohne Marken, zu haben sein würde. Und auch selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, wenn das Gänsefleisch für dieses Jahr vollständig ausverkauft sein sollte, auch dann ist es notwendig, dahingehend Vorsorge zu treffen, daß für das kommende Jahr diese Ungerechtigkeit nicht wieder Platz greift, und zwar muß das rechtzeitig geschehen, und das geschieht nicht, wenn man erst dann, wenn wieder Gänse zum Verkauf gelangen, von hier aus nach dem Kriegsernährungsamt in Berlin sich wendet und dort erst Beratungen anstellen läßt, die eine Zeit von Monaten in Anspruch nehmen, sondern es ist wohl an der Zeit, mit der Unregung jetzt vorzugehen.

Nun sagte der Herr Referent, die Sache käme sowieso in Berlin zur Verhandlung, denn von Anhalt aus sei ein gleichlautender Antrag schon gestellt. Darauf habe ich in der Kommission erwidert: Es ist außerordentlich schwierig, in Braunschweig einen Schritt zu unternehmen, der etwas weiter hinausgeht, und der über den engen Rahmen des Rathauses hinaus nach Berlin gerichtet ist. Ich glaube, es ist auch bei Ihnen allen so: Wenn zu jedem einzelnen von Ihnen eine einzelne Person kommt und etwas anregt, dann ist es wohl möglich, daß Sie leichten Herzens darüber hinweggehen. Kommen aber mehrere und verlangen dasselbe, dann sagen Sie sich doch: Es könnte doch wohl richtig sein, was dort gefordert wird. Von dieser Erfahrung ausgehend, meine ich: Es wäre richtig, wenn mehrere Städte sich dem Antrage anschließen. Die Stadt Köln verlangte sogar vom Reichsernährungsamt die strenge Vorschrift, daß solch viele Kartoffeln angebaut werden. In unserer Kommission wurde darüber gesagt, daß solch ein Verlangen nicht zu erfüllen wäre; mit einem solchen allgemeinen Produktionszwange

würde viel geschadet werden. Aber es kann doch vorgegeschrieben werden: Wer so- und so viel Land hat von der und der Güte, der muß so und so viele Kartoffeln bauen, wie von einer ländlichen Kommission festgesetzt ist. An diesem Beschlusse sehen Sie, daß andere Städte mit ihren Anträgen nicht so schüchtern sind wie wir, daß sie weiter blicken, und im Interesse ihrer Bevölkerung, in dem auch wir handeln wollen, die Schritte unternehmen, die sie für dringend notwendig halten.

Wenn der Herr Referent sagte, der größte Teil der städtischen Gänse sei an Arbeiter verkauft, so ist diese Behauptung selbstverständlich nicht in der Kommission aufgestellt. Es ist dort nur gesagt: Es sind auch viele von den Gänsen an Arbeiter verkauft worden. Bedenken Sie doch, daß diese Gänse einen ganz anderen Preis hatten als die im freien Handel erhältlichen. Auch in anderen Jahren haben Arbeiter Gänse gekauft; warum sollten sie das auch nicht? Und wenn ein Geschäftsmann sagt, es habe eine Arbeiterfrau eine Gans für 54—56 *M* gekauft, so erinnere ich Sie daran, daß vor zwei Jahren behauptet wurde, die Kriegerfrauen seien faul — wenn auch nicht der Form, so dem Sinne nach wurde das gesagt —, obgleich die Statistik nachwies, daß so und so viele Arbeitskräfte brachlagen, die keine Arbeit finden konnten. Auf solche Redereien, wie sie von diesem Kaufmann ausgehen, kann kein Gewicht gelegt werden. Aber selbst angenommen, die Behauptung träfe zu. Was hat denn jene Arbeiterfamilie bewirken wollen? Doch nur, daß zu dem bißchen Fleisch, das ihr zu Gebote stand, noch eine Kleinigkeit hinzukam. Auf solche seltenen Ausnahmefälle im Ernste einzugehen, halte ich nicht für nötig.

Es wurde als Schreckgespenst angeführt: Wenn wir verlangen würden, daß das Gänsefleisch rationiert werden soll, dann läge die Gefahr vor, daß auch das Kaninchenfleisch der Arbeiter rationiert werde. Ist es denn nicht ein himmelweiter Unterschied, ob ich als Käufer auftrete und eine Gans erstehe, oder ob ich ein Kaninchen selbst züchte und die Arbeit dafür übernehme? Diese Arbeit ist nicht ganz so einfach, wie man denken mag; sie erfordert viel mehr Aufmerksamkeit und Fleiß, als die Schweinezucht, denn den ganzen Sommer hindurch muß Grünfutter für die Kaninchen zusammengeholt werden. Ich glaube nicht, daß breite Schichten aus den besseren Kreisen sich die Mühe machen würden, Kaninchen zu züchten. Es hat nicht jedermann das Interesse daran, nicht jedermann Lust, die Arbeit zu leisten, der auch nicht jeder gewachsen ist, und mancher hat auch nicht die Zeit dazu übrig. Das Gespenst, daß auch das Kaninchenfleisch rationiert werden könnte, wenn man zur Rationierung des Gänsefleisches überginge, schreckt mich also nicht.

Sodann wurde gesagt — ich glaube von Herrn Kruse —, die Gastwirte wünschten nicht, daß das Gänsefleisch rationiert würde, weil es das Fleisch ist, das sie ihren Kunden ohne Marken zugänglich machen können. Ja, meine Herren, das ist es ja gerade, was wir treffen wollen. Es sind die Zahlungsfähigen, die das

Gänsefleisch erhalten, die nicht einmal so viel Fleisch nötig haben. Zur Erhaltung ihrer Nerven gehört allerdings auch gute Nahrung, aber sie haben das Fleisch doch nicht so notwendig, wie die weiten Schichten der Schwerarbeiter. Es ist direkt eine ungerechte Forderung von den Gastwirten, aber ich kann es ihnen in ihrem persönlichen Interesse nicht verübeln, daß sie sagen: „In unseren Wirtschaften: soll Gänsefleisch ohne Marken gegessen werden.“ Von Schraders Hotel ist wochenlang annonciert: Gänsefleisch ohne Marken! Die Leute, die sich das leisten können, verlangen ihr Fleischquantum auch im Hause.

Es handelt sich also lediglich darum, eine Ungerechtigkeit zu beseitigen, die darin liegt, daß — zufälligerweise, wird man sagen — ausschließlich die Kreise im Bezuge von Gänsefleisch bevorrechtigt werden, die das Geld dazu haben. Es ist selbstverständlich, daß die allerweitesten Volksschichten, die Unterbeamten, Handwerker usw., nicht imstande sind, sich Gänsefleisch zu kaufen, und die Ungerechtigkeit, daß den Kreisen, die so schon alles bekommen können, und die heute noch sehr gut leben und keine Not zu leiden haben, auch das Gänsefleisch vorbehalten bleibt, wird doch niemand gutheißen. Wer Geld genug hat, kann heute noch alles bekommen, der lebt nicht schlechter oder nicht viel schlechter als in Friedenszeiten. Daß ihnen nun nicht alles von diesen Gänsen ohne Fleischkarten gelassen werden soll, das ist der Grund zu diesem Antrage. Wenn man sagt, es ist ungerecht, daß Gänse ohne Marken zu erhalten sind, so muß man daraus auch die Konsequenz ziehen und den Markenzwang zu erreichen suchen. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

**Stadtrat Wagner:** Die Abgabe der Gänse gegen Fleischmarken stößt aus dem Grunde auf große Schwierigkeiten, weil die Rationierung vorsieht, daß an Fleisch mit eingewachsenen Knochen auf die Person wöchentlich nur ein halbes Pfund abgegeben werden darf. Da aber eine Gans, die einigermaßen gemästet ist — und sie hat nur Wert, wenn sie etwas fett ist — mindestens 8 Pfund wiegt, so würden schon 16 Fleischkartenabschnitte von einer Woche nötig sein, um damit eine Gans erstehen zu können. Es würde nur außerordentlich wenig Haushaltungen in der Stadt Braunschweig geben, die in der Lage wären, bei Rationierung des Gänsefleisches eine Gans erwerben zu können; es würde also das Gegenteil von dem erreicht, was Herr Wesemeier wünscht.

Ein ferneres Bedenken liegt darin, daß man die Gänse nicht allein aus dem Zusammenhange mit dem übrigen Geflügel herausreißen kann, denn das gesamte übrige Geflügel, sowohl zahmes wie wildes, auch das Kleinwild, wie Hasen und wilde Kaninchen, sind aus der Fleischverbrauchsregelung herausgelassen, wahrscheinlich aus ähnlichen Gründen wie die Gänse, nämlich weil der Ankauf bei Rationierung dieses Fleisches auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde.

Hinzu kommt, daß Gänse einen außerordentlich geringen Prozentsatz in der Fleischernährung des deutschen Volkes auch schon im Frieden gebildet haben. Wenn Sie rechnen, es würde  $\frac{1}{4}$  Prozent dessen, was an Schlachtviehfleisch umgesetzt wird, in Gänsen umgesetzt — es kommt aber bei weitem nicht heraus —, dann würde das 1 Gramm auf die Wochenration des Arbeiters bringen, und das spielt keine Rolle.

Eine Gans hat im Arbeiterhaushalt nur Wert, wenn es sich um eine fette Gans handelt, sonst ist Schweinefleisch vorzuziehen. Fette Gänse werden wir aber im nächsten Jahre nicht in großen Mengen zu erwarten haben. Wovon können sie denn gemästet werden? Hauptsächlich von solchen Nahrungsmitteln, die für die menschliche Ernährung sichergestellt werden müssen. Je mehr wir die Ernährung und Mästung der Gänse fördern, um so mehr gefährden wir die Ernährung des Menschen.

Wenn man diese Gesichtspunkte zusammenhält, so glaube ich, wird man sich sagen müssen: Es ist richtiger, die Gänse nicht unter die Rationierung zu bringen, auch Höchstpreise nicht festzusetzen. Höchstpreise könnten nur dann etwas nützen, wenn sie für das ganze Reich festgesetzt würden, denn wenn sie nur für einzelne Gebiete bestimmt werden, ohne daß eine allgemeine Zwangsrationierung erfolgt, dann vertreibt man damit ohne weiteres die Ware vom Markt des betroffenen Gebietes; das haben wir genügend bei anderen Lebensmitteln gesehen.

So gut also die Absichten des Herrn Wesemeier sind, so muß ich doch sagen — es klingt allerdings nicht so, als wenn es recht wäre —: Es ist praktischer, wenn man die Rationierung des Gänsefleisches nicht vornimmt.

**Stadtv. Kruse:** Was ich sagen wollte, hat Herr Stadtrat Wagner schon gesagt, und ich habe dem nichts hinzuzufügen. Da schon alles hervorgehoben ist, was gegen den Antrag spricht, so möchte ich nur noch bitten, den Antrag, wie von der Kommission empfohlen ist, abzulehnen.

**Stadtv. Wesemeier:** Die Schwierigkeiten, die Herr Stadtrat Wagner gegen die Rationierung der Gänse und des Gänsefleisches angeführt hat, sind doch wohl bei einer näheren Prüfung kaum vorhanden. Herr Stadtrat Wagner sagt, es müsse jemand eine achtpfündige Gans kaufen, wenn er einigermaßen etwas davon haben wollte, und dann habe er auf 16 Wochen seine Portion Gänsefleisch und bekomme nichts anderes. Es wundert mich nur, daß man nicht einen anderen, auf der Hand liegenden Weg für gangbar hält, denn auch bisher schon hat der Handel alles Fleisch, auch das von Geflügel, zerteilt verkauft. Weshalb sollte es also nicht möglich sein, auch eine kleinere Quantität Gänsefleisch zu kaufen; nur eine ganze Gans? Der Handel würde sich bald damit abfinden.

Aber das ist nur ein nebensächlicher Punkt. Nun führt Herr Stadtrat Wagner an, daß auch das Kleinwild nicht rationiert sei. Weshalb hat man denn das nicht rationiert? Schwierigkeiten hätte es wirklich nicht gemacht! Man hat seine besonderen Gründe dabei gehabt und meiner Überzeugung nach dieselben Gründe dafür gelten lassen, die bei der Nichtrationierung des Gänsefleisches vorhanden waren, d. h. auch das Kleinwild der großen Volksmasse zu entziehen und einigen wenigen im Volke zu erhalten. Haben Sie irgend etwas von Kleinwild im letzten Herbst auf dem Markte gesehen? Das ist alles unter der Hand an die Kundschaft gelangt; ich habe in diesem Herbst nie etwas Derartiges zu sehen bekommen. Hasen und wilde Kaninchen finden ihren Weg durch Hintertüren, und das wollte man. Man wollte es durch Hintertüren in bestimmte Wohnungen gelangen lassen, denen man Vorteile gegenüber der großen Masse des Volkes zumenden wollte. Das ist meiner Überzeugung nach der Grund, warum man das Kleinwild nicht rationiert hat, der auch beim Gänsefleisch zutrifft.

Daß man Höchstpreise einführen müßte: auch dies ist absolut kein Grund gegen die Rationierung von Gänsefleisch. Was wäre dabei, wenn Höchstpreise festgesetzt würden, die unter den bestehenden Umständen so hoch würden, daß die große Masse des Volkes Gänse nicht kaufen könnte, damit die Unkosten aufgewogen würden, die für die Gänse bei der Produktion entstehen.

Bei einer Rationierung des Gänsefleisches, möchte das Quantum im Verhältnis zu dem anderen Fleisch noch so winzig sein, würde aber verhindert, daß die Personen, die es sich leisten können, noch zu dem übrigen Fleische das Gänsefleisch hinzubekommen, und das will ich durch meinen Antrag erreichen. Ich würde sogar, wenn Ihnen das angenehm ist, gern in meinen Antrag auch noch das Kleinwild aufgenommen sehen. Ich glaube, es brauchte dazu keiner Kommissionsberatung weiter, denn die Materie ist dieselbe. Ich bitte also den Herrn Vorsitzenden, in meinen Antrag noch die Worte hinzuzunehmen: „und Kleinwild“. Es würde damit weiteren Schichten der Bevölkerung gedient werden, und um so mehr würden die Gründe hinfällig werden, die gegen die Rationierung der Gänse und des Gänsefleisches angeführt sind, und die ich nicht für stichhaltig halte. Ich sage immer wieder: Hat man die Ungerechtigkeit anerkannt, die in der marktfreien Abgabe von Gänsefleisch liegt, dann muß man auch die Konsequenz ziehen. Eine Ungerechtigkeit bleibt eine Ungerechtigkeit und muß beseitigt werden.

Dem Kommissionsantrage folgend, lehnt die Mehrheit den Antrag Wese-meier ab.



#### 4. Antrag Genzen, betreffend die Zuwendungen des Nationalen Frauendienstes an die Kriegerfrauen.

Stadtv. Dr. **Landauer**: Herr Genzen hat den Antrag zurückgezogen; es würde deshalb die Verhandlung darüber auszuscheiden haben.

#### 5. Feuerungszulagen für die städtischen Beamten und Lehrkräfte.

Stadtv. **Tebbenjohanns**: Aus dem Antrage des Magistrats an die Stadtverordneten, der bereits vom 1. Februar datiert ist, geht unzweideutig hervor, unter welchen Bedingungen gewisse Feuerungszulagen an die städtischen Beamten und Lehrkräfte gewährt werden sollen. Es heißt dort:

„I. Es kommen nur solche Beamte in Frage, die dauernd im städtischen Dienste beschäftigt werden, und die — abgesehen von der unter V erwähnten Ausnahme — nicht zum Heeresdienste einberufen sind. Es macht keinen Unterschied, ob der Beamte fest angestellt ist oder gegen Vergütung beschäftigt wird.

II. Als Gehalt im Sinne der nachstehenden Vorschriften gilt das Jahresgehalt und — bei den nicht fest angestellten Beamten — die feste Jahresvergütung; hinzugerechnet werden der statutarisch festgelegte Wert der Dienstwohnung, der freien Station, Stellenzulagen und das Kleidergeld; dagegen bleiben unberücksichtigt besondere Vergütungen, die für eine mit dem Amte nicht verbundene Nebenbeschäftigung bezahlt werden, sofern nicht die Vorschrift unter III<sup>2</sup> zutrifft.“

Die Behandlung dieses Antrages hat sich bis jetzt verzögert, weil die Finanzkommission bei der ersten Beratung in ihrer Mehrheit zu dem Entschlusse gekommen ist, daß die in Aussicht genommenen Feuerungszulagen den außerordentlichen Feuerungsverhältnissen, wie sie zur Zeit herrschen, nicht genügend entsprechen. Die Finanzkommission hat deshalb den Magistrat gebeten, eine andere Vorlage auszuarbeiten, um diesen Mängeln, die ihrer Meinung nach vorhanden waren, gerecht zu werden. Der Magistrat ist dem nachgekommen und hat einen Entwurf vorgelegt, aber hinzugefügt, daß er sich außerstande sieht, von seinem ursprünglichen Antrage abzugehen, da eine große Anzahl von Gründen vorhanden sei, die ihm das unmöglich machten. Die Finanzkommission hat sich der Begründung des Magistrats nicht verschließen können und hat den Antrag des Magistrats in der Hauptsache zu dem seinen gemacht, nachdem der Magistrat in einzelnen Punkten zu einer Änderung sich hatte bereithalten lassen.

In erster Linie kam es der Finanzkommission darauf an, den Maximalbetrag des in Frage kommenden Gehalts heraufzusetzen, nämlich nicht die Beamten auszuschließen, die ein Gehalt von 4500 M und mehr haben, sondern von einer höheren Summe an. Der Magistrat ist damit einverstanden, daß die unter III<sup>1</sup> gesetzte Grenze von 4500 M auf 5000 M erhöht wird.

Sehr eingehend hat sich die Finanzkommission mit dem unter III<sup>2</sup> angeführten Punkte beschäftigt. Die Finanzkommission war der Meinung, daß es eine große Härte sei, wenn ein Beamter, der durch Nebeneinnahmen aus Beschäftigung oder Vermögen eine Summe von 1000 M hat, an dieser Teuerungszulage nicht teilnehmen soll. Die Gründe, die seitens des Magistrats dafür angeführt sind, die Bestimmung des Teils III<sup>2</sup> bestehen zu lassen, haben uns aber ebenfalls überzeugt, daß der von der Kommission eingebrachte Antrag, diesen Teil fallenzulassen, nicht durchführbar sei.

N u m m e r III würde darnach lauten:

„Ausgeschlossen bleiben:

1. solche Beamte, deren „Gehalt“ den Jahresbetrag von 5000 M übersteigt;
2. solche Beamte, deren steuerpflichtiges Einkommen nach der Steuerrolle das Gehalt um wenigstens 1000 M übersteigt.“

Was die Nummer IV<sup>2</sup> betrifft, so war der Magistrat mit der Finanzkommission darin einig, daß auch die Witwen mit Kindern an der Teuerungszulage teilnehmen sollen. Infolgedessen ist dieser Absatz geändert, und N u m m e r IV würde demgemäß lauten:

„Beamte, bei denen die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, erhalten bis auf weiteres:

1. eine Teuerungszulage in Höhe von 5 Prozent ihres „Gehaltes“;
2. wenn sie verheiratet oder Witwer mit Kindern (IV<sup>2</sup>) sind, außerdem monatlich 10 M;
3. wenn sie Kinder, die das 16. Lebensjahr noch nicht beendet haben, oder solche nicht 18 Jahre alte Kinder zu versorgen haben, die ohne eigenes nennenswertes Vermögen sich zur Schul- oder Berufsbildung oder aus sonstigen wichtigen Gründen (Krankheit pp.) bei den Eltern aufhalten, monatlich 5 M für jedes Kind.“

Bei diesen Veränderungen ergibt sich folgerichtig für die N u m m e r V folgender Wortlaut:

„Beamte, bei denen die unter I—III erwähnten Voraussetzungen zutreffen, und deren Gehalt den Betrag von 5000 M nicht übersteigt, erhalten eine einmalige Unterstützung in folgender Höhe:

1. unverheiratete, einschließlich der Witwer ohne Kinder (IV<sup>2</sup>) 40 M,
2. verheiratete ohne Kinder (IV<sup>2</sup>) 100 M,
3. verheiratete oder Witwer mit Kindern, für die nach IV<sup>2</sup> Familienunterstützung gewährt wird, für jedes Kind 30 M. Diese Vorschriften (unter V) gelten auch für solche Beamte, die erst am 1. Oktober 1916 oder später zum Heeresdienste einberufen sind.“

Unter VI würde abzuändern sein die Summe des Gehalts und bei den Worten „unter IV und V erwähnten Vergünstigungen“ würde „und V“ wegfallen, so daß die Nummer VI lautet:

„Übersteigt die Summe des „Gehalts“ und der unter IV erwähnten Vergünstigungen oder einer oder mehrerer dieser Vergünstigungen den Betrag von 5000 *M*, so wird der Gesamtbetrag der Vergünstigungen so weit gekürzt, daß die Gesamtsumme von 5000 *M* nicht überschritten wird.“

Nummer VII bleibt unverändert und lautet:

„Die nach IV<sup>1</sup> den Lehrerinnen und unverheirateten Lehrern zu gewährende Teuerungszulage soll wenigstens 200 *M* jährlich betragen, sofern nicht nach III<sup>2</sup> oder VI eine Ermäßigung stattzufinden hat.“

Die Finanzkommission gibt anheim, dem Antrage des Magistrats in dieser veränderten Form zuzustimmen, und beantragt ferner, dem Magistrat nahelegen, falls der Staat die von seiner Seite in Aussicht genommene Teuerungszulage schon vom 1. Januar eintreten lassen würde, auch seinerseits die Teuerungszulage bereits vom 1. Januar d. J. an zu zahlen.

**Vorsitzender:** Wenn ich den Herrn Referenten richtig verstanden habe, beantragt die Finanzkommission, dem Antrage des Magistrats stattzugeben, jedoch mit folgenden Abänderungen:

1. daß die Gehaltsgrenze, bis zu der die Unterstützung gewährt wird, von 4500 *M* auf 5000 *M* heraufgesetzt wird,
2. daß den Verheirateten die Witwer mit Kindern gleichgestellt werden, und
3. wird gewünscht, daß die Unterstützung für den Fall, daß der Staat die beabsichtigte Unterstützung vom 1. Januar ab gewährt, auch den städtischen Beamten von diesem Zeitpunkte ab gewährt wird.

**Stadtvr. Wesemeier:** Wir möchten die ganze Materie auf eine breitere Basis gestellt sehen und möchten den Kreis der Personen, die hier bedacht werden sollen, ausdehnen auf all das Personal, das im Rathause und in der Verwaltung beschäftigt ist, wobei also die in der Lohnübersicht Aufgeführten ausgeschieden bleiben würden. Wir stellen diesen Antrag, weil wir der Meinung sind, daß es eine ziemliche Anzahl Personen im Rathause gibt, die durch die Vorlage des Magistrats nicht getroffen sind, und deren Einkommen infolge der Teuerung sehr wohl einer Aufbesserung bedürftig ist. Wir beantragen deshalb, zu Anfang der Nummer I den Wortlaut in folgender Weise zu ändern:

„I. Es kommen alle Personen in Frage, die volle drei Monate im städtischen Verwaltungsz- bzw. Bureaudienste beschäftigt werden . . .“ und am Schlusse von I zu setzen statt „der Beamte“: „der oder die Beschäftigte fest angestellt ist“ usw.

Den letzten Satz unter II beantragen wir zu streichen, weil wir in der folgenden Nummer eine andere Fassung wünschen. Wir beantragen, unter III zu setzen:

„Ausgeschlossen bleiben

1. solche Beamte und ausbilsweise Beschäftigte, deren steuerpflichtiges Einkommen den Jahresbetrag von 4500 *M* übersteigt.“

Den Absatz 2 beantragen wir zu streichen.

Wir können es nicht als gerecht anerkennen, daß z. B. ein Angestellter, der 1500 *M* Gehalt und dabei ein Nebeneinkommen von 1000 *M* hat, also insgesamt ein Jahreseinkommen von 2500 *M* hat, von der Zulage ausgeschaltet werden soll, während ein Mann mit 4500 *M* — jetzt durch die Kommission auf 5000 *M* erhöht — die Teuerungszulage erhalten soll. Wir halten das für eine Ungerechtigkeit und glauben, gerechter zu handeln, wenn wir „steuerpflichtiges Einkommen“ statt „Gehalt“ setzen.

Sodann haben wir noch grundsätzliche Bedenken gegen die Höhe der Teuerungszulage, die allgemein für alle Stufen auf 5 Prozent festgesetzt worden ist. Wir beantragen deshalb,

unter IV zu setzen: „Beamte und ausbilsweise Beschäftigte . . .“ (also das letzte hinzuzufügen),

unter IV<sup>1</sup> zu setzen: „eine Teuerungszulage von 10 Prozent ihres steuerpflichtigen Einkommens in Höhe bis zu 2000 *M*, von 7½ Prozent ihres steuerpflichtigen Einkommens in Höhe von 2001—3000 *M*, von 5 Prozent ihres steuerpflichtigen Einkommens in Höhe von 3001—4500 *M*“. Wir würden aber auch einverstanden sein, wenn Sie hier sagen würden 5000 *M*.

Wenn man uns entgegenen wollte, daß unser Vorschlag die Stadt sehr belasten würde, so glaube ich, kann ich dem mit Recht entgegenhalten, daß ich in meinem Antrage den Ausdruck „steuerpflichtiges Einkommen“ aufgenommen habe. Damit ist alles erfaßt, wie der Mann in der Steuerrolle steht, und ich glaube, wer ein steuerpflichtiges Einkommen von 4500 *M* oder 5000 *M* hat, der kann damit auch heute sehr wohl auskommen.

Mein letzter Antrag würde bedeuten, daß ein Beamter oder Beschäftigter oder Beschäftigte mit 1500 *M* steuerpflichtigem Einkommen bei 5 Prozent Teuerungszulage, wie es der Magistrat in Vorschlag gebracht hat, 75 *M* bekäme, bei dem Satze, den wir in Vorschlag bringen, 150 *M*. Auf 2000 *M* würde nach dem Magistratsvorschlage bei 5 Prozent eine Zulage von 100 *M* kommen, nach unserem Vorschlage 200 *M*. Das von uns Vorgeschlagene ist doch gerechtfertigt, denn diejenigen Personen, die das geringste Einkommen haben, leiden am schwersten unter den Zuständen, wie wir sie heute haben, und es ist gerechtfertigt, daß man diesen geringen Einkommen durch die Stadt etwas mehr zu Hilfe kommt und

ihnen einen etwas höheren Prozentsatz der Teuerungszulage verleiht, als den höheren Einkommen, denen es schon eher möglich ist, auch bei einem Satz von 5 Prozent sich in den schweren Zeiten durchzubringen.

Auf 2500 *M* fielen bei 5 Prozent 125 *M* Teuerungszulage, nach unserem Vorschlage bei 7½ Prozent 187,50 *M*. Auf 3000 *M* bei 5 Prozent 150 *M*, bei 7½ Prozent, wie wir vorschlagen, 225 *M*. In der Höhe von über 3000 *M* würde der Betrag der Teuerungszulage bei beiden Vorschlägen ja der gleiche sein, und wenn die Inhaber der Einkommen von 3500 bis 4500 *M* 175 bis 225 *M* Jahreszuschuß bekommen, so würde das schon eine ganz wesentliche Hilfe sein; jedenfalls wäre es ungerecht, diesen Satz auf diesen Stufen zu gewähren, wenn man auf den unteren Stufen weniger gewährt.

Ich werde meine Anträge einreichen und bitte, der Gerechtigkeit wegen zuzustimmen.

Stadtv. **Frede:** Ich greife zunächst zurück auf das, was in der Kommission gearbeitet worden ist. Man hatte, wie der Herr Referent schon mitgeteilt hat, in der Mehrzahl der Kommissionsmitglieder Anstoß genommen an der Beschränkung der Vorlage, die darin liegt, daß die steuerpflichtigen Einkommen mit berücksichtigt werden sollen dergestalt, daß auf allen Gehaltsstufen bis 4500 *M* — und nunmehr bis 5000 *M* — ein steuerpflichtiges Einkommen, welches mit mehr als 1000 *M* über das Gehalt hinausgeht, bei der Teuerungszulage nicht berücksichtigt werden soll. Die Herren in der Kommission waren der Meinung, wie ja auch Herr Wesemeier ausgeführt hat, daß es ein Unrecht wäre, wenn jemand, der ein Gehalt von 1500 *M* und durch Nebenarbeit noch eine Einnahme von 1000 *M* hat, weder die einmalige noch die laufende Zulage bekommt, während ein anderer der nur 3000 oder 4000 *M* Gehalt hat, die Teuerungszulagen voll bekommt.

Ich habe auf das nach meinem Gefühl Ungerechte in dieser Bestimmung hingewiesen, und es ist vom Magistrat darauf verwiesen, daß eine Ungerechtigkeit insofern nicht vorliege, als man berücksichtigen müsse, daß die Gehaltsstufen eingerichtet seien für die Bedürfnisse ihrer Angehörigen. Als Beispiel dafür: Ein Lehrer, der 3000 *M* Gehalt hat, hat gewöhnlich nicht eine so große Familie wie der, der mehr Gehalt bekommt, und würde also auch durch die Teuerungsverhältnisse nicht so stark betroffen werden wie der andere.

Aber vor allen Dingen hat der Magistrat geltend gemacht, daß selbst bei einer Bereitwilligkeit, die Mittel für eine andere Regelung, bei der die Rücksicht auf Nebeneinnahmen fortfielen, zur Verfügung zu stellen, es vermieden werden müsse, daß die Staatsbeamten auf die städtischen Beamten verweisen könnten. Diese Berufung der Staatsbeamten müsse befürchtet werden, und es ginge das auch weiter hinauf, so daß ernste Unstimmigkeiten zu befürchten seien. Kurz und gut,

die Summe dieser Gründe hat den Magistrat bewogen, ein bestimmtes Nein in dieser Beziehung auszusprechen, und so haben wir den zwecklosen Kampf aufgegeben, um die Vorlage nicht ganz zu gefährden, denn der Magistrat hätte die Vorlage zurückziehen müssen, wenn in einem wesentlichen Punkte mit uns kein Einverständnis erzielt worden wäre.

Nun muß man aber auch anerkennen, daß der Magistrat in wesentlichen Punkten uns entgegengekommen ist. Vor allen Dingen ist die Grenze von 4500 auf 5000 *M* heraufgesetzt, und das ist auch von Bedeutung für diejenigen, welche ein Gehalt unter 4500 *M* haben. Auch diese werden nicht sagen können, die neue Vorlage bringt uns keine Verbesserung, sondern auch derjenige, der etwa 4300 oder 4500 *M* Gehalt hat, wird bei der Teuerungszulage nicht mehr beschnitten, er bekommt sie voll und ganz, weil die Grenze heraufgerückt ist. Insofern haben also auch diese Gehaltsstufen Vorteil von der Erhöhung auf 5000 *M*.

In einem zweiten Punkte ist vom Magistrat auch nachgegeben, nämlich darin, daß die Witwer mit Kindern die „Frauenzulage“ (so will ich einmal sagen) erhalten sollen. Es wurde geltend gemacht, daß die Witwer, welche Kinder unter 16 Jahren haben, auch eine Haushälterin haben müssen, und anzuerkennen sei, daß eine Haushälterin mindestens so viel koste wie eine Frau, im allgemeinen sogar mehr, denn außer ihrer Verpflegung und Wohnung muß sie auch noch Gehalt bekommen. Auch solche Witwer bekommen nach der umgeänderten Vorlage eine Unterstützung von 10 *M* monatlich.

Dann hat der Magistrat zugejagt, daß die Begrenzung von 5000 *M* keinen Einfluß haben soll auf die einmalige Teuerungszulage. Das ist so zu verstehen: Wer 4800 *M* Gehalt hat, würde an laufender Zulage für seine Person 240 *M* bekommen müssen und daneben noch die übrigen Zulagen, er erhält in Wirklichkeit aber an l a u f e n d e n Zulagen nicht mehr, als bis die Grenze von 5000 *M* erreicht ist. Aber die e i n m a l i g e Zulage soll nicht gekürzt werden.

Das sind alles Punkte, die wohl anerkannt werden müssen. Im übrigen haben wir in der Kommission, wie ich schon vorhin ausgeführt habe, unseren Widerstand in betreff des steuerpflichtigen Einkommens nur aufgegeben, weil wir uns sagten: Wir wollen nicht die ganze Teuerungszulage gefährden. Ich stehe im übrigen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß es ein bitteres Gefühl ist für einen Beamten, der ausgeschlossen ist von der Teuerungszulage, weil er durch Nebenarbeiten, durch Zinsen oder sonstige Nebeneinkommen über die gesetzte Grenze kommt, mag er auch sonst niedrig im Gehalt stehen, während sein im höheren Gehalte stehender Kollege, der dieses Nebeneinkommen nicht hat, die Teuerungszulage bekommt, sowohl die laufende wie die einmalige. Es läßt sich nicht leugnen, daß das nicht geeignet ist, die Berufsfreudigkeit, auf die der Magi-

strat am Schlusse seines Schreibens großes Gewicht legt, besonders anzufachen oder zu erhalten; vielleicht wird eher das Gegentheil der Fall sein.

Nun hat Herr Wesemeier neue Vorschläge gemacht. Er sagt: Alle Beamten und alle aushilfsweise Beschäftigten sollen 10 Prozent bekommen, wenn sie ein steuerpflichtiges Einkommen bis 2000 M. beziehen. Ich habe geglaubt, daß Herr Wesemeier, seinem sozialen Empfinden nach, das er jedenfalls besitzt, damit kommen würde, daß er die Verheirateten und die Witwer mit Kindern besonders berücksichtigen würde. Das tut er aber nicht. Der alleinstehende Mann bekommt nach seinem Vorschlage dasselbe, wie der mit Kindern gesegnete, (Zuruf des Herrn Wesemeier: Das wird ja schon in dem vorgelegten Antrage berücksichtigt!) So, das von Herrn Wesemeier Gewünschte soll also nur eine Einschiebung sein! Ich hatte geglaubt, es solle ein besonderer Antrag für sich sein. Nun, darüber ließe sich sprechen. Wir haben ja auch einen Satz von 10 Prozent in der Kommission erwogen, aber der Magistrat war der Meinung, daß er uns da nicht folgen könnte. Ich will mir vorläufig ausrechnen, was dabei herauskommt.

**Stadtv. Salomon:** Ich möchte dem Ausdruck geben, daß die geplante weitergehende Fürsorge für Beamte und Lehrer in den betreffenden Kreisen mit großer Befriedigung aufgenommen ist; ich möchte auch gerade besonders im Namen der Lehrerschaft der Stadt aussprechen, daß sie hochbefriedigt ist darüber, daß man in der Stadt Braunschweig nicht das traurige Schauspiel erlebt, das sich vielfach in Preußen abspielt, wo die Zahlungspflicht vom Staat auf die Gemeinde, und umgekehrt von der Gemeinde auf den Staat abgeschoben wird nach dem berühmten Verse: „Und da keiner wollte leiden, daß der andre für ihn zahle, zahlte keiner von den beiden.“

Mit diesen Schwierigkeiten haben wir hier nicht zu kämpfen, aber trotzdem muß ich mit Bedauern doch auf eins hinweisen, und zwar ist das der Punkt unter III<sup>2</sup>, der sich mit dem steuerpflichtigen Einkommen beschäftigt, d. h. auch mit den Nebeneinnahmen. Bei den Beamten und Lehrern trifft in den meisten Fällen zu, daß sie Nebeneinnahmen durch Nebenarbeiten erwerben. Solche Nebenarbeiten sind stets sehr viel kraftraubender als die Arbeit im Hauptberuf. Wenn ich als Lehrer abends von 8—10 Uhr unterrichten muß, so muß ich mit mehr Kraftanstrengung schaffen, als wenn ich am Vormittag oder Frühnachmittage meine Stunden gebe. Es steht weiter fest, daß diejenigen, die solche Nebenarbeiten verrichten, es aus dem Grunde tun, weil gerade sie unter einem schwereren wirtschaftlichen Drucke stehen als andere, denn, meine Herren, zum Vergnügen übernimmt keiner Nebenarbeiten, sie werden nur von solchen ausgeführt, die mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, hervorgerufen durch größere Familie, durch Krankheiten oder andere mißliche Umstände. Und für wen erwerben sie etwas nebenbei? Nicht für ihre Person, sondern es rollt ihnen das Geld durch die Hand

für andere. Erreicht zahlenmäßig dieses Nebeneinkommen 1000 *M*, dann ist der Betreffende, der die Mehrarbeit leistet, der mehr Sorgen und Lasten zu tragen hat als soandso viele andere, ausgeschlossen von einer Teuerungszulage. Das stellt eine große Härte dar. Ich möchte einmal einen Fall annehmen, wo ein Lehrer 3000 *M* Gehalt hat und schon eine Familie mit drei Kindern ernähren muß. Verdient er 1050 *M* nebenbei, hat also 4050 *M* Einnahme, so bekommt er von der Teuerungszulage nichts. Ein anderer hat das Höchstgehalt als Lehrer von 4300 *M*, ist Junggeselle — es gibt eine größere Zahl davon in dieser Gehaltsstufe —, ein solcher bezieht die Kriegszulage.

Ich weiß sehr wohl, daß bei Einschlebung dieses Punktes die Stadt unter dem Drucke des Staates steht. Der Staat ist der erste gewesen, der diesen — nennen wir ihn einmal engherzigen — Standpunkt eingenommen hat; und meine Worte haben den Zweck, weil sie in die Öffentlichkeit hinausklingen, eine Anregung zu geben, daß man bei weiteren Erwägungen, die sicher über die Teuerungszulage noch einmal angestellt werden müssen, in den maßgebenden Kreisen des Staates diesen Punkt aufs neue scharf beleuchtet und von allen Seiten betrachtet. Es ist meine Hoffnung, daß wir in Braunschweig davon abkommen und uns ein Beispiel nehmen müssen an dem, was in Preußen gilt. Dort wird nur das Gehalt in Anrechnung gebracht, das Staat und Kommune zahlen, und nur dieses kann nach meiner Überzeugung der Maßstab sein für die Gewährung von Teuerungszulagen.

Ich will keinen besonderen Antrag stellen auf Streichung dieses Punktes, weil ich glaube, wie mein Freund Frede schon sagte, es könnte dadurch in dem jetzigen Stadium die ganze Vorlage gefährdet werden; ich hoffe aber, daß man später eine Änderung vornimmt.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Vorweg will ich bemerken, daß die ablehnende Haltung des Magistrats den verschiedenen Wünschen gegenüber nicht zurückzuführen ist auf finanzielle Erwägungen. Wenn Sie auf die Vorschläge, wie sie Ihnen jetzt vorliegen, eingehen, so bedeutet das nach einer Zusammenstellung, die gemacht ist, eine laufende Mehrausgabe von jährlich 131 000 *M* und eine einmalige Ausgabe von ungefähr 65 000 *M*, zusammen annähernd 200 000 *M*. Bei der gewaltigen Schuldenlast, in die wir geraten sind — es klingt vielleicht etwas leichtfertig, wenn ich das sage —, spielt selbst eine solche Summe für uns nicht eine ausschlaggebende Rolle. Aber wir müssen uns fragen: Können wir so wesentlich abweichen von den Grundsätzen des Staates, denn es ist keine Frage: Bei dem Umfange unserer Verwaltung, bei der Zahl der Beamten, die wir beschäftigen, hat es natürlich einen wesentlichen Einfluß, wenn die Stadt über die Säge des Staates wesentlich hinausgeht. Weiter ausführen will ich das nicht, die Mehrzahl von Ihnen wird darüber orientiert sein.



Wenn ich nun übergehe zu den Einwendungen des Herrn Wesemeier, so gipfeln sie in folgenden Punkten: Er bemängelt zunächst, daß wir die vorübergehend beschäftigten Personen nicht auch berücksichtigen. Das haben wir uns sehr wohl überlegt. Auch der Staat berücksichtigt in dieser Sache nur dauernd Beschäftigte, und wir sind dem von Anfang an gefolgt. Als wir zum erstenmal 1915 Ihnen Teuerungsvorschläge unterbreiteten, haben wir schon gesagt: „Wir müssen uns auf die dauernd Beschäftigten beschränken“, und ich möchte bitten zu überlegen, ob das nicht der richtige Standpunkt ist.

Herr Wesemeier wünscht: auch die seit drei Monaten Beschäftigten sollen berücksichtigt werden. Was heißt das? Wir sollen zu den Sätzen, die wir diesen Beamten und Beamtinnen geben, je nach Prozenten diese Zulagen hinzusetzen. Die fest angestellten Beamten waren von Anfang des Krieges an gebunden an die für sie bestehenden festen Sätze, und daran war nichts zu rütteln. Ganz anders liegt die Sache bei denen, die hierher kamen und sagten: „Wir sind in Not; wollt ihr uns nicht aufnehmen, da wir keine Beschäftigung haben?“ Wir haben bei ihnen sofort prüfen müssen: Welches ist ihre Leistungsfähigkeit, und welches Gehalt ist dafür angemessen? Wenn diese Hilfsbeamten und Hilfskräfte eine Zeitlang beschäftigt sind und sich bewährt haben, dann kommen regelmäßig die Anträge auf Erhöhung ihrer Vergütung. Die unterbreiten wir Ihnen nicht, weil wir von Ihnen die Vollmacht haben, in dieser Beziehung zu bewilligen, was wir für angemessen halten. Es geht kaum eine Sitzung des Magistrats hin, daß nicht mehrere Anträge auf Aufbesserung von diesen Hilfskräften uns unterbreitet werden. Soll das nun ganz unberücksichtigt bleiben? Die Bezahlung der Hilfskräfte ist vollständig variabel, bald so, bald so, und es besteht in der Beziehung ein himmelweiter Unterschied zwischen dieser Bezahlung und den fest normierten Gehältern der Beamten. Wenn Sie diese vorübergehend beschäftigten Personen in die Gewährung dieser Teuerungszulage einbeziehen wollen, dann weiß ich nicht, weshalb Sie nicht auch die Arbeiter in gleicher Weise berücksichtigen wollen. Die Hilfskräfte gehen wieder, sobald sie eine besser bezahlte Beschäftigung finden, unter Umständen sogar ohne Innehaltung der Kündigung. Es besteht also ein wesentlicher Unterschied zwischen diesen beiden Klassen von Beamten, und ich bezweifle, daß der Magistrat in der Lage sein würde, wenn die Herren diesem Antrage Folge geben, auf ihn einzugehen.

Nun die Frage der verschiedenen Bemessung der Teuerungszulage auf 10, 7½ und 5 Prozent. Ich gebe zu, daß die Sache auf den ersten Blick etwas für sich hat. Aber wir haben geglaubt, wir sollten den Hauptwert nicht auf diese prozentuale Steigerung der Teuerungszulage, sondern auf die Familienunterstützung legen und dort keine Grenze setzen in bezug auf die Höhe, wie es der Staat getan hat. Wir sagen: Durch die Teuerungszulage mit für die Familie zu sorgen, ist

in erster Linie unsere Aufgabe, und deshalb zahlen wir für die Frau 120 *M* im Jahre und für jedes Kind 60 *M*. Bei der Teuerungszulage für die Frau und 4 Kinder kommen wir schon auf 360 *M*. Daß die Stadt daneben noch die Steigerung des Gehalts um 5 Prozent festgesetzt hat, ist meiner Ansicht nach ein wesentlicher Vorteil, den die Stadt gegenüber den Maßnahmen des Staates gewährt. Die Beamten der Stadtverwaltung stehen sich bei dieser Regelung nicht unerheblich besser als die Staatsbeamten, darüber aber noch hinauszugehen, scheint nicht gerechtfertigt zu sein. Ich glaube, auch die Beamten selber haben eingesehen, daß es wesentlich ist, die Familie zu unterstützen, und daß die daneben gewährte Teuerungszulage zu 5 Prozent nicht eine so wesentliche Rolle spielt.

Ich komme nun zu dem Hauptpunkt, den die Herren Salomon und Frede hervorgehoben haben, und den auch Herr Wesemeier, allerdings von einem anderen Gesichtspunkte aus, in seine Besprechung einbezogen hat. Herr Wesemeier sagt: Ich richte mich bei Gewährung der Teuerungszulagen nur nach dem steuerpflichtigen Einkommen, und das ist ein wesentlicher Unterschied gegenüber dem Standpunkte, den wir eingenommen haben. Was die Berücksichtigung des Einkommens betrifft, so ist auch hier, abgesehen von der Rücksichtnahme auf den Staat, bei unseren Vorschlägen folgendes maßgebend gewesen: Die Besoldung der Beamten geschieht unter anderen Gesichtspunkten, als die Honorierung der Beamten im Privatbetriebe. Diese Betriebe sind darauf angewiesen, Geld zu verdienen, und wenn sie gut verdienen, ist es ganz erklärlich, daß sie ihren Beamten in ertragreichen Jahren höhere Zuwendungen machen, Lantienmen gewähren usw. Bei der Stadt- und bei der Staatsverwaltung liegt die Sache anders. Weil wir alle unsere Einnahmen im wesentlichen aus Steuern ziehen, so haben wir die heilige Pflicht, so billig wie möglich zu wirtschaften. Daraus folgt, daß wir, wenn solche Zeiten der Not eintreten, wie wir sie jetzt haben, wo die Teuerung eine unglaubliche Höhe erreicht hat, nicht den Grundsatz aufstellen dürfen: Wir garantieren jedem unserer Beamten, daß er die Lebenshaltung, die er bisher hat führen können, in unveränderter Weise fortsetzen kann. Wir müssen dabei Rücksicht nehmen auf die Verhältnisse des einzelnen, müssen also fragen: Ist wirklich in jedem einzelnen Falle die Not so groß, daß wir aus städtischen Mitteln Zubeuße leisten müssen? Es liegt nichts näher, als daß man die Verhältnisse des einzelnen prüft und sich darnach richtet. Nun wäre es aber selbstverständlich nicht richtig, ins kleine zu gehen, nach jeder kleinsten Nebeneinnahme zu forschen und darnach abzustufen. Aber ganz unberücksichtigt dürfen wir die Nebeneinnahme nicht lassen, sonst wäre die unweigerliche Folge, daß wir die Bezüge aller unserer Beamten aufbessern müßten, denn, meine Herren, auch die höchst besoldeten Beamten leiden unter der Teuerung, und 5000 *M* bildet in der Beziehung nicht die Grenze. Wenn wir aber überhaupt differenzieren und bestimmen: Bei 5000 *M* hören wir mit der

Teuerungszulage auf, dann können wir auch nicht die Vermögensverhältnisse der niedriger Besoldeten unberücksichtigt lassen. Nun hat der Staat bestimmt: Wer 500 *M* Einnahme neben seinem Gehalte hat, der wird von der Teuerungszulage ausgeschlossen. Die Grenze schien uns von Anfang an zu niedrig, und deshalb haben wir sie auf 1000 *M* festgelegt. Das ist doch ein ganz anständiger Zuschlag, den wir neben den Gehaltszügen zulassen. Daß auch das unter Umständen Unzufriedenheit geben kann, erkenne ich an, auch, daß es in dem Falle besonders hart ist, wenn dieses Einkommen neben dem Gehalt lediglich aus laurer Arbeit herührt. Aber, meine Herren, sollen wir einen Unterschied machen, zwischen den Beamten, die durch laure Arbeit Nebenverdienst erzielen, und denen, die aus Zinsen usw. ein hohes Nebeneinkommen haben? Das geht doch auch wieder nicht an, und so haben wir uns gesagt: Eine Grenze muß festgesetzt werden, die durch das Nebeneinkommen nicht überschritten werden darf, wenn Teuerungszulage gewährt werden soll.

Ob nun 1000 *M* der richtige Satz ist, das will ich dahingestellt sein lassen. Wir haben angenommen, daß es ein reichlich hoher Satz ist, und ich glaube auch behaupten zu dürfen, daß die Zahl der Personen, die durch Festsetzung dieser Grenze von der Teuerungszulage ausgeschlossen werden, verhältnismäßig sehr gering ist. Eine so große Unzufriedenheit kann dadurch also nicht erregt werden. Wichtig ist es doch, daß jemand, der mit seinen Kollegen gleich hoch besoldet wird, sich aber um 1000 *M* besser steht als seine Kollegen, bei dieser außerordentlichen Unterstützung nicht die gleiche Berücksichtigung wie die anderen ohne Nebeneinnahme finden kann. Ein Antrag auf Nichtberücksichtigung der Nebeneinnahmen ist bisher nicht gestellt, ich kann aber bestimmt erklären, daß der Magistrat auch beim besten Willen nicht darauf eingehen könnte.

Anträge liegen nur von seiten des Herrn Wesemeier vor. Es tut mir leid, hier darauf aufmerksam machen zu müssen: Zwei von seinen Freunden haben in der Finanzkommission an den Beratungen teilgenommen, aber eine Anregung, wie sie die Anträge des Herrn Wesemeier enthalten, ist von ihnen nicht gegeben. Es ist nicht so einfach, die Folgen eines Beschlusses, wie ihn Herr Wesemeier wünscht, zu übersehen. Es wäre doch besser gewesen, man hätte diese Frage in der Kommission erörtert. Ich bezweifle, daß der Magistrat in der Lage sein wird, auf die Anregung des Herrn Wesemeier in vollem Umfange einzugehen.

Der Herr Berichterstatter hat wohl übersehen, mitzuteilen, daß der Magistrat wünscht, daß u n t e r III<sup>2</sup> gesagt wird:

„Solche Beamte, deren d e r G e m e i n d e e i n k o m m e n s t e u e r u n t e r l i e g e n d e s Einkommen . . .“

Wir hatten zuerst gesagt „steuerpflichtiges Einkommen“, aber es liegt bereits ein Fall vor, daß hierunter zweierlei verstanden werden kann. Das staatliche

Steuereinkommen ist unter Umständen ein anderes als das der Gemeindeeinkommensteuer unterliegende. Deshalb bitte ich, zuzustimmen, daß Nummer III<sup>2</sup> in dieser Weise geändert wird.

Stadtv. **Bartels:** Nach dem eben von Herrn Oberbürgermeister Gehörten möchte ich bitten, daß der in III<sup>2</sup> genannte Betrag des Nebeneinkommens von 1000 *M* auf 2000 *M* erhöht wird.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Ich kann nur wiederholen: Der Staat hat einstweilen nur 500 *M* für diesen Betrag festgesetzt; ich hoffe ja, daß er auf 1000 *M* hinaufgehen wird, so daß eine Gleichmäßigkeit zwischen diesen Bestimmungen beim Staate und bei der Stadt herrscht. Wenn nun aber die Stadt diese Summe auf das Doppelte erhöht, so fürchte ich, wird das wieder im höchsten Grade Unzufriedenheit verursachen. Deshalb möchte ich bitten, den Betrag festzusetzen, wie er in der Vorlage steht. Sollte die Versammlung der Anregung des Herrn Bartels folgen wollen, so möchte ich bitten, nicht zu sagen: Wir machen diese Erhöhung zur Bedingung — denn damit würde das Zustandekommen der ganzen Vorlage gefährdet werden —, sondern zu sagen: Wir geben dem Magistrat anheim, diese Erhöhung vorzunehmen.

Stadtv. **Niete:** Es haben in dieser Angelegenheit mehrere Sitzungen der Finanzkommission stattgefunden. Der Magistrat geht davon aus, daß der allgemeinen Teuerung Rechnung zu tragen ist, und will andererseits durch die Teuerungszulage die Beamten und Angestellten schaffensfreudig erhalten. Dem stimmen wir zu. Es wurde dann der Satz von 3000 *M* auf 4500 *M* und darauf auf 5000 *M* festgesetzt. Jetzt kommt man ja fast auf 6000 *M*. Wenn wir vorhin bei Vorlage der Lohnübersicht gesehen haben, wie die Teuerungszulage den Arbeitern zuteil wird, so kann ich mich nicht auf dem Standpunkt stellen, daß oben mit Scheffeln und unten mit Löffeln gegeben wird, sondern es muß eine einigermaßen gerechte Verteilung stattfinden, und ich meine, daß das durch den Antrag des Herrn Wesemeier am besten gewährt wird. Darum haben wir auch für die Vorlage, wie sie eingebracht ist, nicht stimmen können, weil wir das nicht denjenigen gegenüber vertreten können, die uns hierhergeschickt haben.

Stadtv. **Wesemeier:** Der Herr Oberbürgermeister führte gegen meinen Vorschlag an, man könne nicht nachforschen, was jeder an Nebeneinkommen habe. (Oberbürgermeister Netemeyer: Das habe ich nicht gesagt; ich habe gesagt: Wir können nicht einen Unterschied darin machen, woher der Nebenverdienst kommt.) Nun, das ist ja gleich; das reine Einkommen selbst steht ja in der Steuerrolle fest.

Nun meinte der Herr Oberbürgermeister, es sei ein Unterschied zwischen den Hilfskräften, die für die Kriegszeit angenommen sind, und den angestellten Be-

amten. Die letzteren hätten feste Bezüge und müßten damit auskommen, während das Einkommen der Hilfskräfte auf Schrauben gestellt ist. Die letzteren können, wenn sie mehr haben wollen, einen Antrag stellen, und der Magistrat hat sich damit zu beschäftigen; die Stadtverordneten haben schon im voraus ihre Zustimmung erteilt, daß der Magistrat darüber entscheiden kann. Wir wissen ja nicht, wie die Hilfskräfte entlohnt werden, aber das wissen wir, daß Klagen aus den Reihen der Hilfskräfte genügend geführt werden. Heute ist es in fast allen Fabriken und Privatbetrieben so, daß die Arbeitskräfte, die beschäftigt werden, neben dem Lohn eine besondere Teuerungszulage als Kriegszulage bekommen. Man tut das deshalb, weil man dann, wenn man die Leute über die Kriegsdauer hinaus behält, ihren Lohn leichter kürzen kann. Wir wissen nicht, inwieweit der Magistrat nach dem Kriege noch gezwungen sein wird, Hilfskräfte zu beschäftigen; ich glaube aber, daß das in nicht geringem Umfange wird geschehen müssen. Es werden leider, leider von unseren Beamten sehr viele ausbleiben oder vielleicht durch den Krieg ungeeignet werden, ihre frühere Arbeit fortzusetzen. — Nebenbei möchte ich bemerken, daß ich die ganzen Zuwendungen an die Familie bestehen lassen will. Daß ich die streichen wolle, kann also gegen meinen Antrag absolut nicht ins Feld geführt werden.

Wenn ich nun beantrage, die Stadt möchte bei Bewilligung von Teuerungszulagen das steuerpflichtige Einkommen zugrunde legen, so ist das meiner Meinung nach das gerechteste Verfahren. Es ist allerdings etwas Außergewöhnliches, wenn eine Stadtverwaltung plötzlich von dem Begriff Gehalt bei solchen Fragen abgehen soll und den Begriff steuerpflichtiges Einkommen neu einführen soll. Aber der Magistrat hat ja einem solchen Vorgehen schon Konzessionen gemacht, indem er ein bestimmtes Nebeneinkommen anrechnen will. Nehmen wir zwei Angestellte mit dem Gehalt von 3000 *M* an, und der eine hat durch Zinsen oder Dividende, ohne daß er besonders arbeitet, einen Nebenverdienst von 1000 *M*, der andere aber keine Nebeneinnahmen, dann ist es nicht gerechtfertigt, daß dieser mit 3000 *M* im Bezüge der Teuerungszulage ebenso gestellt wird, wie der mit 4000 *M* Einkommen. Deshalb ist es am gerechtesten, wenn man das steuerpflichtige Einkommen als Grundlage für diese besondere Zuwendung nimmt. Auch wenn es etwas ungewöhnlich erscheinen sollte, so ist es doch am gerechtesten. Was den finanziellen Effekt ausmacht, so wird an manchen Stellen vielleicht gespart werden, was man an anderen Stellen zulegen kann.

Mein Antrag will, daß man denen am besten hilft, die es am notwendigsten haben, und die am meisten unter der heutigen Mißere zu leiden haben. 5 Prozent Teuerungszulage für diejenigen mit 1500—2000 *M* Gehalt, das ist doch sehr wenig im Verhältnis zu dem, was diejenigen mit 4500 *M* Gehalt bei 5 Prozent bekommen. Die letzten erhalten eine um so höhere Zulage, weil sie sowieso schon

besser gestellt sind. Gerechter würde es doch sein, den am schlechtesten Gestellten eine höhere Zulage zu geben. Das will ich ja noch nicht einmal; ich will nur einen Ausgleich in der Weise, daß derjenige, der im Gehalt niedriger steht, ebenjogut mit der Teuerungszulage bedacht wird wie der Höchstbejoldete — und in manchen Fällen macht es noch nicht einmal so viel aus. Es müßte doch gehen, daß das steuerpflichtige Einkommen bei der Gewährung der Teuerungszulage zugrunde gelegt wird.

**Stadtv. Salomon:** Ich möchte nochmals ein paar Worte, das „steuerpflichtige Einkommen“ betreffend, sagen. In den weitaus meisten Fällen werden bei der Bewilligung von Teuerungszulagen nur die Gehälter berücksichtigt, nicht das steuerpflichtige Einkommen. Selbst in Mecklenburg, das doch nicht als sehr fortschrittlich bekannt ist, ist eine Regelung erfolgt und dabei gesagt: Es wird nur das Diensteinkommen berücksichtigt und das, was aus öffentlichen Kassen gezahlt wird. Vielleicht geht auch Herr Wesemeier noch davon ab, das steuerpflichtige Einkommen als Grundlage zu wählen.

Ferner möchte ich noch auf eins zu sprechen kommen, nämlich auf die Pensionäre. Es ist im Staate geplant, auch diese bei einer Teuerungszulage zu berücksichtigen. Daß bei den Pensionären dieselbe Not herrscht, wie bei uns, ist klar. Es soll in den Fällen eine Beihilfe gewährt werden, wo eine Notlage besonders anerkannt wird. Soweit ich orientiert bin, hat sich der Magistrat auch diese Ansicht zu eigen gemacht, und ich möchte die Bitte aussprechen, hier so weitherzig wie möglich zu verfahren, denn in diesen Kreisen — ich denke besonders an die Frauen, die nur Witwengeld beziehen — herrscht bittere, bittere Not.

**Stadtv. Bartels:** Ich wollte vorhin mit meinen Worten keinen Antrag gestellt haben, sondern nur einem Wunsche Ausdruck geben.

**Stadtv. Lauer:** Ich möchte meinem Bedauern Ausdruck geben, daß hier der Fall vorliegt, daß die Kommission etwas für nicht richtig anerkennt, nämlich das Bestehenbleiben der Nummer III<sup>a</sup> bezüglich der Berücksichtigung des steuerpflichtigen Einkommens, und daß sie leider doch in die Notlage versetzt ist, dennoch der Vorlage mit diesem Satze ihre Zustimmung zu erteilen. Die Beamten und Lehrer, die von dieser Maßnahme betroffen sind, sind gerade diejenigen, die noch in gewissen besseren finanziellen Verhältnissen leben, und die sich ausgezeichnet haben bei Auslegung der Kriegsanleihen. Es muß anerkannt werden, was gerade von Lehrern und Beamten in der Hinsicht geschehen ist. Es sind auch sogenannte Sammelstage veranstaltet, und wenn wir die Liste der Zeichnungen durchsehen, dann finden wir die Beamten und die Lehrerschaft in hervorragender Weise bei der Zeichnung beteiligt. Es wurde hervorgehoben, der Kreis, der bei Anrechnung

fraglicher 1000 *M* in Frage komme, sei nur ein kleiner, und gerade deshalb meine ich, hätte sich doch ein Weg finden lassen müssen, daß diese Bestimmung hätte wegfallen können. Es ist kein Zweifel: Die Annahme der Vorlage in dieser Form wird bei manchem eine gewisse Enttäuschung zur Folge haben, und die Arbeitsfreudigkeit wird dadurch bei manchem nicht gefördert werden. Wenn jemand Privatvermögen besitzt oder sich etwas erspart hat, dann wird er durch diese Bestimmung in gewissem Sinne eine Bestrafung dafür erfahren, und das ist zu beklagen. Ersparnisse aus den bisherigen städtischen Gehältern zu machen, wird wohl kaum möglich gewesen sein; es läuft also darauf hinaus, daß der Beamte in gewissem Sinne durch sein Privatvermögen sich selbst eine Entlohnung muß zuteil werden lassen, und das ist wohl einzig dastehend. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Arbeit bei jetzt schwierigen Verhältnissen in den Kommunen von unseren Beamten geleistet werden muß, wie das den früheren Verhältnissen nicht entspricht, und daß dabei auch noch Unterernährung in den meisten Fällen vorliegt, ist allgemein bekannt. So bedaure ich, daß Magistrat und Kommission dem als richtig anerkannten Wunsche nicht haben nachkommen können.

**Stadtv. Voelckigt:** Wenn man Herrn Lauer hört, so hört sich das an, als ob wir in den drei Sitzungen, die wir in der Finanzkommission gehabt haben, nur einfach dem Magistrat zugestimmt hätten, ohne uns um die Sache ein Ättelschen zu kümmern. Wir haben die Verhältnisse geprüft, selbst bis zum Herrn Oberbürgermeister hinauf, sind mit unseren Anträgen gekommen und sind weiter vorgegangen. Herr Frede hat seine Sache warm vertreten, hat aber nicht erreichen können, daß er damit durchkam. Wir konnten das Gehör dem nicht versagen, was der Magistrat vorbrachte. Sollten wir sagen: „Wir bestehen auf unseren Kopf!“ und der Magistrat sagen: „Wir gehen nicht darauf ein!“ Der Magistrat hat mit uns alles in Erwägung gezogen, was im Interesse der Vorlage liegt und was geschehen muß, damit die Beamten und die Lehrerschaft in Genuß dieser Vorlage kommen. Es ist vom Herrn Oberbürgermeister schon angeführt, daß von uns weit über die Grenzen dessen gegangen ist, was der Staat gesetzt hat; wir sind auf das Doppelte gegangen. Unsere Beamten waren nicht aufgeklärt darüber, was wir in der Kommission für sie erreichen wollten. Was sie in ihrem Schreiben haben wollten, darüber sind wir noch hinausgegangen und haben mehr getan als der Staat. Ich erkenne an: Wenn wir es könnten, so müßten wir allen Beamten die Teuerungszulage geben, denn unter der Teuerung leiden alle, mögen es hohe oder niedrige sein. Herr Frede hat in wohlmeinender Absicht seinen Antrag verteidigt, aber er ist selbst dazu gekommen, zu sagen: Ehe ich die ganze Vorlage gefährde, da der Magistrat aus wohlervogenen Gründen nicht von seinem Standpunkte abgehen kann, wollen wir doch nehmen, was zu haben ist.

Ob wir jetzt 2000 *M* als Grenze für die Nebeneinnahme annehmen, wie Herr Bartels wünscht, oder eine andere festsetzen, immer werden wir wieder zu einer Grenze kommen, wo wir nicht jeden befriedigen können. Nach reiflicher Überlegung in der Kommission sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß, wenn wir die Vorlage so annehmen, wie sie heute vorgebracht ist, jedenfalls die Vorlage schnell ausgeführt wird und so die Beamten und Lehrer möglichst schnell in den Genuß der Zulage kommen. Also nicht, weil der Magistrat sich gerade so geäußert hat, sondern, weil die Gründe des Magistrats wohl erwogen sind, hat sich die Kommission überzeugt, daß wir Ihnen die Vorlage so unterbreiten müssen, wie sie vom Herrn Referenten vorgetragen ist.

**Stadtv. Munte:** Herr Lauer hätte einmal sehen sollen, wie sehr wir uns bemüht haben, die Vorlage im Sinne der Beamten zu verbessern und zu erreichen, was unter den obwaltenden Verhältnissen erreicht werden kann. Es ist doch eine ganze Reihe Punkte zugunsten der Beamten in der Vorlage verbessert. Lange haben wir in der Kommission gekämpft, um Nummer III<sup>2</sup> zu streichen. Wir haben vorgeschlagen, der Magistrat möge die Begrenzung so vornehmen, daß Gehalt plus Nebeneinnahmen 6000 *M* nicht überschreiten, aber es ist nicht möglich gewesen, den Vorschlag durchzubringen. Ich bedaure, daß Herr Lauer eine solche Kritik an der Arbeit der Finanzkommission übt. Ich wünschte sehr, er wäre mit uns zusammen Mitglied der Kommission gewesen, aber ich glaube nicht, daß ihm etwas Besseres gelungen wäre.

**Stadtv. Tebbenjohanns:** Es ist richtig, daß der Punkt III<sup>2</sup> in der Kommission, wie auch hier in der Vollversammlung, die eingehendste Erörterung gefunden hat. Es handelt sich in der Hauptsache nicht darum, eine Summe festzusetzen, die als Nebeneinkommen von dem Genuß der Teuerungszuschläge ausschließt, sondern vielmehr einen grundsätzlichen Standpunkt einzunehmen. Die Finanzkommission hat die Ansicht vertreten: Das Gehalt eines Beamten soll ihn in den Stand setzen, seine Lebensführung davon zu bestreiten. Wenn nun in dieser Zeit die Lebensführung wesentlich mehr Ausgaben erfordert, dann muß sein Gehalt entsprechend erhöht werden. Der Magistrat und auch der Staat nehmen einen anderen Standpunkt ein. Sie sagen: Eine Teuerungszulage soll nur gewährt werden, wenn eine Not vorhanden ist, eine Not, hervorgerufen dadurch, daß überhaupt das Einkommen, einerlei, woher es bezogen wird, nicht ausreicht. Wir haben bei den Besprechungen in der Kommission, wie ich schon vorhin ausgeführt habe, eingesehen, daß wir bei dieser grundsätzlichen Verschiedenheit der Ansichten mit unserem Antrage nicht durchkommen würden. Der Magistrat erklärte: Die Veränderung ist für uns unannehmbar, und beim Vorliegen solcher



Verhältnisse sollte ich meinen — wie schon vorhin zweimal ausgeführt ist —, daß unsere Stellungnahme die sein muß: Ehe wir die ganze Vorlage zu Falle bringen, empfehlen wir den Antrag mit den vorgeschlagenen Zusätzen und Änderungen anzunehmen — und darum möchte ich nochmals gebeten haben.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Ich kann immer nur wiederholen: Es handelt sich in diesem Falle nicht um die Bemessung von Gehältern, sondern lediglich um die Gewährung von Unterstützungen, die die Beamten in die Lage setzen sollen, über die schwierigen Zeiten hinwegzukommen. Glauben Sie denn, daß, wenn das Einkommen an sich ganz unberücksichtigt bliebe, dadurch alle Ungleichheiten und alle Unzufriedenheit beseitigt würden? Das ist durchaus nicht der Fall. Wenn jemand ein Gehalt von 5000 *M.* hat und daneben noch ein Einkommen von 1000 *M.*, so hat er doch in Wirklichkeit ein Einkommen von 6000 *M.* Hat ein Beamter 5500 *M.* Gehalt, dann würde er nach unserer Vorlage nichts bekommen, auch wenn er kein Nebeneinkommen hat; der zuerst Erwähnte aber würde die Teuerungszulage bekommen. Ist das gerecht? Sie mögen es einrichten, wie Sie wollen, es kommen immer Grenzfälle vor, die sich unangenehm berühren, so daß bei dem einen oder anderen doch Unzufriedenheit eintreten wird.

Nun muß ich noch einmal auf einen Punkt kommen. Ich wurde durch Herrn Salomon darauf aufmerksam gemacht, die Kommission habe mit Zustimmung des Magistrats beschlossen, die Vorschrift unter V:

„Beamte, bei denen die unter I—III erwähnten Voraussetzungen zutreffen, erhalten eine einmalige Unterstützung in folgender Höhe . . .“ zu ändern, und zwar dahin, daß es heißen soll:

„Beamte, bei denen die unter I und II erwähnten Voraussetzungen zutreffen, und deren Gehalt den Betrag von 5000 *M.* nicht übersteigt, erhalten eine einmalige Unterstützung in folgender Höhe . . .“

Das ist der Wortlaut, wie er in der Kommission festgestellt ist, und dem hat der Magistrat zugestimmt. Daraus folgt, daß bei der einmaligen Unterstützung das Nebeneinkommen unberücksichtigt bleiben soll. Darin kommt Ihnen der Magistrat doch auch entgegen, und wir bedauern selbst, daß wir nicht so weit gehen können, wie einige Herren in der Kommission wünschten. Ich möchte hier doch noch klargelegt sehen, daß die Einschränkung durch Nebeneinnahme für die einmalige Unterstützung wegfällt.

**Stadtv. Tebbenjohanns:** Ich kann nur bestätigen, was der Herr Oberbürgermeister eben anführte, und glaube ferner, daß ich den abgeänderten Wortlaut so zur Verlesung gebracht habe, wie ihn der Herr Oberbürgermeister eben vorgetragen hat.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Es ist doch wünschenswert, daß wir hier alles klarstellen. Außerdem hat die Kommission im Einverständnis mit dem Magistrat ausdrücklich festgelegt, daß bei dieser einmaligen Unterstützung eine Kürzung nicht stattfinden solle. Zu dem Zwecke haben wir unter VI die Worte „und V“ gestrichen. Das hat ja der Herr Berichterstatter vorhin schon vorgetragen.

Zu der Abstimmung wird zunächst der Antrag Wesemeier abgelehnt, darauf nacheinander, entsprechend dem Kommissionsantrage, die Punkte I und II nach der Magistratsvorlage angenommen.

**Stadtv. Frede** (zur Abstimmung): Ich glaube, man ist zu der falschen Auffassung, daß auch bei der einmaligen Unterstützung diejenigen ausgeschlossen sind, die ein Nebeneinkommen von 1000 M haben, dadurch gekommen, daß hier steht: „Ausgeschlossen bleiben solche Beamte, deren . . . . . Einkommen . . . . . das Gehalt um wenigstens 1000 M übersteigt.“ Besser wäre es, wenn das die richtige Auffassung ist, daß die einmalige Teuerungszulage unabhängig ist von dem steuerpflichtigen Einkommen, daß das hier zum Ausdruck käme.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Ich hatte mir vorgenommen, vorzuschlagen, nicht an dieser Stelle, sondern bei II hinter die Worte „sofern nicht die Vorschrift unter III<sup>2</sup> zutrifft“ in Klammer zu setzen „(Ausnahme siehe V)“. Dann sind wir sofort im Klaren.

**Vorsitzender:** Es wird dasselbe erreicht, wenn hier zu III<sup>2</sup> hinzugefügt wird: „(Ausnahme siehe V.)“

Der Nummer III in der Form des Kommissionsvorschlages mit diesem Zusage wird zugestimmt.

**Vorsitzender** (zu IV): Hier wird hinter Witwer mit Kindern eingeschaltet: „(siehe IV<sup>2</sup>)“.

Der weitergehende Antrag ist der Antrag Wesemeier in seinem zweiten Teile. Ich nehme an, daß der Wesemeiersche Antrag in dieser Beziehung aufrechterhalten wird, obgleich der erste Teil des Antrages gefallen ist. Der Antrag ist insofern abweichend, als für die Teuerungszulage nicht bestimmend sein soll das Gehalt, sondern das steuerpflichtige Einkommen, und zweitens sollen nicht durchgängig 5 Prozent Teuerungszulage zu dem Gehalt gegeben werden, sondern je nach der Höhe des steuerpflichtigen Einkommens 10, 7½ oder 5 Prozent. Im übrigen bleibt es in diesem Antrage wohl bei der Höchstsumme von 4500 M? (Zustimmung des Stadtv. Wesemeier.)

Der Antrag Wesemeier wird abgelehnt und darauf Nummer IV in der Fassung der Kommission angenommen. Nachdem der Vorsitzende nochmals die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen vorgetragen hat, werden auch die Nummern V, VI und VII in der von der Kommission beantragten Form angenommen.

**Vorsitzender:** Damit wäre die Vorlage mit den Abweichungen, die zur Sprache gekommen sind, angenommen.

Stadtv. **Stegmann** (zur Geschäftsordnung): Meine Freunde möchten bitten, daß eine Gesamtabstimmung vorgenommen wird, wie das allgemein üblich ist.

**Vorsitzender:** Ich bitte die Herren, die für die Vorlage im ganzen sind, wie wir sie nacheinander angenommen haben, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

## 6. Bedingungen für die Fortschaffung des Hausmülls.

Stadtv. Dr. **Landauer:** Meine Herren, Sie werden die Vorlage des Magistrats erhalten und sich daraus genau informiert haben. In dieser Sache ist den Mitgliedern der Statutenkommission noch eine nachträgliche Zuschrift des Magistrats zugegangen, die auf die Anfrage der Kommission Antwort gibt, wie hoch sich die Gebühren belaufen.

**Vorsitzender:** Ich nehme an, daß die Herren alle diesen Nachtrag bekommen haben.

Oberbürgermeister **Hettemeyer:** Meiner Ansicht nach hätte müssen der Herr Vorsitzende der Statutenkommission — es soll dies kein Vorwurf sein —, nachdem die Vorlage in der Kommission beraten war, den sämtlichen Herren Stadtverordneten die Beschlüsse über die wesentlichen Änderungen, die die Kommission vorgenommen hat, in einer Vervielfältigung zugehen lassen. Es wird unter diesen Umständen sich empfehlen, heute die Beratung abzusetzen und in der nächsten Sitzung darauf zurückzukommen. Das wäre auch deshalb wünschenswert, weil noch einige von den nächsten Punkten heute erledigt werden müssen.

**Vorsitzender:** Ich nehme das Einverständnis der Versammlung damit an, daß dieser Punkt heute von der Beratung abgesetzt wird.

Stadtv. **Meyerhoff:** Ich nehme die Bemerkungen des Herrn Oberbürgermeisters nicht als Vorwurf auf, muß aber bemerken, daß ich nicht gewußt habe,

daß ich als Vorsitzender der Kommission es anregen mußte, daß eine Vervielfältigung vorgenommen werden soll. Ich habe auch geglaubt, es seien genügend Exemplare des Schriftstücks vorhanden.

Sollte ich einen Fehler gemacht haben, so bitte ich um Entschuldigung.

## 7. Übernahme der innenstädtischen Straßencreinigung und der kleineren Reparaturen der Straßenpflasterung seitens des städtischen Tiefbauamts.

Stadtv. Dr. **Landauer**: Ich nehme an, daß auch diese Vorlage den einzelnen Stadtverordneten nicht zugegangen ist, und werde sie deshalb zur Verlesung bringen:

„Die aus Anlaß von Beschädigungen oder Erneuerungen der Gas- und Wasserrohre nötig gewordenen Nachpflasterungen wurden bisher auf Anordnung der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke durch hiesige Unternehmer ausgeführt und die dadurch erwachsenden Kosten aus den Kassen der Werke bestritten. Eine Mitwirkung des städtischen Tiefbauamts fand dabei nicht statt. Mit Rücksicht auf die seit einigen Jahren ergangenen höchst richterlichen Entscheidungen, die den Gemeinden eine sehr weitgehende Haftung für solche Unfälle auferlegen, die durch Schäden am Fahrbahnpflaster oder durch Beschädigungen an den Fußsteigen hervorgerufen werden, und deren Verhütung durch sofortige Ausbesserung der schadhaften Stellen oft wegen Unkenntnis der Behörden kaum möglich ist, erscheint es uns nicht ratsam, das bisher geübte Verfahren beizubehalten. Wir halten vielmehr für erforderlich, die dauernde sorgfältige Überwachung und Instandsetzung der gesamten Straßenbefestigungen dadurch zu fördern, daß alle hier in Frage kommenden Arbeiten dem städtischen Tiefbauamte zugewiesen werden. Es wird sich empfehlen, das bei Rohrbrüchen pp. zu beobachtende Verfahren so zu regeln, daß zwar die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke die Gruben mit einem nach Ansicht des städtischen Tiefbauamtes geeigneten Material ordnungsmäßig wieder so weit ausfüllen läßt, daß Unfälle verhütet werden, daß sie aber von jeder derartigen Arbeit, event. von Beschädigungen, die durch Unterspülungen entstehen, dem städtischen Tiefbauamte ungehäumt Mitteilung macht, damit die Straßenbefestigung kunstgerecht wiederhergestellt wird.

Was die Tragung der Kosten betrifft, so würde es unseres Erachtens recht überflüssige Arbeiten verursachen, wenn über jede Ausbesserung den Werken eine genaue Kostenrechnung zur Begleichung übersandt werden müßte; andererseits aber erscheint es uns nicht gerechtfertigt, die Werke völlig von den ihnen zur Last fallenden Kosten zu befreien. Wir halten daher für zweckmäßig, daß — ohne Rücksicht auf die wirklich entstehenden Kosten — entweder alljährlich abgerundete Pauschalvergütungen von den Werken an die Rämmereikasse abgeführt, oder, was noch einfacher sein dürfte, die jetzt auf 15 000 M bzw. 10 000 M bemessenen Ver-

waltungsgebühren, die an die Kammereikasse fließen, um je 2000 *M* erhöht werden.

Erwähnen wollen wir noch, daß die Ausbesserungen des Pflasters zwischen den Schienen der Straßenbahn vertragsgemäß von der Straßeneisenbahn-Gesellschaft auf eigene Kosten auszuführen sind. Wenn etwa bei Vernachlässigung dieser Verpflichtung Unfälle entstehen sollten, so würde unseres Erachtens auch für solche gegebenenfalls zunächst die Stadt haften müssen; nach § 14 des Konzessionsvertrages vom 21. Dezember 1916 aber in solchen Fällen die Gesellschaft die Stadt zu vertreten und für den dieser erwachsenden Schaden aufzukommen haben.

Dringend erforderlich erscheint es uns aber außerdem, Vorsorge zu treffen, daß alle an der Straßenbefestigung sich zeigenden Schäden ungesäumt dem städtischen Tiefbauamte gemeldet werden. Die wenigen Aufsichtsbeamten sind naturgemäß nicht imstande, fortwährend alle Straßen zu dem Zwecke zu überwachen, wohl aber könnten neben ihnen die mit Ausführung der Reinigungsarbeiten beauftragten Personen strenger als bisher angehalten werden, sofort alle von ihnen beobachteten Pflasterbeschäden zu melden. Daß dies nachhaltiger geschehen würde, wenn das gesamte mit der Reinigung der Straßen beschäftigte Personal einer Stelle unterstehen würde, unterliegt unseres Erachtens keinem Zweifel, und es empfiehlt sich daher, fortan auch die innenstädtische Straßenreinigung dem städtischen Tiefbauamte zu unterstellen.

Für diese Änderung spricht unseres Erachtens auch die Erwägung, daß es bei starkem Schneefall oder plötzlich eintretendem Tauwetter häufig in den außenstädtischen Straßen an den nötigen Kräften fehlt, um wenigstens die Fußwege freizumachen, während in der Innenstadt, in der diese Verpflichtung den Hausbesitzern obliegt, in der Regel vorläufig die Herstellung der Übergänge über die Fahrbahn genügt, während weitere Reinigungsarbeiten nicht so dringlich sind.

Und endlich ist zu berücksichtigen, daß, je zahlreicher die Zahl der dem Tiefbauamte unterstehenden Straßenreiniger ist, desto leichter aus ihnen geeignete Personen ausgewählt werden können, die im Bedarfsfalle (bei eintretenden Erkrankungen) Mithilfe bei der Müllabfuhr und sonstigen Fuhren leisten können. Den diesbezüglichen Anforderungen der Marstallverwaltung würde das städtische Tiefbauamt zu entsprechen haben, da die Reinigungsarbeiten regelmäßig nicht so dringlich sind wie die von den städtischen Gespannen auszuführenden Fuhren. Andererseits würde selbstverständlich der städtische Marstall die vom Tiefbauamte angeforderten Gespanne, die zur Fortschaffung des Straßenkehrichts erforderlich sind, ohne weiteres zu stellen haben.

Es ist möglich, daß es sich später vielleicht als praktisch herausstellt, auch den Marstallbetrieb dem städtischen Tiefbauamte zu unterstellen, wie solches in manchen anderen Städten bereits geschehen ist, und diese Maßregel wird sich ver-

mutlich besonders dann empfehlen, wenn die Pferdegespanne in größerem Umfange durch Kraftwagen ersetzt werden. Einstweilen und besonders während des Krieges halten wir aber nicht für zweckmäßig, eine so völlig neue Ordnung vorzunehmen, möchten uns vielmehr für jetzt auf die Empfehlung der vorstehend erwähnten Änderung beschränken. Ihre Folge würde allerdings die sein, daß die bisherige Straßenreinigungsdeputation künftig als Marstalldeputation nur den Marstallbetrieb zu leiten hätte.

Hiernach geben wir Zustimmung dazu anheim, daß:

a) alle aus Anlaß von Arbeiten an den unterirdischen Rohrleitungen der Gas- und Wasserwerke oder infolge von Unteripülungen und dergleichen notwendigen Pflasterarbeiten gegen Erhöhung der von den Werken zu zahlenden Verwaltungsgebühren um je 2000 M dem städtischen Tiefbauamte übertragen werden, und

b) auch die innenstädtische Straßenreinigung unter entsprechender Beschränkung des Wirkungsbereiches der Straßenreinigungsdeputation dem Tiefbauamte unterstellt werden.

Da die Voranschläge für 1917/18 bereits fertiggestellt und in Druck gegeben sind, wird es sich empfehlen, die bisherige Art der Rechnungsführung für das nächste Jahr noch beizubehalten. Künftig werden dann die Ausgaben für innenstädtische Straßenreinigung und ebenso die Einnahmen (Erlös für Straßenehracht) in Kap. X erscheinen."

Der Finanzausschuß gibt Ihnen anheim, dieser Vorlage zuzustimmen.

**Vorsitzender:** Wie die Herren aus dem Antrage vernommen haben, handelt es sich um die Übernahme der kleineren Reparaturen an dem Straßenpflaster aus Anlaß von Arbeiten an den unterirdischen Rohrleitungen und ähnlichem, ferner um Übernahme der innenstädtischen Straßenreinigung durch das städtische Tiefbauamt. Es soll das geschehen, damit keine Verzögerungen in den Ausbesserungen entstehen und aus anderen Zweckmäßigkeitsgründen. Die Kommission hat die Begründung des Antrages anerkannt und gibt die Genehmigung der Vorlage anheim.

**Stadtv. Riele:** Wenn die Verwaltung in dem Maße zentralisiert werden soll, wie es hier vorgeschlagen ist, so kann man das nur gutheißen. Die Gründe, die zu diesem Antrage geführt haben, liegen zum Teil mit darin, daß man die Möglichkeit haben will, die Stadt besser reinigen zu können, und man muß zugeben, daß es vorteilhafter ist, wenn der Stadt in Zeiten, wo es not tut, mehr Kräfte zur Verfügung stehen und dadurch dieses Geschäft sich besser regeln läßt. Es fragt sich nun aber, ob die Arbeiter bei dieser Neuordnung nicht zu kurz kommen, wenn sie

nämlich ihre Wünsche nicht mehr der städtischen Straßenreinigungsdeputation vortragen können. Jedenfalls müßte ihnen dann der Weg offenstehen, daß sie bei der Tiefbauverwaltung vorstellig werden können; dann hätte ich gegen die Zentralisierung nichts einzumenden.

**Oberbürgermeister Netemeyer:** Ich wüßte nicht, weshalb die Stellung der Arbeiter sich dadurch verschlechtern sollte, daß das Tiefbauamt die Leitung der innenstädtischen Straßenreinigung übernimmt; die sämtlichen Arbeiter der außenstädtischen Straßenreinigung sind doch auch nicht einer besonderen Deputation unterstellt. Die Lohnfrage haben wir doch so geregelt, daß eine besondere Lohnkommission eingesetzt wurde, die alle Jahre zusammenkommt und die Löhne feststellt. Dadurch ist also schon die Mitwirkung der Deputationsmitglieder gegeben. Sonstige Wünsche könnten uns auch durch das Tiefbauamt vorgetragen werden. Wir wollen mit dieser Neugestaltung den Versuch machen, die Geschäftsführung zu verbessern; wenn es sich nicht bewähren sollte, könnten wir die Sache später ja wieder ändern.

Den Magistratsanträgen wird zugestimmt.

## 8. Beschaffung von Lehr- und Unterrichtsmitteln für die Hilfsschule.

**Stadtv. Göde:** Herr Schuldirektor Dr. Appuhn hat an den Schulvorstand der städtischen Bürgerschulen ein Schreiben gerichtet, das folgendermaßen lautet:

„Die am 1. Mai 1916 an der hiesigen Hilfsschule versuchsweise eingerichtete Hilfsklasse hat sich nach dem Urteil des stellvertretenden Leiters jener Anstalt, des Hilfsschullehrers Schöppe, und wie ich mich selbst durch eine eingehende Prüfung überzeugt habe, bis jetzt durchaus bewährt. Da aber jene Einrichtung noch zu kurze Zeit besteht, um schon jetzt ein endgültiges Urteil über sie zu fällen, möchte ich ergebenst in Vorschlag bringen, noch weiter mit ihrer praktischen Erprobung fortzufahren und erst nach etwa 1—2 Jahren über ihre etwaige dauernde Beibehaltung Beschluß zu fassen.“

Für die Durchführung der Aufgaben der Hilfsklasse hat sich die Anschaffung der im beifolgenden Kostenaufschlage angegebenen Lehrmittel im Preise von etwa 350 M als erforderlich erwiesen. Im Falle der Auflösung der Hilfsklasse könnten jene Unterrichtsmittel in den anderen Klassen der Hilfsschule gut verwendet werden. Ich bitte daher, die Bewilligung jenes im Voranschlage für 1917/18 nicht vorgesehenen Betrages bei den städtischen Behörden erwirken zu wollen.“

Die Schulkommission hat sich mit der Sache befaßt, und wir sind dabei ebenfalls zu der Überzeugung gekommen, daß nach dieser kurzen Zeit des Bestehens der Hilfsklasse noch kein abschließendes Urteil gefällt werden kann, daß es aber

angebracht erscheint, die Klasse bestehen zu lassen, um weitere Erfahrungen zu sammeln. Die Kommission schlägt Ihnen deshalb vor, den Betrag für die bezeichneten Mittel bewilligen zu wollen.

Die Versammlung stimmt der Bewilligung zu.

## 9. Beteiligung der Stadt an der 6. Kriegsanleihe.

**Stadt v. Tebbenjohanns:** Ich glaube, wir müssen dem Magistrat dankbar sein, daß er auch diesmal wieder einen Antrag gestellt hat, daß sich die Stadt bei der Kriegsanleihe beteiligen möchte, auch habe ich die Überzeugung, daß die Versammlung dieser Beteiligung an der 6. Kriegsanleihe ebenso freudig zustimmen wird, wie das durch die Finanzkommission geschehen ist. Denn wer wollte wohl in der jetzigen Zeit abseits stehen, wo das Reich dringend die Mittel für Weiterführung des Krieges braucht. Die Stadt Braunschweig, das kann man ruhig sagen, gibt mit dieser Zeichnung ein weiteres schönes Beispiel für alle diejenigen, die bisher unschlüssig und ängstlich dagestanden haben mit ihren Bedenken, ob und wie weit sie sich an der Anleihe beteiligen sollen. Wir befinden uns nicht in der glücklichen Lage wie viele preußische Städte, die die Summen hierfür aus den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Sparkassen nehmen können; wir müssen den Weg beschreiten, den der Schatzsekretär so vielen anderen Leuten empfohlen hat, nämlich den, das Geld an anderer Stelle vorstufweise zu beschaffen, und es ist zu wünschen, daß diese Art und Weise anderwärts Nachahmung findet. So möge denn die Beschlufsfassung, die wir heute vornehmen, weithin Eindruck machen in allen Teilen des Herzogtums und ins allgemeine, und möge dazu beitragen, daß die Zeichnungen, die aus dem Lande zusammenkommen, wieder einen würdigen Anteil bilden an der hoffentlich recht großen Gesamtzeichnung.

Der Magistrat schlägt vor, daß sich die Stadt an der neuen Kriegsanleihe mit 1 Million Mark 5-prozentiger in das Reichsschuldbuch einzutragender Reichsanleihe beteiligt, und die dazu nötigen Mittel beim Herzoglichen Leihhause anleiht. Die Finanzkommission gibt Ihnen anheim, dem Antrage in dieser Form zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Kommissionsantrage gemäß.

## 10. Anfrage Wesemeier über Erhebung des Schulgeldes in den Volksschulen für das laufende Vierteljahr.

Wortlaut der Anfrage s. S. 711.

**Stadt v. Wesemeier:** Der Gedanke, der diesem Antrage zugrunde liegt, kam mir vorhin bei der Debatte über die Schließung der Volksschulen wegen des



Kohlenmangels. Mit einem solchen Schwünge wie Herr Salomon konnte ich über die unterschiedliche Behandlung der höheren und der Volksschulen nicht hinwegkommen. Herr Salomon freut sich darüber, daß die höheren Schulen ihren Unterricht wieder aufnehmen konnten, und meint, daß es zufällig die Kinder der Bessersituierten sind, denen dieser Vorteil zuteil werde. Der Zufall spielt ja manchmal eine Rolle, nur schade, daß es hier wie Absicht aussieht, wie auch oft in anderen Fällen.

Gegen die Unterstellung des Herrn Oberbürgermeisters, ich wolle nicht die Aufnahme des Unterrichts in allen Schulen, sondern nur das erreichen, daß auch die höheren Schulen den Unterricht aussetzen, muß ich mich verwahren. Ich wollte umgekehrt mit Aussetzung des Unterrichts in den höheren Schulen nur erreichen, daß die Volksschulen ihren Unterricht früher wieder beginnen können. Das ist direkt das Gegenteil von dem, was mir der Herr Oberbürgermeister unterstellt hat.

Um nun auf den Kern meiner Anfrage zu kommen, so ist, wenn ich nicht irre, am 8. Februar die erste Bekanntmachung des Generalkommandos über den Kohlenmangel erfolgt, und seitdem ist auch der Schulunterricht ausgesetzt. Ich bin nun vorhin erst auf den in meiner Anfrage enthaltenen Gedanken gekommen, und das Regulativ über die Erhebung des Schulgeldes ist mir nicht genau gegenwärtig. Es sind heute sechs Wochen, daß der Schulunterricht ausgesetzt ist, und ich glaube, in unseren dahingehenden Bestimmungen lautet ein Passus: Wenn die Kinder sechs Wochen lang der Schule fernbleiben, braucht das Schulgeld nicht bezahlt zu werden. Es sind jetzt schon über 6 Wochen, und es werden jedenfalls noch mehr Wochen werden, wo keine Schule gehalten wird, weil man noch nicht sagen kann, wann der Volksschulunterricht wieder aufgenommen wird. Deshalb frage ich, ob denn nun für dieses Vierteljahr überhaupt Schulgeld erhoben werden kann und erhoben werden soll.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** In dem Regulativ ist dieser Fall nicht vorgesehen, sondern es ist nur von Erlaß des Schulgeldes die Rede für den Fall, daß Kinder infolge von Krankheit die Schule versäumen müssen.

**Vorsitzender:** Eine Besprechung wird nicht beantragt; die Sache ist damit erledigt. — Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8¾ Uhr.

# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 30. März 1917.

### **Tagesordnung:**

1. Bedingungen für die stadtseitige Fortschaffung des Hausmülls . . . . . Seite 744
2. Änderung der Verbrauchsregelung für Brot und Mehl . . . . . " 772
3. Gewährung einer Fleischzulage für die Bevölkerung. . . . . " 782
4. Ergänzung der Bestimmungen über die Einführung einer Lichtspielsteuer . . . . . " 799
5. Antrag der Straßen-Eisenbahngesellschaft auf Herabsetzung der an die Stadt-  
gemeinde vertragsmäßig wegen des Lichtwerks zu zahlenden Jahresabgabe . . . . . " 803

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Mohr**, **Schöttler**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Amtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Steiniede**, **Dr. Boge**, **Weichsel** und **Dr. Wolters**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Genzen**, **Selle**, **Wesemeier**, **Stegmann** und **Steinbrecher**.

**Vorsitzender Hartung:** Ich eröffne die Sitzung. Wir treten gleich in die Tagesordnung ein.

## 1. Bedingungen für die stadtseitige Fortschaffung des Hausmülls.

**Stadtv. Dr. Rahlert:** Meine Herren! Es ist Ihnen seitens des Stadtmagistrats die Ausarbeitung einer Regelung der Müllabfuhr zugegangen. Die Besprechung stand auch schon in der vorletzten Sitzung auf der Tagesordnung, sie mußte aber abgesetzt werden, da die Vorarbeiten noch nicht ausreichend gediehen waren. Es sind nun inzwischen weitere Verhandlungen gepflogen und ausreichendes Material gesammelt, so daß wir nunmehr der endgültigen Regelung nähertreten können. Ich möchte zunächst fragen, ob ich das ganze Schriftstück, welches an die Herren Stadtverordneten ergangen ist, hier zur Verlesung bringen soll, oder ob es wünschenswert ist, in die Besprechung der Bedingungen und der durch die Statutenkommission gewünschten Änderungen sogleich einzutreten.

**Vorsitzender:** Wenn aus der Versammlung kein Wunsch auf Verlesung laut wird, so kann auf eine solche verzichtet werden, da die Vorlage ja in den Händen der Herren ist. Außer der Begründung der Vorlage durch den Magistrat ist in diesem Schriftstücke der Wortlaut der einzelnen Paragraphen enthalten. Es wird sich vielleicht empfehlen, gleich auf die einzelnen Paragraphen einzugehen und dazu die Änderungen zu erwähnen, die durch den Nachtrag vom 22. März hinzugekommen sind.

**Stadtv. Dr. Rahlert:** Der Anlaß zur Einbringung der Vorlage ist der Umstand, daß die Stadt Geld braucht, und wir alle müssen dem Magistrat beipflichten, wenn er zu dem Zwecke Gebühren für die Müllabfuhr einführen will, denn es handelt sich um eine Leistung, welche seitens der Einwohner einer Gegenleistung wert ist.

In der Statutenkommission waren Meinungsverschiedenheiten darüber entstanden, ob die Regelung der Müllabfuhr lediglich durch einen Vertrag mit den einzelnen Grundstückseigern oder durch ein Statut festzulegen sei. Schließlich haben wir uns doch schlüssig gemacht, Ihnen zu empfehlen, der vorgeschlagenen Form der Regelung, die Verträge mit den Grundbesitzern vorsieht, zuzustimmen, da die statutarische Regelung manche Mißstände mit sich bringt.

Seitens der Grundbesitzer ist vielfach der Wunsch geäußert worden, daß die Gebühren durch die Stadt direkt von den einzelnen Beteiligten, auch von den Mietern, eingezogen werden sollten. In dieser Beziehung haben wir uns in der Statutenkommission dahin geeinigt, daß wir vorschlagen, *versuchsweise* auf ein Jahr von den Hausbesitzern die Beträge einzuziehen, während es diesen wiederum obliegt, die einzelnen Beträge auf ihre Mieter zu verteilen, wie solches auch der Entwurf vorsieht.

Der § 1 der Bedingungen lautet:

„Die Stadt Braunschweig übernimmt auf Antrag bis auf weiteres die Fortschaffung des zur Abholung bereitgestellten Hausmülls der Wohngebäude an solchen Straßen, auf denen zufolge Beschlusses der städtischen Behörden die städtischen Abfuhrwagen regelmäßig verkehren. Zu den Wohngebäuden im Sinne dieser Vorschrift gehören auch Krankenhäuser, Kliniken, Fremdenhöfe (Hotels), Wirtschaften, Kaffeehäuser und solche öffentlichen Gebäude, deren sämtliche Räume als Dienstwohnungen benutzt werden. — Ob die vorstehenden Voraussetzungen für die Übernahme der Müllabfuhr zutreffen, entscheidet in Zweifelsfällen der Stadtmagistrat.“

**Vorsigender:** Ich möchte doch den Herrn Referenten bitten, bevor wir auf die einzelnen Paragraphen eingehen, den allgemeinen Standpunkt der Kommission zu den Magistratsanträgen mitzuteilen, da darnach die Herren in der Lage sein werden, sich darüber klar zu werden, was dann die Zustimmung zu jedem einzelnen Paragraphen bedeutet. Es ist von der Kommission der Antrag gestellt, man sollte mit der Ausführung der Müllabfuhr nach dieser Vorlage für ein Jahr eine Probe machen. Ich möchte bitten, zunächst zu referieren, wie der Standpunkt der Kommission im ganzen zu der Vorlage gewesen ist.

**Stadtv. Dr. Rahlert:** Wie ich bereits angedeutet habe, war in der Statutenkommission die Meinung über die Vorlage sehr geteilt. Einerseits wäre es erwünscht gewesen, ein Statut über die Müllabfuhr zu haben, andererseits hatte aber auch der Abschluß von Verträgen mit den Grundbesitzern seine Vorzüge. Wir haben schließlich der Form des Vertrages und der Einziehung der Gebühren von den Grundbesitzern zugestimmt, nachdem von dem Magistrat eingehend dargelegt war, daß die direkte Einziehung auch von den Mietern, die von verschiedenen Seiten gewünscht wurde, auf sehr große Schwierigkeiten stoßen würde. Es sei diese direkte Einziehung auch nicht immer möglich, weil eine solche nur auf Grund einer statutarischen Regelung möglich sei, da nur dadurch die gesetzliche Grundlage für die Erhebung geschaffen werde.

Die Gebühren selbst waren in der ursprünglichen Vorlage des Magistrats ebenfalls nicht festgelegt, sondern es war lediglich ausgesprochen, daß hierfür eine spätere Festsetzung vorbehalten sein sollte. In der Zwischenzeit ist dann vom Magistrat eine Aufstellung der Grundstücke der Stadt Braunschweig beschafft worden, wie sie sich nach dem Grundsteuerkapital stellen. Es kommen hiernach auf ein Grundsteuerkapital bis zu 130  $\mathcal{M}$  424 Gebäude, auf ein solches von 180—450  $\mathcal{M}$  2149 Gebäude, 600—900  $\mathcal{M}$  2652 Gebäude, 930—1800  $\mathcal{M}$  1909

Gebäude, 2100—2250 *M* 278 Gebäude, 2550—4500 *M* 264 Grundstücke und auf die letzte Abteilung mit einem Grundsteuerkapital von 5250—14 250 *M* 30 Grundstücke.

**Vorsitzender:** Ich möchte hierzu bemerken, daß eine Aufstellung über die Anzahl der Gebäude, nach dem Grundsteuerkapital geordnet, sich am Schlusse des Nachtrags zu der Vorlage befindet, in dem die Statutenkommission ihre Anträge auf Änderungen verzeichnet hat. Ich nehme an, daß das Schriftstück in den Händen der Herren ist.

Stadtv. Dr. **Nahlert:** Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß die Abstufung der Abfuhrgebühren mit einer Erhöhung von je 6 und 4 *M* vorgenommen werden konnte, um die Gesamtkosten der Müllabfuhr aufzubringen. Die einzelnen Gebühren finden Sie in dem Nachtrage verzeichnet; sie sind in § 6 eingefügt.

Die Statutenkommission konnte sich nicht entschließen, die Vorlage, auch nicht in der abgeänderten Form, zu einer endgültigen Annahme zu empfehlen, sondern hat sich im Einvernehmen mit dem Magistrat nunmehr dahin ausgesprochen, daß der Vorlage probeweise für ein Jahr Gültigkeit zu verleihen ist, um zu sehen, welche Mißstände resp. Vorteile sich bei ihrer Handhabung ergeben würden, und auf welche Weise sich die ganze Angelegenheit in der Praxis regeln wird.

Im ganzen waren wir der Ansicht, daß die Vorlage eine sehr glückliche Lösung der Müllabfuhrfrage bringen werde. Der springende Punkt bei dieser Sache ist indes immer wieder, wie ich bereits betont habe, die Einziehung der Gebühr, und der Magistrat ist ja auch den dahingehenden Wünschen der Statutenkommission weitestgehend entgegengekommen, indem er, wie in dem entsprechenden Paragraphen näher ausgeführt ist, die Einziehung der Gebühr in den Fällen selbst übernehmen will, in welchen der Mieter sich weigert, den vom Hauswirt ihm auferlegten Betrag für die Abfuhr zu bezahlen.

Dies waren die Gründe, die dafür maßgebend gewesen sind, eine probeweise Einführung dieser Regelung der Müllabfuhr vorzuschlagen.

**Vorsitzender:** Ich bitte, nun auf die einzelnen Paragraphen einzugehen. Ich werde Gelegenheit geben, bei § 1 auch die Generaldebatte anzuschließen.

Stadtv. **Frede:** Ich möchte bitten, eine allgemeine Besprechung der Beratung der einzelnen Paragraphen vorangehen zu lassen.

**Vorsitzender:** Vor § 1? Es kommt das ja mit meinem Vorschlage auf eins hinaus. Ich bin damit einverstanden.

Der Antrag der Statutenkommission geht dahin, nicht ein Statut zu erlassen, sondern in ähnlicher Weise wie das bei der Abgabe von Wasser und Gas der Fall ist, Normalverträge für die Müllabfuhr einzuführen, und zwar zunächst probeweise für ein Jahr. — Ich eröffne die allgemeine Besprechung.

**Stadtv. Kraus:** Der Herr Referent nimmt an, daß wir ohne weiteres mit der Regelung, wie sie vom Magistrate vorgeschlagen wird, einverstanden sind. Ich glaube aber nicht, daß diese Frage ohne weiteres zu bejahen ist, wenngleich ich ja persönlich auf diesem Standpunkte stehe. Aber die Müllabfuhr ist nur ein Gebiet aus dem weit größeren Rahmen der Müllverwertung, und es gibt Städte genug, die der Regelung dieser Frage sehr ernsthaft nahegetreten sind, so daß schon eine Reihe von Erfahrungen in dieser Hinsicht vorliegt. Ausgesprochene Müllverbrennungsanlagen besitzen insbesondere die Städte Altona, Hamburg, Barmen, Aachen, Wiesbaden, Fürth und andere. Erfahrungsgemäß fällt auf den Kopf der Bevölkerung eine Menge von täglich 0,4 kg Hausmüll; das macht bei uns in Braunschweig etwa 60—70 000 kg. Das sind Mengen, die die Frage, ob die Beobachtung der Regeln für Massentransporte vorteilhaft erfolgt, sehr ernsthaft in Betracht kommen lassen. Es ist meines Erachtens durchaus nicht gleichgültig, ob wir solche Mengen nach Mascherode fahren müssen, oder ob wir in der Lage sind, in einer städtischen technischen Anstalt den Müll zu verwerten bzw. zu verbrennen. Im Hausmüll befinden sich etwa 6 Prozent Knochen, Glas, Papier, Metall und dergleichen. Ich will einmal annehmen, daß das Ausfortrieren dieser Sachen sich nicht lohnt, so gibt es aber bei Verbrennung von 1 kg Hausmüll nach fest vorliegenden Daten die Möglichkeit der Dampferzeugung von 0,7—0,8 kg, oder für Braunschweig täglich 42—45 000 kg Dampf, und damit können wir täglich an Elektrizität 5—6000 Kilowattstunden erzeugen, sofern wir diesen gewonnenen Dampf in Elektrizität verwandeln.

**Vorsitzender:** Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die heutige Vorlage über die Abfuhr des Hausmülls mit der Technik der Müllverwertung nichts zu tun hat. Wenn es sich darum handelt, ob die anderweite Verwertung des Mülls an Stelle der Abfuhr mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt vorzuziehen ist, so würden Ihre Ausführungen hier wohl zu hören sein. Im übrigen möchte ich aber bitten, nicht zu weit in dieses Thema hineinzugehen, weil diese Frage einstweilen zurückgestellt ist. Damit, wie die Müllabfuhr geregelt werden soll, beschäftigt sich die Vorlage nicht, sondern damit, ob eine Bezahlung für die Abholung des Mülls stattfinden soll, damit die Stadt aus ihrer Geldknappheit herauskommt.

**Stadtv. Kraus:** Wenn ich durch meine kurzen Bemerkungen darauf hingedeutet habe, daß durch die Verbrennung des Hausmülls die Abfuhr sich selbst

bezahlt macht, so glaube ich, daß das zu dem heutigen Thema gehört. Da wir für die privatwirtschaftliche Leistung der Abfuhr eine Geldsumme fordern wollen, so kann mir derjenige, der mir privatwirtschaftlich seinen Hausmüll zur Verfügung stellt, erklären, daß er zurückvergütet haben will, was er an Wert mit dem Müll abgibt. Die Summe dessen, was dabei herauskommt, ist so erheblich, daß sie für manchen ausschlaggebend dafür ist, ob er der Erhebung einer Gebühr zustimmt. Ich glaube deshalb, zur Sache gesprochen zu haben.

**Vorsigender:** Gewiß, ich habe ja auch gesagt, soweit diese Rücksicht in Betracht kommt, seien Ihre Ausführungen zu hören.

**Stadtv. Kraus:** Diese finanzielle Seite der Müllverbrennung zu betonen, möchte ich nicht unterlassen, noch dazu, da auch sanitäre Rücksichten noch in Betracht kommen. Wenn wir eine technische Anlage ausführen und dort den Müll verbrennen, statt Brutstätten für üble Gerüche und Krankheitserreger in Mascherode zu errichten, so bin ich überzeugt, daß wir damit eine vorteilhafte sanitäre Einrichtung in Szene setzen. Ich bin der Meinung, daß die Gebühren für die Müllabfuhr nur bewilligt werden sollten unter der Voraussetzung, daß im Laufe der Probezeit der Magistrat sich damit beschäftigt, Erwägungen darüber anzustellen, ob die Müllverwertung nicht eine bedeutame Rolle für uns spielt. Es könnte damit eine nicht unbedeutende Menge Kohlen erspart werden. Können wir durch die Müllverbrennung Werte zur Verfügung erhalten, so wollen wir uns nicht damit bescheiden, daß der Müll nach Mascherode geführt wird.

**Stadtv. Frede:** Nach den Worten des Herrn Vorredners ist anzunehmen, daß die Sache noch anders kommen kann als jetzt: daß die Stadt dann noch eine Gebühr an die Hausbesitzer für Abgabe des Mülls zahlen kann.

Aus dem Referat des Herrn Dr. Kahlert haben wir gehört, daß in der Kommission keine Einigkeit auch bezüglich des Nachtrages des Magistrats erzielt ist, und ich glaube, auch hier in der Versammlung gehen die Meinungen weit auseinander. Die Hausbesitzer erkennen sicher ohne weiteres an — wie das auch bei der Erhöhung des Wassergeldes zum Ausdruck gekommen ist —, daß die Stadt vermehrte Mittel haben muß; und daß eine Gebühr für die Müllabfuhr erhoben werden soll, entbehrt durchaus nicht der Berechtigung. Wir sind also auf jeden Fall dafür, daß eine Gebühr erhoben wird, um für die Stadt vermehrte Einnahme zu schaffen und diese Kosten nicht weiter auf der Allgemeinheit lasten zu lassen, d. h. durch die Einkommensteuer aufbringen zu lassen, die wir sonst erhöhen müßten, und dagegen haben sich berechnigte Bedenken geltend gemacht.

Nun hat der Herr Referent gesagt, daß der springende Punkt ist: „Von wem soll die Gebühr eingezogen werden?“ — und dazu möchte ich sprechen. Soll die

Stadt nur von den Hauseigentümern oder soll sie von jedem Haushalt die Gebühr einziehen? Wir müssen uns klar darüber werden: Ist es wirklich schlimm, wenn der Magistrat sich an jeden einzelnen Haushalt wenden muß — nicht durch einen besonderen Boten, sondern gleichzeitig mit der Erhebung der übrigen Steuern —, um die Gebühr für die Müllabfuhr einzuziehen? Das muß ich verneinen, und zwar nach dem Vorgang von Städten, die jetzt schon mit den Steuern auch die Gebühr für die Müllabfuhr erheben. Unter anderem macht es Köln so. Ich habe mir von einem Kölner den Steuerzettel verschafft — er hat in der Kommission vorgelegen. Darnach wird 1 Prozent des Mietpreises der Wohnungen an Gebühr für die Müllabfuhr erhoben. Die Einziehung ist einfach, und die Feststellung der Mietpreise ist für uns gleichfalls einfach, denn dem Magistrat liegen im Herbst die Angaben über die Mietpreise der Wohnungen sowieso schon vor. Auch der Betrag von 1 Prozent ist äußerst leicht zu berechnen, und die ganze Sache würde sich also leicht und schnell regeln lassen. Die Mieter werden lieber ihre Gebühr an die Stadt bezahlen als an den Hauswirt, wie das auch schon bei der Beratung des Wassergeldzuschlages hier zum Ausdruck gekommen ist. Ein gewisses Mißtrauen der Mieter gegen die Hauswirte ist doch nicht aus der Welt zu schaffen: die Mieter denken leicht, sie werden vom Hausbesitzer übervorteilt, und dem Hauswirte ist dieses Mißtrauen unangenehm. Am liebsten will er mit der ganzen Sache nichts zu schaffen haben. Die Erhebung der Gebühr für die Müllabfuhr bedeutet für den Hauswirt eine Vermehrung seiner Belastung und Belästigung, denn ohne Ärger wird es nicht abgehen.

Die Vergrößerung seiner Belastung ergibt sich aus folgendem: Es bildet die Gebühr für die Müllabfuhr nach der Erklärung, die das Finanzkollegium gibt, bei der Versteuerung der Miet- und Pachtverzeichnisse eine der Nebeneinnahmen, wie sie schon bisher bestehen bei einer Vergütung für das Wassergeld, für Treppenhäusbeleuchtung und die Kanalgebühr. Bei der Einkommensteuer können wir diese Sachen in Abzug bringen, dürfen aber diesen Abzug nicht machen bei der Versteuerung der Miet- und Pachtverzeichnisse. Ebenso wird bei der Einschätzung zur Grundsteuer alle dieses, sogar die Entschädigung des Mieters für Zentralheizung, mit zum Mietpreise hinzugerechnet. Bei diesem letzten Punkte liegt offenbar eine Ungerechtigkeit vor, denn ein Hausbesitzer, der Ofen in der Wohnung hat und bei dem der Mieter seine Feuerung selbst beschaffen muß, bezieht an Miete ebensoviel wie ein anderer Hausbesitzer, der Nebenabgaben sich anrechnen lassen muß, weil er die Zentralheizung für den Mieter mit übernommen hat. Das ist ärgerlich, aber die Verhältnisse liegen nun einmal so. Wenn ich ein Nicht-Familien-Haus als Haustypus für die hiesige Stadt annehme und — wie ich wohl rechnen kann — die Nebenabgaben für jede Familie 30 *M* ausmachen (10 *M* für Wassergeld, 10 *M* für Treppenhäusbeleuchtung und 10 *M* für das, was ich



schon genannt habe), so macht das insgesamt rund 250 *M* aus, was mir bei der Grundsteuereinschätzung als Mietertrag angerechnet wird und wodurch ich in eine höhere Steuerklasse kommen kann. Ebenso ist es bei der Versteuerung der Miet- und Pachtverzeichnisse; da ist die höhere Stufe das Doppelte und Dreifache des ersten Satzes. Diese höhere Stufe wird oft erreicht durch Anrechnung der Nebengebühren, die keine Einnahme für den Besitzer darstellen, sondern an die Stadt usw. abgeführt werden.

Daß also eine Vermehrung der Belastung des Hausbesizers durch die Art und Weise, wie der Magistrat die Einziehung der Müllabfuhr beabsichtigt, ebenso wie bei der Einziehung des Wassergeldes zustande kommt, leidet keinen Zweifel. Eine Vermehrung der Lasten wird auch insofern stattfinden, als der Hausbesizer, wenn die Wohnung leer steht, die Gebühr für die Müllabfuhr auch für die unbenutzte Wohnung tragen muß. Allerdings sagt der Magistrat: Wenn die Wohnung 6 Monate leer steht, soll die Gebühr nicht erhoben werden. (Zuruf: Ist geändert in 3 Monate!) Jedenfalls in der Zeit, die bis dahin verfließt, muß ich als Hausbesizer die Gebühr tragen.

Noch schwerwiegender als das sind die Belästigungen und Ärgereien, die mir durch die Art der Einziehung der Gebühr vom Mieter erwachsen. Das Mißtrauen des Mieters ist sehr unangenehm für den Hauswirt, und die Reklamationen beim Magistrat, wenn die Wohnung leer steht, die Zu- und Abmeldungen sind auch unangenehme Sachen.

Sodann wird gesagt: Wenn der Mieter sich weigert, die Gebühr an den Hauswirt abzuführen, könnte man den Ausschuß anrufen. Ja, die Herren, die sich das ausgedacht haben, mögen es wohl ganz gut mit dem Hauswirts im Sinne gehabt haben; man sieht in der Vorlage das Bestreben, dem Hauswirt entgegenzukommen bis auf den Hauptpunkt, über den ich im wesentlichen gesprochen habe, aber dieses Entgegenkommen kann nicht dahin führen, über den Hauptpunkt hinwegzusehen. Also: Ich rufe den Ausschuß in einem Streitfalle an. Wenn Sie in der Praxis ständen, würden Sie wissen, daß es sich in dem Augenblicke, wo ich den Schiedspruch anrufe, schon einfach darum handelt: der Mieter zieht aus, oder er muß ausziehen. Der Hauswirt hat den Mieter vor den Ausschuß zitiert, und das läßt er sich nicht gefallen. Es wird die Berechnung der Gebühr selbst in den Fällen, wo die Leute vernünftig sind, schon Anlaß zu Streitigkeiten geben, wo aber Streitigkeiten schon vorhanden sind und man mit wenig sachkundigen Mietern zu tun hat, wird sicher der endgültige Bruch erfolgen, wenn der Schiedspruch angerufen werden muß, und das ist unangenehm und schädigend für den Hauswirt.

Ich komme zu dem Ergebnis, daß ich für meine Person entschieden darauf bestehen bleiben muß, zu wünschen, daß der Magistrat die Gebühr vom Mieter-

zusammen mit der Steuer einzieht. — Ich habe selbstverständlich mit vielen Grundeigentümern über die *Gebührenfrage* gesprochen; die haben meine Meinung geteilt und haben gefragt, ob wir es bezüglich der Gebühren nicht ebenso machen könnten, wie die Berliner Eigentümer — was sich nach dem Kriege wohl in Angriff nehmen ließe —: daß wir nämlich eine Genossenschaft für die Müllabfuhr bilden. Dann ist der Magistrat die Sache los, und wenn sich das herausstellt, was Herr Direktor Kraus über die Müllverwertung gesagt hat, so machten wir dabei ein famoses Geschäft.

Ich stelle folgenden Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich mit der Erhebung einer Gebühr für die Müllabfuhr einverstanden und ersucht den Magistrat um eine Vorlage, welche die direkte Einziehung dieser Gebühr seitens der Stadt von den Haushaltungen vorsieht.

Die Versammlung hält eine Gebühr von 1 Prozent des Mietwertes der Wohnungen für angemessen.“

Ich bitte, den Antrag in zwei Teile zu zerlegen. Die Höhe der Gebühr, wie sie in dem Antrage angeführt ist, besteht in Köln. Sie könnte ja sozial auch noch so verändert werden, daß die Leute mehr zu bezahlen haben, die teure Wohnungen innehaben; darüber könnte man ja reden. Die Hauptsache ist mir, daß der *Magistrat* die Gebühr einzieht.

**Vorsitzender:** Ich eröffne die Beratung dieses Antrages, die zusammen mit der allgemeinen Besprechung stattfinden kann.

**Stadtv. Voetschigt:** Ich stelle mich grundsätzlich voll und ganz auf den Standpunkt des Herrn Vorredners. Da aber der Magistrat jetzt etwas Neues schaffen will und von einem Probejahr in der Vorlage die Rede ist, so möchte ich anheimgeben, weitere Änderungen zu bedenken, und erst im Laufe des nächsten Jahres zu prüfen, ob es möglich ist, die Wünsche zu erledigen, die Herr Frede vorgebracht hat. Es kann in dem einen Jahr viel geschehen und manches Neue vorgebracht werden, denn auch der Magistrat muß in dieser Sache erst noch lernen. Sonst aber sind die Bedenken des Herrn Frede entschieden nicht von der Hand zu weisen. Wo wir verhüten können, daß Streitigkeiten entstehen, sollen wir es tun. Sehen Sie sich doch einmal die Sachen an, um die Streitigkeiten zwischen Hausbesitzern und Mietern entstehen. Es handelt sich meistens um ein Nichts. Wir wissen ja, wie es geht: Der eine setzt einen Müllkasten heraus, der andere zwei, und dann kommen verschiedene Ansichten über die Höhe der Gebühr. Es sind so viele Sachen, die im Laufe eines Jahres sich herausstellen werden, und die dann überlegt werden können, auch, ob der Magistrat es nicht genau so machen kann, wie

andere Städte. Da es sich um ein Probejahr handelt, möchte ich nicht darauf bestehen, eine Änderung an der Vorlage vorzunehmen.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Was zunächst die Einwendungen des Herrn Direktor Kraus betrifft, so hat sich selbstverständlich auch der Magistrat mit dieser Frage befaßt. Das war damals, als wir nach Abladeplätzen suchen mußten. Aus sanitären Gründen erscheint die Müllverbrennung ohne Zweifel als wünschenswert, ich bin aber zweifelhaft, ob die Erfahrungen, die an anderen Stellen gemacht sind, auch hier zutreffen werden. Ich habe mir im vorigen Sommer die großen Müllverbrennungsanlagen in Hamburg angesehen; es ist ein großartiges Unternehmen und hat sehr viel Geld gekostet. Nun habe ich aber gefunden, daß ein wesentlicher Unterschied besteht zwischen dem Müll, der dort verbrannt wird, und dem, der bei uns entfällt. Dort braucht man überhaupt keine Kohlen für die Verbrennung; der Müll dort enthält so viele brennbare Stoffe, daß allein die Zuführung von Luft die Erhitzung so im Gange hält, daß der Müll tatsächlich verbrennt und die Asche in Form von glühenden Schlacken zu Boden fällt, aus denen Bausteine und dergleichen hergestellt werden. Ich bezweifle, daß unser Müll dazu geeignet sein würde, glaube vielmehr, daß wir ganz gewaltige Kohlenmengen verbrennen müßten. Der Magistrat lehnt aber die Sache durchaus nicht ab. Wir haben uns auch gefragt: Was soll werden, wenn die große Grube in Mascherode gefüllt ist? Daß übrigens durch die Lagerung da draußen so erhebliche Unzuträglichkeiten entstehen, kann ich kaum anerkennen. In der Landwirtschaft riecht es manchmal nicht schön, aber trotzdem ist es ein ganz gesundes Gewerbe. Wir werden selbstverständlich der Frage der Müllverwertung einmal nähertreten müssen, und wenn Herr Kraus uns mit Rat und Tat dabei zu Hilfe kommen will, so wird der Magistrat damit sehr einverstanden sein. Aber nun und nimmermehr glaube ich, daß bei der Müllverbrennung ein Geschäft zu machen ist. Wenn wir nur mit einem blauen Auge davontämen, würde der Magistrat gern zustimmen, daß der Müll verbrannt wird; jedenfalls wird uns das ein gewaltiges Stück Geld kosten.

Betreffs der heutigen Vorlage kann ich nur bestätigen, was der Herr Vorliegende gesagt hat: Wir wollen jetzt versuchen, aus unserer Geldnot herauszukommen. Da es sich bei der Müllabfuhr um eine Leistung der Stadt handelt, so ist es nicht mehr als in der Ordnung, daß dafür eine Gegenleistung gefordert wird. Das ist durchaus keine Steuer, sondern ist ein Entgelt für geleistete Arbeit.

Die Einwendungen von Herrn Frede habe ich erwartet. Herr Frede will darauf hinaus, es solle die Gebühr mit den Steuern eingezogen werden. Wie denkt sich Herr Frede das? Vermutlich so, daß wir auf den Steuerzettel schreiben sollen: „Für Müllabfuhr soundso viel.“ Der Weg würde nicht gangbar sein, denn jedermann könnte die Zahlung verweigern, und der Magistrat würde nichts da-

gegen machen können, sonst müßte ein Statut erlassen werden, und dagegen haben wir unsere Bedenken geltend gemacht.

Bei der Wassergeldfrage habe ich auf denselben Punkt hingewiesen und habe dringend gebeten, man möge in der Stadtverordnetenversammlung nicht zu sehr dahin drängen, alle unsere Einrichtungen durch Statut zu regeln, sondernt den städtischen Behörden freie Hand lassen. Auf diesem Standpunkte bleibe ich; soweit wie möglich, sollen wir das Recht der Selbstverwaltung, dieses wertvolle Gut, hochhalten und, wenn die Mitwirkung der Aufsichtsbehörden nicht nötig ist, unsere Sachen so regeln, wie wir es selbst für angemessen halten. Von diesem Standpunkte bringen Sie mich nicht ab, und ich möchte nochmals dringend bitten, auf Erlaß eines Statutes zu verzichten, denn es sind zu viele Faktoren, die dann mit hineinreden können — auch der Verwaltungsgerichtshof kommt in Betracht.

Ich bin aber auch fest überzeugt, daß ein solches Statut ohne weiteres verworfen werden würde, wenn es in der Weise aufgezogen würde, wie es Herr Frede wünscht; denn dann wäre es tatsächlich eine Mietsteuer, die der Magistrat mit der Gebühr für die Müllabfuhr erheben würde. Worin besteht denn die Mietsteuer? Sie ist einfach ein Zusatz zur Miete, den der Magistrat für die Stadt in Anspruch nimmt. Daß er in diesem Falle eine Gegenleistung für den, der davon Gebrauch machen will, noch in das Statut aufnimmt, ändert an der Sache nichts, daß wir damit eine Mietsteuer erheben, und das ist im Herzogtum bekanntlich ausdrücklich im Gesetze verboten. Daraus, daß die Erhebung einer Mietsteuer in anderen Ländern zulässig ist, folgt nicht, daß es auch hier zulässig sein muß. So komme ich zu der Schlußfolgerung: Verzichten Sie auf Erlaß eines Statuts, weil die Gefahr besteht, daß es verworfen werden wird.

Ferner möchte ich noch darauf aufmerksam machen, daß der Magistrat auf dem Standpunkte steht: So wünschenswert es ist, den Minderbemittelten Entgegenkommen auch auf Kosten der Bessersituierten zu zeigen, so ist es doch nicht richtig, große Kreise der Bevölkerung von Gebühren und Abgaben frei zu lassen und alle Ausgaben auf die Wohlhabenden oder die Stadtkasse zu nehmen. Wie will Herr Frede bei dieser Art der Erhebung der Gebühr für die Müllabfuhr die vielen Einwohner, die überhaupt keine Steuern zahlen, zu einer Gegenleistung für diese Arbeit der Stadt heranziehen? Sollen diese alle nur zur Müllsteuer veranlagt werden? Es wäre eine etwas umständliche Sache, für diesen geringfügigen Betrag die Leute zu einer besonderen Steuer heranzuziehen, so daß es kaum angängig sein würde. Außerdem würden auch eine große Anzahl Ausfälle dabei entstehen, und wir würden nicht annähernd die Kosten, die uns für die Müllabfuhr entstehen, decken können.

Nun hat Herr Frede weiter darüber gesprochen — ich habe das so verstanden —, daß, wenn dieses Verfahren, wie wir es vorgeschlagen haben, Platz

fände, dadurch die Mietftempelsteuer erhöht würde. Das kann doch aber nur in dem Falle eintreten, daß der Hausbesitzer sagt: „Ich übernehme die Zahlung der ganzen Gebühr auf meine Tasche und lasse meine Mieter frei.“ Wenn das nicht der Fall ist, so müßte ich nicht, welche Behörde den Hausbesitzer zu einer höheren Stempelsteuer deshalb veranlassen könnte, weil er für sich die Gebühr bezahlt und sein Mieter auch für sich. Wer aber als Hausbesitzer die ganze Gebühr allein zu zahlen übernimmt, der muß es sich natürlich gefallen lassen, daß gesagt wird, daß er damit dem Mieter Vorteile gewährt.

In der direkten Einforderung der Gebühr vom Mieter liegt für die Stadt eine große Schwierigkeit, und das hat uns veranlaßt, Ihnen ein Verfahren vorzuschlagen, bei dem wir gedacht haben, die Anerkennung des Grundbesitzers zu finden. Leider ist das — wenn Herr Frede im Namen der Grundbesitzer zu sprechen das Recht hat — nicht der Fall gewesen. Denken Sie sich, welche Umstände uns erwüchsen, wenn wir bei der Art, wie wir die Gebühr erheben wollen, stehenbleiben und die Sache ohne Mitwirkung der Hausbesitzer durch Vertrag regeln wollten. Dann würde der Magistrat nicht nur mit jedem Hausbesitzer, sondern auch mit jedem Mieter einen Vertrag zu schließen haben; anders ließe sich die Sache nicht durchführen. Wie oft wechseln aber die Mieter! Jedesmal müßte ein neuer Vertrag geschlossen werden! Und noch eins: Da wir für Beteiligung an der Müllabfuhr aus wohlerrwogenen Gründen keinen Zwang ausüben wollen, könnten wir höchstens zum Ziele kommen, wenn wir in jedes Haus ab und zu einen Kontrollbeamten schickten, der aufpaßt, ob auch wirklich alle Mieter, die ihren Müll in den zur Abholung bereitgestellten Kasten schütten, mit uns einen Vertrag abgeschlossen haben. Sonst könnte jeder Mieter sagen: „Ich verzichte auf einen Vertrag mit der Stadt“, und gleichwohl seinen Mülleimer in den Kasten des Hauswirts entleeren. Auf diese Weise wäre die Sache überhaupt nicht durchzuführen; wir müßten einfach sagen: „Einer solchen Aufgabe sind wir mit unseren Kräften nicht gewachsen.“

Mit ganz besonderer Freude habe ich die Anregung des Herrn Frede begrüßt, eine Genossenschaft zu bilden und durch diese den Müll abfahren zu lassen. In der Vorlage haben wir schon angedeutet, daß die Stadt nicht verpflichtet ist, den Müll abfahren zu lassen. Sie hat in einer schwachen Stunde — so möchte ich sagen — die Müllabfuhr übernommen und hat sie nun auf dem Halse. Sollte aber die Stadtverordnetenversammlung beschließen, die Sache mit Unternehmern zu machen, beziehungsweise den Hausbesitzern zu überlassen, die Müllabfuhr durch einen von ihnen angenommenen Unternehmer zu regeln, so würde der Magistrat gern darauf eingehen und unseren ganzen Wirtschaftshof samt den Pferden, die ja jetzt leider nicht gut imstande sind, dem Unternehmer zur Verfügung stellen; denn die Ausgaben für die Müllabfuhr steigen von Jahr zu Jahr, und wenn wir bei

den Hausbesitzern auf solchen Widerstand stoßen, indem sie sich nicht bereit erklären, uns bei Einziehung der Gebühren zu helfen, dann ist es kein Wunder, wenn wir sagen: Wir schieben mit Freuden solche Last von uns ab.

Nun hat Herr Frede diese Tätigkeit der Hausbesitzer und das Verhältnis zwischen Mietern und Vermietern in einer Weise dargestellt, daß man fast angst werden sollte. Ich glaube denn doch, daß die Sache nicht so schlimm ist, insbesondere möchte ich auf eins aufmerksam machen: Worin besteht denn die Tätigkeit des Vermieters, wenn der Mieter sich weigert, an ihn die Gebühr zu zahlen? Der Vermieter soll in diesem Falle kein Schiedsgericht anrufen, sondern er soll einfach dem Magistrat anzeigen: Ich zahle nur pounds so viel, weil mein Mieter M. N. die Gebühr nicht zahlen will. Dann ist für ihn die ganze Sache erledigt, und der Magistrat wird sich mit dem Mieter ins Einvernehmen zu setzen suchen und fragen: Wie kommst du dazu? Dann wird sich herausstellen, was der Mann will. Wenn er angibt: „Ich habe keinen Müll“, oder: „Ich bringe ihn in der Kiepe in der Nacht hinaus“, dann bitten wir allerdings den verehrten Hauswirt, uns Bescheid zu sagen, falls der Mieter, der die Gebühr zu bezahlen sich geweigert hat, von unserer Einrichtung einen ungerechtfertigten Gebrauch machen sollte. Das würde man wohl verlangen können, und der Vermieter wird von selbst dahin kommen, in dieser Beziehung zu kontrollieren. Was der Mieter zu zahlen hat, geht nach der Vorlage von der Gebühr für das ganze Haus herunter. Ich wüßte nicht, wie die Sache für den Vermieter einfacher aufgezogen werden könnte.

Nun der Ausschuß. Wenn es streitig wird, ob der Hauswirt die Gebühr für seine Mieter richtig berechnet hat, so haben wir nach der Vorlage bestimmt: Der Ausschuß entscheidet darüber. Seine Tätigkeit ist sehr einfach: Der Hausbesitzer gibt an, wie hoch die Mieten sind, und darnach kann dem Mieter gesagt werden, wie hoch seine Gebühr sein muß. Will er sich der Entscheidung des Ausschusses nicht unterwerfen, so sagen wir: Auch gut, aber du bezahlst die doppelte Gebühr, sonst fahren wir deinen Hausmüll nicht ab. Wir haben in der Vorlage gesagt, wie wir dazu gekommen sind, in dieser scharfen Weise gegen die Mieter vorzugehen: Wir wollen verhüten, daß die Müllabfuhr ein Feld wird, auf dem alle möglichen Mietstreitigkeiten zum Austrage gebracht werden. Ein vernünftiger Mieter wird sich sagen: Die paar Groschen für die Müllabfuhr werde ich wohl noch bezahlen können!

Da es sich um eine Leistung und um die Gegenleistung dafür handelt, sollten doch unsere Einwohner dem Magistrat nicht Opposition machen. Es handelt sich doch nicht um eine Steuer. Steuern zu bezahlen, kommt manchem hart an, das gebe ich zu, aber für eine Leistung eine Gegenleistung zu übernehmen, das erfordert doch der Anstand. Ich möchte bitten, die Bedenken gegen die Vorlage fallen zu lassen.

**Stadtv. Kraus:** Zur Richtigestellung der Voraussetzung des Herrn Frede für Übernahme der Müllabfuhr durch einen Unternehmer noch einige Worte. Die von mir empfohlene Müllverbrennung ist kein gutes Geschäft, und ich rate Ihnen dringend ab, sich an einer solchen Genossenschaft zu beteiligen. Aber die Ergebnisse der Müllverwertung reduzieren die Kosten der Müllabfuhr, und darum handelt es sich doch; vielleicht lassen sie auch die Kosten der Müllabfuhr verschwinden. Barmen hat in den letzten Jahren 30 000 *M* jährlich aus der Müllverwertung allein aus Schlacken eingenommen und 190 000 *M* durch kürzere Abfuhrwege erspart. Wir haben volkswirtschaftlich zu erwägen, wie wir durch die Änderung der Abfuhr in sanitärer Beziehung unseren Verpflichtungen genügen und außerdem die Kosten der Müllabfuhr ermäßigen, so daß wir nach Möglichkeit die Müllabfuhr als Belastungsmoment aus unserem Etat ausschneiden.

**Stadtv. Meyerhoff:** Es ist von dem Herrn Referenten klargestellt, daß sich in der Statutenkommission eine Majorität für die Vorlage gefunden hat. Nun muß ich aber doch etwas aus der Kommissionsberatung erwähnen, damit kein schiefes Bild über die Beratung in der Kommission entsteht: Drei Stimmen waren für und zwei Stimmen gegen den Antrag des Magistrats.

Der Herr Oberbürgermeister deutete in seinen Worten an, daß er nicht wisse, ob Herr Frede im Namen der Grundbesitzer spreche. Dazu kann ich erklären, daß ich bestätigen kann: Jawohl, er spricht im Namen eines großen Teiles der Grundbesitzer, allerdings nicht aller, denn leider sind noch nicht alle Grundbesitzer vereint.

Herr Frede hat mit Recht darauf hingewiesen, daß sowieso schon manche Punkte vorhanden sind, die zu Streitereien zwischen Vermieter und Mieter Anlaß geben. Was für böses Blut hat nicht die Zentralheizung schon hier und anderwärts erregt! Es wird vom Hauswirt verlangt, daß er die Lieferung warmen Wassers und die Heizung der Zimmer mit vermietet. Wenn man die Fachblätter liest und die Besprechung der vielen durch die Zentralheizung hervorgerufenen Streitfragen findet, so muß man sagen, daß dies ein Stein des Anstoßes ist, und die Gelehrten, auch die Hochgelehrten, neigen dazu, zu raten: „Geht friedlich wieder zur Ofenheizung über, um alle diesen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen!“ Herr Frede hat vollständig recht, wenn er sagt, auch die Verteilung der Gebühren für die Müllabfuhr gebe zu Streitigkeiten Veranlassung. Ein Herr in der Kommission sagte allerdings, das würde nicht der Fall sein, aber er hat heute in seinem Hause schon seit langem keinen Mieter mehr, wohnt allein und kann froh dazu sein. Es ist hier in Braunschweig leider so, daß alles mögliche auf den Hauswirt abgewälzt wird, nicht allein von den Behörden, sondern auch von den Mietern. Im Rheinlande hat jeder seinen Ofen mitzubringen. Verbraucht er ihn, dann ist es seine Sache, dann muß er sich einen neuen schaffen. Hier in Braunschweig heißt es: „Ich kriege mit dem Ofen das Zimmer nicht warm;

Hauswirt, du mußt einen neuen Ofen schaffen!" — „In dieser teuren Zeit?“ — „Ja, dann ziehe ich aus!“ Das ist die Tonart, und ich glaube, dadurch, daß die Müllabfuhrgebühren durch den Hauswirt eingezogen werden, wird der Keil, der zwischen Mieter und Vermieter getrieben ist, an seinem dicken Ende noch stärker werden.

Ich gebe allerdings zu: Es wird ein bestimmter Satz aufgestellt, über den der Hauswirt nicht hinausgehen kann, so daß für alle Welt klar liegt, daß er sich aus der Abgabe nicht bereichern kann. Es wurde in der Kommission gesagt, daß einzelne der Vermieter aus der Beleuchtung der Treppenhäuser usw. unnötig Kapital schlagen. Im Namen der Grundbesitzer bedauern auch wir, wenn von einzelnen so vorgegangen wird. Dieser Einwurf, der von einer Seite gemacht wurde, daß die Mieter nicht dafür zu haben wären, daß die Wirte sich durch die Müllabfuhrgebühren bereichern könnten, ist ja jetzt durch die Festsetzung der Gebühren, die allgemein bekanntwerden wird, beiseitegeschoben. Trotzdem muß ich sagen: Wenn man für die Vorlage stimmen soll, kann es nur schweren Herzens geschehen, denn es wird dadurch wieder ein Anlaß zu Zank und Streit entstehen.

Der Herr Oberbürgermeister sah in dieser Hinsicht recht rosenfarben in die Zukunft. Ich meine: Die Kommission wird recht viel zu tun haben und schon im ersten Vierteljahr die Karten wegwerfen und sagen: „Wählt euch andere, wir danken für dieses Geschäft!“ Ich hätte auch lieber gesehen, daß diese Kommission um ein Mitglied von jeder Seite vergrößert worden wäre. Es wird viel Unzufriedenheit mit der Neuregelung in die Bevölkerung getragen werden, und darum wäre es mir wünschenswert, wenn der Herr Oberbürgermeister sich nicht so sehr vor Erlaß eines Statutes scheute. Er fürchtet, die Stadt verliere damit einen Teil ihrer Selbstverwaltung. Das kann ich als so bedenklich nicht ansehen; wir haben doch Statuten gemacht über Sachen, die weit weniger Bedeutung haben als die Müllabfuhr, und sie sind genehmigt worden.

Der Herr Oberbürgermeister sagte, durch Erlaß eines Statutes zur Erhebung einer Abgabe für die Müllabfuhr würde eine Mietsteuer eingeführt. Ich bin entgegengesetzter Meinung: Nein, das ist keine Mietsteuer! Bei der Mietsteuer tut der Staat oder die Stadt weiter nichts, als er zieht seine Prozente von der Miete ein; aber hier liegt ein ganz anderer Fall vor, hier handelt es sich um eine Leistung und eine Gegenleistung dafür. Bei Erlaß eines Statutes kann sich kein Mieter verkriechen und sagen: Für mich kommt die Gebühr nicht in Anwendung. Ich bin kein Jurist, aber man hat doch seinen gesunden Menschenverstand, und deshalb sage ich mir: Es ist ein gewaltiger Unterschied zwischen einer Mietsteuer und einer Müllsteuer. Bei der letzteren handelt es sich nur um eine Gegenleistung, und deshalb kann uns bei Erlaß eines Statuts, wie ich meine, nie der Vorwurf treffen, daß wir damit eine Mietsteuer erheben.



Herr Direktor Kraus hat es ja sehr gut gemeint mit seiner Anregung auf Einrichtung einer Müllverwertung. Aber glauben Sie denn nicht, daß wir uns auch hier schon seit Jahren mit dieser Frage beschäftigt haben? Als die ersten Müllverbrennungsanlagen in England erschienen (das ist schon 30—40 Jahre her), da wurde auch a Tempo bei uns in Deutschland angeregt, das nachzumachen. Woran haperte es aber? Wir haben in England viel die Kaminfeuerung, durch die die Kohle nicht so ausgenutzt wird, wie hier bei uns. In England war es möglich, Müllverbrennungen zu unterhalten, wo aber in Deutschland ein gleicher Versuch gemacht wurde, da gingen die Anlagen wieder ein. Augenblicklich sind mir die Namen der Orte, die hierfür in Betracht kommen, nicht zur Hand, aber ich könnte Ihnen damit dienen. Der Herr Oberbürgermeister hat hingewiesen auf die Hamburger Müllverbrennungsanlage. Auch ich kenne die Hamburger und Altonaer Anlage. Aber was wird hier bei uns im Unterschied zu jener Gegend alles an Braunkohlen, Briketts und Grudekoks verbrannt! Daß sie damit Glut und Schlacken und 4000 Kilowattstunden Elektrizität erzeugen können, das bestreite ich; mit dem Braunschweiger Müll ist das nicht auszuführen.

Auch bei unserer Beratung in der Kommission sind wir weiter gegangen und haben erwogen: „Ist es nicht möglich, die Müllabfuhr anders einzurichten?“, und da stehe ich auf einem anderen Standpunkte, als bisher die Müllabfuhr eingerichtet gewesen ist. Unser ganzes System der Müllabfuhr ist veraltet. Wer fährt jetzt noch diese schwere Last Tag für Tag mit solchen Karren, mit solchen schweren Wagen, die mit Schmierachsen usw. versehen sind? In Hamburg und anderen Städten sind die Lastwagen, die täglich in Bewegung gesetzt werden (vor anderen Beförderungsmitteln sehe ich eben ab), gefedert, haben Kugellagerachsen, sogenannte Flachsen, die vielleicht alle Vierteljahre einmal revidiert werden müssen. Mit solchen Wagen fährt es sich leichter. Wir werden nicht darüber hinwegkommen: Wir müssen die Pferde und Wagen abschaffen und dafür Automobile und ein ganz anderes Fuhrsystem anschaffen. Welche Stadt mit ihrem System Gnade finden wird vor unseren Augen, das muß man abwarten.

Wie gesagt: Wenn es nicht anders ist, muß man zu der Vorlage schweren Herzens ja und amen sagen, aber eine Remedur, eine ganz neue Schöpfung der Müllabfuhr steht uns bevor; darüber kommen wir nicht weg, denn es ist nicht möglich, sie mit den jetzigen Fuhrwerken noch lange zu betreiben. Die Fuhrwerke sind zu schwer, die ganze Arbeit stellt sich zu teuer usw.

Herr Kraus meinte, mit einer Müllverwertungsgesellschaft habe man schlechte Geschäfte gemacht. Da möchte ich auf Berlin hinweisen, das ein gutes Geschäft damit gemacht hat. Da haben natürlich die sämtlichen Grundbesitzervereine — das sind über ein Duzend — zusammen eine Genossenschaft gebildet, durch die der Müll abgefahren wird. Für jedes Haus sind große Kasten bestimmt, die von zwei

Leuten getragen werden können, und die Wagen sind in der vorhin von mir schon angedeuteten Weise so eingerichtet, daß die Kasten auf den Wagen hinpaffen. Jeder Wagen bringt leere Kasten mit, die mit den vollen ausgetauscht werden, und der Inhalt geht zum Auffüllen von Wiesen und anderem niedrig liegenden Gelände, und dadurch macht die Berliner Gesellschaft ein gutes Geschäft. Auch wir haben hier die Ofenniederung und noch viele andere Stellen aufzufüllen, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß auch hier die Sache ganz gut gehen wird. Doch das muß erst die Zukunft lehren.

Bürgermeister **Meyer**: Herr Meyerhoff hat schon erwähnt, daß die Frage der Müllabfuhr vor einigen Jahren eingehend erörtert ist, und ich glaube annehmen zu können, daß dieselbe inzwischen auch eine Lösung gefunden hätte, wenn der Krieg nicht dazwischen gekommen wäre. Ich glaube allerdings, sie wäre nicht so gelöst, wie es den Herren Kraus und Meyerhoff vorschwebt.

Nun hat Herr Meyerhoff an dem gegenwärtigen System nicht viel Gutes gelassen, insbesondere die Art der Wagen getadelt und gemeint, Wagen ohne Federn dürften nicht mehr verwendet werden. Dagegen möchte ich darauf hinweisen, daß nach den Erfahrungen, die hier gemacht sind, sich die Wagen ohne Federn als die besten erwiesen haben. Die Straßenreinigungsdeputation hat wiederholt Versuche mit diesem und jenem Wagensystem gemacht und ist immer wieder dahin gekommen, den Wagen ohne Federn den Vorzug zu geben. Ich glaube also kaum, daß die Rückständigkeit unseres Systems darin liegt, daß Wagen ohne Federn benutzt werden.

Was Herr Kraus meinte hinsichtlich der Verbrennungsanlagen, so ist auch diese Frage seinerzeit eingehend erörtert worden. Abgesehen von dem Grunde, den Herr Meyerhoff erwähnte, ist die Einrichtung von Verbrennungsanlagen derzeit abgelehnt oder doch zurückgestellt, weil nach den angestellten Berechnungen die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung sich wesentlich höher stellen als die Kosten des bislang hier gebräuchlichen Grubensystems. Für die Beibehaltung dieses letzteren Systems spricht der Umstand, daß bei Braunschweig Gruben in größerer Zahl vorhanden sind, die sich zur Aufnahme des Mülls eignen. Man darf damit rechnen, daß auch in Zukunft die Abfuhr in Gruben sich billiger gestalten wird als der Betrieb einer Verbrennungsanlage. Daß letztere andere große Vorteile hat, ist nicht zu bestreiten.

Stadtv. **Frede**: Auf die Frage der Müllverwertung will ich nicht eingehen — sie steht nicht zur Erörterung —, sondern mich mit dem beschäftigen, was der Herr Oberbürgermeister auf meine Worte entgegnet hat, und was großen Eindruck bei verschiedenen der Herren, wenn nicht bei allen, wenigstens vorläufig gemacht hat.

Nachdem Herr Meyerhoff so freundlich war, zu bezeugen, daß ich nicht für mich allein spreche, sondern für einen großen Teil der Grundbesitzer, hoffe ich, daß mir der Herr Oberbürgermeister nicht zutraut, daß ich meine persönlichen Interessen hier vertrete, sondern daß ich tatsächlich für einen großen Teil der Grundbesitzer eintrete, und das ist auch in der Tat so.

Der Herr Oberbürgermeister ließ durchblicken, daß er sich beklagen müsse über mangelnde Gefälligkeit der Hausbesitzer in diesem Punkte. Über mangelnde Gefälligkeit von unserer Seite kann sich doch der Magistrat nicht beklagen. Ich möchte fragen, was geworden wäre, wenn bei alle den Anordnungen usw., die der Magistrat während des Krieges zu erlassen gezwungen war, er die Hausbesitzer nicht zur Hilfe gehabt hätte, und wenn er nicht bei jeder Gelegenheit auf sie hätte zurückgreifen können. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen, jedenfalls aber haben die Hausbesitzer eine Menge Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen.

Der Herr Oberbürgermeister hat nun geschildert, wie sehr der Magistrat in dieser Sache den Grundbesitzern entgegengekommen ist. Von den Mietern, die nicht zahlen wollen, zieht die Stadt die Beträge ein, der Wirt braucht sie in dem Falle nicht einzuziehen. Es ist mir zweifelhaft, ob die Stadt, wenn sie keinen Vertrag mit den Mietern hat — und den will sie ja nicht machen —, berechtigt ist, durch einen solchen Ausschuß von dem Mieter die Gebühr für die Müllabfuhr zu verlangen. Auf Grund welches Rechtes will der Ausschuß da eingreifen? Der Mieter hat nichts mit dem Ausschuß und mit der Stadt in dieser Sache zu tun, sondern nur mit dem Vermieter.

Dann hat der Herr Oberbürgermeister gesagt: „Es soll auf dem Steuerzettel vermerkt werden — so schlägt Herr Frede vor —, wieviel Gebühr für die Müllabfuhr gezahlt werden soll. Was soll aber geschehen bei denen, die keine Steuern bezahlen?“ Wenn ich das verfolgen wollte, so könnte ich sagen: Die keine Steuern bezahlen, könnten auch von der Müllabgabe freigelassen werden; so groß wäre das Unglück nicht. Aber ich will diesen Worten des Herrn Oberbürgermeisters entgegenhalten: Warum macht man es bei diesen Sachen nicht ebenso wie mit der Einziehung der Gebühr für Gasverbrauch? Es werden Verträge über die Gebühr abgeschlossen, und ein Bote geht in die Haushaltungen und holt die Gebühr ab. Auch in dem Falle hat die Stadt kein Statut, sondern nur „Bedingungen“; das Charakteristikum ist da nicht allein die Gebühr.

Die Bedenken, die der Herr Oberbürgermeister wegen eines Statuts im allgemeinen hat, wegen der Genehmigung durch die Kreisdirektion oder das Ministerium usw., die teile ich; das habe ich auch schon bei der Beratung über die Erhöhung des Wassergeldes gesagt. Auch ich bin für freie Selbstverwaltung, aber ich sehe nicht ein, warum die Gebühr nicht wie beim Gas erhoben werden sollte.

Was die Nebenabgaben anlangt, so muß ich dem Herrn Oberbürgermeister widersprechen. Er sagt: Wenn der Hauseigentümer diese Nebenabgaben in die Miete mit übernimmt, dann muß er auch die erhöhte Steuer sich anrechnen lassen; wenn er sie aber auf die Mieter verteilt, ist er nicht verpflichtet, dafür aufzukommen, auch bei den Miet- und Pachtverträgen nicht. Diese Fälle haben wir doch aber gehabt, haben die Sache vom Grundbesitzerverein aus gerichtlich ausgetragen und sind unterlegen! Wir haben es so gemacht, wie Herr Bürgermeister Schönmann, der über diese Sache Referent im Landtage war und sie verstehen muß, geraten hat. Auf die Frage des Herrn Meyerhoff: „Gelten die Nebenabgaben, insbesondere die für Wasser und Treppenbeleuchtung, für Miet- und Pachtverhältnisse als Mieteinnahmen?“ hat Herr Bürgermeister Schönmann geantwortet: „Wenn man im Vertrage zwischen reiner Miete und Nebenabgaben unterscheidet, dann ist nur die reine Miete zu versteuern.“ Darauf hat der Grundbesitzerverein Vertragsformulare und Quittungsbücher drucken lassen und darin gesagt: Die reine Miete beträgt soundso viel, die Nebenabgabe für Beleuchtung usw. soundso viel. Trotzdem sind wir bei dem Prozeß unterlegen. Trotz dieser Trennung seien die Nebenabgaben als Miete zu versteuern nach dem Gesetz. Es ist also tatsächlich eine Vermehrung der Belastung der Hausbesitzer, wenn diese Gebühr durch sie eingezogen werden soll.

Ich habe mich auch durch die Ausführungen, die zugunsten eines Probejahres gemacht sind, nicht überzeugen können, daß es sich empfiehlt, einen Versuch mit der Neuordnung, wie sie vom Magistrat vorgeschlagen wird, zu machen, sondern sage mir: Den Anfängen mußt du widerstehen. Beim Wassergelde war es ähnlich wie hier bei der Müllabgabe; das ist richtig. Nun haben wir den Mietern gesagt: „Das Wassergeld wird erhöht, du mußt mehr bezahlen“, und jetzt kommen wir schon wieder mit einer ähnlichen Sache. Wer die Praxis kennt, der weiß: Es ist oft mit den Leuten kein Verhandeln möglich; winzige Kleinigkeiten reichen hin, daß einem der Stuhl vor die Tür gesetzt wird. Darum haben wir Bedenken, den Mietern mit solchen Forderungen zu kommen, und ich sehe nicht ein, warum die Stadt das nicht direkt machen kann.

Alle Gründe, die der Herr Oberbürgermeister gegen die direkte Einziehung der Gebühr hat, würden auch in anderen Städten dagegen sprechen, aber wenn die den Betrag auf dem Steuerzettel vermerken, warum sollten wir es nicht können! Auch in anderen Städten muß es Ausfälle geben von solchen, die keine Steuer zahlen. Unüberwindliche Schwierigkeiten sehe ich nicht; auf jeden Fall aber könnte es so eingerichtet werden, wie es mit dem Gas geschehen ist.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Zunächst möchte ich bestreiten, daß ich gesagt hätte, die Grundbesitzer wären uns gegenüber nicht genügend entgegenkommend gewesen, sondern speziell die Erklärungen des Herrn Frede, der im Namen der

Grundbesitzer sprach, habe ich so aufgefaßt, daß darin eine Gefälligkeit uns verweigert werde, die wir in diesem besonderen Falle von den Hausbesitzern wünschen. Wir verlangen keine finanziellen Opfer von den Hausbesitzern, sondern sie sollen nur bei Einziehung der Gebühren helfen.

Nun ist Herr Frede zurückgekommen auf die direkte Einziehung der Gebühren seitens der Stadt von den Mietern. Wie soll das geschehen, wenn kein Statut erlassen wird, sondern nur Verträge bestehen? Jeder Mieter, der seinen Müll loswerden will, müßte sich an uns wenden und einen Vertrag schließen. Glauben Sie, daß viele Mieter zu dem Zwecke zu uns kommen würden? Der Hausbesitzer hat die Verpflichtung, seinen Müll zu beseitigen, denn er kann ihn nicht auf seinem Grundstücke lassen; er wird also schon kommen und sagen: „Bitte, gebt mir ein Formular, ich will einen Vertrag mit der Stadt eingehen!“ Ein Mieter wäre wohl gar imstande, zunächst einen Vertrag mit der Stadt abzuschließen und nachher, wenn es ihm nicht mehr paßt, von seinem Vertrage zurückzutreten. Was machen wir dann? Der Magistrat kann doch nicht hingehen oder hinschicken und feststellen, ob der Mieter nicht gleichwohl seinen Müll durch unsere Wagen mit abfahren läßt. Wie sollte der Kontrolleur feststellen, wenn 10—12 Gefäße vor der Thür stehen, ob sie vom Mieter oder vom Vermieter herausgestellt sind?

Dann meint Herr Frede, beim Gas wäre es doch möglich, die Gebühr durch die Stadt einzuziehen. Wenn man jedem Abnehmer nachweisen kann, wieviel Gas er im letzten Monat entnommen hat, dann ist die Sache einfach und vollständig glatt zu erledigen. Die Schwierigkeit bei der Einziehung der Müllabgabe ist aber, daß sich hier die Benutzung der städtischen Einrichtung nicht genau feststellen läßt.

Was die Nebeneinnahmen betrifft, so komme ich jetzt erst zu dem richtigen Verständnis dessen, was Herr Frede gesagt hat. Was Herr Bürgermeister Schönnemann darüber ausgeführt hat, ist vollkommen richtig, nämlich: Wenn in die Tasche des Vermieters die Nebenabgaben gezahlt werden, so ist das natürlich ein Teil der Mietzahlung — das unterliegt keinem Zweifel. Bei der Gebühr für die Müllabfuhr soll aber der Hauswirt keinen Pfennig von dem behalten, was sein Mieter ihm bezahlt, sondern er soll es an uns abliefern, und da möchte ich doch sehen, welche Behörde in der Lage wäre, diese Art von Beträgen der Miete zuzurechnen; das wäre ja ein Zustand, der vollständig rechtlos wäre. Das glaube ich nun und nimmermehr, und wenn so verfahren werden sollte, dann hätten die Landesabgeordneten aus der Stadt Braunschweig die Verpflichtung, das bei erster Gelegenheit im Landtage zur Sprache zu bringen und es als ein Unrecht hinzustellen. Aber ich kann einstweilen noch nicht glauben, daß so verfahren ist. Sobald allerdings zugunsten des Vermieters an diesen gezahlt wird, ist die Behörde mit einer solchen Entscheidung im Rechte.

Setzen wir den Fall, wir erließen ein Statut und die Regierung genehmigte es. Dann wäre das Unangenehme an der Sache, daß wir später, wenn wir das Statut aufheben oder ändern wollten, ohne Zustimmung der Regierung nicht das Geringste unternehmen könnten, und insofern wäre es doch der Erwägung wert, ob man diesen Versuch, wie die Kommission vorschlägt, nicht auf ein Jahr machen will. Bei dieser Art der Regelung haben es die städtischen Behörden vollständig in der Hand, wie sie die Sache gestalten wollen. Auch die Stadtverordneten allein behalten die Möglichkeit, nach Verlauf eines Jahres zu sagen: „Die Sache bewährt sich nicht, wir werfen die Einrichtung über Bord.“ Dann muß der Magistrat mit anderen Vorschlägen kommen, und wenn wir das nicht können, geht die bisherige Einrichtung auf allgemeine Unkosten weiter, wir erhöhen die Steuern und fahren den Müll unentgeltlich für die Einwohner ab. Ich sollte meinen, einen praktischeren Vorschlag kann Ihnen keine Kommission machen, als es in diesem Falle geschehen ist. Es soll sich doch nur um einen Versuch handeln, bei dem wir abwarten, was aus der Sache herauskommt. Wenn man allerdings der Meinung ist, es gehe auch ohne eine Neuregelung, dann wird uns allerdings — denn Geld müssen wir haben — nichts anderes als eine Steuererhöhung übrigbleiben, und die Folgen davon kennt auch Herr Frede ganz genau.

Stadtv. Dr. **Landauer:** Herr Meyerhoff hat Einzelheiten aus der Verhandlung in der Statutenkommission mitgeteilt, und in Rücksicht darauf möchte ich auch eine Mitteilung aus den Kommissionsverhandlungen machen. Als das Statut durchberaten war, hat sich allerdings keine Majorität für die *dauernde* Einführung der Neuregelung gefunden, aber es ist, wie der Herr Referent schon mitgeteilt hat, mit Einstimmigkeit beschlossen, den Magistratsvorschlag zunächst für ein Probejahr zur Annahme zu empfehlen, und das möchte ich Ihnen auch anheimgeben. Ich kann mir nicht denken, daß es zu so vielen Schwierigkeiten dabei kommen wird. Als neulich die Müllabfuhr zeitweilig eingestellt war, haben sich die Mieter gesagt: „Wir zahlen gern etwas, wenn wir nur den Müll loswerden.“ Es haben sich auch einzelne Unternehmer gefunden, die den Müll abfahren wollten; sie haben reichlich so viel Vergütung dafür erhoben, wie in der Vorlage gefordert wird, und viele Mieter sind darauf eingegangen. Deshalb lassen Sie uns auf ein Jahr den Versuch machen, es wird wirklich nicht viel dabei riskiert.

Stadtv. **Loeschigt:** Herr Frede sagte, auch das Wassergeld werde von der Stadt erhoben — vielleicht hat das der Herr Oberbürgermeister überhört. Sowiehl, die 10 *M*, die die Hausbesitzer für jeden Mieter an Wassergeld bezahlen, sind auch ausgelegtes Geld, und meistens bekommt es der Hausbesitzer noch nicht einmal wieder zurück. Ich möchte gern Aufklärung darüber haben, ob ich dieses Wassergeld bei Berechnung des Mietpreises abziehen darf.

Sodann habe ich bei einer Beratung in der Kommission schon darauf hingewiesen, daß bei dem ungünstigen Vorkommnis dieses Winters, wo die Müllabfuhr nicht in der Lage war, die Abfuhr des ganzen Mülls zu bewältigen, allgemein in der Stadt die Ansicht vertreten gewesen ist, die Stadt wäre verpflichtet, die Abfuhr vorzunehmen. Ich habe deswegen verschiedene Briefe bekommen und habe den Leuten auch mehrfach eine persönliche Widerlegung zuteil werden lassen müssen. „Ja, dann wollen wir die Müllabfuhr bezahlen“, haben sie gesagt; man sieht daraus die Bereitwilligkeit auch der Mieter, eine Gebühr zu erlegen.

Was den Unternehmer betrifft, der, wie von manchem gemeint wird, die Abfuhr billiger besorgen soll, so möchte ich auf Hannover verweisen. Ich habe vor vier Wochen Gelegenheit gehabt, auf Veranlassung des Magistrats Nachfragen darüber bei einem Herrn in Hannover anzustellen, und es ist mir gesagt: „Wir in Hannover werden jedenfalls nach dem Kriege auch darauf hinausgehen, die Müllabfuhr durch die Stadt selbst besorgen zu lassen, denn das Unternehmen hat schon in Friedenszeiten viel Geld gekostet, jetzt aber können wir es kaum bezahlen.“ Nun muß man allerdings bedenken, daß die Pferde wohl das Dreifache wie in Friedenszeiten kosten. Mit  $3\frac{1}{2}$  Pfund Hafer, die als Futter bewilligt sind, können die Pferde natürlich nicht gehalten werden, es muß zu den teuersten Preisen zugekauft werden, und so kommt es, daß unter 12  $\mathcal{M}$  die kleinste Fuhre nicht geleistet werden kann.

Herr Meyerhoff sprach von der Berliner Abfuhrgesellschaft. Ich hatte am Dienstag dieser Woche Gelegenheit, diese schöne Einrichtung in Berlin, die so staubfrei sein soll, anzusehen, und habe gefunden, daß die großen Kasten eine niederträchtige Belästigung durch Staub verursachen. Nun mögen ja wohl die Russen, die die Sache in Berlin augenblicklich bearbeiten, wenig rücksichtsvoll mit den Sachen umgehen, aber durch die Federung waren die Wagen so undicht geworden, daß bei jedem Auskippen der großen Behälter die Belästigung vorhanden ist.

Es sind nun schon 25 Jahre her, seitdem ich Interesse an der Straßenreinigung gehabt habe. Damals waren bei uns noch die großen schweren eisernen Federwagen im Gebrauch; aber jedes kleine Quantum mußte von den beladenen Wagen abgeschaukelt werden. Dann wurden Holzkasten für die Wagen angeschafft, und so sind wir wieder dazu gekommen, die Wagen so einzurichten, daß sie sich möglichst schnell entladen lassen. Die großen Federn haben wir abgeschafft, weil sie bei unseren Abfuhrwagen untauglich waren: zwar auf hartem Boden fuhren die Wagen leicht, aber auf weichem Boden in der Grube blieben die Pferde damit stecken. Der Staubfang ist zuerst mit einer eisernen oder hölzernen Klappe bedeckt gewesen, dann wurde er mit Leinen überzogen, und wenn die Leute darauf halten, die Klappe nur gegen den Wind aufzumachen, dann wird selten eine Be-

lästigung durch Staub bei dem Einschütten der Müllbehälter entstehen. Ganz so staubfrei, wie man das wünscht, wird die Müllabfuhr wohl niemals vorstatten gehen. Ich glaube nicht, daß unsere Müllabfuhr zu den schlechten gehört, jedenfalls ist sie gegen früher bedeutend verbessert, wo es vorkam, daß die Leute beim Abschaufeln des Mülls durch Winde gegenseitig den Müll ins Gesicht bekamen.

Es ist nicht gut, daß es hier nach außen hin heißt, es seien hier die Zustände schlechter als in anderen Großstädten. Auch die Berliner Abfuhr hat ihre Schattenseiten, und wir werden imstande sein, schon in der nächsten Zeit Verbesserungen eintreten zu lassen. Die Ausführung einer Änderung des Systems ruht ja vorläufig noch jezt, wo es an allem mangelt, sowohl an Pferden und Wagen als an Eisen, aber mit Energie und Intelligenz läßt sich doch auch bei unserem jetzigen System auskommen. Darum lassen Sie uns erst einmal Geld schaffen und die Neuordnung für ein Jahr probeweise annehmen.

Stadtv. Dr. **Nahlert**: Die lange Debatte über diese Vorlage hat uns wieder gezeigt, wie schwer es ist, zu einem abschließenden Urteil in dieser Angelegenheit zu kommen, und so werden Sie es verstehen, wenn ich vorhin gesagt habe, daß die Statutenkommission sehr langer Zeit bedurfte, und daß sehr viel Material gesammelt werden mußte, um überhaupt die Sache vorbereiten zu können. Ich konnte leider krankheits halber an der zweiten Beratung nicht teilnehmen und mußte deshalb gestern, als ich das Referat übernahm, mich erst über den Verlauf orientieren. Es wurde mir gesagt, daß in der zweiten Beratung die Majorität beschlossen hatte, Ihnen die probeweise Annahme zu empfehlen, und ich glaube auch, daß dies wirklich der günstigste Ausweg ist. Eine solche Regelung wird sehr viele Vorteile haben und nimmt auf alles Rücksicht, was beachtet werden muß.

Das einzige, was heute die lange Debatte hervorgerufen hat, ist die Einziehung der Gebühr gewesen. Auch ich stehe mit Herrn Frede noch heute auf dem Standpunkte, daß es sehr wünschenswert und der einzig richtige Weg ist, die Gebühr direkt vom Mieter einzuziehen und nicht vom Grundbesitzer. Wir kämen dann aber auf ein Statut hinaus, und ob das empfehlenswert ist oder nicht, das zu beurteilen, bleibt jedem einzelnen überlassen; es ist schwer, darüber ein endgültiges Urteil zu fällen. ~

Ich habe damals in der ersten Beratung den Vorschlag gemacht, den Spieß umzudrehen und zu sagen: Wir wollen das Probejahr einführen und den Magistrat bitten, die Gebühr direkt vom Mieter einzuziehen. Aber mein Vorschlag scheiterte in diesem Falle an der Notwendigkeit eines Statuts, das, wenn wir es einmal haben, ohne Genehmigung der vorgesetzten Behörde nicht wieder geändert werden kann, und das auch von uns allein nicht aufgehoben werden kann. Dies Argument hat uns veranlaßt, dahin zurückzukehren: Wir wollen eine probeweise



Regelung, bei der es jedem Hausbesitzer überlassen bleibt, die Müllgebühr von seinem Mieter einzuziehen, und wollen nun sehen, wie sich die Sache regelt.

Ich schließe mich den Worten des Herrn Meyerhoff an, indem ich sage: *Gern stimme ich nicht zu, aber der Sache wegen glaube ich für eine probeweise Regelung stimmen zu sollen.*

Stadtv. Dr. **Vandauer:** Ich habe vorhin gesagt, die Statutenkommission habe sich einstimmig für Einführung des Probejahres entschieden. Von dem Vorsitzenden der Statutenkommission bin ich darauf aufmerksam gemacht, daß das ein Irrtum von mir ist; der Beschluß ist nicht einstimmig gefaßt, sondern nur mit Mehrheit.

Stadtv. **Bunge:** Je öfter dieser Punkt auf der Tagesordnung erscheint, desto schwieriger erscheint uns eine günstige Ausführung dieses Problems. Wenn es uns nun auch schwer wird, eine Entscheidung zu treffen, so müssen wir doch in den sauren Apfel hineinbeißen. Daß wir die beste Abfuhr des Mülls in Braunschweig haben, ist von keinem hier behauptet worden.

Im Publikum ist man der Meinung, daß die Müllabfuhr eine gemeinnützige Einrichtung ist, die der Stadt zukommt, und daß man, wenn man jetzt eine Gebühr dafür erheben will, eine indirekte Steuer mehr zu bezahlen hätte. Nachdem ich mir die Sache nach allen Richtungen angesehen habe, kann ich zu diesem Resultate nicht kommen. Bei der Lieferung von Gas und Wasser hat jeder Verbraucher das Quantum zu bezahlen, was er bezogen hat, und ähnlich ist es auch hier: es findet eine Leistung der Stadtgemeinde statt und dafür muß eine Gegenleistung erbracht werden.

In welcher Weise die Gebühr eingezogen wird, ist eine Sache, die in verschiedener Weise ausgeführt werden kann; was aber die günstigste Weise ist, ist eine zweite Frage. Auf den ersten Blick erscheint es einfach, für jeden Steuerzahler aufzuschreiben: Du hast deine 2—3 *M* für die Müllabfuhr zu entrichten; ob das aber in jedem Falle ein der Müllabfuhrleistung entsprechender Betrag ist, ist fraglich, und auch das müßte in jedem Falle wieder geprüft werden. Wer 10 bis 12 Kisten voll Müll zur Abholung herausstellt oder noch mehr, wie ich das bei den großen Hotels gesehen habe, müßte auch mehr bezahlen. (Zurufe: Die zahlen besondere Beträge!) Ob die Bemessung den anderen gegenüber in angemessener Weise geschieht, ist eine Sache für sich.

Wenn nun die Hausbesitzer sich weigern, die Abgaben aus ihrem Hause einzuziehen, so gebe ich zu, daß sie in manchen Fällen Schwierigkeiten haben werden, aber im großen ganzen würde eine solche Einziehung keine arge Belastung für die Hauswirte bedeuten, noch dazu, wenn man sich sagt, daß sie das Geld, das sie einzuziehen, voll und ganz an den Magistrat wieder zur Ablieferung bringen müssen.

Anders liegt die Sache, wenn ich mir vor Augen führe, wie in den letzten Jahren die Mieten gesteigert worden sind, wo es hieß: Wegen der vielen Abgaben müssen wir die Mieten erhöhen, und wo sofort, wenn jemand auszog, die Miete erhöht wurde. Da wäre wohl die Frage am Platze, ob die Mieten, die augenblicklich erhoben werden, wohl dementsprechend sind, daß der Hauswirt nicht tatsächlich Riesenprofite dabei gewinnt. Wenn ein Hauswirt eine Leitung hat legen lassen, mag es Gas oder elektrisches Licht sein, und er diktiert: „Von heute ab steigt die Miete um soundso viel“, so fragt kein Mensch und keine Behörde darnach, ob die Erhöhung der Miete dem, was der Hausbesitzer mehr an Kapital für das Haus angelegt hat, entspricht. Ich meine, auch da müßte für die Zukunft aufgepaßt werden, noch dazu, wo wir in den beiden Kriegsjahren gesehen haben, daß bei jedem Kaufmann nachgeprüft wird, welchen Verdienst er nimmt, und was für Gewinn er erzielt. Auch auf diesem Gebiete sollte man etwas Ähnliches in Erwägung ziehen.

Am allerjchlimmsten würde ich mir die Zustände bei der Müllabfuhr vorstellen, wenn eine Genossenschaft gegründet werden sollte und man wollte sie in der Stadt schalten und walten lassen, wie es in ihrem Belieben stände. Damit könnte ich mich nicht einverstanden erklären, denn ich stehe auf dem Standpunkte, daß eine derartige Einrichtung von der Kommune in der Hand behalten werden muß, oder wo sie noch nicht in der Hand der Kommune ist, von ihr in die Hand genommen werden muß, denn triftige Gründe, die in der Rücksicht auf die Hygiene liegen, sprechen dafür, daß eine ordnungsmäßige Müllabfuhr besteht. Deshalb möchte ich für mein Teil dafür eintreten, daß wir unter allen Umständen die Müllabfuhr als solche in den Händen der Stadt lassen.

Wenn ich meine Stellungnahme in kurzen Worten zusammenfasse, so möchte ich mich dahin aussprechen, daß ich nach reiflicher Überlegung nicht anerkennen kann, daß die Müllabfuhrgebühr als eine indirekte Steuer anzusehen ist, sondern nur als eine Gegenleistung, die man der Stadt bringt. Ich würde auch dafür sein, daß wir probeweise auf ein Jahr den Versuch machen, ob sich die Sache in der vorgeschlagenen Weise am besten regeln läßt, und möchte die Hausbesitzer bitten, diese kleine Arbeit im Interesse der Allgemeinheit zu übernehmen.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Debatte und stelle den Antrag *F r e d e*, der darauf hinausläuft, die Vorlage, wie sie eingebracht ist, abzulehnen und eine neue Vorlage vom Magistrat einzufordern, zur Abstimmung, während der zweite Teil des Antrages, der über die Höhe der Gebühr spricht, noch nicht zur Abstimmung kommt.

Der Antrag wird nochmals verlesen; es meldet sich nur die Minderheit für den Antrag.

**Vorsitzender:** Damit würde auch der zweite Teil des Fredejschen Antrages erledigt sein, wie Herr Frede anerkennen wird.

Wir fahren nunmehr in der Beratung der Magistratsvorlage fort. Ich werde die einzelnen Paragraphen zur Besprechung stellen und auch am Schlusse der Besprechung eine Abstimmung, ob die Vorlage im ganzen anzunehmen ist, vornehmen lassen.

**Vorsitzender** (nachdem er den Inhalt des § 1 nochmals angegeben hat): Es meldet sich niemand zum Wort. Ich nehme an, vorbehaltlich der Schlußabstimmung, daß die Versammlung mit dem behandelten Paragraphen einverstanden ist, wenn sich kein Widerspruch geltend macht.

§§ 2 und 3 ohne Besprechung.

Stadtv. Dr. **Rahlert** (zu § 4): Der letzte Satz in Abjag 2: „Eine zeitweilige Nichtbenutzung der Veranstaltung befreit den Grundstückseigentümer nicht von der Erhebung der Gebühr.“ soll gestrichen werden.

**Vorsitzender:** Ich bemerke dazu, daß dafür eine Bestimmung in § 6 hinein- kommt.

Stadtv. **Munte:** Ich möchte fragen, ob die Hauseigentümer gezwungen werden können, einen Vertrag wegen der Müllabfuhr mit der Stadt zu machen.

**Vorsitzender:** Nein. Es ist im § 1 das Prinzip ausgesprochen, daß es den Einwohnern freisteht, einen Antrag auf Abholung des bereitgestellten Mülls an die Stadt zu stellen.

§ 4 ohne weitere Besprechung.

Stadtv. Dr. **Rahlert** (zu § 5): Die Statutenkommission empfiehlt Annahme dieses Paragraphen entsprechend der Vorlage.

Stadtv. **Lauer:** In diesem Paragraphen heißt es bezüglich der etwa notwendigen Einstellung der Müllabfuhr: „Dauert eine solche Einstellung länger als vier Wochen, so werden die Gebühren entsprechend der Dauer der Unterbrechung ermäßigt.“ Ich finde die Dauer von vier Wochen doch recht lange. Wir haben erst kürzlich gelegentlich einer Einstellung der Müllabfuhr erfahren, welche Unannehmlichkeiten entstehen, wenn der Müll nicht abgeholt wird, und damals handelte es sich nur um die Hälfte der Zeitdauer von vier Wochen. Wo sollen die Leute vier Wochen lang mit ihrem Müll bleiben? Fällt diese Unterlassung der Müllabfuhr in eine besonders heiße Jahreszeit, so könnten dadurch auch in sani-

tärer Beziehung recht große Nachteile entstehen. Ich möchte vorschlagen, anstatt auf vier Wochen die Frist auf drei Wochen zu bemessen; das würde meiner Ansicht nach vollständig genügen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Ich glaube, der Magistrat hätte diese Bestimmung nicht aufgenommen, wenn nicht vor kurzem uns dies Unglück passiert wäre, daß wir den Müll nicht haben abfahren können. Wir wollten die Frist deshalb nicht so kurz bemessen, weil die Gebühr so gering bemessen ist, daß es sich nur um Bruchpfennige handeln würde, wenn wir eine sehr kurze Frist festlegten, für die Müllzahlung erfolgen soll. Ich erkenne an, daß sanitäre Übelstände auch eintreten können, wenn die Müllabfuhr nur zwei oder auch nur eine Woche lang ausgesetzt wird. Es liegt also auch für die Stadt ein Vorteil darin, daß die Müllwagen regelmäßig zweimal wöchentlich verkehren. Wenn wir nun wirklich eine kürzere Fristbestimmung in den Paragraphen hineinsetzen, so erreichen wir damit doch nicht eine Abkürzung der Unterbrechung selber. Man wird sich doch nicht auf den Standpunkt stellen, zu meinen, daß der Magistrat einmal zeitweilig die Müllabfuhr unterbrechen würde, um zu feiern. Es dreht sich nur darum: „In welchem Falle kann der Hausbesitzer eine Ermäßigung seiner Gebühr verlangen?“ und die ist so klein, daß es nichts verschlägt, ob wir drei oder vier Wochen sagen. Wenn aber die Herren in ihrer Mehrheit für „drei Wochen“ sein sollten, so glaube ich nicht, daß der Magistrat auf Annahme seines Antrages bestehen wird.

**Stadtv. Lauer:** Einen Antrag will ich nicht stellen, aber ich sollte meinen, daß der Magistrat, wenn die Frist kurz bemessen wird, ein um so größeres Interesse daran hat, die Ursache der Einstellung zu beseitigen, z. B. bei Lohnstreitigkeiten eher Zugeständnisse zu machen, während es sonst dem Magistrat in gewissem Sinne gleichgültig sein kann, ob der Müll abgeholt wird oder nicht. Der Nachteil bei solchen Einstellungen der Müllabfuhr trifft die Einwohnerschaft, weil sie nicht weiß, wo sie mit ihrem Müll bleiben soll. Die Mieter in kleinen Wohnungen haben nicht einmal die nötigen Müllgefäße für vier Wochen. Wir werden dann wieder das schöne Bild zu sehen bekommen, daß die Müllhaufen sich von Tag zu Tag auf der Straße bedenklich mehren.

§ 5 ohne weitere Besprechung.

**Vorsitzender** (zu § 6): Dieser Paragraph ist vollständig durch die neue Vorlage ersetzt. Ich weiß nicht, ob in allen Exemplaren schon die Änderung eingefügt ist, die noch zu machen ist. Gegen Ende des § 6 muß es in dem Satz: „Auch wird, wenn eine einzelne Wohnung je d e s M o n a t e oder länger leer steht, für diesen Zeitraum die Gebühr . . . ermäßigt“ nach dem Beschlusse der Statutenkommission heißen: „d r e i M o n a t e“.

§ 6 ohne weitere Besprechung.

Stadtv. Dr. **Rahlert** (zu § 7): Dieser Paragraph erhält am Schlusse als Absatz 3 folgenden Zusatz:

„Die für die Mieter geltenden Vorschriften kommen für die Inhaber von Dienstwohnungen zur sinngemäßen Anwendung.“ Es ist das eine Ergänzung, die sich als notwendig erwiesen hat, und gegen die wohl nichts einzumenden sein wird.

Stadtv. **Frede**: Auf Seite 5 des Begleitschreibens sagt der Magistrat, daß es den Grundstückseigentümern ermöglicht werden solle, „ihre Mieter zur Zahlung angemessener Beiträge an sie zu veranlassen; wie die Unterverteilung bewirkt werden soll, mag der Vereinbarung der Beteiligten anheim gestellt bleiben“. Und dies halte ich für richtig. Hier in § 7 steht aber: „Dem Grundstückseigentümer bleibt überlassen, seinen Mietern die von ihm zu entrichtende Gebühr anteilig nach Verhältnis des Mietwertes seiner eigenen und der von ihm vermieteten Räume zur Last zu legen.“ Hier wird vorgeschrieben, wie die Verteilung erfolgen muß, während auf Seite 5 gesagt wurde, die Unterverteilung bleibe dem Übereinkommen zwischen Mieter und Vermieter überlassen. Wenn ich die Verteilung vornehme und habe gleichartige Wohnungen, allerdings zu verschiedenen Preisen in den verschiedenen Stockwerken, und habe in allen Wohnungen gleichen Familienbestand, dann werde ich den Betrag für das ganze Haus gleichmäßig verteilen. Nach § 7 aber soll die Verteilung nach Verhältnis des Mietwertes der Wohnungen vorgenommen werden. Jeder Hausbesitzer, der längere Zeit in der Praxis steht, weiß, wie schwierig es für ihn ist, wenn er für seine Hausbewohner eine Gebühr verschiedenartig bemessen soll. Es kommt dann zu den allernüchternsten Berufungen. Da wird es von dem Mieter im ersten Stock heißen: „Warum soll ich mehr Gebühr für die Müllabfuhr bezahlen, wo ich mit meiner Frau die Wohnung allein bewohne, während die Leute im oberen Stockwerk sechs Kinder haben und mehr Müll abfahren lassen müssen?“ Der Mann sieht nicht ein, warum er mehr Müllabgabe bezahlen soll, und er hat recht. Wenn ich die Gebühr für die Müllabfuhr — wie ich das mit dem Wassergelde auch mache — gleichmäßig verteile, dann wird über gelegentliche Ungleichheiten in der Benutzung leichter hinweggesehen. Eine solche gleichmäßige Verteilung verdient also den Vorzug, und deshalb möchte ich beantragen, daß in § 7 gestrichen wird: „nach Verhältnis des Mietwertes seiner eigenen und der von ihm vermieteten Räume“, so daß der erste Satz im § 7 heißt: „Dem Grundstückseigentümer bleibt es überlassen, seinen Mietern die von ihm zu entrichtende Gebühr anteilig zur Last zu legen.“

Anderes ist es mit dem Ausschuß, von dem nachher die Rede ist. Der muß eine Vorschrift haben, nach der er die Gebühren verteilen kann. Die Verteilung kann nicht seinem Ermessen überlassen bleiben; er muß nach dem Mietwerte gehen.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Wenn die Herren den § 7 in dieser Weise ändern wollen, wird der Magistrat nichts dagegen einwenden. Etwas Ähnliches hat der Magistrat ja auch schon in seinem Anschreiben gesagt.

**Vorsitzender:** Da die Vorschriften über die Müllabfuhr nicht als zwingend anzusehen sind, so ist es wohl besser, daß diese Angabe in § 7 überhaupt wegleibt.

Herr Frede beantragt, in § 7 die Worte „nach Verhältnis — Räume“ zu streichen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung mit dem Antrage einverstanden ist. (Ohne Widerspruch.)

§ 7 ohne weitere Besprechung, ebenso §§ 8 und 9.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Ich bitte, nochmals auf § 8 zurückzugehen. Die Vorlage ist von uns bereits am 14. Februar eingebracht, und wir hatten gehofft, sie hier so frühzeitig erledigt zu haben, daß wir am 1. April nach der Neuregelung arbeiten konnten. Das wird nun jetzt kaum mehr durchzuführen sein, und deshalb, glaube ich, wird in § 8 eine Änderung vorgenommen werden müssen. Es wird dort gesagt: „Die Höhe der Gebühren wird den Grundstückseigentümern zu Beginn eines jeden Rechnungsjahres und, wenn der Vertrag im Laufe eines Rechnungsjahres abgeschlossen wird, alsbald nach dem Abschlusse, schriftlich bekanntgegeben.“ Diese letztere Bestimmung sollte sich natürlich nur auf einzelne Fälle beziehen. Wir werden nun wohl mit der Sache allgemein erst mit dem 1. Juli den Anfang machen können, denn es müssen Bekanntmachungen erlassen werden, wir müssen die Bedingungen drucken lassen usw. Wenn wir die Verträge nicht vor dem 1. April abgeschlossen haben, dann könnten wir von den Hausbesitzern hören: „Für das, was bis zum 1. Mai abgefahren ist, bezahle ich nichts.“ Deshalb müßten wir im § 8 sagen: „Die Höhe der Gebühr wird den Grundstückseigentümern zu Beginn eines jeden Rechnungsjahres, erstmalig zu einem vom Stadtmagistrat zu bestimmenden Zeitpunkte . . . . bekanntgegeben.“

Ich nehme an, daß das Probejahr dann reichen würde von dem Zeitpunkt ab, wo wir mit der Neuregelung anfangen, nicht von dem Zeitpunkte, wo wir sie beschlossen haben. (Zustimmung.)

**Vorsitzender:** Es würden hinter „Rechnungsjahre“ einzufügen sein „erstmalig zu einem vom Stadtmagistrat zu bestimmenden Zeitpunkte.“

Es erhebt sich kein Widerspruch, die Einfügung gilt als angenommen.

Stadtv. Dr. **Nahler**: Bei § 10 wird in Absatz 2 hinter den Worten „den Mieter“ eingeschaltet: „sowie den Inhaber einer Dienstwohnung“, und vor „vertragsgemäß“: „nach § 7“.

Es sind dies Ergänzungen, die sich mit Rücksicht auf § 7 notwendig gemacht haben.

**Vorsitzender**: Es erhebt sich auch gegen diese Fassung kein Bedenken.

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung. Diejenigen Herren, die dafür sind, daß diese Bedingungen, wie wir sie eben angenommen haben, probeweise für ein Jahr in Kraft gesetzt werden, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Oberbürgermeister **Metzmeyer**: Es wird wünschenswert sein, die beiden Punkte, betreffend die Verbrauchsregelung für Mehl und Brot und die Gewährung einer Fleischzulage, jetzt vorweg zu erledigen, da sie von großer Wichtigkeit sind.

## 2. Änderung der Verbrauchsregelung für Brot und Mehl.

Stadtv. **Meyerhoff**: Es ist sämtlichen Herren heute das Anschreiben zugegangen, mit dem sich die Statutenkommission gestern zu beschäftigen hatte. Ich darf mir erlauben, es zur Verlesung zu bringen:

„Die Reichsgetreidestelle hat bekanntlich angeordnet, daß vom 15. April d. J. ab auf den Kopf der Bevölkerung statt 200 Gramm nur noch **170 Gramm Mehl** täglich gerechnet werden dürfen; gleichzeitig ist der Jugendzuschlag (50 Gramm Mehl täglich für Personen von 12—17 Jahren) beseitigt, und die Schwerarbeiterzulagen sind um 25 Prozent gekürzt.

Durch diese einschneidenden Anordnungen, die in der Knappheit der Mehlbestände bis zur neuen Ernte ihren Grund haben, sind wir zu einer Änderung unserer Verbrauchsregelung für Mehl und Brot genötigt. Bevor wir uns hierüber endgültig schlüssig machen, legen wir besonderen Wert darauf, den geehrten Herren zu einer *g u t a c h t l i c h e n* Ä u ß e r u n g Gelegenheit zu geben, um die wir hiermit ergebenst ersuchen. Wenn auch über die Einzelheiten, über die wir uns nähere Mitteilungen nach der inzwischen erfolgenden Äußerung des Mehlverteilungs-Ausschusses unter Angabe der entsprechenden Zahlen vorbehalten, noch mancher Zweifel auftauchen mag, so würde es uns doch sehr erwünscht sein, über die leitenden Grundsätze für die Neuregelung mit den Herren Stadtverordneten uns in Übereinstimmung zu wissen:

Als Richtlinien kommen dabei etwa folgende Gesichtspunkte in Betracht:

1. Die Einschränkung des Mehl- und Brotbezuges soll nicht weiter gehen, als unbedingt erforderlich ist. Bei einer Kürzung des Reichsjahres um  $\frac{3}{20} = 15$  Prozent, die in Brot berechnet  $15 \cdot \frac{1900}{100} = 285$  Gramm wöchentlich betragen würde, stellt die Herabsetzung der Wochenbrotmenge von 1900 auf 1600 Gramm die äußerste Grenze dar.
2. Um den Kindern vom vollendeten 1. bis 6. Lebensjahre (10 500) den bisherigen Brotbezug (950 Gramm wöchentlich) ungekürzt zu belassen, wird bei ihnen von einer Herabsetzung der Brotmenge auf 800 Gramm wöchentlich abgesehen.
3. Auch für die jugendlichen Personen von 12 bis zu 17 Jahren (14 200) übernimmt die Stadt, um ihrer Ernährung förderlich zu sein, den bisher vom Reich gedeckten Jugend-Zuschlag, allerdings in Höhe der gekürzten halben Brotkarte alle vierzehn Tage (800 Gramm Brot).
4. Ebenso deckt die Stadt den Ausfall in der Zahl der Zuschlagsbrotkarten für Schwerarbeiter, der dadurch entsteht, daß das Reich die von ihm hierfür gewährte Mehlmenge (bisher 792 Doppelzentner monatlich = 184,8 Doppelzentner wöchentlich) auf 25 Prozent = 138,6 Doppelzentner wöchentlich herabgesetzt hat. Es wird dadurch erreicht, daß künftig ebensoviele Schwerarbeiter-Brotkarten (über je 800 Gramm Brot) ausgegeben werden können, als dies bisher geschehen ist (rund 30 000).

Durch die Beibehaltung dieser Zugeständnisse wird für die Beteiligten die Kürzung in verschiedener Richtung gemildert und in ihren Folgen abgeschwächt. — Wir ersuchen ergebenst, sich zu der Angelegenheit gutachtlich äußern zu wollen.“

Wie gesagt, hat die Vorlage gestern der Statutenkommission vorgelegen, und ich kann im Namen der Statutenkommission erklären, daß sie dem voll beistimmt, was seitens des Magistrats vorgeschlagen wird. Bei der Knappheit der Bestände ist es nötig, daß eine Neuregelung der Verteilung von Mehl und Brot eintritt. Wie wir hoffen, wird diese Minderung in der Mehlguteilung eingebracht werden durch eine größere Fleischration. Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen, Ihr Gutachten in zustimmendem Sinne abzugeben.

**Stadtrat von Frankenberg:** Meine verehrten Herren. Wenn in dieser ernsten Zeit der Magistrat jemals schweren Herzens Ihnen eine Vorlage gemacht hat, so trifft das für diese Vorlage zu, in der wir Ihr Gutachten und Ihren Rat



erbitten für die Neuregelung der Mehl- und Brotverteilung. Sie werden aber aus der bei der Knappheit der Zeit im letzten Augenblicke vervielfältigten Vorlage wie aus den Worten des Herrn Berichterstatters entnommen haben, daß der Magistrat in Übereinstimmung mit dem Mehl- und Brotverteilungsausschuß, dem ja eine Anzahl Stadtverordneter angehören, sorgsam bemüht gewesen ist, dasjenige für unsere Einwohner zu retten, was einigermaßen zu retten gewesen ist, daß er also für jedes Kind von 1—6 Jahren den vollen Bezug ihrer bisherigen Brotkarte ohne Kürzung um 15 Prozent aufrechterhalten will, daß er ferner sich bestrebt hat, für die jugendlichen Personen den Jugendzuschlag, wenn auch mit der notgedrungenen Kürzung auf 800 g, beizubehalten und ferner die Zahl der Schwerarbeiterzuschlagskarten nicht einzuschränken, obwohl es sich nicht vermeiden läßt, daß die dabei gewährte Brotmenge, da das Reich sein Mehl für diese Zuschläge um ein Viertel kürzt, entsprechend herabgesetzt wird.

Es wird also, wenn ich nach den in Zukunft in Gebrauch kommenden Karten die Verteilung vorführe, die Sache so werden: 11 Zwölftel von den Braunschweigern werden die allgemeine Brotkarte, die für Personen von 6 Jahren und ältere bestimmt ist, bekommen; sie lautet über 1600 g Brot statt früher 1900 g oder für 1120 g Mehl statt früher 1370 g. Es handelt sich für diese Personen um eine Kürzung von 300 g Brot, die sich — wie die Vorlage dargelegt hat — nicht vermeiden ließ. Außerdem werden die Kinder von 1 Jahre an, die aber noch nicht 6 Jahre alt sind, und deren Zahl 10 500 beträgt, halbe Brotkarten erhalten, aber nicht neue halbe Brotkarten, denn das würden nur 800 g Brot sein, und das schien uns allerdings reichlich wenig für die kleinen Kinder, sondern halbe Brotkarten nach der alten Art zu 950 g Brot oder in Mehl berechnet, wodurch sich das Gewicht in Zukunft um eine Kleinigkeit nach unten verschiebt, 660 g. Die jungen Leute von 12—17 Jahren können Jugendzuschlagskarten in derselben Höhe bekommen, wie die Zulage für die Schwerarbeiter angenommen ist, nur daß die Jugendlichen, deren Zahl 14 200 ausmacht, die halbe Zuschlagskarte jede zweite Woche bekommen, während sie die Schwerarbeiter, soweit die Vorräte reichen, wöchentlich erhalten. Diese Zuschlagskarten würden auf 800 g Brot oder 560 g Mehl lauten.

Daneben gibt es eine besonders zu erwähnende Gruppe, die Schwerstarbeiter, die an offenem Feuer in der Gasanstalt, in Maschinenfabriken mit besonders schwerer Arbeit, in Nachtschichten beschäftigt werden. Für die gibt uns das Reich die Schwerstarbeiterzulage für 2400 Personen, die je drei halbe gekürzte Brotkarten zu 525 g Mehl oder 750 g Brot ausmachen.

Aus diesen Angaben können sich die Herren ein ungefähres Bild machen, wie sich in Zukunft die Brot- und Mehlverteilung stellen wird. Wir hoffen auf Ihre zustimmende Erklärung. Der Magistrat hat in diesem Falle ganz besonderen

Wert darauf gelegt, daß er sich der gutachtlichen Äußerung der Herren Stadtverordneten vergewissert, bevor wir bei der Landesgetreidestelle die Zustimmung zu unseren Vorschlägen beantragen.

**Stadtv. Loeschigt:** Ich will nicht gegen die Sache als solche sprechen, sondern mir nur eine Anfrage erlauben. Nach dieser neuen Einteilung müssen wieder neue Brotkarten gedruckt werden. Nun haben wir schon vor längerer Zeit hier in der Versammlung gehört, daß unsere Brotkarteneinteilung gegenüber der in anderen Städten eine unglückliche ist. Praktischer sind dagegen die Reisebrotmarken mit ihrer Einteilung in 50 g, und auch Hannover hat seit zwei Jahren die Brotkarten in dieser Form. Unsere Hausfrauen klagen darüber, daß sie nicht die Brotkarten nach ihrem Willen verwenden können, wenn sie zum Bäcker kommen, und auch die Bäcker haben schon mit den Behörden Differenzen gehabt, weil sie Brotkarten von ihren Kunden behalten haben, da die Einteilung, wie wir sie auf unseren Karten haben, bei dem Bezuge von Brot sehr ungünstig ist. Wenn wieder neue Brotkarten angefertigt werden müssen und es sich um eine reduzierte Menge handelt, so wäre es doch leicht möglich, eine Einteilung zu 50 g auch bei uns vorzunehmen. Dann könnten bei Einkäufen je Marken zu 50 g herausgenommen werden. Wer Reisebrotkarten gebraucht hat, wird diese Einteilung zu 50 g als recht praktisch empfunden haben.

**Stadtrat von Franckenberg:** Auch dieser Wunsch des Herrn Loeschigt, den ich für durchaus gerechtfertigt halte, wird in weitgehendem Umfange erfüllt werden, wenn auch nicht so, daß nur 50 g Gebäck auf jede Marke entfällt, so doch in der Weise, daß wir in großen Mengen Gebäckmarken zu 50 g in der Einteilung der Brotkarte erhalten, im übrigen aber die Brotkarte sich der verminderten Gewichtsmenge anpaßt. Besonders will ich dafür sorgen, daß auch die Gewichtsmenge von 250 g Mehl (=  $\frac{1}{2}$  Pfund), die eine gängige Form darstellt, in einer Einzelmarke zum Ausdruck kommt, so daß die Hausfrauen nicht erst lange zu rechnen brauchen, sondern mit einer Marke ihren Einkauf auszugleichen in der Lage sind. Wenn allerdings das erstemal die neuen Brotkarten in Kraft treten, das ist am 16. April, werden wir mit diesen neugedruckten Brotkarten der Braunschweiger Bevölkerung noch nicht unter die Augen treten können, sondern es wird ähnlich so sein, wie mit einem Wertpapier, daß man im Kurse heruntergesetzt hat. Da diese Brotkarten schon fix und fertig vorliegen und die Verteilung schon seit einigen Tagen sich in Vorbereitung befand, als die Reichsgetreidestelle durch allgemeine Bekanntmachung erklärte, es werde die Brotzuteilung rund um 20 Prozent heruntergesetzt, so müssen wir noch diese alten Brotkarten verteilen, deren Wert aber herabgesetzt ist. Die Bäcker werden eine Tabelle erhalten, woraus diese Herabsetzung

der Werte ersichtlich ist, und es wird sich die Braunschweiger Bevölkerung schnell an die Umrechnung gewöhnen. Dasjenige, was durch Anordnung der Reichsgetreidestelle vorgeschrieben ist, wird jedermann nach einer kurzen Bekanntmachung klar sein.

**Stadtv. Niese:** Es dürfte wohl keinen Herrn im Saale geben, der dieser Beschränkung in der Austeilung von Brot und Mehl zustimmen könnte. Wir wissen ganz genau, daß eben das Mehl rar ist, aber auch Hülsenfrüchte und andere Nahrungsmittel sind nicht zu haben. Wir wissen auch aus Erfahrung, daß die Zeit zwischen Ostern und Johannis das hungrige Vierteljahr genannt wird. Daß in der Zeit eine Beschränkung in der Zuteilung von Brot bitter empfunden wird, ist selbstverständlich. Die Stedrüben sind den meisten schon dem Geruche nach zuwider geworden — so geht es auch mir — und sind nicht mehr als Nahrungsmittel zu betrachten. Wenn wir also eine Beschränkung der Brotration abwenden könnten, so sollten wir es tun. Wir werden ja um unser Gutachten ersucht; ich könnte nicht dafür stimmen, wie es hier vorgeschlagen wird. Die Ernährung wird immer schlechter, das sehen wir auf allen Gesichtern geschrieben, mag es auf der Straße sein, in der Fabrik oder wo Sie wollen. Auf die Dauer sind diese Verhältnisse nicht zu ertragen, und es wird Zeit, daß mit diesem Massenmorde bald Schluß gemacht wird.

**Stadtv. Frede:** Ich bin mir nicht recht klar darüber geworden, was „gutachtliche Äußerung“ in diesem Falle bedeuten soll. Wenn wir ein Gutachten abgeben sollen, ob eine Beschränkung angängig ist, werden wir sagen: Wir wollen behalten, was wir bisher bekommen haben. Es ist uns aber mitgeteilt, daß das nicht möglich ist, also müssen wir schon damit vorlieb nehmen, was vorhanden ist; es bleibt keine Wahl, so sehr betrübend das ist. Deshalb verstehe ich die Aufgabe, die man uns stellt, nicht so recht.

Ich möchte aber anläßlich des notwendigen und sehr bedauernswerten Heruntergehens der Mehlmenge, die uns zur Verfügung steht, teils in der Verwendung zum Brote, teils in der Ausgabe als Mehl, die Anfrage stellen, ob nicht jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, zu erwägen, ob die Grüge, die den Wurstwaren zugelegt wird, zu anderweitigem Genuße freigegeben werden soll. Fleisch wird ja, wie man hört, in der nächsten Zukunft der Bevölkerung vermehrt zur Verfügung gestellt werden, und es bleibt sich gleich, ob das als Notstandsmaßnahme geschieht, oder ob mehr Schlachtvieh vorhanden ist. Da eine vermehrte Zuteilung von Fleisch in Aussicht steht, so glaube ich, daß man die Grüge besser anders verwertet als zur Herstellung von Wurstwaren, damit die Bevölkerung sich einen Ausgleich für die Minderlieferung an Brot und Mehl schaffen kann.

**Stadttrat von Franckenberg:** Auf die Frage der anderweitigen Verwertung der Grütze wird Herr Stadttrat Wagner eingehen, der die die Fleisch- und Wurstwaren betreffenden Angelegenheiten im Magistrat bearbeitet. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß es sich im ganzen um eine Menge von 50 Doppelzentnern Grütze handelt, wir also nach unserer Berechnung an unsere Einwohnerschaft für die Person monatlich 40 g davon als Nahrungsmittel mehr geben könnten, wenn wir auf die Verarbeitung der Grütze zu Wurst verzichteten. Ich will noch erwähnen, daß wir durch das Entgegenkommen des Landesernährungsamtes in den nächsten Wochen imstande sein werden, an Nahrungsmitteln erheblich mehr verabreichen zu können, als es bisher der Fall gewesen ist. Im Februar haben wir  $\frac{1}{2}$  Pfund davon, im März  $1\frac{1}{2}$  Pfund ausgegeben, im Monat April werden wir, abgesehen von Graupen, deren Ausgabe mit  $\frac{3}{4}$  Pfund aus dem laufenden Monat noch bevorsteht, im ganzen zwei Pfund Nahrungsmittel auszugeben imstande sein, darunter zum erstenmal auch 100 g Grieß, der in der Bevölkerung sehr geschätzt wird und nur für die Vorzugsberechtigten erhältlich war, dann 125 g Nudeln, 125 g feste körnige Suppen (mit Graupen, Nudeln und anderen Zutaten),  $\frac{1}{2}$  Pfund Haferflocken, und Graupen oder Grütze sogar bis zu 400 g. Diese Mitteilung bewegt sich in derselben Richtung, wie die Anfrage des Herrn Frede.

Auf die Frage des Herrn Frede, er wisse nicht recht, weshalb das Gutachten von den Stadtverordneten eingefordert werde, möchte ich darauf hinweisen, daß wir vom 15. April ab nach Anordnung der Reichsgetreidestelle nicht mehr als 170 g Mehl auf den Kopf der Bevölkerung verteilen dürfen. Wie wir aber die Verteilung einrichten, wie wir jeden einzelnen Braunschweiger nach Alter, beruflicher Stellung und sonstigen Verhältnissen berücksichtigen, ist eine schwerwiegende Frage, die wir uns haben durch den Kopf gehen lassen, und die wir gern im Einvernehmen mit dem Bürgerinne der Herren Stadtverordneten erledigen wollten. So sehr es begreiflich ist, wenn Herr Riese erklärt, er könne sich mit der Einschränkung nicht einverstanden erklären, so genügt doch wohl der Hinweis darauf, daß es gar nicht darauf ankommt, ob wir mit der Kürzung auf täglich 170 g Mehl einverstanden sind oder nicht. Die Maßregel ist getroffen; wir müssen jetzt zu den Folgen dieser Maßregel Stellung nehmen und uns bemühen, die Einteilung so vorzunehmen, daß die Folgen möglichst wenig hart diejenigen Gruppen treffen, die es bei der knapperen Zuteilung am nötigsten haben. Fassen Sie das ins Auge, dann wird es Ihnen leichter werden, dieses schwierige Gutachten zu erstatten.

**Stadttrat Wagner:** Meine Herren! Es ist Ihnen bekannt, daß wir die Streckung der Wurst durch Grütze nur der Not gehorchend den Schlachtereien vorgeschrieben haben, sehr gegen den Wunsch der Schlachter, die vorher diese Streckung in unserer Stadt niemals gekannt haben. Wir waren dazu genötigt,

weil die Viehzuteilung so knapp war, daß die Sachverständigen uns erklärten, es wäre nicht denkbar, mit dem von der Reichsfleischstelle zur Berechnung gebrachten  $\frac{1}{2}$  Prozent Fehlgewicht auszukommen und ihre Aufgabe, jedem Verbraucher 250 g Fleisch zu liefern, zu erfüllen. Die uns gesetzten Schlachtungszahlen dürfen wir nicht überschreiten, und so ist es gekommen, daß an verschiedenen Sonnabenden eine Anzahl Einwohner, die bei den Schlachtern in den Kundenlisten eingetragen standen, kein Fleisch mehr bekommen konnten. Das war ein höchst unerquicklicher Zustand, der zu Unruhe und vielen Beschwerden Anlaß gegeben hat und auch den Verdacht bei den Leuten hervorrief, daß von den Schlachtermestern nicht reell verfahren werde und nur deshalb am Schlusse der Woche für sie kein Fleisch mehr vorhanden sei. Aus dem Grunde haben wir die Streckung der Wurstwaren eingeführt. Berlin streckt bekanntlich mit Semmel; bei uns war hieran nicht zu denken, weil das Brotgetreide für unsere Stadt sehr knapp war. Dann habe ich gehört, daß in einer benachbarten Garnisonsschlachtereier mit Stedrüben gestreckt wird. Das würde doch hier nicht ganz den Wünschen, die Herr Riefe eben ausgesprochen hat, entsprechen, und so sind wir auf die Streckung mit Grüze verfallen. Nun werden wir gern diese Grüze in anderer Form den Haushaltungen zuführen, sobald es uns gelingt, die Ration, die wir an Fleisch aufbringen müssen, auf andere Weise zusammenzubekommen.

Auf den Kopf berechnet, ist die Verwendung der Grüze unbedeutend. Wenn ich annehme, daß jede Person die Hälfte ihrer Fleischwochenmenge in Wurst bezieht — und das trifft nicht in dem Maße zu, weil nicht jeder so viel Wurst bekommt —, so würde die Menge der Grüze, da 10 Prozent davon in der Wurst enthalten sind, für jede Person  $12\frac{1}{2}$  g betragen. Nun haben wir neuerdings in erheblich größerem Umfange das Blut, das aus den Heereschlachtungen gewonnen wird, von der Intendantur des 3. Armeekorps zur Verfügung gestellt bekommen und wollen es zur weiteren Streckung der Fleischwaren verwenden. Die Folge davon wird sein, daß mehr Blutwurst und weniger Leberwurst gemacht wird. Nun ist aber die Schwierigkeit vorhanden, daß es an Därmen fehlt, und es werden jetzt Versuche mit Ersatzdärmen aus Papier gemacht, die scheinbar gut verlaufen. Lose Blutwurst herzustellen, würde nicht möglich sein, während man die Leberwurst ganz gut lose verkaufen kann. Nun werden aber die Schlachtungen des 3. Armeekorps Anfang Mai auf die Zeit von Monaten aufhören, und das 9. Armeekorps, das hier auch schlachten läßt, hat bisher das bei seinen Schlachtungen entfallende Blut selber verwertet, indem es viel Blutwurst in Büchsen hergestellt hat. Wir würden also nur mit einer verhältnismäßig kurzen Zeit zu rechnen haben, wo die Streckung mit Blut möglich sein würde. Immerhin würden wir gern auf den Zusatz von Grüze verzichten, wenn wir diesen wertvollen Zusatz des Blutes weiter verwenden könnten. Es ist bekannt, daß die in den Apotheken

verkauften Stärkungsmittel für Blutarme zum guten Teil aus Tierblut hergestellt sind, woraus zu erkennen ist, ein wie wertvolles Streckungsmittel das Blut für uns sein würde, wenn wir es in ausreichendem Maße bekommen könnten.

**Stadtv. Lauer:** Was die Vorlage betrifft, so hat der Mehls- und Brotausschuß sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt, und zwar in einer Sitzung mit einer Dauer von ca. vier Stunden. Sie können sich darnach denken, wie viele Möglichkeiten wir zur guten Erledigung dieser Frage in Betracht gezogen haben. Man kann es durchaus verstehen, wenn ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in der heutigen Sitzung sein Bedauern ausdrückt, daß diese Brotkürzung vorgenommen werden muß. Nicht immer befinden sich Magistrat und Stadtverordnete in Übereinstimmung, aber in der Sitzung des Mehls- und Brotausschusses war dies der Fall, und das eine Vorkommnis aus der Sitzung darf hier ruhig bekanntgegeben werden, nämlich: Der Mehls- und Brotausschuß, zusammengesetzt aus für Beurteilung der für die Verteilung in Betracht kommenden Verhältnisse besonders berufenen 13 Personen, die zum Teil eine gründliche Sachkenntnis besitzen, nahm Veranlassung, dem Herrn Stadtrat von Frankenberg für die Ausarbeitung des neuen Verteilungsplanes seine Anerkennung und sein Lob zu spenden. Es würde zu weit führen, wenn ich Einzelheiten auch darüber wiederholen wollte, aber wenn diese Versammlung einstimmig zu dem Beschlusse kommt, es müsse anerkannt werden, daß diese Vorlage ganz besonders geschickt von Herrn Stadtrat von Frankenberg aufgestellt ist, dann sehe ich nicht ein, daß dies in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung nicht auch geschehen soll.

Die Sache ist doch so: Man kann eben nicht mehr geben, als man hat; aber die Verteilung ist in einer Weise geschehen, daß auch die Schwerarbeiter und andere Gruppen eine weitere besondere Berücksichtigung erfahren können, so daß die Verwendung der vorhandenen Bestände aufs sorgfältigste vorbereitet ist. Daß dieses anerkannt werden muß, wollte ich bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringen. — Es erübrigt sich, noch besonders zu bemerken, daß wir selbstverständlich die Reduzierung der Brotmenge auch aufs äußerste bedauern.

**Stadtv. Bartels:** Ich kann wohl bei dieser Gelegenheit auf die Zusatzkartoffelmarken für die Schwerarbeiter zurückkommen. In den verschiedenen Geschäften werden die Zusatzkarten für die Schwerarbeiter sehr verschieden verteilt. Die eine Firma bekommt für alle ihre Leute Kartoffelkarten geliefert, während andere nur für einen Teil derselben einen bestimmten Posten bekommen. Da mir dies nur gerüchtweise bekanntgeworden ist, so möchte ich anfragen, ob es nicht möglich ist, daß sämtliche Geschäftsleute in gleichmäßiger Weise Kartoffelzusatzkarten für ihre Leute erhalten. Wenn die Zusatzkarten an die

Leute abwechselnd in den verschiedenen Wochen verteilt werden, so kann es kommen, daß zwei Arbeiter in den betreffenden Wochen wohl Kartoffeln, ein anderer aber nur Steckrüben bekommt. Ist es nicht möglich, daß alle Arbeiter gleichmäßig in Besitz von wirklichen Kartoffelzuschlagskarten kommen?

**Stadtbourat Lebensleben:** Die Kartoffelfrage hat ja eigentlich mit der Brot- und Mehl-Frage nichts zu tun, aber ich glaube, daß ich auf diese Frage doch ohne weiteres antworten darf. Selbstverständlich würden wir gern jedem Arbeiter eine Kartoffelzuschlagskarte gewähren, mindestens möchten wir ebensoviele Kartoffel- wie Brotzuschlagskarten ausgeben. Leider ist das nicht möglich, denn durch besondere Bundesratsverordnung ist festgesetzt, daß wir nur eine erheblich geringere Anzahl von Kartoffelzuschlagskarten gewähren dürfen, nämlich höchstens 50 Prozent der Brotzuschlagskarten. Da 30 000 Brotzuschlagskarten von uns verteilt werden, können wir höchstens 15 000 Kartoffelzuschlagskarten gewähren. Aus diesen Zahlen ersehen Sie, wie schwer es ist, eine absolut gerechte Verteilung an alle Schwerarbeiter vorzunehmen. Die Ausgabe durch uns geschieht wie bei Brotzuschlagskarten — nicht unmittelbar an die Arbeiter, sondern die Verteilung an diese besorgen die Arbeitgeber. Wir verteilen nach bestem Wissen und Gewissen die Karten an die Arbeitgeber je nach der Schwere der Arbeit und nach den Richtlinien, die uns vom Landesernährungsamte gegeben worden sind. Daß bei dieser Verteilung hier und da eine gewisse Ungleichheit vorkommen kann, gebe ich zu, und ich möchte bitten, vorkommendenfalls uns derartige Fälle mitzuteilen, damit wir nachforschen können, worauf das zurückzuführen ist. Wenn Abhilfe geschaffen werden kann, werden wir selbstverständlich dafür sorgen, daß es geschieht. Eine gewisse Ungleichheit kann auch dadurch herbeigeführt werden, wie eben Herr Bartels erwähnte, daß ein Arbeiter zufällig mehrmals hintereinander eine Zuschlagskarte für eine Steckrübenwoche bekommt. Das ist allerdings sehr unangenehm, aber in erster Linie ist der Arbeitgeber derjenige, der hier Abhilfe schaffen kann. Wo aber ein Eingreifen von unserer Seite sich als notwendig erweist, möchte ich bitten, mir darüber Mitteilung zu machen.

**Stadt v. Rector:** Es wird in der Bevölkerung sehr schwer empfunden werden, daß das geringe Quantum Brot, das bisher gegeben wird, noch verkürzt werden soll. Es läßt sich dagegen ja nichts machen, aber ich möchte doch anfragen, ob es nicht möglich ist, Hilfe in der Weise zu schaffen, daß Hülsenfrüchte zum Verkauf gebracht werden. Die H ü l s e n f r ü c h t e sind ganz vom Markte verschwunden; weder Erbsen noch Bohnen gibt es mehr.

Weiter möchte ich fragen, ob die Anlieferung von Kartoffeln für die folgende Zeit sichergestellt ist und nicht die Gefahr vorliegt, daß auch ihr Bezug noch weiter verkürzt wird.

**Stadttrat von Franckenberg:** Die Hülfsfrüchte sind bekanntlich beschlagnahmt und eigenen Bestand davon hat die Stadt nicht. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß uns vom Landesernährungsamte im Laufe des nächsten Monats Hülfsfrüchte aus der Rücklage des Landesernährungsamtes überwiesen werden. Hier und da ist schon zur Förderung der Stadt- und Kriegsküchen ein derartiges Zugeständnis gemacht, und ich hoffe, der Magistrat wird, wie es im vergangenen Monate geschehen ist, auch im nächsten Monate einen derartigen Wunsch des Herrn Rector wohl befriedigen können.

**Stadtbourat Gebensleben:** Auf die Anfrage des Herrn Rector habe ich folgendes zu erwidern: Nach den Anordnungen des Kriegsernährungsamtes soll keine weitere Einschränkung der Kartoffelration stattfinden, im Gegenteil, es soll die Menge, die auf den Kopf der Bevölkerung fällt, vom 16. April d. J. ab erhöht werden, und zwar, wie Ihnen wohl bekannt ist, auf 5 Pfund. Ob diese Menge tatsächlich in den nächsten Wochen verteilt werden kann, entzieht sich noch meiner Beurteilung; jedenfalls soll es geschehen, wenn es irgend möglich ist. Nun ist aber reichsseitig, soweit mir bekannt, die Stadt Braunschweig in der Versorgung mit Kartoffeln auf unser Herzogtum angewiesen, von preussischen Bezirken werden wir also wohl Kartoffeln nicht hereinbekommen. Die Landeskartoffelstelle muß es sich jetzt zur Aufgabe machen, so viel Kartoffeln vom Lande in die Stadt hineinzubekommen, daß wir in der Stadt 5 Pfund auf den Kopf verteilen können. Ich will wünschen, daß die Lösung dieser Aufgabe der Landeskartoffelstelle gelingt.

**Stadtv. Bunge:** Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch eine andere Frage anschneiden, das ist die Versorgung unserer Einwohner mit *Saatkartoffeln*. Vielleicht kann uns der Herr Stadtbourat Auskunft darüber geben. Alle Leute, die man über diese Frage hört, sind darüber verwundert, daß sie noch keine Nachricht bekommen haben über die Anlieferung der Pflanzkartoffeln, die sie bei der Stadt bestellt haben. Viele dieser Besteller fürchten, daß es am Ende gar keine Pflanzkartoffeln geben wird, und es wäre bedauerlich, wenn diese Befürchtung zutreffend sein sollte, denn der größte Teil unserer Bevölkerung stützt sich darauf, daß er die Pflanzkartoffeln von der Stadt bekommt, die er nötig hat, um die gepachteten Ländereien zu bestellen. Ich möchte bitten, darüber hier eine Auskunft zu geben.

**Stadtbourat Gebensleben:** Es ist selbstverständlich, daß diese Frage von außerordentlicher Bedeutung ist, und ich habe schon häufig und lange darüber nachgedacht, denn ebenso wie dem Herrn Stadtv. Bunge ist es auch mir zu Ohren gekommen, daß unter Umständen die Saatkartoffeln, die wir bei der Landwirt-



schafstkammer bestellt haben, nicht in vollem Umfange hereinkommen werden. Ich habe mich wiederholt mit der Landwirtschaftskammer, dem Herrn Landesökonomierat Dr. Pommer, in Verbindung gesetzt. Er hat mir allerdings noch keine sichere Gewähr dafür geben können, daß die Saatkartoffeln, insbesondere die Frühkartoffeln, in voller Menge hereinkommen werden, aber er hat andererseits auch erklärt, es wäre nicht ausgeschlossen, daß wir sie doch ganz oder zum größten Teile hereinkommen. Wenn sie bislang noch nicht geliefert sind, so liegt das meiner Meinung nach an der ungünstigen Witterung. Die Kartoffeln sollen aus der Provinz Posen kommen, und Sie werden in den Zeitungen gelesen haben, daß in Posen noch in den letzten Tagen Frostwetter von 12—18° C. geherrscht habe. Es ist selbstverständlich, daß man bei einer solchen Temperatur keine Saatkartoffeln befördern kann, sondern daß wir uns noch etwas gedulden müssen. So hoffe ich, daß sie noch zum größten Teile eintreffen werden; nichtsdestoweniger habe ich aber doch Vorsorge getroffen, daß wenigstens ein großer Teil von Saatkartoffeln — es handelt sich dabei um die späten Sorten — ohnedies sichergestellt ist; und zwar habe ich das dadurch zu erreichen gesucht, daß ich hier an Ort und Stelle größere Mengen geeigneter Kartoffeln habe auslesen lassen, und daß ich außerdem 600 Zentner Saatkartoffeln aus dem Kreise Helmstedt von Herrn Ökonomierat Vibrans aufgekauft habe. Ich hoffe, auf diese Weise einen ziemlich großen Teil des nötigen Saatgutes sichergestellt zu haben; wenn wenigstens die gute Hälfte von Posen hereinkommt, so glaube ich doch, daß ich den gesamten Bedarf an Saatkartoffeln, soweit er bei uns bestellt ist, demnächst verteilen kann.

**Vorsigender:** Anderweite Vorschläge, als sie vom Magistrat gemacht sind, liegen nicht vor. Ich frage die Versammlung, ob sie mit den Vorschlägen des Magistrats sich einverstanden erklären will, sich also gutachtlich dahin äußern will, daß die Verteilung der zur Verfügung stehenden geringeren Mehls- und Brotmenge, wie sie in der Vorlage aufgeführt ist, als angemessen anerkannt wird. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die überwiegende Mehrheit.

### 3. Gewährung einer Fleischzulage für die Bevölkerung.

Stadtv. Dr. **Vandauer:** Das Schreiben, das der Magistrat in dieser Angelegenheit an die Stadtverordneten gerichtet hat, lautet folgendermaßen:

„Vom Montag, den 16. April d. J., ab soll in ganz Deutschland die Bevölkerung (mit Ausnahme der Fleischselbstversorger) als Ausgleich für die Kürzung der Brotration eine Fleischzulage erhalten, die 250 g für den Kopf und die Woche,

für Kinder bis zu 6 Jahren jedoch nur 125 g beträgt. Die Ausgabe dieser Fleischzulage hat auf Grund einer kommunalen Fleischkarte, die lediglich im Stadtbezirke Geltung hat, zu erfolgen; die Einteilung dieser Zulagenkarte in Zehntelabschnitte kann unterbleiben.

Wir glauben, daß die Einteilung der ganzen Zulagekarte in zwei Abschnitte über je 125 g genügen wird, während für die Kinderzulagekarten eine Einteilung in Abschnitte nicht nötig sein dürfte, denn unter den heutigen Verhältnissen wird die Wochenfleischration wohl in der Regel auf einmal eingekauft.

Reich und Staat werden den Kommunalverbänden einen Betrag von 70 Pf. wöchentlich auf den Kopf der mit Fleischzulage zu berücksichtigenden Bevölkerung überweisen, damit die Fleischzulage zu einem wesentlich billigeren Preise abgegeben werden kann als die auf Reichsfleischkarte zu verabsolgende Stammration. Die Verbilligung der Fleischzulage hat den Zweck, vor allem der minderbemittelten Bevölkerung eine Verteuerung ihrer Lebenshaltung nach Möglichkeit zu ersparen. Es ist aber den Kommunalverbänden freigestellt, die Preisminde- rung für die Fleischzulage nicht auf den Kreis der Minderbemittelten zu be- schränken, sondern allgemein eintreten zu lassen.

Die von uns gehörte Preisprüfungsstelle hat sich dahin ausgesprochen, daß alle Haushaltungen, deren Vorstand sich zur Steuer mit einem Einkommen von nicht mehr als 5000 M eingeschätzt hat, zu den Minderbemittelten unter den heutigen Verhältnissen gerechnet werden können, daß aber bei höherem Ein- kommen eine Verbilligung der Fleischzulage nicht gerechtfertigt sein würde. Eine genaue Prüfung der Einkommenverhältnisse wird bei der Kürze der zu Gebote stehenden Zeit allerdings nicht möglich sein, zumal die Neuveranlagung zur Ein- kommensteuer noch nicht durchgeführt ist und die Veranlagung für das vorige Rechnungsjahr vielfach keine zuverlässige Grundlage mehr bilden kann. Die Preisprüfungsstelle meint, man könne sich damit behelfen, daß diejenigen Haus- haltungen, welche die Preisermäßigung in Anspruch nehmen wollen, öffentlich aufgefordert werden, sich bei dem Fleischer, in dessen Kundenliste sie eingetragen stehen, in eine Liste einzuzichnen, und daß man sich mit einer summarischen Nach- prüfung dieser Listen begnüge. Die als minderbemittelt anerkannten würden dann Zulagekarten besonderer Art ausgehändigt erhalten.

Die praktische Durchführung der Preisverbilligung für die Fleischzulage denken wir uns so, daß die Fleischereien gegen Ablieferung der besonderen Zu- lagekarten für Minderbemittelte die entsprechenden Fleischmengen zu den durch Bekanntmachung und Aushang in allen Verkaufsstellen zu veröffentlichen geringeren Preisen verabsolgen und von uns nach Schluß jeder Kalenderwoche auf Grund der abzuliefernden Zulagekarten den entsprechenden Preisunterschied vergütet erhalten.

An die geehrten Herren richten wir das ergebenste Ersuchen, sich über die in Aussicht genommenen Maßnahmen gutachtlich zu äußern."

Über diese Vorlage hat in der Statutenkommission eine eingehende Beratung stattgefunden, und das Ergebnis der Besprechung ist dahin gegangen, daß — so freudig es zu begrüßen wäre, wenn die Minderbemittelten die Fleischzulage zu einem billigeren Preise bekämen als die Wohlhabenderen — doch aus praktischen Gründen von dieser Maßnahme kein Gebrauch gemacht werden möge. Zunächst ist die Frage gestellt, ob die Grenze von 5000 *M* steuerpflichtigem Einkommen die richtige sei. Ein Unverheirateter, der 4500 *M* Einkommen habe, sei wesentlich besser gestellt als ein Verheirateter mit vielen Kindern, der 5500 *M* Einkommen hat. Außerdem wurde geltend gemacht, daß es Betriebe gebe, wie z. B. ein Hotel, das zahlreiche Angestellte zu beschäftigen hat und das während des Krieges gar keinen Ertrag abwirft. Sodann ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Haushaltungen, deren Vorstand sich zu einem Einkommen von über 5000 *M* eingeschätzt hat, verhältnismäßig gering ist: sie beträgt nur etwa 2000—3000. Außerdem würde die Aufstellung neuer Listen stattfinden müssen, was umständlich sei und die Einstellung neuer Arbeitskräfte erfordere. Aus allen diesen Gründen ist die Statutenkommission zu der Ansicht gekommen, daß man von einem Unterschiede zwischen Minderbemittelten und Wohlhabenden absehen möge. Mit dieser Änderung empfiehlt Ihnen die Kommission, sich mit dem Vorschlage des Stadtmagistrats in einer gutachtlichen Äußerung einverstanden zu erklären.

**Stadtv. Diedmann:** Diese Fleischzulage soll ein Pflaster darstellen für die durch die eben verhandelte Vorlage entgangenen 300 g Brot, doch ist etwas Schmerzhaftes in dem Vorschlage enthalten, indem gesagt wird, daß diejenigen, die als Selbstversorger angesehen werden, nicht bei der Fleischzulage berücksichtigt werden sollen. Nun sind doch aber die Selbstversorger diejenigen, die seinerzeit das getan haben, was die Regierung wünschte, nämlich sie haben sich mit vieler Mühe und Not ein Schwein großgezogen und haben das Risiko für die Mästung lange Zeit getragen. Bei dem Futter, das zur Verfügung stand, mußte man damit rechnen, daß die Mästung die doppelte, ja noch längere Zeit in Anspruch nehmen würde, als in Friedenszeiten, wo gutes Kernfutter zur Verfügung stand. Die Selbstversorger haben die Kosten, Mühe und Arbeit gehabt, sie haben den Lohn dafür bekommen, indem ihnen die doppelte Menge Fleisch zugewiesen wurde, die sonst jedem anderen Sterblichen zustand, nämlich statt eines halben Pfundes Fleisch wöchentlich ein ganzes Pfund. Nun mit einem Male sollen diejenigen, die das getan haben, was die Regierung wünschte, nämlich den Magistrat sozusagen von der Fleischversorgung der Einwohnerschaft zu entlasten, bestraft werden da-

durch, daß ihnen diese Fleischzulage, wie sie jetzt gewährt wird, genommen wird. Das halte ich für eine große Härte. Es könnte auch einmal wieder eine Zeit kommen, wo die Regierung und der Magistrat an die Bevölkerung appelliert und sagt: „Ihr müßt uns unterstützen; jekt euch Schweine hin und helfst uns bei der Produktion von Fleisch!“ Dann müßte dem Magistrat der Vorhalt gemacht werden: „Dann geht es uns wie damals, als den Selbstversorgern die Zulage genommen wurde!“ Es ist festgestellt, daß genügend Fleisch vorhanden ist, um dieses eine Pfund auch den Selbstversorgern geben zu können. Nun bitte ich: Nehmen Sie diese Härte aus den Bestimmungen heraus, daß diese Zulage den Selbstversorgern versagt werden soll, und billigen Sie den Selbstversorgern dasselbe zu, was den anderen Sterblichen zusteht.

**Stadtrat Wagner:** Wir haben überschläglich ermittelt, wieviel „bemittelte“ Personen, die sich für das neue Rechnungsjahr mit mehr als 5000 *M* Einkommen zur Steuer eingeschätzt haben und darnach bei der Zubuße zu dem Preise für die Fleischzulage nicht in Betracht kommen würden, hier vorhanden sind, und sind dabei zu ungefähr 5 Prozent der ganzen hiesigen Bevölkerung gelangt. Es ist das nur eine gegriffene Zahl; genaue Unterlagen konnten wir bei der Kürze der Zeit unserer Ermittlung nicht zugrunde legen. Sie werden aber aus dieser Angabe ersehen, daß den Minderbemittelten, wenn man die Preisermäßigung für die Bemittelten nicht zugestehen würde, nur eine weitere Verbilligung von ungefähr 5 Prozent, also nur eine solche in unbedeutendem Maße zuteil werden könnte. Während die Ermäßigung bei Berücksichtigung aller Einwohner 70 Pf. wöchentlich betragen würde, würde sie, wenn man die Bemittelten ausschaltete, bei einer ganzen Wochenration 73 bis 75 Pf. und bei einer halben Ration vielleicht 36½—37½ — statt 35 — Pfennig betragen. Da nun unter allen Umständen die Verhältnisse rechtzeitig geordnet sein müssen, wenn am 16. April die Verteilung der Fleischzuschläge erfolgen soll, so haben wir geglaubt, die außerordentlich schwierigen Vorarbeiten der Trennung der Bemittelten und Unbemittelten unterlassen zu können, und die gewisse Ungerechtigkeit, daß auch die Bemittelten zu billigerem Preise die Fleischzulage erhalten, mit in Kauf nehmen zu müssen, insbesondere auch in der Erwägung, daß die Bemittelten in der Hauptsache die Steuerlast zu tragen haben. Wenn man Bemittelte und Unbemittelte unterscheiden wollte, müßten verschiedene Karten ausgegeben werden, und es müßte darauf gesehen werden, daß eine Fälschung unmöglich gemacht wird, denn der Reiz zu einer solchen wäre immerhin vorhanden.

Nun ist es allerdings nicht richtig, daß die Selbstversorger bei dieser Maßnahme einer Fleischzulage durchweg unberücksichtigt bleiben sollen, aber es ist von Reichs wegen für ganz Deutschland streng angeordnet, daß die Selbstversorger

von dieser Zulage auszuschließen sind, weil sie dasjenige an Fleisch, was die Allgemeinheit der Bevölkerung jetzt während der Herabsetzung der Brotration vorübergehend mehr erhalten soll, das ganze Jahr schon sowieso erhalten haben. Herr Diekmann sagt, es sollte das wohl der Lohn für die Mühe sein, die sich die Selbstversorger mit der Mästung der Schweine gegeben haben. Nun, ich kenne sehr viele Selbstversorger, die ihre Balkonschweine, oder wie Sie sie sonst nennen wollen, allerdings gemästet haben, aber durch irgend welche Leute, die sich der niederen Arbeiten beim Mästen angenommen haben, während diese Selbstversorger weiter nichts zu schaffen hatten, als sich die Futterkarten ausstellen zu lassen und herzugeben. Das ist ein so großes Verdienst nicht, um dafür jetzt noch eine besondere Zulage verlangen zu können. Die ganze Fleischzulage ist eine Notmaßnahme des Reiches, die dazu dienen soll, daß das, was in der Volksernährung als normale Ration gegolten hat, nicht auf ein noch geringeres Maß herabgesetzt wird, und da man den Selbstversorgern in der Regel den Bezug der doppelten Ration gewährt hat, so war jetzt für sie eine Festsetzung der doppelten Ration für ihre Ernährung nicht mehr erforderlich.

Es ist sogar hervorgehoben — und ich habe mich durch Rückfrage darnach noch besonders erkundigt —, daß auch diejenigen Selbstversorger, die sich nicht ganz mit dem Eingeschlachteten gedeckt haben, sondern nebenbei noch Fleischkarten behalten haben, um dafür frische Ware beim Schlachter kaufen zu können, auf diese Fleischkarten, die sie noch zur Verfügung haben, die Reichsfleischzulage nicht erhalten sollen. (Zuruf: „Manu!“ und Bewegung.) Es schien mir das eigenartig, weil der Betreffende, soweit er auf Fleischkarten sich versorgt, nicht die doppelte Ration bekommt, und er sich tatsächlich während dieser drei Monate schlechter stehen würde als andere. Denn während derjenige, der nicht zu den Selbstversorgern gehört, für die drei Monate 1 Pfund Fleisch beziehen könnte, würde derjenige, der sich zur Hälfte selbst versorgt und die Hälfte seiner Fleischkarten behalten hat, wöchentlich nur  $\frac{3}{4}$  Pfund Fleisch zur Verfügung haben. Aber der Herr aus dem Ministerium, der den Verhandlungen in Berlin beigewohnt hat, hat mir mitgeteilt, daß von einer Maßnahme, die so etwas verhindern könnte, nicht die Rede gewesen ist. Die ganzen Selbstversorger sollten von der Fleischzulage ausgeschlossen sein, und die ganze Verteilungsberechnung für das Schlachtvieh im deutschen Reiche wäre darnach eingerichtet, daß auch diese halben Selbstversorger abgerechnet sind.

Wir bekommen nicht mehr Schlachtvieh zugeteilt, als darnach für uns berechnet ist, und wir könnten selbst dann, wenn die Maßnahme von Reich wegen nicht ganz richtig angeordnet wäre, die Versorgung der Selbstversorger mit der Reichsfleischzulage aus dem uns zuzuteilenden Schlachtvieh nicht fertigbringen. Es würde also, wenn man den Ausdrücken des Herrn Diekmann sich anschließen

soll, für einen Teil der Selbstversorger allerdings eine gewisse Bestrafung eintreten. Das sind Unvollkommenheiten, die man bei derartigen sehr eilig ausgearbeiteten Maßnahmen des Reiches mit in Kauf nehmen muß; jedenfalls sind wir dagegen machtlos. Wenn wir das Fleisch nicht haben, können wir die Zulage nicht geben.

Es wird übrigens in einer Besprechung im Ministerium die Angelegenheit nochmals von mir zur Sprache gebracht werden. Ich will dabei versuchen, ob ich für diejenigen Selbstversorger, die noch einen Teil ihrer Fleischkarten besitzen, etwas erreichen kann. Die würden natürlich die Fleischzulage im günstigen Falle nur so weit bekommen können, wie sie noch Karten im Besitz haben; aber ich bezweifle, daß es mir gelingen wird, etwas für sie zu erreichen.

**Stadtv. Loeßhigt:** Ich möchte bitten, die Bundesratsverordnung, die nicht jedem von uns zugänglich ist, zu verlesen. Sie muß doch am Magistratsstische vorhanden sein.

**Stadtrat Wagner:** Eine Bundesratsverordnung liegt nicht vor, sondern ein Schreiben des Kriegsernährungsamts an sämtliche Kommunalverbände, das uns direkt, nicht durch Vermittlung des Ministeriums, zugesandt ist. Darin heißt es: „Als Ersatz soll für alle Verbraucher ausschließlich der Selbstversorger eine Fleischzulage gewährt werden, die 250 g für den Kopf und die Woche, für Kinder bis zu 6 Jahren 125 g beträgt.“

Es ist dann in den ganzen weiteren Auseinandersetzungen, soweit ich mich erinnern kann, auf die Selbstversorger nicht weiter eingegangen, es ist aber in einem Schreiben des Ministeriums ausgeführt:

„Eine Erhöhung der den Selbstversorgern zustehenden Wochenfleischmenge soll nicht erfolgen. Es ist darauf Bedacht zu nehmen, daß Selbstversorger, denen nach § 10 Abs. 2 der Bundesratsverordnung vom 21. August 1916 (das ist die Reichsfleischverordnung) ein Anspruch auf Fleischkarten zusteht, von diesem Anspruch während der Zeit der Belieferung der versorgungsberechtigten Bevölkerung mit einer erhöhten Fleischmenge nicht in stärkerem Maße als bisher Gebrauch machen können.“

Nun habe ich mich erkundigt, was dies heißen soll. Soll das heißen, daß die betreffenden Personen nicht mehr Fleischkarten für diese drei Monate in Anspruch nehmen sollen, als sie nach ihrer früheren Entschliebung angefordert haben, oder soll es heißen, daß sie für die angeforderten Fleischkarten keine Zulage erhalten sollen. Darauf ist mir erklärt: Den Wortlaut haben wir aus der uns von Reich wegen zugegangenen Anweisung abgeschrieben; eine Erläuterung haben wir nicht bekommen, aber unser Dezernent hat aus den Verhandlungen in Berlin die ganz

bestimmte Überzeugung mitgenommen: Alle Selbstversorger, einerlei, ob sie Fleischkarten haben oder nicht, werden bei der staatlichen Sonder-Fleischverteilung nicht berücksichtigt; für die soll die Zulage nicht erfolgen.

Ich werde in der Sitzung des Ministeriums die Sache noch einmal zur Sprache bringen, weil es mir selbst hart erscheint, daß diejenigen, die sich nur zum Teil selbst versorgt und daher zum Teil Fleischkarten behalten haben, bei der Fleischzulage nicht berücksichtigt werden sollen. Ich will sehen, was ich erreichen kann. In dieser Sache müssen wir uns einfach fügen und uns damit trösten, daß die Selbstversorger neun Monate lang mehr Fleisch haben als die übrigen und deshalb vielleicht während dreier Monate mit etwas weniger auskommen können.

**Stadtv. Loeßhigt:** Aus den Ausführungen des Herrn Stadtrat Wagner sehen wir, daß die Behörde sich nicht darüber klar gewesen ist, wie die Bundesratsverordnung ausgeführt werden soll, und bei solch einschneidenden Fragen müßte doch wenigstens von oben herunter Klarheit herrschen. Bei unserer Gesetzgebung werden doch Ausführungsbestimmungen erlassen; wo sind sie?

Der Herr Stadtrat Wagner sagt, es hätte nicht viel Mühe gekostet, wenn jemand ein Pensionsschwein auf dem Balkon gehabt habe. Von solchen Pensionsschweinen, die der Besitzer nicht selber fett gemacht hat, wollen wir doch in dieser ernstesten Zeit absehen. Ich erinnere daran, daß uns gesagt ist: „Schafft euch selbst Fleisch und entlastet die Behörden dadurch!“ Jeder hat getan, was in seinen Kräften stand, und meine Arbeiter, die zur Hälfte an den Schweinen partizipiert haben, haben ihre Karten auch hergegeben. Für die Karten, die wir abgegeben haben, haben wir 500 g Fleisch angerechnet bekommen. Jetzt sollen sie sagen: „Wir haben damals mehr bekommen, jetzt liefert uns der Magistrat die Reichsfleischzulage nicht!“

Für diese Hälfte der Karten kann der Magistrat von der Reichsverteilungsstelle sein Fleisch beanspruchen. Der Magistrat als solcher hat mir als einem Selbstversorger kein Pfund Fleisch geliefert, sondern hat mir nur die Karten weggenommen. Es ist doch ein Unrecht, wenn ich heute, wo der Zuschlag kommen soll, nicht mindestens auf die Karten, die noch in meinem Besitz sind (4½ Karten hatte ich, 3 davon habe ich abgegeben), den Zuschlag bekommen soll. Dem Manne, der eingeschachtet hat, werden 300 g Brot entzogen, und wenn er von seinen drei Karten noch eine hat, soll er trotzdem keinen Zuschlag bekommen? Das muß einem doch das einfache Rechtsgefühl sagen, daß das nicht angehen kann. Das Vertrauen zu unserer Regierung habe ich noch, daß sie solche ungerechte Maßnahmen für uns nicht schaffen will, und ehe ich nicht direkt weiß, daß es wirklich die klare Bestimmung von oben ist, eher glaube ich nicht, daß eine solche Bestimmung erlassen ist.

Wer rechnen kann, muß sich doch selbst sagen, daß die Selbstversorger schlechter bei einer solchen Handhabung wegkommen würden. Wir sollen uns einschränken — gut, das wollen wir tun, soweit es möglich ist. Aber weil wir eingeschachtet haben, sollen wir von der Reichsfleischzulage nichts bekommen? Das kann ich nicht einsehen. Auch jemand, der eine, zwei oder drei Karten zurückbehalten hat, soll, wie der Herr Stadtrat sagt, darauf auch keinen Zuschlag bekommen? Die Karten werden sogar eingezogen. Ich glaube, wir brauchen gar keine Worte weiter darüber zu verlieren, denn wer nur ein bißchen Rechtsgefühl hat, muß sagen: Wenn so etwas von oben geschieht, dann wäre das ein kolossales Unrecht für die ganzen Bewohner des deutschen Reiches. Der Herr Stadtrat Wagner weiß, daß es nicht nur Balkonschweine sind, die hier als Schlachtgut in Frage kommen, sondern daß der größte Teil der Schweine von den kleinen Leuten geschlachtet ist. Und daß hier in der Stadt viel geschlachtet ist, weiß der Herr Stadtrat auch, und dadurch ist der Stadtmagistrat für die Fleischversorgung der Stadt entlastet worden.

Herr Stadtrat Wagner sagt: Nun, wir müssen solche Unvollkommenheiten in Kauf nehmen. Ich nehme alles in Kauf, was alle gleichmäßig tragen müssen, und spreche nicht pro domo, aber die Arbeiter, die ihre Fleischkarten abgegeben haben, die sollen deswegen nicht gestraft werden. Hat der Arbeiter doch schon 300 g Brot in jeder Woche weniger und soll nun auch nicht auf eine seiner Fleischkarten etwas Fleischzuschlag bekommen. Das kann ich nicht glauben.

Es wird uns zwar gesagt, die Selbstversorger haben das Doppelte bekommen. Ganz richtig, aber wir haben das Doppelte nicht unserer schönen Augen wegen bekommen, sondern als Anerkennung für unsere Mühe und Arbeit, dafür hat der Selbstversorger das Doppelte bekommen, weil er sich selbst versorgt und den Magistrat entlastet hat. Wenn ich das gewußt hätte, daß ich bestraft werden würde dafür, daß ich den Magistrat, wie Herr Diekmann schon gesagt hat, entlastet habe und das teure Schweinefleisch mir anschaffte, dann hätte ich davon abgesehen. Sie wissen alle: Den Selbstversorger kostet das Schweinefleisch mehr Geld als das, was wir heute auf Fleischkarte kaufen können, und auch mit darum sind uns damals die 250 g extra zugesagt, so daß wir das doppelte Quantum bekamen wie diejenigen, die sich nicht selbst versorgt haben.

In den Zeiten vorher bekam der Selbstversorger das halbe Schwein ganz frei, auch wenn es 400 Pfund wog, und erst für das andere Fleisch mußte er so- und so viel Karten abgeben, wie er Fleisch von dem Schweine behalten wollte. Später wurde das Verfahren geändert, und jetzt ist der Dank vom Hause Österreich da, indem es heute heißt: Hast du noch eine oder 1½ Karten gerettet, so mußt du womöglich noch von deinem Eingeschlachteten abgeben. Das kann ich nicht glauben und kann es nicht fassen und nach dem Rechtsgefühl, wie es in mir lebt,



muß ich mir sagen: Es wäre ein Hohnsprechen auf die Gerechtigkeit, wenn ein Arbeiter, der sein schweres Geld hingelegt hat, um als Selbstversorger auftreten zu können, durch die Stadt nichts von der Reichsfleischzulage bekommen sollte, und jetzt gesagt werden sollte: Zur Strafe, weil du selbst geschlachtet hast, bekommst du nichts von der Reichsfleischzulage und 300 g Brot weniger. Alle Leute, die so etwas vorher gewußt hätten, würden gesagt haben: „Gut, der Magistrat hat uns zu versorgen, wir werden uns hüten, uns selbst zu versorgen.“

Stadtrat **Wagner**: Herr Loeßhigt hat wiederholt lobend hervorgehoben, daß die Selbstversorger den Magistrat entlastet hätten. Das muß ich richtigstellen: Kein Selbstversorger hat den M a g i s t r a t entlastet. Wenn die Betreffenden sich nicht selbst versorgt hätten, dann hätte die Regierung uns mehr Fleisch zuweisen müssen, und es wäre keine Mehrleistung für uns gewesen, wenn wir dann mehr Schweine hätten verteilen müssen. Wir unsererseits brauchten das Entgegenkommen der Selbstversorger nicht, wenn es auch für die Allgemeinheit und besonders für die Selbstversorger seine Vorteile hatte.

Nun ist die Frage: Wie steht es mit den Arbeitern, die Herr Loeßhigt anführte? Es ist mir nicht klar geworden, was er damit meinte. Er sprach von seinen Arbeitern. Es ist den gewerblichen Unternehmen freigestellt, zur Versorgung ihrer Angestellten und Arbeiter Schweine zu mästen und diese von ihnen selbst gemästeten Schweine an die bei ihnen tätigen Angestellten und Arbeiter zur erhöhten Ration der Selbstversorger abzugeben. Ich weiß nicht, ob das so auch bei Herrn Loeßhigt gehandhabt ist, bei größeren Fabrikunternehmen liegt es so. In diesen Fällen sind die Arbeiter keine „Selbstversorger“, denn sie haben sich kein Schwein selbst gemästet und haben nicht selbst eingeschlachtet. Deshalb würden sie auch von dieser Einschränkung in keiner Weise berührt werden. Wenn dagegen der w i r k l i c h e Selbstversorger Fleischkarten behalten hat, meist nur aus dem Grunde, weil er nicht nur von dem Eingeschlachteten leben wollte, sondern sich noch frisches Fleisch verschaffen wollte, so würde die Frage entstehen, ob er die Reichsfleischzulage haben soll. Wenn die Auffassung des Staatsministeriums zutreffen sollte, die ich persönlich auch nicht für richtig halte, so würde er sich ungünstiger stehen als andere.

Ich habe bereits zugesagt, daß ich in der Sitzung des Ministeriums diesen Punkt zur Sprache bringen werde. Wenn sich dabei nichts erreichen läßt, so müssen wir uns fügen und uns damit getrösten, daß bei der außerordentlichen Schnelligkeit, mit der diese Maßnahme in Berlin verfügt werden mußte und hier hat vorbereitet werden müssen, damit sie rechtzeitig am 16. April durchgeführt werden kann, es begreiflich ist, daß solche Schönheitsfehler vorkommen. Es werden aber verhältnismäßig sehr wenig Leute von diesem Fehler betroffen, so daß

der Mangel verhältnismäßig unbedeutend ist, denn im allgemeinen haben sich die Selbstversorger darauf beschränkt, von den vielleicht vier Karten, die sie besaßen, nur eine zu behalten und für drei Fleischkarten die Rechte der Selbstversorger zu erwerben, so daß sie damit schon fast das Doppelte erhalten haben. Also so groß ist für die Selbstversorger der Verlust nicht.

Dann hat Herr Loeschigt erklärt, es wäre zuerst die erste Hälfte des Schweines ganz frei gelassen und von der anderen Hälfte nur die allgemeine Ration angerechnet. Auch das ist unrichtig. Von uns ist von vornherein, wie von Seiten des Kriegsernährungsamtes als richtig anerkannt ist, nicht die erste Hälfte des Schweines freigelassen, sondern immer nur auf jede Fleischkarte die doppelte Ration zuerkannt. Darauf ist eine Verfügung des Ministeriums gekommen, die uns trotz unserer gegenteiligen Ausführungen genötigt hat, es so zu machen, wie Herr Loeschigt sagte. Bald darnach aber kam eine Ausführungsbestimmung des Kriegsernährungsamtes, wonach sich ergab, daß unsere Auffassung die richtige war, und so haben wir allerdings wenige Wochen nach Anweisung des Ministeriums anders verfahren, sind aber sofort wieder zu dem einzig richtigen und gerechten Verfahren zurückgekehrt.

**Stadtv. Damföbler:** Ich kann mich den Ausführungen der Herren Loeschigt und Diekmann nur anschließen. Eine große Anzahl der Einwohner der Stadt Braunschweig hat sich seit langen Monaten der großen Mühe und Arbeit unterzogen, selbst Schweine zu mästen, selbst die besten Räume haben dazu herhalten müssen, um das Schwein zu beherbergen. Um uns in unserer Ansicht zu bestärken, kommt hinzu, daß von authentischen Seiten verschiedentlich hervorgehoben und ausgeführt ist, daß genügend Fleisch vorhanden ist. Ich sehe nicht ein, weshalb diese Zuwendung nur für einen großen Teil der Bevölkerung gelten und nicht auch dem anderen Bruchteile der Bevölkerung dieselbe Fleischzulage zugewendet werden soll. Es ist jetzt die Möglichkeit gegeben, daß die Selbstversorger auch einmal anderes Fleisch zu ihrem gewohnten Schweinefleisch hinzubekommen. Schweinefleisch ist ja eine sehr schöne Sache, das haben wir in diesen schweren Zeiten erst recht kennengelernt. Viele Menschen, die früher gegenüber diesem Vorstentier sich ablehnend verhalten haben, sehen jetzt ein, welch ein unentbehrliches Tier es ist, um die menschliche Ernährung zu gewährleisten, ja, man hat verschiedentlich gehört: „Nicht mehr der Löwe ist der König der Tiere, sondern das Schwein.“ Die Selbstversorger haben beim Schlachten ihres Schweines eine entsprechende Anzahl von Fleischkarten abgeben müssen, und viele Familien haben sogar ihre ganzen Fleischkarten hergegeben, so daß sie nicht die Möglichkeit haben, ein Stück anderes Fleisch zu bekommen. Das würde durch die Zuwendung der Fleischzulage, die selbstverständlich auch ihnen zuteil werden sollte, gemildert werden. Jeden-

falls würde es in der Einwohnerschaft mit großer Freude begrüßt werden, wenn es gelänge, auch ihnen die Zulage zugänglich zu machen. Meine Herren, seien Sie gerecht, und stimmen Sie dafür, daß den Selbstversorgern das gleiche Recht gewährt wird wie den anderen Einwohnern.

**Stadtv. Diedmann:** Ich habe seinerzeit auch die Auslassungen von Batocki aufmerksam gelesen, nicht etwa deshalb, weil ich Selbstversorger wäre, denn ich bin keiner, sondern weil ich Interesse dafür hatte. Ich habe kein Interesse für Mäster von sogenannten Balkonschweinen, und es wäre mir nicht eingefallen, deswegen heute ein Wort über die Sache zu verlieren. Diejenigen, die auf dem Balkon ihr Schwein gemästet haben, mögen sehen, wie sie auf ihre Kosten kommen. Ich spreche lediglich für diejenigen, die Mühe und Arbeit an die Mästung ihres Schweines aufgewendet haben, und es ist wert, daß man sich darüber unterhält und für sie eintritt.

Der Magistrat hatte sich an sämtliche größeren Betriebe in der Stadt gewandt und sie aufgefordert, Schweine hinzusetzen, wenigstens sechs Wochen, damit sie für ihre Arbeiter, die als Selbstversorger angesehen werden sollten, geschlachtet werden könnten. Ich möchte einmal die Arbeiter hören, wenn man ihnen jetzt sagt: „Ihr seid Selbstversorger, ihr bekommt an Stelle der euch entgehenden 300 g Brot nichts.“ Das würde jedenfalls einen Skandal geben.

Es ist ja auch widersinnig, so zu verfahren, und klar geht aus der Verordnung hervor, daß, wenn für 5 Personen aus einem Haushalt ein Schwein geschlachtet ist und für 3 Personen die Karten hergegeben sind, für die übrigen beiden Karten der gewöhnliche Fleischbezug weitergeht. Jetzt aber soll für die zwei Karten nicht die Fleischzulage gegeben werden, und die Inhaber der zurückbehaltenen Karten sollen büßen dafür, daß die drei Vorräte haben. Es ist widersinnig, daß diejenigen, die man in der Magistratsliste nicht als Selbstversorger ansieht, hier als Selbstversorger angesehen werden sollen.

Wie die Herren vielleicht wissen, arbeite ich für die Gewerkschaft Mansfeld. Wenn denen, die dadurch versorgt werden, gesagt würde: „Ihr habt den Genuß gehabt, das doppelte Quantum schon in früheren Wochen zu bekommen; ihr könnt wohl satt davon werden, wenn ihr dann denkt, wie gut es euch geschmeckt hat!“ Ja, meine Herren, diejenigen, die Selbstversorger sind, werden auch von der ihnen damals gewährten doppelten Menge nicht satt, denn sie haben erhebliche Gewichtsverluste, und es scheint nicht bekannt zu sein, wie hoch diese sich belaufen. Die Herren wissen, daß ich ihnen das vorgerechnet habe, als ich dafür eintrat, daß nicht auf Vorrat geschlachtet werde, sondern daß die Selbstversorger gemeinschaftlich eine Anzahl Schweine schlachten und gemeinsam die Wochenmenge sich holen, wodurch es unmöglich wäre, irgend welche Schinken und Wurst auf Vorrat hin-

zuhängen. Der Gewichtsverlust beträgt ca. 30 Prozent. Rechnen Sie das von einem Pfunde, das die Selbstversorger damals bekommen haben, ab — was bleibt ihnen dann noch? Jeder einsichtige Mensch, auch das Ministerium und Batocki rechne ich dazu, soll mit dafür sorgen, daß die Selbstversorger auf keinen Fall hier ausgenommen werden, und ich möchte auch Sie dringend bitten, unter allen Umständen dem nicht zuzustimmen, daß die Selbstversorger und alle diejenigen, die als Selbstversorger angesehen werden, auch die Arbeiter von den großen Fabriken, von der Fleischzulage ausgeschlossen werden.

Stadtrat **Wagner**: Ich erlaube mir schon, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiter der großen Fabriken, die Fleisch aus den Fabrikschlachtungen bezogen haben, keine Selbstversorger sind, denn nicht sie selbst haben sich versorgt, sondern sie sind von ihren Unternehmern in freundlicher Weise versorgt. Sie haben ihre Fleischkarten in Besitz und liefern sie nur dem Unternehmer für das Fleisch ab. (Zuruf Dieckmann: Sie werden aber als Selbstversorger angesehen.) Nein, sie haben nur die doppelte Ration von dem Unternehmer erhalten. Ebenso wird der nicht als Selbstversorger angesehen, dem aus einer fremden Hauschlachtung Schlachtgut abgetreten ist.

Was Herr Dieckmann hervorgehoben hat, liegt folgendermaßen: Wenn eine Familie von vier Mitgliedern auf drei Fleischkarten die Selbstversorgung durchführt und eine Fleischkarte behält . . . (Zuruf: Zwei, die meisten haben sich mit weniger begnügt!) Nun, um so unvorteilhafter war es für sie. Wenn die Familie zwei Karten behielt, bekäme sie auf diese beiden zusammen nur 1 Pfund Fleisch in der Woche, wäre sie auch für diese beiden Karten Selbstversorger, so bekäme sie 2 Pfund. Je mehr Karten sie zurückbehielt, desto geringer wurde das Quantum, das sie zur Verfügung hat. Das ist den Leuten damals auf dem Rathause gesagt, und darauf haben sie meistens erwidert: „Dann wollen wir uns damit begnügen, eine geringere Menge Fleischkarten zurückzubehalten.“ Diejenigen nun, die auf diese zurückbehaltenen Fleischkarten jetzt kaufen werden, hätten im Verhältnis zu anderen Leuten einen Verlust, da sie hierauf weniger bekommen als die übrige Bevölkerung. Das geben wir zu, aber die Bestimmungen sind nun einmal von Reichs wegen so getroffen, und wir können nichts daran ändern, wenn das zutrifft, was mir von dem Dezernenten aus dem Ministerium gesagt ist. Wir bekommen dann nur das nach diesen Verteilungsgrundsätzen berechnete Schlachtvieh zugewiesen, und es ist nicht möglich, von diesem Schlachtvieh mehr zu versorgen, als nach den Verteilungsgrundsätzen vorgeesehen ist. Auf die Zustimmung der geehrten Herren würde in diesem Falle leider nichts ankommen; die Maßnahmen kann der Magistrat nur allein treffen, allerdings nur unter Beachtung der ihm vom Reiche gegebenen Vorschriften.

**Stadtv. Kraus:** Mit den Besitzern von Balkonschweinen haben wir kein Mitleid, aber es entspricht nicht meinem Empfinden, daß diese Besitzer von Balkonschweinen stigmatisiert werden, trotzdem sie in ihrer Art etwas getan haben, um aus Abfällen, die sonst nach der üblichen Methode zugrunde gegangen wären, gute Fettwaren zu erzeugen. Dieser Empfindung habe ich doch Ausdruck geben müssen.

Dann will ich mich mit der Frage nach der anderen Seite beschäftigen. Wenn man die schwere und dankenswerte Aufgabe hat, in einem großen Arbeiterkreise tätig zu sein und mit diesen Arbeitern zusammen beraten zu müssen, in welcher Art über die schweren Zeiten bei dem vollständigen Verzehren der Kräfte durch die schwere Arbeit am besten hinwegzukommen ist, dann ist man dazu gekommen, den Leuten den Rat zu geben: „Tut euch zusammen und seht zu, da ihr in der glücklichen Lage seid, in Braunschweig zu wohnen, wo die Stadt mit dem Lande in inniger Beziehung steht, daß ihr euch ein Schwein mästet. Wohnst du in Glesmarode, so wirst du in der Lage sein, daß du ein Schwein mästen kannst“ — ich denke dabei an ganz bestimmte Fälle. Die Leute sind dem Räte gefolgt, haben auf vier Karten verzichtet und zwei zurückbehalten, um neben dem Genuß von Schweinefleisch auch etwas Abwechslung zu haben und frisches Fleisch kaufen zu können. Diese Leute haben damals, zum Teil in einer Art von Eigennutz, zum Teil aber auch aus einem gewissen patriotischen Empfinden heraus, sich daran gemacht, sich ein Schwein zu halten, haben mit Mühe, Kummer und Not das Schwein erhalten, sind durch die schwierige und teure Beschaffung des Futters zu erheblich höheren Kosten gekommen, als sie vermutet haben, und werden nun durch die Auffassung, welche der Herr Stadtrat Wagner, wenn auch ungern, vertritt, außerordentlich geschädigt. Der Mann, der vier Karten abgegeben hat, hat für diese vier Karten allerdings je ein Pfund erhalten und damit die alte Proportion erhöht, er erhält aber demnächst für die beiden anderen Karten zusammen nur ein Pfund Fleisch — aber wie alle anderen weniger Brot. Der soll sich nicht beschweren? Andere bekommen doch für ihre Karten gegenüber einem Weniger an Brot noch  $\frac{1}{2}$  Pfund Fleisch als Fleischzulage. Es ist doch nur eine Frage der Gerechtigkeit, ob man die Fleischzulage allgemein verteilen will, und da der Magistrat uns gütlich hören will, so ist es unsere Pflicht, dem Herrn Stadtrat Wagner den Rücken genügend zu stärken, indem wir es aussprechen: Die Allgemeinheit der Stadtverordneten ist der Ansicht, daß solche Auslegung der Bestimmung nicht zutreffend erscheint. Es geht nicht an, daß man der großen Masse des Volkes, die seit August sich kümmerlich ein Schwein herangezogen hat, die Fleischzulage versagt und gleichzeitig weniger Brotanteil gewährt.

**Stadtv. Munte:** Es hat sein Gutes, daß diese Aussprache in so ausführlicher Weise vor sich gegangen ist. Herr Stadtrat Wagner hat ja bereits seine Bereit-

willigkeit bekanntgegeben, alles zu tun, was möglich ist, um die hier geäußerten Wünsche an maßgebender Stelle durchzusetzen, hat aber auch sagen müssen, daß es wahrscheinlich ist, daß in dieser Sache nichts von ihm ausgerichtet werden könne. Es wurde von einzelnen Rednern behauptet, die Fleischbestände Deutschlands wären genügend groß, um die von ihnen gewünschten Maßnahmen durchführen zu können. Man sagt das so hin, aber ich weiß nicht, woher man die Unterlagen dafür hat. Ich habe gelesen, daß man tief in die Rindviehbestände hineingreifen müsse, und daß das für die kommende Zeit nicht gut sei.

Ich gehöre auch zu den Selbstversorgern, habe allerdings nicht selber alle Morgen um 6 Uhr mein Schwein gefüttert und das Futter nicht selber gekocht, aber ich habe das Risiko getragen, habe für andere Schweine mitgefüttert und habe auch gedacht, daß ich einen Vorteil davon haben sollte. Das soll nun hinfällig werden. In meinem Haushalte habe ich sechs Köpfe zu versorgen, habe von den Fleischarten zwei zurückbehalten, auf die wir ab und zu Rindfleisch bekommen haben, und ich hoffte, auf diese Weise nun für meinen Haushalt wöchentlich zwei Pfund Rindfleisch zu bekommen. Sollte es nun nicht angehen, daß Herr Stadtrat Wagner mit seinen Vorstellungen im Ministerium durchdringt, und sollten wir uns fügen müssen, so will ich ja auch meinen Leibriemen noch enger schnüren. Aber ich möchte dann doch bitten, darauf hinzuwirken, daß für dieses Vierteljahr, für das diese Zulage gewährt wird, uns als Selbstversorger in der Weise entgegengekommen wird, daß die Zeit, für die wir uns versorgt haben, um einige Wochen zurückgerechnet, also verkürzt wird. Ich habe meine Fleischarten bis zum 10. oder 8. Januar abgeliefert. Wenn ich nun jetzt während der drei Monate, wo den anderen Einwohnern die Fleischzulage gewährt wird, keinen Vorteil im Fleischbezuge haben soll und drei Monate lang mit weniger Mehl und Brot auskommen soll, dann bin ich der Hereingefallene, denn ich bekomme vor dem 8. Januar meine sechs Fleischarten nicht wieder.

Mit einem solchen Beschlusse auf frühere Wiederaufstellung von Fleischarten hätte es ja keine Eile, das könnte man auch noch später in aller Ruhe in Berlin beschließen — wenn dann nicht wieder andere Bestimmungen aufgemacht werden, die das unmöglich machen. Wir können aber, wenn Herr Stadtrat Wagner dies zur Besprechung bringen wird, die Hoffnung haben, daß uns wenigstens eine kleine Entschädigung für die uns entgehende Fleischzulage noch blühen wird.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Ich möchte nur erklären, daß der Magistrat durchaus auf dem Standpunkte steht, den die Herren hier vertreten haben — aber, meine Herren, der Magistrat ist nicht imstande, die Sache zu ändern. Eine andere Frage ist es, ob nicht statt dessen, daß nur einzelne Herren dem Magistrat zu erkennen geben, er hätte mehr oder weniger Schuld an der Sache, obgleich das nicht

der Fall ist, die Versammlung besser täte, zu beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der zuständigen Stelle dafür einzutreten, daß die Selbstversorger, soweit sie Karten behalten haben, auch mit diesen Fleischzulagen bedacht werden. Es kommt natürlich darauf an, ob die Sache durchzuführen ist, d. h. ob dazu genügend Vieh im deutschen Reiche vorhanden ist, denn es darf auch nicht zu stark in die Viehbestände eingegriffen werden. Sollte dieses günstig liegen und in verschiedenen großen Städten die Vertretung der Bürgerschaft sich auf denselben Standpunkt stellen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß das Kriegsernährungsamt, bzw. die Landeszentralbehörden diese Wünsche vertreten und event. dem Wunsche Rechnung getragen wird. Es würde sich empfehlen, daß einer von Ihnen den Antrag stellt, an zuständiger Stelle dafür einzutreten.

**Stadtrat Wagner:** Ich habe wiederholt hervorgehoben, daß ich schon aus freien Stücken diesen Punkt beim Ministerium zur Sprache bringen werde, weil ich anerkenne, daß es eine Ungerechtigkeit ist, diese Selbstversorger von der Fleischzulage auszuschließen. Sollte ich nicht damit durchdringen, so erscheint mir der Vorschlag des Herrn Munte, daß man bei der Anrechnung die Selbstversorgungszeit abkürzen sollte, empfehlenswert. Es würde dadurch, daß vom letzten Teile der Versorgungszeit einige Wochen abgestrichen werden, den Selbstversorgern die Möglichkeit verschafft, sich aus dem Eingeschlachteten während der Einschränkung des Brotnusses besser zu versorgen. Ich glaube, daß das erreicht werden kann, und damit wären ja auch wohl die Wünsche der mit Fleischkarten versehenen Selbstversorger, soweit es überhaupt möglich ist, erfüllt.

**Stadtv. Loeßhigt:** Die letzten Äußerungen des Herrn Vorredners und des Herrn Oberbürgermeisters werden in einem Antrage sich verdichten.

Inzwischen gestatten Sie mir, daß ich auf etwas anderes aus der Debatte zurückkomme. Wenn man sich über etwas Rat holen will, geht man zum Rathaus, und deshalb bin ich auch dorthin gegangen und habe Herrn Stadtrat Wagner um Rat gefragt, und zwar hat er mir auseinandergesetzt: Ein halbes Schwein gebe es vorweg, darnach das Fleisch auf die Fleischkarten (nur bis zu dem Quantum von 26½ Pfund auf eine Karte könne man bekommen) und was übrigbleibe, müsse man abgeben. Als ich selbst schlachten wollte, war es gekommen, daß es hieß, es gibt nur 52 Pfund für 52 Wochen. Nun sagt Herr Stadtrat Wagner, wer seine ganzen Karten abgegeben hätte, der hätte darauf zwei Pfund Fleisch bekommen. Davon ist mir nichts gesagt. Mir ist nur gesagt, ich bekomme 1 Pfund Fleisch, aber daß ich von 2 Pfund reden höre, ist das erste Mal. 5 Personen sind wir in unserem Haushalte, 3 Karten haben wir abgegeben, und dabei ist uns gesagt: Sie bekommen nur 1 Pfund. Ich stehe voll und ganz auf dem Standpunkte, daß

keinem eine Extrawurst gebraten werden soll, und sage auch, wenn die Bestimmungen nun einmal so sind, dann muß man sich fügen. Uns aber noch zu bestrafen, indem uns die Aussicht bevorsteht, daß man uns die übriggebliebenen Fleischkarten entzieht, das wäre doch nicht zu rechtfertigen. — So habe ich Sie verstanden, ich höre ja etwas schwer, manchmal aber doch ganz leicht. Ich habe das Empfinden, daß es schon schlimm ist, wenn die Selbstversorger auf diese Karten keinen Zuschlag bekommen sollen, wenn ihnen aber noch ihre Karten ganz entzogen werden sollen, das wäre ja himmelschreiend!

Nach den Worten des Herrn Oberbürgermeisters habe ich das Vertrauen, daß unsere Regierung unseren Wünschen nachkommt, und bei der Beredsamkeit des Herrn Stadtrats und des Herrn Oberbürgermeisters wird die Angelegenheit jedenfalls in den besten Händen liegen, so daß uns nicht mehr entzogen wird, als dringend nötig ist.

**Stadtv. Dr. Nahlert:** Ich möchte noch auf eins hinweisen, was hier Beachtung verdient. Wenn in einer größeren Familie von 6 Personen vier Fleischkarten abgegeben und zwei zurückbehalten werden, so soll auf diese zwei Karten keine Fleischzulage gewährt werden. Gesezt den Fall, es handle sich hier um eine Familie mit selbständigen Personen: wer will diese hindern, aus der Familie herauszugehen: die Tochter nimmt einen Verdienst an, der Sohn tritt als junger Mann in Stellung. Beide würden in diesem Augenblicke auf ihre Fleischkarten Zulageberechtigung erhalten. Auch in besser situierten Familien kann dieser Fall eintreten. Für die beiden Dienstmädchen z. B. sollen die Fleischkarten zurückbehalten sein. Bleiben die Mädchen in dieser Familie, so werden Zulagen nicht gewährt, gehen sie aber in eine andere Familie, so erhalten sie die Zulagen, und der Familie wird es schwer fallen, Ersatz für die beiden Mädchen zu bekommen, denn sie wird den neuen Mädchen ankündigen müssen, daß sie keine Zulage bekommen, weil die Familie zu den Selbstversorgern gehört.

Gewiß geben diese Beispiele Herrn Stadtrat Wagner Gelegenheit, in der morgigen Sitzung darauf hinzuweisen, welche unerquicklichen Verhältnisse sich auf diese Weise herausstellen können.

**Vorsigender:** Herr Stadtrat hat gesagt, die Versammlung solle sich zu der Vorlage nur gutachtlich äußern, aber einer Beschlußfassung unterliege die Vorlage nicht. — Habe ich Herrn Stadtrat Wagner falsch verstanden, dann möge er mich berichtigen.

Sodann wird eine Resolution eingebracht werden. Sie soll das zum Ausdruck bringen, was die Meinung der Versammlung ist, damit es an die obere Stelle hinwirkt.



**Stadtrat Wagner:** Einer der Herren — ich glaube, es war Herr Dieckmann — hatte gesagt, die Versammlung möchte ihre Zustimmung zu der Vorlage verweigern, und deshalb habe ich darauf hingewiesen, daß es in diesem Falle auf die Zustimmung der Herren Stadtverordneten nicht ankäme, sondern daß nur eine gutachtliche Äußerung erbeten sei.

**Vorsigender:** Herr Kraus hat einen Antrag eingebracht, der lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, an zuständiger Stelle vorstellig zu werden, damit den Selbstversorgern für die noch in ihrem Besitze befindlichen Fleischkarten ebenfalls die Fleischzulage wie den Nichtselbstversorgern zugeteilt wird, im anderen Falle sollen für die abgegebenen Fleischkarten die Sperrzeiten angemessen verkürzt werden.“

**Oberbürgermeister Hettemeyer:** In dem Antrage fehlt die Anregung, wie das Geld verteilt werden soll: ob die Leute über 5000 *M* Einkommen teilnehmen sollen an der Reichs- und Staatsbeihilfe. Darüber bitten wir noch um eine Äußerung. Ich glaube, es entspricht der Ansicht der Versammlung, wenn zu dem Antrage hinzugesetzt wird, im übrigen stimme die Versammlung unseren Vorschlägen zu.

**Vorsigender:** Es handelt sich darum, ob die 2500 Steuerzahler, die über 5000 *M* Einkommen, mit gleichem Maße gemessen werden sollen wie die minderbemittelten Familien. Das ist die Quintessenz der Ausführungen des Herrn Referenten der Statutenkommission. Die Kommission ist zu dem Vorschlage gekommen, der vielen Arbeit und Umstände wegen, die die Feststellung dieser 2500 Familien und ihre Belieferung mit besonderen Karten machen würde, sei es besser, daß sie in denselben Rahmen gefaßt würde wie die übrigen Familien.

**Stadtv. Kraus** setzt seinem Antrage noch die Worte hinzu:

„Im übrigen stimmt die Versammlung den Vorschlägen des Magistrats zu, soweit nicht die Statutenkommission eine Änderung nach Unterschied des Einkommens beantragt hat.“

Der Antrag wird angenommen.

**Vorsigender:** In der Beratung der Müllabfuhr ist etwas übergangen, und das betrifft die Wahl des Ausschusses zur Verteilung der Gebühren. Ob es heute schon an der Zeit ist, Vorschläge dafür zu machen, das lasse ich dahingestellt, glaube aber, wir kommen dazu noch früh genug zusammen. Da wir nicht vor Anfang

Zufi auf Einführung der Neuordnung rechnen können, so können wir die Wahl wohl einer späteren Sitzung vorbehalten. Sind die Herren damit einverstanden? (Zustimmung.)

#### 4. Ergänzung der Bestimmungen über die Einführung einer Lichtspielsteuer.

Stadtv. Dr. **Landauer**: Der Magistrat teilt den Stadtverordneten mit, welche Antwort das Herzogliche Staatsministerium auf den zur Genehmigung eingereichten Entwurf des Statuts einer Lichtspielsteuer erteilt hat. Bekanntlich hatte die Stadtverordnetenversammlung in den Beratungen am 7. Dezember eine Kartensteuer angenommen, und der Antrag auf Genehmigung dieser Steuer ist vom Magistrat am 9. Dezember der vorgesetzten Behörde eingereicht. Erst am 5. März ist darauf die Antwort eingelaufen, welche dahin ging, daß das Staatsministerium vorläufig die Genehmigung nicht erteilen kann, weil die Herzogliche Polizei- und die Zoll- und Steuerdirektion in ihren Berichten zur Sache Bedenken geäußert haben, die Beachtung verdienen. Es wird weiterem Berichte nach nochmaliger Prüfung der Angelegenheit durch die städtischen Behörden entgegengesehen.

Das Gutachten der beiden genannten Behörden geht dahin, daß, obwohl eigentliche Bedenken gegen die vorgeschlagene Steuer nicht vorliegen, doch an Stelle der Kartensteuer eine Platzsteuer vorzuziehen sei, und zwar in Verbindung mit einer Filmmetersteuer. Es wird weiter ausgeführt, daß eine solche Steuer etwa 100 000 *M* einbringen würde, während die Kartensteuer nur 70—80 000 *M* ergeben würde. Wenn nun auch diese Mehreinnahme für die Stadt sehr annehmbar wäre, so hört man die Botschaft wohl, aber es fehlt der Glaube, und aus diesem Grunde und weil der Magistrat an der nun einmal erzielten Übereinstimmung zwischen Magistrat und Stadtverordneten festhalten möchte, will der Magistrat von der Steuer, wie sie zwischen uns vereinbart ist, nicht abgehen. Ich glaube, daß auch die Stadtverordnetenversammlung nicht die Absicht hat, von dem vorangegangenen Beschlusse wieder zurückzukommen.

Es ist seinerzeit hervorgehoben, daß die Platzsteuer eine ungerechte Steuer sei, weil sie nicht nach den verkauften Plätzen erhoben wird, sondern nach dem Raum und der Anzahl der Plätze, die in den verschiedenen Theatern vorhanden sind. In bezug auf die mit einer Platzsteuer verbundene Filmsteuer macht der Magistrat darauf aufmerksam, daß aus dem gleichen Grunde dies eine ungerechte Steuer sei, und außerdem habe sie erhebliche Mängel insofern, als sie steuertechnisch recht verwickelt zu berechnen und zu handhaben sei, in der Überwachung mühsam und Hinterziehungen leicht ausgesetzt sei.

Die Statutenkommission schließt sich diesen Gründen an und gibt Ihnen nach reiflicher Beratung anheim, die vorgeschlagene Änderung nicht eintreten zu lassen, sondern es bei der bisher angenommenen Kartensteuer zu lassen.

In den Ausführungen der vorgesetzten Behörde wird aber noch ein anderer Wunsch zum Ausdruck gebracht, der dahin geht, daß die Vorführungen, die ausschließlich zu wissenschaftlichen, unterrichtlichen, künstlerischen und erbauenden Zwecken veranstaltet werden, von der Steuer frei sein sollen. Nun, meine Herren, das sind sie nach der bisherigen Fassung des Statuts auch schon gewesen. Es ist seinerzeit zur Sprache gebracht, daß solche wissenschaftlichen Zwecken dienende Vorführungen steuerfrei bleiben müßten, und vom Magistrat ist darauf geantwortet, das sei durchaus im Sinne der Vorlage, denn diese Art von Vorführungen seien nicht gewerbsmäßig. Es kann also ruhig diesem Zujage zugestimmt werden. Er wird zwar nicht viel nützen, aber auch nicht schaden, und deshalb bitte ich Sie im Namen der Kommission, sich einverstanden zu erklären, daß in § 1 als zweiter Absatz folgender Zusatz eingefügt wird:

„Vorführungen, die ausschließlich zu wissenschaftlichen, unterrichtlichen, künstlerischen oder erbauenden Zwecken veranstaltet werden, können auf vorherigen Antrag vom Stadtmagistrat für steuerfrei erklärt werden.“

Im übrigen bittet die Statutenkommission, die übrigen erwähnten Anregungen abzulehnen.

Stadtv. **Budj:** Diese ablehnende Antwort des Ministeriums ist uns wohl allen nicht überraschend gekommen; ich für mein Teil wenigstens hatte mir schon im voraus gesagt, daß diese Vorlage ein gründliches Fiasko erleben werde. Wer an der Beratung vom 7. Dezember teilgenommen hat, in der die Steuer mit einer Stimme Mehrheit angenommen worden ist, wird die Überzeugung gewonnen haben, daß so, wie die Steuer geplant war, sie nicht auf fruchtbaren Boden fallen werde. Ich war von Anfang an einer derjenigen Stadtverordneten, die sich wohl weniger begeisterten für eine Kinststeuer, die sich aber doch gesagt haben: Die Stadt gebraucht Geld, und deshalb muß das Kino bluten. Aber ich gehöre auch zu den Kollegen, die da sagten: Eine derartige Steuer, die in erster Linie die unteren Volksschichten trifft, muß in solchen Grenzen gehalten werden, die die Kinos selber vertragen können und auch die Leute, die diese Steuer aufzubringen haben. Ich hatte dem Magistrat seinerzeit auf seine Aufforderung hin beratend zur Seite gestanden und hatte ihm eine Aufstellung gemacht, woraus sich ergab, daß 66 000 M bei den Steuersätzen, die ich zugrunde gelegt hatte, herauskommen würden. Aber die Vorlage wurde mit anderen Sätzen angenommen, und nun sehen wir, was daraus geworden ist. Wenn man zwischen den Zeilen liest, dann findet man eine einstweilige Absage für die Kinststeuer überhaupt darin.

Ich glaube nicht, daß das Ministerium zu der Steuer in der vorliegenden Form seine Zustimmung geben wird; man hat so lange daran herumgeprüft, daß wohl das Resultat schließlich sein wird: „Macht uns eine neue Vorlage!“

Daß die Platzsteuer die ungerechteste Steuer, die eingeführt werden konnte, war, darüber sind wir uns alle klar gewesen und haben uns dann auf diese Kartensteuer verständigt. Die Hartnäckigkeit, die zur Anwendung kam, um die von mir empfohlenen Steuersätze, die vom Ministerium wohl glatt genehmigt worden wären, nicht zur Annahme bringen zu lassen, trägt die Schuld daran, daß jetzt die ganze Steuer in den Brunnen gefallen und der Stadt diese Einnahmequelle entgangen ist. Die Kinosteuer spielt nun schon seit 5—6 Monaten. Ich für meine Person glaube, daß wir die Kinosteuer in dieser Art, wie sie durchgebracht werden soll, in drei Monaten noch nicht durchgefochten haben.

**Stadtrat von Frankenberg:** Wenn der Magistrat und die Stadtverordneten sich über eine Sache geeinigt haben, dann ist unserer Ansicht nach immer der gegebene Weg für beide Teile gewesen, daß wir vertrauensvoll in die Hand der Aufsichtsbehörde die Entscheidung gelegt haben, und wenn noch Bedenken kamen, so haben wir in gemeinsamer Arbeit das Ziel ruhig weiter verfolgt, über das wir uns verständigt hatten. So geht es auch mit dieser Vorlage. Es ist nur ein geringfügiger Änderungsvorschlag vom Magistrate gemacht, der sich der Zustimmung der Statutenkommission erfreut, und ich zweifle keinen Augenblick, daß auch die Stadtverordnetenversammlung ihm zustimmen und die außerordentlich schwierigen Änderungsvorschläge der Herzoglichen Polizeidirektion und der Zoll- und Steuerdirektion nicht billigen wird.

Es ist ja dankenswert, daß die Polizeidirektion, was sonst kaum der Fall zu sein pflegt, sich bemüht hat, ein Steuerergebnis in größerem Umfange, als wir es im Traum zu hoffen gewagt hatten, für uns herauszubringen. Die Polizeidirektion möchte die Kinos schärfer zur Steuer heranziehen; wir sind die Bescheideneren und freuen uns, wenn wir die Steuer so unter Dach und Fach haben, wie wir sie vorgeschlagen haben. Und das letztere hoffen wir ganz bestimmt.

Ich kann nicht leugnen: Ich habe nicht ohne ein gewisses freundschaftliches Befremden gehört, daß Herr Busch in der Rolle des Flaumachers aufgetreten ist — verzeihen Sie bitte diesen Ausdruck. Herr Busch meint, diese Vorlage hätte Schiffbruch gelitten; im Gegenteil, unser Schiff ist dicht vor dem Hafen, vor dem Herr Busch wie ein feindliches Unterseeboot es torpedieren möchte. Allein wir spannen unsere Drahtnege, Herr Busch, und Sie kommen an die Vorlage mit Ihrem Unterseeboot und Ihren Blindgängern nicht heran! Unsere finanzielle Notlage auf der einen und die Zweckmäßigkeit der Vorlage auf der anderen Seite wird das Ministerium veranlassen, die Steuer zu genehmigen. Es ist nicht an-

gezeigt, im letzten Augenblicke zu sagen: Ich habe mir gleich gedacht, daß die Sache so kommen würde.

Wenn von einer gewissen Hartnäckigkeit gesprochen werden kann, so ist es nicht die Stadtverordnetenversammlung, auch nicht der Magistrat, sondern höchstens Herr Stadtv. Busch, der sie angewandt hat, und der im Kampfe gegen den Magistratsvorschlag, sodann gegen den eingebesserten Magistratsvorschlag und jetzt wieder, da die Vorlage im Begriff ist, in den Hafen zu laufen, nicht milde wird, seinen Widerspruch zu äußern. Ich will gern seine Sachkunde anerkennen, weiß auch, wie nahe er den Veranstellungen, um die es sich handelt, steht; ich würde aber auch gern gesehen haben, wenn er da, wo die Stadt im Kampfe um ihre Selbstverwaltung steht und ihr Statut schützen will gegen andere gutachtlich gehörte Behörden, auf unserer Seite gestanden hätte. Wenn Magistrat und Stadtverordnete mit derartiger Einmütigkeit zusammenhalten, werden sie auch ihr Ziel erreichen.

**Stadtv. Busch:** Es liegt mir fern, hier als Torpedo- und Unterseeboot gegen das Statut vorzugehen. Ich habe schon gesagt, daß ich für die Steuer bin. Ich habe von Anfang an hervorgehoben, daß für mich maßgebend war, daß die Stadt Geld braucht, und damit war die Sache für mich erledigt.

Wenn ich ferner gesagt habe, die Steuer wäre in der von mir vorgeschlagenen Form vom Ministerium jedenfalls angenommen, nicht aber in der verschärften Form, und die Stadt hätte dann schon seit mehreren Monaten den Genuß dieser Steuer, so ist das meine feste Überzeugung. Wenn die Oberbehörde mit der Vorlage gleich einverstanden gewesen wäre, dann hätte sie sich nicht so lange besonnen. Es liegt durchaus keine Veranlassung vor, anzunehmen, daß ich ein Feind der Kinosteuer sei. Es ist meine offene Ansicht, wenn ich es ausspreche: Es sollte mich freuen, wenn die Stadt bald in den Genuß der Steuer käme. Aber ich für meine Person kann es noch nicht glauben, daß es geschehen wird, wenigstens nicht in der Art, wie sie im Statut vorgeschlagen wird.

Wenn die Steuer zur Geltung kommen sollte, bin auch ich selbstverständlich damit einverstanden, daß wissenschaftliche und ähnliche Vorführungen von der Steuer freigelassen werden.

Die Versammlung lehnt, entsprechend dem Antrage der Statutenkommission, die seitens des Ministeriums gemachten Anregungen ab und ist mit der Einschaltung im § 1 einverstanden.

## 5. Antrag der Straßen-Eisenbahngesellschaft auf Herabsetzung der an die Stadtgemeinde vertragsmäßig wegen des Lichtwerks zu zahlenden Jahresabgabe.

Stadtv. **Bartels:** über diesen Antrag der Straßen-Eisenbahngesellschaft schreibt der Magistrat an die Stadtverordnetenversammlung folgendes:

„Im vergangenen Jahre hatte bekanntlich die Straßen-Eisenbahngesellschaft (Elektrizitätswerk) die Herabsetzung der gemäß § 10 des Konzessionsvertrages zu berechnenden an die Stadt zu zahlenden Jahresabgabe für das Rechnungsjahr 1914/15 bei den städtischen Behörden beantragt. Die geehrten Herren hatten in Übereinstimmung mit uns diesen Antrag abgelehnt, worauf die Straßen-Eisenbahngesellschaft gegen die hiesige Stadtgemeinde Klage erhoben hat. Diese Klage ist vom Herzoglichen Landgericht abgewiesen, ebenso ist in der Berufungsinstanz vor dem Herzoglichen Oberlandesgericht zu unseren Gunsten entschieden worden. Die von der Klägerin gegen das oberlandesgerichtliche Urteil beantragte Revision ist vom Reichsgericht in Leipzig inzwischen noch nicht erledigt worden.

Als nun das Elektrizitätswerk uns die Berechnung der im vergangenen Herbst fälligen Jahresabgabe für das Rechnungsjahr 1915/16 vorlegte, stellte es wiederum den Antrag, die Abgabe, und zwar für das Jahr 1915/16 um 44 Prozent, herabzusetzen und Befreiung von der Zahlung der Abgabe in der vertraglich festgesetzten Mindesthöhe (200 000 M) eintreten zu lassen. Dieser Antrag wurde damit begründet, daß es nicht in ihrer Macht gestanden habe:

1. Gleichstrom in dem unter normalen Verhältnissen zu erwartenden Umfange abzugeben, infolge der durch Krieg verursachten Störungen im Handel, im Verkehr und des damit zusammenhängenden Rückganges in der Wirtschaftslage fast sämtlicher Abnehmer,

2. Drehstrom abzugeben wegen der mit dem Kriege eingetretenen Unmöglichkeit, Leitungskabel, Transformatoren und Motoren zu erhalten,

3. Bahnstrom zu liefern, weil das Werk aus dem vorerwähnten Grunde die hierzu erforderlichen Leitungen, Umformer und Apparate nicht erhalten konnte.

Die nach dem Konzessionsvertrage zu 226 140,05 M berechnete Jahresabgabe hat das Elektrizitätswerk rechtzeitig bezahlt unter Vorbehalt der Rückforderung der eben erwähnten 44 Prozent = 99 501,62 M.

Wir haben der Straßen-Eisenbahngesellschaft darauf mitgeteilt, daß wir ihren Antrag auf Herabsetzung der Jahresabgabe ablehnen müßten, und zwar aus demselben Grunde, aus dem wir die Herabsetzung der Abgabe für das Jahr 1914/15 abgelehnt hätten.

Gemäß § 10 Absatz 3 des Konzessionsvertrages hat dann die genannte Gesellschaft beantragt, vor der Entscheidung der städtischen Behörden einen unparteiischen Sachverständigen zu hören, und als solchen den Geheimen Hofrat Professor Dr. Peukert in Vorschlag gebracht. Da wir gegen diesen Vorschlag nichts einzuwenden hatten, hat der Genannte das gewünschte Gutachten erstattet. Es wird darin ausgeführt, daß bis zum Kriegsausbruch eine stetige Steigerung des Stromabgases zu beobachten gewesen sei; diese Steigerung sei durch den Krieg gehemmt, und zwar in einem solchen Maße, daß im Wirtschaftsjahre 1915/16 die Stromabgabe (gegenüber der nach der Wahrscheinlichkeit berechneten erwarteten) eine Minderung von etwa 44 Prozent aufweise. Diese Minderung habe das Elektrizitätswerk nicht verhüten können, weil sie durch die infolge des Krieges hervorgerufene Stodung des gesamten Wirtschaftslebens verursacht sei. Einen ganz besonders ungünstigen Einfluß habe der Krieg auf die Entwicklung des neuen Drehstromwerkes ausgeübt; die auf dieses Werk gesetzten Erwartungen hinsichtlich der günstigen Weiterentwicklung des gesamten Unternehmens seien nicht in Erfüllung gegangen, weil die Beschaffung von Kabeln, Transformatoren und Motoren immer schwieriger sich gestaltete.

Gegen das Gutachten selbst haben wir keine erheblichen Einwendungen zu machen; die Frage, um welche es sich handelt, wird aber unseres Erachtens darin nicht berührt, nämlich: „Sind störende Ursachen der in § 10 II Absatz 1 des Vertrages bezeichneten Art und ähnliche Vorkommnisse vorgelegen, die die Unternehmerin zeitweilig an der Erzeugung oder Fortleitung des Stromes hinderten?“ Unsere zweifellos zutreffende Behauptung, daß von einer *Hinderung* an der Erzeugung und Fortleitung des Stromes keine Rede sein kann, ist durch das Gutachten nicht widerlegt.

Wir haben uns daher nicht entschließen können, dem Antrage auf Ermäßigung des Jahresabgabses stattzugeben, und zwar um so weniger, als auch die wirtschaftliche Lage des Unternehmens als eine ungünstige nicht wohl bezeichnet werden kann. Denn, obwohl die vom Elektrizitätswerke erhoffte starke Konsumsteigerung nicht eingetreten ist, konnte im vergangenen Jahre doch eine Dividende von 5 Prozent gezahlt werden, die in gleicher Höhe auch in diesem Jahre voraussichtlich zur Verteilung kommen wird. Würde dem Antrage des Elektrizitätswerks auf Ermäßigung der Abgabe um den Betrag von 99 501,62 *M* stattgegeben, so würde das (bei einem Aktienkapital von 6 000 000 *M*) eine Dividendenerhöhung von mehr als 1½ Prozent bedeuten.

Die geehrten Herren ersuchen wir ergebenst, sich unserer Ansicht anzuschließen und den Antrag der Straßen-Eisenbahngesellschaft abzulehnen.“

Die Statutenkommission hat sich mit der Angelegenheit befaßt und ist einstimmig zu der Überzeugung gekommen, Ihnen empfehlen zu sollen, dem Stadt-

magistrate vollständig zuzustimmen und den Antrag der Straßen-Eisenbahngesellschaft abzulehnen.

Der Antrag der Statutenkommission wird angenommen, und der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis nach 8 Uhr.

---